25. Jahrgang 1977 / 4. Heft / Oktober

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS †
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

Zum 25jährigen Bestehen der Zeitschrift

BEITRÄGE AUS DEM INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE

von

Wolfgang Benz · Martin Broszat · Brewster S. Chamberlin
Erna Danzl · Elke Fröhlich · Hermann Graml
Lothar Gruchmann · Wolfgang Jacobmeyer · Helmut Krausnick
Dieter M. Schneider · Bernd Steger · Thilo Vogelsang
Falk Wiesemann · Gitta Wolff

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS †, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b
Tel. 0 89/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung (*Martin Broszat*) 423

AUFSÄTZE

Brewster S. Chamberlin: Der Attentatsplan gegen Seeckt 1924 425
Bernd Steger: Der Hitlerprozeß und Bayerns Verhältnis zum Reich 441
Dieter Marc Schneider: Saarpolitik und Exil 1933–1955 467
Elke Fröhlich/Martin Broszat: Politische und soziale Macht auf dem Lande, Die Durchsetzung der NSDAP im Kreis Memmingen 546
Falk Wiesemann: Arbeitskonflikte in der Landwirtschaft während der NS-Zeit in Bayern 1933–1938 573
Lothar Gruchmann: Schweden im Zweiten Weltkrieg 591
Wolfgang Jacobmeyer: Die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement und ihre Beurteilung durch deutsche Dienststellen 658
Helmut Krausnick: Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa" in neuer Sicht 682
Martin Broszat: Hitler und die Genesis der „Endlösung" 739
Wolfgang Benz: Föderalistische Politik in der CDU/CSU, Die Verfassungsdiskussion im „Ellwanger Kreis" 1947/48 776
Hermann Graml: Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat, Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland 821

DOKUMENTATIONEN

Erinnerungen Hans Schäffers an Ernst Trendelenburg (*Erna Danzl*) 865
Oberbürgermeister in Jena 1945/46, Aus den Erinnerungen von Dr. Heinrich Troeger (*Thilo Vogelsang*) 889

NOTIZEN

Behörden- und verbandsgeschichtliche Dokumentation der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik (*Gitta Wolff*) 931

BIBLIOGRAPHIE *65*

Diesem Heft liegen Prospekte des Böhlau-Verlags und Bücking GmbH sowie die Mitteilung „In eigener Sache" bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2151-1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 33,– (DM 1,40 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Georg Appl, Wemding/Schwaben

Einzelbände dieses Jahrgangs sind lieferbar: DM 32,– (zuzüglich Versandspes

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

25. Jahrgang 1977 Heft 4

VORBEMERKUNG

Mit diesem Heft beschließen die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ihren 25. Jahrgang. Als sie Anfang 1953 auf Initiative des kurz darauf tödlich verunglückten Generalsekretärs des Instituts für Zeitgeschichte, Hermann Mau, gegründet wurden, ging es wesentlich erst darum, der jungen Disziplin zeitgeschichtlicher Forschung in der Bundesrepublik wissenschaftliche Anerkennung zu verschaffen. Im Rückblick können Herausgeber und Redaktion der Vierteljahrshefte mit Genugtuung feststellen, daß dieses Ziel sehr bald erreicht wurde und die Zeitschrift längst einen festen Platz in der nationalen und internationalen Zeitgeschichtswissenschaft eingenommen hat. Sie verdankt dies nicht zuletzt ihren interessierten Abonnenten und Lesern, auf deren große Zahl und Beständigkeit wir besonders stolz sind. Den Lesern vor allem ist dieses Jubiläumsheft dediziert, das ausschließlich von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte bestritten wurde. Auf die drei Hauptperioden und -problemkreise der deutschen Zeitgeschichte – Weimarer Republik, nationalsozialistische Herrschaft, Anfänge der Bundesrepublik – die jetzt schwerpunktmäßig die Forschungen des Instituts bestimmen, verteilen sich auch die Beiträge dieses Heftes. Das Institut für Zeitgeschichte, das zusammen mit den Herausgebern die Verantwortung für die Vierteljahrshefte trägt, hat diese stets als sein wichtigstes Veröffentlichungsorgan betrachtet. Auch dies soll in dem Heft, das den normalen Umfang mehrfach überschreitet, zum Ausdruck kommen.

Die Jubiläums-Nummer fällt zusammen mit dem Ausscheiden von Theodor Eschenburg aus der herausgeberischen Hauptverantwortung. Hans Rothfels, der mit ihm zusammen seit der Gründung die Herausgeberschaft innehatte, erlebte den 25. Jahrgang nicht mehr. Auch Helmut Krausnick, der fast zwei Jahrzehnte die Schriftleitung besorgte und in den letzten Jahren als Herausgeber mitwirkte, scheidet aus dieser Funktion aus. Die ungewöhnlich lange personelle Kontinuität, unterstützt von der ununterbrochenen verlegerischen Betreuung durch die Deutsche Verlags-Anstalt, hat die Gestaltung der Zeitschrift vor irritierenden modischen Schwankungen bewahrt, ohne ihre Entwicklung, die notwendige Erweiterung ihres wissenschaftlichen Blickfeldes zu hemmen. Den scheidenden Herausgebern gilt der herzliche Dank der Redaktion, aller Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und – sicher auch – vieler Leser der Vierteljahrshefte. Für die neuen Herausgeber, Karl Dietrich Bracher (Bonn) und Hans-Peter Schwarz (Köln), und die Redaktion wird die wissenschaftliche Qualität weiterhin absolut vorrangiger Maßstab bei der Gestaltung der Zeitschrift sein. Sie wollen dabei versuchen, unter Beibehaltung der thematischen Konzentration auf die deutsche Geschichte des 20.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrhunderts neuen wissenschaftlichen Anregungen auch aus den Nachbardisziplinen und der stärkeren internationalen Verschränkung deutscher Politik nach 1945 Rechnung zu tragen, aber auch nicht aus den Augen verlieren, daß der große Leserkreis der Vierteljahrshefte sich keineswegs nur aus Fach-Historikern zusammensetzt. Sie wissen, daß es im nächsten Vierteljahrhundert für die Zeitschrift darum geht, das erfreulich breite Interesse an der wissenschaftlich exakten Darlegung zeitgeschichtlicher Zusammenhänge und Probleme auch durch die Themenwahl und Darbietungsform immer neu zu begründen.

München, im September 1977 *Martin Broszat*

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BREWSTER S. CHAMBERLIN

DER ATTENTATSPLAN GEGEN SEECKT 1924

Mitte Januar 1924 kursierten in Berlin Gerüchte von einem gegen den damaligen Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, geplanten Attentat. Die Zeitungen berichteten am 16. Januar, am Vortage sei in einem Berliner Café der Ingenieur und ehemalige Oberleutnant Alexander Thormann verhaftet worden, der eines solchen Planes beschuldigt werde[1]. Zuerst vermutete man natürlich, der Mann gehöre linksradikalen Kreisen an, aber bald stellte sich heraus, daß er aus dem rechtsradikalen Lager kam. Kurz danach, am 17. Januar, wurde in Augsburg außerdem der als Nationalsozialist und Förderer Hitlers bekannte Fabrikant Dr. Gottfried Grandel ebenfalls unter der Beschuldigung, an einem Attentatskomplott gegen Seeckt beteiligt zu sein, festgenommen, und als Grandel in einem ersten Geständnis den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, als den Anstifter des Attentatsplans bezeichnete, war eine kleine Sensation perfekt. Die dem Alldeutschen Verband feindlich gesonnene Presse, nicht nur der Linken, sorgte für eine schnelle und weite Verbreitung dieser Nachricht. Vor allem die Konkurrenz der Alldeutschen auf der rechten Seite, die Blätter der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei, strich die Tatsache groß heraus, daß Justizrat Claß am 22. Januar vor dem Untersuchungsrichter erscheinen mußte, um zu der Beschuldigung Stellung zu nehmen. Daß der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes nur als Zeuge aussagte und nicht etwa auch verhaftet worden war, wurde meist gar nicht erwähnt. Die Affäre wurde nun Teil der Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Rechtsgruppen – dem Alldeutschen Verband und der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei – und ihren Exponenten[2]. In dem im Mai/Juni 1924 folgenden Prozeß gegen Thormann und Grandel traten diese Rivalitäten noch deutlicher hervor. Die Angeklagten selbst verloren erst recht an Interesse, als sich im Laufe des Prozesses die Zeugen Claß und Seeckt mit einander widersprechenden Aussagen gegenüberstanden. Hauptgegenstand der Verhand-

---

[1] Vgl. etwa Vossische Zeitung vom 16. 1. 1924, Morgenausgabe, Seite 1 (kurze Nachricht), Abendausgabe, 5. 4. (ausführlicher Bericht über die Verhaftung Thormanns); Germania vom 16. 1. 1924, S. 1 (in großer Aufmachung Schilderung des Attentatsplanes in allen Einzelheiten).

[2] Diese Konflikte innerhalb des rechtsradikalen Lagers ausführlich behandelt in: Brewster S. Chamberlin, The Enemy on the Right, The Alldeutsche Verband in the Weimar Republic 1918–1926, Ph. D. Univ. of Maryland 1972, University Microfilms, Ann Arbor, Michigan, USA. Vgl. dort bes. S. 175–214. Vgl. auch Willi Krebs, Der Alldeutsche Verband in den Jahren 1918 bis 1939 – ein politisches Instrument des deutschen Imperialismus, phil. Diss. Humboldt-Univ. Berlin 1970. Die ältere Arbeit von Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954, behandelt diese Auseinandersetzungen nur sehr kursorisch.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungen wurden nun die politischen Machenschaften des ehrgeizigen Justizrats und seine Versuche, Seeckt zur Mitwirkung an einem nationalen Umsturz zu bewegen. Ein klares Bild der Vorgänge hat sich dabei allerdings nicht ergeben; auch nach dem Freispruch der Angeklagten blieb die ganze Angelegenheit mysteriös, Claß' Rolle undurchsichtig. Der Prozeß brachte jedoch die wenig sauberen Methoden des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung ans Licht. Anhand heute zugänglicher Materialien und der zeitgenössischen Publizistik soll im folgenden versucht werden, die Geschichte dieser Episode darzustellen, die für die verworrene, intrigengeladene Situation des rechtsradikalen Lagers im Jahre 1924 sehr charakteristisch ist.

Die Aussagen Grandels kurz nach seiner Festnahme[3] waren so schwerwiegend, daß sie eigentlich zur Verhaftung von Claß hätten führen müssen. Grandel gab an, Claß habe ihm gegenüber schon im Oktober 1923 den Plan entwickelt, Seeckt zu ermorden, um den Weg für die Errichtung einer nationalen Diktatur freizumachen. Bei dem Gespräch in Claß' Wohnung habe dieser Seeckt als „Schädling" bezeichnet, „der das Emporkommen Deutschlands verhindere und den die Schuld an der Vernachlässigung der Wehrmacht treffe, der die Abwehr des Einfalles der Franzosen in das Ruhrgebiet hintertrieben habe und der ein Börsenspekulant und Schlemmer sei". Nach der Beseitigung Seeckts sollte sich der Umsturz „unblutig vollziehen". Claß habe die politische Leitung übernehmen wollen, während General von Below[4] als Diktator eingesetzt werden sollte. Claß habe ihm – Grandel – mitgeteilt, daß er für den Umsturzplan auch noch andere Personen gewonnen habe: „Die Namen Ludendorff[5] und Ehrhardt[6] hat Claß nicht genannt, dagegen sprach er davon, daß er in Verbindung stehe mit dem General von Möhl[7] in Kassel und dem General von Lossow[8] in München sowie mit Kahr[9]." Diese Verab-

---

[3] Auszugsweise im Wortlaut veröffentlicht in Emil J. Gumbel, „Verräter verfallen der Feme", Opfer, Mörder, Richter 1919–1929, Berlin 1929, S. 199 f.

[4] General Otto v. Below, Mitglied des Alldeutschen Verbandes und später auch der Deutschnationalen Volkspartei, 1918/19 Chef des XVII. Armeekorps in Danzig, Organisator des Grenzschutzes für Westpreußen, stand 1923 an der Spitze der Vaterländischen Verbände Norddeutschlands und war 1919–1923 an mehreren Putschplänen gegen die Berliner Reichsregierung beteiligt.

[5] General a. D. Erich Ludendorff galt bis zum sog. Hitlerputsch am 9. November 1923 als einer der Hauptexponenten und Führer der völkischen nationalen Bewegung.

[6] Kapitän Hermann Ehrhardt war der Führer eines rechtsextremen Freikorps-Verbandes, der nach ihm benannten „Brigade Ehrhardt", die sich u. a. 1920 am Kapp-Putsch gegen die Berliner Regierung beteiligte; vgl. Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971.

[7] General Arnold v. Möhl, 1919–1922 Kommandeur der 7. Division in München und Landeskommandant in Bayern, 1923–1924 Befehlshaber des Gruppenkommandos 2 in Kassel.

[8] Generalleutnant Otto Hermann v. Lossow, Nachfolger Möhls als Kommandeur der 7. Division und Landeskommandant in Bayern 1923–1924.

[9] Gustav Ritter von Kahr, 1923–1924 „Generalstaatskommissar" in Bayern. Über die Haltung Kahrs und Lossows beim sog. Hitlerputsch vgl. Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, eingel. und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

redungen seien dann, so Grandel, „maßgebend gewesen für das Verhalten Kahrs und Lossows beim Hitlerputsch".

Angeblich hatte Grandel diesen Plänen zugestimmt und Claß versprochen, sich um die Ausführung des Attentatsplans zu kümmern. Nach seiner Aussage hatte ihn Claß jedenfalls gegen Jahresende 1923 stark gedrängt, die Aktion durchzuführen. Grandel will zuerst Schwierigkeiten gehabt haben, geeignete Leute dafür zu finden, bis er mit Thormann zusammentraf, einem ehemaligen Mitglied der Brigade Ehrhardt und des Wiking-Bundes[10]. Thormann habe zugesagt, die Sache mit Hilfe einiger anderer Leute zu übernehmen. Von diesen Leuten habe er, Grandel, nur einen gewissen Heinz Köpke kennengelernt, der das Attentat ausführen wollte, wenn seine Mutter 50 000 Mark bekäme. Grandel gab an, Claß habe einen solchen Geldbetrag versprochen und ihm im Januar vorerst 12 000 Mark übergeben. Am Schluß seines Geständnisses sagte Grandel, er mißbillige jetzt „in besserer Erkenntnis der Dinge" die geplante Tat; gleichzeitig warf er den anderen Beteiligten Feigheit und Untreue vor. Soweit die ersten Aussagen Grandels. Justizrat Claß bestritt vor dem Untersuchungsrichter jedwede Beteiligung an einem Attentatsplan gegen Seeckt und brachte die Beschuldigung mit einem Anfang Januar 1924 in Berlin aufgetauchten „Protokoll" eines Verschwörertreffens in Zusammenhang[11], in dem auch Claß genannt war. Beides, die Aussage Grandels und das doch offensichtlich gefälschte Protokoll, sei Teil einer Diffamierungskampagne gegen ihn und komme wohl aus derselben Ecke. Der Richter schien das zu akzeptieren[12].

Claß hatte den in bayerischen nationalen Kreisen wegen seiner wirtschaftspolitischen Kenntnisse und Beziehungen sehr geschätzten Dr. Grandel im April 1923 in Hamm, auf einer Konferenz der Vertreter der Nationalen Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, kennengelernt, als dort Maßnahmen gegen die französische Be-

---

[10] Der „Wiking-Bund", eine völkisch-nationalistische Kampfgemeinschaft, war eine Nachfolge-Organisation der Brigade Ehrhardt, siehe Krüger, a. a. O., S. 98 u. später. Nach Mitteilung des „Wiking-Bundes" an die Presse sei Thormann zwar aktives Mitglied des Bundes gewesen, habe aber seine Mitgliedskarte nicht erneuert und sei damit ausgeschieden; Berliner Tageblatt (künftig: BT) v. 27. 1. 1924.

[11] In diesem Protokoll einer Zusammenkunft von Alldeutschen (genannt waren Claß, der ehem. sächsische Oberfinanzrat Paul Bang und der pommersche Landrat a. D. Gertzlaff v. Hertzberg) am 17. Februar 1920 war von einer Organisation namens „Bund" (wohl der geheime Nebenverband des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, vgl. dazu Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus, Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 86 ff.) und einem kommenden „Putsch" die Rede, womit wohl das Unternehmen Kapp gemeint war (vgl. Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967).

[12] Vgl. Protokoll des Untersuchungsrichters vom 22. 1. 1924, Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA), ADV 672, Bl. 3 und Akten u. Dokumente des Alldeutschen Verbandes in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, 11-C3 (künftig abgek.: FS, 11-C3, ADV). Die gleiche Argumentation wird in einem Schreiben des Vorstands des Alldeutschen Verbandes an seine Ortsgruppen vom 26. 1. 24 benützt, ZStA, ADV 672, Bl. 10.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

satzung im Ruhrgebiet besprochen wurden. Grandel hatte die Tagung als Vertreter nationaler Gruppen in Bayern besucht. Nach der Konferenz waren Claß und Grandel gemeinsam nach Berlin gefahren und hatten während der Eisenbahnfahrt Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch. Claß war offensichtlich von der Haltung und dem starken nationalen Engagement Grandels beeindruckt worden. Er traf in der Folgezeit auch in München und Bad Kissingen mit ihm zusammen[13]. Da sie in der politischen Grundhaltung und Beurteilung der Lage im wesentlichen übereinstimmten, trafen sie schließlich eine Abmachung, daß Grandel den Justizrat regelmäßig über die NSDAP, der Grandel seit 1920 angehörte[14], über die Lage in Bayern und über die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen berichten sollte. Grandel wurde so im Frühjahr 1923 zu einem der Hauptverbindungsmänner zwischen NSDAP und Alldeutschem Verband[15]. Seiner Aussage vor dem Untersuchungsrichter zufolge hatte er Claß auch noch einige Tage vor seiner Verhaftung, zwischen dem 11. und 13. Januar 1924, in Berlin getroffen, um mit ihm die allgemeine politisch-ökonomische Lage zu besprechen[16].

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes galt allgemein als einer der „Bankiers" der nationalen Bewegung. Auch Grandel bekam von ihm Geldbeträge, die zur Bekämpfung der rheinischen und pfälzischen Separatisten gedacht waren, doch schien er sie nach Auffassung Claß' nicht effektiv genug verwendet zu haben[16a]. Wie weit Claß Grandel tatsächlich in seine eigenen politischen Pläne eingeweiht hat, bleibt unklar, doch hat Grandel offensichtlich einigen Einblick in die Aktivitäten des Alldeutschen Verbandes gewonnen und Namen gehört, die er nun in seinem „Geständnis" ausplauderte.

Erst nach dem Hochgehen der „Seeckt-Affäre" erfuhr Claß, daß Grandel auch zu Rechtskreisen enge Beziehungen unterhielt, die den Justizrat bekämpften, ein Doppelspiel gespielt und den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes aufs Glatteis geführt haben sollte. Am 1. Februar 1924 schrieb ihm ein Münchener Gesinnungsfreund, der Verleger Julius F. Lehmann[17], er bedauere es sehr, Claß nicht

[13] Ebenda, Bl. 3.

[14] Über Grandels Rolle in der NSDAP vgl. Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923, in dieser Zeitschrift 25 (1977), S. 16 f.; B. S. Chamberlin, The Enemy on the Right, S. 285, und die zeitgenössische Broschüre von Karl Brammer, Attentäter, Spitzel und Justizrat Claß, Politische Prozesse, aktenmäßige Darstellungen, hrsg. von R. Bremer, Heft V, Berlin 1924 (Verlag für Sozialwissenschaft), S. 7.

[15] Sowohl Kahr wie der Münchener Polizeipräsident Pöhner hatten Grandel an Claß empfohlen; FS, 11-C3, ADV.

[16] ZStA, ADV 672, Bl. 3.

[16a] Das Problem, für das investierte Geld keine befriedigende Gegenleistung bekommen zu können, machte Claß während der ganzen Weimarer Zeit zu schaffen. 1928 beklagte er sich gegenüber Ernst Jünger, daß diejenigen, denen er Gelder zur Verfügung stelle, nur selten ihre Versprechungen einhielten; E. Jünger an B. S. Chamberlin, 14. 3. 1971.

[17] Julius F. Lehmann war einer der Gründer der Münchener Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes und für diesen wie später für die NSDAP sehr aktiv, vgl. Auerbach, a. a. O., S. 6 f. u. öfter. – ZStA, ADV 672, Bl. 14, Lehmann an Claß, 1. 2. 24, u. Bl. 15–16, Fischer an Lehmann, 31. 1. 24.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon früher über Grandels politischen Hintergrund informiert zu haben. Lehmanns Bericht zufolge war Grandel ein „fanatischer Parteigänger" Reinhold Wulles, der sich mit Claß überworfen hatte; er und die von ihm und Albrecht von Graefe gegründete Deutsch-Völkische Freiheitspartei[18] lagen nun in ständiger erbitterter Fehde mit dem Alldeutschen Verband und seinem Vorsitzenden. Grandel habe Wulle, so schrieb Lehmann, in diesem Kampf unterstützt[19]. Im übrigen bezeichnete Lehmann Grandel als einen „ganz unklaren Wirrkopf . . ., der immer die größten Reden im Munde führt und die Juden immer dutzendweise umlegen wollte". Lehmann war der Ansicht, die „Seeckt-Affäre" sei ein Komplott der DVFP, um Claß in völkischen Kreisen „unmöglich zu machen".

Nachdem Claß vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt hatte, ließ dieser Grandel zur Gegenüberstellung mit Claß vorführen. Dabei brach Grandel völlig zusammen: er warf sich Claß zu Füßen und bat ihn um Vergebung für seine Missetaten, vor allem für die „Lüge", Claß sei in die Attentatsaffäre verwickelt. In diesem nervlichen Zustand widerrief Grandel das „Geständnis", das er nach der Verhaftung abgelegt hatte[20]. Der Richter ordnete daraufhin eine ärztliche Unter-

---

[18] Zur Entwicklung der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) vgl. Reimer Wulff, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928, phil. Diss. Marburg 1968. Zu den Streitigkeiten zwischen Alldeutschem Verband und DVFP vgl. Chamberlin, The Enemy, S. 175 ff. – Reinhold Wulle, seit Oktober 1918 Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung", des Hauptorgans des Alldeutschen Verbandes, begann ab Frühjahr 1920 als Kandidat und Reichstagsabgeordneter innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eine Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, aus der sich Ende 1922 die DVFP entwickelte. Beide Organisationen wurden von Claß als Konkurrenzunternehmen zum Alldeutschen Verband und dessen völkischem Ableger, dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, angesehen. Wulle überwarf sich mit Claß, schied Anfang 1921 aus der „Deutschen Zeitung" aus und begann nun gegen Claß und den Alldeutschen Verband zu agitieren. Die Auseinandersetzungen verschärften sich, als Wulle zusammen mit dem – vorher ebenfalls führend im ADV tätig gewesenen – Albrecht von Graefe-Goldebee die DVFP gründete. Innerhalb des völkischen Lagers entbrannte nun ein erbitterter Konkurrenzkampf, der zu zunehmender Radikalisierung führte. In Norddeutschland grub die DVFP den Alldeutschen das Wasser ab und in München zog die NSDAP die Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu sich hinüber. Claß versuchte, wenigstens zur NSDAP gute Beziehungen zu behalten und benutzte Grandel, Lehmann u. a. als Mittelsmänner.

[19] NSDAP und DVFP, die sich ideologisch sehr nahe standen, hatten seit März 1923 insofern zusammengearbeitet, als durch eine Abmachung zwischen Hitler und Wulle das Aktionsgebiet der NSDAP auf Süddeutschland, das der DVFP auf Nord- und Mitteldeutschland begrenzt wurde. Als Folge des Hitlerputsches wurden allerdings am 20. 11. 1923 beide Parteien im gesamten Reichsgebiet verboten. Die NSDAP zerfiel nach dem Debakel vom 9. November in verschiedene miteinander konkurrierende Gruppen. Grandel suchte nun offensichtlich wieder bei den Deutschvölkischen Anschluß, die ihre Organisation besser bewahren konnten und sich ab Februar 1924 mit einem Teil der Nationalsozialisten und Ludendorff als Gallionsfigur zu einem „Völkischen Block" zusammenschlossen und bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 immerhin 32 Mandate gewannen. J. F. Lehmann hielt sich an die von Alfred Rosenberg geführte hitlertreue „Großdeutsche Volksgemeinschaft".

[20] FS, 11-C3, ADV, damit übereinstimmend die Aussage des Untersuchungsrichters bei der Gerichtsverhandlung, vgl. BT vom 28. 5. 1924.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

suchung Grandels und Thormanns an. Claß konnte unbehelligt nach Hause gehen und den Prozeß abwarten.

Der medizinische Sachverständige konstatierte, daß Grandel an einem erheblichen Herzfehler, an Melancholie, Hysterie und starken Depressionen leide[21]. Auch Thormann war nicht gesund, sein Fall jedoch komplizierter. Thormann hatte 1915 an der Front eine schwere Kopfverletzung (Schädelbasisbruch) erlitten, die nicht ohnen Folgen für seine Psyche geblieben war; er neigte zu starker Selbstüberschätzung, einer Art „Napoleonskomplex". Ein solcher Drang, in die Geschichte einzugehen, habe ihn bewogen, bei dem Komplott gegen Seeckt mitzumachen[22].

Daß die „Deutsche Zeitung" das Gerücht verbreitete[23], Thormann habe auch für die Franzosen gearbeitet, wäre nicht weiter erwähnenswert, denn von alldeutscher Seite aus versuchte man ihm natürlich etwas anzuhängen; aber auch in einem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung wird er mit einem französischen Spion namens Thormann in Verbindung gebracht, der in der ersten Hälfte des Jahres 1923 von Zürich aus operiert haben soll[24]. Thormann und Grandel blieben jedenfalls bis Prozeßbeginn in Haft.

Sowohl in der Voruntersuchung wie im Prozeß selbst wurden von Angeklagten und Zeugen Aussagen gemacht, die sich in beträchtlichen Teilen widersprechen; die Presse beider politischer Lager trug ihrerseits neue „Erkenntnisse" zur Stützung der jeweils vertretenen Version bei. Um den Leser nicht zu sehr zu verwirren, soll im folgenden eine zusammenfassende Darstellung der Vorgänge geboten werden, die im Laufe der Untersuchung und des Prozesses ans Licht kamen, ungeachtet der Reihenfolge der Aussagen.

Schon in der Voruntersuchung wurden die Beziehungen zwischen Justizrat Claß und General v. Seeckt zum Hauptgegenstand des Interesses. Nachdem sich Claß anfangs mit dem Hinweis auf deren Vertraulichkeit weigerte, darüber auszusagen, wurde ihm vom Untersuchungsrichter das Protokoll der Vernehmung Seeckts vorgelegt. Der General hatte seine Untersuchungen mit Claß und dessen angestrengte Versuche, einen Sturz der Regierung zu betreiben, offen geschildert[25]. Wie zu erwarten, bestritt der Justizrat den größten Teil der Seecktschen Darstellung[26], verhielt sich insgesamt dem General gegenüber aber sehr vorsichtig. Während des Prozesses, der vom 26. Mai bis 5. Juni 1924 dauerte, verlangte Claß mehrmals den Ausschluß der Öffentlichkeit, da seine „Verhandlungen" mit Seeckt Fragen der Staatssicherheit berühren würden. Das Gericht weigerte sich aber, dem

---

[21] Laut Vossische Zeitung (VZ) vom 28. 5. 24, Abendausgabe, BT vom 28. 5. 1924 u. Vorwärts vom 1. 6. 1924.

[22] Ebenda.

[23] Deutsche Zeitung (DZ) vom 5. 2. 1924.

[24] Bayerisches Geheimes Staatsarchiv (BayGStA), MA 100 446b, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) an Polizeidirektion München am 16. 5. 1923.

[25] Seeckts Aussage liegt im ZStA, ADV 672, Bl. 4, datiert 25. 1. 1924, vor.

[26] FS, 11-C3, ADV und ZStA, ADV 872, Bl. 5–7 (26. 1. 1924).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stattzugeben. Claß versuchte, wie ein um die Sicherheit des Staates besorgter Bürger aufzutreten, diese Rolle nahmen ihm aber nur seine eigenen Parteigänger ab.

Schon anläßlich des ersten Besuchs bei ihm, so Seeckt, habe Claß die Ansicht vertreten, die gegenwärtige Regierung müsse gestürzt werden, und zwar mit Gewalt. Er, Seeckt, habe vergebens versucht, Claß davon abzubringen. Auch bei späteren Begegnungen sei Claß ständig auf seinen Plan eines Coup d'état zurückgekommen, ohne aber konkrete Vorschläge für eine neue Regierung zu machen. Die letzte Besprechung zwischen Claß und Seeckt habe am 24. September 1923 in dessen Büro in der Bendlerstraße stattgefunden[27]. Bei dieser Gelegenheit habe nun Claß versucht, Seeckt für seinen Plan zur Errichtung einer „echten" nationalen Diktatur zu gewinnen[28]. Auch diesmal habe Claß keine Einzelheiten dargelegt. Claß habe geglaubt, eine Reihe von Organisationen hinter sich zu haben und mit deren Hilfe eine Änderung der politischen Lage herbeiführen zu können. Seeckt charakterisierte Claß recht treffend, als er sagte, dieser gehöre zu den Leuten, deren politisches Denken in dem Satz gipfele „Es muß etwas geschehen!". Diese Leute hätten den General gesucht, der dumm genug sei, auf sie hereinzufallen. Seeckt bemerkte dazu: „Das bin ich nicht! Unsere Unterredung schloß damit, daß ich ihn nicht in Zweifel ließ, daß ich jedem Umsturz, ob von rechts oder links, mit allen Mitteln begegne."[29] Im übrigen meinte Seeckt, Claß sei zwar bei dieser Unterredung sehr aufgeregt gewesen, habe aber nicht den Eindruck gemacht, konkrete Aktionen im Sinne zu haben. Claß scheine wohl ein „Umstürzler", aber in dieser Hinsicht nicht zu gefährlichen Aktionen fähig zu sein. Er, Seeckt, habe sich auch nicht bedroht gefühlt.

Claß bezeichnete seine Gespräche mit Seeckt als „Verhandlungen". Er habe dem General Nachrichten von den Kampfverbänden im Ruhrgebiet und von Aktionsplänen, die er erhalten hatte, übermittelt und bemerkt, der beste Weg zur Sicherstellung des Erfolgs der nationalen Sache sei, diese Gruppen unter das Kommando der Reichswehr zu stellen (dazu meinte Seeckt, *er* habe diesen Gedanken Claß nahegelegt). Im Falle eines Zusammenstoßes mit Frankreich würde die Errichtung einer „echten" nationalen Diktatur unumgänglich sein. Über den Inhalt der Unterredung am 24. September 1923 machte Claß widersprüchliche Angaben. Gegenüber dem Untersuchungsrichter bestritt er, über eine gewaltsame Beseitigung der Reichsregierung gesprochen zu haben. Die Erörterungen seien innerhalb des

[27] Ebenda; ähnlich Seeckts Aussage vor Gericht laut BT vom 31. 5. 1924 und VZ v. 31. 5. 24, Abendausgabe, S. 6.

[28] Unter einer „echten" Diktatur, von der er häufig sprach, verstand Claß die Ausübung diktatorischer Gewalt auch gegenüber Reichsregierung und Reichstag, d. h. die Möglichkeit der Entlassung von Ministern und der Auflösung des Reichstags. So weitgehende Vollmachten hatte der Chef der Heeresleitung natürlich nicht, als ihm am 8. 11. 23 aufgrund Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung die vollziehende Gewalt übertragen wurde.

[29] Wiedergegeben in der Broschüre von Brammer (s. Anm. 14), S. 14 f., und bei Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 374. Bei Meier-Welcker ist S. 424 f. auch kurz der Attentatsplan gegen Seeckt erwähnt. Dagegen fehlt bei F. v. Rabenau, Seeckt – Aus seinem Leben, Bd. II, Leipzig 1940, jeder Hinweis.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rahmens der Legalität geblieben, und er habe die Zusammenkunft mit dem Eindruck verlassen, daß Seeckt seine Ansichten teile. „Wir besprachen, daß nach der Reichsverfassung die Reichswehr die Aufhebung von Ausnahmebestimmungen jederzeit verlangen könne. Hierzu fragte ich den General, wie er sich zu einem solchen Verlangen stellen würde. Der General erwiderte: ‚Das würde man sehen.'"[30] Während der Gerichtsverhandlung gab Claß angesichts der Aussagen Seeckts aber zu, daß er tatsächlich konkrete Vorschläge für eine Änderung des Systems mit dem General besprochen hatte. Aus ganz Deutschland seien ständig beunruhigende Berichte nach Berlin gelangt, insbesondere aus Bayern. Seeckt selbst habe von einer Gruppe von Männern aus dem Süden gesprochen, von denen er wisse, daß sie einen Putsch planten, und sie „Verbrecher" genannt. Er habe dann zu Seeckt gesagt: „Deutschland kann nur durch das Heer gerettet werden!" Daraufhin habe der General in der Tat die Bemerkung gemacht, er würde einen Aufstand von rechts ebenso rücksichtslos niederschlagen wie einen von links, und zwar „bis zur letzten Kugel"[31].

Nicht nur der Alldeutsche Verband, sondern die deutschen Rechtskreise generell hatten im Herbst 1923 große Erwartungen in den General von Seeckt gesetzt. Eine Militärdiktatur oder ein „nationales Direktorium" unter der Führung des Chefs der Heeresleitung sollte nach ihren Vorstellungen die Macht im Staate übernehmen und „Ordnung schaffen". Seeckt selbst, der der parlamentarischen Demokratie reserviert bis ablehnend gegenüberstand, scheint im September 1923 auf eine Rechtsregierung gehofft zu haben, die ihm die Kanzlerschaft antragen würde[32]. Stattdessen übertrug Reichspräsident Ebert am 26. September anläßlich der Verhängung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich (in Reaktion auf denselben Schritt in Bayern) die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister Geßler. Erst nachdem am 8. November Hitler den Putschversuch in München gemacht hatte, wurde Seeckt mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt beauftragt. Das Kabinett Stresemann blieb aber im Amt, und Seeckt verhielt sich loyal zu Regierung und Reichspräsident. Diese Haltung wurde ihm auf rechtsradikaler Seite übelgenommen. Daß Seeckt seine Befugnisse nicht zur Errichtung einer nationalen Diktatur ausnutzte, rief grenzenlose Enttäuschung hervor. Die auf ihn gesetzten Hoffnungen schlugen um in Verachtung, Abscheu und Haß. Während der Gerichtsverhandlung gegen Thormann und Grandel wurde auch ein Brief verlesen, den Claß in dieser Zeit erhalten hatte. Darin stand u. a.: „Seeckt ist der Schildhalter Eberts, Seeckt hat sich durch das Bekenntnis der Legalität das Urteil gesprochen, Seeckt ist jetzt keine Frage mehr, sein Rätsel ist gelöst, er ist die ver-

---

[30] Vgl. ZStA, ADV 672, Bl. 5, u. FS, 11-63, ADV. Diese Aussagen von Claß wurden der Presse schon vor Prozeßbeginn bekannt. Claß hatte den Verdacht, daß sie über den RKO nach außen gedrungen waren und legte beim Untersuchungsrichter Beschwerde ein.

[31] Berichte der DZ und des BT vom 31. 5. 1924 über die Gerichtsverhandlung. Für die Worte „bis zur letzten Kugel" wollte sich Seeckt nicht mehr verbürgen.

[32] Vgl. dazu Meier-Welcker, a. a. O., S. 576.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der heutigen unheilvollen Zustände verhindert. . . ."[33].

In rechtsradikalen Kreisen war die Ansicht weit verbreitet, nur durch die Haltung Seeckts sei die nationale Erhebung vom 8. November 1923 fehlgeschlagen. Die Deutschvölkischen hatten noch einen besonderen Grund zur Feindschaft gegen den General, denn zusammen mit der NSDAP war im November 1923 auch die Deutsch-Völkische Freiheitspartei wegen versuchter Auflehnung gegen die Staatsordnung von Seeckt verboten worden; ebenso ging es zahlreichen Publikationsorganen der Rechtsradikalen[34]. Bei Claß und seinen Gesinnungsgenossen setzte sich die Überzeugung fest, nur nach einer Beseitigung Seeckts könne man die Reichswehr für die nationale Erhebung gewinnen. Seeckt stehe im Weg, also müsse er weg. Auch wenn Claß nicht selber einen Mordplan geschmiedet haben sollte, konnte ihm ein solcher doch nicht ungelegen kommen. Wie die Attentate gegen Erzberger, Rathenau u. a. zeigten, hatte man überdies in den eigenen Gesinnungskreisen genügend Leute, die zu solchen Taten fähig waren. Man mußte ihnen nur auf die Sprünge helfen. In diesem Sinne liefen wohl auch einige der Gespräche zwischen Claß und Grandel. Spätestens bei ihrer Unterredung am 13. Januar 1924 dürften Grandel und Claß tatsächlich über die Attentatspläne gegen Seeckt gesprochen haben, und Claß scheint kaum Einwände erhoben zu haben. Beide waren der Meinung, eine nationale Erhebung sei auch jetzt noch möglich. Grandel soll bei diesem Gespräch berichtet haben, in Bayern stünden mehr als eine Million Leute zum Marsch auf Berlin bereit[35]!

Auch über die Kontakte zwischen Grandel und Thormann gingen die Aussagen auseinander. Es scheint aber festzustehen, daß sich beide gegen Ende 1923 in München kennengelernt hatten[36]. Thormann hatte Beziehungen zu Reinhold Wulle und zu dem Sekretär der Reichstagsfraktion der DVFP, Horst von Tettenborn[37], was ihn für Grandel interessant machte, der hoffte, über Thormann seine Verbindungen zu dieser Partei ausbauen und eventuell eine Brücke zwischen den verfeindeten Gruppen schlagen zu können. Schon bei den ersten Gesprächen zwischen Grandel und Thormann ist aber offensichtlich auch schon von einem Attentatsplan gegen den Chef der Heeresleitung die Rede gewesen. Thormann ließ Grandel wissen, daß er in Berlin Leute kenne, die so etwas vorhätten. Grandel will das zuerst nicht ernstgenommen haben[38], scheint sich zu einem solchen Plan aber zumindest nicht

---

[33] Zitiert bei Brammer, a. a. O., S. 17, und in VZ v. 31. 5. 24, Abendausgabe, S. 5.

[34] Vgl. Wulff (Anm. 18), S. 36 u. 210.

[35] Aussage Claß nach den Prozeßberichten in BT vom 28. 5. 24 und DZ vom 31. 5. 24. – Auch auf amtlicher Seite rechnete man in Bayern im Januar 1924 mit neuen Gewaltaktionen von rechtsradikaler Seite; vgl. dazu z. B. die Denkschrift des Oberregierungsrats Sommer (Bayer. Staatsministerium des Äußern) „Die Lage in Bayern" vom 31. 1. 1924, abgedruckt in: Der Hitler-Putsch (s. Anm. 9), S. 611 f.

[36] Vgl. Bericht über die Gerichtsverhandlung in BT und VZ vom 26. u. 28. 5. 24.

[37] Laut VZ vom 30. 5. 24 (Abendausgabe, S. 4) sei v. Tettenborn lediglich „auf Spesen in der Jugendorganisation der DVFP angestellt" gewesen.

[38] Nach DZ vom 27. 5. 24.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ablehnend geäußert zu haben. Jedenfalls hielt ihn Thormann weiter auf dem Laufenden, und beide trafen sich Anfang Januar 1924 in Berlin. Nun informierte Thormann Grandel über Einzelheiten des Planes, den er mit v. Tettenborn ausgeheckt habe und den der Student Köpke, ein ehemaliger Leutnant und Mitglied des Freikorps Roßbach[39], ausführen wolle. Dazu brauche er aber Geld, und das solle Grandel beschaffen. Grandel hatte schon vor Monaten von Claß größere Summen erhalten oder in Aussicht gestellt bekommen, die er für den Kampf gegen die separatistische Bewegung im Rheinland verwenden sollte[40]. Er schien aber gewillt – ob mit Zustimmung von Claß oder nicht, ist ungeklärt –, einen Teil davon auch für einen solchen andersgearteten „vaterländischen Zweck" auszugeben. Köpke wurden jedenfalls etliche Tausend Mark versprochen[41].

Der Plan, der schließlich von Thormann, Grandel und Köpke gemeinsam besprochen wurde, sah folgendes vor: General v. Seeckt pflegte jeden Morgen vor Dienstbeginn in einem in der Bendlerstraße, nahe dem Reichswehrministerium, gelegenen Tattersall zu reiten. Köpke sollte sich für Montag, 15. Januar, vormittags dort eine Reitkarte besorgen. Wenn dann der General auf der Reitbahn erschien, sollte er dicht an ihm vorbeireiten und aus unmittelbarer Nähe auf ihn schießen. In der daraufhin entstehenden Verwirrung würde es dem Attentäter sicher gelingen, aus dem Tattersall zu entfliehen[42].

Der von Thormann zu dem Komplott hinzugezogene DVFP-Funktionär v. Tettenborn machte aber offenbar nur zum Schein bei der Sache mit. Gleich nachdem Thormann ihm seinen Plan entwickelt hatte, ließ er jedenfalls über einen Major a. D. Gilbert, mit dem er zusammen wohnte und der für die Polizei bzw. das Reichskommisariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung arbeitete[43], das RKO informieren[44]. Laut seiner Zeugenaussage im Prozeß erhielt der Oberregierungsrat

---

[39] Der Direktor der Abteilung IA (politische Polizei) im Berliner Polizeipräsidium, Bernhard Weiß, beschuldigte Köpke auch der Teilnahme an den Vorbereitungen für die Ermordung Rathenaus. Einige Zeitungen wiesen auch auf Parallelen zwischen diesem Fall und dem geplanten Seeckt-Attentat hin, z. B. Bergische-Märkische Zeitung v. 3. 6. 1924.

[40] Laut DZ v. 28. 5. 24.

[41] Siehe Gumbel, a. a. O., S. 200.

[42] So schon kurz nach der Verhaftung Thormanns in der Presse ausführlich dargelegt, z. B. Germania v. 16. 1. 1924, S. 1.

[43] Auch dieser Major a. D. Georg Gilbert gehörte früher dem Freikorps Roßbach an; seine Rolle und Tätigkeit schienen recht undurchsichtig gewesen zu sein. Jedenfalls versorgte er das RKO mit Nachrichtenmaterial über die „vaterländischen Verbände" und wurde dafür bezahlt. Laut Presseberichten bekam er für seine Mitwirkung an der Aufdeckung des Komplotts gegen Seeckt 350 RM. In den Akten des ADV finden sich Berichte über Geldtransaktionen zwischen Gilbert, v. Tettenborn und dem RKO; vgl. Schr. Heinrich v. Gleichen an Claß in: ZStA, ADV 672, Bl. 18 u. 23.

[44] In der Presse vielfach auch „Reichskommissariat für öffentliche Sicherheit" genannt. Das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) wurde in Anlehnung an das Amt des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung in Preußen (das aber inzwischen wieder aufgelöst worden war) 1919 geschaffen und dem Reichsminister des Innern unterstellt. Seine Aufgabe war es, die Reichsregierung über alle die innere

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mühleisen im RKO schon am 5. Januar von dem Attentatsplan Kenntnis. Er vereinbarte mit Tettenborn, das Komplott vorerst laufen zu lassen, um Einzelheiten zu erfahren und im geeignetsten Moment einschreiten zu können. Tettenborn war es auch, der Thormann den „Attentäter" Köpke präsentierte und ihn vereinbarungsgemäß mit einem Reitanzug, einer Karte für den Tattersall und einer Pistole versorgte. Am 12. Januar informierte er Mühleisen darüber, daß das „Attentat" für den Morgen des 15. geplant sei. Daraufhin erwirkte Mühleisen vom Generalstaatsanwalt Haftbefehle – womit erstmals die Polizei eingeschaltet wurde.

An diesem Tage wartete Thormann um 11 Uhr vormittags in dem Berliner Café Josty zusammen mit Tettenborn und dessen Frau auf die Nachricht vom Vollzug des Attentats. Statt Köpke erschienen aber Kriminalbeamte und nahmen ihn fest, zum Schein vorübergehend auch Herrn und Frau v. Tettenborn[45].

Wie ernst war der Attentatsplan nun wirklich gewesen? Seitens des Alldeutschen Verbandes vermutete man sehr rasch, daß es sich um eine abgekartete Sache der DVFP gehandelt habe, um Claß etwas anzuhängen und ihn politisch unmöglich zu machen[46]. Grandel habe das Vertrauen Claß' mißbraucht. Auch wenn dem so gewesen wäre, würde das Claß noch nicht freisprechen, denn er muß den Mordplan ja wohl gebilligt haben.

Die Hintergründe der Affäre kamen auch während der vier Monate dauernden Voruntersuchung und im anschließenden Prozeß gegen Thormann und Grandel, der vom 26. Mai bis 5. Juni lief[47], nicht klar zutage. Strittiger Punkt in der Voruntersuchung war vor allem Grandels erstes Geständnis, das er bei der Gegenüberstellung mit Claß widerrief. Der Untersuchungsrichter Rothmann glaubte weder ihm noch Thormann[48]. Als dieser acht Tage nach seiner ersten Aussage behauptete, er sei das Opfer eines politischen agent provocateur geworden, neigte Rothmann indes dazu, dem zuzustimmen. Auch der Leiter der Politischen Polizei im Berliner Polizeipräsidium, Dr. Bernhard Weiß, mit dem sich Rothmann in Verbindung setzte, bestärkte ihn in dieser Auffassung. Beiden erschien es arg suspekt, auf welche Weise das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung seine Finger in der Affäre stecken hatte. Schon bei der Voruntersuchung war

---

Sicherheit des Reiches berührenden politischen Bestrebungen und Vorgänge zu unterrichten. Das Reichskommissariat war also ein reiner Nachrichtendienst ohne eigene polizeiliche Exekutivbefugnisse (im Unterschied zum ehemaligen Amt des preußischen Staatskommissars), dessen Augenmerk sich hauptsächlich auf die links- und rechtsradikalen Gruppen und ihre Aktivitäten richtete.

[45] Vgl. die Presseberichte in Germania, Vossische Zeitung, Berliner Tageblatt u. a. zwischen 16. u. 18. Januar 1924 sowie während der Prozeßdauer vom 26. Mai bis 5. Juni 1924.

[46] Vgl. die Stellungnahme J. F. Lehmanns (Anm. 17) und ZStA, ADV, 672, Bl. 69–70. Im BT vom 3. 6. 24 wird eine entsprechende Äußerung des Grafen Reventlow zitiert.

[47] Die lange Dauer des Prozesses ergab sich, weil die Verhandlungen vor Gericht wegen des schlechten Gesundheitszustandes Grandels häufig vertagt werden mußten. Zum Prozeß vgl. die ausführliche Berichterstattung in den oben genannten Zeitungen zwischen 26. 5. und 6. 6. 1924.

[48] FS, 11-C3, ADV.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutlich geworden, daß der ORR Mühleisen über Gilbert und Tettenborn Thormann anzutreiben versucht hatte und Köpke unterstützte. Die als Tatwaffe diesem zur Verfügung gestellte Pistole stammte aus Mühleisens Besitz[49]! In der Gerichtsverhandlung trat Mühleisen offen für die DVFP ein und suchte den Alldeutschen Verband, Claß und die „Deutsche Zeitung" anzuschwärzen, worauf Claß erregt entgegnete: „Ich kann mich doch hier nicht politisch hinrichten lassen?"[50]

Es war bekannt, daß das RKO eine Domäne der Rechten war und Beziehungen zu den Deutschvölkischen unterhielt. Das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung in der Weimarer Republik war nicht nur eine von der regulären Polizei unabhängige Institution, sondern verfolgte seine eigene Linie und arbeitete in einer Weise, die ständig zu Reibereien mit dem Preußischen Innenministerium und der preußischen Politischen Polizei (die beide unter sozialdemokratischen Einfluß standen) führte[51]. Weiß warf dem RKO-Beamten Mühleisen während des Prozesses in öffentlicher Sitzung vor, die Angelegenheit nicht pflichtgemäß der Politischen Polizei übergeben, sondern im Alleingang gehandelt zu haben und sogar an dem Attentatsplan gegen Seeckt beteiligt gewesen zu sein[52]. Er war, wie auch Claß, überzeugt davon, daß Mühleisen Grandels erste Zeugenaussage der Presse zugespielt habe. Die im Auftrag des RKO arbeitenden Spitzel Gilbert und Köpke – beide ehemalige Roßbach-Leute – wurden von Weiß in einer Weise charakterisiert, die wenig von ihrem Leumund übrig ließ[53]. Der Untersuchungsrichter hatte sich weitgehend die Auffassung der Politischen Polizei zu eigen gemacht, der Staatsanwalt stand auf der Seite des Reichskommissariats. Der Prozeß wurde somit gleichzeitig zu einer Machtprobe zwischen zwei Staatsorganen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit!

Diese Auseinandersetzung hatte zur Folge, daß die Ausführungen des Chefs der Politischen Polizei, des Juden Bernhard Weiß, zur Entlastung von Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des antisemitischen Alldeutschen Verbandes, beitrugen. Das wurde von den Deutschvölkischen wiederum weidlich ausgeschlachtet und der Alldeutsche Verband in der DVFP-Presse groteskerweise als „judenhörig" verschrien. Im übrigen offenbarte der Prozeß nur die Gegensätze und Streitigkeiten zwischen den verfeindeten rechtsradikalen Lagern. Das ging so weit, daß Tettenborn Claß beschuldigte, er habe Kahr, Lossow und Seisser bei ihrem erfolgreichen Versuch, den Hitler-Ludendorff-Putsch zum Fehlschlagen zu bringen, dirigiert[54]. Der völkische Politiker Graf Reventlow versuchte vergeblich, das schlechte Schauspiel, das die Rechte da bot, zu unterbinden und zwischen den Kontrahenten zu vermitteln.

---

[49] ZStA. ADV, 672, Bl. 55, Gerichtsakte.

[50] Siehe VZ, 2. 6. 24, Abendausgabe, S. 5.

[51] Vgl. BT vom 30. 5. u. 1. 6. 24.

[52] Mühleisen versuchte sich zu rechtfertigen mit dem Hinweis, das vorhandene Beweismaterial hätte für ein Einschreiten der Politischen Polizei noch nicht ausgereicht, deshalb habe er sie auch nicht verständigt, vgl. DZ v. 3. 6. 1924.

[53] Vgl. BT und DZ vom 1. 6. 24.

[54] ZStA, ADV 672, Bl. 67, Gerichtsakte.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon vor dem Prozeß, am 31. März 1924, hatte der Graf ein Treffen zwischen Claß und Graefe arrangiert, um sie zu bewegen, das Kriegsbeil zu begraben. Es kam aber nicht zu einer Annäherung der Standpunkte[55]. Tettenborn denunzierte dann Reventlow vor Gericht, dieser habe ihn beeinflussen wollen, keine Aussagen zuungunsten von Claß zu machen. Reventlow wurde als Zeuge vorgeladen und beteuerte, er habe Tettenborn nur gebeten, bei seinen Aussagen „objektiv" zu bleiben und im übrigen seinen Einfluß bei Mühleisen (dem RKO-Vertreter!) geltend zu machen, damit in der DVFP-Presse keine gegen Claß gerichteten Artikel mehr erscheinen würden[56].

Das RKO hatte sich eine starke Blöße gegeben; die Aufdeckung seiner dubiosen Methoden gaben seinem Ansehen als Stütze der demokratischen Republik einen argen Stoß. Der Staatsanwalt beantragte für Thormann und Grandel je drei Jahre Zuchthaus. Aber das Gericht sprach beide frei und machte sich im wesentlichen die Auffassung von Weiß und Rothmann zu eigen: der Verabredung der Angeklagten mit Tettenborn und Köpke könne kein „ernsthafter" Charakter beigemessen werden. Die beiden Angeklagten hätten zwar einen Mord begehen wollen, aber die beiden Partner ihrer Verabredung nicht. Und eine ernsthafte Verabredung mit agents provocateurs sei legal nicht möglich. Der Wille zu einer strafbaren Tat allein sei nicht strafbar[57]. Im übrigen sei Thormann infolge seiner Kopfverletzung „minder zurechnungsfähig"[58].

Gleichzeitig stellte das Gericht aber fest: „Beide Angeklagten haben den Wunsch nach der Beseitigung des Generals von Seeckt gehabt und sie haben diesem Wunsch auch laut Ausdruck gegeben. Dabei mag nicht ohne Einfluß gewesen sein die Ansicht des Justizrats Claß, daß der General von Seeckt für Deutschland ein Schädling sei. Daß Justizrat Claß etwa die Ermordung des Generals von Seeckt gewünscht hat, erschien dem Gericht ausgeschlossen . . ."[59].

Das war zwar eine gewisse Entlastung von Claß, aber das Bild des integren Justizrates war doch in aller Öffentlichkeit beträchtlich angeschlagen worden. Seeckt hatte in öffentlicher Gerichtsverhandlung erklärt: „Das, was Herr Claß mir vorschlug, war ein Verfassungsbruch und Staatsstreich."[60] Auch wenn Claß selbst die Ermordung Seeckts nicht gewünscht haben sollte, so hat er doch nichts gegen die Mordpläne unternommen. Daß er davon überhaupt nichts erfahren hätte, nahm

---

[55] Dazu Besprechungsnotizen v. 31. 3. 24 in ZStA, ADV 658, Bl. 8–11. Reventlow bedauerte schließlich, zu einem solchen Treffen eingeladen zu haben, da es sich nur in gegenseitigen Vorwürfen erschöpfte.

[56] Vgl. dazu DZ v. 2. 6. 24 u. BT v. 8. 6. 24.

[57] Vgl. die Berichte in den schon angeführten Tageszeitungen vom 5. 6. u. 6. 6. 1924; ferner Gumbel, a. a. O., S. 202; ZStA, ADV 672, Bl. 73, Gerichtsakten. Der Generalstaatsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein, die aber verworfen wurde. Vgl. ZStA, ADV 672, Bl. 85–88. Revisionsbegründung v. 28. 6. 24, Bl. 111, Revisionszurückweisung vom 27. 11. 24.

[58] ZStA, ADV 672, Bl. 75.

[59] Wortlaut in VZ vom 5. 6. 24, Beilage, S. 1.

[60] Gumbel, a. a. O., S. 202; VZ v. 31. 5. 24, Abendausgabe, S. 1. Germania v. 31. 5. 24, Abendausgabe S. 3.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihm auch das Gericht nicht ab. Die Feindschaft des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes gegen die demokratische Republik war offenkundig geworden; der Verband wurde künftig stärker überwacht. Aber in den rechtsradikalen „nationalen Kreisen" tat ihm diese Niederlage wenig Abbruch. Claß selbst trat an die Spitze des Kampfes gegen den Dawes-Plan und die Stresemannsche Außenpolitik. Er gab auch seine Umsturzpläne zur Errichtung einer „echten" Diktatur nicht auf. Noch um die Jahreswende 1925/26 beriet Claß mit verschiedenen Führern von Wehrverbänden neue Putschpläne[61]. Als diese sich als nicht realisierbar herausstellten bzw. der Polizei bekannt wurden, entschloß er sich – wie Hitler – den „legalen Weg" einzuschlagen, verbündete sich mit Hugenberg und krempelte die Deutschnationale Volkspartei im alldeutschen Sinne um.

Wenn der Thormann-Grandel-Prozeß also für Claß relativ glimpflich ausging, so war das Urteil für den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und seinen Oberregierungsrat Mühleisen eine schallende Ohrfeige. Seine dubiosen Lockspitzel-Methoden und agents provocateurs wurden bloßgestellt. Das zum Schutz der Republik eingesetzte RKO unterstützte und arbeitete mit Leuten, die selbst aus rechtsradikalen Freischärlerkreisen kamen und wohl alles andere als republikfreundlich waren. Der Oberregierungsrat Mühleisen ließ sich zudem völlig von dem deutschvölkischen Funktionär Tettenborn einwickeln und betraute de facto diesen mit der Untersuchung der Verschwörung. Dafür schaltete er bewußt die preußische Politische Polizei aus, um sich selbst polizeilich „betätigen" zu können – obwohl das Amt des RKO keine Exekutivbefugnisse besaß. Dieser Übelstand wurde auch von der republikanischen Presse aufgegriffen. Die „Vossische Zeitung" befaßte sich beispielsweise in ihrem Kommentar zum Prozeß sehr kritisch mit der Institution des Reichskommissars und resümierte: „Wenn die Behörden selber es an dem richtigen Staatsgefühl fehlen lassen, dann kann man sich nicht wundern, wenn Parteiführer von den äußersten Flügeln rechts und links sich wie tobsüchtig gebärden."[62]

Ob es nun noch Hintermänner anderer Art bei dieser Putsch-Affäre gegeben hat und welches ihre Motive waren – darüber schwirrten viele Gerüchte durch den Pressewald –, das läßt sich wohl heute kaum noch feststellen. Man kann den Fall aber auch, was freilich nur eine Spekulation ist, als eine Berliner Fortsetzung der Münchener Auseinandersetzung zwischen Hitler und Kahr interpretieren, und zwar im Konflikt zwischen Tettenborn-Mühleisen auf der einen und Claß-Grandel auf der anderen Seite. Sowohl Claß wie Grandel standen mit Kahr in Verbindung[63]. Daß die Ermittlungen zu so gelegener Zeit begannen, daß die Festnahme der Beschuldigten so passend erfolgte und daß schließlich etliche DVFP-Mitglieder mit engen Beziehungen zur NSDAP in die Sache verwickelt waren, erlaubt immerhin

---

[61] Vgl. hierzu Kapitel X meiner Dissertation The Enemy on the Right. (siehe Anm. 2).

[62] VZ v. 5. 6. 1924, Abendausgabe, S. 2.

[63] Auch Gumbel weist auf diese Theorie hin, hält aber die Angeklagten für schuldig, vgl. Verräter S. 201.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Vermutung, daß man es mit einem Versuch zu tun hat, Claß' Ruf zu schädigen oder zu ruinieren und ihn ins Gefängnis zu bringen, während gerade in München der Prozeß gegen Hitler ablief. Da Hitlers Verteidiger nicht gezögert hätten, Claß als nahen politischen Freund Kahrs hinzustellen, hätte ein wegen Mordversuchs in Untersuchungshaft sitzender Claß dem Ansehen Kahrs und seiner Glaubwürdigkeit als Zeuge gegen die Verschwörergruppe um Hitler erheblich geschadet[64]. Es ist bezeichnend, daß die Berliner Behörden beide Männer, die des Mordversuchs an Seeckt angeklagt waren, für Mitglieder der NSDAP hielten[65], wenn das auch nicht bewiesen werden konnte[66]. Tettenborn sagte aus, ihm habe Thormann erklärt, er sei von Ludendorff und süddeutschen „nationalgesinnten Kreisen" mit dem Anschlag auf Seeckt beauftragt worden[67], und vor Gericht bemühte sich Tettenborn beharrlich, Claß mit der Gruppe Kahr-Seisser-Lossow, d. h. mit der gegen Hitler stehenden Gruppe, in Verbindung zu bringen. Diese Marschroute lief parallel zu Hitlers Aussage im Münchener Prozeß.

Ob Thormann von Ludendorff nahestehenden bayerischen Kreisen gegen Seeckt aufgehetzt worden war, oder ob der Wulle-Graefe-Kreis in der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei sich an Claß rächen und ihn in eine Falle locken wollte, wobei man ihm über Grandel gleich noch Geld aus der Tasche zog – allesamt waren sie „Die Blamierten", wie Wolfgang Heine in der „Vossischen" seinen abschließenden Kommentar überschrieb[68]: „Als ein Mordprozeß fing es an und wurde zu einer Komödie, der man wohl den Titel geben kann, den ich an die Spitze gesetzt habe. Der Schluß ist eine allgemeine Blamage. Thormann blamierte Grandel, Grandel

---

[64] Auch Vertreter der liberalen Mitte spekulierten damals über die Möglichkeiten, die das Zerwürfnis zwischen Kahr (Claß) und Hitler (DVFP) bieten konnte. Vgl. BT vom 28. 1. 1924 und den BT-Leitartikel vom 25. 5. 1924, der den Fall mit dem Hitlerprozeß in Verbindung brachte.

[65] BayGStA, MA 103 456, „Die Lage in Bayern", 31. 1. 1924. Im Herbst 1920 wurde Grandel von Hitler darum gebeten, die finanzielle Situation des Völkischen Beobachters zu prüfen, da die NSDAP den Ankauf des Blattes für die Partei erwog. Trotz des negativen Berichts Grandels erwarb Hitler im Dezember 1920 eine Mehrheit der Anteile des Eher-Verlags, in dem der VB erschien; National Archives Washington, T-84, roll 5, FN 4337-4338, Grandel an Hitler, 27. 10. 1920. Grandel hat die Zeitung auch mit Geld unterstützt, das er 1940 zurück zu erhalten versuchte. Vgl. Roland V. Layton, Jr., The Völkischer Beobachter 1920–1933, The Nazi Party Newspaper in the Weimar Republic, in: Central European History 3 (1970), S. 356.

[66] BT vom 2. 2. 1924. Grandel hat seine Mitgliedschaft in der Partei bestritten (BT vom 28. 1. 1924), dabei jedoch gelogen. Albrecht Tyrell (Vom „Trommler" zum „Führer", Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 254 und öfter) weist nach, daß Grandel seit dem 17. 8. 1920 Mitglied der NSDAP war (Nr. 1713).

[67] ZStA, ADV 672, Bl. 56–57, Gerichtsakten.

[68] Ebenda, S. 1–2: „Die Blamierten, Ein Reigenspiel" von Wolfgang Heine, Staatsminister a. D. Der Verfasser war als Sozialdemokrat 1918/19 preußischer Justizminister, 1919/20 preußischer Innenminister, nach dem Kapp-Putsch zurückgetreten und seitdem als Rechtsanwalt und Publizist tätig. – Einen ähnlichen Tenor hatte der Kommentar in Germania vom 6. 6. 24, Morgenausgabe, S. 2.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Claß. Tettenborn und Köpke suchen Thormann, Grandel und Claß hineinzulegen. Gilbert gibt sich die „redlichste" Mühe, Geld zu verdienen, indem er andere, vorab das hohe Staatsamt des Reichskommissars ausnützt, aber er blamiert in erster Reihe und rettungslos Herrn Oberregierungsrat Mühleisen. Daß dabei jeder der ganzen Gesellschaft am meisten sich selber bloßstellt und blamiert, ist das Heitere an der Sache. So viel Widerliches zutage tritt, soll man ruhig den Mut haben, aus vollem Halse über das Narrenspiel zu lachen."

„Blamiert" waren sie wohl, aber eine solche Kennzeichnung bagatellisiert natürlich die Gefahr, die Vorgänge wie die Mordverschwörung gegen Seeckt für das politische Leben der damaligen deutschen Nachkriegsdemokratie darstellten. Der Prozeß gegen Thormann und Grandel hätte Claß eigentlich politisch erledigen müssen. Es ist aber symptomatisch für die Schwäche der deutschen Gesellschaft in den 20er Jahren, daß Claß seine Wühlarbeit fortsetzen und hinter den Kulissen noch eifriger als zuvor an der Zerstörung der Republik arbeiten konnte[69].

[69] Der politische Mord war in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine weit verbreitete und häufige Erscheinung. Vor allem die Rechte hielt ihn für ein geeignetes Mittel zur Lösung der Probleme dieser Zeit. Nach einer Berechnung sind zwischen 1919 und Juni 1922 – als Rathenau ermordet wurde – mehr als 350 Morde von rechtsgerichteten Tätern verübt worden, 22 Morde von linksgerichteten Tätern; die Gerichte verurteilten jedoch nur wenige Täter von der Rechten, hingegen 38 von der Linken. Vgl. E. J. Gumbel, Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962, S. 46. Weitere Einzelheiten über die einseitige Justiz in der Weimarer Republik bei Arnold Brecht, Prelude to Silence, New York 1944; E. und H. Hannover, Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt a. M. 1966; Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1964⁴, S. XXX.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BERND STEGER

DER HITLERPROZESS UND BAYERNS VERHÄLTNIS ZUM REICH 1923/24

Nach vierundzwanzig Verhandlungstagen verkündete Landgerichtsdirektor Georg Neithardt als Vorsitzender des Volksgerichts München I am 1. April des Jahres 1924 das Urteil über die wegen des gemeinschaftlich begangenen Verbrechens des Hochverrats Angeklagten Adolf Hitler, General Ludendorff, dessen Stiefsohn Oberleutnant a. D. Heinz Pernet, Oberlandesgerichtsrat Pöhner, Oberamtmann Frick, die Kampfbundführer Ernst Röhm, Hermann Kriebel, Friedrich Weber und Wilhelm Brückner, sowie Leutnant Robert Wagner, Angehöriger der Infanterieschule München. Die Angeklagten waren als Rädelsführer des Hitlerputsches vom 8. November 1923 vor Gericht gestellt worden.

Aus Sicherheitsgründen hatten die bayerischen Justizbehörden das Gebäude der inzwischen aufgelösten Infanterieschule der Reichswehr in München zum Verhandlungsort bestimmt und den Speisesaal im Ostflügel des langgestreckten Baues zum Gerichtssaal umfunktioniert. Die Sicherheitsvorkehrungen waren sehr streng. Polizei- und Reichswehreinheiten standen in Bereitschaft. Der ganze Bau war durch Wachen und Stacheldrahtreiter abgeschirmt. Die Polizeibehörden hatten die Bevölkerung Münchens durch Plakatanschläge und durch die Münchener Presse darauf aufmerksam gemacht, daß immer noch die Bestimmungen des Ausnahmezustandes vom November 1923 ihre Gültigkeit hatten, nach denen hohe Strafen für jene angedroht waren, die aus der Zusammenrottung einer Menschenmenge heraus Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begingen oder dazu aufwiegelten. Politische Versammlungen waren verboten worden.

Das äußere Geschehen vor und in der Infanterieschule glich am Tag des Urteilspruchs dem einer Aufsehen erregenden Theaterveranstaltung. Am Haupteingang stauten sich noch die Menschen, die nur mit Eintrittskarten durchgelassen wurden, während der Gerichtssaal im ersten Stock bereits überfüllt war. Auf den Gängen sah man Leute mit Blumensträußen und Militärs in Uniform. Inländische und ausländische Nachrichtenagenturen hatten ihre Berichterstatter geschickt und die Staatsbehörden ihre Beobachter. Die Angeklagten waren zum Teil in Uniform und mit Orden und Ehrenzeichen erschienen[1].

Kurz nach zehn Uhr begann der Gerichtsvorsitzende mit der Verlesung des Urteils und seiner Begründung. Er wurde zeitweise von starkem Gemurmel und Heilrufen unterbrochen und sein Vortrag wurde unter Tumultszenen beendet. Vor dem Gebäude hatte sich unterdessen eine tausendköpfige Menschenmenge angesam-

[1] Vgl. den Situationsbericht der Polizeidirektion München zur Urteilsverkündung an das Bayerische Innenministerium, abgedruckt in: Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, hrsg. v. E. Deuerlein, Düsseldorf 1968, S. 222 ff. Die Kommentare der in- und ausländischen Presseorgane sind gesammelt in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Presseabteilung, Deutschland 9e, Hitler-Ludendorff-Prozeß, Bd. 1.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

melt, der Hitler und die anderen Angeklagten, nachdem der Gerichtssaal geräumt worden war, aus den Fenstern zuwinkten. Als die Angeklagten das Gebäude verlassen hatten, stellten sie sich noch dem Fotografen zum Erinnerungsfoto.

So war ein Prozeß zu Ende gegangen, der mit einer Gerichtsverhandlung nur den Namen gemein hatte und bei dem das Recht von politischen Erörterungen erdrückt worden war. In seinem Verlauf war die Weimarer Demokratie schutzlos den Schmähungen der völkischen Propaganda preisgegeben worden und es war nicht als ungewöhnlich erschienen, daß in einer Verhandlungspause der Generalstaatsanwalt dem Angeklagten Pöhner vertrauensvoll auf die Schultern geklopft hatte oder die Tiraden Hitlers durch einen Beisitzenden mit der Bemerkung quittiert wurden: „Doch ein kolossaler Kerl!"[2] 24 Tage lang war ein mißglückter Staatsstreich behandelt worden und am Ende wurde ein neuer gefordert. Nach den politischen Auseinandersetzungen vor und während des Prozesses und nach seinem Verlauf konnte der Prozeß gar nicht anders beendet werden als durch eben dieses Urteil.

Bevor Landgerichtsdirektor Neithardt am 26. Februar 1924 die Verhandlung eröffnen konnte, mußte erst die Frage entschieden werden, welches Gericht für diesen Fall überhaupt zuständig war. Die Anklage mußte nach Lage der Dinge auf Hochverrat an der Verfassung des Deutschen Reiches lauten. Die Reichsregierung war deshalb der Ansicht, daß nur der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig als Rechtsinstanz in Frage kommen könne. Die bayerischen Behörden, insbesondere das bayerische Justizministerium, wehrten sich gegen eine solche Auffassung mit den gleichen Vorbehalten, die bereits im Herbst 1922 dieser Institution entgegengehalten worden waren[3]. Das Tauziehen zwischen den Justizministerien in München und Berlin mußte mitbestimmend für den Ausgang des Prozesses selbst werden, weil auf beiden Seiten die Regierungen und Parlamente infolge ihrer Handlungsunfähigkeit und politischen Gegensätze der Justizbürokratie keinen Widerpart bieten konnten. Die Folge war, daß Vor-

[2] Vgl. H. von Hülsen, Zwillings-Seele, Denkwürdigkeiten aus einem Leben zwischen Kunst und Politik, Bd. 1, München 1947, S. 207.

[3] Am 2. August 1922 wehrte sich der damalige bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld gegen das Republikschutzgesetz vom 21. Juli 1922 mit dem Argument, daß dadurch die bundesstaatlichen Hoheitsrechte beeinträchtigt würden und die bayerische Regierung durch „die tiefgehende Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieses Gesetzes" gezwungen werde, dessen Vollzug auszusetzen. Vgl. dazu Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, bearb. v. I. Schulze-Bidlingmeier, Boppard 1973, S. 984 f. Am 14. Nov. 1923 erklärte Ministerpräsident Knilling gegenüber dem württembergischen Gesandten in München, daß es ihm „ganz unmöglich" sei, die Putschisten „an einen politischen Gerichtshof, der zum Teil mit Sozialdemokraten besetzt sei, auszuliefern". In diesem Falle müßte er sich hinter Barrikaden verschanzen. Vgl. Politik in Bayern 1919–1933, Berichte des württembergischen Gesandten Moser v. Filseck, hrsg. v. W. Benz, Stuttgart 1971, Dok. Nr. 124.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereitung und Durchführung des Prozesses allein Sache der sich selbst verwaltenden und sich zu diesem Zeitpunkt auch selbst verantwortlichen Justizbehörde blieb.

Fragt man nach den politischen Machtverhältnissen, wie sie nach dem Zusammenbruch des Hitlerputsches herrschten, so stößt man auf einen merkwürdigen Dämmerzustand, in dem sich die maßgebenden Institutionen befanden. Der Reichstag hatte sich selbst durch das Erste Reichsermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923[4] einen wesentlichen Teil seiner innenpolitischen Entscheidungsmöglichkeiten genommen. Mit dem Bruch der großen Koalition am 3. November 1923 war dieses Gesetz zwar hinfällig geworden, aber die innerparlamentarischen Gegensätze, die bis in die Regierungsparteien hineinreichten, machten den Reichstag auch weiterhin handlungsunfähig[5].

Die politische Führung konnte aber auch nicht vom Reichskanzler übernommen werden; einmal wegen der bekannten Präsidialverordnung vom 8. November 1923, durch die der Oberbefehl über die Wehrmacht und die Ausübung der vollziehenden Gewalt dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt übertragen worden war[6], und zum anderen, weil die Regierung Stresemann nur noch aus einem Rumpfkabinett bestand, ohne feste parlamentarische Bindung und von Zufallsmehrheiten des Reichstages abhängig. Am 23. November verweigerte der Reichstag dem Kanzler das Vertrauen endgültig. Aber in der Folgezeit war keine Partei bereit, die Führung der Politik zu übernehmen. Innerhalb einer Woche gab es damals ein halbes Dutzend Kanzlerkandidaten, bis endlich am 30. November 1923 Wilhelm Marx ein Kabinett vorstellen konnte, dem aber ebenfalls die Mehrheit im Reichstag fehlte.

Reichskanzler Marx und vor allem sein Finanzminister Luther waren sich darüber im klaren, daß die Stabilisierung der Reichsregierung, die rasche Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und das dringend notwendige Sanierungsprogramm für die durch die Inflation zerrüttete Wirtschaft unter den gegebenen Verhältnissen nicht auf dem normalen parlamentarischen Weg erreicht werden konnten. Das Kabinett beantragte deshalb vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz, um auf dem Verordnungsweg die als notwendig erachteten Reformen möglichst rasch in Kraft setzen zu können. Das Parlament stimmte dem am 8. Dezember 1923 zu, weil die Parteien eine vorzeitige Auflösung des Reichstags befürchten mußten. Nach Ablauf der Frist für das Reichsermächtigungsgesetz forderten die Oppositionsparteien aber sofort eine Teilrevision der inzwischen erlassenen Notverordnungen. Die Debatten darüber zogen sich bis März 1924 hin. Der Schlußabstimmung über die Anträge der Opposition kam der

---

[4] Erstes Reichsermächtigungsgesetz vom 13. 10. 1923, RGBl. 1923 I, S. 943.

[5] Für die Politik der Kabinette Stresemann vgl. die noch 1977 erscheinenden Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Die Kabinette Stresemann, bearb. v. M. Vogt.

[6] Verordnung des Reichspräsidenten betreffend den Oberbefehl über die Wehrmacht und die Ausübung der vollziehenden Gewalt vom 8. 11. 1923, RGBl. 1923 I, S. 1084. Die Verordnung wurde am 28. 12. 1924 wieder aufgehoben.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichskanzler zuvor, indem er am 13. März die Auflösung des Reichstags bekannt gab. Die Neuwahlen wurden auf den 4. Mai 1924 festgesetzt und ihr Ergebnis war vor allem durch die Schwächung der gemäßigten Mitte und das Abschwenken radikalisierter Wählerschichten zu den extremen Flügeln nach links und rechts gekennzeichnet. Die Reichsregierung blieb auch weiterhin ohne parlamentarischen Rückhalt, denn die Deutschnationalen lehnten u. a. die Außenpolitik der Regierung ab, während Marx nicht bereit war, auf Stresemann als Außenminister zu verzichten. Es ist gut zu verstehen, daß die Reichsregierung auf Grund der Instabilität und des unsicheren Rückhalts im Parlament nicht bereit war, in der Lösung ihres Problems mit Bayern eine unflexible Position durch starres Festhalten an ihren Rechten einzunehmen. Obwohl der Hitlerputsch niedergeschlagen war, gab es nicht nur in Bayern noch immer starke Sympathien für die völkische Bewegung und große Hoffnungen auf die nationale Diktatur, die in den nationalkonservativen Kreisen als von Bayern ausgehend erwartet wurde. Darauf mußte die Reichsregierung Rücksicht nehmen.

Die Exekutivgewalt des Reiches lag seit der Präsidialverordnung vom 8. November 1923 allein in der Hand des Chefs der Heeresleitung. Entgegen dem Wortlaut der Weimarer Verfassung hatte Seeckt bis zu diesem Zeitpunkt die Heeresleitung der Unterordnung unter einen zivilen und dem Parlament verantwortlichen Minister entzogen und in eine parlamentarisch nicht verantwortbare, dem Reichspräsidenten lediglich theoretisch unterstellte Kommandogewalt umgewandelt. Darüber hinaus war Seeckt in der kritischen Situation des Herbstes 1923 an Planungen beteiligt, die, wenn eine parlamentarische Lösung nicht mehr möglich schien, eine nationale Diktatur außerparlamentarischer Kräfte vorsahen. In diesem Zusammenhang hatte er auch Kontakte zu den nationalistischen Strömungen in Bayern. Das rasche Ende des Hitlerputsches, noch ehe er sich über die Grenzen Bayerns auswirken konnte, hatte aber Seeckt und seinen nationalen Konspiranten klargemacht, daß die politische Homogenität im eigenen Lager zum Sturz des parlamentarischen Systems noch nicht ausreichte. Für Seeckt blieb damit die Macht, aber er konnte keinen Gebrauch von ihr machen, weil er den offenen Staatsstreich ablehnte und statt dessen den Weg einer pseudolegalen Machtergreifung gehen wollte. Dafür versagten sich ihm noch die Partner, die seine Vorstellungen nach den Systemwechsel mittragen sollten[7]. Das Vorpreschen Hitlers am 8. November 1923 hatte die Konsequenz, daß sich die nationale Ver-

[7] Vgl. dazu insbesondere die Materialsammlung des Generalleutnant Lieber über die Beziehungen der Heeresleitung zum Kabinett Stresemann und ihre Einstellung zur deutschen Innenpolitik im Herbst 1923. Sie wird in dem von M. Vogt bearbeiteten Band der Akten der Reichskanzlei, Kabinett Stresemann, als Anhang 1 abgedruckt. Außerdem auch E. Schröder, Wiedfeldt und die Seeckt-Ebertschen Direktoriumspläne des Jahres 1923, in: Das Münster am Hellweg, Mitteilungsblatt des Vereins für die Erhaltung des Essener Münsters – Münsterbauverein e. V., Heft 11, 1966, S. 129 ff.; E. Kessel, Seeckts politisches Programm von 1923, in: Spiegel der Geschichte, Festgabe für Max Braubach zum 10. April 1964, hrsg. von K. Repgen und Stephan Skalweit, Münster 1964, S. 887 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwörung frühzeitig in einem Teilputsch entlud, nach dessen Scheitern für Seeckt nur noch ein Amt übrigblieb, das er nicht mehr politisch nutzen konnte.

Die politische Situation in Bayern war äußerlich nicht sehr verschieden von der des Reiches. Am 26. September 1923 hatte die bayerische Staatsregierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten von Knilling durch eine Notverordnung den Ausnahmezustand für Bayern erklärt, die vollziehende Gewalt einem „Generalstaatskommissar" übertragen und den Regierungspräsidenten von Oberbayern Dr. Gustav v. Kahr mit diesem Amt beauftragt[8].

Inzwischen aber galt Kahr infolge der zwiespältigen Haltung, die er in der Putschnacht eingenommen hatte – man verübelte ihm besonders, daß er sich in der Putschnacht nicht der Verhaftung einiger Kabinettsmitglieder und einiger höherer Polizeioffiziere widersetzt hatte[9] –, für alle Kabinettsmitglieder mit Ausnahme des Justizministers Gürtner und seines Staatssekretärs Hermann Schmitt als untragbar. Die Frage war nur, wie man Kahr loswerden konnte, denn er selbst hatte erklärt, „daß er alles in die Hand nehmen wolle und sich natürlich keine Weisungen geben lassen könne"[10].

Die Konsolidierung dieser Situation war aber ein Problem, das nur die Bayern selbst lösen konnten. Die gerichtlichen Untersuchungen zur Klärung des Putsches und deren Vorbereitungen mußten dagegen auch die Interessen der Reichsregierung berühren und gehörten deshalb in den Komplex der Normalisierung der Beziehungen Bayerns zum Reich. Mochte der Augenblick auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der bayerischen Entwicklung seit 1919 und mit der Ordnungszellenideologie zwingen – was das Verhältnis zum Reich betraf, war bezeichnenderweise die Meinung sowohl im Generalstaatskommissariat als auch im Kabinett ungeteilt[11]. Kahr hatte nach seiner ersten Weigerung gegenüber dem Kabinett bereits zwei Tage später dem Ministerrat schriftlich erklärt, daß die außenpolitische Vertretung Bayerns, insbesondere gegenüber Berlin, nicht durch ihn selbst, sondern durch das Kabinett wahrgenommen werde[12]. Die Einmütigkeit gegenüber der Reichsregierung über alle inneren Spannungen hinweg war für die

---

[8] Vgl. Niederschrift der Ministerratssitzung vom 26. 9. 1923, in: Der Hitlerputsch, Bayerische Dokumente zum 9. November 1923, hrsg. v. E. Deuerlein, Stuttgart 1962, Dok. Nr. 12, und Verordnung der bayerischen Staatsregierung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 26. Sept. 1923, Bayerische Staatszeitung Nr. 224 v. 27. 9. 1923. v. Kahr trat am 18. Febr. 1924 von seinem Amt zurück.

[9] Vgl. Bericht des württembergischen Gesandten v. 21. Nov. 1923, Württembergisches Hauptstaatsarchiv Stuttgart (WHStA), E 130 II, 99 Bl. 60.

[10] Ministerratssitzung v. 10. 11. 1923, in: E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 92.

[11] Vgl. Ministerratssitzung v. 12. 11. 1923 in: E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 105.

[12] Vgl. Ministerratssitzung v. 13. 11. 1923 in: E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 115. Kahr hatte sich nicht immer an seine Versicherungen gegenüber dem Kabinett gehalten, wodurch es bisweilen zu peinlichen Situationen kam. Vgl. z. B. den Brief Knillings an Kahr vom 13. 12. 1924 in: E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 185. Außerdem nahm sich Kahr sehr stark des „Falles Lossow" an.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vertreter der bayerischen Interessen der große Vorteil in den kommenden Verhandlungen mit dem Reich.

Ein weiteres, für Bayern günstiges Moment in den anstehenden Verhandlungen um den Gerichtsstand für das Strafverfahren gegen die Novemberputschisten war die Verhandlungsbereitschaft des Reichskanzlers Stresemann, der bereits im Oktober zu erkennen gegeben hatte, daß er zu grundsätzlichen Diskussionen über Verfassungsfragen bereit war, um den bestehenden Konflikt zwischen Berlin und München endgültig zu lösen[13]. In der erkennbaren Absicht des Reichsjustizministeriums, den Hitler-Ludendorffprozeß an den Staatsgerichtshof in Leipzig zu ziehen, sahen die Bayern einen Ansatzpunkt, um in eine derartige Grundsatzdiskussion einzutreten; denn dies bedeutete die Gefahr eines Eingriffes in die bayerische Polizei- und Justizhoheit, und so bemühten sie sich, nicht die Entscheidung über den Gerichtsstand, sondern die Grundsatzdiskussion als vorrangig erscheinen zu lassen. Als Ministerpräsident von Knilling am 10. November seinem Kabinett vorschlug, das Verhandlungsangebot Stresemanns aufzugreifen[14], demonstrierte er damit einerseits, daß Bayern zu solchen Verhandlungen bereit war, auf der anderen Seite konnten auch auftauchende Vermutungen zurückgewiesen werden, die Bayern unterstellten, durch eine Prozeßführung innerhalb der eigenen Grenzen die wirklichen Zusammenhänge des Hitlerputsches verbergen zu wollen. Dahinter kann freilich auch die Absicht vermutet werden, einen Präzedenzfall zu schaffen, auf den Bayern in der weiteren Debatte um die Verankerung der Hoheitsrechte der Länder in der Verfassung, insbesondere auf dem Gebiet der Justiz, verweisen konnte.

Die bayerische Staatsregierung hatte offensichtlich erst aus der Tagespresse erfahren, daß der Oberreichsanwalt des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik durch die Reichsregierung beauftragt worden war, den Hochverratsprozeß gegen die Putschisten nach Leipzig zu ziehen[15]. Um dies zu verhindern, erbat Justizminister Gürtner von seinen Kabinettskollegen sofort den Auftrag zu Verhandlungen. Am 15. November kam es zur ersten Erörterung des Themas im Reichsjustizministerium[16]. Die bayerische Delegation stand unter der Leitung des Staatsrats Schmitt vom bayerischen Justizministerium, außerdem waren der bayerische Gesandte v. Preger, Staatsrat Nüßlein und Ministerialrat Dürr vom Innenministerium anwesend. Die Reichsregierung war durch Staatssekretär Joël vom Reichsjustizministerium und zwei weiteren Referenten vertreten.

---

[13] Vgl. G. Stresemann, Vermächtnis, Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. v. H. Bernhard, Bd. 1, Berlin 1932, S. 194, und den Briefwechsel Stresemann–Karl v. Schoch, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (IfZ), F 25.

[14] Niederschrift der Ministerratssitzung vom 10. 11. 1923 in: E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 92; dort ist auch ein Briefentwurf Knillings an Stresemann abgedruckt, der die damalige Verhandlungsposition Bayerns gegenüber dem Reich umreißt.

[15] Ministerratssitzung v. 13. 11. 1923, ebd., Dok. Nr. 115.

[16] Die Niederschrift dieser Besprechung ist abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1933, hrsg. v. E. R. Huber, Stuttgart 1966, Dok. Nr. 327.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Eröffnung der Besprechung erklärte Staatssekretär Joël den bayerischen Vertretern, daß die Reichsregierung sich einem vom Oberreichsanwalt eingeforderten Gutachten anschließe, nach dem der Staatsgerichtshof in Leipzig als zuständige Instanz außer Zweifel stehe. Das Republikschutzgesetz habe als verfassungsänderndes Gesetz auch das bayerische Volksgerichtsgesetz aufheben sollen, und Bayern habe dies damals akzeptiert[17]. Die bayerischen Unterhändler ließen sich aber durch dieses Argument kaum beeindrucken und entgegneten, daß der Standpunkt der Justizverwaltung jetzt irrelevant wäre, weil vom Volksgericht München I bereits richterliche Entscheidungen ergangen wären und das Strafverfahren gegen die Putschisten schon in vollem Gange sei. Außerdem dürfte eine Durchführung des Strafverfahrens durch den Staatsgerichtshof auf Schwierigkeiten stoßen, weil das Republikschutzgesetz durch die Verordnung des bayerischen Generalstaatskommissars in Bayern ausgesetzt worden sei.

Schmitt bezog damit eine Position, von der aus er durch geschaffene Tatsachen politische Zugeständnisse erzwingen wollte. In der weiteren Verhandlung wurde auch deutlich, daß Joëls Eröffnung nur ein taktischer Zug war und das Reichsjustizministerium nur mehr den juristischen Weg suchte, auf dem das bayerische fait accompli legitimiert werden konnte. Inzwischen hatte der Oberreichsanwalt auf Weisung des Reichsjustizministeriums das Strafverfahren gegen die Putschisten zwar vorzubereiten, von einem förmlichen Antrag auf Voruntersuchung war aber noch Abstand genommen worden, „damit man die Sache noch in der Hand behalte". Eine weitere Weisung sollte deshalb den Oberreichsanwalt binden, eventuelle Anordnungen seines Ermittlungsrichters vorläufig nicht zu vollziehen.

Tatsächlich waren weder Seeckt[18] noch Stresemann bereit, etwa durch die

---

[17] Im Protokoll heißt es: „Bayern habe sich selbst auf diesen Standpunkt gestellt, wenn es in der Notverordnung vom Juli 1922, wodurch die Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften des Republikschutzgesetzes von der Anwendung in Bayern ausgeschlossen wurden, die Aburteilung des Hochverrats ausdrücklich den Volksgerichten übertragen habe." Der Bezug auf die bayerische Verordnung vom 24. Juli 1922 (Bayer. GVBl. 1922 S. 374) ist in diesem Zusammenhang recht merkwürdig, weil gerade dieser Text nicht so eindeutig ist, wie es für die Argumentation des Reichsvertreters vielleicht wünschbar gewesen wäre. In der bayerischen Verordnung wird das Delikt des Hochverrats ausdrücklich nicht dem Staatsgerichtshof übertragen. Nach dem Einspruch der Reichsregierung gegen das damalige einseitige Vorgehen Bayerns einigten sich Bayern und das Reich allerdings erst nach langwierigen Verhandlungen auf das sog. „Berliner Protokoll", in dem der bayerische Ministerpräsident Lerchenfeld die Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung zusagte. Im Gedankengang Joëls ist dieses Protokoll vermutlich impliziert, sonst wäre seine Argumentation nicht ganz einleuchtend. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Bayern und Reich im Sommer 1922 vgl. Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Dok. Nr. 332, 336, 337, 338 sowie G. Jasper, Der Schutz der Republik, Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963, S. 92 ff.

[18] In der Morgensitzung des Reichskabinetts am 9. November 1923 hatte Seeckt erklärt, daß er es „grundsätzlich für zweckmäßig [halte], alle Maßnahmen aufzuheben, die geeignet seien, die Situation zu verschärfen"; Kabinettssitzung vom 9. 11. 1923, 12 Uhr, Bundesarchiv Koblenz (BA), R 43 I/1389.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwangsmaßnahmen der Reichsaufsicht oder Reichsexekution, wie sie seit einigen Wochen in Sachsen und Thüringen praktiziert wurden, den Vollzug eines auch für Bayern verbindlichen Reichsgesetzes zu ertrotzen. Hier waren nämlich Verhältnisse geschaffen worden, die ungleich schwieriger zu handhaben waren als dort, wie alle Berichte der politischen Beobachter der bayerischen Szene festhalten[19]. Nach dem Ausschalten des völkischen Flügels war ja das wichtigste Gegengewicht gegen die weiß-blau separatistischen Tendenzen verloren gegangen. Daß der bayerische Generalstaatskommissar mit diesen sehr stark sympathisiert hatte, war bekannt, und in Berlin fürchtete man, daß sich aus den zersplitterten völkischen Gruppen eine neue Bewegung gegen das Reich bilden könnte, die um so gefährlicher schien, als ihre Verbindungen bis in die bayerische Regierung reichten und die Haltung großer Teile der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei bestimmten[20].

In der erwähnten Besprechung erklärte Joël seinen bayerischen Gesprächspartnern, daß er ihre Schwierigkeiten nicht verkenne und daß er die Rechtsfrage des Standorts für den Prozeß noch einmal mit dem Oberreichsanwalt überprüfen und dem Reichskabinett zur Entscheidung vorlegen wolle. Die Durchführung des Prozesses durch das Münchner Volksgericht sei ja nicht nur eine Frage der rechtlichen Möglichkeit, sondern auch der politischen Konsequenzen.

Am 19. November trug Staatssekretär Joël dem Reichskabinett das Ergebnis seiner Besprechungen vor[21] und bemerkte dazu, daß aus politischen Gründen ein Gerichtsverfahren in München nicht zu empfehlen sei, auch wenn es nach § 13 Abs. 3 des Republikschutzgesetzes juristisch möglich wäre[22]. Er empfahl deshalb, daß der Auftrag an den Oberreichsanwalt sich auf ein Ersuchen an die Münchener Polizeidirektion um Rechtshilfe beschränken sollte, wenn man sich darüber auch im klaren sein müßte, daß davon ein praktisches Ergebnis kaum zu erwarten

---

[19] Politik in Bayern 1919–1933, Dok. Nr. 124–126. In einer Aufzeichnung über ein Ferngespräch zwischen Kempner (Ministerialdirektor in der Reichskanzlei) und v. Haniel (Vertreter der Reichsregierung in München) vom 13. November 1923 heißt es: „Herr v. Haniel beurteilt die Frage des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof so, daß keine bayerische Regierung, wie sie auch heiße, hierin nachgeben würde. Bayern würde alle Anordnungen der Organe des Staatsgerichtshofs als nicht vorhanden betrachten . . .“ BA, R 43 I/2218.

[20] Vgl. Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München v. 9. 11. 1923, BA, R 43 I/2218. Nach seiner Flucht aus dem Gefängnis hatte sich der ehemalige Freikorpsführer und Kapp-Putschist Kapitän Ehrhardt in Bayern aufgehalten; er war auch am Novemberputsch beteiligt. In Berlin fürchtete man, daß er jetzt an Stelle Hitlers zu einer Integrationsfigur für die antidemokratische Bewegung nicht nur in Bayern, sondern auch im Reich werden könnte. Vgl. Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 18. 11. 1923, BA, R 134/22.

[21] Kabinettssitzung vom 19. 11. 1923, 18 Uhr, BA, R 43 I/1389.

[22] Der Text lautet: Der Oberreichsanwalt kann eine Untersuchung an die zuständige Staatsanwaltschaft abgeben. Der Staatsgerichtshof kann eine bei ihm anhängig gewordene Untersuchung auf Antrag des Oberreichsanwalts zum ordentlichen Verfahren verweisen.“ Zu beachten ist, daß in diesem Text nicht eine Überweisung an ein Sondergericht, sondern an ein ordentliches Gericht intendiert ist.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sei. Gegen die Stimme des Reichsinnenministers, der durch ein solches Vorgehen eine Verschärfung der politischen Spannungen befürchtete, schloß sich das Kabinett dem Vorschlag Joëls an.

Trotz dieses Vorstoßes[23] ging es der Reichsregierung zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr um den Prozeß selbst, sondern um die Einleitung von Verhandlungen zur Entschärfung der Konflikte, die sich in den letzten drei Monaten zwischen Bayern und dem Reich zugespitzt hatten, und um eine dauerhafte Lösung[24]. Genau das wollte aber auch die bayerische Regierung: über den aktuellen Fall hinweg zum Einstieg in eine grundsätzliche Verfassungsdiskussion.

In diesem Verhandlungsstadium schaltete sich der bayerische Justizminister Gürtner persönlich in die Verhandlung ein. Gürtner[25] war als Koalitionsvertreter der Bayerischen Mittelpartei, dem bayerischen Flügel der DNVP, im Herbst 1922 in das zweite Kabinett Lerchenfeld berufen worden. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Versuch der parlamentarischen Aufklärung der Vorgänge vom 8./9. November 1923 durch einen Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtages[26] wurde für die damalige Politik des bayerischen Justizministers der Begriff „System Gürtner"[27] geprägt. Seine Taktik, die sich vielleicht am ehesten mit dem Terminus der ‚regressiven Realpolitik' etikettieren läßt, ging von der prinzipiellen Ablehnung der Revolution von 1918/19 aus und zielte auf die Überwindung ihrer politischen Konsequenzen mit parlamentarischen Mitteln zugunsten eines autoritären Staates. Gürtner maß in dieser Auseinandersetzung zwischen sozialistisch-liberalen Demokratisierungsbestrebungen und der von ihm

---

[23] Nach dem Bericht des württembergischen Gesandten vom 23. November 1923 sah man in München darin „ein Zeichen für die Nachgiebigkeit Stresemanns den Sozialdemokraten gegenüber. ... Darauf könne man sich hier nicht einlassen, die Haftbefehle des Reichsanwalts würden nicht ausgeführt werden, wobei man sich darauf berufen werde, daß die bayerischen Ausführungsbestimmungen für das Republikschutzgesetz vom Generalstaatskommissar außer Kraft gesetzt worden seien und daß die Verfolgung hier bereits in die Wege geleitet sei." Politik in Bayern, Dok. Nr. 126.

[24] Vgl. Briefentwurf des Referenten Ehlers vom 20. 11. 1923 an den bayerischen Ministerpräsidenten: „Die politische Entwicklung in den letzten Zeiten hat eine bedauerliche Zuspitzung des Verhältnisses zwischen dem Reiche und dem Lande Bayern und damit eine starke Meinungsverschiedenheit in wichtigen Fragen des deutschen Verfassungslebens herbeigeführt. Eine alsbaldige Klärung dieser Lage ist nach Ansicht der Reichsregierung um so dringlicher, als die heutige Spannung von größter Tragweite für die Außenpolitik des Reiches und das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ist. Die Reichsregierung hält es nicht für zweckmäßig, diese Klarstellung auf dem Wege amtlichen Schriftwechsels zu versuchen. Sie ist vielmehr der Auffassung, daß eine mündliche Aussprache zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung schneller und sicherer zu dem für das Deutsche Volk nötigen Ergebnisse führen wird." IfZ, F 25.

[25] Zum folgenden vgl. auch E. Reitter, Franz Gürtner, politische Biographie eines deutschen Juristen 1881–1941, Berlin 1976.

[26] Die Protokolle dieses Gremiums sind im Bayerischen Geheimen Staatsarchiv München (GStA), MA 103 476/1–3.

[27] So im „Vorwärts" Nr. 558 v. 25. 11. 1927.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertretenen Idee eines autoritären Staates der Justiz ein entscheidendes Gewicht zu. Damit wird schon ausgedrückt, daß Gürtner sich auch nicht auf den revolutionären Kurs des Deutschen Kampfbundes einlassen wollte[28], dessen politische Führung am 25. September 1923 Hitler übernommen hatte. Eine Verweigerung gegenüber den Forderungen der nationalrevolutionären Verbände war aber nur so lange möglich, als sie mit parlamentarischen Mitteln aufzufangen waren; denn sie wären es, die damals das politische Leben in der Öffentlichkeit in Bayern bestimmt haben und die Politiker unter Druck setzen konnten.

Da sich aber Ministerpräsident Knilling vor seiner Amtsübernahme im November 1922 „des Einverständnisses der nationalen Kreise versichern" mußte[29], hatte sich schon deutlich abgezeichnet, daß diejenigen, die das Weimarer System durch Kompromisse verändern wollten, nicht mehr allein politisch führen konnten. In der Praxis bedeutete das ein ständiges Werben und Beschwichtigen gegenüber dem außerparlamentarischen Druck von rechts. Das wirkte sich in der Rechtsprechung in der Form aus, daß die Richter glaubten, die Rechtsbrüche der vaterländisch und national Gesinnten mit anderen Kriterien messen zu müssen als die tatsächlichen oder vermeintlichen Vergehen derer, die wegen ihrer demokratischen Überzeugung „Schuld" an der Novemberrevolution trugen.

Ein markanter Fall, der für die politische Haltung und Taktik Gürtners und die damalige Rechtsprechung der bayerischen Justiz paradigmatischen Charakter hat, ist neben dem Hitlerprozeß der Fall Felix Fechenbach[30]. Der ehemalige persönliche Referent des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner wurde am 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München I des Landesverrats für schuldig befunden, im April 1919 diplomatische Geheimakten und Berichte über die bayerischen geheimen Wehrorganisationen der Öffentlichkeit preisgegeben zu haben. Das Urteil lautete auf elf Jahre Zuchthaus. Am 17. November 1922 erklärte Gürtner vor dem bayerischen Landtag: „Es ist nicht an dem, daß ein Unschuldiger von einem ungerechten Urteil betroffen worden ist. Nein! Einen gefährlichen Schädling des ganzen Volkes hat seine gerechte Strafe erreicht."[31] Und wenige Monate später, als sich ein Unterausschuß des Reichstags mit dem Fechenbach-Urteil zu befassen hatte, instruierte er den bayerischen Gesandten in Berlin, daß der Fall „durch die Persönlichkeit Fechenbachs und sein Wirken vor, bei und

---

[28] Vgl. das Manifest „Durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft" vom Deutschen Tag in Nürnberg am 2. Sept. 1923; abgedruckt in E. Röhm, Die Geschichte eines Hochverräters, München 1928, S. 192 f.

[29] E. Röhm, a. a. O., S. 138. Diese Tendenz der Machtverschiebung bestätigt auch ein Bericht des preußischen Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, der über die politischen Verhältnisse in Bayern am 15. 6. 1922 konstatiert, daß die Regierung nicht mehr in der Lage sei, gegen den Willen der paramilitärischen Verbände etwas auszurichten. BA, R 43 I/2261.

[30] Vgl. dazu F. K. Kaul, Justiz wird zum Verbrechen, Der Pitaval der Weimarer Republik, Berlin 1953, S. 87 ff.; Der Fall Fechenbach, Juristische Gutachten, hrsg. von M. Hirschberg und F. Thimme, Tübingen 1924.

[31] Verhandlungen des Bayerischen Landtags, sten. Berichte, Bd. VII, S. 124.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach der Revolution in Bayern" seine „besondere Bedeutung" gewinne[32]. Deutlicher kann nicht demonstriert werden, daß es die politische Gesinnung war, die hier für die Festlegung des Strafmaßes eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Durch den massiven Druck der Parlamente und der Öffentlichkeit mußte sich die bayerische Justizbehörde schließlich zur Einleitung eines Gnadenverfahrens bereiterklären. Daß der Verlauf des Hitlerprozesses auf dieses Einlenken Einfluß genommen hat, läßt sich unschwer vermuten[33].

Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen, daß am 1. April 1924 das Urteil über Hitler und seine Mitverschwörer ausgerechnet von einem Gericht gesprochen wurde, das in seiner Idee eine Schöpfung der Revolution von 1918 gewesen war. Wer aber Entstehung und Entwicklung der bayerischen Volksgerichte genauer verfolgt, dem fällt auf, daß sie von Anfang an und in erster Linie als Repressionsinstrumente gegen eventuelle Auswüchse der Revolution selbst konzipiert[34] und später nahezu ausschließlich gegen die politische Linke eingesetzt worden waren. Sie fungierten aber zu keiner Zeit, was ihr Name vielleicht vermuten lassen könnte, als ein Revolutionstribunal, durch das die Interessen der Revolutionäre gegen die Ansprüche des alten Justizapparates hätten verteidigt werden können.

Bereits die erste „Verordnung über die Errichtung von Volksgerichten" vom 16. November 1918[35] hatte dies erkennen lassen, wenn in ihr nicht die politischen Straftaten wie Landes- oder Hochverrat, sondern nur gemeine Verbrechen wie Mord, Raub oder Plünderung in die Zuständigkeit dieser Sondergerichte verwiesen worden waren. Es handelte sich also um eine Kategorie von Straftaten, die in revolutionären Situationen sicher häufiger als sonst zu ahnden, die aber auch nach dem damaligen revolutionären Bewußtsein strafbar waren. Deswegen allein hätte es also noch keines Sondergerichts bedurft, zumal sich auch die Strafbemessungen nach dem Strafgesetzbuch von 1871 richteten.

---

[32] Schreiben des Bayerischen Staatsministers der Justiz vom 14. 5. 1923, Bayer. Hauptstaatsarchiv München (HStA), MJu 13247.

[33] Vgl. F. Fechenbach, Zwei Jahre im bayerischen Zuchthaus, Stuttgart 1925.

[34] Vgl. Brief des Innenministers Auer an das Justizministerium vom 12. 2. 1919, HStA, MInn 71667.

[35] Bayer. Staatsanzeiger Nr. 269 vom 19. 11. 1918. Die Verordnung wurde am 19. 11. 1918 erweitert. Vgl. Justizministerialblatt für den Volksstaat Bayern XVI vom 30. 11. 1918, S. 229 f. In ihrem Verbrechenskatalog erscheint nicht die Straftat des Hochverrats. Für „Unternehmungen gegen den Bestand der Republik und der gegenwärtigen Ordnung" wurde am 31. Dez. 1918 ein „Nationalgerichtshof" eingerichtet. Dieser war aber keine Spruchbehörde, sondern ein zwölfköpfiger Untersuchungsausschuß des provisorischen Nationalrats, dessen Beratungsergebnis an die ordentlichen Schwurgerichte zur Urteilsfindung abgegeben werden sollte. Vgl. dazu F. Halle, Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918–1921, Berlin 1922, S. 14 f. Das Vergehen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" wurde erst durch eine Novellierung der Volksgerichtsverordnung am 24. 1. 1919 in die Strafverfolgung aufgenommen. Vgl. GVBl. für den Volksstaat Bayern Nr. 6 vom 29. 1. 1919, S. 23 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neu und interessant waren die Verfahrensvorschriften, die den Volksgerichten durch die Verordnung und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen[36] des Justizministeriums auferlegt worden waren; interessant waren die Bestimmungen besonders deshalb, weil sie die politische Brisanz dieser Sondergerichte um vieles deutlicher hervortreten lassen.

Ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Rechtsprechung im Kaiserreich war zweifellos die Tatsache, daß in die Zuständigkeit der Volksgerichte auch der militärische Sektor gehörte und daß damit in Bayern schon sehr bald die bis dahin selbständige Militärgerichtsbarkeit aufgehoben worden war. Ein solcher Schritt war sicher eine Konzession an das revoltierende Heer, aber er darf auch gleichzeitig als ein Vorgriff gegen den Wunsch eines Sondergerichts für die revoltierenden Truppen gesehen werden.

Eine ähnliche Doppeldeutigkeit wiesen die Bestimmungen über die personelle Zusammensetzung der Volksgerichte auf. Der entsprechende Passus legte als Neuerung fest, daß das Volksgericht in einer Besetzung von zwei Berufsrichtern und drei Laienrichtern entscheiden sollte und daß zum Urteil eine Mehrheit von vier Stimmen notwendig war. Für den Angeklagten ist aber nicht so sehr die Frage wieviele, sondern viel eher welche Richter über ihn zu urteilen haben, von Interesse.

Der Justizminister, dem nach dem Wortlaut der Verordnung das Ernennungsrecht der Richter zustand, hatte dieses Recht an die Präsidenten der Landgerichte delegiert. Das hieß konkret, daß den Stellen der Justizbürokratie, die schon früher die Kontrolle über die personelle Zusammensetzung ausübten, diese Kontrolle weiterhin blieb. Daß gerade diese Bestimmungen auch in der Folgezeit und unter anderen politischen Vorzeichen nicht angetastet wurden, mag Beweis genug sein, daß auch die Revolutionsgegner die Schwächen der Verordnung erkannt hatten und sie zur Restauration der alten Justizbürokratie um so konsequenter ausnutzen wollten, als ihnen dies die innenpolitische Lage möglich erscheinen lassen konnte.

Nach der kurzen Episode der bayerischen Räterepublik hatte der neue bayerische Justizminister Müller-Meiningen dem Landtag im Juni 1919 einen Gesetzentwurf zur „Einsetzung von Volksgerichten bei inneren Unruhen" vorgelegt, der in bemerkenswerter Eile und nahezu unverändert als Gesetz verabschiedet worden war[37]. Es ist kein Zufall, sondern ein Charakteristikum für dieses Volksgerichtsgesetz selbst, wenn mit dem Datum seines Inkrafttretens auf dem Verordnungsweg die bestehenden Standgerichte aufgehoben wurden; denn der Gesetzestext ist nichts anderes als ein Ersatz für das alte Kriegszustandsgesetz von

---

[36] Justizministerialblatt für den Volksstaat Bayern XVI, vom 30. 11. 1918, S. 251 ff.

[37] Verhandlungen des Bayer. Landtags, Beilagen Bd. I, S. 253 ff. Das Gesetz trat einen Monat früher in Kraft als es der Entwurf geplant hatte. Es wurde am 5. Juli 1919 gegen die Stimmen der USPD vom Landtag verabschiedet und trat am 1. August 1919 in Kraft. Vgl. GVBl. für den Freistaat Bayern Nr. 43 v. 22. 7. 1919, S. 365 ff. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Weimarer Verfassung erst am 14. August 1919 in Kraft trat.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1912, auf dem die Legitimierung der Standgerichte basiert hatte und dem die entsprechenden Revolutionsverordnungen der Regierung Eisner beigemischt worden waren.

Einige Sonderheiten im bayerischen Volksgerichtsgesetz waren typisch für die Situation seiner Entstehung und seine politische Behandlung in der Folgezeit. So bestimmte z. B. der Artikel 1 als Voraussetzungen für die Errichtung von Volksgerichten die akute Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung durch „hoch- oder landesverräterische Unternehmungen oder durch Verbrechen wider die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, durch Aufruhr, Auflauf oder Landfriedensbruch oder durch das Überhandnehmen von Verbrechen gegen Leben und Eigentum oder die Bildung von Banden zur Begehung solcher Verbrechen". Im Gegensatz zu den Novemberverordnungen standen jetzt also ausgesprochen politische Vergehen und umgekehrt die Sicherung der gegebenen politischen Ordnung an oberster Stelle für die Einsetzung der Volksgerichte. Eine Verschärfung gegenüber den Novemberverordnungen ist auch insoweit festzustellen, als jetzt auch bereits die Aufforderung zu einem politischen Delikt unter Strafe gestellt wurde (Art. 3). In den Ausführungsverordnungen zum Volksgerichtsgesetz wird der Sicherungscharakter noch stärker betont, wenn dort Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis für die bloße Aufforderung zu einer strafbaren Handlung gegen die „Pflichten der Unterordnung oder zur Verletzung einer sonstigen Dienstpflicht" angedroht wird.

Generell war die Einsetzung der Volksgerichte nur in der Situation des Ausnahmezustandes möglich. Nun war aber die Ausrufung des Ausnahmezustandes nach Art. 48 der Reichsverfassung ein Recht des Reichspräsidenten, von dem die Landesregierungen nur dann Gebrauch machen konnten, wenn unmittelbar Gefahr im Verzug war, und auch dann konnten sie nur „einstweilige Maßnahmen" zur Sicherung der öffentlichen Ordnung durchführen, die auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages suspendiert werden mußten. Wenn durch die Zuständigkeit der bayerischen Sondergerichtsbarkeit für Hochverrat bereits das deutsche Strafprozeßrecht und die Gerichtsverfassung durchbrochen worden waren, denn dafür war immer noch das Reichsgericht zuständig, so berührte die Verhängung des Ausnahmezustandes, unter den die Einsetzung besonderer Gerichte subsumiert war, die Verfassungsmäßigkeit der bayerischen Volksgerichte prinzipiell; das vor allem, wenn man in Rechnung stellt, daß der Kriegszustand in Bayern erst am 15. Oktober 1921 auf dem Verordnungswege aufgehoben, aber gleichzeitig darauf hingewiesen worden war, daß diese Maßnahme die Bestimmungen über die bayerischen Volksgerichte nicht berührte[38]. So war für Bayern auf kaltem Weg ein ständiges Sondergericht geschaffen worden, das ausschließlich für politische Delikte zuständig war und später sogar durch ein Rechtsgutachten des

[38] Verordnung betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 4. Nov. 1919 über die Aufhebung des Kriegszustandes und über die einstweiligen Maßnahmen nach Art. 48 Abs. IV der Reichsverfassung, GVBl. für den Freistaat Bayern Nr. 46 v. 6. 10. 1921, S. 487.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bayerischen Oberlandesgerichts ‚legitimiert' und de facto durch das Reichsgericht selbst anerkannt werden sollte[39].

Für die Zusammensetzung des Richterkollegiums der Volksgerichte übernahm das Gesetz die Vorschläge der Novemberverordnungen von 1918. Die Präsidenten der Oberlandesgerichte ernannten für den jeweiligen Bereich zwei Berufsrichter, „die in der Strafrechtspflege besonders erfahren" sein mußten und von denen der rangälteste den Vorsitz des Volksgerichtes übernehmen sollte. Die drei Laienrichter mußten ebenfalls von den Oberlandesgerichtspräsidenten und vier Mitgliedern der jeweils zuständigen Kreistage „aus den in die berichtigte Urliste für die Schöffen aufgenommenen Personen" gewählt werden; „berichtigte Urliste" hieß aber in der Praxis, daß mit diesem Instrument eine Auswahl der Laienrichter vorgenommen werden konnte, die unter den verschiedensten Vorwänden der Ungeeignetheit aus irgendwelchen beliebigen, vor allem „moralischen" Gründen jene ausschloß, die politisch als „ehrlose Gesellen" abqualifiziert waren.

Den Vorsitzenden der Volksgerichte wurden verfahrensrechtlich besondere Vollmachten eingeräumt. So konnten sie „bei Gefahr im Verzug" die Voruntersuchungen selbst leiten (Art. 10), und der Sachverhalt der Dringlichkeit war bei Volksgerichten ja immer gegeben. Auch der Rechtsgrundsatz, daß der Richter, der an der Voruntersuchung teilgenommen hatte, nicht als Mitglied des erkennenden Gerichts amtieren dürfe, war damit durchbrochen, und außerdem war dem Vorsitzenden so die Möglichkeit eingeräumt, die Hauptverhandlung durch Zeugenauswahl und diverse Verfahrenskniffe so zu steuern, daß das Urteil in der Bestätigung der Anklage enden konnte. Die Urteile der Volksgerichte waren aber unanfechtbar, denn Artikel 20 des Volksgerichtsgesetzes schloß rigoros jedes Rechtsmittel gegen das Urteil und eine Wiederaufnahme des Verfahrens aus. Darin lag wohl die wirksamste Beschränkung der Verteidigung in einem Volksgerichtsverfahren. Daneben gab es aber noch andere verfahrensrechtliche Bestimmungen, die die Chance eines Freispruchs von der einmal erfolgten Anklage nahezu aussichtslos erscheinen lassen mußten. Für den Offizialverteidiger gab es z. B. keinerlei Beschwerderecht mit Ausnahme des Beschwerderechts gegen den Haftbefehl; er wurde in seiner Zeugenauswahl beschränkt, der Schriftverkehr mit seinem Mandanten war ihm zwar gestattet, aber der Staatsanwalt oder der Gerichtsvorsitzende konnte in den Briefwechsel Einsicht nehmen und ihn unterbinden, wenn die Einsicht nicht gestattet wurde (Art. 15).

Die verfahrensrechtlichen Behinderungen und vor allem die Unmöglichkeit, gegen das Urteil des Volksgerichts ein Berufungsverfahren einleiten zu können, haben sicher auch die Taktik der Verteidiger im Hitler-Prozeß mitbestimmt. Sie hatten sich zwar zum Ziel gesetzt, den Prozeß politisch auszuwerten, das schloß aber nicht aus, daß die Verteidiger auch auf ein möglichst günstiges Urteil für ihre Mandanten hinarbeiteten.

[39] Das Gutachten des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 30. 10. 1923 ist abgedruckt in: Der Fall Fechenbach, S. 29 ff. Zur Anerkennung der bayerischen Volksgerichte durch das Reichsgericht vgl. Urteil vom 1. 4. 1922, in: Das Recht, 1922, Nr. 1026.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der ersten Dezemberhälfte des Jahres 1923 zeichnete sich immer deutlicher ab, daß die Reichsregierung die Aburteilung der Putschisten durch ein bayerisches Volksgericht stillschweigend tolerieren würde, daß sie allerdings auch von einer ausdrücklichen Überweisung des Verfahrens an das Volksgericht in München absehen werde; die neue Regierung Marx fühlte sich an den Kabinettsbeschluß vom 19. November gebunden[40]. Zuvor hatte der bayerische Justizminister den Vertreter der Reichsregierung in München noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß das Reich einen neuen und schwereren Konflikt mit Bayern riskiere, wenn es auf der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs in Leipzig bestehe. Gürtner wies auch auf technische Schwierigkeiten hin; so hätte ein Transport der Gefangenen durch Bayern gewisse Risiken mit sich gebracht, die vermutlich niemand auf sich nehmen wollte; und Zeugenvernehmungen in Leipzig würden zusätzliche Probleme aufwerfen. Es wäre z. B. schwer denkbar, daß sich der bayerische Generalstaatskommissar, der als einer der Kronzeugen in Betracht gezogen werden mußte, freiwillig einem Gericht zur Verfügung stellen wollte, dessen Vollzugsanordnungen er mehrmals als für Bayern nicht bindend erklärt hatte. Gürtner erklärte dem Vertreter der Reichsregierung weiter, daß er in den nächsten Tagen die Öffentlichkeit davon unterrichten werde, daß der Prozeß nun „endgültig" vor einem bayerischen Volksgericht verhandelt werde. Das war natürlich einer der Pressionsversuche, mit denen die Bayern immer dann operierten, wenn sie ihre Sonderinteressen gegen das Reich durchzusetzen versuchten.

Gürtner versuchte seinen Gesprächspartner aber mit dem Versprechen zu beruhigen, daß der Prozeß in München keineswegs lässig betrieben werde, und führte als Beweis dafür an, daß General Ludendorff vorläufig in Schutzhaft genommen worden sei. Außerdem stellte er die Strenge des Verfahrens dadurch unter Beweis, daß vom Volksgericht München I ein Antrag Hitlers, in dem er das ihm zustehende Recht auf Besprechung mit seinem Verteidiger ohne Zeugen geltend gemacht habe, wegen Verdunklungsgefahr abgewiesen worden sei[41]. Der Justizminister ließ aber unerwähnt, daß Ludendorff bereits nach seiner ersten Vernehmung am 9. November gegen eine ehrenwörtliche Erklärung wieder freigelassen worden war[42]. Und die Aufsicht bei den Unterhaltungen Hitlers und der anderen Häftlinge mit ihren Verteidigern läßt sich auch dadurch erklären, daß die Justizbehörden selbst ein Interesse an den Aussagen der Putschisten hatten. Sie mußten doch befürchten, daß die Putschführer sich dadurch zu entlasten versuchen würden, daß sie auf ihre gemeinsamen Planungen und Besprechungen mit dem Wehrkreiskommando und dem Generalstaatskommissariat hinwiesen, wodurch sie Kahr und

---

[40] Vgl. Bericht des württembergischen Gesandten vom 15. 12. 1923, WHStA, E 130 II, 581.

[41] Vgl. Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei vom 21. 11. 1923, BA R 43 I/2264.

[42] Vgl. Vernehmungsprotokoll Ludendorffs vom 9. 9. 1923, Staatsarchiv München, Akten der Staatsanwaltschaft (StA) München I, 5101.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lossow kompromittieren konnten. Es konnten Dinge an die Öffentlichkeit kommen, deren Publizität die in Bayern verantwortlichen Regierungsstellen lieber unterbunden wissen wollten. Die Unsicherheit, wie der lebhaften Agitation des Kampfbundes nach dem 9. November begegnet werden sollte[43], überhaupt die Ungewißheit darüber, wie sich die am Putsch beteiligten Gruppen weiter verhalten würden, und die nervöse Angst vor unliebsamen Veröffentlichungen gehören zu den Hauptmotiven für die rasche Verhaftung der Wortführer der am Putsch beteiligten völkischen Gruppen. Gleichzeitig konnte so bewiesen werden, daß Bayern aus eigener Kraft Herr der Lage und nicht auf die Hilfe der Reichsregierung angewiesen war.

Insgesamt wurden damals in Bayern mehr als 200 Personen wegen direkter oder indirekter Beteiligung am Putsch verhaftet[44]. Die meisten blieben aber nur einige Tage in Untersuchungshaft, und nur in ganz wenigen Fällen wurde Anklage erhoben, wenn es aus Rücksicht auf die Öffentlichkeit unumgänglich war. Mehrere Verfahren wurden nach kurzer Zeit eingestellt und übrig blieben nur noch der Hauptprozeß, der am 26. Februar 1924 eröffnet worden war, und drei weitere Verfahren: eines gegen die Mitglieder des ‚Stoßtrupps Hitler' wegen eines bewaffneten Angriffs auf die Redaktion der sozialdemokratischen ‚Münchener Post', ein Verfahren gegen mehrere Putschisten, die wegen Waffendiebstahls im St. Anna Kloster zur Verantwortung gezogen wurden, und das Verfahren gegen jene, die in der Nacht vom 8./9. November in einer Druckerei Banknoten beschlagnahmt hatten[45]. Diese ‚Nebenverfahren' wurden aber vom großen Prozeß gegen Hitler, Ludendorff und die anderen Rädelsführer überdeckt; durch geschickte juristische Manöver konnten die in den Nebenprozessen Angeklagten die Verfahren so weit in die Länge ziehen, daß ihre Strafen am Ende im Blick auf den abgeschlossenen Hauptprozeß zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Im ganzen gesehen ging es den bayerischen Behörden letztlich nicht so sehr

---

[43] Die völkischen Gruppen hatten sofort nach dem Putsch eine Propagandaoffensive eingeleitet, in der sie besonders auf die politischen Planungen des Triumvirats hinwiesen, die mit den Zielen der Putschisten identisch waren. Vgl. „Die Wahrheit über den Hitlerputsch", Abschrift eines Flugblatts, gez. F[riedrich] W[eber], Staatsarchiv München, Akten der StA München I, 3099; ebenso ein Pamphlet „Das zweite Novemberverbrechen, Der jüdisch-jesuitische Novemberverrat in München 1923", hrsg. von den Münchner National-Sozialisten und den Kampfbundteilnehmern. Dieses 29seitige Schriftchen enthält den Vermerk „Abdruck dringend erwünscht!"

[44] Vgl. Niederschrift über die Sitzungen des Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. Sept.–9. Nov. 1923 (Untersuchungsausschuß), GStA MA 103 476/3, S. 1456.

[45] Vgl. Niederschrift der Ministerratssitzung v. 27. 3. 1924, GStA MA 99 522. Einige wichtige Figuren des Putsches wie Hermann Göring, Gerhard Roßbach, Rudolf Heß, Alfred Hoffmann oder Alfred Rosenberg hatten sich durch die Flucht ins Ausland dem Zugriff der Richter entzogen. Vgl. dazu die materialreiche, aber auch sehr aktengläubige Studie von H. J. Gordon, Hitlerputsch 1923, Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt 1971, S. 414ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um die gerichtliche Aufklärung und Ahndung einer politischen Straftat, als um die Maßregelung politischer Gegenspieler, mit deren Zielen die bayerischen Politiker zwar sympathisierten, aber deren Methoden sie kompromittiert hatten.

Als „staatspolitische Notwendigkeit" forderte ein Vertreter des Staatsministeriums des Äußern damals: „Die an der Strafverfolgung beteiligten Behörden müssen sich freimachen von der sonst zutreffenden, hier aber völlig fehlgehenden Erwägung, es handle sich immerhin um national gesinnte Männer. Greift eine an sich gute Gesinnung zu verwerflichen Mitteln, dann ist sie schon subjektiv nicht mehr gut. Objektiv vollends dann nicht, wenn sie wie hier das erstrebte Ziel, statt es zu erreichen, von vorneherein in unerreichbare Abgründe stürzen würde"[46].

Der Prozeß der Ablösung der bayerischen konservativen Politiker von den völkischen Gruppierungen war für beide Seiten schmerzlich und er behinderte die Wahrheitsfindung in den Voruntersuchungen ebenso wie im Prozeß selbst. Als nämlich erkennbar wurde, daß Generalstaatskommissar von Kahr, der Chef der bayerischen Reichswehr General von Lossow und Polizeioberst von Seißer nicht mehr dazu stehen wollten, daß sie in der Putschnacht vor der Versammlung im Bürgerbräukeller gegenüber Hitler ihr Einverständnis mit dem Staatsstreich durch ihren Handschlag besiegelt hatten und dies jetzt als „Komödie" deklarierten[47], begannen die völkischen Gruppen sofort mit Flugschriften, Handzetteln und anderen propagandistischen Mitteln die Öffentlichkeit gegen das Triumvirat zu mobilisieren. Sich selbst charakterisierten sie als Patrioten mit den lautersten Absichten, die zu ihrer Tat standen und nur am Verrat der Mitverschwörer gescheitert waren[48]. Die Wirkung dieser Propaganda, die nicht nur von den Parteigängern der Völkischen völlig unkritisch aufgenommen wurde, verstärkte sich, weil sie auch von der Presse der politischen Linken als Beweis dafür angenommen wurde, daß die Verschwörung nicht nur im Kampfbund, sondern auch im Generalstaatskommissariat vorbereitet worden war. Es wäre verwunderlich, wenn

---

[46] „Die bayerischen staatspolitischen Notwendigkeiten, die sich aus den Ereignissen vom 8. und 9. November 1923 ergeben", Aktenvermerk des Staatsministeriums des Äußern, abgedruckt bei E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 126.

[47] An dieser Interpretation ihres Verhaltens hielten Kahr, Lossow und Seißer bis zum Ende fest. Sie behaupteten, daß sie ihr Versprechen gegenüber Hitler nur deshalb gegeben hätten, um möglichst rasch wieder Handlungsfreiheit zu bekommen und die nötigen Gegenmaßnahmen gegen die Putschisten einleiten zu können. H. J. Gordon, Hitlerputsch, S. 301 ff., übernimmt diese Deutung.

[48] Auch der Kampfbund und insbesondere Hitler hielten immer an dieser Darstellung der Ereignisse im Bürgerbräukeller fest. Sie hatten natürlich den unschätzbaren Vorteil, daß die Erklärungen des Triumvirats Kahr-Lossow-Seißer im Bürgerbräusaal in aller Öffentlichkeit abgegeben worden und durch alle deutschen Presseorgane bekannt geworden waren. Die konsequente Ausnutzung des bürgerlichen Ehrbegriffs hatte Hitler im Augenblick des Prozesses und auch später ein hohes Maß an Überlegenheit gesichert und ihm als ein Erfolgsrezept in einer Welt gedient, die nicht von Grundsätzen Abstand zu nehmen vermochte, an die sie selbst nicht mehr glaubte.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Zeugen bis zur Eröffnung des Prozesses von dieser Propaganda unbeeindruckt und ohne Vorurteil geblieben wären.

Auf der anderen Seite versuchten auch das Generalstaatskommissariat und das bayerische Wehrkreiskommando gezielt und deshalb nicht ohne Erfolg, die Zeugen in ihrem Sinne auf den Prozeß vorzubereiten.

Als am 7. Verhandlungstag die Vernehmung der Zeugen eröffnet wurde, gab Rechtsanwalt Roder im Namen der Verteidigung eine Erklärung ab, in der er auf solche Versuche hinwies[49]. Tatsächlich hatte z. B. der Stellvertreter Kahrs als Regierungspräsident von Oberbayern, Johann Bapt. Loritz, bereits am 10. November die Polizeibehörden angewiesen: „Es muß jedoch ohne Verzug daran gegangen werden, durch persönliche Fühlungnahme mit den Führern der vaterländischen Verbände und angesehenen Männern aus allen Schichten der Bevölkerung die unbedingt notwendige Aufklärung zu verbreiten, damit das Volk die Ursachen, die Entwicklung und die inneren Zusammenhänge des Putsches klar ersieht und seine Erbitterung gegen diejenigen kehrt, die sie verdienen. ... In diesem Sinne bitte ich ungesäumt, die Aufklärung in die Hand zu nehmen und geeignete Persönlichkeiten darum zu ersuchen."[50] Das „Aufklärungsmaterial" lieferten das Generalstaatskommissariat und das Wehrkreiskommando VII wenige Tage nach dem Putsch in Form der Denkschrift „Der Putsch am 8. November 1923. Vorgeschichte und Verlauf"[51], die Roder als Schlüsseldokument für seine Beweisführung der Zeugenbeeinflussung anführte.

Während des ganzen Prozesses blieb die Behauptung des Verteidigers Holl unwidersprochen, daß ein Exemplar dieser Denkschrift bereits am 24. November 1923 an alle Regimentskommandeure und Standortältesten der bayerischen Division „zur Mitteilung an die Offiziere" versandt worden war; dieselbe Fassung sei dann am 12. Dezember unter Polizeioffizieren und schließlich am 10. Januar an die Offiziersvereine verteilt worden. Im Begleitbrief, mit dem Kahr die Denkschrift auch der bayerischen Staatsregierung vorlegte, wird als ihr Zweck angegeben, daß sie in erster Linie zur persönlichen Orientierung diene, um kommende Fragen „auf Grund authentischen Materials zu beantworten und umlaufende Irrtümer zu berichtigen". Das Material wurde als „Vertraulich! Darf vom Empfänger nicht aus der Hand gegeben werden! Veröffentlichungen aus dem Inhalt nicht gestattet" charakterisiert.

Der Einflußgrad dieser Denkschrift läßt sich daraus erschließen, daß nicht nur einzelne Passagen, sondern sogar sachliche Unrichtigkeiten wie z. B. das Eintreffen Pöhners im Bürgerbräukeller und dessen Gespräch mit Kahr dort sowohl in der Denkschrift als auch in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft über-

---

[49] Vgl. Abschrift des Protokolls der Verhandlungen des Hitler-Prozesses vom 4. 3. 1924, IfZ, MA 212/1, Bl. 6 165 ff.

[50] Brief der Regierung von Oberbayern an die Polizeibehörden vom 10. 11. 1923, in E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 93.

[51] Denkschrift „Der Putsch am 8. November 1923, Vorgeschichte und Verlauf", in: E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 182.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einstimmen. Das heißt zwar noch nicht, daß sich die Anklage auf das Memorandum des Generalstaatskommissars stützte, aber es verrät die weitgehende Identität der Zeugenaussagen, auf die sich auch die Anklagebehörde stützen mußte. Hier wirkte sich die Praxis des Untersuchungsrichters aus, der die drei Kronzeugen Kahr, Lossow und Seißer als letzte Zeugen vernommen hatte, nachdem die Vernehmungen der Beschuldigten und anderer Zeugen im wesentlichen abgeschlossen waren[52], ein Verfahren, das sich auch bei der Vernehmung während des Prozesses wiederholte. Die Verteidiger schlossen daraus, daß die Staatsanwaltschaft bei ihren Untersuchungen parteiisch vorgegangen war und den Kronzeugen die Aussagen der Beschuldigten zugänglich gemacht hatte; dadurch hätten jene ihre Aussagen untereinander abstimmen können.

Inwieweit dies wirklich geschehen war, ist heute schwer nachprüfbar; aber es gibt einige Indizien, die eine solche Vermutung nicht unbegründet erscheinen lassen. Da ist nicht nur die Geheimnistuerei um die Denkschrift des Wehrkreiskommandos und die Terminplanung für die Vernehmungen, sondern da ist auch die Tatsache, daß Lossow gegenüber dem Untersuchungsrichter mehrmals auf die Aussagen Kahrs und Seißers Bezug nahm. Dazu kommt, daß während des Prozesses die Kronzeugen von den Verteidigern und vom Vorsitzenden darauf hingewiesen werden mußten, daß sie ihre Aussagen nicht von einem vorbereiteten Manuskript ablesen dürften, sondern in freier Rede machen müßten. Für sich allein betrachtet sind das alles keine Sonderheiten der Vernehmungspraxis. Zusammengesehen begründen sie aber den Verdacht der Verteidigung. Während des Prozesses zeigte sich auch, daß die Kronzeugen im Kreuzverhör mit den Verteidigern und den Angeklagten sich durch Widersprüche in ärgste Bedrängnis manövrieren ließen, aus der sie sich nur durch Aussageverweigerung retten konnten.

Inwieweit die Staatsanwaltschaft in ihren Entscheidungen auch unter dem Druck des Justizministeriums oder des Generalstaatskommissars stand, läßt sich aus den vorhandenen Akten nicht mit letzter Sicherheit nachweisen. Aber die Vermutung, daß Justizminister Gürtner und Generalstaatskommissar von Kahr in jenen Tagen in der Frage der Behandlung der Nationalsozialisten und des Kampfbundes zusammengearbeitet haben, liegt aufgrund ihrer gemeinsamen Haltung gegenüber den militanten Rechtsverbänden sehr nahe.

Bereits wenige Monate vor dem Hitlerprozeß, im August 1923, hatte der bayerische Justizminister nach Beendigung der staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen zu den Vorgängen am 1. Mai 1923[53] das Hauptverfahren aussetzen lassen,

---

[52] Kahr und Seißer wurden erst am 4. 12. und Lossow am 6. 12. 1923 durch Staatsanwalt Dresse vernommen; Staatsarchiv München, Akten der StA München I, 3099.

[53] Am 1. Mai 1923 unternahm Hitler mit Hilfe der bewaffneten Vaterländischen Verbände den Versuch, eine geplante Maidemonstration der Arbeiterorganisationen mit Waffengewalt zu verhindern. Die bayerische Regierung konnte durch die Bereitstellung von Polizei- und Reichswehreinheiten einen Zusammenstoß zwischen den demonstrierenden Arbei-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weil, wie er später erklären sollte, „die allgemeine Auffassung die war, daß eine Wendung der Dinge so oder so in irgend einer Form erfolgen müßte“[54].

Der im Hiterprozeß mitangeklagte Oberland-Führer Friedrich Weber präzisierte am 27. Februar vor dem Volksgericht, was Gürtner mit „Wendung der Dinge“ bezeichnen wollte, wenn er zu Protokoll gab, daß ihm im August „von einer zuständigen Stelle“ des Justizministeriums der Plan eines „Generalstaatskommissariats Kahr“ entwickelt worden war, von dem aus „die deutsche Frage entscheidend in Angriff genommen und zu einer Lösung gebracht werden sollte“[55]. Nach Gürtners eigenen Angaben mußten aber auch die Nationalsozialisten und die ihnen verwandten Gruppen an das Generalstaatskommissariat gebunden werden[56], und es hätte schlecht in das Konzept der Diktaturplaner gepaßt, gerade sie durch ein gerichtliches Verfahren zu vergrämen.

Anfang November 1923 hatte der Name Gürtners als Reichsjustizminister neben von Kahr als Reichspräsident auf einem Besetzungsplan für das damals in Aussicht genommene Reichsdirektorium gestanden, den Seißer nach einer Berlinreise am 3. November 1923 aufgestellt hatte[57]. Daß Gürtners Name ohne sein Wissen auf diese ‚Ministerliste‘ gekommen war, ist aber schwerer zu beweisen als die gegenteilige Behauptung. Seißer war allem Anschein nach im Auftrag des Generalkommissars nach Berlin gefahren, um – entgegen seinen eigenen Aussagen im Hitlerprozeß[58] – die letzten Sondierungen für den „großen Kampf“

---

tern und den Vaterländischen Verbänden verhindern. Da Hitler sich damals über die ihm auferlegten Sicherheitsauflagen hinweggesetzt hatte, war gegen ihn ein gerichtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Der ermittelnde Staatsanwalt Dresse, der auch im Untersuchungsverfahren zum Hitlerprozeß maßgeblich beteiligt war, erhielt nach Abschluß seiner Erhebungen von Justizminister Gürtner die Anweisung, Anklage zu erheben, sobald er die Weisung dazu erhalten habe. Vgl. dazu: Hitler und Kahr, die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923, Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal, I. Teil, hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern, München 1928, S. 41 ff.

54 Aussage Gürtners in: Untersuchungsausschuß, GStA, MA 103 476/1, Bl. 253.

55 Abschrift des Protokolls der Verhandlungen des Hitlerprozesses vom 27. Febr. 1924, IfZ, MA 212/1 Bl. 5564. Die Kontaktstelle zwischen dem bayerischen Justizministerium und dem Kampfbund war Regierungsrat Stauffer, der auch als Vertreter des Ministerpräsidenten Knilling einer Regierungskommission für Verbandsangelegenheiten angehört hatte. Vgl. auch Untersuchungsausschuß GStA, MA 103 476/2, Bl. 817 ff. und MA 103 476/3, Bl. 1026 f. sowie E. Röhm, Die Geschichte eines Hochverräters, S. 174.

56 Vgl. Untersuchungsausschuß, GStA, MA 103 476/1 Bl. 254.

57 Niederschrift Seißers über die Besprechungen in Berlin am 3. 11. 1923, in: Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 79.

58 Abschrift des Protokolls der Verhandlungen des Hitlerprozesses vom 12. 3. 1924, IfZ, MA 212/2 Bl. 6895 ff. Darin gibt Seißer als Grund seiner Reise an, daß er auf Anordnung des Generalstaatskommissars und mit Wissen des Ministerpräsidenten nach Berlin gefahren sei, um die „ungeheuerlichen Gerüchte“ über die Vormarschpläne des bayerischen Grenzschutzes nach Berlin zu dementieren. Das war zwar keine Lüge, aber zumindest eine merkwürdig einseitige Darstellung seiner Mission.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und den „Einmarsch nach Berlin“[59] durchzuführen. Er besprach mit allen, die im nationalen Reichsdirektorium irgendeine Funktion übernehmen sollten, die politische Lage und die künftige politische Leitung des Reiches. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß gerade Gürtner von diesen Besprechungen und personellen Planungen ausgenommen war.

Der Niederschrift Seißers über seine Berlinreise ist zu entnehmen, daß damals den bayerischen Planern des Reichsdirektoriums von allen Seiten geraten worden war, noch nichts zu unternehmen und die politische Entwicklung abzuwarten. Das Vorpreschen Hitlers am 8. November hatte die bis dahin verfolgten Pläne der Träger der staatlichen Gewalt in Bayern für eine nationale Diktatur und die Machtübernahme in Berlin zunichte gemacht und die Gefahr, daß Kahr und Gürtner bloßgestellt würden, heraufbeschworen. Ist es da nicht konsequent, anzunehmen, daß Kahr, der kraft seines Amtes Weisungsbefugnis an die Staatsanwaltschaft hatte, und Gürtner, der im Zusammenhang mit der Aufklärung der Ereignisse am 1. Mai 1923 zusammen mit der Staatsanwaltschaft schon einmal aus politischen Erwägungen das Gesetz mißachtet hatte, auch jetzt aus dem Scherbenhaufen ihrer Politik zu retten versuchten, was zu retten war? Gürtner hatte allen Grund, das Triumvirat gegen das Mißtrauen des Gesamtministeriums zu decken.

Als Ministerpräsident Knilling seinem Kabinett erklärte, daß er mit Kahr, Lossow und Seißer über deren Zukunft sprechen wolle, drängt sich Gürtner als Vermittler zwischen der Regierung und dem Triumvirat geradezu auf[60]. In diesem Gespräch hatten Lossow und Seißer für Kahr immer noch eine von Parlament und Regierung losgelöste „Übergewalt“ verlangt und gedroht, den Landtag mit Schimpf und Schande heimzujagen, wenn er zusammentreten sollte. Gürtner konnte dies nur so interpretieren, daß Kahr von parlamentarischen Bindungen frei sein wolle, und „Seißer und Lossow seien sich über den Unterschied zwischen Staatsgewalt und vollziehender Gewalt nicht klar gewesen“[61]. Trotzdem zeichnete sich in der Sitzung des bayerischen Kabinetts am 12. November ab, daß die Regierung Kahr zum Rücktritt auffordern müsse. Um das zu verhindern, drohte daraufhin Gürtner seinerseits mit dem Rücktritt und dem Auszug der Deutschnationalen aus der bayerischen Regierungskoalition. Das konnte in der ohnehin gespannten Situation natürlich niemand riskieren; zusammen mit den Parteispitzen einigte man sich schließlich, Kahr einen ‚Verhaltenskodex‘ vorzuschreiben, den dieser auch sofort akzeptierte[62].

---

[59] Vgl. die Rede Kahrs vor den Standortältesten Offizieren am 19. Oktober 1923 und die Ausführungen Lossows vor den Führern der Vaterländischen Verbände am 24. 10. 1923, in: Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 49 u. 61.

[60] Ministerratssitzung vom 10. 11. 1923, in: Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 92.

[61] Niederschrift der Ministerratssitzung vom 12. 11. 1923, in: Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 105.

[62] Am 13. November 1923 teilte der BVP-Landtagsabgeordnete Fritz Schäffer, der zusammen mit dem Vorsitzenden der deutsch-nationalen Mittelpartei Hans Hilpert die Verhand-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der hohe Einsatz, den Gürtner riskierte, provoziert wiederum die Frage, welch anderen Sinn er haben sollte, als die Chancen für eine parlamentarisch unabhängige und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Regierungsgewalt, wie sie sowohl im Reich wie in Bayern weiterhin angestrebt und geplant wurde, zu wahren. Gürtner konnte auch nicht wünschen, daß diese Pläne durch einen nicht in seinem Sinne in Kontrolle gehaltenen Prozeß gestört wurden.

Um den Prozeß gegen Hitler und die Kampfbundführer nicht von unliebsamer Seite beeinflussen zu lassen, versteckte sich Gürtner immer wieder hinter legalistischen Argumenten. So erklärte er z. B., als sich am 4. März 1924[63] das Gesamtministerium aufgrund der sehr herben Kritik auch der konservativ orientierten Öffentlichkeit mit dem Verlauf des Prozesses beschäftigen mußte, daß der deutschnational gesinnte Landgerichtsdirektor Neithardt „turnusmäßig" in das Amt des Vorsitzenden berufen worden sei, sich im übrigen aber auch durch den Vorsitz im Fuchs-Machhaus-Prozeß[64] bestens empfohlen habe. Im übrigen gab Gürtner seinen Kabinettskollegen auch zu bedenken, man müsse mit Urteilen über die Prozeßführung noch zurückhaltend sein, solange er nicht abgeschlossen sei, weil sich die Justizverwaltung nicht dem Vorwurf aussetzen dürfe, daß sie das Gericht beeinflusse; erst der weitere Verlauf des Verfahrens könne dessen Unparteilichkeit erweisen.

Der Prozeß selbst verlief so, daß von Unparteilichkeit zu keinem Zeitpunkt die Rede sein konnte. Für die Verteidigung bestand von vornherein die Alternative, den Tatbestand des Hochverrats, der von keinem der Angeklagten bestritten worden war, so auszulegen, daß für ihre Mandanten die günstigste Beurteilung zu erwarten war, oder aber – und darauf hatten sich die Angeklagten und ihre Verteidiger schnell geeinigt – offensiv vorzugehen und den Prozeß auch politisch auszuwerten[65].

Die Verteidiger waren nach dem Krieg zum größten Teil selbst in den Einwohnerwehren oder paramilitärischen Organisationen tätig gewesen und ihnen

---

lungen mit dem Triumvirat geführt hatte, dessen schriftliche Versicherung mit, daß erstens die bewaffnete Macht in Bayern auch den Schutz der Staatsregierung übernehme, zweitens daß Kahr die Errichtung einer Diktatur unter Beiseiteschieben der Staatsregierung ablehne, daß drittens die außenpolitische Vertretung Bayerns durch die Regierung wahrgenommen werde und viertens Kahr finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen nur in Übereinstimmung mit den Ressortministern der Regierung einleiten werde. Vgl. Ministerratssitzung v. 13. 11. 1923 in: Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 115.

[63] Ministerratssitzung vom 4. 3. 1924, GStA, MA 99518.

[64] In der ersten Junihälfte 1923 fand vor dem Volksgericht in München ein Prozeß gegen eine separatistische Verschwörergruppe statt, an deren Spitze Georg Fuchs und Hugo Machhaus standen. Die Anklage lautete auf gemeinsamen Versuch, die Verfassung des Bundesstaates Bayern gewaltsam zu ändern und einen Teil des Reichsgebietes vom Reich zu lösen. Vgl. dazu H. Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, B. Homburg 1969, S. 134 ff.

[65] Stellungnahme der Verteidigung zum 8. und 9. November 1923, NSDAP-Hauptarchiv, IfZ, F 114/1.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren von daher die Praktiken und illegalen Aktivitäten ihrer Klienten, aber auch die Politik der bayerischen Regierung diesen vaterländischen Verbänden gegenüber bestens bekannt. Die Verteidiger waren deshalb auch bemüht, den 8. November nicht aus sich selbst erklären zu wollen, sondern die Motive und Umstände darzulegen, die zum Putsch geführt hatten. Von hier aus mußten ihre Verhöre und Plädoyers notgedrungen zu „Anklagen" gegen die bayerische Politik seit 1918 und vor allem gegen das Generalstaatskommissariat werden[66].

In diesem Konzept hatte sich Hitler seine eigene Rolle zugeschnitten. An nichts haben sich seine demagogischen Fähigkeiten so deutlich erwiesen, wie an der Methode, mit der er in den 24 Tagen des Prozesses vom politisch erledigt geglaubten Führer einer nationalen Splitterpartei zu einer populären politischen Größe in Deutschland wurde und seinen Prozeß in einen politischen Triumph verwandelte. So hüllte er sich in seiner Untersuchungshaft gegenüber Freund und Feind in ein verstocktes Schweigen, während er in den öffentlichen Verhandlungen, zu denen die großen deutschen Zeitungen und auch zahlreiche ausländische Presseorgane ihre Korrespondenten geschickt hatten, in mehrstündigen Reden seine politischen Vorstellungen ausbreitete und mit allen Mitteln gegen die politische Führung Deutschlands polemisierte. Dadurch, daß er die Verantwortung für den Putsch auf sich nahm und seine Mitangeklagten und in diesem Punkt selbst das Triumvirat entschuldigte, stilisierte er sich in die Rolle des nationalen Helden, dem an nichts gelegen war als an einer Verbesserung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Wenn seine Tat aber Hochverrat war, so brachte er kein Verständnis dafür auf, daß die Männer, die seine Pläne bis zum letzten Augenblick mitgetragen und die gleichen Ziele verfolgt hatten, jetzt gegen ihn als Zeugen der Anklage auftraten. Sie würden jetzt nur das verleugnen, was sie selbst monatelang gewollt und mit ihm vorbereitet hatten.

Jedermann im Gericht glaubte, daß Hitler völlig wahr sprach, und vor allem die geheimen Sitzungen, in denen es um die militärischen Vorbereitungen des Staatsstreichs ging, haben dies auch bewiesen.

---

[66] In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß der Prozeß in eine Zeit fiel, in der man sich auf Landtags- und Reichstagswahlen einzurichten hatte. Es kann aber nicht behauptet werden, daß der Verhandlungssaal von irgendeiner Seite als Wahlkampfarena benutzt wurde, denn die völkischen Gruppierungen, die sich nach dem Verbot der NSDAP gebildet hatten, waren zu diesem Zeitpunkt noch zu diffus, um selbständige oder gemeinsame politische Programme aufstellen zu können. Aber es ist doch bemerkenswert, wie die Angeklagten und die Verteidiger versuchten, ihre politischen Zielsetzungen von den reaktionär-konservativen Parteien abzuheben. Bei den Landtagswahlen am 6. April 1924 wurde der völkische Block die zweitstärkste Partei, ein Ergebnis, das die NSDAP zahlenmäßig erst 1930 wieder erreichen konnte. In den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 entfielen auf die Deutschvölkische Freiheitspartei 32 Mandate (6,5%). Dabei lag das Ergebnis in Bayern weit über dem Reichsdurchschnitt. Vgl. D. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953, Düsseldorf 1973, S. 132 ff. Von den Angeklagten im Hitlerprozeß erhielten Röhm, Ludendorff und Frick ein Reichstagsmandat und Pöhner ein Landtagsmandat.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kahr, Lossow und Seißer hatten dem nichts entgegenzusetzen. Sie gestanden auch ein, daß auch sie auf eine „stetige, von parlamentarischen Einflüssen unabhängige nationale Reichsregierung" in Form einer Diktatur hingearbeitet hätten. Andererseits beteuerten sie aber, daß sie dies nicht mit Gewalt, sondern nur über den Artikel 48 der Weimarer Verfassung erreichen wollten. In den zahlreichen Besprechungen seit September 1923 hätten Kahr und Lossow immer wieder den Versuch unternommen, die zum Losschlagen bereitstehenden Verbände zurückzuhalten. Sie wollten sich aber nicht endgültig von den Verbänden trennen, weil sie der Auffassung waren, „daß der gesunde Kern der Hitlerbewegung, insbesondere die in der Bewegung steckende, werbende Kraft für die nationale Einstellung der Arbeiterschaft, solange überhaupt die Möglichkeit dafür bestand, nicht durch gewaltsame Unterdrückung zerschlagen werden sollte"[67]. Hitler habe sein Ehrenwort gegeben, daß er nichts gegen die Pläne der bayerischen Reichswehr und des Generalstaatskommissariats unternehmen werde; dieses Ehrenwort habe er aber aus ehrgeizigen Motiven gebrochen.

Besonders Lossow führte wütende Angriffe gegen Hitler; mußte er doch zusehen, wie durch jenen sein Ruf und seine Offiziersehre zerstört wurden. Lossows Aussagen spiegeln immer wieder die volle Verachtung der Offizierskaste gegen den wurzellosen Agitator, der sich anmaße, die Politik Deutschlands zu bestimmen. Während andere immer wieder auf die Suggestivkraft des nationalsozialistischen Propagandisten hinwiesen, wollte Lossow das Sendungsbewußtsein Hitlers mit der Bemerkung abtun, daß er in den Reden Hitlers nur immer wieder gehört habe, was für jeden national gesinnten Deutschen selbstverständlich gewesen sei, daß sie andererseits jedoch jeden Wirklichkeitssinn und Maßstab für das, was möglich und erreichbar gewesen sei, vermissen ließen. In seiner Schlußrede kam Hitler auf diese Bemerkung zurück und führte aus: „Wie klein denken doch kleine Menschen! Nehmen Sie die Überzeugung hin, daß ich die Erringung eines Ministerpostens nicht als erstrebenswert ansehe. Ich halte es eines großen Mannes nicht für würdig, seinen Namen der Geschichte nur dadurch überliefern zu wollen, daß er Minister wird. Da könnte man auch Gefahr laufen, neben anderen Ministern begraben zu werden. . . . Nicht aus Bescheidenheit wollte ich damals ‚Trommler' sein; das ist das Höchste, das andere ist eine Kleinigkeit."[68]

Das Gericht und die Staatsanwaltschaft ignorierten die peinlichen Eröffnungen, daß nicht nur die Angeklagten, sondern auch die drei obersten Gewalthaber Bayerns aufs engste in die Hochverratsplanungen verwickelt waren[69]. Und wenn man die Plädoyers der Staatsanwaltschaft und die Begründung des Urteils liest, so kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß hier nicht die Repräsentanten

---

[67] Diese Aussagen sind Wiederholungen aus der bereits erwähnten „Denkschrift"; vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 182.

[68] Schlußwort des Angeklagten Hitler am 27. 3. 1924, IfZ, MA 212/3, Bl. 8293 ff.

[69] Gegen Kahr, Lossow und Seißer wurde damals zwar von den Verteidigern des Hitlerprozesses ein Ermittlungsverfahren beantragt, das aber bald darauf wieder eingestellt worden ist.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Republik über einen gewaltsamen Angriff auf die verfaßte Weimarer Demokratie zu richten hatten, sondern daß Richter, Staatsanwälte und Angeklagte zusammen ein Tribunal gegen die demokratische Staatsform inszenierten.

Die Maxime im Plädoyer des ersten Staatsanwalts Stenglein war, „daß nicht die Tat, sondern die Täter bestraft werden sollen"[70]. Er entzog sich damit in geschickter Weise seiner Pflicht als Sachwalter der Republik und lenkte vom Delikt des Hochverrats ab, um auf die Motivation und die vaterländische Gesinnung der Angeklagten hinweisen zu können. Und hier stellte er der Tat vom 8. November die „selbstlose Hingabe", die „Reinheit des Wollens", die „Begeisterung für die deutsche Sache" und im Falle Ludendorffs „die Dankesschuld des deutschen Volkes gegenüber seinem großen Feldherrn" gegenüber.

Für Stenglein war der 8. November das Ergebnis einer „tief bedauerlichen Zerrissenheit der vaterländisch gesinnten Kreise" und der brennenden Ungeduld, die in den national-aktiven Kreisen Platz gegriffen hatte gegenüber der Zerrüttung der Staatsautorität. Wenn Hitler in einer späteren Gedenkrede zum 8. November sagte: „Damals erkannten wir, daß es nicht genügt, den alten Staat zu stürzen, sondern daß zuvor der neue Staat praktisch ausgebaut sein muß. ... [Ich] faßte daher wenige Tage nach dem Zusammenbruch sofort einen neuen Entschluß: nun in aller Ruhe die Voraussetzungen zu schaffen, die ein neuerliches Scheitern ausschließen mußten"[71], so zeigt das sehr deutlich, daß er die Worte des Staatsanwaltes nicht vergessen hatte: „An die Stelle der Ungeduld muß treten die harte, zähe, eiserne Geduld, die Geduld, die in der Stille arbeitet, aber tatfreudig und der Zukunft sicher, die Geduld, die mit zusammengebissenen Zähnen wartet, bis die Saat reif ist, bis die Stunde gekommen ist." Das war für Hitler nicht nur eine Mahnung, sondern ein Denkspruch.

Das Urteil[72] des Gerichts griff in seiner Begründung die Motivation der Putschisten als mildernde Umstände auf: „... was das Strafmaß anlangt [kann] auf all das, was in den Schlußvorträgen der Staatsanwaltschaft hervorgehoben worden ist, Bezug genommen werden. Auch das Gericht ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Angeklagten bei ihrem Tun von rein vaterländischem Geist und dem edelsten, selbstlosen Willen geleitet waren. Alle Angeklagten ... glaubten nach bestem Wissen und Gewissen, daß sie zur Rettung des Vaterlandes handeln müßten und daß sie dasselbe täten, was kurz zuvor noch die Absicht der leitenden bayerischen Männer gewesen war. Das rechtfertigt ihr Vorhaben nicht, aber es gibt den Schlüssel zum Verständnis ihres Tuns."

Ludendorff wurde freigesprochen, weil der Nachweis des Hochverrats oder der Beihilfe zum Hochverrat nicht erbracht werden konnte. Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner wurden neben einer Geldstrafe zu fünf Jahren Festungshaft ver-

---

[70] Plädoyer des ersten Staatsanwalts am 21. 3. 1924, IfZ, MA 212/3, Bl. 7611 f.

[71] Rede Hitlers vom 8. November 1936 in München, Völkischer Beobachter Nr. 315 v. 10. 11. 1936.

[72] Urteil des Volksgerichts für den Landgerichtsbezirk München I vom 1. April 1924, IfZ, NSDAP-Hauptarchiv MA 735.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

urteilt. Die Untersuchungshaft wurde ihnen als Strafzeit anerkannt, außerdem wurde ihnen nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von sechs Monaten Festungshaft die Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt. Eine Ausweisung Hitlers wurde abgelehnt, denn „auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, ... kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des § 9 Abs. II des Republikschutzgesetzes ihrem Sinn und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden". Die übrigen Angeklagten wurden neben einer Geldstrafe zu einem Jahr drei Monaten Festungshaft mit Anerkennung der Untersuchungshaft verurteilt. Auch ihnen wurde die Bewährung in Aussicht gestellt.

Daß die Geschichte der Weimarer Republik trotz ihrer reformerischen und demokratischen Fortschritte doch die Geschichte des Scheiterns einer Demokratie blieb, ist letztlich darin begründet, daß der alte kaiserliche Apparat die revolutionäre Phase überdauern konnte und nahezu unverändert und unkontrolliert in den Dienst der neuen Staatsordnung übernommen worden war. Dies trifft insbesondere auch auf die Justiz zu. Die Revolutionäre von 1918 scheuten sich, die entscheidenden Stellen der Justizverwaltung mit Männern ihres Vertrauens zu besetzen und sahen ihre „vornehmste Aufgabe" darin, „die richterliche Unabhängigkeit, die Grundlage jeder staatlichen Ordnung, unangetastet von jedermann aufrechtzuerhalten"[78]. Die Folge war, daß die Richter zwar Richter in einer Republik, aber keine republikanischen Richter waren.

In Bayern kam das Justizressort nach dem Kapp-Putsch in die Hände des deutschnationalen Ministers Roth, und es wurde von ihm und vor allem von seinem Nachfolger Gürtner zu einem politischen Instrument ausgebaut, mit dem unter dem Schein der Verfassungskonformität das Weimarer System überwunden werden sollte. Nach Gürtners eigenen Aussagen war ihm daran gelegen, auch den Kampfbund diesem Zweck dienstbar zu machen, und er durfte konsequenterweise auch dann nicht gegen ihn Front machen, als dieser mit blanker Gewalt und in der begründeten Hoffnung auf Unterstützung seitens der bayerischen Regierung und deren Machtmittel den Staatsstreich durchführte. Die Vorbereitungen und der Prozeß selbst bewiesen, daß sich die Nationalkonservativen als Richter über die Verfassungs- und Rechtsnormen des Weimarer Staates empfanden und ihr Urteil nicht nach dem Recht, sondern nach der Gesinnung, ob Antidemokrat oder Demokrat, richteten.

---

[78] Allgemeiner Erlaß, Justizministerialblatt für den Volksstaat Bayern XVIII vom 20. 12. 1918, S. 259.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETER MARC SCHNEIDER

SAARPOLITIK UND EXIL 1933–1955

Vorbemerkung

Zwischen 1933 und 1941 haben weit über eine halbe Million Menschen Deutschland, Österreich und die deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei aufgrund unmittelbarer Verfolgung, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Diskriminierung oder in konsequenter Ablehnung des herrschenden politischen und weltanschaulichen Systems verlassen. Diese direkt und indirekt erzwungene Wanderungsbewegung steht zahlenmäßig etwa an zehnter Stelle der europäischen Bevölkerungsverschiebungen der Zwischenkriegszeit. Sozial umfaßt die deutschsprachige Emigration nach 1933 alle Strata der damaligen Gesellschaft; der weitaus überwiegende Anteil der jüdischen Massenauswanderung bestimmt jedoch ihren vor allem mittelständischen Charakter.

Die Berufs- und Tätigkeitsgruppen Forschung und Lehre, Publizistik, Literatur, Künste und Freie Berufe sind besonders in ihren Eliten überdurchschnittlich stark vertreten. Im vergleichsweise minimalen Anteilsbereich der politischen Organisationen überwiegen aus naheliegenden Gründen die Linksparteien mit zahlenmäßig erstaunlich hoher Beteiligung auch der mittleren und unteren „Kader". Ziel dieser letztgenannten Gruppe war die Fortsetzung des innenpolitischen Kampfes um Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Vorstellungen vom Ausland her, also in erster Linie und als gemeinsamer Nenner der Sturz des Gewaltregimes und die Rückkehr in die Heimat. Ihre Tätigkeit ist somit Teil der Geschichte des Widerstands und Weiterführung politischer und weltanschaulicher Entwicklungslinien über 1933 hinaus, zunehmend freilich ohne regulativen Austausch mit der eigenen Basis und den realen Verhältnissen im Lande. Dagegen ist die Mehrheit der Emigration – also vor allem Opfer der rassischen Verfolgung, später auch Desillusionierte aus den Reihen des politischen Exils – von überseeischen Einwanderungsländern aufgenommen und dort integriert worden (1937: 27% Palästina, 17% Vereinigte Staaten, 13% Lateinamerika). Über den Anteil der Rückkehrer nach Kriegsende können vorerst nur Vermutungen angestellt werden.

Quellenerschließung und Forschung zur deutschsprachigen Emigration unter dem Nationalsozialismus gehören seit längerem zum Arbeitsprogramm des Instituts für Zeitgeschichte*. In den Jahren nach 1968 wurden mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und in enger Verbindung mit anderen wissen-

---

*) Hierzu und zur Forschungsentwicklung siehe Werner Röder, Quellen zur Geschichte der deutschsprachigen Emigration 1933–1945 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, in: Jahrbuch für Internationale Germanistik 7 (1976), H. 2, S. 142 ff.; dort auch weitere Literaturverweise.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlichen Institutionen ungedruckte Quellen zur Geschichte des politischen Exils in Archiven und Sammlungen der Bundesrepublik und der wichtigsten zugänglichen Asylländer registriert und in einem Zentralkatalog im Institut detailliert nachgewiesen. Gleichzeitig brachten Übernahmen aus Privatbesitz sowie Interviews und Fragebogenenqueten wesentliche Ergänzungen der Archivbestände.

Seit Ende 1972 ist – gefördert vom Bundesminister für Forschung und Technologie und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft – als erster Teil des Projekts *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 – International Biographical Archives and Dictionary of Central European Emigrés, 1933–1945* ein umfangreiches biographisches Archiv in Partnerschaft mit der amerikanischen Research Foundation for Jewish Immigration entstanden. Auf der Grundlage dieser Materialien wird ab 1978 in Jahresfolgen das *Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration* in deutschen und englischen Ausgaben erscheinen (Band I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben; Band II: Sciences, Arts and Literature; Band III: Gesamtregister). In seiner nächstliegenden Funktion soll das Handbuch als allgemeines bio-bibliographisches Informationsmittel dienen, so etwa für Forschung, Lehre und Publizistik, nicht zuletzt auch für politische und kulturelle Bildungsbelange im In- und Ausland. Das Projekt überschreitet mit Bedacht die Grenze des bisher in der deutschen Forschung dominierenden Erkenntnisinteresses an den Komplexen „Exil und Widerstand" und der deutschsprachigen Exil-Literatur: Die Emigration vor allem der politischen Eliten kann zum Teil – auch von ihrem zeitgenössischen Selbstverständnis her – als Kontinuante der „Heimatlosigkeit" demokratischer Repräsentanten der deutschen Geschichte gesehen werden und als Fortsetzung deutscher Entwicklungen jenseits der Grenzen des Dritten Reiches. Dagegen erscheint bei vordergründiger Betrachtung die quantitativ erstrangige Gruppierung der Emigration, also die überwiegend jüdische Zwangsauswanderung mit ihren Berufskategorien aus Wirtschaft, Verwaltung, Freien Berufen, Publizistik, Kunst und Wissenschaft, vor allem von Elementen der Diskontinuität bestimmt: Das Ziel der größtmöglichen Integration im Zufluchtsland oder die Aliyah nach Erez Israel unterscheidet sie von dem auf Erhaltung und Rückkehr ausgerichteten „Exil"; anstelle einer zeitweisen Verbannung steht hier das Ausscheiden aus dem unmittelbaren deutschen Bezugsrahmen. Im Gegensatz zu dieser unhistorisch-ethnozentrischen Perspektive umfaßt das Handbuch in seinen personellen Auswahlkriterien das Gesamtphänomen. Ohne Vernachlässigung der hochgradigen sozialen, materiellen, intellektuellen und weltanschaulichen Uneinheitlichkeit der einzelnen Gruppen und der ihnen wiederum eigenen Faktionierung können in Teilen durchaus gemeinsame biographische Muster angenommen werden. Kollektiverlebnisse wie Ächtung und Verfolgung, frühere oder spätere Regimegegnerschaft, Verlassen der Heimat mit gesellschaftlichen und kulturellen Dislozierungsfolgen, mehr oder weniger lang andauernder Emigrantenstatus, die Wanderungswege, die Lebenserfahrung außerhalb des nationalsozialistischen Milieubereichs und der Zwang zur individuellen Verarbeitung des Vertreibungserlebnisses, zur sozialen und kulturellen Anpassung

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an die Gesellschaft der Aufnahmeländer, sowie zur Neubestimmung der ethnischen Identität und der persönlichen Beziehung zum Herkunftsland begründen zumindest rückschauend eine Gesamtgruppe als historisches Phänomen und Untersuchungsgegenstand.

Vielschichtigkeit einerseits und Elemente der Einheit eröffnen sich der auf Ereignisabläufe und Organisationsgeschichte bedachten Historiographie ebenso wie den mit quantifizierbarem Material arbeitenden Sozialwissenschaften beim Forschungsgegenstand Emigration in der notwendigen Konkretheit nur über die Addition von Einzelschicksalen in einer aussagefähigen Anzahl. Geschlossene, zeitlich durchgehende und geographisch umfassende archivalische Überlieferungen zur Gesamtgruppe für einen methodisch konventionellen Untersuchungsansatz konnten aus evidenten inneren und äußeren Gründen nicht entstehen. Lediglich für das politische Exil sind in höherem Maße durch eigene Publizistik und Aktenbildung sowie als Resultat staatlicher Verfolgung und des vornehmlich fremdenpolizeilichen Interesses der Asylländer Quellenbestände erhalten geblieben. Doch schon ihre zeitliche, thematische und regionale Gebundenheit läßt es zweifelhaft erscheinen, daß sie sich – auch nach Öffnung aller einschlägigen Archive – als tragfähig für eine künftige Gesamtdarstellung erweisen können.

Mit dem „Biographischen Handbuch" soll der Versuch unternommen werden, durch Dokumentation individueller Lebens- und Leistungsgeschichten einen registermäßig zugänglichen Datenkorpus zu erstellen, der vor allem folgende Forschungsansätze ermöglichen kann: (a) Festschreibung der sozialen und politischen Strukturen der Gruppe vor 1933 und der Grundmuster ihrer Wanderung; (b) Ergänzung und Korrektur der Parteien-, Organisations- und Institutionengeschichte der Emigration; (c) Analyse des sozialen, wirtschaftlich-produktiven, kulturellen und wissenschaftlichen Verlusts der Herkunftsgesellschaft; (d) Identifizierung repräsentativer Prozesse der Eingliederung in Aufnahmeländern; (e) Untersuchung der gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Wirkung, also auch des Kultur- und Wissenschaftstransfers, wie er zwischen Mitteleuropa und vor allem überseeischen Immigrationsländern in zweifelsfreiem Zusammenhang mit der Emigration nach 1933 diagnostiziert werden kann; (f) Dokumentation der neben dem Holokaust durch Auswanderung bestimmten Schlußphase in der Geschichte des deutschen Judentums und, unter anderem, seiner Rolle beim Aufbau von Staat und Gesellschaft in Israel; (g) Quantifizierung und Analyse der Rückkehrbewegung mit ihrem Einfluß auf Politik, Kultur und Wissenschaftsentwicklung in den deutschsprachigen Nachkriegsstaaten.

Der Aufsatz „Saarpolitik und Exil 1933–1955" von Dieter Marc Schneider ist als erste Arbeit aus diesem Fragenbereich auf der Grundlage des Biographischen Archivs und seines methodischen Konzepts entstanden. Er erschließt die Materialien unter dem speziellen Aspekt einer Regionaluntersuchung, die den Längsschnitt durch die Zeitphasen vor der Emigration, des Exils und der Nachkriegsperiode zieht; er zeigt so die Kontinuitäten, den historisch-politischen Stellenwert der Emigration und ihre Rückwirkung auf deutsche Entwicklungen nach 1945

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Gruppe der Saarflüchtlinge auf. Gleichzeitig werden Einzelheiten und Zusammenhänge der Exilgeschichte belegt, die bislang nicht bzw. nur bruchstückhaft oder in fragwürdiger Einordnung bekannt gewesen sind.

Werner Röder

Durch das Saarstatut in den Artikeln 45–50 des Versailler Vertrages wurden 1919 die südlichen Teile der preußischen Rheinprovinz und die westlichen Teile der bayerischen Pfalz als Saargebiet auf fünfzehn Jahre dem Völkerbund als Treuhänder unterstellt. Danach sollte ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland, Frankreich oder die Fortdauer der Treuhandschaft (Status quo) entscheiden. Das Eigentum der Kohlengruben und deren Ausbeutung gingen an Frankreich über, 1925 wurde das Saargebiet in das französische Zollgebiet einbezogen. Der Völkerbund ernannte eine Regierungskommission, neben der seit 1922 ein beratender Landesrat bestand. Versuchen des deutschen Außenministers Stresemann, im Zuge seiner Revisionspolitik im September 1926 in Thoiry mit Briand eine deutsch-französische „Gesamtlösung" zu erzielen, die eine vorzeitige Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland miteinschließen sollte, scheiterten. Es blieb bei dem Abstimmungsjahr 1935. Inzwischen erfolgte die Zerstörung der Weimarer Republik und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Die nun radikal veränderten innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland hatten bald auch ihre Auswirkungen auf das Saargebiet. Die ursprünglich geschlossene nationale Front der politischen Saarparteien bröckelte ab, eine kämpferische Minderheit wehrte sich in der im Friedensvertrag festgelegten zweijährigen Abstimmungsfrist zunehmend gegen eine Rückgliederung an ein nationalsozialistisches Deutschland. In dieser Phase gelangte ein Teil der ersten Welle vornehmlich politischer Flüchtlinge vor dem nationalsozialistischen Regime an die Saar. Viele dieser reichsdeutschen Emigranten spielten eine aktive Rolle im Abstimmungskampf auf Seiten der saarländischen Hitler-Gegner. Nach deren Niederlage in der Volksabstimmung vom 13. Januar 1936 wurden auch Saarländer in die Emigration gezwungen; für die Flüchtlinge aus dem Reich ergab sich die Notwendigkeit, weiterwandern zu müssen – für viele der Beginn einer Odyssee der Flucht, die später durch die deutsche Besetzung Westeuropas in nahezu alle Länder der Welt führte.

Als diese Saaremigranten, soweit sie im Exil der nationalsozialistischen Verfolgung entgangen waren, relativ geschlossen nach 1945 an die Saar zurückkehrten, spielten sie in der saarländischen Geschichte bis 1955, d. h. bis zu dem Referendum über das Pariser Saarstatut[1] eine bestimmende Rolle. Gemessen an der politischen Bedeutung und Wirksamkeit von zurückgekehrten Emigranten im übrigen Nachkriegsdeutschland kann diese Gruppe nur mit einem anderen, ebenfalls relativ geschlossenen Personenkreis verglichen werden, der, aus dem Exil

[1] Siehe Abschnitt III, S. 529 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Sowjetunion kommend, in der SBZ und später der DDR die Macht übernahm[2]. Beide Gruppen agierten vor dem Hintergrund bzw. unter dem mehr oder weniger offenen Einfluß der jeweiligen Besatzungsmacht – Frankreich und Sowjetunion – und gewannen mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Ende des Krieges ihr gegenüber eine relative Autonomie, die allerdings im Falle der Regierung Johannes Hoffmann wesentlich stärker ausgeprägt war als zu gleicher Zeit die der SBZ bzw. der DDR. Während der substantielle Kern der sogenannten Ost-Emigranten in der DDR jedoch kontinuierlich an der Macht blieb, scheiterte die autonomistische Führungsgruppe an der Saar und mußte nach dem Referendum vom 23. Oktober 1955 historisch erfolglos abtreten.

Eine Geschichte des Exils der Saarländer und der Rolle der überwiegend aus Emigranten bestehenden Führungsgruppe in der politischen Entwicklung des Saargebietes nach 1945 wirft trotz der personellen Überschaubarkeit eine Reihe methodischer Probleme auf, die durch eine schwierige Quellenlage noch verschärft werden. Trotz aller Verbundenheit durch den gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus und das Erlebnis des Exils bestand die autonomistische Führungsgruppe innerhalb des Saargebietes 1945–1955 aus Personen recht unterschiedlicher politischer Motivation und Psychologie und einer Reihe von Untergruppen, die zum Teil über die Parteigrenzen hinwegreichen.

Die vorliegende Literatur zur Geschichte des Saargebietes nach dem Ersten Weltkrieg ist zum Teil sehr subjektiv, wenn nicht apologetisch. Die geographische Lage und die geschichtliche Rolle als territoriales Streitobjekt zwischen Frankreich und Deutschland seit Ludwig XIV. machen die Emotionalität der Auseinandersetzungen erklärbar.

Die nationalsozialistische Literatur zur Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland im Jahre 1935 kann vom wissenschaftlichen Standpunkt außer Betracht bleiben[3]. Dagegen existieren für diese Zeit des ersten Abstimmungskampfes, die noch vor und als Ursache der Emigration der Rückgliederungsgegner für deren politische Entwicklung von großer Bedeutung war, die wissenschaftlich anerkannten Arbeiten von Maria Zenner und Fritz Jacoby[4]. Ernst Kunkel, der nach seiner Rückkehr aus dem Exil an die Saar selbst eine bedeutende politische Rolle spielen sollte, ist der Verfasser einer Arbeit über den Abstimmungskampf vor 1935 aus sozialdemokratischer Sicht[5]. Als Kenner der historischen Materie seit dem

---

[2] Von den sechzehn Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der KPD am 11. Juni 1945 waren dreizehn aus der UdSSR zurückgekehrte Emigranten.

[3] Als Beispiel mag gelten: Karl Bartz, Weltgeschichte an der Saar, Neustadt a. d. Haardt 1935.

[4] Maria Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundregime 1920–1935, Saarbrücken 1966; Fritz Jacoby, Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar, Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935, Saarbrücken 1973.

[5] Ernst Kunkel, „Für Deutschland – gegen Hitler": Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933–1935, Saarbrücken (1967).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ersten Weltkrieg ist auch Helmut Hirsch zu nennen, der seinerseits 1933 ins Saargebiet geflohen war[6]. Das Schicksal der saarländischen Emigration nach 1936 scheint allenfalls partiell und in zufälligen biographischen Hinweisen auf, die in erster Linie in der Literatur enthalten sind, die sich mit der Geschichte des Saargebietes nach 1945 befaßt. Dabei ist die Zeit bis zum zweiten Saarkampf und der neuerlichen Rückgliederung, jetzt an die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955, Gegenstand anhaltender historischer und publizistischer Kontroversen. Als jüngstes Beispiel sei die Arbeit Heribert Schwans über den saarländischen Rundfunk angeführt[7]. Die umfassendste Arbeit über die „Saarpolitik 1945–1957" ist das dreibändige Werk von Robert H. Schmidt[8]. Wir werden auf diese vornehmlich politikwissenschaftliche Arbeit, die in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den beschriebenen Geschehnissen entstanden ist und der trotz eines bemerkenswerten selbstkritischen Bemühens der Vorwurf starker Subjektivität nicht erspart bleiben kann, später detaillierter eingehen. Ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Saargeschichte vor allem auch im internationalen Kontext ist die Konfliktstudie von Jacques Freymond[9]. Eine Anzahl weiterer Arbeiten, Broschüren, Aufsätze von zum Teil stark subjektivem bzw. apologetischem Charakter kann an dieser Stelle nicht aufgeführt werden, ist aber auch größtenteils für die Themenstellung irrelevant[10].

Auch die archivalische Quellenlage ist vor allem für die Zeit nach 1945 nicht sehr günstig. In den saarländischen Archiven ist die Zeit vor 1955 auffallend gering dokumentiert. Ein weiteres empfindliches Manko ist die in Frankreich für mehrere Jahrzehnte gültige Sperrklausel für Archive, die jetzt offenbar langsam gelockert wird[11].

Für das Saarland gilt vielleicht in verstärktem Maße, was auch für die politisch-wissenschaftliche Öffentlichkeit in Deutschland ganz allgemein nach wie vor zutrifft, daß nämlich die Diskussion des nationalsozialistischen Abschnitts deutscher

---

[6] Helmut Hirsch, geb. 1907, war Mitarbeiter der Emigrantenzeitung *Westland* (s. S. 476). Er emigrierte 1935 nach Frankreich, in Paris Sekretär und Mitarbeiter der von Siegfried Thalheimer herausgegebenen Halbmonatsschrift *Ordo*; seit 1941 in den USA, wo er 1945 in Chicago mit einer Arbeit über das Saargebiet promovierte. Verfasser u. a. von: Die Saar in Versailles, die Saarfrage auf der Friedenskonferenz von 1918, Bonn 1952; Die Saar vor Genf, Die Saarfrage während des Völkerbundregimes 1920–1935, Bonn 1954; Some recent material on the Saar, in: The Journal of Modern History 23 (1951), S. 366–376.

[7] Heribert Schwan, Der Rundfunk als Instrument der Politik im Saarland 1945–1955, Berlin 1974.

[8] Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945–1957, Bd. I: Politische Struktur; Bd. II: Entfaltung der Saarpolitik zwischen „Wirtschaftsanschluß" und „Europäisierung" 1945–1953; Bd. III: Entfaltung der Saarpolitik vom Scheitern der EVG bis zur Wiedervereinigung 1954–1957, Berlin 1959–1962. Im Folgenden zit.: Schmidt I, etc.

[9] Jacques Freymond, Die Saar 1945–1955, München 1961.

[10] Vgl. die ausführlichen Bibliographien bei Schmidt und Freymond, a. a. O.

[11] In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Forschungsarbeiten zum deutschen Exil in Frankreich 1933–1948 an der Universität Paris VIII (Projektgruppe Prof. Gilbert Badia) und der Universität Tours (Prof. Rita Thalmann).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geschichte immer noch stark emotional akzentuiert ist, was natürlich eine Reihe von Folgeerscheinungen hat. Dies gilt nicht zuletzt für die Bemühungen um eine objektive Wertung des Personenkreises, der sich nach 1933 nicht mit dem neuen Regime identifizieren konnte, verfolgt wurde, in den Widerstand ging oder einfach sich nonkonformistisch verhielt.

Von daher ist der methodische Zugriff trotz und zugleich wegen des vorhandenen sehr widersprüchlichen und kontroversen Materials recht schwierig. Eine methodische Hilfe scheint uns hier jedoch das systematische Zurückgehen auf biographisches Material zu sein. Die biographische Rekonstruktion und Dokumentation z. B. der saarländischen Emigration mit ihren Ursachen und den historischen Konsequenzen nach 1945 ist geeignet, den historischen Ablauf an der Saar transparenter zu machen[12]. Aber auch über das Saarland hinaus würde eine Geschichtsschreibung des deutschen Exils unter dem nationalsozialistischen Regime im Allgemeinen über einen umfassenden biographischen Zugriff methodisch erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht.

Die Quellenlage ist allerdings auch für die Erschließung biographischer Materialien nicht gerade günstig; das gilt für die öffentlichen Archive ebenso wie für die privaten[13]. Im saarländischen Landesarchiv ist allenfalls das sogenannte Becker-Schneider-Archiv für die Jahre 1951–1955 zu einem kleinen Teil auswertbar. Im Archiv des Saarländischen Landtages liegen biographische Daten für die Zeit vor 1947 nicht vor; ein gedrucktes Handbuch des Saarländischen Landtags analog den anderen Länderparlamenten erscheint erst ab 1957. Biographische Materialien finden sich schon eher in den verschiedenen Stadtarchiven; auch brachte eine Umfrage bei Gemeindeverwaltungen und -standesämtern zum Teil gute Ergebnisse. Wichtige Recherchen konnten im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte[14] durchgeführt werden. Die Rekonstruktion der eigentlichen Exilphase gelang jedoch in erster Linie mit Unterstützung der Beteiligten selbst. Eine breit angelegte Fragebogenenquête sowie eine Reihe von persönlichen Interviews und Korrespondenzen mit noch lebenden Beteiligten erbrachten vor allem die notwendige Informationsdichte[15].

---

[12] Dies gilt auch für die Arbeit von Robert H. Schmidt, a. a. O., die sehr viel, wenn auch zum Teil ergänzungs- bzw. korrekturbedürftiges biographisches Material enthält.

[13] Ein Beispiel ist das ansonsten sehr materialreiche Archiv der im Saarland führenden *Saarbrücker Zeitung*. – In diesem Archiv existieren keine biographischen Materialien über Mitarbeiter für die Zeit, in der die Zeitung den Kurs der Regierung Johannes Hoffmann vertrat; biographische Mappen gibt es erst ab 1957. In diesem Zusammenhang interessant der Artikel von Ludwig Bruch: „Weg und Schicksal einer deutschen Zeitung" in der Jubiläumsschrift zum 200jährigen Bestehen der *Saarbrücker Zeitung* (200 Jahre Saarbrücker Zeitung, hrsg. vom Verlag der Saarbrücker Zeitung, Saarbrücken 1961, S. 15–203). Der 185 Seiten lange Aufsatz enthält nur eine halbe Seite über die Zeit von 1945 bis 1955!

[14] Siehe die Vorbemerkung zu diesem Aufsatz von Werner Röder. Die größtenteils auf dem Biographischen Archiv der deutschsprachigen Emigration nach 1933 basierenden Recherchen sind im Folgenden gekennzeichnet: BHB-Archiv.

[15] Gespräche und Korrespondenzen wurden u. a. geführt mit Richard Kirn und Robert Schulte/

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorliegender Aufsatz versteht sich als ein Beitrag zu einem Abschnitt saarländischer Geschichte, der ohne die Erfahrungen des Exils einer Reihe von Saarländern nicht verständlich wird, wobei wir zu dieser Gruppe auch diejenigen zählen, die sich nach ihrer Flucht aus Deutschland nach dem 30. Januar 1933 in den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus an der Saar engagiert hatten, sich seitdem mit dem Schicksal des Saarlandes identifizierten und gewissermaßen zu „Wahl-Saarländern" geworden waren. Diese Untersuchung ist aber auch ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Emigration während des Dritten Reiches ganz allgemein und unter diesem Aspekt der Versuch einer Regionalstudie am nahezu idealen Beispiel einer personell und in ihrer zeitlichen Wirksamkeit genau abgrenzbaren Gruppe.

I. Der Kampf gegen die Rückgliederung an das nationalsozialistische Deutschland

1.

Daß vor allem die beiden Arbeiterparteien an der Saar, SPD/S und KPD/S, unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 gegen die nationalsozialistische Reichsregierung in scharfer Form Front machten, bedarf wohl keiner Erläuterung; allerdings waren Motivation und strategischer Standort durchaus unterschiedlich.

Für die SPD/S stand in den ersten Monaten ihres Kampfes gegen das Hitler-Regime und den Nationalsozialismus an der Saar die Frage der Rückgliederung an Deutschland noch nicht im Vordergrund. An der Ablehnung des Saarstatuts des Versailler Vertrages durch die saarländischen Sozialdemokraten änderte sich vorerst nichts. Noch im April 1933 gab ihr Erster Vorsitzender Max Braun folgende Erklärung ab, die sich gegen nationalsozialistische Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der SPD/S richtete:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes sieht sich veranlaßt, angesichts verschiedener Angriffe erneut zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft für die restlose Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland eintritt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes weist jeden Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der Partei, ganz gleich von welcher Seite er erhoben wird, aufs entschiedenste zurück. Diese Feststellung ist unabhängig von dem innerpolitischen Freiheitskampf der Sozialdemokratie."[16]

Diese Haltung scheint keineswegs taktischer Natur gewesen zu sein. Wie die Sozialdemokraten im Reich glaubte auch die SPD/S, daß sich das nationalsozia-

---

Saarbrücken, Ernst Kunkel/Dudweiler, Edgar Hector/Paris, Gretel Roth/Neckargemünd und Guy Kurt Lachmann/Saarbrücken. Herrn Klaus Altmeyer/Saarbrücken verdankt der Verf. wertvolle Anregungen.

[16] *Volksstimme*, Nr. 84, 8. 4. 1933 („Wider die Verleumder").

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

listische Regime nicht lange werde halten können. Auch die Tatsache, daß der Berliner Parteivorstand aufgrund der sich verschärfenden Verfolgung am 5. Mai 1933 Otto Wels, Sigmund Crummenerl, Friedrich Stampfer, Paul Hertz und Erich Ollenhauer nach Saarbrücken schickte, um eine Exilzentrale einzurichten, änderte nichts an dieser prinzipiellen Erwartungshaltung. Die saarländischen Sozialdemokraten sahen zunächst ihre Aufgabe vor allem darin, den Kampf der Sozialisten im Reich zu unterstützen. Dies geschah in enger Verbindung mit den sozialistischen Emigranten, die bereits in den ersten Monaten des nationalsozialistischen Regimes an die Saar gekommen waren. Im November 1933 zählte die Statistik des Parteivorstands der SPD im Exil (Sopade) allein 869 sozialdemokratisch organisierte Flüchtlinge[17]. Unter ihnen waren neben den bereits aufgeführten Mitgliedern des Exilvorstandes führende Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid[18], Wilhelm Sollmann[19], Emil Kirschmann, ab November 1933 als Nachfolger Karl Mössingers Parteisekretär der SPD/S, und Marie Juchacz. Die politische Arbeit dieser Emigrantengruppe war durch das gemeinsame Engagement im antifaschistischen Kampf an der Saar und von diesem territorialen Refugium aus gegen das Regime in Deutschland geprägt, was sich deutlich in der sozialistischen Presse niederschlägt, und zwar vor allem in der Phase des eigentlichen Kampfes für den Status quo im Jahre 1934.

Bereits ab 21. Juni 1933 erschien als „Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands" die *Deutsche Freiheit*, die vor allem der Aktivierung des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime in den westlichen Grenzbereichen dienen sollte. Die Zeitung wurde von einem Redaktionsstab der *Volksstimme* herausgebracht, Chefredakteur war Max Braun; verantwortlicher Redakteur war zeitweilig Johann Pitz aus Dudweiler, die Redaktion nahmen Georg Beyer, Emil Kirschmann und Wilhelm Sollmann wahr[20].

Die *Volksstimme* selbst unter Leitung von Max Braun bildete das Forum des

---

[17] Statistik der *Sopade*, Stichtag 30. 11. 1933 (Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg (künftig: ASD), in Akte: Emigration Prag – Paris, Berichte der Sopade), zit. nach: Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, 1933–1936, Frankfurt/M. 1977, S. 228, Anm. 61.

[18] Breitscheid hielt sich nur vorübergehend im Saargebiet auf. Er emigrierte Ende März/Anfang April 1933 in die Schweiz und ging im Mai gleichen Jahres nach Paris. Breitscheid gehörte zu den entschiedenen Verfechtern eines Status quo an der Saar und plädierte angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung für die Entsendung internationaler Truppen und Gendarmerie; BHB-Archiv.

[19] Auf dem Parteitag im Februar 1933 in Saarbrücken, auf dem die SPD/S einen scharfen Kampf gegen die nationalsozialistische Reichsregierung einleitete, hielt Sollmann neben Max Braun das Hauptreferat. Vgl. *Volksstimme*, Nr. 37 u. 38, 13. u. 14. 2. 1933.

[20] In der *Volksstimme* erschienen u. a. Friedrich Stampfers Aufsatz über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. Mai (Nr. 134, 12. 5. 1933) und der Aufsatz Friedrich Adlers über „Die Aufgabe der Emigration in der vergewaltigten Partei" (Nr. 134, 12. 6. 1933). Vgl. Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945, Bd. 1, München 1976. Hier auch weitere bibliographische Angaben sowie ein Mitarbeiterververzeichnis.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemeinsamen Kampfes saarländischer und reichsdeutscher Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus; sie war bereits im Februar 1933 für das gesamte Reichsgebiet verboten worden[21].

Der in der Zeitung *Westland*[22] erhobene Vorwurf, die saarländischen Arbeiter-

---

[21] In seiner Entgegnung auf die Erklärung von Wels im Reichstag zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 zog Hitler die *Volksstimme* zum Beweis des sozialdemokratischen Landesverrats heran: „Ich habe Ihre Zeitung im Saargebiet gelesen, Herr Abgeordneter, und dieses Blatt treibt nichts anderes als dauernden Landesverrat ..." (Reichsdrucksache. 2. Sitzung, 23. 3. 1933, S. 35. Zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 78). Der mit dem Verbot der *Volksstimme* beginnende Boykott im deutschen Anzeigengeschäft drohte der Zeitung die finanzielle Grundlage zu entziehen. Max Brauns daraufhin einsetzende Bemühungen, die *Volksstimme* mit Hilfe Walter Schevenels und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu sanieren, führten zu einer Vertrauenskrise zwischen Gesellschaftern der Zeitung und dem Landesvorstand der SPD/S, in der der Geschäftsführer Klopfer die Nationalsozialisten über alle internen Vorgänge unterrichtete – ein Vorgang, der einem Versuch gleichkam, das SPD/S-Organ auszuschalten. Braun wurde jedoch vom Parteivorstand in Prag und dem IGB weiterhin unterstützt. Vgl. Kunkel, ebd., S. 84 ff.

[22] Obwohl keine sozialdemokratischen Blätter, sind an dieser Stelle noch die Emigrantenzeitungen *Westland* bzw. *Grenzland* und *Das Reich* anzuführen. *Westland*, ein eher liberaldemokratisches Blatt, wurde seit dem 11. November 1933 in Saarbrücken von dem ehemaligen Verleger und Chefredakteur der *Düsseldorfer Lokalzeitung*, Siegfried Thalheimer, herausgegeben, der im März 1933 ins Saargebiet geflohen war. (Thalheimer, geb. 1899 in Düsseldorf, hatte sich vor seiner Emigration im Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung journalistisch exponiert, er wurde am 3. Dezember 1936 ausgebürgert, ging nach dem Referendum nach Frankreich, in Paris Studium französischer Literatur und Geschichte; 1938 Gründer und Herausgeber der in Paris erscheinenden Halbmonatsschrift *Ordo*. Nach Kriegsausbruch in verschiedenen Lagern interniert, Mai–Dezember 1940 dienstverpflichtet als „prestataire" (vgl. S. 515), 1941 mit Hilfe eines emergency visa in die USA; lebte dort bis 1949 als Kunsthändler, nach Rückkehr nach Deutschand 1949 freier Publizist, BHB-Archiv).

Westland nahm von Anfang an eine ablehnende Haltung zur Rückgliederung des Saargebietes an das nationalsozialistische Deutschland ein und forderte im Juni 1934 den Völkerbund auf, die geplante Abstimmung nicht stattfinden zu lassen; der Völkerbund müsse politisch und nicht formaljuristisch entscheiden: „Eine freie, geheime und unbeeinflußte Abstimmung ist unmöglich ohne die Voraussetzungen, die bei Abschluß des Versailler Vertrages bestanden" (Jg. 2, 1934, Nr. 11, S. 9). Nach Festsetzung des Abstimmungstermins durch den Völkerbund propagierte das Blatt die Einheitsfront der sozialistischen Parteien, die sich zu keiner klaren Abstimmungslosung verstehen könnten und sich in ihrer Taktik an dem Nationalismus des Dritten Reiches orientierten (Jg. 2, 1934, Nr. 23, S. 9). Im November 1934 wurde *Westland* allerdings mittels eines Täuschungsmanövers durch das deutsche Propagandaministerium aufgekauft. Die von Thalheimer nicht informierten Redakteure verließen daraufhin die Zeitung und gründeten an ihrer Stelle die Zeitschrift *Grenzland*, die ab November 1934 erschien und in der sie ihren Kampf gegen die Rückgliederung bis zum Abstimmungstag fortsetzten. Die redaktionelle Besetzung war weitgehend identisch: August Stern als Chefredakteur, ebenso gehörten Fritz Heymann und Norbert Mühlen beiden Redaktionen an. Verantwortlicher Redakteur von *Grenzland* war Ernst Meyer, Mitarbeiter u. a. Konrad Heiden. (Vgl. Maas, a. a. O., S. 283).

Das Reich wurde herausgegeben von Hubertus Prinz zu Löwenstein, der 1933 zunächst nach Österreich emigriert und im darauffolgenden Jahr an die Saar gekommen war. Prinz zu Löwenstein (geb. 1906 auf Schloß Schönwörth bei Kufstein/Tirol) war während seines

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

parteien hätten kein klares Konzept für den Fall einer Rückgliederung des Saargebietes an Hitlerdeutschland, traf für die ersten Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung durchaus zu. In dem Maße allerdings, in dem das nationalsozialistische Regime sich konsolidierte und die Hoffnung auf sein baldiges Scheitern schwand, verschärfte sich das Dilemma zwischen kompromißlosem Kampf gegen das Regime auf der einen und dem Wunsch nach Wiedervereinigung der Saar mit dem Reich über das 1935 bevorstehende Referendum auf der anderen Seite. So bildeten die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften im Mai 1933 und das Verbot der demokratischen Parteien im darauffolgenden Monat Marksteine auf dem Weg zu einer politischen Neuorientierung der SPD/S wie auch der KPD/S, die beide Parteien – wenngleich erst Mitte 1934 – dazu brachte, gegen eine Rückgliederung der Saar an das nationalsozialistische Deutschland aufzutreten[23].

Obgleich der Kampf der saarländischen Arbeiterparteien gegen das nationalsozialistische Regime seit dessen Machtübernahme so eindeutig war, daß die Ablehnung einer Rückkehr in ein nationalsozialistisches Deutschland von Anfang an nahe zu liegen schien, wurde diese Konsequenz angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland, vor allem aber auch im Saargebiet selbst, nur sehr zögernd artikuliert. Eine Denkschrift der SPD/S an den Völkerbund vom 16. September 1933 berichtete von den Terror- und Boykottmaßnahmen gegen Sozialdemokraten und die sozialistische Presse seitens des Nationalsozialismus[24]; in dieser Denkschrift verlieh die SPD/S allerdings noch der Hoffnung Ausdruck, die Sozialisten könnten in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den saarländischen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten. Ihre Selbstauflösung wie der Verlust der Eigenständigkeit des Zentrums gaben den letzten Ausschlag, zu dem für 1935 anstehenden Referendum Stellung zu beziehen.

Studiums in Berlin Jugendführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes gewesen, ab 1930 Mitarbeiter der *Vossischen Zeitung* und des *Berliner Tageblatts* (Prinz zu Löwenstein war nach 1945 als Leiter der sog. „Deutschen Aktion Saar" in die Saarpolitik involviert; vgl. Schmidt I, S. 531 f.).
Das Reich erschien zum ersten Mal einen Monat vor dem Referendum und setzte sich ebenfalls für den Status quo ein. Die Zeitung wurde nach dem Erscheinen von vier Nummern durch den Völkerbundskommissar Knox verboten und Löwenstein mit dem Vorwurf, er habe „als Nichtsaarländer in saarländische Verhältnisse eingegriffen", aus dem Saargebiet ausgewiesen. Die Ausweisung wurde zwar nach dem sofort einsetzenden internationalen Protest wieder zurückgenommen, *Das Reich* blieb jedoch verboten; BHB-Archiv.

[23] Die Alternative einer Verweigerung der Rückgliederung an ein nationalsozialistisches Deutschland war in diesem Kontext nichtsdestoweniger schon früher angesprochen worden. Ende 1933 fand am Laacher See ein vom ADGB organisierter Kursus für saarländische Gewerkschaftsfunktionäre statt; die Teilnehmer äußerten die Absicht, sich unter den Umständen einer Festigung des Hitler-Regimes der Rückgliederung des Saargebietes zu widersetzen. Zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 77. Diese Konsequenz wurde seit August auch im *Neuen Vorwärts* sichtbar; vgl. Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952, S. 124 f.

[24] Zenner, a. a. O., S. 287.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 16. Oktober 1933 ging Max Braun auf einer Versammlung in Saarbrücken auf den deutschen Austritt aus dem Völkerbund ein und zog die Konsequenz: „Am 14. Oktober wurde die Saar zum 4. Male von Deutschland abgetrennt – aber diesmal allein durch die Schuld der wahnwitzigen und verbrecherischen Abenteuerpolitik des Hitlerismus . . . Seit dem 14. Oktober sind wir restlos auf uns selbst gestellt. Solange dieses Blut- und Henkerregime Deutschland vergewaltigt, ist an eine Rückkehr des Saargebietes nicht zu denken."[25] Braun forderte die Aufschiebung des Referendums um fünf bis zehn Jahre. Diese Forderung wurde auf Versammlungen der SPD/S etwa seit Oktober 1933 laut. Am 6. Januar 1934 richtete die Partei eine entsprechende Petition an den Völkerbundsrat[26]. Max Braun, der sich in dieser Angelegenheit bereits am 18. Oktober 1933 in Genf mit dem französischen Außenminister Paul-Boncour getroffen hatte, wurde auf internationaler Ebene aktiv. Alle diese Bemühungen führten freilich zu keinem Erfolg. Rat und Sekretariat des Völkerbundes verstanden sich nicht dazu, eine Aufschiebung des Referendums ernsthaft zu erwägen. Dies gilt auch für Frankreich, dessen Haltung zumindest zu Zeiten der Amtsführung Barthous differenzierter war[27]. Das politische Frankreich war offenbar an einer Komplikation der Saarfrage auch nach 1933 nicht interessiert und verfolgte in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, annexionistische Ziele[28]. Frankreich konzentrierte seine Bemühungen auf eine unbedingte Garantie für die Freiheit und Sicherheit der Abstimmung selbst und der Teilnehmer an dem Referendum auch nach dessen Abwicklung. Am 4. Juni 1934 setzte der Völkerbundsrat den Abstimmungstermin definitiv auf den 13. Januar 1935 fest. Die Entscheidung hatte sich lediglich durch die anfängliche Weigerung der Reichsregierung verzögert, die verlangten Garantien für die Rechtssicherheit der Saarländer nach 1935 zu geben, wie sie dann später in dem Römischen Abkommen vom 5. Dezember 1934 niedergelegt wurden. Es blieb abzuwarten, wie weit diese Abmachungen nach einer tatsächlichen Rückgliederung des Saargebietes eingehalten werden sollten.

Mit der Festsetzung des Abstimmungstermins begann der eigentliche Abstim-

---

[25] *Volksstimme*, Nr. 242, 16. 10. 1933.

[26] Zenner, a. a. O., S. 296.

[27] Kunkel führt aus, daß Frankreich zumindest bis zum Tode Barthous (Barthou war am 9. 10. 1934 ermordet worden) bereit gewesen ist, dem Status quo eine reelle Chance durch eine klare Definition dieses Begriffes zu verschaffen: Der Völkerbund sollte klarstellen, daß im Falle einer Mehrheit für den Status quo 1. eine demokratische Modifikation des – in seiner Form von den sozialistischen Parteien des Saarlandes immer abgelehnten – Saarstatuts, 2. auf Verlangen der Bevölkerung die Rückkehr nach Deutschland durch eine weitere Abstimmung möglich wäre. Kunkel, a. a. O., S. 67 f.

[28] Selbst die „Association française de la Sarre" (s. u.), die immerhin durch die politische Entwicklung nach 1933 eine günstige Entwicklung in Hinblick auf ihre Ziele einer Abtrennung der Saar von Deutschland erwartete, sah in der Verschiebung der Abstimmung „une trop grosse entorse du Traité"; *Journal de la Sarre*, Bulletin de l'Association française de la Sarre, 3a, Nr. 17, Febr. 1934, S. 4. Vgl. auch Zenner, a. a. O., S. 300 f.; Kunkel, a. a. O., S. 58 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mungskampf der gegnerischen Parteien. Für Sozialdemokraten und Kommunisten bedeutete die Entscheidung des Völkerbundes ein Scheitern der bisherigen politischen Bemühungen, das vor allem für Max Braun angesichts seiner Aktivitäten und deren unbestreitbarer Resonanz in internationalen Kreisen eine große Enttäuschung gewesen sein muß.

Die KPD/S ihrerseits hatte nach der Machtergreifung Hitlers den Kampf gegen den Nationalsozialismus zunächst unter die Parole „Rote Saar in einem Sowjet-Deutschland" gestellt und griff zugleich die Regierungskommission des Völkerbundes im Saargebiet, den Völkerbund selbst und Frankreich als Handlanger des Imperialismus an. Ganz auf der Linie der zu dieser Zeit vorherrschenden ultralinken Taktik der KPD[29] wurden auch die Sozialdemokraten bekämpft, Max Braun und die SPD/S als Wegbereiter des Separatismus und französischen Annexionismus bezeichnet[30]. Neben der Verunglimpfung der SPD/S-Führung von einer strikt nationalen Warte aus bemühte sich die saarländische KP in Erwartung einer revolutionären Ablösung des NS-Regimes durch den Kommunismus um eine Einheitsfront „von unten", d. h. sie versuchte in klassischer Manier, die „sozialfaschistische" Führung von der sozialdemokratischen Basis zu isolieren und jene für sich zu gewinnen. Aufgrund des zunehmenden Widerspruches zwischen der KP-Führung und ihrer eigenen Basis, nicht zuletzt aber auch durch die Intervention des ZK der KPD, änderte sich diese Haltung im Lauf des Jahres 1934 allmählich. Die revolutionäre, aber auch forciert nationale Technik begünstigte eine Abwanderungsbewegung von der KPD/S, die vor allem den saarländischen Nationalsozialisten zugute kam[31], und auf der anderen Seite bildeten sich Ansätze einer spontanen Einheitsfront „von unten" heraus, die der offiziellen kommunistischen Taktik keineswegs entsprach. SPD/S und KPD/S mit ihren jeweiligen Untergliederungen hatten an der Saar gegen die Nationalsozialisten die Kampforganisationen Eiserne Front (SPD/S) und den sogenannten Massenselbstschutz der Kommunisten ins Leben gerufen; zwischen diesen Organisationen war es auf lokaler Ebene längst zu spontanen gemeinsamen Aktionen gekommen, bevor dazu das Plazet der jeweiligen Parteiführung vorlag[32].

Im ZK der KPD begann der Umdenkungsprozeß etwa im Frühjahr 1934: Sollte sich Deutschland 1935 immer noch unter dem NS-Regime befinden, wollte die KPD für das Referendum die Losung ausgeben, nicht für den Anschluß an Hitler-Deutschland, aber auch nicht „an das Ausbeutungsgebiet des französischen Im-

---

[29] Zur ultralinken Taktik der KPD vgl. Siegfried Bahne, Die kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 656 ff.

[30] Zit. nach Zenner, a. a. O., S. 279 f.

[31] Um Kommunisten zu gewinnen, wurden die Nationalsozialisten an der Saar offensiv. Kontakte mit führenden KPD/S-Mitgliedern wie dem in der Arbeiterschaft prominenten Landesratsmitglied Reinhard führten zu etlichen KPD/S-Parteiausschlüssen, vgl. Zenner, a. a. O., S. 281.

[32] Kunkel, a. a. O., S. 91; persönl. Auskunft vom 16. Juni 1977.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

perialismus" zu stimmen[33]. Am 7. Mai 1934 heißt es in einer Entschließung des Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale: „Der Kampf, vor allem der KP Deutschlands, um ein selbständiges Saarland und gegen den Anschluß an das Dritte Reich, der Kampf gegen die Rückgliederung ist ... ein Teil des Klassenkampfes."[34] Anfang Juni schwenkte auch die KPD/S auf den Status-quo-Kurs ein[35], führte aber zunächst ihre Kampagne gegen die Sozialdemokraten weiter[36]. Nach der Abkehr von der ultralinken Taktik und der Propagierung eines neuen Kurses der Einheitsfront „von unten und von oben" durch die Komintern ab Sommer 1934[37] betraute im Pariser Exil das Politbüro der KPD Herbert Wehner, die neue Parteilinie an der Saar durchzusetzen. Die Wehnersche Mission war erfolgreich[38]. Im Juni 1934 übernahm Fritz Pfordt die Führung der saarländischen KP, Ende des Monats kamen die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Bildung einer Einheitsfront in Gang. Interessant sind die Ausführungen Max Brauns zur Bildung einer Einheitsfront, die neben den Arbeiterparteien auch bürgerliche Gruppen umfassen sollte, in der Hoffnung offenbar auf eine mögliche Verbindung mit der katholischen Opposition eher ein Volksfrontaufruf[39]. Am 4. Juli 1934 erfolgte der Aufruf zur geeinten „Freiheitsfront" mit den Unterschriften von Max Braun und Fritz Pfordt[40]. Auf der ersten Massenkundgebung der Freiheitsfront in Sulzbach am 26. August 1934 formulierte Braun die programmatischen Forderungen:

„Weitgehende Selbstbestimmung und Mitwirkung des Saarvolkes im Rahmen der vom Völkerbund garantierten Verfassung. Der Status quo ist also nicht die Verlängerung der Regierung des aufgeklärten Absolutismus [der Völkerbund-

---

[33] Gestapobericht über eine ZK-Sitzung vom 4. 2. 1934 in Saarbrücken; zit. nach Zenner, a. a. O., S. 280 f., Anm. 173.

[34] Zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 92.

[35] Am 6. Juni 1934 verkündete Gustav Regler auf einer Kundgebung der saarländischen KP: „Bildet Kampfkomitees gegen die Rückgliederung. Bildet Kampfkomitees in allen Betrieben, in allen Wohnvierteln, und Dörfern. Schlagt Hitler an der Saar im revolutionären Gleichschritt mit dem gesamten deutschen Proletariat" (*Arbeiterzeitung*, 4. 6. 1934).

[36] Vgl. *Arbeiterzeitung* vom 8. 6. 1934: „Ist so die Status-quo-Konzeption der Sozialdemokratie eine dürftige Maske der Vorspanndienste für die imperialistischen Kriegsziele, so ist unsere kommunistische Stellungnahme zur Abstimmung im Saargebiet von dem Bestreben geleitet – unter Berücksichtigung der realen Klassenkämpfe an der Saar – die für den Augenblick relativ günstige Position, d. h. den ‚Status quo' auszunützen im Kampf gegen den drohenden imperialistischen Massenwahn." [Im Original gesperrt]

[37] Vgl. Siegfried Bahne, Zur Vorgeschichte der Volksfront, Die kommunistische „Einheitspolitik" gegenüber den Sozialdemokraten in den Jahren 1933–1935, in: Zeitschrift für Politik 7 (1960), S. 168–178.

[38] Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 28, 4. 7. 1977 („Wehners Traum von der Einheit"); ebenso: Herbert Wehner, Erinnerungen 1946, o. O. 1946, S. 68 ff. (hektogr. Ms. im Inst. f. Zeitgeschichte u. a. Archiven).

[39] Rede Max Brauns im Saarländischen Landesrat am 28. Juni 1934, zit. nach Zenner, a. a. O., S. 304.

[40] Veröffentlicht in: *Volksstimme* und *Arbeiterzeitung* vom 4. 7. 1934.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierungskommission] durch eine ausländische Regierungskommission im Auftrage des Völkerbundes.

Die Möglichkeit einer neuen Entscheidung über das Saargebiet bei veränderten allgemeinen und besonderen Interessen. Festlegung dieser Möglichkeit in der endgültigen Verwaltungsordnung des Saargebietes, die nach § 35 Abs. a des Saarstatuts gemäß den allgemeinen und besonderen Interessen des Saargebietes festgelegt werden soll."[41]

Die Freiheitsfront[42] entwickelte in den Monaten nach ihrer Gründung eine intensive Propaganda- und Versammlungstätigkeit. Die herausragende Persönlichkeit in dieser Kampagne war zweifellos Max Braun[43]. Neben ihm sind aus dem Zusammenhang des SPD/S vor allem die Volksstimme-Redakteure Johann Pitz[44] und Georg Schulte[45] zu nennen. Besonders bedeutsam für die Tätigkeit der Frei-

---

[41] *Deutsche Freiheit*, 28. 8. 1934, zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 97.
Weitere Programmpunkte waren:
„– Angemessene Beteiligung des Saargebietes am Besitz der Saargruben ...
– Planwirtschaftliche ... Regelung für eine gesunde Weiterentwicklung des Saargebietes ...
– Planvolle Hebung der Kaufkraft der Massen ... Volle staatliche Garantie für Renten und Pensionen.
– Garantie vollkommener Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter und Angestellten; Anerkennung ihres Rechts auf Verteidigung ihrer Interessen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln; Schutz der Gewerkschaften gegen jeden von außen kommenden Druck. Nichtanerkennung der gelben Gewerkschaften, auch der politisch getarnten. Modernes Tarif- und Arbeitsrecht, Ausbau des gesamten sozialen Arbeitsrechts.
– Aufnahme einer vom Völkerbund garantierten Anleihe.
– Unabhängige Rechtsprechung, Verwaltungsreform.
– ... Ausbau des Bildungswesens ... Schaffung einer Saarakademie.
– Freiheit der politischen Gesinnung und Betätigung im Rahmen der Gesetze."

[42] Der Freiheitsfront gehörten neben den genannten Arbeiterparteien mit all ihren Neben- und Untergliederungen auch die frankophilen Organisationen Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SSV) und Saarländische Sozialistische Partei (SSP) an, auf die später noch gesondert einzugehen sein wird.

[43] Braun, geb. 1892 in Neuß/Rheinland, war ursprünglich Volksschullehrer. Nach Teilnahme am 1. Weltkrieg seit 1919 journalistisch und kommunalpolitisch für die SPD tätig, 1920 Fraktionsführer im Neußer Stadtrat; 1923 ging er nach Saarbrücken und wurde Chefredakteur des SPD/S-Organs *Volksstimme*. 1925 2. Vorsitzender, 1928 1. Vorsitzender der saarländischen Sozialdemokraten; 1932 bis zu seiner Emigration Mitglied des Saarländischen Landesrates. Braun, der auch publizistisch sehr einflußreich war – 1933–35 Chefredakteur auch der *Deutschen Freiheit* –, war vor 1935 der mit Abstand bedeutendste sozialistische Politiker an der Saar. Er gehörte zu den von den Nationalsozialisten am meisten gehaßten Männern der „Systemzeit" und entging am 15. Dezember 1933 nur knapp einem nationalsozialistischen Attentatsversuch; BHB-Archiv.

[44] Pitz (1883–1965) stammte aus Dudweiler/Saar, wo er zu den Mitbegründern der SPD gehörte; 1923–33 Mitglied des Gemeinderates in Dudweiler, zugleich Mitglied des Kreistages Saarbrücken-Land; BHB-Archiv.

[45] Georg Schulte (1903–1976) verbrachte den größten Teil seiner Schulzeit in Luxemburg und kam nach dem I. Weltkrieg mit seiner Familie nach Trier, wo der Vater die Leitung eines Elektrizitätswerkes übernahm. Die Familie war sozialdemokratisch eingestellt und der

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heitsfront und die Intensität ihrer Kampagne für die Beibehaltung des Status quo wurde jedoch das Engagement reichsdeutscher Emigranten im Saarland und ihre Integration in den Saarkampf der sozialistischen Parteien. Aus dem Kreis um die *Volksstimme* ist hier vor allem noch der Bruder von Max Braun, Heinz Braun[46], anzuführen, der 1933 nach seiner Flucht ins Saarland verantwortlicher Redakteur des Parteiorgans der SPD/S wurde, sowie Max (Moritz) Hofmann[47].

Die aufgrund des bereits angesprochenen Dilemmas zwischen der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und dem grundsätzlichen Wunsch nach Wiedervereinigung der Saar mit dem Reich ohnehin schwierige Politik der Freiheitsfront wurde durch die Haltung der saarländischen Gewerkschaften im Abstimmungskampf noch zusätzlich erschwert. Die christlichen Gewerkschaften waren bereits am 30. Oktober 1933 unter Führung von Peter Kiefer in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront Saar aufgegangen[48]. Aber auch die Freien Gewerkschaften konnten bei aller erklärten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und trotz ihrer engen politischen und personellen Verbindung mit der SPD/S nicht für den Kampf um den Status quo gewonnen werden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Saar propagierte die Rückgliederung der Saar unabhängig von dem politischen Geschehen in Deutschland[49]. Diese Position vertrat vor allem der Bezirksleiter des saarländischen Bergarbeiterverbandes, Julius Schwarz, obwohl bis

---

junge Schulte stieß sehr früh zur SPD. Zuerst Redakteur an der sozialdemokratischen *Volkswacht* in Trier, lernte er anläßlich einer Parteiversammlung Max Braun kennen, der ihn nach Saarbrücken an die *Volksstimme* holte; pers. Auskunft Robert Schulte 13. Juni 1977.

[46] Heinz Braun (1883–1962) stammte ebenfalls aus Neuß und war wie sein Bruder ursprünglich Volksschullehrer. Nach Ablegung des Externenabiturs studierte er, unterbrochen durch Teilnahme am I. Weltkrieg, Philologie und Jura in Bonn und Halle. Nach Ablegung beider juristischer Staatsexamina und Promotion praktizierte er ab 1925 als Rechtsanwalt in Magdeburg. Heinz Braun war Mitglied des Bundesvorstandes und Syndikus des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Als engagierter Anwalt in politischen Prozessen wurde er besonders bekannt durch seine Verteidigung im sogenannten Kölling-Haas-Prozeß, der in seiner antisemitischen Tendenz in die Weltpresse einging (siehe die Schilderung des Falles Haas in dem Buch von Heinz Braun, Am Justizmord vorbei, Vorw. Gustav Radbruch, Magdeburg 1928; vgl. auch Ernst Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold, Hannover 1969, S. 76–80. Basierend auf dem Buch von Braun wurde 1948 der Defa-Film „Die Affäre Blum", Regie: Erich Engel, Buch: R. A. Stemmle, gedreht). Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme vorübergehend in Haft, ging er anschließend in die Emigration.

[47] Hofmann war vor 1933 Gauvorsitzender des Reichsbanners in Chemnitz und wurde 1933 2. Bundesführer. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme emigrierte er im Mai 1933 zunächst nach Frankreich; in Verbindung mit dem ebenfalls geflohenen Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Karl Höltermann, versuchte er bei Kontaktreisen zu sozialdemokratischen Organisationen in Belgien, Holland, England und Skandinavien das Reichsbanner im Exil neu zu organisieren. Mai 1934 wurde er dann nach dem nationalsozialistischen Versuch, die *Volksstimme* auszuschalten, deren neuer Geschäftsführer; BHB-Archiv.

[48] Zenner, a. a. O., S. 288 ff.; Kunkel, a. a. O., S. 38 ff. Kiefer gehörte zur Landesleitung der Deutschen Front, s. u., S. 492.

[49] *Volksstimme*, 1. April 1933; ebenso Kunkel, a. a. O., S. 79 f. u. 99 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1935 auch Zweiter Vorsitzender der SPD/S. Die Entscheidung für eine Rückgliederung selbst an ein nationalsozialistisches Deutschland wurde auch von dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar, Fritz Dobisch, seit 1930 zugleich sozialdemokratischer Stadtverordneter in Saarbrücken, mitgetragen[50].

Um so bedeutsamer war die Tatsache, daß eine so wichtige Funktion wie der Vorsitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes Saar durch einen antifaschistischen Emigranten, nämlich Max Bock, eingenommen wurde, der bereits vor seiner 1933 erfolgten Emigration eine besondere Rolle in der saarländischen Arbeiterbewegung gespielt hatte[51]. Bock vertrat innerhalb der saarländischen Freien Gewerkschaften rigoros die Beibehaltung des Status quo für die Saar und setzte sich damit in scharfen Widerspruch zur Haltung der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar.

Ein weiterer führender saarländischer Gewerkschafter, der von der Linie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar abwich und sich im Abstimmungskampf für den Status quo einsetzte, war Richard Kirn, Bezirksleiter des Sulzbachtales und Rechtsschutzsekretär des saarländischen Bergarbeiterverbandes. Kirn, 1902 in Schiffweiler/Saar geboren, war ursprünglich selbst Bergmann und gehörte als Leiter des sogenannten Agitationsbezirkes Sulzbach seit 1927 auch dem SPD/S-Landesvorstand an. Wie Max Braun vornehmlich auf internationalem diplomatischem Terrain, war auf gewerkschaftlicher Seite vor allem Richard Kirn bestrebt, den Abstimmungskampf in einen internationalen Kontext einzufügen; er verfügte über ausgezeichnete Verbindungen u. a. zu Walter Schevenels vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der französischen Conféderation Géné-

---

[50] Vgl. Aufruf des ADGB vom 7. 11. 1934, Auszug bei Kunkel, a. a. O., S. 145 f. Dobisch mußte trotzdem am 17. 2. 1935 nach Luxemburg emigrieren. Nach Kriegsausbruch und dem Einmarsch der deutschen Truppen verhaftet, fand er am 7. 7. 1941 in einem Konzentrationslager einen gewaltsamen Tod; BHB-Archiv.

[51] Max Bock (1888–1955) stammte aus Thüringen und war gelernter Schmied. Ab 1907 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Nach Teilnahme am I. Weltkrieg, in dem er verwundet und ausgezeichnet wurde, begann er nach Kriegsende seine gewerkschaftliche Funktionärslaufbahn; 1919–1921 Gewerkschaftssekretär in Eisenach/Thüringen, nach Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M. Gewerkschaftssekretär in Herborn/Hessen; von dort in gleicher Funktion nach Saarbrücken, wo Bock zugleich dem Landesvorstand der SPD/S angehörte; ab 1928 wieder in Frankfurt/M., war er weiterhin zuständig für das Saargebiet. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme durch die DAF seiner Funktionen enthoben, kehrte Bock wieder nach Saarbrücken zurück und wurde am 15. 6. 1933 Vorsitzender des DMV Saar. Bock emigrierte nach der Rückgliederung des Saargebietes 1935 nach Luxemburg, wo er in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG), Heinrich Schliestedt, den ADG-Landesverband Luxemburg organisierte. Nach Einmarsch der deutschen Truppen Juni 1940 festgenommen, am 1. Juli 1941 durch den Volksgerichtshof zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 in den KL Buchenwald und Neuengamme; auf der ersten Landeskonferenz der IG Metall Hessen nach dem Krieg zum 1. Vorsitzenden gewählt, 1950–53 Mitgl. des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Metall, 1950–53 MdL Hessen (SPD); BHB-Archiv.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rale du Travail (CGT). Auf der Seite der aktiven Rückgliederungsgegner stand auch Heinrich Wacker, der nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften im Reich Mai 1933 als Bezirksleiter des Werkmeisterverbandes Saar entlassen worden war[52].

Unter den vielen saarländischen Sozialdemokraten, die sich im Abstimmungskampf exponierten, sind noch Dr. Walter Sender und Eduard Lehmann zu nennen. Beide waren auch als Rechtsanwälte für die Freiheitsfront tätig. Dr. Sender war vor 1932 Fraktionsvorsitzender der SPD/S im saarländischen Landesrat und ein bekannter Anwalt der Linken in Prozessen gegen die aufkommenden Nationalsozialisten. Zusammen mit dem SPD/S-Vorstandsmitglied Lehmann erhielt er im Reichstagsbrandprozeß den Rechtsvertretungsauftrag von Dimitroff und Torgler, der jedoch mit der Begründung abgelehnt wurde, beide könnten als Saarländer keine juristische Vertretung am Reichsgericht übernehmen. Sender und Lehmann nahmen daraufhin an dem sogenannten Reichstagsbrand-Gegenprozeß in London teil.

Beim Aufbau der Einheitsfront mit den Kommunisten war nicht zuletzt auch der Vorsitzende der saarländischen Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) von Bedeutung: Ernst Braun diente später als Major im Thälmann-Bataillon der XII. Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg und war aktiv in der im Exil fortgeführten Einheits- bzw. Volksfrontbewegung[53].

In der KPD/S spielten Flüchtlinge aus dem Reich eine größere, aber auch anders geartete Rolle als bei der SPD/S. Es handelte sich dabei weniger um individuelle als vielmehr um von der Zentrale gesteuerte Einsätze. Saarbrücken wurde bald zu einem Zentrum der illegalen Tätigkeit der KPD, hier wurden eine sogenannte „Durchgangsstelle" und ein „Reichstechnikum" eingerichtet; Emigranten übernahmen wichtige Funktionen innerhalb der KPD-Bezirksleitung Saar[54]. Den-

---

[52] Wacker stammte aus Aalen/Württemberg und war nach Teilnahme am I. Weltkrieg an die Saar gekommen. 1922 wurde der sehr früh im DMV organisierte Werkzeugmacher Geschäftsführer des saarländischen Werkmeisterverbandes, 1930 auch Vorsitzender des AFA-Bezirkskartells Saar; 1930–1934 Mitglied der Arbeitskammer des Saargebietes, ab 1932 Mitglied des SPD/S-Bezirksvorstandes. 1933 bis zu seiner Emigration nach Frankreich im Januar 1935 führte er den Schutzbund in Saarbrücken.

[53] Ernst Braun ging nach 1945 in die SBZ bzw. DDR; dort wurde er später mit der Hans-Beimler-Medaille ausgezeichnet; vgl. Pasaremos, Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, hrsg. von der Militärakademie Friedrich Engels, Berlin 2. Aufl. 1970.

[54] Vgl. Matthias/Morsey, Ende der Parteien, a. a. O., S. 738; ebenso Zenner, a. a. O., S. 280. Unter den Funktionären, die den Unterbezirksleitungen der saarländischen KP beigegeben wurden, waren: Erich Gentsch, früher Gewerkschaftssekretär der Partei in Berlin-Brandenburg; Max Reimann, Funktionär aus dem Ruhrgebiet; Bruno von Salomon, ein Bauernpropagandist aus der Landvolkbewegung Norddeutschlands; Heinrich Maass aus Hamburg; der Bergarbeiterfunktionär Alfred Zeidler aus dem Ruhrgebiet. Reinhardt (d. i. A. Abusch), Glückauf und Bertram wurden in der Redaktion des KPD/S-Organs *Arbeiterzeitung* eingesetzt; 1933/34 leitete Hans Knodt die vom Politbüro herausgegebene illegale *Rote Fahne*; Paul Dietrich und Lex Ende waren in der Redaktion der *Deutschen Volkszeitung* tätig. Nach

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch spielten in diesem zentral geleiteten Kampf gegen den Nationalsozialismus Saarländer selbst bzw. Personen, die wie z. B. Max Braun seit vielen Jahren im Saargebiet beruflich und politisch arbeiteten, eine wichtige Rolle. Zu verweisen ist hier vor allem auf Philipp Daub[55], auf Josef (Sepp) Wagner, der nach Errichtung der sogenannten operativen Grenzstelle Saarlouis im Jahre 1934 einer der Organisatoren der westlichen Grenzarbeit wurde[56], sowie auf Otto Niebergall, Heinrich Sommer, Wilhelm Frisch, August Hey und das Ehepaar Lilli und Wilhelm Herrmann, die nach dem Referendum sämtlich emigrieren mußten[57].

---

seiner Emigration über Luxemburg ins Saargebiet wurde Robert Bauer Polit-Instrukteur für Gewerkschaftsfragen bei der KP-Bezirksleitung Saar.
Als es in Auswirkung der Status-quo-Einheitsfront zwischen SPD/S und KPD/S im Dezember 1934 zum Zusammenschluß der sozialdemokratisch geführten freien und der kommunistischen Bergarbeitergewerkschaften an der Saar kam, spielte der 1933 ins Saargebiet emigrierte Gustav Sobottka eine wichtige Rolle. Sobottka (1886–1953) war Mitglied der Reichsleitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO); 1928–35 Leiter des Sekretariats des „Internationalen Komitees der Bergarbeiter" (bis 1933 Sitz in Berlin, dann Saarbrücken bzw. Paris), wurde im April 1934 Vorsitzender der Internationalen Konferenz der Bergarbeiter in Saarbrücken, beteiligt am Zustandekommen der 2. Internationalen Bergarbeiterkonferenz in Lille Sept. 1934; 1935 Flucht nach Frankreich, im gleichen Jahr in die UdSSR. Funktionär der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI), 1941 Kooptation ins ZK der KPD, einer der führenden Repräsentanten der KPD-Emigration in der UdSSR, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 6. 5. 1945 Rückkehr nach Pommern als Leiter der sog. 3. Initiativ-Gruppe (Sobottka), KPD-Landesleiter Mecklenburg; später führender SED-Funktionär auf dem Wirtschaftssektor.
Die wichtigste Funktion hatte 1934/35 nach Fritz Pfordt selbst Anton Switalla (1896–1970) inne, ein Funktionär aus Hamburg. Switalla war mit Herbert Wehner maßgeblich am Zustandekommen der Einheitsfront beteiligt; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, danach in der UdSSR; Mai 1945 Rückkehr in die SBZ als Mitglied der Initiativgruppe Gustav Sobottka; später Generalmajor und Chefinspekteur der Volkspolizei; vgl. Wehner, a. a. O., S. 68 ff.; ebenso BHB-Archiv.

[55] Daub, geb. 1896 in Saarbrücken, war Metallarbeiter und ab 1918 gewerkschaftlich organisiert, ging 1921 von der USPD zur KPD, wurde 1923 Stadtverordneter in Saarbrücken und arbeitete ab 1924 als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär; ab 1927 im KPD-Apparat tätig, zunächst Organisationsleiter und 1928 Politischer Leiter des Bezirks Saar; nach dem XII. Parteitag im Juni 1929 ZK-Kandidat, ab April 1931 Politischer Leiter des KPD-Bezirks Hessen. Im gleichen Jahr wurde Daub in den Reichstag gewählt; nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Mitglied der illegalen KPD-Landesleitung, 1934 ins Saargebiet delegiert, wo er am Abstimmungskampf teilnahm; BHB-Archiv.

[56] Der Bergmann Josef Wagner stammte aus Lockweiler bei Wadern. Ab 1924 als KPD-Funktionär tätig, wurde er 1928 Kreistagabgeordneter für Merzig-Wadern; 1931 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar. Wagner war repräsentativ für den Typus des saarländischen Grubenarbeiters, der durch Arbeit sowohl in deutschen wie auch französischen Zechen des Grenzlandes gute Kontakte zu französischen Bergarbeitern und der CGT hatte – ein Umstand, dem bei der illegalen Arbeit nach 1935 große Bedeutung zukam; BHB-Archiv.

[57] Biographische Notiz Otto Niebergall s. Anm. 190. Heinrich Sommer, geb. 1895 in Heiligenwald, war Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar und des Bezirksvorstandes des saarländischen Eisenbahnerverbandes, 1932–1935 Mitglied des Saarländischen Landesrates.
Wilhelm Frisch (1891–1940) stammte aus Wemmetsweiler und war Funktionär des saar-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2.

Zwar außerhalb der eigentlichen Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten stehend, waren die in den frankophilen Gruppen Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SWV) und Saarländische Sozialistische Partei (SSP) organisierten Anschlußgegner mit diesen Parteien in der Freiheitsfront verbunden, die damit als eine Art Dachorganisation fungierte. Die frankophile Bewegung an der Saar stand in direktem Verhältnis zur Politik Frankreichs in dieser Region und konnte auf eine längere historische Tradition zurückblicken. Das während der Amtszeit Barthous für ein von nationalsozialistischer Herrschaft freies Saargebiet benevolent eintretende Frankreich hatte in den ersten auf den Versailler Vertrag folgenden Jahren eine durchaus imperialistische Haltung eingenommen, die bis hin zu offenen Annexionsbestrebungen reichte[58]. Die Gruppe von Saarländern,

---

ländischen Bergarbeiterverbandes; Leiter der RGO (Bergarbeiter) bis zu deren Rückführung in den ADGB 1934. S. u., S. 517.

Der Bergmann August Hey stammt aus Dudweiler, 1932–35 KPD-Landesratsabgeordneter. Lilli (Luise) Herrmann aus Wiebelskirchen (1904–1971) gehörte ebenfalls ab 1932, dem Jahr, in dem die KPD/S einen beachtlichen Wahlerfolg erzielt hatte, der KPD-Fraktion des Saarländischen Landesrates an. Ihr Ehemann Wilhelm Herrmann (1897–1945) war Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar; BHB-Archiv.

[58] Diese Tendenzen gehen zurück bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts, als Ludwig XIV. gemäß der Doktrin Richelieus vom Rhein als natürlicher Grenze Frankreichs 1673 erstmals die Saargegend besetzte; nach dem Urteil der 1669 in Metz errichteten „Réunions-Kammer" wurde sie zu einer französischen „Province de la Sarre" ernannt. Diese Entwicklung wurde durch den Frieden von Ryswijk 1667 wieder rückgängig gemacht, als Enklave blieb allein die 1680 von Vauban errichtete Festung Saarlouis mit näherer Umgebung bei Frankreich. Kurz vor der Wende zum 19. Jahrhundert fielen dann die französischen Revolutionsheere in Deutschland ein, ein Teil der eroberten Gebiete wurde das „Département Sarre" mit Sitz in Trier (ein Gebiet, welches das heutige Saarland umfaßte unter Ausschluß des zu Lothringen geschlagenen Saarlouis und von Saargemünd bis zur Ahr bzw. Eifel reichte). Nach einundzwanzig Jahren französischer Herrschaft kam das Gebiet durch den Ersten Pariser Frieden am 30. Mai 1814 an deutsche Länder zurück. Dennoch erreichte Talleyrand gegenüber der Ausgangslage von 1792 im Saargebiet eine Grenzerweiterung, die Saarbrücken und das Kohlegebiet des Sulzbachtales betrafen. Diese neue Entwicklung, gegen die vor allem die Saarbrücker Bürgerschaft opponierte, wurde dann durch den Zweiten Pariser Frieden vom 30. November 1815 wieder rückgängig gemacht, die genannten Territorien einschließlich Saarlouis kamen zu Preußen. Vor diesem historischen Hintergrund französischer Präsenz an der Saar, die machtpolitisch motiviert war (weniger sicherheitsbedürftig und – aufgrund der noch in den Anfängen steckenden wirtschaftlichen Entwicklung des Saarreviers – auch nicht ökonomisch interpretierbar), ist das Wiederaufleben von Annexionswünschen französischer Kreise nach Ende des I. Weltkrieges zu sehen. „A la fin de 1918 la question sarroise se présente, en France, comme une revendication d'ordre purement nationaliste: la France désire récupérer ses anciennes frontières de 1792 et de 1814 qui englobaient, en superficie, à peu près le tiers de ce qui allait devenir das Saargebiet" – so formulierte es Robert Herly, einer der Wortführer der 1928 gegründeten Association française de la Sarre.

Die französische Pressure-group, die solche direkten Anschlußgedanken propagierte, hatte ursprünglich unter der Schirmherrschaft des Commandant Laurezac eine Société des Amis de la Sarre gegründet, die französische Parlamentarier für das Saargebiet interessieren

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die solche Bestrebungen unterstützte, im allgemeinen Sprachgebrauch „frankophil" genannt, kam zu einem großen Teil aus dem Raum Saarlouis, der Stadt, die bezeichnenderweise über hundert Jahre französisches Gebiet gewesen war. Als Beispiel für eine Familie aus diesem Teil des Saargebietes, die als Saarländer in ihrem nationalen Selbstverständnis zwischen Deutschland und Frankreich standen, kann die Familie des in Saarlouis ansässigen Arztes Dr. Jakob Hector gelten. Hector, geboren 1872 in Pachten, stammte aus einer kinderreichen katholischen Bauernfamilie, die noch heute in der Region ansässig ist. Nach dem Medizinstudium ließ er sich als praktischer Arzt in Saarlouis nieder. Als nach Ende des Ersten Weltkrieges der Bürgermeister von Saarlouis, Dr. Gilles, aufgrund seiner oppositionellen Haltung gegenüber der französischen Besatzungsmacht aus dem Saargebiet ausgewiesen wurde, übernahm Jakob Hector nach Intervention des französischen Befehlshabers General Andlauer am 13. Mai 1919 dieses Amt[59]. Der neue Bürgermeister forderte u. a., Saarlouis zur neuen Hauptstadt des Saargebietes zu machen; die Stadt wurde danach immerhin Sitz des Oberlandesgerichts. Dr. Hector wurde dann am 23. April 1920 als Nachfolger von Alfred von Boch Mitglied der Regierungskommission des Völkerbundes und übernahm das Ressort Landwirtschaft, Wohlfahrt- und Gesundheitswesen. Aufgrund eines Antrags der politischen Parteien des Saargebietes wurde dieses Mandat 1923 nicht mehr erneuert; die frankophile Haltung Hectors hatte zu Protesten geführt, bis zuletzt der Konflikt vor Gericht ausgetragen und Hector in einen politischen Meineidsprozeß verwickelt wurde, der auf Intervention des Präsidenten der Regierungskommission aber ausgesetzt wurde.

Jakob Hector stellte später den Antrag auf französische Staatsbürgerschaft (naturalisation) und wurde am 25. Februar 1930 mit seinen beiden Kindern, Edgar, geboren 1911, und Marie-Louise, geboren 1906 in Saarlouis, eingebürgert[60]. Dr.

---

sollte. Eine Annexion der linken Saarseite (ohne Saarbrücken) wurde u. a. auch sicherheitspolitisch begründet: Eine solche Lösung versperre künftigen nationalistischen Forderungen Deutschlands den Weg zum Elsaß. Der militärische Exponent solcher Forderungen war der Befehlshaber der französischen Saar-Besatzungstruppen, General Andlauer, dessen Bestrebungen auf eine „pénétration culturelle et pacifique" der Region hinausliefen. Nichtsdestoweniger stießen solche direkten Annexionsbestrebungen auf den Widerstand amtlicher politischer Kreise in Frankreich. Herly führte seit 1925 seinen Ideenfeldzug in der französischen Presse unter dem Pseudonym Jean Revire weiter. Die Association française de la Sarre bestand dagegen nach ihrer Gründung 1928 ununterbrochen weiter und sollte nach 1944 – mit Andlauer als Vorsitzendem – wieder verstärkt in Erscheinung treten. – Vgl. Helmut Hirsch, Die Saar vor Genf, a. a. O. (hier abgedruckt das Dokument „Le mouvement francophile en Sarre" von Robert Herly, S. 92–96); einen „Abriß der historisch-politischen und wirtschaftlich-industriellen Entwicklung" des Saargebiets bis zum I. Weltkrieg bringt Schmidt, Saarpolitik I, a. a. O., S. 41 ff.

[59] Dr. Hector amtierte als Kommissarischer Bürgermeister bis zum 1. 3. 1920; BHB-Archiv.

[60] Von den beiden übrigen Kindern Arno und Kurt, geboren ebenfalls in Saarlouis am 9. 5. 1906 und 12. 4. 1908, erhielt Arno, der heute als Chirurg in Rouen lebt, bereits 1928 die französische Staatsbürgerschaft. Kurt H. lebt als Arzt in Saarbrücken. Die französische Staatsangehörigkeit des Dr. Hector war keine Ausnahme. Nachdem 1927 in Frankreich ein

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hector gehörte am 21. Oktober 1933 in Saarlouis zu den Mitbegründern der Saarländischen Wirtschaftsvereinigung, der wohl bedeutendsten frankophilen Gruppe an der Saar, und war bis zu seiner Emigration 1935 deren Vorsitzender. Gründungsmitglieder waren außerdem Dr. Marx, Dr. Feien, der Journalist Damde, Peter Hoffmann, der katholische Pater Dörr, Karl Minster und der Bergwerkssekretär Feist. Die Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SWV) verstand sich als überparteiliche Organisation zur Abwehr des Nationalsozialismus. Im Abstimmungskampf operierte sie vor allem mit zwei Thesen: Die Rückgliederung an Deutschland bringe große wirtschaftliche Nachteile und sie bedrohe außerdem den Katholizismus[61].

Die Vereinigung entwickelte große Aktivität: Allein 1934 reichte sie sieben Memoranden an den Völkerbund ein. Obwohl im Abstimmungskampf mit SPD und KPD innerhalb der Freiheitsfront verbunden, war die SWV eindeutig nach Frankreich hin orientiert. Sie erhielt finanzielle Unterstützung von französischer Seite und stand in enger Verbindung mt der Association française de la Sarre. Am deutlichsten artikulierte Edgar Hector die Identifikation dieser Gruppe von in der SWV organisierten Saarländern mit den Zielen der Association, die zumindest den Anschluß des Gebietes links der Saar an Frankreich anstrebten[62]. Es gebe eine französische Minderheit an der Saar, schreibt der Sohn Jakob Hectors im November 1934 im Organ der Association, die Frankreich nicht das Recht gebe, „auch nur einen Fußbreit französischen Bodens (an der Saar) aufzugeben"[63]. Edgar Hector hatte eine Jesuitenschule in Metz besucht und studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften an der Sorbonne in Paris. Nachdem er durch den Vater die

---

Gesetz verabschiedet worden war, das die Naturalisation speziell von Saarländern ermöglichte, kam es bis 1935 vor allem aus der Region Saarlouis zu einer beachtlichen Anzahl von Anträgen, denen zum größten Teil stattgegeben wurde. Die von der Association française de la Sarre genannte Zahl von etwa 5000 Einbürgerungen von Saarländern, die nicht nachprüfbar war, scheint dennoch entschieden zu hoch gegriffen (Herly, a. a. O.). Ernst Kunkel spricht von meist kinderreichen Familien, die bevorzugt wurden, zum einen den sogenannten „Speckfranzosen", zum anderen aber auch Leuten, deren vorsorgliche Zuflucht in Frankreich durch die politische Entwicklung an der Saar nach 1933 bewirkt worden sei. Interessant die Anmerkung Kunkels, daß dieser Personenkreis „in Wiedergutmachungssachen zu den Prügelknaben der saarländischen Gerichte und Behörden gehört" (Kunkel, a. a. O., S. 70).

[61] Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden zit. PA), Abt. II, Besetzte Gebiete: Saargebiet, Politische Parteien, Bd. 6–13 mit Berichten über die SWV und ihre Aktivitäten. Ebenso Zenner, a. a. O., S. 314 f.
Von den Gründungsmitgliedern der SWV mußten außer Dr. Hector nach der Rückgliederung des Saargebietes auch Pater Dörr und Karl Minster emigrieren. Pater Dörr war Mitglied des Steyler Missionsordens und lange Jahre in China gewesen. Er wurde im französischen Exil später verhaftet und fand den Tod. Minster war reichsdeutscher Emigrant, der 1933 an die Saar gekommen war und 1935 ebenfalls nach Frankreich flüchtete. Pers. Auskunft Edgar Hector.

[62] Vgl. Herly, in: Hirsch, a. a. O., S. 92 ff.

[63] *Journal de la Sarre*, Bulletin de l'Association Française de la Sarre, 3a, Nr. 26 bis, Nov. 1934.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, leistete er 1932/33 in Frankreich seinen Militärdienst ab. Als nach dem Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland mit dem Plazet der französischen Regierung, d. h. vor allem Paul-Boncours – so Robert Herly, der sich als ihr Initiator bezeichnet[64] – eine Union franco-sarroise ins Leben gerufen wurde, die die in Frankreich lebenden Saarländer organisatorisch erfassen sollte, wurde der noch junge Edgar Hector ihr stellvertretender Vorsitzender. Er entfaltete eine rege Propagandatätigkeit, in der er als Bürger von Saarlouis für den Anschluß dieser Region an Frankreich eintrat Bemerkenswert ist seine spätere Berufung in das 1936 von der Volksfrontregierung Léon Blum eingerichtete saarländische Flüchtlingskomitee Office Sarrois[65].

Parallel zur SWV, die vor allem auf den Raum Saarlouis beschränkt war, agierte die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung saarländischer Interessen, eine Nachfolgeorganisation des Saarbundes, offiziell Zentralverband der Saarbergleute. Der Saarbund entstand 1920 in Zusammenhang mit der Einführung der Franc-Währung in den in französischen Besitz übergegangenen saarländischen Kohlengruben; seine Gründung steht zugleich in Zusammenhang mit linksradikalen Strömungen in USP und KPD, die zu dieser Zeit in die Bergarbeiterschaft hineingetragen wurden. Diese Kräfte benutzten den Umstand, daß die neuen Franc-Löhne der Bergarbeiter damals im Wertmaßstab der Mark eine erhebliche Steigerung darstellten, als Hebel gegen die christlichen Gewerkschaften und für die Loslösung der Saararbeiterschaft auch von den freien Gewerkschaften, was aufgrund der vorbehaltlosen Unterstützung materieller Interessen auch durchaus Resonanz in der Bergarbeiterschaft fand. Dafür unterstützten radikale Gewerkschafter in ihrer sozialrevolutionären Zielsetzung Politik und Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht und der Regierungskommission; sie distanzierten sich von allen übrigen Parteien, die als bürgerlich und nationalistisch charakterisiert wurden[66]. Diese Bewegung, die sich während des sogenannten Hundert-Tage-Streiks von 1923 zum größten Teil auflöste, war weitgehend identisch mit dem Saarbund, dessen erster Geschäftsführer Walter Gebelein war, der, nach Kriegsende aus der Emigration zurückgekehrt, auch in der frankophilen Bewegung nach 1945 noch eine Rolle spielen sollte.

Im Zusammenhang mit diesen frankophilen Versuchen einer linksradikalen Beeinflussung der saarländischen Bergarbeiterschaft kam es 1922 auch zu dem Parteiausschluß des Vorsitzenden der saarländischen KPD Max Waltz[67], der später

---

[64] Hirsch, a. a. O., S. 94.

[65] S. unten, S. 515.

[66] Vgl. Zenner, a. a. O., S. 191 ff.; ebenso Hirsch, a. a. O., S. 28 ff.

[67] Max Waltz (auch Walz), geb. 1889, war von der KPD-Zentrale vorgeworfen worden, größere Geldbeträge von der Regierungskommission genommen zu haben, „um den Versuch zu machen, die Politik der Partei in dem von der Saarregierung gewünschten Sinne zu beeinflussen" (*Arbeiter-Zeitung*, Nr. 114, 7. 6. 1922: „Der Ausschluß von Max Waltz bestätigt"; ebenso *Saarbrücker Zeitung*, Nr. 148, 8. 6. 1922: „Ein politischer Führer im Solde der Saarregierung"). Waltz erscheint später in der vom RSHA vorgenommenen „Erfassung führen-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine führende Rolle in den beiden übrigen frankophilen Splittergruppen des Abstimmungskampfes spielte – der Saarländischen Sozialistischen Partei (SSP) und der Liga für Menschenrechte. Die SSP vertrat ein sozialrevolutionäres Programm ähnlich wie es 1920 im Zentralverband der Bergleute angeklungen war: Verbesserung der sozial- und arbeitsrechtlichen Lage der Saarbevölkerung, Trennung von Kirche und Staat, Überführung der Saargruben in Volkseigentum etc. Die Liga für Menschenrechte war ebenfalls kommunistisch orientiert. Beide Organisationen hatten einen zwiespältigen Ruf und fanden so gut wie keine Resonanz in der Bevölkerung.

3.

Waren all diese politischen Gruppen mehr oder weniger lose in der sogenannten Freiheitsfront organisiert, so spielte die katholische Oppositionsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime, die sich ab 1934 ebenfalls für einen Status quo an der Saar einzusetzen begann, eine publizistische und organisatorische Sonderrolle. Ausgangspunkt für die Entfaltung dieser katholischen Opposition, als deren Exponent Johannes Hoffmann angesehen werden kann, waren der Kampf um die Auflösung der Zentrumspartei und ihr Aufgehen in der Deutschen Front im Oktober 1933 sowie die darauffolgende Gleichschaltung der freien Zentrumspresse[68]. Hoffmann, seit Oktober 1929 Chefredakteur der *Saarbrücker Landeszeitung*, hatte durch seine kritische Haltung gegenüber der „nationalen Revolution" und der mit ihr verbundenen Aufhebung der Rechtsstaatlichkeit wie auch gegenüber der Kirchenpolitik des nationalsozialistischen Regimes in Berlin Unwillen erregt; als es zum offenen Konflikt mit dem Landesleiter der NSDAP Saar, Spaniol, kam[69] wurde er auf Intervention des Innenministeriums im Februar 1934 entlassen[70]. Seine ursprüngliche Haltung gegenüber den Nationalsozialisten nach deren Machtübernahme war bei aller Kritik vom Willen zu einer positiven Mitarbeit bei der sog. nationalen Neugestaltung Deutschlands getragen. Interessant ist sein Haupt-

---

der Männer der Systemzeit" (Juni 1933). Nach dieser Quelle emigrierte er 1935 nach Frankreich; IfZ-Archiv, Dc 15.02.

[68] Vgl. Zenner, a. a. O., S. 270–279 und 288–295; Kunkel, a. a. O., S. 103–114; Jacoby, a. a. O., S. 132 f. Die „Deutsche Front" war der Zusammenschluß der Parteien und Organisationen, die die Eingliederung des Saargebietes in das nationalsozialistische Deutsche Reich im Abstimmungskampf befürworteten.

[69] Zenner, ebd., S. 293 f.

[70] Johannes Hoffmann wurde 1890 in Landsweiler-Reden als Sohn eines Bergmanns und späteren Kassenrendanten geboren. Nach Besuch des Bischöflichen Konvikts in Trier Studium der Philosophie und Volkswirtschaft in Innsbruck und Freiburg/Breisgau. 1914–18 Teilnahme am I. Weltkrieg, Offizier, ausgezeichnet mit dem EK I und II. Nach Kriegsende Wiederaufnahme des Studiums in Berlin, wo Hoffmann Anschluß an den Kreis um Carl Sonnenschein fand und dem Zentrum beitrat. Ab 1920 als Journalist beim Scherl-Verlag Berlin, später Korrespondent mehrerer katholischer Blätter in Süddeutschland. Nach seiner Rückkehr ins Saargebiet Übernahme der Chefredaktion der *Saarbrücker Landeszeitung*, Mitglied des Zentrum-Landesvorstands Saar; BHB-Archiv.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

referat auf der Delegiertenversammlung des saarländischen Zentrums am 26. März 1933 nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes[71]: Die Zustimmung des Zentrums entspreche der demokratischen Grundhaltung der Partei, die das Ergebnis der Wahlen vom 5. März respektiert habe; der Reichstag habe „durch seine Selbstüberwindung den Weg zum nationalen Aufstieg geebnet". Weiter noch: Wenn die Regierung Hitler nur den Grundsatz beachte, daß man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen, sei das Zentrum bereit, wie nach 1918 mit den Sozialdemokraten, jetzt mit den Rechtsparteien eine Strecke Weges gemeinsam zu gehen. In dem Bemühen, dennoch die weltanschaulichen Grenzen aufrechtzuerhalten, distanzierte sich Hoffmann gleichermaßen vom Nationalsozialismus wie Sozialismus und nahm somit eher Abstand von den Sozialdemokraten, die ja im Reich bereits verfolgt wurden, als daß er an ein zukünftiges Bündnis gegen das Hitler-Regime gedacht hätte. Hoffmann artikulierte wohl nur das politische Empfinden der gesamten Zentrumspartei, die einerseits konstatierte, daß der in Weimar geschaffene Staat nicht mehr existiere[72], zum anderen jedoch weiterhin demokratisch-legalistischen Vorstellungen anhing, in der Hoffnung, daß sich die in ihren terroristischen Auswüchsen bekämpfte „nationale Revolution" politisch doch noch zum Besseren wende.

Als Hitler die saarländischen Parteiführer von NSDAP, Deutsch-Saarländischer Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei, Bürgerlicher Mitte und Zentrum zu einer Aussprache am 15. Mai 1933 nach Berlin einlud, gehörte neben den christlichen Gewerkschaftssekretären Kiefer, Hillenbrand, Kuhnen und dem Fraktionsvorsitzenden im Landesrat, Levacher, auch Johannes Hoffmann zur Delegation des Zentrums. Dabei erfolgte ein erster Affront gegen Hoffmann, dessen Teilnahme Hitler kurz vor der Konferenz mit der Begründung ablehnte, dieser habe ihn erst kürzlich in einer Rede beleidigt[73]. Dieser Ausfall wirft ein Schlaglicht darauf, daß Hitler wohl zu differenzieren wußte zwischen den Mitgliedern des saarländischen Zentrums, die zwar alle der Wille zur Rückkehr auch in ein nationalsozialistisches Deutschland verband, deren oppositionelle Einstellung zu dem neuen Regime nichtsdestoweniger unterschiedlich stark war. Hoffmann war als der verantwortliche Leiter der *Saarländischen Landeszeitung*, die ein Sprachrohr antinationalsozialistischer Kritik darstellte, natürlich Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe. Einen aktiven Abwehrkampf gegen Diffamierung, Manipulationen und Gleichschaltung des saarländischen Zentrums und seiner noch freien Presse führten aber auch Persönlichkeiten wie der Parteiführer Steegmann[74], prominente

---

[71] Zit. nach Zenner, a. a. O., S. 272 ff.

[72] Aussage des saarländischen Zentrums-Abgeordneten Hillenbrand im Preußischen Landtag; zit. nach Zenner, ebd., S. 273.

[73] Mitteilung Johannes Hoffmann an Maria Zenner vom 30. 11. 1964. In der Anmeldeliste des Auswärtigen Amtes vom 13. 5. 1933 sind alle Teilnehmer abgehakt außer Hoffmann; BA Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/253, zit. nach Zenner, ebd., S. 277; vgl. auch den Brief Röchlings an Geheimrat Dr. Voigt vom 17. 5. 1933, in: Kunkel, a. a. O., S. 130 ff.

[74] Steegmann war nach Hoffmann schon vorher von Hitler zur Persona non grata bei der Be-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geistliche wie der Dechant von Saarbrücken, Dr. Schlich, und Pfarrer Bungarten. Letztere gehörten dem Aufsichtsrat der *Saarländischen Landeszeitung* an und stützten die politische Linie des Chefredakteurs; als es zur Entlassung Hoffmanns kam, opponierten vor allem Schlich und Bungarten. Bei den Hitler als Gesprächspartner willkommenen christlichen Gewerkschaftsführern und Zentrumspolitikern überlagerte dagegen das nationale Treuebekenntnis jede mögliche Kritik am Nationalsozialismus; die Selbstauflösung des saarländischen Zentrums und seine Gleichschaltung in der Deutschen Front verantwortete vor allem der Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Peter Kiefer, ab 30. Oktober 1933 Leiter der neugebildeten Deutschen Arbeitsfront Saar[75]. Dieser Kampf um die Gleichschaltung der Zentrumspartei und ihrer Presse ließ Hoffmann zum Exponenten des Widerstands katholischer Saarkreise gegen eine Rückgliederung des Saargebietes an das Dritte Reich werden; der persönliche Affront durch Hitler, den er erfahren hatte, mag diese Entwicklung forciert haben, wobei Hoffmanns politisches Engagement sicher mehr als nur persönlich motiviert war.

Als Hoffmann nach seiner Ausschaltung als Chefredakteur der *Saarländischen Landeszeitung* daranging, den katholischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisatorisch zu fassen, bemühte er sich zunächst um die Herausgabe einer neuen Zeitung. Am 6. Mai 1934 erschien die erste Nummer der *Neuen Saarpost*, deren Finanzierung nach wie vor Gegenstand widersprüchlicher Behauptungen ist. Hoffmann selbst bestritt anläßlich eines Vortrages an der Universität München am 16. November 1965 kategorisch die Version, daß dieses Geld von Frankreich gekommen sei[76]; Walter Eberhard will in seiner polemischen Schrift „Wer kaufte Joho?" das Gegenteil wissen[77]. Eine derartige direkte Liaison mit Frankreich würde zumindest zu der noch 1933 von Hoffmann in der Zentrumspresse vertretenen Position in Kontrast stehen, wo neben Angriffen auf die nationalsozialistische Regierung zugleich französische Interventionsforderungen im Saargebiet zurückgewiesen werden[78]. Wie dem auch sei – relevante französische Akten sind (noch) nicht zugänglich –, in der Ausgabe vom 3. Juni 1934 ver-

sprechung vom 15. Mai 1933 erklärt worden; an seine Stelle trat dann der ebenfalls brüskierte Hoffmann; vgl. Johannes Hoffmann, Journalistische Erfahrungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus, Vortrag vor Studenten des Zeitungswissenschaftlichen Instituts der Universität München am 16. Nov. 1965, zit. nach Kunkel, ebd., S. 103.

[75] Kiefer war zugleich Landespropagandaleiter der Deutschen Front. Maria Zenner ist bemüht, dem politischen Vorgehen Kiefers Verständnis entgegenzubringen und spricht von seinen „inneren Zweifeln" (a. a. O., S. 311 f.); eine engagierte Analyse und Kritik seines Verhaltens bringt Kunkel, ebd., S. 105 ff.

[76] A. a. O., S. 15.

[77] Walter Eberhard, Wer kaufte Joho? Dreimal an der Saar, O. o. (Paris) o. J. (1951). Eberhard behauptete, Hoffmann habe das Geld durch Vermittlung Friedrich (später Fréderic) Schlachters, damals Direktor der Saarhandelsbank, erhalten. Eberhard (Pseud. für Walter Schopen) war 1946/47 Chefred. der *Saarbrücker Zeitung*. Zu Schlachter siehe S. 543. Vgl. auch Kunkel, a. a. O., S. 108, und Zenner, a. a. O., S. 306.

[78] Vgl. Hoffmanns Leitartikel in der *Saarländischen Landeszeitung* vom 19. 3. 1933: „Französische Nervosität mit Absicht".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

öffentlichte die *Neue Saarpost* ein Programm für die bevorstehende Abstimmung, das im Wesentlichen dem der sozialistischen Parteien entsprach; der besondere Akzent war eben der Katholizismus, der Kampf gegen das neue Heidentum, die Lage der Kirche in Deutschland. „Christus oder Hakenkreuz" wurde zur vielbeschworenen Alternative; eine Rückkehr ins Reich sollte erst dann wieder möglich werden, wenn Deutschland von dem nationalsozialistischen Regime frei sei. Die Ereignisse des 30. Juni 1934 sowie die Ermordung von Dollfuß am 25. Juli 1934 verstärkten die Resonanz der Zeitung unter der katholischen Saarbevölkerung und dem örtlichen Klerus, so daß der Bischof von Trier, Bornewasser, der trotz der politischen Entwicklung eine Rückkehr der Saar ins Reich bedingungslos weiterverfocht, gegen Hoffmann vorging. Anläßlich des Bekenntnistages der katholischen Jugend am 29. Juli 1934 in Saarbrücken distanzierte er sich scharf von der *Neuen Saarpost*[79], im gleichen Sinne versuchte er, die Geistlichen des Saargebietes zu bestimmen[80].

Die katholische Oppositionsgruppe umfaßte in der Tat eine beachtliche Anzahl von Priestern, wie sich bei einer Versammlung am 16. Juli 1934 im Canisiusheim in Saarbrücken gezeigt hatte[81]. Die Intervention Bornewassers wog umso schwerer, als für Hoffmann, wollte er Erfolg bei der gläubigen, aktiv katholischen Saarbevölkerung haben, eine Unterstützung gerade durch den örtlichen Klerus von entscheidender Bedeutung war. Am 9. September 1934 richtete Hoffmann im Namen von 200 Delegierten aus dem Saargebiet eine Denkschrift an den Völkerbund, die das Programm der katholischen Opposition gegen eine Rückkehr in ein nationalsozialistisches Deutschland enthielt, d. h. vor allem die Forderung nach der Möglichkeit einer zweiten Abstimmung zu einem günstigeren Zeitpunkt und nach Garantien für die Zeit nach dem Referendum im Falle einer Ablehnung des Status quo[82]. Am 7. November hatte er in Rom eine Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli, die aufgrund der betonten Neutralität des Heiligen Stuhles in der Saarfrage ergebnislos verlief. Im Gegenteil: In Abstimmung mit dem päpstlichen Abgesandten an der Saar, Monsignore Panico, verboten die Bischöfe von Trier und Speyer jegliche politische Betätigung der saarländischen Geistlichen und votierten zugleich für die Rückgliederung[83]. Trotz dieser Schwie-

---

[79] Zu diesem Treffen Zenner, a. a. O., S. 307; Kunkel, a. a. O., S. 109 f.

[80] Brief Bornewassers an den Kardinalsstaatssekretär vom 22. 8. 1934, zit. nach Zenner, ebd., S. 307.

[81] PA, Abt. II, Besetzte Gebiete: Saargebiet, Politische Parteien, Bd. 11; in dem Gestapobericht II SG 5533 wird von 80 Geistlichen gesprochen.

[82] Zit. nach: Zenner, a. a. O., S. 308 u. S. 373.

[83] „Unsere Anweisung berührt nicht die sittliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum und die Treue zum Vaterland. Diese Liebe und Treue sind vielmehr nach katholischer Lehre sittliche Tugenden." (*Kirchlicher Amtsanzeiger* der Diözese Trier, 1934, Nr. 284, S. 191). Am 12. Nov. 1934 gaben die Bischöfe von Trier und Speyer einen „Erlaß zur Saarfrage" heraus, der allen Geistlichen „im Geiste des Konkordats" verbat, in politischen Versammlungen öffentlich aufzutreten. Vgl. Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, München 1963, S. 299.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rigkeiten für die Entfaltung einer katholischen Oppositionsbewegung an der Saar, die letztlich doch auf kleine Zirkel und Gruppen beschränkt blieb, tat Hoffmann am 30. November 1934 noch einmal einen Schritt nach vorn, als er die Gründungsversammlung für eine oppositionelle katholische Partei, den Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft[84], einberief. An ihr nahmen außer Hoffmann u. a. die christlichen Gewerkschafter Kuhnen[85] und Pick[86] sowie der 1933 ins Saargebiet emigrierte Heinrich Imbusch[87] teil; anwesend waren auch – trotz der Interventio-

---

[84] Auch: Volksbund für christliche und soziale Kultur (Zenner, a. a. O., S. 309).

[85] Fritz Kuhnen (1879–1947), Bergmann, ab 1900 Mitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1910–12 Bezirksleiter Bochum/Westfalen; 1912–33 Vorsitzender des Gewerkvereins Saargebiet, 1930 Wahl in den Hauptvorstand; Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Internationalen christlichen Bergarbeiterbundes. Ab 1921 für das Zentrum Stadtverordneter in Saarbrücken, 1930–33 Mitglied des Reichstags. Anfänglich ein Befürworter der Rückgliederung des Saargebietes – Kuhnen war Mitglied der saarländischen Delegation bei Hitler am 15. Mai 1933 –, wurde er einer der schärfsten Gegner der Gleichschaltung der Saar-Gewerkschaften. Am 18. 2. 1935 emigrierte er nach Luxemburg, nach 1945 Rückkehr an die Saar; BHB-Archiv.

[86] Otto Pick (1882–1945), ursprünglich Schmied, während seiner Tätigkeit auf der staatlichen Kohlengrube Camphausen bei Saarbrücken Engagement für die christliche Gewerkschaftsbewegung, ab 1914 hauptamtlicher Funktionär. Für die DDP 1919–20 Mitglied des Reichstags, später Deutsch-Saarländische Volkspartei; war ursprünglich mit Kiefer auf der gleichen Linie des nationalen Treuebekenntnisses der christlichen Gewerkschaften (vgl. die Resolutionen der saarländischen christlichen Gewerkschaften vom 3. u. 4. 4. sowie 5. 5. 1933, *Saarländische Landeszeitung* vom 3. 4., 4. 4. u. 5. 5. 1933). Nach seinem politischen Sinneswandel, dem persönliche Motive untergeschoben wurden, wurde immer wieder versucht, Pick auf die Seite der Deutschen Front zu ziehen (bei diesen Bemühungen war auch der ehemalige Generalsekretär des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsvereins, Ernst Lemmer, beteiligt, vgl. Zenner, a. a. O., S. 310). Pick spielte später nach seiner Emigration nach Frankreich Januar 1933 eine Rolle in der Volksfrontbewegung (s. u.). Er starb am 17. 4. 1945 im schweizer Exil.

[87] Heinrich Imbusch (1878–1945), Bergarbeiter in verschiedenen Gruben des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers; 1905–19 Redakteur des *Bergknappen*, Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, dem Imbusch seit 1897 angehörte; 1913 Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1919 Vorsitzender des Gewerkvereins; im gleichen Jahr Mitglied der Nationalversammlung, 1919–23 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1920–33 Mitglied des Reichstags (Zentrum); gehörte dem linken Flügel des Zentrums an, einer der Väter des Reichsknappschaftsgesetzes von 1923 und der Knappschaftsnovelle von 1926. 1929 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gesamtverband christlicher Gewerkschaften, ebenso der deutschen Angestellten- und Beamtengewerkschaften). Umfassende publizistische Tätigkeit zur Lage, Versicherung und Organisation der Bergarbeiter; stellvertretender Vorsitzender des Reichskohlenrates; 1919–24 auch Stadtverordneter in Essen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Emigration ins Saargebiet, wo ein Entführungsversuch durch die SA scheiterte; nach dem Saar-Referendum Flucht nach Luxemburg; wurde 1937 mit seiner Familie (6 Kinder) ausgebürgert; nach der Besetzung Luxemburgs 1940 nach Belgien/Frankreich; 1942 illegale Rückkehr nach Essen, wo sich Imbusch vor der Gestapo bis zu seinem Tode verborgen hielt; BHB-Archiv.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen der Bischöfe von Trier und Speyer – eine größere Anzahl von Geistlichen, die Bornewasser später in einem Rundschreiben beschuldigte, sie schadeten der Sache des Katholizismus in Deutschland[88].

4.

Zur Vervollständigung der Skizze von der entscheidenden Rolle reichsdeutscher Emigranten im saarländischen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus muß zuletzt noch auf eine Gruppe eingegangen werden, die zwar nicht unmittelbar an der Parteienfront stand, aber nichtsdestoweniger die besondere Aufmerksamkeit der neuen Machthaber in Deutschland auf sich zog. Es handelt sich um die sogenannten Emigranten-Beamten im Dienste der Regierungskommission – vorwiegend ehemalige sozialdemokratische Beamte, die nach Erlaß des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Deutschen Reich aus dem Staatsdienst entlassen worden und ins Saargebiet emigriert waren. Die meisten von ihnen kamen aus dem Polizeidienst und wurden entsprechend weiterverwendet. Als Beispiel mag Hertwig Machts gelten. Machts, geboren 1895 in Jena, war Kriminalkommissar im Polizeipräsidium Berlin. Er war SPD-Mitglied und Leiter der sogenannten „Technischen Abteilung" beim Bundesvorstand des Reichsbanners, die mit der Vorbereitung einer militärischen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten beauftragt war. Machts war bereits nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 unter Papen zur Disposition gestellt worden[89]. Er avancierte unter dem Direktor des Inneren der Regierungskommission, Heimburger, zum Leiter der uniformierten Polizei im Saargebiet. Der Sozialdemokrat Heinrich Ritzel dagegen, der nach seiner Emigration in die Polizeidirektion Saarbrücken übernommen wurde, war ehemals hessischer Oberregierungsrat. Ritzel war auch innerhalb der SPD/S parteipolitisch aktiv und verfaßte 1934 die Kampfschrift „Was mußt Du von der Volksabstimmung wissen?"[90]. Vor allem Ritzel und Machts waren aufgrund ihrer leitenden Stellung in der saarländischen Polizei ständige

---

[88] Schreiben des Bischofs von Trier an die Dechanten des Saargebiets vom 5. 12. 1934, zit. nach: Zenner, a. a. O., S. 409 (Anlage 23).

[89] Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 441; ebenso PA, Referat Inland II A/B, 132/1.

[90] Heinrich Ritzel, geb. 10. 4. 1893 Offenbach/Main, gest. 17. 6. 1971 Basel, 1919–30 Bürgermeister von Michelstadt/Odenwald, 1924–30 MdL Hessen, 1930–33 MdR. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Haft, 26. Juni 1933 Flucht, ab Juli 1933 im Saargebiet; nach der Rückgliederung Emigration in die Schweiz; Zusammenarbeit u. a. mit Wilhelm Hoegner, Otto Braun und Joseph Wirth; Mitbegründer der bürgerlich-sozialdemokratischen Exilorganisation „Das demokratische Deutschland"; 1939–47 Generalsekretär der Europa-Union in Basel, 1948 Delegierter für das Deutsche Sprachgebiet in Europa, 1950–57 Delegierter im Europarat. Seit 1946 wieder in Michelstadt, Mitglied des Landesausschusses der SPD Hessen, 1949–65 MdB; zahlreiche politische und literarische Veröffentlichungen; PA, ebd.; BHB-Archiv.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angriffsobjekte deutscher Behörden und der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber der Regierungskommission[91].

Weitere von der Regierungskommission eingestellte Polizeibeamte waren die ins Saarland emigrierten Gustav Lehnert, Paul Kowalski, Alfons Baumann und August Heinrich Lauriolle. Der ebenfalls im Dezember 1933 eingestellte Jurist Heinrich Danzebrink, zuletzt Regierungsrat in Münster/Westfalen, hatte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme als Brüning-Anhänger ebenfalls den Dienst quittieren und ins Saargebiet emigrieren müssen. Im Direktorium des Innern war Danzebrink, der nach 1945 ebenfalls im Saargebiet wieder politisch aktiv wurde[92], zuständig für Flüchtlingsfragen.

Trotz des Garantieabkommens von Rom vom 5. Dezember 1934 wurde dieser Personenkreis nach Beendigung der Tätigkeit des Obersten Abstimmungsgerichtshofes (29. Februar 1936) ohne Ausnahme am 3. Dezember 1936 ausgebürgert, nachdem die Berliner Behörden aus taktischen Überlegungen noch die Olympischen Spiele in Berlin abgewartet hatten. Auf der gleichen Ausbürgerungsliste standen u. a. Emil Kirschmann, Wilhelm Sollmann, Siegfried Thalheimer und Max Braun[93].

Der Kampf der in der Freiheitsfront zusammengeschlossenen Gruppen sowie der katholischen Opposition gegen eine Rückgliederung des Saargebietes an das Dritte Reich hatte, wie bekannt, keinen Erfolg. Einer beachtlichen Presse- und Versammlungstätigkeit[94] standen zunehmende Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Kampagne entgegen. Die Propaganda der Deutschen Front hatte solche Schwierigkeiten nicht[95], so daß sie auch noch ausreichend Möglichkeiten fand, die Bemühungen der Rückgliederungsgegner zu denunzieren[96].

---

[91] Vgl. Herbert E. Tutas, Nationalsozialismus und Exil, Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration, München 1975, S. 245 ff.

[92] S. u., S. 535 f.).

[93] PA, Referat Inland II A/B, 132/1. In der *Saarländischen Landeszeitung* vom 4. 12. 1936 wurde behauptet, die genannten Personen fielen nicht unter das Garantieabkommen. Dies ist zumindest im Falle Max Braun nicht richtig, der seit 1926 im Saargebiet ansässig war. Zur Bedeutung der Römischen Garantien nach der Rückgliederung vgl. Jacoby, a. a. O., S. 172 ff.

[94] Ein Höhepunkt war neben dem bereits erwähnten Sulzbacher Treffen die Kundgebung der Einheitsfront am 26. 8. 1934, dem Tag, an dem auch die große Pro-Deutschland-Kundgebung am Deutschen Eck in Koblenz stattfand; diese Demonstration der Freiheitsfront erregte auch im Ausland Aufsehen; vgl. Sarah Wambaugh, The Saar Plebiscite, with a collection of official documents, Cambridge/Mass. 1940, S. 219 f.

[95] Vgl. Kunkel, a. a. O., S. 46 f.

[96] Dies galt vor allem den internationalen Aktivitäten Max Brauns. Während Braun sich über mangelnde finanzielle Unterstützung durch den SPD-Exilvorstand beklagte, versuchte er, durch den Internationalen Gewerkschaftsbund die Mittel zur Finanzierung des Saarkampfes der SPD/S zu beschaffen. Vgl. in diesem Zusammenhang die Affäre um den nationalsozialistischen Versuch, die *Volksstimme* auszuschalten (s. o., S. 476, Anm. 21); ebenso die Angriffe auf Johannes Hoffmann anläßlich der Gründung der *Neuen Saarpost*.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Saargebiet wurde kein Widerstandszentrum gegen den Nationalsozialismus. Dies bewirkte nicht zuletzt auch der Völkerbundsrat, als er die Möglichkeit der vorläufigen Beibehaltung des Status quo durch eine Verschiebung des Referendums bis zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes verwarf. Die Abstimmung am 13. Januar 1935 selbst wurde für die Rückgliederungsgegner zu einem Fiasko: Von 539 541 Abstimmungsberechtigten stimmten 477 119 für den Anschluß an das Dritte Reich.

Unmittelbar danach begann der Exodus der Gegner des Nationalsozialismus. Zu diesem Zeitpunkt hatten jedoch vor allem die nun emigrierenden Saarländer bereits Erfahrungen gemacht, die zur Änderung bisher wesentlicher politischer Grundeinstellungen geführt hatten bzw. verstärkt führen sollten. Das gilt einmal für die Einheitsfront der Hitlergegner, d. h. in erster Linie der saarländischen Arbeiterparteien[97]. War die Wende des ZK der KPD auch vielleicht rein taktischer Natur[98], die Bereitschaft der Sozialdemokraten Max Brauns, im Juni 1934 eine Einheitsfront zu bilden[99], sollte im Exil von Bedeutung sein. Die an der Saar geschaffene Aktionsgemeinschaft stellte auf jeden Fall den ersten Versuch dar, ein Zusammengehen der beiden großen Arbeiterparteien gegen Hitler unter Hintanstellung der ideologischen Differenzen zu realisieren.

Ein zweites, weiterreichendes Ergebnis des Abstimmungskampfes scheint die Haltung vor allem der SPD/S in der nationalen Frage zu sein. Die Sozialdemokraten hatten das Saarstatut des Versailler Vertrages und die von dem Völkerbund als Treuhänder eingesetzte Regierungskommission von Anfang an bekämpft, ihr Programm kann im Grunde bis 1933 als „national" bezeichnet werden. Die SPD/S hatte sich bis dahin in die nationale Einheitsfront mit Zentrum und Deutsch-Saarländischer Volkspartei eingefügt und alle Schritte gegenüber dem Völkerbundsrat mit diesen Parteien gemeinsam unternommen, Max Braun hatte auf Kundgebungen der Saarvereine gesprochen[100]. Dennoch hatte schon damals der politische Akzent bei den saarländischen Sozialdemokraten anders gelegen. War für die bürgerlichen Parteien die Gegnerschaft zur Regierungskommission nationaler Abwehrkampf, so wurde die Haltung der SPD/S in erster Linie sozialistisch und demokratisch begründet, was vor allem sichtbar wird bei Konflikten,

---

[97] Das Verhältnis Sozialdemokraten-Kommunisten an der Saar war auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland bis zur Abkehr der KPD von ihrer ultralinken Politik sehr belastet gewesen; persönliche Auskunft Richard Kirn, 13. 6. 1977 und Ernst Kunkel, 16. 6. 1977; Kirn hebt als positive Ausnahme unter den Kommunisten Philipp Daub hervor.

[98] Herbert Wehner vermerkt, daß aufgrund der neuen Politik der Sowjetunion gegenüber dem Völkerbund das Politbüro der KPD bestrebt war, rechtzeitig ein Demonstrationsbeispiel für seine Fähigkeit zu geben, dieser neuen Richtung zu folgen; Wehner, a. a. O., S. 68–71.

[99] Bereits im April 1933 hatte sich die *Volksstimme* prinzipiell hinter den Entschluß der II. Internationale gestellt, eine sozialistische Einheitsfront anzustreben, die allerdings nur durch Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen geschaffen werden könne; vgl. *Volksstimme*, Nr. 84, 8. 4. 1933; zum Beschluß der SAI: Matthias/Morsey, a. a. O., S. 170 f.

[100] Zenner, a. a. O., S. 183 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie sie anläßlich des Widerstandes der Regierungskommission gegen die geforderte arbeitsrechtliche Angleichung an die Weimarer Republik oder des Streiks von 1923[101] entstanden und zu Beschwerden an den Völkerbund über das undemokratische Verhalten der Regierungskommission führten, die sich gegen die Völkerversöhnung richte[102]. Ein wichtiger Aspekt dieser Haltung ist in der Tat das Streben nach Völkerversöhnung mit Zielrichtung vor allem auf Frankreich. Der nationale Kampf der SPD/S wurde relativiert durch proletarisch-internationalistische Vorstellungen, die auch die europäische Einigung mit einschlossen. Diese Haltung wurde verstärkt und bestätigt durch die Solidarität der Sozialistischen Internationale in der Saarfrage, vor allem aber auch der französischen Sozialisten in der Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO), zu denen die SPD/S enge Verbindungen pflegte; Branting, Vandervelde und MacDonald hatten im Völkerbundsrat interveniert, in Frankreich hatten sich Uhry, Bracke und Grumbach wiederholt für eine Rückgliederung der Saar eingesetzt. Die saarländischen Sozialdemokraten bauten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch den Sieg des Sozialismus. Die Geschicke des Saargebiets selbst bestimmen zu können, hieß bis 1934 nichtsdestoweniger Rückkehr nach Deutschland. Betrachtet man die Wendung zur Verweigerung dieser Rückkehr in ein von den Nationalsozialisten beherrschtes Land unter dem Blickwinkel der Entwicklung innerhalb der SPD/S selbst, so fällt zum einen die verstärkte Kommunikation der saarländischen Sozialdemokraten mit den internationalen und vor allem auch den französischen Arbeiterorganisationen auf, zum anderen wird eine verstärkte Herausbildung des Autonomiegedankens deutlich. Bereits im Mai 1933 hatte Max Braun in Anbetracht des Vorgehens der Freien Saargewerkschaften, die sich nach der Gleichschaltung im Reich für unabhängig erklärt hatten, festgestellt, daß der Kampf nunmehr mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) weitergeführt werden müsse[103]. Nachdem die Regierungskommission durch Verordnung vom 31. Mai 1933 die Abhängigkeit der Parteien und Organisationen von Stellen außerhalb des Saargebiets verboten hatte[104], versuchte Braun, die SPD/S als selbständige saarländische Partei der SAI

---

101 Vgl. Helmut Hirsch, Die Saar vor Genf, a. a. O., S. 54 ff.

102 Hier vor allem die Denkschrift der SPD/S vom Februar 1925, in der es heißt: „Nous autres social-démocrates de la Sarre, de même que les socialdémocrates de tous les pays, espérâmes que la Société des Nations deviendrait le ferme appui de la démocratie nationale et de la paix internationale et que pour cette raison le seul gouvernement installé par la Société des Nations devrait regarder comme tâche principale de faire valoir dans tout son fonctionnement les principes de la démocratie et de la reconciliation des peuples. Nous regrettons beaucoup d'être obligés de constater que la Commission du Gouvernement, à l'exception de quelques cas très rares, n'a fait ni l'un ni l'autre." Zit. nach Zenner, a. a. O., S. 185.

103 *Volksstimme*, Nr. 109, 11. 5. 1933.

104 Verordnung in: Wambaugh, a. a. O., S. 332 ff. (Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes 1933, Nr. 278).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

direkt anzuschließen[105]. Organisatorische Autonomie also der SPD/S? Der Gedanke an eine politische Autonomie des Saargebietes artikulierte sich zugleich mit dem Aufbau der Freiheitsfront im Juni 1934. Die saarländischen Sozialdemokraten hatten in Abhängigkeit von der Parteientwicklung in Deutschland lange Zeit gebraucht, um ein Programm für die Saarabstimmung zu entwickeln, das sie auch öffentlich zu propagieren wagten. Als dieses Programm nach Festsetzung des Abstimmungstermins geradezu überfällig war, trug es von Anfang an bereits autonomistische Züge. Es taucht die Forderung nach der „endgültigen politischen und wirtschaftlichen Einordnung der Saar zwischen beiden Völkern", d. h. zwischen Frankreich und Deutschland, auf[106], der Kampf für die Umgestaltung des gegenwärtigen Zustandes erfolge „im Sinne der weitgehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Saarbevölkerung"[107]. Diese Änderung der Haltung der ehemals nationalen SPD/S ist sicherlich als Reaktion auf das nationalistische Verhalten der bürgerlichen Parteien und ihr Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu verstehen; ebenso schwer, wenn nicht schwerer, wog die Enttäuschung über das Desinteresse auf internationaler Ebene und die Indifferenz der Völkerbundsgremien. Allein Frankreich, das sich letztlich doch mit Deutschland über die Rückgliederung des Saargebietes einigte, war hier in der Ära des Außenministers Barthou eine Ausnahme. Der offizielle Beschluß des Völkerbundrates vom 4. Dezember 1934 sagte über die Wiederholbarkeit der Abstimmung nichts aus, was eine starke Argumentationshilfe für die Deutsche Front bedeutete. Auch blieben die das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung betonenden Erklärungen des Barthou-Nachfolgers Laval sowie von Beneš und Litvinov auf der Ratssitzung vom 6. Dezember 1934 in diesem Punkte im Vagen, auch wenn sie von der prinzipiellen Möglichkeit einer späteren Rückgliederung an Deutschland sprachen[108].

II. Die saarländische Emigration 1935–1945

Trotz der Römischen Garantien vom 5. 12. 1934, die dann nach 1936 zunehmend durchlöchert wurden[109], und des verbleibenden zeitlichen Spielraums bis zu der vom Völkerbund festgesetzten definitiven Rückgliederung an Deutschland am 1. März 1935 setzte die Emigrationswelle unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses ein. Zu sehr war der betroffene Personenkreis der Rückgliederungsgegner von nationalsozialistischer Seite bedroht worden und hatte be-

[105] Gestapobericht vom 12. 12. 1933, PA, II, Besetzte Gebiete: Saargebiet, Politische Parteien, Bd. 5, II SG 3298. Der Versuch wurde nach dem gleichen Bericht von dem Prager Exilvorstand (Sopade) vereitelt.

[106] *Volksstimme*, 6. 6. 1934.

[107] Ebenda, 16. 6. 1934.

[108] Vgl. Wambaugh, a. a. O., S. 270 f.; Kunkel, a. a. O., S. 114 ff.

[109] Hierzu Jacoby, a. a. O., S. 186 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reits einen Vorgeschmack des Terrors bekommen[110]. Hinzu kam, daß am 15. Januar 1935, nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses, der Kommandeur der internationalen Polizei zur Überwachung des Referendums den Führern der Freiheitsfront erklären ließ, er könne ihre Sicherheit nicht mehr garantieren[111].

Die Zahlen der Flüchtlinge aus dem Saargebiet differieren und sind sehr schwer zu verifizieren. Bis Mai 1936 emigrierten nach Zählung des Internationalen Nansenamtes bereits 3300 Personen, und zwar nahezu alle nach Frankreich[112]; im Oktober 1936 belief sich ihre Zahl auf ungefähr 4000[113]. Nach Angaben von Max Braun kamen nach dem Referendum insgesamt 6000 Emigranten von der Saar nach Frankreich[114]. Laut einem Bericht des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes vom Mai 1936 an den Reichsinnenminister hatten zu diesem Zeitpunkt 4644 Saarländer, darunter 2014 Juden, das Gebiet verlassen[115], demnach wären rund 2500 wohl zum größten Teil politische Emigranten gewesen. Dabei ist zu vermerken, daß in den Zahlen auch die zum zweitenmal flüchtenden reichsdeutschen Emigranten ebenso wie eine Anzahl österreichischer Sozialisten, die nach den Februarkämpfen 1934 an die Saar gekommen waren, enthalten sind.

Frankreich war nach der nationalsozialistischen Machtübernahme das Land, das die größte Zahl deutscher Emigranten aufnahm. Bereits 1939 richtete die französische Regierung das „Comité national de secours aux réfugiés allemands victimes de l'antisémitisme" ein , das nicht nur Juden betreute[116]. Das seit dem 19. Jahrhundert für seine Liberalität bekannte Asylland erschrak dann trotzdem vor dem Ansturm der Exilierten, eine zeitweilige stark restriktive Handhabung vorhandener Gesetze[117] hatte vornehmlich innenpolitische Gründe und wurde durch Vor-

---

110 Vgl. auch die Petition der SPD/S Landtagsfraktion und saarländischen Freiheitsfront an den Völkerbund vom 6. 1. 1934 wegen der Terrorakte und der damit verbundenen Bitte um Aufschiebung der Abstimmung; Zenner, a. a. O., S. 368; ebenso Kunkel, a. a. O., S. 117; Wehner, a. a. O., S. 76 ff.

111 Pers. Auskunft Ernst Kunkel vom 16. 6. 1977.

112 Société des Nations, Communiqué à l'Assemblée, au Conseil et aux Membres de la Société, No. officiel: A 45, 1935, XII: „Réfugiés russes, arméniens, assyriens, assyro-chaldéens, de la Sarre et turc"; zit. nach Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland?, a. a. O., S. 228, Anm. 62 (im Folgenden zit. ULA).

113 The Monthly Summary of the League of Nations, Bd. 16, 1936, Nr. 10, S. 311; ebenso Röder, a. a. O., S. 16, u. Kurt R. Grossmann, Emigration, Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt/M. 1969, S. 43.

114 Vgl. *Nachrichten von der Saar* (im Folgenden NvdS), Nr. 3, 10. 3. 1955.

115 Zit. nach: Jacoby, a. a. O., S. 181 f.

116 Das „Comité national" existierte bis Juli 1935; vgl. David H. Weinberg, Les Juifs à Paris de 1933 à 1939, Paris 1974.

117 D. h. vor allem des Fremdengesetzes vom 3. Dezember 1848, nach dem derjenige, der länger als zwei Monate im Lande bleiben wollte, beim zuständigen Bürgermeister um eine Carte d'Identité bitten mußte; die Entscheidung über die Ausstellung traf der zuständige Präfekt. Zum restriktiven Aspekt französischer Flüchtlingspolitik nach 1933 vgl. Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 2: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa, Darmstadt/Neuwied, S. 59–78 (im Folgenden zit. HAW).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fälle wie das Attentat auf den jugoslawischen König Alexander im Oktober 1934, dem auch Barthou zum Opfer fiel, noch verstärkt. Die Lage verbesserte sich wieder zugunsten der Emigranten, nachdem im Juni 1936 eine Volksfrontregierung unter Léon Blum gebildet wurde. Vor allem Jean Longuet, Mitglied des Parteivorstandes der französischen Sozialisten (SFIO) und der SAI-Exekutive, hatte einen wesentlichen Anteil an dem Zustandekommen eines „Vorläufigen Übereinkommens betreffend das Statut der Flüchtlinge aus Deutschland"[118].

Auf der Grundlage des Genfer Vorläufigen Statuts erließ dann die Regierung Léon Blum am 19. September 1936 ein Dekret, nach dem alle deutschen Flüchtlinge, die bis zum 5. August 1936 legal oder illegal nach Frankreich gekommen waren, einen Flüchtlingsausweis erhalten konnten, der sie auch zu Reisen in die Unterzeichnerstaaten[119] berechtigte. Dem zu diesem Zwecke von der Volksfrontregierung eingerichteten Comité Consultatif gehörten neben vier Franzosen vier deutsche Emigranten an, die von der „Féderation des Emigrés d'Allemagne en France" (FEAF) – einem Zusammenschluß von insgesamt 21 Emigrantenorganitionen[120] – delegiert waren. Auf einer von der FEAF im Juni 1936 nach Paris einberufenen Konferenz wurde dann die „Zentralvereinigung der deutschen Emigration" (ZVE) als Dachverband der Emigrantenorganisationen in den verschie-

---

[118] Dieses vorläufige Statut war auf einer Staatenkonferenz, die auf Initiative des Hohen Kommissars für die deutschen Flüchtlinge beim Völkerbund, Sir Neil Malcolm, vom 2. bis 4. Juli 1936 in Genf tagte, verabschiedet worden. Longuet erklärte auf dieser Konferenz im Namen seiner Regierung, daß Frankreich über das Statut hinaus die Ausweisung von Flüchtlingen aufheben und allen bereits im Lande lebenden Emigranten Arbeitsbedingungen erteilen werde. Text des Vorläufigen Statuts in: The Monthly Summary of the League of Nations, Bd. 16, 1936, Nr. 7 (Juli), S. 225–226. Vgl. auch: Paul Hertz, Flüchtlingssorgen und Flüchtlingshilfe, Betrachtungen über die Konferenzen in Paris [gemeint ist die Internationale Asylrechtskonferenz vom Juni 1936] und Genf, in: *Neuer Vorwärts* 26. 7. 1936 (Beilage).

[119] Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Schweiz – bis auf Frankreich und Dänemark unter Vorbehalt eines Plebiszits.

[120] Die FEAF war die lose Form einer Einheitsvertretung deutscher Emigranten in Frankreich, zu der sich auf Initiative der RHD, IAH und des „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" am 10. November 1935 in Paris 15 Organisationen zusammengeschlossen hatten, die sich bis Mitte 1936 auf 21 erhöhten. Mitglieder waren Aktionsausschuß für Freiheit in Deutschland, Emigrationsleitung der Rote Hilfe Deutschland (RHD), Deutsches Unterstützungskomitee (Comité Allemand), Liga für Menschenrechte, Service juridique pour les réfugies allemands, Assistance médicale pour les enfants d'émigrés, Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Verband deutscher Journalisten in der Emigration, Vereinigung der jüdischen Emigrierten in Frankreich, Jüdischer Bund, Vereinigung emigrierter deutscher Juristen, Notgemeinschaft deutscher Ärzte, Vereinigung sozialistischer Ärzte, Association des savants allemands à l'étranger (Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland), Arbeiterwohlfahrt Paris; dazu kamen Ernst-Eckstein-Fonds, Deutscher Klub, Vereinigung der Bühnenangehörigen Paris, Verband deutscher Lehreremigranten, Kollektiv deutscher Künstler und der Kreis der deutschen politischen Emigranten in Lyon (um E. J. Gumbel). (Vgl. *Pariser Tageszeitung* Nr. 722, 4. 12. 1935 u. Nr. 33, Juli 1936).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denen Ländern, mit Sitz in Paris, gegründet, die im September 1936 vom Völkerbund anerkannt wurde[121].

Die Wahl Frankreichs als Emigrationsland hatte mehrere Gründe: traditionsreiche Asylpraxis, geographische Nähe, politische und persönliche Verbindungen, Möglichkeiten politischer Betätigung[122], die vor allem für die aktiven Gegner des Nationalsozialismus von Bedeutung waren, und nicht zuletzt die Chancen materiellen Auskommens. Fast alle diese Aspekte waren für die emigrierenden Saarländer aufgrund ihrer exponierten geographischen und historischen Lage zwischen Deutschland und Frankreich von noch größerer Bedeutung als für die Flüchtlinge aus dem Reich.

Nichtsdestoweniger warf gerade das Ergebnis der Saar-Abstimmung zunächst neue Immigrationsprobleme auf, die die bisherige Restriktionspolitik der französischen Regierung eher noch verstärkten. Noch im Januar 1935 machte sie den Völkerbund in einem Memorandum rechtlich und finanziell für die Flüchtlinge verantwortlich[123]; eine Verordnung vom 6. Februar 1935 stellte weitere Aufenthaltsgenehmigungen in das Ermessen des Präfekten[124]. Obwohl die französische Regierung den Saarländern, die nach dem Referendum ihre Heimat verlassen mußten, Asyl zugesichert hatte[125], kam es auch ihnen gegenüber zu unfreundlichen Aktionen, die bis zu direkter Zurückweisung reichten[126]. Die Saar-Emigranten wurden in besonderen Lagern untergebracht. Ein Durchgangslager wurde am 15. Januar 1935 im lothringischen Forbach in unmittelbarer Grenznähe bei Saarbrücken eingerichtet. Von dort aus schickten die französischen Behörden die Flüchtlinge in improvisierte Lager in Mittel- und Südfrankreich. Allein in Südfrank-

---

[121] Der erste Präsident war Albert Grzesinski, vordem sozialdemokratischer Polizeipräsident von Berlin. Die ZVE delegierte drei Vertreter in den insges. 18-köpfigen Beirat des Hohen Kommissars für deutsche Flüchtlingsfragen beim Völkerbund: Georg Bernhard, Kurt Funk (d. i. Herbert Wehner) und Paul Hertz; vgl. Nachlaß Paul Hertz, Korr. C, Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam. Zur Flüchtlingspolitik Frankreichs und Selbstorganisation der deutschen Emigration siehe auch ULA, a. a. O., S. 36 ff. u. 90 ff.

[122] In punkto politische Betätigung zeigte sich Frankreich Emigranten gegenüber toleranter als andere europäische Gastländer. Es wurde lediglich Nichteinmischung in die französische Innenpolitik erwartet, antifaschistische Aktivitäten dagegen mit Sympathie betrachtet. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache resultierte die Anziehungskraft Frankreichs als Asylland zumindest bei Politikern und Intellektuellen. Vgl. HAW, a. a. O., S. 77 f.

[123] Vgl. *Pariser Tageblatt*, Nr. 404, 20. 1. 1935.

[124] Wie zuvor war die Ausstellung einer Carte d'identité Ermessenssache des Präfekten. Zuvor jedoch hatte der Ausländer, der nach Frankreich gekommen war, u. a. den Beweis zu erbringen, daß dies auf ordnungsgemäße Art und Weise geschehen sei, d. h. gemäß den in Kraft befindlichen internationalen Abkommen; vgl. Grossmann, a. a. O., S. 12.

[125] Dem Député der französischen Kammer Doeblé, zufolge war am Tag nach dem Plebiszit die Order ergangen, alle Saaremigranten in Frankreich aufzunehmen; vgl. *Das Neue Tage-Buch*, 3. Jg., Nr. 6, 9. 2. 1935, S. 136 ff., zit. in: HAW, a. a. O., S. 65 f.

[126] HAW (nach Doeblé), ebd.; vgl. auch Herbert Wehner, a. a. O., S. 76 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reich befanden sich 67 Lager, da dort ein starker Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft herrschte[127].

Ein Bild der Lebensverhältnisse in diesen Flüchtlingslagern gibt Thomas Blanc, emigriertes SPD/S-Vorstandsmitglied, in Beantwortung einer Umfrageaktion der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge in Forbach (s. u.) in den Lagern mit u. a. folgenden Fragen:

„Wie sind die Verhältnisse im Lager?

Unterbringung: 110 alleinstehende Männer sind in einem Sammellager einquartiert. Einrichtung: Militärbetten, einige Tische und Schemel, Militärbettwäsche. Der Raum ist ein ehemaliges Kriegsgefangenenlager, instandgesetzt und sauber.

Die Familien sind teilweise in Baracken, teils in bis jetzt leerstehenden Häusern untergebracht worden. Einrichtung: die gleiche wie im Männerlager. Bisher waren einige Frauen in einem gemeinsamen Lager untergebracht. Inzwischen sind sie größtenteils wieder zu ihren Männern in gemeinsamen Wohnungen untergebracht worden, teilweise an die Saar zurückgewandert. Augenblicklich bewohnen noch 5 Frauen dieses Lager.

Verpflegung: Sämtliche Emigranten werden durch das katholische Hospital verpflegt. Das Essen wird in großen Kübeln von Emigranten (umschichtig) abgeholt und an die beiden Verpflegungsstellen gebracht. Die Bewohner des Männerlagers essen in ihrer Unterkunft. Alle anderen in einem Speiseraum, der notdürftig in einer ehemaligen Kapelle hergerichtet wurde. (Blechteller, rohe Holztische und -bänke, Polizeiaufsicht durch einen uniformierten Beamten). Nach Mitteilung der Verwaltung sollen täglich 5,25 Frcs. an das Hospital pro Kopf gezahlt werden. Für diesen Preis wird tatsächlich erstaunlich viel geliefert, trotzdem kann das Essen keinesfalls als gut bezeichnet werden. Es ist so gut wie keine Abwechslung vorhanden. Bei dieser Ernährungsweise müssen auf die Dauer auch die stärksten Mägen krank werden. Insbesondere trifft dies auf Frauen zu, einmal wegen ihrer von Natur aus weniger widerstandsfähigen Konstitution und zweitens weil sie naturgemäß noch mehr unter der seelischen Depression stehen, die natürlich auch auf den Appetit einwirkt. Das hiesige Essen ist weder deutsch noch französisch.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um die objektiv festgestellten Mängel zu beseitigen?

Unseres Erachtens nach ist es, um diese Mißstände zu beseitigen, vor allen Dingen notwendig, daß:

1. Durch die französischen Behörden im Verein mit der Beratungsstelle und den von diesen vorgeschlagenen Vertrauensleuten in den einzelnen Lagern eine Prüfung dahingehend vorgenommen wird, wer tatsächlich politischer Flüchtling ist oder nicht.
2. Die noch verbleibenden tatsächlichen Flüchtlinge wären nach Parteizugehörigkeit zu trennen.

[127] Vgl. *Neuer Vorwärts*, Nr. 78, 19. 12. 1934: „Auswandern, aber wohin?" Andererseits meldete das *Pariser Tageblatt*, Nr. 403 v. 19. 1. 1935 unter „Genfer Briefe", die Sowjetunion sei bereit, kommunistische Arbeiterflüchtlinge aufzunehmen; sie sollten in einer Arbeiterstadt ungefähr 50 km von Moskau entfernt, die Krasnosaarsk (Rote Saar) getauft werden sollte, untergebracht werden. Der Zeitung *Informationen von Emigranten für Emigranten* (IEE) von Mitte September zufolge hatten auch „viele" Saar-Emigranten Anträge auf Übersiedlung in die SU und nach Brasilien gestellt; ob und wie viele aber tatsächlich gegangen sind bzw. aufgenommen wurden, war bisher nicht zu ermitteln.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das letztere dürfte nach meiner Ansicht deswegen von großer Wichtigkeit sein, da allem Anschein nach die französischen Behörden, um viel Arbeit und vor allen Dingen auch Ärger zu sparen, nicht abgeneigt sind, dem Antrag der Kommunisten, eine Unterstützung in bar zu gewähren, stattzugeben. Das würde bedeuten, daß in den einzelnen Lagern Kollektivwirtschaften aufgemacht werden müßten. Eine Kollektivwirtschaft von Sozialisten und Kommunisten zusammen kann ich mir aber, nach den Erfahrungen, die ich bis jetzt in der Emigration gesammelt habe, mit dem besten Willen nicht vorstellen.

Sollte sich das ermöglichen lassen, dann wäre zu empfehlen, die Sozialisten in einigen Ortschaften und die Kommunisten in einigen Ortschaften unterzubringen, mit anderen Worten, in einem Ort niemals Anhänger beider Parteien zu beherbergen, um dadurch allen Reibereien zwischen den beiden Parteien die Spitze abzubrechen."[128]

Im Mai 1935 war die Emigrantengruppe aus dem Saargebiet gleich den russischen und armenischen Flüchtlingen dem Internationalen Nansenamt unterstellt worden[129]. Danach erfolgte September 1936 auch die sukzessive Auflösung der Saarflüchtlingslager durch die französische Regierung. In diesem Zusammenhang dürfte die „Association d'Entr'aide pour la Sarre" eine wichtige Rolle gespielt haben, die unter Leitung des Schweizer Rechtsanwaltes Dr. Brand die geschädigten und politisch verfolgten Saarländer beim Obersten Abstimmungsgerichtshof vertrat[130], aber auch die organisatorische Wahrnehmung ihrer Interessen durch die saarländischen Emigranten selbst.

Der für die politische Saaremigration vielleicht wichtigste Aspekt französischer Flüchtlingspolitik war das Plazet für eine eigene Hilfsorganisation bzw. die Unterstützung von Eigeninitiativen. Unmittelbar nach dem Referendum richtete z. B. die SPD/S in Forbach eine Beratungsstelle für Saarflüchtlinge ein, nachdem die meisten Mitglieder des Parteivorstandes in die Emigration gegangen waren[131]. Erinnert sei an dieser Stelle an die engen Kontakte zwischen SPD/S und SFIO, führende französische sozialistische Politiker wie Salomon Grumbach nahmen aktiven Anteil an der Saarfrage. Im größeren Rahmen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) arbeiteten saarländische und französische Gewerkschaften der Bergarbeitersektionen im Saarrevier und Lothringen zusammen, entsprechende Erfahrungen hinweg über die Grenze wurden vor allem auch an der Basis gemacht;

---

[128] In: Ernst Kunkel, Bemerkungen und Dokumente zur Geschichte der SPD/S (Arbeitstitel eines unveröffentlichten Manuskriptes, das dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde).

[129] Vgl. NvdS, Nr. 13, 6. 6. 1935, mit Auszügen aus der amtlichen Korrespondenz. Ebenso die Denkschrift von Max Braun an den Völkerbundsrat vom 14. 5. 1935 in: NvdS, Nr. 11, 16. 5. 1935. Zur Frage des Passes für Flüchtlinge aus dem Saargebiet vgl.: The Monthly Summary of the League of Nations, Bd. 16, 1936, Nr. 1 (Januar), S. 26.

[130] NvdS, Nr. 9, 29. 4. 1935; ebenso IEE von Mitte September 1935.

[131] Von insgesamt 17 PV-Mitgliedern emigrierten Max Braun, Karl Mössinger, Emil Kirschmann, Hermann Petri, Josef Riotte, Hugo Brück, Richard Kirn, Eduard Lehmann, Thomas Blanc und Franz Glauben. Ernst Kunkel schätzt unter Zugrundelegung der Wiedergutmachungsakten die Zahl der emigrierten SPD/S-Funktionäre mit deren Familienangehörigen auf 400–500 Personen; Auskunft vom 16. 6. 1977.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so arbeitete eine beträchtliche Zahl saarländischer Kumpel ständig in Lothringen. Die Grenze nach Frankreich war insofern trotz der eben genannten Restriktionen „offener", der erste Schritt ins Exil ging zumindest für die größtenteils in Gewerkschaften und Arbeiterparteien organisierten aktiven Rückgliederungsgegner nicht so sehr ins Unbekannte. Die Grenzarbeit in Forbach wurde von Max Braun und Emil Kirschmann geleitet, tatkräftig unterstützt von Hanna Kirchner; Richard Kirn kümmerte sich u. a. um die Gewerkschaftsarbeit. Die Aktionen der Beratungsstelle hatten starken Selbsthilfecharakter, der von den französischen Behörden weitgehend positiv gewertet wurde[132].

In Forbach erschienen die *Nachrichten von der Saar* (NvdS)[133] und das Informationsblatt *Beratungsstelle für Saarflüchtlinge*[134]. Weihnachten 1935 wurde Richard Kirn vom Vorsitzenden des IGB, Walter Schevenels, damit beauftragt, die emigrierten saarländischen Bergarbeiter in die CGT zu integrieren, zudem wurde eine deutsche Sprachgruppe geschaffen. Kirn wurde von dem Leiter der CGT, Jouhaux, beim Aufbau der lothringischen CGT generell mit eingesetzt; in Forbach redigierte er die Bergarbeiterblätter *Le Travailleur du Soul-sol* und *Der Kumpel*[135]. Die Beratungsstelle arbeitete eng mit der örtlichen SFIO-Führung zusammen, Max Braun war bei häufigen Aufenthalten in Paris darum bemüht, durch Kontakte auf höherer Ebene auf die französische Flüchtlingspolitik einzuwirken. Eine entsprechende Interessenvertretung war die von Kirschmann und Braun ebenfalls noch in Forbach ins Leben gerufene Vereinigung der Saaremigranten. Als letztes Flüchtlingslager war im April 1936 die Durchgangsstelle Forbach geschlossen worden, Ende des gleichen Monats erfolgte auch die Auflösung der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge – nachdem die Vereinigung der Saaremigranten entsprechende Vereinbarungen mit der französischen Regierung getroffen hatte[136]. Danach verlagerten sich die Aktivitäten der organisierten Saaremigranten regional ins Elsaß

---

[132] Ein Beispiel ist die von der Beratungsstelle ergriffene Initiative zur Regelung der Rentenansprüche emigrierter Bergleute nach der Emigration gemäß den Römischen Garantien. Es wurde bei den französischen Behörden erreicht, daß die betroffenen Personen die notwendigen Untersuchungen nicht bei einer deutschen diplomatischen oder konsularischen Institution in Frankreich vornehmen mußten, sondern zu französischen Vertrauensärzten gehen konnten; pers. Auskunft Richard Kirn v. 13. 6. 1977.

[133] Hrsg. von der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge, Chefredakteur Max Braun, erschien 1935/36 (Mai). Beiträge von Max Braun, R. E. Raffael, Alphonse Rieth. Die in Form von hektographierten Rundschreiben unregelmäßig erscheinenden NvdS berichteten vor allem über die Lage im Saargebiet nach dem Referendum. Außerdem wurde über die französische Flüchtlingspolitik berichtet und Hinweise auf dem Gastland entsprechende Verhaltensweisen für Emigranten gegeben. Offenbar auch in Forbach erschien Anfang 1936 das wahrscheinlich noch vor der Saarabstimmung konzipierte Blatt *In letzter Minute* (ebenfalls hektographiert), in dem den Saarflüchtlingen ebenfalls Verhaltensregeln gegenüber französischen Behörden vermittelt wurden; BHB-Archiv.

[134] Hrsg. Emil Kirchmann und Hanna Kirchner, erschien 1936 (April bis Dezember?).

[135] Pers. Auskunft Richard Kirn 13. 6. 1977.

[136] NvdS, 30. 4. und 12. 5. 1936: „Mitteilung", unterzeichnet von Emil Kirschmann und Hanna Kirchner.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und nach Paris. Mulhouse wurde das eine Zentrum politischer Arbeit von Saarländern und einigen reichsdeutschen Emigranten, die sich im Abstimmungskampf engagiert hatten. Hier arbeiteten fortan u. a. Emil Kirschmann, Max Hofmann und die bekannte sozialdemokratische Sozialpolitikerin und ehemalige Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz[137]. Hatte die Tätigkeit der Forbacher Beratungsstelle, die Kirschmann und die in Forbach gebliebene Hanna Kirchner in Übereinstimmung mit Max Braun als politische Organisation weiterführten[138], eine andere Zielsetzung als die Sopade-Grenzsekretariate, die Operationsstellen vor allem zur Entfaltung und Unterstützung des inneren Widerstandes waren, so arbeitete die Gruppe in Mulhouse schon eher „mit dem Gesicht nach Deutschland"[139]. Nach einer Konferenz in Straßburg, die sich mit dem gesteigerten politischen Terror in dieser Region befaßte, wurde ein Hilfskomitee für das Gebiet Saar-Pfalz gebildet, dem u. a. Hanna Kirchner, Ernst Roth, Emil Kirschmann und die Frau des christlichen Gewerkschaftsfunktionärs Otto Pick angehörten[140]. In Mulhouse erschien auch die *Freiheit-Korrespondenz*, Kirschmann zeichnete verantwortlich für einen *Gewerkschaftsdienst der Freiheit-Korrespondenz*[141].

---

[137] Marie Juchacz (1897–1956), Sozialpolitikerin, seit 1908 in der SPD aktiv, 1913 Frauensekretärin in Köln, 1917 Leiterin des zentralen Frauenbüros der SPD in Berlin. 1919 gründete Marie Juchacz die Arbeiterwohlfahrt, die ihr eigentliches Lebenswerk ist; 1920–33 MdR, im Preußischen Landtag Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses; 1933 Emigration ins Saargebiet und 1935 nach Frankreich. Nach Kriegsausbruch Flucht nach Südfrankreich, von dort 1941 mithilfe eines Notvisums zusammen mit ihrem Schwager Emil Kirschmann in die USA; in New York Mitglied, später Vorsitzende des Workman Circle; organisierte Hilfsaktionen für die vom Nationalsozialismus befreiten Länder. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland wieder in der Arbeiterwohlfahrt sowie der sozialdemokratischen Frauenbewegung tätig; BHB-Archiv.

[138] Definiert als Sektor Saarflüchtlinge im Rahmen der deutschen Emigration in Frankreich – in sachlicher Schlußfolgerung aus der durch die Römischen Verträge geschaffenen besonderen Lage für die Saaremigration. Vgl. Rundschreiben an „Lieber Kamerad", unterzeichnet von Emil (Kirschmann) und Hanna (Kirchner), Forbach, 16. 7. 1936, in: IEE, o. D. (Juli 1936).

[139] Die Formulierung abgeleitet von: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von Erich Matthias, bearbeitet von Werner Link, Düsseldorf 1968 (im Folgenden zit. MGD), aufgenommen auch von ULA, a. a. O.

[140] Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe, Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin (Ost) 1958, S. 521.

[141] Die *Freiheit-Korrespondenz* erschien ab August 1936 zuerst in Moulin-les-Metz (Nr. 1–10), Hrsg. Max Braun; ab Juni 1936 bis Mai 1940 in Mulhouse, verantwortlicher Redakteur Emile Erhard. Der *Gewerkschaftsdienst* (auch: *„Aus deutschen Betrieben und dem sozialen Leben, Gewerkschaftsdienst der Freiheit-Korrespondenz"*) erschien 1936–38 als Beilage, ab Oktober 1936 – Dezember 1937 auch als gesonderte Publikation. Das Blatt erschien vorübergehend als *Freiheit-Korrespondenz-Auslandsausgabe*, die, obwohl ebenfalls in Frankreich herausgebracht, den Eindruck erwecken sollte, illegal im Saargebiet hergestellt worden zu sein. Autoren waren u. a. Otto Bauer, Max Braun, R. Breitscheid, Philipp Daub, Alfred Döblin, Konrad Heiden, Wickham Steed. Vgl. Maas, a. a. O., S. 259 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Übergeordnetes Organ der Saaremigration blieben weiterhin die seit September 1935 erscheinenden *Informationen von Emigranten für Emigranten* (IEE), als deren Herausgeber 1935/36 zunächst die Beratungsstelle für Saarflüchtlinge figurierte, die jedoch von Anfang an in Paris erschienen waren[142]. In den *Informationen von Emigranten für Emigranten* wird eine Entwicklung deutlich, die auch die exilorganisatorischen Bemühungen der Saarländer zunehmend kennzeichnet. Das Blatt propagierte die Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wie sie bereits während des Abstimmungskampfes bestanden hatte, und macht dies auch formell-editorisch erkennbar: Ab (Juli) 1936 erscheinen die IEE als gemeinsames Organ der Arbeiterwohlfahrt, Roten Hilfe und der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge, das sich nicht nur an den engeren Kreis der Saarflüchtlinge, sondern an die deutsche Emigration in Frankreich ganz allgemein wendet. Tenor und Selbsteinschätzung des Blattes war, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung Kommunisten und Sozialdemokraten in der Redaktion einer Zeitschrift vereint zu haben und Vorreiter der Zusammenfassung der gesamten deutschen Emigration zu sein. Dabei war die im Abstimmungskampf zustande gekommene Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten schon bald nach der Niederlage am 13. Januar 1935 ins Wanken geraten. Am 15. Januar 1935 war der letzte von Max Braun und Fritz Pfordt gemeinsam unterzeichnete Aufruf an die Saarbevölkerung ergangen[143]; in den NvdS vom 9. April 1935 (Nr. 7) war dann noch einmal ein Glückwunsch der Freiheitsfront Saar an die Danziger Sozialdemokraten zu deren Erfolg bei den April-Wahlen abgedruckt, der jedoch nur von der SPD/S abgegeben worden zu sein scheint. Das ZK-Mitglied der KPD, Wilhelm Florin, schrieb allerdings schon im Oktober 1934, das Bündnis von KPD/S und SPD/S sei zeitlich bis zur Abstimmung am 13. Januar 1935 begrenzt[144]. Diese Aussage wird zumindest fragwürdig in Anbetracht der öffentlichen Identifikation mit dem von Max Braun erstmals auf der Sulzbacher Kundgebung am 26. August 1934 propagierten Status-quo-Programm[145], das ja auf eine Interimsregierung für die Zeit nach 1936 abhebt. Tatsache ist jedoch das Auseinanderfallen der Einheitsfront nach der Abstimmungsniederlage im Januar 1935; genauer: der Bruch der KPD mit der SPD/S. Ulla Langkau-Alex führt als möglichen Grund für dieses Verhalten seitens der KPD die Analyse dieser Niederlagen an,

---

142 *Informationen von Emigranten für Emigranten*, Erscheinungszeit September 1936–(Januar) 1937, hrsg. von der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge bis (Juni) 1936, danach im Kollektiv von Max Braun, Kurt Funk (d. i. Herbert Wehner), Albert Grzesinski, August Hartmann. Mitarbeiter waren Max Braun, R. Breitscheid, Philipp Daub, Kurt Funk, Albert Grzesinski, August Hartmann, Rudolf Katz (d. i. Leo Bauer), Rudolf Leonhard, Heinz Linger, Heinrich Mann, Hans Marchwitza, Willi Münzenberg, Erika Müller. Sondernummer anläßlich der Internationalen Konferenz der Deutschen Emigration am 19./20. Juni 1936 in Paris; BHB-Archiv.

143 *Volksstimme*, Nr. 12, 15. 1. 1936.

144 Vgl. W. Müller (d. i. Florin), Die Bedeutung des Kampfes für den Status quo im Saargebiet, in: *Rundschau* (Basel), Nr. 55, 18. 10. 1934.

145 Siehe oben, S. 480 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die – im größeren Rahmen der taktisch-strategischen Auseinandersetzung in der Vorbereitungsphase auf den VII. Weltkongreß der Komintern – auf eine (Selbst)-Kritik an der führenden taktischen und propagandistischen Rolle der SPD/S und eine Wiederaufnahme des Gedankens der Einheitsfront „von unten" hinausliefen[146]. „Ratlosigkeit" und „Ambivalenz" der KPD hinsichtlich „Selbstrechtfertigung und Kritik" vor allem an den Einheitsfrontparteien an der Saar[147] fanden jedoch auf dem VII. Kominternkongreß selbst (25. Juli–20. August 1936) ein vorläufiges Ende. Auf dem Kongreß wurde die Einheitsfront und Volksfront als neue Taktik inauguiert, die allen Parteien der Komintern fortan zur Pflicht gemacht wurde. Die neue Linie, die wesentlich von der politischen Entwicklung in Frankreich, von dem „pacte d'unité" zwischen Sozialisten (SFIO) und Kommunisten (PCF) und dessen Ausweitung zur Front populaire beeinflußt worden sein dürfte, wurde u. a. auch von Max Braun als eine Hinwendung Moskaus zur „Realpolitik" gewertet[148].

Während jedoch die Sopade letzten Endes jegliche Verständigung mit der KPD und den mit ihr zusammenarbeitenden Gruppen ablehnte, waren die saarländischen sozialdemokratischen Parteiführer in der nun einsetzenden deutschen Volksfrontbewegung im französischen Exil umso aktiver[149]. Max Braun, der sich in Paris der linkssozialistischen, in der Volksfrontfrage gegenüber der Sopade dissidenten SPD-Gruppe Paris angeschlossen hatte, gehörte seit Anfang August dem im Juli 1935 sich konstituierenden „(Vorläufigen) Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront"[150] an. Ein erstes öffentliches Dokument für die Wiederbelebung der Einheitsfrontpolitik unter den emigrierten Saarländern ist der durch den „Aktionsausschuß" dem Völkerbund am 5. September 1935 übersandte Protest gegen die Verletzung der Römischen Verträge an der Saar[151].

An bereits im Saarkampf propagierte Vorstellungen anknüpfend, war Braun auch in Paris bemüht, die katholische Opposition in eine Volksfront miteinzubeziehen. In diesem Sinne hatte sich der Aktionsausschuß schon vorher an Johannes Hoffmann und Heinrich Imbusch gewandt[152]. Dieser Apell trug Früchte: Von

---

[146] ULA, a. a. O., S. 271 f., Anm. 102. [147] Ebenda.

[148] Vgl. Stellungnahme Brauns zu Dimitroffs Aufruf, in: *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*, Jg. 15, Nr. 49 vom 5. 12. Zum VII. Kominternkongreß und der Bewertung der neuen Taktik siehe Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 163 ff.; ULA, ebd., S. 109 ff.

[149] Zu diesem Kapitel Exilgeschichte ist die angeführte Arbeit von Ulla Langkau-Alex der ausführlichste Beitrag auf neuestem Forschungsstand.

[150] Auch „Aktionsausschuß für Freiheit in Deutschland".

[151] „Requête au Conseil de la Société des Nations concernant la violation des mesures de protection dans la Sarre stipulées par convention internationale de Rome le 5 décembre 1954."; Unterzeichner waren Max Braun, Emil Kirschmann sowie die Kommunisten Wilhelm Frisch und Maria Loersch (1934/35 Stadtverordnete in Saarbrücken) für die „Front de la Liberté en Sarre", weiter Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Ernst Toller, Rudolf Breitscheid, Wilhelm Koenen, Kurt Rosenfeld. Die Eingabe ist abgedruckt in: Jacoby, a. a. O., S. 241–246.

[152] Unterzeichner des betreffenden Schreibens waren außer Braun Wilhelm Koenen, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Georg Bernhard; vgl. ULA, S. 81.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den saarländischen Katholiken schloß sich außer Johannes Hoffmann auch der christliche Gewerkschafter Otto Pick[153] an[154]. Braun nahm an allen drei vorbereitenden Konferenzen zur Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" teil, die am 26. September und 21. November 1935 sowie am 2. Februar 1936 in dem Pariser Hotel Lutetia stattfanden, Kirschmann an den ersten beiden. Zusammen mit Georg Decker legte Max Braun den dezidiert sozialdemokratisch-programmatischen Beitrag zur Bildung einer deutschen Volksfront: „Der Bund ‚Das kommende Deutschland'" vor[155]. Zum Lutetia-Kreis, dem alle

---

[153] Siehe oben, Anm. 86.

[154] Hoffmann war Teilnehmer an der Volksfront-Konferenz vom 21. November 1935 im Hotel Lutetia. Nach Gründung einer katholischen Vereinigung für das Ausland Anfang Dezember 1935 in Paris als deren Repräsentant von politischem Gewicht (so Max Braun gegenüber Otto Wels und Paul Hertz am 19. 12. 1935 in Prag, Nachl. Paul Hertz XXIII, IISG) war er vermutlich auch auf der Sitzung am 2. 2. 1936 anwesend, an der auch Pick teilnahm. Zur Quellenlage ULA, S. 300, Anm. 30 und S. 309 f., Anm. 165.

[155] „Der Bund ‚Das kommende Deutschland'
Vorschlag von Max Braun:
1) Die Auslands-Organisation des Bundes ‚Das kommende Deutschland' (oder ‚Freies Deutschland') soll für den Kampf im Reiche das Zeichen dafür sein, daß trotz aller Unterschiede in den grundsätzlichen Anschauungen und Zukunftszielen die Möglichkeit vorhanden ist, die für den Kampf verhängnisvolle Zersplitterung zu überwinden, die gegenseitige Bekämpfung abzustellen und die Kräfte für den gemeinsamen Schlag gegen das Hitlerregime zu sammeln.
2) Als Grundlage der Einigung erscheint die gemeinsame Einsicht, daß für die Gegenwart der Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Formen und Abarten für die Erhaltung bzw. Wiedereroberung der politischen Freiheiten, die erst jeder Richtung den Kampf um ihre Zukunftsziele ermöglichen, die vordringliche Aufgabe ist.
3) Daraus ergibt sich die Zielsetzung des Bundes, die zugleich geeignet ist, auch im Dritten Reiche alle Unterdrückten und alle diejenigen, die ihre Ideale, ihre Weltanschauung und ihren Glauben beschmutzt und zertreten sehen, in gemeinsamem Kampf zusammenzufassen.
4) Der Bund ‚Das kommende Deutschland' muß ein Bund der Menschlichkeit sein. In der Zeit der tiefsten Erniedrigungen der Menschen im Dritten Reiche muß der Welt die Stimme des anderen Deutschland vernehmbar werden, die die Rechte der menschlichen Persönlichkeit und die Menschenwürde verteidigt.
5) Der Bund ‚Das kommende Deutschland' vertritt das andere Deutschland vor der Welt. Er hat namentlich die Aufgabe zu beweisen, daß die heute Deutschland beherrschenden Cliquen nicht mit der Gesamtheit des deutschen Volkes gleichgestellt werden dürfen und daß in Deutschland die Kräfte vorhanden und im Wachsen sind, die die Hitlerbarbarei, sowie jeden Militarismus und überstiegenen Nationalismus zu bekämpfen bereit sind.
6) Der Bund enthält sich jeder Einmischung in die Tätigkeit der illegalen Organisationen, deren Leitung und an sich wünschenswerte Koordinierung die Aufgabe der entsprechenden Parteien und Gruppen bleiben soll. Er unterstützt ihre Arbeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften.
7) Die Tätigkeit des Bundes kann nicht an eine bestimmte Prognose der Entwicklung gebunden sein. In Arbeitskreisen soll die Entwicklung im Dritten Reich auf allen Gebieten ständig verfolgt werden. Die Arbeitskreise beschäftigen sich mit der Problematik, die sich aus dieser Entwicklung ergibt, um bereit zu sein, zu jeder Zeit die praktischen Lösungen der deutschen Probleme vorzuschlagen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teilnehmer an Volksfront-Besprechungen zugeordnet wurden, gehörten verhältnismäßig viele Saarländer bzw. Flüchtlinge aus dem Saargebiet, so u. a. auch Max Hofmann, Ernst Roth, Heinrich Ritzel und Hermann Petri[156]. Am 5. Dezember 1935 richteten 11 „saarländische" Sozialdemokraten in Forbach – darunter Heinrich Becker[157], Hermann Petri und Richard Kirn – ein Schreiben an die Sopade, in dem sie auf eine Verständigung der SPD mit der KPD drängten[158]. Max Braun, der zwischenzeitlich den „Gemeinsamen Protest gegen den Justizmord an Rudolf Claus"[159] mitunterzeichnet hatte[160], wurde dann auf der eigentlichen Gründungskonferenz am 2. Februar 1936 in das Komitee bzw. den „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" gewählt[161]. Sozusagen als erstes Arbeitsergebnis

8) Der Bund hat in wichtigen Fällen der Welt die Auffassung des kommenden Deutschlands kundzugeben. Er wird sich auch bemühen, die Welt über die Zustände im Dritten Reiche richtig zu informieren. Durch die äußerste Sorgfalt bei der Nachprüfung soll es erreicht werden, daß die Mitteilungen des Bundes in der ganzen Welt mit vollem Vertrauen aufgenommen werden."

Zit. nach: ULA, a. a. O., S. 167 f. Das eigentlich von Georg Decker verfaßte Memorandum wurde von Max Braun auf der Lutetia-Konferenz am 26. 9. 1935 vorgelegt. Georg Decker (Ps. für Prof. Georg Jury Denicke), Wirtschaftswissenschaftler, als Menschewik 1918 Emigration nach Deutschland, SPD-Mitglied, vor 1933 Herausgeber der Zeitschrift *Die Gesellschaft*, 1933 Emigration ins Saargebiet, 1935 nach Frankreich; bereits an der Saar enger Mitarbeiter von Max Braun, Redakteur der *Deutschen Freiheit*. Decker wurde auf der Konferenz vom 2. 2. 1936 als eines der drei sozialdemokratischen Mitglieder in das „Komitee" bzw. den „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" gewählt; ging später in die USA; BHB-Archiv.

156 Teilnehmer an der Lutetia-Konferenz vom 2. 2. 1936; vgl. ULA, S. 309, Anm. 157.

157 Becker (1877–1964), Bergmann, ab 1911 besoldeter Sekretär des Bergbau- und Industrieverbandes für den Bezirk Essen, 1918 Gewerkschaftssekretär in Gießen, 1921 bis zu seiner Entlassung durch die DAF Juni 1933 Leiter des Bezirks Herborn/Hessen; 1924–33 MdR (SPD); Juni 1933 Emigration ins Saargebiet, enge Zusammenarbeit mit Max Braun und Emil Kirschmann, aktiv in Einheits- und Volksfrontpolitik; 1935 Flucht nach Frankreich. In Metz 1937 Mitbegründer und Vorsitzender eines Volksfront-Komitees für das Saargebiet (s. Anm. 168). Teilnehmer an der Lutetia-Konferenz vom 2. 2. 1936; distanzierte sich später von der Volksfront. Nach Kriegsausbruch interniert, August 1941 Festnahme durch Gestapo, nach Verurteilung durch Volksgerichtshof Juli 1942 bis zu seiner Befreiung April 1945 im Zuchthaus Brandenburg; BHB-Archiv.

158 IISG, Nachl. Paul Hertz, Korr. Kirschmann.

159 Claus, ein Berliner BVG-Arbeiter, war Leiter der illegalen Roten Hilfe in Berlin. Allein aufgrund seiner Überzeugung in einem Volksgerichtshof-Prozeß am 25. Juli 1935 zum Tode verurteilt, wurde er am 17. Dezember gleichen Jahres hingerichtet.

160 Nach ULA ein Dokument von wesentlicher Bedeutung für das Zustandekommen des Volksfrontausschusses; Unterzeichner waren außer Braun die Sozialdemokraten Emil Kirschmann, Viktor Schiff, R. Breitscheid, Max Brauer mit den Kommunisten W. Münzenberg, Philipp Dengel, Wilhelm Koenen, H. Beimler – unter Zurückstellung aller „prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten". Dem Protest schlossen sich später eine Reihe bekannter Persönlichkeiten an, die zum größten Teil dem Lutetia-Kreis angehörten bzw. mit ihm sympathisierten. Das Dokument in: ULA, S. 207 ff.

161 Diese Namensführung offiziell erst ab Juni 1936. Dem Ausschuß gehörten je drei Sozialdemokraten und Kommunisten, je zwei SAPD-Mitglieder, Bürgerliche und Katholiken an; Präsident wurde Heinrich Mann.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Volksfrontausschusses erschienen ab März 1936 die *Deutschen Informationen*, in französischer Ausgabe *Nouvelles d'Allemagne*, als deren Herausgeber ebenfalls Max Braun neben Heinrich Mann, R. Breitscheid und Bruno Frei zeichneten; Braun und Frei besorgten zugleich die Redaktion. Die *Informationen* hatten den Charakter eines gemeinsamen Nachrichtendienstes von Sozialdemokraten und Kommunisten „über die Verhältnisse in Deutschland und dessen Absicht und Ziele". Als Mittel zur Einigung von KPD und SPD in einer Einheitsfront und der weiteren deutschen antifaschistischen Emigration in einer Volksfront erwiesen sie sich letzten Endes jedoch als untauglich; das Scheitern des Volksfrontausschuses im Herbst 1937 überdauerten die *Deutschen Informationen* nur kurze Zeit, ab Februar 1938 erscheint ein von Max Braun herausgegebener Nachfolge-Pressedienst, an dem keine Kommunisten mehr teilhatten[162]. Doch schien die Volksfrontbewegung gerade in Kreisen saarländischer Emigranten vorerst durchaus erfolgreich. Dies gilt vor allem auch für die emigrierten Gewerkschafter. Wie bereits erwähnt, hatten sich kurz vor der Rückgliederungsabstimmung im Saargebiet die Bergarbeiterverbände des ADGB und der RGO zusammengeschlossen (Dez. 1934). Diese gewerkschaftliche Einheitsfront bestand auch im Exil weiter. Weiterführung und Ausbau der gemeinsamen Arbeit mit Schwerpunkt vorerst in Forbach wurden nicht zuletzt stark motiviert durch den Zusammenschluß der sozialistischen CGT und kommunistischen CGTU in Frankreich: auf einem gemeinsamen Kongreß hatten sich die beiden Gewerkschaften am 27. September 1935 über die Modalitäten einer Fusion geeinigt, die dann im März 1936 realisiert wurde. Die nach der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD auch auf gewerkschaftlicher Ebene intensivierte Volksfrontarbeit führte am 23./24. Mai 1936 zur Gründung des „Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands" in Paris[163]. Eine in Forbach eingerichtete Grenzstelle des Ausschusses wurde bis 1939 von Wilhelm Frisch und Richard Kirn geleitet. Diese Grenzstelle, die vor allem auf das Saargebiet einwirkte, konnte Anfang 1937 einen beachtlichen Erfolg verbuchen, als es darum ging, daß sämtliche in Lothringen arbeitenden saarländischen Grenzgänger nach einer Devisenordnung der deutschen Regierung vom Dezember 1936 ihre in französischen Francs ausgezahlten Löhne fortan in Deutschland nach den dort geltenden Kursbestimmungen umzutauschen hätten. Die in Zusammen-

---

[162] Bereits auf einer Vorkonferenz der Arbeiterparteien am 1. 2. 1936 hatten sich Braun und Münzenberg darauf geeinigt, ein „Antifa. Informationsbüro" zu schaffen (U. Langkau-Alex, Deutsche Emigrationspresse, in: International Review for Social History 15 [1970], S. 192 ff.) Die *Informationen* wurden von der KPD finanziert, die dafür auf die bisher unterstützten Pressedienste *inpress* und *Informationen aus Deutschland* verzichtete; entsprechende Bemühungen vor allem saarländischer Sozialdemokraten in Forbach, die Sopade zur Mitfinanzierung eines gemeinsamen Informationsdienstes zu bewegen, waren gescheitert; vgl. ULA, a. a. O., S. 151; Maas, a. a. O., S. 169 ff.

[163] Der „Arbeitsausschuß" wurde von der Bergarbeiter-Internationale als Vertretung der deutschen Bergarbeiter anerkannt. Vorsitzende waren Wilhelm Knöchel (KPD) und der ehem. sozialdemokratische Sekretär des Bergarbeiterverbandes in Bochum, Franz Vogt; BHB-Archiv.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

arbeit mit der CGT organisierte militante Protestaktion der Betroffenen, denen dadurch eine empfindliche Lohneinbuße drohte, zwangen die devisenhungrige nationalsozialistische Regierung, vorerst bei dem ungünstigeren Umtausch im Saargebiet eine Ausgleichssumme zu zahlen[164].

Am 20. März 1937 wurde dann in Paris ein „Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich" gebildet, dem außer Kommunisten und Sozialdemokraten auch christliche und parteilose Mitglieder angehörten. In den dreizehnköpfigen Arbeitsausschuß wurden u. a. die Saarländer Richard Kirn und Wilhelm Frisch als Repräsentanten der Bergarbeiter sowie der christliche Gewerkschafter Otto Pick gewählt. Im November 1937 fand eine Konferenz der Berg- und Metallarbeiter statt, die sich der Vereinheitlichung der Betriebsarbeit von KPD und SPD zum Ziel setzte. An ihr nahmen u. a. Ernst Roth, Otto Pick, Wilhelm Frisch, Josef Wagner sowie einige im Saargebiet illegal arbeitende Gewerkschafter teil[165].

Das Engagement saarländischer Emigranten in der Volksfrontbewegung dokumentieren weiterhin der in die Öffentlichkeit eingegangene „Aufruf für die deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit, Brot" des Volksfrontausschusses vom 21. Dezember 1936[166], der u. a. von Max Braun, Emil Kirschmann und Richard Kirn unterzeichnet war[167].

Am 1. März 1937 fand in Paris anläßlich des Jahrestages der Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland eine Konferenz von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften statt, auf der ein „Arbeitsausschuß zur Vorbereitung einer Volksfront für das Saargebiet" ins Leben gerufen wurde. Mitglieder des Ausschusses, der sich die illegale Arbeit im Saargebiet zum Ziel setzte, waren die Sozialdemokraten Max Braun, Kirschmann, Friedrich Wilhelm Wagner, die Kommunisten Philipp Daub, Otto Niebergall und Josef Wagner sowie der Gewerkschafter Otto Pick[168].

Am 10./11. April 1937 tagte in Paris ein Volksfront-Kongreß, an dem über 300 Delegierte teilnahmen. Das nach außen hin sehr erfolgreiche Treffen konnte jedoch nicht verhindern, daß kurz darauf der Volksfrontausschuß in eine selbstzerstörerische Krise geriet, die ihre Ursache wieder in der Taktik der KPD hatte, die mit zunehmender Ausweitung der Volksfront nach rechts ab 1938 neuerdings auf eine „Einheits- und Volksfront von unten" abzielte. Noch im April mußte

---

164 Zu der Aktion, die an das Verhalten der saarländischen Bergarbeiter Anfang der zwanziger Jahre erinnert (s. o., S. 489), vgl.: Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe, a. a. O., S. 520 f.; ebenso Horst Bednarek, Die Gewerkschaftspolitik der KPD 1935–1939, Berlin (Ost) 1969, S. 177 ff.

165 Schmidt, a. a. O., S. 522.

166 Nach anderen Quellen vom 9. 1. 1937. Duhnke, a. a. O., S. 243 ff., darin auch die Unterzeichnerlisten.

167 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, 1917–1945, Berlin 1966, S. 372; Bednarek, a. a. O., S. 172.

168 Ebenda, S. 375. Schmidt erwähnt eine ähnliche Konferenz z. T. mit denselben Teilnehmern am 20. 8. 1937 in Metz, a. a. O., S. 521.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Münzenberg auf Weisung der Komintern alle seine Funktionen niederlegen und aus dem Volksfront-Komitee ausscheiden; an seine Stelle trat trotz des Protestes der Nichtkommunisten Walter Ulbricht. Die Moskauer Prozesse hatten das Klima einer gedeihlichen Zusammenarbeit zunehmend vergiftet, es kam zu verschärften ideologischen Auseinandersetzungen vor allem zwischen KPD und der von ihr als „trotzkistisch" verunglimpften SAPD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands)[169]. Im Laufe des Sommers wurden die sogenannten „Freundeskreise" der Volksfront, die zur Zeit der Pariser Weltausstellung in den verschiedensten Arrondissements entstanden waren, zunehmend zu Instrumenten der Politik der KPD umfunktioniert. Nach fruchtlosen Beschwerden der nichtkommunistischen Mitglieder des Ausschusses an das ZK der KPD beendeten diese am 13. November 1937 die Zusammenarbeit mit Walter Ulbricht und erklärten, die Sammlung der deutschen Opposition allein fortsetzen zu wollen, bis der Parteivorsitzende Pieck die entstandenen Differenzen geklärt habe. Nachdem dieser nicht antwortete, beendeten die Nichtkommunisten auf Initiative Max Brauns im Januar 1938 die gemeinsame Pressearbeit mit der KPD, Braun erklärte seinen Rücktritt aus der Redaktion der *Deutschen Informationen*. Er begann danach, einen sozialdemokratischen Pressedienst *Echo* aufzubauen. Vermittlungsversuche Münzenbergs und Heinrich Manns[170] scheiterten. Im Februar 1938 erfolgte der definitive Bruch Brauns mit dem Volksfront-Ausschuß, ab 19. d. M. erscheinen ohne die Kommunisten die *Deutschen Informationen vereinigt mit Deutsche Mitteilungen*[171].

Das Scheitern des deutschen Volksfront-Experiments in Paris, das im übrigen auch die Gewerkschaftsarbeit berührte[172], stand sicherlich auch in Zusammenhang mit der zeitlich parallel verlaufenden Zersetzung der Volksfrontbewegung in Frankreich und Spanien, an der kommunistische Taktik ebenfalls ihren Anteil hatte[173].

---

169 Hierzu Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965. Zum Scheitern des Volksfrontexperiments vgl. Duhnke, a. a. O., S. 237 ff.; Babette Gross, Willi Münzenberg, Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 304 ff.

170 Heinrich Mann in seiner Eigenschaft als Präsident des von ihm Dezember 1937 gegründeten „Bundes freiheitlicher Sozialisten", mit dem er ein blockfreies Gegengewicht zur KPD in der Volksfront schaffen wollte.

171 Ursprünglich erschienen unter dem Titel *Deutsche Mitteilungen* (1938, Nr. 1–4), französischer Titel: *Nouvelles d'Allemagne réunies avec les Informations d'Allemagne*, Hrsg. waren außer Max Braun und Heinrich Mann (bei den ersten 4 Nummern) Georg Bernhard, Fritz Lieb, Dr. Hirschfeld (später durch den Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm Wagner ersetzt). Die Redaktion besorgten Braun und Bernhard. Von 1939 zeichnete Max Braun als alleiniger Herausgeber; vgl. Langkau-Alex, Emigrationspresse, a. a. O., S. 198 ff.; Maas, a. a. O., S. 169 ff.

172 So schied zum Beispiel Richard Kirn als Sekretär der lothringischen CGTU wegen Kritik an der KPD-Volksfronttaktik aus (Pers. Auskunft v. 13. 6. 1977); zu dem Konflikt vgl. Bednarek, a. a. O., S. 196 ff.

173 Vgl. u. a. Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, a. a. O., bes. Kap. 3 und 5.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wichtig erscheint der Versuch einer Wertung der Haltung Max Brauns. Braun war auf sozialdemokratischer Seite bei den Bemühungen zur Bildung einer deutschen Volksfront im französischen Exil zweifellos die dominierende Persönlichkeit. Er agierte von Anfang an gegenüber der Sopade unabhängiger als die übrigen in Frankreich lebenden Sozialdemokraten und auch die in der „SPD-Gruppe Paris" organisierte sozialdemokratische Linke, die sich schließlich gegen den Widerstand des Prager Parteivorstands ebenfalls für die Einheitsfront mit der KPD und darüber hinaus für den Lutetia-Kreis engagierten. Dennoch unternahm gerade Braun, der als Führer der SPD/S bereits vor 1935 gegenüber dem Parteivorstand autonomistische Tendenzen gezeigt hatte, in Paris alles nur Mögliche, um den sozialdemokratischen Einfluß auf den Lutetia-Konferenzen zu stärken[174]. Obwohl Braun nach dem Scheitern des Volksfront-Experiments noch einmal in dem im Sommer 1938 gegründeten sog. „Thomas Mann-Ausschuß" mitarbeitete[175], spielte er bei den 1938 einsetzenden Bemühungen um eine Konzentration des sozialistischen Exils ohne die KPD als Vorsitzender der am 9. Januar 1938 gegründeten SPD-Landesgruppe Frankreich eine wichtige Rolle. Die sogenannte „Konzentrationsdebatte" war nach dem Anschluß Österreichs von österreichischen Sozialisten im Pariser Exil lanciert worden[176]. Sie wurde u. a. unter dem Aspekt einer größeren Gleichberechtigung der linken sozialistischen Zwischenparteien (Gruppe Neu Beginnen, ISK, SAPD/IJB), der RSÖ und SPD-Landesgruppe Frankreich gegenüber der unterdessen nach Paris übergesiedelten Sopade geführt, verbunden mit der Forderung nach einer neuen, demokratischen Legitimierung der Führung der sozialistischen Bewegung im Exil: Max Braun richtete an den PV das Ansinnen, fünf Vertreter – der etwa 1500 Mitglieder umfassenden – Landesgruppe Frankreich in die Sopade zu delegieren[177].

---

[174] Dies ist u. a. ersichtlich aus dem von ihm organisierten Treffen zu der bevorstehenden Lutetia-Konferenz vom 2. 2. 1936, zu dem Braun eine Reihe von Sozialdemokraten von außerhalb Paris einlud, außerdem Hoegner, Crispien und Hertz sowie mehrere Leute aus den Grenzsekretariaten. Die genannten drei konnten wegen Paßschwierigkeiten nicht ausreisen. Hoegner und Crispien schickten aus Zürich Zustimmungserklärungen zur sozialdemokratischen Teilnahme an der Gründungskonferenz des Volksfrontausschusses; vgl. ULA, S. 153.

[175] Der von Thomas Mann anläßlich seines Aufenthaltes im Sommer 1938 in Paris gegründete Ausschuß strebte einen „Burgfrieden" zwischen den verschiedenen politischen Gruppen im Exil an. Ihm gehörten neben Rauschning, Spiecker und Fritz Lieb auch Vertreter der SPD (außer Braun Stampfer sowie Julius Deutsch für die Österreichischen Sozialisten) und KPD (Münzenberg, Dahlem, Otto Katz) an. Der Ausschuß scheiterte, der Bruch mit den Kommunisten war letzten Endes nicht mehr aufzuhalten; vgl. MGD (s. Anm. 139), S. 111 f.

[176] Vgl. die Stellungnahme Max Brauns in der *Deutschen Freiheit*, in: MGD, S. 307 ff.; ebenso Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen", phil. Diss. Marburg 1957, S. 228 ff.; BHB-Archiv.

[177] Dieses Ansinnen wurde von der Sopade, die ihren Führungsanspruch auf der Grundlage des Mandats wahrte, abgelehnt. Zu dem Konflikt vgl. Günter Plum, Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage, Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933–1939, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 410–442; ebenso Protokoll der Vorstandssitzung der Sopade in Paris

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht nur unter den emigrierten Saarländern, den Sozialdemokraten, sondern unter der deutschen politischen Emigration in Frankreich ganz allgemein war Max Braun einer der aktivsten antifaschistischen Exilpolitiker. Es ist nicht übertrieben, von einer Einflußnahme des auch publizistisch ungemein aktiven Mannes[178] auf die Flüchtlingspolitik der französischen Regierung gegenüber den Saaremigranten vor allem in der Ära Léon Blum zu sprechen. Hier rührten Beziehungen und Kontakte noch von der Zeit vor 1935 her. Sichtbares Zeichen dieser Politik war bereits das französische Plazet für die Beratungsstelle in Forbach gewesen; nach Auflösung dieser Einrichtung im Frühjahr 1936 entstand durch Dekret der Volksfrontregierung in Paris im Einvernehmen mit dem Internationalen Nansenamt und dem Völkerbund das „Office Sarrois", das sich mit allen Fragen beschäftigen sollte, die die Saarflüchtlinge betrafen[179]. Im Gegensatz zur Beratungsstelle spiegelte das neue Office Sarrois Volksfrontbestrebungen wieder: Neben dem präsidierenden Max Braun wurden als Mitglieder Edgar Hector, Ludwig Meyer[180] und der Kommunist Philipp Daub berufen.

Die Tätigkeit des Office Sarrois endete mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Nachdem sich die französische Flüchtlingspolitik bereits unter den auf die Volksfront folgenden Regierungen Chautemps und Daladier zunehmend negativ gewendet hatte[181], begann nun eine neue Phase der Masseninternierungen; mit der Besetzung Frankreichs setzte eine Fluchtbewegung aus dem bisherigen Asylland ein, die Emigration wurde in die ganze Welt verstreut. Ein großer Teil der emigrierten Saarländer wurde nach Kriegsausbruch ein zweites Mal in Lager verbracht. Von dort führte der Weg in vielen Fällen in die Fremdenlegion, die Internierten wurden als Arbeiter in der Rüstungswirtschaft eingesetzt („prestataire"), schließlich fielen nach der Besetzung Frankreichs – ausgeliefert durch die Regierung Pétain – viele in die Hände der Gestapo[182]. Entkommen konnten Max Braun und sein Bru-

---

vom 10. Aug. 1938, in: MGD, S. 323 ff. ISK = Internationaler Sozialistischer Kampfbund, IJB = Internationaler Jugend-Bund, RSÖ = Revolutionäre Sozialisten Österreichs.

178 Neben seinen bereits genannten diesbezüglichen Aktivitäten ist hier noch die *Deutsche Freiheit* zu nennen. Die bereits 1933–1935 von Braun geleitete Zeitung (s. o., S. 475) erschien Dezember 1937 bis April 1939 wieder unter der Chefredaktion von Max Braun in Paris, 1938 zeitweilig identisch mit *Die Zukunft*, französische Ausgabe *La Liberté Allemande*; Maas, a. a. O., S. 160 ff.

179 *Pariser Tageszeitung*, 4. 11. 1936.

180 Dr. Meyer, Ludwig (Louis), geb. 1882 Neunkirchen/Saar, Tierarzt, Schlachthofdirektor der Stadt Neunkirchen, 1926–35 Regierungs-, ab 1927 Oberregierungsrat in der Zentralverwaltung der saarländischen Regierungskommission (Dezernent für Nahrungsmittelverkehr und Auslandsfleischbeschau). Erhielt Januar 1935 französische Staatsangehörigkeit, Februar 1935 Emigration nach Saargemünd, Frankreich; Frühjahr 1942 über Marseille, Lissabon Flucht in die USA, starb noch im gleichen Jahr in Baltimore; BHB-Archiv.

181 Es kam zu häufigeren Aufenthaltsverweigerungen, Ausweisungen, Zwangsaufenthalten, Einziehungen der Carte d'Identité; die Maßnahmen wurden anläßlich des Ribbentrop-Besuchs in Paris Anfang Dezember 1938 noch verschärft; vgl. Grossmann, a. a. O., S. 40 u. 190 ff.; ebenso ULA, a. a. O., S. 39.

182 Nach Art. 19, Abs. 2 des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrages hatte die fran-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Heinz Braun, die nach Großbritannien gelangten, wo Max Braun kurz vor seiner Rückkehr aus dem Exil am 3. Juli 1945 in London sterben sollte. Emil Kirschmann und Marie Juchacz flohen über Marseille und Martinique in die USA, wo sie im Mai 1941 eintrafen[183]. Johannes Hoffmann, der bei Kriegsausbruch im deutschsprachigen Dienst des französischen Rundfunks stand, wurde ebenfalls interniert; er floh 1940 aus dem noch unbesetzten Südfrankreich mit einem sogenannten Tschechen-Visum[184] über Spanien und Portugal nach Brasilien. Andere hatten weniger Glück. Von den Vichy-Behörden an die Gestapo ausgeliefert wurden Hanna Kirchner, Richard Kirn und Josef Wagner. Hanna Kirchner und Josef Wagner wurden beide vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet[185]; ein gleiches Schicksal ereilte den KJVD-Funktionär Heinrich Konrath, ebenso wie Jakob Welter[186]. Richard Kirn, den die Nationalsozialisten bereits am

---

zösische Regierung (also Pétain) alle Deutschen auszuliefern, die von der Reichsregierung namhaft gemacht wurden. Ende 1939 waren etwa 25000 deutsche Flüchtlinge interniert (Nachweis bei ULA, S. 227, Anm. 51) – gleichgültig ob sie als „Refugié provenant d'Allemagne" anerkannt worden waren oder nicht (d. h. aufgrund der Gesetzgebung von 1936 durch eine gemischte, aus Vertretern der französischen Behörden und Vertretern der Emigration zusammengesetzte Kommission – s. o., S. 501). Der Eintritt in die Fremdenlegion oder die Bereitschaft, die französischen Rüstungs- bzw. Verteidigungsanstrengungen als „prestataire" zu unterstützen, eröffneten von Anfang an die Möglichkeit, dem Lagerleben zu entgehen; vgl. Lucien Steinberg, „The Scum of the Earth", Ein Beitrag zur Situation der deutschsprachigen Emigration in Frankreich zu Beginn des 2. Weltkrieges, in: Widerstand, Verfolgung und Emigration 1933–1945, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg 1967, S. 103–117.

183 Kirschmann wurde in New York Mitglied des „German American Council for the Liberation of Germany from Nazism" und arbeitete eng mit Paul Hertz zusammen. Nach dem Krieg wandte er sich öffentlich gegen die Vertreibungs- und Demontagepolitik der Alliierten in Deutschland. Er starb am 4. Januar 1947 in New York. In die USA gelangte auch Max Hofmann mit Hilfe eines Notvisums des Jewish Labor Committee. Nach dem Krieg Rückkehr nach Deutschland, Lizenzträger der *Schweinfurter Volksstimme*; BHB-Archiv.

184 Der Präsident der ČSR, Beneš, hatte Friedrich Wilhelm Förster eine Anzahl von Pässen zur Rettung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Organisator der Aktion war in Genf der Saarländer und Förster-Assistent Hermann Mathias Goergen, der spätere Generaldirektor von Radio Saarbrücken. S. u., S. 536 f.

185 Hanna Kirchner war eine in Frankfurt/M. sehr populäre sozialdemokratische Funktionärin, seit dem 1. Weltkrieg vornehmlich in der Arbeiterwohlfahrt tätig, außerdem Mitgl. der SPD-Stadtbezirksleitung Frankfurt/M. Emigrierte 1933 ins Saargebiet. Sie war ursprünglich zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die im April 1944 vom Volksgerichtshof in ein Todesurteil umgewandelt wurden; sie wurde am 9. 6. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Vgl. Max Oppenheimer, Das kämpferische Leben der Johanna Kirchner, Porträt einer antifaschistischen Widerstandskämpferin, Frankfurt/M. 1974. – Wagner starb am 1. 9. 1943. BHB-Archiv.

186 Konrath, geb. 1912 in Elversberg/Saar, gehörte nach Besuch der Leninschule in Moskau ab 1936 der KPD-Abschnittsleitung in Forbach an. Er wurde am 15. September 1942 in Stuttgart hingerichtet. – Welter, geb. 1907 in Dudweiler, war Mitgl. der KPD-Bezirksleitung Saar, ab 1933 Leiter Rote Hilfe Saargebiet; 1935 Mitarbeiter in der Auslandsabteilung des ZK der KPD in Schweden; 1942 zur Organisierung der illegalen Arbeit zurück ins Saargebiet, 1943 Festnahme, 19. 4. 1944 in Plötzensee hingerichtet; BHB-Archiv.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

19. November 1937 ausgebürgert hatten, wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1945 durch die Rote Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit. In die Hände der Gestapo fielen Karl und Hermann Petri, Ernst Kunkel, Hugo Brück ebenso wie der spätere Bürgermeister von Saarbrücken, Heinrich Detjen. Den Tod fand Wilhelm Frisch, der nach der Besetzung Frankreichs verhaftet worden war und sich nach Mißhandlungen durch die Gestapo am 20. Oktober 1940 in der Arrestanstalt der Ortskommandantur Saarbrücken das Leben nahm, während der Haftzeit starb auch der führende KPD/S-Funktionär Wilhelm Hermann[187]. Mit der Verhaftung von Wagner, Frisch und Konrath hatte die Gestapo einen empfindlichen Schlag gegen die illegale Grenzarbeit der Kommunisten in der Region Saar-Pfalz geführt; aber auch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Saarflüchtlinge war unterdessen völlig zum Erliegen gekommen.

War die Zeit bis zum Ausbruch des Krieges gekennzeichnet durch organisatorische Selbsthilfe und politische Aktivität der emigrierten Saarländer – wobei deren relativ kleinem Kreis, repräsentiert vor allem durch die Persönlichkeit Max Brauns, eine verhältnismäßig große Bedeutung zukam –, so gingen sie in ihrem Schicksal nach 1939 in der großen Masse der gehetzten und verfolgten Flüchtlinge in Frankreich unter. Spuren dieser nach 1936 organisatorisch doch recht geschlossenen Exilgruppe scheinen in stärkerem Maße wieder auf, als sich deutschsprachige Emigranten der Résistance anschließen. Besonders hier – eingeschlossen der Dienst in der regulären Armee[188] – ist der Rekurs auf französische Quellen äußerst schwierig, wenn nicht völlig unmöglich. Anhaltspunkte bietet die DDR-Geschichtsschreibung der neuerlichen kommunistischen Volksfrontbemühungen im Zusammenhang mit der Bewegung „Freies Deutschland"[189], der in Frankreich ein Saarländer, Otto Niebergall, präsidierte[190]. Auch hier beruhen die Darstellungen im wesentlichen

---

187 Wilhelm Herrmann, Mitgl. der KPD-Bezirksleitung Saar (s. o.) war nach der Rückgliederung unter dem Decknamen „Genosse Blank" illegal tätig; Delegierter auf der sog. „Brüsseler Konferenz" der KPD 3.–15. 10. 1935 bei Moskau; Mai 1940–Apr. 1942 in Gurs/Südfrankreich interniert; Von der Gestapo festgenommen, am 20. Mai 1942 durch den Volksgerichtshof zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, starb am 17. 2. 1945 im Zuchthaus Butzbach/Hessen; BHB-Archiv.

188 Vgl. Steinberg, a. a. O., S. 112 f.

189 Vgl. Résistance, Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Frankfurt/M. 1973; Karlheinz Pech, An der Seite der Résistance, Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen in Frankreich (1943–1945), Frankfurt/M. 1974; Edith Zorn, Über die Stellung deutscher Sozialdemokraten in Frankreich zur Bewegung „Freies Deutschland" (1944–1945), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 7 (1965), S. 808–826; Florimond Bonte, Les Antifascistes Allemands dans la Résistance Française, Paris 1969.

190 Otto Niebergall (1904–1977) stammte aus Kusel/Pfalz, 1918 Mitbegründer der Arbeiterjugend Saarbrücken, 1920 KJVD-Funktionär, 1924–35 Mitglied des KPD-Bezirkssekretariats Saar, ab 1925 Gauführer des Roten Frontkämpferbundes, 1926–35 Stadtrat in Saarbrücken. Nach seiner Emigration 1935–36 Abschnittsleiter der illegalen KPD für die Region Saar-Pfalz in Forbach, 1936 vorübergehend mit Sonderauftrag in Spanien, 1937–40 Abschnittsleiter Rheinland in Brüssel; wurde am 19. September 1937 ausgebürgert; nach

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf persönlichen Erinnerungen und biographischem Material. Die Inanspruchnahme gerade von Saarländern bzw. Personen, die im politischen Leben an der Saar nach 1945 eine Rolle spielten, als Zeugen für eine ideologisierte Geschichtsschreibung der deutschen Volksfrontbewegung während des Krieges muß jedoch sehr kritisch gesehen werden. Das kommunistisch dominierte „Komitee ‚Freies Deutschland' für den Westen" wurde im Oktober 1943 ins Leben gerufen; unter den sozialdemokratischen Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs befanden sich die Saaremigranten Franz Glauben und Karl Hoppe[191]. Nach Konstituierung des legalen „Komitee ‚Freies Deutschland'" nach der Befreiung von Paris (ab September 1944 „Comité ‚Allemagne Libre' pour l'Ouest" – CALPO) wurde neben Karl Hoppe auch die sozialdemokratische Saaremigrantin Luise Schiffgens[192] eine der Vizepräsidenten des CALPO; dem Komitee gehörten weiterhin die Saarländer Karl Mössinger (SPD/S) und Fritz Nickolay (KPD/S) an. Das CALPO bestand bis September 1945, seine Arbeit gehört jedoch bereits weitgehend in die Phase der Rückkehr bzw. der Vorbereitung der Rückkehr der Emigranten nach Deutschland. Die Mitarbeit von Sozialdemokraten, die sich Ende 1944 wieder in einer Landesgruppe Frankreich zu sammeln begannen – Vorsitzender wurde Ernst Roth –, führte in der Tat zu Spannungen innerhalb dieser Landesgruppe, die anläßlich der Unterzeichnung des Aufrufs der KPD-Landesleitung Frankreich an die deutsche Bevölkerung zum Potsdamer Abkommen fast zur Spaltung geführt hätte. Doch obsiegte auch in diesem Falle letzten Endes sozialdemokratische Politik bzw. Parteidisziplin: auf Intervention des Londoner Exilvorstandes rückten die in der angeführten

---

Kriegsausbruch in Frankreich, interniert im Lager St. Cyprien. Nach seiner Flucht einer der Organisatoren der sog. „Travail Allemand" – eines von der KPF geschaffenen speziellen Sektors der Résistance, der zur Agitation und Propaganda unter den deutschen Besatzungstruppen eingesetzt wurde. Juli/August 1940 Mitglied der neugebildeten KPD-Leitung Frankreich in Toulouse, Mai 1942 an der Spitze der Westleitung der KPD in Paris; 1943–45 Präsident des „Komitees ‚Freies Deutschland' für den Westen" (KFDW/CALPO); Decknamen: Alwin Flamerd, Alfred Kubin, Martin Lange, Gaston, René, Florian. Nach seiner Rückkehr an die Saar KPD-Vorsitzender der französischen Zone, 1948 Landesvorsitzender der KPD Rheinland-Pfalz; 1946–47 und 1956–57 Stadtrat in Saarbrücken, 1949–53 Mitglied des Bundestags.

Der 1935 geschaffenen illegalen Bezirksleitung Saar gehörten außer Niebergall Wilhelm Frisch, Josef Wagner (ab 1936 Abschnittsleiter), Karl Merkel und Heinrich Konrath (s. Anm. 186) an.

Karl Merkel, geboren 1903 in Saarbrücken, war Funktionär des Roten Frontkämpfer-Bundes, zuletzt stellvertretender Gauführer Saar; August 1935–Juni 1936 Besuch der Leninschule in Moskau; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, am 18. 7. 1937 bei Brunete gefallen.

[191] Franz Glauben, geb. 1895 Dillingen, hatte dem letzten SPD/S-Vorstand vor 1935 für den Agitationsbezirk Untere Saar angehört. Nach dem Referendum Flucht nach Frankreich, interniert im Lager Montauban, nach seiner Entlassung 1935–39 Gemeindearbeiter in der Region Calvados. 1940 erneut interniert, später Anschluß an Résistance in dem Maquis Cevennen.

Zu Karl Hoppe siehe unten, S. 537 f.

[192] Zur Biographie siehe S. 543.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR-Literatur immer wieder genannten sozialdemokratischen Kronzeugen für eine kommunistisch dominierte Volksfrontpolitik, wie sie später in der SBZ realisiert wurde, nämlich Luise Schiffgens, Karl Mössinger und Ernst Roth, von ihrer Unterstützung des CALPO wieder ab[193]. Allein Karl Hoppe, der im Oktober 1945 zur KPD übertrat, bildete hier zunächst eine Ausnahme; bereits 1948 kehrte er jedoch der KPD wieder den Rücken[194].

Die Rückkehr aus dem Exil wurde auch von Saarländern selbst unter dem speziellen Aspekt des politischen Wiederaufbaus des Saargebietes gegen Kriegsende vorbereitet. Mit dem ehemaligen Redakteur der *Volksstimme*, Gustav Richter, und Fritz Nickolay[195], gründete Karl Mössinger 1944 die „Union des Réfugiés Sarrois", als deren Vorsitzender er bis zum 31. Dezember 1945 in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskommissar des Völkerbundes die Rückführung der saarländischen Emigranten vorbereitete. Aktiv wurde auch Edgar Hector. Hector war bei Kriegsausbruch als französischer Staatsbürger in die Armee eingezogen worden, geriet in deutsche Gefangenschaft und schloß sich nach seiner Flucht 1941 in der Region Montpellier unter dem Decknamen Jacques Henry der Résistance an. Nach der Befreiung von Paris trat er erneut als Propagandist der „Association française de la Sarre" auf und forderte die Errichtung eines französischen „Département Sarre"[196]. Am 25. März 1945 gehörte er in Paris zu den Gründern des „Mouvement pour la Libération de la Sarre" (MLS), einer frankophilen Anschlußbewegung von Saaremigranten, die Walter Sender nach der alliierten Invasion zum Teil in ameri-

---

[193] BHB-Archiv.

[194] S. u., S. 537 f. An dieser Stelle sind auch die saarländischen SAJ-Funktionäre Ernst Braun (s. o., S. 484) und Julius Schneider zu nennen, die – beide mit hohen militärischen Funktionen im Spanischen Bürgerkrieg bzw. in der Résistance – als einzige Saaremigranten von relativer politischer Bedeutung definitiv zur KP übertraten. Auch Schneider war Spanienkämpfer und hatte es in der Résistance bis zum Commandant und Abschnittsleiter der Armée Secrète im Dépt. Basses-Alpes gebracht. Nach 1945 im Landesvorstand der KPD Saar, ausgezeichnet mit der Hans-Beimler-Medaille der DDR.

[195] Nickolay (1909–1953), geb. in Dudweiler/Saar, ursprünglich Bergmann und Bauarbeiter, war 1924–33 Funktionär des KJVD Saar, nach 1933 Jugendsekretär des KPD-Bezirks Baden-Pfalz; Mai 1933 von der Gestapo in Speyer verhaftet, bis Sommer 1934 im KL Dachau; nach seiner Entlassung zurück ins Saargebiet, 1935 Emigration, Mitglied der KJVD-Abschnittsleitung Saar in Forbach; Mitbegründer, dann Vorsitzender der „Freien Deutschen Jugend" in Paris, aktiv in der Volksfrontbewegung, nach Kriegsausbruch in verschiedenen Internierungslagern, nach der Besetzung Südfrankreichs 1942 Mitglied der illegalen KPD-Leitung in Lyon, aktiv in „Travail Allemand" und Résistance (Deckname Jacques). Ab 1943 Mitglied KFDW/CALPO. Erklärter Gegner von Bestrebungen, das Saargebiet an Frankreich anzuschließen, und damit des „Mouvement pour la Libération de la Sarre" (s. u.); BHB-Archiv.

[196] Am 10. Februar 1945 hielt Edgar Hector in der Sorbonne einen vielbeachteten Vortrag vor dem „Studienkomitee für die französischen Ostgrenzen und das westdeutsche Problem", in dem er den politischen und wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes an Frankreich forderte. Teilnehmer waren u. a. Maurice Schumann, Edmond Vermeil und der spätere Vatikanbotschafter Wladimir d'Ormesson; zit. nach: *Le Rhin*, Nr. 2, Febr. 1945.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanischen Lagern gesammelt hatte[197]. Das MLS war nach der Übernahme der Besatzungsmacht durch die Franzosen im Juli 1945 die erste politische Organisation, die ihre Tätigketi entfalten konnte – mit ihrer Gründung wie auch der Gründung der Union begann die Rückkehr der Emigranten ins Saargebiet.

III. Rückkehr an die Saar

1. Zur allgemeinen Entwicklung

Das Saargebiet war im März 1945 von amerikanischen Truppen erobert worden. Als nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai die Besatzungsmacht daran ging, möglichst rasch größere Verwaltungseinheiten zu schaffen, war deren erste das „Oberpräsidium Saarland-Pfalz-Hessen" mit Sitz in Neustadt a. d. Weinstraße; Oberpräsident wurde Dr. Hermann Heimerich. Auf der Potsdamer Konferenz wurde dann Frankreich die westliche Besatzungszone zugeteilt, die – neben dem Mittelrheingebiet, einschließlich dem rechtsrheinischen Regierungsbezirk Montabaur, dem Moselland, dem Hunsrück, der Eifel, Rheinhessen und der Pfalz – auch das Saargebiet umfaßte. Am 10. Juni 1945 wurden die amerikanischen durch französische Besatzungstruppen abgelöst. Durch Erlaß des Generals Molière vom 25. Juli 1945 wurde das Saargebiet zur selbständigen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Einheit erklärt und am 29. August 1945 Colonel Gilbert Grandval zum „Délégué Supérieur" ernannt, der dann später – unabhängig vom Hochkommissar der französischen Besatzungszone, General Koenig – Hochkommissar für das Saargebiet wurde. Die bestehende Verwaltung unter Regierungspräsident Dr. Hans Neureuther wurde durch Anordnung General Koenigs vom 8. Juni 1946 durch eine „Verwaltungskommission des Saarlandes" abgelöst[198].

Dies bedeutete lediglich einen weiteren Schritt zur Loslösung des Saargebietes vom übrigen Deutschland. Will man Entwicklung und Motivation der französischen Saarpolitik nach 1945 skizzieren, so stehen zwei Forderungen im Vordergrund: Sicherheit und Reparationen. In der Diskussion unter den Alliierten über

[197] Der ehemalige SPD/S-Fraktionsvorsitzende im Saarländischen Landesrat, Dr. Walter Sender, war nach dem 13. Januar 1935 ebenfalls über Forbach nach Frankreich geflohen, lebte bis Kriegsausbruch als Fabrikant in Paris, überlebte den Krieg versteckt in Nizza und den Bergen. R. H. Schmidt, I, a. a. O., S. 149 ff. Ein weiteres Gründungsmitglied war Dr. Charles Levy, ein nach Frankreich emigrierter Rechtsanwalt, der in der Résistance aktiv war, als französischer Offizier (Commandant) ins Saargebiet zurückkehrte und zeitweilig in der Militärregierung arbeitete. Später wiederum praktizierender Anwalt in Saarbrücken; Pers. Auskunft Edgar Hector.

[198] Bereits am 4. Mai 1945, also noch vor der Einrichtung des Oberpräsidiums in Neustadt und noch vor der Kapitulation, hatte der örtliche amerikanische Befehlshaber in Saarbrücken ohne Absprache mit der übergeordneten Militärregierung ein Regierungspräsidium Saar unter Dr. Hans Neureuther eingesetzt, das später selbständig neben dem Oberpräsidium in Neustadt weiterbestand und somit bereits einen Sonderfall Saarland schuf. Vgl. Georg Kratz, Mittelrhein-Saar, Stuttgart/Köln 1954; Schmidt, Saarpolitik I, a. a. O., S. 157 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die politische, ökonomische sowie unter Umständen territoriale Neuordnung Deutschlands ließ sich alsbald General de Gaulle unmißverständlich vernehmen: „Der Rhein bedeutet die französische Sicherheit . . . Frankreich ist nämlich wieder überfallen worden und fast daran zugrunde gegangen. Frankreich verlangt daher, daß alles Territorium diesseits jener natürlichen Grenze sein garantierter Besitzstand werde."[199]

Dieses weitgesteckte Ziel, das vor allem auch kaum im Einklang mit den übrigen alliierten Verbündeten hätte erreicht werden können, wurde dann eingeengt auf das Saargebiet, das in der französischen Nachkriegspolitik von Anfang an eine Sonderrolle spielte. An der Saar schienen annexionistische Ziele durchaus realisierbar, das Land stand in französischer Sicht, aber auch in der einer Gruppe von Saarländern, seit dem 17. Jahrhundert in einem besonderen Verhältnis zu Frankreich; überdies hatte es bereits 1919 bis 1935 französischen Reparationszwecken gedient. Anwälte eines politischen und wirtschaftlichen Anschlusses des Saargebietes an Frankreich waren gegen Kriegsende vor allem die Mitglieder der Association française de la Sarre sowie das mit ihr personell verbundene MLS. Edgar Hector definierte in der bereits zitierten Rede vom 10. Februar 1945 ein Nachkriegsstatut für das Saargebiet als „ein Werkzeug der Assimilation". Man dürfe niemals diesen Grundsatz aus dem Auge verlieren: „Durch seine Wiedervereinigung mit Frankreich wird dieses Territorium Bestandteil unseres Landes, das sich dort für alle Zukunft niederläßt und ohne Einschränkung die Herrschaft ausübt."[200] Der Einfluß der zahlenmäßig nicht sehr großen Association française de la Sarre und des MLS ist schwer abzuschätzen. Ihre Argumentation fand zumindest einen Niederschlag in der Entschließung des außenpolitischen Ausschusses der Provisorischen Versammlung, die in *Le Monde* vom 8. Mai 1945 wiedergegeben ist und die sich mit den als Reparationsleistung endgültig in französischen Besitz zu überführenden Saargruben befaßt. Der Ausschuß betont, daß dieser Eigentumswechsel, verbunden mit den neuen Arbeitsverhältnissen, auch die politische Eingliederung des gesamten Gebietes zur Folge haben müsse[201]. Vorerst ging es jedoch

[199] De Gaulle auf einer Pressekonferenz am 25. 1. 1945, in: L'Année politique 1944–1945, Paris 1946, S. 101.

[200] Siehe Anm. 196.

[201] In *Le Monde* vom 7. u. 8. 5. 1945 findet sich auch der Bericht der französischen Saar-Studienkommission unter dem ehemaligen Generalkonsul in Saarbrücken, Abel Verdier. Auch darin wird betont, daß das Saargebiet „fast 300 Jahre lang" umstrittenes Gebiet gewesen und Frankreich dort „mit Ausnahme der Jahre 1815–1919 und 1935–1944 immer präsent gewesen sei. Der Bericht betont die strategische Bedeutung der die Saar beherrschenden Höhen, „eine[r] ausgezeichnete[n] natürliche[n] Verteidigungslinie an der exponierten französischen Nordostgrenze", die „das französische Kriegspotential vergrößern könnte". Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Eingliederung sollte die Saarbevölkerung schrittweise „zu stetem Kontakt mit unserem Lande, seiner Lebensweise und seinen politischen Idealen" motiviert werden – mit dem Ziel, sie zu einem Mitglied „jener großen politischen Gemeinschaft der Union française" zu machen. Eine solchermaßen „integrierte" Saar sollte ihr eigenes Statut haben, d. h. durch eine Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich verbunden sein (als eine „autonome Verwaltungseinheit"), während Frankreich

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um die Regelung französischer Reparationsansprüche im Saargebiet, und demnach hatten auch die ersten Beschlüsse der Besatzungsmacht wesentlich wirtschaftlichen Charakter. Ein *politisches* Statut sollte in Übereinstimmung mit den Alliierten erarbeitet werden, letzten Endes also dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Zu Beginn des Jahres 1946 legte die französische Regierung erstmals ein Konzept zur Saarfrage vor, das auf der Anerkennung der französischen Eigentumsrechte an den Saargruben und der Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll- und Währungssystem basierte – und das unter den Alliierten vor allem auf den Widerspruch der Sowjetunion stieß[202].

Der Verzicht auf eine Annexion und die Entscheidung für einen wirtschaftlichen Anschluß sollte trotzdem über folgende französischen Bedingungen nicht hinwegtäuschen: „Die Saar muß sofort und für alle Zeiten einer zentralen deutschen Verwaltung entzogen werden. Frankreich muß das Recht haben, dort ständig Truppen zu stationieren und die saarländische Regierung zu kontrollieren."[203] Folglich hieß der eingeschlagene Weg: Wirtschaftlicher Anschluß des Saargebietes an Frankreich, verbunden mit der politischen Lostrennung von Deutschland. Anstelle der Annexion trat die politische Autonomie. Am 28. Dezember 1945 wurden die Saargruben unter Sequester, am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt. Mit der Vorverlegung der französischen Zollgrenze an die Ostgrenze des Saargebietes war ein weiterer entscheidender Schritt zum wirtschaftlichen Anschluß des Gebietes getan.

Gründe für den Verzicht auf eine vollständige Annexion des Saarlandes und die Beschränkung auf den wirtschaftlichen Anschluß mögen einmal der Unsicherheitsfaktor Bevölkerung gewesen sein. Die besonderen Begleitumstände dieser Wirtschaftsunion waren andererseits die Verschonung der Saarländer von Reparationszahlungen und Demontage – ein wesentliches Moment in der Bereitschaft

---

im Saargebiet durch einen Hohen Kommissar vertreten würde. Vgl. auch Freymond, a. a. O., S. 40 f.

202 Die äußerst schwierige und komplexe Beziehung zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten zu schildern, würde an dieser Stelle zu weit führen. Vgl. hierzu Hermann Graml, Die Alliierten in Westdeutschland, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1976, S. 25–52; ebenso John Gimbel, Die Vereinigten Staaten, Frankreich und der amerikanische Vertragsentwurf zur Entmilitarisierung Deutschlands, Eine Studie zur Legendenbildung im Kalten Krieg, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 258–286; ders., Byrnes Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 59–62. Es sei lediglich vermerkt, daß die USA und Großbritannien – trotz ihres Bestrebens, die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Zentralverwaltung zu errichten – sich letzten Endes bereiterklärten, bis zu einer endgültigen Festsetzung der deutschen Westgrenze das Saargebiet unter separate französische Verwaltung zu stellen. Ein förmlicher Beschluß des Außenministerrats kam aufgrund des anhaltenden Widerstandes der Sowjetunion nicht zustande, der sich später jedoch infolge der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten zugunsten Frankreichs relativierte; vgl. Freymond, a. a. O., S. 44.

203 Note der französischen Regierung an die Alliierten v. 12. 2. 1946, zit. nach Freymond, a. a. O., S. 45 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor allem saarländischer Politiker, mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten. Die „Bescheidung", es bei einem wirtschaftlichen Anschluß zu belassen, war aber auch ein gewisser Zwang: Frankreich war in dem Verteilerschlüssel der Alliierten für die deutsche Kohle schlecht bedacht worden und brauchte die Saarkohle[204]. Die Loslösung des Saargebiets von Deutschland hatte dabei auch für Frankreich den Vorteil, daß ohne die allgemeinen Reparations- und Demontagebestimmungen der Alliierten ein wirtschaftlicher Gewinn eher möglich war. Auch mögen Erwägungen eine Rolle gespielt haben, daß sich eine direkte Annexion des Saargebiets auf französische Reparationsansprüche im Rheinland und an der Ruhr negativ auswirken könnte[205]. Und doch blieb der wirtschaftliche Anschluß wesentlich ein Mittel zur Schwächung der Verbindung des Saarlandes mit Deutschland. Dafür garantierte die Persönlichkeit Gilbert Grandvals, der seit August 1945 bemüht war, die Politik Frankreichs an der Saar zu entfalten. Grandval, ein politisch und militärisch hochbegabter Mann, hatte bereits vor dem Kriege in der Industrie Karriere gemacht. Er schloß sich der Résistance an und war zuletzt Kommandant des 20. Militärbezirks. Er hatte vor der Wahl gestanden, entweder Stellvertreter des Generals Koenig zu werden oder Gouverneur im Saargebiet. „Grandval wählte die Saar und herrschte dort als Prokonsul" – eine treffende Formulierung von Jacques Freymond[206].

Der Aufbau einer neuen politischen Ordnung an der Saar erforderte die Mitarbeit und Mitgestaltung der Saarländer selbst. Dabei ging es einmal um die Beseitigung der Kriegsschäden, einen sozialen und ökonomischen Wiederaufbau; darüber hinaus durfte der kooperationswillige Personenkreis den spezifischen französischen Zielen an der Saar nicht hinderlich sein. Die Präponderanz des Politischen dokumentierte noch vor Zulassung der politischen Parteien Ende 1945

---

[204] Die in einen internationalen Pool eingebrachte deutsche Kohle gehörte zu den Ausfuhren, die nicht unter Reparationskonto fielen und mit Dollar bezahlt werden mußten; vgl. Freymond, a. a. O., S. 310 f., Anm. 31.

[205] Hierzu schreibt Walter Sender: „Hätte Frankreich die Saar annektiert oder rattachiert, so hätte die internationale Buchhaltung sämtliche Saarwerte auf Reparations-Debetkonto belastet und die Geltendmachung weitergehender französischer Ansprüche, man denke z. B. an die Ruhr, vielleicht abgelehnt. Gewährt man aber der Saar die öffentlich-rechtliche Form eines wenn auch nur beschränkten Selbstverwaltungsgebietes . . ., so kann den beschwerlichen buchhalterischen Verrechnungsabsichten der Alliierten mit Erfolg begegnet werden durch den Hinweis, man habe ein autonomes Territorium geschaffen, dessen Vermögen und Einkünfte in gewissem Umfange der Obhut einer sich selbst verwaltenden Bevölkerung verbleibe . . ." (*Die Neue Saar*, 14. 8. 1947).

[206] Freymond schreibt weiter: „Die Umstände und die Atmosphäre der unmittelbaren Nachkriegsperiode begünstigten einen Mann seiner Art, der jeder Auseinandersetzung gewachsen war. Vom Elan des Sieges getragen und gerade durch den Charakter des Besatzungsregimes von allen gesetzlichen Beschränkungen und politischen Verpflichtungen frei, war er in der Lage, wenigstens zeitweise die Dinge nach seinen eigenen Vorstellungen zu formen." (a. a. O., S. 41); zur Charkterisierung Grandvals, eines Enkels des elsässischen Verlegers Ollendorf (Grandval war der in der Résistance angenommene Deckname), vgl. auch Schmidt III, S. 661 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Tolerierung der politischen Aktivitäten des MLS, dessen Mitglieder sehr bald nach Kriegsende an die Saar zurückgekommen waren. Für das MLS – ab Februar 1946 Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France (MRS)[207] – war der wirtschaftliche Anschluß lediglich eine Etappe auf dem Weg zur vollständigen Eingliederung des Saargebietes – nach dieser nur „ökonomischen Assimilierung" sollte alsbald die „kulturelle Assimilierung" und zuletzt die „Naturalisation" folgen[208]. Das MLS war eine überparteiliche Bewegung, die noch vor Zulassung der Parteien an der Saar im Hinblick auf den politischen Wiederaufbau erheblichen Einfluß gewann[209], Mitglieder der MLS/MRS gelangten nach deren Gründung in die Parteispitzen von SPS und CVP. Die unter der Bevölkerung militante Bewegung[210] geriet jedoch in offenen Widerspruch zur französischen Saarpolitik, sobald diese sich auf den „nur" wirtschaftlichen Anschluß und die politische Autonomie des Saargebiets festgelegt hatte. Für Grandval, der das MRS selbst in seine Schranken wies[211], war die Bewegung andererseits wiederum eine nützliche Figur auf dem Schachbrett französischer Saarpolitik, die in Anbetracht der ihr von dem Gouverneur zugewiesenen Rolle bei der Ausarbeitung der saarländischen Verfassung im Hinblick auf die Entwicklung der Autonomie des Landes so eindeutig denn doch nicht war.

Die führenden Männer des MLS/MRS waren neben Walter Sender und Edgar Hector[212] die Emigranten Fritz Pfordt, Alfred Levy und Thomas Blanc[213]. Das

---

[207] Zur Geschichte des MLS/MRS vgl. Schmidt, Saarpolitik I, Kap. 2 B 2 und II, Kap. 2c, 4a, a. a. O. Ein programmatisches Dokument ist: „Mémoire du Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France concernant le règlement du problème de la Sarre", hrsg. vom Vorstand des MRS, in: Freymond, a. a. O., S. 367–372 (Anhang I).

[208] Vgl. das Communiqué des erweiterten Landesvorstandes des MRS vom 7. 12. 1946, zit. nach: Schmidt I, S. 154 ff.

[209] Diese Einflußnahme wurde erst nach Ablösung der amerikanischen durch die französische Besatzungsmacht ermöglicht. Aufgrund der „Non-Fraternisation-Order" und dem noch bestehenden Parteienverbot hatten die Amerikaner MLS-Aktivitäten militärgerichtlich verfolgt; in Saarbrücken wurde ein Mitglied wegen des Versuches, Flugschriften zugunsten des Anschlusses der Saar an Frankreich zu verteilen, zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; vgl. Freymond, a. a. O., S. 309, Anm. 11.

[210] Das MLS/MRS gab an, unter den Saarländern einen Massenanhang zu haben. Die von der Organisation selbst genannten Mitgliederzahlen, die zwischen 100000 und 165000 schwanken, sind kaum verifizierbar, da unterdessen alle Unterlagen vernichtet sind, und mit Skepsis zu betrachten. Vgl. Schmidt II, S. 84; ebenso Freymond, a. a. O., S. 59.

[211] Vgl. Freymond, a. a. O., S. 59 f.

[212] Hector zog sich 1945/46 von der Bewegung zurück; dem MRS gehörte er nicht mehr an; pers. Auskunft v. 6. 6. 1977.

[213] Der ehemalige Vorsitzende der KPD/S (1933–35) Pfordt emigrierte 1935 nach Frankreich, von dort nach Skandinavien; er hielt sich vorübergehend in Moskau auf, 1939 Bruch mit dem stalinistischen Kommunismus; in Norwegen und Schweden im illegalen Widerstand nachrichtendienstlich tätig; 1946 Rückkehr an die Saar. Pfordt stammte aus Ottweiler, er verstarb Anfang der 60er Jahre in Neunkirchen. – Zu Levy und Blanc vgl. biographische Hinweise auf S. 539 u. 533.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MRS verfügte über ein eigenes Publikationsorgan *Die neue Saar*, eine Wochenzeitung mit etwa 60 000 Abonnenten[214]; nachdem die Zeitung mit der Auflösung des MRS ebenfalls einging, erschien nach 1952 ein Nachfolgeorgan unter dem Titel *Neue Woche*[215]. Chefredakteure waren Walter Gebelein (bis Ende 1946) und Claus Becker. Gebelein war 1920 der erste Geschäftsführer des frankophilen „Saarbundes" gewesen, Becker ehemaliger Oberst der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg[216].

Das MRS war eine kompromißlose Anschlußbewegung im Sinne der Schaffung eines französischen „Département Sarre". Ein Teil der in der Bewegung aktiven Saarländer gehörte wie Hector und Gebelein bereits vor 1935 der frankophilen Szene an der Saar an. Anders liegen jedoch die „Fälle" von Personen wie Walter Sender und Fritz Pfordt, für die Emigration und Verfolgung zu einem Schlüsselerlebnis wurden, das ihnen nach 1945 eine Rückkehr nach Deutschland geradezu verbot. Hinzu kommt, daß bei beiden, die ja aus der saarländischen Arbeiterbewegung kommen, persönliche und kollektiv erfahrene politische Entwicklungen an der Saar, wie wir sie in Kapitel I geschildert haben, durch die Erfahrung des Exils noch verstärkt wurden. Dabei bleibt zu fragen, wie weit der Wunsch nach der Naturalisation, wie sie nach 1945 immerhin möglich schien, nichts anderes war als die sozusagen konstruktive Verweigerung einer Rückkehr nach Deutschland?

Dem MRS kam bei der Durchsetzung der politischen Ziele Frankreichs an der Saar im Hinblick auf die Kooperation der Bevölkerung sicherlich eine Test- und Alibifunktion zu, die Aktivitäten der Bewegung konnten unter Umständen zur Legitimation des französischen Militärgouverneurs dienen. An dem nach Kriegsende notwendigen ökonomischen und sozialen Wiederaufbau des Saargebiets hatte das MRS indes wenig Anteil.

Vor allem um diese Probleme eines von den Kriegsereignissen schwer betroffenen Landes zu lösen, brauchte Grandval die Unterstützung der Saarländer selbst. Die Ernährung der Bevölkerung, der Wiederaufbau des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, die Wiederaufnahme der Kohleförderung waren Voraussetzung für die Entfaltung eines politischen Lebens wie für die Realisierung der spezifisch französischen Reparationspolitik. Nach 1945 fehlte es vor allem im Saargebiet an qualifiziertem technischem Personal, aber auch „in den politischen Kreisen war die Zahl derer, die wirkliche Bedeutung hatten, nicht groß"[217]. Der Personenkreis, auf den sich der Gouverneur stützen konnte, bestand zum größten Teil aus zurückgekehrten Emigranten. 1945/46 bildete sich eine Führungsgruppe

---

214 Angabe des MRS in der obengenannten Denkschrift.

215 Die *Neue Saar* war von der französischen Régie des Mines de la Sarre aufgekauft worden; die *Neue Woche* erschien – ebenfalls als Wochenzeitung mit einer Auflage von 20 000 – in der gleichen Aufmachung und es blieb bei dem selben Chefredakteur Claus Becker; Schmidt I, S. 550 f.

216 Siehe biographische Notiz, S. 533.

217 Nach Freymond, a. a. O., S. 513, Anm. 6.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heraus, die bereit war, die Saarpolitik der Besatzungsmacht mitzutragen bzw. mitzugestalten. Es handelte sich vor allem um die führenden Politiker der Ende 1945 durch die Militärregierung zugelassenen Parteien, d.h. vor allem der SPS und CVP, während die KPD/S von Anfang an die französische Politik bekämpfte.

Im Januar 1946 wurde die Christliche Volkspartei (CVP) gegründet und Johannes Hoffmann deren Erster Vorsitzender. Hoffmann war im Spätsommer 1945 aus Brasilien zurückgekehrt – offenbar auf Intervention der Direction des Affaires Allemandes et Autrichiennes des französischen Außenministeriums in Paris, wo Hoffmann auf der Rückreise Station gemacht hatte. Hoffmann hatte in Rio de Janeiro engen Kontakt mit französischen Emigranten und Widerstandskreisen um Georges Bernanos, die wiederum mit dem kanadischen Botschafter Desy in Kontakt standen, bei dem Hoffmann – ansonsten unterstützt von dem örtlichen Benediktinerkloster – als Butler arbeitete. Nach Kriegseintritt Brasiliens wurde er interniert. Später war er einer der Initiatoren und Führer der „Freien Deutschen Bewegung" in Brasilien, für die er die Unterstützung Desys und des ehemaligen Völkerbundkommissars an der Saar, Knox, gewann, der unterdessen (1933-41) britischer Botschafter in Brasilien geworden war[218].

Die anderen Emigranten in der Führungsspitze der CVP waren Edgar Hector, der sein politisches Betätigungsfeld auf die parteipolitische Ebene verlagert hatte, Emil Straus und Heinrich Danzebrink; nach der Volksabstimmung 1955 wurde Hermann Mathias Goergen[219] stellvertretender Landesvorsitzender.

Da es vor allem die Arbeiterparteien waren, die sich gegen eine nationalsozialistische Machtübernahme an der Saar eingesetzt hatten, war der Anteil an Emigranten, die 1935 fliehen mußten und nach 1945 zurückkehrten, in der Führung der wiedergegründeten sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zahlenmäßig ungleich höher.

Von den neun Mitgliedern des noch im Oktober 1945 einberufenen Gründungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes[220] waren sieben Emigranten: Georg Schulte, Richard Kirn, Heinrich Wacker, Richard Rauch, Hermann Petri, Ernst Roth und Ernst Kunkel. Dem Gründungsvorstand Anfang 1946 gehörten neben Schulte (1. Vorsitzender), Wacker und Kirn außerdem Luise Schiffgens und Heinz Braun an. Zur Parteispitze nach 1945 gehörten weiter die aus dem Exil zurückgekehrten Johann Pitz, Peter Schattner und Karl Mössinger.

In der im Januar 1946 wiedergegründeten Kommunistischen Partei Bezirk Saar-Nahe waren die führenden Funktionäre Fritz Nickolay, Fritz Bäsel und Karl Hoppe ebenfalls Emigranten. Heinrich Detjen wurde 1945 der erste Nachkriegsbürgermeister von Saarbrücken. Bei den ersten Gemeindewahlen nach dem

---

218 BHB-Archiv; pers. Auskünfte Johannes Schauff und Pater Paulus Gordan OSB.

219 Siehe biographische Notizen, S. 552 ff.

220 Zunächst eine Wiedergründung der SPD, Bezirk (Landesverband) Saar. Ab Mitte 1947 im Zusammenhang mit organisatorischer Verselbständigung „Sozialdemokratische Partei Saar" (SPS). S. Anm. 226.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriege im September 1945 erhielt die CVP 52%, die SPS 26% und die KP 8% der Stimmen. Diesem Ergebnis entsprach in etwa die Zusammensetzung der im Juni 1946 eingesetzten „Verwaltungskommission". Ihr gehörten als Direktoren, d.h. Ressortleiter im Ministerrang, u. a. Georg Schulte (Inneres) und Richard Kirn (Arbeit und Wohlfahrt) sowie Heinrich Danzebrink (Wirtschaft und Verkehr) und Emil Straus (Unterrichtswesen) an. Die Beteiligung an dieser ersten autonomen „Saarländischen Regierung ... unter Kontrolle der Militärregierung"[221] bedeutete den Beginn einer „Doppelherrschaft" von Franzosen und Saarländern unter dem Leitsatz: „Einbau der Saarwirtschaft in das französische Zoll- und Währungssystem, in politischer Hinsicht jedoch die Selbstverwaltung durch das Saarvolk"[222].

1946 war die Führungsgruppe saarländischer Politiker, die nach diesem Leitsatz des „divide et impera" zu handeln bereit waren, bereits fest umrissen. Dieser Kreis wurde noch einmal sehr transparent, als die Verwaltungskommisioon am 23. Mai 1947 eine „Rechtsanordnung über die Einsetzung einer Verfassungskommission des Saarlandes" erließ[223]. Unter den ernannten Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern befanden sich die Emigranten Heinz Braun, Richard Kirn, Angelika Braun (SPS); Johannes Hoffmann (CVP); Karl Hoppe und Fritz Nickolay (KPD/S) sowie Gustav Levy (für die vierte lizenzierte liberale Demokratische Vereinigung des Saarlandes [DVS], später Demokratische Partei des Saarlandes [DPS]), sowie Alfred Levy[224]. Stellvertreter waren u. a. Emil Straus (CVP), Richard Rauch (SPS) und Fritz Bäsel (KPD/S). Dem später von der gesetzgebenden Versammlung eingesetzten „Verfassungsausschuß" gehörten neben Hoffmann und Straus für die CVP auch Danzebrink, für die SPS Braun, Kirn, Petri, Gustav Levy (DPS) und der Kommunist Bäsel an.

Nach den ersten Landtagswahlen vom 5. Okober 1947, die der CVP 28, der SPS 17, der DPS 3 und der KP 2 Mandate brachten, verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung am 15. Dezember 1947 die Verfassung des Saarlandes, in deren Präambel es heißt:

„Das Volk an der Saar, berufen, nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sein Gemeinschaftsleben kulturell, politisch, wirtschaftlich und sozial neu zu gestal-

---

221 *Volksstimme*, 21. 6. 1947.

222 „Bericht über den zweiten ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes am 15. Juni 1947", hrsg. vom Landesvorstand der SPS. S. 12 (Begrüßungsansprache Richard Kirn).

223 Vgl. Robert Stöker, Die saarländische Verfassung vom 15. Dezember 1947 und ihre Entstehung, Sitzungsprotokoll der Verfassungskommision des Saarlandes (Landtag) und des Verfassungsausschusses, Schriften des Deutschen Saarbundes e. v., Bd. 6, Köln 1952.

224 Stöker berichtet, das keiner der vier lizenzierten Parteien angehörende führende MRS-Mitglied Levy sei als „Vertrauensmann" der Militärregierung in die Kommission gekommen und habe wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Verfassung gehabt. Stöker behauptet, mindestens die Hälfte der Mitglieder der Verfassungskommission seien auf Veranlassung des Militärgouverneurs MRS-Mitglieder gewesen – bei genauerer Betrachtung der Mitgliederliste doch wohl eine Übertreibung. Ebd., S. XIV.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, durchdrungen von der Erkenntnis, daß sein Bestand und seine Entwicklung durch die organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der Französischen Republik gesichert werden können, vertrauend auf ein internationales Statut, das die Grundlagen für sein Eigenleben und seinen Wiederaufstieg festlegen wird, gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die Französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich, die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die Französische Republik, die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland, die Bestellung eines Vertreters der Regierung der Französischen Republik mit Verordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbefugnis, um die Beachtung des Statuts zu garantieren, eine Organisation des Justizwesens, die die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im Rahmen des Statuts gewährleistet . . ."[225]

Am 20. Dezember 1947 stellte Johannes Hoffmann als Ministerpräsident seine erste Regierung vor, in der er zugleich das Ministerium für Inneres und Wiederaufbau übernahm. Edgar Hector wurde Staatssekretär des Inneren, Richard Kirn Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Heinz Braun für Justiz, Emil Straus Minister für Kultus, Schulwesen und Volksbildung. Dem Kabinett gehörten zwei Minister an, die nicht im Exil gewesen waren: Franz Singer (Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft) und Christian Grommes (Finanzen). Diese Führungsgruppe sollte sich, zumindest was die Gewichtung der einzelnen Ressorts anbelangt, bis 1955 nicht wesentlich verändern. Im zweiten Kabinett Hoffmann, das 1951/52 nach vorübergehender Auflösung der Koalition mit der SPS als ein Einparteienkabinett der CVP amtierte, rückte Edgar Hector zum Innenminister auf; Emil Straus, als Kultusminister auf saarländischer Seite der Initiator des französisch-saarländischen Kulturabkommens vom 15. Dezember 1948, war nach Zerwürfnissen in der CVP/SPS-Koalition 1950 abgelöst worden und als saarländischer Botschafter nach Paris gegangen. In der dritten Regierung Hoffmann, die im Dezember 1952 gebildet wurde, erhielten Heinz Braun und Richard Kirn wieder ihre alten Ressorts. Der Führungskreis saarländischer Spitzenpolitiker und Regierungsbeamter unterhalb der Kabinettsebene war natürlich größer, und auch hier waren Emigranten überproportional stark repräsentiert. Als Beispiele können Ernst Kunkel und Guy Kurt Lachmann gelten. Kunkel, zugleich einflußreicher Parteipolitiker im Landesvorstand der SPS, war 1947-51 Ministerialdirektor im Innenministerium, de facto der zweite Mann nach Edgar Hector mit einem Ruf als überdurchschnittlich fähiger Verwaltungspolitiker. Lachmann, aus einer saarländischen Industriellenfamilie stammend, hatte seit 1941 eine bedeutende Rolle in der Résistance gespielt und war nach 1945 als Commandant (Major) der französischen Armee Kreiskommandant von Saarburg geworden; 1948-56 war er Landespolizeipräsident.

Die Politik des wirtschaftlichen Anschlusses und der politischen Autonomie wurde von der gesamten Parteispitze von CVP und SPS mitformuliert und -ge-

[225] Zit. nach: Schmidt II, Anhang I, S. 671.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragen, wobei sich allerdings in der SPS in der Frage der wirtschaftlichen Abtrennung von Deutschland eine Opposition herausbildete, die vor allem von dem Generalsekretär der Partei Ernst Roth vertreten wurde und die später zur Spaltung der SPS führen sollte[226]. Ernst Roth, der ursprünglich eine Verbindung der Saarwirtschaft mit der französischen Wirtschaft durchaus bejahte, wandte sich später gegen eine zu enge Anlehnung an Frankreich, wie sie in der Verfassungspräambel ihren Ausdruck fand, und schied daraufhin aus der Partei aus. Immerhin war bereits auf dem ersten Nachkriegsparteitag eine „europäische Tendenz" des Generalsekretärs deutlich geworden, die in der SPD/S vor 1935 schon artikuliert worden war und die letztlich auch die programmatische Richtung der Nachkriegs-SPS wies: „Die Sozialdemokratische Partei vertritt die Auffassung einer europäischen Lösung des deutschen Problems. Sie erklärt sich bereit, mit allen politischen Parteien und Gruppen zusammenzuarbeiten, deren praktische Tätigkeit ihr geeignet erscheint, die Kräfte zu wecken, die am europäischen Neuaufbau teilnehmen wollen." Jedoch: „Die Sozialdemokraten an der Saar [erklären], daß sie von einem engen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten des Saargebietes mit Frankreich eine glückliche Lösung der besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres engeren Heimatgebietes erwarten und verweisen dabei insbesondere auf die naturgegebenen Bindungen unserer Heimat mit dem französischen Nachbargebiet"[227].

Wir glauben, uns im Rahmen dieser Darstellung des saarländischen Exils während des Dritten Reiches und der Rolle bzw. dem Anteil dieser Emigranten in der politischen Entwicklung des Saargebietes im weiteren Bereich der wirtschaftlichen Organisationen bzw. Interessengruppen, der Gewerkschaften, sonstiger gesellschaftlicher Interessenverbände sowie der Medien auf eine biographische Dokumentation beschränken zu können. Zur Geschichte des Saarlandes von Kriegsende bis zur Abstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober 1955 verweisen wir auf die Arbeiten von Freymond und Schmidt. Eine kurze Skizze der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum müßte folgende Punkte des historischen Ablaufs festhalten: Im Zuge der Festigung des wirtschaftlichen Anschlus-

---

[226] Zu dem Dissens der saarländischen sozialdemokratischen Führung mit der Parteileitung um Kurt Schumacher in der Frage des wirtschaftlichen Anschlusses und der politischen Autonomie des Saarlandes vgl.: Die Sozialdemokratie und das Saarproblem, Die Stellungnahme der SPD zur Saarfrage, Hannover 1950; ebenso: Die SPD zur Saarfrage, O. O. o.J. (1953) (hektogr.). Von Seiten der SPS vgl. die Parteitagsprotokolle. Zur Beziehung SPS-SPD von Seiten der saarländischen Sozialdemokraten vgl. neben den vorliegenden Parteitagsprotokollen der SPS u. a. Richard Kirn, Die Leitgedanken der Politik der SPS seit 1945, Saarbrücken o. J. (1953); ebenso ASD, Nachlaß Ernst Kunkel. Zur Gründung und Zusammensetzung der oppositionellen „Deutschen Sozialdemokratischen Partei Saar" vgl. Schmidt II, S. 345 ff; I, S. 288 ff.

[227] Bericht über den ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes vom 30. Juni 1946, hrsg. vom Bezirksvorstand, Saarbrücken 1946, S. 17.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ses des Saargebietes an Frankreich bei gleichzeitigem Ausbau der politischen Autonomie im Sinne einer unwiderruflichen Abtrennung des Gebietes von Deutschland wurde am 1. Januar 1948 der Militärgouverneur durch einen Hohen Kommissar (Grandval) ersetzt. Im März 1950 wurde der wirtschaftliche Anschluß durch die 12 Saarkonventionen gefestigt, durch die die Saargruben auf 50 Jahre pachtweise Frankreich überlassen wurden. Die politische Autonomie wurde 1950 erweitert, als das Saargebiet assoziiertes Mitglied beim Europarat wurde; durch Frankreich vertreten, gehörte es seit 1951 auch der Montanunion an. 1952 wurde das Hochkommissariat in eine französische Botschaft (nach wie vor unter Grandval) umgewandelt. Die französisch-saarländische Politik wurde dadurch zunehmend schwierig, daß die Alliierten sich nach wie vor weigerten, einem endgültigen autonomistischen Saarstatut noch vor dem allgemeinen Friedensvertrag zuzustimmen. Hinzu kam, daß der Deutsche Bundestag am 2. Juli 1953 das Saargebiet als einen Teil Deutschlands bezeichnete und das Selbstbestimmungsrecht der Saarländer forderte. Das die deutsch-französischen Beziehungen zunehmend belastende Problem konnte vorerst auch nicht durch den im Auftrag des Europarats ausgearbeiteten „Naters-Plans" (nach dem holländischen Autor Naters) einer Europäisierung der Saar gelöst werden. Erst das französische Bestreben, die Saarregelung mit einer deutschen Wiederbewaffnung (EVG) zu koppeln, führte zusammen mit der Politik Adenauers, das Saarproblem im Zusammenhang mit einer politischen Einigung Westeuropas zu lösen, zu den Vereinbarungen mit dem französischen Regierungschef Mendès-France vom 23. Oktober 1954 in Paris, deren Ergebnis ein europäisches „Saarstatut" im Rahmen der Westeuropäischen Union war. Das Statut, das auf dem Naters-Plan basierend eine Europäisierung der Saar vorsah, jedoch die Währungs- und Zollunion mit Frankreich nicht berühren sollte, wurde in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 mit 67,7% der abgegebenen Stimmen abgelehnt[228]. Damit war das Scheitern der französischen Saarpolitik besiegelt. Die autonomistische saarländische Führungsgruppe, die, aus dem Exil zurückgekehrt, das Saargebiet – wenn zuletzt auch im Rahmen einer europäischen Lösung – im Gegensatz zu 1935 von Deutschland definitiv hatte separieren wollen,

[228] Der genaue Inhalt des Saarstatuts: „1. Volksabstimmung über das Statut im Saarland, bei ihrem positiven Ausgang Gültigkeit des Statuts bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrags; 2. Vertretung der auswärtigen und verteidigungspolitischen Interessen des Saarlands durch einen vom Ministerrat der Westeuropäischen Union zu ernennenden Kommissar, auf allen anderen Gebieten Autonomie des Saarlands; 3. Teilnahme des Saarlands am Europarat, an der Montanunion und an der WEU; 4. Garantie des Statuts durch die BRD und Frankreich; 5. Abstimmung der Saarbevölkerung über die das Saarland betreffenden Bestimmungen eines zukünftigen deutschen Friedensvertrags; 6. Abschluß eines französisch-saarländischen Wirtschaftsabkommens zur Sicherung der Zoll- und Währungsunion zwischen dem Saarland und Frankreich, Herstellung gleichwertiger deutsch-saarländischer Wirtschaftsbeziehungen." An die Stelle des abgelehnten Saarstatuts trat das deutsch-französische Saarabkommen vom 27. Oktober 1956, nach dem das Saargebiet ab 1. Januar 1957 das 10. deutsche Bundesland wurde; die wirtschaftliche Rückgliederung erfolgte bis 1959.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trat historisch erfolglos ab. Männer wie Edgar Hector und Emil Straus gingen danach geradezu in ein zweites Exil.

Vae victis! Der nach Max Braun benannte Straßenzug in Saarbrücken wurde alsbald nach Abstimmung und Ablehnung des Saarstatuts wieder umbenannt. Bedauerlicher jedoch ist die bis heute nachwirkende Tendenz einer pauschalisierenden Abwertung der Handlungsmotive der autonomistischen Führungsgruppe an der Saar nach 1945 auch in der wissenschaftlichen Literatur. Vor allem die Tatsache, daß es sich dabei zum größten Teil um Emigranten handelte, gab – wie übrigens in der Bundesrepublik ganz allgemein – zu Verdächtigungen und Diffamierungen Anlaß. Gerade auch Robert H. Schmidt reflektiert dieses Problem expressis verbis und setzt doch in dem bisher einzig vorliegenden Standardwerk über die „Saarpolitik 1945–1957" den Akzent auf die „willige Hilfstruppe", die die Franzosen zur Durchsetzung ihrer Politik unter den Emigranten fanden. Die beiden Thesen, denen, obwohl nicht völlig falsch – natürlich gab es in der spezifischen Nachkriegssituation an der Saar nicht wenige politische Konjunkturritter, was auch in der folgenden Dokumentation sichtbar wird –, doch der Vorwurf der groben Vereinfachung gemacht werden muß, lauten, daß 1.) die autonomistische Führungsgruppe ohne jegliche Legitimation vor der Bevölkerung gewesen sei und 2.) diese Gruppe sich vornehmlich aus Nichtsaarländern zusammengesetzt habe; dagegen sei die Opposition gegen das Regime Hoffmann und gegen die Politik der Separation der Saar von Deutschland „eine Sache der Einheimischen, der Saarländer selbst" gewesen[229]. Zu Punkt 2), der nach Schmidt u. a. auch auf Heinz Braun, Georg Schulte, Heinrich Wacker und Karl Hoppe zutrifft, verweisen wir auf unsere Ausführungen vor allem in Kap. I sowie auf die biographischen Notizen. Zur Frage der Legitimation möchten wir aus der – im Gegensatz zu Schmidt vielmehr sine ira et studio – abgefaßten Konfliktstudie Freymonds zitieren: Die „Politik [Grandvals] wurde von den politischen Parteien in Frankreich unterstützt und von der Mehrheit der Saarländer ausdrücklich oder stillschweigend gutgeheißen ... Zweifellos wandten sich die meisten Saarländer anfänglich deshalb den Franzosen zu, weil von einem vernichteten und zerstückelten Deutschland nichts mehr zu erwarten war. Es ist auch wahr, daß die Erwägung wirtschaftlicher Interessen diese gleichen Saarländer beeinflußte, als sie sich für Deutschland erklärten."[230]

2. Die Emigranten in der Saarpolitik nach 1945

Die folgenden biographischen Notizen verstehen sich als eine ergänzende Dokumentation zur Rolle von Emigranten im politischen beziehungsweise öffentlichen Leben sowie in der damit eng verknüpften wirtschaftlichen Entwicklung des Saar-

[229] Schmidt III, a. a. O., S. 670.
[230] Freymond, a. a. O., S. 298 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebietes in den Jahren 1945 bis 1955. Obwohl es sich dabei um eine ziemlich geschlossene Führungsschicht handelt, mag angesichts der eingangs erwähnten schwierigen Quellenlage dieser oder jener Name unerwähnt bleiben. Dagegen sind bewußt die Biographien von solchen Emigranten nicht aufgenommen, deren Wirkungsschwerpunkt in die Zeit nach 1955 fällt. Dies gilt zum Beispiel für den späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Werner Wilhelm, damals Funktionär der Sozialistischen Jugend des Saarlandes, der wie sein Vater Fritz Wilhelm der Parteiopposition in der SPS angehörte, die beide 1952 verließen.

Bäsel, Friedrich (1907–1975), geb. in Wiebelskirchen/Saar, Bauarbeiter; 1923 Funktionär der Jugendsektion der Freien Gewerkschaft und Arbeitersportbewegung, 1924 KJVD, 1925 Jugendleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, später Mitglied der Bezirksleitung KJVD Neunkirchen. Seit 1929 Mitglied der KPD, 1931–1935 Fraktionsführer im Gemeinderat Wiebelskirchen; 1931 Redaktionsvolontär im Saarländischen Zeitungsverlag, später Redakteur der *Arbeiterzeitung* in Saarbrücken. 1934 KPD-Parteisekretär. 1935 nach Rückgliederung des Saargebiets mit Fritz Nickolay illegaler Einsatz in Baden, vorübergehend im Konzentrationslager Dachau, nach Entlassung wieder zurück ins Saargebiet und Flucht nach Frankreich; von dort ausgewiesen, Januar 1936 in die Schweiz, bis Kriegsausbruch illegaler Aufenthalt; Mitte 1938 KPD-Emigrationsleiter Schweiz; 1940–1944 in verschiedenen Arbeitslagern interniert. Mitbegründer der Bewegung „Freies Deutschland" Schweiz. Nach seiner Rückkehr November 1945 im Dezember gleichen Jahres als zweiter KPD-Vertreter in den politischen Beirat beim Militärgouverneur des Saargebietes und in den des Regierungspräsidenten delegiert. Mit Zulassung der Parteien 2. Vorsitzender und Bezirkssekretär KPD Saar, Lizenzträger und Chefredakteur des Parteiorgans *Neue Zeit;* 1949–1950 Stadtverordneter Saarbrücken; stellv. Mitglied der Verfassungskommission, Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungsausschuß), MdL. Nach Richtungskämpfen in der Spitze des KPD-Landesverbandes 1950 aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen und Verlust aller Parteiämter; 1950–54 an leitender Stelle mehrerer KPD-Blätter in der BRD; 1954 zurück ins Saargebiet, im gleichen Jahr bis zum Parteiverbot 1957 Landesvorsitzender und 1. Sekretär der KP Saar; 1955–61 erneut MdL, ab 1957 als fraktionsloser Abgeordneter; ab 1968 im Bezirksvorstand der DKP Saar.

Barth, Heinrich (1895–1949), geb. in Saarbrücken; Schlosser und Stahlarbeiter, 1914–1918 Soldat; nach dem Weltkrieg Funktionär des DMV und der SPD/S, 1919–1935 Stadtverordneter von Saarbrücken; 1935 Emigration nach Frankreich, 1939–1940 Dienst in der französischen Armee; wurde April 1941 von der Gestapo verhaftet und vom OLG Stuttgart wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilt, bis Mai 1945 im Konzentrationslager. Nach 1945 SPS, 1946–1948 Leiter des Sozialamtes Saarbrücken, im gleichen Zeitraum auch Stadtverordneter, von April 1949 bis zu seinem Tode Oberbürgermeister von Saarbrücken; 1947 MdL.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Becker, Claus (1900–1965), geb. in Oberkirn/Nahe; ursprünglich kaufmännischer Angestellter, ab 1928 Journalist; aktiv in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an der Saar. Im Spanischen Bürgerkrieg 1936 Kommandeur des 8. Internationalen Btl. Tschapajew, zuletzt Oberst; ab 1939 in Paris, während des Zweiten Weltkrieges interniert, dann Dienst in der französischen Fremdenlegion in Marokko. Nach Rückkehr ins Saargebiet 1946 von der französischen Militärregierung zum Landrat ernannt; Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France (MRS), 1946–1952 Chefredakteur des MRS-Organs *Die Neue Saar*, 1952–1955 des Nachfolgeorgans *Die Neue Woche;* Mitglied der einflußreichen Amicale des anciens légionnaires de la Sarre und Mitbegründer der Saarländisch-Französischen Wirtschaftsunion Freie Saar; trat für den politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich ein; bis 1955 Präsident des Internationalen Presseclubs an der Saar; 1955–1957 Chefredakteur der *Saarbrücker Zeitung;* nach deren Gründung 1959 Mitglied des Landesvorstandes der Saarländischen Volkspartei (SVP), 1960–1965 MdL Saar.

Becker, Jacques, stammt aus einer sozialdemokratischen Familie in Püttlingen/Saar, war vor der Rückgliederung Mitglied der SAJ, emigrierte 1935 mit dem Vater nach Frankreich; wurde naturalisiert und diente während des Zweiten Weltkriegs in der französischen Armee; wurde nach seiner Rückkehr an die Saar auf Anforderung von Ernst Kunkel in den Polizeidienst aufgenommen, war Polizeirat und Leiter der saarländischen Grenzpolizei. 1952 Mitbegründer der Saarländisch-Französischen Wirtschaftsunion Freie Saar. Becker, der mit einer Französin verheiratet ist, kehrte 1955 nach Frankreich zurück.

Blanc Thomas (1895–1967), geb. in Püttlingen/Saar, war Bergmann, Krankenkassenangestellter, zuletzt Direktor der AOK Saarbrücken; vor 1935 führender SPD/S-Funktionär; nach dem Referendum noch im Januar 1935 Emigration nach Frankreich/Forbach, danach bis Juni 1936 in einem Lager für Saarflüchtlinge in Montauban interniert[231]. 1936 ausgebürgert. Nach Kriegsausbruch bis Januar 1941 erneut interniert, 1940 zwischenzeitlich „prestataire", danach in Südfrankreich; März 1943 in Montpellier verhaftet, vom Oberlandesgericht Stuttgart zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; April 1945 von den Amerikanern aus dem Zuchthaus Landsberg/Lech befreit. Nach seiner Rückkehr an die Saar im Vorstand und Sekretär des MLS/MRS, zugleich aktiver SPS-Politiker, bis 1954 Unterbezirksvorsitzender Saarbrücken-Land/West (Völklingen).

Braun, Angelika (1892–1972), geb. in Neuß/Rheinland, Lehrerin, bis 1923 im Schuldienst. 1923 nach Saarbrücken, 1924 Heirat mit Max Braun, Mitarbeiterin der *Volksstimme*, 2. Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt; Januar 1935 Emigration

---

[231] Siehe oben, S. 503 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Forbach/Lothringen, später Metz, Paris. In Paris Mitarbeiterin des Office Sarrois; Juni 1940 Flucht aus Paris über Bordeaux, Casablanca, Gibraltar nach England; für das Ministry of Food in der Flüchtlingshilfe tätig; Mai 1946 zurück nach Saarbrücken; in der Redaktion der *Saarbrücker Zeitung*, Chefredakteurin von *Charme;* 1947 Mitglied der Verfassungskommission, 1947–1952 MdL Saar (SPS); bis 1950 1. Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt. Lebte nach 1955 in Paris.

Braun, Heinz[232], war 1935 nach Frankreich emigriert und nach Einsetzung des *Office Sarrois* dessen Justitiar; 1940 mit Hilfe des ehemaligen Mitglieds der Regierungskommission im Saarland, Morize, über Bordeaux, Casablanca Flucht nach Großbritannien, wo er zusammen mit Max Braun der sogenannten Gruppe der Parlamentarier um den ehemaligen Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann, angehörte; während des Krieges im Ministry of Economic Warfare und im Foreign Office tätig; 1945–1946 juristischer Berater der britischen Delegation beim interalliierten Gerichtshof in Nürnberg. Nach Rückkehr nach Saarbrücken 1946 Ernennung zum Generalstaatsanwalt Saarland, 1946–1955 Mitglied des Landesvorstandes der SPS; 1949–1956 Stadtverordneter in Saarbrücken, 1947 Mitglied der Verfassungskommission, der Gesetzgebenden Versammlung (Verfassungsausschuß), bis 1955 MdL Saar; 1947–1951 Justizminister der 1. und 3. Regierung Johannes Hoffmann; 1949–1955 Präsident der Europa-Union Saar. Nach der Saarabstimmung Ausscheiden aus dem politischen Leben.

Brück, Hugo, geb. 1897 in Wustweiler/Saar, Eisenbahner; SPD/S-Kommunalpolitiker, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Wustweiler, dann Völklingen, Mitglied in den Kreistagen Ottweiler und Saarbrücken-Land, Mitarbeiter der *Saarbrücker Volksstimme,* Mitglied des Landesvorstandes der SPD/S, verantwortlich für den Agitationsbezirk Illingen; Versammlungsredner der „Freiheitsfront". Nach der Rückgliederung Entlassung als Bahnbeamter, August 1935 Emigration nach Frankreich; im Exil Grubenarbeiter, nach Kriegsausbruch interniert; am 9. Januar 1941 von der Gestapo verhaftet und nach Deutschland verbracht; vom Strafsenat Stuttgart zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Strafverbüßung in Amberg/Oberpfalz Einweisung in das Konzentrationslager Neckarelz; dort durch US-Truppen befreit, Juni 1945 Rückkehr ins Saargebiet. Am 1. August 1945 Berufung zum stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Neunkirchen, 1. Oktober 1945 zum Amtsbürgermeister von Illingen; seit 1951 aus Krankheitsgründen im Ruhestand.

Burkhardt, Hermann, geb. 1910 Eisenberg/Thüringen, Journalist, Studium der Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft; seit 1931 KPD-Mitglied; 1933–45 im Exil in Frankreich; Nach Kriegsende an die Saar, gehörte mit Johannes Hoffmann

[232] Vgl. Anm. 46.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Ernst Roth 1945/46 zur ersten (kollektiven) Chefredaktion der *Neuen Saarbrücker Zeitung*. Mitbegründer des KPD/S-Organs *Neue Zeit;* 1949 aus dem Saargebiet ausgewiesen. Burkhardt ging in die DDR, war Redakteur des *Vorwärts* in Berlin und Chefredakteur des Deutschlandsenders; 1953–56 stellvertretender Chefredakteur der *Berliner Zeitung*, danach Korrespondent u. a. für ADN in Stockholm; seit 1962 Korrespondent der SED-Presse u. a. in Kuba.

Cartal, Gerhard, geb. 1910 in Braunschweig, emigrierte 1934 aufgrund SA-Terrors in Braunschweig nach Saarbrücken. Auf organisatorischem Gebiet Mitarbeiter der *Volksstimme* und *Neuen Saarpost;* Januar 1935 Flucht nach Forbach, danach in Luxemburg. Cartal wurde im September 1938 ausgebürgert; Mai 1940 Flucht nach Südfrankreich, freiwilliger militärischer Einsatz; kehrte Dezember 1945 an die Saar zurück und wurde Verlagsleiter der *Volksstimme*, außerdem Vorsitzender der Vereinigung der Zeitungsverleger des Saarlandes.

Cartal, Karl, geb. 1908 in Braunschweig, Bruder des vorigen, Architekt, Dipl. Ing., 1933 Emigration an die Saar, Oktober 1934 bis Januar 1935 stellvertretender Geschäftsführer des Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft; Januar 1935 Flucht nach Frankreich; nachdem Cartal im September 1938 ausgebürgert worden war, erwarb er die französische Staatsbürgerschaft, kämpfte während des Krieges in der Résistance; 1945 Rückkehr nach Saarbrücken, bis 1973 im Dienste der Stadt: 1945–56 Leiter des Planungs- und Wiederaufbauamtes, 1956–63 Geschäftsführer der Saarbrücker gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft, 1963–67 Leiter des Amtes für Zivilen Bevölkerungsschutz, 1967 bis zur Pensionierung Leiter des Amtes für Brand- und Zivilschutz.

Danzebrink, Heinrich (1883–1964), geb. in Prüm/Eifel, Jurist, Verwaltungslaufbahn im Regierungspräsidium Köln, 1924 Regierungsassessor in Berlin; 1927–1931 Leiter des Verwaltungsgerichts für Sozialversicherung und Kriegsopfer in Düsseldorf; 1931–1933 Regierungsrat in Münster/Westfalen; Brüning-Anhänger, nach nationalsozialistischer Machtübernahme im Ruhestand; Dezember 1933 Eintritt in die Regierungskommission des Saargebietes, im Direktorium des Inneren zuständig für politische Flüchtlinge; ging nach der Rückgliederung des Saargebiets nach Ambilly/Savoyen, bis 1939 Studium Internationales Recht, Wirtschaft und Politik am Institut für Höhere Internationale Studien in Genf; bei Kriegsausbruch Eintritt in die französische Armee, nach Demobilisierung Erwerb einer Druckerei, die 1941/42 für die britische Propaganda in der Schweiz arbeitete; am 16. Oktober 1943 in Lyon durch die Gestapo verhaftet; nach Flucht Lehrer an einem katholischen Collège in Chambéry/Savoyen. In der im Juni 1945 eingesetzten saarländischen Verwaltungskommission zunächst Departementchef für Inneres, 1946 Direktor für Wirtschaft und Verkehr; nach dessen Rückkehr im engeren Kreis um Johannes Hoffmann; CVP-Mitglied, 1947 Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung (Verfassungsausschuß). Ursprünglich Verfechter eines

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaftsanschlusses an Frankreich, später in Opposition zum politischen Kurs der Regierung Hoffmann; 1948 Aberkennung des Landtagsmandats und Ausschluß aus der CVP, später durch den französischen Hochkommissar formale Ausweisung aus dem Saargebiet, blieb jedoch weiterhin Ministerialbeamter in Saarbrücken.

Detjen, Heinrich (1899–1968), geb. in Saarbrücken, Maler; 1927–1935 KPD-Stadtverordneter in Saarbrücken, Mitglied des Saarländischen Landesrates; in der Redaktion der kommunistischen *Arbeiterzeitung* Saarbrücken; Herausgeber des Organs der Internationalen Arbeiterhilfe Saar *Solidarität;* 1935 Emigration, in Frankreich September 1939–September 1940 interniert; wurde im November 1940 von der Gestapo verhaftet, vom Oberlandesgericht Stuttgart im November 1941 zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt; nach der Entlassung Ende 1942 bis 1945 als Betriebsleiter eines Malergeschäfts in Saarbrücken tätig. Am 24. März 1945 von der US-Militärverwaltung zum Bürgermeister von Saarbrücken ernannt, ab Oktober 1946 Stadtdirektor der Bauverwaltung; Ende 1950 aus dieser Stellung entlassen, danach städtischer Angestellter; 1953–55 im Vorstand des Gesamtverbandes der Einheitsgewerkschaft Saar.

Gebelein, Walter, gebürtiger Saarländer, Journalist; war der erste Geschäftsführer des 1920 gegründeten frankophilen Saarbundes; Mitarbeiter der pazifistischen Zeitung *Die Menschheit;* 1935 Emigration nach Frankreich, Verfasser der von der Association française de la Sarre herausgegebenen Kampfschrift „La France et le Problème sarrois", in der er die Fälschung des Referendums vom 13. Januar nachzuweisen versuchte; wurde im Exil naturalisierter Franzose; nach 1945 zurück an die Saar, von Gründung der Zeitung bis Ende 1946 Chefredakteur des MRS-Organs *Die Neue Saar;* nach persönlichen Konflikten Ende 1946 von der Besatzungsmacht nach Frankreich ausgewiesen.

Goergen, Hermann Mathias, geb. 1908 Wallerfangen/Saar, Dr. phil.; nach seinem Studienabschluß in Bonn war Goergen 1933–35 wissenschaftlicher Assistent bei Friedrich Wilhelm Foerster; 1935 Assistent am Forschungsinstitut für deutsche Geistesgeschichte, 1938 Berufung durch Fürsterzbischof Dr. Waitz auf einen Lehrstuhl des gleichen Instituts der vor der Gründung stehenden katholischen Universität Salzburg. Nach dem Anschluß Österreichs Emigration in die CSR, von dort in die Schweiz. Hier wiederum 1938–41 Assistent des unterdessen ebenfalls exilierten F. W. Foerster; daneben Organisator der Auswanderung deutscher Emigranten nach Brasilien u. a. mit Hilfe von Pässen, die der tschechische Staatspräsident Beneš dem Völkerbund zur Verfügung gestellt hatte (sog. Tschechen-Visa, die auch Johannes Hoffmann bei seiner Flucht zugute kamen). 1941 wanderte Goergen selbst nach Brasilien aus; seit 1950 Professor für Geschichte der sozialen und ökonomischen Doktrinen und für die Vergleichung der ökonomischen Systeme an der Bundesuniversität Juiz de Fora im Staate Minas

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gerais; 1954 Rückkehr ins Saargebiet; Mitglied der CVP; Januar 1955–Oktober 1955 Generaldirektor von Radio Saarbrücken, in dieser Funktion für das Saarstatut eingetreten; 1957–61 MdB (CSU Saar/CDU). Seit 1960 Präsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft in Bonn; 1969 Großes Bundesverdienstkreuz.

Hector, Edgar Dr. jur.[233], war 1945 als französischer Sonderbeauftragter (Assimilés Spéciaux des Troupes d'Occupation) im Range eines Capitaine, später Commandant, an die Saar zurückgekehrt und als solcher Mitglied der Militärregierung. Nach deren Gründung Mitglied der CVP, 1953–55 als Kreisvorsitzender der Saarbrücken-Stadt im Parteivorstand, 1947 Staatssekretär für Inneres, 1951 bis 1955 saarländischer Innenminister, galt als der „starke Mann" der Regierung Johannes Hoffmann. Als einer der Initiatoren der Anschlußbewegung MRS wandelte sich Hector zum entschiedenen Europäer, bezeichnet heute den Ausgang der Abstimmung vom 23. Oktober 1955 als „ein[en] gewisse[n] Rückschlag für die Schaffung eines geeinten Europas" (*Saarbrücker Zeitung*, Sonderbeilage Silvester 1976). Kehrte 1956 mit seiner Familie – Hector ist mit einer Französin verheiratet – nach Frankreich zurück. Hector ist heute Generalsekretär der Zentrale für öffentliche Wirtschaft bei der EWG in Brüssel. Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur; Officier de l'Ordre National du mérite.

Hector, Jakob[234], gest. 1954 in Saarlouis. Dr. Hector war im Februar 1935 mit seiner Familie nach Metz emigriert und mußte 1940 nach Südfrankreich fliehen; im Oktober 1946 Rückkhr nach Saarlouis, dort Vorsitzender der frankophilen Vereinigung Souvenir du Maréchal Ney; 1950 Ehrenbürger der Stadt Saarlouis; Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur.

Hoppe, Karl, geb. in Kürzell/Baden, ursprünglich in der Landwirtschaft tätig; 1916–1918 Kriegsdienst, Entlassung nach schwerer Verwundung; ab 1919 Zivildienst beim Kommando der Marinestation Ostsee in Kiel, gewerkschaftlicher Vertrauensmann für den gesamten Ostseebereich; aus dem Zivildienst wegen seiner politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten u. a. während des Kapp-Putsches 1924 vom Reichswehrminister entlassen. 1924–1929 SPD-Stadtverordneter in Kiel, im gleichen Zeitraum hauptamtlicher Bezirksleiter Schleswig-Holstein des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen; Mitglied des Reichsversorgungsgerichts; 1929 bis 1933 Gauleiter des Reichsbundes im Saargebiet; aufgrund seiner Opposition gegen die Gleichschaltung der Kriegsopferversorgung im Mai 1933 von Berlin aus entlassen; aktiv in der Status-quo-Bewegung des Saargebietes, nach dessen Rückgliederung Emigration nach Frankreich; 1939 Internierung im Lager Blaye bei Bordeaux, 1940 in der Nähe von Tours; Einsatz in einer französischen Arbeits-

[233] Siehe auch S. 487 ff. und 519.

[234] Vgl. Seite 487 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kompanie (prestataire); im Januar 1944 Verhaftung und Auslieferung an die deutsche Besatzung, Zwangsarbeit in der Organisation Todt; März 1944 Flucht, Anschluß an die Travail Allemand in der Résistance. Hoppe trat im Oktober 1945 zur KPD über; nach seiner Rückkehr ins Saargebiet im Dezember 1945 einer der führenden Politiker, 1946 Landessekretär der KPD Saar, 1946–1949 Stadtverordneter in Saarbrücken, Mitglied der Verfassungskommission, 1947–1948 KPD-Fraktionsvorsitzender des saarländischen Landtags, MdL bis 1952; Oktober 1948 Parteiaustritt; September 1950–Oktober 1955 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Regierung Johannes Hoffmann; 1947–1956 1. Vorsitzender der Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Saarlandes.

von Kauffungen, Kunz, geb. 1904 in Mühlhausen/Thüringen, Journalist; nach Studium in Heidelberg und Zeitungsvolontariat ab 1926 Redakteur und Korrespondent in München; Mitglied des Reichsbanners Schwarz Rot Gold/Eiserne Front und der SPD; 1934 Emigration in die Schweiz, 1937–39 zwischenzeitlich Zeitungskorrespondent für ausländische Blätter in Österreich und Holland, 1939 Rückkehr in die Schweiz, 1942 ausgebürgert; Kauffungen spielte eine Rolle in der Bewegung „Freies Deutschland", 1944–46 Regionalleiter Westschweiz, 1943 bis 46 außerdem Mitglied der Union der deutschen Sozialisten in der Schweiz; nach eigenen Angaben in Verbindung zur französischen Résistance. August 1946 Berufung zum Chefredakteur des *Schwarzwälder Boten* im Einverständnis mit der französischen Militärregierung. 1946–52 Mitglied des Bundesvorstand des Deutschen Journalistenverbandes; Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz; 1948–52 Chefredakteur der *Saarbrücker Zeitung*. Danach zurück in die Schweiz, Korrespondent deutscher und französischer Zeitungen und Agenturen[235].

Kirn, Richard[236], lebt heute in Sarreguemines; Kirn war nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg von Mai bis November 1945 stellvertretender Amtsleiter des Arbeitsamtes Berlin-Spandau. Kehrte Anfang November nach Saarbrücken zurück, wenig später erfolgte seine Berufung als Leitender Regierungsdirektor in das Regierungspräsidium Saar unter Neureuther, 1947–1951 und 1952–1955 Minister für Arbeit und Wohlfahrt in der 1. und 2. Regierung Johannes Hoffmann; führender SPS-Politiker, 1946–1955 1. Parteivorsitzender.

Korth, ?, Dr., Journalist; kam aus der rheinischen Separatistenbewegung um Josef Matthes, 1947–48 Chefredakteur von Radio Saarbrücken, zugleich Leiter der politischen Redaktion.

---

[235] Vgl. auch Kunz v. Kauffungen, Ohne Maulkorb, Erlebnisse eines Nonkonformisten, Bern, Stuttgart 1964.

[236] Siehe auch S. 505.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kunkel, Ernst, geb. 1908 in Dudweiler/Saar. Ausbildung in der Kommunalverwaltung Dudweiler, 1922–25 Landesvorstand der SAJ Saar, seit 1925 im SPD/S-Ortsvorstand von Dudweiler; im Januar 1935 Flucht nach Forbach, später nach Südfrankreich, Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge und dem Office Sarrois; Unterhalt u. a. als Straßenarbeiter in verschiedenen Gegenden Frankreichs, Mitglied der CGT. Am 21. Okt. 1940 in Straßburg verhaftet, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt, anschließend nach Braunschweig dienstverpflichtet mit Aufenthaltsverbot für das Saargebiet. Im Mai 1945 Rückkehr an die Saar, 1945–46 Amtsbürgermeister in Völklingen, 1946–47 Oberregierungsrat im Regierungspräsidium Saar, 1947–51 Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, nach Auseinanderbrechen der Koalition und Konflikten mit Hector Entschluß zum Rücktritt, anschließend im Wartestand, 1958 auf Antrag Versetzung in den Ruhestand. Zwischenzeitlich 1953–55 Wahrnehmung der Geschäfte des Landesstocks für Aufgaben des Arbeitsmarktes; 1945 Mitglied des Gründungsausschusses, 1947–55 im Landesvorstand der SPS. Engagierter Verfechter eines wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich und der saarländischen Autonomie; 1954 Mitglied des Saargrubenrates; 1947–55 MdL, zuletzt Fraktionsvorsitzender der SPS; lebte heute in Dudweiler, seit 1967 aktiv in der örtlichen SPD.

Lachmann, Guy Kurt, geb. 1906 in Neunkirchen/Saar; nach Praktikum und Studium der Wirtschaftswissenschaften in Straßburg ab 1929 kaufmännischer Direktor im elterlichen Unternehmen (MENESA Neunkirchen); seit 1925 politisch engagiert im Reichsbanner Schwarz Rot Gold; Lachmann war in den zwanziger Jahren ein im Saarland sehr bekannter Spitzensportler (Leichtathletik); 1935 aus rassischen und politischen Gründen Emigration nach Frankreich, dort als Wirtschaftsmanager tätig, u. a. kaufmännischer Direktor bei den Peugeot-Werken (1938–42); ab 1941 in der Résistance, Mitglied des Comité national und Chef de secteur; nach Kriegsende als Commandant der regulären französischen Armee Kreiskommandant von Saarburg, anschließend von 1948 bis 1956 saarländischer Landespolizeipräsident. Lachmann ist heute Präsident der Société Internationale de Pétrole et de Chimie, einer Tochtergesellschaft der Saarbergwerke AG. Lebt in Saarbrücken; Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur; Croix de Guerre.

Levy, Alfred (1888–1962), geb. in Fraulautern/Krs. Saarlouis, 1925 Landgerichtsrat in Saarbrücken, 1931 Hilfsrichter beim Obersten Gerichtshof in Saarlouis; Levy wurde am 1. März 1935 aus dem Staatsdienst entlassen und ging anschließend nach Luxemburg, von dort nach dem deutschen Einmarsch vor drohender rassischer Verfolgung Flucht nach Südfrankreich; 1945 im Vorstand der MLS, Januar 1946 Rückkehr ins Saargebiet, Levy wurde im März 1946 zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Saarbrücken ernannt, August 1946 – November 1953 Senatspräsident OLG Saarbrücken.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Levy, Gustav (1886–1966), Dr. jur., 1914–1922 Rechtsanwalt in Saarlouis, später in Saarbrücken; Exil in Frankreich; Ende 1945 Wiederzulassung als Anwalt in Saarbrücken. Mitglied der Verfassungskommission für die Demokratische Partei Saar (DPS), 1947–1952 MdL, in der Gesetzgebenden Versammlung Mitglied des Verfassungsausschusses, nach Austritt aus der DPS ab 1950 fraktionslos. 1955 Erster Vizepräsident der Europa-Union Saar, später Mitglied im Landesausschuß.

Meyer, Ernst Dr., Jurist, vor 1933 Landgerichtsrat; nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Emigration an die Saar, Redakteur von *Westland*[237]; nach 1935 im Exil in Frankreich, nach dem Kriege Chef der Informationsabteilung der französischen Militärregierung in Wien, später Chefredakteur von *Tele*, der einzigen saarländischen Nachkriegsillustrierten.

Mössinger, Karl (1888–1961), geb. in Eichstätten/Breisgau, Schlosser, 1919 bis 1924 Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Aachen; 1924 bis 1928 SPD-Parteisekretär des Bezirks Aachen; 1928–1933 Landessekretär der SPD. Im französischen Exil Anschluß an die Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen, 1943 Mitbegründer und bis 1945 Mitglied des „Komitees Freies Deutschland für den Westen" (KFDW/CALPO); Mitglied der deutschen Sprachgruppe der CGT, vertrat Pläne zur Schaffung einer deutschen Einheitsgewerkschaft; 1944 Mitbegründer und Vorsitzender der „Union des Réfugiés Sarrois"[238]. 1946–1953 Regierungsrat in der Verwaltungskommission, später im Wirtschaftsministerium des Saarlandes, 1953–1955 Landessekretär der Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS), Vorsitzender des Bundes der Verfolgten des Naziregimes an der Saar.

Müsgen, Hermann (1898–1972), geb. in Mönchen-Gladbach/Rheinland, seit 1929 Mitglied der Christlich-Sozialen Reichspartei, Mitarbeiter Vitus Hellers, bis 1933 Herausgeber von *Das schaffende Volk* in Mönchengladbach. Seit September 1933 Leiter der Jugendzeitung *Saarwacht* des Verlages *Neue Saarpost* in Saarbrücken. Nach der Rückgliederung im französischen Exil vermutlich Dienst in der Fremdenlegion (nach anderer Quelle Offizier in der US-Armee); 1946 zurück an die Saar; Mitglied des MRS, ab 1948 Versuch einer Wiederbelebung der Vitus-Heller-Bewegung an der Saar, September 1955 Gründungsmitglied und Geschäftsführer der Saarländischen Arbeiter- und Bauernpartei.

Nickolay, Fritz[239], Juni 1945 Rückkehr an die Saar, maßgebend am Aufbau der KPD beteiligt, 1946–1950 deren 1. Vorsitzender, Exponent der KP-Politik gegen einen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und eine Abtrennung von Deutschland; 1947 Mitglied der Verfassungskommission. Zur Zeit eines Kuraufenthalts in der ČSR im Zusammenhang mit den Mai-Demonstrationen 1950

---

[237] Siehe Anm. 22. [238] Vgl. S. 519.

[239] Siehe auch Anm. 195.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Saarbrücken des offenen Aufruhrs angeklagt, ging 1951 in die DDR, von dort nicht mehr ins Saargebiet zurück. Vor seinem Tod 1953 nach längerer Krankheit zeitweise Leiter der Steinkohleverwaltung Zwickau.

Oulman, Gaston (eigentlich Jo Lehrmann), aus Berlin gebürtiger Journalist von fragwürdigem Ruf, wurde im Exil angeblich cubanischer Staatsangehöriger; nach 1945 Berichterstatter über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse für die Sender der Besatzungsmächte, ab Herbst 1947 von dem französischen Generaldirektor Losson zum Chefredakteur von Radio Saarbrücken ernannt, bereits im März 1948 auf Initiative der SPS wieder entlassen.

Petri, Hermann (1883–1957), geb. in Neunkirchen/Saar, Bergarbeiter, 1909 Mitglied des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, 1917 der SPD; 1919–1935 Gewerkschaftssekretär des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Neunkirchen/Saar; Stadtverordneter in Neunkirchen, 1922–1935 Mitglied des Saarländischen Landesrates, Mitglied des Parteivorstandes der SPD/S, Agitationsbezirk Neunkirchen; Januar 1935 Emigration nach Frankreich, in Forbach/Lothringen Mitarbeiter der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge; illegale Gewerkschaftsarbeit in Verbindung mit dem Bergabeiterverband Lothringen. 1936 aktiv im Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands; ab 1936 Mitarbeiter des Office Sarrois, 1937 nach Südfrankreich, im Mai 1940 vier Wochen interniert; am 26. Februar 1943 Verhaftung durch die Gestapo, in einem Volksgerichtshof-Urteil zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 befreit; 1945 Mitglied des Gründungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Saar; 1946 Regierungsrat in Saarbrücken, Leiter des Arbeitsamtes Neunkirchen; 1947 Mitglied des Verfassungsausschusses der Gesetzgebenden Versammlung, 1947–1956 MdL, ab 1952 Ehrenvorsitzender der SPS; 1952 1. Vorsitzender des I. V. Bergbau Saar.

Petri, Karl, geb. 1913 in Neunkirchen/Saar, Installateur- und Klempnerlehre; seit 1932 Mitglied der SPD, im französischen Exil 1941 verhaftet, bis 1943 im Konzentrationslager Sachsenhausen, anschließend Balkaneinsatz im StrafBtl. 999, geriet 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft; seit 1949 Stadtverordneter in Neunkirchen (SPS), Vorstandsmitglied des Bundes der Sozialistischen Jugend des Saarlandes; wegen politischer Differenzen 1952 Austritt aus der SPS; 1960 MdL (SPD).

Pfaff, Richard (1889–1967), geb. in Wiebelskirchen/Saar; vor 1935 Bibliothekar der saarländischen Arbeitskammer; Vorsitzender der SPD/S Saarbrücken; Sekretär, später Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten; 1935 Emigration nach Frankreich, bis 1936 in dem Saar-Flüchtlingslager Montauban, danach bis Kriegsende in Bruyères/Oise; erhielt 1938 die französische Staatsbürgerschaft; Mai 1945–Juni 1946 Nachrichtenoffizier bei der französischen Militärregierung in

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Baden-Baden; nach seiner Rückkehr an die Saar Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Arbeit im Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt.

Pitz, Johann[240], 1935 Emigration nach Frankreich; bei Kriegsausbruch interniert, nach der Entlassung im Februar 1940 lebte Pitz in Bordeaux und Sète/Hérault, nach der Besetzung Südfrankreichs in den Cevennen; November 1945 Rückkehr nach Dudweiler, SPS; 1946 Redakteur, 1948–1956 Chefredakteur der wiedergegründeten *Volksstimme* in Saarbrücken; 1946–1955 Mitglied des Gemeinderats, 1949–1956 Bürgermeister von Dudweiler.

Rathenau, Henri G. (1907–1963), geb. in Berlin; nach dem Studium arbeitete der Neffe Walther Rathenaus 1925–1933 im Management der Firma Osram; 1933 Emigration nach Frankreich, dort in verschiedenen Unternehmen der Elektrizitäts- und Hüttenindustrie tätig; 1940–1945 Dienst in der französischen Armee; 1945 Wirtschaftsberater französischer Stäbe in Berlin; 1945–1946 Attaché bei der Provisorischen Regierung und Delegierter beim Alliierten Kontrollrat, 1946–1958 Direktor der nach 1945 unter französische Sequesterverwaltung gestellten AEG Saar (später SICEL – Société d'Installations et de Constructions Electriques S. A.); 1952 Mitbegründer und Präsident der französischen Mittelstandsorganisation Petites et Moyennes Entreprises Industrielles an der Saar; 1952 Conseiller du Commerce Extérieur; 1954–1958 Mitglied des Comité Directeur de la Productivité de la Sarre; verschiedene Führungsfunktionen in der französischen Industrie, u. a. seit 1960 Mitglied des Conseil de Direction du Centre National du Commerce extérieur; Auszeichnungen: u. a. Croix de Guerre, Médaille de la Résistance.

Rauch, Richard, Schlosser; ursprünglich KP-Mitglied, später SPD/S-Funktionär in Dudweiler; nach Rückkehr aus dem Exil Mitglied des Gründungsausschusses der SPS (1945), Mitglied des Bezirksvorstands von 1946/47; vorübergehend Bürgermeister in Friedrichsthal-Dudweiler; 1947-55 MdL; 1950–55 1. Vorsitzender der I.V. Metall Saar. Nach parteiinternen Auseinandersetzungen Juni 1955 Austritt aus der SPS und Übertritt zur oppositionellen DSP; später Arbeitsdirektor der Burbacher Hütte.

Roth, Ernst (1901–1951), geb. in Zweibrücken-Ernstweiler/Pfalz, Journalist, Redakteur an der *Saarbrücker Zeitung*, ab 1924 der *Volksstimme*, Mannheim; seit 1920 Mitglied der SPD, später Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz Rot Gold in Mannheim; 1932–33 MdR; Juni 1933 Emigration ins Saargebiet, im Februar 1934 nach Straßburg; 1939 aus Deutschland ausgebürgert; nach Kriegsausbruch bis Januar 1940 interniert, ab 1942 im Dept. Vaucluse, Anschluß an die Armée Secrète, ab Mai 1944 FTPF; gegen Kriegsende für eine Einheitsfront mit der KPD, Vorsitzender der 1944 gegründeten Landesgruppe deutscher Sozial-

[240] Vgl. Anm. 44.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

demokraten in Frankreich; nach seiner Rückkehr an die Saar 1945–46 Mitglied der Chefredaktion der *Saarbrücker Zeitung*; 1946–48 (Mandatsniederlegung) Stadtverordneter in Saarbrücken; 1945 Mitglied Gründungsausschuß der SPS, 1946–48 Generalsekretär; 1946–48 Chefredakteur des Parteiorgans *Volksstimme*; wegen Opposition gegen den Kurs der Parteiführung in der Frage des einseitigen Wirtschaftsanschlusses an Frankreich und der politischen Separierung von Deutschland Herbst 1948 Verlust seiner Ämter; später SPD Pfalz, 1948–49 Landrat von Frankenthal; 1949–51 MdB, Delegierter zum Europarat in Straßburg.

Schiffgens, Luise (1892–1954), geb. in Aachen; Textilarbeiterin, 1920–29 SPD-Stadtverordnete in Aachen, 1921–24 MdL Preußen, 1924–30 MdR; 1930–33 Lehrerin beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit der SPD; seit 1928 im Saargebiet, 1930 im Landesvorstand der SPD/S; während des Abstimmungskampfes exponierte Einheitsfrontpolitikerin, hielt neben Philipp Daub auf einem von der Internationalen Arbeiterhilfe für den 15./16. Dez. 1934 nach Saarbrücken einberufenen „saarländischen sozialpolitischen Kampfkongreß" das Hauptreferat; 1935 Emigration nach Frankreich, 1943 Anschluß an die „Bewegung ‚Freies Deutschland' für den Westen"; 1944 im Vorstand der Union des Réfugiés Sarrois; nach Rückkehr an die Saar Anfang 1946 Mitglied des Gründungsvorstandes der SPS, 1948–54 Mitglied des SPS-Landesvorstandes als Vertreterin der Frauen; 1952 Ehe mit Karl Mössinger; 1947–52 und 1952–54 (Fraktionsvorsitzende) MdL Saar; in Opposition zum Kurs der Parteispitze, gegen eine politische Loslösung des Saargebietes von Deutschland.

Schlachter, Frédéric (ursprünglich Friedrich Wilhelm), geb. 1892 in Kirn/Nahe, Bankier; vor 1935 Direktor der Saarhandelsbank in Saarbrücken. Während des Abstimmungskampfes für den Status quo, in Verbindung mit Kreisen um die *Neue Saarpost;* 1935 Emigration nach Frankreich, dort naturalisiert; nach dem Kriege zurück an die Saar, Leiter der Entnazifizierungsbehörde; enger Vertrauter Johannnes Hoffmanns, spielte während dessen Regierungszeit eine bedeutende Rolle in der saarländischen Wirtschaftspolitik: Schlachter wurde staatlicher Vermögensverwalter (Generaldirektor des Landesamtes für Saar-Vermögenskontrolle bzw. Sequesterverwaltung); 1948–50 erster Präsident, 1950–52 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes; Teilnehmer an den Verhandlungen über die Pariser Saarkonventionen von 1950; von maßgeblichem Einfluß im Pressewesen und beim Rundfunk (u. a. Gesellschafter Saar-Verlag, Aufsichtsratmitglied West-Ost-Verlag, Aufsichtsratpräsident Radio Saarbrücken).

Schulte, Georg[241], war 1935 nach Frankreich emigriert und nach Kriegsausbruch und Einmarsch der Wehrmacht nach Mittelfrankreich geflohen; dort 1942 durch

[241] Vgl. Anm. 45.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Gestapo verhaftet und später in das Konzentrationslager „Goldene Bremm" bei Saarbrücken verbracht; ein Verfahren wegen Landesverrats wurde mangels Beweisen eingestellt, bis 1945 jedoch unter Polizeikontrolle; nach Kriegsende einer der Initiatoren beim Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet, 1946–47 deren 2. Vorsitzender, 1947–52 MdL; bereits unter dem Regierungspräsidium Neureuther 1945/46 Oberregierungsrat und Leiter des Personalamtes; in der Verwaltungskommission 1946/47 Direktor der Abteilung für Inneres (Funktion des Innenministers); arbeitete später als Journalist, nach 1955 Rückzug aus dem politischen Leben.

Seguy, Pierre (eigentlich Steinschneider), geb. 1921 in Wien, Österreicher, im Exil naturalisierter Franzose; absolvierte sein Studium (sciences lettres) in Frankreich; während des Krieges höhere militärische Funktion in der Résistance, als Offizier im Hauptquartier der 1. französischen Armee; nach 1945 Kontrolloffizier der Sendergruppe West (Studios Dornbirn, Voralberg und Innsbruck); 1948–51 Sendeleiter von Radio Saarbrücken; lebt heute in Saarwellingen, freier Mitarbeiter u. a. des Saarländischen Rundfunks.

Straus, Emil, geb. 1899 in Göllheim/Pfalz; Besuch der Lehrerbildungsanstalt Würzburg, 1922 Staatsexamen in Speyer, daneben Besuch des Konservatoriums 1912–18 in Würzburg, 1918–22 in Mannheim; Kapellmeisterschüler der Furtwängler-Klasse; nach dem Tod des Vaters Aufgabe der Musiker-Laufbahn, nach Ergänzungsreifeprüfung als Externer in St. Ingbert 1921–24 Besuch der Handelshochschule Mannheim, 1924 Examen als Diplom-Handelslehrer; anschließend Universitätsstudium in Frankfurt/Main; 1930 Staatsexamen für das höhere Lehramt an Handelsschulen in Saarbrücken, außerdem als Diplom-Kaufmann in Mannheim; 1934 Promotion bei Prof. Karl Mannheim in Frankfurt über „Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes, Eine soziographische Beschreibung". Straus, der aus einer jüdischen Familie stammte, kam nach dem Ersten Weltkrieg durch Teilnahme an einer Vortragsreihe des Jesuitenpaters Hallenbach im Volksbildungswerk Pfalz in engere Berührung zum Katholizismus und konvertierte 1934.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme an der Saar 1935 Emigration nach Frankreich, wo Straus – politisch und geistig – eine neue Heimat fand; 1938 ausgebürgert, stellte er den Antrag auf französische Staatsbürgerschaft, die er jedoch erst 1947 erhielt; in Nizza 1937 Diplomprüfung für das Fach „Civilisation française" am dortigen Centre Universitaire, danach an diesem Institut Lehrauftrag für deutsche Sprache und Literatur; nach der Besetzung Südfrankreichs Anschluß an die Résistance, in der er Offiziersrang erreichte und dekoriert wurde; im September 1945 Rückkehr nach Saarbrücken; am 29. Januar 1946 Ernennung zum Regierungsdirektor im Regierungspräsidium Saar; seit 1946 Mitglied der CVP, Oktober 1946 – Dezember 1947 Direktor für Unterrichtswesen in der Verwaltungskommission des Saarlandes; stellvertretendes Mit-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

glied der Verfassungskommission, 1947–52 MdL; Dezember 1947–April 1951 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung im 1. Kabinett Hoffmann; Verfechter einer „pénétration culturelle" des Saargebietes durch Frankreich, auf saarländischer Seite verantwortlich für das französisch-saarländische Kulturabkommen vom 15. Dezember 1948. Straus spielte eine wichtige Rolle bei Gründung und Lehrkörperbesetzung der Universität des Saarlandes, die aus dem 1947 gegründeten Institut Sarrois d'Etudes Supérieures in Homburg/Saar hervorging. Die Kultuspolitik Straus' war in seiner eigenen Partei sehr umstritten. Nach seiner Ablösung im Ministeramt aufgrund von Differenzen v. a. mit Hoffmann von Februar 1952 bis November 1955 Gesandter des Saarlandes in Paris, danach auf eigenen Antrag im Ruhestand, lebt heute in Nizza[242].

Wacker, Heinrich, geb. 1887 in Aalen/Württemberg[243]; im Juni 1945 Rückkehr an die Saar, wo Wacker wesentlichen Anteil am Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung (Einheitsgewerkschaft) hatte, seit Oktober 1947 deren erster Präsident, seit 1952 Ehrenpräsident sowie Präsident der Arbeitskammer des Saarlandes; Mitglied Gründungsausschuß (1945) und Gründungsvorstand der SPS, Beisitzer in allen Parteivorständen der SPS bis 1953; MdL 1947 (Gesetzgebende Versammlung)–1952.

Welter, Eduard, geb. 1900 in Saarbrücken, Eisenbahner, seit 1925 Mitglied der KPD/S, 1929–34 Gemeinderat in Dudweiler; 1931–34 Organisationsleiter der KPD/S, 1934 außerdem Leiter der Roten Hilfe im Saargebiet; nach der Rückgliederung wegen illegaler Tätigkeit im Juli 1935 verhaftet, mußte Welter nach einer Rekursklage seiner Frau beim Obersten Abstimmungsgerichtshof im Januar 1936 wieder entlassen werden; Emigration nach Frankreich, Mitglied der deutschen Sprachgruppe in der CGT und Mitarbeiter der französischen Gewerkschaftszeitung *Le Peuple;* im Exil Trennung von der KPD, nach Rückkehr an die Saar 1945 zum Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft gewählt; 1950–52 im Vorstand des Gesamtverbandes der Einheitsgewerkschaft Saar; schied nach der Abstimmung 1955 aus dem Gewerkschaftsdienst aus.

Wilhelm, Fritz, aus Neunkirchen/Saar gebürtiger Alt-Sozialdemokrat; vor 1935 Führer des Schutzbundes im Kreis Ottweiler; Emigration nach Frankreich; nach 1945 Mitglied der SPS und Funktionär der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Wilhelm war in der sich herausbildenden Opposition gegen den autonomistischen Parteikurs, die 1952 zur Spaltung und Gründung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Saar (später SPD Landesverband Saar) führte, neben den „Jungtürken" Karl Petri und Werner Wilhelm der einzige Emigrant an der Spitze.

---

[242] Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die im Entstehen begriffene Habil.schrift von Heinrich Küppers/Gelsenkirchen über Bildungspolitik im Saarland 1945–1959.

[243] Vgl. Anmerkung 52.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ELKE FRÖHLICH/MARTIN BROSZAT

POLITISCHE UND SOZIALE MACHT AUF DEM LANDE
DIE DURCHSETZUNG DER NSDAP IM KREIS MEMMINGEN

Der folgende Artikel basiert auf Quellenfunden und Grundideen von Elke Fröhlich, die im Zusammenhang stehen mit einer größeren von ihr geplanten Studie über „Die NSDAP in den Gemeinden". Da der Beitrag trotz der arbeitsaufwendigen Auswertung umfangreichen Zahlenmaterials und einer Fülle von personen- und ortsgebundenen Akten für das Jubiläumsheft in kürzester Frist fertiggestellt werden mußte, ist er schließlich – im letzten Stadium – in konzentrierter Arbeitsteiligkeit zu zweit organisiert und geschrieben worden; daher die doppelte Autorschaft zur Kennzeichnung der gemeinsamen Verantwortung für den Inhalt. Wie für den Beitrag von Falk Wiesemann über „Arbeitskonflikte in der Landwirtschaft" in diesem Heft bilden bayerische Akten der unteren Ebene der Staatsverwaltung und der Partei die Materialgrundlage, die die Verfasser auch in einer soeben fertiggestellten umfangreichen Dokumentation[1] im Rahmen eines größeren Projekts intensiv genutzt haben. Verbunden sind beide Beiträge auch durch die ihnen gemeinsame sozialgeschichtliche Perspektive, oder genauer: durch den Versuch, die Wechselwirkung von politischen und sozialen Kräfteverhältnissen während der NS-Zeit am Beispiel der (bayerischen) „Provinz" exemplarisch zu untersuchen. Dieser Forschungsansatz ist auch in starkem Maße konstitutiv geworden für das gemeinsame weiterzuführende umfassendere Projekt, über das in einem früheren Stadium in dieser Zeitschrift bereits berichtet wurde[2].

M. B.

Die Geschichte der Machtergreifung der NSDAP ist bisher fast ausschließlich untersucht worden unter dem Aspekt ihrer Durchsetzung in den Zentren staatlicher Herrschaft, in zentralen öffentlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden. Wir wissen besonders wenig darüber, wie die NSDAP sich in der „Provinz" und zumal in ländlichen Gemeinden nach 1933 durchsetzte, welche organisatorische Stärke und Verfassung sie hier entwickelte[3], wie sich das Verhält-

[1] Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München 1977.

[2] Vgl. Forschungen zum Verhältnis von NS-Regime und Gesellschaft (Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945), in dieser Zeitschrift 24 (1976), S. 102 f.

[3] Die Organisationsgeschichte der NSDAP ist bisher meist im Zusammenhang der Agitations- und Wahlkampfgeschichte auf regionaler und lokaler Basis und für die Zeit bis 1933 untersucht worden. Zu erwähnen sind hier vor allem: Jeremy Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933, Oxford 1971; William S. Allen, Das haben wir nicht gewollt, Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935, Stuttgart 1965; Geoffrey Pridham, Hitler's Rise to Power, The Nazi Movement in Bavaria 1923–1933, London 1973;

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nis zwischen neuer politischer Elite und alter sozialer Elite auf dem Lande gestaltete und wie die kommunalpolitische Machtverteilung davon beeinflußt wurde. Die Akten der unteren Ebene eröffnen manche bisher ungenutzten Möglichkeiten, das Verhältnis von Politik und Gesellschaft in seinen konkreten Auswirkungen zu erfassen und unter dem Aspekt lokaler Klein-Gesellschaften auch der „großen" Frage des Verhältnisses von politischer und sozialer Herrschaft in der NS-Zeit näherzukommen. Letztere ist bislang überwiegend unter dem Gesichtspunkt der sozialen Struktur der NSDAP selbst untersucht worden[4]. Sofern die NSDAP als neue politische Elite neben den alten Führungsgruppen in Staat und Gesellschaft behandelt worden ist, blickte man vor allem auf das vertikale Amtsgefüge der Partei und ihrer Nebenorganisationen, ihre Amtsträger auf Kreis-, Gau- und Reichsebene, auf die Hierarchie der Partei, ihre Funktion als Leiter für den sozialen Aufstieg[5]. Das Verhältnis zwischen dem neuen politischen Herrschaftsanspruch und der Beharrungskraft etablierter sozialer Kräfte auf der unteren Ebene blieb weitgehend außer Betracht. Diesem Aspekt ist die nachstehende Studie gewidmet.

Sie stützt sich auf den Aktenfonds einer Kreisleitung der NSDAP (Memmingen-Land) im bayerischen Gau Schwaben, der innerhalb der sehr fragmentarischen Überlieferung von NSDAP-Akten als exzeptionell gelten kann. In dem vergleichsweise umfangreichen Restbestand von Akten der Kreisleitung Memmingen-Land[6] befindet sich ein geschlossener Komplex parteiinterner statistischer Erhebungen

---

Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933), Nürnberg 1976; Edward N. Petersen, The Limits of Hitler's Power, Princeton 1969. Eine systematische Organisationsgeschichte der Partei nach 1933 liegt bisher nur in der Untersuchung Orlows vor, die sich jedoch ausschließlich mit der Spitzenorganisation der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen auf Reichs- und Gauebene befaßt. Die Partei in der „Provinz" ist derzeit Gegenstand zweier Untersuchungen von Ian Kershaw (Gesamtbayern) und Zdenek Zofka (Günzburg); letztere Arbeit ist im wesentlichen abgeschlossen.

[4] Hierzu u. a. Wolfgang Schäfer, NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1956; Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M. 1965; Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969; Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919–1933, Pittsburgh 1969; ders., The History of the Nazi Party: 1933–1945, Pittsburgh 1973; Michael H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 124–159, hier auch Kritik an den mangelhaften sozialanalytischen Ansätzen in den genannten Veröffentlichungen; ders., Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus und soziale Bewegung, Hamburg 1976.

[5] Vgl. hierzu Daniel Lerner, The Nazi Elite, in: Harold D. Lasswell und Daniel Lerner (Hrsg.), World Revolutionary Elites, Cambridge 1965, S. 194–318; Orlow, a. a. O.; Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), Düsseldorf 1972; Hans Mommsen, Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland bei Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), a. a. O.; Peter H. Merkl, Political Violence under the Swastika, Princeton 1975.

[6] Kreisleiter W. Schwarz, geb. 1902, Rechtsanwalt, Mai 1926 der Partei beigetreten.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Januar 1935[7]. Es handelt sich wahrscheinlich um Urmaterial für die parteiamtliche Statistik[8], das noch nicht verfälscht worden ist von späteren Manipulationen[9]. Die Daten, die wir ihm entnommen und errechnet haben, entstammen vor allem einem vollständigen Satz von Fragebogen-Erhebungen über die damals 34 Ortsgruppen bzw. Stützpunkte der NSDAP im Kreis Memmingen-Land[10]. Das statistische Material wird zum Teil ergänzt durch Personalbögen mit Beurteilungen und anderen qualitativen Dokumenten, darunter auch Tätigkeits- und Stimmungsberichte der Ortsgruppen- und Stützpunkte aus den Jahren 1933–1938, die im folgenden mit herangezogen worden sind.

Der NSDAP-Kreis Memmingen-Land war mit dem staatlichen Bezirk gebietsmäßig identisch, er umfaßte außer der Stadt Memmingen, die im folgenden nicht berücksichtigt wird, 55 selbständige Gemeinden unterschiedlicher Größe – am einwohnerstärksten Ottobeuren (2679 Ew.), am schwächsten Wineden (122 Ew.) – mit 1933 insgesamt 34905 Einwohnern. 53% der Erwerbstätigen waren laut Volks- und Berufszählung von 1939 in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Wie vielfach in diesem Teil Schwabens war die landwirtschaftliche Besitzstruktur recht gesund, Kleinbauern (bis 5 ha) machten nur 26% aus neben 57% Mittelbauern (5 bis 20 ha) und 17% Großbauern (über 20 ha). Daneben gab es im Bezirk eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern (28,5%), meist in kleingewerb-

---

[7] Staatsarchiv (StA) Neuburg, NSDAP, o. Sign.

[8] Später veröffentlicht: NSDAP Partei-Statistik, Stand 1935, hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Bd. 1–3, o. O., o. J.

[9] Zur Kritik an der Verwendung amtlicher Parteistatistiken, siehe Kater, Soziographie, a. a. O., S. 127.

[10] StA Neuburg, NSDAP, o. Sign. (Leitzordner 71). Die Statistik enthält u. a. Angaben über die Zahl der Einwohner, der Wahlberechtigten, der Haushaltungen und insbesondere organisationssoziologische und sozialstatistische Daten, z. B. in Bezug auf den Stand der Mitglieder (Pg.) und der Politischen Leiter (PL) nach 3 Phasen des Eintritts (vor dem 19. 9. 1930, vor dem 30. 1. 1933, nach dem 30. 1. 1933), die Berufe der Pg. sowie der PL. Besonders wertvoll ist, daß die aus der offiziellen Partei-Statistik bekannte Grobgliederung der sozialen Gruppen bzw. Berufe sehr viel stärker differenziert ist, z. B. bei „Arbeitern": Unterscheidung zwischen gelernten (dabei auch Heraushebung von Metall- und Bergbauarbeitern), ungelernten und Land-Arbeitern; bei den Bauern zwischen Erbhofbauern und Landwirten und Pächtern, bei den Lehrern zwischen akademischen und Volksschullehrern u.a.m. (Die Erwerbslosen sind unter ihrem erlernten Beruf geführt. Sie stellten 1935 im Kreis Memmingen-Land eine so geringe Zahl dar, insgesamt 42, daß sie bei unserer Auswertung vernachlässigt werden konnten.) Darüber hinaus sind den Erhebungen zu entnehmen die Altersstufen und die Aktivität der Pg. in der Partei, wie viele Personen von den der NSDAP angeschlossenen Gliederungen (SA, SS, SAR, NSKK, HJ, JV, BDM u. a.) und den von ihr betreuten Organisationen (DAF, NSV, Reichsnährstand, NS-Lehrerbund u. a.) erfaßt waren; die Anzahl der PL, die in einem der Parteiämter (NSBO, NS-Hago, Amt für Volkswohlfahrt, Agrarpolitischer Apparat, Amt für Beamte u. a.) tätig waren u. a. Die Statistik gibt weiterhin Auskunft über die Anzahl von Besprechungen der PL, der Zellen- und Blockleiter sowie über Schulungskurse (für PL und Pg.) und über Mitgliederversammlungen. Sie enthält auch Tabellen über die Ausrüstung der PL, die Geschäftsstellen der Politischen Organisation, den Stand des Parteiwesens und dergl.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen und handwerklichen Betrieben sowie auch in der Landwirtschaft. Der katholische Bevölkerungsanteil lag prozentual hoch (81,8 % Katholiken zu 18,1 % Protestanten). Neben wenigen (4) größeren gemischt-konfessionellen Gemeinden bestand eine ziemlich klare Scheidung zwischen katholischen und evangelischen Orten (5 Gemeinden rein katholisch, 37 über 80 % katholisch, 9 über 80 % evangelisch). Bis Ende 1932 hatte die Bayerische Volkspartei (BVP) im Bezirk Memmingen den stärksten Anhang (bei den Reichstagswahlen am 14. 9. 1930: 40,5 %, am 31. 7. 1932: 44,3 %, am 4. 11. 1932: 41,5 %). Die linken Arbeiterparteien (SPD, KPD) waren nur sehr schwach vertreten (1930: 7,1 %; Juli 1932: 5,3 %; November 1932: 6,0 %), noch schwächer die einzige im Kreis vertretene liberale Partei (DVP), die vor 1933 nur knapp unter oder knapp über 1 % der Stimmen erhielt. Der im Bezirk Memmingen wie in anderen agrarischen Bezirken Bayerns im Jahre 1930 stark angeschwollene Bayerische Bauernbund verlor bis Ende 1932 fast zwei Drittel seiner Wähler (1930: 30,7 %; Juli 1932: 11,8 %; November 1932: 13,7 %). Die NSDAP hatte schon im September 1930 mit 14,9 % der Stimmen ungefähr den Durchschnittswert ihres Erfolges auf Reichsebene erreicht. Sie stieg 1932 vor allem zu Lasten des Bauernbundes auf 35 % an. Die nach der Machtergreifung im Reich am 5. März 1933 abgehaltenen Reichstagswahlen erbrachten im Bezirk Memmingen eine für katholische Gebiete ungewöhnlich starke Verschiebung zu Gunsten der NSDAP (50,5 %) und zu Ungunsten der BVP (34,9 %). Ein starker opportunistischer Zuzug der NSDAP ist schon aus diesen Ziffern für den Bezirk abzulesen.

Organisatorische Entwicklung der NSDAP bis 1935

Vor der Machtübernahme der NSDAP in Bayern (9. 3. 1933) bestanden im Kreis Memmingen-Land 18 Ortsgruppen und 2 Stützpunkte der NSDAP. Zu ihnen gehörten die 3 großen Gemeinden mit über 2000 Einwohnern, sämtliche überwiegend katholisch (Ottobeuren, Legau, Grönenbach), wo die NSDAP schon 1922/23 organisatorisch kurzfristig Fuß gefaßt hatte, außerdem 5 überwiegend evangelische kleinere Gemeinden[11]. Die übrigen 12 Ortsgruppen bzw. Stützpunkte erfaßten 2 größere gemischt-konfessionelle Gemeinden[12] und 10 überwiegend katholische Orte meist mittlerer Größe[13]. Nur eine Ortsgruppe (Erkheim)

---

[11] Woringen (953 Ew.), Dickenreishausen (564 Ew.), Lauben (519 Ew., zur Ortsgruppe Lauben gehörte auch die evangelische Gemeinde Frickenhausen mit 415 Ew.), Volkratshofen (456 Ew.), Buxach (322 Ew.).

[12] Erkheim (1149 Ew., zur Ortsgruppe Erkheim gehörte auch die evangelische Gemeinde Arlesried mit 209 Ew.) und Lachen (790 Ew.).

[13] Böhen (961 Ew.), Kronburg (897 Ew.), Boos (798 Ew.), Buxheim (777 Ew.), Westernheim (709 Ew.), Markt-Rettenbach (696 Ew.), Fellheim (523 Ew.), Betzisried (460 Ew.), Ollarzried (437 Ew.), Niederdorf (281 Ew.).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist schon 1929 gegründet worden. Die übrigen Gründungen verteilten sich fast gleichmäßig über die folgenden drei Jahre: (1930: 7 Gründungen; 1931: 6; 1932: 5); ein Stützpunkt (Betzisried) war erst kurz vor der Machtergreifung der NSDAP entstanden (1. 3. 1933). Sieht man von den Frühgründungen der Jahre 1922/23 ab, so ergibt sich: Die NSDAP hatte in dem Bezirk keine alte organisatorische Basis, diese war offensichtlich in bescheidenem Maße erst mit der erfolgreichen Wahlagitation entwickelt worden. In 33 Gemeinden des Bezirks (drei Fünftel der gesamten Ortschaften) existierten vor dem 9. März 1933 keine Ortsgruppen und Stützpunkte. Unter ihnen waren 2 Gemeinden mit über 1000 Einwohnern[14], 12 Gemeinden mit je über 500 Einwohnern[15] und 19 Gemeinden unter 500 Einwohnern[16]. Die Organisationsentwicklung bis zum März 1933 zeigt wie bei der Wählerentwicklung eine überproportionale Stärke der NSDAP in den evangelischen Gemeinden. Die Tatsache, daß sich unter den Gründungen vor 1933 auch kleine katholische Gemeinden befanden, während andererseits in ziemlich großen Gemeinden keine Stützpunkte der Partei existierten, macht deutlich, daß vielfach besondere lokale, aus der Statistik nicht ablesbare Umstände für die organisatorische Entwicklung maßgeblich gewesen sind.

Über den Stand der Parteimitgliedschaft vor dem März 1933 fehlen genaue Angaben. Auf sie läßt sich nur rückschließen aus der Statistik über die Altparteigenossen nach dem Stand vom Januar 1935. Daraus ergibt sich, daß den 20 vor 1933 gegründeten Ortsgruppen und Stützpunkten 456 Altparteigenossen entsprachen, mithin pro Ortsgruppe oder Stützpunkt durchschnittlich rund 23 Mitglieder. Die aus der Statistik von 1935 nachweisbaren 456 Altparteigenossen verteilten sich auf fast alle Gemeinden des Kreises, wenn auch mit erheblichen Unterschieden. Daraus kann gefolgert werden, daß die vor 1933 existierenden Ortsgruppen und Stützpunkte, die relativ gleichmäßig auf das ganze Bezirksgebiet verstreut waren, organisatorische Bezugspunkte auch für außerhalb der Stützpunkte wohnende Parteigenossen bildeten. Da nach der Organisationsregel Ortsgruppen nur gebildet werden sollten, wo mindestens 50 Parteigenossen vorhanden waren (mindestens 15 Pg. bei der Gründung von Stützpunkten), so läßt sich schon für die Zeit bis 1933 feststellen, daß das Interesse der NSDAP zur Bildung möglichst zahlreicher lokaler

---

[14] Die rein katholischen Orte Lautrach (1063 Ew.) und Sontheim (1019 Ew.).

[15] Die katholischen Orte Heimertingen (832 Ew.), Benningen (755 Ew.), Amendingen (684 Ew.), Hawangen (765 Ew.), Pleß (665 Ew.), Niederrieden (618 Ew.), Guggenberg (596 Ew.), Egg (576 Ew.), Frechenrieden (557 Ew.), Engetried (543 Ew.) und die evangelischen Orte Memmingerberg (638 Ew.), Steinheim (630 Ew.).

[16] Die katholischen Dörfer Ungerhausen (484 Ew.), Attenhausen (469 Ew.), Günz (422 Ew.), Wolfertschwenden (421 Ew.), Haitzen (413 Ew.), Trunkelsberg (384 Ew.), Holzgünz (357 Ew.), Steinbach (321 Ew.), Lannenberg (303 Ew.), Schlegelsberg (262 Ew.), Eisenburg (248 Ew.), Schwaighausen (237 Ew.), Gottenau (228 Ew.), Daxberg (224 Ew.), Dietratried (161 Ew.), Kardorf (150 Ew.), Ferthofen (130 Ew.), Wineden (122 Ew.) und die gemischtkonfessionelle Gemeinde Zell (464 Ew.).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Organisationsstützpunkte auf dem Lande stark ausgeprägt war, auch wenn der zahlenmäßige Mitgliederstand als Voraussetzung hierfür noch nicht erreicht war.

Bezeichnend für die Organisationsaktivität der NSDAP ist, daß diese auch nach der Machtergreifung auf der Ebene der kleinen Gemeinden nicht nachließ oder stagnierte, sondern im Gegenteil eindrucksvoll intensiviert wurde. Im Kreis Memmingen wurden allein im April 1933 10 neue Ortsgruppen bzw. Stützpunkte der NSDAP gegründet, vor allem in den größeren Gemeinden, die bisher ohne NSDAP-Organisation gewesen waren[17]. Weitere Gründungen folgten im Mai (1)[18] und Juli (2) 1933, im Januar (1), April (1) 1934 und Februar (1) 1935. Zwei von ihnen (Zell und Engetried) wurden bis 1935 wieder aufgelöst, so daß sich Anfang 1935 ein Stand von 34 Ortsgruppen und Stützpunkten ergab.

In der gleichen Zeit, meist schon in den Monaten März und April 1933, hatte die Partei 692 neue Mitglieder gewonnen. Die nun insgesamt 1148 Parteigenossen, davon 37,9% Altparteigenossen, verteilten sich auf 34 NSDAP-Organisationen (= durchschnittlich 33,7 Pg. pro Ortsgruppe oder Stützpunkt). Bei den 20 Gemeinden ohne Ortsgruppe oder Stützpunkt der NSDAP handelte es sich ausschließlich um kleine katholische Dörfer[19].

Die auffallende Häufung von Neugründungen im April 1933 stand sicherlich auch im Zusammenhang mit der Neubildung der Gemeinderäte aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes vom 7. April 1933[20] und spiegelt insofern das Bestreben der Partei (Kreisleitung), der jeweiligen kommunalpolitischen Selbstverwaltung und ihren Exponenten in den einzelnen Gemeinden lokale Organisationen der NSDAP als Kontrollinstanz entgegenzusetzen.

Das unterschiedliche Durchsetzungsvermögen der NSDAP in evangelischen und katholischen Gemeinden zeigt sich auch nach dem März 1933. Vergleicht man die überwiegend (mehr als 80%) katholischen mit den überwiegend (mehr als 80%) evangelischen Gemeinden, so ergibt sich in Bezug auf die Verteilung der Parteimitgliedschaft folgendes Bild: Die 28 katholischen Gemeinden mit insgesamt 19319 Einwohnern zählten im Januar 1933 insgesamt 693 Parteigenossen (3,7%), nur rund ein Drittel von ihnen (27,5%) waren Altparteigenossen. In den 8 evangelischen Gemeinden mit zusammen 4495 Einwohnern gab es 237 Partei-

---

[17] Gründung des Stützpunktes (Stp.) Guggenberg am 8. 4., der Ortsgruppen (Ogr.) Sontheim am 10. 4., Benningen am 13. 4., des Stp. Ungerhausen am 14. 4., Amendingen am 17. 4., der Ogr. Günz am 17. 4., des Stp. Attenhausen am 18. 4., der Ogr. Memmingerberg am 30. 4., der Ogr. Zell und des Stp. Haitzen April 1933.

[18] Gründung der Ogr. Steinheim am 1. 5. 1933, Frechenrieden am 1. 7. und Engetried am 9. 7. 1933, der Stp. Niederrieden am 1. 1. und Heimertingen am 1. 4. 1934 sowie Lautrach im Februar 1935.

[19] Die größten von ihnen waren Pleß (665 Ew.), Wolfertschwenden (421 Ew.), Egg (576 Ew.), Holzgünz (357 Ew.), Trunkelsberg (387 Ew.).

[20] Wie aus den Gründungsdaten hervorgeht, liegen alle nachweisbaren Gründungen nach dem 7. 4.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genossen (5,3%), von denen jedoch zwei Drittel (61,2%) Altparteigenossen waren. Die absolute Zahl der Letzteren war in den 8 evangelischen Gemeinden (154) fast ebenso hoch wie in den 28 katholischen Orten (190). Es bestätigt sich: In den evangelischen Gemeinden konnte die NSDAP schon vor 1933, in den katholischen Orten im wesentlichen erst 1933 stärker Boden gewinnen. Dabei zeigen sich interessante Abweichungen auch im Hinblick auf die soziale Struktur: Fast nur in den evangelischen Gemeinden traten Bauern und Landwirte der NSDAP schon vor 1933 in größerer Zahl bei; in den katholischen Gemeinden setzten sich die Altparteigenossen nahezu ausschließlich aus Arbeitern, Handwerkern, Angestellten und kleinen Kaufleuten zusammen[21]; das in den Dörfern sozial und politisch vor allem einflußreiche Bauerntum war der NSDAP noch ferngeblieben.

Wie schon angedeutet, erlauben die für den Kreis Memmingen-Land überlieferten Parteistatistiken es auch, bestimmte Aussagen darüber zu machen, wie die organisatorisch-bürokratische Verfassung der Partei in den Landgemeinden beschaffen war und wie die NSDAP, z. B. durch den Grad der Uniformierung, öffentlich in Erscheinung trat. 40% der Ortsgruppen- und Stützpunktleiter gaben an, daß sie keine Geschäftsstelle besäßen; in allen anderen Fällen waren die sogenannten Geschäftsstellen in der Wohnung eines Politischen Leiters untergebracht, der auch, soweit vorhanden, sein Privattelefon in den Dienst der Partei stellte (insgesamt 7 Fälle). Im gesamten Kreis Memmingen-Land konnten lediglich 7 Geschäftsstellen telefonisch direkt erreicht werden, die übrigen nur über den öffentlichen Fernsprecher oder über Mittelspersonen mit Telefonanschluß. Keine dieser sogenannten Geschäftsstellen besaß hauptamtliche, etatisierte Mitarbeiter, weshalb man annehmen kann, daß sie auch über keine geregelten Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr verfügten. Ihre wichtigste Funktion bestand wohl darin, daß sie Karteien anlegten und verwalteten. Von ihnen gab es im Kreis Memmingen-Land nicht übermäßig viele: 1935 konnten lediglich 2 Zellen- bzw. Blockkarteien für Parteigenossen, 2 Karteien für Politische Leiter und 12 Zentralkarteien für Parteigenossen nachgewiesen werden[22]. Diese Daten lassen auf eine nur schwache bürokratische Effizienz der Partei auf der untersten Ebene schließen, mancherorts wird von ihr überhaupt nichts zu spüren gewesen sein. Die in der amtlichen Partei-Statistik von 1935[23] ausgesprochene Befürchtung, eine in den Geschäftsstellen vorgenommene Volksbetreuung könnte zur Verbeamtung führen, bewahrheitete sich jedenfalls im Kreis Memmingen-Land nicht.

Bekanntlich legte die Partei auf leistungsorientierte bürokratische Durchorganisation weniger Wert als auf ihren äußeren optischen Eindruck, den sie mit Uniformen, Fahnen, Aufmärschen u. ä. auf die Bevölkerung machte. Auch auf diesem

---

[21] Vgl. S. 555.

[22] Das bedeutet, daß ein gutes Drittel der Ogr. Zentralkarteien führten. In einer der Ortsgruppen soll auch eine Organisationskarte vorhanden gewesen sein.

[23] Partei-Statistik, a. a. O., Bd. 2, S. 508.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gebiet war es jedoch an der ländlichen Basis schlecht bestellt. Nur in wenigen Ortsgruppen (6) besaßen sämtliche Politischen Leiter Mütze und Dienstbluse, in der Regel konnte nur ein Teil der Politischen Leiter mit diesen Herrschaftsattribu- aufwarten. Der vorschriftsmäßige Dienstrock war in den Landgemeinden des Kreises eine große Seltenheit. Nur eine Ortsgruppe (Frechenrieden) war in der Lage, Uniform und Ausrüstung der Politischen Leiter[24] als vollständig vorhanden zu melden, allerdings wiesen diese beträchtliche Abweichungen in Art und Farbe auf[25]. Die Dürftigkeit, in der sich die Partei auf der unteren Ebene präsentierte – der Kreis Memmingen-Land bildete hier sicher keine Ausnahme[26] – darf nicht zu der Annahme verleiten, sie habe der Partei wesentlich geschadet. Den Einwohnern einer kleinen Gemeinde konnte schon durch wenige Politische Leiter in halbwegs vorschriftsmäßiger Dienstkleidung optisch vor Augen geführt werden, daß neue politische Machtträger neben die traditionellen Dorfhonoratioren getreten waren. 4 Politische Leiter (von insgesamt 10) mit Mütze und Dienstbluse in einem Dorf wie z. B. Buxach (mit nur 327 Einwohnern) mußten Aufsehen erregen und brachten bei der unpolitischen Tradition bäuerlich-dörflicher Gemeinwesen die ungewohnte, von der NSDAP herrührende Politisierung anschaulich zum Ausdruck.

Aus lokalen Parteiberichten wissen wir[27], daß die NSDAP auf dem Lande, insbesondere in katholischen Gemeinden, durch politische Versammlungen mit weltanschaulichen Themen oder durch andere Versuche der direkten Indoktrinierung wenig Erfolg hatte. Auch für den Kreis Memmingen-Land bestätigt sich aus den Daten über die Aktivität der Partei, daß sie sich vor allem bemühte, über Dorffeiern und Heimatabende, Umzüge und Musikkapellen, anknüpfend an die Traditionen von Bauern-, Schützen- oder Kriegervereinen, für sich zu werben. 1935 wurden im Kreis insgesamt 55 Fahnen und „Fähnlein" gezählt, darunter waren aber nur 7 Fahnen der politischen Organisation. Unter den 33 „sonstigen" Fahnen befanden sich allein 15 NS-Bauernschaftsfahnen[28]. Es gab Ortsgruppen, in denen die Partei rein äußerlich durch nichts anderes als durch eine NS-Bauernschaftsfahne repräsentiert wurde[29]. Eine einzige Ortsgruppe hatte es zu einer eigenen Kapelle gebracht. Im Bedarfsfall sprang meistens die örtliche Blasmusik ein[30].

---

[24] Dazu gehörten Mütze, Dienstbluse, Dienstrock, Brotbeutel, Feldflasche, Tornister, Zeltbahn, Kochgeschirr und Pistole.

[25] So mußte z. B. Buxach melden, daß sämtliche Hosen aus braunem und nicht aus olivgrünem Stoff geschneidert waren; Legau konnte zwar Dienstblusen vorweisen, diese hatten aber z. T. keine Spiegel.

[26] Partei-Statistik, a. a. O., Bd. 2, S. 484 ff.

[27] Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, a. a. O., S. 487–526.

[28] Des weiteren wurden 6 NSBO- und 9 DAF-Fahnen gezählt.

[29] Ogr. Volkratshofen besaß weder eine Geschäftsstelle noch eine Kartei, ihre PL besaßen weder Uniformen noch Ausrüstung.

[30] Es wurden 18 Ortskapellen gezählt, die für Parteiveranstaltungen eingesetzt werden konnten.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wandel der sozialen Struktur der NSDAP im Verlauf der Machtübernahme

Der Übergang von der Kampfpartei zur Herrschaftspartei, der durch die Machtergreifung markiert war, veränderte die Aufgaben der NSDAP. Es kam nicht mehr darauf an, möglichst viele Anhänger und Wähler zu gewinnen, wofür die sozial benachteiligten Unterschichten sich besonders anboten. Die Herrschaftsausübung stellte die NSDAP gerade im lokalen Bereich stärker als vorher vor das Problem ihres Verhältnisses zu den bisherigen politischen und sozialen Führungskräften. Die Erfassung des Volksganzen, die die Aufgabe der Partei auf lokaler Ebene bildete, war in den personalisierten Verhältnissen kleiner Gemeinden nicht zu trennen von dem sozialen Prestige der Führer und Exponenten der NSDAP. Von daher mußte es ihr Bestreben sein, sich mit kleinstädtischen und Dorfhonoratioren zu arrangieren oder diese zu sich herüberzuziehen. Andererseits bestand die Gefahr, daß die NSDAP durch solche Assimilationen an die alten Führungsschichten und durch die ihr rasch zuströmenden Neumitglieder in ihrer politischen Eigenständigkeit geschwächt, oder daß sie gar von den traditionellen Autoritäten und Einflußträgern unterwandert und zu deren politischem Organ gemacht werden würde. Von den Daten der Veränderung der sozialen Struktur der NSDAP nach 1933 läßt sich gewiß nicht allein ablesen, wie sich das Verhältnis zwischen dem politischen Machtanspruch der NSDAP und den Trägern „sozialer Herrschaft" in den Gemeinden des Landkreises Memmingen entwickelte. Sie geben aber dafür einige bemerkenswerte Anhaltspunkte.

Wir gehen hierbei zunächst von den Mitgliedern der NSDAP aus. Der Vergleich der sozialen Gliederung der Altparteigenossen mit der der Neuparteigenossen ergibt folgendes Bild:

Beruf	Altparteigenossen (%)	Neuparteigenossen (%)	Verhältnis von Altparteigenossen zu Neuparteigenossen (%)
Gelernte Arbeiter	23,2	16,6	46 : 54
Ungelernte Arbeiter	8,3	5,5	50 : 50
Landarbeiter	13,4	10,4	47 : 53
Arbeiter insgesamt	44,9	32,5	47 : 53
Angestellte	4,2	4,9	38 : 62
Handwerker und Kaufleute	12,5	13,0	38 : 62
Erbhofbauern	16,2	22,5	32 : 68
Landwirte und Pächter	9,6	8,8	42 : 48
Beamte	0,2	2,6	8 : 92
Volksschullehrer	0,6	3,3	12 : 88
Freie Berufe	0,6	1,3	25 : 75
Sonstige	11,2	11,1	55 : 45

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Unterschied der sozialen Zusammensetzung von Alt- und Neuparteigenossen kommt deutlich zum Ausdruck. Bei ersteren hatten die Arbeiter[31] mit 44,9% einen unverhältnismäßig hohen Anteil, verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Bezirks. Ein Zeichen dafür, daß die NSDAP vor 1933 in dem bäuerlich-katholisch geprägten Gebiet überwiegend als „proletarische" Bewegung in Erscheinung getreten war. Es ist anzunehmen, daß auch die Angestellten, kleinen Handwerker, Kleinlandwirte und Pächter, die zusammengenommen weitere 26,3% der Altparteigenossen ausmachten, eher der unteren Mittelschicht zuzurechnen waren. Bei den Neuparteigenossen waren dagegen die Angehörigen der besser situierten Mittelschichten, die in den Landgemeinden den Ton angaben, vor allem die (Erbhof-)Bauern (Besitzgröße über 7,5 ha), weit stärker vertreten. Wenn es auch bemerkenswert ist, daß der Anteil der Arbeiter noch immer überdurchschnittlich hoch war, so verringerte er sich doch beträchtlich, relativ am meisten der Anteil der ungelernten Arbeiter. Von den wichtigsten sozialen Gruppen verstärkte sich der Anteil der Bauern am auffälligsten. Die NSDAP hatte sichtlich ihren überwiegend proletarischen Einschlag überwunden. Infolge der Machtergreifung wandten sich ihr in Memmingen ebenso wie anderswo auch Beamte und Lehrer zu, die unter den Altparteigenossen fast gar nicht vertreten waren. Auch unter den Bauern, Handwerkern und Angestellten, die Mitglieder der Partei waren, bildeten die Altparteigenossen eine Minderheit von 32–38%, während sie unter den aus der Arbeiterschaft kommenden Parteigenossen fast die Hälfte ausmachten. Der Anteil der dörflichen Oberschicht (repräsentiert vor allem durch die Bauern) und der Unterschicht (repräsentiert durch die Arbeiter) wies in evangelischen und katholischen Gemeinden deutliche Unterschiede auf[32].

	Arbeiter unter den Parteigenossen	Bauern und Landwirte unter den Parteigenossen
8 evangelische Gemeinden	30,3%	39,2%
28 katholische Gemeinden	36,1%	29,3%

In den evangelischen Gemeinden vermochte die NSDAP stärker in der Bauernschaft Fuß zu fassen, in den katholischen Gemeinden blieb sie stärker eine „proletarische" Partei.

[31] Die Partei errechnete den Prozentanteil der Pg. immer in Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten, wodurch der Prozentsatz an Pg. stieg. Oftmals verrechnete man sich auch noch zu Gunsten der Partei. Der Kreisleiter gab an, daß 6,2% der Wahlberechtigten Pg. gewesen seien, was bei 26 664 Wahlberechtigten auch zu hoch gegriffen war; StA Neuburg, NSDAP, o. Sign. (Leitzordner 71).

[32] Berücksichtigt wurden bei dem Vergleich nur 28 über 80% katholische und 8 über 80% evangelische Gemeinden.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nimmt man die Mitgliedschaft als Kriterium des sozialen Prestiges und der sozialen Anziehungskraft, so ist aufgrund der Daten gleichwohl festzustellen, daß die NSDAP die nach ihrem Einfluß wichtigste soziale Gruppe, die überwiegend katholischen Bauern, auch nach 1933 noch immer in weit geringerem Maße als die Arbeiterschaft und die kleinbürgerliche Bevölkerung zu gewinnen vermochte.

Die weiterhin bestehende Reserve der Bauern gegenüber der NSDAP bildete eine stereotype Klage auch in den monatlichen Tätigkeits- und Stimmungsberichten von Ortsgruppenleitern des Kreises. Einer von ihnen machte anläßlich des schlechten Ergebnisses der Volksabstimmung am 19. 8. 1934[33] die der Partei gegenüber bestehenden sozialen Vorbehalte als Gründe geltend. „Zu manchen Unterführern" bestehe „kein so rechtes Vertrauen". Das Volk beurteile sie „nicht nur nach ihren rednerischen Talenten, sondern auch nach ihren wirtschaftlichen Erfolgen. Solange noch Leute, welche ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten nur mit einem erfolgreichen Konkurs oder einer Sanierung nachweisen können, als Amtsleiter innerhalb ihrer Partei oder ihrer Gliederung tätig sind, werden wir auch an manchen anderen Orten mit Mißergebnissen rechnen müssen."[34] Vor allem die Großbauern, so hieß es in einem Bericht des Kreispropagandaleiters Memmingen-Land für August 1934[35], sparten am wenigsten mit Kritik. In ihren Augen blieb die NSDAP weitgehend noch immer eine Partei der Hungerleider. Wenn der Ortsgruppenleiter in der Gemeinde Lauben im Oktober 1933 in seinem Monatsbericht irritiert feststellen mußte, daß mehrere Bauern sich nicht einmal bereit finden konnten, in die NS-Bauernschaft einzutreten („Diese sagen einfach, wir mögen nicht"[36]), so bringt auch dies den latenten Spannungszustand zwischen der Bauernschaft und der NSDAP zum Ausdruck. Wie in anderen bayerischen Landgemeinden entstanden Konflikte zwischen der NSDAP und den Großbauern durch den relativ hohen Anteil von Landarbeitern unter den Parteimitgliedern und den Umstand, daß manche Amtswalter der NSDAP sich für eine bessere Entlohnung landwirtschaftlicher Dienstboten einsetzten[37], während viele katholische Großbauern die verläßlichsten Anhänger der BVP gewesen waren. Der Ortsgruppenleiter in Lau-

---

[33] Im Kreis Memmingen-Land lag der Durchschnitt der Neinstimmen bei der Volksabstimmung bei 9,8 %, mithin höher als der Durchschnitt sämtlicher Bezirksämter im Regierungsbezirk Schwaben (8,1 %). Verglichen mit dem Durchschnitt der Neinstimmen sämtlicher Bezirksämter Bayerns (5,3 %) war der Prozentanteil an Neinstimmen in manchen Gemeinden des BA Memmingen sehr hoch, z. B. Daxberg 54 %, Niederdorf 20,5 %, Gottenau 19,5 %, Egg 19 %, Lannenberg 18,5 %, Ottobeuren 18,2 %. Die hier berichtende Org. hatte allerdings nur 5,5 % Neinstimmen; StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 13).

[34] Bericht der Ogr. Heimertingen für August 1934; StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 66).

[35] Bericht des Kreispropagandaleiters Memmingen-Land für August 1934; StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 66).

[36] Bericht der Ogr. Lauben für September 1933; StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 53).

[37] Bericht der Ogr. Dickenreishausen vom 29. 2. 1936, StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 53).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben bezeichnete sie, die Großbauern, am 3. 5. 1934 rundum als „ehemalige Gegner der NSDAP in unserer Gemeinde", die immer wieder versuchten, „an verschiedenen Regierungsmaßnahmen, z. B. Arbeitsbeschaffung (Straßenbau), Siedlungen usw." Kritik zu üben. Er schlug auch vor, „daß bei Sammlungen Vorschriften gemacht werden könnten, damit auch die Großbauern, die sich ja immer weigern, Spenden zu geben, zu diesen herangezogen werden könnten"[38].

Für das Verhältnis zwischen NSDAP und Großbauerntum spielte in Memmingen-Land zweifellos eine Rolle, daß in einigen Ortsgruppen noch 1935/36 Arbeiter, kleine Landwirte oder Land-Handwerker als Ortsgruppenleiter amtierten und die in den sozial schwächeren Schichten gegenüber den Großbauern bestehenden Vorbehalte als Partei-Meinung artikulierten. Der Ortsgruppenleiter Schütz aus Heimertingen, ein kleiner Land-Handwerker, berichtete am 6. 5. 1936 an die Kreisleitung von den Hungerlöhnen der Landarbeiter und der Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen des landwirtschaftlichen Arbeiters ebenso tariflich zu gestalten wie in anderen Berufen. Stützpunktsleiter Sturm (Buxach), von Beruf Arbeiter, schrieb am 25. 2. 1936: „Ich glaube auch, daß die Landflucht zu einem großen Teil behoben wird, sobald anständige Löhne in der Landwirtschaft bezahlt werden. Wir haben heute noch Bauern, die wirklich eine goldene Zeit haben und ihren Dienstboten das Nötigste vorenthalten." Noch schärfer der Ortsgruppenleiter von Legau am 31. 1. 1936: „Löhne von 6–7 Mark pro Woche, bei einer Arbeitszeit von 14 Stunden täglich, ist einfach zu wenig und es ist leicht erklärlich, daß die Bauern keine Leute bekommen. Der bäuerliche Arbeiter ist auch als Mensch zu behandeln. Die Schlaf- und Wohnräume dieser Leute sind oft geradezu miserabel und es wäre am Platze, auch hier nach dem Rechten zu sehen."

Fragt man nicht nur nach dem faktischen sozialen Prestige der Partei, sondern darüber hinaus nach der bewußten sozialen Selbstdarstellung der NSDAP als eines der Mittel ihrer Einfluß- und Machtausübung, dann kommt der sozialen Gliederung der von der Partei ernannten Politischen Leiter größere Bedeutung zu als der der freiwillig beigetretenen Mitglieder. Da die Politischen Leiter weitgehend identisch waren mit der meist kleinen Gruppe nicht nur Beitrag zahlender, sondern aktiver Parteigenossen und die NSDAP in erster Linie von ihnen in den Gemeinden repräsentiert wurde, läßt sich an ihrer sozialen Zusammensetzung genauer ablesen, welche sozialen Gruppen in der lokalen Parteiorganisation vorherrschten. Der Vergleich der sozialen Gliederung der Politischen Leiter mit der der Mitglieder liefert Anhaltspunkte dafür, welche Gruppen der Bevölkerung (und unter den Mitgliedern) die Parteileitung glaubte vernachlässigen zu können und welche sie vor allem zu repräsentieren suchte.

Die Zahl der Politischen Leiter (1935 insgesamt 252 im Kreis Memmingen-Land) konnte entsprechend dem Organisationsschema der Partei auch auf Ortsgruppenebene bis zu einem Dutzend Personen mit getrennten Funktionen aus-

[38] Bericht der Ogr. Lauben vom 3. 5. 1934, ebenda, die folgenden Berichtszitate: StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 18).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gedehnt werden[30]. Tatsächlich zählten die meisten Ortsgruppen in Memmingen-Land, wie sich aus der Erhebung der Kreisleitung von 1935 ergibt, zwischen 3 und 5 Politische Leiter, ausschließlich des als „Hoheitsträger" figurierenden Ortsgruppenleiters, dessen „Stab" sie theoretisch bildeten. In Einzelfällen ging die Zahl aber weit darüber hinaus und dürfte dann mit präziser Amtsbeauftragung kaum noch etwas zu tun gehabt haben, sondern eher dem Bestreben einzelner Ortsgruppenführer zuzuschreiben sein, eine Repräsentanz verschiedener Dorfgruppen und -interessen zu erreichen und sie mit den Ambitionen alter Parteimitglieder zu vereinbaren.

Soziale Zusammensetzung der Politischen Leiter im Vergleich zur Mitgliedschaft der NSDAP (Stand 1935)

Beruf:	Politische Leiter %	NSDAP-Mitglieder %
Gelernte Arbeiter	17,0	20,1
Ungelernte Arbeiter	4,0	6,6
Landarbeiter	3,2	11,6
Angestellte	6,3	4,8
Handwerker	22,2	12,9
Kaufleute	7,5	5,3
Erbhofbauern	19,9	20,0
Landwirte und Pächter	8,3	9,1
Beamte	2,4	1,7
Volksschullehrer	5,9	2,2
Freie Berufe	1,2	1,0
Sonstige	2,1	15,7

Der Vergleich zeigt: Ungelernte Arbeiter und Landarbeiter, die zusammen 18,2 % der NSDAP-Mitglieder stellten, waren unter den Politischen Leitern nur noch mit 7,2 % vertreten. In geringem Maße ging der Anteil bei den gelernten Arbeitern zurück, auch bei den kleinen Landwirten und Pächtern. Unter den Politischen Leitern waren die Erbhofbauern etwa proportional zu ihrem Anteil unter den Mitgliedern vertreten; höher dagegen die Handwerker, die hier überhaupt die stärkste Gruppe bildeten, weit überrepräsentiert die Volksschullehrer. Kaufleute, Bauern, Handwerker, Lehrer, Beamte und Freie Berufe, d. h. die „Mittel- und Oberschichten" von Landgemeinden, waren zusammen mit 59,4 % (bei den Mitgliedern nur mit 43,1 %) vertreten.

[30] Das theoretische Schema für die Ortsgruppenorganisation sah, wie auf Kreisebene, folgende ständig zu besetzende Amtswalterfunktionen (Politische Leiter) vor; Organisationsleiter, Schulungsleiter, Personalamtsleiter, Propagandaleiter, Kassenleiter, Hilfskassenobmann; außerdem fakultative Amtsleiterfunktionen für die Nebenorganisationen: NSV, NS-Kriegsopferversorgung, DAF, u.a.m. Vgl. VWL Organisationshandbuch der NSDAP, hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München, 7. Aufl., S. 124 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei der Berufung der Politischen Leiter war die NSDAP offenbar bemüht, den sozial dominierenden, besser situierten Mittelstand vorrangig zu berücksichtigen, d. h. die Gruppe der Parteiaktivisten mit den Dorfautoritäten in Einklang zu bringen. Das zeigt sich besonders an dem Umstand, daß zwei Drittel der Politischen Leiter, die den vorgenannten mittelständischen Berufen angehörten, erst nach dem 30. 1. 1933 der NSDAP beigetreten waren, während die Altparteigenossen bei den gelernten Arbeitern unter den Politischen Leitern 70% ausmachten und 25% sogar schon vor dem September 1930 der NSDAP beigetreten waren.

Die Durchschnittswerte des Vergleichs der sozialen Gliederung von Parteigenossen und Politischen Leitern auf Kreisebene zeigen die allgemeine Tendenz, verwischen aber die erheblichen Unterschiede in den einzelnen Ortsgruppen und Stützpunkten. Geht man auf die lokalen Daten zurück, so läßt sich eine Reihe bemerkenswerter Varianten erkennen. Wir gehen von 30 Ortsgruppen und Stützpunkten des Kreises aus, deren Daten in genügender Differenzierung vorliegen.

Nur in 11 dieser lokalen Parteiorganisationen bestand zwischen der sozialen Zusammensetzung der Politischen Leiter und der der Parteimitglieder eine einigermaßen proportionale Entsprechung. Bei 6 von ihnen hatte man die Zahl der Politischen Leiter extrem vermehrt[40], offenbar um die Proportionalität zu erreichen.

In 7 weiteren Ortsgruppen waren zwar Parteigenossen verschiedener Berufsgruppen unter den Politischen Leitern vertreten, aber es bestand ein deutliches Mißverhältnis, verglichen mit der Zusammensetzung der Parteimitglieder, meist zu Gunsten der angesehenen Sozialgruppen, vor allem der Bauern[41]. In 12 lokalen Parteiorganisationen war dies noch schärfer ausgeprägt: Hier waren die Ämter der Politischen Leiter einseitig in der Hand einer sozialen Gruppe, meist der Bauern[42] oder der Bauern, Handwerker und Kaufleute[43]. In 8 Ortsgruppen wurden die Arbeiter unter den Parteigenossen, obwohl sie einen sehr beträchtlichen Teil der Mitglieder und den größten Teil der Altparteigenossen ausmachten, bei der Verteilung der Mandate der Politischen Leiter ganz oder fast ganz übergangen[44]. Aus-

[40] Bei den Ogr. Legau (17 PL bei 77 Pg.), Ottobeuren (17 PL bei 71 Pg.), Sontheim (10 PL bei 37 Pg.), Markt-Rettenbach (9 PL bei 53 Pg.), Lachen (9 PL bei 45 Pg.), Amendingen (10 PL bei 14 Pg.).

[41] In den 2 katholischen Ogr. Benningen und Buxheim zu Gunsten der Arbeiter.

[42] In der Ogr. Woringen waren PL: 5 Bauern, 2 Handwerker, 1 Angestellter, (die Pg. setzten sich zusammen aus 25 Bauern, 15 Arbeitern, 7 Handwerkern, 4 Kaufleuten, 3 Angestellten), PL in Niederdorf: 3 Bauern (Pg.: 19 Bauern, 11 Arbeiter, 4 Kaufleute, 2 Sonstige), PL in Niederrieden: 4 Bauern, 1 Handwerker (Pg.: 9 Bauern, 9 Arbeiter, 3 Handwerker, 1 Rentner), PL in Guggenberg: 2 Bauern, 1 Handwerker (Pg.: 7 Arbeiter, 3 Bauern, 1 Handwerker), PL in Haitzen: 4 Bauern (Pg.: 7 Arbeiter, 7 Bauern, 1 Kaufmann).

[43] Eine Ausnahme bildete die Ogr. Ungershausen, wo 3 Beamte, 1 Volksschullehrer und 1 Landwirt die 5 PL stellten (von den 27 Pg. der Org. waren 11 Arbeiter und 9 Bauern) und die Ogr. Heimertingen, wo 2 Handwerker allein die PL stellten, obwohl Arbeiter und Bauern die weit überwiegende Anzahl der Pg. (12 von 15 Pg.) stellten.

[44] Beispiele: Westerheim: PL: 1 Handwerker, 1 Kaufmann, 1 Landwirt, 1 Lehrer, kein Arbeiter, obwohl sich unter den 19 Pg. des Stp. 9 Arbeiter befanden; Volkratshofen: PL: 1 Kaufmann, 2 Landwirte, 1 Lehrer, obwohl 11 von 34 Pg. Arbeiter waren.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahmen bildeten 3 Ortsgruppen, wo die Arbeiter unter den Parteigenossen bei den Politischen Leitern überrepräsentiert waren[45].

Im großen ganzen lassen sich zwei entgegengesetzte Varianten bzw. Gemeindetypen unterscheiden, die etwa gleich stark waren: Einerseits die Tendenz zur harmonisierenden Repräsentanz aller wichtigen in der Partei vertretenen Sozialgruppen, andererseits die Tendenz zur Homogenität und Ausschließlichkeit einer Sozialgruppe, was entweder Potenzierung der sozialen Herrschaft durch die politische Herrschaft bedeuten konnte oder (in seltenen Fällen) Ausspielung der parteipolitischen Macht durch die proletarischen Mitglieder der Partei gegen soziale Führungsschichten.

In Bezug auf die politische und soziale Durchsetzung der Partei in den Landgemeinden waren die Ortsgruppen- und Stützpunktleiter der NSDAP erheblich wichtiger als die Politischen Leiter. In ihrer Eigenschaft als Hoheitsträger bildeten sie die eigentlichen Exponenten des Führungswillens der Partei, verkörperten entweder neben den Bürgermeistern, in Personalunion mit ihnen oder im Konflikt mit ihnen die politische Autorität im Dorfe. Die soziale Gliederung der Ortsgruppen- und Stützpunktleiter ergibt, verglichen mit der der Politischen Leiter ein bemerkenswert verändertes Bild. Eine außerhalb der Fragebogen-Erhebung von Januar 1935 in den Akten der Kreisleitung Memmingen-Land enthaltene Aufstellung über die am 1. 10. 1935 amtierenden 35 Ortsgruppen- und Stützpunktleiter mit Berufsangaben ermöglicht eine Übersicht. Dabei mußten allerdings die Berufsgruppen „Bauern und Landwirte" und „Handwerker und Kaufleute" zusammengefaßt werden, weil die Angaben eine Unterscheidung nicht oder nicht exakt zulassen:

Soziale Zusammensetzung der Ortsgruppen- und Stützpunktleiter der NSDAP (Stand 1. 10. 1935)[46]

Berufsgruppen	Ortsgruppen- und Stützpunktleiter %	davon Altparteigenossen %
Gelernte Arbeiter	11,4	75
Ungelernte Arbeiter	2,8	100
Angestellte	11,4	75
Handwerker und Kaufleute	11,4	50
Bauern und Landwirte	54,5	63,1
Beamte	2,8	0
Sonstige	5,7	100

[45] Besonders deutlich im evangelischen Buxach: Die 28 Mitglieder der Partei setzten sich zusammen aus 13 Arbeitern (12 von ihnen waren Alt-Pg.), 2 Handwerkern und 15 Bauern und Landwirten (12 davon Alt-Pg.). Unter den 10 PL befanden sich 8 Arbeiter, 1 Bauer, 1 Handwerker.

[46] Eine vom 1. 7. 1935 stammende offizielle (gedruckte) Mitteilung der Kreisleitung Memmingen über die Ogr. und Stp. des Kreises mit Angabe der Namen und Berufe ihrer Leiter

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Auffallendste ist: Etwa die Hälfte der örtlichen Hoheitsträger der Partei (insgesamt 19) waren Bauern und Landwirte (teilweise mit handwerklichem oder gewerblichem Nebenbetrieb), obwohl diese Berufsgruppe sowohl unter den Mitgliedern wie unter den Politischen Leitern viel schwächer (mit nur 25–30 %) vertreten waren. Handwerksmeister und gewerbliche Kaufleute bildeten ein weiteres Viertel, Arbeiter und Angestellte ebenfalls nur ein Viertel unter den Ortsgruppen- und Stützpunktleitern. Die Gliederung ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, daß die Parteileitung (Kreisleitung) bei der Berufung der lokalen Hoheitsträger in den Landgemeinden die Vertreter angesehener Berufe ohne Berücksichtigung einer proportionalen Repräsentanz der Parteimitgliedschaft zu berücksichtigen suchte. Bezeichnend ist auch, daß man die Volksschullehrer, die zwar für organisatorische Parteiaufgaben in Nebenämtern, als Politische Leiter, gut zu gebrauchen waren, wohl wegen ihres ungenügenden sozialen Prestiges in den Landgemeinden nicht entsprechend ihrer Ausbildung als Hoheitsträger heranzog.

Aus der Aufstellung ergibt sich aber noch ein anderes, dieser Tendenz eher widersprechendes Merkmal: Im Gegensatz zur Berufungspraxis bei den Politischen Leitern, wo Neuparteigenossen überwiegend berücksichtigt wurden (insgesamt 151 von 252), stellten bei den Ortsgruppen- und Stützpunktleitern die Altparteigenossen die klare Mehrheit (23 von 35), auch unter denjenigen, die Bauern oder Landwirte waren. Daraus kann gefolgert werden: Die starke Tendenz der Partei, bei der Berufung der lokalen Hoheitsträger vor allem Vertreter des sozialen „Esta-

---

(BA Memmingen, Nr. 8325) weicht in mancher Hinsicht von der im folgenden wiedergegebenen parteiinternen Berufsstatistik der Ortsgruppenleiter ab. In ihr erscheint nur noch 1 Hilfsarbeiter als „Arbeiter" (Buxach), daneben für 8 gelernte Arbeiter oder Angestellte unter den Ortsgruppen- oder Stützpunktleitern folgende Berufsbezeichnungen: 1 Schreiner (Buxheim), 1 Bautechniker (Westerheim), 1 Reichsbahnrottenführer (Ungerhausen), 2 Käser (Lautrach, Legau), 1 Mechaniker (Steinheim), 1 Schuhmacher (Volkratshofen), 1 Konditor (Ottobeuren). Sie weist ferner als Berufe der Ortsgruppenleiter aus: 12 Bauern (Böhen, Dickenreishausen, Erkheim, Frechenrieden, Günz, Haitzen, Hawangen, Lachen, Memmingerberg, Niederdorf, Sontheim, Woringen), 1 „Bauer und Kiesgrubenbesitzer" (Benningen), 1 „Bauer und Maurermeister" (Guggenberg), 1 „Landwirt und Schmiedmeister" (Heimertingen), 2 Landwirte (Betzisried, Ollartsried); schließlich 7 Handwerker: 1 Bäckermeister (Attenhausen), 1 Meisterkäser (Boos), 1 Schneidermeister (Engetried), 1 Gerbermeister (Grönenbach), 1 Schuhmachermeister (Lauben), 1 Braumeister (Niederrieden), 1 Wagnermeister (Pleß) sowie folgende 3 gewerbliche Berufe: 1 Kaufmann (Amendingen), 1 Holzhändler (Fellheim), 1 Ziegeleibesitzer (Kronburg).

Nach diesen genauen Berufsangaben würde sich folgende soziale Gliederung der Ortsgruppenleiter ergeben:

Ungelernte Arbeiter	1	(2,8 %)
Gelernte Arbeiter oder Angestellte	8	(22,4 %)
Handwerksmeister	7	(19,6 %)
Bauern	12	(33,6 %)
Bauern mit Handwerks- oder Gewerbebetrieben	2	(5,6 %)
Landwirte mit Handwerksbetrieben	1	(2,8 %)
Landwirte	2	(5,6 %)
Kaufleute oder gewerbliche Unternehmer	3	(8,4 %)

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

blishments" in den Gemeinden zu berücksichtigen, machte doch vor den opportunistischen Neuparteigenossen aus diesen Schichten meist halt. Die Parteileitung legte meist Wert darauf, in der Partei schon „bewährte" (Alt-)Parteimitglieder zu Hoheitsträgern zu machen.

NSDAP und Gemeindeämter

An der Verteilung der Gemeindeämter, dem Ausgang des Kampfes um sie, der nicht selten mit Heftigkeit geführt wurde, entschied sich meist am klarsten, wer die Macht im Dorfe besaß, wie und um welchen Preis die NSDAP sich gegen die Dorfhonoratioren durchzusetzen vermochte. Am wichtigsten war dabei das Bürgermeisteramt.

Bei der Neubildung der Gemeinderäte aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes, das im Bezirk Memmingen schon in der letzten Aprilwoche 1933 vollzogen wurde, entfielen entsprechend den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 von den insgesamt 441 Gemeinderatsmandaten des Bezirks 268 auf die NSDAP, 149 auf die BVP, 19 auf den Bayerischen Bauernbund, 5 auf die SPD und 1 auf den Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot[47]. Eine Folge des Gleichschaltungsgesetzes war, daß die parteilosen Gemeinderäte von der kommunalpolitischen Bühne verschwanden (oder sich veranlaßt sahen, schnell einer Partei – meist der NSDAP – beizutreten), obwohl sie in den Landgemeinden stets einen erheblichen Anteil ausgemacht hatten und oft als Vertrauenspersonen – weil nicht parteigebunden – besonders respektiert worden waren.

Nominelles Ergebnis der Neubildung war: In 29 von insgesamt 55 Gemeinden hatte die NSDAP die Mehrheit unter den Gemeinderäten, darunter 7 evangelische Gemeinden mit ausschließlich NSDAP-Gemeinderäten[48]. In 13 Gemeinden war sie in der Minderheit geblieben und in weiteren 13 Gemeinden hielten sich die NSDAP-Mandate und die auf die BVP und die kleineren Parteien entfallenen Mandate die Waage. In 8 katholischen Gemeinden konnte die BVP ohne die Unterstützung anderer Parteien die Mehrheit gegen die NSDAP im Gemeinderat noch bis zum Juli 1933 (Auflösung der BVP) behaupten[49]. Aufgrund dieses Kräfteverhältnisses wurden auch die Ämter des 1. und 2. Bürgermeisters fast ausschließlich an Mitglieder der NSDAP oder BVP vergeben[50]. Die NSDAP verstand es, bis zum Mai 1933 insgesamt 45 Ämter des 1. Bürgermeisters in die Hand zu bekommen und ein weiteres durch einen „NSDAP-Anhänger" zu besetzen, die BVP nur 8.

---

[47] StA Neuburg, BA Memmingen 8325.

[48] Arlesried, Buxach, Dickenreishausen, Lauben, Niederdorf, Volkratshofen, Woringen.

[49] Attenhausen, Kardorf, Kronburg, Lautrach, Schlegelsberg, Steinbach, Ungerhausen, Westerheim.

[50] Nur 7 Ämter des 1. oder 2. Bürgermeisters gingen an den Bauernbund oder Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den insgesamt 45 Stellen für 2. Bürgermeister, die in den Gemeinden besetzt wurden, fand die BVP durch 12 Posten etwas stärkere Berücksichtigung.

Die Akten geben leider keine Auskunft darüber, wieviele von den im April und im Mai 1933 neu berufenen NSDAP-Gemeinderäten und -Bürgermeistern schon vor der Machtergreifung der Partei angehört hatten und wieviele ihr erst in diesen Wochen beigetreten waren. Anhaltspunkte liefern jedoch Personalbögen vom Mai 1936[51], zu einer Zeit, als nur noch die Ämter des 1. Bürgermeisters bestanden und es infolge der Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 verschiedentlich auch zu einem neuerlichen Personalwechsel gekommen war. Unter den 24 NSDAP-Bürgermeistern des Bezirks, die von 1933–1936 im Amt geblieben waren, befanden sich nur 7 Altparteigenossen. Die anderen (17) hatten sich der NSDAP erst im Frühjahr 1933 angeschlossen, 10 von ihnen waren (offenbar vorher parteilose) Altbürgermeister, die dieses Amt zum Teil schon seit vielen Jahren innehatten. Der schnelle Parteieintritt im März oder April 1933 diente ihnen augenscheinlich meist zur Erhaltung des Bürgermeisteramtes. Weitere 10 Altbürgermeister der BVP konnten sich dann ab Juli 1933 als parteilose Bürgermeister bis 1936 (oder länger) halten.

Diese Daten zeigen, daß der Einbruch der Partei in die Gemeindeverwaltung faktisch im Frühjahr 1933 sehr viel geringer war als dies nominell infolge des schnellen Parteieintritts von Altbürgermeistern und sonstigen Ortshonoratioren (die zu neuen NS-Bürgermeistern oder -Gemeinderäten ernannt wurden) in Erscheinung trat.

Wie wenig von einer absoluten Herrschaft der NSDAP in den Gemeinden die Rede sein konnte, zeigte sich im Laufe der Veränderungen in der Zusammensetzung der Gemeinderäte und bei der Besetzung der Bürgermeisterämter nach der Auflösung der Parteien und der Umstrukturierung durch die Deutsche Gemeindeordnung 1935. In den zahlenmäßig verringerten Gemeinderäten (insgesamt nur noch 243) gab es im Juli 1935[52] noch 77 Nichtparteigenossen, überwiegend wohl frühere BVP-Angehörige. Von den 35 Bürgermeistern gehörten 15 nicht der Partei an (von den 55 1. Beigeordneten 17 und den 2. Beigeordneten 15). Die NSDAP hatte offenbar einen Teil der Anfang 1933 überstürzt in kommunalpolitische Ämter entsandten Parteigenossen dort nicht halten können, weil sie sich nicht bewährt hatten. Andererseits gelang es der Partei, in den Jahren 1935–1938 noch mindestens weitere 7 Altparteigenossen zu Gemeinde-Bürgermeistern zu machen, ein Zeichen dafür, daß manche der bei der Vergabe von Ämtern 1933/34 zunächst kaltgestellten „Alten Kämpfer" schließlich doch noch zum Zuge kamen. Im Juli 1935 gab es 4 Gemeinden[53], die in den kommunalen Führungspositionen im Gegensatz zu 1933

[51] StA Neuburg, BA Memmingen 8327.

[52] Zugrundegelegt wurde eine zur Veröffentlichung im „Allgäuer Beobachter" bestimmte Liste vom Juli 1935, die wohl nicht lange Geltung hatte, da offensichtlich bald handschriftliche Streichungen und Korrekturen vorgenommen wurden; StA Neuburg, BA Memmingen 8325.

[53] Arlesried, Daxberg, Schwaighausen, Trunkelsberg.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keinen einzigen Parteigenossen mehr aufwiesen. In weiteren 7 Gemeinden[54] überwogen die Nichtparteigenossen. In 17 Gemeinden waren sämtliche kommunalen Spitzenpositionen, in 24 die meisten, von Parteigenossen besetzt.

Leider liegen für die Bürgermeister und Gemeinderäte in den Akten keine Berufsangaben vor. Aus der Kenntnis der Personalverhältnisse in anderen Bezirken kann aber geschlossen werden, daß auch im Kreis Memmingen in den Bürgermeisterämtern und Gemeinderäten die Dorfhonoratioren stärker vorherrschten als in der lokalen Parteiführung.

Mitte 1935 waren in 20 Gemeinden die Ämter der Bürgermeister und der Ortsgruppen- bzw. Stützpunktleiter in Personalunion verbunden, oder – von der Partei her gesehen –: über die Hälfte der 35 Hoheitsträger der NSDAP im Kreis Memmingen-Land hatten zugleich Bürgermeisterämter inne[55]. Der politische Durchsetzungswille der Partei einerseits und die gebotene Rücksichtnahme auf soziale Prestige- und Machtverhältnisse andererseits finden u. a. Ausdruck in den politischen Beurteilungen, die die Hoheitsträger der Kreisleitung über Bürgermeister und Gemeinderäte 1935/36 erstatteten[56]. Einige Beispiele sollen im folgenden zitiert werden, um das aus den statistischen Daten Ablesbare zu veranschaulichen.

Da manche der lokalen Führer der NSDAP, zumal wenn sie selbst Bürgermeister waren, auch der Kreisleitung gegenüber Wert darauf legten, Nichtparteigenossen in den Gemeinderäten als „begeisterte Anhänger unserer Bewegung" darzustellen, sind von ihren Beurteilungen manche Abstriche zu machen[57]. Dennoch sind aus ihnen für unsere Fragestellung mancherlei Einsichten zu gewinnen. Bezeichnend ist, daß neben der politischen Einstellung fast immer auch das Ansehen in der Gemeinde herausgestellt wurde, das in Bezug auf Nichtparteigenossen neben der administrativen Eignung häufig den Ausschlag für die positive Gesamtbeurteilung gab.

Betrachtet man die Beurteilungen von Nichtparteigenossen unter den Bürgermeistern oder Gemeinderäten oder solchen, die erst seit 1933 der Partei beigetreten waren, so fällt auf, daß die zurückhaltenden Formeln bei der Beurteilung der

---

[54] Dietratried, Egg, Eisenburg, Ferthofen, Kardorf, Schlegelsberg, Steinbach.

[55] In den 35 Ogr. und Stp. der KL Memmingen-Land bestand diese Personalunion in Benningen, Böhen, Boos, Fellheim, Günz, Kronburg, Lauben, Markt-Rettenbach, Ottobeuren (Ogr. u. Bgm.), Attenhausen, Guggenberg, Haitzen, Hawangen, Heimertingen, Lautrach, Memmingerberg, Niederrieden, Pleß, Steinheim und Westerheim (Stp. u. Bgm.); StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 79).

[56] StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 74) und BA Memmingen 8327.

[57] Bezeichnend z. B. die Beurteilung von 6 sämtlich nicht zur NSDAP gehörenden Gemeinderäten im katholischen Trunkelsbach vom Januar 1935 durch den 1. Bürgermeister, der in diesem Falle als Politischer Leiter, stellvertretend für den Ortsgruppenleiter, die Beurteilungen verfaßte und stereotyp bescheinigte: „Gute Einstellung zum Nat. Soz.-Staat", nur in einem Fall: „Sehr gut". Ein anderes Beispiel gänzlich stereotyper Beurteilung lieferte der Ortsgruppenleiter von Ungerhausen, der allen Gemeinderäten gleichmäßig bescheinigte: „Nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil und erfüllt seine Pflicht Partei, Staat und Gemeinde gegenüber".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Gesinnung überwiegen („bejaht den neuen Staat", „Einstellung zum heutigen Staat ist einwandfrei", „gute Einstellung zum nat.soz. Staat"). Bemerkenswert ist in vielen solchen Fällen auch die Differenz zwischen der Beurteilung des sozialen Ansehens und der politischen Gesinnung, so hieß es z. B. über den Gemeindekassier F. in Trunkelsberg (parteilos): „Gute Einstellung zum nat.soz. Staat, Ansehen in der Gemeinde sehr gut", oder über einen parteilosen Gemeinderat und Bauern aus Lauben: „Ansehen sehr gut, Einstellung zum Staat und dessen Einrichtungen gut". In einer Reihe von Fällen kommt der Unterschied zwischen den beiden Elementen der Beurteilung noch sehr viel deutlicher zum Ausdruck. Über den Gemeinderat B. in Kardorf, der seit 1920 im Dienst der Gemeinde stand und bis 1933 der BVP angehörte, hieß es: „Bewährt sich als Gemeindekassier sehr gut und vertritt die Interessen der Gemeinde in hervorragender Weise. Hat sich von der BVP zum Nat.Soz.-Staat umgestellt, ist in der Gemeinde geachtet und gut angesehen." Ähnlich beurteilte der Ortsgruppenleiter den 2. Bürgermeister in Kronburg, ein ebenfalls schon seit 1920 im Gemeinderat tätiges früheres BVP-Mitglied: „M. ist Vorstand des Kriegervereins, zum Nat.-Soz.-Staat hat er sich rasch umgestellt, . . . Vorstand des Darlehenskassenvereins. Seine schnell erfolgte Umstellung zum neuen Staat hängt auch mit seinen Ämtern zusammen, die er befürchtete zu verlieren. Als Vorstand des Kriegervereins fleißig und geachtet." Über den Gemeindekassier C. in Memmingerberg, der erst im Juli 1933 vom Bauernbund zur NSDAP übergetreten war, schrieb der Ortsgruppenleiter:

> „Gemeinderatsmitglied mit guten Fähigkeiten, fortschrittlicher Bauer, Vorsteher des Darlehenskassenvereins, Parteizugehörigkeit langsam angewöhnt, . . . ist erst im Juli 1933, und da er mußte, in die Partei eingetreten."

Die Beurteilungen zeigen u. a. auch, daß die Vergabe vom Ämtern, insbesondere bei den Nebenorganisationen der Partei, häufig nur nach dem Ansehen der betreffenden Person oder ihrem Einfluß vergeben wurden. Über den Ortsbauernführer und Gemeindekassier O. in Ungershausen, bis 1933 Mitglied der BVP, seitdem parteilos, schrieb der Ortsgruppenleiter:

> „O. genießt in der Gemeinde sehr hohes Ansehen und ist auch unter den jungen Bauern die führende Persönlichkeit. Er ist förderndes Mitglied der Partei. Seinen unbändigen Bauernstolz darf man nie ganz zur Geltung kommen lassen, da er sonst zu gern die Volksgemeinschaft vergessen würde."

Nicht selten registrierten die Beurteilungen auch Schwierigkeiten, die in den Gemeinderäten mit Altparteigenossen oder allzu „gesinnungstüchtigen" Nationalsozialisten entstanden. Über einen von ihnen in Pleß hieß es: „Anhänger der Partei, aber zu radikal, nicht beliebt", über den Gemeinderat in Woringen, einen Bezirksstraßenarbeiter, der seit 1925 der NSDAP angehörte: „. . . er ist veranlagt, mögliche Spannungen zu fördern. Leider hat er der Gemeinde noch wenig Vorbild gegeben, infolgedessen manche Abneigung zur Partei merklich wurde", über einen anderen Altparteigenossen desselben Gemeinderats: „treuer Mitarbeiter, soweit sein Können reicht".

Zu den katholischen Bauerngemeinden, in denen die NSDAP sich überwiegend

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit früheren Gemeinderäten anderer politischer Couleur hatte arrangiren müssen, gehörte u.a. Wolfertschwenden. Der Ortsgruppenleiter sah sich wohl auch deshalb zu relativ kritischen und ausführlichen Beurteilungen veranlaßt. Wir zitieren aus ihnen:

Über den parteilosen Gemeindekassier K., Gemeinderat seit 1925, früher Mitglied des Bauernbundes:

„Als Gemeinderatsmitglied und ganz besonders als Gemeindekassier erfüllt K. seine Pflicht voll und ganz. In der Öffentlichkeit besitzt er das nötige Ansehen und Vertrauen, . . . ist auch Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr. Die Einstellung zum Nat.Soz.-Staat hat sich bei ihm wenigstens nach außen hin sehr gebessert . . . wenn er auch bei seinen ehemaligen Freunden . . . oft anderer Meinung ist. K. wurde 1933 nur übernommen indem er sonst eine tüchtige Person ist . . . und bei seiner Ausscheidung neue gemeindliche Zerwürfnisse entstehen würden . . ."

Über den Gemeinderat B., früher Mitglied des Bauernbundes, seit Mai 1933 Pg.:

„. . . besucht Sprech- und Schulungsabende mangelhaft . . . Das Ansehen in der Öffentlichkeit ist einwandfrei. Einstellung zum NS-Staat läßt zu wünschen übrig. Liebäugelt noch mit Vorliebe mit den Kreisen, die bei der Gleichschaltung 1933 abziehen mußten, an dessen Spitze der damalige 2. Bürgermeister steht, und die uns, wenn sie ein wenig könnten, den Kampf aufs Messer ansagen würden . . . Wenn B. heute ausscheiden müßte, so werden unsere geheimen Gegner nicht weniger."

Über den parteilosen Gemeinderat F., seit 1900 im Gemeinderat, früher BVP-Mitglied, Nicht-Pg.:

„Die Pflichten als Gemeinderat hat F. zur vollsten Zufriedenheit erfüllt. Charakter und Ansehen ist einwandfrei. Bezüglich der Einstellung zum Nat.Soz.-Staat verhält F. sich ruhig, trotz wiederholter Überarbeitung konnte er aber bis heute als Mitglied der NSV nicht gewonnen werden. Auf Antrag wurde F. seinerzeit als Hospitant übernommen mit der Rücksicht, daß er schon 34 Jahre ohne Beanstandung für die Gemeinde tätig war . . ."

Über den Gemeinderat W., früher Mitglied des Bauernverbandes, Pg. seit Mai 1933:

„Die Pflichten als Gemeinderat erfüllt er, die Einstellung zum Nat.Soz.-Staat ist schwer zu bemängeln, denn er ist nur in die Partei eingetreten, um in den Gemeinderat zu kommen . . ."

Auch die Bürgermeister wurden durch die Ortsgruppenleiter beurteilt, was auch Anlaß für Absetzungen sein konnte. Eine Fragebogenaktion von 1935[58] scheint im Zusammenhang mit der Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung gestanden zu haben. Wo die Ortsgruppenleiter nicht selbst Bürgermeister waren, kam

[58] Die insgesamt 18 Fragen richteten sich u.a. auf: frühere politische Einstellung, v.a. gegenüber der NSDAP, Aktivität in der Partei, Ansehen in der Gemeinde, innere Einstellung, Verhältnis zu den Arbeitern, geistige Fähigkeiten, Beeinflußbarkeit, Schriftgewandtheit, Sitte, Wirtshausgewohnheiten; StA Neuburg, NSDAP, o. Sign., (Leitzordner 79).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Kritik an manchen Honoratioren-Bürgermeistern verschiedentlich besonders scharf zum Ausdruck. Einem von ihnen in Holzgünz, einem Ökonomierat, wurde vorgeworfen, er sei der NSDAP nur beigetreten, „damit die Kleinen nicht zu sehr zu Wort kommen". In der Beurteilung hieß es weiter: „Wenn er könnte wie er innerlich möchte, wäre der Arbeiter noch immer ein Mensch 2. Klasse . . . In stark angeheitertem Zustand äußerte er sich dem Pg. X. gegenüber, der Nat.Soz. wäre schon recht, aber das da – dabei faßte er ihn am Braunhemd –, paßt mir halt nicht! . . . Sein Ansehen in der Gemeinde ist geteilt; bei den großen und mittleren Bauern, die früher Bayerische Volkspartei- und Bauernbund-Anhänger waren, ist er sehr beliebt und angesehen. Bei den kleinen Bauern und Arbeitern ist sein Ansehen schlecht . . . Wenn er in der Wirtschaft bei den großen Bauern sitzt, hat er nicht den Mut, die Hand zum Hitler-Gruß hochzuheben . . ." Dieser Bürgermeister wurde im Juni 1935 seines Amtes enthoben.

Aus einem anderen Fall, ebenfalls aus dem Jahr 1935, wird schon aus dem Tenor des Beschwerdeschreibens[59], das der Ortsgruppenleiter über einen parteilosen Bürgermeister, einen Brauereibesitzer, an die Kreisleitung richtete, ersichtlich, wie stark der Hoheitsträger der NSDAP sich durch das herausfordernde Auftreten des Bürgermeisters getroffen fühlte. Der Brauereibesitzer hatte erfahren, daß der Ortsgruppenleiter seine Absetzung betrieb und ihn in sein Amtszimmer zitiert. Der Ortsgruppenleiter schrieb über die Besprechung anschließend: „Ich ging ahnungslos in das Amtszimmer, in welchem bereits ein kleiner Familienkreis (4 Personen) versammelt war und mußte hier einen Hagel von Vorwürfen über mich ergehen lassen, wie es mir in meinem ganzen Leben kaum einmal passiert ist." Besonders erzürnt hatte den Ortsgruppenleiter der rüde Ton und wie einer der „Herren Söhne" des Brauereibesitzers mit ihm umgesprungen war. Anschließend bat er die Kreisleitung, „denen klarzumachen", daß sie „an jenem Abend keinen Handwerksburschen, sondern den Ortsgruppenleiter vor sich hatten". Auch der hier kritisierte Bürgermeister wurde abgesetzt. Der beschwerdeführende Ortsgruppenleiter übernahm das Amt.

Politische Herrschaft contra sozialen Einfluß
(Zwei Konfliktfälle aus anderen bayerischen Landgemeinden)

Dörfliche Auseinandersetzungen zwischen der politischen Leitung der NSDAP und lokalen Honoratioren sind in den Akten bayerischer Bezirksämter, Restakten der NSDAP und anderen Provenienzen auch außerhalb Memmingens vielfach überliefert. Zum Schluß unserer Betrachtung sollen zwei solcher Konfliktfälle berichtet werden. Sie sind ausgewählt worden auch wegen ihrer anekdotischen Plastizität, deren sich die an statistisch-quantitative Analyse gewöhnte Sozialwissenschaft nicht zu schämen braucht.

[59] Schreiben vom 3. 6. 1935, ebenda.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Schauplatz des ersten Falles[60], der sich 1937/38 zutrug, ist die bäuerlich-katholische Gemeinde T. im oberbayerischen Bezirk Bad Aibling mit rund 1000 Einwohnern und – vor 1933 – starker BVP-Tradition. Gegen große, sehr offen geäußerte Bedenken des Gemeinderats war dieser Gemeinde am 5. 1. 1937 aus Gründen, die aus den Akten nicht erkennbar sind, der herrschsüchtige Ortsgruppenleiter W., dessen Hoheitsgebiet noch eine Nachbargemeinde umfaßte, offensichtlich von der Kreisleitung in Bad Aibling als Bürgermeister oktroyiert worden. Der in die Wüste geschickte bisherige Bürgermeister, die Mehrheit der Gemeinderäte und weitere Ortshonoratioren – die meisten waren, wenn überhaupt, der NSDAP erst im Frühjahr 1933 beigetreten – reagierten empört, nicht gewillt, die Brüskierung hinzunehmen. Um dem ungeliebten Ortsgruppenführer in aller Deutlichkeit ihren Standpunkt klarzumachen, entschlossen sie sich zum Gegenangriff. Wenige Wochen nach seiner Ernennung (Faschingsdienstag 1937) wurde der neue Bürgermeister in der Gemeindeversammlung selbst aufgefordert, „beim Kreisleiter dahin zu wirken, daß der bisherige Bürgermeister, Pg. A., wieder zum Bürgermeister bestellt werde". In gespielter Treuherzigkeit rechtfertigten die Initiatoren später (gegenüber der Kreisleitung und dem Bezirksamt) den, mit den autoritären Gepflogenheiten der Zeit schwer vereinbarlichen, förmlichen Mißtrauensantrag mit dem Hinweis auf die nationalen Volksabstimmungen („auch der Führer befragt von Zeit zu Zeit das Volk, ob es ihm Vertrauen schenkt oder nicht"), es habe sich keineswegs um eine „unzeitgemäße parlamentarische Abstimmung" gehandelt.

Die gegen den Bürgermeister und Ortsgruppenleiter erhobenen Vorwürfe bezogen sich auf dessen früheres berufliches Scheitern, leichtfertige wirtschaftliche Spekulationen und Verfehlungen in seiner Eigenschaft als Hoheitsträger der NSDAP, auf mangelnde Fähigkeiten und vor allem sein Unvermögen, mit den Leuten umzugehen. Der Ortsgruppenführer W. war als Arbeiter aus dem Dienst der Reichsbahn entlassen worden und hatte sich in einer neuen beruflichen Existenz als Limonadenhersteller versucht, die ihn auch von den Kunden der Gemeinde abhängig machte. Die Gemeindehonoratioren leugneten allerdings, daß W. von ihnen boykottiert würde („sogar jene, die er bekämpft, kaufen ihm heute noch seine Limonaden ab"). Sie sagten ihm vor allem nach, ein neu gebautes Einfamilienhaus mit Scheinhypotheken belastet, als Ortsgruppenleiter Winterhilfswerkspenden ohne Verwendungsnachweis verteilt und als Bürgermeister vorschriftswidrig Brandversicherungsbeiträge kassiert zu haben, um in den Genuß der Einhebegebühren zu kommen, „die sonst üblicher Weise dem Gemeindediener, einem kinderreichen Familienvater, zugeflossen wären"; die Beamten verachte er, den Geschäftsleuten versuche er zu schaden, wo er könne und gegen die Bauern schüre er „Klassenhaß": Zum hiesigen Ortsbauernführer habe er gesagt, „die Bauern hänge ich hin, wo ich nur kann", das sei denn doch „für den Bürgermeister einer Gemeinde, die zu 90% aus Bauern besteht, kein Standpunkt mehr!".

[60] Der gesamte Vorgang in: StA München, LRA 46 923.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die genannten Vorwürfe waren ausführlich ausgebreitet in einem Schreiben, das von neun einflußreichen Bürgern der Gemeinde unterzeichnet und nach der Versammlung gleichzeitig an den Kreisleiter und den Bezirksamtsvorstand abgesandt wurde. Unterzeichner waren: der abgelöste ehemalige Bürgermeister, der frühere Gemeindekassier, der Ortsbauernführer (Pg. und Gemeinderat), drei weitere Gemeinderäte (einer davon Pg.), das „älteste Parteimitglied" der Gemeinde, der Propagandaleiter der Ortsgruppe und der Feuerwehrkommandant des Ortes. Einige von ihnen hatten aus Protest gegen den ihnen aufoktroyierten Bürgermeister ihre Parteimitgliedschaft (so das „älteste Parteimitglied"), ihre Partei- oder Gemeindeämter niedergelegt oder sie niederzulegen angedroht. Der Ortsbauernführer war besonders empört, daß der neue Bürgermeister ihn als „Feigling" bezeichnet hatte, weil seine beiden Kinder „dem Kindheit-Jesu-Verein angehören", er fand das „geradezu unerhört", da er doch Frontkämpfer gewesen, Auszeichnungen erworben und „bis zum Unteroffizier vorgerückt" sei. Die Unterzeichner vergaßen nicht, dem Bezirksamt und dem Kreisleiter mitzuteilen, daß der Ortsgruppenleiter bis kurz vor der Machtergreifung einer der NSDAP „gerade entgegengesetzten Richtung" (offenbar einer der linken Arbeiterparteien) angehört hatte.

Unter der Beteuerung, daß auch sie, am „großen Aufbauwerk" des Nationalsozialismus selbstverständlich mitwirken wollten, stellten die Unterzeichner des Beschwerdebriefes am Schluß die sehr bestimmte Forderung: „Wir bitten aber um eines, nämlich uns einen aufrechten Bauern als Bürgermeister und einen ebensolchen als Ortsgruppenleiter zu geben, also einen Mann an die Spitze unserer Gemeinde zu stellen, vor dem man Achtung und zu dem man Vertrauen haben kann." Zwischen den Zeilen war deutlich gesagt,daß sie nur unter dieser Bedingung bereit seien, in Partei und Gemeinde weiter mitzuarbeiten.

Der weitere Fortgang der Affäre ist aus den Akten nicht mehr ersichtlich. Wie „scharf" die Stimmung gegen den ungeliebten Bürgermeister und Ortsgruppenführer war, zeigte sich Ende 1938, als der Bauer Sch. diesen, weil er ihm Vorhaltungen wegen angeblicher Übertretungen seuchenpolizeilicher Vorschriften machte, einen „dreckigen Dreckhammel" nannte und anschließend gegen ihn wegen Amtsanmaßung am Landgericht Traunstein – allerdings erfolglos – Klage erhob. Aus dem Gerichtsakt geht hervor, daß W. mindestens 1939 noch Bürgermeister in T. war, die Partei ihm also die Stange gehalten hatte, trotz mancher sicher unleugbaren Verfehlungen des W. Es ist evident, daß sie diese Angelegenheit als Machtkampf mit den Honoratioren betrachtet hatte.

Es scheint, daß die Partei in Bayern sich auf lokaler Ebene nicht selten dort als soziale Oppositionspartei verstand und durchsetzte, wo gutsherrliche Abhängigkeiten und Armutsverhältnisse noch eine besondere Rolle spielten. Daraus entstehende Konflikte mußten sich verschärfen, wenn die adelige „Herrschaft" bayerisch-derbe Arroganz an den Tag legte und ihr auf dem Dorfe ein nationalsozialistischer Gemeinderat aus kleinen Bauern und Angehörigen des Landproletariats gegenüberstand. Unter solchen Voraussetzungen standen Auseinandersetzungen, zu denen es 1933/34 in der Gemeinde M., Bezirk Wasserburg, kam. Obwohl die

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Form ihrer Austragung mit Zügen einer bayerischen Burleske, auch unter solchen Voraussetzungen eher eine Ausnahme darstellte, beleuchtet sie diese Kategorie von Konflikten.

Die katholische Gemeinde M.[61] mit rund 1000 Einwohnern bestand aus armen Bauern und hatte einen ziemlich hohen Anteil von besitzlosem Landproletariat. Die Gutsherrschaft des Baron Z. hatte wirtschaftlich für die Gemeinde noch immer erhebliche Bedeutung. Die Erlaubnis, in den Wäldern des Barons Holz sammeln zu dürfen, bildete eine der Abhängigkeiten, in denen man sich noch befand. Der auch in seinen politischen Ansichten querköpfige Baron, der die Kommunisten und die Römische Kirche haßte, war vor allem aus solchen Gründen 1930 in die NSDAP eingetreten, hatte 1931/32 auch als Wirtschaftsexperte der Partei im Bezirk Wasserburg eine Gastrolle gespielt, verachtete aber die Kleinbauern und Landarbeiter, die in seiner Gemeinde den Vortrupp der NSDAP bildeten, im April 1933 den Gemeinderat besetzten[62] und den Bürgermeister stellten. Die Meinung über den Baron war in dem neuen Gemeinderat eindeutig negativ, zumal jener Ende 1932 (aus Protest gegen die Beteiligung der NSDAP an dem von Kommunisten inszenierten Verkehrsarbeiterstreik) demonstrativ aus der Partei ausgetreten war. Seine soziale Einstellung war ortsbekannt. Eine von ihm bekannt gewordene Äußerung („man solle die Arbeitslosen doch vor ein Maschinengewehr stellen, dann wäre die Frage schnell gelöst") war schon vor 1933 Gegenstand gerichtlicher Ermittlungen gewesen.

Zum ersten aktenkundigen Zusammenstoß kam es im Sommer 1933. Zwei Arbeiter hatten gehört und verbreitet, daß der Baron vernehmlich über die „Deppen" im Gemeinderat hergezogen war. Auf ihre Würde bedacht, zeigten die neuen Gemeinderäte den Baron wegen „Berufsbeleidigung" an. Nachdem das Bezirksamt die Sache als „unerheblich" niedergeschlagen hatte, überredeten sie die zwei Arbeiter, vor Gericht gegen Z. auszusagen. Nach der Vernehmung beschimpfte Z. einen der Zeugen als meineidverdächtig, worauf dieser ihn mit dem Stiel seines Straßenräumers niederschlug. Mit kaum unterdrückter Genugtuung berichtete der Ortsgruppenleiter der NSDAP später dem SA-Sonderkommissar im Bezirk den Vorfall, der „ein grelles Licht auf die Zustände hier" werfe. Der Arbeiter „hätte wahrscheinlich sich nicht zu so rascher Selbsthilfe entschlossen, wenn er sonst Gewißheit hätte haben können, daß auch dem Baron Z. Grenzen gezogen sind".

Der Baron rächte sich auf seine Weise. Am 8. 9. 1933 ließ er im „Wasserburger Anzeiger" bekannt machen: „Ich sehe mich gezwungen, die bisher geduldete kostenlose Entnahme von Brennmaterial aus meinen Wäldern seitens der minderbemittelten Bevölkerung M.'s in Zukunft nicht mehr zu dulden. Bei unberechtigter Holzentnahme tritt künftig Strafanzeige ein." Der Gemeinderat, der mit fast 200

[61] Der gesamte Vorgang in: StA München, LRA 111 237.

[62] 1. Bürgermeister war ein Viktualienhändler, 2. Bürgermeister und zugleich SA-Mann ein kleiner Bauer, auch die 8 Gemeinderäte waren sämtlich Altparteigenossen, darunter 1 Gütler, 3 Bauern, 1 Hilfsarbeiter, 1 kriegsbeschädigter Arbeitsloser, 1 Maurer und 1 Schreinermeister.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterstützungsbedürftigen Personen zu tun hatte, war über die Repressalie umso mehr empört, als der Baron auch anläßlich einer Sammlung ostentativ einen Wagen Holz „nach auswärts" gegeben hatte und die Gemeinde „sehen mußte, wie sie das benötigte Brennmaterial auf anderem Wege hereinbekam". Eine weitere Verschärfung trat ein, als der Gemeinderat sich weigerte, eine Veränderung des Jagdpachtzinses durch den Baron hinzunehmen. Dieser antwortete postwendend am 27. 10. 1933, er müsse die Beschwerde „mit aller Schärfe als Unverschämtheit zurückweisen". Ihr Inhalt stamme offenbar von Leuten, „deren Bildungsgrad die allerprimitivste Form nicht überschritten hat" und die „von Recht und Vertrag keinen Schimmer besitzen". Wenn der Gemeinderat der Ansicht sei, er könnte ihm „Vorschriften diktieren", so errege das bei ihm „nur ein mitleidiges Lächeln". Der Brief schloß mit zusätzlichen Vorwürfen an die Adresse des 1. Bürgermeisters, der seine gemeindliche Jagdschutzpflicht und das Reichswaffengesetz verletzt habe, mit den Worten: „In Sowjetrußland leben wir nicht. Mit dieser Vetterleswirtschaft wird gründlich aufgeräumt."

Der Gemeinderat betrachtete den Brief als offene Kampfansage, stellte einige vorher begonnene Bemühungen, mit dem Baron doch noch ins Reine zu kommen, ein, insbesondere da ihm (wie der Ortsgruppenleiter später dem SA-Sonderkommissar schrieb) bekannt wurde, daß Z. „gleichzeitig versuchte, auch die Spitzen der Bewegung für sich mobil zu machen und uns Amtswalter im allgemeinen und die Gemeinderäte im besonderen bei Herrn Innenminister Pg. Wagner selbst nach Strich und Faden zu verlästern und marxistischen und eigennützigen Handelns zu zeihen". In weniger gelenkten Worten meldete einer der NS-Gemeinderäte einem Amtsleiter der Kreisleitung in Wasserburg: „. . . derselbe erlaubte sich in einem Brif an die Gauleitung München zu schreiben das im Gemeinderad M. Parabiten darinen sind . . ."

Der Baron hatte sich offenbar übernommen. Er wurde (am 16. 1. 1934) wegen Amtsbeleidigung des Gemeinderats zu 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tage Gefängnis, verurteilt. Am 7. 4. 1934 beantragte der über die Vorfälle unterrichtete SA-Sonderbevollmächtigte des Bezirks die Verhängung von Schutzhaft gegen den Baron mit folgenden denkwürdigen Begründungen:

„1.) weil er in durchaus unsozialer Einstellung der minderbemittelten Bevölkerung M.'s die bisher bestehende Erlaubnis zur kostenlosen Entnahme von Brennholz aus seinen Wäldern aus einer persönlichen Verärgerung über eine ihm auferlegte gerichtliche Bestrafung heraus, entzogen hat, 2.) weil er als der größte Grundbesitzer der Gegend für das Winterhilfswerk keinen Pfennig gegeben hat, obwohl an seinem Wohnsitz 200 unterstützungsbedürftige Personen sind, 3.) weil wegen seinem gewohnheitsmäßigen Stärkern eine Gefahr für sein Leben und seine Gesundheit besteht, nachdem er schon von einem Nationalsozialisten wegen schwerer und ehrenrühriger Beleidigungen niedergeschlagen werden mußte."

Gegen eine Inschutzhaftnahme aufgrund dieser Beschuldigungen hatte nicht nur der Vorstand des Bezirksamts Bedenken, auch die Bayerische Politische Polizei sah

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu keine Möglichkeit. Aber sie veranlaßte eine nachdrückliche Verwarnung des Z. durch das Bezirksamt, „daß er seine Quertreibereien in der Gemeinde zu unterlassen und der Bevölkerung gegenüber ein sozialeres Verhalten an den Tag zu legen hat, da sonst schärfere Maßnahmen in Anwendung gebracht werden müßten". Das Bezirksamt vollzog diese Verwarnung, von der sich die Parteiführung eine „gründliche Demütigung" vor Zeugen versprach, erst nach einer neuerlichen Mahnung der Bayerischen Politischen Polizei. Z. versprach „sein Bestes", so vermerkte man im Bezirksamt am 29. 9. 1934, und angeblich soll danach Ruhe in die Gemeinde eingekehrt sein[63].

[63] Die Beziehungen zwischen dem Gemeinderat und dem Baron scheinen auch Jahre danach noch überaus frostig gewesen zu sein. Als 1940 nachts in der Gemeinde gegen den Baron gerichtete Wandschmierereien angebracht wurden, reagierte er wieder einmal mit der Sperrung der Holzzufuhr für die Gemeinde. Diesmal wurde er von der Gestapo ohne Federlesens für 3 Wochen in Polizeihaft genommen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FALK WIESEMANN

ARBEITSKONFLIKTE IN DER LANDWIRTSCHAFT WÄHREND DER NS-ZEIT IN BAYERN 1933–1938

Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang einer größer angelegten Untersuchung des Verfassers über die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Neuordnungsmaßnahmen des nationalsozialistischen Regimes auf die agrarische Gesellschaft am Beispiel Bayerns. Er stützt sich auf Material, das in erster Linie den Registraturen bayerischer Bezirksämter entstammt. Die hier dargelegten Fälle[1] berühren, über den engeren Bezugspunkt der Arbeitskonflikte in der Landwirtschaft hinaus, auch umfassendere Fragestellungen auf dem Grenzgebiet von politischer und Sozialgeschichte. Die Dokumente zeigen, wie die ab 1933 veränderten politischen Machtverhältnisse die sozialen Subordinationsverhältnisse auf dem Lande und die Formen der Konfliktaustragung bestimmten. Eine gründlichere Erfassung der Problematik als sie hier möglich und beabsichtigt ist, würde als Voraussetzung vor allem auch die Austragung von Arbeitskonflikten in der Landwirtschaft während der Weimarer Zeit zu untersuchen haben, die ebenso unerforscht ist wie die Konfliktaustragung während der NS-Zeit.

Im Gegensatz zu den großagrarischen Gebieten im Norden und Osten des Deutschen Reiches war in Bayern die Zahl der Landarbeiter gering. Hier stellten die landwirtschaftlichen Dienstboten (Knechte und Mägde) den überwiegenden Teil der familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft[2]. Die Dienstboten verdingten sich in der Regel für ein Jahr, um im Familienverband des Bauern auf dem Hofe zu wohnen und zu arbeiten. Sie waren unter den lohnabhängigen Arbeitskräften diejenigen, für die nach Aufhebung der alten Dienstbotenordnungen im November 1918 das Dienstverhältnis zeitlich zuletzt in ein rechtlich gesichertes Sozialpartnerverhältnis umgewandelt wurde. Wie aus Quellen der Weimarer Zeit hervorgeht[3], hat sich jedoch die veränderte Rechtsnorm auf dem Lande kaum

---

[1] Da sich der vorliegende Beitrag auf „Fälle" stützt, erhebt sich stets die Frage, inwieweit sie repräsentativ für die Gesamtsituation sind. Die Auswahl- und Beurteilungskriterien ergaben sich aus der Durchsicht und Kenntnis eines umfangreichen Quellenmaterials. Ein exaktes methodisches Instrumentarium zum Nachweis der Repräsentativität wurde bisher noch nicht erarbeitet.

[2] Im Jahre 1939 waren die 244 154 ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte (über 14 Jahre) zu 70,8 Prozent Dienstboten und zu 21,5 Prozent Landarbeiter, Gutshandwerker, Taglöhner u. ä.; Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamts 73 (1941), S. 143. Auf die mittel- und großbäuerlichen Betriebe (in der Größenklasse von 10 bis unter 20 Hektar bzw. von 20 bis unter 100 Hektar), die die Struktur der bayerischen Landwirtschaft kennzeichneten, entfielen durchschnittlich 1–3 Dienstboten.

[3] Die wöchentliche bzw. von 1922 bis Juli 1934 halbmonatliche Berichterstattung der bayerischen Bezirksamtsvorsitzenden und Regierungspräsidenten stellt eine vorzügliche, bisher noch kaum benutzte Quelle sozialgeschichtlicher Forschung dar.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchsetzen können. Die Beharrungskraft der hergebrachten sozialen Ordnungsvorstellungen kam nicht nur in der permanenten Forderung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber nach Wiedereinführung der alten Dienstbotenordnung zum Ausdruck, auch die Entscheidungs- und Vollzugsorgane der unteren Verwaltung zeigten durch ihr Verhalten, daß sie sich wenig mit der neuen Ordnung befreunden konnten. Die Versuche zur verbandsmäßigen und gewerkschaftlichen Organisierung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer waren in Bayern nach 1918 nur wenig erfolgreich[4]. Zudem waren die Dienstboten und Landarbeiter eine von den – auch den sozialistischen – Parteien weitgehend vernachlässigte soziale Gruppe. Dem entsprach ein nur schwach ausgebildetes politisch-soziales Selbstbewußtsein bei den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern selbst, das ihre Bereitschaft und Fähigkeit, sich bei Arbeitskonflikten auf arbeitsrechtlichem Wege Genugtuung zu verschaffen, außerordentlich hemmte.

Die landwirtschaftlichen Arbeitskonflikte hingen aufs engste mit dem allgemeinen Phänomen der Landflucht zusammen. Sie war während der Weimarer Zeit trotz konjunkturell bedingter Intensitätsschwankungen ein strukturelles Problem der Landwirtschaft und letzten Endes in denselben Ursachen begründet, die auch in der NS-Zeit weiter wirkten und in den Dokumenten zum Ausdruck kommen.

Neben den Behörden der unteren Staatsverwaltung (die Bezirksämter und die ihnen zugeordneten örtlichen Gendarmerien) kamen in der NS-Zeit bei der Austragung von Arbeitskonflikten in der Landwirtschaft eine Reihe von Institutionen zusätzlich ins Spiel, die entweder neu geschaffen wurden oder verstärkte Kompetenzen erhielten: die Bayerische Politische Polizei, die unteren regionalen Organe des Reichsnährstands, die Arbeitsämter, die Deutsche Arbeitsfront, der Reichstreuhänder der Arbeit. Die Dokumente lassen zwar eine Bewertung, die diese Institutionen spielten, nur sehr eingeschränkt zu, die Rollenverteilung wird aber doch in gewisser Weise ansichtig.

Die ausgewählten Dokumente geben am Beispiel der gesetzlichen Regelung des Arbeitseinsatzes im Jahre 1934 nicht zuletzt Einblick in das Auseinanderklaffen von Gesetzesnormen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und ihrer faktischen Durchsetzung. Sie zeigen, wie wenig man die Realität der Arbeits- und Sozialverhältnisse allein aus dem Normenkatalog der einschlägigen staatlichen Gesetze und Verordnungen ableiten kann[5].

---

[4] Zur Organisierung der Landarbeiterschaft in ihren Kerngebieten siehe J. Flemming, Landarbeiter zwischen Gewerkschaften und „Werksgemeinschaft", Zum Verhältnis von Agrarunternehmern und Landarbeiterbewegung im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 14 (1974), S. 351 ff.

[5] Methodische Ansätze in dieser Richtung finden sich bei J. E. Farquharson, The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–38, Phil.Diss. University of Kent/Canterbury 1972, hinsichtlich der Anwendung der Erbhofgesetze des Reichsnährstands und bei T. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, vor allem hinsichtlich der Lohnverhältnisse. Besonders aufschlußreiche Ergebnisse dürfte eine Untersuchung über das Verhältnis von Normen und tatsächlicher Durchführung der Preisfestsetzung und Preiskontrolle in der NS-Zeit bringen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Einwirkung des nationalsozialistischen Regimes auf die Konfliktaustragung in der Landwirtschaft mit verstärkten polizeilichen Unterdrückungsmitteln begann im Zeichen eines massiven Rückgriffs auf die vor der Abschaffung der Gesindeordnungen praktizierten Methoden obrigkeitsstaatlicher Repression. Hinzu kam aber, daß die neue, sich politisch verstehende Polizei die alte Identität von staatlicher und sozialer Herrschaft nicht einfach nachvollzog. Hier entstanden vielmehr bemerkenswerte Auffassungsunterschiede zwischen der Politischen Polizei und der in traditionellen Bahnen denkenden und handelnden staatlichen Verwaltung. Der Höhepunkt der Anwendung dieser Mittel fiel in die Jahre 1935/36, während die Probleme in der Zeit davor im wesentlichen durch arbeitsmarktpolitische Entscheidungen bestimmt waren und in der Zeit danach unter den Vorzeichen staatsdirigistischer Arbeitseinsatzregelungen standen.

Zur Erntezeit 1933 hatte sich bereits ein Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften angedeutet[6], der jedoch durch die kurzfristige Vermittlung landwirtschaftsfremder Arbeitsloser als „Landhelfer" kompensiert werden konnte[7]. Im darauffolgenden Jahr sollte der verstärkt einsetzenden Abwanderung – vor allem jüngerer und weiblicher – landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, die in erster Linie in der gewerblichen Industrie, im Bauwesen und in häuslichen Diensten in den Städten bessere Arbeits- und Lebensbedingungen suchten, mit Hilfe des Gesetzes zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. Mai 1934[8] entgegengewirkt werden. Das Gesetz machte die Einstellung und Beschäftigung von Personen, die in den vorangegangenen drei Jahren in der Landwirtschaft tätig gewesen waren, in bestimmten Industriezweigen von der Zustimmung der Arbeitsämter abhängig und erlaubte die Rückführung des betroffenen Personenkreises in die Landwirtschaft.

Als im Mai 1934 in rascher Folge mehrere landwirtschaftliche Dienstboten in der Gemeinde Fischen (Bezirk Weilheim) ihre Stellung verließen, um in einem nahegelegenen Steinbruch Arbeit zu nehmen, ordnete das Bezirksamt, veranlaßt durch Klagen der Bauern, die sich an die örtliche Gendarmerie gewandt hatten, eine Untersuchung an, die das überraschende Ergebnis brachte, daß mehrere aus der Landwirtschaft stammende Arbeiter vom Arbeitsamt dorthin vermittelt worden waren. Ein Arbeiter konnte sogar eine Bestätigung des Bürgermeisters von Fischen vorweisen, wonach „er im Interesse der Erhaltung seiner Eltern und Geschwister gezwungen sei, in gewerblichen Betrieben Arbeit und Verdienst zu suchen". Die polizeilichen Ermittlungen ergaben weiter, daß die Arbeiter bei ihrer Einstellung unter Verschweigen ihres tatsächlichen Berufes nur ihre Invalidenkarten mit der Berufsbezeichnung „Hilfsarbeiter" vorgezeigt hatten, „so daß der Arbeitgeber zuerst nicht wissen kann, ob er einen landwirtschaftlichen Dienstboten oder eine andere Person vor sich hat. Erst hernach stellte sich heraus, daß es landwirtschaftliche Arbeiter waren. In solchen Fällen erfolgte wieder Entlassung." Der Direktor des zuständigen Arbeitsamts rechtfertigte gegenüber dem Bezirksamt seine Vermittlungspraxis und unter-

[6] Entschließung sämtlicher bayerischer Staatsministerien über die Sicherung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft vom 12. 8. 1933 und Aufruf des bayerischen Ministerpräsidenten vom 3. 8. 1933; Staatsarchiv [StA] München, LRA 10275.

[7] Siehe StA München, LRA 22291.

[8] RGBl. 1934 I, S. 381 f.; vgl. Mason, a. a. O., S. 74 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strich die Schwierigkeiten, die der Befriedigung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs entgegenstanden: „Seit einer Reihe von Jahren betrachtet es das Arbeitsamt Weilheim als seine vordringlichste Aufgabe, an der Beseitigung der Landflucht an vorderster Stelle mitzuarbeiten. Auch in den letzten Monaten habe ich gemeinsam mit der Deutschen Arbeitsfront und dem Reichsnährstand eine Aktion zur Heranziehung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte eingeleitet. In zahlreichen Fällen ist es auch möglich gewesen, in gewerblichen Betrieben beschäftigte landwirtschaftliche Arbeitskräfte in die Landwirtschaft zurückzuführen. Bei meinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Landflucht habe ich jedoch mit der Tatsache zu rechnen, daß die Landwirtschaft im allgemeinen sehr geringe Aufnahmefähigkeit für verheiratete Arbeitskräfte zeigt. Dazu kommt, daß diese Arbeitskräfte in der Regel als langfristige Arbeitslose in der Betreuung der Ortsfürsorgeverbände stehen. Auch in vorliegendem Falle handelt es sich . . . um verheiratete Arbeitskräfte, deren Zuweisung im Interesse der Entlastung der Ortsfürsorgeverbände lag."[9]

Auch beim Autobahnbau hofften abwanderungswillige Arbeitskräfte vom Lande mit Hilfe manipulierter Invalidenkarten in so großer Zahl unterzukommen, daß das bayerische Innenministerium die Gemeinden anwies, „auf keinen Fall zu Straßen- und Bahnbauten aus der Landwirtschaft stammende Arbeitskräfte zuzuweisen" bzw. „bei der Ausstellung neuer Invalidenkarten nur wahrheitsgemäße Angaben über den Beruf einzusetzen". „Unverständlicherweise" würden diese Personen „von den Wohngemeinden oft bedenkenlos unterstützt. Es erscheinen bei den Arbeitsämtern täglich zahlreiche Knechte, die auf ihrer Invalidenkarte als Beruf ‚Hilfsarbeiter' vermerkt haben. Auf pflichtgemäßes Befragen durch die Vermittlungskräfte erklären die Betreffenden aber, daß sie bisher in der Landwirtschaft tätig waren und von den Bürgermeistern wunschgemäß die abwegige Berufsbezeichnung eingetragen erhielten. Welche Formen diese Art von Landflucht bereits angenommen hat, zeigt sich in einer Mitteilung der Gemeinde Holzkirchen an das zuständige Arbeitsamt, daß einige landwirtschaftliche Dienstknechte aus Niederbayern um Fürsorgeunterstützung vorgesprochen hätten, die von ihren Bürgermeistern angewiesen worden waren, sich in die Nähe der Baustellen zu begeben; sie würden dann schon unterkommen"[10].

Die im folgenden zitierten Passagen aus den monatlichen „Situationsberichten" bayerischer Arbeitsämter führen die unüberwindlichen Vorbehalte gegen eine Vermittlung in die Landwirtschaft auf und beleuchten eine Reihe von Gründen, die einen Erfolg der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Jahres 1934 zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs verhinderten.

„Die Unlust zur Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit hält an. Davon zeugt auch die Tatsache, daß es nur in ganz wenigen Fällen gelingt, Landhelfer zu einer Verlängerung der Verträge zu bewegen. Die Landhelfer hegen allgemein die Besorgnis, daß ihnen mit Rücksicht auf das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes die Rückkehr in ihren Beruf erschwert würde."[11]

---

[9] StA München, LRA 6996.

[10] Weisung vom 8. 3. 1934; StA München, LRA 22291.

[11] Bericht des Arbeitsamts Freising für Mai 1934; Geheimes Staatsarchiv München [GStA], MA 106765.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Nicht sonderlich beliebt" seien land- und hauswirtschaftliche Arbeiten. „Andererseits ist der Drang nach Fabrikarbeit, insbesondere bei den vom Lande kommenden Arbeitslosen, ein sehr ausgeprägter."[12]
Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber „klagen über Mangel an Arbeitskräften, der nicht selten mitverschuldet ist durch völlig unsoziales Verhalten gegenüber Arbeitern"[13]. Unter den Arbeitslosen über 25 Jahre herrsche „Abneigung gegen landwirtschaftliche Arbeiten, insbesondere mit der Begründung, daß ihnen hier die Möglichkeit einer Familiengründung genommen wäre"[14].
„Als Mittel, einer Zuweisung zu entgehen, wird es auch jetzt vielfach noch vorgezogen, vor Abstellung zur Landhilfe zu heiraten."[15]
„Besondere Mißstimmung und Erbitterung herrscht unter den verheirateten landwirtschaftlichen Arbeitern und Dienstknechten, die von den kleinbäuerlichen Betrieben des Bezirks nicht eingestellt werden, obwohl dort Dienstboten- und Arbeitermangel herrscht. Diese Arbeitskräfte erhalten in der Regel keine Unterstützung und können daher auch bei Notstandsarbeiten keine Beschäftigung finden."[16]
Bei den industriellen Arbeitgebern „herrscht das Bestreben, landwirtschaftliche Arbeiter in durch das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. 5. 1934 betroffenen Betrieben einzustellen, da diese billiger arbeiten"[17].
Das Versandhaus Witt „beschäftigt noch viele ehemalige Hausangestellte und Ehehalten [= Dienstboten], ohne dieselben für die Bedarfsdeckung in der Landwirtschaft freizugeben und dafür ältere Arbeitskräfte einzustellen"[18].
„Verärgerung" bestehe vor allem bei denjenigen, „die der Landwirtschaft entlaufen sind. Für sie wird strikte die Wiederunterbringung in der Landwirtschaft versucht, jedoch meistens ohne Erfolg, da Arbeitsaufnahme verweigert wird"[19].
„Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber klagen darüber, daß sowohl männliches wie weibliches Gesinde nicht in ausreichendem Maße zu haben ist. Es liegt dies hauptsächlich an dem überaus niedrigen Lohnstand im hiesigen Bezirk. Es werden vielfach für den Knecht nicht mehr als 3 RM wöchentlich bezahlt. Es müßte unbedingt dahin gewirkt werden, daß der Lohnstand für landwirtschaftliche Arbeitnehmer erhöht wird. Nur so würde sich die Landflucht wirksam beheben lassen."[20]
„Beschäftigung in der Landwirtschaft, die in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, wird in allen Fällen glatt abgelehnt." Die Arbeitslosen unter 25 Jahren „fassen Zuweisung in die Landhilfe als Beleidigung auf und verzichten lieber auf Unterstützung. Äußerungen wie: ‚Lieber verrecke ich auf der Landstraße, als daß ich den Bauern den Deppen mache!' trotz hinreichender Aufklärung nicht vereinzelt."[21]

Gerade die Situation verheirateter Arbeitssuchender aus dem Bereich der Landwirtschaft zeigt, daß das Gesetz vom 15. Mai 1934 der Realität nicht gerecht geworden ist. Zu Beginn des Jahres 1935 wurde es sogar insofern verschärft, als nun die Arbeitgeber sämtlicher nichtlandwirtschaftlicher Betriebe die Auflage erhiel-

---

12 Bericht des Arbeitsamts Schweinfurt für Mai 1934; ebenda.
13 Bericht des Arbeitsamts Coburg für Juni 1934; ebenda.
14 Bericht des Arbeitsamts Lindau für Juni 1934; ebenda.
15 Bericht des Arbeitsamts Weiden für Juni 1934; ebenda.
16 Bericht des Arbeitsamts Schwandorf für Juli 1934; GStA, MA 106 767.
17 Bericht des Arbeitsamts Donauwörth für Juli 1934; ebenda.
18 Bericht des Arbeitsamts Weiden für Dezember 1934; ebenda.
19 Bericht des Arbeitsamts Traunstein für August 1934; ebenda.
20 Bericht des Arbeitsamts Pfarrkirchen für Dezember 1934; ebenda.
21 Bericht des Arbeitsamts Weiden für Dezember 1934; ebenda.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, von sich aus die aus der Landwirtschaft stammenden Arbeitskräfte zu entlassen[22]. Angesichts des enorm gestiegenen Arbeitskräftebedarfs der Industrie war auch dieser gesetzlichen Steuerungsnahme keine positive Wirkung beschieden, nicht einmal als Mittel psychologischer Abschreckung[23]. Die oberbayerischen Bezirksämter berichteten übereinstimmend, die traditionellen Verdingetage im Februar 1935 hätten einen empfindlichen Mangel an landwirtschaftlichen Dienstboten ergeben:

„Beim sogenannten Schlenkltag in Rosenheim waren 200 bis 300 Dienstboten zu wenig angeboten. Im Bezirk Ingolstadt wird darüber geklagt, daß in den militärischen Betrieben viele weibliche landwirtschaftliche Dienstboten beschäftigt werden. Das Bezirksamt Altötting berichtet, daß mehrere landwirtschaftliche Arbeiter an Lichtmeß keine Dienstplätze mehr angenommen haben, da sie sich im Frühjahr zu dem Kanalbau des Innwerkes melden wollen. Vielfach wird in bäuerlichen Kreisen auch der Gewährung von Ehestandsdarlehen die Schuld an dem Dienstbotenmangel zugeschrieben. Der Bauer kann sich allgemein nicht entschließen, verheiratete Dienstboten einzustellen und für diese Werkwohnungen zu schaffen. Es scheint angezeigt, daß für bäuerliche Werkwohnungen besondere staatliche Zuschüsse gewährt werden. Das Bezirksamt Weilheim berichtet, daß die Regelung der Arbeitszeit für landwirtschaftliche Arbeiter bei den Bauern kein Verständnis findet. Die Bauern sagen, sie müssen sich nach dem Wetter richten und können sich daher an keine festgelegte Arbeitszeit halten."[24]

Von seiten der Bauernschaft und der unteren Vollzugsbehörden wurde nun immer lauter die Forderung nach dem Einsatz strafrechtlicher Sanktionen zur Eindämmung der Landflucht erhoben. Vom Bezirksamt Fürstenfeldbruck wurde sie in der Form aufgegriffen, daß man die Wiedereinführung des im Zuge der Novemberrevolution abgeschafften Artikels 106 des alten bayerischen Polizeistrafgesetzbuchs von 1871[25] empfahl, der es erlaubt hatte, gegen vertragsbrüchige Dienstboten mit Polizeihaft bis zu 15 Tagen vorzugehen[26]. Die bayerische Staatsregierung reagierte auf das Problem der Landflucht zunächst – ebenso wie es die Regierungen der Weimarer Zeit getan hatten[27] – lediglich mit allgemeinen öffentlichen Appellen an die Arbeitgeber nichtlandwirtschaftlicher Betriebe, keine Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft einzustellen[28]. Erst als sich die Bayerische Politische Polizei

[22] Gesetz zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften vom 26. 2. 1935; RGBl. 1935 I, S. 310.

[23] T. Mason, a. a. O., S. 75. Siehe dort auch die stillschweigende Aufhebung der Bestimmungen im Jahre 1936. – Vgl. F. Wunderlich, Farm Labor in Germany 1810–1945, Princeton/New Jersey 1961, S. 294 f.

[24] Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 7. 5. 1935; GStA, MA 106 670.

[25] Dieser Artikel bildete bis 1918 die Grundlage für die bayerischen Dienstbotenordnungen; Gesetz-Blatt für das Königreich Bayern 1871/72, S. 55 f.

[26] Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 8. 4. 1935; GStA, MA 106 670.

[27] Siehe StA Würzburg, Bezirksamt Aschaffenburg 1622.

[28] Entschließung sämtlicher bayerischer Staatsministerien vom 26. 4. 1935 und Aufruf des bayerischen Ministerpräsidenten vom 15. 4. 1935; StA München, LRA 22 291.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die Konfliktaustragung einschaltete, wurden neue Mittel und Wege eröffnet. In den auf dem Lande gelesenen Zeitungen erschienen Ende Juni und Anfang Juli 1935 Notizen der Politischen Polizei, in denen dazu aufgerufen wurde, die bestehenden Vertragsverhältnisse einzuhalten, Fälle von Vertragsbruch aber bei der örtlichen Gendarmerie zur Anzeige zu bringen[29]. Nunmehr waren die Bezirksämter, an die diese Anzeigen weitergeleitet wurden, in die Lage versetzt, mit Schutzhaft gegen Vertragsbrüchige vorzugehen, allerdings mit der üblichen Auflage, jeden Schutzhaftbefehl von der Bayerischen Politischen Polizei bestätigen zu lassen. An den im folgenden geschilderten exemplarischen Fällen ist auffallend, daß immer nur die Arbeitgeber zur Anzeigeerstattung schritten – niemals aber die Dienstboten. Offensichtlich erwarteten sich diese von den staatlichen Autoritäten keine angemessene Behandlung ihrer Probleme. Sie legten einfach die Arbeit nieder, um entweder bei anderen Bauern oder in anderen Berufen zu besseren Konditionen unterzukommen. Die Bauern dagegen erblickten von jeher in der örtlichen Polizei und den Organen der unteren Inneren Verwaltung Institutionen sowohl zur Lösung von Arbeitskonflikten in ihrem Sinne als auch zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung der traditionellen Über- und Unterordnungsverhältnisse auf dem Lande überhaupt.

In Höhenkirchen (Bezirk München) brachte der Bauer *Gall*[30] am 29. Juli 1935 zur Anzeige, „daß ihm seine ledige Dienstmagd *Anna Sedlmeier* am 15. Juli 1935 ohne jeden Grund und ohne Kündigung fortging bzw. die Stelle verließ. . . . Die *Sedlmeier* wollte schon längere Zeit nach München und befindet sich nun als Küchenmagd im Hofbräuhaus München. *Gall* ist bisher ohne Magd, obwohl die Getreideernte begonnen hat und nun auch so leicht keine erhalten wird." Die Münchener Kriminalpolizei berichtete zwei Wochen später an das Bezirksamt über das Ergebnis ihrer Ermittlungen: „Die *Anna Sedlmeier* konnte als Angestellte im Hofbräuhaus in München ausgemittelt werden. Entsprechend der Anweisung des Bezirksamtes München-Land wurde sie nachdrücklichst zur Rückkehr an ihre seitherige Arbeitsstelle in Höhenkirchen aufgefordert. Laut beigefügter Unterschrift hat sie dies auch zu tun versprochen. . . . Die Genannte ist nicht durch das Städtische Arbeitsamt München hier in München in Arbeit vermittelt worden. Sie wurde vielmehr vom Küchenchef des Hofbräuhauses aufgrund ihrer mündlichen Zusicherung, daß sie mit Einwilligung des Landwirts *Gall* in Höhenkirchen dessen Haus verlassen und sich zur Arbeitssuche nach München begeben habe, dort eingestellt. Hiezu ist noch zu erwähnen, daß der Mangel an Küchenmädchen im Gastwirtsgewerbe hier sehr groß ist. Hiewegen ist vom Arbeitsamt München der Verwaltung des Hofbräuhauses mündlich zugestanden worden, daß sie auch Küchenmädchen ohne vorherige Anmeldung beim Arbeitsamt einstellen dürfen, wenn dies zur Aufrechterhaltung eines geordneten Wirtschaftsbetriebs unumgänglich notwendig erscheint. In jedem solchen Falle müsse aber dem Arbeitsamt nachträglich Meldung erstattet und die Beschäftigungserlaubnis nachgeholt werden. . . . Von mir wurde *Sedlmeier* darauf hingewiesen, daß wegen gleichartigen Entlaufens von Dienstboten die Politische Polizei in mehreren Fällen mit Inschutzhaftnahme vorgegangen ist, um in Zukunft der Landflucht Einhalt zu gebieten. Dement-

[29] StA München, LRA 13 092.

[30] Die im folgenden kursiv gesetzten Namen wurden aus Gründen des Persönlichkeitsrechtsschutzes verschlüsselt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprechendes polizeiliches Vorgehen wurde auch ihr angedroht, wenn sie ihre Arbeit bei *Gall* nicht unverzüglich wieder aufnimmt." Die polizeilichen Bemühungen waren jedoch bereits gegenstandslos geworden, da der Bauer *Gall* inzwischen Ersatz für die Dienstmagd gefunden hatte[31].

Die Bewirksämter holten zu den im Sommer 1935 massiert eingehenden Anzeigen meist die gutachtliche Stellungnahme der Bauernführer des Reichsnährstands ein. Die Kreisbauernschaft Weilheim schlug in einem Schreiben an die Bezirksämter und Bezirksbauernführer ihres Zuständigkeitsbereichs folgendes Verfahren vor: „Um eine gerechte Beurteilung des jeweiligen Falles zu ermöglichen, bitte ich, den entlaufenen Dienstboten und den Arbeitgeber vorzuladen, um durch eine Gegenüberstellung den schuldigen Teil feststellen zu können. Es empfiehlt sich, außerdem noch den zuständigen Bezirksbauernführer beizuziehen. Es liegt nicht immer die Schuld beim Dienstboten allein, sondern auch den Bauern trifft oft ein Großteil von Schuld. Außerdem kommt es häufig vor, daß Dienstboten von solchen Bauern, die in der arbeitsarmen Zeit keine Leute beschäftigen, bei Beginn der Erntezeit durch Mehrbieten von Lohn von ihrem bisherigen Dienstplatz weggezogen werden. Dieses Verhalten ist ebenso verwerflich wie das Entlaufen von Dienstboten. Sollte sich durch ihre Einvernahme klar und eindeutig ein grundloser Vertragsbruch feststellen lassen, so bitte ich unter Hinweis auf die Bekanntmachung der Politischen Polizei, mit aller Schärfe vorzugehen."[32] So bemerkte dieselbe Kreisbauernschaft zu einer Anzeige des Bauern *Wehrle* aus der Gemeinde Eberfing (Bezirk Weilheim), dem ein Dienstbote ohne Kündigung entlaufen war, den aber darüber hinaus nach polizeilichen Feststellungen innerhalb eines Jahres sieben von neun neueingestellten Dienstboten wieder verlassen hatten, „daß es nicht geboten erscheint, gegen den Dienstknecht ... vorzugehen. *Wehrle* sollte sich einer besseren Behandlung seiner Dienstboten befleißen, dann laufen sie ihm nicht davon. Zu den ersten Pflichten eines Bauern, der den Anforderungen der Erzeugungsschlacht gerecht werden will, gehört nicht nur die vorbildliche Bestellung seiner Grundstücke, sondern eine ebenso vorbildliche Behandlung seiner Dienstboten, damit die Bergung der Ernte nicht gefährdet ist."[33]

Unter Bezugnahme auf eine Pressenotiz im Fürstenfeldbrucker Wochenblatt: „Sofort Anzeige erstatten! Die Bayerische Politische Polizei gibt bekannt, daß Dienstboten, die ohne Grund ihren Arbeitsplatz verlassen, in Zukunft nicht mehr beim Bezirksbauernführer zu melden sind, sondern sofort bei der Gendarmeriestation Anzeige zu erstatten ist" zeigte am 15. Juli 1935 ein Bauer aus Rottbach (Bezirk Fürstenfeldbruck) einen Melker an, der seine Arbeitsstelle verlassen habe, „weil angeblich das Wasserpumpen für ihn zu schwer sei". Obwohl sich der Melker im Recht befand, da er nur auf Probe eingestellt war, hoffte der Bauer, mit Hilfe polizeilicher Gewalt die Rückführung dieser Arbeitskraft erzwingen zu können. Auf der Gendarmerie-Station wurde der Anzeigeerstatter darauf aufmerksam gemacht, „daß die früheren Vorschriften über das Dienstbotenwesen (Artikel 106 Polizeistrafgesetzbuch) aufgehoben sind, daß aber wegen Nichteinhalten der Kündigungsfristen privatrechtlich vorgegangen werden könne (§ 621 BGB)". Nachdem dem Bauern schließlich die Aussichtslosigkeit seines Verlangens klargeworden war, erklärten er und seine Ehefrau, daß sie mit „dieser Sache nichts mehr zu tun haben möchten"[34].

In einem weiteren Fall hatte ein Melker in Eismerszell (Bezirk Fürstenfeldbruck) ohne Kündigung seine Stelle gewechselt und war deshalb von seinem früheren Arbeit-

---

[31] StA München, LRA 58 708.
[32] StA München, LRA 6996.
[33] Ebenda.
[34] StA München, LRA 13 092.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geber zur Anzeige gebracht worden. Bei seiner polizeilichen Einvernahme nannte der Melker als Grund für sein Verhalten, ihm seien Lohnauszahlungen vorenthalten worden. Der dazu befragte Bauer gab an, er habe lediglich keinen Lohn im voraus mehr zahlen wollen. „Dies habe er sich zum Grundsatz gemacht, weil man die Dienstboten in Ermangelung geeigneter Gesetze noch nicht einmal von heute auf morgen in der Hand habe. Da es ihm an landwirtschaftlichen Dienstboten sehr mangele und er vom Arbeitsamt auch keine bekommen könne, so stellte er an das Bezirksamt Fürstenfeldbruck die Bitte, den Melker *Kraus* wieder zu ihm zurückverbringen zu lassen, da er den Dienst grundlos verlassen habe." *Kraus* wurde daraufhin von der Gendarmerie wieder an seine alte Arbeitsstelle zurückgebracht, „nachdem ihm unterschriftlich bekanntgegeben war, welche Folgen ihm bei Nichtbefolgung der Aufforderung entstehen können. *Kraus* fügte sich hierauf ins Unvermeidliche und ging ohne weiteres wieder zu *Aigner* zurück." Ferner wurde auch ein Arbeitskollege des Melkers, dem vorgeworfen worden war, diesen gegen den Bauern *Aigner* aufgehetzt zu haben, vorgeladen und darüber aufgeklärt, „daß eine Verhetzung von Dienstboten gegen ihre Herrschaft als Sabotageakt gegen die Landwirtschaft bzw. Volksernährung angesehen werden kann, welche Handlung mindestens mit Schutzhaft bedroht ist".[35]

Im Zusammenwirken von Bezirksämtern und Gestapo wurde tatsächlich in mehreren Fällen zur Inschutzhaftnahme vertragsbrüchiger Dienstboten geschritten. Der Regierungspräsident von Oberbayern billigte als vorgesetzte Dienstbehörde der Bezirksämter diese Maßnahmen: „Wenn auch gesetzliche Grundlagen dazu mangeln, so muß ich doch dieses energische Vorgehen billigen, da eine das Volk schädigende Handlung vorliegt." „Verschiedentlich hat sich jedoch herausgestellt", schrieb er weiter in seinem Monatsbericht für Juni 1935, „daß der Aufgabe des Dienstes Schwierigkeiten zugrundelagen, die bei Gericht auszutragen wären. Auch kann die Befürchtung nicht von der Hand gewiesen werden, daß die Bauern die Zwangslage ihrer Dienstboten nunmehr ausnützen und diese ungebührlich behandelt werden; die von den Bauern gewährte Bezahlung und Verpflegung läßt auch während der Erntezeit zu wünschen übrig."[36] In einer Weisung des Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 9. Juli 1935 wurden die getroffenen Entscheidungen auch im Hinblick auf künftige Fälle gerechtfertigt. „Die Rücksichtnahme auf das Gesamtwohl des Staates" zwinge auch ohne formales Gesetz, „einem derartigen das Volk schädigenden Verhalten mit Nachdruck entgegenzutreten"[37]. Die Auswirkungen der Schutzhaft wurden von den Bezirksämtern allerdings sehr unterschiedlich beurteilt: „Einige Bezirksämter erklären sie für äußerst wirksam, andere weisen darauf hin, daß dadurch eine Arbeitsleistung nicht erzielt werden könne."[38] Auch aus anderen Landesteilen äußerten sich die Bezirksämter skeptisch über den Erfolg des Schutzhaftgebrauchs gegenüber landwirtschaftlichen Arbeitskräften. So berichtete das mittelfränkische Bezirksamt Weißenburg: „Vielfach mußte gegen entlaufene Dienstknechte und -mägde, die ohne stichhaltigen Grund ihre Arbeits-

---

[35] Ebenda.

[36] Monatsbericht vom 9. 7. 1935; GStA, MA 106 670.

[37] StA München, LRA 6996.

[38] Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 8. 8. 1935; GStA, MA 106 670.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plätze verlassen hatten, mit scharfen Verwarnungen eingeschritten werden. In einem Falle wurde eine Dienstmagd vorübergehend in Schutzhaft genommen. Andererseits schien bei der Anwendung polizeilichen Zwanges gegen entlaufene Dienstboten Zurückhaltung und Vorsicht deshalb geboten, weil gewissenlose landwirtschaftliche Arbeitgeber die Unterstützung der Behörden zu selbstsüchtigen Zwecken zu mißbrauchen suchten. Es wurde mehrfach festgestellt, daß eigennützige Arbeitgeber gerade in den Tagen angestrengtester Erntearbeit ihren Arbeitnehmern unzulängliche Kost verabreichten, weil sie damit rechneten, daß die Behörden (Arbeitsamt, Bezirksamt) einen Wechsel des Arbeitsplatzes durch die Arbeitnehmer verhindern würden."[39]

Extensiveren Gebrauch von den zur Verfügung stehenden Repressionsmitteln zur Rückführung entlaufener Dienstboten bzw. zur Ahndung von Vertragsbrüchen machten die Bezirksämter im folgenden Jahr 1936. Bei den Bezirksämtern herrschte jedoch große Unsicherheit über die Angemessenheit der im jeweiligen Einzelfall zu ergreifenden Maßnahmen, da die Umstände, die zum Vertragsbruch führten, und vor allem die Schuldfrage, meist sehr schwer zu klären waren und bei der Vielzahl der beteiligten Personen und Institutionen oft kontrovers beurteilt wurden. Auch eine erneute Ermächtigung der Bezirkspolizeibehörden durch das bayerische Innenministerium brachte keine Klarheit über die konkrete Anwendung dieser Mittel, insbesondere der Schutzhaft. Danach war „in Fällen volksschädigenden Eigennutzes mit Schutzhaft vorzugehen: 1) gegen landwirtschaftliche Arbeitskräfte, die ohne nennenswerten Grund ihre Arbeitsplätze verlassen, 2) gegen Bauern und Landwirte, die anderen landwirtschaftlichen Arbeitgebern ihre Arbeitskräfte abdingen oder solche in Kenntnis eines Vertragsbruches einstellen, 3) gegen jede Person, die durch Verleitung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zum Vertragsbruch Unordnung oder Unruhe in den landwirtschaftlichen Markt trägt... Um Mißgriffe zu vermeiden, ist vor Verhängung der Schutzhaft der zuständige Kreisbauernführer zu hören."[40] Hatten die Ermittlungen ein negatives Urteil über den Arbeitgeber ergeben, wurde häufig von einer Rückführung oder weitergehenden Zwangsmaßnahmen gegen Dienstboten oder Landarbeiter abgesehen. Hierin waren sich das Bezirksamt und der zur Stellungnahme aufgeforderte Kreis- oder Bezirksbauernführer meist einig, auch wenn von Bürgermeistern, Gendarmeriebeamten, Ortsbauernführern oder Ortsgruppenleitern der NSDAP ein scharfes Vorgehen empfohlen worden war. In der Regel verwies das Bezirksamt, wenn schlechte Behandlung durch die Bauern, unzumutbare Arbeitsbedingungen oder persönliche Streitigkeiten auf dem Hofe auslösendes Moment für das Dienstentlaufen gewesen waren, ausweichend auf den Mangel an „strafrechtlichen Bestimmungen" und empfahl den Bauern, ihre Ansprüche vor dem Arbeitsgericht durchzusetzen.

---

[39] Zitiert im Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken vom 8. 8. 1935; GStA, MA 106 677.

[40] Erlaß vom 14. 7. 1936; StA München, LRA 13 092.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In dieser Weise verfuhr das Bezirksamt Fürstenfeldbruck mit einer Anzeige, die der Bauer *Grabler* aus Alling erstattet hatte, da die bei ihm beschäftigte Dienstmagd *Agnes Gmeinwieser* nach einem Arbeitsunfall bei einem anderen Bauern in Stellung gegangen war. Die Magd begründete ihren plötzlichen Stellenwechsel mit verleumderischen Äußerungen des Bauern *Grabler* über ihren Lebenswandel. Dazu bemerkte der ermittelnde Gendarmeriebeamte: „Die Angaben der *Gmeinwieser* entsprechen zweifellos zum großen Teil der Wahrheit. Es ist richtig, daß *Grabler* bei ihrem Stiefvater über sie geschimpft hat, wahrscheinlich auch noch sonst bei verschiedenen Leuten. ... *Grabler* selbst scheint auch nicht gerade der idealste Bauer zu sein. Vom zuständigen Ortsbauernführer wurde mir gesagt, daß er ein etwas roher und zynischer Mensch ist. Trotzdem muß aber betont werden, daß die *Gmeinwieser* in sittlicher Hinsicht tatsächlich eine etwas verkommene Person ist. Daß sie sich während ihres Krankseins mit den Soldaten und wahrscheinlich auch noch mit anderen Burschen einließ, glaube ich ohne weiteres. Sie läuft ja den Burschen förmlich nach und ist überhaupt nicht gesund, wenn sie nicht, ich möchte schon fast sagen, jeden Tag einen hat. Eine polizeiliche Rückführung halte ich nicht für geeignet, schon deshalb nicht, weil sie dem Bauern doch mehr schaden als nützen würde. Einige Tage Schutzhaft würden aber meines Erachtens der *Gmeinwieser* bestimmt nicht schaden, und für andere wäre es ein abschreckendes Beispiel." Die Passagen des Gendarmerieberichts über das sittliche Verhalten der Dienstmagd glossierte der Referent des Bezirksamts mit der lapidaren Bemerkung: „Das soll öfter vorkommen!" und war im übrigen der Auffassung, daß die Verhängung von Schutzhaft nicht angängig sei: „Ein etwaiger Schutzhaftbefehl würde von der Politischen Polizei, so wie die Dinge in diesem Falle liegen, kaum bestätigt werden. Ich schlage vor, die *Gmeinwieser* durch die Gendarmerie eindringlich verwarnen und streng überwachen zu lassen." Dem Bauern *Grabler* wurde anheimgestellt, beim Amtsgericht Klage zu erheben („falls er sich davon Erfolg verspricht"), worauf dieser jedoch verzichtete[41].

Da die Ermittlungen für die Behörden einen großen Arbeits- und Zeitaufwand erforderten – vor allem dann, wenn sie sich über den unmittelbaren Kompetenzbereich eines Bezirksamts hinaus erstreckten –, konnten viele landwirtschaftliche Arbeitnehmer, die sich in entferntere Gegenden abgesetzt hatten, überhaupt nicht verfolgt werden.

Meistens genügte schon die Androhung von Schutzhaft, um Dienstboten und Landarbeiter gefügig zu machen. Nachdem dem Bezirksamt Fürstenfeldbruck bekannt geworden war, daß eine landwirtschaftliche Arbeiterin ihren Dienstplatz verlassen wollte, mußte diese einen Revers unterschreiben, wonach sie „im Falle des Bruches des Dienstvertrages mit der Rückführung zu rechnen hätte. Gegebenenfalls würde sogar ihre Überweisung in ein Konzentrationslager beantragt werden"[42]. In einem anderen Fall kehrte ein Knecht wieder an seine alte Arbeitsstelle zurück, nachdem ihm „ausdrücklichst" bekannt gegeben worden war, „daß er die Einlieferung in das Konzentrationslager nach Dachau zu gewärtigen habe, im Falle er nochmals seinen Dienstplatz grundlos verläßt"[43].

---

[41] Ebenda.
[42] Ebenda.
[43] Ebenda.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgrund der Erfahrung, daß die Schutzhaft doch eine gewisse abschreckende Wirkung hatte, veranlaßte das Bezirksamt Fürstenfeldbruck am 26. Juni 1936 die Wiedergabe des folgenden Artikels „an hervorragender Stelle ... womöglich unter größerem Druck" in den im Bezirk erscheinenden Tageszeitungen: „Die ledigen Dienstknechte *Hans Wagner*, *Mathias Wolf* und *Sixtus Faßbinder* wurden auf die Dauer von zunächst vier Wochen in Schutzhaft genommen. *Wagner* und *Wolf* waren im Gut Roggenstein beschäftigt. Um ihre Entlassung zu erreichen, hetzten sie trotz eindringlicher Verwarnung bei der übrigen Gefolgschaft gegen den Betrieb, so daß der Betriebsführer schließlich im Interesse der Wahrung des Betriebsfriedens gezwungen war, die Genannten zu entlassen. *Faßbinder* entlief seinem Dienstherrn, dem Bauern *Johann Heilmeier* in Poigern, als dieser eine von *Faßbinder* verlangte unbegründete Lohnerhöhung ablehnte. *Faßbinder* äußerte, daß er sich lieber einsperren lasse, als zu seinem Arbeitgeber zurückzukehren. Auch in künftigen derartigen Fällen wird mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden, da bei dem großen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften durch die unberechtigte bzw. erzwungene Lösung von Arbeitsverhältnissen die Ziele der Erzeugungsschlacht ernstlich gefährdet und die Interessen der Volksgemeinschaft dadurch gröblich verletzt werden könnten."[44]

Sehr empfindlich reagierten die Verfolgungsbehörden, wenn die Handlungsweise des Vertragsbrüchigen eine – in ihren Augen – politisch-klassenkämpferische Qualität erhielt. Dann wurde hart durchgegriffen. Ein besonders sprechendes Beispiel dafür liegt in der Begründung eines Schutzhaftbefehls vor, der am 8. Mai 1937 gegen eine landwirtschaftliche Dienstmagd in Fischen (Bezirk Weilheim) erlassen wurde.

„*Veronika Bichler* hat nach Bericht der Gendarmeriestation Pähl vom 30. 4. 37 aus Anlaß einer Meinungsverschiedenheit mit einer Bediensteten ihres Arbeitgebers, bei der sie im Unrecht war, ohne Kündigung ihren Arbeitsplatz verlassen und vier Knechte, die gleichfalls in Abwesenheit des Arbeitgebers anstatt zu arbeiten, das Wirtshaus besucht hatten, zum Verlassen ihrer Arbeitsplätze aufgefordert. Die Knechte, die bei verschiedenen Bauern bedienstet waren, verließen daraufhin ihre Arbeitsstätte. Dieses aufwiegelnde Verhalten gefährdet bei der außerordentlichen Knappheit an landwirtschaftlichen Arbeitern die landwirtschaftliche Erzeugung und legt unter den obwaltenden Umständen den Schluß nahe, daß es nur geschah, um dem Arbeitgeber die Abhängigkeit von seinen Arbeitern vor Augen zu führen. Durch die sich hierdurch offenbarende Gesinnung ist die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet. *Bichler* war daher in Schutzhaft zu nehmen."[45]

Bei der Anwendung der Schutzhaft gingen die unteren Behörden der Inneren Verwaltung und die Politische Polizei durchaus von verschiedenen Vorstellungen aus. In den anschließend ausführlicher geschilderten Fällen aus dem Bezirk Aichach benutzte, auf eine kurze Formel gebracht, das Bezirksamt die Schutzhaft als willkommenes Disziplinierungsmittel gegenüber unbotmäßigen und unbequemen Angehörigen der dörflichen sozialen Unterschicht, während die Politische Polizei sie als Instrument zur Durchsetzung des autoritär verordneten Arbeitsfriedens – auch gegenüber bäuerlichen Arbeitgebern – verstand.

---

[44] Ebenda.

[45] StA München, Gestapo 96.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vom Vorstand des Aichacher Bezirksamts wurde am 2. April 1936 über die landwirtschaftliche Dienstmagd *Maria Schmidhofer* und deren Tochter *Katharina*, beide auf demselben Hof bedienstet, jeweils eine 15-tägige Schutzhaft verhängt. Die Maßnahme gegen die Tochter wurde folgendermaßen begründet: „*Katharina Schmidhofer* hat ohne triftigen Grund eigenmächtig ihre Stelle bei dem Bauern und Gastwirt *Reischel* in Griesbäckerzell verlassen und hierbei durch Geschrei und Gejohle derartigen Lärm in der ganzen Ortschaft gemacht, daß ein Großteil der Ortseinwohner sich darüber aufgehalten hat. Außerdem versucht sie, sich der Unterhaltspflicht ihrem außerehelichen Kind gegenüber zu entziehen. *Katharina Schmidhofer* ist eine amtsbekannte Person; ihren zu Niederschrift gegebenen Aussagen kann ein Glaube nicht beigemessen werden." Die Vorwürfe gegen die Mutter bezogen sich außer auf Vertragsbruch noch auf eine Äußerung, die sie anläßlich einer Rundfunkrede Hitlers gemacht haben soll: „Der kann mich am Arsch lecken, der hat mir noch nichts gegeben!" Bei ihrer polizeilichen Einvernahme erklärte die Mutter: „Ich war bei *Reischel* in Griesbäckerzell als Schweizerin eingestellt, wurde aber ständig auch für Feldarbeiten usw. verwendet. Dies war mir zu viel, und deswegen erklärte ich dem *Reischel*, daß ich die Stelle aufgeben werde. Nachdem er damit einverstanden war, habe ich durch Anzeige in der ‚Aichacher Zeitung' eine andere Stelle zu finden gesucht. Ich bekam viele Angebote und ein Bauer telefonierte auch; *Reischel* war bei dem Telefongespräch selbst dabei. Es ist also nicht richtig, daß wir dort entlaufen sind, sondern *Reischel* hat dies genau gewußt." Außerdem sei sie bei einer Auseinandersetzung auf dem Hof mit Schlägen bedroht worden. Zu den weiteren Vorwürfen gab sie zu Protokoll: „Die fragliche Äußerung ... habe ich nicht gebraucht. Ich habe lediglich auf die Aufforderung hin, doch auch zuzuhören, etwa geäußert, was geht mich das an, was da der Hitler spricht, was ich gar nicht verstehe. Darauf verließ ich die Stube, in die wir ja sonst auch nicht gehen durften." Die gleichfalls vorgeführte Tochter gab an: „Ich habe die Stelle verlassen, weil ich mit dem Essen nicht zufrieden war. Es hat öfters nichts Warmes gegeben, und teilweise war das Essen bereits verdorben, das wir vorgestellt erhielten; außerdem wurde auf die Nacht das Essen immer wieder zusammengeschüttet und aufgewärmt. Ich sagte deshalb zu *Reischel*, daß ich in 14 Tagen gehen werde, wenn das Essen nicht besser würde, worauf dieser antwortete: Du kannst auch gleich gehen! Außerdem habe ich mich geärgert, daß *Reischel* mir nichts davon gesagt hat, daß ich für mein außereheliches Kind von meinem Lohn monatlich 7.– RM zu zahlen habe." *Katharina Schmidhofer* war bereits im November 1934 vom Bezirksamt verpflichtet worden, für den Unterhalt ihres Kindes diesen Betrag an den Bezirksfürsorgeverband zu entrichten. Offensichtlich war für die Verhängung der Schutzhaft nicht allein der angenommene Vertragsbruch ausschlaggebend, sondern gleichfalls der Umstand, daß diese Personen, die in den Schutzhaftbefehlen als „Asoziale" bezeichnet wurden, die kommunale Fürsorge belasteten.

Der Schutzhaftbefehl gegen die Mutter *Schmidhofer* wurde von der Politischen Polizei umgehend bestätigt. Ein gegen sie vor dem Sondergericht München eingeleitetes Verfahren wurde aber von der Anklagebehörde aufgrund eines Amnestieerlasses eingestellt. Den Schutzhaftbefehl gegen die Tochter wollte die Politische Polizei nicht bestätigen, sondern empfahl die Einweisung in die Arbeitsabteilung der staatlichen Fürsorgeanstalt Traunstein mit dem generellen Hinweis, daß die Unterbringung in einer Arbeitsanstalt möglich sei, „wenn solche Personen infolge ihres sittlichen Verschuldens sich selbst oder einen Unterhaltsberechtigten der naheliegenden Gefahr aussetzen, der öffentlichen Fürsorge anheimzufallen".

Zusätzlich verlangte die Politische Polizei, „hinsichtlich der Behandlung der Dienstboten durch den Bauern und Gastwirt *Reischel* in Griesbäckerzell im allgemeinen vertrauliche polizeiliche Erhebungen anzustellen und gegebenenfalls Zeugen einzuver-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen. ... Wenn auch die Bauern im Interesse der Erzeugungsschlacht gegen das Davonlaufen der Dienstboten im allgemeinen staatlichen Schutz genießen, so darf doch – wie es im gegebenen Fall zu sein scheint – dieser staatliche Schutz nicht dazu mißbraucht werden, Dienstboten zum Verbleiben bei solchen Bauern zu zwingen, bei denen sie nicht so behandelt werden, wie dies der nationalsozialistischen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit entspricht, da ja diese Bauern wegen unsozialen Verhaltens selbst zur Rechenschaft gezogen werden müssen." Aufgrund der eingeholten Informationen berichtete die örtliche Gendarmerie daraufhin, lediglich die Ehefrau des Arbeitgebers sei „mit den weiblichen Dienstboten etwas streng". „Von einer schlechten, der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit widersprechenden Behandlung des Personals kann aber auch hier keine Rede sein." „Sonach liegt", wie das Bezirksamt ergänzend an die Politische Polizei weitergab, „ein Mißbrauch des staatlichen Schutzes ... nicht vor. Die beiden *Schmidhofer* sind vielmehr dem Amte bereits aus anderen Sachen genügend bekannt gewesen; ihnen hat die kurze Schutzhaft auch nicht im geringsten geschadet."

Wenige Wochen später wurde der geschiedene Ehemann der *Maria Schmidhofer*, der landwirtschaftliche Arbeiter *Josef Schmidhofer*, vom Bezirksamt ebenfalls in Schutzhaft genommen, da er „ohne Kündigung und heimlich" seinen Arbeitsplatz bei dem Bauern *Hartl* in Thalhof verlassen und sich bei dem Bauern *Seethaler* in Schmarnzell als Erntearbeiter verdingt hatte. Bereits in den vorangegangenen zwei Jahren sei er „ohne triftigen Grund vor Beginn der Ernte aus seinem Jahresdienstplatz ausgetreten, um als Erntearbeiter höheren Lohn zu erhalten". Als weitere Schutzhaftgründe wurden aufgeführt: „Der zuständige politische Leiter stellt dem *Schmidhofer* ein sehr ungünstiges Zeugnis aus. *Schmidhofer* ist nahezu jeden Sonntag betrunken. Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und, um die geordnete Fortsetzung der Erzeugungsschlacht nicht zu gefährden, mußte gegen *Schmidhofer* nach Anhörung der Kreisbauernschaft Schrobenhausen Schutzhaft verhängt und Überstellung nach Dachau angeordnet werden." *Schmidhofer* bestritt die ihm angelasteten Beschuldigungen und machte geltend, sein neuer Arbeitgeber benötige ihn dringend zu den Erntearbeiten: „Als er mich einstellte, habe ich ihm gesagt, daß ich von *Hartl* weggegangen sei. *Hartl* und *Seethaler* stehen nicht besonders gut miteinander."

Einen Tag nach seiner Festnahme wurde *Schmidhofer* auf Anordnung des Bezirksamts ohne vorheriges Einvernehmen mit der Politischen Polizei ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Die Politische Polizei wollte jedoch von einer Unterbringung im Konzentrationslager absehen und setzte die Dauer der Schutzhaft auf drei Wochen fest, die *Schmidhofer* aufgrund des voreiligen Vorgehens des Bezirksamts aber dennoch in Dachau, und nicht im Amtsgerichtsgefängnis bzw. in der Straf-Haftanstalt Aichach, verbüßen mußte. Als der Zeitpunkt seiner Entlassung heranrückte, schrieb das Bezirksamt an die Dachauer Lagerkommandantur: „Ich ersuche, ihn rechtzeitig zu entlassen, wenn nicht von dort aus wegen Verlängerung der Schutzhaft unmittelbar mit der Bayerischen Politischen Polizei, München, verhandelt werden will. Von hier aus bestehen gegen eine angemessene Verlängerung keine Bedenken." Die Politische Polizei ging auf diesen Vorschlag des Bezirksamts aber nicht ein, sondern verfügte die Entlassung mit der Auflage, daß sich *Schmidhofer* innerhalb von zwei Tagen persönlich beim Bezirksamt Aichach zu melden hätte, wo ihm nochmals eröffnet werden sollte, daß er sofort wieder in Schutzhaft genommen werde, wenn er „seinen Dienstplatz neuerdings ohne Kündigung verläßt oder sich sonst staatsabträglich verhält oder betätigt".

Die Politische Polizei wollte auch die eigenmächtige Handlungsweise des Bezirksamts nicht akzeptieren. In sehr dezidierter Form wurde die Bezirksbehörde deshalb darauf

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hingewiesen, erst dann Schutzhaftgefangene auf Schub zu setzen, wenn die Genehmigung für die Einweisung in das Konzentrationslager Dachau vorliege.
Wie in den beiden vorausgegangenen Fällen zeigte die Politische Polizei auch im Falle des *Josef Schmidhofer* ein Interesse daran, die Bauern zur Respektierung bestehender Arbeitsverträge zu zwingen. „Wenn es der Tatsache entspricht", schrieb sie an das Bezirksamt, „daß der Bauer *Seethaler* bei der Einstellung von dem Entlaufen des *Schmidhofer* Kenntnis hatte, so ist . . . auch der Bauer *Seethaler* im Benehmen mit dem Kreisbauernschaftsführer auf die Dauer von acht Tagen in Schutzhaft zu nehmen." Bemerkenswert ist jedoch, daß auch die Politische Polizei hinsichtlich der Schutzhaftdauer gegenüber Arbeitnehmern und Arbeitgebern zweierlei Maß anlegte. Der Politischen Polizei fehlte aber ein genügend großer personeller Unterbau, um eigene Untersuchungen anzustellen. Sie war deshalb weitgehend auf die örtliche Gendarmerie angewiesen, die im allgemeinen eher geneigt war, Beurteilungen im Sinne der dörflichen sozialen Führungsschicht abzugeben. Im Falle *Schmidhofer* jedenfalls konnten laut Bericht der Gendarmerie-Station Schiltberg sämtliche Bauern, bei denen er sich in den Jahren 1935/36 verdingt hatte, glaubhaft machen, daß sie nicht gegen die Vertragsverhältnisse verstoßen hatten[46].

Der Reichsnährstand trat mit dem Anspruch auf, als berufsständisches Organ sämtlicher am landwirtschaftlichen Produktionsprozeß mittelbar und unmittelbar Beteiligten „zwischen den Bestrebungen der von ihm umschlossenen Kräfte einen dem Gemeinwohl dienenden Ausgleich herbeizuführen"[47]. In der Praxis landwirtschaftlicher Arbeitskonflikte agierte er jedoch weitgehend als Interessenvertreter der Bauern, und nicht in gleicher Weise auch der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer. In größerem Maße Rückhalt fanden die Landarbeiter und Dienstboten bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF)[48], die ebenso wie der Reichsnährstand die organisatorische Zugehörigkeit dieser Personengruppe für sich reklamierte und deshalb in einem Konkurrenzverhältnis zum Reichsnährstand stand. Mit dem sogenannten Bückeberger Abkommen von 1935[49], durch das der gesamte Reichsnährstand unter Beibehaltung seiner Autonomie korporativ mit der DAF verbunden wurde, wurden die Gegensätze nur formal überdeckt, die Spannungen hielten unvermindert an[50]. In diesem Zusammenhang ist als wichtiges Ergebnis des Abkommens festzuhalten, daß die Rechtsberatung landwirtschaftlicher Arbeitnehmer von der DAF wahrgenommen wurde[51]. Sie beriet ihre Mitglieder in Prozessen vor den Arbeitsgerichten und versuchte in besonders schwerwiegenden Fällen von „unsozialem" Verhalten landwirtschaftlicher Arbeitgeber, Verfahren bei dem Sozialen Ehrengericht anhängig zu machen[52]. Organisatorisch konnte die DAF aus den bereits erwähnten

---

[46] StA München, LRA 99 500.
[47] § 2 der 1. Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. 12. 1933; RGBl. 1933 I, S. 1060.
[48] F. Wunderlichs Bewertung (a. a. O., S. 210), „neither DAF nor RN [Reichsnährstand] protected the interests of the workers", bedarf auf jeden Fall einer Differenzierung.
[49] Siehe J. E. Farquharson, a. a. O., S. 312.
[50] Siehe dazu StA Bamberg, M 30/545 und 730.
[51] F. Wunderlich, a. a. O., S. 210.
[52] Siehe ebenda, S. 216 f. Einzelfälle auch in StA Bamberg, M 30/330, 333 und 334.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gründen kaum an alte gewerkschaftliche Traditionen unter den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern anknüpfen. Zuweilen griff deshalb die lokale DAF-Organisation zu rüden Werbemethoden.

So berichtet eine DAF-Kreiswaltung: „Um auf dem Lande überhaupt vorwärts zu kommen, haben wir daher ein Mittel, das in seiner Anwendung nicht gerade ‚fein', aber doch langsam und sicher zum Erfolge führt. Man muß versuchen, den Bauernknecht oder die Magd mit seinem Dienstherrn bei einer passenden Gelegenheit in Konflikt zu bringen (Gründe sind ja da immer vorhanden, wenn man welche sucht, Arbeitszeit, Urlaub, Entlohnung usw.), und diese Leute dann der Rechtsstelle der DAF zuführen lassen. Dort werden sie nach ihrer Mitgliedschaft gefragt, was selbstverständlich verneint wird, worauf sie vom Rechtsberater aufgefordert werden, sich nebenan in die Verwaltungsdienststelle zu bemühen, um ihre Aufnahme in die DAF zu vollziehen. Nachher wird der Fall dann behandelt. Wenn dieser Volksgenosse wieder in sein Dorf zurückkommt, wird er seine Kollegen und Kolleginnen in entsprechender Form aufklären und sie auffordern, für alle Fälle, die sich entventuell einmal ergeben könnten, sich zu sichern und ebenfalls der DAF beizutreten. Wir können behaupten, daß wir mit dieser Methode immerhin schon ziemliche Erfolge erzielt haben . . ."[53]

Die Bestrebungen der DAF zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Landarbeiter und Dienstboten sowie der armen Kleinbauern gehen besonders eindrucksvoll aus den Monatsberichten der DAF-Kreiswaltungen hervor, die für die Monate März bis Juni 1936 aus dem Bereich des Gaus Bayerische Ostmark erhalten geblieben sind. Die Auswahl der folgenden Zitate beleuchtet die konkreten Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ebenso wie die Schwierigkeiten, die einer erfolgreichen Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen durch die DAF entgegenstanden.

„Immer wieder müssen wir feststellen, daß es beispielsweise unmöglich ist, landwirtschaftliche Arbeiter, die verheiratet sind, unterzubringen oder [daß] landwirtschaftlichen Arbeitern Gelegenheit geboten wäre sich zu verheiraten. Es ist im Gesetz zur Verhütung der Landflucht ein schweres Übel in der Form vorhanden, daß die Leute, wenn sie das heiratsfähige Alter erreicht haben, nicht heiraten können, da sie als Bauernknechte unter der ganz schlechten Bezahlung mit ihrer Familie dann nicht leben können. Es mehren sich in der letzten Zeit die Fälle, in denen die Gemeinden schwere Lasten dadurch erhalten, daß sie für uneheliche Kinder zu sorgen haben. Weiterhin ist bereits im starken Maße festzustellen, daß Eltern ihre Kinder nicht mehr aufs Land zu Arbeiten hinausgeben, da sie Angst haben, der Junge oder das Mädel müsse dann das Leben lang landwirtschaftlicher Arbeiter oder Arbeiterin bleiben. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich vor allem die letzte Angelegenheit in drei oder vier Jahren bei uns im Gebiet Rottal katastrophal auswirken wird. Zur Verhütung der Landflucht wäre es nach unserer Meinung am besten, ein bestimmtes Alter festzustellen, in dem der landwirtschaftliche Arbeiter, um heiraten zu können, irgendwo anders in Arbeit untergebracht werden kann oder die Gelegenheit vorhanden wäre, wie bereits unsererseits früher ein Vorschlag eingereicht wurde, daß größere Bauern verheiratete landwirtschaftliche Arbeiter nehmen müßten."[54]

„Schwierigkeiten bei der Werbung: Dadurch, daß die Ortsbauernführer in den Ortsgruppen mehr oder minder gegen die Deutsche Arbeitsfront größtenteils Stellung

[53] Bericht der DAF-Kreiswaltung Neumarkt i. d. Opf. für April 1936; StA Bamberg, M 30/542.
[54] Bericht der DAF-Kreiswaltung Pfarrkirchen für März 1936; StA Bamberg, M 30/541.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen, ist es schwierig, unter dieser Gruppe Mitglieder zu werben ... Betriebsführer als solche verschanzen sich meistens hinter dem Reichsnährstand, wenn man an sie herantritt, sie möchten den Passus in ihrer Betriebsordnung aufnehmen: ‚Hier werden nur Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront beschäftigt.'"[55]
„Für die Betreuung der Landarbeiter wird vom Reichsnährstand nichts unternommen. Ortsbauernführer weigern sich, trotzdem die übrige gesamte Gefolgschaft in der DAF ist, dieser beizutreten. Die Stimmung der Landarbeiter ist daher nicht gut, sie fühlen sich verlassen."[56]
„Zur Zeit werden wir von den Bauern bestürmt, nachdem ihnen in großer Zahl die Knechte davonlaufen. Sobald die Heuernte im Allgäu beginnt, so ist bei uns in Niederbayern eine übliche Erscheinung, daß die Ehehalten bei Nacht und Nebel ausreißen. Der Reichsnährstand wird sich jetzt bemühen, bei der Politischen Polizei zu erreichen, daß alle Knechte, die davonlaufen, wegen Sabotage an der Ernte in Schutzhaft gesetzt werden. Ich habe schon vor Jahren mich bemüht, endlich das Reichsnährstandsgesetz so weit zu erweitern, daß alle Bauern über 120 Tagwerk Grund eine Landarbeiterfamilie beschäftigen müssen. Wenn einmal dieses Gesetz zur Durchführung kommen würde, so hätte bestimmt der Deutsche Bauer bei der Ernte die notwendigen Leute ... Es ist traurig, wenn einerseits die landwirtschaftlichen Arbeiter zu wenig [sind], andererseits die verheirateten Landarbeiter in Notstandsarbeiten untergebracht werden müssen."[57]
„Wie bereits des öftern berichtet wurde, bestehen vor allem in der Tariflohnfrage Schwierigkeiten. Bauern wollen absolut den Tariflohn, der doch Mindestlohn sein soll, nicht bezahlen, und wir stellen immer fest, daß diese Elemente von den Bürgermeistern und Ortsbauernführern unterstützt werden."[58]

Obwohl das bayerische Innenministerium und die Politische Polizei auch weiterhin regelmäßig Weisungen an die unteren Vollzugsbehörden hinausgaben, den Vertragsbruch in der Landwirtschaft „mit den schärfsten zur Verfügung stehenden Mitteln" zu bekämpfen[59], machten die Bezirksämter immer seltener von der Möglichkeit der Schutzhaft- oder Polizeihaftverhängung Gebrauch, und zwar hauptsächlich aus der Erkenntnis heraus, daß, wie das unterfränkische Bezirksamt Uffenheim zutreffend formulierte, „eine wirksame Bekämpfung des Dienstbotenmangels nicht ohne Beseitigung seiner tieferen Ursachen möglich sein dürfte. (Ungleich niedrigere Entlohnung gegenüber dem gewerblichen Arbeiter, Mangel an Freizeit, Unmöglichkeit, eine Familie mit selbständigem Haushalt zu gründen, und Mangel an Aufstiegsmöglichkeiten)"[60]. Einige Bezirksämter gingen dazu über, die Bauern, die bei den Gendarmerien Anzeige erstatteten, direkt an die zuständige Kreisbauernschaft zu verweisen, ohne daß sich die unteren Verwaltungsbehörden weiter damit befaßten[61]. Diese wurden erst wieder auf Anregung der Kreisbauernschaft

---

[55] Bericht der DAF-Kreiswaltung Pfarrkirchen für April 1936; StA Bamberg, M 30/542.
[56] Bericht der DAF-Kreiswaltung Coburg für Mai 1936; StA Bamberg, M 30/544.
[57] Bericht der DAF-Kreiswaltung Landshut für Mai 1936; ebenda.
[58] Bericht der DAF-Kreiswaltung Pfarrkirchen für Mai 1936; ebenda.
[59] Z. B. Weisung der Gestapo-Staatspolizeileitstelle München vom 27. 8. 1938; StA München, LRA 6998.
[60] Zitiert im Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken vom 6. 6. 1936; GStA MA 106 677.
[61] StA München, LRA 13 092.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

initiativ, falls die Kreisbauernschaft von sich aus keine Klärung hatte herbeiführen können. Später, in den Jahren 1938/39, ging die Weiterfolgung der Anzeigen im wesentlichen in die Kompetenz und Entscheidungsbefugnis des Reichstreuhänders der Arbeit über, der häufig Verwarnungen aussprach oder die Verhängung von Polizeihaft in die Wege leitete[62].

Insgesamt hatten die staatlichen Sanktionsmittel bei der Austragung von Arbeitskonflikten in der Landwirtschaft versagt. Der Führer der Landesbauernschaft Bayern mußte bei einer Besprechung des Sachverständigenrats des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Bayern im Juli 1938 eingestehen, „daß es gegen das Davonlaufen kein Mittel gäbe; Zurückbehalten des Arbeitsbuches und Schutzhaft helfen nichts"[63]. Statt dessen forderte er eine generelle Arbeitsregelung in der Landwirtschaft durch den Staat, die durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte schon vor Kriegsausbruch begann, im großen Stil aber erst während des Krieges durch den Einsatz von mehr oder weniger zwangsverpflichteten Zivilarbeitern, vor allem aus den besetzten Ostgebieten, sowie von Kriegsgefangenen durchgeführt wurde.

[62] Einzelfälle in StA München, LRA 6996, 6998 und 13 092.

[63] Niederschrift der Besprechung vom 25. 7. 1938; Allg. Staatsarchiv München, ML 3875.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

LOTHAR GRUCHMANN

SCHWEDEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

Ergebnisse eines Stockholmer Forschungsprojekts

Zu den umfangreichsten Projekten der schwedischen Zeitgeschichtsforschung gehört zweifellos das Projekt „Sverige under andra världskriget" (SUAV), das im Frühjahr 1966 begonnen wurde und vom Jubiläumsfonds der schwedischen Reichsbank finanziert wird[1]. Dem Projekt stehen die Professoren Sven Ulric Palme und Gunnar T. Westin vor; bis zu seiner Emeritierung 1970 gehörte auch Folke Lindberg dazu. Die Forschungsarbeit selbst wird von Dozent Stig Ekman – in den Jahren 1969–1973 unterstützt durch Dozent Hans Landberg – mit Hilfe der Forschungsassistenten Alf Johansson, Karl Molin und Kent Zetterberg verantwortlich geleitet. Rund 25 Einzelthemen wurden im Rahmen des Historischen Instituts an der Universität Stockholm – meist in Form von Dissertationen – vergeben, von denen siebzehn Arbeiten veröffentlicht vorliegen[2]. Das bei einem als „Ausbildungsprojekt" organisierten Forschungsvorhaben auftauchende Problem der Koordination und Abgrenzung der Einzelthemen wurde durch ein flexibles Seminarsystem gelöst, bei dem die von den einzelnen Mitarbeitern vorgelegten Arbeitsberichte diskutiert werden. Ferner wird das bei den Einzelarbeiten anfallende Quellenmaterial zentral verzeichnet und so für das Gesamtprojekt nutzbar gemacht.

Während der deutsche Zeitgeschichtler, der auf dem Gebiet des Zweiten Weltkrieges arbeitet, vor der wohl einmaligen Situation steht, daß die Akten der Ministerien und Dienststellen seines Landes 1945 sozusagen „auf der Straße lagen" und seitdem ohne größere Schwierigkeiten zugänglich sind, stießen die schwedischen Historiker bei ihren Behörden verständlicherweise auf gewisse Schranken.

---

[1] Im Herbst 1974 hatte der Verf. Gelegenheit, sich in Stockholm über das Forschungsprojekt eingehend zu unterrichten. Veröffentlichte Angaben über das Vorhaben finden sich bei Gunnar T. Westin, De nordiska ländernas utrikespolitik 1939–41, Sverige, in: Nordiska historikermötet i Helsingfors 1967, S. 173–175; sowie bei Stig Ekman, Sverige under andra världskriget, Presentation av ett forskningsprojekt, in: Historisk Tidskrift 1970, S. 301 ff. Der vorliegende, auf Wunsch schwedischer Zeitgeschichtler verfaßte Artikel möchte den deutschen Leser mit der Organisation des Projekts und seinen nur in der Landessprache veröffentlichten Ergebnissen im Überblick vertraut machen und damit zugleich über die wichtigsten Vorgänge und Probleme der schwedischen Außen- und Innenpolitik vor und im Zweiten Weltkrieg informieren. Auf acht ausgewählte Arbeiten des Projekts wurde bisher in Deutschland von H.-D. Loock in der Histor. Zeitschr. 222 (1976), S. 763–766, hingewiesen. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft der DDR brachte mit Ausnahme einer Besprechung (22 [1974], S. 890), des Beitrages von Lindberg lediglich vier Annotationen.

[2] Nach dem Stand Ende 1975, als der vorliegende Artikel abgeschlossen wurde. Bis dahin noch nicht erschienene Arbeiten wurden in den Fußnoten vermerkt. Palme starb im Mai 1977.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durch eine Sondergenehmigung, die von der schwedischen Regierung im Herbst 1966 erteilt wurde, können die Mitarbeiter des SUAV-Projekts das Material der geheimen Militärarchive aus der Zeit von 1938 bis 1945 benutzen, soweit es nicht für die Landesverteidigung noch Bedeutung besitzt oder die Arbeit des militärischen Nachrichtendienstes betrifft. Insoweit muß die Veröffentlichung jener Manuskripte, die auf militärischem Geheimmaterial basieren, genehmigt werden. Seit Herbst 1968 steht auch das Material aus dem Archiv des schwedischen Außenministeriums zur Verfügung; ausgenommen sind jedoch alle Aktenbestände, die Angaben über Schwedens Beziehungen zu Finnland und der Sowjetunion enthalten. Für die geheimen Teile des Archivs des Wirtschaftsministeriums gelten die gleichen Bestimmungen. Reichhaltige Quellen sind die Geheimakten der zentralen Organe der Wirtschafts-, Produktions-, Verkehrs- und Rohstofflenkung, der Preisüberwachungsbehörde, der Sozialverwaltung, der Einwanderungsbehörden usw. Befragungen und privates Schriftgut aus der Hand damals leitender Persönlichkeiten ergänzen das amtliche Material. Ferner wurde die schwedische Tagespresse 1938–1945 unter Anwendung modernster technischer Mittel und Methoden systematisch ausgewertet: aus 27 repräsentativ ausgewählten Tageszeitungen wurden Artikel politischen Inhalts nach einem mit der EDV-Zentrale in Uppsala ausgearbeiteten Programm registriert, um sie der Forschung unter den verschiedensten Aspekten und Fragestellungen rasch zugänglich machen zu können[3]. Die nachgewiesenen Artikel können entweder direkt aus dem Mikrofilmarchiv des Projekts oder aus der „Kungliga biblioteket" in Stockholm als Fotokopien beschafft werden.

Forschungsgegenstand ist die schwedische Politik von 1939 bis 1945, für Schweden zwar keine Kriegszeit, dennoch aber eine Zeit der Krise („kristiden") und der Bereitschaft („beredskapstiden"). Jedoch konnte das Projekt nicht unmittelbar mit dem September 1939 einsetzen. Gewiß waren viele der Maßnahmen, die eine im Dezember 1939 aus den vier großen Parteien gebildete Sammlungsregierung beschloß, entsprechend der damaligen Krisensituation „außergewöhnlich", aber die Grundlagen für eine ganze Reihe von Beschlüssen waren bereits in den vorangegangenen Jahren gelegt worden. Deshalb mußten manche Beiträge des Projekts die Entwicklung der dreißiger Jahre in ihre Untersuchung einbeziehen. Dagegen fehlen dem SUAV-Projekt alle Voraussetzungen und Mittel, um die Folgen der Krisenzeit-Politik in der Periode nach 1945 zu verfolgen.

Bei der Verwirklichung seiner Zielsetzung konzentriert sich das Projekt auf gewisse Schwerpunkte, sozusagen „strategisch" ausgewählte Teilgebiete: (1) die militärische Verteidigungsbereitschaft, (2) Fallstudien zur schwedischen Außen-

[3] Über die Einrichtung des Pressedatenregisters vgl. den unveröffentlichten Bericht der vier an den Registrierungsarbeiten beteiligten Mitglieder jener Gruppe, die innerhalb des SUAV-Projekts über Fragen der öffentlichen Meinung arbeiten: Alf Johansson, Peter Haas, Jan Melin und Klas Åmark, Redogörelse för opinionsgruppens dataregistrering av svensk dagspress 1938–1945, Opubl. uppsats, Hist. inst., SUAV, Stockholm 1971.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politik, (3) Innenpolitik und Krisenverwaltung, (4) Gestaltung der öffentlichen Meinung und (5) humanitäre Hilfe und Flüchtlingspolitik.

Auf dem ersten Teilgebiet sind bislang zwei Arbeiten erschienen, die sich mit der Aufrüstung der schwedischen Luftwaffe und der Marine beschäftigen. Erik Norberg legt in seiner Untersuchung[3a] die Entwicklung der Luftwaffe zwischen den beiden Wehrvorlagen von 1936 und 1942 dar. An „offensiver Verteidigung" orientiert, die den Aufbau feindlicher Luftbasen z. B. auf den Inseln Åland, Gotland oder Bornholm verhindern sollte, stand in den dreißiger Jahren die Schaffung einer schlagkräftigen Bomberwaffe im Mittelpunkt der schwedischen Überlegungen. Daher sah das Ausbauprogramm von 1936 für das Etatjahr 1942/43 gegenüber der Anzahl von Jagdflugzeugen mehr als die dreifache Menge von Bombern vor[4]. Bis zum Aufbau einer leistungsfähigen heimischen Flugzeugindustrie, an der die Regierung unter dem Sozialdemokraten Per Albin Hansson schon aus Gründen der Arbeitsbeschaffung, die Industrie aber wegen der lohnenden Investitionen interessiert war – nach einigen Kämpfen um das Produktionsmonopol gelang die Gründung der Svenska Aeroplan AB (SAAB) –, mußte der Bedarf durch Käufe im Ausland gedeckt werden. Wie Norberg schildert, kam es dabei zu einer Auseinandersetzung zwischen Militärs und Regierung: während sich die Luftwaffenführung aus technischen Gründen für den Ankauf deutscher Flugzeuge vom Typ Ju 86 aussprach, fürchtete die Regierung als Folge eine zunehmende Abhängigkeit von der deutschen Großmacht und befürwortete den Import von Handley-Page-Bombern aus England, woher auch schon die Jagdflugzeuge bezogen wurden. Erst als sich erwies, daß die englischen Maschinen nur unter erheblicher Verzögerung geliefert werden konnten, wurden im November 1936 die deutschen Flugzeuge bestellt. Bei Ausbruch des Krieges bildeten sie die erste schwedische Flottille mittelschwerer Bomber von 37 Maschinen, die zusammen mit einer leichten Bomberflottille von 35, einer Jagdflottille von 52 und zwei Aufklärerflottillen den Gesamtbestand der schwedischen Luftwaffe von 195 Flugzeugen ausmachten, von denen zu diesem Zeitpunkt 134 einsatzbereit waren. Während nach dem Kriegsausbruch noch einige deutsche Torpedo- und Aufklärungsflugzeuge erworben werden konnten, machte der Krieg die Einfuhr moderner Flugzeuge bald unmöglich. Bis Frühjahr 1940 gelang es den Schweden, für die nunmehr geplante Aufstellung von zwei

---

[3a] E. Norberg, Flyg i beredskap, Det svenska flygvapnet i omvandling och uppbyggnad 1936–1942, Stockholm 1971.

[4] Norberg führt die damalige Konzeption der schwedischen Luftwaffenführung auf eine Übernahme der Lehre Douhets zurück. In seiner Besprechung von Norbergs Buch weist jedoch der Historiker an der schwed. Militärhochschule Klaus-Richard Böhme (Historisk Tidskrift 1972, S. 299 f.) darauf hin, daß die Doktrin Douhets bei der schwedischen Debatte in der Mitte der 30er Jahre kaum eine Rolle gespielt habe. Das auffallende Zahlenverhältnis zwischen Bombern und Jägern sei weniger auf militärtheoretische als auf etatmäßige Erwägungen zurückzuführen: wären die Forderungen der Luftwaffenführung bewilligt worden, hätte die Relation nur 2:1 betragen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiteren Jagdflottillen 60 verhältnismäßig moderne Jäger vom Typ Seversky aus den USA zu erhalten, von denen bereits die Hälfte wegen der deutschen Besetzung Norwegens auf dem Umwege über Petsamo und von dort per Lastwagen durch Nordfinnland transportiert werden mußten. Alle weiteren Maschinen – drei Viertel der Bestellungen – wurden von der amerikanischen Regierung gegen finanzielle Entschädigung beschlagnahmt und für die Unterstützung Englands verwendet, das im Sommer 1940 um seine Existenz kämpfte. Schweden war nun auf den Kauf zweitrangiger Flugzeuge aus Italien angewiesen, um sein in der internationalen Krisenlage erweitertes Luftrüstungsprogramm zu verwirklichen und die Lücke bis zum Ausbau einer ausreichenden eigenen Produktion zu überbrücken. Im finnisch-sowjetischen Winterkrieg wurde die eigene Fertigung zunächst dadurch beeinträchtigt, daß die schwedische Industrie im Auftrag der finnischen Regierung Jagdflugzeuge montierte, die von den verschiedensten Ländern zur Unterstützung Finnlands geliefert worden waren. Die schwedische Luftwaffe half bei der Überführung dieser Maschinen mit ihrer Bodenorganisation und mit Piloten und stellte Ende Januar schließlich einen Freiwilligenverband mit neun Bombern und zwölf Jägern, die zu diesem Zeitpunkt immerhin ein Drittel der eigenen einsatzbereiten Jagdmaschinen ausmachten. Erst ab August 1940 konnte die schwedische Industrie im Lizenzbau Bombenflugzeuge vom Typ Ju 86, später vom amerikanischen Typ Northrop serienmäßig herstellen. Von besonderem Interesse ist, daß um die Jahreswende 1940/41 mit Deutschland über den Aufbau einer Industrie für deutsche Flugmotoren in Schweden verhandelt wurde, wobei als Gegenleistung zwei Drittel der Produktion nach Deutschland gehen sollten, und daß die schwedische Luftwaffenführung wie auch der sozialdemokratische Verteidigungsminister Per Edvin Sköld dieses Vorhaben befürworteten. Alle anderen Regierungsmitglieder lehnten jedoch das Projekt als eine zu offene Abweichung von der Neutralität und aus Furcht vor Repressalien der Gegenseite ab.

Die Maßnahmen und Planungen der schwedischen Luftwaffe „für den Ernstfall" mußten einer ständig sich ändernden außenpolitischen und luftstrategischen Lage Rechnung tragen: die Einrichtung sowjetischer Stützpunkte in den Baltenstaaten im Herbst 1939 brachte neben Süd- nun auch Mittelschweden in die Reichweite der Bomber einer fremden Großmacht; der sowjetische Angriff auf Finnland im November 1939 und die Absicht der Westmächte, Finnland Anfang März 1940 auf dem Wege Narvik–Haparanda militärische Hilfe zu bringen und damit zugleich die deutsche Erzzufuhr aus Schweden zu unterbinden, ließ die Verteidigung der nördlichen und östlichen Grenzen in den Vordergrund treten; die Abtretung des finnischen Salla-Gebiets an die Sowjetunion im Moskauer Frieden vom 12. März 1940 bewirkte eine Luftgefährdung auch Nordschwedens; die deutsche Besetzung Dänemarks und Norwegens im April 1940 und die britischen Gegenaktionen im Raum Trondheim (April/Mai) und Narvik (Mai/Juni) machten den Schutz der Westgrenze aktuell; die Besetzung der Baltenstaaten durch die Sowjetunion im Juni 1940 führte zu Überlegungen über die

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sperrung des Bottnischen Meerbusens und die Abwehr möglicher Landeoperationen von den estnischen Häfen her; die deutschen Transitforderungen beim Beginn des Rußlandfeldzuges (Juni 1941) und spätere Krisensituationen (Februar 1942) beschworen die Gefahr eines militärischen Konflikts mit Deutschland herauf, wobei die Verbringung deutscher Truppen nach Finnland und der deutsche Vormarsch an der baltischen Ostseeküste bis vor Leningrad eine radikale Veränderung der Lage Schwedens herbeiführten, das nunmehr auf allen Seiten von deutschen Streitkräften umgeben war. Die häufige Verlegung der Verbände machte einen Ausbau der Bodenorganisation erforderlich, den der dynamische Stabschef der Luftwaffe Bent Nordenskiöld – der 1942 Generalleutnant Friis als Luftwaffenchef ablöste – unter Verwendung deutscher Erfahrungen vornahm, die er auf einer Deutschlandreise im August 1940 studiert hatte. Norberg stellt ferner die Aufgaben und Aktivitäten der schwedischen Luftwaffe bei der „Neutralitätswacht" sowie die größte schwedische Luftoperation am Morgen des 12. April 1940 über dem Öresund dar, als die Schweden eine deutsche Invasion erwarteten.

Die Erfahrungen des finnisch-sowjetischen Winterkrieges, der deutschen Blitzfeldzüge und der Luftschlacht um England wirkten sich schließlich auf die Konzeption vom Aufbau und der Funktion der schwedischen Luftwaffe aus: die Jagdwaffe wurde verstärkt, und statt der „offensiven Verteidigung" durch unabhängig operierende Bomber wurde der „direkten Verteidigung" durch Zusammenwirken von Kampf- und Sturzkampfflugzeugen mit den anderen beiden Wehrmachtsteilen Vorrang eingeräumt. Diese Konzeption lag auch dem Rüstungsprogramm von 1942 zugrunde, das die künftige Kriegsstärke der Luftwaffe auf 959 Maschinen und 35 186 Mann – davon 2754 Mann fliegendes Personal – festsetzte und neben Aufklärungsverbänden die paritätische Aufstellung von je sechs Jagd- und Bomberflottillen vorsah. Ein Problem blieben die Luftabwehr und die Leitung des Jägereinsatzes mit Radartechnik. Nachrichten darüber, die zwei schwedische Luftwaffenoffiziere von einer Studienreise aus England im November 1941 heimbrachten, gaben den seit 1939 auf diesem Gebiet betriebenen schwedischen Forschungen neue Impulse. Auch konnten einige Ultrakurzwellenröhren von Deutschland unter größter Geheimhaltung und dem Verbot des Reexports erworben werden. Im Sommer 1944, etwa gleichzeitig mit der Einfuhr von 30 englischen Radarstationen, gelang die erste schwedische Serienherstellung dieser Apparate. Durch die Notlandung einer deutschen Ju 88 bei Kalmar im selben Jahr erwarben die Schweden auch technische Kenntnisse zum Einbau von Funkmeßgeräten in Flugzeuge für die Nachtjagd. Mit dem Beginn der serienmäßigen Produktion moderner Jäger und Bomber eigener Konstruktion im Jahre 1944 waren die technischen Grundlagen für die schwedische Luftwaffe von heute gelegt.

Die Arbeit von Åke Holmquist über die schwedische Flotte[5] stellt ebenfalls

[5] Å. Holmquist, Flottans beredskap 1938–1940, Stockholm 1972. An Literatur über die schwe-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine vollständige Geschichte dieses Wehrmachtzweiges von 1939 bis 1945 dar, sondern konzentriert sich auf die Periode 1938–1940, in der die Probleme des Übergangs zur Verteidigungsbereitschaft besonders deutlich hervortraten. Als die Sudetenkrise im September 1938 mit der Möglichkeit eines europäischen Krieges erstmals eine Erhöhung der Bereitschaft der schwedischen Flotte akut werden ließ, erwiesen sich die Voraussetzungen dafür als unzulänglich. Deshalb wurden im Frühjahr 1939 vom schwedischen Reichstag Maßnahmen zur materiellen und personellen Verstärkung der Flotte – u. a. eine Verlängerung der Wehrdienstpflicht – gebilligt. Eine neue organisatorische Regelung (försvarsberedskapscirkuläret) machte eine der jeweiligen außenpolitischen Lage angepaßte, graduelle Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft aller Wehrmachtsteile möglich und führte die sogenannte „verstärkte Verteidigungsbereitschaft" – eine Art Teilmobilmachung – ein. Der deutsch-sowjetische Pakt vom 23. August 1939 warf aber die Grundlagen der bisherigen schwedischen Marineplanungen über den Haufen: sie hatten auf der Annahme beruht, daß sich Deutschland und die Sowjetunion in einem europäischen Konflikt stets als Feinde gegenüberstehen würden. Als die „verstärkte Verteidigungsbereitschaft" am 1. September 1939 befohlen wurde, mußte die Flotte im Gegensatz zu den anderen Wehrmachtsteilen vom ersten Tage an Kräfte und Material für einen intensiven Wachdienst (einschließlich Minenräumung und Geleitdienste) in den schwedischen Küstengewässern einsetzen, wodurch Ausbildung und Aufrüstung der Flotte erheblich verzögert und erschwert wurden. Ferner hatte sich die Marine für die Durchführung eventueller Aufgaben in außenpolitischen Krisensituationen bereitzuhalten. In diesem Zusammenhang stellt Holmquist die Beratungen und Beschlüsse im schwedischen Kabinett und ihre jeweilige Rückwirkung auf die Flotte eingehend dar. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand im Herbst 1939 die Sorge um die 1921 durch internationale Vereinbarung entmilitarisierten, zu Finnland gehörenden Ålandinseln, die dank ihrer strategischen Lage für die schwedische Planung von größter Bedeutung waren. Als die Sowjetunion im September 1939 baltische Stützpunkte in Besitz nahm und sich die Gefahr abzeichnete, daß sie auch Finnland mit ähnlichen Absichten unter diplomatischen Druck setzte, forderte der Generalstabschef und spätere Oberbefehlshaber der schwedischen Wehrmacht Thörnell vom Kabinett, den im April 1939 zwischen den schwedischen und finnischen Militärs vereinbarten Plan[6] einer Überführung von Truppen nach Åland und einer Verminung der Inselgewässer durchzuführen. Damit sollte der Sowjetunion zugleich demonstriert werden, daß Schweden einer weiteren sowjetischen

---

dische Flotte in der „Bereitschaftszeit" war bis dahin wenig vorhanden. B. Lagvall, Flottans neutralitetsvakt 1939–1945, 1. Aufl. Stockholm 1967, schildert die Tätigkeit der schwedischen Flotte bei der Neutralitätswacht lediglich in einer Art Chronik. Die Memoiren von S. H:son Ericson, Knopar pa logglinan, Stockholm 1966, der vom April 1939 bis April 1942 Chef der Marineoperationsabteilung im Generalstab war, geben Einblick in die Arbeit des Stabes während der Bereitschaftszeit.

[6] Über den politischen Hintergrund zu diesem Plan s. S. 641 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Expansion in diesem Raum nicht gleichgültig zusehen würde. Thörnell ging noch weiter und forderte eine Erklärung an die Adresse Moskaus, daß die schwedische Regierung alle Maßnahmen, die in die Souveränität Finnlands eingriffen, als gegen seine eigenen vitalen Interessen gerichtet ansehen würde; damit wollte Thörnell zur Erhaltung des Friedens beitragen und militärische Maßnahmen überflüssig machen. Holmquist schildert das daraufhin einsetzende „Machtspiel auf höchster Ebene": die tiefen Gegensätze innerhalb der schwedischen Regierung über die Ålandfrage und die Finnlandhilfe, die schließlich zum Sturz Außenminister Sandlers – des Verfechters einer aktiven Unterstützung Finnlands – führten, ferner den Versuch Thörnells, seine Schlüsselstellung zwischen dem Kabinett und den Chefs der Wehrmachtteile auszunutzen; die schwedische Marine hielt sich noch zu einer Zeit für eine eventuelle Åland-Aktion bereit, als die Regierung sich längst anders entschieden hatte. Da das Kabinett befürchtete, die Sowjetunion werde in einer solchen Aktion eine Parteinahme in dem sich anbahnenden finnisch-sowjetischen Konflikt sehen, wollte es nur einen Teil des gemeinsamen Verminungsplans verwirklichen und den im eigenen Hoheitsgewässer verlaufenden schwedischen Teilabschnitt der nördlichen jener beiden gemeinsamen Minensperren verlegen, die zwischen der schwedischen Küste und den Ålandinseln vorgesehen waren. Nach weiteren heftigen Debatten im Kabinett wurde diese Verminungsaktion am 6. Dezember, sechs Tage nach Ausbruch des finnisch-sowjetischen Krieges, durchgeführt, nachdem ein sowjetischer Funkspruch aufgefangen worden war, aus dem hervorging, daß sowjetische U-Boote die finnische Ostseeküste blockieren sollten. Obwohl das Zusammenwirken mit den Finnen, die ihren Teil der Sperre später legten, nicht zu übersehen war, konnte die – technisch recht unvollkommene – Minensperre von schwedischer Seite mit eigenen Interessen motiviert werden, nämlich mit der Notwendigkeit einer besseren Kontrolle der Schiffahrt zur Aufrechterhaltung der Neutralität in den eigenen Hoheitsgewässern. Wie Holmquist hervorhebt, berührte die Sperre aber in erster Linie nicht sowjetische, sondern deutsche Interessen: da die schwedische Regierung, nicht zuletzt aus nordischer Solidarität, zum finnisch-sowjetischen Krieg keine Neutralitätserklärung abgab und daher Finnland und die Sowjetunion de jure als nichtkriegführend ansah, durften sowjetische Überwasserstreitkräfte, d. h. auch aufgetauchte U-Boote, die Sperre auf eigenes Risiko passieren, während den deutschen U-Booten als Schiffen einer kriegführenden Macht dieses Recht verweigert wurde. Die deutsche Marine wandte ein, die schwedische Maßnahme richte sich einseitig gegen den deutschen Handelskrieg zur Unterbindung der alliierten Schiffahrt in der offenen See des Bottnischen Meerbusens, doch unterblieb ein offizieller Protest offenbar deswegen, weil die Sperre in schwedischen Hoheitsgewässern lag und durch sie auch die englische U-Boot-Waffe bei der Bekämpfung der Erztransporte nach Deutschland behindert wurde.

Wie Holmquist feststellt, bewirkte der Mangel an Personal und modernen Schiffen, daß zwar die Hauptstreitkraft der schwedischen Marine – die normalerweise in Stockholm stationierte „Küstenflotte" mit einem Kern von drei mo-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dernisierten Panzerschiffen – im Herbst 1939 einen zufriedenstellenden Grad der Bereitschaft erreicht hatte, nicht aber die meist mit älteren Schiffen ausgerüsteten, in Marinedistrikte gegliederten „Lokalstreitkräfte"; häufige Werftliegezeiten verzögerten vor allem die Ausbildung der Besatzungen. Der Personalmangel erforderte längere Dienstzeiten als in den anderen Wehrmachtsteilen und machte soziale Maßnahmen für die Einberufenen und deren Familien notwendig. Ein im Herbst ausgearbeitetes gerechteres System der turnusmäßigen Ablösung konnte nach dem Ausbruch des finnischen Winterkrieges, der zunächst alle Entlassungen unterband, nicht angewendet werden; es wurde später der jeweiligen außenpolitischen Lage angepaßt. Während die Politiker eine Erhöhung des Stammpersonals der Flotte durch die Forderung nach Verschrottung veralteter Schiffe in Grenzen zu halten suchten, verzichtete die Marineleitung auf alte Schiffe grundsätzlich nur dann, wenn sie durch Neubauten ersetzt werden konnten. Da es vordringlich war, die Flotte materiell und personell auszubauen, lagen detaillierte seestrategische und operative Pläne für die Kriegsfälle I (Deutschland) und II (Sowjetunion) erst im Frühjahr 1941 vor. Als der strenge Winter 1939/40 die Schiffahrt in weiten Teilen der Ostsee zum Erliegen brachte, konnte sich die Marineleitung auf die Vervollständigung der Bereitschaft konzentrieren, so daß nach Holmquists Urteil der Übergang der Marine zur Verteidigungsbereitschaft Anfang April 1940 als abgeschlossen gelten konnte.

Da auf dem Gebiet der militärischen Bereitschaft vom SUAV-Projekt offensichtlich keine Veröffentlichungen mehr zu erwarten sind[7], wurde dieser Teilbereich leider nur ungenügend abgedeckt. Eine Untersuchung über das schwedische Heer wird allerdings von der militärgeschichtlichen Abteilung der Militärhochschule in Stockholm unternommen, die außerdem eine populärwissenschaftliche Darstellung zur militärischen Verteidigungsbereitschaft vorbereitet[8].

Ein Überblick über die schwedische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg wurde ebenfalls außerhalb des SUAV-Projekts veröffentlicht, und zwar durch den Leiter des Archivs im schwedischen Außenministerium, Kansliråd fil. dr. Wilhelm

---

[7] Eine Arbeit über die schwedische Flottenbaupolitik in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg, die sich mit der Auswirkung z. T. überholter seestrategischer Doktrinen und mit den Interessenkonflikten zwischen Politikern und Militärs beschäftigt (Jan Olofson, Försvaret till sjöss, Studier i svensk sjöförsvarspolitik under mellankrigstiden och andra världskriget), ferner Arbeiten über den zivilen Luftschutz (Hans Engström, Det svenska civilförsvaret under andra världskriget) und über die Maßnahmen der schwedischen Wehrmacht zur Zeit des deutschen Überfalls auf Dänemark und Norwegen (Bert Jacobsson, Den militära beredskapen våren 1940), die als Lizentiatabhandlungen des SUAV-Projekts vorliegen, sind laut Auskunft von Herrn Dozenten Ekman nicht für eine Publikation vorgesehen, da die Autoren aus persönlichen Gründen keine Gelegenheit mehr fanden, sie zu Dissertationen auszubauen.

[8] Grundlage ist eine Zusammenstellung, die bereits während des Krieges von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des schwedischen Generalstabes begonnen wurde. Vgl. Börje Furtenbach, Historik över Sveriges militära beredskap 1939–1945 (Aktuellt och Historiskt, 1968, S. 159).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Carlgren[9]. Carlgrens Arbeit kollidiert jedoch insofern nicht mit dem Projekt, als er sich auf die Behandlung rein außenpolitischer Fragen durch Regierung und Außenministerium konzentriert, während sich das Projekt mit abgegrenzten Problemen der Außenpolitik beschäftigt, die in die Bereiche der militärischen Führung und der öffentlichen Meinung übergreifen. Drei der bisher erschienenen Beiträge geben einen chronologisch und thematisch zusammenhängenden Überblick über die Aktivität der politischen und militärischen Führung Schwedens in außenpolitischen Krisen: vor und bei Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941[10], im Februar 1942[11] und bei der Kündigung der Abmachung mit Deutschland über den Transport deutscher Truppen durch Schweden im Sommer 1943[12].

Wie Björkman in seinem Beitrag darlegt, waren Schweden und Finnland 1940 durch die deutsche Besetzung Dänemarks und Norwegens und das Vorschieben der sowjetischen Stützpunkte im Ostseeraum in eine deutsch-sowjetische Zange geraten, die ihre außenpolitische Handlungsfreiheit weitgehend einschränkte. So mußten beide Staaten Ende Dezember 1940 auf ein engeres politisches und militärisches Zusammenwirken, das die Finnen angesichts der ständigen Gefahr eines erneuten sowjetischen Angriffs begrüßt hätten, verzichten, weil Moskau und Berlin dagegen waren. Jedoch wurden – wie Björkman nachweist – auf militärischer Ebene insgeheim Kontakte aufrechterhalten und auf schwedischer Seite bis Anfang März 1941 die Planung für einen Einsatz eigener Kräfte in Finnland fertiggestellt, da der schwedische Generalstab eine gemeinsame Verteidigung Nordfinnlands als für Schweden lebenswichtig ansah: selbst wenn die Sowjets hier bei einem Offensivkrieg aus Rücksicht auf deutsche Interessen an der schwedischen Grenze Halt machten, wäre die entstandene latente Bedrohung nur mit deutscher Hilfe zu bannen gewesen und hätte damit Konsequenzen für die Selbständigkeit Schwedens gehabt.

Hitler lehnte einen schwedisch-finnischen Block laut Björkman ab, weil er Finnland für den Überfall auf die Sowjetunion als aktiven Partner gewinnen wollte, während Schweden, um den ungestörten Fortgang der Erzlieferungen zu sichern, nichtkriegführend bleiben, aber seine Verkehrswege für den deutschen Aufmarsch in Nordfinnland zur Verfügung stellen sollte. Zum anderen paßte ein

---

[9] Wilhelm M. Carlgren, Svensk utrikespolitik 1939–1945, Aktstycken utgivna av utrikesdepartementet, Ny serie II:26, Stockholm 1973. Carlgrens Publikation schließt zumindest zeitlich an die große Serie: „Den svenska utrikespolitikens historia", Redaktionskomm.: Nils Ahnlund u. a., Stockholm 1951–1961, an, die bis zum Kriegsausbruch reicht. Zu Carlgrens Arbeit s. die Besprechungen von Sten Carlsson in der Historisk Tidskrift 1973, S. 613 ff. und von Viggo Sjøqvist in der (dänischen) Historisk Tidsskrift 1974, S. 483 ff.

[10] Leif Björkman, Sverige inför Operation Barbarossa, Svensk neutralitetspolitik 1940–1941, Stockholm 1971.

[11] Åke Uhlin, Februarikrisen 1942, Svensk säkerhetspolitik och militär planering 1941–1942, Stockholm 1972.

[12] Rune Karlsson, Så stoppades tysktågen, Den tyska transiteringstrafiken i svensk politik 1942–1943, Stockholm 1974.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

solcher Block nicht in Hitlers Vorstellung einer „Neuordnung Europas", bei der die „germanischen Völker" sich zentral auf Berlin auszurichten hatten. Hitlers Absichten mußten früher oder später das oberste politische Ziel der schwedischen Regierung gefährden, ihr Land selbständig und aus dem Krieg der Großmächte herauszuhalten. Dabei sah der realpolitisch denkende schwedische Außenminister Christian Günther in der Neutralität keineswegs einen Selbstzweck. Er war durchaus bereit, zugunsten Deutschlands (später auch der Alliierten) von der strikten Neutralität abzuweichen, solange dabei nicht die Souveränität Schwedens beeinträchtigt wurde und eine aktive Verwicklung in den Krieg vermieden werden konnte. Björkman zeigt, wie Günther als parteiloses Kabinettsmitglied bestrebt war, sich seine Handlungsfreiheit im Kabinett und gegenüber dem Reichstag zu bewahren, um auf jede Situation elastisch reagieren zu können. Schwierigkeiten ergaben sich im März 1941, als die deutsche Führung das im deutsch-schwedischen Abkommen vom 8. Juli 1940 über den Urlauber- und Austauschverkehr von und nach Norwegen festgelegte Äquivalenzprinzip verletzte und der Überschuß der durch Schweden nach Nordnorwegen transportierten Mannschaften ständig wuchs; die Schweden glaubten zu diesem Zeitpunkt noch an die Vorbereitung einer Landung in England. Da die stillschweigende Duldung dieser Transporte die einseitige Begünstigung eines Kriegführenden bedeutet hätte, ließ Günther am 10. März Berlin wissen, daß der Transitverkehr völlig eingestellt werden müsse, wenn das Äquivalenzprinzip nicht wiederhergestellt werde. Um ultimativen Forderungen und Überraschungen nach Möglichkeit begegnen zu können, wurden auf Vorschlag des Oberbefehlshabers Thörnell 80 000 Mann einberufen[13]. Diese sogenannte Märzkrise („marskrisen") konnte jedoch dadurch überwunden werden, daß sich die deutsche Regierung am 29. März einverstanden erklärte, zusätzliche Transporte auf dem Seewege durch schwedische Territorialgewässer vorzunehmen[14], wo sie völkerrechtlich zulässig waren und auch bei der

[13] Kent Zetterberg, Marskrisen 1941 – en alternativ tolkning, in: Historisk Tidskrift 1974, S. 59 ff., führt die Verstärkung der Bereitschaft im Gegensatz zu Björkman nicht auf die unmittelbare deutsch-schwedische Kontroverse in der Transitfrage, sondern auf das von der schwedischen Regierung befürchtete Aufleben des deutsch-britischen Kampfes um Norwegen zurück, wobei die englischen Kommandounternehmen gegen die Lofoteninsel Svolvaer am 4. März als Vorboten angesehen werden. Bei einer erneuten Schlacht um Norwegen hätte Schweden das Transitabkommen gegen deutschen Widerstand kündigen müssen. Die Mobilmachung vom März 1941 wird hier stärker als Folge längerfristiger Überlegungen der schwedischen Regierung zum zukünftigen Kriegsverlauf gedeutet.

[14] Zur Frage dieser Seetransporte, die nie so stark im Blickpunkt der schwedischen Öffentlichkeit standen wie der deutsche Transitverkehr zu Lande, liegt eine Lizentiatarbeit des SUAV-Projekts vor: Curt Jacobsson, Den tyska transiteringstrafiken på svensk territorialvatten 1941–44, Stockholms universitet, hist. inst. 1969, die nach einer ergänzenden Überarbeitung durch Alf Johansson unter dem Titel: Sverige, Tyskland och det svenska territorialvattnet 1941–1942, zur Veröffentlichung in der Projektreihe vorgesehen ist. Bisher war über die 1957 erschienene Artikelserie Ulf Brandells in Dagens Nyheter und die in der Dokumentation von Brandell und Åke Thulstrup, Transiteringsfrågan 1941–42 (–43), Tyska aktstycken till ämnets belysning, in: Historisk Tidskrift 1960, S. 34 ff. und 309 ff., enthaltenen Angaben

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwedischen Öffentlichkeit weniger Aufsehen erregten. In eine ernsthafte innenpolitische Krise sollte die schwedische Regierung durch die deutschen Forderungen bei Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges geraten. Björkman trifft die interessante Feststellung, daß der schwedischen Regierung über den Ausbruch eines solchen Konflikts schon zeitig Nachrichten vorlagen: hatte Ende Januar oder Anfang Februar 1941 der stets gut informierte Goerdeler seinem schwedischen Verbindungsmann Jacob Wallenberg versichert, daß ein deutscher Überfall auf die Sowjetunion noch in diesem Jahr beabsichtigt sei[15], so wurde diese Information im Februar durch Meldungen des schwedischen Nachrichtendienstes ergänzt; auch das Kennwort „Barbarossa" wurde in diesem Monat erstmals im chiffrierten Telegrammverkehr zwischen deutschen Stellen in Berlin und Oslo entschlüsselt, der aus technischen Gründen über schwedisches Gebiet lief. Bereits am 21. April erörterte daher die schwedische Regierung mit Thörnell die möglichen Konsequenzen eines deutsch-sowjetischen Krieges, für den der schwedische Oberbefehlshaber einen deutschen Sieg voraussagte. Er bekam Weisung, angesichts der beobachteten deutsch-finnischen Annäherung bei den Kontaktgesprächen mit den finnischen Militärs über eine mögliche Zusammenarbeit zurückhaltend zu sein. Alarmierend wirkten detaillierte Angaben über Pläne für deutsche Unternehmungen von Nordfinnland aus gegen die Sowjetunion, die der deutsche Militärattaché Horst Rössing in Helsinki seinem schwedischen Kollegen Gösta von Stedingk im April anvertraute und die – wie Björkman durch Vergleich nachweist – bis auf geringe Abweichungen mit den später durchgeführten Operationen übereinstimmten. Rössing kündigte zugleich an, daß Schweden kurz vor Beginn der Unternehmungen ersucht werden würde, die erforderlichen Truppen mit der schwedischen Eisenbahn zu transportieren und zu versorgen. Das Motiv Rössings war nach Björkman, die Schweden auf die deutschen Forderungen vorzubereiten und rechtzeitig zu einem positiven Beschluß zu bewegen, da er Schweden aufrichtig eine erträgliche Stellung in der zukünftigen „Neuen Ordnung" Europas wünschte. Außenminister Günther dagegen suchte die Bedeutung der Angaben Rössings herunterzuspielen – er brachte diese Nachrichtenquelle sogar zum Versiegen, indem er sie dem deutschen Gesandten in Stockholm offenbarte –, gerade weil er eine Entscheidung des Kabinetts vermeiden wollte, die ihn im voraus gebunden hätte. Er befürchtete, daß eine solche Entscheidung negativ ausfallen würde, weil ein Teil seiner Kabinettskollegen deutsche Transitforderungen äußerstenfalls für die Verteidigung Finnlands gegen einen sowjetischen Angriff, nicht aber für einen gemeinsamen Überfall Deutschlands und Finnlands auf die Sowjetunion erfüllen würde. Deshalb kamen ihm derartige Nachrichten un-

---

hinaus zu diesem Thema kaum etwas publiziert. Die letztgenannten Dokumente sind unterdessen zum überwiegenden Teil in den Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. XII u. XIII, und Serie E, Bd. I bis IV, Göttingen 1969–1975, veröffentlicht worden, die allerdings zunächst nur bis Ende 1942 reichen.

[15] Interview Björkmans mit J. Wallenberg vom 24. 11. 1969 (Archiv des SUAV-Projekts). Wallenberg gab die Mitteilung seinerzeit an das schwedische Außenministerium weiter.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelegen[16], und er stützte sich im Kabinett auf die beruhigenden Erklärungen der finnischen Regierung, daß sich Finnland aus dem Krieg der Großmächte heraushalten wolle. Als sich schließlich die getarnte finnische Mobilmachung abzeichnete, wurde die schwedische diplomatische Vertretung in Moskau am 18. Juni angewiesen, ihr politisches Archiv zu verbrennen: offenbar fürchtete man, daß ein notwendig werdendes Eingehen auf die erwarteten deutschen Forderungen die Sowjets zu Repressalien gegen die Moskauer Vertretung veranlassen könnte. Als diese Forderungen am Morgen des Angriffstages einliefen, drohte die Sammlungsregierung wegen der mit der Neutralität nicht zu vereinbarenden Hauptforderung – Transport der deutschen 163. Infanteriedivision von Oslo an die finnische Grenze auf der schwedischen Eisenbahn – auseinanderzubrechen. Während sich Günther und die Vertreter der drei bürgerlichen Parteien für Erfüllung aussprachen – nicht zuletzt, da es sich indirekt auch um eine Unterstützung Finnlands handelte –, lehnten die sozialdemokratischen Minister, deren Partei in beiden Häusern des Parlaments die absolute Mehrheit besaß, die Forderung ab, weil Schweden sonst unweigerlich in den Krieg hineingezogen werde. Dem diplomatischen Geschick des sozialdemokratischen Premiers und Parteiführers Per Albin Hansson, der zunächst ohne eigene Stellungnahme die Konsequenzen der möglichen Entscheidungen darlegte, gelang es, die „Mittsommerkrise" (midsommarkrisen) zu meistern und die Spaltung der Nation in dieser angespannten Situation zu verhindern. Bei einem Rücktritt der bürgerlichen Kabinettsmitglieder hätte eine sozialdemokratische Regierung unter Umständen militärischen Widerstand mit einer in sich gespaltenen Nation leisten müssen, während es einer vom König berufenen bürgerlichen Minderheitsregierung an der nötigen Widerstandskraft gegen ein weiteres Hineingleiten in das deutsche Fahrwasser gefehlt hätte. Hansson bewog am 24. Juni seine Fraktion, auf ihrem Standpunkt nur dann zu bestehen, wenn auch bei den Fraktionen der anderen Parteien dafür eine Mehrheit zu gewinnen sei. Als gewichtiges Argument benützte er eine Äußerung König Gustafs V., die dieser während einer Besprechung mit ihm und Günther getan hatte. Hansson interpretierte nämlich die Worte des Königs, daß er keinen Konflikt mit Deutschland riskieren und nötigenfalls „die Konsequenzen ziehen" wolle – was auch die Berufung einer neuen Regierung bedeuten konnte —, vor seinen Parteikollegen als Abdankungsdrohung. Da für

[16] Krister Wahlbäck bestreitet in seiner Besprechung des Björkman-Buches (Statsvetenskaplig Tidskrift 1972, S. 244 f., dort S. 249 f.) diese These von den Motiven Günthers, da sie nur auf den Angaben Stedingks beruhe und die schwedische Regierung seinerzeit keine Beschlüsse für zukünftige, rein hypothetische Situationen zu fassen pflegte. Er wirft Björkman eine nachlässige Behandlung der Quellen vor. Carlgren, a. a. O. (vgl. Anm. 9), S. 276, behauptet, Günther habe Rössing eine Lehre erteilen wollen, da er ihn als „Sprachrohr" jener finnischen Kreise ansah, die Revanchegedanken gegenüber der Sowjetunion hegten und die schwedische Politik, Finnland für eine bleibende Neutralität an der Seite Schwedens zu gewinnen, bei den Deutschen in Mißkredit bringen wollten, und fügt hinzu (a. a. O., Anm. 116), Björkman habe nicht alle einschlägigen Dokumente gekannt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Ablehnung der deutschen Forderung keine Einmütigkeit zu erzielen war, stimmte der Reichstag am 25. Juni in geheimer Sitzung der Erfüllung zu[17]. Damit hatte die Abweichung von der Neutralität die äußerste Grenze erreicht. Allerdings hatte Günther seinen Erfolg nur unter Einschränkung seiner Handlungsfreiheit erringen können: als Zugeständnis an die Sozialdemokraten[18] hatte der Genehmigung eine Klausel hinzugefügt werden müssen, daß es sich bei dem Transit der 163. Infanteriedivision um einen einmaligen Vorgang ohne präjudizierende Wirkung handle. Als die Deutschen Ende Juli um den Transport einer weiteren Division nachsuchten, wurde die Forderung unter Berufung auf diese Klausel abgelehnt und auf den Seetransport durch schwedische Hoheitsgewässer verwiesen.

Dieser Schritt leitete eine Periode ein, in der sich die deutsch-schwedischen Beziehungen verschlechterten und die im Februar 1942 in eine weitere Krise mündete. Wie Uhlin in seinem Beitrag über die „Februarkrise" ausführt[19], gab es für den aggressiven Ton, der deutscherseits in der zweiten Jahreshälfte 1941 gegenüber Schweden angeschlagen wurde, mehrere Gründe. Einmal mißbilligte man in Berlin, daß Schweden den Krieg gegen die Sowjetunion, der von der deutschen Propaganda als antibolschewistischer Kreuzzug im Interesse Europas aufgemacht wurde, nicht einmal moralisch unterstützte, vielmehr antideutsche Kritik in der Presse zuließ und auch die schwedische kommunistische Partei nicht verbot. Zum anderen nahm die schwedische Regierung in der Frage der Truppentransporte nach Finnland weiterhin eine ablehnende Haltung ein und erfüllte deutsche Wünsche auf Kauf von schwedischem Material für die nordfinnische Front nur ungenügend. Ferner verlangte Berlin unter Drohungen, die in Göteborg liegenden norwegischen Schiffe – auf die die norwegische Exilregierung in London einen

---

[17] Über die Vorgänge in der „Mittsommerkrise", die „Schuld" einzelner Politiker und die Haltung des Königs gab es in der schwedischen Öffentlichkeit eine heftige, meist politisch gefärbte Diskussion, die anfangs noch auf der Grundlage ungenügenden Quellenmaterials geführt wurde. Zur Debatte in den Jahren 1944–1963 und zur damaligen Quellenlage vgl. Björkman, S. 337 ff. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen zu dieser Frage s. Göran B. Nilsson, Midsommarkrisen 1941, in: Historisk Tidskrift 1971, S. 477 ff.; Åke Thulstrup, Gustav V:s roll under midsommarkrisen 1941, in: Historisk Tidskrift 1972, S. 72 ff.; Krister Wahlbäck, Per Albin Hansson och midsommarkrisen 1941, in: Historisk Tidskrift 1973, S. 9 ff.; Per G. Andreen, Politiska handlingslinjer i midsommarkrisen 1941, ebenda S. 38 ff.; Göran B. Nilsson, Om det fortfarande behovet av källkritik, Jämte några reflexioner över midsommaren 1941, ebenda, S. 173 ff.; Per G. Andreen – Krister Wahlbäck, Källkritiken och midsommarkrisen, in: Historisk Tidskrift 1974, S. 82 ff.

[18] Nilsson, Midsommarkrisen 1941, a. a. O. (vgl. vorhergehende Anm.), S. 526, bestreitet, daß die Klausel allein auf die Initiative der ursprünglichen Gegner der Genehmigung zurückzuführen und von den Befürwortern nur widerstrebend akzeptiert worden sei.

[19] Vgl. Anm. 11. Für bestimmte Probleme des deutsch-schwedischen Verhältnisses im Herbst 1941 sei ferner verwiesen auf Per G. Andreen, De mörka åren, Perspektiv på svensk neutralitetspolitik våren 1940 – nyåret 1942, Stockholm 1971, der sich auf die Tagebuchaufzeichnungen des damaligen Kultusministers Gösta Bagge stützt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anspruch erhob, über den die schwedische Justiz entscheiden sollte[20] – am Auslaufen zu hindern; die Erfüllung hätte einen Neutralitätsbruch und englische Gegenmaßnahmen gegen die schwedische Schiffahrt bedeutet. Die britischen Kommandounternehmen gegen die norwegische Küste im Dezember 1941 verstärkten Hitlers Befürchtung, daß die Westalliierten in Kürze eine Landung in Nordnorwegen unternehmen könnten, um mit den Sowjets eine direkte Verbindung herzustellen; mißtrauisch fragte er sich, ob Schweden dann alliierten Durchmarschwünschen nachgeben werde. Die deutschen Besorgnisse blieben dem schwedischen Abhördienst nicht unbekannt, und in Stockholm häuften sich die nachrichtendienstlichen Meldungen über einen deutschen Präventivüberfall auf Schweden, dazu Berichte über eine offensichtlich gesteuerte schwedenfeindliche Kampagne in Deutschland. Da die strenge Kälte Ende Januar 1942 den deutschen Seeverkehr nach Finnland behinderte, erwarteten die Schweden nachdrückliche deutsche Forderungen auf Truppentransporte per Eisenbahn. Im Februar 1942 schlug Oberbefehlshaber Thörnell eine Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft vor, die schon nach wenigen Tagen wegen der weiteren Verschärfung der Lage als ungenügend befunden wurde: am 18. Februar unterbreitete Thörnell der Regierung die Alternative, entweder die volle Mobilmachung einzuleiten oder sofortige politische Schritte zu unternehmen, um das Verhältnis zu Deutschland zu entspannen, wobei die zweite Alternative seinen eigenen Vorstellungen näherlag. Die Regierung entschied sich für eine drastische Verstärkung der militärischen Bereitschaft und für diplomatische Aktionen. Bis Ende Februar standen 300 000 Mann unter Waffen; der Schwerpunkt der Verteidigung wurde ins Innere Süd- und Mittelschwedens verlegt, wo deutsche Luftlandungen erwartet wurden, während die Gefahr von Landungen an der Küste wegen der Eisverhältnisse gering geachtet wurde. Deutschland gegenüber wurde die Verstärkung der Streitkräfte damit begründet, daß sie gegen einen möglichen Versuch der Westmächte gerichtet sei, nach einer Landung in Nordnorwegen über schwedisches Gebiet in den Rücken der deutsch-finnischen Front durchzubrechen. Gleichzeitig versicherte die schwedische Regierung, u. a. durch eine persönliche Mitteilung des schwedischen Königs an Hitler, daß Schweden keine anglo-amerikanische Aktion auf schwedischem Territorium zulassen werde.

Bei seiner Untersuchung des Verhältnisses zwischen politischer und militärischer Führung stellt Uhlin fest, daß Oberbefehlshaber Thörnell im Gegensatz zur Regierung für ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber Deutschland in der Transport- und Nachschubfrage eintrat und darüber hinaus schwedische Freiwilligenverbände, Materiallieferungen und humanitäre Hilfe für Finnland sowie die Unterbindung kommunistischer Aktivität in Schweden vorschlug. Thörnell glaubte, daß Deutschland die Sowjetunion spätestens im Sommer 1942 besiegen werde und daß Schweden auf keinen Fall einen deutschen Angriff provozieren dürfe, da es dem nicht gewachsen sein würde. Dennoch befolgte Thörnell loyal

[20] Vgl. dazu S. 610.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Beschlüsse der Regierung und ließ bis Februar 1942 im Generalstab auch die Verteidigungspläne für den „Kriegsfall I", d. h. einen Krieg mit Deutschland, überarbeiten, der als deutscher Präventivschlag vor einer alliierten Landung in Norwegen oder als Folge deutscher Forderungen nach einer solchen Landung ausbrechen konnte. Die Chefs der Operationsabteilungen der drei Wehrmachtsteile erwogen sogar, anfänglich ohne Wissen Thörnells, eine Offensive in Richtung auf die Atlantikküste in der Höhe von Trondheim, um einen Korridor für anglo-amerikanische Hilfe zu schaffen. Thörnell billigte zwar diesen Offensivplan, unterließ es aber, der Regierung die notwendige Kontaktaufnahme mit den Engländern vorzuschlagen, da er ein Bekanntwerden schwedisch-englischer Besprechungen in Berlin keinesfalls riskieren wollte. Die Sondierungen, die der Stabschef der Luftwaffe, Generalmajor Nordenskiöld, auf eigene Initiative bereits im Oktober 1941 unternommen hatte, zeitigten als einziges Ergebnis die beiderseitige Bereitschaft, schwedisch-britische Stabsbesprechungen im Falle eines deutschen Angriffs auf Schweden – aber auch erst dann – aufzunehmen.

Als nach der Ablehnung des deutschen Verlangens vom 23. Februar 1942, 6000 Mann auf dem Landwege nach Finnland zu befördern, keine deutschen Gegenmaßnahmen erfolgten, ließ die Spannung in Schweden nach. Ab März gingen Berichte über eine günstigere Beurteilung Schwedens durch die deutsche Führung ein: die ersten Rückschläge in Rußland und der Kriegseintritt Amerikas ließen es Berlin opportun erscheinen, sich keinen zusätzlichen Gegner zu schaffen. Auch die Botschaft des schwedischen Königs an Hitler hatte offensichtlich ihre Wirkung nicht verfehlt: in seiner Antwort vom 16. März versicherte Hitler, Deutschland werde keine Maßnahmen ergreifen, die Schwedens Neutralität verletzten – die „Februarkrise" war vorüber.

Die Entwicklung vom Frühjahr 1942 bis zur Aufkündigung des deutsch-schwedischen Transitabkommens im Juli 1943 behandelt der Beitrag von Rune Karlsson[21]. In diesem Zeitraum gewannen die Beziehungen Schwedens zu den Alliierten an Bedeutung. Als die Schweden seit Frühjahr 1942 von den Westmächten eine Erhöhung der Importquote für Ölprodukte wünschten, vor allem für ihre Streitkräfte, forderten die Alliierten erhebliche Gegenleistungen: eine Begrenzung des deutschen Mannschafts- und Materialtransits sowie den Stop der Öltransporte durch Schweden für die deutschen U-Boot-Stützpunkte in Norwegen; die Einstellung des schwedischen Geleitschutzes für deutsche Transportschiffe durch schwedische Gewässer, der nach Meinung der Alliierten eine wesentliche Ursache des erhöhten Ölbedarfs darstellte; laufende statistische Unterlagen über den deutschen Transitverkehr und über den schwedischen Export in andere Länder. Die schwedische Regierung hielt zwar an der Auffassung fest, daß eine Revision des deutsch-schwedischen Transitabkommens noch nicht in Frage kam, suchte aber in den Sommermonaten den deutschen Transitverkehr mit technischen Begründungen zu reduzieren. Denn ein Abkommen zur Siche-

[21] Vgl. Anm. 12.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der transatlantischen Einfuhr einschließlich des Ölimports war dringlich geworden: durch den Kriegseintritt Amerikas, das enorme amerikanische Aufrüstungsprogramm und die daraus resultierende Warenknappheit auf den überseeischen Märkten sowie durch die restriktive Handelspolitik der gegenüber der schwedischen Neutralität zunächst mißtrauischen Amerikaner waren bestimmte Abmachungen des schwedisch-britischen Kriegshandelsabkommens vom Dezember 1939 – das Schweden Einfuhrquoten garantierte und den schwedischen Export in andere kriegführende und neutrale Länder regelte – nicht eingehalten worden. Auch mußten nun die Amerikaner als Vertragspartner einbezogen und an Abmachungen gebunden werden. Dennoch wurde dem Staatssekretär Erik Boheman, der im Herbst 1942 in London und Washington verhandelte, die erbetene Ermächtigung strikt verweigert, als Gegenleistung für wirtschaftliche Zugeständnisse eine Begrenzung des deutschen Transitverkehrs anzubieten.

Die vorsichtige Politik gegenüber Deutschland geriet jedoch zunehmend unter den Druck der öffentlichen Meinung. Im November 1942 wandten sich im Reichstag der linke Flügel der Sozialdemokratie und die Kommunisten gegen Transitzugeständnisse, im Januar 1943 forderten sie die völlige Einstellung des Transitverkehrs. Nach deutschen Übergriffen in Norwegen rückte die „Transitpolitik" auch in den Mittelpunkt der Pressediskussion, wobei immer mehr Zeitungen zu den Kritikern der Regierung überwechselten. Im März und April 1943 brach mit Protestversammlungen und Resolutionen ein Sturm im Lande los, und die Kritik dehnte sich auf die gesamte Außenpolitik der Sammlungsregierung aus. Auch im Ausschuß für außenpolitische Angelegenheiten und im Verfassungsausschuß des Reichstages wurde die Einstellung des Transitverkehrs gefordert. Die Regierung wollte selbst zur strikten Neutralität zurückkehren, ließ sich aber von der Opposition nicht die Entscheidung über den Zeitpunkt dieses Schritts nehmen. Zwar hatte sich das Risiko einer militärischen Gegenaktion Deutschlands, das bei Stalingrad und in Nordafrika schwere Niederlagen hatte einstekken müssen, verringert[22], doch war noch immer mit Repressalien zu rechnen, z. B.

---

[22] Tatsächlich wurden im Frühjahr 1943 deutsche Pläne für eine Besetzung Schwedens ausgearbeitet, sie sollten aber nur im Falle einer alliierten Landung in Skandinavien verwirklicht werden. Die detaillierte Operationsstudie, die im Auftrag des AOK Norwegen vom Stab der im Raum Oslo stationierten 25. Panzerdivision unter Generalleutnant von Schell ausgearbeitet wurde und am 6. April 1943 vorlag, hat neuerdings Carl-Axel Gemzell aufgrund des im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br. vorhandenen Materials gründlich analysiert (Tysk militär planläggning under det andra världskriget: fall Sverige, in: Scandia 1975, S. 199 ff.) und damit die Darstellung von Earl F. Ziemke, The German Northern Theatre of Operations 1940–1945, Washington 1960, S. 257 ff., ergänzt, die auf den damals zugänglichen und in den USA verwahrten deutschen Akten beruhte. Zur Kontroverse über eine in der Planung zum Ausdruck kommende unmittelbare Bedrohung Schwedens vgl. W. Hubatsch, Operation Polarfuchs – ein strategischer Schubladenentwurf, in: Wehrwissenschaftl. Rundschau 1956, S. 11 ff., ders. Unruhe des Nordens, Göttingen 1956, S. 206 ff.; und W. Wilhelmus, Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht zur Besetzung Schwedens, in: Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft 23 (1975), S. 1032 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit einer erneuten Sperrung des über Göteborg laufenden Überseehandels[23]. Es gelang auch, für eine abwartende Politik das Vertrauen der Mehrheit innerhalb der an der Sammlungsregierung beteiligten Parteien zu gewinnen. Jedoch war ein neues politisches Klima entstanden, das die Position der Regierung gegenüber alliierten Forderungen schwächte, und ihr war klar, daß sie den Wechsel, den sie auf das ihr entgegengebrachte Vertrauen gezogen hatte, bald einlösen mußte. Das galt vor allem für die Sozialdemokraten und Liberalen im Kabinett. Es bestand die Gefahr, daß die überparteiliche Vereinigung „Kämpande Demokrati" (Kämpfende Demokratie), in der sich u. a. unzufriedene Sozialdemokraten und Liberale zu einer außerparlamentarischen Opposition gegen die „deutschfreundliche" Politik der Regierung zusammengeschlossen hatten[24], als neue Partei einen Teil der Anhänger der etablierten Parteien zu sich herüberzog. Außenminister Günther testete daher seit Frühjahr 1943 in „theoretischen" Gesprächen die deutsche Haltung gegenüber einer Kündigung des Transitabkommens und fand heraus, daß sich die deutschen Vertreter angesichts der veränderten Kriegslage nicht mehr jener „Sprache der Stärke" bedienten wie früher. Bei den weiteren Verhandlungen über das Kriegshandelsabkommen mit den Westmächten (10. Mai bis 19. Juni in London) wurde daher die schwedische Delegation unter Gunnar Hägglöf[25] ermächtigt, die Einstellung des Transits deutscher Mannschaften und Kriegsmaterials einschließlich Öls bis zum 1. Oktober 1943 anzubieten.

Der ausgehandelte Vertragsentwurf – der u. a. die Jahresquote für den Ölimport nach Schweden verdoppelte, dafür aber das zulässige Volumen des schwedischen Exports nach „Achsen-Europa" verringerte und deshalb in Stockholm auf Kritik stieß – sollte nur dann verbindlich werden, wenn Schweden seine Gegenleistung bis zum Oktober verwirklichte. Außenminister Günther und Premier Hansson weigerten sich jedoch, die Kündigung des Transitabkommens mit dem Abschluß des Handelsvertrages zu koppeln: die Kündigung sollte als Maßnahme autonomer schwedischer Politik und keinesfalls als Konzession gegenüber dem Druck der Westmächte erscheinen. Eine mit der Aufkündigung des Transitabkommens erfolgende Unterzeichnung des Vertrages, die durch die vorgesehenen Exportrestriktionen als Beteiligung am Handelskrieg gegen Deutschland gedeutet werden konnte, mochte Hitler entgegen aller rationaler Überlegung zu drastischen Maßnahmen gegen Schweden provozieren. Gegen den Widerstand zweier sozialdemokratischer Kabinettsmitglieder – Handelsminister Erikssons

[23] Der Göteborgverkehr war von deutscher Seite im Zusammenhang mit der schwedischen Erlaubnis für das Auslaufen der beiden norwegischen Schiffe „Dicto" und „Lionel" fast vier Monate lang gesperrt gewesen und wurde Anfang Mai 1943 gerade erst wieder geöffnet Vgl. dazu den Beitrag von Rockberger, s. S. 608 ff.

[24] Über diese Vereinigung und ihr Sprachrohr, die Wochenzeitschrift „Trots Allt!" ist unterdessen ein SUAV-Beitrag erschienen, vgl. Anm. 52.

[25] Gunnar Hägglöf, damals Leiter der handelspolitischen Abteilung im schwedischen Außenministerium, hat die Vorgänge aufgrund seiner Tagebuchaufzeichnungen unter Verwendung von Akten des Außenministeriums dargestellt in: Svensk Krigshandelspolitik under andra världskriget, Stockholm 1958.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Finanzminister Wigforss' – teilte die Regierung daher am 12. Juli 1943 den Westmächten mit, sie könne die Kündigung des Transitabkommens nicht als Teil des Vertrages anerkennen und werde zu dem Entwurf erst Stellung beziehen, wenn der Transit „in einigen Wochen" eingestellt sein werde.

Nach Karlsson kam der bereits am 2. Juli gefaßte Beschluß zur Kündigung des Transitabkommens ohne Berücksichtigung der militärischen Lagebeurteilung Thörnells zustande, der von diesem Schritt abriet. Die Regierung lehnte ferner seine Forderung ab, im Falle der Kündigung die allgemeine Mobilmachung anzuordnen. Da die Bereitschaftsstärke seit der Februarkrise 1942 verringert worden war, stimmte das Kabinett – allerdings auch im Hinblick auf eine mögliche alliierte Invasion in Skandinavien – einer teilweisen Verstärkung zu; bis Anfang August wurde die Bereitschaft wieder auf 300 000 Mann angehoben. Ebenso scheinen die sowjetischen Beschwerden über eine „deutschfreundliche" Politik Schwedens bei den Erwägungen über die Einstellung des Transits keine große Rolle gespielt zu haben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Karlsson der schwedisch-sowjetische Notenwechsel von 1942/43 nicht zugänglich war. In der am 29. Juli ausgesprochenen Kündigung wurden rein schwedische Interessen in den Vordergrund gestellt: die deutsche Besatzungspolitik in Norwegen habe eine Entwicklung genommen, deren mittelbare Unterstützung durch Schweden das Verhältnis zum nordischen Brudervolk belasten müsse; in der Kündigung dürfe jedoch keine Änderung der schwedischen Politik gesehen werden, die nur wieder der strikten Neutralität zustrebe. Deutsche Gegenmaßnahmen erfolgten nicht, da Hitler in diesen Tagen andere Sorgen hatte. Vier Tage vorher war Mussolini gestürzt worden, und Italien drohte vom Bündnis abzufallen; im Osten hatte die letzte große Offensive („Zitadelle") abgebrochen werden müssen. Deutschland fügte sich darein, daß der Transit von Kriegsmaterial am 15. August, von Mannschaften am 20. August und von Öl am 1. Oktober eingestellt wurde. Am 23. September wurde das Kriegshandelsabkommen mit den Westmächten in Kraft gesetzt; gegenüber dem Londoner Entwurf waren einige Verbesserungen zugunsten Schwedens erreicht worden. Wie in der Mittsommerkrise hatte Premier Hansson das schwedische Staatsschiff unter Wahrung der Einigkeit innerhalb der Regierung – und seiner eigenen Partei – heil durch alle Klippen steuern können.

Eine wichtige Rolle spielte der über den Hafen Göteborg laufende transatlantische Handel – Schwedens „Fenster zum Westen" –, dem der Beitrag von Nicolaus Rockberger gewidmet ist[26]. Während Schweden in den ersten Monaten des

---

[26] Nicolaus Rockberger, Göteborgstrafiken, Svensk lejdtrafik under andra världskriget, Stockholm 1973. In ihrer Rezension Göteborgstrafiken under världskriget, in: Historisk Tidskrift 1974, S. 547 ff., macht Elsa Sjöholm Rockberger u. a. den doch wohl unbegründeten Vorwurf, sich zu stark auf das Buch G. Hägglöfs (s. vorhergehende Anmerkung) zu stützen. Im Gegensatz zu Hägglöf sieht Rockberger den Göteborgverkehr jedoch nicht nur vom schwedischen, sondern auch vom britischen und deutschen Blickpunkt her und verwendet entsprechendes Material ausländischer Herkunft.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krieges durch den Abschluß von Kriegshandelsabkommen mit Großbritannien und Deutschland einen ausbalancierten Handel hatte treiben können, änderte sich die Lage mit der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens im April 1940: der Überseehandel, der vor dem Kriege ungefähr die Hälfte des Außenhandels ausgemacht hatte, wurde von beiden kriegführenden Parteien unterbunden, und Deutschland schloß das Skagerrak durch eine verminte Sperre. Bei Andauern dieser doppelten Blockade – die außerdem die schwedische Handelsflotte in zwei ungefähr gleiche Teile trennte – mußte sich die schwedische Wirtschaft bei ihrer Rohstoffversorgung unweigerlich auf den deutsch-beherrschten Kontinent ausrichten und damit auch politisch in Abhängigkeit von Deutschland geraten. Erste Versuche, den Westhandel wieder zu öffnen, scheiterten einmal an der deutschen Forderung, daß die schwedischen Schiffe ohne englische Genehmigung, d. h. als Blockadebrecher, fahren sollten und keine Güter in die Feindstaaten bringen dürften, was die schwedische Regierung als mit dem englisch-schwedischen Kriegshandelsabkommen unvereinbar ablehnen mußte. Auch verschärften die Engländer nach dem deutschen Sieg im Westen die Blockade und argumentierten, jede Belieferung der schwedischen Wirtschaft käme Deutschland zugute, für das die schwedische Exportindustrie weitgehend arbeite. Im Herbst 1940 setzte sich jedoch im Ministry of Economic Warfare die Vorstellung durch, daß es durchaus im britischen Interesse läge, wenn sich Schweden mit Waren aus Übersee versorgte und damit Deutschland gegenüber eine unabhängigere Stellung bewahren konnte; am 28. November bot London die Wiederaufnahme des Transatlantikhandels unter bestimmten Bedingungen an. In Berlin kam man nach der ergebnislosen Luftschlacht um England zu der Auffassung, daß sich Schweden mit wertvollen Rohstoffen und Lebensmitteln aus Übersee versehen sollte, da das indirekt dem Export nach Deutschland zugute kommen und vor allem den Ölimport der schwedischen Flotte, somit auch fernerhin den Geleitschutz für deutsche Schiffe durch schwedische Gewässer, ermöglichen würde. Am 7. Februar 1941 erreichte daher Gunnar Hägglöf die deutsche Genehmigung für den „Göteborgverkehr" (Göteborgstrafiken), für den beide kriegführenden Mächte strenge Bestimmungen festlegten: stets mußte sich eine gleiche Anzahl Schiffe – zunächst begrenzt auf monatlich vier, dann fünf, später sechs – auf dem Weg von und nach Schweden befinden und somit vom Kontrollbereich des einen Kriegführenden in den des anderen überwechseln; der Handel durfte nur mit neutralen Staaten getrieben werden. Bei der Lösung organisatorischer und technischer Probleme spielte auf schwedischer Seite der Vorsitzende des 1939 gebildeten „Seefahrtskomitees" („Sjöfartskommittén 1939"), der Reeder Gunnar Carlsson, eine zentrale Rolle; der Importbedarf wurde durch das im Dezember 1940 gegründete Göteborgkomitee (Göteborgskommittén) festgelegt, in dem Vertreter der verschiedenen staatlichen Krisenorgane für Handel, Verkehr und Vorratsbewirtschaftung saßen. Als aber Ende März 1941 die deutsche Blockadezone um die britischen Inseln bis zur Küste Grönlands ausgedehnt wurde und die von den Orkney-Inseln bis Grönland reichenden britischen Minenfelder ein-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schloß, forderten beide kriegführenden Mächte die Einhaltung unterschiedlicher, miteinander unvereinbarer Routen: während die Engländer den Weg durch den Skopenfjord in den Faröer-Inseln vorschrieben, um die Lage ihrer Minenfelder nicht aufdecken zu müssen, legten die Deutschen den Seeweg durch die Skagerraksperre bei Kristiansand und durch das offene Meer zwischen den Faröern und Island fest. Erst nach den schwedischen Zugeständnissen vom Mittsommer 1941 – dem Transport der deutschen Division von Norwegen nach Finnland – gab die deutsche Regierung nach[27] und stimmte der Route durch die Faröer-Inseln zu. Ab Juli 1941 lief der Göteborgverkehr ziemlich ungestört, bis einige in der zweiten Jahreshälfte 1942 und Anfang Januar 1943 auftretende Schiffsverluste das Austauschverfahren störten: da die Kriegführenden die fehlenden Schiffseingänge an den beiden Kontrollpunkten Skopenfjord und Kristiansand mit dem Ausfahrtverbot für die Austauschschiffe beantworteten und Ersatz aus der im jeweiligen gegnerischen Machtbereich befindlichen Tonnage forderten, andererseits die Schweden für die Verluste Ersatzladungen bewilligt haben wollten, drohte die Durchführung des Übereinkommens zu erliegen. Der abermalige Abbruch sollte jedoch aus anderen Gründen erfolgen, wobei sich zeigte, daß die Kriegführenden den Göteborgverkehr mehr und mehr als politisches Druckmittel gegen Schweden ausnutzten. Nachdem über die in Göteborg liegenden und von der englischen Regierung gecharterten norwegischen Schiffe vom schwedischen Obersten Gerichtshof am 17. März 1942 zugunsten der Engländer entschieden worden war, hatten diese Schiffe Ende März versucht, mit ihrer wertvollen Fracht von Kugellagern und Maschinen nach England durchzubrechen. Während zwei der Schiffe England erreichten, andere versenkt wurden oder sich selbst versenkten, flohen die beiden Dampfer „Lionel" und „Dicto" nach Göteborg zurück. Nach einer deutschen Drohung gegen den Göteborgverkehr versicherte Außenminister Günther Mitte April, beiden Schiffen werde künftig die Ausfahrt verweigert. Als nun die Briten kurz vor Weihnachten 1942 mit der Sperrung des Göteborgverkehrs drohten, wenn die Schiffe nicht innerhalb von zwei Wochen die Genehmigung zum Auslaufen bekämen, gab die schwedische Regierung der englischen Forderung nach: die Entscheidung kennzeichnet nach Rockberger den Wendepunkt in der schwedischen Außenpolitik noch vor der Kündigung des Transitabkommens. Als Reaktion sperrten die Deutschen am 15. Januar 1943 den Göteborgverkehr; sie ließen ihn aber Anfang Mai – nach vergeblichen Versuchen, erweiterten Transit und Handelskredite als Kompensation zu erlangen – wieder zu, um das deutsch-schwedische Verhältnis nicht übermäßig zu belasten

[27] Nach Björkman hat dagegen auf seiten der schwedischen Regierung die Überlegung, eine Wiedereröffnung des Göteborgverkehrs zu erreichen, bei ihrer positiven Entscheidung vom Juni 1941 keine Rolle gespielt. Kent Zetterberg, Marskrisen 1941 – en alternativ tolkning, in: Historisk Tidskrift 1974, S. 59 ff., S. 77, sieht in der Sperrung des Göteborgverkehrs im Frühjahr 1941 weniger eine seestrategische Maßnahme als vielmehr ein politisches Druckmittel zur Durchsetzung der verweigerten zusätzlichen deutschen Transittransporte durch Schweden und bringt daher auch die Aufhebung der Sperre in engeren Zusammenhang mit dem schwedischen Nachgeben.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die innenpolitische Stellung der schwedischen Regierung in der Transitfrage nicht zu untergraben. Darüber hinaus konnte die schwedische Regierung mit englischem Einverständnis nach Berlin mitteilen, daß die Schiffe „Lionel" und „Dicto" keinesfalls vor dem 15. Oktober – d. h. während der Jahreszeit mit kurzen Nächten – auslaufen würden. Kaum war diese Frist verstrichen, als Berlin am 27. Oktober 1943 den Göteborgverkehr mit der Begründung erneut sperrte, daß die militärischen Maßnahmen zur Verhinderung eines Durchbruchs der beiden Schiffe eine Fortsetzung unmöglich machten. Erst als es den Schweden gelang, den Göteborgverkehr mit dem deutsch-schwedischen Handelsabkommen für das Jahr 1944 zu koppeln, wurde der Verkehr im Januar wieder geöffnet und lief 1944 ungestört und in vergrößertem Umfang als vorher, obwohl die Schiffe „Dicto" und „Lionel" (die übrigens Göteborg bis Kriegsende nicht verließen) das Recht zum Auslaufen behielten und obwohl die Schweden in der zweiten Jahreshälfte 1944 dem alliierten Druck nachgaben und ihren Export nach Deutschland reduzierten. Der Höhepunkt der schwedischen Nachgiebigkeit gegenüber den Alliierten kam am 22. November, als die schwedische Regierung den von den Amerikanern gewünschten Abbruch des Exports nach Deutschland versprach, sobald eine bisher von den amerikanischen Behörden verweigerte Schiffsladung Gummi in Schweden eingetroffen sei. Am 1. Januar 1945 lief der Tanker „Saturnus" mit der Ladung in Göteborg ein. Nach dem vergeblichen Versuch, von den Alliierten wenigstens die Genehmigung zum Export von Holz und Papier nach Deutschland zu erhalten, mußten die Schweden als Folge des „Saturnusversprechens" (saturnuslöftet) den Deutschen ein weiteres Handelsabkommen für 1945 verweigern. Daraufhin sperrten die Deutschen den Göteborgverkehr, gaben aber die Erlaubnis zur Passage einzelner Schiffe, um doch noch zu einem Abkommen zu gelangen. Insgesamt wurden im Rahmen des Göteborgverkehrs von 1941 bis 1945 226 Schiffsfahrten nach und 222 Fahrten von Schweden durchgeführt, wobei neun Schiffe verlorengingen. Ungefähr ein Drittel des Vorkriegsimports aus Übersee und ein Fünftel des Vorkriegsexports dorthin konnten durch diesen Verkehr aufrechterhalten werden. Neben seiner Bedeutung für die Versorgung Schwedens, die Rockberger statistisch nachweist, hatte der Göteborgverkehr auch einen wichtigen psychologischen Effekt: er gab dem schwedischen Volk das Bewußtsein, im deutsch-besetzten Europa nicht völlig isoliert zu sein.

Zusammen mit der dänischen Forschungsgruppe, die unter Prof. Paul Bagge und beraten von Jörgen Haestrup die Geschichte der Besatzungszeit Dänemarks bearbeitet, widmet sich das SUAV-Projekt auch den Beziehungen Schwedens zu diesem besetzten Nachbarland und dem Zwiespalt zwischen Neutralität und nordischer Solidarität, in den die schwedische Regierung hier geriet. Ulf Torell[28] un-

[28] Ulf Torell, Hjälp till Danmark, Militära och politiska förbindelser 1943–1945, Stockholm 1973. Der zweite, noch unveröffentlichte Beitrag von Gunnar Barke, De illegala routerna mellan Danmark och Sverige under andra världskriget, behandelt die illegalen schwedischen Verbindungen, Waffenlieferungen und Nachrichtenvermittlung zur dänischen Widerstands-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tersucht die militärische Hilfe, die Dänemark von 1943 bis Kriegsende von Schweden erhielt. Als am 29. August 1943 die dänische Regierung Scavenius aufgrund der deutschen Forderung, den Belagerungszustand zu erklären, zurücktrat, die dänische Armee interniert und das Parlament suspendiert wurde – die Besatzungsmacht also die Regierungsgewalt übernahm –, stand die schwedische Regierung vor der Frage, wem und wofür sie die erbetene Hilfe leisten sollte: dem in Kopenhagen gebildeten geheimen „Freiheitsrat", der die verschiedenen dänischen Widerstandsgruppen koordinierte, oder dem „Ausschuß für Zusammenarbeit" (Samarbejdsudvalget) der im Parlament vertretenen Parteien unter dem von den Deutschen 1942 zum Rücktritt gezwungenen Ministerpräsidenten und sozialdemokratischen Parteiführer Vilhelm Buhl, einem geheimen Schattenkabinett, das die Chefs der Verwaltungszweige beriet, die unter deutscher Kontrolle weiterarbeiteten. Mit der Bitte um Hilfe beim Aufbau einer neuen bewaffneten Macht verfolgten beide Gruppen unterschiedliche Ziele. Der „Freiheitsrat" wollte mit der britischen Special Operations Executive (SOE) um die Befreiung Dänemarks kämpfen, an der Seite und schließlich unter dem Oberbefehl der Alliierten, der Kreis um Buhl, der eine abwartende Haltung vertrat, wollte beim Zusammenbruch der Besatzungsmacht über Streitkräfte verfügen, die eine Revolte extremistischer – besonders kommunistischer – Kräfte verhindern konnten.

Den ersten Versuch zur Bewaffnung dänischer Flüchtlinge in Schweden machten Mitte September 1943 Offiziere des dänischen Nachrichtendienstes, denen die Flucht nach Schweden gelungen war. Sie verhandelten mit dem schwedischen Geheimdienst und mit dem Leiter der kriminaltechnischen Anstalt der schwedischen Polizei, Harry Södermann, der seit Frühjahr 1943 mit Wissen der Minister Möller und Bergquist die als „Polizeiausbildung" getarnte militärische Ausbildung norwegischer Flüchtlinge organisierte[29]. Da aber die dänischen Offiziere weder politisch hinreichend autorisiert waren noch finanzielle Mittel aufbringen konnten – die SOE weigerte sich, dänischen Offizieren ein mehr oder weniger untätiges Leben in Schweden zu finanzieren –, schlug dieser Versuch fehl. Als die Deutschen im Oktober 1943 den Ausnahmezustand in Dänemark aufhoben und das dänische Militär nach Hause entließen, die Ausrüstung dagegen weiter beschlagnahmt hielten, baten der „de-facto-Regierungschef" Buhl und der dänische Oberbefehlshaber Görtz die schwedische Regierung, auf dänische Rechnung Waffen für 50 000 Mann bereitzustellen und die Ausbildung dänischer Offiziere an diesen Waffen zu gestatten. Außerdem sollte den Schweden vorgeschlagen werden, in der Schlußphase des Krieges mit zwei Divisionen in Dänemark zu in-

---

bewegung. Barke hat zu Teilbereichen seines Themas außerhalb der SUAV-Reihe zwei Aufsätze veröffentlicht: De sejlede vandet tyndt i Öresund (Aktuellt och Historiskt 1968, S. 141 ff.) und Dansk illegal nyhetsförmedling till Sverige fran 1940 till sommaren 1943 (Hilsen til Haestrup. 9 august 1969, Odense Universitetsforlag 1969, S. 9 ff.).

[29] Vgl. dazu Christer Granegård, Norska polistrupper i Sverige, Förberedelser och beslutsfattande på svensk sida vid polistruppernas tillkomst 1943, in: Scandia 1970, S. 249 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tervenieren, falls die Deutschen das dänische Militär erneut verhaften und deportieren würden. Als die dänischen Wünsche am 30. Oktober im schwedischen Kabinett beraten wurden, betonte Ministerpräsident Hansson, der sich mit Buhl in der Solidarität nordischer Sozialdemokratie verbunden fühlte, das schwedische Interesse an der Wiedererrichtung einer dänischen Demokratie nordischen Typs nach dem Kriege. Allerdings dürfe Hilfe nur nach Abschluß der Kampfhandlungen gewährt werden: auch bei der gegenwärtigen Kriegslage[30] müsse jeder Anschein vermieden werden, daß Schweden den Kampf gegen die deutschen Besatzungstruppen in Dänemark unterstütze. Gegen die Einwände Außenminister Günthers, der Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Deutschland befürchtete, und Finanzminister Wigforss', der vor Schwierigkeiten mit der Sowjetunion warnte, wenn sich Schweden in einen eventuellen Konflikt mit den Kommunisten in Dänemark einmische, billigte die Regierung die Bereitstellung von Waffen und Ausrüstung, wenn auch längst nicht in dem gewünschten Umfang und mit dem Vorbehalt, daß der Zeitpunkt ihrer Verschiffung allein von ihr bestimmt werde. Die Ausbildung rein militärischer Verbände wurde abgelehnt, eine polizeiliche Ausbildung nach dem Norweger-Modell dagegen zugesagt. Die Frage einer schwedischen Intervention blieb in der Antwort unerwähnt: die Regierung wollte jede Absprache über ein militärisches Eingreifen vermeiden, obwohl Verteidigungsminister Sköld eine Besetzung der Insel Bornholm im Falle eines deutschen Abzuges befürwortete, um den Ausbau der sowjetischen Position in der südlichen Ostsee zu verhindern. Das Problem der militärischen Hilfe wurde unter die strikte Kontrolle der Regierung gestellt, als die Aktivitäten Södermanns im November 1943 auch den bisher nicht eingeweihten Kabinettsmitgliedern zur Kenntnis kamen: am 3. Dezember genehmigte die Regierung die Ausbildung von 500 Dänen in einem Lager bei Sofielund (Småland); zwei weitere Lager für je 500 Mann wurden im Februar und April 1944 bei Sätra Brunn (Västmanland) und Håtunaholm (Uppland) errichtet. Um den Charakter einer Polizeiausbildung zu wahren, wurden Waffen nur leihweise und begrenzt zugeteilt. Dagegen wurden ab Januar 1944 auf dänische Rechnung Waffen und Ausrüstung für 7500 Mann zur späteren Verbringung nach Dänemark bereitgestellt, denen im Herbst 1944 ein weiteres Depot für 5000 Mann folgte.

Eine gegen die Ausbildung von Dänen und Norwegern gerichtete Protestnote Ribbentrops vom April 1944 beantwortete Günther mit der Erklärung, dies diene der Beschäftigung der Flüchtlinge und der Aufrechterhaltung der Ordnung in den beiden nordischen Ländern im Falle eines deutschen Abzugs; die schwedische Regierung garantiere, daß die Ausgebildeten vorher die Grenze zu ihren Heimatländern nicht überschreiten würden.

Der dänische Oberbefehlshaber Görtz hatte indes die aus den deutschen Lagern entlassenen Offiziere und Unteroffiziere in illegalen Gruppen organisiert

[30] Wie bei der Erörterung der Kündigung des Transitabkommens ausgeführt, war die Haltung der schwedischen Regierung gegenüber Deutschland in dieser Zeit trotz der deutschen militärischen Rückschläge noch sehr vorsichtig.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und im Dezember 1943 an die vom „Freiheitsrat" geführte Widerstandsbewegung angeschlossen mit dem Vorbehalt, daß er keinesfalls gegen Buhl und den „Ausschuß für Zusammenarbeit" handeln werde. Nach weiteren Verhandlungen mit dem „Freiheitsrat" und der SOE erklärte er sich Anfang 1944 in einer mündlichen Abmachung einverstanden, daß das dänische Militär einschließlich des in schwedischen Lagern befindlichen Personals grundsätzlich dem Alliierten Oberkommando (SHAEF) unter General Eisenhower unterstand. Der Vertreter des „Freiheitsrates" in Stockholm, Ebbe Munck, erreichte im August 1944 in London die Anerkennung des dänischen Polizeikorps in Schweden als strategische SHAEF-Reserve: im offiziell neutralen Schweden sollte also unter der Hand eine Truppe der Alliierten aufgestellt werden. Munck schlug ferner vor, von der schwedischen Regierung notfalls mit diplomatischem Druck die Überführung des Korps nach Dänemark zu erreichen, sobald SHAEF und die Führer des dänischen Widerstandes dies für erforderlich hielten. Eine solche Einwirkung sollte sich allerdings als unnötig erweisen, als für Mitte September 1944 eine alliierte Landung an der Westküste Jütlands erwartet und eine Erhebung dänischer Widerstandskräfte auf Seeland geplant wurde; Hedtoft-Hansen – der engste Mitarbeiter Buhls – erwirkte von seinen schwedischen Parteifreunden Hansson, Sköld, Möller sowie von Günther Anfang September die Zusage, das dänische Korps auf ein Kodewort von Buhl zu verschiffen. Dies bedeutete eine völlige Abkehr der schwedischen Regierung von ihrer bisherigen Linie; aber die alliierte Landung in der Normandie, die sowjetischen Erfolge an der Ostfront und der erfolgreiche Kopenhagener Generalstreik gegen die deutsche Ausgangssperre machten sie den dänischen Wünschen gegenüber nachgiebiger. Der Chef des Generalstabs Ehrensvärd übernahm die Vorbereitung der Überführung des dänischen Korps. Entgegen den völkerrechtlichen Neutralitätsbestimmungen nahm die Hilfe an Dänemark nun militärischen Charakter an: Kleinere Mengen schwedischer Waffen wurden nach Dänemark gebracht, alliierte Waffenlieferungen an Dänemark über schwedisches Gebiet zugelassen. Zum Jahresende erfolgte die Einrichtung zweier zusätzlicher Ausbildungslager bei Ronneby Brunn (Blekinge) mit zusammen 1000 Mann. In den Lagern wurden die Dänen mit schweren Infanteriewaffen ausgerüstet und in fünf Infanteriebataillonen organisiert, die im Dezember 1944 und im April 1945 von dem Leiter der Dänemark-Abteilung innerhalb SHAEF, dem britischen Generalmajor Dewing, inspiziert wurden. Nur in der Frage einer Intervention mit eigenen Truppen gab die schwedische Regierung Buhl und dem „Freiheitsrat" nicht nach. Zwar waren seit Ende 1942 im Generalstab intern Pläne für eine Pazifizierungsoperation – „operation Rädda Danmark" (RD) – ausgearbeitet worden, die im Frühjahr von der Regierung auch gebilligt worden waren; aber größere Vorbereitungen unterblieben, um die dänischen Widerstandskreise nicht zu vorzeitigen Aktionen zu verleiten, die blutige deutsche Gegenmaßnahmen auslösen konnten. Auch die Entscheidung über den Einsatz des dänischen Korps wurde schließlich von diesem Gedanken geleitet. Am 1. Mai bat Buhl in einem Telegramm Hansson, die Verschiffung der

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dänen gemäß der getroffenen Abmachung auf keinen Fall vor dem Eintreffen weiterer Nachricht von ihm zuzulassen: wenn die deutsche Besatzung kampflos beendet werden könne, würden die kommunistischen Kräfte in Dänemark jegliche Aussicht auf Erfolg verlieren. Erst am Abend des 4. Mai, nachdem feststand, daß die Kapitulation am Morgen des nächsten Tages in Kraft treten würde, traf das Kodewort Buhls ein; am 5. Mai wurden daraufhin die Brigade von 4000 Mann und Waffen für 18 000 Mann über den Öresund gebracht. Wie Torell hervorhebt, war die militärische Hilfe Schwedens an Dänemark trotz der Einschaltung von „Freiheitsrat" und SHAEF eine Sache der Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Führern Buhl und Hansson geblieben.

Je eine Monographie[31] des Projekts ist der sozialdemokratischen, der liberalen, der konservativen und der Bauernpartei gewidmet – seit dem 13. Dezember 1939 in der Sammlungsregierung Hansson zusammengeschlossen. Da die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition für diese Parteien fortfiel, standen sie vor dem Problem, wie sie die großen nationalen Fragen einmütig lösen sollten, ohne dabei ihre politische Identität zu verlieren. Für die Untersuchung dieses Problems erarbeiteten die vier Mitarbeiter des Projekts gemeinsame Richtlinien, um vergleichend einen Gesamtüberblick über die Politik des schwedischen Reichstages zu erhalten; u. a. wurde die Forschung auf jene zentralen Fragen ausgerichtet, die bei den Parteien Aktivität auslösten und gleichzeitig innerparteilich umstritten waren[32].

So untersucht Karl Molin die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Verteidigungspolitik, hinsichtlich des Wohlfahrtsstaates und im Hinblick auf die Wahrung demokratischer Prinzipien in Krisenzeiten[33]. Wenn auch über die

---

[31] Karl Molin, Försvaret, folkhemmet och demokratin, Socialdemokratisk riksdagspolitik 1939–1945, Stockholm 1974; Kent Zetterberg, Liberalism i kris, Folkpartiet 1939–1945, Stockholm 1975. Die Arbeiten von Hans Sand, Samverkan under motstånd, Högerpartiet under andra världskriget, und Bo Nilsson, Bondeförbundet under andra världskriget, liegen dem Hist. Inst. Stockholm als unveröffentlichte Lizentiatabhandlungen vor, ihre Weiterbearbeitung für eine Veröffentlichung ist aus finanziellen Gründen unsicher.

[32] Es handelt sich dabei praktisch um jene politisch kontroversen Probleme, die auch das Programm der Sammlungsregierung vom Dezember 1939 in großen Zügen umrissen hatte. Eine Hilfe für die Auswahl der zu behandelnden Fragen war eine in Teamarbeit gefertigte quantitative Inhaltsanalyse der Partei-Aktivitäten im Reichstag (Sveriges riksdag under andra världskriget, En kvantifiering av beteende, unveröffentlichte Studie des SUAV-Projekts, 1969) sowie eine aufgrund der Abstimmungsprotokolle angestellte Berechnung des „Kohäsionsindex" für jede der vier regierungstragenden Parteien, um einen Maßstab für ihren inneren Zusammenhalt bzw. ihre Spaltung zu gewinnen. Zur Politik des Reichstages insgesamt vgl. Karl Molin, Riksdagspolitik under andra världskriget, in: Från fattigdom till överflöd, En antologi om Sverige från frihetstiden till våra dagar, Red. S. Koblik, Malmö 1973.

[33] Molin, a. a. O. (s. Anm. 31). Während Zetterberg die Politik der liberalen Partei in genau denselben Bereichen darstellt, behandeln Sand und Nilsson den Komplex „Krisendemokratie" nicht, gehen dafür aber näher auf die Politik der Konservativen und der Bauernpartei im Agrarsektor ein.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notwendigkeit der Aufrüstung seit Kriegsausbruch bei allen Regierungsparteien Einigkeit herrschte, so mußten sich die Sozialdemokraten 1940 bei den Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages doch gegen den Vorwurf der Konservativen verteidigen, sie hätten in der Zwischenkriegszeit durch ihr Eintreten für die in ihrem Parteiprogramm von 1920 verankerte Abrüstung die Verteidigungsbereitschaft behindert und deren Wiederherstellung bedrohlich verzögert. Die Sozialdemokraten bestritten einen Bruch in ihrer Verteidigungspolitik, da sie stets eine elastische Anpassung der Rüstung an die jeweilige außenpolitische Lage vertreten hätten; im übrigen wäre ein vor Jahren angeschaffter Bestand an Material und Waffen nun veraltet, während die Streitkräfte jetzt mit dem modernsten Gerät ausgerüstet werden könnten. Finanzielle Mittel, die in der Vergangenheit für soziale Reformen statt für die Rüstung oder für die Bildung einer Steuerreserve verwendet worden seien, stärkten jedenfalls den Willen der Arbeiterschaft, den mit ihren sozialen Errungenschaften identifizierten Staat zu verteidigen. Es gab aber auch Gruppen in der Partei, die eingestanden, daß in der Verteidigungspolitik der Vergangenheit Fehler gemacht worden seien. Trotz dieser Divergenzen gelang es den Sozialdemokraten, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen: bei den Wahlen zur Zweiten Kammer (September 1940) erhielt sie 53,8 % der Stimmen, 134 von 230 Sitzen und besaß damit eine klare Majorität in beiden Kammern des Reichstages[34]. Während die Anhänger der „Elastizitätstheorie" stets das Ziel im Auge behielten, die Wehrausgaben möglichst bald wieder herabzusetzen, trat die zweite Gruppe für einen stabilen Rüstungsstandard auch nach Schluß des Krieges ein. Zur letzteren Gruppe, die den Gedanken an eine erneute Abrüstung als unvereinbar mit der parteistrategischen Forderung nach politischer Kontinuität ansah, gehörten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, zur ersteren – wie Molin anhand der Aktivität der Abgeordneten nachweist – der sozialdemokratische Frauenverband (SSKF), die „Bruderschaft" (christliche Sozialdemokraten) und die „Nordländer", d. h. die Abgeordneten aus den nördlichen Bezirken Schwedens (Västerbotten, Norrbotten, Västernorrland), die traditionell armee- und rüstungsfeindlich waren. Diese Gruppierung machte sich auch bei der Behandlung aktueller Wehrfragen bemerkbar, wobei jedoch die grundsätzlich rüstungsbejahende Gruppe meist in der Mehrheit war. So trat im Herbst 1941 bei der Verlängerung der Dienstzeit auf 230 Tage, die die Regierung zur Verbesserung der Ausbildung auch für weniger kritische Zeiten forderte, in der Partei eine starke Opposition auf, die eine endgültige Regelung normalen Zeiten überlassen wollte. Die gleiche Opposition zeigte sich bei dem im Juni 1942 angenommenen Fünfjahresplan, der unabhängig von der internationalen Lage jährliche Verteidigungsausgaben in Höhe von 755 Millionen Kronen vorsah. Im Mai 1944 wurde auf dem sozialdemokratischen Partei-

[34] Das schwedische Zweikammersystem, bei dem die Erste Kammer mittelbar durch die Provinzial- und Kommunalvertretungen, die Zweite Kammer unmittelbar durch das Volk gewählt wurde, wurde durch die 1969 erfolgte Änderung der Reichstagsordnung zugunsten eines in allgemeiner und unmittelbarer Wahl gewählten Reichstags abgeschafft.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kongreß – gleichfalls unter Opposition – die Forderung nach Abrüstung aus dem Parteiprogramm gestrichen und durch die Forderung nach einer „positiven Verteidigungspolitik" zur Unterstützung einer friedenserhaltenden und unabhängigen Außenpolitik ersetzt. Als im Juni 1944 ein neues Zivilverteidigungsgesetz vorgelegt wurde, forderte die Opposition die Begrenzung seiner Gültigkeit auf die gegenwärtige Kriegsgefahr und brachte eine Mehrheit zustande, die das Gesetz nur als ein für fünf Jahre geltendes Provisorium annahm. In ideologisch heiklen Fragen waren viele Sozialdemokraten nicht bereit, den wehrpolitischen Vorstellungen der Konservativen zu folgen und humanitär-demokratische Ideale zu opfern. Bei der Wehrdienstverweigerung verteidigten sie die Gewissensfreiheit und die Möglichkeit, neben dem Dienst ohne Waffe bei den Streitkräften auch einen zivilen Ersatzdienst zu leisten. Der Verbreitung militaristischen Geistes unter der Jugend trat vor allem der sozialdemokratische Frauenverband entgegen. Die vormilitärische Ausbildung an den Schulen wurde nur in stark verwässerter Form – lediglich mit freiwilligen Schießübungen – eingeführt und auf sozialdemokratische Initiative hin 1945 sofort wieder abgeschafft.

Ein Hauptproblem der Sozialdemokraten bestand darin, die Last der wachsenden Staatsausgaben – allein der Wehretat stieg von 1 Milliarde Kronen im ersten Kriegsjahr allmählich auf 2,5 Milliarden und damit auf das Doppelte eines Friedenshaushalts – gemäß ihrem Grundsatz „Belastung nach Leistungsfähigkeit" zu verteilen. Die Erhöhung der Einkommen- und der Vermögenssteuer wurde stark progressiv gestaltet und stand daher mit dem sozialdemokratischen Grundsatz im Einklang. Ebenso verhielt es sich mit der neu eingeführten Kriegskonjunktursteuer, mit der krisenbedingt erhöhte Gewinne abgeschöpft wurden. Obwohl diese Steuer fiskalisch und verteilungspolitisch weniger wichtig war, wurde ihr – von allen vier Regierungsparteien – eine starke psychologische Wirkung auf die Bereitschaft der unteren Einkommensschichten zugesprochen, ihren Anteil der Lasten zu tragen. Dem sozialdemokratischen Verteilungsprinzip widersprach dagegen die im Herbst 1940 eingeführte Umsatzsteuer von 5 Prozent, eine antiinflationistische Maßnahme zur Begrenzung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten. Obwohl Grundnahrungsmittel davon ausgenommen waren, stieß diese Steuer auf starke Kritik. Eine sozialdemokratische Oppositionsgruppe und die Kommunisten forderten eine Einschränkung des Konsums durch eine Neuregelung der Rationierung, damit alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig betroffen würden. Die sozialdemokratischen Frauen verlangten, das Angebot subventionierter und daher verbilligter Waren auszudehnen und dafür den Kreis der Bezugsberechtigten zugunsten Minderbemittelter und kinderreicher Familien einzuschränken. Ihre Forderung, weitere Waren von der Umsatzsteuer auszunehmen, wurde jedoch nur von einem Viertel der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Zweiten Kammer unterstützt. Die Mehrheit schloß sich den von den Konservativen und Liberalen vorgebrachten Argumenten des Einzelhandels an, daß diese Ausnahmen einen unzumutbaren Arbeitsaufwand verursachen würden. Hier und bei nicht verwirklichten Erwägungen, durch eine einmalige

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vermögenssteuer und eine Wertzuwachssteuer für Grundbesitz die zahlungskräftigeren Bevölkerungsgruppen zu belasten, sowie bei der noch zu erwähnenden Lohnfrage zeigte sich die Notwendigkeit zur Rücksichtnahme auf die bürgerlichen Parteien im Interesse der Erhaltung der Sammlungsregierung. Auch der durch Warenknappheit verursachte inflationäre Druck ließ die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten vor drastischen Umverteilungsmaßnahmen zurückschrekken und den Entscheidungen ihrer Kollegen in der Regierung zustimmen, unter denen besonders Finanzminister Wigforss großes Vertrauen genoß. Da die Löhne mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt hielten, sanken, außer bei der Landwirtschaft, die Reallöhne bis 1940 um zehn Prozent; sie stiegen erst ab 1943 bis 1945 allmählich wieder auf das Vorkriegsniveau. Eine gewisse Reallohnsenkung wurde dabei von den Gewerkschaften in Kauf genommen, um die Lohn-Preis-Spirale nicht in Gang zu setzen. Der Reichstag selbst konnte unmittelbar nur auf die Gehälter der Staatsbediensteten Einfluß nehmen, die jedoch als Muster für die jährlichen Rahmenabsprachen zwischen Gewerkschaften (LO) und Arbeitgeberverband (SAF) dienten. Im Jahre 1940 wurde mit den Staatsangestellten ein Abkommen über eine mit dem Lebenshaltungskostenindex gekoppelte prozentuale Erhöhung der Gehälter unter monatlich 900 Kronen getroffen. Da sich die Zulage im umgekehrten Verhältnis zum Gehalt der Empfänger auswirkte und mit der Teuerung folglich die Einkommensunterschiede wuchsen, erhob sich auch hier in der sozialdemokratischen Partei Opposition, die von einem Teil der Bauernpartei und den Kommunisten unterstützt wurde. Eine Reform kam 1943, blieb aber angesichts des ab 1. November 1942 von der Regierung nach Absprache mit den Sozialpartnern beschlossenen Preis- und Lohnstops praktisch bedeutungslos. Die Bestimmungen für die Lebensmittelrationierung, die im Frühjahr 1940 begann und – nach Lebensalter und Beschäftigung differenziert – bald die meisten Hauptnahrungsmittel umfaßte, wurden von den Kommunisten angegriffen und gaben einer sozialdemokratischen Opposition gleichfalls Anlaß zu Änderungsvorschlägen. Aber wieder verzichtete die Sozialdemokratie darauf, die Rationierung als Instrument für politische Ziele auszunutzen. Wie Molin hervorhebt, dienten die in der Krisenzeit getroffenen Maßnahmen grundsätzlich der Lösung akuter Probleme und nicht einer genuin sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Dies gab der Kommunistischen Partei willkommene Gelegenheit zu einer wirksamen Propaganda gegen den sozialdemokratischen „Verrat an der Arbeiterklasse". Bei den Wahlen für die Provinziallandtage und Kommunalvertretungen im September 1942, bei denen überwiegend die wirtschaftlichen Krisenprobleme im Mittelpunkt standen, mußten die Sozialdemokraten dann auch Stimmenverluste hinnehmen: im Vergleich zur Kammerwahl von 1940 verloren sie 3,5 Prozent, während der Anteil der Kommunisten um 2,4 Prozent stieg[35].

[35] Die Sozialdemokraten erhielten 50,3% der Stimmen und verloren im Vergleich zur letzten Provinzial- und Kommunalwahl 1938 53 Mandate; die Kommunisten erhielten 5,9% und gewannen zusätzliche 16 Mandate.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was die Wahrung demokratischer Prinzipien in Krisenzeiten betrifft, so wandten sich die Sozialdemokraten gegen eine Verschiebung der Wahlen zur Zweiten Kammer im Herbst 1940, die von den Liberalen und der Bauernpartei befürwortet wurde, weil angesichts der äußeren Bedrohung Wahlkämpfe gefährlich seien. Premierminister Hansson meinte im Gegenteil, der Reichstag müsse gerade in Krisenzeiten vom Vertrauen des Volkes getragen sein, um den Maßnahmen der Regierung genügend Autorität zu verleihen. Gegen den Widerstand der bürgerlichen Rechten setzte die Sozialdemokratie ferner durch, daß die Einschränkungen des Wahlrechts zuungunsten der Steuerschuldner, Armenfürsorgeempfänger und in Konkurs gegangenen Bürger fielen[36]. Indes ging der Einfluß des Parlaments während der Krisenzeit zurück, da die Regierung aufgrund zahlreicher Ermächtigungsgesetze einschneidende Maßnahmen, wie etwa den erwähnten Preisstop vom Herbst 1942, verfügen konnte. Sozialdemokratische und andere Abgeordnete suchten der Zurücksetzung des Reichstages entgegenzuwirken: Vertreter der bürgerlichen Rechten bestanden auf der Zuständigkeit des Reichstages in Wirtschaftsfragen und forderten im finnischen Winterkrieg eine bessere Information des Parlaments über außenpolitische Vorgänge, sozialdemokratische Abgeordnete nahmen die nachträgliche Unterrichtung über den im Sommer 1940 Deutschland gewährten Transit zum Anlaß, eine größere Mitbestimmung des Reichstages bei der Außenpolitik zu verlangen. Die vorübergehende Einschränkung politischer Freiheiten zugunsten der nationalen Sicherheit und damit zur Rettung der Demokratie wurde von der Mehrheit der Sozialdemokratie bejaht. Insbesondere wurde das Recht des Justizministers anerkannt, Schriften zu beschlagnahmen, „die zu Mißhelligkeiten mit fremden Mächten Anlaß" gaben. Bis 1943 handelte es sich dabei überwiegend um Zeitungen, die durch ihre Berichterstattung über das NS-Regime die ohnehin problematischen Beziehungen zu Deutschland zu erschweren drohten. So kam es im März 1942 zur Beschlagnahme von siebzehn Zeitungen, in denen Augenzeugenberichte über die Behandlung norwegischer Widerstandskämpfer in deutschen Gefängnissen veröffentlicht worden waren. Eine Grundgesetzänderung, die bei drohender Kriegsgefahr eine Vorzensur und im Kriegsfall Lizenzentzug ermöglichte, wurde vom Reichstag 1941 endgültig angenommen, wobei die Konservativen und die Bauernpartei fast geschlossen dafür stimmten, während sich bei den Sozialdemokraten eine beträchtliche Anzahl, bei den Liberalen sogar eine Mehrheit dagegen aussprach. Jedoch ist davon während der Krisenzeit kein Gebrauch gemacht worden[37]. Der Reichstag ermächtigte ferner die Regierung im Februar 1940 – und verlängerte diese Ermächtigung jährlich bis 1943 –, die Beförderung bestimmter Periodika

[36] Da es sich hierbei um die Änderung eines „Grundgesetzes" handelte, der der Reichstag in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden zustimmen mußte, wurden die neuen Wahlrechtsbestimmungen erst im Juni 1945 rechtskräftig.

[37] Zur Pressepolitik der schwedischen Regierung im Zweiten Weltkrieg, insbesondere zur Einrichtung des „Presseausschusses", der als eine Art freiwilliges Kontrollorgan der Presse fungierte, vgl. die Dissertation von Kurt Gustmann, Die schwedische Tagespresse zur Neutralitätsfrage im zweiten Weltkrieg, Münster 1958.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf den staatlichen Verkehrsmitteln zu verbieten. Bei der Annahme eines Gesetzes im Juni 1940, das die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einschränkte und die Auflösung von Organisationen ermöglichte, die gewaltsam oder mit Hilfe einer fremden Macht den Umsturz der bestehenden Staatsform anstrebten oder zum Schaden des Staates wirkten, war die sozialdemokratische Partei die einzige Regierungspartei, in der eine erhebliche Opposition auftrat. Als die Konservativen aufgrund dieses Gesetzes im Herbst 1941 ein Verbot der Kommunistischen Partei durchsetzen wollten, brachten die Sozialdemokraten diese Absicht durch die Forderung zu Fall, gleichzeitig den rechtsextremistischen „Nationalen Bund" (Nationella Förbundet), der den Konservativen nahestand, und die nazistischen Organisationen[38] aufzulösen, was negative Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Deutschland herbeigeführt hätte.

Zusammenfassend unterscheidet Molin in der sozialdemokratischen Parteistrategie zwei Abschnitte: Während der Periode außenpolitischer Gefahr bis zum Winter 1942/43 war die Partei überwiegend auf die Idee der nationalen Einigkeit zur Wahrung der Unabhängigkeit des Landes ausgerichtet; Premierminister Hansson wollte sogar – daran hielt er bis zum Frühsommer 1945 fest – auch nach Beendigung der Krise eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien bilden, da ihm die Gegensätze in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nach den Erfahrungen nicht unüberbrückbar erschienen. Demgegenüber suchten die jüngeren Kräfte innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter Führung des Parteisekretärs Torsten Nilsson ab Winter 1942/43 durch zahlreiche Anträge die eigene Partei wieder zu profilieren und die Austragung sozialer und wirtschaftlicher Gegensätze nach der Krise vorzubereiten. Anlaß gaben u. a. verstärkte kommunistische Angriffe auf die koalitionsgebundene Sozialdemokratie und die Erfolge der SKP bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im September 1944: sie vermehrte ihre Mandate um 12 auf 15; die Sozialdemokraten verloren 19 Mandate, behielten aber mit 115 Mandaten immer noch die Hälfte der Gesamtsitze und bei gemeinsamen Abstimmungen beider Kammern des Reichstages auch weiterhin die Mehrheit. Dank der jüngeren radikaleren Kräfte war die im Juli 1945 gebildete (vierte) Regierung Hansson denn auch eine sozialdemokratische Einparteiregierung.

Die schwedische liberale Partei – „Folkpartiet" – vertrat nach Kent Zetterberg[39] in der Verteidigungspolitik der Krisenzeit eine elastische Anpassung der Rüstung an die außenpolitische Situation, wie sie auch von einem Teil der Sozialdemokraten verfochten wurde. Ihr Programm aus dem Jahre 1934 war in dieser

[38] Eine Untersuchung über die nationalsozialistischen und faschistischen Organisationen in Schweden während des Zweiten Weltkrieges wurde in das SUAV-Projekt nicht aufgenommen, da dieses Thema seinerzeit bereits außerhalb des Projekts in Bearbeitung war. Vgl. E. Wärenstam, Fascismen och nazismen i Sverige 1920–1940, Studier i den svenska nationalsocialismens, fascismens och antisemitismens organisationer, ideologier och propaganda under mellankrigsåren, Uppsala 1970. Der Verfasser, der die Studie über das Jahr 1940 hinaus weiterführen wollte, ist verstorben.

[39] Vgl. Anm. 31.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinsicht so flexibel formuliert, daß auch für das neue Parteiprogramm vom Juni 1944 keine grundsätzlichen Änderungen notwendig wurden. Dieser „Verteidigungspragmatismus" bewirkte, daß die Mehrheit der liberalen Reichstagsfraktion die Maßnahmen der Regierung gewöhnlich unterstützte, sich aber gegen die Absichten der Konservativen wandte, die Krisenlage für die Einführung „totaler" und langfristiger Regelungen auszunutzen. Das zeigte sich z. B. in der Opposition der Fraktion gegen den Bau einer Hochseeflotte, gegen die Bewilligung von Kasernenbauten und gegen Versuche der Konservativen, eine permanente zivile Dienstpflicht, eine obligatorische vormilitärische Ausbildung der Schüler und eine Einschränkung der Rechte der Wehrdienstverweigerer durchzusetzen. Aber auch gegen den erwähnten Fünfjahresplan der Regierung von 1942 gab es in der liberalen Fraktion Opposition: so die in der Partei ebenfalls vertretenen „Nordländer", die an den Kosten Anstoß nahmen; die Gruppe um Waldemar Svensson, die nur für befristete Verteidigungsmaßnahmen eintrat, und schließlich die Anhänger des späteren Parteivorsitzenden Bertil Ohlin, der eine strikte Anwendung der „Elastizitätstheorie", d. h. einen intensiveren, dafür aber kurzfristigen Plan, verfocht. Hier erwies sich die liberale Fraktion als die am stärksten gespaltene aller Fraktionen der vier Regierungsparteien. Da in der Wehrfrage zwischen den Liberalen und der gleichfalls sparsamen Bauernpartei auf der einen Seite und der konservativen Partei auf der anderen Seite Gegensätze bestanden, wurde die Absicht der Konservativen verhindert, die Verteidigungspolitik zu einer grundsätzlichen Streitfrage zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager zu machen.

Während in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die konservative Partei die Interessen der Industrie, der Großfinanz und der höheren Einkommensgruppen vertrat, scharten sich um die liberale Partei der Mittelstand, kleine Unternehmer, selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, nichtorganisierte Angestellte und Kleinbauern. Ihre für den Verbraucher eintretende Politik unterschied sie zugleich von der Bauernpartei, die die Interessen der Agrarproduzenten verfolgte. Die heterogene Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft[39a] bewirkte, daß keine soziale Gruppe ihrer ständigen Unterstützung sicher sein konnte und sie jeweils eine Lösung suchte, die eine Synthese von ökonomischem Wachstum und ausgewogener Verteilung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft anstrebte und daher meist in der Mitte zwischen den Forderungen der Konservativen und der Sozialdemokraten lag. Da auch die Sozialdemokratische Partei mit Rücksicht auf die Erhaltung der Sammlungsregierung den Kompromiß suchte, konnte die auf einen „Sozialliberalismus" ausgerichtete Folkparti in der Wirtschaftspolitik weite Strecken mit den Sozialdemokraten zusammengehen. So unterstützte sie bei der Verteilung der Rüstungslasten die progressive Gestaltung der Einkommen-

---

[39a] In seiner Rezension vermißt Thomas Fürth (Historisk tidskrift 1976, S. 133 ff.) eine entsprechende sozialhistorische Untersuchung Zetterbergs, die sicher sehr verdienstvoll, aber mit der gemeinsamen Konzeption der vier Arbeiten über die Regierungsparteien wohl nicht vereinbar gewesen wäre.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Vermögenssteuern, setzte sich aber stärker als die Sozialdemokraten für die indirekte Besteuerung vor allem von Genußmitteln und Luxusgütern ein; andererseits lehnte sie zusammen mit den Konservativen eine einmalige Sondersteuer auf privates Vermögen als übermäßigen staatlichen Eingriff in die Kapital- und Vermögensbildung ab. Auch in der Frage der Subventionierung des wegen erhöhter Kosten stark zurückgegangenen Wohnungsbaus stand sie in einer Front mit den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten und forderte eine vorherige Festsetzung der Bauarbeiterlöhne. Hingegen konnte sie bei der Kompensation des Preisanstiegs durch Lohnerhöhungen den Sozialdemokraten folgen, nachdem sich die Gewerkschaften mit einer gewissen Reallohnsenkung abgefunden hatten. Die vom Wirtschaftsexperten der Partei Bertil Ohlin geforderte koordinierte Übereinkunft aller Wirtschafts- und Sozialpartner – wir würden heute von „konzertierter Aktion" sprechen – zur Eindämmung des Preisanstiegs und zur Erhöhung der Produktion wurde durch den Lohn-Preis-Stop vom November 1942 realisiert. Ohlin kritisierte jedoch im Reichstag, daß vor der Stabilisierung keine gerechte Ausgangslage geschaffen worden sei. Gegen Kriegsende setzten die Liberalen mit den beiden anderen bürgerlichen Parteien den Tendenzen im sozialdemokratischen Nachkriegsprogramm Widerstand entgegen, gewisse Wirtschaftszweige – zunächst die Steinindustrie für den Straßenbau, die Schuhindustrie, den Handel mit Brennöl, Kohle und Koks sowie das Versicherungswesen – unter staatliche Kontrolle zu nehmen.

Stärker als die anderen bürgerlichen Parteien wachten die Liberalen darüber, daß die Einschränkungen demokratischer Freiheiten so begrenzt wie möglich blieben. Von allen Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien wandte sich allein die liberale mit einer Mehrheit gegen die Vorzensur der Presse. Die beiden liberalen Mitglieder des Kabinetts – der Parteichef und Verkehrsminister Gustav Andersson i Rasjön und der Minister ohne Geschäftsbereich (ab August 1943 Justizminister) Thorwald Bergquist – ignorierten den Widerstand regionaler Parteiorganisationen, der liberalen Presse sowie des Frauen- und des Jugendverbandes der Partei gegen die Regierungsvorlage, fanden aber nur bei einer Minderheit der Fraktion und der Hälfte der Parteiführung Unterstützung. Da die Meinungsverschiedenheit in dieser Frage – wie übrigens auch in verteidigungs- und außenpolitischen Fragen – auf allen Entscheidungsebenen der Partei bestand und unter gegenseitiger Toleranz der Opponenten offen anerkannt wurde, bewahrte die Partei ihren Zusammenhalt, was kaum möglich gewesen wäre, wenn sich z. B. Parteiführung und Fraktion als geschlossene Blöcke gegenübergestanden wären. Die uneinheitliche Haltung der Partei gegenüber der Pressepolitik der Regierung nahm ein Ende, als die liberale Fraktion im Reichstag fast geschlossen den Antrag auf Wiederherstellung der Pressefreiheit einbrachte, was nach anfänglichem Widerstand der anderen bürgerlichen Parteien 1945 verwirklicht wurde. Das Gesetz, das ein Verbot staatsgefährdender Parteien ermöglichte, wurde zwar mit Ausnahme der „Göteborg-Liberalen" von der Partei unterstützt, die Forderung der Konservativen nach Auflösung der kommunistischen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partei dann jedoch zusammen mit den Sozialdemokraten verhindert. Dennoch befürworteten die Liberalen Maßnahmen zur Einschränkung der Aktivität extremistischer Parteien und Organisationen, da sie diese als außerhalb der demokratischen Gemeinschaft stehend ansahen und ihnen folglich den Anspruch auf demokratische Rechte absprachen.

Als Partei der Mitte und als schwächste der Regierungsparteien hatte die liberale Partei nach ihrem Eintritt in die Sammlungsregierung die größten Schwierigkeiten, durch eigenständige Politik ihr Profil zu bewahren. Sie unterstützte die gemeinsamen nationalen Interessen, wandte sich aber gegen Sozialdemokraten und Konservative, wenn diese als die vornehmlichen Verfechter der nationalen Sache auftraten. Da die heterogene Partei besonders auf Bewegungsfreiheit im Wahlkampf angewiesen war und daher durch ihre Bindung an die Sammlungsregierung für die Septemberwahl 1940 einen Rückschlag befürchtete, suchte sie mit Hinweis auf die außenpolitische Lage eine „Gemeinschaftswahl" mit einheitlicher Liste der Regierungsparteien zu erreichen. Als diese Absicht scheiterte, brachte ihr die Wahl tatsächlich einen Verlust von vier Mandaten in der Zweiten Kammer; sie behielt 23 (Konservative 42, Bauernpartei 28, Sozialdemokraten 134). Damit war das bisherige Gleichgewicht zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten in der Koalition zerstört. In dieser Lage wirkte die liberale Partei als Stabilisierungsfaktor: indem sie in verschiedenen wirtschaftlichen Fragen mit den anderen bürgerlichen Parteien eine Front bildete und die Sozialdemokraten zur Mäßigung zwang, verhinderte sie, daß sich die Konservativen isoliert fühlten und zu einer Sprengung der Sammlungsregierung getrieben wurden. Auf der anderen Seite wurde sie durch ihre Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in Fragen der Außenpolitik und der Verteilung des Volkseinkommens in gewissem Sinne zur zweiten „staatstragenden" Partei. Die propagandistische Grundtendenz dieser Partei der Nuancierungen („Nyansparti"), ihre Konturlosigkeit dem Wähler als Vorteil hinzustellen und zu behaupten, daß sie als einzige nicht klassengebundene Partei die Interessen der kleinen Leute gegen die übermächtigen Organisationen verteidige, brachte ihr aber bei den Provinzial- und Kommunalwahlen von 1942 nur geringe Fortschritte ein. Erst mit dem Nachlassen der außenpolitischen Gefahr legte die Partei schließlich im Jahre 1944 den Grundstein für ihre späteren Erfolge: als die sozialdemokratische Partei im Frühjahr 1944 ihr bereits erwähntes Nachkriegsprogramm veröffentlichte, das stark sozialistische Züge aufwies und daher auch von den schwedischen Kommunisten unterstützt wurde, setzten die Liberalen dem im Juni 1944 ein eigenes Reformprogramm entgegen, das deutlich die Handschrift ihres Wirtschaftsexperten Bertil Ohlin trug. Es bekannte sich zu einer antizyklischen Konjunkturpolitik, um soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft zu erreichen, sowie zu einer weitgehenden Reform des Steuerwesens und der Sozialpolitik, insbesondere zum Ausbau der Sozialversicherung. Es lehnte jedoch die Verstaatlichung von Produktionszweigen und erweiterte Eingriffe in die Kapitalbewegung und die Produktionsverhältnisse der freien Privatwirtschaft ab.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei war die liberale Partei zunächst durchaus bereit, soziale Reformen zusammen mit den Sozialdemokraten zu verwirklichen. Nach der Septemberwahl zur Zweiten Kammer 1944, die der Partei abermals nur geringe Fortschritte brachte, wurde jedoch deutlich, daß eine engere Zusammenarbeit nach Kriegsende unmöglich werden würde, da die Sozialdemokraten ihr Nachkriegsprogramm offensichtlich ohne Abstriche und allein durchzuführen beabsichtigten. Unter dem im Herbst 1944 zum Parteiführer gewählten vitalen Ohlin[40] ergriff daher die liberale Partei mit ihrem sozialliberalen Programm die Offensive, stellte sich 1945 an die Spitze der bürgerlichen Opposition gegen die sozialdemokratische Einparteiregierung und schwang sich bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im Jahre 1948 mit 57 Mandaten (Konservative 23, Bauernpartei 30) für die nächsten beiden Jahrzehnte zur stärksten bürgerlichen Partei Schwedens auf.

Der schwedischen kommunistischen Partei (Sveriges Kommunistika Parti – SKP), während der Krisenjahre 1939–1945 einzige Oppositionspartei im Reichstag, ist der Beitrag von Yvonne Hirdman[41] gewidmet. Durch ihre Abhängigkeit von der Kommunistischen Internationale mußte die SKP jede Wendung der sowjetischen Politik mitmachen und geriet deshalb im eigenen Lande häufig in Schwierigkeiten: in den dreißiger Jahren hatte sie unter der Devise der „Volksfrontpolitik" gegen den Faschismus an Boden gewinnen können, doch wirkte sich die mit dem Hitler-Stalin-Pakt eingeleitete Kursänderung Moskaus als Katastrophe aus. Da die SKP das sowjetische Vorgehen gegen Finnland rechtfertigte, die deutsche militärische Expansion als Reaktion auf die Politik der „aggressiven imperialistischen" Westmächte erklärte, die schwedischen Sozialdemokraten als „Lakaien des kapitalistischen Systems" bekämpfte und die „chauvinistischen" Verteidigungsmaßnahmen der Sammlungsregierung ablehnte, geriet sie in eine Isolation, die ihren Mitgliedsbestand bis Mitte 1940 um fast die Hälfte (auf 11 200) sinken ließ. Das im März 1940 erlassene – und bis 1943 aufrechterhaltene – Verbot der Beförderung ihrer Druckschriften durch Post, Bahn und staatlich konzessionierte Verkehrsbetriebe, polizeiliche Razzien gegen leitende Funktionäre, Beschlagnahme von Material wegen landesverräterischer Umtriebe, die erzwungene Niederlegung von Ämtern in gewerkschaftlichen Führungsgremien und das Damoklesschwert des Parteiverbots[42] drängten die SKP in

---

[40] Bertil Ohlin wurde Ende September 1944 als Handelsminister in die Sammlungsregierung berufen. Seine Programmschrift: Fri eller dirigerad ekonomi?, Uddevalla 1936, war Ausgangspunkt einer ideologischen Neuorientierung der Folkparti in den letzten Vorkriegsjahren gewesen, die ihr durch die Akzeptierung moderner Wirtschaftstheorien einen programmatischen Vorsprung gegenüber den Konservativen und der Bauernpartei gab.

[41] Yvonne Hirdman, Sverges Kommunistika Parti 1939–1945, Stockholm 1974.

[42] Über die staatlichen Maßnahmen gegen die Kommunisten ist im SUAV-Projekt eine eigene Darstellung in Arbeit: Karl Molin, Statsmakternas åtgärder mot den kommunistiska verksamheten i Sverige 1939–1945. Einer eingehenden Untersuchung aller sicherheitspolitischen Schritte – so z. B. auch der Versetzung unzuverlässiger Behördenangehöriger in andere Dienststellen – steht die Unzugänglichkeit des einschlägigen Aktenmaterials im Weg. Elisabeth Enander hat innerhalb des Projekts eine unveröffentlichte Arbeit über die beim

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Lage, in der es für sie nur ein Ziel geben konnte: als Partei zu überleben. Daher verfolgte sie eine widerspruchsvolle Taktik, die sie zuweilen auch von der Komintern-Linie abweichen ließ. Z. B. griff sie bei der Bekämpfung der Aufrüstung im eigenen Lande lediglich die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen an, ohne das Verteidigungsrecht auch einer bürgerlichen Nation grundsätzlich zu verneinen. Aus ihrem Dilemma wurde die Parteiführung erst durch die allmähliche Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und schließlich durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion erlöst. Jetzt griff sie erneut zur Taktik der „Volksfront" bzw. der „nationalen Front"; sie suchte zu demonstrieren, daß die schwedischen Kommunisten durchaus demokratisch und vaterländisch seien, so indem sie im Reichstag nun das Aufrüstungsprogramm billigte. Weniger die Ziele der Sammlungsregierung auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet standen nunmehr im Mittelpunkt ihrer Angriffe, als vielmehr die angewandten Mittel, wobei die Schuld an der verschlechterten Wirtschafts- und Versorgungslage den Sozialdemokraten zugesprochen wurde. Daß die Sowjetunion als Verbündeter an der Seite der Westmächte stritt und die Kommunisten in allen deutsch-besetzten Ländern Europas besonders aktiv am nationalen Widerstandskampf gegen die Besatzungsmacht teilnahmen, ließ viele schwedische Arbeiter eine positive Einstellung zur SKP gewinnen, die sich auf den Ausgang der Kommunalwahlen von 1942 auswirkte. Im November 1942 machte die SKP sogar den Versuch, mit einem detaillierten Agrarprogramm, das auf lange Sicht eine Zusammenfassung der Kleinbauern zu rationalisierten Kollektivbetrieben anstrebte, ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zu schaffen.

Als die Auflösung der Komintern im Mai 1943 der SKP offensichtlich größere Bewegungsfreiheit verschaffte, begann für sie eine dritte Periode, beherrscht von jener Taktik, die später als Prinzip der „Volksdemokratie" bezeichnet wurde. Mit der ideologischen Begründung, der sowjetische Weg zum Sozialismus sei nicht der einzig mögliche, in Schweden und anderen Ländern könne vielmehr ein friedlicher, parlamentarischer Weg beschritten werden, setzte sich die SKP auf dem Parteikongreß vom Juni 1943 zum Ziel, durch die Gewinnung des linken Flügels der Sozialdemokratie eine marxistische Einheitspartei zu schaffen und damit die sozialdemokratische Hegemonie über die Arbeiterklasse zu brechen. Einerseits erkannte die SKP das Programm der sozialdemokratischen Partei von 1920 als Ausgangspunkt für ihr eigenes Programm an und akzeptierte das sozialdemokratische Nachkriegsprogramm von 1944[43] mit Ausnahme des Agrarsektors,

schwedischen Militär gebildeten besonderen Arbeitskompanien (De politiska arbetskompanierna, Hist. Inst. Stockholm 1970) verfaßt, in denen wehrpflichtige Kommunisten, Syndikalisten – aber auch einzelne Sozialdemokraten – zusammengefaßt und von der übrigen Truppe isoliert gehalten wurden. Darin untersucht die Verfasserin auch die Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Stellen bei der Aufstellung dieser Einheiten sowie die Kriterien und die Informationen über Wehrpflichtige, die einer Rekrutierung zu diesen Einheiten zugrunde lagen.

[43] Hirdman schließt sich der Ansicht von Åke Sparring, Från Höglund till Hermansson, Om revisionismen i Sveriges kommunistiska parti, Stockholm 1967, an, daß die SKP damit kei-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andererseits gewann ihre Opposition gegen Sozialdemokratie und Sammlungsregierung an Profil und verlor vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet den Charakter reiner Obstruktion. Nach der Billigung der Rüstungsausgaben an der Verantwortung für deren Finanzierung beteiligt, war sie gezwungen, zu bestimmten Fragen sachliche Alternativen vorzuschlagen und selbst eine Art allgemeines Krisenprogramm zu formulieren. Dieser neue Kurs ließ die Partei abermals einen Aufschwung nehmen: Ihre Mitgliedszahlen stiegen bis 1944 wieder auf den Stand vor Kriegsausbruch (rund 20 000) und sollten 1948 mit 50 000 ihren Höchststand erreichen. Bei den Wahlen vom Herbst 1944 errang sie 10,3 Prozent der Stimmen, hauptsächlich auf Kosten der Sozialdemokraten. Auch konnte die Partei wieder in den Gewerkschaften – vor allem bei den Metallarbeitern – Einfluß gewinnen, wie der Metallarbeiterstreik vom Februar 1945 bewies. Indes blieb die Partei aber von Moskau abhängig und mußte bei Beginn des Kalten Krieges abermals einen radikalen Kurs einschlagen, der ihre Aufwärtsentwicklung abbrach; bei den Wahlen nach dem gewaltsamen kommunistischen Umsturz in Prag 1948 verlor sie fast die Hälfte ihrer Wähler.

Die schwedische Sozialpolitik 1939–1945 konnte in ihrer Gesamtheit vom SUAV-Projekt nicht berücksichtigt werden, obwohl die Analyse der Aktivität des Reichstags[44] zeigt, daß sie dort zu den zentralen Fragen gehörte. Aus diesem Bereich untersucht Kerstin Abukhanfusa[45] ein Thema, dem zwar keine Dramatik innewohnt, das aber für viele Schweden von existentieller Bedeutung war: die finanzielle Sicherung der Familien der zum Militärdienst Eingezogenen. Durch die Einberufungen, die nach der Erklärung der „erhöhten Verteidigungsbereitschaft" am 1. September 1939 begannen, waren bis zum Frühjahr 1940 bereits Hunderttausende schwedischer Familien ihres Ernährers beraubt. Zwar konnte der vom Verteidigungsminister Sköld schon im Februar 1939 eingesetzte „Ausschuß für soziale Verteidigungsbereitschaft" am 3. September den Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Unterstützung der betroffenen Familien präsentieren; da aber die Regierung trotz aller Dringlichkeit ein normales Gesetzgebungsverfahren wünschte, mußten sich diese Familien zunächst mit einer provisorischen Lösung abfinden, die auf dem Prinzip der „Armenhilfe" beruhte und manche Schwierigkeiten überhaupt nicht, andere nur ungenügend und mit großer Verzögerung berücksichtigte. Als der „Kriegsfamilienbeitrag" am 17. April 1940 im Reichstag abschließend diskutiert wurde, traten die Konservativen dafür ein, daß Zahlungen nur aufgrund nachgewiesener Bedürftigkeit erfolgen sollten, während die Liberalen, die Bauernpartei und eine Gruppe von Sozialdemokraten eine automatische Entschädigung für die „staatlich enteignete Arbeitskraft" be-

---

neswegs zu einer revisionistischen Partei geworden war, sondern nur Tendenzen in die revisionistische Richtung aufwies.

[44] Vgl. Anm. 32.

[45] Kerstin Abukhanfusa, Beredskapsfamiljernas försörjning, Krigsfamiljebidragen i teori och praktik, Stockholm 1975.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fürworteten, da jede Nachprüfung der Bedürftigkeit aufwendig, zeitraubend und der Kampfmoral der Wehrpflichtigen abträglich sei. Schließlich wurde der Regierungsvorschlag, der einen modifizierten Bedürftigkeitsnachweis vorsah, von der Mehrheit der Konservativen und der Sozialdemokraten angenommen; letztere wollten die angestrengte Finanzlage nicht verschärfen und die Sammlungsregierung nicht gefährden, auch handelten sie nach dem sozialdemokratischen Programmsatz „Belastung nach Leistungsfähigkeit". Die „Kriegsfamilien*beitrags*verordnung" – die Bezeichnung „Unterstützung" (understöd) wurde bewußt vermieden – sah einen automatisch zu zahlenden Grundbetrag für die Ehefrau und Kinder unter sechzehn Jahren vor, im übrigen aber Zahlungen gemäß Bedürfnisnachweis: ein nach Ortsklassen gestaffeltes Familiengeld für den täglichen Bedarf an Nahrung und Kleidung, ein Wohnungsgeld, eine Beihilfe für selbständige Geschäftsleute, vor allem Landwirte, zwecks Einstellung einer Ersatzkraft sowie Zahlungen für außerordentliche Ausgaben wie Wohnortwechsel, Krankheits- und Bestattungsfälle. Von den Ausgaben, die den Grundbetrag überstiegen, mußten die Gemeinden rund 10 % aufbringen. Wenn der Reichstag im Mai 1941 auch den Höchstbetrag für das Familiengeld erhöhte, um die inflationäre Preisentwicklung wenigstens teilweise auszugleichen, so blieben doch grundsätzliche Mängel, so eine zu langsame und sehr unterschiedliche Handhabung des Systems durch lokale Ausschüsse. Daher wurde im Juli 1941 von der Regierung ein „Kriegsfamilienbeitrags-Komitee" eingesetzt, dessen Vorschläge – bei einer neuen Verordnung vom 29. Juni 1942 berücksichtigt – die Durchführung einfacher und effektiver gestalteten. Nunmehr erhielt die Familie jedes Einberufenen unabhängig von ihrer Kopfzahl einen „Heimatlohn", und die Bedürftigkeitsprüfung wurde durch eine Tabelle „normiert", die ab März 1943 in Kraft trat und die lokalen Unterschiede bei der Ausrechnung des jeweiligen Beitrages beseitigte. Um den Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften zu befriedigen und die Arbeitswilligkeit der Familienmitglieder zu erhalten, durften Familienangehörige bis zu einer bestimmten Höhe ohne Abzüge vom Familienbeitrag zuverdienen: Arbeit wurde sozusagen „prämiert". Der Wehrpflichtige selbst durfte bereits seit 1941 abzugsfrei ein Viertel seiner normalen Einkünfte weiterbeziehen, was zur Folge hatte, daß die – meist staatlichen oder kommunalen – Arbeitgeber, die an Eingezogene Lohn zahlten, die Bezüge auf dieses Maß reduzierten. Während der Beratungen im April 1940, als Schweden bei unmittelbarer Kriegsgefahr verstärkt Einberufungen vornahm, war äußerste Sparsamkeit geboten, mit der Verordnung von 1942 wurden aber die Maximalbeiträge um 50 % erhöht und damit die Preissteigerungen mehr als wettgemacht, zumal angesichts des Preisstops vom November 1942. Anhand der vollständig erhaltenen Unterlagen der kommunalen „Familienbeitragsausschüsse" je einer Stadt- und einer Landgemeinde der gleichen örtlichen Teuerungsklasse, von denen die eine überwiegend industriellen, die andere überwiegend agrarischen Charakter besaß, weist Kerstin Abukhanfusa u. a. nach, daß die betroffenen Familien 1940 durchschnittlich nur 65 %, nach der Neuregelung von 1942 jedoch 90 % ihres Normal-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einkommens ersetzt bekamen. Dabei erhielten sehr niedrige Einkommensgruppen wie z. B. die Land-, Forst- und Textilarbeiter sowie kinderreiche Familien einen überdurchschnittlichen Ausgleich und konnten ihren Lebensstandard z. T. erheblich verbessern. Unter dem Durchschnitt lagen kleine Familien ohne anderweitige Einkommen, Familien mit relativ hohem Einkommen sowie Familienmitglieder (Eltern, Verlobte), die von der Versorgung durch unverheiratete Wehrpflichtige abhängig waren. Zeigte sich so bei den hohen und niederen Einkommen ein gewisser sozialer Umverteilungseffekt, so war der Kriegsfamilienbeitrag primär doch ein verteidigungspolitisches Instrument, das nicht für die von den Sozialdemokraten angestrebte Neuverteilung des Volkseinkommens taugte. Abschließend stellt die Verfasserin jedoch fest, daß die Ziele der Kriegsfamilienbeitragsgesetzgebung mit ihren praktischen Ergebnissen weitgehend übereinstimmten: zumindest ab 1943 brachte die Einberufung eines Familienvaters keine gravierende Änderung in der Lebenshaltung seiner Familie mehr mit sich.

In einem weiteren Beitrag zu diesem Bereich behandelt Ann-Katrin Hatje die Maßnahmen zur Förderung der Geburtenerhöhung in Schweden[46]. Zwar gab das Klima der Verteidigungsbereitschaft der Debatte über diese Frage einen besonderen nationalen Impetus; da Hatje jedoch die Entwicklung dieses Problems über den ganzen Zeitraum der 1930er und 1940er Jahre verfolgt, ist zumindest die Frage erlaubt, ob – ungeachtet der guten Qualität der Arbeit – ihre Aufnahme in ein Projekt als besonders glücklich angesehen werden muß, das sich überwiegend die Erforschung der Probleme Schwedens im Zweiten Weltkrieg zum Ziel setzt[47]. Für den deutschen Leser ist der Inhalt dieses Beitrages insofern interessant, als die damaligen Vorstellungen mancher schwedischer Konservativer zur Bevölkerungsfrage erstaunliche Anklänge an Gedankengänge aufwiesen, die im nationalsozialistischen Deutschland vorherrschten, ferner weil die rechtliche Behandlung der Abtreibung auch in der Bundesrepublik diskutiert wird.

Als Schweden – dessen Bevölkerung sich nach einigen Statistikern schon Ende der 20er Jahre nicht mehr selbst „reproduzierte" – in den Jahren 1933 und 1934 die niedrigste Geburtenrate der Welt hatte, wiesen rechtsorientierte und konservative Kreise auf kulturelle und verteidigungspolitische Gefahren für das schwedische Volk hin. Die Linke schien die Folgen einer Bevölkerungsabnahme weniger schwer zu nehmen, zumal sie offensichtlich damit rechnete, daß die zunehmende Rationalisierung den Bedarf an Arbeitskräften verringern werde; ferner waren in der Arbeiterschaft neo-malthusianische Vorstellungen über die Geburtenbeschränkung weit verbreitet. Erst das 1934 erschienene Buch des sozialdemokratischen Forscher-Ehepaares Alva und Gunnar Myrdal „Kris i befolkningsfrågan" (Krise in der Bevölkerungsfrage) weckte auch das Interesse der Linken an der Bevölkerungspolitik. Auf die konservativen und bürgerlichen Po-

---

[46] Ann-Katrin Hatje, Befolkningsfrågan och välfärden, Debatten om familjepolitik och nativitetsökning under 1930- och 1940-talen, Stockholm 1974.

[47] Vgl. Anm. 75.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

litiker machte das Buch solchen Eindruck, daß ihre Parteien Anfang 1935 in der Steuer- und Wohnungspolitik Reformen zugunsten kinderreicher Familien anregten. Zur Untersuchung des Problems wurde im Mai 1935 von der Regierung eine „Bevölkerungskommission" (befolkningskommission) aus Sachverständigen und Politikern der vier großen Parteien eingesetzt, die bis 1938 Vorschläge ausarbeitete, von denen jedoch bis zum Kriegsausbruch nur die weniger kostspieligen verwirklicht wurden. Als nach vorübergehendem Anstieg das abermalige Sinken der Geburtenrate in den ersten Kriegsjahren die Debatte erneut und in einer Atmosphäre aufflammen ließ, in der das Bevölkerungsproblem als „Verteidigungsfrage auf lange Sicht" angesprochen wurde, nahmen die Konservativen Schlagworte und Argumente auf, wie sie seinerzeit auch in Deutschland verwendet wurden: Bei abnehmender Bevölkerung müsse ein Vakuum entstehen, in das, da die „Natur" es nicht zulasse, „lebenskräftigere" Völker auf der Jagd nach „Lebensraum" militärisch oder durch Unterwanderung eindringen würden. Hatten die Konservativen parallel zu gesetzgeberischen Maßnahmen schon immer eine Aufklärung des Volkes über die moralische Verantwortung gegenüber dem Fortbestand der Nation unter Zurückstellung materialistisch-egoistischer Bequemlichkeit vertreten, so forderten sie nun staatliche Propaganda für Bevölkerungsvermehrung wie in Deutschland. Eine solche Propaganda wurde von den Liberalen und den Sozialdemokraten abgelehnt; sozialdemokratische Frauenverbände traten extremen Vorstellungen von der „Gebärpflicht" der Frau unter der Devise „Keine Kinder auf Befehl!" entgegen.

Bei der Frage, ob die Vermehrung *bestimmter* Volksgruppen zu fördern sei, vertrat die Rechte häufig rassenbiologische Vorurteile von den überlegenen geistigen und physischen Eigenschaften der eigenen, nordischen Rasse. Da das schwedische Volkstum und seine Kulturwerte nur ohne Vermischung mit fremdem Volkstum erhalten werden könnten[48], wurde z. B. auch die Einwanderung nicht als eine Lösung der Bevölkerungsfrage angesehen. Wie die restriktive Einwanderungsgesetzgebung Ende der 30er Jahre zeigt, stand die schwedische Bevölkerung der Einwanderung – wenn auch überwiegend aus Furcht vor Konkurrenz – sowieso ablehnend gegenüber. Nur wenige, unter ihnen die Myrdals und der liberale Sozial- und Wirtschaftsexperte Ohlin, befürworteten eine Aufnahme von Menschen wenigstens aus den kulturell nahestehenden skandinavischen Ländern. Eine auffallende Ausnahme machten extrem nationalistische Gruppen, die „rassisch tieferstehende" Einwanderer als Diener für das schwedi-

[48] Ein Hauptverfechter dieser Lehre war Prof. Herman Lundborg, der Leiter des 1921 gegründeten rassenbiologischen Instituts in Uppsala, der damit die Forderung auf staatliche Förderung des Bauerntums als Rückgrat des Volkes verband. Über den Zusammenhang von national ausgerichteter Bauernromantik und der Auffassung rassebedingter Überlegenheit in Schweden gibt die interessante Arbeit von Rolf Torstendahl Aufschluß, die die ideologischen Elemente im Neokonservativismus der Zwischenkriegszeit untersucht (R. Torstendahl, Mellan nykonservatism och liberalism, Idébrytningar inom högern och bondepartierna 1918–1934, Uppsala 1969).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche „Herrenvolk" zulassen wollten. Rassenhygieniker forderten, bei einer allgemeinen Volksvermehrung „minderwertige" Personen an der Fortpflanzung zu hindern, d. h. das Sterilisierungsgesetz von 1934 zu erweitern, nach dessen Bestimmungen nur nicht-rechtsfähige Personen wie Geisteskranke oder -schwache zwangsweise sterilisiert werden konnten. Sie fanden durchaus Unterstützung: hatten die Myrdals Zwangssterilisierung auch für rechtsfähige Erbkranke aus sozialpädagogischen Gründen – d. h. wegen des Unvermögens, eigene Kinder aufzuziehen – vorgeschlagen, so forderten in der Reichstagsdebatte 1941 sozialdemokratische Abgeordnete, diese soziale Indikation auch bei „Asozialen" wie Alkoholikern, Landstreichern und Kriminellen anzuwenden und so die Gemeinden finanziell zu entlasten. Das 1941 erlassene neue Gesetz hielt jedoch an der Notwendigkeit des Einverständnisses aller rechtsfähigen Personen für eine Sterilisation fest. Während die Nationalisten in ihrer bevölkerungspolitischen Bewertung zwischen höher- und minderwertigen Völkern, die Myrdals zwischen Gesunden und Kranken unterschieden, waren die bürgerlichen Parteien, besonders die Konservativen, offensichtlich von der Auffassung erbmäßiger Ungleichheit gesellschaftlicher Gruppen beeinflußt. Daher galt ihre bevölkerungspolitische Fürsorge vor allem dem Mittelstand als der „kulturtragenden Schicht". Wenn auch sie dafür eintraten, daß die Gesellschaft einen Teil der Kosten für die Versorgung und Erziehung der Kinder übernahm, so wollten sie jedoch die Unterschiede im Lebensstandard zwischen kinderreichen und kinderlosen Familien nur innerhalb der jeweiligen sozialen Gruppe ausgeglichen wissen, d. h. einen *horizontalen* Ausgleich bewirken. Demgegenüber verfolgten die Sozialdemokraten auch hier ihr übergeordnetes Ziel, die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten *vertikal* auszugleichen, d. h. den Standard der unteren Schichten anzuheben. Diese Auseinandersetzung zog sich durch die Überlegungen des im September 1941 eingesetzten „Bevölkerungskomitees" (befolkningsutredning) unter dem damaligen Staatssekretär im Sozialministerium, Tage Erlander, das bis Ende 1946 arbeitete und u. a. die Vorschläge der früheren „Bevölkerungskommission" überprüfen sollte. Die bürgerlichen Parteien setzten sich für einen größeren Steuerfreibetrag für Familien mit Kindern ein und bevorzugten damit die Bezieher höherer Einkommen, die wegen der Steuerprogression relativ große Freibeträge erhielten, während die unteren Einkommensschichten – d. h. die Mehrzahl der kinderreichen Familien – daraus keinen oder nur geringen Nutzen ziehen konnten; ihnen sollte zum Ausgleich Kindergeld gezahlt werden. Da dieses System die Unterschiede zwischen den Einkommensklassen konservierte, forderten die Sozialdemokraten die Abschaffung des Familienfreibetrages und die Zahlung eines gleichen Kindergeldes für alle. Für diese Lösung, die allerdings wegen der Höhe der Ausgaben erst nach Kriegsende verwirklicht werden konnte, sprach sich 1946 schließlich das Bevölkerungskomitee aus; sie wurde 1947 vom Reichstag angenommen (Anschlag im Etat für 1948: 420 Millionen Kronen). Reformvorschläge des Komitees, die noch im Kriege realisiert wurden und 1942–1945 im Jahresdurchschnitt 12 Millionen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kronen kosteten, betrafen die Erleichterung von Ehestandsdarlehen, kostenfreie Schulspeisung, die Einrichtung eines sozialen Hausgehilfendienstes, von Kindertagesstätten, Kindergärten und einer kostenfreien Kinderlandverschickung, die gleichzeitig eine Erprobung von Evakuierungsmaßnahmen im Kriegsfall darstellte[49]. Es wurde deutlich, daß die schwedische Sozialdemokratie die Lösung der Bevölkerungsfrage immer entschiedener in einer den Lebensstandard kinderreicher Familien sichernden Sozialpolitik sah. Dennoch befürchteten gegen Kriegsende auch die Sozialdemokraten einen Arbeitskräftemangel für die Zeit nach dem Kriege, wenn die dann im produktiven Alter stehenden geburtsschwachen Jahrgänge die Soziallasten würden tragen müssen.

Mit Hinblick auf die angestrebte Bevölkerungsvermehrung sah das schwedische Abtreibungsgesetz von 1938 zwar medizinische, ethische und eugenische, aber keine sozialen Indikationen vor, obwohl sie von einer starken Strömung in der öffentlichen Meinung unter Führung des früheren sozialdemokratischen Justizministers Schlyter gefordert worden waren. Indem der Reichstag im großen und ganzen lediglich die geltende Praxis kodifizierte, nahm er auf konservative Anschauungen mit christlich-kirchlichem Einschlag Rücksicht. Auch die „Bevölkerungskommission" von 1935 hatte soziale Indikationen abgelehnt, weil die Gesellschaft damit ihre Unfähigkeit eingestehen würde, soziale und wirtschaftliche Mißstände zu beseitigen. Doch war es ihr auch mit dieser Taktik nicht gelungen, ihre Reformvorschläge bei Regierung und Reichstag durchzusetzen. Das „Bevölkerungskomitee" verfolgte nun die gleiche Linie, forderte jedoch eine verstärkte Beratung in sexuellen Fragen und die Regelung des Verkaufs empfängnisverhütender Mittel. Die Gewerkschaften argumentierten demgegenüber, daß der Staat durch die Zulassung sozialer Indikationen eine wirksamere Kontrolle über die illegalen Abtreibungen erreichen würde und durch die offene Konfrontation mit den sozialen Ursachen zu deren Beseitigung gezwungen würde. Wenn in der Abtreibungsfrage auch keine exakten parteipolitischen Grenzen erkennbar waren, läßt sich doch von links nach rechts eine gewisse Skala der Forderungen aufstellen. Am weitesten gingen die Kommunisten und einige Sozialdemokraten, die für das Recht der Frau eintraten, über einen Abbruch der Schwangerschaft selbst bestimmen zu können; der moskauhörige Teil der Kommunisten beschränkte dieses Recht jedoch – in der Sowjetunion war seit 1936 nur noch medizinische Indikation zugelassen – auf eine nicht-sozialistische Gesellschaftsordnung. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Frauenverbände forderten neben sozialen Indikationen die Aufhebung der Strafbarkeit für die betroffenen Frauen bei einer illegalen Schwangerschaftsunterbrechung. Andere berufliche Frauenverbände unterstützten die Forderung auf Straf-

[49] Darüber hinaus waren zahlreiche Maßnahmen von erheblicher bevölkerungspolitischer Bedeutung, die nicht zum Aufgabengebiet der beiden 1935 und 1941 eingesetzten Bevölkerungsgremien gehörten, so auf den Gebieten des Wohnungswesens und des Arbeitsrechts.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

freiheit für die Frau, lehnten jedoch die soziale Indikation aus bevölkerungspolitischen Gründen ab. Der Frauenverband der liberalen Partei war für soziale Indikationen, während ansonsten die Partei in dieser Frage geteilt war. Die Konservativen lehnten die soziale, teilweise sogar die medizinische Indikation unter Hervorhebung christlicher Motive ab. Im Jahre 1946 nahm der Reichstag den Regierungsvorschlag einer „sozialmedizinischen" Indikation an, die eine Schwangerschaftsunterbrechung erlaubte, wenn „im Hinblick auf die Lebensverhältnisse der Frau" angenommen werden konnte, „daß ihre körperlichen und seelischen Kräfte durch die Geburt des Kindes ernstlich herabgesetzt" würden. Ferner sollte eine Frau bei einer illegalen Schwangerschaftsunterbrechung straffrei ausgehen, wenn „außerordentlich mildernde Umstände" vorlagen[50].

Von den beiden Arbeiten des Projekts, die sich mit der schwedischen Verwaltung in der Krisenzeit befassen, behandelt die Untersuchung von Lennart Friberg die Lenkung der Landwirtschaft, der Energieversorgung und des Transportwesens[51]. Neben der regulären Verwaltung, die auch Krisenprobleme bewältigte und sich in den Kriegsjahren laufend ausdehnte, wurde in Schweden ein zusätzlicher Krisen-Verwaltungsapparat aufgebaut, der auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene über 21 000 neue Organe zählte. Um zur Struktur und Funktion jenes Apparates generalisierende und vergleichende Aussagen machen zu können, entwarf Friberg ein System, in dem die Organe nach Zuordnungs- und Unterstellungsverhältnissen, Wirkungsebenen und Funktionen (entscheidend, ausführend, kontrollierend, planend, analysierend, beratend oder koordinierend) unterschieden sind. Einige allgemein interessierende Feststellungen seien hervorgehoben.

Eine zentral geleitete Krisenverwaltung, bei der zwar Durchführung und Kontrolle weitgehend dezentralisiert blieben, die Entscheidungsgewalt aber wenigen obersten Organen oblag, beschnitt die in Schweden traditionelle kommunale Selbstverwaltung und verschob vor allem das Machtverhältnis zwischen Parlament und Regierung. Die Finanzgewalt des Reichstages wurde durch häufige Bewilligung von Pauschalanschlägen ausgehöhlt, seine Besteuerungsbefugnis durch die Verwischung der Grenzen zwischen Steuern und administrativen Abgabe- und Preisausgleichsregelungen, seine Gesetzgebungsgewalt durch Ermächtigungsgesetze und ein weitgehendes Verordnungsrecht der Regierung. Nach Friberg zeigte sich darin nur eine Beschleunigung der seit Jahrzehnten zu beobachtenden

---

[50] Ende Mai 1974, nach Abschluß des Beitrages von A.-K. Hatje, verabschiedete der schwedische Reichstag eine Gesetzesvorlage, wonach der Schwangerschaftsabbruch bis zum dritten Monat erlaubt ist, außer wenn er Leben oder Gesundheit der Schwangeren gefährdet. Nach Ablauf dieser Frist ist der Abbruch an bestimmte Bedingungen gebunden.

[51] Lennart Friberg, Styre i kristid, Studier i krisförvaltningens organisation och struktur 1939–1945, Stockholm 1975. Die zweite auf diesem Gebiet vorgesehene Arbeit von Olle Månson, Ekonomisk försvarsberedskap inför andra världskriget, Studier i planeringsarbetet inom Rikskommissionen för ekonomisk försvarsberedskap och dess verksamhet inom industrisektorn, behandelt die Pläne und Verwaltungsmaßnahmen für die Mobilisierung der Industrie und erschien 1976 nach Abschluß vorliegenden Berichts.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwicklung zum komplizierten Verwaltungsstaat, weil vermehrte technische und wirtschaftliche Komplexität, Demokratisierung und Massenkonsum zu neuen Forderungen an den Staat und damit zu stärkerer Verwaltungsaktivität führen. Auch das Bestehen einer Sammlungsregierung trug dazu bei, daß die Entscheidungen an anderer Stelle als im Parlament fielen.

Am 15. Oktober 1939 entstand – als ausgesprochenes „Krisenministerium" – ein Versorgungsministerium (Folkhushållningsdepartementet) unter dem sozialdemokratischen Minister Eriksson (ab März 1941 unter dem Sozialdemokraten Gjöres). Durch ein Gesetz vom 21. Februar 1941, das die Höchstzahl der Minister ohne Geschäftsbereich erhöhte und erstmals erlaubte, einen solchen Minister mit Aufgaben aus dem Bereich eines Fachministers zu betrauen, wurde im März 1941 eine Reform der Regierung ermöglicht. Zwei Minister übernahmen als „Fachberater" partielle Geschäftsbereiche aus einem oder mehreren Ministerien; dabei wurde der Minister, dem innerhalb des Versorgungsministeriums die Brennstoff- und Energieangelegenheiten übertragen wurden, inoffiziell „Brennstoffminister" (bränsleminister) genannt. Neben der Energieversorgung, die anfänglich zwischen dem Handels- und dem Landwirtschaftsministerium aufgeteilt war, übernahm das Versorgungsministerium 1939 vom Landwirtschafts- und dem Sozialministerium die Lebensmittel- und anderweitige Versorgung der Bevölkerung, ferner ab August 1940 vom Handels- und dem Verkehrsministerium das Transportwesen. Dabei wurde das Versorgungsministerium nur mit einer kleinen Anzahl höherer Beamter, nicht mit einem eigenen Unterbau ausgestattet. An dessen Stelle traten für die verschiedensten Sachbereiche „primäre" – d. h. der Regierung unmittelbar unterstellte – Krisenorgane, deren Mitglieder nicht selbst Angehörige der Ministerialbürokratie waren. Diese informelle Handhabung der Geschäfte zeichnete die Krisenverwaltung generell aus: unter dem Einfluß von Vertretern der beteiligten Privatwirtschaft wurden Schnelligkeit und Effektivität über die auf Rechtssicherheit ausgerichteten Verwaltungsprinzipien gestellt. Je nach Zweckmäßigkeit wurden die primären Krisenorgane, die den Kern der Krisenverwaltung ausmachten, nicht nur dem Versorgungsministerium, sondern – mit Ausnahme des Kultusministeriums – auch regulären Ministerien zugeordnet: von den 73 primären Organen waren nur 21 für die Zusammenarbeit mit dem Versorgungsministerium bestimmt. Zu den wichtigsten Primärorganen gehörten die Lebensmittel-, Industrie-, Brennstoff-, Handels-, Verkehrs- und Arbeitsmarktkommissionen, die Preiskontrollbehörde und die staatliche Informationslenkung. Im Rahmen genereller Richtlinien entschieden sie selbständig, die Regierung blieb lediglich übergeordnete Beschwerdeinstanz. Friberg weist jedoch nach, daß in der Realität Regierung und Primärorgane durch informelle Kontakte eng zusammenarbeiteten und bei gegensätzlichen Auffassungen Kompromißlösungen fanden, für die die Primärorgane nach außen allerdings die Verantwortung tragen und Kritik auf sich nehmen mußten.

Den primären Organen auf zentraler Ebene beigeordnet oder auf regionaler bzw. lokaler Ebene unterstellt waren sogenannte „sekundäre" Organe, die sehr

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterschiedlich und flexibel organisiert waren. Zu ihnen gehörte ein hierarchisch aufgebautes territoriales Netz der Krisenverwaltung, auf der regionalen Ebene der Provinzen 33 Krisenräte (kristidsstyrelser) und auf Kommunalebene rund 1750 Krisenausschüsse (kristidsnämnder), die jeweils für eine oder für mehrere Gemeinden zuständig waren. Ferner arbeiteten zahlreiche Ein-Mann-Instanzen, z. B. rund 40 000 Kontrolleure gegen Schwarzschlachtungen (slaktgodemän), die ab 1942 eingesetzt wurden. Da dieser territoriale Apparat überwiegend der Versorgung der Bevölkerung – Erfassung rationierter Güter sowie Ausgabe von Lebensmittel- und Bezugskarten – diente, unterstand er der Lebensmittelkommission; er wurde aber auch von anderen Primärorganen – besonders der Brennstoffkommission und der Preiskontrollbehörde – benutzt, um die Errichtung eigener untergeordneter Behörden zu vermeiden. Mit diesem territorialen Apparat wurde u. a. ein besonders wichtiges Problem gelöst: die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion trotz Einberufungen und Requirierung von Traktoren, Kraftwagen und Pferden für das Militär. Um die verbliebenen Arbeitskräfte und -mittel rationell auszunutzen, wurden die landwirtschaftlichen Betriebe unter Aufsicht der lokalen Krisenbehörden veranlaßt, sich zu sogenannten Arbeitsblöcken zusammenzuschließen. Schon im Februar 1940 umfaßte diese von der Lebensmittel- und der Arbeitsmarktkommission beaufsichtigte Organisation 75 000 Arbeitsblöcke mit 375 000 Betrieben (98 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche). 350 000 Männer und 500 000 Frauen wurden in den Arbeitsblöcken erfaßt, zusätzliche 50 000 freiwillige Arbeitskräfte aus den Städten und nichtlandwirtschaftlichen Betrieben mobilisiert. Im Februar 1943 wurde die Leitung einem primären Organ, der „Reichsblockbehörde", übertragen. Auf dem Energiesektor hatte die Krisenverwaltung für die Stromerzeugung durch Wasserkraft zu sorgen, den Energieverbrauch zu regeln und die Herstellung von Ersatzbrennstoffen – Holzkohle, Torf, Generatorgas und Schieferöl – zu fördern, nachdem die Einfuhr von Steinkohle, Koks, Briketts, Benzin, Petroleum und Erdöl abgeschnitten bzw. stark reduziert worden war: gewisse Kontingente Kohle und Koks konnte Schweden bis Herbst 1944 durch die Handelsabkommen mit Deutschland beziehen, flüssige Brennstoffe dagegen nur gelegentlich aus Rumänien (1940/41) und durch den „Göteborgverkehr" aus Übersee. Zur Krisenverwaltung auf dem Transportsektor gehörten Eisenbahn- und Kraftfahrzeugverkehr, Schiffahrt und Häfen sowie die stark verminderte zivile Luftfahrt nebst dem Verbrauch der zugehörigen Treibstoff- und Betriebsmittel. Beim Kraftfahrzeugverkehr stand bis November 1940 die Rationierung des Treibstoffs im Vordergrund, danach die Umstellung auf Generatorgas, die zunächst einen Wiederaufschwung des Kraftverkehrs brachte, bis er durch die Knappheit an Schmiermitteln ab Juni 1941 und an Gummi seit 1942 erneut eingeschränkt werden mußte. An der Verwaltung der Schiffahrt waren mehrere Ministerien – auch das Außen- und das Verteidigungsministerium – beteiligt, weil ihr u. a. der Göteborgverkehr und die Verwendung der in Übersee verbliebenen schwedischen Tonnage oblag.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein besonderes Merkmal der Krisenverwaltung war die Betrauung von privaten Interessenorganisationen, Wirtschaftsverbänden und einzelnen Unternehmen mit öffentlichen Verwaltungsfunktionen. Eine dominierende Rolle spielten diese mehrere Hundert zählenden „offiziösen" Organe, durch die sich die öffentliche Verwaltung des speziellen Sachverstandes der jeweiligen Organisation bediente, bei der Lenkung der Märkte, in denen sie Verteiler- und Kontrollaufgaben wahrnahmen. Die Vertreter der privaten Verbände saßen außerdem in den beratenden oder beschlußfassenden Gremien, in denen sowohl unterschiedliche private wie auch private und öffentliche Interessen miteinander koordiniert werden mußten. In einer Detailstudie über fünf der zentralen Krisenkommissionen zeigt Friberg, welchen Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft die Krisenverwaltung dem privaten Sektor ermöglichte. Er beschränkt sich dabei allerdings auf die Beschreibung der organisatorischen Formen, die in jener Zeit dafür zur Verfügung standen, und läßt sowohl die Frage nach ihrer tatsächlichen Ausnutzung wie auch alle außerhalb des Verwaltungsbereichs bestehenden Einflußmöglichkeiten bewußt außer Betracht. War die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor auch eine spezifische Erscheinung der Krisenzeit, so beeinflußte sie doch die Entwicklung der schwedischen Nachkriegsgesellschaft: die in der Zeit der Lenkung notwendige Interessenvertretung verstärkte die Neigung des privaten Sektors, sich zu organisieren und auf Staat und Verwaltung einzuwirken, und sie ebnete den Weg zu einer sozialen Organisation mit stark korporativem Einschlag („Organisationssverige"). Während jedoch die Krise eine intensive Kooperation erzwang, nahm die Zusammenarbeit divergierender Interessen nach 1945 – als wichtige Lenkungsmaßnahmen zunächst noch beibehalten werden mußten – ganz andere organisatorische Formen an und führte in vielen Fällen zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen öffentlichem und privatem Interesse.

Die wichtigsten Organe und das äußere Skelett der Krisenverwaltung wurden vom Herbst 1939 bis Sommer 1940 errichtet. Bis Herbst 1941 erfolgte der Ausbau dieses Rahmens – die Zahl der in der Krisenverwaltung Beschäftigten stieg kräftig –, während die Aufgaben schon Routinecharakter annahmen. Eine abermalige Erweiterung der Organisation, besonders auf unterer Ebene, setzte 1942 ein, als sich nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges die Versorgungslage Schwedens zusehends verschlechterte. Der Abbau der Krisenverwaltung begann zwar 1945, aber die Umstellungsprobleme und die internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre verzögerten diesen Prozeß bis zum Ende des Jahrzehnts, wobei einige Organe in veränderter Form zu Dauereinrichtungen wurden. Das letzte Krisenorgan blieb die „Ausländerkommission" (UK), die erst 1969 als Einwandererамt in eine ordentliche Zentralbehörde umgewandelt wurde. Im ganzen gesehen war die Krisenverwaltung, wie Friberg feststellt, ein Produkt ihrer Zeit: eine ähnliche Krise würde heute in Schweden durch die Erweiterung der Befugnisse der bestehenden Verwaltungsorgane gemeistert werden können.

Die Gruppe im SUAV-Projekt, die sich mit der öffentlichen Meinung in

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schweden befaßt, legte bisher die beiden Arbeiten von Klas Åmark und Alf Johansson vor[52]. Sie folgen den methodischen Grundsätzen, die diese Gruppe erarbeitete, um die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungen vergleichbar machen zu können; beide benutzten auch als hauptsächliche Quellenbasis das vom Projekt erstellte Datenregister aus der schwedischen Tagespresse 1938–1945[53]. Åmark untersucht, welche Doktrinen – nicht im Sinne klassischer Ideologien, sondern im Sinne „alltagsideologischer" Vorstellungen – in der öffentlichen Debatte vom Anschluß Österreichs im März 1938 bis zum Kriegsausbruch vertreten wurden und welche Zeitungen bzw. politischen Gruppen sie vertraten. Bei der Beurteilung der Anschluß-Krise im März und der Sudetenkrise im September 1938 durch die schwedische Presse unterscheidet Åmark eine „nationalistische" und eine „antinazistische" Linie. Erstere wurde überwiegend von konservativen Zeitungen wie Östergötlands Dagblad, Nya Dagligt Allehanda, Nya Wermlands-Tidningen, Barometern und Svensk Tidskrift vertreten, ferner von einigen liberalen Blättern wie Stockholms-Tidningen und Svenska Morgonbladet und dem der Bauernpartei nahestehenden Skånska Dagbladet. Diese Zeitungen sahen die Ursachen der beiden Krisen des Jahres 1938 in der Nichtbeachtung des Nationalitätenprinzips sowie in der Störung des Gleichgewichts zwischen Deutschlands natürlichem Potential und seiner internationalen Stellung durch den Frieden von Versailles. Sie hielten daher die deutschen Forderungen und Deutschlands Aufstieg zur europäischen Großmacht – unabhängig von dem dort herrschenden Regime – für grundsätzlich berechtigt. Diese Gruppe neigte dazu, die Interessen der Staaten als unabhängig von der ideologischen Verankerung der jeweiligen Staatsführung existierende „objektive" Interessen zu verstehen und die Ursachen der Konflikte nicht primär im Handeln der Staatsmänner zu sehen. Sie verurteilte deshalb nicht die 1938 verfolgten Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik, sondern nur deren spezifische Methoden der Gewaltandrohung

---

[52] Klas Åmark, Makt eller moral, Svensk offentlig debatt om internationell politik och svensk utrikes- och försvarspolitik 1938–1939, Stockholm 1973; und Alf Johansson, Svensk politik och opinion under vinterkriget 1939–1940, Stockholm 1973. Zur Veröffentlichung vorgesehen sind: Torsten Nybom, Motstånd, anpassning, uppslutning, Linjer i svensk offentlig debatt om internationell politik och svensk utrikespolitik våren 1940 – hösten 1943, der die öffentliche Meinung vom Ende des finnischen Winterkrieges bis zur Kriegswende untersucht (während die ursprünglich vorgesehene, zeitlich anschließende Arbeit über die Schlußphase des Krieges 1943–1945 nicht erscheinen wird), ferner Louise Drangel, Den kämpande demokratin, En Studie i antinazistik opinionsrörelse 1935–1945 (unterdessen Uddevalla 1976 erschienen), die die demokratische Opposition gegen die Politik der Sammlungsregierung behandelt.

[53] Vgl. oben S. 2. Diese Tatsache bringt Åmark eine Kritik Jarl Torbackes an den Auswahlprinzipien für die benutzten Zeitungen ein (Svensk debatt före andra världskriget, in: Historisk Tidskrift 1974, S. 93 ff.). Gegenüber dem Buch von Herbert Tingsten, Svensk utrikesdebatt mellan världskrigen, 2. Aufl. Lund 1964, das sich im zweiten Teil mit seiner Untersuchung überschneidet, grenzt sich Åmark durch die Betonung unterschiedlicher methodischer Ausgangspunkte ab. (Åmark, S. 8 ff., 284 ff.).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und -anwendung[54]. Sie befürwortete also eine Verständigungspolitik, die mit der appeasement-policy Chamberlains übereinstimmte. Einzelne Zeitungen dieser Richtung äußerten zwar die Befürchtung, daß Deutschland den durch die Einverleibung Österreichs und des Sudetenlandes gewonnenen Machtzuwachs zu „unberechtigten" Forderungen mißbrauchen könnte, doch wurde die innere Gestaltung Deutschlands von allen als eine Sache der Deutschen selbst angesehen, gelegentlich allerdings die Hoffnung geäußert, daß eine Erfüllung der berechtigten Ansprüche das NS-Regime mildern werde. Eine friedliche Koexistenz von Demokratien und Diktaturen wurde somit als möglich angesehen.

Die „antinazistische" Linie wurde von liberalen Zeitungen – Göteborgs-Posten, Dagens Nyheter, Vestmanlands Läns Tidning, Eskilstuna Kuriren, Gefle Dagblad, Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning und Falu-Kuriren – und den sozialdemokratischen Blättern Arbetet, Norrländska Socialdemokraten, Ny Tid, Social-Demokraten, Sydöstra Sveriges Dagblad, Örebro-Kuriren und Tiden sowie dem kommunistischen Hauptorgan Ny Dag vertreten. Diese Richtung schrieb die Krisen des Jahres 1938 allein der NS-Diktatur zu, die im internationalen Leben etwas völlig Neues sei und mit der Ausdehnung ihres Machtbereichs die Hegemonie des nationalsozialistischen Deutschland über Europa anstrebe. Die Staaten hätten durchaus nicht „objektive", sondern von der jeweiligen Staatsführung bestimmte „subjektive" Interessen[55]. Das NS-Regime benutze das Nationalitätenproblem lediglich als Mittel für seine Expansion und sei durch Erfüllung einiger Forderungen niemals zu befriedigen; eine konstante Bedrohung der Selbständigkeit anderer Staaten, stelle es zugleich – durch die ständige Ausbreitung seines politischen Systems – eine Gefahr für die abendländische Kultur dar. Die NS-Außenpolitik wurde als Resultat einer Diktatur angesehen, die auf

---

[54] Eine Sonderstellung nahm hier das sich als „liberal" bezeichnende Aftonbladet ein, das die riskanten NS-Methoden mit der starren Politik der Westmächte rechtfertigte, die Deutschland seine „rechtmäßige" (d. h. nur durch seine „natürliche" Stärke begrenzte) Stellung als Großmacht verweigern wollten. Das Blatt vertrat die Politik, Deutschland auf seinem Weg zur Hegemonialmacht in Europa keinen Widerstand entgegenzusetzen, um den europäischen Kontinent unter deutscher Führung gegenüber anderen Weltmächten, besonders gegenüber der Sowjetunion, zu sichern. Für Schweden empfahl Aftonbladet, in Anlehnung an Deutschland die Führung über die schwächeren nordischen Nachbarländer zu übernehmen. Diese außenpolitische Richtung in Schweden wird von Åmark als „Expansionslinie" bezeichnet. Im Nationalsozialismus sah Aftonbladet bemerkenswerterweise keine „Ideologie", sondern ein dynamisches Instrument zur Mobilisierung aller Kräfte Deutschlands für eine zielbewußte Außenpolitik.

[55] Für die kommunistische Ny Dag wurde die Außenpolitik von den Interessen der herrschenden Klassen bestimmt. Sie wandte die Theorie vom Faschismus als letztem Stadium des Kapitalismus auf Deutschland an und erklärte die Expansionsziele der faschistischen Diktatur mit dem Streben des deutschen Großkapitals nach neuen Märkten und größerem Profit. Bis zum deutsch-sowjetischen Vertrag forderte sie eine Rückkehr zur Völkerbundspolitik der kollektiven Sicherheit unter Einschluß der Sowjetunion, bei der auch Schweden aktiv mitwirken sollte. Nach seinem Ausbruch wurde der Krieg allerdings zu einem rein imperialistischen Krieg erklärt, in dem Schweden neutral bleiben müsse.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Volkswillen und Opposition keine Rücksicht zu nehmen brauchte, der Konflikt daher als eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Diktatur – hier allerdings nur als Rechtsdiktatur verstanden – und Demokratie. Bei der „antinazistischen" Linie unterscheidet Åmark zwei Richtungen. Die sozialdemokratischen und einige liberale Blätter vertraten eine Politik der solidarischen Stärke: Durch eine übermächtige Koalition zwischen Westmächten und Sowjetunion sollte Deutschland von der Verfolgung seiner Ziele abgehalten werden; als letzte Konsequenz sei ein Krieg, in dem Deutschland besiegt und das NS-Regime beseitigt werden würde, einem Frieden vorzuziehen, der nur durch eine schrittweise Unterwerfung unter den Nationalsozialismus erkauft werde. Trotz der Kritik an Chamberlains Politik der Nachgiebigkeit war aber die Reaktion dieser Organe auf das Münchener Abkommen geteilt: daß die Westmächte den Kleinstaat Tschechoslowakei im Stich gelassen hatten, wurde verurteilt, doch leugnete z. B. das sozialdemokratische Blatt „Arbetet" nicht, daß die Rettung des Friedens für eine gewisse Frist einen Wert für sich darstellte. Einige liberale Blätter, darunter die größte liberale Zeitung Dagens Nyheter, waren dagegen keine Anhänge der Politik solidarischer Stärke. Åmark sucht die heterogenen Ansichten dieser Gruppe unter dem Oberbegriff „Verhandlungslinie" zusammenzufassen. Ohne langfristige Ziele, ging es ihr nur um die Verhinderung eines Kriegs. Jede einzelne Krise sollte nach ihren spezifischen Voraussetzungen beurteilt und durch kleinstmögliche Zugeständnisse beigelegt, der Frieden erhalten, aber das Mächtegleichgewicht nicht ernstlich erschüttert werden. Für diesen Balanceakt war erforderlich, daß die Westmächte aus einer Position der Stärke heraus verhandelten. Dagens Nyheter kritisierte deshalb die ungenügende Aufrüstung Englands, die Chamberlains Verhandlungsposition in der Sudetenkrise von vornherein geschwächt habe. Von der „nationalistischen" Linie unterschied sich diese Richtung dadurch, daß sie nicht nach der Berechtigung, sondern nur nach der Unvermeidlichkeit der Zugeständnisse an das NS-Regime fragte.

Nach der deutschen Besetzung Prags im März 1939 hatte die „antinazistische" Linie keine Veranlassung, ihre Einschätzung der deutschen Außenpolitik zu ändern; auch die deutschen Ansprüche auf Danzig wurden nur als erster Schritt angesehen, Polen in den deutschen „Lebensraum" einzubeziehen. Sie begrüßte daher die britische Garantie für Polen, Rumänien und Griechenland sowie die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, wobei allerdings einige Zeitungen sowjetische Forderungen auf ähnliche Garantien für Finnland, Estland und Lettland als eine Gefahr für diese Staaten ansahen. Nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes vom August 1939 reihten die „antinazistischen" Zeitungen – mit Ausnahme der kommunistischen – auch die Sowjetunion unter die friedensbedrohenden Diktaturen ein.

Die „nationalistische" Linie mußte nach dem deutschen Einmarsch in Prag ihre Auffassung revidieren, daß die deutschen Forderungen grundsätzlich begrenzt seien. Sie interpretierte den Konflikt nun „machtpolitisch" als typische Auseinandersetzung zwischen imperialistischen Großmächten, die unabhängig

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Ideologien oder Regimen und ohne moralische Überlegenheit einer Seite geführt werde. Zwar bedrohten die Westmächte nicht die Selbständigkeit anderer Staaten, doch unterstützten, so sagte man, auch sie die Rechte der Kleinstaaten nur dann, wenn dies ihren eigenen Interessen entspreche. Die sowjetische Forderung auf eine Garantie für die Ostseestaaten erschien als Bedrohung, da die sowjetische Großmacht die gewünschte Klausel über Schutz gegen einen „indirekten Angriff" als Vorwand für die Machtübernahme in diesen Ländern ausnutzen wolle. Die Sowjetunion sei im Grunde nur daran interessiert, sich aus einem Krieg zwischen den Westmächten und Deutschland herauszuhalten, ja sogar, einen solchen Krieg in Gang zu setzen. Im deutsch-sowjetischen Pakt schließlich sah sich die machtpolitische Linie bestätigt; die Sowjetunion und Deutschland hatten nur aus realpolitischen Motiven gehandelt, unterschiedliche Ideologien hatten dabei keine Rolle gespielt.

Nach der Besetzung Prags war die Mehrzahl jener Zeitungen, die bisher die appeasement-policy gebilligt hatten, zur „Verhandlungslinie" übergegangen. Verhandlungen wurden auch im Falle Danzigs begrüßt, nur durften Zugeständnisse an Deutschland nicht eine weitere Unterminierung Polens wie im Falle der Tschechoslowakei ermöglichen. Åmark rechnet – wenn auch mit Nuancen – bis zum Kriegsausbruch drei Zeitungen zu den Anhängern der Appeasement-Politik: die konservative Nya Dagligt Allehanda, das Skånska Dagbladet der Bauernpartei und das „liberale" Aftonbladet. Ihr Hauptargument war, die Achsenmächte könnten erst dann Frieden halten, wenn ihre wesentlichsten Ansprüche befriedigt seien.

Bei der Debatte über die schwedische Außen- und Verteidigungspolitik 1938/39 unterscheidet Åmark außer der pronazistischen „Expansionslinie" und der kommunistischen Linie der kollektiven Sicherheit[56] vier Richtungen. Drei Richtungen stimmten darin überein, daß sich Schweden aus einem Krieg heraushalten, notfalls aber auch militärisch behaupten sollte; sie unterschieden sich jedoch in den Ansichten, woher die Gefahr, in einen Krieg verwickelt zu werden, drohe und wie ihr am besten begegnet werden könne. Die „sicherheitspolitische Linie", die von den meisten konservativen Zeitungen, aber auch von der liberalen Stockholms-Tidningen und dem Skånska Dagbladet der Bauernpartei vertreten wurde, ging von dem „machtpolitischen" Axiom aus, daß Schweden als Besitzer wichtiger Rohstoffe und als strategische Basis von *jeder* Großmacht bedroht sei. Für sie hatte die militärpolitische Sicherheit Priorität. Sie befürwortete eine Befreiung Schwedens von den Verpflichtungen aus dem Sanktionssystem des Völkerbundes, notfalls den Austritt, eine Zusammenarbeit mit den anderen nordischen Staaten zur Erhaltung der „nordischen Neutralität" und zur gemeinsamen Verteidigung strategisch wichtiger Gebiete wie Nordkalotten, Åland und Öresund, sowie eine dauerhafte Verstärkung der schwedischen Streitkräfte (Verlängerung der Dienstzeit und Ersatzbauten für die Flotte). Schwedens Militär-

[56] Zu diesen beiden Richtungen vgl. Anm. 54 und 55.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macht sollte einer eigenen Außenpolitik einiges Gewicht verleihen und einen Überfall auf das Land für eine – bereits gegen andere Mächte im Kriege befindliche – Großmacht zu einem Risiko machen.

Die „Linie der Selbständigkeit", die die sozialdemokratischen und einige liberale Zeitungen verfolgten, gründete sich auf die „antinazistische" Auffassung, daß eine Bedrohung Schwedens wie aller europäischen Kleinstaaten in erster Linie vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehe, zunächst nicht durch militärische Aggression, sondern durch politischen und wirtschaftlichen Druck. Schweden müsse sich daher in eine politische Front der demokratischen Staaten gegen die faschistischen Diktaturen einreihen, militärisch aber, wegen seiner begrenzten Machtmittel, neutral halten. Die an sich begrüßte Politik der kollektiven Sicherheit hatte in den Krisen der dreißiger Jahre – nicht zuletzt durch die Haltung der Westmächte – versagt und wurde als gegenwärtig nicht anwendbar angesehen, weshalb die „Linie der Selbständigkeit" ebenfalls für die Entscheidungsfreiheit Schwedens im Fall von Sanktionen des Völkerbunds eintrat. Sie ging jedoch nicht so weit, den Austritt aus diesem internationalen Forum zu befürworten, in dem Schweden bei Versuchen mitwirken konnte, den Frieden zu erhalten. Sie sprach sich zwar auch für eine Zusammenarbeit mit den nordischen Nachbarstaaten aus, um sich nach Möglichkeit gemeinsam aus dem Kriege herauszuhalten, lehnte jedoch ein militärisches Verteidigungsbündnis mit ihnen ab. In der gegebenen Krisenlage befürwortete sie – entsprechend der sozialdemokratischen „Elastizitätstheorie"[57] – Maßnahmen zur Aufrüstung, die jedoch auf kurzfristige Wirkung und nicht auf Aufrechterhaltung eines permanent hohen Verteidigungsstandes abzielten. Sie unterstützte daher Vorschläge der Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Bauernpartei für einmalige Materialanschaffungen und für eine Einberufung ausgebildeter Jahrgänge zu besonderen Ersatzübungen, wandte sich aber gegen eine Verlängerung der Wehrpflicht, die sich erst auf lange Sicht ausgewirkt hätte. Im Grunde blieb sich diese Richtung bewußt, daß Schwedens Mittel bei allen Anstrengungen niemals ausreichen würden, um den Angriff einer Großmacht abzuwehren; dennoch gehörte zu ihrem Neutralitätsbegriff eine Grenze der Nachgiebigkeit gegenüber Forderungen, die die eigenen essentiellen politischen Prinzipien berührten.

Die Mehrzahl der liberalen Zeitungen der „antinazistischen" Richtung verfolgten die „Linie der Isolation", die in gemäßigter Form auch von der Führung der liberalen Partei vertreten wurde. Trotz der Erkenntnis, daß Deutschland der internationale Unruheherd war, wollten die Anhänger dieser Richtung Schweden von der europäischen Krise isolieren; auch gegenüber den nordischen Nachbarn sollten außenpolitische Engagements vermieden werden, die das Land in einen Krieg hineinziehen konnten. In der Rüstungsfrage folgte diese Richtung der „Elastizitätstheorie", d. h. praktisch den Vorschlägen der Regierung. Ihre pragmatische Neutralitätspolitik kannte keine essentiellen Prinzipien, bei deren Ver-

[57] Vgl. S. 616.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

letzung zu den Waffen gegriffen werden sollte; das mußte im Kriegsfall zu einer Appeasement-Politik gegenüber der vorherrschenden Macht führen. Die bedingungslose Neutralität bedeutete aber keine Gleichgültigkeit gegenüber Unrecht und Gewalt wie z. B. der Judenverfolgung in Deutschland, nur sollte die Reaktion nicht so weit gehen, daß sie die Neutralität Schwedens gefährdete.

Eine vierte Richtung – von Åmark als „moralische Linie" bezeichnet – vertrat die liberale Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning. Obwohl eine Zeitung mit scharfer „antinazistischer" Perspektive, stimmte sie in der *gegebenen Lage* – als Minimalprogramm – mit den Empfehlungen der „sicherheitspolitischen Linie" überein. Falls jedoch die Westmächte zu einer Politik des kollektiven Widerstandes gegen die NS-Diktatur finden sollten – bei einem Regierungswechsel in Frankreich und Großbritannien (Churchill) –, sollte sich auch Schweden aktiv an der Verteidigung abendländischer Freiheit und Humanität beteiligen.

Anders als Åmark analysiert Alf Johansson die Meinungsbildung in Schweden 1939/40[58] in engem Zusammenhang mit den Entscheidungen der schwedischen Regierung. Die aktive nordische Neutralitätspolitik, die der sozialdemokratische Außenminister des Koalitionskabinetts Hansson (Sozialdemokraten und Bauernpartei), Rickard Sandler, als Ersatz für die zusammengebrochene Politik der kollektiven Sicherheit in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch betrieb, fand bis auf rechtsradikale und kommunistische Flügelgruppen und eine isolationistische liberale Minderheit breite Unterstützung im Lande und bei den großen Parteien, von denen lediglich die liberale Partei eine etwas zögerndere Haltung einnahm. Diese „Meinungskoalition" begann zu zerbrechen, als Sandlers Pläne für eine wirksamere Neutralisierung der für Schwedens Verteidigung wichtigen Ålandinseln auf den Widerstand der Sowjetunion stießen. Da die Bestimmungen der Ålandkonvention von 1921 keinen ausreichenden Schutz für die demilitarisierten Inseln mehr boten – ihre Verteidigung sollte aufgrund eines Beschlusses des Völkerbundsrats im Ernstfall den Signatarmächten obliegen –, hatten die schwedische und die finnische Regierung im Januar 1939 den sogenannten Stockholmplan vorgelegt, der Finnland ermächtigen sollte, auf einigen der südlichen Inseln Befestigungsanlagen zu errichten und im übrigen Inselbereich mobile militärische Maßnahmen zu treffen; er sah ferner vor, daß sich Schweden im Falle eines europäischen Krieges auf Wunsch der Finnen an der Verteidigung der Inseln beteiligen durfte – vorausgesetzt, daß beide Staaten in einem solchen Konflikt neutral blieben. Der Plan basierte auf der Annahme, daß in einem europäischen Krieg das Interesse der Großmächte an diesen Inseln nur darin bestehe, ein Festsetzen des Gegners in diesem militärischen Vakuum zu verhindern, und daß einem möglichen Wettlauf am besten durch die Verteidigung der Neutralität der

---

[58] S. Anm. 52. Die Veröffentlichung von Krister Wahlbäck, Finlandsfrågan i svensk politik 1937–1940, Stockholm 1964, hatte den Sektor der öffentlichen Meinung nicht systematisch behandelt. Für den allgemeinpolitischen Hintergrund stützt sich Johansson außer auf Wahlbäck auch auf Max Jakobson, Vinterkrigets diplomati 1939–1940, Stockholm 1967.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inseln vorgebeugt werde. Während alle Signatarstaaten – d. h. die europäischen Großmächte und die Ostseerandstaaten außer der Sowjetunion – dieser Änderung der Konvention zustimmten, legte der sowjetische Vertreter im Völkerbundsrat im Mai 1939 Einspruch ein. Als Sandler den Stockholmplan dennoch durchsetzen wollte, stieß er auf die Opposition des Kabinetts, das die Vertragsvorlage im Reichstag zurückzog. Die nach dem deutsch-sowjetischen Pakt vom August 1939 einsetzende sowjetische Politik, die finnische Neutralität zu ignorieren und wie von den Baltenstaaten nun auch von Finnland strategische Grenzberichtigungen und Stützpunkte zu erpressen, entzog der „nordischen Politik" Sandlers eine ihrer Voraussetzungen: daß außer in einem europäischen Krieg kein nordisches Land von einer Großmacht direkt bedroht und daher zwischen den nordischen Staaten kein Militärbündnis erforderlich sei, daß es lediglich gelte, die Umwelt von der neutralen Haltung des nordischen Blocks zu überzeugen. Am 3. Oktober – noch ehe die Finnen zu Verhandlungen nach Moskau gerufen wurden – schlug Sandler daher dem Kabinett eine schwedische Garantie für Finnland „mit dem Charakter eines Verteidigungsbündnisses" vor. Nach Johanssons Urteil ging Sandler damit auf die Linie der Konservativen über und wurde zum Machtpolitiker, der Drohung mit Gegendrohung und Forderungen mit Demonstrationen von Stärke beantwortet[59]. Dem Kabinett erschien jedoch diese Politik für einen Kleinstaat als unangemessen; es lehnte die Garantie als eine zu große Gefährdung der schwedischen Neutralität ab. Auch der finnische Antrag vom 4. Oktober, schwedische Truppen nach Åland zu schicken, und Sandlers Vorschlag vom 9. Oktober, die Einfahrten zu den Ålandgewässern zu verminen[60], stieß im Kabinett auf Widerstand. Eine Diskussion im Rat für auswärtige Angelegenheiten[61] am 12. Oktober offenbarte, daß sich Sandlers „nordische Politik" nicht mehr auf das Parlament stützen konnte: nur die Konservati-

---

[59] In ihrer Besprechung des Buches von Johansson wendet sich Birgitta Ericsson (Sverige och vinterkriget, in: Historisk Tidskrift 1974, S. 102) gegen diese Charakterisierung Sandlers, er habe vielmehr eine Politik der solidarischen Stärke vertreten; sein Vorschlag vom 3. Oktober sei überdies nicht provozierender Eigeninitiative entsprungen, sondern durch einen vertraulichen Brief des finnischen Außenministers Erkko vom 28. September veranlaßt worden, der hinsichtlich der Bereitschaft zur Überführung schwedischer Truppen nach Åland angefragt habe. Ein entsprechender Vorschlag an das Kabinett lag auch von seiten Thörnells vor (vgl. oben S. 596).

[60] Davon ist die „nördliche Verminung", die ausschließlich in schwedischen Hoheitsgewässern erfolgte (s. S. 597), zu unterscheiden.

[61] Außenpolitische Entscheidungen wurden überwiegend entweder in der Regierung oder im 1921 geschaffenen Rat für auswärtige Angelegenheiten (utrikesnämnden) getroffen, der der vertraulichen Beratung zwischen König, Regierung und Mitgliedern des Reichstages diente. Als Verbindungsglied zwischen Regierung und Parlament kam ihm insofern erhöhte Bedeutung zu, als der Reichstag außenpolitische Probleme – stets in geheimer Sitzung – nur selten behandelte. Da dem Rat seit 1937 die Mitglieder des außenpolitischen Ausschusses des Reichstags (utrikesutskottet) angehörten, war in ihm das Parlament sozusagen in „verkümmerter Form" repräsentiert.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ven und eine sozialdemokratische Minorität waren bereit, die Ålandinseln aktiv zu verteidigen; eine sofortige Aktion wurde jedoch von keiner Seite befürwortet. Dies wurde aber nach außen dadurch verdeckt, daß bei einem Treffen der vier nordischen Staatsoberhäupter in Stockholm am 18./19. Oktober – das als Demonstration der Einmütigkeit gegenüber der Sowjetunion gedacht war und keine konkreten Ergebnisse zeitigte – die „Volksmeinung" durch gewaltige Sympathiekundgebungen Sandlers Politik zu unterstützen schien. Dieser Gegensatz zwischen der emotional mobilisierten Volksmeinung, die teilweise auch in die Presse Eingang fand, und der Meinung auf Regierungsebene hielt zunächst an, weil die Regierung die Öffentlichkeit über die Grenzen des schwedischen Engagements nicht eindeutig informieren wollte, um die Sowjets über die schwedische Haltung im ungewissen zu lassen und die finnische Verhandlungsposition in Moskau nicht zu schwächen. Nach dem ergebnislosen Abbruch der Moskauer Verhandlungen Mitte November brachte der überraschende sowjetische Überfall auf Finnland am Monatsende die endgültige Entscheidung: der in der Regierung isolierte Außenminister, dessen Politik undurchführbar geworden war, erklärte am 2. Dezember seinen Rücktritt, nachdem eine von Finnland gewünschte Ålandaktion erneut abgelehnt worden war. Die am 13. Dezember gebildete Sammlungsregierung und ihre außenpolitische Linie der „Selbständigkeit und Neutralität", die sich auf materielle und humanitäre Hilfe an Finnland beschränkte, war Ausdruck der veränderten „Meinungskoalition", deren Kern die Sozialdemokraten, Liberalen und Bauern bildeten, während die Konservativen die Reservation machten, Schwedens Finnlandpolitik müsse von seinen „vitalen Interessen und der Entwicklung der Ereignisse" bestimmt werden. In der konservativen Partei forderte eine „aktivistische" Minderheit, die auf der Woge der allgemeinen Finnlandbegeisterung eine lebhafte Agitation zugunsten einer „effektiven" (d. h. militärischen) Hilfe für Finnland entfaltete, den Austritt aus der Regierung. Die „Volksmeinung", die sich in zahlreichen Sympathiekundgebungen und in einer spontanen Opferfreudigkeit von vorher nicht geahnten Ausmaßen äußerte, ließ die Grenze ihres Engagements nicht erkennen. Die öffentliche Debatte war ausgesprochen diffus: da die Regierung zur Zurückhaltung und zur Aufrechterhaltung der „nationalen Einigkeit" mahnte, ihre materielle Hilfe für Finnland (Kredite und Lieferung von Kriegsmaterial und Rohstoffen) aus außenpolitischen Gründen nicht an die große Glocke hängte und sich über ihre Absichten ausschwieg, war die Presse auf Spekulationen und die Erörterung hypothetischer Möglichkeiten angewiesen. Der Mangel an Information lähmte – wie Johansson feststellt – die kritisch-kontrollierende Funktion, die der öffentlichen Debatte in einer Demokratie zukommt. Als die Sowjets Mitte Februar 1940 die „Mannerheim-Linie" durchbrachen und die finnische Front aufzurollen drohten, wurde aber die Frage brennend, ob der Zusammenbruch Finnlands durch militärischen Beistand aufgehalten werden konnte und sollte. Die durch eine Indiskretion von militärischer Seite an die linkssozialistische Zeitung Folkets Dagblad gelangte und dort am 16. Februar veröffentlichte Meldung, Ministerpräsident

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hansson habe drei Tage vorher das finnische Gesuch auf Überführung schwedischer Truppen abgelehnt, zwang die Regierung, ihre Entscheidung in einem bestätigenden Kommuniqué offenzulegen. Trotz der überhitzten Atmosphäre gelang es der „aktivistischen" Presse – vor allem Stockholms Tidningen, Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning und Eskilstuna Kuriren – in der folgenden Debatte nicht, die Regierung als „undemokratisch" zu isolieren und eine Vertrauenskrise heraufzubeschwören. König Gustaf V. warf seine Autorität in die Waagschale und identifizierte sich am 19. Februar durch eine im Kabinett abgegebene Erklärung – ein nach verfassungsrechtlicher Übung höchst ungewöhnlicher Schritt – mit der Entscheidung der Regierung. Seine Begründung, Schweden würde andernfalls in den Krieg der Großmächte hineingezogen und könne den Finnen dann nicht einmal mehr die augenblicklich gewährte Hilfe leisten, und der Appell um Verständnis für seine Handlungsweise verhinderten zugleich, daß der größere Teil der Opposition in der konservativen Partei zu den „Aktivisten" überging. Die Gefahr, daß die konservative Partei insgesamt aus der Regierung ausbrach, war allerdings schon vorher durch „das hinsichtlich der öffentlichen Meinung vielleicht wichtigste Ereignis im Winterkrieg" (Johansson) gebannt worden. Am 29. Januar 1940 hatten sich die Sowjets nach mehreren vergeblichen schwedischen Vermittlungsvorstößen bereit erklärt, mit der finnischen Regierung Friedensverhandlungen aufzunehmen und die kommunistische Gegenregierung Kuusinen fallenzulassen. Während nun in der Öffentlichkeit noch die Frage diskutiert wurde, ob der Zusammenbruch Finnlands und ein sowjetisches Vorrücken an die schwedische Grenze durch eigenes Eingreifen verhindert werden solle, ging es der Regierung darum, Finnland zu möglichst günstigen Friedensbedingungen zu verhelfen und zu entscheiden, ob die sowjetische Forderung auf einen Stützpunkt bei Hangö tatsächlich den eigenen militärischen Einsatz lohne. Die Kenntnis von den – wenn auch schwierig verlaufenden – Verhandlungen immunisierte sowohl die konservativen Regierungsmitglieder wie auch das Kabinett insgesamt gegen den Meinungsdruck der „Aktivisten". Das Verbleiben der konservativen Partei in der Regierung entzog wiederum dem „Aktivismus" jegliche feste organisatorische Grundlage und damit die Möglichkeit, die „nationale Einigkeit" zu gefährden. Die „aktivistische" Opposition konnte sich nur um zwei außerparlamentarische Gruppen scharen, die in den ersten Dezembertagen 1939 gegründet worden waren: „Finlandskommittén" und „Nordens Frihet". Das Komitee warb und organisierte das aus privaten Mitteln finanzierte schwedische Freiwilligenkorps, das am 21. Dezember der Öffentlichkeit präsentiert wurde, als die ersten Kontingente feierlich nach Finnland verabschiedet wurden. „Nordens Frihet" machte zunächst Propaganda für die Freiwilligenbewegung, betrieb aber zunehmend eine verschleierte Agitation zugunsten einer militärischen Intervention. Die personell verflochtenen Gruppen standen ideologisch der Rechten und den Radikalliberalen nahe, soziologisch stellten sie eine Vereinigung bürgerlicher Akademiker dar: die Kerntruppe von „Nordens Frihet" wurde von der historischen Disziplin der Stockholmer Hochschule

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebildet, für die das gemeinsame geschichtlich-kulturelle Erbe mit dem Nachbarstaat als verpflichtendes Motiv im Vordergrund stand. Nachdem die Regierung ein militärisches Eingreifen abgelehnt hatte, gewann aber auch für sie das Freiwilligenkorps als einziges Instrument militärischer Hilfe und als Ventil für den oppositionellen Meinungsdruck an Interesse: „Finlandskommittén" wurde im Februar 1940 zu einer „unpolitischen" regierungsloyalen Organisation umgestaltet, erhielt durch die Aufnahme eines Vertreters der Gewerkschaftsführung Anschluß an breitere Bevölkerungskreise und seitens der Regierung bessere Werbungsmöglichkeiten in der regulären Armee. Damit vollzog sich die endgültige Trennung des Komitees von der Gruppe „Nordens Frihet", die das Freiwilligenkorps stets nur als ersten Schritt für ein militärisches Engagement in Finnland angesehen hatte. „Nordens Frihet" entwickelte sich nun zu einer pressure group, der jedoch trotz angestrengter Aktivität weder der Einbruch in die großen Parteien noch die Mobilisierung der „Volksmeinung" gelang.

Die kommunistische Presse Schwedens, der schon die Umstellung nach dem deutsch-sowjetischen Pakt Schwierigkeiten bereitet hatte, war während des Winterkrieges völlig in die Isolierung gedrängt. Die antifaschistischen Schlagworte waren seit der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Unterwerfung Polens aus ihren Blättern verschwunden. Das Vorschieben der sowjetischen Positionen im Ostseebereich wurde als „Friedenspolitik" zur Abschirmung der betroffenen Länder gegen den Krieg der kapitalistischen Staaten hingestellt. Den Abbruch der Moskauer Verhandlungen mit Finnland schrieben sie den imperialistischen Westmächten zu, die die finnische Regierung gegen die Sowjetunion aufgehetzt hätten. Hinter der „aktivistischen" Strömung im eigenen Land sah die kommunistische Presse die schwedischen Großkapitalisten und Kriegsgewinnler, die dem Ziel des englisch-französischen Imperialismus dienten, Skandinavien in einen Kriegsschauplatz gegen den deutschen Rivalen zu verwandeln. Da sie jedoch ihren Kampf, nach den neuen taktischen Weisungen der Komintern für die westeuropäischen kommunistischen Parteien, gleichzeitig gegen die sozialdemokratischen „Verräter der Arbeiterklasse" richtete – die in Schweden gerade das stärkste Bollwerk gegen die „Aktivisten" bildeten –, geriet sie in eine paradoxe und ausweglose Lage.

In einem systematischen Abschnitt analysiert Johansson die – im Einklang mit Åmark unterschiedenen – Richtungen in der Pressedebatte während des Winterkrieges anhand jeweils einer repräsentativen Zeitung. Die „sicherheitspolitische Linie" (Beispiel: Stockholms-Tidningen) verfocht in allen Phasen der finnisch-sowjetischen Auseinandersetzung eine Unterstützung Finnlands als Teil des „nordischen Blocks": sie sah in einer militärischen Intervention zugunsten Finnlands zugleich das einzige Mittel, ein Eingreifen der Westmächte zu vermeiden, den finnisch-sowjetischen Krieg zu „lokalisieren" und Schweden aus dem „europäischen" Hegemonialkrieg der Großmächte herauszuhalten. Die „moralische Linie" (Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning) trat erst nach Ausbruch des Winterkrieges für eine Unterstützung Finnlands ein. Da sie der sowjetischen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diktatur nicht „von Natur aus" expansionistische Ziele zusprach, sah sie in den Forderungen Moskaus an Finnland trotz des Hitler-Stalin-Paktes zunächst noch den Ausdruck eines gegen die deutsche Expansion gerichteten Sicherheitsbedürfnisses. Folglich warnten ihre Vertreter während der finnisch-sowjetischen Verhandlungen davor, durch schwedische Versprechungen an Finnland einen Kompromiß zu verhindern. Erst auf Grund des sowjetischen Angriffs sahen sie die Sowjetunion im Lager der „Diktaturen" und in offenem Gegensatz zu den Westmächten als den Verteidigern der „Demokratie". Sie setzten sich nun für eine aktive Unterstützung der finnischen Demokratie durch Schweden und notfalls auch durch die Westmächte ein, selbst wenn Schweden so in den Krieg der Großmächte verwickelt werden sollte. Sie folgten der unausgesprochenen Vorstellung, Schweden könne im Kampf für die Demokratie – im Kampf zwischen „Gut" und „Böse" – auf die Dauer nicht abseits stehen[62]. Die „isolationspolitische Linie" (Västerbottens-Kuriren) und die „selbständigkeitspolitische Linie" (Arbetet) unterstützten demgegenüber die Neutralitätspolitik der Regierung, wenn auch aus unterschiedlichen Überlegungen: während erstere strategische oder moralische Interessen Schwedens außerhalb der Landesgrenzen und damit auch eine Interessengemeinschaft mit Finnland verneinte, sah letztere die schwedischen Interessen durchaus auf seiten Finnlands und der westlichen Demokratien, doch schätzten ihre Anhänger die Machtmittel Schwedens als recht gering ein; Finnland könne nicht ausreichend Hilfe geleistet und ein Eingreifen der Westmächte nicht überflüssig gemacht werden. Auch meinten sie, ein demokratischer Kleinstaat dürfe nicht aus ideologischen Gründen und ohne Rücksicht auf die realpolitischen Folgen in einen Krieg zwischen Großmächten eintreten. Die Anhänger der NS-freundlichen „expansionistischen Linie" (Aftonbladet)[63] mußten zu ihrem Leidwesen die gleiche „anti-aktivistische" Politik wie ihre Erzgegner, die Kommunisten, befürworten, da das als Voraussetzung für eine schwedische Intervention angesehene Eingreifen Deutschlands in den finnisch-sowjetischen Konflikt ausblieb; interveniere Schweden allein, werde den Westmächten nur die ersehnte Gelegenheit gegeben, unter dem Deckmantel der Finnlandhilfe einen Flankenangriff gegen Deutschland zu führen. Deutschland aber konnte laut Aftonbladet seine „antibolschewistische Mission" gegenwärtig nicht erfüllen, da es durch die Schuld der Westmächte gezwungen sei, einen „europäischen Bürgerkrieg" zu führen.

---

[62] Vgl. oben S. 641. Während des Weltkrieges schritten die schwedischen Behörden mehrmals gegen die Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning wegen ihrer antinationalsozialistischen Äußerungen und Kritik an der Neutralitätspolitik der Regierung ein. In einer besonderen Audienz wurde Chefredakteur Torgny Segerstedt 1940 vom König zur Zurückhaltung ermahnt, um Schweden nicht in einen Krieg zu verwickeln (s. Gustmann, a. a. O. [Anm. 37], S. 44).

[63] Vgl. Anm. 54. Die Politik der Anlehnung an das Dritte Reich vertrat Aftonbladet bis 1943 (vgl. Gustmann, a. a. O., S. 25).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Untersuchung von Erik Carlquist über die Finnlandhilfe im Winterkrieg 1939/40[64] schließt thematisch an die Arbeit von Johansson an. Carlquist konzentriert sich auf Gründung, Arbeit und gegenseitige Beziehungen der drei aus privaten Initiativen entstandenen zentralen Unterstützungsorganisationen, die sich jedoch keinesfalls alle nur humanitärer Hilfe widmeten. Am eindeutigsten wurde diese Art Hilfe von „Centrala Finlandshjälpen" (Zentrale Finnlandhilfe) geleistet, die Anfang Dezember 1939 gegründet wurde, wobei Maja Sandler, die Ehefrau des abtretenden Außenministers, eine wichtige Rolle spielte. Die Organisation sammelte Geld und Sachspenden (insgesamt 2,7 Millionen Kronen in bar und 25 Millionen in Form von Kleidern und Lebensmitteln) für die aus den Kampfgebieten evakuierte Zivilbevölkerung sowie für die Betreuung von über 8000 finnischen Flüchtlingen, die in schwedischen Privathaushalten und Flüchtlingsheimen untergebracht wurden. Getreu ihrem Programm, Finnland humanitäre und materielle Hilfe zu leisten, stattete die Sammlungsregierung die „Zentrale Finnlandhilfe" sofort mit einer halben Million Kronen aus; sie half in der Folge durch freie Transporte und erleichternde Bestimmungen für Grenzübertritt, Warenausfuhr und Valutatransfer. Schließlich wurde „Centrala Finlandshjälpen" am 22. Dezember vom Staat übernommen; ein Mitglied des Königshauses, Prinz Wilhelm, trat an ihre Spitze, und sie bekam den zusätzlichen Auftrag, Pläne für eine Masseninvasion von Flüchtlingen im Falle einer Kapitulation Finnlands auszuarbeiten. Durch die staatliche Sanktion dieser Organisation sah die Regierung eine Möglichkeit, die überall im Lande aufsprießenden Finnlandaktivitäten in die Bahnen humanitärer Hilfe zu lenken.

Eine weitere zentrale Unterstützungsorganisation war „Nationalinsamlingen för Finland" (Nationalsammlung für Finnland). Ihre Wirksamkeit muß in engem Zusammenhang mit der Aufbringung der Gelder für das schwedische Freiwilligenkorps gesehen werden, dessen Kosten für einen Zeitraum von sechs Monaten auf 50 Millionen Kronen geschätzt wurden. Nach einem ergebnislosen Vorstoß bei Präsident Roosevelt und amerikanischen Finanzkreisen gelang es dem für die Organisation des Korps zuständigen „Finlandskommitté", die zentrale Gewerkschaftsorganisation und den schwedischen Arbeitgeberverband für die Sammlung einer nationalen Geldspende zu gewinnen: am 7. Dezember konstituierte sich „Nationalinsamlingen" unter Teilnahme weiterer einflußreicher Berufs- und Interessenverbände und unter dem Vorsitz des Leiters des Arbeitgeberverbandes J. Sigfrid Edström. In dem an die Öffentlichkeit gerichteten Appell war allerdings von der beabsichtigten Verwendung der Erträge nicht die Rede. Es hieß darin nur, die gesammelten Mittel sollten „der finnischen Regierung zur Verfügung gestellt werden, um die Leiden der Bevölkerung zu lindern". Wegen der klar formulierten Absicht, die Gelder „der finnischen Regierung" zufließen zu lassen, kam es an jenem 7. Dezember mit den anwesenden Vertretern der Industrie und der Banken zu einer dramatischen Auseinanderset-

[64] Erik Carlquist, Solidaritet på prov. Finlandshjälp under vinterkriget, Stockholm 1971.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zung, die zur Nichtbeteiligung des Industrieverbandes, der Exportvereinigung und der Bankenvereinigung an der „Nationalinsamlingen" führte. Diese Verbände gründeten am nächsten Tag ohne Unterrichtung der Öffentlichkeit eine eigene Spendenorganisation für die Industrie – die dritte zentrale Unterstützungsorganisation – mit dem Namen „Industria", deren Vorsitz der Leiter der Exportvereinigung Torsten Hèrnod übernahm und die der Hauptgeldgeber für das Freiwilligenkorps werden sollte. Mangels eindeutiger Belege sind für diesen Schritt der Industrie- und Finanzkreise, die an sich mit der internen Zielsetzung der „Nationalinsamlingen" völlig konform gingen, laut Carlquist mehrere Erklärungen möglich: Mit der konservativen Partei eng verflochten, wollten jene Kreise die gerade laufenden Verhandlungen über die Bildung einer Sammlungsregierung vielleicht nicht durch die offene Unterstützung der finnischen Regierung belasten. Vielleicht befürchteten sie Reaktionen der Sowjetunion und Deutschlands, die den Industrie- und Exportinteressen abträglich sein konnten. Ausschlaggebend dürften jedoch ökonomische Überlegungen gewesen sein: über die Verwendung der gespendeten Mittel wollte die Industrie weitgehend selbst bestimmen und sie speziellen schwedischen Industriezweigen – u. a. für die Ausrüstung des Freiwilligenkorps – zufließen lassen[65]. Die Aktivität der „Industria" wurde mit größter Geheimhaltung umgeben; als im Januar 1940 die Ergebnisse der Spenden bekanntgegeben wurden, hieß es lediglich, daß sie „für Finnland" gesammelt worden seien. Die „Nationalinsamling" hingegen schloß mit der finnischen Gesandtschaft in Stockholm ein vertrauliches Abkommen, wonach die Finnen die gleiche Summe, die der finnischen Regierung überwiesen wurde, dem „Finlandskommitté" für die Ausrüstung und den Unterhalt des Freiwilligenkorps in Finnland zur Verfügung stellten. Die Mittel sollten jedoch nur so weit für das Korps verwendet werden, als von anderer Seite einlaufende Mittel dafür nicht ausreichten. Da die „Industria" bis zum Friedensschluß im März 1940 allein 65 Millionen Kronen aufbrachte – von rund 1200 Spendern hatten allein 153 über 100 000, 31 Spender über 500 000, 13 Spender über 1 Million und 3 Spender über 3 Millionen Kronen gezeichnet –, gab die „Nationalinsamling" von ihren gesammelten 29,5 Millionen Kronen de facto nur 5 Millionen für das Korps aus[66]. Sie verwendete ihre übrigen Gelder jedoch gleichfalls nicht immer für humanitäre Hilfe. Als z. B. die sowjetischen Luftangriffe zunehmende Verluste unter der finnischen Zivilbevölkerung verursachten, eröffnete die Organisation einen Spendenfonds zur Beschaffung von Jagdflugzeugen für Finnland – eine sehr weitherzige Auslegung des proklamierten Ziels, „die Leiden

[65] Wie Carlquist ausführt, sind dem im schwedischen Riksarkiv liegenden Archiv der „Industria" über die Verwendung der Mittel bei der schwedischen Kriegsindustrie keine genaueren Angaben zu entnehmen.

[66] Bei der Kürze des Krieges beliefen sich die tatsächlichen Ausgaben für das Korps auf 18,8 Millionen Kronen, von denen „Industria" 12,5 Millionen bestritt. Bei Kriegsende im März 1940 hatten sich 12 000 Freiwillige für das Korps gemeldet, 8000 waren in Finnland eingesetzt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bevölkerung zu lindern". Für die Finanzierung von Jagdflugzeugen wurden sogar eigene Kirchenkollekten abgehalten.

Ministerpräsident Hansson hatte der Verwendung der Spenden für das Freiwilligenkorps im Dezember 1939 nur widerstrebend zugestimmt; für die billigende Haltung der Regierung war maßgebend, daß sie durch die beiden Organisationen „Nationalinsamling" und „Industria" von der finanziellen und juristischen Verantwortung für das nun einmal von ihr tolerierte Korps befreit war. Als es in den ersten Monaten des Jahres 1940 zwischen der „Zentralen Finnlandhilfe" und der „Nationalsammlung", die sich Konkurrenz machten, zu Auseinandersetzungen kam, lehnte die Regierung die Einsetzung eines übergeordneten staatlichen Komitees ab, da sie damit auch die Verantwortung für die Finanzierung des Freiwilligenkorps hätte übernehmen müssen. So blieb die Zersplitterung der Finnlandaktivitäten – die verschiedensten Organisationen, Tageszeitungen usw. führten eigene Spendenaktionen durch[67] – bis zum Moskauer Frieden vom 12. März 1940 bestehen, der den Charakter der Hilfe für Finnland weitgehend veränderte. Statt Unterstützung im Kampf brauchte Finnland – das die an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete rasch räumen mußte, mit ihnen einen Teil seiner Produktionskraft (so über ein Zehntel der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche sowie ein Viertel der Wasserkraftkapazität) verlor und 450 000 Evakuierte (12 % der Gesamtbevölkerung) wirtschaftlich und sozial wiedereinzugliedern hatte – sowohl Hilfe bei der Evakuierung wie auch langfristige Wiederaufbauhilfe. Für diese Ziele konnte die schwedische Finnlandhilfe am 21. März 1940 unter einem staatlichen Zentralorgan „Rikskommittén för Finland" koordiniert werden, an dessen Spitze Kronprinz Gustav Adolf trat. „Civila Finlandshjälpen" wurde nach Heimkehr des überwiegenden Teils der Flüchtlinge Ende Mai 1940 aufgelöst; die Aufgabe, für den Fall einer Massenflucht aus Finnland vorzusorgen, war schon im Januar einer staatlichen „Räumungskommission" (Statens Utrymningskommission) übertragen worden. „Nationalinsamlingen", bei der seit März die Sammlung von Bargeld konzentriert worden war – über das aber nun das „Rikskommitté" zusammen mit der finnischen Regierung verfügte –, stellte seine Tätigkeit im September ein: die schwedische Verteidigungsanleihe, die angesichts der Lage im Frühjahr 1940 aufgelegt wurde, hat die Opferwilligkeit aller Bevölkerungskreise vordringlich beansprucht. Die „Industria" stand mit dem „Rikskommitté" nur in loser Zusammenarbeit und setzte ihre separate Spendenaktion unter dem neuen Vorzeichen der Wiederaufbauhilfe bis zur Auflösung im Januar 1941 fort. Die deutsche

[67] Von den hauptsächlichsten Initiativen, die Carlquist behandelt, seien nur erwähnt: das schwedische Rote Kreuz, das auf dem Wege von Sammlungen zwei Lazarette für Finnland stellte; „Kommittén för arbetshjälp till Finland", das freiwillige Arbeitskräfte zum Bau von Befestigungen auf der Karelischen Landenge vermittelte; „Adoptivortssystemet", unter dem schwedische Städte Hilfe an bestimmte finnische „Adoptivstädte" schickten, und „Hjälp Krigets Offer", eine Organisation, die sich um die Betreuung finnischer und sowjetischer Kriegsgefangener bemühte.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Norwegenaktion vom 9. April 1940 hat dann die Finnlandhilfe durch zunehmende Beanspruchung der wirtschaftlichen Reserven Schwedens für eigene Zwecke und die jetzt erlassenen Valutarestriktionen und Exportverbote erheblich begrenzt. Nach der vorangegangenen Zentralisierung der Hilfe besaß die schwedische Regierung im April jedoch ein Instrument, mit dem sie ähnliche „aktivistische" Bewegungen wie zu Beginn des Finnlandkrieges und politisch gefährliche Spendenaktionen zugunsten Norwegens verhindern konnte. Die Richtlinien des „Rikskommitté" vom 13. April 1940 sahen neben der Finnlandhilfe und der Unterstützung schwedischer Einberufener lediglich humanitäre Hilfe für zivile Flüchtlinge aus Norwegen vor. Nach dem Ende der Kampfhandlungen in Norwegen, als das Gros der norwegischen Flüchtlinge zunächst in die Heimat zurückkehrte – eine neue Fluchtbewegung setzte im Herbst 1940 ein –, wurden ab Juli 1940 auch Gelder für den Wiederaufbau von Wohnstätten in Norwegen zur Verfügung gestellt.

Die gesamte Flüchtlingspolitik Schwedens – vom Verhalten gegenüber der Emigration aus dem deutschen Machtbereich bis zur Auslieferung deutscher und baltischer Militärflüchtlinge an die Sowjetunion im Januar 1946 – konnte in die Untersuchungen des SUAV-Projekts nicht einbezogen werden; hier mußten Schwerpunkte gesetzt werden. Eine zeitliche Zäsur stellt der Herbst 1941 dar, als die Fluchtbewegung aus Mitteleuropa gedrosselt wurde und die großen Flüchtlingsströme der folgenden Jahre aus Norwegen, Dänemark, Finnland und dem Baltikum den Charakter des Problems veränderten: nun ging es nicht mehr um die Frage, ob und wieweit Flüchtlinge aufgenommen werden sollten, sondern im wesentlichen nur mehr um die organisatorische Regelung ihrer Aufnahme und Betreuung. Die interessantere, politische Problematik bis 1941 behandelt Hans Lindberg[68], der das Jahr 1936 zum Ausgangspunkt nimmt, als die schwedische Debatte über eine Änderung der Ausländergesetzgebung begann.

Das erste und sehr restriktive schwedische Ausländergesetz aus dem Jahre 1927 war von zwei Motiven geprägt: Erhaltung rassischer Homogenität und Schutz des Arbeitsmarktes vor ausländischer Konkurrenz[69]. Ein irgendwie geartetes Flüchtlingsproblem hatte noch keine Rolle gespielt. Erst mit der Flucht politisch und rassisch Verfolgter aus Deutschland nach dem 30. 1. 1933[70] fanden humanitäre und politische Gesichtspunkte in die Erörterung der Einwanderungs-

[68] Hans Lindberg, Svensk flyktingspolitik under internationellt tryck 1936–1941, Stockholm 1973.

[69] Thomas Hammar, Sverige åt svenskarna, Invandringspolitik, utlänningskontroll och asylrätt 1900–1932, Stockholm 1964, betont diese beiden Motive und weist darüber hinaus auf den engen Zusammenhang von Idealisierung des Bauerntums und Fremdenfeindlichkeit hin. Vgl. auch die Ausführungen über die rassenbiologische Einstellung zur Einwanderungsfrage im Beitrag über die schwedische Bevölkerungspolitik.

[70] Irrtümlicherweise sieht Lindberg (a. a. O., S. 19) im Ermächtigungsgesetz vom 24. März statt in der „Reichstagsbrandverordnung" vom 28. Februar 1933 die formale Rechtsgrundlage für die Aufhebung der persönlichen Freiheitsrechte und die willkürliche Verhaftung politischer Gegner in Deutschland.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frage Eingang. Das Gesetz von 1927 kannte den Ausdruck „politischer Flüchtling" nicht, wohl aber sollten Personen nicht abgewiesen werden, die bei Rückkehr Bestrafung wegen „politischer Vergehen" zu gewärtigen hatten. Da diese Bestimmung dem Flüchtlingsproblem, vor allem der Verfolgung aus rassischen Gründen, nicht mehr gerecht wurde, setzte vor der 1937 fällig werdenden Verlängerung des Gesetzes die Diskussion um eine grundsätzliche Neuregelung ein. Eine großzügigere Haltung gegenüber den deutschen Emigranten – meist gegenüber einer bestimmten Kategorie von Flüchtlingen – vertraten vor allem private, nichtstaatliche Hilfsorganisationen: die kommunistische „Rote Hilfe" (Röda Hjälpen), die sozialdemokratische „Flüchtlingshilfe der Arbeiterbewegung" (Arbetarrörelsens Flyktinghjälp), die „Sammlung für intellektuelle Flüchtlinge" (Insamlingen för Landsflyktiga Intellektuella) und das Hilfskomitee der jüdischen Gemeinden, dem es schon zeitig gelang, eine kleine, laufende Quote von Einwanderern (1934 = 90 Personen) zu erwirken, die nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung nach Palästina weiterzogen. Die meisten Zeitungen erkannten die moralische Pflicht zu humanitärer Hilfe an, andererseits zeigten sie sich besorgt, daß die zu erwartende Zahl der Flüchtlinge den Arbeitsmarkt und die soziale Fürsorge belasten werde. Einige konservative Zeitungen, allen voran Nya Dagligt Allehanda, schrieben ausgesprochen flüchtlingsfeindlich und beschworen das Aufkommen einer starken antisemitischen Stimmung, wobei sie vor allem auf die Unruhe in studentischen Kreisen wegen einer befürchteten Berufskonkurrenz hinwiesen. Rechtsextreme und NS-freundliche Zeitungen sprachen von einer bevorstehenden „Judeninvasion" und einem „Judenimport". Im Reichstag forderten die Konservativen eine Zentralbehörde für diese Fragen und eine verschärfte Kontrolle der „Ausländerinvasion" durch Visazwang gegenüber bestimmten Ländern; mit Unterstützung der Bauernpartei beantragten sie die Verlängerung des alten Gesetzes bis Ende 1938. Unterdessen beratene Änderungen sollten „den hauptsächlichen Charakter des Gesetzes als Schutzgesetzgebung für den schwedischen Arbeitsmarkt und die Volksrasse" nicht berühren. „Nationella Gruppen", eine vorübergehende rechtsextremistische Abspaltung der konservativen Partei, stellte sogar den Antrag, eine „rassenbiologische Einwandererkontrolle" einzurichten. Die Sozialdemokraten schlugen vor, den Begriff „politischer Flüchtling" klar zu definieren – darunter sollte eine Person verstanden werden, die „aus politischen, konfessionellen oder rassenpolitischen Gründen zur Emigration gezwungen worden" war – und diesen Flüchtlingen das Recht zur Einreise und zum Aufenthalt in Schweden zu gewähren. Die Antragsteller betonten, daß die Flüchtlinge schließlich nicht freiwillig kämen, um schwedischen Bürgern Konkurrenz zu machen, sondern in ihrer Heimat meist eine gesicherte Existenz aufgegeben hätten, weil sie dort für auch in Schweden anerkannte Werte wie Freiheit und Demokratie eingetreten seien. Bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage zeigte die zuständige Zentralbehörde, die Sozialdirektion (socialstyrelsen) unter Sigfrid Hansson, dem Bruder des Premiers, Verständnis für das Flüchtlingsproblem und hob auch hervor, daß die schwedische

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaft von ausländischen Fachkräften profitieren könne. Sie mahnte jedoch zur Vorsicht; eine zu großzügige Gesetzgebung werde zu einer Masseneinwanderung auch aus jenen Ländern führen, in denen Flüchtlinge bereits Zuflucht gefunden hatten. Sie wandte sich daher gegen eine zu weite Definition des Begriffs „politischer Flüchtling" und gegen garantierte Ansprüche, die den ausführenden Behörden jede Handlungsfreiheit nehmen würden. Justizminister Westman (Bauernpartei) erklärte, das Ausmaß der Einwanderung sei eine politische Frage, bei der sich die Regierung nicht durch ein Gesetz die Hände binden lassen dürfe. Da also die Auslegung des Begriffs „politischer Flüchtling" je nach internationaler Lage und der Entwicklung der Rechtsanschauung in anderen Ländern der staatlichen Exekutive vorbehalten bleiben sollte, wurde im endgültigen Gesetzestext die Definition des sozialdemokratischen Antrags vermieden: es war lediglich von Personen die Rede, die „aus politischen Ursachen aus einem anderen Land geflohen" waren. Nach dem am 19. Juni 1937 vom Reichstag angenommenen Gesetz, das Anfang 1938 in Kraft trat, durften Personen, die derartige Ursachen für ihre Flucht geltend machten, von den Grenzpolizeibehörden nicht abgewiesen werden, ehe der Fall von der Sozialdirektion geprüft worden war. In der Sozialdirektion wurde eine eigene Abteilung für Ausländer (utlänningsbyrån) eingerichtet und insofern der Forderung der Konservativen nach einer Zentralbehörde Rechnung getragen. Die Sozialdirektion unterbreitete ihre Entscheidung einem von der Regierung eingesetzen Ausländerausschuß (utlänningsnämden) aus drei Mitgliedern, von denen eines zum Richteramt befähigt und ein weiteres völkerrechtskundig sein mußte. Wich ein Mitglied von der Entscheidung ab, so wurde der Fall vom Kabinett entschieden, das aber auch von sich aus im Staatsinteresse liegende Fälle an sich ziehen konnte.

Während der Gesetzgebungsdebatte hatte sich die einhellige Meinung herausgebildet, daß sich Schweden an internationalen Beratungen der Flüchtlingsfrage beteiligen, aber keine Verpflichtungen eingehen sollte, die seine selbständige Einwanderungspolitik beschränken könnten. Wie 1936 unterzeichneten daher die schwedischen Delegierten auch auf der Genfer Konferenz vom Februar 1938 das Abkommen über die Rechtsstellung deutscher Flüchtlinge nicht. Für die Konferenz von Evian im Juli 1938, bei der sich auf amerikanische Initiative die Vertreter von 32 Nationen trafen, hatte der schwedische Delegierte den Vorschlag ausgearbeitet, das jüdische Emigrantenproblem durch international organisierte Auswanderung in außereuropäische Länder zu lösen, wobei Schweden die Durchführung materiell zu unterstützen bereit war: bei der starren Haltung der nationalsozialistischen Regierung in der Judenfrage sah Außenminister Sandler darin die einzige Chance, dieses Problem abzubauen. Da aber Amerikaner, Engländer und Franzosen nicht bereit waren, den jüdischen Kern des Flüchtlingsproblems beim Namen zu nennen, sondern die Diskussion auf „politische Flüchtlinge" und „unfreiwillige Einwanderer" beschränkten, blieb den Schweden nur die Erklärung des Bedauerns, daß das Hauptproblem nicht besprochen werden könne.

Als nach dem Anschluß Österreichs eine neue Emigrantenwelle kam, führte

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schweden am 22. April 1938 Visumzwang für Inhaber österreichischer Pässe ein, nachdem bereits die Schweiz zu diesem Mittel gegriffen hatte und auch andere Staaten schärfere Einreisebestimmungen erwogen. Diese Maßnahme sollte aber nur der Gefahr einer unkontrollierten, illegalen Masseneinwanderung vorbeugen. Als jedoch im August 1938 die deutschen Paßbestimmungen in Österreich eingeführt wurden, forderte die deutsche Regierung Schweden auf, den Visumzwang für österreichische Pässe – die nun als deutsche galten und bis Jahresende gegen neue ausgetauscht wurden – aufzuheben, da im deutsch-schwedischen Abkommen von 1926 gegenseitige Visumfreiheit vereinbart worden war. Bei Aufhebung hätten die Emigranten frei einreisen können und erst nach drei Monaten um eine Aufenthaltsgenehmigung nachsuchen müssen, die zu verweigern dann oft moralisch schwierig gewesen wäre. Bei den nun einsetzenden Verhandlungen drohte das schwedische Außenministerium – übrigens analog dem Vorgehen in der Schweiz –, einen allgemeinen Visumzwang für Deutsche einzuführen, wenn die deutschen Behörden an Personen, deren Rückkehr ihnen „unerwünscht" sei, nicht einen Paß mit „vom normalen Paß abweichendem Aussehen" ausgäben, damit der Visumzwang auf diese Kategorie beschränkt werden könne. Um auf die Verhandlungen Druck auszuüben, kündigte die schwedische Regierung am 9. September das Abkommen von 1926. Am 6. Oktober teilte daraufhin die deutsche Regierung, die einen allgemeinen Visumzwang vermeiden wollte, vertraulich mit, daß alle Pässe „reichsangehöriger Juden" mit einem roten „J" gekennzeichnet würden[71]. Die Schweden erklärten, daß diese Markierung nach Rassezugehörigkeit eine nach schwedischer Rechtsauffassung unzulässige Diskriminierung darstelle, und suchten die Anerkennung dieser internen deutschen Verordnung in einem bilateralen Abkommen zu vermeiden. Da die Deutschen jedoch auf einer schriftlichen Abmachung bestanden, wurde wenigstens im Text das Wort „Juden" durch „Inhaber von solchen Pässen, die nach in Deutschland geltenden Bestimmungen gekennzeichnet sind" ersetzt. Aber alle semantischen Kunstgriffe konnten im Bewußtsein der Schweden nicht auslöschen, daß sie durch ihre Forderung die besondere Behandlung der Pässe von Juden vorangetrieben, schließlich auch gebilligt und so mit den Deutschen in der Judenpolitik gemeinsame Sache gemacht hatten. Interne Schreiben spiegeln das Unbehagen und die Bedenken der schwedischen Seite deutlich wider, ebenso die Zwangslage,

---

[71] Nach Carl Ludwig, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (1957), Bern 1966, S. 114, hatte die Schweiz schon am 7. September den deutschen Vorschlag hinsichtlich der „J"-Kennzeichnung erhalten. Aus dem Material des schwedischen Außenministeriums, das Lindberg zugänglich war, geht nicht hervor, daß die Schweden so frühzeitig von diesem Vorschlag, der zu einer Einigung im deutsch-schweizerischen Protokoll vom 29. September führte, unterrichtet wurden. Der erste Bericht aus der Schweiz, der die Kennzeichnung erwähnt, stammt von Attaché Östen Lundborg an der schwedischen Gesandtschaft in Bern und ist vom 4. Oktober datiert. Die Verordnung über Reisepässe von Juden wurde am 5. Oktober 1938 erlassen (RGBl. I, S. 1342) und trat mit der Verkündung am 7. Oktober 1938 in Kraft.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der die Entscheidung getroffen wurde. Die schwedische Regierung hat über diese heikle Angelegenheit keine konkreten Einzelheiten veröffentlicht und sie vor dem Reichstag und der öffentlichen Meinung tunlichst abgeschirmt. Da nun alle Inhaber eines „J"-Passes vor ihrer Einreise die Genehmigung einer schwedischen Auslandsvertretung einholen mußten – an der Grenze wurden sie ohne eine solche nur dann nicht abgewiesen, wenn sie „politische Flüchtlinge" i. S. des Ausländergesetzes von 1937 waren –, hatten die schwedischen Behörden die Zuwanderung deutscher Juden weitgehend unter Kontrolle. Der Visumzwang wurde am 5. November 1938 auch auf Inhaber tschechoslowakischer Pässe ausgedehnt, nachdem der deutsche Einmarsch ins Sudetenland Anfang Oktober die Lage aller Flüchtlinge in der reduzierten Tschechoslowakei verschlechtert hatte. Abweichend von ihrem Grundsatz, die Einwanderer, vor allem wegen der Gefahr eines aufkeimenden Antisemitismus, nur „einströpfeln" zu lassen, bewilligte die schwedische Regierung nun unter dem Druck schwedischer Flüchtlingsorganisationen die Einwanderung eines geschlossenen Kontingents von 250 politischen Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei, die überwiegend von einer nach Prag gesandten Delegation der „Arbetarrörelsens Flyktinghjälp" und der schwedischen Gewerkschaftsorganisation ausgewählt wurden. Die „Kristallnacht" brachte einen weiteren Schub jüdischer Emigranten: vom 10. November 1938 bis zum 10. Januar 1939 wurde rund 1200 deutschen Flüchtlingen, meist Juden, die Einwanderung gewährt. Eine Mitte Februar 1939 vorgenommene amtliche Zählung ergab, daß 2810 Flüchtlinge (davon 194 Tschechen) im Lande lebten, von denen 2029 Juden waren. Die Erhebung sollte Klärung in eine Debatte über die „Ausländerinvasion" bringen, die durch irreführende Zahlenangaben in einigen schwedischen Zeitungen ausgelöst worden war. Während die Verbände der Metall-, Land- und Kommunalarbeiter die wirtschaftlichen Vorteile einer großzügigen Flüchtlingspolitik betonten, forderten vor allem Geschäftsleute, Kontoristen, Musiker und Ärzte in Fachzeitschriften und Protestversammlungen aus Konkurrenzfurcht eine restriktivere Einwanderungspolitik; sechs ihrer Verbände überreichten im Februar dem König ein Forderungsschreiben, das antisemitische Äußerungen über angebliche jüdische Charaktereigenschaften und Geschäftspraktiken enthielt. Im selben Monat demonstrierten Studenten gegen den „Import jüdischer Ärzte, Zahnärzte und Apotheker" und richteten eine Petition an den König, „die zukünftigen Existenzmöglichkeiten der akademischen Jugend" nicht zu gefährden. Im Reichstag entspann sich gleichfalls im Februar – veranlaßt durch eine schließlich bewilligte Regierungsvorlage, eine halbe Million Kronen für die Berufsausbildung von Flüchtlingen aufzuwenden – eine heftige Debatte über die Flüchtlingspolitik, bei der ein Vertreter der Bauernpartei[72] starke antisemitische Töne anschlug. Es gelang jedoch der Regierung, die unter Hinweis

[72] Da in der schwedischen Landwirtschaft chronischer Mangel an Arbeitskräften herrschte, waren die Einwände der Bauernpartei offensichtlich rein ideologischer Natur. Zur Fremdenfeindlichkeit des Bauerntums s. Anmerkung 69.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf das Ergebnis der erwähnten Erhebung ihre restriktive Einwanderungspolitik[73] betonte, die Diskussion im Frühjahr 1939 abklingen zu lassen.

England und Frankreich hatten inzwischen eine Summe von 16 Millionen englischen Pfund als Starthilfe für jene Flüchtlinge bereitgestellt, die aus der Tschechoslowakei kamen. Mit diesem Beispiel forderte der Hohe Kommissar des Völkerbundes die Aufnahme weiterer Flüchtlingskontingente, da die Gefahr bestand, daß Deutschland von Prag die Auslieferung politischer Emigranten verlangte. Die Verhandlungen waren noch im Gange, als die überraschende Besetzung Böhmens und Mährens am 15. März 1939 einen Strom von Flüchtlingen nach Polen und an die polnische Ostseeküste in Bewegung setzte. Die Lage verschärfte sich, als die polnische Regierung, die schon Probleme mit einer großen jüdischen Minderheit und den rund 15 000 aus Deutschland abgeschobenen „Ostjuden" hatte, mit der Ausweisung der neuen Flüchtlinge drohte. Nach Verhandlungen über die internationale Finanzhilfe, die schließlich auch auf die seit Herbst 1938 in Schweden aufgenommenen Flüchtlinge ausgedehnt wurde, genehmigte die schwedische Regierung am 3. Juli ein Kontingent von 100 Einwanderern aus Polen, die möglichst keine Juden und Linksextremisten sein sollten. Durch den Kriegsausbruch gelang es jedoch nur wenigen, nach Schweden zu kommen. Mit Kriegsbeginn wurden außer für Staatsangehörige der nordischen Länder ein genereller Visumzwang eingeführt und die Befugnisse der Grenz- und Paßbehörden im Ablehnungsverfahren erweitert, u. a. wurde der dreiköpfige „Ausländerausschuß" als letzte Instanz ausgeschaltet. Das Auftauchen neuer Flüchtlingskategorien – Polen, Balten, Finnen, ab April 1940 auch Norweger und Dänen – brachte zunächst eine Beschränkung der Einreisebewilligungen für Emigranten aus Mitteleuropa mit sich. Auch die vorher leichter gewährten Durchreisevisen für Emigranten nach Übersee wurden stark reduziert, da vor allem die Vereinigten Staaten ihre Einwanderungsbestimmungen aus Furcht vor Spionen verschärften und die Kriegsereignisse von 1940 eine Weiterreise erschwerten; den Vorschlag, im Rahmen des „Göteborgverkehrs" auch ein Emigrantenschiff durch die Blockade zu lassen, lehnte Berlin ab. Als 1941 die Judenverfolgung im deutschen Machtbereich noch schärfere Formen annahm, wurden die Beschränkungen für jüdische Einwanderer wieder gelockert; doch die im Laufe des Jahres erteilten Genehmigungen konnten nicht mehr genutzt werden, da die deutschen Behörden den Juden ab Oktober 1941 keine Ausreise mehr gewährten: die Nationalsozialisten hatten sich zur radikalen „Lösung der Judenfrage" entschlossen. Die schwedische Flüchtlingspolitik, die nach Lindberg „geprägt war von Vorsicht und kühler Beachtung dessen, was man als eigene nationale Interessen ansah",

---

[73] In der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22 (1974), S. 890, kritisiert Jan Peters (ohne allerdings zusätzliche Quellen anzuführen), Lindberg habe bei der Erklärung für diese restriktive Politik „den vom faschistischen Deutschland ausgehenden Einfluß" kaum berücksichtigt; Schweden habe aber „schon vor Kriegsausbruch eine Politik der Nachgiebigkeit und der Beschwichtigung gegenüber dem faschistischen Deutschland" betrieben.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

änderte sich erst – nach Auffassung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses von 1945 zu spät[74] – 1942/43, als die schwedische Hilfe an Notleidende des Krieges in Europa einen Umfang annahm, der in den dreißiger Jahren niemals vorauszusehen gewesen war.

Die Beiträge des SUAV-Projekts vermitteln ein eindrucksvolles Bild von der schwedischen Politik vor und im Zweiten Weltkrieg. Da es nicht Ziel des Projekts ist, die schwedische Forschung zu diesem Thema zu „monopolisieren" und ein geschlossenes Gesamtbild der Entwicklung Schwedens in jener Periode zu geben, decken die Beiträge das Forschungsfeld verständlicherweise nicht lückenlos ab; von vornherein wurden vor allem soziale und wirtschaftliche Bereiche ausgeklammert. Eine geschlossene Konzeption kann von einem „Ausbildungsprojekt", bei dem die Einzelbeiträge als Prüfungsarbeiten geschrieben werden, ohnehin kaum erwartet werden. Trotzdem weist das Vorhaben ein erhebliches Maß an integrierter Forschung auf. Besonders die beiden Projektgruppen, die über die schwedischen Parteien und über die öffentliche Meinung arbeiten, zeigen weitgehend gemeinsame Fragestellungen. Dies ist um so anerkennenswerter, als das Vorhaben anfänglich mit Zeitdruck verursachenden Problemen zu kämpfen hatte[75]. So gelang es erst nach Beginn der Arbeiten, den Zugang zum Aktenmaterial zu öffnen, so daß die Untersuchung eines zum großen Teil vorher unerforschten Gebietes auf vorgeschaltete Testarbeiten – um die Fragestellungen auf das Quellenmaterial abzustimmen – verzichten mußte. Das SUAV-Projekt hat solche Schwierigkeiten eindrucksvoll gemeistert.

In einer zweiten Phase wurde die Umstellung des Projekts in ein „Postgraduierten"-Projekt unter Leitung von Dozent Stig Ekman begonnen: die Finanzierung dafür wurde 1975 – zunächst für drei Jahre – vom Jubiläumsfond der schwedischen Reichsbank genehmigt. Auf den Ergebnissen der ersten Phase aufbauend, sollen übergreifende Fragestellungen behandelt[76] und Synthesen erarbei-

[74] Die Frage, wieweit und auf welchem Wege die schwedische Regierung von den nationalsozialistischen Maßnahmen zur Ausrottung der europäischen Juden informiert war und welche Schritte sie daraufhin unternahm, soll Gegenstand einer Untersuchung „Svensk flyktingpolitik och judefrågan 1941–1945" werden, die im Rahmen des „Postgraduierten Forschungsprogramms" des SUAV-Projekts vorgesehen ist (s. dazu im folgenden).

[75] Laut Mitteilung von Prof. Palme an den Verf. mußte das Projekt durch die plötzliche und termingebundene Bereitstellung der Finanzmittel für die Forschungshonorare überstürzt in Gang gesetzt werden. Da die Arbeiten schnell und als Prüfungsarbeiten vergeben werden mußten, mußte auch auf das persönliche Interesse der einzelnen Autoren an bestimmten Themen Rücksicht genommen werden.

[76] So etwa die Wechselwirkung von Außenpolitik und innenpolitischem System; das Verhältnis zwischen demokratisch verantwortlicher Sammlungsregierung und der militärischen Führung als einflußnehmender Expertengruppe; die Strukturveränderung der Politik durch den Burgfrieden zwischen den Parteien der Sammlungsregierung; u. a. Wegen der begrenzten finanziellen Mittel arbeiten gegenwärtig nur zwei Wissenschaftler an diesem Programm: Stig Ekman über das Problem der militärischen Sicherheitspolitik und der Kontrolle des Reichstages und der Regierung über den Verteidigungshaushalt, und Karl Molin über die Maßnahmen der Staatsmacht gegen extremistische Parteien 1939–45.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet werden, um eine vertiefte Einsicht in die Entwicklung Schwedens im Zweiten Weltkrieg zu gewinnen und den Platz dieser Periode in der schwedischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu bestimmen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WOLFGANG JACOBMEYER

DIE POLNISCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG IM GENERALGOUVERNEMENT UND IHRE BEURTEILUNG DURCH DEUTSCHE DIENSTSTELLEN*

Widerstandsbewegungen gehören zum Gesamtbereich der unkonventionellen Kriegführung[1]. Sie haben eine lange Tradition, scheinen aber seit den 40er Jahren dieses Jahrhunderts an Zahl und Intensität bedeutend zugenommen zu haben. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der eine bis dahin ungekannte Blüte solcher politischen Äußerungsformen hervorgebracht hat, sind in 12 Staaten die Regierungen durch Widerstandsbewegungen gestürzt worden, und allein im Jahr 1964 gab es in mindestens 11 Staaten Widerstandsbewegungen[2].

Die große Zahl und die Vielfalt solcher konkreten Beispiele hat bei Historikern, Soziologen und Politologen mehr Fragen aufgeworfen, als gegenwärtig beantwortet werden können: Wie organisiert sich eine Widerstandsbewegung im Untergrund, wodurch wird ein solcher Prozeß begründet und ausgelöst, welcher Techniken bedient man sich, was entscheidet über Erfolg oder Mißerfolg der Bewegung, weshalb schließen sich ihr Personen unter Lebensgefahr freiwillig an, wie stattet sie sich mit ideologischen Symbolen und allgemeinen Idealen aus, wie werden die widersprüchlichen Forderungen von zentraler Leitung und dislozierter Mobilität oder die von Schriftlichkeit und Tarnungszwang bewältigt, an welchem Punkt ihrer Entwicklung tritt eine Untergrundbewegung zum offenen Kampf hervor, usw.?

An diese Fragen bezüglich der inneren Konstitution und Geschichte einer Widerstandsbewegung fügen sich Probleme im eigentlichen Wirkungsbereich, nämlich der Konfrontation mit dem Gegner an. Es hat den Anschein, als ließen sich weder die quantitative Einschätzung einer Widerstandsbewegung und noch viel weniger ihre qualitative Bewertung eindeutig fixieren. Wie das Beispiel der polnischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg lehrt, ist nicht einmal der Erfolg oder Mißerfolg eines Aufstands, der doch schließlich als Kulminationspunkt aller konspirativen Tätigkeit angesehen wird, ein verläßlicher Anhalt für qualitative Urteile. Denn das Scheitern des Warschauer Aufstands von 1944 läßt wohl kaum ein Urteil darüber zu, in welchem Maße die deutsche Besatzungsmacht

* Überarbeitete Fassung meines Vortrags im Rahmen der deutsch-polnischen Konferenz in Łańcut (1.–6. 6. 1977): „Die Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus in Deutschland und in Polen". – Für Hinweise in der Diskussion danke ich den Herren Professoren Karol Jonca, Czesław Madajczyk, Franciszek Ryszka, Marian Wojciechowski und Hans Mommsen.

[1] Zum Gruppenbegriff vgl. die Prägung „unconventional warfare" von J. K. Zawodny (Stanford University): American Academy of Political and Social Science (1962), Unconventional Warfare, Annals, Vol. 341, Philadelphia.

[2] Vgl. J. K. Zawodny, Artikel „Civil War", in: International Encyklopedia of the Social Sciences (1968), S. 499–502.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Zeit ihrer Herrschaft über das Gebiet des Generalgouvernements bei der Durchsetzung dieses Herrschaftsanspruchs effektiv beeinträchtigt worden ist – ganz abgesehen davon, daß es außerdem nahezu unmöglich wäre, den auf Warschau begrenzten und nur von Teilen der Widerstandsbewegung getragenen Aufstand auf die Widerstandstätigkeit aller Gruppen und Fraktionen im gesamten Generalgouvernement angemessen zu verrechnen. Das Problem der Quantifizierung von Widerstand wird weiterhin durch die Tatsache erschwert, daß beide Seiten starken Schwankungen unterliegen, in denen sich teils die Merkmale eigengesetzlicher Entwicklung, teils solche der Reaktion auf gegnerische Maßnahmen bemerkbar machen. Intensität und Ausmaß der normativen Rechtfertigung des Widerstands hängen stark und gegenläufig mit der jeweiligen Herrschaftslegitimation zusammen[3]. Diese Interaktion bildet sich in den besonderen historischen Zügen nicht nur phasenverzerrt ab, sondern ist auch durchaus ambivalent, für negative und positive Reaktionen ebenso offen wie für abrupte Willkürakte und jedenfalls nicht generell voraussagbar.

Es hat – um den Negativkatalog bisher unbeantworteter Fragen noch zu erweitern – wenig Aussagekraft, anstelle von qualitativen Urteilen über die Widerstandsbewegung bloße Zahlenangaben über ihre personelle Stärke zu machen oder solche Mitgliederzahlen in ein rechnerisches Verhältnis zum Rekrutierungsfeld der aufständischen Nation oder der Truppenstärke der Besatzungsmacht zu setzen. Tatsachenaussagen dieses Typs müssen bei Widerstandsbewegungen versagen, wo Faktoren wie Entschlossenheit und Verzweiflung, Kampfkraft, Vertrautheit mit dem Gelände, Dislozierung, Mobilität und Nachrichtenwesen, Gehorsam und Zielsicherheit – um nur einige zu nennen – weit höher zu veranschlagen sind. –

Schon vor dem unprovozierten Angriff auf Polen im September 1939 hatte Hitler zu erkennen gegeben, daß dieser Krieg auf mehr abziele als nur auf die militärische Niederringung des selbstgeschaffenen Gegners. Jedenfalls verpflichtete er die Führer der drei Wehrmachtsteile am 22. August 1939 auf die „Vernichtung Polens – Beseitigung seiner lebendigen Kraft“[4]. Daß damit die besonders auf die polnische Führungsschicht abgestellte „Volkstums-Ausrottung“[5] gemeint war, wird nicht zuletzt durch die von Bormann überlieferten Ausführungen Hitlers vom 2. Oktober 1939, also nach Ende des Feldzugs gegen Polen, bestätigt: „. . . daß es für die Polen nur *einen* Herren geben dürfe, und das sei der Deutsche; . . . daher seien alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen. Dies klinge hart, aber es sei nun einmal das Lebensgesetz“[6]. Es ist inzwischen schlüssig nach-

---

[3] Für die abstrakte soziologische Diskussion über die Entstehung von Widerstand vgl. Ted Robert Gurr, Why Men Rebel, Princeton 1971, bes. S. 183–192.

[4] Vgl. ADAP VII, S. 468 f.

[5] Canaris, Aktenvermerk zur Besprechung im Führersonderzug am 12. 9. 1939, Nürnb. Dok. PS-3047, Serie II.

[6] IMT, Bd. XXXIX, S. 428. Hervorhebung im Original.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewiesen, daß es sich hierbei nicht um beiläufig-isolierte Äußerungen rein theoretischer Natur handelte, sondern daß Hitler in diesem Sinne konkrete Anweisungen zur Verwirklichung der von ihm geplanten „neuen Ordnung der ethnographischen Verhältnisse"[7] gegeben hat[8]. Im Protokoll der Amtschefbesprechung des Reichssicherheitshauptamts vom 14. Oktober 1939 wird nicht nur dieses Ziel genannt – „Liquidierung des führenden Polentums" –, sondern auch das Verfahren in Form einer listenmäßigen Erfassung durch die Einsatzgruppenleiter und der dann doch nicht eingehaltene Abschluß der Aktion zum 1. November 1939 bis ins einzelne geregelt[9]. Alle Zweifel über diesen Ansatz und die Konsequenz der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen räumt Reinhard Heydrichs rückblickende Aktennotiz vom 2. Juli 1940 aus, in der er feststellt, „daß die Weisungen, nach denen der polizeiliche Einsatz handelte, außerordentlich radikal waren (z. B. Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging)"[10].

Ausdrückliche Liquidationsbefehle und blinde Aktionsprogramme waren während und nach dem Septemberfeldzug besonders in den polnischen Westgebieten eine Verbindung eingegangen, von deren Terrorwirkung sich kaum eine zureichende Vorstellung vermitteln läßt[11]. Im sogenannten Generalgouvernement (GG) hatte der Terror unmittelbar nach dem September noch nicht mit vergleichbarer Wucht eingesetzt, doch ist eine aufsteigende Linie verschiedener Terrorwellen zu beobachten[12], die nach dem deutschen Sieg an der Westfront im Frühsommer 1940 in die berüchtigte „Außerordentliche Befriedungsaktion" (AB-Aktion) einmündeten. Generalgouverneur Hans Frank kündigte die Zielrichtung der Aktion vorher an: „Intelligenz: Dies ist ein absiebbares und abhebbares Element. Ich werde nicht davor zurückschrecken, die Spitzen sicherzustellen und das geistige Element abzutöten"[13]. Die AB-Aktion und ähnliche kleinere Vorgänge hatten noch einen relativ fest definierten Adressatenkreis; auch legte Frank bezeichnenderweise Wert auf die Feststellung, daß es sich bei der AB-Aktion nicht um einen Willkürakt handele (als der sie heute jedoch zu werten ist), sondern um

---

[7] Hitler, Reichstagsrede v. 6. 10. 1939, in: Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, Würzburg 1963, Bd. II, S. 1383.

[8] Vgl. etwa Helmut Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, Dokumentation in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 196–209.

[9] RSHA, Amtschefbesprechung v. 14. 10. 1939, Archiv d. IfZ: MA-433, S. 8537.

[10] Abgedruckt bei Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, S. 207.

[11] Vgl. Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Frankfurt 1965 (Fischer-TB), S. 41–51. – Als bisher ausführlichste, freilich ergänzungsbedürftige Auflistung von terroristischen Einzelvorgängen vgl. Genocide 1939–1945, hrsg. v. Datner, Gumkowski, Leszczyński, Warszawa-Poznań 1962, S. 127–252.

[12] Vgl. Christoph Kleßmann, Die Selbstbehauptung einer Nation, Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971, S. 44 f.

[13] Erste Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses für Polen v. 2. 5. 1940, Niederschrift Oberost, IfZ: MA-679, S. 161.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „Erfüllung eines Richtspruchs der deutschen Nation“[14]. Je länger die Besatzungszeit andauerte, desto schwieriger wurde es allerdings, einen bestimmten Personenkreis für solche sich nun auch im GG häufenden „Straf- und Sühneaktionen“ auszumachen, deren anfängliches Motiv einer Bekämpfung gelegentlich auftretender und militärisch wenigstens in den ersten Jahren nach dem September 1939 unerheblicher polnischer Partisanengruppen[15] zunehmend von destruktiven völkisch-ideologischen Zielsetzungen abgelöst wurde. Die auf Ersuchen der Sicherheitspolizei am 2. Oktober 1943 erlassene „Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement“[16] bedrohte die geringsten polnischen Verstöße und Vergehen dort pauschal mit der Todesstrafe, wo bisher differenzierte Strafbestimmungen vorgelegen hatten, beauftragte die Standgerichte der Sicherheitspolizei mit Aburteilung und unverzüglicher Vollstreckung und gab dieser somit nahezu schrankenlose Generalvollmacht, deren Nutzung allein in Warschau in den 10 Monaten vom Oktober 1943 bis zum Juli 1944 zu insgesamt 2705 polnischen Opfern ausschließlich durch öffentliche Exekutionen führte[17].

Die Widerstandsbewegung in Polen entfaltete sich trotz und wegen dieser Voraussetzungen. Ihre regionale Gliederung entsprach den einzelnen Besatzungsgebieten; sie besaß ihre Stützpunkte weit vorgeschoben auch in den Lagern der auf Reichsboden verbrachten Zwangsarbeiter und fand sogar in den Vernichtungslagern auf polnischem Boden mehr als bloße Ansätze zu einer Organisation[18]. Es handelte sich bei ihr nicht um „Opposition“, sondern um die elementare Selbstverteidigung der polnischen Nation. Die Widerstandsbewegung ist aus der Situation der Notwehr entstanden, da das Handeln der Besatzungsmacht von Anfang an rechtswidrig war. Ihre Organisation und Tätigkeit erfolgten unter dem Vorsatz, dem Machthaber die Herrschaft faktisch zu entziehen, die dieser sich mit

---

[14] Vgl. Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. v. Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 212: Polizeisitzung v. 30. 5. 1940.

[15] Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Henryk Dobrzański („Hubal“), Ein biographischer Beitrag zu den Anfängen der polnischen Résistance im Zweiten Weltkrieg, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 71 ff.

[16] Vgl. VOBIGG 1943, S. 589.

[17] Vgl. Władysław Bartoszewski, Der Todesring um Warschau 1939–1944 o. O. (Interpress Warschau) 1969, S. 195–334. – Die Zahl von 2705 Exekutierten betrifft nur Straßenexekutionen. Gleichzeitig wurden geheime Exekutionen auf dem Gelände des nach dem Aufstand eingeebneten Ghettos durchgeführt, denen weitere rund 4000 Personen zum Opfer fielen. Vgl. IMT, Bd. XXXVI, D-956.

[18] Vgl. B. Mark, Walka i zaglada warszawskiego getto, Warszawa 1959; B. Mark, Ruch oporu w getcie białostockim, Samoobrona-zagłada-powstanie, Warszawa 1952; Józef Garliński, Fighting Auschwitz, The Resistance Movement in the Concentration Camp, London 1975. – Zu Geschichte der Fremdarbeiter auf Reichsboden vgl. die von Czesław Łuczak hrsg. Quellensammlung: Położenie polskich robotników przymusowych w Rzeszy 1939–1945 [Die Lage der polnischen Zwangsarbeiter im Reich], Poznań 1975, Documenta Occupationis IX.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitteln der Gewalt und ohne rechtliche Legitimation angemaßt hatte. Gegenüber dem Herrschaftsanspruch des Nationalsozialismus war Widerstand unverzichtbar – umso mehr, als Methode und Zielsetzung der gegen Polen gerichteten nationalsozialistischen Expansionspolitik nicht von einander getrennt werden können. Die polnische Historiographie hat die Leidensepoche der Nation im Zweiten Weltkrieg zu Recht als einen bedeutenden Abschnitt der polnischen Geschichte gewertet und seine Erforschung als moralische Verpflichtung gegenüber den Opfern bezeichnet. Und sie hat daher in Tausenden von monographischen Studien, Dokumentationen, Katalogen, Memoiren und Einzelbeiträgen, die auch dem Spezialisten kaum noch überschaubar sind[19], die Erhellung dieses historischen Phänomens vorangetrieben. Indessen war Widerstand mit den Bedingungen des totalen Krieges verwoben, und wie die Besatzungsmacht dabei im einzelnen an Kontur verlor, war auch der Widerstand gleichsam überall und zu einem Formen- und Zielreichtum entwickelt, der die Forschung immer noch mit „weißen Flecken" herausfordert[20], wie denn auch eine umfassende Gesamtdarstellung des Widerstands begreiflicherweise noch aussteht. –

Wenn im folgenden versucht wird wiederzugeben, welches Bild die deutschen Stellen im GG von der polnischen Widerstandsbewegung hatten, so bedarf das einiger methodischer Vorbemerkungen. – Der Benutzer von Zeugnissen solcher deutschen Behörden und Organe, die die Ausführer und oft Anreger der Besatzungspolitik waren, muß sich vor Augen halten, daß die Berichte selektiv und vergrößernd wirken, daß in ihnen grundsätzlich eine doktrinäre Verschattung des Urteils vorausgesetzt werden muß. Zudem konnte jeder einzelne Berichterstatter aus den Bereichen von Zivilverwaltung, Sicherheitskräften und Wehrmacht wenig mehr als seinen eigenen Funktionsbereich überblicken. Und endlich waren die in solche Berichte eingegangenen Urteile nicht an einen für alle Stellen verbindlichen Wertigkeitskanon gebunden. Gleichwohl lassen sich diese besonderen Charakterzüge unserer Quellen methodisch schlichten. Dabei entsteht eine Ausgangslage, von der aus die Widerstandsbewegung nicht so sehr in ihrer Organisation, Zahlenstärke, Dislozierung und Entwicklung in den Blick fällt,

---

[19] Neben der laufenden Bibliographie in der Vierteljahrsschrift Wojskowy Przegląd Historyczny wären hier wenigstens folgende Bibliographien zu nennen: Bibliografia piśmiennictwa polskiego o hitlerowskich zbrodniach wojennych za lata 1944–1955, hrsg. v. J. Kosicki u. W. Kozłowski, Warszawa 1955; W. Chojnacki, K. M. Pospieszalski, E. Serwański, Materiały do bibliografii okupacji hitlerowskiej w Polsce 1939–1945, Uzupełnienie za lata 1944–1958, Warszawa 1957; die in Jahrbuchform u. a. von J. Baumgart und A. Malcówna herausgegebene laufende Bibliografia historii polskiej; Bibliografia walki wyzwoleńczej narodu polskiego przeciw hitlerowskiemu okupantowi, Materiały za lata 1945–1960, u. a.m.

[20] Wie sinnvoll es ist, solche Flecken zunächst dokumentarisch zu füllen, zeigt Czesław Madajczyk mit seiner umfangreichen 2bändigen Dokumentation über die Zamość-Aktion: Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS, Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej, Warszawa 1977.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern vielmehr Motivationen des Widerstands als eines Massenphänomens mit eigentümlichen Interdependenzen und Strukturen untersucht werden können. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf das Gebiet des Generalgouvernement. Eine Begründung für diese Eingrenzung kann sich nicht nur auf die stärkste Ausprägung des Widerstands gerade in diesem Teil des besetzten Landes berufen, sondern berücksichtigt auch die Tatsache, daß die Mitglieder der Besatzungsbehörden selbst eingestanden, daß sie sich wenigstens im GG auf fremdem Boden befanden. So unzureichend dies auch ist, wenn man etwa die Eingegliederten Reichsgebiete betrachtet, so gibt dieses Eingeständnis ihrem Anspruch im Auftreten, ihrer Handlungsweise und ihren hier untersuchten Urteilen doch eine ganz besondere Kontur und Schärfe. Die Existenz und Aktivität der Widerstandsbewegung in den anderen besetzten Landesteilen, in den Fremdarbeiterlagern auf Reichsboden oder gar in den Konzentrationslagern sind damit nicht geschmälert. Im Vordergrund dieser Untersuchung steht jedoch, den Urteilstenor der Besatzungsmacht über den Widerstand abzubilden, nicht dagegen die Widerstandsbewegung selbst in ihrer ganzen Mächtigkeit und mit allen Verästelungen zu schildern. In den deutschen Berichten ist ja auch die Widerstandsbewegung nicht schlechthin präsent; Berichts- und Betrachtungsgegenstand sind vielmehr immer nur jene Vorgänge, in denen der Widerstand durch Aktivität auf sich aufmerksam gemacht hatte, die Ergebnisse sicherheitspolizeitlicher Recherchen und Enttarnungen oder die Opfer der immer blindwütigeren Verfolgungsmaßnahmen, die oft genug erst im Nachhinein des Berichts als „Widerstandsbewegung" deklariert wurden, ohne daß diese Zuschreibung auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden könnte. Doch auch dieser nicht abklärbare Bodensatz dürfte Gewinn bringen für eine Untersuchungsrichtung, die sich weniger um organisationstechnische Details bemüht als vielmehr um die Aufhellung der Nahtstelle zwischen Verfolgung und Widerstand. Denn generell darf gelten, daß man verläßlichere Nachrichten über eine Widerstandsbewegung erhält, wenn man anstelle der Mitglieder die Opfer betrachtet[21].

Gerade an solchen eher punktuellen und ereignisbezogenen Berichten der Besatzungsbehörden läßt sich abschätzen, welche Wirkungen die Widerstandsbewegung auf die Besatzungsmacht gehabt hat. Dabei finden sich durchweg, jedenfalls zunächst, Zeugnisse einer ganz unberechtigten Geringschätzung der polnischen Bevölkerung, durchmischt mit ungeprüften Herrschaftsansprüchen. Wenn etwa Beobachter der Rüstungsindustrie im GG im November 1939 „das freche und herausfordernde Verhalten der Halbwüchsigen ..., zum Teil Schüler der höheren Lehranstalten"[22] beachtenswert finden, so deckt sich das mit Urteilen der Ordnungspolizei von Mitte 1940 („Das Auftreten jugendlicher Polen in der

---

[21] Vgl. Walter Laqueur, Fehlgedeuteter Terrorismus, in: Schweizer Monatshefte 56 (1976), S. 569.

[22] Wehrwirtschaftsstelle Lodsch, rüstungswirtschaftlicher Bericht 4 v. 5. 11. 1939, IfZ: MA-638, S. 5729.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Öffentlichkeit ist frech und anmaßend"[23]) oder der Zivilverwaltung, als deren Vertreter der Kreishauptmann von Krasnystaw für den August 1940 berichtet: „. . . insbesondere die polnischen Kinder benehmen sich auf der Straße Deutschen gegenüber unhöflich"[24].

Es ist offensichtlich, daß diese Urteile noch keine Feststellungen über die Widerstandsbewegung enthalten, sondern einzig und allein bezeugen, welchen Sinnes die Vertreter der deutschen Besatzungsmacht waren, und daß diese gereizt reagierten, als sie bemerken mußten, daß ihnen als den „Herrenmenschen" die selbstverständlich erwartete Autorität nicht zugestanden wurde, während ihnen doch der Ausgang des Septemberfeldzugs in Verbindung mit der nationalsozialistischen Rassendoktrin Beweis genug waren für die angebliche Zweitrangigkeit der Polen. Solche Sentiments der erfolgreichen Eroberer waren umso naheliegender, als etwa im Gesamtbereich der Zivilverwaltung kein einziger Spitzenbeamter zu finden war, der auch nur einigermaßen kompetente Urteile über Polen hätte abgeben können[25].

Das von den deutschen Beobachtern mit Entrüstung gewertete Verhalten der polnischen Gesellschaft stellte keine Äußerungsform organisierten Widerstandes dar; es war jedoch Ausdruck der Resistenz, damit potentieller Widerstand, eine Verhaltensnorm also, die von der Widerstandsbewegung genutzt werden konnte, ohne daß dafür besondere organisatorische Anstrengungen erforderlich sein würden.

Die mit dem Unterton einer freilich völlig unberechtigten moralischen Entrüstung gefärbten Urteile der deutschen Stellen überwiegen bis weit in das Jahr 1941 hinein. Da heißt es: Das Verhalten der „polnischen Elemente" sei „wesentlich dreister und selbstbewußter geworden"[26]; gewisse Teile der Landbevölkerung bezeigten bei der Ablieferung der zwangsweise auferlegten Kontingente eine „renitente Haltung"[27]; es sei „deutlich zu beobachten, daß behördliche Anordnungen schlechter als bisher befolgt werden und daß der Pole sich wieder als Herr der Straße fühlt"[28]; in der allgemeinen Stimmung der Bevölkerung sei „eine

[23] Chef d. Orpo, Lagebericht zum Stand v. 31. 5. 1940 (15. 6. 1940), IfZ: MA-679/1, S. 1119.

[24] Kreishauptmann Krasnystaw, Lagebericht f. August 1940 (10. 9. 1940), IfZ: MA-158/2.

[25] Vgl. Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, Anhang: Spitzenbeamte in der Zivilverwaltung d. GG, Kurzbiographien, S. 945–956. – Vgl. die Besprechung des Diensttagebuchs durch Gotthold Rhode in der Zs. f. Ostforschung 25 (1976), S. 699.

[26] Meldungen aus dem Reich (9. 5. 1940), IfZ: MA-441/2, S. 1494.

[27] Kreishauptmann Jaroslau, Lagebericht f. November 1940 (31. 11. 1940), IfZ: MA-158/1. – Vgl. auch Kreishauptmann Radomsko, Lagebericht f. Februar 1941 (10. 3. 1941), IfZ: MA-158/3: „Nach wie vor ist das Verhalten eines großen Teils der polnischen Bevölkerung äußerst renitent".

[28] Kreishauptmann Ostrów-Mazowiecki, Lagebericht f. Februar 1941 (3. 3. 1941), IfZ: MA-158/3. – Im Lagebericht des Distriktchefs Warschau für Februar 1941 (10. 3. 1941), IfZ: MA-158/3, der die Berichte der Kreishauptleute zusammenfaßt, heißt es sachlicher: „. . . daß eine Verschlechterung in der Haltung der polnischen Bevölkerung eingetreten ist, die sich allerdings nicht in offenem Widerstand und in Gewalttaten zeigt, aber in einer gewissen passiven Resistenz gegenüber den Anordnungen der deutschen Behörden".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewisse Versteifung und zunehmende passive Resistenz unverkennbar"[29]; deutsche Anordnungen würden „nur widerwillig befolgt"[30].

Die Liste solcher Urteile ließe sich beliebig verlängern. Es überwiegt in ihnen die unreflektierte und um Aufklärung der Sachzusammenhänge nicht bemühte Empörung der Besatzungsmacht über das angeblich verwerfliche Verhalten der polnischen Bevölkerung. „Unhöflichkeit" gegenüber Vertretern der Besatzungsmacht wird ebenso stark hervorgehoben wie die „Dreistigkeit", während im übrigen „Renitenz", „Widerwillen", „Unzufriedenheit", ja, „Undankbarkeit" angesichts der Segnungen der deutschen Besatzungsherrschaft den Urteilstenor bestimmen. Damit haben sich die deutschen Stellen für mehr als das erste Viertel der gesamten Besatzungszeit den Zugang zu einsichtigen Erklärungen oder gar selbstkritischen Fragen massiv verstellt. Erst Ende des ersten Quartals 1941 findet sich ein, nun allerdings bemerkenswert klares Urteil eines Kreishauptmanns des Distrikts Warschau: „Die Polen scheinen jedoch allmählich zu begreifen, daß ihre größte Stärke in der passiven Resistenz liegt. Die Stellung von Arbeitskräften zu kriegswichtigen Baumaßnahmen muß mehr und mehr mit Hilfe der Polizei erzwungen werden"[31].

Es ist nicht zufällig, daß dieses Urteil aus dem Distrikt Warschau kommt, denn dort hatte die Resistenz der Bevölkerung offenbar schon früh den Charakter von Widerstand angenommen, eher als in anderen Bereichen des GG. Aufschlußreich dafür ist ein Lagebericht der Polizei Warschau, wo es für August 1940 heißt:

> „Das Verhalten der Bevölkerung ist nach wie vor ablehnend. Im Landkreis Warschau wurde sogar gegen behördliche Anordnungen aktiver Widerstand geleistet. In der Ortschaft Ostrowice mußte gegen die Einwohnerschaft [!] mit einem großen Gendarmerietrupp vorgegangen werden, da diese unter Leitung des Bürgermeisters der polnischen Polizei erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Der Widerstand wurde gebrochen, die Anstifter und Täter dem Sondergericht zugeführt. Auf Anordnung des Kreishauptmannes Warschau-Land wurde die Ortschaft außerdem mit einer hohen Geldbuße bestraft. Ähnliche Vorfälle, bei denen es jedoch nicht zu einem aktiven Widerstand kam, ereigneten sich in anderen Orten. Die Unsicherheit innerhalb des Landgebietes ist noch [!] nicht beseitigt."[32]

Die engen Berührungen zwischen der Technik unorganisierter spontaner Resistenz und dem aktiven Widerstand sind offensichtlich. Ebenso ist deutlich, daß das Resistenzverhalten ein labiler Zustand ist, der schon bei vergleichsweise geringfügigem Anlaß in Widerstand umschlagen kann. Für beide Verhaltensnormen sind, anders als in der klassischen Kriegführung mit ihrem Ziel des Geländegewinns oder der Vernichtung des Gegners, nicht-territoriale Ziele charakteri-

---

[29] Kreishauptmann Busko, Lagebericht f. Juli 1940 (6. 8. 1940), IfZ: MA-158/2.

[30] Kreishauptmann Krasnystaw, Lagebericht f. August 1940 (10. 9. 1940), IfZ: MA-158/2.

[31] Kreishauptmann Sokołow-Węgrów, Lagebericht f. März 1941 (o. D. – Eintragungsstempel d. Distriktsverwaltung Warschau: 9. 4. 1941), IfZ: MA-1503/2. Hervorhebungen v. Verf.

[32] Lagebericht d. Polizei Warschau v. 30. 8. 1940, Abschrift im Auszug durch Militärbefehlshaber GG. IfZ: MA-679/2, S. 771.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stisch. Resistenz und Widerstand – der letztere jedenfalls auf weite Strecken seiner Evolution – zielen auf funktionale Objekte ab und verlagern damit die Auseinandersetzung auf eine innere Front[33]. Dabei operieren sie nicht nur in faktischer Nähe zum Gegner, sondern auch in ideeller. Sie agieren unter der Zwangslage, wenigstens partiell die Gesetze des Handelns vom Gegner übernehmen zu müssen und damit die eigenen moralischen und politischen Normen scheinbar umkehren zu müssen, um auf der materiellen Ebene der Auseinandersetzung überhaupt Chancen zu haben[34].

Die Beunruhigung, die einige aufmerksame deutsche Beobachter angesichts der Vorkommnisse ziviler Verweigerung gegenüber den deutschen Anweisungen empfanden, lag nicht in der Sorge, solcher spontanen und in aller Regel nur oberflächlich organisierten Vorgänge etwa nicht Herr werden zu können. Vielmehr erblickten sie darin Ansätze zu einem Transformationsprozeß, der die Besatzungsmacht bei der Ausübung ihrer Herrschaft empfindlich stören mußte, weil er zu einer konzeptionellen Änderung der Herrschaftstechnik führen würde oder aber die einmal ad hoc getroffenen Maßnahmen der Besatzungsmacht irreversibel machen und dadurch deren Schwächen grell beleuchten würde.

Als ein treffendes Beispiel dafür ist das im Sommer 1943 ausgebaute sogenannte Stützpunktsystem anzusehen, das zwar schon deutlich defensiven Charakter besaß, immerhin aber doch die Ernteeinbringung dieses Jahres zu schützen vermochte. Mit dem einmal etablierten Stützpunktsystem geriet die Besatzungsmacht jedoch in die Zwangslage, diese improvisierte Notlösung in der Form einer dislozierten Verwaltungsexekutive von da ab auf Dauer einzurichten[35]. Schon im nächsten Frühjahr mußte der für das Sicherheitswesen im GG zuständige Staatssekretär, SS-Obergruppenführer Koppe, resignierend erklären, trotz der dringenden Wünsche seitens der Zivilverwaltung in dem vor allem bedrohten Distrikt Lublin könnten „zur Zeit nicht mehr Stützpunkte gebaut werden, sie könnten jedenfalls auch nicht besetzt werden“[36].

---

[33] Für die aus dem amerikanischen Phänomen des „civil strife“ gewonnenen Einsichten über die Entstehung von Resistenz und ihre Transformation in Widerstand vgl. Ted Robert Gurr, Why Men Rebel, bes. S. 183–192.

[34] J. K. Zawodny, Unexplored Realms of Underground Strife, in: The American Behavioral Scientist, Vol. IV, No. 1 (Sept. 1960), zitiert Anna Freuds psychologische Deutung dieses Sachverhalts: „The mechanism of identification with the aggressor is supplemented by another defensive measure, namely, the projection of guilt.“

[35] Vgl. Diensttagebuch, S. 819: Forderungen des Lubliner Gouverneurs Dr. Wendler auf der Arbeitssitzung v. 29. 3. 1944, und S. 828: Ausführungen des HSSuPolF Koppe v. 14. 4. 1944.

[36] Ebenda; S. 838: Ausführungen auf der Regierungssitzung v. 19. 4. 1944. – Vgl. auch Rüstungsinspektion GG, Bericht f. d. 1. Quartal 1944: „Da alle im Wehrkreis vorhandenen Kräfte für Bandeneinsatz freigemacht werden mußten, konnte das s. Zt. zur Befriedung des Landes mit gutem Erfolg durchgeführte Stützpunktsystem nicht aufrechterhalten werden. Im Distrikt Lublin führte dies zu einem völligen Aufhören der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte und zu einer Lähmung des Wirtschaftslebens bis zum passiven Widerstand gegenüber allen Regierungsmaßnahmen.“ IfZ: MA-634, S. 5563.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf diesen Funktionszusammenhang zwischen scheinbar völliger Verfügungsfreiheit der Besatzungsmacht und ihrer nachfolgenden Lähmung durch das selbstgeschaffene System ist die Beobachtung abgestellt, die Polen schienen „allmählich zu begreifen, daß ihre größte Stärke in der passiven Resistenz“[37] liege. Die hier ausgedrückte Befürchtung hat eben jenen Transformationsvorgang im Sinne, durch den die polnische Seite sich gerade der Stärken des deutschen Gegners bedienen, sie sich anverwandeln und dadurch in Schwächen verkehren würde. Denn die deutsche Besatzungsmacht war bestrebt, Widerstand nicht einfach nur durch kurzschlüssigen und auf Folgewirkungen nicht bedachten Polizeieinsatz zu brechen, sondern in viel umfassenderer Weise prinzipiell alle Gegner – auch vermeintliche – als Kriminelle abzustempeln. Dieses Prinzip hat der Widerstandsbewegung ideale Wachstumsbedingungen verschafft, weil das Bedürfnis nach Schutz vor solcher Kriminalisierung die Abwehrmöglichkeiten des Individuums überstieg und folglich seinen Beitritt zu organisierten Gruppen der Untergrundbewegung geradezu erzwang[38]; auch hat die radikale Uniformität der deutschen Verfolgungsmaßnahmen gleichsam beiläufig einem ordentlichen Rechtsdenken in der Konspiration den Weg geebnet[39].

Ebenso beweiskräftig für unseren Zusammenhang ist die Taktik der Widerstandsbewegung, mit der sie das deutsche Prinzip verunsicherte, durch intensive verwaltungsmäßige „Erfassung“ die Besatzungsherrschaft über das Land zu sichern und seine Ausbeutung auf dem gleichen Wege zu kanalisieren. Es zeigte sich schon bald, daß tiefgreifende Störungen des deutschen Verwaltungsapparats vom Widerstand technisch leicht und ohne hohes Risiko herbeigeführt werden konnten – Störungen, die sich in kurzer Zeit zu einer qualitativ kaum zu überschätzenden Behinderung und Verunsicherung des geregelten Verwaltungsvollzugs auswirkten und damit die Regierbarkeit des besetzten Landes auf den Erfolg von Polizeimaßnahmen reduzierten. „Offene Widersetzungen“, so der Bericht des Kreishauptmanns von Bilgoraj für den Dezember 1940, „sind allerdings bis jetzt noch nicht vorgekommen, es ist aber leider so, daß die getroffenen Anordnungen 100%ig nur mit polizeilichem Druck oder Zwang durchgeführt werden können. Eine Besserung seit Aufnahme der Verwaltungsarbeit durch die deutschen Behörden konnte bis jetzt nicht festgestellt werden“[40].

---

[37] Vgl. Anm. 31.

[38] Vgl. Tadeusz Komorowski [„Bór“], The Secret Army, London 1950, S. 39. Ebenso: W. Jacobmeyer, Heimat und Exil, Die Anfänge der polnischen Untergrundbewegung im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1975, S. 29.

[39] J. K. Zawodny verweist auf die formalen sozialpsychologischen Parallelen zwischen Untergrundorganisationen und dem organisierten Verbrechen („Unterwelt“) oder jugendlichen Banden: Unexplored Realms, S. 3. – Für die Einrichtung der sog. Kapturgerichte („Sądy Kapturowe“), die mit der mittelalterl. Femegerichtsbarkeit nicht verwechselt werden darf, da sie für eine ordentliche und sozusagen „offene“ Gerichtsbarkeit im Untergrund standen, vgl. W. Jacobmeyer, Heimat und Exil, S. 193 ff.

[40] Kreishauptmann Bilgoraj, Lagebericht für Dezember 1940 (10. 1. 1941), IfZ: MA-158/2.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die nachfolgenden drei Beispiele mögen zeigen, wie früh die Besatzungsmacht sich ihre Handlungsfreiheit selbst einengte. – Als sich im Rahmen der Baumaßnahmen des sogenannten Otto-Programms die polnische Landbevölkerung weigerte, Arbeitskräfte zu stellen und Gespanndienste zu leisten, wurden von deutscher Seite – wie der Kreishauptmann von Sanok für den November 1940 berichtet – „zur Brechung dieses Widerstands in verschiedenen Dörfern einige Arbeiter als Geiseln festgesetzt und den unwilligen Gespannhaltern die Pferde vorderhand fortgenommen. Diese Maßnahme, die schlagartig an mehreren Baustellen durchgeführt wurde, hat gute Ergebnisse gezeitigt“[41].

Den Überfall auf einen deutschen Soldaten – den Umständen nach eher ein privater Racheakt als Widersetzlichkeit gegen die Besatzungsmacht – ahndete der Kreishauptmann von Łowicz am 3. März 1941 durch Festnahme von 25 Geiseln der städtischen Intelligenz (Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Apotheker, Richter, Kaufleute usw.), durch Verhängung von Ausgangssperre und der Aufforderung an die Bevölkerung, „zur Vermeidung weiterer Maßnahmen“ die Täter namhaft zu machen. Der Bericht schließt mit den sachlich ebenso unangemessenen wie für das Selbstverständnis der Besatzungsmacht typischen Bemerkungen:

> „Bei der gesamten polnischen Bevölkerung hat das schnelle, sichere und entschlossene Zugreifen der deutschen Behörden ängstliches Erstaunen ausgelöst. Offenbar zum ersten Male wird den gewiß in revolutionären Dingen erfahrenen Polen klar, daß Übergriffe gegen die deutsche Staatsgewalt [!] ganz anders geahndet werden, als die in der Zeit der Russenherrschaft ausgeführten Anschläge.“[42]

Nur ein Jahr später war das zuversichtliche Vertrauen der deutschen Zivilverwaltung in die Verläßlichkeit ihres unbedenklichen Strafwesens geschwunden. Die Resistenz der polnischen Bevölkerung hatte sich als eine Art von Vorhut und tragende Schicht der eigentlichen Widerstandsbewegung fest neben der Besatzungsmacht etabliert. Daß die deutschen Behörden diese Lage als unbehaglichen Zwang angesehen haben, geht aus dem Monatsbericht des Warschauer Distriktchefs für den Mai 1942 deutlich hervor, wo es nach den Feststellungen über „eine weitere Versteifung in der Haltung der Polen sowie eine erhöhte Aktivität der Widerstandsbewegung“ wie auch über die „zersetzende Tätigkeit durch Flugblätter“ heißt:

> „Im Kreis Warschau-Land hat sich der Stadtkommissar in Pruszków gezwungen gesehen, der gesamten nichtdeutschen Bevölkerung in Pruszków mit Ausnahme der Zusatzkartenempfänger und deren Familienangehörigen die Lebensmittelkarten für Juni zu sperren. Diese Maßnahme war vorher angekündigt worden für den Fall, daß die amtlichen Bekanntmachungen weiter beschädigt und die Amtsgebäude weiter beschmiert würden. *Zur Aufrechterhaltung der deutschen Autorität erscheint es erforderlich, diese ausgesprochene Androhung durchzuführen.*“[43]

---

[41] Kreishauptmann Sanok, Lagebericht für November 1940 (30. 11. 1940), IfZ: MA-158/1.

[42] Kreishauptmann Łowicz, Lagebericht für Februar 1941 (15. 3. 1941), IfZ: MA-153/3.

[43] Distriktchef Warschau, Monatsbericht für Mai 1942 (15. 6. 1942), IfZ: MA-1303/2, IZ I–10. – Hervorhebungen vom Verfasser.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon im Bericht für den Januar 1942 hatte der Warschauer Distriktchef die in den deutschen Berichten beliebte, freilich recht inhaltsleere Formel von einer „Versteifung" in der Haltung der Bevölkerung durch Ausführungen qualifiziert, bezüglich der Widerstandsbewegung sei „immer mehr die Neigung, der deutschen Verwaltung möglichst viel Schwierigkeiten zu machen, zu erkennen"[44]; es gelte jedoch nicht nur, im GG „Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern darüber hinaus den deutschen Führungsanspruch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen"[45]. Das unbegriffene Unbehagen über den vom Widerstand aufgenötigten Zwang zum Handeln wurde auf deutscher Seite ergänzt durch die Tatsache, daß der kurze Katalog deutscher Gegenmaßnahmen kaum Varianten oder Steigerungen der Abschreckung kannte. Schon früh wurde das Prinzip der Erschießung von Geiseln verwirklicht und damit zugleich der deutschen Handlungsfähigkeit eine unverrückbare Grenze gesetzt. Wenn also nach vorangegangenen Repressalerschießungen von „100 Mitgliedern polnischer Geheimorganisationen" im Februar 1942 für den Fall weiterer Sabotageakte „noch schärfere Maßnahmen"[46] angedroht wurden, so besaß diese Drohung kaum noch die Qualität einer Abschreckung, da ihrer Ausführung nicht mehr die qualitative Verschärfung, sondern lediglich quantitative Steigerungsmöglichkeiten offenstanden.

Die Widerstandsbewegung dagegen konnte elastisch operieren, weil sich ihr schon allein im Bereich der Zivilverwaltung eine Vielzahl von Ansatzpunkten zur Störung des geordneten Verwaltungsablaufs anboten. Noch Ende 1940 berichtete der Kreishauptmann von Rzeszów („Reichshof") eine geschickte Taktik:

> „Auf dem flachen Lande mehren sich im Berichtsmonat die Fälle, daß Vögte und Schulzen durch Eingaben mit gesammelten Unterschriften bei mir angeschwärzt wurden. Gleichzeitig liefen in zahlreichen Fällen Gegeneingaben ein, die die beschuldigten polnischen Organe besonders lobten und ihnen Anerkennung aussprachen. Es scheint, als liege hier ein System vor, um die deutsche Verwaltung irrig zu machen an den ihr nachgeordneten Dienststellen."[47]

Wie ernst bereits gegen Ende des Jahres 1940 deutsche Behörden dieses Vorgehen nahmen, das sich zu ihrem Schrecken völlig legaler Mittel bediente, zeigt die Tatsache, daß der zitierte Berichtsausschnitt nahezu wörtlich vom Monatsbericht des Krakauer Distriktchefs übernommen wurde[48]. Im gleichen Monat

---

[44] Distriktchef Warschau, Monatsbericht für Januar 1942 (10. 2. 1942), IfZ: MA-1303/2, IZ I-10.

[45] Ebenda.

[46] Distriktchef Warschau, Monatsbericht für Februar 1942 (17. 3. 1942), IfZ: MA-1303/2, IZ I-10.

[47] Kreishauptmann Reichshof, Lagebericht für November 1940 (30. 11. 1940), IfZ: MA-158/1.

[48] „Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Vögte und Schulzen ... durch Eingaben mit gesammelten Unterschriften angeschwärzt wurden. Da gleichzeitig ... Gegeneingaben einliefen, die wiederum die beschuldigten polnischen Organe lobten und ihnen Anerkennung aussprachen, ist die Vermutung gerechtfertigt, daß es sich hier um ein System handelt, welches bezweckt, die deutsche Verwaltung an ihren nachgeordneten Dienststellen irre zu machen." Distriktchef Krakau, Lagebericht für November 1940 (18. 12. 1940), IfZ: MA-158/1.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mußte der Kreishauptmann von Jarosław über Flugblätter mit dem Aufruf zu passiver Resistenz berichten und dabei die Möglichkeit einräumen, „daß die renitente Haltung der Bevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung, bei der Ablieferung der Kontingente auf solche Propaganda zurückzuführen ist“[49]. In der Tat steuerte die unterirdische Propaganda seit 1941 einen offensiven Kurs gegen die Deutschen, der die Vermutung der Wehrwirtschaftsstelle Lodz vom November 1939 bestätigte, diese Propaganda habe keinen anderen Zweck als „denjenigen der Beunruhigung deutscher Besatzungsorgane“[50]. Als Beleg dafür, wie rasch sich die Aggressivität der polnischen Propaganda steigerte, ist etwa das in der Ereignismeldung des Reichssicherheitshauptamts vom Januar 1942 mit allen Anzeichen der Besorgnis zitierte Flugblatt „Lerne Deutsch!“ anzusehen, das sich am nur zu gut bekannten deutschen Verhaftungsmuster orientierte und nun Mitglieder des Widerstands mit Sprachkenntnissen für die Verhaftung von Deutschen ausrüstete:

> „Halt! Hände hoch und hinlegen, Gesicht zur Erde! Warst Du Angehöriger der Partei, SA oder SS? Wer lügt, wird erschossen. Wir werden mit Euch so verfahren, wie es die Deutschen mit Polen getan haben. Angehörige der SS, Polizei und Volksdeutsche vortreten! Hände ans Genick, an diese Mauer! Spaten nehmen, eine Grube graben! . . .“[51]

Zum gleichen Zeitpunkt setzte die Beunruhigung der Verwaltung ein. Polnischen Polizeibeamten wurden Aufforderungen durch die Post zugestellt, künftig die Anordnungen deutscher Stellen nicht so „knechtisch“ auszuführen; andernfalls wurde „mit dem schärfsten Bruderkampf gedroht, der sich dann nicht nur gegen die vaterlandsfeindlichen Polizeibeamten, sondern auch gegen deren Familien richten“[52] werde. Auf dem Gebiet des Preiswesens liefen gefälschte Reise- und Gaststättenmarken und „äußerst gute Fälschungen“[53] von Reichskreditkassenscheinen um. Gefälschte Ausweise der Organisation Todt wurden „vornehmlich von der Geheimorganisation ‚ZWZ‘ zur Tarnung der Agenten ihres Ausspähdienstes verwendet“[54], während endlich „total gefälschte“ Kennkarten als Ausrüstung von Funktionären der Widerstandsbewegung gang und gäbe waren,

---

[49] Kreishauptmann Jaroslau, Lagebericht für November 1940 (31. 11. 1940), IfZ: MA-158/1, mit Auszügen aus dem Flugblatt „Das Gebot der Stunde“ v. 27. 9. 1940.

[50] Bericht v. 4. 11. 1939. IfZ: MA-638, S. 5755. Zur Datierung vgl. A. S. Kawczyński, Unternehmen ‚N‘ – Deutschsprachige Propaganda der polnischen Untergrundpresse 1941–1944, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 59–68.

[51] RSHA, Amt IV, Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse (30. 1. 1942), IfZ: Fa-500.

[52] Ebenda (5. 1. 1942).

[53] Ebenda (15. 4. 1942).

[54] Ebenda. – Der „Związek Walki Zbrojnej“ (Verband für bewaffneten Kampf, ZWZ) unter dem Kommando der exilpolnischen Regierung war am 12. 2. 1942 in „Armia Krajowa“ (Heimatarmee, AK) umbenannt worden. Dieser Namenswechsel blieb den deutschen Behörden lange Zeit verborgen, so daß die AK unter „ZWZ“, „SSS“ (einem auf der Belgrader Konferenz zwischen Untergrund- und Regierungsvertretern vom Mai 1940 beschlossenen „Kryptonym“) und teilweise sogar unter „SZP“, der von General Michał Tadeusz Tokarzewski-Karaszewicz geschaffenen Vorläuferorganisation des ZWZ umlief.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deren Enttarnung „also nur noch durch Überprüfung anhand der Kennkarten-Durchschläge bei der ausstellenden Verwaltungsbehörde möglich“[55] war.

Eine zweite Welle von Eingriffen sollte nach dem Urteil des Reichssicherheitshauptamts „offenbar Beunruhigung unter der reichsdeutschen Bevölkerung auslösen“[56]. Es handelte sich hierbei um fingierte offizielle Schreiben der Zivilverwaltung an Reichs- und Volksdeutsche – etwa eine Einladung des Distriktchefs Radom zu einer Besprechung über verschärfte Luftabwehr im Distrikt, zu der sich trotz umgehender Dementis der Distriktverwaltung immerhin noch 28 Reichsdeutsche einstellten[57]. Deutsche Betriebsführer wurden durch gefälschte Anordnungen angewiesen, die polnischen Bediensteten zur Feier „deutscher Siege an allen Fronten“ für einen Tag von der Arbeit freizustellen[58]; Aufrufe zu einer Kleiderspendensammlung wurden von der Widerstandsbewegung versandt und von Reichs- und Volksdeutschen am 31. 8. 1942 befolgt[59]; zahlreichen gefälschten Vorladungen von Kriminalkommissariaten zwecks Einvernahme wurde erst recht Folge geleistet[60]; durch angebliches Rundschreiben des Distriktchefs wurden die deutschen Gefolgschaftsmitglieder gehalten, den „Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes“ vom 1. auf den 2. Mai zu verlegen und auch dabei die nichtdeutsche Bevölkerung arbeitsfrei zu stellen[61].

Die deutsche GG-Verwaltung erkannte klar, daß hierdurch Sand in das Räderwerk der Besatzungspolitik gestreut wurde, daß die Verwaltung in den Augen der ansässigen Reichs- und Volksdeutschen nicht nur lächerlich, sondern auch unglaubhaft gemacht wurde. Der Warschauer Distriktchef konstatierte, solche Schreiben brächten „Unruhe in die Bevölkerung“, es komme hierdurch zu solchen Unklarheiten, „daß schließlich niemand mehr weiß, welche Aufforderung wirklich ernst gemeint ist und bei welcher es sich um eine Fälschung handelt“[62]. Das Reichssicherheitshauptamt dagegen war mit Recht beunruhigt, „daß innerhalb der reichs- und volksdeutschen Zivilbevölkerung allmählich eine defaitistische Stimmung erzeugt wird, wobei man vor allem mit der Harmlosigkeit des Durchschnittsreichsdeutschen und der noch ungefestigten weltanschaulichen Haltung der Volksdeutschen“[63] rechnen müsse. Zusätzlich war den Berliner Stellen

---

[55] Ebenda (16. 6. 1943). – Das RSHA beurteilte die Fälschungen (ebenda) als „in besonders geschickt getarnter Weise durchgeführt“, so daß ein viel früherer Zeitpunkt für das erste Auftreten dieser Kennkarten anzunehmen ist.

[56] Ebenda (29. 4. 1942).

[57] Ebenda.

[58] Vgl. Anthony S. Kawczyński, Unternehmen ‚N‘, S. 67 f.

[59] Vgl. Oberfeldkommandantur 372 (Kielce), Monatsbericht für 16. 8.–15. 9. 1942 (21. 9. 1942), IfZ: MA-679/5, S. 1168.

[60] Vgl. RSHA, Amt IV, Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse (5. 1. 1943).

[61] Ebenda (26. 6. 1942), mit dem vollständigen Text der „Verfügung“.

[62] Distriktchef Warschau, Monatsbericht für April 1942 (12. 5. 1942), IfZ: MA-1303/2, IZ I-10.

[63] RSHA, Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse (12. 6. 1942). – Zur deutschen Selbsteinschätzung vgl. auch die Weisungen des Wehrkreisbefehlshabers v. 9. 2. 1944

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutlich geworden, daß die Widerstandsbewegung hier einen ebenso eleganten wie effektiven Weg gefunden hatte, „die deutschen Behörden zu umfangreichen Nachforschungen ... zu veranlassen und dadurch die sicherheitspolizeilichen Kräfte weitgehend mit nutzloser Arbeit zu belasten"[64].

Bisweilen wurde die schon allein in diesen Aktionen offenbare Kompetenz der Widerstandsbewegung demonstrativ auf das eigentliche Gebiet der deutschen Verwaltung ausgedehnt – etwa dadurch, daß dem Dorfschulzen von Kalenice (Gemeinde Łowicz) beim Raub von Steuergeldern eine ordnungsgemäße Quittung ausgestellt wurde, was vom Wehrkreisbefehlshaber GG als Anzeichen einer für den November 1942 bevorstehenden Erhebung interpretiert wurde[65]. Noch aufschlußreicher ist der vom Warschauer Distriktchef für den April 1942 referierte Bericht aus einer Kreishauptmannschaft, wo es heißt:

> „Von dem Kreishauptmann des Kreises Sokołów ist in sehr eingehender Weise ausgeführt worden, daß die Widerstandsbewegung ihr Hauptaugenmerk darauf lenkt, der Bevölkerung vor Augen zu führen, daß die deutsche Verwaltung auf zahlreichen Gebieten nicht in der Lage ist, die Aufgaben zu meistern. Als praktisches Beispiel ist angeführt worden, daß auf illegale Weise an die Landbevölkerung mehr Stickstoff [zu Düngungszwecken] kommt als durch die Zuteilung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft. Dadurch wird bei der Bevölkerung der Anschein geweckt, daß die deutsche Verwaltung nicht mehr in der Lage ist, auf diesem Gebiet die Versorgung zu steuern."[66]

Parallel zu diesem Tätigkeitsfeld der Widerstandsbewegung hatte sich seit einiger Zeit die Bildung von sogenannten „Banden" vollzogen, d. h. von äußerst beweglichen bewaffneten Gruppen unter straffer Führung, die die Städte mieden und statt dessen auf dem Lande und in den Wäldern operierten. Partisanengruppen und städtischer Widerstand waren komplementäre Bewegungen im Hinblick auf die Gewaltenteilung in der deutschen Besatzungspolitik. Denn die nach Himmlers Anweisung als „Banden" bezeichneten Partisanengruppen machten das deutsche Konzept unbrauchbar, die Polen durch polizeiliche und militärische Mittel in Schach zu halten, während der zivile Widerstand die Effektivität aller von der Zivilverwaltung beaufsichtigten Ausbeutungsmaßnahmen untergrub. Beides lief nebeneinander her, grenzte sich teilweise auch durch tiefgreifende politische Differenzen von einander ab – etwa die Formationen von Armia Ludowa und Gwardia Ludowa unter kommunistischer Führung mit ihrem ausgesprochen

---

(IfZ: MA-679/9, S. 440 f.): „Die dem deutschen Charakter eigene Harmlosigkeit muß verschwinden. Der Feind arbeitet mit den hinterhältigsten Mitteln auf jedem Gebiet. Auch der Bevölkerung, selbst wenn sie sich bisher anständig und angeblich antibolschewistisch gezeigt hat, darf nicht getraut werden."

[64] RSHA, Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse (12. 6. 1942).

[65] Vgl. Wehrkreisbefehlshaber GG, Lagebericht für Oktober 1942 (12. 11. 1942), IfZ: MA-680, S. 1453.

[66] Distriktchef Warschau, Monatsbericht für April 1942 (12. 5. 1942). – Vgl. denselben, Monatsbericht für März 1942 (13. 4. 1942): „Der passive Widerstand der großen Masse der polnischen Bevölkerung gegen die deutschen Wirtschafts- und Preisanordnungen versteift sich demzufolge mehr und mehr.", IfZ: MA-1505/2, IZ I-10.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aktivistischen Selbstverständnis neben der langfristig nur auf den großen Aufstand hinarbeitenden Armia Krajowa unter dem Oberbefehl der Londoner Exilregierung. So sehr auch die Unversöhnlichkeit dieser Gruppen, zu denen seit 1943 auf dem äußersten rechten Flügel noch die faschistischen Terrorgruppen der Narodowe Siły Zbrojne (NSZ) hinzutraten, von deutschen Stellen wohlgefällig kommentiert wurde[67], so effektiv war doch diese Aufsplitterung in der Bekämpfung der Besatzungsmacht. Es muß an dieser Stelle angemerkt werden, daß die deutschen Berichterstatter mit dem Etikett „Kommunismus" bei besonders aggressiven Formen des Widerstands rasch bei der Hand waren. Solche deutschen Zuschreibungen, die sich etwa auch auf Aktionen der sog. Kedyw-Abteilung der AK[68] richteten, sind mindestens ebenso häufig auf ideologische Voreingenommenheit zurückzuführen wie auf unzureichenden Informationsstand. Auffällig ist jedenfalls, wie häufig die Täterdefinition „kommunistisch" als Synonym für die moralische Wertung „verbrecherisch" auftritt.

Die deutsche Seite hat der Bandenentwicklung längere Zeit sorglos, wenngleich nicht tatenlos zugesehen. Die zahlenmäßige Zunahme dieser Formierung von militärischen offensiven Widerstandsgruppen wurde zunächst der „Neigung des Polen zu Maßlosigkeit und Überschwenglichkeit in politischen Fragen"[69] zugeschrieben. Der Rüstungsinspekteur GG zog sich in seinem Bericht über das dritte Quartal 1942 auf die Kompetenzenverteilung im besetzten Lande zurück und bemerkte kühl: „Rüstungsinspekteur hat auf diese Entwicklung, die in das Aufgabengebiet des Höheren SS- und Polizeiführers Ost fällt, keinen Einfluß"[70]. Die Oberfeldkommandantur Warschau sprach im März 1943, ebenfalls noch im Ton des angeblich desinteressierten Beobachters, von „zahlreichen asozialen Elementen, denen der Kommunismus gerade gut genug ist, um dadurch ihren verbrecherischen Neigungen freien Lauf zu lassen"[71]. Freilich sei „ein großer Teil

---

[67] Vgl. den Hinweis auf Bekämpfung von AL und GL durch die AK in: Lagebericht des Wehrwirtschaftsoffiziers des Wehrkreiskommandos GG für 1.–30. 4. 1944, IfZ: MA-638, S. 6381. Noch radikaler etwa die Richtlinien der rechten Organisation „Konfederacja Narodu" für ihre Kampfgruppe „Uderzenie", in denen es u. a. heißt: „Die bolschewistischen Banden in den östlichen Gebieten bedeuten für uns nichts anderes als die automatische Zugehörigkeit dieser Gebiete zur UdSSR. ... Gelingt es nicht, die Russen von ihren Bestrebungen abzubringen und für die eigenen zu gewinnen, so sind sie aus der Welt zu schaffen. ... Der Umstand, daß die Bolschewisten in vielen Fällen auch Slawen sind, dürfte in keinem Falle ein Grund dafür sein, sie nicht zu erschlagen. Daher weg mit jeder Sentimentalität, die eines Soldaten unwürdig ist!" In: RSHA, Amt IV, Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse (26. 11. 1943).

[68] Zusammengezogen aus „Kierownictwo Dywersji", Diversions-Führung.

[69] Rüstungsinspektion GG, Lagebericht für Januar 1942 (12. 2. 1942), IfZ: MA-638, S. 6197.

[70] Vierteljährlicher Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 3. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung (o. D., Juli–September 1942), IfZ: MA-638, S. 5277.

[71] Oberfeldkommandantur 225/Warschau, Monatsbericht für 16. 2.–15. 3. 1943 (21. 3. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 287.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Räuberei und Diebstählen auf Not und Teuerung zurückzuführen"[72], räumte die Wehrmacht im Sommer 1943 ein, allerdings in völliger Verkennung der politischen Antriebskräfte, auf denen Formierung und bedrohliche Verstärkung der Banden beruhten.

Nur für die Frühphase der Besatzungszeit dürfte die Annahme von sozusagen „klassischen", seit längerem ihr Wesen treibenden und von der Desorganisation der Staatlichkeit nach dem September 1939 zusätzlich begünstigten „Verbrecherbanden" zutreffend sein, wie sie der Kreishauptmann von Bilgoraj in seinem Gebiet beobachtet hat – Banden, zu denen sich die aus den Eingegliederten Reichsgebieten evakuierten Polen „aufgrund ihrer Notlage gesellen und die durch Raubüberfälle usw. ihr Dasein fristen"[73]. Im gleichen Sinne beschwichtigte der Kreishauptmann von Rzeszów im August 1940, als er berichtete, mit „Störungsversuchen" dieser Art werde man immer rechnen müssen: Polen sei „nun einmal das Land des Banditenunwesens, und man darf nicht geneigt sein, jedes Vorkommnis gleich politisch zu werten"[74]. Außerdem sei die Gefahr für die deutsche Besatzungsmacht gering zu veranschlagen, da man ja – wie der Kreishauptmann von Krasnystaw zum gleichen Zeitpunkt ausführte – „Gott sei Dank kein geschlossenes Volk gegen sich hat, sondern die Polen sehr uneinig sind"[75].

In solchen Urteilen bezogen Vertreter der Besatzungsmacht sich ebenso kenntnislos wie beharrlich auf ihr eigenes Bild von den früheren Zuständen in Polen und die politischen Schattierungen der gegenwärtigen Widerstandsbewegung. Sie nahmen dabei geflissentlich nicht zur Kenntnis, daß der Widerstand im Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht einig war, daß der „Polnische Untergrundstaat" zwar eine von Zielkonflikten politischer Art zerrissene „Innenpolitik" aufwies, in seiner „Außenpolitik" gegenüber der Besatzungsmacht jedoch zusammenstand.

Im Jahr 1942 war indessen zu solchen Beschwichtigungen und Selbsttäuschungen kein Anlaß mehr. Vertreter des SD drückten schon im Januar 1941 bei einer Besprechung im Rüstungskommando Warschau ihre Verwunderung darüber aus, „daß die Wehrmacht eine so große Sorglosigkeit" zeige; denn für den Fall eines polnischen Sieges sei „die planmäßige Abschlachtung aller Deutschen" nach längst erstellten Listen organisiert – „die Deutschen säßen auf einem Vulkan"[76]. Da-

---

[72] Oberfeldkommandantur 225/Warschau, Monatsbericht für 16. 7.–15. 8. 1943 (20. 8. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 556.

[73] Kreishauptmann Bilgoraj, Lagebericht für November 1940 (7. 12. 1940), IfZ: MA-158/1.

[74] Kreishauptmann Rzeszów, Lagebericht für August 1940 (30. 8. 1940), IfZ: MA-158/2.

[75] Kreishauptmann Krasnystaw, Lagebericht für August 1940 (10. 9. 1940), IfZ: ebenda.

[76] Rüstungsinspektion GG, Lagebericht für Januar 1941 (14. 2. 1941), IfZ: MA-638, S. 5909. – Ebenda die Reaktion der Rüstungsinspektion auf diese Vorhaltungen: „Eigene Beobachtungen greifbarer Art konnten auf diesem Gebiete nicht gemacht werden." – Vgl. auch die Bemerkung von SS-Staf Meisinger auf der 1. Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses für Polen: „Wir sitzen in Warschau auf einem Pulverfaß!", Niederschrift Oberost [hs.] (2. 3. 1940), IfZ: MA-679/1, S. 161.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen vertrat die Oberfeldkommandantur Lemberg, blind gegenüber der Motivation, die den Partisanengruppen durch die deutsche Besatzungspolitik inzwischen zugewachsen war, noch im Juli 1942 die Meinung, es treffe die Auffassung, „daß es sich bei den Banden um militärisch geführte und besondere Zwecke verfolgende Gruppen handelt, nicht zu – sie sind gewöhnliche Räuberbanden, wie sie hier schon seit Generationen beobachtet werden konnten"; auch hätten inzwischen SD und Polizei „scharf durchgegriffen" und „etwa 120 Personen hierbei erledigt (Räuber und Seuchenträger)"[77].

Überhaupt hat die Wehrmacht im GG während der gesamten Besatzungszeit in ihren mittleren und unteren Befehlsbereichen eine erstaunliche Blindheit gegenüber der Widerstandsbewegung gezeigt. Noch nach dem Warschauer Aufstand vom Spätsommer 1944 meldete der Divisionsstab Krakau im Dezember 1944, es sei „jedoch festzustellen, daß das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zur deutschen Wehrmacht immer noch ein gutes [sei], was die Erfahrungen beim Stellungsbau lehrt"[78]. Völlig vergessen war bei diesem Urteil, daß sich im Januar 1942 zum Beispiel die Oberfeldkommandantur Warschau zum wiederholten Male an die SS- und Polizeiführung mit der dringenden Bitte gewandt hatte, „die Festnahme von Geiseln zu erwirken", um mit Hilfe dieser Gegenstrategie die sich ausbreitende Sabotage einzudämmen; und diesmal setzte sich die Wehrmacht durch, obwohl die Widerstände gegen die Anwendung von Geiselnahme ausgerechnet von Seiten des SS- und Polizeiführers kamen, der sich davon keine Wirkungen versprach, „da ohnehin täglich Erschießungen erfolgen"[79]. Dann wieder berichtete die Oberfeldkommandantur Lublin in gezielter Absetzung gegen die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen Anfang 1944, die Erschießungen des SD als Repressalie gegen Partisanenaktionen würden „mit dem russischen Blutbad in Katyn verglichen"[80]. Und in der Lagebeurteilung des Wehrkreiskommandos GG vom Mai 1943 heißt es lapidar, die Zivilverwaltung habe „wiederholt um Unterstützung gebeten und festgestellt, daß die Exekutive nicht mehr Herr der Lage sei"[81].

---

[77] Oberfeldkommandantur 365/Lemberg, Monatsbericht für 16. 6.–15. 7. 1942 (19. 7. 1942), IfZ: MA-679/4, S. 762. – „Seuchenträger" muß als Synonym für Juden verstanden werden, die von den deutschen Behörden für die Verbreitung des Fleckfiebers verantwortlich gemacht wurden. Für den Zulauf von versprengten flüchtigen Juden zu den Partisanen vgl. Oberfeldkommandantur 372/Lublin, Monatsbericht für 16. 11.–15. 12. 1942 (21. 12. 1942), IfZ: MA-630, S. 1272. – Im Vierteljährlichen Überblick des Rüstungsinspekteurs GG (Juli–September) [vgl. Anm. 70] heißt es sogar: „Zudem ist die Führung des Bandenunwesens in jüdische Hände mit sowjetischen Methoden übergegangen." (S. 5277).

[78] Divisionsstab z. b. V. 601/Krakau, Monatsbericht für 1. 11.–1. 12. 1944 (8. 12. 1944), IfZ: MA-679/7, S. 627.

[79] Zum Vorgang vgl. Oberfeldkommandantur 225/Warschau, Monatsbericht für 16. 1.–15. 2. 1942 (24. 2. 1942), IfZ: MA-679/4, S. 258.

[80] Oberfeldkommandantur 372/Lublin, Monatsbericht für 16. 2.–15. 3. 1944 (23. 3. 1944), IfZ: MA-679/7, S. 204.

[81] Wehrkreiskommando GG, Lagebericht für Mai 1943 (2. 6. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 109.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Gründe für soviel Widersprüchlichkeit enthüllen sich als Motive, wenn man die Wehrmachtsberichterstattung näher betrachtet. – Im Mai 1943 meldete General Schindler als Rüstungsinspekteur GG, die Sicherheit im GG lasse sich nicht „ohne wirklich durchgreifende Sanierungsaktionen" wieder herstellen, und diese müßten mit „entsprechenden Machtmitteln durchgeführt" werden; auch sei es notwendig – dieses als Hieb gegen die Zivilverwaltung und die höheren Aspirationen ihres Chefs Hans Frank –, unter den gegebenen Verhältnissen „die Erklärung des Generalgouvernements zum Heimatgebiet vorerst auszusetzen"[82]. Im Juni 1943 meldete die Oberfeldkommandantur Warschau, der Einsatz von Wehrmacht gegen Partisanengruppen habe „zu guten Erfolgen"[83] geführt. Die Oberfeldkommandantur Lemberg verwies im August 1943 darauf, daß eine stärkere Belegung des Landes mit Wehrmacht, „gegebenenfalls durch Ausbildungs- und Ersatzeinheiten", zur Wiedergewinnung „des deutschen Ansehens und zur Beruhigung der Bevölkerung dringend wünschenswert"[84] sei. Der Lagebericht des Wehrwirtschaftsoffiziers beim Wehrkreiskommando GG forderte Anfang 1944 die „Schaffung einer einheitlichen Führung"[85] und nannte endlich im Juni 1944 die Ziele der Wehrmacht beim Namen: eine Besserung der Lage werde sich nur dann erreichen lassen, wenn die Bekämpfung der Partisanen „unter militärischem Kommando"[86] erfolgen werde.

Verfolgt man diese aufsteigende Linie, so wird deutlich, daß die Urteile der Wehrmacht über die Widerstandsbewegung auf weite Strecken durch den Wunsch mediatisiert waren, auf dem Gebiet der aktiven Sicherheitspolitik freie Hand zu erhalten und die als lästig empfundene Bevormundung durch die SS- und Polizeiführung abzustreifen. Schon Mitte 1943 hatten sich diese Bestrebungen offenbar so deutlich artikuliert – auch handelte es sich hierbei ja nicht in erster Linie um die Sicherheitspolitik im GG als vielmehr um einen Nachtkampf mit der SS –, daß Himmler am 19. Juni Vortrag beim Führer hielt, und zwar mit dem bezeichnenden Tenor in seiner Vortragsnotiz:

> „Ich habe dem Führer gemeldet, daß die Gefahr besteht, daß ich persönlich bezw. die SS und Polizei für die schwierige Bandenlage, die durch das Abziehen aller Kräfte an die Front im Winter 41/42 und 42/43 entstand, verantwortlich gemacht werde. ... Der Führer entschied im einzelnen wie folgt: ...
>
> 2. Er bestätigte in klarster Form die Tatsache, daß der SS und Polizei, nachdem ihr die Kräfte weggenommen, aus dem Anwachsen der Bandengefahr nicht der geringste Vorwurf zu machen ist. ...

---

[82] Vorsitzender der Rüstungskommission GG an Reichsminister für Bewaffnung und Munition (24. 5. 1943), IfZ: MA-1017, S. 679.

[83] Oberfeldkommandantur 225/Warschau, Monatsbericht für 16. 5.–15. 6. 1943 (22. 6. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 5.

[84] Oberfeldkommandantur 365/Lemberg, Monatsbericht für 16. 7.–15. 8. 1943 (17. 8. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 578 f.

[85] Wehrwirtschaftsoffizier des Wehrkreiskommandos GG, Lagebericht für 1.–30. 4. 1944, IfZ: MA-638, S. 6381.

[86] Derselbe, Lagebericht für Mai 1944 (7. 6. 1944), IfZ: MA-638, S. 6345 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Der Führer sprach klar aus, daß die Frage der Bandenbekämpfung und der Sicherung auch im Generalgouvernement einzig und allein Angelegenheit und Aufgaben des Reichsführers-SS wären."[87]

Und nur zwei Tage nach dieser von höchster Stelle erteilten Absolution erklärte Himmler wegen der durch Überfälle, Sabotageakte und Bandentätigkeit „gestörten" Sicherheitslage das GG zum Bandenkampfgebiet und sicherte damit der SS- und Polizeiführung den Rechtstitel auf alleinige Zuständigkeit in diesem Bereich[88].

Das große Wachstum der Partisanengruppen und damit die Bereitstellung militärisch-offensiver Verbände fiel in die erste Jahreshälfte 1942. In der zweiten Hälfte schlugen Stimmung und Haltung der polnischen Bevölkerung um und wurden zusehends aggressiver. Der Wehrkreisbefehlshaber Haseloff notierte dazu in knapper militärischer Diktion:

„Der Widerstandsgeist wuchs, nahm festere Formen an. Gründe: wachsende Not, zunehmend fühlbare Last des Krieges, seelische Bedrückung, zunehmende Einengung der Freiheit, psychologisch falsche Behandlung, falsche Härte bis zu krasser Ungerechtigkeit, völlige Mißachtung verbunden mit mangelnder Fürsorge raubten den Polen letzten Rest von Glauben an gutes Wollen der Deutschen."[89]

Für den Zusammenhang zwischen bestimmten Formen der Besatzungspolitik und den mit diesen korrelierenden Aktionsfeldern des Widerstands ist es bezeichnend, daß Haseloff die Entwicklung des Widerstands als reine Folgeerscheinung der in Form eines Negativkatalogs abgehandelten Besatzungspolitik darstellte. Und in der Tat hatte die deutsche Besatzungspolitik Ende des Jahres 1942 die entscheidende Vorbedingung für den Erfolg der sogenannten Banden geschaffen, die diesen bis dahin gefehlt hatte: die deutsche Politik hatte die Partisanen nicht nur mobilisiert, sondern sie hatte ihnen auch ein operatives Konzept aufgenötigt. „Die Lage im GG war bis Mitte 1942 kein brennendes Problem"[90], urteilte die Abteilung Ia des Wehrkreiskommandos. Doch dann nahm die Besatzungsmacht wahllose Festnahmen – die sogenannten Fangaktionen – auf Straßen, Bahnhöfen, in Kinos usw. vor, so daß schon im Oktober 1942 für Warschau „aufsässige Stimmung in den breiten Massen"[91] vorherrschend war. Bei der Durchkämmung von

---

[87] RFSS, Notiz zum Vortrag beim Führer v. 19. 6. 1943, IfZ: MA-502, S. 6505 f.

[88] Anordnung des RFSS (21. 6. 1943), IfZ: MA-342, S. 7691. – In der Praxis dürfte sich indessen wenig geändert haben. Vgl. die Anweisung des RFSS nach einem Partisanenüberfall bei Cieszyn: „Die beabsichtigten Sühnemaßnahmen sind in aller Schärfe durchzuführen, und zwar so, daß dieses bestimmt der letzte Überfall im deutschen Siedlungsgebiet bleibt. Wenn es notwendig ist, sind ganze polnische Dörfer auszurotten." RFSS an HSSuPolF Krüger, Fernschreiben v. 1. 2. 1943, IfZ: MA-304, S. 4444.

[89] Wehrkreisbefehlshaber GG (Haseloff) an OKH, Überblick über die Lage im GG (o. D., Anschreiben v. 7. 4. 1943), IfZ: MA-1017, S. 715 ff. – Haseloff bezieht sich ausdrücklich auf die Entwicklung in der 2. Jahreshälfte 1942.

[90] Wehrkreiskommando GG (Abt. Ia), Beurteilung der Lage, Monat Mai (2. 6. 1943), IfZ: MA-1017, S. 633.

[91] Oberfeldkommandantur 225/Warschau, Monatsbericht für 16. 10.–15. 11. 1942 (24. 11. 1942), IfZ: MA-680, S. 1562.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dörfern griff die Polizei „zu äußerst scharfen Maßnahmen, von denen oft zahlreiche unschuldige Landeseinwohner hart betroffen wurden", und nach dem Urteil der Oberfeldkommandantur Radom nahm daraufhin „trotz verstärkten Einsatzes von Polizeikräften die Unsicherheit weiterhin ständig zu"[92]. Die Judenvernichtung, von der die Widerstandsbewegung glaubwürdige Nachrichten in Umlauf setzte, erschien den Polen nicht ohne Grund als „Schreckbild eigenen Schicksals"[93]. Angesichts der immer bedrückender werdenden wirtschaftlichen Situation im GG, die breites Elend zum Normalfall machte, prophezeite die Oberfeldkommandantur Warschau, der polnische Arbeiter habe nun wirklich „nichts mehr zu verlieren, so daß er in solcher Lage für Verzweiflungsaktionen zugänglich"[94] sei.

Auslösender Faktor aber, und bald auch maßgeblicher Zielpunkt für das entstehende operative Konzept der Partisanengruppen war die Zwangsarbeiterpolitik, die auf der Grundlage Berliner Weisungen von der Zivilverwaltung durchgeführt wurde. Die öffentlichen Plakate zur Einberufung aller Männer der Jahrgänge 1918–1921 hatten „eine ganz verheerende Wirkung"; nach ihrem Anschlag „setzten schlagartig Überfälle auf Hunderte von Gemeindeämtern ein, in denen alle Einwohnerlisten verbrannt wurden"[95], so daß jetzt die Zwangsarbeiterpolitik nicht mehr administrativ, sondern nur noch auf dem Wege unsystematischer Gewaltmaßnahmen wie „Fangaktionen" durchgeführt werden konnte.

Da an eine grundsätzliche Revision der Besatzungspolitik an Haupt und Gliedern schon deshalb nicht zu denken war, weil Ziele und Formen der deutschen Politik einander bedingten, mußte zwangsläufig alles, was die deutschen Behörden taten und veranlaßten, dem Widerstand zusätzliche Begründung geben, seine ursprüngliche Rechtfertigung durch Zulieferung von Details verstärken und damit die Auseinandersetzung zur Eskalation geradezu nötigen. Während der SS-Brigadeführer Globocnik im August 1942 noch verharmlosend erklären konnte, „heute treibe nur noch das von jeher vorhanden gewesene Verbrechergesindel sein Unwesen"[96], mußte Globocniks Kollege Böttcher für den Distrikt Radom ein ganz anderes Bild zeichnen: im April 1942 habe die Zahl der monatlichen Überfälle erstmals 100 überschritten, sei bereits im Juli verdoppelt worden, im November mehr als verdreifacht (365), im Februar 1943 auf fast 500 gestiegen, im März auf 705, im April auf 965, und für den Mai 1943 müsse in seinem Distrikt allein mit über 1000 Überfällen durch die sogenannten Banden gerechnet werden. Nach Aussagen Böttchers richteten sich die Angriffe immer plan-

[92] Oberfeldkommandantur 603/Radom, Monatsbericht für 16. 6.–15. 7. 1943 (21. 7. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 680.

[93] Vgl. Anmerkung 90.

[94] Oberfeldkommandantur 225/Warschau, Monatsbericht für 16. 9.–15. 10. 1942 (22. 10. 1942), IfZ: MA-679/5, S. 1000.

[95] Oberfeldkommandantur 372/Lublin, Monatsbericht für 16. 4.–15. 5. 1943 (19. 5. 1943), IfZ: MA-679/6, S. 165.

[96] Ausführungen auf der Sitzung zur „Besprechung von Sonderproblemen des Distrikts Lublin" (4. 8. 1942): Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (hrsg. v. Präg/Jacobmeyer), S. 538.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mäßiger gegen kleine Postämter, Bahnstationen, Steuereinnahmestellen, vor allem aber gegen Gemeindeämter, und auch gegen Molkereien, Milch- und Eiersammelstellen, Güter der Liegenschaftsverwaltung, Sägewerke usw. Mithin habe diese „Angriffstätigkeit" die unbestreitbare Tendenz, „die deutsche Verwaltung, das deutsche Nachrichtenwesen, die deutsche Wirtschaft zu stören"[97].

Daß hier von bloßen „Störungen" schon bald nicht mehr die Rede sein konnte, wird nicht zuletzt durch die Ausführungen von Kreishauptmann Brand (Puławy) belegt, der auf der Lubliner Distriktstagung Ende Mai 1943 seine Ausführungen mit dem flehentlichen Appell an den Generalgouverneur beschloß:

> „Die deutsche Führung in diesem Raum ist in Gefahr, restlos verloren zu gehen, wenn nicht in kürzester Zeit stärkste Maßnahmen erfolgen, um die vollkommen gesunkene deutsche Autorität zu heben. Wir stehen vor dem offenen Aufruhr. Im Namen der Kreishauptleute bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, um Ihr Einschreiten."[98]

Zum gleichen Zeitpunkt urteilte der Wehrkreisbefehlshaber GG, „der Zustand allgemeinen Aufruhrs, chaotischer Verhältnisse rückt näher. Der Umsturz jeglicher Ordnung, die Mißachtung der Autorität ist im Gange". Es sei die „planvolle Zerstörung aller lebenswichtigen Betriebe erkennbar"[99]. Damit besteht kein Zweifel, daß die polnische Widerstandsbewegung der deutschen Besatzungsmacht das Eingeständnis einer gescheiterten Besatzungspolitik abgenötigt hat.

An warnenden Stimmen von deutscher Seite hat es nicht gefehlt. Schon im Spätherbst 1939 wurde an „Maßnahmen und Äußerungen, die das polnische Nationalgefühl kränkten"[100], Kritik geübt. Besonders häufig wurde die Ernährungspolitik der Besatzungsmacht von deutschen Beobachtern angeprangert: sie biete „einen außerordentlich günstigen Nährboden für politische Konspiration" und bewirke, daß die einzelnen Schichten der polnischen Bevölkerung „immer enger zusammenrücken und die Front gegen die Deutschen eine ständig wachsende Geschlossenheit gewinnt"[101]. Wenn die Bevölkerung nichts anzuziehen, nichts zu essen und nichts zu heizen habe, könne – so der Kreishauptmann von Dębica im Dezember 1940 – „auf die Dauer die allgemeine Lage nicht ruhig bleiben"[102]. Richtpreise und die sogenannten Kontingentsforderungen wurden nach Beobachtungen der Wehrmacht von der Bevölkerung als Enteignung gewertet[103], so

---

[97] SSuPolF Böttcher: Referat über die Sicherheitslage im Distrikt Radom, Arbeitstagung v. 26. 5. 1943, ebenda, S. 662 ff.

[98] Arbeitstagung v. 29. 5. 1943: Sicherheitslage im Distrikt Lublin, ebenda, S. 672.

[99] Vgl. Anm. 89.

[100] Rüstungsinspekteur Oberost, Stimmungsbericht (21. 11. 1939), IfZ: MA-638, S. 5766. – Nahezu wörtlich übernommen aus Barckhausens „Rüstungswirtschaftlicher Lagebericht" (29. 10.–18. 11. 1939), IfZ: MA-638, S. 5711.

[101] Stadthauptmann Krakau, Lagebericht für November 1940 (14. 12. 1940), IfZ: MA-158/1.

[102] Kreishauptmann Dębica, Lagebericht für November 1940 (2. 12. 1940), IfZ: MA-158/1.

[103] Oberfeldkommandantur 365/Lemberg, Monatsbericht für 16. 10.–15. 11. 1943, Anlage (o. D.), IfZ: MA-679/6, S. 924.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die polnische Bauernschaft in manchen Orten das Vieh in die Wälder trieb und lieber den sogenannten Banden überließ, als es an die deutschen Behörden abzuliefern. Die Ausweisung der Polen aus den „Eingegliederten Reichsgebieten" und die bei der Anlegung von Truppenübungsplätzen u. ä. vorgenommenen Umsiedlungen im GG selbst führten in der Anfangsphase dazu, „daß die Widerstandsbewegung in den Dörfern der Evakuierten besonders stark"[104] war, zumal die Warnungen des Krakauer Distriktchefs vor einer entschädigungslosen Umsiedlung ungehört verhallten. Besonders vernichtende Kritik richtete sich gegen Himmlers Experimente im Kreis Zamość, wo nationalsozialistische Volkstumsideologie, bedenkenlose Aussiedlungen durch Polizeiaktionen und berechtigter polnischer Widerstand zu einem dichten Begründungs- und Aktionszusammenhang verschmolzen[105].

Wenn Lammers als Chef der Reichskanzlei im April 1943 die Forderungen des Generalgouverneurs nach einer Revision der Polenpolitik durch die Gegenforderung zurückwies, es müsse erst einmal eine „saubere und geordnete Verwaltungs- und Wirtschaftsführung" erfolgen, die es gestatte, „die einheimische Bevölkerung auf der einen Seite streng und wenn nötig auch hart anzupacken, auf der anderen Seite aber auch großzügig zu verfahren"[106], so stellte das wenig mehr dar als eine deprimierend wirklichkeitsferne Übung in politischer Theorie; denn solche Strenge hätte sich ja doch wohl durch ein wie geringes Maß auch immer an Gerechtigkeit legitimieren müssen. Die Kritik deutscher Stellen entzündete sich an Folgewirkungen der eigenen Polenpolitik und versuchte einzelne Beschwerdepunkte aus dem herauszubrechen, was nach Zweckbestimmung, administrativer Zuständigkeit und praktischer Durchführung ein geschlossenes Ganzes war. Zudem war im Jahr 1943 die Chance zu einer, wie manche Kreise der Zivilverwaltung vage gehofft hatten, grundlegenden Revision vertan. Das gestand selbst Lammern ein, wenn er schrieb, Generalgouverneur Frank verwende sich für eine Kursänderung, „die an sich schon über das Ziel hinausschießt, unter den obwaltenden Umständen aber und nicht zuletzt in Zusammenhang mit unserer militärischen Lage im letzten Winter [1942/43] nur als Schwäche ausgelegt werden könnte und das Gegenteil des erstrebten Zieles erreichen muß"[107].

Das vielleicht schlüssigste Urteil über die deutsche Besatzungspolitik in Polen als die eigentliche Urheberin des Widerstands liegt im Bericht des SS-Sturmbannführers Dr. Strickner aus dem Reichssicherheitshauptamt vor. Dort heißt es nach

---

[104] Distriktchef Krakau, Lagebericht für November 1940 (18. 12. 1940), IfZ: MA-158/1.

[105] Vgl. Czeslaw Madajczyk, Deportations in the Zamość Region in 1942 and 1943 in the Light of German Documents, in: Acta Poloniae Historica 1 (1958). – Vgl. ebenfalls die in Anmerkung 20 zitierte Dokumentation des gleichen Autors.

[106] Lammers-Aufzeichnung, Die Zustände im Generalgouvernement (12. 4. 1943), IfZ: MA-300, S. 4011–4024. – Die Aufzeichnung wurde mit Schreiben v. 17. 4. 1943 an Himmler übersandt.

[107] Ebenda.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Abhandlung der Voraussetzungen für die deutsche Politik im besetzten Lande, es hätten Aussiedlungen, wirtschaftlicher Raubbau, Zwangsarbeiter- und Ernährungspolitik

> „zu einem solchen Anwachsen der Tätigkeit und Macht der Widerstandsbewegung geführt, daß praktisch von ihr als einem Staat im Staate gesprochen werden kann. Die infolge Menschenmangels unzureichenden deutschen Bekämpfungsmaßnahmen ... unterstützten die Widerstandstätigkeit in ihrer Tätigkeit besonders stark. Politisch falsche Maßnahmen (Polenaussiedlung in Zamość, Arbeiterfangaktionen usw.) verstärkten den polnischen Widerstandswillen. ... Weitere Faktoren waren einerseits der ausgesprochene Freiheitswille des Polentums, andererseits eine konspirative Veranlagung. ... Die fast 1000jährige Sehnsucht der Polen nach einem Großpolen ist heute mehr denn je in jedem lebendig. Er ist dafür imstande, jedes Opfer zu bringen. Die Behandlung eines Volkes mit Methoden, die England gegen außereuropäische Völker (Blechlöffel und Kattun) anwandte, ist daher von vornherein auf das polnische Volk nicht anwendbar."[108]

[108] SS-Sturmbannführer Dr. Herbert Strickner, Bericht „Bisherige Polenpolitik und Vorschläge zu ihrer Auflockerung bzw. Neuordnung" (19. 10. 1944), IfZ: MA-641, S. 2094 ff. – Der Bericht geht zurück auf die vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD am 16. 10. 1944 angeforderte Stellungnahme zur Polenpolitik.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HELMUT KRAUSNICK

KOMMISSARBEFEHL UND „GERICHTSBARKEITSERLASS BARBAROSSA" IN NEUER SICHT

Im Rahmen der Vorgeschichte von Hitlers Rußlandkrieg hat die Frage nach Entstehung und Durchführung jener beiden rechtswidrigen Erlasse des Oberkommandos der Wehrmacht bzw. Hitlers selbst, die in abgekürzter Form als „Kommissarbefehl" und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa" bezeichnet werden[1], bereits zu wiederholten Malen die Forschung beschäftigt. Die erste Spezialstudie zum Thema, die Heinrich Uhlig 1957 unter dem Titel „Der verbrecherische Befehl" publizierte[2] und überwiegend dem Kommissarbefehl widmete – Alexander Dallin war in seinem 1957 veröffentlichten Buch „German Rule in Russia 1941–

---

[1] Der „Kommissarbefehl", amtlich mit „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" überschrieben, wurde am 6. Juni 1941 „i. A." des „Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht" mit einem vom Chef der Abteilung Landesverteidigung des Wehrmachtführungsstabes des OKW, Generalmajor Warlimont, unterzeichneten Anschreiben (Briefkopf: „Oberkommando der Wehrmacht [darunter:] WFSt/Abt. L (IV/Qu) Nr. 44822/41 g. K. Chefs.") laut „Verteiler" an die Oberbefehlshaber des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine, an den General z. b. V. beim ObdH sowie an bestimmte Untergliederungen des OKW, namentlich den Wehrmachtführungsstab, und einige von dessen Abteilungen und Gruppen abgesandt. Am 8. 6. 1941 wurde er abschriftlich als „nachstehender Erlaß des OKW vom 6. 6. 41 – WFSt Abt. L (IV/Qu) Nr. 44822/41 g. Kdos. Chefs." mit einem „Zusätze" enthaltenden, vom Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, unterzeichneten Anschreiben (Briefkopf: Der Oberbefehlshaber des Heeres [darunter:] Gen. z. b. V. b. Ob. d. H. (Gr. R.Wes.) [d. h. „Gruppe Rechtswesen"] Nr. 91/41 g. Kdos. Chefs.") laut „Verteiler" an eine Reihe von hohen Kommandostellen des Heeres weitergegeben. (Nürnberger Dok. NOKW-1076.)
Der „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa", amtlich mit „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa' und über besondere Maßnahmen der Truppe" überschrieben (Briefkopf: „Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht"), war bereits am 13. Mai 1941 „im Auftrage" vom Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, unterzeichnet worden und wurde am 14. 5. 1941 mit einem „i. A." des Chefs des OKW vom Quartiermeister der Abteilung Landesverteidigung, Oberstleutnant von Tippelskirch, unterzeichneten Anschreiben (Briefkopf: „Oberkommando der Wehrmacht [darunter:] WFSt/Abt. L (IV Qu.) Nr. 44718/41 g. Kdos. Chefs.") an die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile, bestimmte Untergliederungen des OKW, namentlich an den Wehrmachtführungsstab des OKW und einige von dessen Abteilungen bzw. Gruppen, gesandt. (Nürnberger Dok. NOKW 3357 und C 050, gedruckt: IMT, Bd. XXXIV, S. 250 ff.). Zur Weitergabe durch den ObdH vgl. weiter unten im Text.

[2] Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte" B XXVII/57 zur Wochenzeitung „Das Parlament" vom 17. 7. 1957; „Einführung" zu einer Diskussion des von General a. D. von Witzleben geleiteten Arbeitskreises der „Europäischen Publikation" in München, dem mehrere ehemalige Offiziere sowie Politiker, Juristen und Historiker angehörten, zum Thema der beiden Befehle. Mit Dokumentation.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1945"[3] nur kurz auf den Fragenkomplex eingegangen[4] –, begegnete heftiger Gesamt- und Einzelkritik von seiten des an der Gestaltung beider Befehle beteiligt gewesenen Chefs der Abteilung L (Landesverteidigung) im OKW, General d. Art. a.D. Walter Warlimont. In seinem Buch „Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945", das 1962 erschien, machte er über seine Nürnberger Aussagen hinaus Mitteilungen zur Entstehung des Kommissarbefehls und äußerte sich dezidiert im Sinne einer „stärkeren Differenzierung der Mitverantwortlichkeit innerhalb des militärischen Apparats"[5], praktisch wesentlich zuungunsten der Führung des Heeres[6].– Ebenfalls im Jahre 1962 deuteten in ihrem Buch über den Feldzug gegen Sowjetrußland Alfred Philippi und Ferdinand Heim[7] das vielerörterte Verhalten des ObdH dahin, Generalfeldmarschall von Brauchitsch habe einen „einigermaßen brauchbaren Ausweg" aus seiner „drückenden Lage ... wohl nur noch darin zu erkennen" geglaubt, „daß er durch seine eigenen Organe – in der Dienststelle des Generals z. b. V. [beim ObdH] – den ihm [von Hitler] aufgezwungenen Befehl formulieren ließ in der Hoffnung, die Ausführung zu hintertreiben"; doch habe er durch seine „sich widersprechenden Befehle ... einen für viele Soldaten untragbaren Zwiespalt zwischen Gehorsam und Gewissen" geschaffen. – In einer neuen, breiter angelegten und tiefergreifenden Untersuchung des Sachverhalts[8] setzte sich Uhlig mit den Einwänden Warlimonts auseinander, hielt aber an seiner Gesamtauffassung fest, wonach sich die Verantwortung verteilte. – Im Rahmen einer umfassenderen Abhandlung hatte sich inzwischen Hans-Adolf Jacobsen sowohl mit dem Kommissarbefehl, als auch mit dem Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa beschäftigt[9], wobei er (wie Uhlig) sein Augenmerk auf den damaligen Stand des Verhältnisses Wehrmacht – Hitler richtete und auf die verbleibende Unklarheit über die Gründe für die Vorlegung

---

[3] A Study of Occupation Policies, London 1957.

[4] Vgl. A. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945, Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, S. 42–46 (mit mehreren irrigen Angaben).

[5] Wie H. Uhlig es in seiner zweiten Studie, a. a. O. (s. Anm. 8), S. 292, formuliert hat.

[6] Nicht zuletzt betonte Warlimont (a. a. O., S. 183) erneut, daß mit der Absendung seiner (noch zu erwähnenden) Vortragsnotiz vom 12. 5. 1941 seine „Abteilung L einstweilen [d. h. bis Ende Mai] aus der weiteren Behandlung der Sache ausschied". Im übrigen bemerkte W. (S. 185), daß Hitlers „Richtlinien über die Kriegsgerichtsbarkeit im Osten ohne Mitwirkung der Abteilung L von anderen Dienststellen des OKW in Berlin bearbeitet worden" seien.

[7] „Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941–1945", Stuttgart 1962, S. 50f.

[8] Gleichfalls betitelt „Der verbrecherische Befehl", in: „Vollmacht des Gewissens" (hrsg. von der Europäischen Publikation e. V.) Bd. II, Frankfurt/Main-Berlin 1965, S. 287–410.

[9] „Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener", ursprünglich Sachverständigengutachten für den Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/Main vom 14. 8. 1964; gedruckt in: „Anatomie des SS-Staates" (Beiträge von H. Buchheim, M. Broszat, H. A. Jacobsen, H. Krausnick), Bd. II, Olten/Schweiz und Freiburg/Br. 1965; dtv Nr. 462/463, S. 135ff. Laut S. 145, Anm. 17, konnte Verf. bereits die ungedruckte Fassung der zweiten Studie von H. Uhlig (vgl. meine Anm. 8) benutzen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigener Befehlsentwürfe durch die Heeresführung hinwies. – In seinem Buch „Die Wehrmacht im NS-Staat" (1969)[10] widmete sodann Manfred Messerschmidt dem Fragenkomplex einen längeren Abschnitt, in dem er unter Darlegung der eklatanten Rechtswidrigkeit beider Befehle ebenfalls namentlich den damaligen Zustand der Beziehungen der Wehrmacht zum NS-Regime ins Auge faßte. – Als nächster Bearbeiter des Themas hat sich Herman Dieter Betz in seiner Würzburger Dissertation von 1970 „Das OKW und seine Haltung zum Landkriegsvölkerrecht im Zweiten Weltkrieg"[11] besonders eingehend mit der Entstehung der beiden Befehle und der Frage der Verantwortlichkeit dafür befaßt. Seine Forschungen dürften u. a. zur Klärung der Gründe für die erwähnte Initiative der Heeresführung beigetragen haben. Hinsichtlich der Verteilung der weiteren Verantwortlichkeiten blieben sie freilich, neben den zeitgenössischen Befehlsentwürfen und den Nürnberger Aussagen des 1941 als Leiter der Rechtsabteilung im OKW fungierenden Ministerialdirektors Dr. Lehmann, weitgehend auf zusätzliche mündliche Aussagen von General a. D. Warlimont angewiesen. – David Irving geht in seiner Darstellung „Hitler und seine Feldherren" (1975) kurz auf die Vorgeschichte der beiden, in ihrer krassen Rechtswidrigkeit den Zielen des Unternehmens Barbarossa gemäßen Führererlasse ein, jedoch mit scharfer Kritik an der Rolle der Heeresführung, „ganz zu schweigen von den deutschen Militärjuristen", bei ihrer Ausarbeitung[12]. – Werner Maser schließlich begnügt sich in seinem Buch „Nürnberg – Tribunal der Sieger" (1977) im Abschnitt „Verbrechen aus Gehorsam"[13] mit der Wiedergabe der Dokumente (z. T. in Faksimile) sowie der Nürnberger Aussagen des ehemaligen Generaloberst Jodl zur Entstehung des Kommissarbefehls und befaßt sich im Anschluß hieran etwas näher mit der dabei von Jodl gespielten Rolle. – Sämtliche erwähnten Autoren aber haben die inzwischen zugänglich gewordenen Akten der Quartiermeistergruppe der Abteilung Landesverteidigung des Wehrmachtführungsstabes des OKW (OKW/WFSt/L IV, Chefsachen Barbarossa)[14] noch nicht benutzt. Diese dürften jedoch die Frage nach den Verantwortlichkeiten für das Zustandekommen beider Befehle einer Klärung näherbringen und zugleich auf das Verhältnis der Wehrmacht zu Hitler am Vorabend des Angriffs auf die Sowjetunion neues Licht werfen.

Die alle normalen Dimensionen überschreitende Aufgabe, die sich Hitler bei dem geplanten Angriff auf die Sowjetunion setzte, erforderte nach seiner Überzeugung einen ebenso hohen Grad von Brutalität in der Durchführung: Seien doch, wie er nach drei Monaten Ostkrieg einmal sagte, die „schärfsten Mittel ... in der Geschichte der Machterweiterung großer Völker immer mit Erfolg ange-

---

[10] Hamburg 1969, S. 390–412.
[11] Zur Erlangung der Würde des Dr. jur. der Universität Würzburg.
[12] A. a. O., Frankfurt/M.-Berlin 1975, S. 269f.
[13] A. a. O., Düsseldorf-Wien 1977, S. 291–315.
[14] Bundesarchiv/Militärarchiv (künftig zitiert: BA/MA), RW 4/575, 577, 578.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wandt worden"[15]. Was ihm daher an entsprechenden Maßnahmen vorschwebte, ließ sich seinen vielzitierten, hier kurz zusammengefaßten Äußerungen, die er im März 1941 bei verschiedenen Gelegenheiten tat[16], bereits weitgehend entnehmen. Der kommende Feldzug – so lautete sein Hauptargument – sei kein bloßer Kampf der Waffen, sondern eine Auseinandersetzung zwischen zwei Weltanschauungen. Es gelte die Ausrottung des Bolschewismus. „Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz" sei daher zu „beseitigen" und die Sowjetunion in mehrere „sozialistische Staatsgebilde" aufzulösen, „die von uns abhängen". Denn unbedingt zu vermeiden sei auch, daß „an [die] Stelle des bolschewistischen nunmehr ein nationales Rußland" trete. Diese Aufgaben seien aber „so schwierig, daß man sie dem Heere nicht zumuten" könne[17].

Sollte mit dieser Begründung dem Heer vor allem ein maßgeblicher Einfluß auf den Kurs der Besatzungspolitik verwehrt werden, so war Hitler dennoch in der Folge immer weniger geneigt, es auch aus deren praktischer Durchführung herauszuhalten. Im Gegenteil, in sinngemäßer Ergänzung seiner Äußerungen über die „jüdisch-bolschewistische Intelligenz" – mit deren „Beseitigung" das Sowjetregime stürzen würde – kennzeichnete er in seiner großen Rede vor den Generalen am 30. März 1941 als Träger der bolschewistischen Idee die sowjetischen Funktionäre in Staat und Partei sowie die politischen Kommissare in der Roten Armee und legte hinsichtlich der letzteren kurzerhand fest, sie seien keine Soldaten und daher gegebenenfalls auch nicht als Kriegsgefangene zu behandeln. Vielmehr wären sie gleich nach ihrer Gefangennahme von den anderen Gefangenen zu trennen und den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD zu übergeben. Zu welchem Zweck letzteres geschehen sollte, konnte kaum einem Zweifel unterliegen, wurde obendrein von Hitler selbst sofort klargestellt: Wo eine Übergabe an den SD nicht möglich sei – erklärte er nämlich –, seien sie *von der Truppe zu erschießen!*[18] Entgegen elementarsten Grundsätzen des Völker- und im besonderen des Kriegsrechts, entgegen auch den geltenden Bestimmungen des deutschen Militärstrafgesetzbuchs, sollten also wehrlose Gefangene, die generell gesehen alle rechtlichen Erfordernisse von Kombattanten erfüllt hatten, ohne kriegs- und standgerichtliches Verfahren getötet werden.

Es stand in vollem Einklang mit den dargelegten allgemeinen Intentionen Hitlers, wenn er von einer Einrichtung der üblichen Militärverwaltung im besetzten sowjetischen Gebiet, die mit ihrer Gerichtsbarkeit auch der Zivilbevölkerung ein

[15] Laut der von Keitel am 16. 9. 41 unterzeichneten Weisung WFSt/Abt. L (IV Qu) Nr. 002 060/41 g. Kdos.; gedruckt: Jacobsen a. a. O. (s. Anm. 9), S. 216.

[16] Anfang März (s. Anm. 17); am 17. 3.: vgl. Generaloberst Halder, Kriegstagebuch (künftig zit.: Halder-Tgb.), bearb. von H.-A. Jacobsen, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 320; am 30. März: ebd., S. 335 ff.; ferner H. Greiner, Die Oberste Wehrmachtführung 1939–1943, Wiesbaden 1951, S. 371.

[17] Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. I, bearb. von H. A. Jacobsen, Frankfurt/M., S. 340 ff. Abgedruckt auch bei Warlimont a. a. O., (s. S. 683), S. 167 ff.

[18] Vgl. Halder-Tgb. II, S. 337 und Greiner a. a. O.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Minimum an Rechtsschutz gewährleistet hätte, nichts wissen wollte. Die von der Abteilung L im Dezember 1940 vorgelegten „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall ‚Barbarossa')" – ein Entwurf für eine Militärverwaltung im besetzten Gebiet, der nicht erhalten geblieben ist, aber offenbar dem traditionellen Muster entsprach – hatte er jedenfalls abgelehnt und für eine Neufassung selber genaue Weisungen erteilt. Sie waren der Abteilung L durch den Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Jodl, am 3. März 1941 übermittelt worden. Danach wollte Hitler eine Militärverwaltung – mit begrenzten Rechten – nur im jeweiligen Operationsgebiet zulassen, das überdies „der Tiefe nach so weit wie möglich [zu] beschränken" sei. „Dahinter" sollten in „bestimmten, volkstumsmäßig abzugrenzenden Großräumen" Reichskommissare (als welche er wohl schon damals bewährte Parteigenossen vorgesehen hatte) die Verwaltung führen und den Aufbau der besagten „neuen Staatsgebilde" besorgen. Zu den Reichskommissaren sollte auch „die Masse" der für den Okkupationsraum angesetzten Polizeikräfte treten. „Ob es notwendig sei" – so brachte er den Militärs ein für sie brisantes Vorhaben in der Form einer (scheinbar) noch offenen Frage nahe –, auch schon im Operationsgebiet „*Organe des Reichsführers SS* neben der Geheimen Feldpolizei einzusetzen, müsse mit dem Reichsführer SS geprüft werden. Die Notwendigkeit, alle Bolschewistenhäuptlinge und Kommissare sofort unschädlich zu machen, spreche dafür." Und diesem Satz, der über seine eigene Einstellung kaum mehr Zweifel erlaubte, ließ Hitler noch eine Anordnung von nicht minder fataler Bedeutung für die Wehrmacht folgen: „Militärgerichte müßten für alle diese Fragen ausgeschaltet werden, sie hätten sich nur mit den Gerichtssachen innerhalb der Truppe zu befassen."[19] Das für seine politischen Zwecke schon im Polenfeldzug viel zu umständliche Verfahren der Wehrmachtgerichte sollte es im Rußlandkrieg keinesfalls noch einmal geben. – So vieles diese Weisungen Hitlers auch von dem Tenor seiner Ansprache an die Generale vom 30. März bereits vorwegnahmen, so war in ihnen doch *noch nicht* – wie dann eben am 30. März – ein eigener, aktiver und unmittelbarer Beitrag der Wehrmacht zum Vernichtungsprogramm des Diktators gefordert – außer der (bei beiden Gelegenheiten verfügten) Einschränkung der Wehrmachtgerichtsbarkeit, d. h. einer Beseitigung jedes Rechtsschutzes für die Zivilbevölkerung im Okkupationsraum.

Zu der von Hitler gewünschten „Prüfung" der Frage eines Einsatzes von Sonderformationen des Reichsführers SS Himmler im Operationsgebiet des Heeres ist es offensichtlich nicht gekommen, jedenfalls nicht zu einer Prüfung, die diesen Namen verdient hätte. Denn bereits zwei Tage nach Erhalt der erwähnten Weisungen Hitlers für die Verwaltung besetzter sowjetischer Gebiete, nämlich am 5. März, ging ein neuer Entwurf der Abteilung L für die „Richtlinien auf Sondergebieten" zur Weisung Barbarossa dem Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder, zu, und dessen Tagebuchnotizen darüber sprechen von einem „Son-

[19] Vgl. Anm. 17; Hervorhebung von mir.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derauftrag des Reichsführers SS" schon wie von einer beschlossenen Sache[20]. Auch in den folgenden acht Tagen ist von irgendeinem Widerspruch der Heeresführung gegen die Verwendung von „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD" im Operationsgebiet, mit der das OKH im Polenfeldzug so schlechte Erfahrungen gemacht hatte, daß es sie im Westen von vornherein zu vermeiden suchte[21], nichts zu spüren. Denn die vom Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, am 13. März 1941 unterzeichnete *Endfassung* der besagten „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21. (Fall Barbarossa)"[22] enthielt genau den gleichen ominösen Passus wie der von Halder unter dem 5. März erwähnte *Entwurf* der Abteilung L[23]: Danach erhielt im Operationsgebiet des Heeres der Reichsführer SS „Sonderaufgaben im Auftrage des Führers", „die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben", – wobei, wie es weiter hieß, der Reichsführer „im Rahmen dieser Aufgaben . . . selbständig und in eigener Verantwortung" handeln würde. Nach schon am gleichen Tage (13. März) begonnenen Verhandlungen einigte sich der Generalquartiermeister Wagner mit dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Heydrich, noch vor Monatsende über den Entwurf eines Befehls an das Heer, der dem Einsatz besonderer SS-Kommandos im Operationsgebiet den Weg ebnete[24].

Wenige Tage später, bei seiner Rede vor den Generalen am 30. März, glaubte Hitler noch einen wesentlichen Schritt weitergehen zu können: Mit der Zumutung an die kämpfende Truppe, gefangengenommene politische Kommissare der Roten Armee sogleich zu erschießen, verlangte er *jetzt* von der Wehrmacht, wie gesagt, eine aktive Beteiligung an den von ihm für den Ostkrieg unter Mißachtung allen Völkerrechts beschlossenen Vernichtungsmaßnahmen. Da er jedoch in seinen am 3. März dem OKW mitgeteilten Weisungen die Aufgabe der Beseitigung „aller Bolschewistenhäuptlinge und Kommissare" noch allein den „Organen des Reichs-

---

[20] So auch Warlimont a. a. O., S. 172 und Uhlig, a. a. O., (s. Anm. 8), S. 297 zu Halder-Tgb. II, S. 303, wonach der Generalquartiermeister des Heeres, Generalmajor Wagner, Halder über diesen „Entwurf einer Verfügung des OKW über Organisation der Verwaltung der besetzten Gebiete im Osten" berichtete. S. meine Anm. 23.

[21] Vgl. die Dokumentation von H. Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, in dieser Zeitschr. 11 (1963), S. 198 ff.; ferner namentlich K. Kwiet, Reichskommissariat Niederlande, in: Schriftenreihe der Vierteljahrsh. f. Zeitgesch. Nr. 17, S. 30–38.

[22] Aktenzeichen: WFSt/Abt. L (IV/Qu) 44125/41 g. K. Chefs. – 4. Ausfertigung (für WFSt). – Nürnb. Dok. PS-447, gedruckt: IMT, Bd. XXVI, S. 53 ff.; auch Jacobsen a. a. O. (s. Anm. 9), S. 166 ff.

[23] Der Entwurf (gleiches Aktenzeichen wie Endfassung, s. Anm. 22) – „F. H. Qu., den . . . März 1941" – ist vor einiger Zeit mit den oben (Anm. 14) erwähnten Akten der Quartiermeistergruppe der Abt. L (L IV/Qu) des Wehrmachtführungsstabes des OKW zugänglich geworden: OKW/WFSt/L IV, Chefsachen Barbarossa (Februar–Mai 1941); BA/MA, RW 4/v. 575.

[24] Entwurf vom 26. 3. 1941: Nürnb. Dok. NOKW-256. – Mit dem Datum 28. 4. 1941 wurde dieser Entwurf so gut wie unverändert als Befehl mit der Unterschrift von Brauchitsch ausgegeben: Dok. NOKW-2080. Gedruckt: Jacobsen a. a. O., S. 170 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führers SS" zugedacht hatte, war schon deshalb seine nunmehrige Forderung an die *Wehrmacht* in den „Richtlinien auf Sondergebieten" vom 13. März nicht mehr berücksichtigt worden. Man sollte im übrigen – auch bei gehöriger Würdigung der in dieser Hinsicht im Dritten Reich gegebenen anomalen Verhältnisse – annehmen, daß es zur Konzipierung eines förmlichen Befehls, demzufolge gefangene sowjetische Truppenkommissare sofort zu erschießen waren, nicht lediglich der dahingehenden Auslassungen des „Führers" in seiner „programmatischen" Rede bedurfte, sondern eines eindeutigen Auftrages an das OKW oder das OKH[25]. Und tatsächlich nimmt ja der (noch des näheren zu erwähnende) Entwurf des OKH für den Kommissarbefehl vom 6. Mai auf einen „bereits am 31. März 1941 erteilten Auftrag" Bezug[26], woran sich später in der Literatur eine lebhafte Erörterung darüber knüpfte, ob hier nicht in Wirklichkeit das Datum des 30. März, d. h. dasjenige der Hitlerrede, gemeint war[27], so daß (zutreffendenfalls) das OKH *keinen* ausdrücklichen und konkreten Auftrag zur Erstellung des fatalen Befehls bekommen haben würde – eine Version, die General a. D. Warlimont entschieden vertreten hat, ohne jedoch schließlich noch ganz an ihr festzuhalten[28]. – Konnte also der von Hitler vorgesehene Befehl zur Erschießung gefangener Kommissare weder im *Entwurf* der „Richtlinien auf Sondergebieten" noch in deren *Endfassung* (vom 13. 3. 1941) schon in irgendeiner geeigneten Form „avisiert" werden, so steht es hinsichtlich seiner (bereits am 3. März[29] erhobenen) Forderung nach „Einschränkung" der Militärgerichtsbarkeit im besetzten Gebiet anders. Ihr hatte die Abteilung L des OKW in dem *Entwurf* der „Richtlinien" Genüge zu tun versucht, indem sie in ihn unter Ziffer I, 6 einen längeren, substantiellen Passus über die Funktionen der Wehrmachtgerichte im Operationsgebiet *und* im Gebiet der „politischen Verwaltung" aufnahm, der uns noch beschäftigen wird. In den folgenden Tagen muß man sich jedoch dafür entschieden haben, die gerichtlichen Fragen in einem eigenen Erlaß zu behandeln, denn in der endgültigen Fassung

[25] Dies betonte Gen.Lt. a. D. Engel, der damalige Adjutant des Heeres bei Hitler, in Anbetracht des doch wesentlich „programmatischen" Charakters von dessen Rede, nachdrücklich gegenüber dem Autor H. D. Betz: vgl. denselben a. a. O., S. 127.

[26] Vgl. Nürnb. Dok. PS-1471 (vgl. auch PS-877 und NOKW-209). Gedruckt: Uhlig, a. a. O., S. 355 f. und Jacobsen a. a. O., S. 178 und 174.

[27] Gen.Oberst a. D. Halder und H. Uhlig (vgl. dens. a. a. O., S. 309) glauben nicht an einen Datierungsfehler. Ihnen schloß sich H. D. Betz an (a. a. O., S. 127).

[28] Aussage Warlimonts vom 24. 6. 1948 im Nürnberger OKW-Prozeß: Fall XII, deutsches Protokoll (künftig zit.: Nbg/Fall XII, dtsch. Prot.), S. 6419. Dazu W. in seinem Buch (s. oben S. 683 mit Anm. 6) a. a. O., S. 178. – Hingegen bemerkte Gen. a. D. Warlimont am 15. 3. 1968 gegenüber H. D. Betz (vgl. dens. a. a. O., S. 127): „Ich habe ..., soweit ich gehört worden bin, immer den Standpunkt vertreten, daß hier ein Irrtum im Datum vorläge. Je länger ich mich aber nun mit den Dingen beschäftigt habe, um so mehr muß ich einräumen, daß vielleicht doch zwei Tage [sic; W. wollte zweifellos sagen: „einen Tag"] nach der Hitler-Rede noch ein besonderer Befehl an das OKH oder den ObdH ergangen ist."

[29] Vgl. oben, S. 686. (Jedenfalls wurden Hitlers Weisungen am 3. März von Jodl der Abt. L übermittelt.)

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der „Richtlinien" vom 13. März enthält die Ziffer I, 6, statt inhaltlicher Bestimmungen nur mehr die folgende, rein formale Anordnung:

„Das Verhalten der Truppe gegenüber der Bevölkerung und die Aufgaben der *Wehrmachtgerichte* werden gesondert geregelt und befohlen werden."[30]

Dennoch fällt an dem neuen Wortlaut dieser Ziffer I, 6 auf, daß danach nicht mehr – wie in der früheren Fassung geschehen – nur über die Funktion der Wehrmachtgerichtsbarkeit in bezug auf die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet, sondern auch über das Verhalten der *Truppe* gegenüber der Bevölkerung Bestimmungen offenbar ungewöhnlicher Art getroffen werden sollten – was vermuten läßt, daß Hitler auch in dieser Hinsicht über seine ursprünglichen Weisungen hinausgehen wollte und daß dies ein Grund mehr gewesen ist, den Fragenkomplex gesondert zu regeln.

Auf jeden Fall aber konnte es nach der unzweideutigen Formulierung der zitierten Ziffer I, 6 der „Richtlinien" für einen der Eingeweihten kaum noch zweifelhaft sein, daß die sachlich zuständige Stelle entsprechende Anordnungen auch würde abfassen müssen. „Im letzten Drittel des April 1941" – so hat nun der ehemalige Chef der Rechtsabteilung des OKW, Generaloberstabsrichter (1941: Ministerialdirektor) Dr. Lehmann, in dem Verfahren, das von dem amerikanischen Militärgerichtshof Nr. V im Jahre 1948 auch gegen ihn eröffnet worden war, ausgesagt – habe er von Keitel durch dessen 1. Adjutanten den Befehl erhalten, einen Erlaßentwurf über die Regelung der Gerichtsbarkeit im Ostfeldzug anzufertigen[31]. Der Generalrichter a. D. Dr. Lattmann, 1941 als Oberstkriegsgerichtsrat und Leiter der Gruppe III/Rechtswesen dem General z. b. V. (Eugen Müller) beim ObdH unterstellt, hat allerdings bestritten, daß dies so spät – nämlich mehr als drei Wochen nach der Hitler-Rede vom 30. März – geschehen sei. Vielmehr habe schon „einige Tage" nach der Rede der 1. Adjutant des Oberbefehlshabers des Heeres, der damalige Oberstleutnant Siewert, ihn (Lattmann) aufgesucht[32] und ihm erklärt, „daß über die Anordnungen Hitlers Überlegungen angestellt werden müßten". Bevor Siewert auf Einzelheiten eingegangen sei, habe er (Lattmann) diesem mitgeteilt, daß beim Chef der Wehrmacht-Rechtsabteilung (Lehmann) bereits eine Besprechung mit den (drei) Chefs der Rechtsabteilungen des Heeres, der Marine und der Luftwaffe stattgefunden habe, „nach der ein schriftlicher Erlaß [über die Regelung der Kriegsgerichtsbarkeit im Raum

[30] Nürnb. Dok. PS-447: IMT, Bd. XXVI, S. 57. Hervorhebung im Original.

[31] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7768 ff., 7780, 8260.

[32] Daß der ObdH „seinen 1. Generalstabsoffizier [sic]" zu ihm geschickt habe, sei „eine Einmaligkeit" gewesen – zumal er (L.) „jede Woche mindestens einmal ... zum Vortrag beim ObdH war" –, ihm (L.) daher „gut in Erinnerung" geblieben: So Herr Generalrichter a. D. Dr. E. Lattmann am 15. 10. 1968 an Herrn H. D. Betz, der mir dankenswerterweise in seinen Briefwechsel zum Thema mit Dr. Lattmann mit dessen freundlicher Zustimmung Einsicht gewährte. – Im Gegensatz zu Lehmann bleibt Dr. Lattmann daher „dabei ..., daß die Besprechung bei dem Chef WR über den Befehl über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Raum Barbarossa Anfang April, aber keineswegs im zweiten [sic] Drittel April 1941 [Lehmann sprach vom letzten Drittel des April!] stattgefunden

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Barbarossa] in Aussicht stehe"[33]. Da jedoch der um die Monatswende März/April 1941 unerwartet eingetretene Konflikt mit Jugoslawien manche Disposition verzögert haben dürfte[34], könnte schon deswegen – und noch aus weiteren Gründen[35] – trotz der aus später Rückschau von Lattmann geäußerten Zweifel die nicht minder bestimmte Angabe Lehmanns über den *Zeitpunkt* des Keitelschen Auftrages sowie der auch von ihm (anschließend) erwähnten Besprechung mit den Chefs der Rechtsabteilungen zutreffen. Anderes gilt indes für die sachliche Seite der Nürnberger Aussagen Lehmanns. Dieser behauptete nämlich, Keitel habe den von Hitler gewünschten Erlaßentwurf dergestalt verlangt, daß *erstens* die Wehrmachtgerichte „nicht mit in den Raum ‚Barbarossa' kommen sollten", die Wehrmachtrichter also „zu Hause" zu bleiben hätten, daß *zweitens* bei Straftaten deutscher Soldaten gegen sowjetische Zivilpersonen der Verfolgungszwang beseitigt werden sollte"[36]. Daraufhin habe er, Lehmann selbst, einen Entwurf mit folgenden Hauptpunkten vorgelegt:

1. „Die Gerichtsbarkeit der Wehrmacht wird in Zukunft von Soldaten ausgeübt, die nicht die Befähigung zum Richteramt haben dürfen."
2. „Die Wehrmachtrichter (und zwar mit Einschluß derjenigen der ‚vier Oberkommandos') treten als Reserveoffiziere zu ihren Truppenteilen. An ihre Stelle treten als Rechtsberater Offiziere, die nicht die Befähigung zum Richteramt haben dürfen."[37]

---

hat". (Brief vom 30. 10. 1968.) Möglicherweise hat damals mehr als eine Besprechung der Chefs der Rechtsabteilungen mit Lehmann stattgefunden. Datenmäßig gesichert erscheint dies allein für den 8. Mai; vgl. S. 704. Daß jedoch „der Kommissarbefehl bereits am 31. 3. 1941 in Form von ausgearbeiteten Richtlinien über Keitel an den ObdH und von diesem an [General z. b. V.] Müller gekommen sein soll", in welcher Vermutung H. D. Betz (S. 127 f.) durch Mitteilungen von General a. D. Engel bestärkt worden ist, hält Lattmann (Brief an H. D. Betz vom 15. 10. 1968) für unmöglich.

[33] Ebd. sowie Brief Lattmanns an H. D. Betz vom 30. 10. 1968. Ferner Brief vom 16. 4. 1970: Bei der erwähnten Besprechung habe Lehmann „übrigens kurz zu dem Kommissarbefehl gesagt, er habe jede Mitarbeit abgelehnt, da es sich um eine truppendienstliche Angelegenheit handele". L. „bat uns dringend, dasselbe zu tun. Das ist auch geschehen."

[34] Zwei Tage vor Angriffsbeginn, unter dem 4. 4. 1941, findet sich bei Halder (Tgb. II, S. 347) noch die (freilich wohl auch in erster Linie auf Jugoslawien bezügliche) Eintragung: „Wagner (Gen.Qu.): ... OKW-Befehl über Gerichtsbarkeit in den besetzten Gebieten."

[35] Im Interesse der Glaubwürdigkeit weiterer Aussagen Lehmanns hätte eher die Angabe eines früheren Zeitpunktes gelegen.

[36] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7768 ff., 7774; vgl. auch S. 7780, 8260, 8262, 8273.

[37] Ebd., S. 7770. Lehmann erklärte (S. 7771 f.) sogar, er „habe die bewußte Brüskierung, die dieser Vorschlag bedeutete, durch eine Anmerkung [noch] unterstrichen [welche lautete]: ‚Die Frage, ob auch solche Soldaten, die nur das erste juristische Examen abgelegt haben, ... also unsere juristischen Lehrlinge [d. h. die Referendare] ... von der Wehrmachtjustiz auszuschließen sind, bedarf noch besonderer Prüfung.'" Diese Anmerkung, so behauptete Lehmann, habe Keitel „ganz besonders geärgert" (ebd., S. 7774 f.). – Vgl. andererseits das Folgende.
Auch Generalrichter a. D. Dr. Lattmann hat in einem Affidavit vom ... Mai 1948 (Durchschlag, Tagesdatum nicht ausgefüllt, Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum – zitiert: IfZ, Zs – 1146) sich bezüglich des Inhalts des angeblichen ersten Entwurfs von Lehmann ebenso geäußert wie dieser (im Juli 1948) im OKW-Prozeß – jedoch auf Grund von Mitteilungen Lehmanns, also nicht aus eigener Kenntnis des Entwurfs.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man darf wohl bezweifeln, daß Lehmann wirklich riskiert hätte, erklärte Absichten Hitlers in einer derart provozierenden Form ad absurdum zu führen[38]. Jedenfalls stellen Lehmanns Aussagen eine beträchtliche Zumutung für die Gutgläubigkeit von Zeitgenossen und Nachlebenden dar, wenngleich seine Nürnberger Richter sie widerspruchslos hinnahmen bzw. auf sich beruhen ließen[39], zumal sie sie aufgrund ihrer unvollständigen Unterlagen nicht förmlich „widerlegen" konnten. Indes hat Lehmann in Nürnberg weiter behauptet, sein „brüskierender"[40] Erlaßentwurf habe so stark gewirkt, daß „das ganze Projekt [Hitlers] , Die Juristen sollen zu Hause bleiben'" bereits in seiner (Lehmanns) anschließenden Besprechung mit Keitel in Berchtesgaden „nicht mit einem Wort mehr" erwähnt worden sei[41]. Darüber hinaus habe ihm Keitel konzediert, daß die Wehrmachtgerichtsbarkeit im besetzten Gebiet dann in Funktion treten dürfe, wenn der Täter gefaßt und wenn seine Schuld so klar erwiesen sei, daß er sofort abgeurteilt werden könne[42]. Es bedeutete natürlich eine Verhöhnung jeder veritablen Strafjustiz, wenn man ihre *Zuständigkeit* ausdrücklich auf Fälle *beschränkte,* welche von vornherein „klar" waren, eine echte Prüfung der Schuldfrage also nicht mehr erforderten. Und selbst wenn man die besagte Konzession Keitels an der (angeblichen) ursprünglichen Forderung Hitlers mißt, die Wehrmachtgerichtsbarkeit im Raum Barbarossa restlos auszuschalten, wird man das Erreichte kaum als einen „halben Erfolg" werten können, wie es Lehmann zwar zurückhaltend in der Form, doch mit Nachdruck in der Sache in Nürnberg tat[43]. Im Sinne der Zusage Keitels und nach Erhalt von Notizen des OKW-Chefs über dessen anschließenden Vortrag bei Hitler[44] will er sodann befehlsgemäß einen zweiten Erlaßentwurf angefertigt haben, der aber wiederum abgelehnt worden sei[45]. Daraufhin habe er, neuen Weisungen entsprechend, am 28. April einen dritten Entwurf vorgelegt. Im ganzen genommen, laufen Lehmanns Nürnberger Angaben jedenfalls darauf hinaus, daß er „im letzten Drittel des April 1941",

[38] Wie Lehmann selbst es in Nürnberg nannte: ebd., S. 7770; vgl. ferner S. 7774, 7780, 8261.

[39] Im Urteil heißt es: „Wir wollen uns nicht lange mit diesen früheren Stadien [der Entwicklung des Gerichtsbarkeitserlasses] beschäftigen. Nach seiner [Lehmanns] Aussage scheint ihn der ihm von Keitels Adjutanten mitgeteilte Inhalt des Befehls so erregt zu haben, daß er eine praktisch undurchführbare Anordnung erließ [sie; englisch: „drew an impractical order"], derzufolge alle Wehrmachtjustizbeamte[n] als überflüssig zu erklären und an die Front zu schicken seien." Nbg./Fall XII, Urteil, Qu 1, Bd. 2, S. 550.

[40] So Lehmann ebenfalls selbst: ebd., S. 7777, 7786.

[41] Ebd., S. 7774; vgl. auch S. 7782.

[42] Ebd., S. 7776 und 8262 f.

[43] Ebd., S. 7774, 7776 f., 7783, 8262 f.

[44] Ebd., S. 7786 f., 8268.

[45] Ebd., S. 7787f.: "Nun aber", so erklärte Lehmann recht vage, „kam [trotz des angeblichen vorherigen Einverständnisses von Hitler] wieder eine neue Weisung. Was deren Inhalt war, kann ich nach dieser langen Zeit ohne eine Gedächtnisstütze nicht genau sagen, jedenfalls kam der Entwurf zur Umarbeitung zurück."

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also – in Anbetracht der nachweislich am 28. April erfolgten Einreichung eines Erlaßentwurfs[46] – innerhalb von höchstens acht Tagen[47], in nicht weniger als drei Entwürfen zum Gerichtsbarkeitserlaß für die Aufrechterhaltung der Wehrmachtjustiz im bevorstehenden Rußlandfeldzug gekämpft habe bzw. habe kämpfen müssen.

Das ist nun aber keineswegs der Fall. Lehmann war nämlich gar nicht genötigt, schon für die bloße Aufrechterhaltung der Wehrmachtjustiz *als solcher* zu kämpfen! Den Beweis dafür liefert jener wiederholt erwähnte *Entwurf* der „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)", der seit einiger Zeit in den erhalten gebliebenen Akten der Quartiermeistergruppe von Abteilung L des Wehrmachtführungsstabes des OKW in seiner ersten Ausfertigung vorliegt[48] und der die ursprüngliche Fassung von Ziffer I, 6 enthält, welche von den Funktionen der Wehrmachtgerichte im Okkupationsraum handelt. Sie stellt sozusagen eine erste Vorform des Gerichtsbarkeitserlasses Barbarossa dar – dessen „frühe Entwicklungsstadien" nach der zutreffenden Feststellung des Nürnberger Urteils im OKW-Prozeß damals „in Dunkel gehüllt" waren[49] – und lautet:

> „Die *Wehrmachtgerichte* verfolgen im Operationsgebiete Straftaten von feindlichen Ausländern nur, wenn sie sich unmittelbar gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen oder das Gefolge richten, wenn es möglich ist, den Täter sofort einem Gericht zuzuführen und wenn die Beweislage so klar ist, daß er auf der Stelle abgeurteilt werden kann.
> Im Gebiet der politischen Verwaltung verfolgen die Wehrmachtgerichte Straftaten von feindlichen Ausländern nur, wenn sie sich unmittelbar gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen oder das Gefolge richten und wenn besondere militärische Interessen die Aburteilung durch ein Wehrmachtgericht erfordern, z. B. Spionage, Sabotage gegen Einrichtungen der Wehrmacht, tätliche Angriffe gegen Wehrmachtangehörige. Für Freischärler gilt jedoch auch im Gebiet der politischen Verwaltung die Regelung des Abs. 1.
> Straftaten von feindlichen Ausländern, die nach Abs. 1 und 2 nicht von Wehrmachtgerichten verfolgt werden, sind unmittelbar der nächsten Dienststelle des Reichsführers SS zu übergeben.
> Für Kriegsgefangene bleibt es bei Straftaten, die sie während der Gefangenschaft begehen, bei der Zuständigkeit der Wehrmachtgerichte."[50]

Absatz 1 und 3 lassen deutlich erkennen, daß die Wehrmachtgerichtsbarkeit in bezug auf die sowjetische Zivilbevölkerung praktisch nahezu ausgeschaltet bzw.

---

[46] Er liegt als Dokument vor: Nürnb. Dok. NOKW-209.

[47] Im Closing Brief der Anklage („Anklageschlußschriftsatz") gegen Lehmann im Nürnberger OKW-Prozeß (Fall XII), S. 21a und 22 heißt es: „Es muß hervorgehoben werden, daß, falls Lehmann in bezug auf das Datum, an dem er erstmalig den Befehl erhielt, den Barbarossaerlaß zu entwerfen, die Wahrheit gesprochen hat, er äußerst beschäftigt gewesen sein muß zwischen damals und dem 28. April."

[48] Diese 1. Ausfertigung war an sich (laut Verteiler) für den Oberbefehlshaber des Heeres bestimmt gewesen; an die Abteilung L hatte die 5. Ausfertigung gelangen sollen. – Vgl. im übrigen Anm. 23.

[49] Nbg./Fall XII, Urteil des Gerichts, dtsch. Text: Qu 1, Bd. 2, S. 330.

[50] Vgl. Anm. 23. Hervorhebung im Original.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pervertiert werden sollte; doch zeigt der ganze Passus ebenso deutlich, daß keineswegs beabsichtigt war, die Wehrmachtgerichtsbarkeit im besetzten Gebiet völlig außer Funktion zu setzen und die Wehrmachtrichter „zu Hause" zu lassen. Es bleibt also kein Raum für die Möglichkeit eines Lehmann von Keitel erteilten Auftrages zur Abfassung eines entsprechenden Befehls, und ebensowenig bestand für Lehmann Anlaß zur Erstellung eines Erlaßentwurfs, demzufolge die Wehrmachtgerichtsbarkeit „in Zukunft von Soldaten" auszuüben war, „die nicht die Befähigung zum Richteramt haben dürfen"[51]. Als ihm in Nürnberg sein Verteidiger – wohl in der Absicht, die Angaben seines Mandanten glaubhafter erscheinen zu lassen – die Frage vorlegte, wie Hitler sich das alles „überhaupt vorgestellt" habe, erwiderte Lehmann, er habe „sich wahrscheinlich vorgestellt, daß Soldaten nur durch Spruch eines Offiziers verurteilt werden sollten"[52] – was nun wohl kaum eines Kommentars bedarf. Den kühnen Aussagen Lehmanns in Nürnberg kam sicherlich zugute, daß man Hitler, zumal nach der aktenmäßigen Aufdeckung so vielen ungeheuerlichen Geschehens unter seiner Herrschaft, fast alles zutrauen konnte – und zutraute. Doch hatte auch Hitler selbst bereits in seinen von Jodl für die Neufassung der „Richtlinien auf Sondergebieten" am 3. März übermittelten Weisungen – aus denen ja die ursprüngliche Form von Ziffer I, 6 hervorging – zwar unmißverständlich erklärt, daß die Militärgerichte im besetzten Gebiet weitestgehend „ausgeschaltet werden müßten" und „sich nur mit den Gerichtssachen innerhalb der Truppe zu befassen hätten"[53], nicht aber verlangt, daß es im Ostfeldzug überhaupt keine Militärgerichte geben sollte. Beide Dokumente aber lagen 1948 in Nürnberg noch nicht vor.

Und wie verhält es sich mit dem angeblichen *zweiten* Entwurf Lehmanns zum Gerichtsbarkeitserlaß, welcher auf seinem bei Keitel erzielten „halben Erfolg" oder „Teilergebnis"[54] basiert haben soll, nämlich auf dessen „Zugeständnis", wenigstens für „klare" Fälle von Schuld die Wehrmachtgerichtsbarkeit funktionieren zu lassen? Aus der zitierten ursprünglichen Fassung von Ziffer I, 6 des *Entwurfs* der „Richtlinien auf Sondergebieten" ergibt sich ebenfalls deutlich, daß Lehmann nicht genötigt war, für ein solches Zugeständnis zu kämpfen, zumindest nicht mehr in der letzten Aprildekade 1941. Es kann auch im Vormonat für ihn kaum einen langen Streit mit Keitel darum gegeben haben; denn jene kümmerliche Kompetenz, bei „klarer Beweislage" in Funktion treten zu dürfen, ist der Wehrmachtjustiz ja bereits mit der besagten Ziffer I, 6 des „Richtlinien"-Entwurfs belassen worden, der sich, wie erwähnt, auf die am 3. März erhaltenen Weisungen Hitlers gründete und schon am 5. März Halder vorgelegen hat[55]. Von besonderem Belang für unsere Frage aber ist eine Anmerkung, welche Lehmann zu seinem

---

[51] Vgl. oben, S. 690 mit Anm. 37.

[52] Zuvor hatte L. bemerkt, das sei „ebenso rätselhaft wie der ganze Gedanke"; Nbg./Fall XII, S. 7777.

[53] Vgl. oben, S. 685 und Anm. 17.

[54] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7783.

[55] Vgl. oben, S. 686 f. mit Anm. 23.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(dokumentarisch vorliegenden)[56] Erlaßentwurf vom 28. April 1941 gemacht hat. Sie lautet in Absatz 1:

> „In den bereits vom Führer gebilligten früheren Richtlinien wurde ferner [für eine *gerichtliche* Verfolgung von Straftaten sowjetischer Zivilisten] vorausgesetzt, daß es möglich sein sollte, den Täter sofort einem Gericht zuzuführen, und daß die Schuld des Täters so klar sein mußte, daß eine sofortige Aburteilung möglich war. Alle anderen Taten von Landeseinwohnern sollten der nächsten Dienststelle des Reichsführers SS übergeben werden."

Im Nürnberger OKW-Prozeß von 1948 mehrfach gefragt, was er in dieser Anmerkung mit den „bereits vom Führer gebilligten früheren Richtlinien" gemeint habe, hat Lehmann tatsächlich jedesmal entgegnet, er habe damit *seinen* „zweiten Entwurf" zum Gerichtsbarkeitserlaß gemeint[57]. Ihn wollte er, gleichfalls in der letzten Aprildekade 1941, nach seiner Berchtesgadener Besprechung mit Keitel über seinen angeblichen *ersten* – „provozierenden"[58] – Entwurf sowie aufgrund von Keitels anschließendem Vortrag bei Hitler abgefaßt haben. Und was die weitere Frage anging, wieso er jene „Richtlinien" – d. h. nach seiner eigenen Version: seinen „*zweiten*" Erlaßentwurf – als „bereits vom Führer gebilligt" bezeichnen konnte, erwiderte Lehmann, es sei ihm „*vorher* mitgeteilt worden, vor dem Entwurf 2, Hitler sei im allgemeinen einverstanden"[59]. Lehmann hatte in seiner Anmerkung jedoch von „*den* bereits vom Führer gebilligten *früheren* Richtlinien" gesprochen[60]! Stellen wir aber einmal den Wortlaut von Absatz 1 und 3 seiner Anmerkung dem Wortlaut der Ziffer I, 6 des Entwurfs der „Richtlinien auf Sondergebieten . . ." gegenüber:

Anmerkungen Lehmanns	*„Richtlinien", Ziffer I, 6*
„. . . daß es möglich sein sollte, den Täter sofort einem Gericht zuzuführen, und daß die Schuld des Täters so klar sein mußte, daß eine sofortige Aburteilung möglich war. . . .	„. . . wenn es möglich ist, den Täter sofort einem Gericht zuzuführen, und wenn die Beweislage so klar ist, daß er auf der Stelle abgeurteilt werden kann. . . .
Alle anderen Taten von Landeseinwohnern sollten der nächsten Dienststelle des Reichsführers SS übergeben werden."	Straftaten von feindlichen Ausländern, die nach Absatz 1 und 2 nicht von Wehrmachtgerichten verfolgt werden, sind unmittelbar der nächsten Dienststelle des Reichsführers SS zu übergeben."

[56] Nürnb. Dok. NOKW-209.

[57] Wörtlich: „Diese bereits vom Führer gebilligten früheren Richtlinien sind der zweite Entwurf, den ich gemacht habe, also der Entwurf, nachdem mir Keitel das Ergebnis seines Vortrages bei Hitler schriftlich mitgeteilt hatte." So in Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7786. Ferner S. 8267, 8273.

[58] Ebd., S. 7786: „. . . Entwurf, der provozieren sollte . . ." Vgl. auch oben, S. 690 f. mit Anm. 37 und 38.

[59] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7787. Ferner S. 8272, wonach Lehmann auf die Frage: „Der zweite Entwurf war bereits von Hitler genehmigt worden?" etwas vorsichtiger erklärte: „So entnehme ich es der Anmerkung." Hervorhebung von mir.

[60] Hervorhebung von mir.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein Vergleich ergibt sofort, daß Lehmann in seiner erwähnten Anmerkung nicht aus einem eigenen Erlaßentwurf zitiert hatte, sondern eben aus Ziffer I, 6 des Entwurfs der „Richtlinien", welche Bezeichnung er gewiß nicht zufällig auch selber gebrauchte. Es ist aber wohl gleichfalls kein Zufall, daß Lehmann im Anschreiben zu seinem (angeblich bereits dritten) Entwurf vom 28. April *nicht* bemerkte, daß er hiermit einen „neuen" Entwurf einreiche – was doch nahegelegen hätte, wenn diesem zwei Entwürfe zeitlich unmittelbar vorausgegangen wären –, sondern lediglich, daß er „einen Entwurf" vorlege[61]. Und es wird erst recht kein Zufall sein, daß Lehmann in der erwähnten Anmerkung zu diesem Entwurf vom 28. April zum Zwecke der Begründung der darin vorgeschlagenen neuen Bestimmungen *nicht* einen seiner angeblich vorausgehenden Entwürfe zum Vergleich heranzog, sondern den „Richtlinien"-Entwurf von Anfang März. Es ist vielmehr ein Indiz dafür, daß zwischen dem Zeitpunkt der Abfassung dieses „Richtlinien"-Entwurfs und dem genannten Datum des 28. April *kein* Entwurf zum Gerichtsbarkeitserlaß vorgelegt worden ist. Nach alledem dürften die angeblichen ersten beiden Entwürfe Lehmanns, die ja auch im Gegensatz zu denen vom 28. April und 9. Mai dokumentarisch nicht vorliegen, nie existiert haben, und der angeblich *dritte* Entwurf Lehmanns dürfte in Wirklichkeit sein erster sein.

Ein solches Ergebnis schließt natürlich nicht aus, daß Lehmann bestrebt gewesen ist, von der Zuständigkeit der Wehrmachtgerichtsbarkeit für die Verfolgung von Straftaten der Zivilbevölkerung des besetzten Gebiets wenigstens formal etwas zu retten, und deshalb jene in Ziffer I, 6 des „Richtlinien"-*Entwurfs* – an deren Abfassung Lehmann als Chef der Wehrmacht-Rechtsabteilung zweifellos beteiligt worden ist – vorgesehene fatale Beschränkung der Wehrmachtjustiz auf „klare Fälle von Schuld" für akzeptabel erachtete. Wie er in Nürnberg einräumte – oder richtiger: was er als positive Leistung seinerseits in Anspruch nahm –, hat er seinerzeit sogar selbst vorgeschlagen, daß Wehrmachtgerichte, die „zur Stelle" wären, in Fällen, die „ganz klar" seien, auch „aburteilen dürfen"[62]. Diesen Vorschlag kann er allerdings nicht erst im „letzten Drittel des April" gemacht haben, sondern nur – unmittelbar nach Eingang der Weisungen Hitlers für die Neufassung der „Richtlinien auf Sondergebieten" – zwischen dem 3. und 5. März, dem Tage, an welchem der neue „Richtlinien"-Entwurf des OKW/Abt. L *mit* der ursprünglichen Fassung von Ziffer I, 6 schon dem OKH (Halder) vorlag[63]. Gegenüber der harten Kritik, die er wegen seiner Bereitschaft zu einer Pervertierung der Justiz in Nürnberg erwarten mußte (und erfuhr), hat Lehmann offenbar geltend zu machen und in einer überzeugenden Form darzutun versucht, daß es ursprünglich darauf angekommen sei, noch weit Schlimmeres zu verhüten, – nämlich eine volle und förmliche Ausschaltung jeglicher Gerichtsbarkeit *auch*

---

[61] Nürnb. Dok. NOKW-209; BA/MA, RW4/v. 575.
[62] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7776 f.
[63] Vgl. oben, S. 686 f. mit Anm. 23.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Truppe im Ostfeldzug[64] – woran in Wahrheit nie gedacht war. Es ist aber wohl nicht nur das Bestreben gewesen, einen Rest von Zuständigkeit, wie kümmerlich und fragwürdig er immer war, in bezug auf Straftaten der Zvilbevölkerung für die Wehrmachtgerichtsbarkeit zu retten, was Lehmann (nicht Keitel!) zu seiner Konzession veranlaßt hat, die Militärjustiz auf die Behandlung „klarer Fälle von Schuld" zu beschränken, sondern auch – und zwar überwiegend – die Befürchtung, man werde andernfalls erneut den heftigen Vorwürfen ausgesetzt sein, die Hitler im Polenfeldzug den Kriegsgerichten gemacht hatte. Lehmann äußerte sich selbst in Nürnberg hierüber nachdrücklich[65] und in einer Weise, welche die Atmosphäre im Frühjahr 1941 charakterisiert.

Inhalt und Schicksal von Lehmanns (erstem!) Entwurf vom 28. April orientieren uns über die Richtung, in der sich die Gestaltung des Gerichtsbarkeitserlasses nun vollzog. Schon die in Ziffer I, 6 der *endgültigen* Fassung der „Richtlinien auf Sondergebieten ..." (vom 13. März) enthaltene Ankündigung, daß der vorgesehene besondere Erlaß, außer der Gerichtsbarkeit im besetzten Gebiet, auch die *Haltung der Truppe* gegenüber der Bevölkerung „regeln" würde[66], hatte erkennen lassen, daß Hitler über seine ursprünglichen Weisungen – zumindest aber über die ihnen vom OKW in der ursprünglichen Fassung von Ziffer I, 6 der „Richtlinien" gegebene Form[67] – noch hinausgehen wollte. Und die Willfährigkeit, die OKW *und* OKH bereits im März gezeigt hatten[68], konnte ihn gewiß nicht entmutigen, von der Wehrmacht – ebenso wie hinsichtlich der politischen Kommissare in der Roten Armee – auch bei Auseinandersetzungen mit Freischärlern und Zivilpersonen einen eigenen Beitrag zu dem beabsichtigten Vernichtungskampf gegen die Sowjetunion zu fordern. Zu dem offenkundigen Zweck, im Interesse dieses politischen Ziels, gelinde gesagt, die Ellbogenfreiheit des deutschen Soldaten im Umgang mit Landeseinwohnern zu erhöhen – „gewisse Ausschreitungen verzeihlich" zu machen, interpretierte er es später selbst[69] –, nahm

---

[64] „... ich sah einen Haupterfolg meines brüskierenden Entwurfes darin, daß die Gerichte überhaupt mitkommen durften, also auch [sic] gegen Soldaten einschreiten durften, denn es kam ja darauf an, daß die eingearbeiteten Richter bei den strafbaren Handlungen auch [!] von Soldaten tätig werden konnten ..."; Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7777.

[65] „... wir fürchteten eben eine Wiederholung dieser ständigen Vorwürfe aus [sic] Polen über nicht genügend scharfes Einschreiten". Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7791; vgl. auch S. 7776, 7794 und 7785, ferner Betz a. a. O., S. 157.

[66] Vgl. oben, S. 689. [67] Vgl. oben, S. 692.

[68] Und zwar bereits *vor* seiner bekannten Ansprache an die Generale vom 30. 3. 1941, nämlich bei der Formulierung von Ziffer I, 6 im Entwurf des OKW für die „Richtlinien auf Sondergebieten ...", sowie in der Zulassung von Organen des Reichsführers SS, d. h. der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, im Operationsgebiet des Heeres durch das OKH.

[69] Im Anschreiben zu seinem Erlaßentwurf vom 9. 5. 1941 bemerkte L.: „Nur wenn man unterstellt, daß kein Soldat das vergessen *hat*" [was Jodl durch „darf" hatte ersetzen wollen] – nämlich: wie sehr bolschewistischer Einfluß seit 1918 Deutschland geschadet habe –, „sind gewisse Ausschreitungen verzeihlich". Nürnb. Dok. NOKW-209. Vgl. den weiteren Text.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lehmann, sicherlich erhaltenen Weisungen gemäß, schon in seinen Entwurf vom 28. April den fatalen Satz auf:

„Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist."[70]

Mit dieser Bestimmung sollte also zwar kein *Verbot* einer Verfolgung solcher Taten ausgesprochen, wohl aber der Zwang dazu aufgehoben werden. Überdies hatte nach Lehmanns Vorschlag der zuständige Gerichtsherr bei seiner Entscheidung darüber, „ob in solchen Fällen eine disziplinare Ahndung angezeigt oder ob ein gerichtliches Einschreiten notwendig" war, „zu berücksichtigen, daß der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen" sei „und daß kein Deutscher dies vergessen" habe. Die Entscheidungsfreiheit der Gerichtsherrn wurde aber schon im voraus noch weiter eingeschränkt durch den nächsten, von Lehmann vorgeschlagenen Satz:

„Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten [Wehrmachtsangehöriger] gegen Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Mannszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert."

Dies – so hieß es weiter – gelte „z. B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen oder die einer verbrecherischen Veranlagung entspringen"[71]. Hier verblieben einem gewissenhaften und mutigen Gerichtsherrn immerhin einige Möglichkeiten zum Einschreiten, doch bedurfte die Anordnung eines Ermittlungsverfahrens „in jedem einzelnen Falle" seiner Unterschrift.

Noch größere Bedeutung sollten in der Folgezeit die unter I und II vorgeschlagenen, eben die Eigeninitiative der Wehrmacht fordernden Bestimmungen erlangen. Danach waren Freischärler „durch die *Truppe* im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen", waren aber auch strafbare Handlungen feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht und ihre Angehörigen „von der Truppe selbst", und zwar „mit allen Mitteln[72], *auf der Stelle* bis zur Vernichtung des Angreifers abzuwehren"[73]. Unter II, 1, Absatz 2 fügte Lehmann indes hinzu:

„Nur wo das ausnahmsweise nicht geschehen ist, werden sie gerichtlich verfolgt."

Und er begründete diesen Zusatz, indem er zuerst an die im März mit Ziffer I, 6 des *Entwurfs* der „Richtlinien auf Sondergebieten . . ." geplante Regelung erin-

[70] In Absatz 1 von Abschnitt III des Entwurfs: Nürnb. Dok. NOKW-209. Auch zum folgenden.

[71] Die Fortsetzung: „ferner für Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet werden", muß angesichts der grundsätzlichen *Aufhebung* des Verfolgungszwanges für Straftaten Wehrmachtsangehöriger gegen „feindliche Zivilpersonen" peinlich berühren.

[72] Im Entwurf des OKH und dann auch in der endgültigen Fassung des Gerichtsbarkeitserlasses vom 13. 5. 1941 hieß es: „. . . mit den äußersten Mitteln . . ."; Jacobsen, a. a. O., S. 176, 182; Uhlig a. a. O., S. 389.

[73] Hervorhebung von mir.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nerte – wonach in den bewußten Fällen von „klarer" Schuld die Wehrmachtgerichte fungieren durften, doch „alle anderen Taten [sic] von Landeseinwohnern ... der nächsten Dienststelle des Reichsführers SS übergeben werden" sollten[74] – und sodann fortfuhr:

> „Da entgegen der früheren Annahme Dienststellen des Reichsführers SS in dem erforderlichen Umfang nicht da sein werden, bleibt jetzt nur die Wahl, Zivilpersonen, deren Schuld nicht sofort erweisbar ist, doch von den Gerichten aburteilen zu lassen oder sie durch die Truppe erschießen zu lassen. Wenn sie den Gerichten übergeben werden, müssen die Gerichte über Schuld oder Nichterweisbarkeit entscheiden und im Falle der Nichterweisbarkeit freisprechen. Darauf mache ich ausdrücklich aufmerksam."[75]

Die hier von Lehmann formulierte „Alternative" – nämlich: Verdächtige „doch von den Gerichten aburteilen ... oder sie durch die Truppe erschießen zu lassen" – spiegelt Charakter und Tendenz der momentanen Überlegungen zur Sache leider realistisch wider[76]. Wie er jetzt darauf kam, daß Organe des Reichsführers SS nicht in genügender Zahl verfügbar sein würden – ob Keitel ihm damit vielleicht die (jetzt in seinem Erlaßentwurf berücksichtigte) Notwendigkeit einer Selbsthilfe der Truppe motiviert hatte –, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls setzte Warlimont zu jener Bemerkung ein großes Fragezeichen an den Rand[77]. Man kann andererseits nicht ausschließen, daß Lehmann hier versucht hat, mit einer vorgeschobenen Begründung die Position der Wehrmachtgerichtsbarkeit etwas zu verbessern[78]. Sollte dies wirklich seine Absicht gewesen sein, so war ihr sein so nachdrücklicher Hinweis auf die „schwache Seite" aller Strafverfahren, die Möglichkeit eines Freispruchs mangels Beweises, gewiß nicht dienlich. Doch seine Sorge vor erneutem Tadel der Militärgerichte war offenbar stärker. Allerdings hätte sein Gedanke, Straftaten sowjetischer Zivilisten gegen die Wehrmacht wenigstens in einigen Fällen gerichtlich zu behandeln, in Anbetracht der erklärten gegenteiligen Absichten Hitlers beim OKW ohnehin keinen Anklang gefunden. Jedenfalls schrieb Warlimont auf dem ihm von Lehmann übersandten Exemplar des Erlaßentwurfs vom 28. April zu dem betreffenden Satz ein „Nein" an den Rand[79]. In Nürnberg berichtete Lehmann von einer ihm durch Keitel übermittelten Ablehnung – mit der Begründung, die Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner

---

[74] Vgl. oben, S. 692.

[75] Nürnb. Dok. NOKW-209.

[76] Bezeichnend in dieser Hinsicht dürfte auch Ziffer II, 2 von Lehmanns Entwurf vom 28. 4. 1941 (s. Anm. 75) sein: „Im übrigen sind strafbare Handlungen von feindlichen Zivilpersonen nur dann kriegsgerichtlich zu verfolgen, wenn das aus politischen Gründen unerläßlich ist", und *vor allem Lehmanns Kommentar* in einer (zweiten) Anmerkung hierzu: „Auch dieser Satz fehlte in den früheren Richtlinien [vom März], er ist aber wohl nötig. Beispiel: Ein Bolschewist erschießt einen Ukrainer. Der Satz ist nur dann entbehrlich, wenn die Truppenbefehlshaber die Verantwortung dafür übernehmen, daß solche Fälle ohne gerichtliches Verfahren entsprechend den Absichten der politischen Führung behandelt werden."

[77] OKW/WFSt/L IV, Chefsachen Barbarossa (Februar–Mai 1941); BA/MA, RW 4/v. 575.

[78] Wie Betz a. a. O., S. 137 und 139, meint.

[79] Vgl. Anm. 76.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

solle ja abgeschafft und nicht eingeführt werden[80]. Hierauf schwenkte – man kann es nicht anders nennen – Lehmann endgültig und völlig ein, wie sein nächster Entwurf (vom 9. Mai) und zumal dessen Begleitschreiben zeigen werden.

Zunächst kam es jedoch zu einem merkwürdigen Zwischenspiel, denn am 6. Mai sandte der erwähnte Generalleutnant Müller, dem als „General z. b. V. beim ObdH" die Gruppe III (Rechtswesen) für das Feldheer unterstand, „an den Herrn Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, z. Hd. des Herrn General Warlimont oder Vertreter im Amt", *eigene* Entwürfe für Gerichtsbarkeitserlaß und Komissarbefehl[81]. Der Vorgang hat der Forschung Rätsel aufgegeben, da man eine solche Initiative gerade von der Heeresführung in dieser Sache nicht erwartete, und er hat angeblich sogar mit der Regelung des Fragenkomplexes dienstlich so nahe befaßte Zeitgenossen wie Keitel[82] und – namentlich – Warlimont peinlich überrascht[83]. Zwar lag bereits seit dem 28. April Lehmanns Entwurf (vom gleichen Tage)[84] für den *Gerichtsbarkeitserlaß* vor, und es ist auch aus diesem Grunde – trotz der seit der Führerrede vom 30. März bis zu den Entwürfen General Müllers vom 6. Mai „still" verstrichenen fünf Wochen (Balkanfeldzug, Vorbereitung Kreta!) – schwer verständlich, daß Warlimont ungeachtet der von Hitler mit solcher Entschiedenheit bekundeten Ansichten noch gehofft haben will, eine weiterhin von allen „Beteiligten" strikt durchgehaltene „Verschwörung des Schweigens"[85] könne jenen sein Vorhaben schließlich mehr oder weniger „vergessen" lassen. Doch obwohl gerade er, Warlimont, die Ausführungen des Diktators vom 30. März zur Sache als einen „wohlüberlegten und außerordentlich nachdrücklichen Befehl" bezeichnet hat[86], erhob er (ähnlich Keitel[87]) aus späterer Rückschau gegen den einstigen Oberbefehlshaber des Heeres den Vorwurf, die bis zum 6. Mai „nur einem begrenzten Kreis hoher Offiziere bekanntgewordenen und bei ihnen sicherlich längst vergessenen mündlichen Richtlinien Hitlers in schriftliche Form" gefaßt und „dadurch ... erst zu einem konkreten Befehl für die

[80] Nbg./Fall XII, S. 7796, 8272.

[81] OKW/WFSt/L IV, Chefsachen Barbarossa, Mai 1941, BA/MA, RW 4/v. 577 (Fotokopie!); Nürnb. Dok. PS-877 (gedruckt: IMT, Bd. XXVI, S. 401 ff., mit Lesefehlern!), PS-1471 und NOKW-209; Uhlig, S. 355 ff. und 386 ff. (hier unvollständig); Jacobsen a. a. O., S. 174 ff.

[82] Vgl. W. Keitel (hrsg. v. W. Görlitz), „Generalfeldmarschall Keitel – Verbrecher oder Offizier?" Erinnerungen, Briefe und Dokumente des Chef OKW, Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1961, S. 259.

[83] „... auf das peinlichste überrascht ..."; Warlimont a. a. O., S. 179 f.

[84] Nürnb. Dok. NOKW-209. Abzeichnung durch Warlimont: „W. 28./4."; durch den Leiter der Quartiermeistergruppe, Obstlt. v. Tippelskirch: Tagesangabe (28) unterstrichen, „v. T. 15[0] [Uhr]".

[85] Warlimont a. a. O., S. 178 f.

[86] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 6415. W. hat daher auch zunächst „immer den Standpunkt vertreten", daß Müllers Bezugnahme auf einen Auftrag vom 31. März zur Abfassung des „Kommissarbefehls" auf einem Datierungsfehler beruhe. Vgl. oben, S. 688 mit Anm. 28.

[87] Keitel a. a. O., S. 259.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truppe" gemacht zu haben[88]. Was nun aber das „überraschende" und in der Tat etwas aus dem Rahmen fallende *Hervortreten* des Generals z. b. V. Müller *selbst* betrifft, so erklärt es sich in erster Linie ganz offenbar aus dessen Besorgnis, in der schwebenden Angelegenheit in Zeitnot zu geraten. Immerhin waren seit der im März getroffenen Entscheidung zugunsten einer gesonderten Regelung der Wehrmachtgerichtsbarkeit im Okkupationsraum Wochen verstrichen, war der Feldzugsbeginn um ebensoviel nähergerückt, hatte überdies die berühmte Weisung Barbarossa vom 21. 12. 1940 verlangt, daß „Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, ... bis zum 15. Mai 1941 abzuschließen" seien[89] – was mancher unwillkürlich mit dem Angriffstermin selbst gleichsetzen mochte. Der oben erwähnte ehemalige Generalrichter und Leiter der Gruppe Rechtswesen beim General z. b. V., Dr. Lattman, hat denn auch mit großer Bestimmtheit wiederholt erklärt, „als vorsichtiger Mann" sei General Müller sehr daran interessiert gewesen, „den angekündigten Erlaß über die Kriegsgerichtsbarkeit im Raum ‚Barbarossa' so rechtzeitig zu erhalten, daß die Truppe [vor Feldzugsbeginn] ausreichend unterrichtet werden konnte"[90]. Müller habe daher nach längerem Warten bei Warlimont telefonisch angefragt, ob mit einem solchen Erlaß noch zu rechnen sei – was Warlimont bejaht habe. Als eine weitere Woche verstrich, ohne daß der Erlaß einging, habe Müller erneut bei Warlimont angerufen, worauf dieser ihm anheimgestellt habe, doch von sich aus Vorstellungen für einen Erlaß auf der ihm ja bekannten Grundlage der Führerrede vom 30. März zu entwickeln[91]. Warlimont konnte sich später – wie er jedenfalls dem Autor H. D. Betz auf dessen Frage erwiderte[92] – an die beiden bezeugten Telefonate, über die Lattmann von Müller „jeweils sofort unterrichtet" worden sein will[93], nicht erinnern und bezeichnete sie als unwahrscheinlich; sie passen auch schlecht zu seiner retrospektiven Version einer allerseits und namentlich von ihm selbst betriebenen „Verschwörung des Schweigens". Auch General a. D. Müller erklärte bei einer Vernehmung in Nürnberg am 10. 11. 1947[94], er erinnere sich „trotz langen Nachdenkens mit bestem Willen nicht mehr daran", halte aber auch „keinen sachlichen Anlaß dazu für gegeben". Unmittelbar zuvor jedoch heißt es in der Niederschrift: „Warlimont glaubte mich im Lager Allendorf vor etwa ½ Jahr [sic] auf ein Telephongespräch in der Behandlung der Kommissar-

---

[88] Warlimont a. a. O., S. 179 f.

[89] Weisung Nr. 21 („Fall Barbarossa"): Nürnb. Dok. PS-446; gedruckt: IMT Bd. XXVI, S. 48. – W. Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945, Dokumente des OKW, Frankfurt/M. 1962, S. 84.

[90] Briefe Dr. Lattmanns an H. D. Betz vom 15. 10. 1968 und 13. 5. 1970 („... um nicht im letzten Augenblick mit schriftlichen Erlassen Hitlers überrascht zu werden".) Vgl. oben, Anm. 32.

[91] Vgl. Betz a. a. O., S. 141.

[92] Ebd., S. 141, Anm. 3.

[93] Brief Dr. Lattmanns an H. D. Betz vom 15. 10. 1968.

[94] Vernehmung No. 2318 D; IfZ, Zs 1244.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frage festlegen zu sollen." Müller erinnerte sich, wie gesagt, nicht, fuhr jedoch fort:

> „Es war damals, als auf Befehl Feldmarschall Brauchitschs die ihm von Hitler gegebenen Einzelanweisungen zusammengestellt und an OKW/Wehrmachtführungsstab eingereicht wurden mit dem Zweck, die ganze Angelegenheit wieder [?] in die Hand und Bearbeitung des OKW zurückzugeben [?]. Warlimont steht, soweit ich ihn verstanden habe, auf dem Standpunkt, das Heer hätte damit auf Ausgabe eines Befehls gedrängelt, während es doch der Tendenz und der Haltung Brauchitschs entsprach, von sich aus nichts zu machen und durch Schweigen vielleicht doch dieses ganze Problem zu überwinden."

Man sieht: Zunächst einmal erweist sich die berühmte „Verschwörung des Schweigens" bei Warlimont wie bei Keitel und Müller als eine wesentlich nachträgliche Konstruktion. Richtig an Warlimonts Lesart mag sein, daß er aus begreiflichen Bedenken heraus die Erstellung der fatalen Befehle vor sich hergeschoben hat, ja ihr für seine Person wohl gern ausgewichen wäre – insoweit kann man von einem „dilatorischen Verhalten"[95] sprechen; daß er von seiten Müllers, d. h. der Heeresführung, eher eine mäßigende Einwirkung erwartet hatte (sprach er doch von „verschärfenden Vorschlägen [des] OKH", selbst in bezug auf den *Gerichtsbarkeitserlaß*)[96]; daß er sich ferner bezüglich der Vermeidbarkeit eines schriftlichen „Kommissarbefehls" noch Hoffnungen gemacht und er namentlich *dessen* nunmehrige Vorlage durch den General z. b. V. beim OBdH als „peinliche Überraschung" empfunden hat. Vermerkte er doch auf Müllers Anschreiben zu dessen Sendung vom 6. Mai: „. . . bleibt auch zu prüfen, ob *schriftl[icher]* Erlaß dieser Art *erforderlich* ist"[97]. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aber haben die strittigen Telefonate Müller–Warlimont stattgefunden. Auch die Annahme, daß ein gewisser Zeitdruck tatsächlich bestand und daß entsprechende Sorgen die Initiative General Müllers wesentlich veranlaßt haben, wird durch weitere Zeugnisse gestützt: so durch die Notiz Warlimonts vom 7. Mai (gleichfalls auf dem erwähnten Anschreiben Müllers vom Tage zuvor): „WR [Wehrmacht-Rechtsabteilung] ist über gebotene Beschleunigung unterrichtet"[98]; ferner durch die Bemerkung Lehmanns selbst im Anschreiben zu seinem neuen Entwurf vom 9. Mai: „Die Wehrmachtteile bitten auf das dringendste, daß sie diese Richtlinien [d. h. den Gerichtsbarkeitserlaß] spätestens am 14. 5. 1941 bekommen."[99] Grotesk hingegen muß man die nachträgliche Behauptung Müllers nennen, seine Übersendung der OKH-Entwürfe an den Wehrmachtführungsstab habe den

---

[95] So Warlimont (gegenüber Uhlig) in einem Schreiben vom 4. 6. 1960 an das IfZ (Zs 312).

[96] In einer handschriftlichen Schlußbemerkung Warlimonts zu einer Vortragsnotiz seines Verwaltungssachbearbeiters (Abt. L IV/Verw.) vom 11. 5. 1941 (BA/MA, RW 4/v. 577), mit der W. die Anfertigung einer vergleichenden Übersicht aller drei vorliegenden Entwürfe (WR vom 28. 4., OKH vom 6. 5. und WR vom 9. 5.) zum Gerichtsbarkeitserlaß anordnete, heißt es: „Vgl. verschärfende Vorschläge OKH."

[97] Unterstreichung im Original! Nürnb. Dok. PS-877.

[98] Ebd. Vgl. Jacobsen a. a. O., S. 175.

[99] Nürnb. Dok. NOKW-209. Man beachte den hier genannten Termin im Hinblick auf den in der Weisung Barbarossa gesetzten: vgl. S. 700 mit Anm. 89!

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweck gehabt, „die ganze Angelegenheit wieder in die Hand und Bearbeitung des OKW zurückzugeben“[100]. Einem derartigen Zweck hätte er besser durch Vermeidung jeder eigenen Initiative in dieser – später allerseits als höchst unerfreulich qualifizierten – Sache gedient, statt, wie er es tat, den einen Entwurf, nämlich denjenigen über die „Behandlung feindlicher Landeseinwohner“ sowie über die Lockerung des Verfolgungszwanges bei „Straftaten Heeres[!]angehöriger gegen feindliche Landeseinwohner“, gleich mit dem Briefkopf „Der Oberbefehlshaber des Heeres“[101] sowie dem Vermerk „15 Ausfertigungen“ zu versehen (bzw. versehen zu lassen) und beide Entwürfe dem OKW „mit der Bitte um Kenntnis [sic] und *baldige* Mitprüfung“[102] zu übersenden!

Nein, in Wirklichkeit glaubte General Müller jetzt die Dinge selber in die Hand nehmen zu müssen. Es muß aber noch vor Eingang seiner Sendung (vom 6. Mai) im OKW (am 7. Mai)[103] auf Veranlassung oder doch mit Zustimmung Warlimonts[104] zu einer „Verhandlung“ *Lehmanns* mit Müller sowie mit General Jeschonnek, dem Generalstabschef der Luftwaffe, gekommen sein – wofür in Anbetracht der Ablehnung von Lehmanns Entwurf vom 28. April und der nun ins Auge gefaßten völligen Außerkraftsetzung der Wehrmachtgerichtsbarkeit für die Zivilbevölkerung im Okkupationsraum Grund genug bestand. Denn in der erwähnten Notiz vom 7. Mai (auf dem Anschreiben Müllers), mit welcher Warlimont die Quartiermeistergruppe (L IV) seiner Abteilung „zu 1.)“ – d. h. in bezug auf den geplanten Gerichtsbarkeitserlaß – orientierte, heißt es: „WR [Wehrmacht-Rechtsabteilung] bereitet *nach Fühlungnahme mit OKH* [General z. b. V. Müller] *u. OKL* [Generalstabschef Jeschonnek] neuen Entwurf vor.“[105] Und Lehmann schrieb an Jodl und Warlimont („je besonders“) am 9. Mai[106]: „Über die Regelung der Gerichtsbarkeit habe ich vereinbarungsgemäß[107] mit General Müller und General Jeschonnek verhandelt, ferner gestern mit den Chefs der Rechtsabteilungen [der drei Wehrmachtsteile].“ Was die zeitliche Reihenfolge der Vorgänge betrifft, so klärt sie einigermaßen der auch sonst wichtige Satz aus dem gleichen Schreiben Lehmanns: „Der Vorschlag, den das Heer an L [die Warlimont unterstehende Abteilung Landesverteidigung des OKW] gegeben hat (Schreiben vom 6. 5. Gen z b V b. Ob d H 75/41 g. Kdos. Chefs) beruht auf einem Vortrag, den General Müller *nach der Rücksprache mit mir* bei Generaloberst

---

[100] Vgl. Anm. 94. Warlimont schrieb an den Rand: „Rückspr. mit Chef WR 12. 5. nachm. W.“

[101] Es heißt auch im Anschreiben bezüglich der Anlagen: „1.) Entwurf eines Erlasses des Oberbefehlshabers des Heeres“. Vgl. Anm. 97; gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 355 und Jacobsen a. a. O., S. 174.

[102] Unterstreichung im Original. Nürnb. Dok. PS-877.

[103] Laut Eingangsstempel: „OKW/WFSt/Abt. L Kst, 7. Mai 1941“: BA/MA RW 4/v. 577.

[104] Vgl. das Folgende!

[105] Hervorhebungen von mir.

[106] Nürnb. Dok. NOKW-209.

[107] „vereinbarungsgemäß“: Ein *Befehl* konnte Lehmann von Jodl oder Warlimont nicht erteilt werden (wohl aber von Keitel).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Halder gehalten hat."[108] Halders Tagebuch zufolge aber fand der Vortrag Müllers und seines Rechtsberaters Dr. Lattmann am 6. Mai statt[109], dem Tage, an welchem die beiden OKH-Entwürfe an das OKW abgingen (oder fertiggestellt wurden).

Eingeleitet wurde dieses neue (und letzte) Stadium der Gestaltung des Gerichtsbarkeitserlasses Barbarossa also durch die (schwerlich nur der bloßen Tatsache, sondern sicherlich auch ihrer allgemeinen Tendenz nach) mit Vorwissen Warlimonts geführte „Rücksprache" Lehmanns mit Müller. Es wäre ja auch – zumal im Hinblick auf viele Übereinstimmungen ihrer beider Entwürfe – seltsam, wenn es nicht einer gewissen Orientierung Müllers über den jetzt im Prinzip beschlossenen Kurs bedurft hätte; und niemand war über ihn besser unterrichtet und sich, wie man noch sehen wird, über seine „notwendigen" Konsequenzen klarer als Lehmann. Selbst Warlimont mochte von diesen Konsequenzen noch keine ganz deutlichen Vorstellungen haben[110]. Auf den von Müller nach dem Vortrag bei Halder übersandten Entwurf (zum Gerichtsbarkeitserlaß) aber dürfte die Besprechung mit Lehmann von beträchtlichem Einfluß gewesen sein, obwohl Müllers juristischer Berater Dr. Lattmann die Abfassung selbst gewiß mit Recht für sich in Anspruch nimmt[111]. Er hat erklärt, er habe, als ihn „im unmittelbaren Anschluß an das Ferngespräch mit Warlimont" Müller damit betraute, diesem sofort gesagt, daß er „das genau nach den vom Chef WR Anfang [?] April bekanntgegebenen Richtlinien Hitlers tun werde[112], weil so vielleicht am ehesten eine Abschwächung beim OKW zu erreichen sei": eine für das Jahr 1941 nicht nur in bezug auf Hitler wenig plausible Spekulation.

„Geht weiter als WR", bemerkte Warlimont zu Ziffer I, Absatz 2 von Müllers bzw. Lattmanns Entwurf vom 6. Mai für den Gerichtsbarkeitserlaß: Danach sollten nämlich auch potentielle Freischärler („Landeseinwohner, die als Freischärler an den Feindseligkeiten teilnehmen oder *teilnehmen wollen* . . ."), Saboteure etc. *von der Truppe* im Kampf „oder auf der Flucht" erschossen werden[113].

---

[108] Hervorhebung von mir.

[109] Halder-Tgb. II, S. 399.

[110] Vgl. das Folgende!

[111] Brief Dr. Lattmanns an H. D. Betz vom 15. 10. 68: „Der OKW-Entwurf stammt von mir."

[112] So im Brief an H. D. Betz vom 16. 4. 1970. In dem in Anm. 111 erwähnten Brief heißt es weiter: „Grundlage ist das, was Dr. Lehmann bei der Besprechung [mit den Chefs der Rechtsabteilungen der drei Wehrmachtteile sowie mit dem damaligen Oberstkriegsgerichtsrat Dr. Lattmann – eine Besprechung die Lehmann, wie oben erwähnt, auf das letzte Drittel des April 1941 datiert] gesagt hatte. Auch Müller hatte keine weiteren Unterlagen." Der Inhalt des von Lattmann gefertigten und von Müller am 6. 5. 1941 abgesandten OKH-Entwurfs setzt jedoch die Kenntnis des nach der Ablehnung von Lehmanns Entwurf vom 28. 4. 1941 gegebenen Standes der Dinge mehr oder weniger voraus! Im übrigen möchte Dr. Lattmann selbst „annehmen, daß der Arbeitsbeginn nur wenige Tage vorher [d. h. vor dem 6. 5.] gelegen hat" – also zu einem Zeitpunkt, zu dem, wie im Text erwähnt, eine Besprechung Müller-Lehmann nachweislich stattfand.

[113] Hervorhebungen von mir. Im Original sind „im Kampf oder auf der Flucht" sowie „erschießen" unterstrichen. Nürnb. Dok. NOKW-209. Vgl. auch Uhlig a. a. O., S. 387.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Wo", so hieß es im folgenden Absatz, „derartige verbrecherische Elemente auf diese Weise nicht erledigt werden, sind sie sogleich einem Offizier vorzuführen, der zu entscheiden hat, ob sie zu erschießen sind." In der Tat gehen die beiden Absätze über den Entwurf der WR, d. h. Lehmanns, vom 28. April hinaus, aber keineswegs über dessen in Vorbereitung befindlichen Entwurf vom 9. Mai. Vielmehr *übernahm* Lehmann, wie er dann ausdrücklich erwähnte, ihren Inhalt in diesen neuen Entwurf in der eher noch schärferen Form, daß *„tatverdächtige* Elemente", die noch nicht „von der Truppe auf der Stelle" erledigt waren, sogleich einem Offizier vorzuführen seien, der über ihre Erschießung entscheide[114]. Gleichsam als Gegenvorschlag schrieb Warlimont hierzu die vielsagende Frage an den Rand: „Abgabe an Sonderkommandos?"[115] Um im Sinne der gewohnten, bis vor kurzem ja auch von Hitler formell gewahrten „Trennung" der Aufgaben von Wehrmacht und SS das mit „Maßnahmen" solcher Art verknüpfte Odium wenigstens optisch von der Wehrmacht abzuwälzen, griff Warlimont also auf jene Bestimmung des *Entwurfs* der „Richtlinien auf Sondergebieten" zurück, wonach alle nicht sofort aburteilbaren Tatverdächtigen „der nächsten Dienststelle des Reichsführers SS zu übergeben" waren[116]. Der Sachbearbeiter für Verwaltungsfragen in der Quartiermeistergruppe der Abteilung L (L IV) gab seinem Chef Warlimont indes zu bedenken, daß „die Abgabe an ein Sonderkommando . . . auch an die Entscheidung eines Offiziers gebunden werden müßte"[117]. Denn, so fügte er sehr bezeichnend hinzu, „die Verantwortung des betreffenden Offiziers dürfte die gleiche sein wie in der von WR [d. h. in Lehmanns Entwurf vom 9. Mai] vorgesehenen Regelung" – welche die Entscheidung über die Erschießung eines Tatverdächtigen dem betreffenden Offizier übertragen wollte. Wie man hier nebenbei erkennt, waren sich die Beteiligten über gewisse Aufgaben der „Sonderkommandos" – für die sich der Name „Einsatzgruppen" noch nicht eingebürgert hatte – durchaus im klaren.

Was Lehmann angeht, so wissen wir bereits aus seinem Brief an Warlimont und Jodl vom 9. Mai – dem aufschlußreichen Begleitschreiben zu seinem Entwurf vom gleichen Tage, worin er dessen Zustandekommen und Inhalt erläutert –, daß er tags zuvor mit den Chefs der Rechtsabteilungen der drei Wehrmachtteile „verhandelt"[118] hat. Denn nach der Ablehnung seines Erlaßentwurfs vom

[114] In seinem Begleitschreiben zum Entwurf vom 9. Mai: „Aus dem Vorschlag des Ob. d. H. habe ich übernommen, was in I. 4 [des Entwurfs von Lehmann vom 9. 5.] steht." In Nürnberg: „. . . stammt . . . aus dem Entwurf des Heeres . . ." Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7802. Die vorgenommene Verschärfung unterstreicht auch M. Messerschmidt a. a. O. (s. Anm. 10), S. 407, Anm. 1352. – Die folgende Hervorhebung von mir.

[115] Nürnb. Dok. NOKW-209.

[116] Vgl. oben, S. 692.

[117] In der betreffenden Vortragsnotiz (unsigniert) vom 11. 5. 1941 trägt dieser Abschnitt die (eindeutige!) Überschrift: „4.) Abgabe an ein Sonderkommando des SD: . . ." (unterstrichen). OKW/WPSt/L IV, Chefsachen Barbarossa Mai 1941; BA/MA, RW 4/v. 577. Das Wort „müßte" steht im Original an der durch Punkte gekennzeichneten Stelle.

[118] So nennt er es ausdrücklich selbst.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

28. April und seiner hiernach erfolgten völligen Anpassung[119] an die Wünsche der höchsten Stelle kam es für ihn darauf an, nicht nur (in Müller und Jeschonnek) zuständige Vertreter von Heer und Luftwaffe, sondern auch deren Rechtsberater, seine Kollegen, – und schließlich Warlimont und Jodl – von der Richtigkeit oder doch Opportunität des von ihm gewählten Kurses zu überzeugen. Diesem Ziel diente auch die Abfassung einer Präambel (zum Erlaßtext)[120], „die die Sache", wie Lehmann sich ausdrückte, „etwas schmackhafter machen" sollte[121]. Sie lehnte sich teilweise an die bereits im OKH-Entwurf enthaltene Präambel an, war aber knapper und sachlicher gefaßt als diese, unterließ z. B. deren weitschweifigen Hinweis darauf, daß der Wehrmacht „diesmal als besonders gefährliches Element aus der Zivilbevölkerung der Träger der jüdisch-bolschewistischen Weltanschauung entgegentritt" usw., um stattdessen die Notwendigkeit der Selbsthilfe der Truppe zu betonen[122]. Im übrigen hatte sich eine gewisse Divergenz mit der Heeresführung ergeben, wovon Lehmann durch eine Mitteilung General Müllers über dessen und Dr. Lattmanns Vortrag bei Generalstabschef Halder (am 6. Mai) erfahren haben dürfte. „Der Vorschlag des Heeres" (gleichfalls vom 6. Mai), so bemerkte Lehmann, „*nähert sich* unseren Vorschlägen."[123] Diese Formulierung verstieß zwar etwas gegen die Chronologie, da der Erlaßentwurf des OKH ja demjenigen, den Lehmann als Anlage seines Briefes (9. 5.) soeben übersandte, zeitlich um drei Tage vorausging. Aber Lehmann wollte offensichtlich die – sachlich zutreffendere – Feststellung vermeiden, daß der Entwurf des OKH tatsächlich etwas hinter seinem eigenen *neuen* Erlaßentwurf (9. 5.) zurückblieb, bzw. daß dieser über denjenigen des Heeres hinausging. Denn er fuhr fort: „Es fehlt in ihm [dem Entwurf des OKH] nur der Satz, daß eine Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner überhaupt nicht besteht." In Nürnberg erklärte Lehmann sogar: „Es fehlt nur der Satz, der das ausdrücklich ausspricht ..."[124] Er hatte jedoch (gerade auch 1941) ein Interesse daran, die bewußte Divergenz mit dem OKH zu verharmlosen, um die Auffassung aller Beteiligten als möglichst übereinstimmend und seiner eigenen möglichst nahe erscheinen zu lassen. Und obschon auch der OKH-Entwurf von der Wehrmachtgerichtsbarkeit für die Zivilbevölkerung sozusagen nicht viel übrig ließ, so hob er sie eben doch nicht gänzlich auf! Lehmann selbst mußte in seinem Begleitbrief einräumen:

---

[119] Vgl. die weiter unten zitierten Sätze Lehmanns!

[120] Vgl. Nürnb. Dok. NOKW-209 und PS-877.

[121] „Im Augenblick kam es darauf an, den Richtern eine Erklärung zu geben, warum die Gerichte über Landeseinwohner nicht tätig sein durften, und dazu haben wir einen Gedanken verwandt, den der Feldmarschall Keitel in Berchtesgaden geäußert hatte, ... daß in den riesigen Räumen des Ostens ... die Gerichte auch zahlenmäßig nicht ausreichen würden ..." Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7805.

[122] Vgl. Anm. 120; Jacobsen a. a. O., S. 175 f. (Uhlig a. a. O., S. 386 f., gibt irrtümlich den endgültigen – aus Lehmanns Entwurf vom 9. 5. 1941 stammenden – Text der Präambel wieder: vgl. Uhlig a. a. O., S. 388!).

[123] Vgl. wiederum Nürnb. Dok. NOKW-209; Hervorhebung von mir.

[124] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7797 und 8274.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Generaloberst Halder wollte für Fälle, in denen die Truppe keine Zeit hat, Ermittlungen anzustellen, die Gerichtsbarkeit gern erhalten sehen, ebenso für die vielen Delikte kleinerer Art, die ein Erschießen nicht rechtfertigen."

Hierzu hat Lehmann in Nürnberg als „besonders bemerkenswert" betont, daß Halders Gedanke „in den Entwurf seines eigenen Oberkommandos nicht übernommen worden" sei[125] – als ob es notwendig gewesen wäre, förmlich festzulegen, daß die Wehrmachtgerichtsbarkeit (für Landeseinwohner) bestehen bleibe, solange sie nicht ausdrücklich aufgehoben wurde. Eben dies war in Lehmanns neuem Entwurf vorgesehen, wohingegen der OKH-Entwurf auf Halders Wunsch der Wehrmachtgerichtsbarkeit gewisse Möglichkeiten, sich mit Straftaten von Zivilpersonen zu befassen, faktisch offen ließ. Doch Lehmann verschloß sich Erwägungen, wie Halder sie anstellte, jetzt völlig, denn er schrieb:

„Ich habe dagegen Bedenken, die General Jeschonnek teilt. Wenn wir nun schon einmal diesen Schritt tun [nämlich die Gerichtsbarkeit für Zivilisten aufzuheben], dann muß er auch ganz getan werden. Es besteht sonst die Gefahr [!], daß die Truppe die Sachen, die ihr unbequem sind, an die Gerichte abschiebt und daß so (und das werden gerade die zweifelhaften Sachen sein) das Gegenteil von dem eintritt, was erreicht werden soll. Diesen Gedankengang habe ich mit den Chefs der Rechtsabteilungen besprochen."[126]

Es war offenbar nicht ganz leicht gewesen, die zunächst, wie Lehmann sogar in Nürnberg sagte, „entsetzten" Fachkollegen[127] zu überzeugen. Ob er ganz so deutlich geworden ist wie Warlimont und Jodl gegenüber, steht dahin. An Eindringlichkeit hat er es wohl ebensowenig fehlen lassen wie an Beschwichtigungen. „Sie waren schließlich alle einverstanden", schrieb er; „sie alle bezeichneten es aber als unbedingt nötig, Vorsorge zu treffen, daß zu gegebener Zeit die Gerichtsbarkeit wiedereingeführt werden könne."[128] Einmal mehr beruhigte man sein Gewissen mit der Vorstellung, man lasse für eine begrenzte Zeit – und die Periode der eigentlichen Kampfhandlungen im Rußlandkrieg wurde ja von der an sich zuständigsten Seite recht kurz bemessen[129] – eine Ausnahmeregelung, „eine Übergangslösung"[130] zu, die nach der „ersten Befriedung" entfallen müsse – und würde. Um aber der besagten „Gefahr", daß die Truppe (wie es sich ja gehörte) zweifelhafte Sachen doch an die Gerichte abgab, restlos vorzubeugen, sorgte

---

[125] Ebd., S. 8275; ferner S. 7799 und 7801.

[126] Wiederum laut Lehmanns Begleitschreiben vom 9. 5. 1941 zu seinem Entwurf vom gleichen Tage: Nürnb. Dok. NOKW-209.

[127] „Es war uns ganz klar, daß sie entsetzt sein würden. Wir konnten ihnen die wirklichen Gründe ja nicht mitteilen, das furchtbare Mißtrauen Hitlers." Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7805.

[128] Vgl. Anm. 126.

[129] „Beurteilung des Ablaufs Barbarossa durch Obd.H.: Voraussichtlich heftige Grenzschlachten, Dauer bis zu 4 Wochen. Im weiteren Verlauf wird dann aber nur noch mit geringerem Widerstand zu rechnen sein." („Besprechung bei Chef L am 30. 4. 1941".) WFSt, L IV/Qu. Geh. Kdos. Chefsache. Gedruckt: IMT, Bd. XXVI, S. 400.

[130] „... nach den Gedanken der Chefs der Rechtsabteilung[en] und nach meiner Meinung – das Ganze eine Übergangslösung": so Lehmann selbst: Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7806.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lehmann persönlich für eine zusätzliche Vorschrift – „neu und von mir allein eingefügt", hob er sogar hervor[131] – folgenden Wortlauts:

„Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu verwahren, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben."[132]

In Randbemerkungen zu dem erwähnten Begleitschreiben und zu einer Vortragsnotiz seiner Abteilung äußerte sich Warlimont zu Lehmanns Entwurf vom 9. Mai, d. h. zur völligen Aufhebung der Wehrmachtgerichtsbarkeit für Landeseinwohner, zustimmend[133]. Mit geringfügigen Änderungen wurde aus diesem Entwurf die endgültige Fassung des Führererlasses „über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa' und über besondere Maßnahmen der Truppe", welche Keitel als Chef des OKW am 13. Mai 1941 „im Auftrage" zeichnete. Seine Hauptbestimmungen besagten:

1.) „Straftaten feindlicher Zivilpersonen sind der Zuständigkeit der Kriegsgerichte und der Standgerichte bis auf weiteres entzogen." (I, 1.)

2.) Wo „versäumt" wurde oder es „zunächst nicht möglich" war, „Angriffe feindlicher Zivilpersonen" *nicht* bereits „von der Truppe auf der Stelle mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen", sollten „tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt" werden, welcher „entscheidet, ob sie zu erschießen sind." (I, 2–4.)

3.) „Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist." (II, 1.)[134]

Von einer Ausgabe des Gerichtsbarkeitserlasses durch den ObdH, wie sie im Entwurf des OKH vom 6. Mai vorgesehen wurde, war also nicht mehr die Rede. Den General z. b. V. Müller hatte Lehmann offenbar überzeugen können, und auch die gewichtigen Gründe, aus denen Halder die Gerichtsbarkeit „gern erhalten gesehen" hätte, wie Lehmann sich ausdrückte[135], waren gänzlich unberücksichtigt geblieben; doch hat der Generalstabschef offenbar auch nicht weiter

---

131 Vgl. Anm. 126; es handelt sich um Ziffer I, 5 sowohl von Lehmanns Entwurf v. 9. 5. 1941, als auch der Endfassung des Gerichtsbarkeitserlasses: Nürnb. Dok. NOKW-3357; gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 389; Jacobsen a. a. O., S. 182.

132 Im Urteil (des Nürnberger Militärgerichts im OKW-Prozeß, Fall XII Qu 1, Bd. 2, S. 333) gegen Lehmann heißt es dazu: „Diese Bestimmung des Befehls, die offensichtlich weder von Hitler, noch von Keitel noch von Jodl stammt, ist einer seiner bösartigsten Teile (one of the most vicious parts of the order) ... Um den Militärgerichten [im Rußlandfeldzug] einen Tadel des Führers [wie im Polenfeldzug 1939] zu ersparen, war der Angeklagte offensichtlich bereit (it is apparent ...), das Leben unschuldiger Menschen zu opfern."

133 Angesichts der aktenmäßig erwiesenen Tatsache, daß die von Warlimont geleitete Abteilung L im OKW an der Gestaltung des Gerichtsbarkeitserlasses Barbarossa maßgeblich – formell gesehen, trotz des faktisch größeren Anteils Lehmanns, sogar federführend – beteiligt war, muß die Feststellung Warlimonts in seinem Buch (S. 185; entsprechend Betz a. a. O., S. 209), daß „seine [Hitlers] Richtlinien über die Kriegsgerichtsbarkeit im Osten ohne Mitwirkung der Abtl. L von anderen Dienststellen des OKW in Berlin bearbeitet worden" seien (vgl. meine Anm. 6), seltsam berühren.

134 Nürnb. Dok. NOKW-3357; Uhlig a. a. O., S. 388 ff.; Jacobsen a. a. O., S. 182 f.

135 Vgl. oben, S. 706.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

insistiert. Aus späterer Rückschau erklärte er die Forderung Hitlers nach Straffung und Beschleunigung des kriegsgerichtlichen Verfahrens (als ob es sich nur darum gehandelt hätte!) sogar für nicht unberechtigt – weshalb er (Halder) gegen den ihm vorgetragenen Erlaßentwurf des OKH (vom 6. Mai) „keine grundsätzlichen Einwendungen" erhoben habe[136]. Die in diesem Entwurf enthaltene und in die Endfassung des Gerichtsbarkeitserlasses (in noch etwas verschärfter Form) übernommene Bestimmung, daß „im Kampf oder auf der Flucht" *nicht* erledigte Freischärler und ähnliche „verbrecherische Elemente ... sogleich einem Offizier vorzuführen" seien, der über ihre Erschießung zu entscheiden habe[137], soll nach Lehmanns erwähntem Begleitschreiben vom 9. Mai sogar die ausdrückliche Billigung von Generaloberst Halder gehabt haben und die weitere Bestimmung über „kollektive Gewaltmaßnahmen" gegen Ortschaften, aus denen „heimtückische Angriffe irgendwelcher Art" gegen die Truppe erfolgen würden, „von ihm selbst vorgeschlagen worden" sein[138].

Halder und – erst recht – Brauchitsch waren offensichtlich von Hitlers Argument von den „Besonderheiten" eines Feldzuges gegen die Sowjetunion nicht unbeeinflußt geblieben. Was der Heeresführung Sorgen machte, war wesentlich eine mögliche „Verwilderung der Truppe" als Folge der vorgesehenen Lockerung der Kriegsgerichtsbarkeit oder jenes summarischen Verfahrens selbst gegen potentielle Freischärler und Saboteure – Momente, auf welche ja auch höhere Frontbefehlshaber sehr bald hingewiesen haben[139]. In Gestalt des vielerwähnten „Disziplinar-Erlasses" vom 24. Mai gab Brauchitsch daher dem Gerichtsbarkeitserlaß, den er gleichzeitig den höheren Kommandeuren übersandte, eine dämpfende Interpretation bei. Es hieß darin, der Erlaß sei auf „*schwere* Fälle der Auflehnung" feindlicher Zivilisten abgestellt, wohingegen leichtere Verfehlungen – man erinnere sich der von Lehmann erwähnten Bedenken Halders – „durch *Behelfsmaßnahmen* ... (z. B. vorübergehendes Festsetzen bei knapper Verpflegung, Anbinden, Heranziehen zu Arbeiten)" gesühnt werden könnten. Namentlich aber wurde betont, daß „willkürliche Ausschreitungen *einzelner* Heeresangehöriger" unter allen Umständen verhindert werden müßten[140]. Besonders in letzterer Hinsicht war die Diktion des Erlasses eindrucksvoll. In welchem Sinne und mit welcher Begrenzung er ausgelegt werden *konnte*, zeigt z. B. eine Anordnung des

---

[136] Brief Halders an H. D. Betz vom 24. 10. 1968, den dieser mir ebenfalls freundlicherweise in Ablichtung überließ; jetzt: IfZ, Zs 240.

[137] Nürnb. Dok. PS-877 und NOKW-209. „So weit", hat M. Messerschmidt a. a. O. (s. Anm. 10), S. 407, Anm. 1352, mit Recht bemerkt, „war der OKH-Entwurf nicht gegangen."

[138] Auch dies wird Lehmann durch seine erneute (vgl. oben, S. 705) Besprechung mit Müller (oder Dr. Lattmann) erfahren haben.

[139] In seinen Tagebuchnotizen vom 4. 6. 1941 (BA/MA N 22) bemerkt GFM v. Bock, daß der Gerichtsbarkeitserlaß „praktisch jedem Soldaten das Recht gibt, auf jeden Russen, den er für einen Freischärler hält – oder zu halten vorgibt –, von vorne oder von hinten zu schießen". (Gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 319).

[140] Nürnb. Dok. NOKW-3357 (Uhlig, S. 391 f.). Hervorhebungen im Original.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes Süd vom 29. 7. 1941, die u. a. besagte:

„Der Führer hat in seinem diesbezüglichen Erlaß der Truppe ausdrücklich das Recht eingeräumt, im *Verlauf von Kampfhandlungen* im Interesse der Erhaltung der Sicherheit der Wehrmacht feindlich gesinnter Zivilbevölkerung gegenüber mit den schärfsten Mitteln durchzugreifen. Dagegen bedeuten eigenmächtige Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung im *befriedeten Gebiet* reine Willkürakte. Deshalb bleibt die Strafverfolgung in diesen Gebieten in vollem Umfange aufrechterhalten, wenn Soldaten sich gegen Leben und Eigentum wehrloser Einwohner vergehen."[141]

In einer weiteren Anordnung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes Süd vom 1. 9. 1941 heißt es:

„Die Truppe selbst erledigt auf der Stelle nur solche Landeseinwohner, die feindseliger Handlungen überführt oder verdächtig [!] sind, und dies nur auf Befehl von Offizieren; dabei sind Kollektivmaßnahmen an die Dienststellung mindestens eines Batl.-Kdrs. gebunden. Irgendwelche Zweifel hierüber können nicht bestehen. Jedes *eigenmächtige* Erschießen von Landeseinwohnern, auch von Juden, durch einzelne Soldaten sowie jede Beteiligung an Exekutivmaßnahmen der SS- und Polizeikräfte sind daher als Ungehorsam mindestens disziplinarisch zu ahnden, sofern nicht gerichtliches Einschreiten notwendig ist."[142]

Offenkundig wurden hier der Geltung des Gerichtsbarkeitserlasses engere Grenzen gezogen, als dies im Sinne seiner Ziffer II, 1 (Verfolgungszwang „auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist"), geschweige im Sinne Hitlers, lag. Rechtswidrige Handlungen auf Befehl eines Offiziers waren jedoch, wie selbst diese Anordnung zeigt, durch den Disziplinarerlaß Brauchitschs ebensowenig ausgeschlossen wie *befohlene* gemeinsame Aktionen von Heereseinheiten und Sicherheitspolizei gegen Juden in Einzelfällen[143]. Überdies wurde die Verantwortung für die Wahl der jeweils richtigen Direktive nach unten verlagert[144]. Eine zuverlässige Entschärfung des Gerichtsbarkeitsbefehls war jedenfalls auch nach dem Urteil so kompetenter hoher Offiziere wie Generalfeldmarschall von Bock und Generaloberst Halder durch den Disziplinar-Erlaß nicht gewährleistet[145]. Nur das Gegenteil davon aber konnte die Sprache bewirken, in der Eugen Müller als General z. b. V. beim *Oberbefehlshaber des Heeres* nun am 11. Juni in Warschau die ergangenen Befehle den Heeresrichtern

---

[141] Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg, USA-Film 8, Ordner 29, Bilder 678/679. Hervorhebungen im Original.

[142] Ebd., S. 338. Hervorhebung im Original.

[143] Vgl. z. B. den Befehl des XXX. Armeekorps der Heeresgruppe Süd vom 2. 8. 1941, Nürnb. Dok. NOKW-2963; auch die Vorgänge von Kodyma (Ukraine): Nürnb. Dok. NOKW-650; sowie die gemeinsame Aktion von Armeeoberkdo. 11 und Sonderkommando 11 b der Einsatzgruppe C vom 12. 1. 1942: Nürnb. Dok. NOKW-3453 und A. Hillgruber, Die „Endlösung" und das deutsche Ostimperium als Kernstück des ideologischen Programms des NS, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 147.

[144] Vgl. Philippi/Heim a. a. O. (s. Anm. 7), S. 51; auch den in Anm. 136 erwähnten Brief Halders vom 24. 10. 1968.

[145] Vgl. Anm. 136 und 139.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Ic-Offizieren der künftigen Ostfront erläuterte. Seine Formel, „daß im kommenden Einsatz Rechtsempfinden unter Umständen *hinter* Kriegsnotwendigkeiten zu treten habe“[146], entsprach dem Geist des Gerichtsbarkeitserlasses völlig. Wurde im übrigen schon Müllers Bemerkung, die Truppe solle sich durch Sabotageakte „nicht ablenken lassen oder im Blutrausch handeln“, durch den Zusatz pervertiert, daß „in leichten Fällen ... auch die Prügelstrafe genügen“ könne, so verkündete er gar als Richtlinie: „Rückkehr zum alten Kriegsbrauch ... Einer von beiden Feinden muß auf der Strecke bleiben. Träger der feindlichen Einstellung nicht konservieren, sondern erledigen ... In Zweifelsfällen über Täterschaft wird häufig Verdacht genügen müssen.“[147] An den letzten Sätzen ließ sich „die Abwertung des Rechts zu einer Funktion des politischen Willens, noch dazu eines verbrecherischen Willens“, in der Tat „mit Händen greifen“[148]. Bei der Beurteilung von Brauchitschs Disziplinar-Erlaß ist schließlich zu beachten, daß er den Passus enthielt: „Über die Behandlung politischer Hoheitsträger ergeht besondere Regelung.“[149] Die den Gerichtsbarkeitsbefehl einschränkenden bzw. abmildernden Bestimmungen des Disziplinar-Erlasses galten also nicht in bezug auf sowjetische Funktionäre und Truppenkommissare!

Zu der besagten Sonderregelung hatte das OKH, ebenfalls am 6. Mai, mit Müllers Übersendung eines Entwurfs von Richtlinien zur „Behandlung politischer Hoheitsträger usw.“ an das OKW die Initiative ergriffen. Diesem Schritt kam um so größere Bedeutung und Verantwortlichkeit zu, als von seiten des OKW in der Kommissar-Frage – anders als beim Gerichtsbarkeitsbefehl – bislang noch nichts präjudiziert war, so daß von der Formulierung des ersten einschlägigen Entwurfs für die weiteren Entschlüsse möglicherweise viel abhing. Die radikale Fassung seiner Hauptartikel ist unter diesen Umständen um so erstaunlicher – oder bezeichnender. Denn nur hinsichtlich der „fachlichen Leiter wirtschaftlicher und technischer Betriebe“ der Sowjetunion war ihre Ergreifung (und Beseitigung) an die Voraussetzung geknüpft, daß „sie sich im Einzelfall gegen die deutsche Wehrmacht auflehnten“. Bei allen politischen Funktionären hingegen – ob bei der Verwaltung oder der Partei – „sowie sonstigen politischen Persönlichkeiten *von Bedeutung*“ habe nach ausreichender Feststellung ihrer „politischen Eigenschaft“ der nächste Offizier mit Disziplinarstrafgewalt „die Erschießung sogleich anzuordnen und durchführen zu lassen“[150]. Vor allem aber waren die Kommissare in der Truppe – die weder als Soldaten noch (gegebenenfalls) als Kriegsgefangene anerkannt werden sollten – „alsbald“ herauszufinden, abzusondern und „nach Möglichkeit in Gefangenensammelstellen, spätestens in den Durchgangslagern zu erledigen“. Funk-

[146] Nürnb. Dok. NOKW-2672 (Uhlig a. a. O., S. 395). Hervorhebung von mir.

[147] Vgl. damit den Schlußabsatz des unten, S. 731 zitierten Erlasses des OKH/General z. b. V. (Müller) vom 25. 7. 1941!

[148] M. Messerschmidt a. a. O. (s. Anm. 10), S. 411.

[149] Nürnb. Dok. NOKW-3357; Uhlig a. a. O., S. 392.

[150] Nürnb. Dok. PS-1471 (Uhlig a. a. O., S. 356 ff.). Hervorhebung (auch die folgende) im Original.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionäre schließlich, „die *im rückwärtigen Heeresgebiet* wegen ihrer bisherigen [!] politischen Tätigkeit ergriffen" würden, seien an die Einsatzgruppen abzugeben. So der Befehlsentwurf des OKH. Als „Begründung" für ihn mußte – statt der zynisch offenen Erklärungen *Hitlers*[151] – allen Ernstes eine „bisherige [!] Wühl- und Zersetzungsarbeit" der sowjetischen politischen Funktionäre herhalten, die diese – als erwiesene Feinde „jeder europäischen Kultur, Zivilisation, Verfassung und Ordnung" – zu einer „Gefahr für die Sicherheit der Truppe und die Befriedung des eroberten Landes" mache, während die Truppenkommissare – als Gefangene – ihre Propaganda in der deutschen Heimat fortsetzen könnten . . . Wie konnte es zu einem solchen Entwurf kommen?

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage darf man zunächst einmal nicht übersehen, daß Brauchitsch und Halder *zum Zeitpunkt der berüchtigten Führer-Rede vor den Generalen vom 30. März* den dabei von Hitler verkündeten Intentionen und Forderungen bereits zu einem erheblichen Teil nachgekommen oder zumindest auf sie festgelegt waren. So hatten sie die in den Richtlinien des OKW vom 13. März ausgesprochene Betrauung Himmlers mit „Sonderaufgaben im Operationsgebiet" hingenommen, obwohl von Hitler schon Anfang März als eine der wesentlichen Aufgaben dieser Kommandos die sofortige Beseitigung „aller Bolschewistenhäuptlinge und Kommissare" genannt worden war[152]. Aber auch mit einer praktischen Ausschaltung der Gerichtsbarkeit bei Straftaten feindlicher Zivilpersonen im besetzten Gebiet mußte die Heeresführung spätestens seit Erhalt des erörterten *Entwurfs* jener OKW-Richtlinien (am 5. März) als einer beschlossenen Sache rechnen[153]. Im übrigen hat ein so naher Zeuge des Geschehens wie der damalige Oberstkriegsgerichtsrat Dr. Lattmann – nach eigener Angabe *Verfasser* des OKH-Entwurfs zum Gerichtsbarkeitserlaß – 1968 nachdrücklich bekundet, daß Brauchitsch auf den Entwurf des OKH, der am 6. Mai Warlimont zuging, „keinen Einfluß genommen" habe[154] – eine für den rückschauenden Betrachter ebenso überraschende wie bezeichnende Tatsache[155]. Daß Müller ohne jede Ermächtigung durch den ObdH gehandelt hat, ist dennoch schwer vorstellbar.

---

[151] Daß nämlich „die von Stalin eingesetzte Intelligenz . . . vernichtet . . ., die Führermaschinerie des russischen Reiches . . . zerschlagen werden" müsse; das russische Volk werde „mit dem Beseitigen der Funktionäre zerreißen". Halder-Tgb. II, S. 320 (17. 3. 1941). Vgl. oben, S. 685.

[152] Vgl. S. 686.

[153] Vgl. S. 686 f.

[154] „Ich möchte annehmen, daß der Entwurf [für den Gerichtsbarkeitserlaß] ihm nachträglich vorgetragen worden ist, aber ich kann mich nicht daran erinnern. . . . M. E. handelte General Müller bei seinen Anfragen bei General Warlimont *selbständig* – ohne Wissen des OBdH. Keinesfalls hatte Keitel den Auftrag gegeben, einen Entwurf des OKH zu erstellen." (Was *Halder* für wahrscheinlich hielt: vgl. Uhlig a. a. O., S. 309.) Brief Dr. Lattmanns an H. D. Betz vom 15. 10. 1968.

[155] Betz a. a. O., S. 142, nennt es ein „gravierendes Versäumnis . . . daß in diesem Stadium der Entwurfsarbeit keine Abschwächungen ins Auge gefaßt wurden".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach allem, was der Heeresführung bereits vor dem 30. März bekannt und von ihr zugestanden war, konnte der größte Teil dessen, was Hitler an jenem Tage den versammelten Generalen eröffnete, Brauchitsch jedenfalls kaum mehr besonders bestürzen. Sein Vorwissen dürfte sogar den Eindruck von Hitlers Forderungen hinsichtlich der Kommissare abgeschwächt haben – was für die übrigen Zuhörer nicht gelten mochte. Und doch lief das Verlangen, die sowjetischen Truppenkommissare zu erschießen, in noch höherem Grade als beim Gerichtsbarkeitserlaß darauf hinaus, statt der bislang üblich gewesenen formalen Trennung zwischen militärischen und (sogenannten) polizeilichen Aufgaben das Heer auch unmittelbar in die Praktiken des Regimes zu verstricken. Denn hier sollte die Erschießung einer Person nicht einmal mehr von dem Verdacht einer feindseligen Handlung abhängen, sondern lediglich von dem Besitz einer bestimmten Funktion im gegnerischen Herrschaftssystem.

Nach mehreren – jedoch sämtlich erst aus späterer Zeit stammenden und wenig präzisen – Berichten scheinen denn auch die in der Rede vom 30. März an das Heer gerichteten Zumutungen dessen versammelte Führer in starke Erregung versetzt zu haben[155a]. Diese fand jedoch weder vor noch nach dem Weggang Hitlers in entsprechenden Vorstellungen bei ihm selbst Ausdruck, anscheinend aber – und Halder zufolge mit „ungewöhnlicher Heftigkeit“[156] – in Protesten der Heeresgruppenkommandeure gegenüber Brauchitsch. Nach seiner Nürnberger Zeugenaussage von 1946[157] will letzterer ihrer Auffassung, „daß eine derartige Kriegführung für sie untragbar sei“, zugestimmt haben. Bemerkenswerterweise läßt aber auch dieses auf Rechtfertigung angelegte Resümee seiner einstigen Erwiderung auf das Vorbringen der Befehlshaber sonst nichts von einer eigenen Bestürzung oder Entrüstung über Hitlers Zumutungen erkennen. Brauchitschs weitere Aussage, er habe den protestierenden Generalen versichert, daß von seiten des OKH kein Befehl der verlangten Art ergehen werde, erscheint in Anbetracht der späteren Vorlage eines eigenen Befehlsentwurfs durch das OKH kaum glaubhaft. Zunächst scheint Brauchitsch jedenfalls dem Drängen der Generale ausgewichen zu sein, indem er ihnen (wieder laut seiner Nürnberger Aussage) zur Antwort gab, daß er sich erst überlegen müsse, welche Schritte er tun könne – weil nach seinen Erfahrungen mit Hitler dieser von einem einmal gefaßten und verkündeten Entschluß „gleich nachher um keinen Preis der Welt ... abzubringen war“. Sollte er sich um die Formulierung des im eigenen Hause abgefaßten Entwurfs vom 6. Mai persönlich dann wirklich nicht gekümmert haben, so wäre dies ein Indiz dafür, was von seiner Erklärung gegenüber den Generalen zu halten

---

[155a] Vgl. Uhlig a. a. O., S. 306, und Jacobsen a. a. O., S. 146 (beide nicht ohne Skepsis gegenüber den angeblich beabsichtigten oder eingeleiteten Protestschritten). Eher Zweifel an der anderweitig bezeugten Erregung haben Keitel (IMT, Bd. X, S. 595 und „Verbrecher oder Offizier“, S. 258), Warlimont (a. a. O., S. 177) und Engel (Betz a. a. O., S. 122) geäußert.

[156] Brief an H. D. Betz vom 24. 10. 68; ähnlich im OKW-Prozeß: Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 1901 und vor der Spruchkammer am 15. u. 20. 9. 1948: IfZ, Zs 240.

[157] IMT, Bd. X, S. 635.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist[158]. – Im übrigen darf es nach dem jetzigen Stand der Forschung als sehr wahrscheinlich gelten, daß die Proteste der Befehlshaber sich gar nicht oder mindestens nicht in erster Linie gegen den geplanten „Kommissarbefehl" gerichtet haben, sondern gegen die vorgesehene Einschränkung der Kriegsgerichtsbarkeit, von der sie, wie erwähnt, eine Untergrabung der Disziplin befürchteten. Stützt doch der einzige bisher bekanntgewordene zeitgenössische Beleg für die vielberufenen Proteste – eine Tagebuchnotiz des Feldmarschalls von Bock – eben diese zuerst von Heinrich Uhlig vertretene Auffassung[159]. Und kein Geringerer als Generaloberst a. D. Halder hat dessen Meinung, daß der „Widerstand der obersten Befehlshaber sich in erster Linie gegen die von Hitler dargelegten Gedanken über die Handhabung der Militärgerichtsbarkeit gerichtet" habe, mit der beachtenswerten Begründung zugestimmt: „Die Verantwortung für die Disziplin der Truppe empfindet der hohe Truppenführer als das Primäre. ... Die Verantwortung für Verletzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen und Gepflogenheiten wirkt nicht so unmittelbar drückend, zumal die hier mitspielenden Rechtsbegriffe teilweise recht dehnbar sind und in der Praxis in jedem Krieg dauernd strapaziert werden."[160]

Die Frage liegt nahe, ob die von Halder charakterisierte Denkweise höherer Truppenführer – mit ihren vermuteten Konsequenzen im vorliegenden Fall – nicht auch für ihn als Generalstabschef damals Geltung hatte. Nach 1945 hat Halder freilich wiederholt erklärt, er habe am 30. März 1941 gleich nach Hitlers Rede Brauchitsch gedrängt, ihrer beider Demission einzureichen, der die Heeresgruppenkommandeure sich anschließen würden, Brauchitsch habe dies jedoch in Anbetracht der schweren Aufgaben und Verpflichtungen, die der bevorstehende Feldzug gerade jetzt Führung und Truppe stelle, als unmöglich bezeichnet; er habe zugleich den an eigenen Rücktritt denkenden Generalstabschef an sein – in einer ähnlichen Situation gegebenes – Versprechen erinnert, ihn, den Oberbefehlshaber, nicht im Stich zu lassen[161]. Es muß offen bleiben, ob sich Halders Bericht von 1948 nicht auf einen anderen Vorgang bezieht. Sonst wäre immerhin festzustellen, daß er sich mit der negativen Entscheidung des ObdH abgefunden

---

[158] „Ich glaube nicht, daß der ObdH von dem Kommissarbefehl-Entwurf überhaupt gewußt hat. Der Entwurf geht allein auf das 2. Ferngespräch Müller–Warlimont zurück." – „Daß Brauchitsch im April (1941) Vorstöße bei Keitel und bei Hitler mit dem Ziel, den Gerichtsbarkeitsbefehl zu verhindern gemacht haben soll, ist einfach eine Erfindung. Brauchitsch hat von Anfang an die Auffassung vertreten, daß Hitler erfahrungsgemäß niemals eine Anordnung zurücknehmen werde, die er – wie in diesem Fall – vor einem größeren Zuhörerkreis gemacht habe." Briefe Dr. Lattmanns an H. D. Betz vom 16. 4. 1970 und 15. 10. 1968.

[159] Uhlig a. a. O., S. 307 f., 319 f.; vgl. Jacobsen a. a. O., S. 147 und M. Messerschmidt a. a. O., S. 401.

[160] Brief Halders an H. Uhlig vom 29. 11. 1963: Uhlig a. a. O., S. 308 f.

[161] Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 1902, 2017; Protokoll der Vernehmung H.s vor der Spruchkammer: s. Anm. 156.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und danach auch den Gedanken an einen eigenen Rücktritt praktisch aufgegeben hat[162]. In überraschender Weise ergänzt werden Halders frühere und spätere Äußerungen zum Thema aber durch einen Brief aus dem Jahre 1963[163]. Er schreibt darin nämlich, es sei ein „schwerer Fehler" von ihm gewesen, „sich selbst auszuschalten" bzw. seiner „Verbitterung über die Ablehnung" seiner Rücktrittsforderung „so weit Raum zu geben", daß er „jede weitere Beteiligung" in der Sache verweigert und dadurch „dem listenreichen, temperamentvollen und tatkräftigen General[quartiermeister] Wagner unkontrolliert freie Hand für eigene Schritte gelassen habe: „Denn niemand anders als er" könne „die Triebkraft gewesen sein, die den ObdH veranlaßte, seine Zustimmung zur Vorlage eines Befehlsentwurfs an das OKW zu geben, der von dort gar nicht eingefordert war"[164]. Wagner habe aber „wohl ... seit seiner Besprechung mit Heydrich" (über die Aufgaben der Einsatzgruppen im künftigen Operationsgebiet) unter dem Eindruck gestanden, „jeder offene Versuch, Hitlers Meinung [bei der Formulierung des Kommissarbefehls] abzuschwächen oder in ihrer Auswirkung einzuengen" (?), könne „dazu führen ..., daß die ganze Frage der russischen Kriegsgefangenen in die Hand des SD [gemeint: Einsatzgruppen] gelegt werde"[165]. Indes wird diese Version Halders bislang durch kein zeitgenössisches Zeugnis gestützt; sie bietet im übrigen für sein eigenes Verhalten in der Kommissarbefehls-Frage ebensowenig eine plausible Erklärung wie für die angebliche, von ihm so kritisch beurteilte

---

[162] An diesem Fazit würde auch seine weitere Angabe nichts ändern, er habe Brauchitsch nach Rückkehr in ihr Hauptquartier erklärt, daß er mit ihm über die ganze Kommissarbefehlsfrage erst wieder sprechen könne, wenn er, der ObdH, der gemeinsamen Demission zustimme. Brief an H. D. Betz vom 24. 10. 1968.

[163] An H. Uhlig vom 6. 9. 1963 (großenteils gedruckt: H. Gräfin Schall-Riaucour, Aufstand und Gehorsam. ... Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder ..., Wiesbaden 1972, S. 162 ff.).

[164] An einer anderen Stelle des gleichen Briefes erwähnt Halder es geradezu als Tatsache, daß Wagner „von dem Heydrich-Komplex beherrscht war und darauf drängte, daß Hitlers Wille durch einen schriftlichen OKW-Befehl fixiert werde, um die von ihm befürchtete Machtausweitung des SD zuungunsten des ObdH zu verhindern"!

[165] Dem folgenden Passus seines in Anm. 136 und 162 erwähnten Briefes von 1968 entnimmt man freilich, daß die in dem Brief von 1963 (s. Anm. 163) so bestimmt vertretene Version Halders mindestens zum guten Teil gar nicht auf eigenen Informationen oder Eindrücken beruht: „Erst lange nach dem Krieg bin ich auf eine Deutung [der Gründe für die Vorlage eines eigenen Entwurfs des OKH] gestoßen, die im Kreise zeitgeschichtlicher Forscher entstanden war. Danach soll ... Wagner den Anstoß gegeben haben. ... [Wagner soll] Anzeichen dafür bekommen haben, daß Hitler die vom Heer ganz offensichtlich abgelehnte Sonderbehandlung der Kommissare, Funktionäre usw. Himmler und seinen Organen anvertrauen wollte. Die Vorstellung, daß die von Hitler beabsichtigte Sonderbehandlung der Kommissare pp. in der Kampfzone einer von Himmler zwischengeschobenen Organisation anvertraut werden könnte, war natürlich für die Heeresführung untragbar. Wagner soll [dem] ObdH ... vorgeschlagen haben, durch einen eigenen Befehlsvorschlag des ObdH die drohende Gefahr zu unterlaufen. Über die Richtigkeit dieser Deutung", so schließt Halder in seltsamem Gegensatz zu seinen früheren, gerade hinsichtlich Wagners so bestimmt lautenden Äußerungen, „kann ich mir persönlich kein Urteil anmaßen."

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Initiative des nach dem 20. Juli 1944 aus dem Leben geschiedenen Generalquartiermeisters. Was die Wagner zugeschriebenen Gründe angeht, so überzeugen sie nicht; denn zum einen wäre schon wegen der begrenzten zahlenmäßigen Stärke der Einsatzgruppen weder eine Vornahme der ersten Sichtungen sowjetischer Kriegsgefangener in der Kampfzone durch sie selbst, noch auch eine Beteiligung daran in größerem Maßstabe möglich gewesen. Zum anderen sind in der Folge die Einsatzgruppen mit Zustimmung des OKH bei der Beseitigung „politisch untragbarer" sowjetischer Gefangener *doch* bereits in den Durchgangslagern des *rückwärtigen Heeresgebiets* maßgeblich eingeschaltet worden[166]! Was Halder selbst betrifft, so hat er sich zwar – im Einklang mit seiner Version aus der Rückschau – dahin geäußert, er habe, als ihm an jenem 6. Mai General z. b. V. Müller und der Chef der Gruppe Rechtswesen im OKH, Oberstkriegsgerichtsrat Dr. Lattmann, die beiden Befehlsentwürfe des OKH vortrugen, den Bericht über den Kommisarbefehl „wortlos angehört" und dann lediglich kurz erklärt, daß der ObdH seine Auffassung kenne und daß er, Halder, „daher zu diesen Vorschlägen keine Stellung nehmen wolle"[167]. Konnten denn aber – so muß man fragen – die angeblichen und nachträglich von Halder so bedauerten Folgen seiner „Selbstausschaltung" in der Kommissarbefehls-Frage ihm jemals schlagartiger und eindrucksvoller zum Bewußtsein kommen als eben in diesem Augenblick durch die Konfrontation mit einem Befehlsentwurf aus dem eigenen Hause, der an Radikalität kaum zu überbieten war? Hätte er sich nicht spätestens jetzt zu einem Eingreifen gedrängt fühlen müssen, statt den Entwurf – unverändert – passieren zu lassen? Kurz, eine Reaktion Halders der Art, wie er selbst sie (nachträglich) geschildert hat, ist schwer vorstellbar – sofern die Angelegenheit „Kommissarbefehl" für ihn tatsächlich Grund genug für ein Rücktrittsgesuch der Heeresführung gewesen ist und die Frage in seinen Augen bereits damals darauf hinauslief, daß der geschätzte Oberbefehlshaber sich mit einem „Makel vor der Geschichte" belastete[168]. Auch spätere Aussagen des ehemaligen Oberstkriegsgerichtsrats über den Verlauf des Vortrags vom 6. Mai stützen die Version Halders nicht. Danach hat dieser vielmehr auf den Hinweis Dr. Lattmanns, daß der Kommissarbefehl völkerrechtswidrig sei, mit den Worten reagiert: „Ist das wirklich Ihre Ansicht?" Und auf Lattmanns Frage, ob nicht das Heer bei Hitler gegen den geplanten Befehl Vorstellungen erheben könne, soll der Generalstabschef erwidert haben, „daß ein solches Vorgehen zwecklos sei und unter Umständen nur das Gegenteil erreiche; es sei besser, bei der Weitergabe des Befehls ihn abzuschwächen; er werde hierüber noch mit dem Oberbefehlshaber des Heeres

---

[166] Vgl. Nürnb. Dok. NO-3422; dazu Jacobsen a. a. O., S. 159, 162 f. – Hitlers ehemaliger Heeresadjutant, Gen.Lt. a. D. Engel, hielt die Wagner zugeschriebenen Besorgnisse für übertrieben: s. Betz a. a. O., S. 132.

[167] Brief an H. D. Betz vom 24. 10. 1968; vgl. auch Halders Brief an Uhlig vom 6. 9. 1963 bei Schall-Riaucour a. a. O., S. 165.

[168] So im Brief an Uhlig vom 6. 9. 1963; ebd.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprechen"[169]. Worin beide Zeugnisse, die Version Halders und die Aussagen Dr. Lattmanns, übereinstimmen, und was von der teilweise widersprüchlichen Darstellung des ersteren als unstreitig allein verbleibt, ist die Tatsache, daß Halder am 6. Mai von der Möglichkeit wenigstens eines Versuchs, den Entwurf des OKH für den Kommissarbefehl in wesentlichen Punkten zu ändern, keinen Gebrauch gemacht hat. Diese Feststellung und zumal seine von Lattmann wiedergegebenen Äußerungen, die eher zum Fragenkomplex „Gerichtsbarkeitserlaß – Disziplinarerlaß" passen, bestärken unsere Vermutung, daß auch Halders Bedenken – wie die der höheren Truppenführer – sich in erster Linie gegen den Gerichtsbarkeitserlaß mit seiner Aufhebung des Verfolgungszwangs bei Straftaten Wehrmachtsangehöriger gegenüber Landeseinwohnern gerichtet haben.

Aus der Rückschau neigt der Nachlebende freilich zu der Meinung, daß die Betroffenheit der Generale über Hitlers Rede vor allem seiner Forderung nach Erschießung der gefangenen sowjetischen Kommissare galt. Auch in der Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg über das Verhalten der Wehrmacht gegenüber den verbrecherischen Befehlen des Rußlandkrieges hat ja der Kommissarbefehl im Vergleich zum Gerichtsbarkeitserlaß die weitaus größere Rolle gespielt. Diese Tatsache steht jedoch in einem auffallenden Mißverhältnis zu Art und Ausmaß dessen, was wir über die Reaktion der Heeresführung auf Hitlers Zumutung hinsichtlich der Kommissare *im Frühjahr und Sommer 1941* wissen oder erschließen können. Jedenfalls ist auf seiten des OKH nichts von einem Versuch zu spüren, bei der Formulierung seines Entwurfs Milderungen oder Differenzierungen durchzusetzen[170]. Daß letzteres möglich war, zeigt das erfolgreiche Bemühen des – dem *OKW* angehörenden – Generals Warlimont, eine der Hauptbestimmungen des ihm zugegangenen OKH-Entwurfs dahingehend abzuändern, daß *zivile* politische Kommissare, „die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen" würden, „zunächst unbehelligt bleiben" sollten[171]. Weder Jodl noch Keitel haben sich solchem Bemühen in den Weg gestellt[172]. Die für das Verhalten Brauchitschs gegebene Erklärung, er habe einen einigermaßen gangbaren Ausweg aus seiner „drückenden Lage" eben nur noch darin erblickt, daß er den von ihm verlangten Befehl durch seine eigenen Mitarbeiter formulieren ließ „in der Hoffnung, die Ausführung zu hintertreiben"[173], vermag um so weniger zu überzeugen, als Müllers Entwurf, mit der Bestimmung, *alle* ergriffenen politischen Kommissare ohne Ausnahme zu töten, ja eine restlose Erfüllung der Forderungen Hitlers darstellte[174]. Man bedenke auch, daß Brauchitsch schon der von Hitler

[169] Brief Dr. Lattmanns an H. D. Betz vom 16. 4. 1970; Nürnberger Interrogation desselben, Nr. 2466 vom 8. 12. 1947: IfZ, Zs 1146.

[170] Vgl. auch Betz a. a. O., S. 142.

[171] Vgl. die Vortragsnotiz Warlimonts vom 12. 5. 1941; Nürnb. Dok. PS-884; Uhlig a. a. O., S. 359 f.; dazu S. 314 f. und 317.

[172] Vgl. ihre Bemerkungen zu der Vortragsnotiz.

[173] Philippi-Heim a. a. O. (s. Anm. 7), S. 51.

[174] Vgl. seine durch Jodl am 3. 3. 1941 übermittelten Weisungen für die Abteilung L: oben, S. 686.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

betriebenen „Liquidierung" der polnischen Führungsschicht grundsätzlichen Widerstand nicht geleistet hat[175]. Hätte ferner – *wenn* der Kommissarbefehl im OKH so verabscheut wurde – General Müller es wirklich nicht vermeiden können, beispielsweise den Ic der 18. Armee im Juli eigens darauf hinzuweisen, daß „bei dem raschen Fortschreiten der Operationen" eine Reihe von Kommissaren „nach Entfernung ihrer Abzeichen unerkannt in die Gefangenenlager geraten" sein dürften, daß die Ic-Offiziere daher „auf die Notwendigkeit einer ständigen Überprüfung der Anwesenheit von politischen Kommissaren immer wieder" aufmerksam machen müßten[176]? War schließlich das OKH bzw. wiederum General Müller gezwungen, die Anfragen einer *Heereseinheit*, ob die „Politruks", die politischen Gehilfen bei den sowjetischen *Kompanien*, als Kommissare im Sinne der bewußten „Richtlinien" anzusehen und „entsprechend zu behandeln" seien, dem OKW zur Klärung zuzuleiten? Konnte das OKH – statt sich der bei dieser Behandlung der Angelegenheit zu erwartenden, auf eine Auskunft der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabes des Heeres (!) gestützten bejahenden Antwort des OKW auszusetzen[177] –, es tatsächlich nicht wagen, jene subalternen Funktionäre auf eigene Verantwortung von der Geltung des belastenden Befehls auszunehmen[178]?

Zur Erklärung der Tatsache, daß hohe und höchste Offiziere den Forderungen Hitlers in der „Kommissar-Frage" *so weitgehend* nachkamen, wird man sicherlich noch tiefere Gründe als den Führerbefehl suchen müssen[179] – und sie sind nicht

---

[175] Vgl. H. Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, S. 203 ff.; K.-J. Müller, Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 98 ff., 109; „Vertrauenskrisis": auch Halder-Tgb. I, S. 163.

[176] Vgl. die Notiz des Ic des AOK 18 über seine Besprechung mit Müller am 10. 7. 1941: Uhlig a. a. O., S. 365.

[177] Nürnb. Dok. NOKW-252; Uhlig a. a. O., S. 378 f.

[178] Vgl. die Kritik von kompetenter juristischer Seite an jedem Versuch, den Kommissarbefehl als eine „vorweggenommene oder präventive Repressalie" zu rechtfertigen, z. B. durch Prof. v. d. Heydte: „Niemals kann aber die Tötung von Kriegsgefangenen eine völkerrechtlich zulässige Repressalie darstellen." Übereinstimmend der verst. Oberstaatsanwalt Hölper; beides bei Uhlig a. a. O., S. 339 f. Zum Bemühen um Geheimhaltung des Kommissarbefehls: die Dokumente bei Uhlig a. a. O., S. 352, 355, 363 f. und Jacobsen a. a. O., S. 198 f., 193. Ferner die Mitteilungen von H. Teske, Wenn Gegenwart Geschichte wird, in: „Die Wehrmacht im Kampf", Bd. 50, Neckargemünd 1974, S. 11.

[179] Bemühungen in dieser Richtung: Diskussion des Arbeitskreises der „Europäischen Publikation e. V." (vgl. Anm. 2), s. Uhlig a. a. O., S. 341 ff., insbes. die Erklärung von General a. D. Blumentritt (S. 347), wonach das Offizierkorps „im persönlichen Einsatz auf seinem ureigenen Gebiet im Zweiten Weltkrieg nicht weniger tapfer" gewesen sei als im Ersten, daß „auf politischem Gebiet jedoch, wo es auf Zivilcourage ankam, der Offizier nicht mehr auf dem Boden stand, auf dem er sich sicher fühlte." Ferner: A. Hillgruber a. a. O. (Anm. 143), S. 149 f., über ein mitwirkendes „Moment sozialgeschichtlicher Entwicklung": „Das aus der alt-preußischen Tradition erwachsene Spannungsverhältnis zwischen Offiziersethos und Gehorsamspflicht gegenüber dem Obersten Kriegsherrn hatte sich seit der Wilhelminischen Ära . . . immer mehr zugunsten eines verabsolutierten ‚unbe-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einmal allzu schwer zu finden. Zunächst bleibt zu beachten, daß die vielerörterte Verbindung großer Teile der traditionellen deutschen Führungsschicht mit dem Nationalsozialismus, die auf dem Gefühl weitreichender Übereinstimmung sowohl der gesellschaftlichen Interessen, als auch der außenpolitischen Zielsetzungen beruhte, jedenfalls niemals stärker gewesen ist als in dem Jahr zwischen Frankreich- und Rußlandfeldzug. Dies gilt in besonderer Weise für eine hohe Zahl von Offizieren, die im Sinne der unablässig propagierten „inneren Einheit" von Soldatentum und Nationalsozialismus auf dem Wege über die Verabsolutierung der Nation zum sittlichen Höchstwert schlechthin sowie über einen irrationalen Führerkult auch der Ideologie der Partei mehr als bisher zugänglich geworden war[180]. Treffend kennzeichnet diesen Stand der Dinge das resignierende Fazit, das im Hochsommer 1940 ein der preußisch-deutschen Vergangenheit so verbundener Schriftsteller wie der Autor des dem „Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. gewidmeten Romans „Der Vater" – *Jochen Klepper* – zog. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Kleppers lutherisch-konservative und nationale Grundeinstellung sein Verdikt über das NS-Regime eher gedämpft hat[181], obschon ihn als Ehemann einer Jüdin und zweiten Vater ihrer Töchter auch persönlichstes Erleben zu einem immer kritischeren Beobachter der Entwicklung machte. Hatte Klepper im Hinblick auf die Vorgänge im besetzten Polen noch im Dezember 1939 in sein Tagebuch geschrieben, „die Lage im Osten" sei „sehr schwierig, das Schicksal der Juden furchtbar, die Spannung zwischen Wehrmacht und Partei" jedoch „nicht mehr zu verhüllen" und „der Geist des Heeres intakt"[182], – so lautete fünf Wochen nach dem Siege über Frankreich sein Vermerk:

> „Die innerpolitische Frage ‚Was wird die Armee nach dem Friedensschluß tun?' gibt es für uns drei nicht mehr. Die Armee hat sich entschieden. Und unseres Erachtens hat es auch die Kirche getan, so vieles bei Heer und Kirche heute noch in eine andere Richtung zu deuten scheint. – Das Dritte Reich steht."[183]

Neben dem durch die Erfolge des Regimes und seine „imponierenden" Zielsetzungen begünstigten Einfluß der Indoktrination wirkten in unserem Fall aber noch andere Faktoren mit. In Nürnberg 1946 zum Thema „Kommissarbefehl"

---

dingten Gehorsams' verschoben." – Mir scheint gleichwohl noch die Frage offen zu bleiben, warum man im vorliegenden Fall den Wünschen Hitlers in so weitgehendem Maße entsprochen, m. a. W. mit der Vorlage derart radikal formulierter Befehlsentwürfe gleichsam ein Übersoll erfüllt hat.

180 Zum Vorstehenden vgl. auch M. Messerschmidt a. a. O., S. 155 ff., bes. 159 und 164 f.; ferner S. 223 ff., 236, 246 ff., 252, 302, 324, 559.

181 Vgl. seine Tagebücher nach den Auszügen in: Unter dem Schatten Deiner Flügel, Stuttgart 1964, z. B. S. 338, 893, 898 (dazu S. 10 und 1136).

182 Ebd., S. 824 (5. 12. 1939).

183 Ebd., S. 909 (27. 7. 1940). Anlaß zu seiner Feststellung gab Klepper der durch einen von Hitler befohlenen Geheimerlaß des OKW vom 8. 4. 1940 (vgl. M. Messerschmidt a. a. O., S. 357) verfügte Ausschluß der jüdischen „Mischlinge" 1. Grades vom Kriegsdienst: S. 903 („Die mächtige, ruhmvolle Wehrmacht fügt sich dem allen nach wie vor."), 905, 913.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vernommen, erklärte Jodl, Hitler habe sich seinerzeit darauf berufen, daß *er* den Kommunismus eben kenne, was man vom Offizierkorps nicht behaupten könne; Jodl berichtigte die letztere Feststellung jedoch mit den Worten: „Auch wir standen gewissermaßen unter dem Einfluß dessen, was eine Literatur der ganzen Welt seit 1917 über den Bolschewismus geschrieben hatte, und einige Erfahrungen hatten wir, z. B. aus der Räterepublik in München, auch."[184] Diese Aussage ist nicht nur als Schutzbehauptung von Interesse. Denn zweifellos sahen sich gerade viele ältere Offiziere in einer gesellschaftlich vorgeprägten, unreflektierten antikommunistischen Einstellung durch die Ereignisse zweier Jahrzehnte – von der russischen Oktoberrevolution bis zu Stalins „Säuberungen" – bestätigt; zudem war diese Einstellung durch eine von Partei *und* NS-Staat hemmungslos betriebene Propaganda und schließlich noch durch die Schulungsarbeit der Wehrmacht selbst geflissentlich gesteigert worden. Unter Proklamierung der „unausweichlichen" Alternative „Nationalsozialismus oder Bolschewismus" auf nationaler wie auf internationaler Ebene leistete solche Propaganda mit der stereotypen Gleichsetzung von *Bolschewismus und Judentum* auch jenem Klischee vom „Untermenschen" des Ostens Vorschub, lange ehe das „entsprechend" bebilderte Pamphlet des SS-Hauptamts von 1942[185] unter solchem Titel dieses Feindbild den Deutschen als Kampfmotivation und Leitprinzip der Besatzungspolitik nahe brachte. Wenn dabei, mindestens mittelbar, alle Russen – als „geeignete Werkzeuge in der Hand des ewigen Juden"[186] – zu Bolschewisten gestempelt, Regime und Volk der Sowjetunion miteinander identifiziert wurden, so geschah dies nicht etwa aus Versehen; denn Hitler wollte ja keineswegs nur das bolschewistische Regime stürzen (geschweige einen „Kreuzzug" führen), sondern vor allem: das russische Reich zerschlagen, ihm weite Gebiete rauben und seine Bevölkerung unterjochen, dezimieren, ja großenteils deportieren – jedenfalls „die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural nie wieder" zulassen[187]. Die erfolgreiche Durchführung so „gigantischer" (GFM von Bock)[188] Vorhaben aber hing nach Hitlers Denkweise nicht zuletzt davon ab, daß seine Offiziere neben der Mobili-

---

184 IMT, Bd. XV, S. 340.

185 „Der Untermensch", „Herausgeber: Der Reichsführer-SS, SS-Hauptamt" (1942), S. 3: „... Ostenuropa, es kam über eine gewisse Primitivität nicht hinaus. Es sah nur Chaos, denn es fehlte ihm der Mensch, der wertvolle Kulturträger ... Dieses Land kannte nur die Kräfte des hemmungslosen Raubbaues und bestialischer Kriegsrüstung."

186 „... des Meisters organisierten Massenmordes". Dies, während gleichzeitig der Führerbefehl zum Massenmord an den Juden von den Einsatzgruppen vollzogen wurde! – Zur Gleichsetzung von Russen und Bolschewisten vgl. z. B. Dallin a. a. O., S. 81 f.; ferner O. Bräutigam, So hat es sich zugetragen ... Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968, S. 371 f.

187 IMT, Bd. XXXVIII, S. 88; KTB OKW/WFSt I, S. 523. Vgl. u. a. Dallin a. a. O., S. 19 ff., 56 f., 677 ff.

188 Tagebuchnotiz des GFM v. Bock vom 30. 3. 1941: „Alles in allem Pläne und Aufgaben, die der Führer selbst als gigantisch bezeichnet." BA/MA N 22/7, S. 12.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sierung aller ihnen normalerweise verfügbaren Kräfte auch den „Mut" zu der „nötigen" Brutalität des Handelns aufbrachten, z. B. fehlende Divisionen zur Sicherung des Hinterlandes durch „entsprechende drakonische Maßnahmen" ersetzten[189]. So gab Hitler dem geplanten Ostkrieg von vornherein den Charakter einer herkömmliche Normen sprengenden Konfrontation der beiderseitigen Weltanschauungen – was gewiß nicht allein auf taktischen Erwägungen beruhte, fraglos aber wesentlich seiner schon früher vertretenen Überzeugung entsprang, daß weltanschauliche Durchdringung dem eigenen Handeln über zusätzliche Kampfimpulse hinaus die Kraft zur *Beharrlichkeit im Gebrauch von Gewalt* verleihe, der „allerersten Voraussetzung" für deren erfolgreiche Anwendung, wie er gesagt hat[190]. Fazit: Mochte auch das erreichte Maß der Indoktrination, sprich Fanatisierung der Wehrmacht, Hitlers Ansprüchen noch längst nicht genügen, so kam doch die jahrelange und nun mit aller Vehemenz wiederaufgenommene Verteufelung des Bolschewismus seinen jetzigen Tendenzen zur Einschaltung des Heeres in seinen Vernichtungskrieg sehr zugute. War doch offenbar ein beträchtlicher Teil des höheren Offizierkorps schon in Gedanken an die Schlagkraft der Armee für Hitlers Parole eines Entscheidungskampfs der beiden Weltanschauungen empfänglich[191], mindestens ebensosehr aber für die Auffassung, daß ein Kampf mit *diesem* Gegner, seinen „Horden- und Herdenmenschen mit Unterweltinstinkten"[192], nicht nach den normalen Prinzipien von Kriegs- und Völkerrecht geführt werden könne[193].

Ging Hitler aber jetzt darauf aus, das Heer auch unmittelbar in die Vernichtungspraktiken seines Rußlandkrieges zu verstricken, so bot *der Kommissar*, und zwar der Kommissar *in der Truppe*, dafür den besten Ansatzpunkt. Zum einen war diese Institution der Roten Armee nach längst im deutschen Offizierkorps bestehenden Vorstellungen sozusagen klassischer Ausdruck jener „Verbindung von Judentum und Bolschewismus" und wurde daher in solcher Verzerrung nun vollends zur Zielscheibe der nationalsozialistischen Propaganda. „Diesmal", so hieß es in dem Pamphlet „Der Untermensch", „wollte der Jude ganz sicher gehen.

---

189 Wie Hitler selbst in Ergänzung seiner Weisung Nr. 33 – s. Hubatsch, Hitlers Weisungen ... (s. Anm. 89), S. 140 ff. – am 22. 7. 1941 befahl: a. a. O., S. 144; IMT, Bd. XXXIV, S. 258 f.

190 Mein Kampf, 554.–557. Aufl., München 1940, S. 188 f.

191 Zum Thema Indoktrination und „Effektivitätsdenken" vgl. für die damalige Phase die Ausführungen und Belege bei M. Messerschmidt a. a. O., S. 233, 239, 250, 315, 326 f. (Kreuzzugsgedanke). Ferner: V. R. Berghahn, NSDAP und „geistige Führung" der Wehrmacht 1939–1943, in dieser Zeitschrift 17 (1969), S. 31.

192 Wie es bald darauf in Nr. 116 der „Mitteilungen [der Wehrmacht-Propagandaabteilung des OKW/WPSt] für die Truppe" hieß; M. Messerschmidt a. a. O., S. 326 f.

193 Vgl. die oft zitierte Bemerkung Keitels vom 23. 9. 1941 (zu der von Admiral Canaris geäußerten Kritik an der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen): „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Maßnahmen und decke sie." IMT, Bd. XXXVI, S. 317.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er machte sich selbst zum Offizier, zum Kommissar, zum ausschlaggebenden Führer der Untermenschen."[194] – „Was Bolschewiken sind", so liest man in den „Mitteilungen für die Truppe" vom Juni 1941[195], „das weiß jeder, der einmal einen Blick in das Gesicht eines der Roten Kommissare geworfen hat. ... Es hieße die Tiere beleidigen, wollte man die Züge dieser zu einem hohen Prozentsatz jüdischen Menschenkinder tierisch nennen. Sie sind die Verkörperung des Infernalischen. ... In der Gestalt dieser Kommissare erleben wir den Aufstand des Untermenschen gegen edles Blut." Hitler selbst behauptete dem spanischen Botschafter gegenüber noch am 12. August 1941 kühn, die sowjetischen Soldaten befänden sich „teils in einer Stimmung von Lethargie, teils von Seufzen und Stöhnen", und er fügte hinzu, „die Kommissare seien Teufel [und] ... würden zusammengeschossen."[196] Der Gedanke, einem antisowjetischen Propagandafeldzug eine besondere Spitze gegen „den Kommissar" zu geben, entsprang aber keineswegs erst den unmittelbaren Zwecken des Augenblicks, den vermeintlichen Erfordernissen des Vorhabens „Barbarossa", oder dem Kalkül nur der Propaganda-Experten der Partei. Vielmehr sind Anregungen gleicher Tendenz und Akzentuierung bereits in einer Ausarbeitung einer militärischen Dienststelle mit der Bezeichnung „Psychologisches Laboratorium des Reichskriegsministeriums" vom Herbst *1935* zu finden[197]. Danach sollte im Falle eines bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion den Soldaten der Roten Armee „die Sinnlosigkeit des Kampfes" auf in Massen abgeworfenen Flugblättern[198] mit folgender grobschlächtiger Argumentation klargemacht werden:

„Was haben die jüdischen Bolschewistenführer Euch seinerzeit nicht alles versprochen: Brot, Land und Freiheit. Und was haben sie Euch gegeben? Seit Jahren lebt Ihr und Eure Brüder und Schwestern in den Bauernhütten und Elendswohnungen der Städte in ewigem Hunger; Millionen von Euch sind verhungert, Millionen von ihrer Scholle vertrieben; das Land ist Euch wieder genommen, und die Mißwirtschaft in den Kollektiven ist Euch selbst zur Genüge bekannt.

Euer Kampf ist sinnlos. Ihr kämpft nicht für Rußland, sondern für die Herren Kommissare und Parteifunktionäre, meist dreckige Juden, die nie in ihrem Leben ehrliche Arbeit hinter Pflug und Schraubstock geleistet haben, aber sie lassen sich nichts entgehen. Früher wart Ihr Russen (resp. Ukrainer etc.) Herren im eigenen Hause. *Jetzt regieren Juden und ehemalige Verbrecher und treiben Euch – für Erweiterung ihrer Herrschaft über andere Völker – in den Krieg und in den Tod.*

... Wer sind denn bei Euch in der Armee die politischen Kommissare? Fast alles Juden, an der Spitze Gamarnik. *Das* sind die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler. Schlagt sie tot ... Dreht die Bajonette um und kämpft mit uns gegen die verfluchten jüdischen Kom-

---

[194] A. a. O. (s. Anm. 185), S. 10.

[195] Zitiert nach M. Messerschmidt a. a. O., S. 326 f.

[196] A. Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, Bd. 1, Frankfurt 1967, S. 624.

[197] „Völkerpsychologische Untersuchungen" – 5, 2. 11. 1935; Psycholog. Laboratorium des Reichskriegsministeriums; 241/35 g; Abt. C Nr. 18/35, S. 6 ff.; BA/MA H 1/661, Teil 2.

[198] Als „Musterbeispiele" waren der Ausarbeitung einige Flugblätter beigefügt, die, wie es in den Akten heißt, „von der Partei der russischen Faschisten in Charbin hergestellt" waren.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

missare! Macht aus der *Roten Armee* eine russische Armee, und Ihr habt Frieden, Freiheit, Brot und Land!"[199]

Daß man von deutscher militärischer Seite für die Kriegspropaganda eine so geartete Verteufelung „des Kommissars" gegenüber den sowjetischen Soldaten ins Auge faßte, beruhte natürlich weitgehend auch auf eigenen Eindrücken und „Erfahrungen", welche bis zu den Kämpfen deutscher Freikorps mit bolschewistischen Truppen im Baltikum im Jahre 1919 zurückreichten[200]. Den Tendenzen Hitlers kam indes noch ein anderes Moment zugute. Schon rein theoretische Erwägungen über Vor- oder Nachteile einer Institution wie der des Kommissars in der Roten Armee trafen im totalitären Dritten Reich bei den Offizieren aller drei Wehrmachtsteile einen neuralgischen Punkt. Der bloße Gedanke an eine Nachahmung des sowjetischen Systems war ihnen als Verletzung des traditionellen Prinzips der alleinigen Führung der Truppe durch den Kommandeur, der ausschließlichen Verantwortlichkeit des *Truppenführers* für Geist und Haltung – und dazu rechnete auch die von der Partei erwartete „geistige Ausrichtung" – seiner Soldaten unerträglich[201]. Sowohl auf Grund ihrer antibolschewistischen Stellungnahme und Propaganda, als auch der Bedeutung des Problems für die Loyalität des Offizierkorps verwahrten sich denn auch die Vertreter der Partei – einschließlich Hitlers und Himmlers – gegen eine Übernahme der sowjetischen Einrichtung „Kommissar" durch die deutsche Wehrmacht[202]. Doch schon ganz unabhängig hiervon waren dem deutschen Offizier nach seinen traditions- und standesgemäß in Anspruch genommenen Auffassungen von Pflicht, Treue und Gehorsam Zweck und Charakter der Institution „Kommissar" tief zuwider[203]. Das einmal entstandene Bild eines truppenfremden *politischen* Funktionärs, der den berufenen Kommandeur überwachte, ihn und seine Soldaten unter Umständen ohne Rücksicht auf die militärischen Erwägungen – „mit allen Mitteln eiskalten Terrors und blödsinniger Verhetzung"[204] – in Kampf und Tod trieb und sie dabei in gefügige Werkzeuge barbarischer Kriegführung verwandelte, machte diese Figur zu einem

---

[199] Hervorhebungen im Original.

[200] Vgl. Anm. 205. Für die Folgezeit vgl. J. Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918–1941, London 1962, u. a. S. 510 f.

[201] Vgl. Halder-Tgb. II, S. 64; Berghahn a. a. O. (s. Anm. 191), S. 18 f., 26, 30, 40 f.; M. Messerschmidt a. a. O., S. 251 f.

[202] S. die Zitate bei Berghahn a. a. O., S. 51, 64; vgl. die Äußerungen Himmlers gegenüber Bormann Anfang Okt. 1943 (s. Berghahn, S. 67 f. mit Anm. 233) und seine Rede in Posen vom 4. 10. 1943: IMT, Bd. XXIX, S. 151. – Noch zur Zeit der Schaffung des „NS-Führungsoffiziers" suchte man dem Eindruck der Truppe vorzubeugen, es handle sich dabei um „‚von außen kommende Kräfte' (Kommissare!)" – wie es in einer Auslassung der Parteikanzlei vom Dezember 1943 hieß. S. W. Besson, Zur Geschichte des NS-Führungsoffiziers (NSFO), in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 101 und 82 f.

[203] Vgl. die in Anm. 202 erw. Himmler-Rede: a. a. O., S. 151 f.; ferner Äußerungen von Angehörigen der Parteikanzlei über die Abneigung im Offizierkorps gegen den „NSFO" auf Grund der „altpreußischen Soldatentradition": Besson a. a. O., S. 81.

[204] Wie es in dem in Anm. 192 zitierten Heft 116 der „Mitteilungen für die Truppe" – auf Grund bereits bestehender entsprechender Vorstellungen – heißt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegenstand von Haß und Abscheu. Für den vom OKH in seinen Befehlsentwurf übernommenen Standpunkt Hitlers, daß dem Kommissar die Eigenschaft eines Soldaten nicht zukomme, dürfte jedenfalls der Großteil des Offizierkorps empfänglich gewesen sein, was ihm bei allem Unbehagen gegen das Ansinnen, die gefangengenommenen Kommissare selber erschießen zu sollen, die Erfüllung dieser Forderung Hitlers erleichtert haben mag[205]. Man hat den Einfluß der antibolschewistischen Einstellung der bürgerlich-konservativen Gruppen der zivilen Opposition gegen Hitler auf deren Erwägungen und Planungen im Winter 1939/1940 unterstrichen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß diese Gruppen auf Grund des Hitler-Stalin-Pakts vom August 1939 geradezu befürchtet hätten, die mit der Realisierung sowjetischer territorialer Ambitionen in Mitteleuropa verbundene nationalsozialistische Annäherung an den Bolschewismus müsse kraft einer Verwandtschaft der beiden Regime in Deutschland auch „innerpolitische Folgen gefährlichster Art haben"[206]. Wie stark die antibolschewistische Einstellung der genannten Gruppen aber auch immer gewesen sein mag – sie hat deren Repräsentanten im Frühjahr 1941 keinen Augenblick in ihrem Rechtsempfinden beirrt, das ihnen die schärfste Verurteilung der von Hitler unter Einbeziehung der Wehrmacht gegen die Sowjetunion geplanten verbrecherischen Kriegführung gebot. Eindeutig bezeugt dies Ulrich von Hassells Notiz:

> „Ich war am 8. 4. [1941] mit Oster bei Beck, und es stiegen einem die Haare zu Berge, was urkundlich belegt mitgeteilt wurde über die den Truppen erteilten, von Halder unterschriebenen Befehle betreffend das Vorgehen in Rußland[207] und über die systemati-

---

[205] Laut Niederschrift von H. Uhlig über eine Unterredung mit dem ehem. Marineadjutanten Hitlers, Konteradmiral a. D. K. J. von Puttkamer, vom 21. 3. 1953 bezeichnete dieser es als schweren Fehler, daß derartige Befehle ergangen seien, ehe der Gegner seinerseits konkreten Anlaß dazu gegeben habe. „Aus seiner eigenen Baltikum-Erinnerung (1919)" habe er allerdings damit gerechnet, „daß sich ein so schonungsloser Kampf entwickeln würde". Die Tendenz des Kommissarbefehls (mit dem er dienstlich nichts zu tun hatte) habe ihn nicht besonders schockiert; auch sei eine „außergewöhnliche Erregung" über den Befehl „ihm in keiner Weise bekannt geworden". IfZ, Zs 285.
Man bedenke in diesem Zusammenhang auch, daß OKW *und OKH* wenig später sogar die Aussonderung sogenannter „politisch untragbarer" Elemente aus der Masse der einfachen sowjetischen Kriegsgefangenen zum Zwecke von deren Erschießung durch Teilkommandos der Einsatzgruppen geduldet und gefördert haben. Vgl. die bei Jacobsen a. a. O., S. 198–228, wiedergegebenen *Anordnungen*, die mit der „*besonderen* Lage *[sic]* des Ostfeldzuges" begründet wurden!

[206] So Ulrich von Hassells Tagebuchnotiz vom 11. 10. 1939: U. von Hassell, Vom andern Deutschland, Zürich 1946, S. 87. Dazu H. Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Der dt. Widerstand gg. Hitler (Hrsg.: W. Schmitthenner und H. Buchheim), Köln/Berlin 1966, S. 30 ff.

[207] Damit meinte Hassell mutmaßlich die von Halder „*i. V.*" unterzeichneten „Besonderen Anordnungen für die Versorgung", Teil C, vom 3. 4. 1941 (Nürnb. Dok. NOKW-1648), worin es (Ziffer 7) nicht nur hieß, daß „aktiver oder passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ... mit scharfen Strafmaßnahmen im Keime zu ersticken" sei, sondern auch bereits (Ziffer 8) von den „Sonderaufgaben" gesprochen wurde, die „im rückwärtigen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Umwandlung der Militärjustiz gegenüber der Bevölkerung in eine unkontrollierte, auf jedes Gesetz spottende Karikatur[208]. ... Mit dieser Unterwerfung unter Hitlers Befehle opfert Brauchitsch die Ehre der deutschen Armee."[209]

Auch bei der Erstellung weiterer Fassungen für den geplanten Kommissarbefehl sollten sich die noch gehegten schwachen Hoffnungen der Opposition auf einen Sinneswandel der militärischen Führung[210] nicht erfüllen. Am 12. Mai nahm Warlimont, der Adressat von General Müllers Sendung vom 6. Mai, zu dem Entwurf des OKH für „Richtlinien betr. Behandlung politischer Hoheitsträger usw." in einer Vortragsnotiz Stellung[211]. Gegen die im OKH-Entwurf

---

Armeegebiet und im rückwärtigen Heeresgebiet der Reichsführer SS mit eigenen Organen selbständig und in eigener Verantwortlichkeit durchführen" werde. Möglicherweise sagte dies – nach den Erfahrungen von 1939/40 im besetzten Polen – für Hassell bereits genug. – Ferner hatte Halder am 2. 4. 1941 den Befehl zur „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD" beim Feldzug gegen Griechenland und Jugoslawien „i. V." unterschrieben: OKH GenStdH/GenQu, Abt. Kriegsverwaltung Nr. II 0308/41 g. Kdos. Chefs.; IfZ, Fd 52. Vgl. Halder-Tgb. II, S. 341.

206 Diese Bemerkungen Hassells können sich im Grunde nur auf die ominöse Ziffer I, 6 des *Entwurfs* der „Richtlinien auf Sondergebieten" zur Weisung Barbarossa vom März beziehen, welche die Tendenz zur Pervertierung der Wehrmachtgerichtsbarkeit im kommenden Rußlandfeldzug bereits deutlich erkennen ließ: s. oben S. 692.

209 Hassell a. a. O., S. 200.

210 Unter dem 16. 6. 1941 vermerkt Hassell (S. 209) „wiederholte Besprechungen mit Popitz, Goerdeler, Beck und Oster über die Frage, ob die nunmehr bei den Armeeführern angelangten, von dort aber noch nicht weitergegebenen Befehle bezüglich eines brutalen Vorgehens der Truppe gegen die Bolschewisten beim Einmarsch in Rußland nicht endlich ausreichten, um der militärischen Führung über den Geist des Regimes, für das sie fechten, die Augen zu öffnen. Man kam zu dem Ergebnis, daß auch diesmal nichts zu erwarten sei. Brauchitsch und Halder haben sich bereits auf das Hitlersche Manöver eingelassen, das Odium der Mordbrennerei der bisher allein belasteten SS auf das Heer zu übertragen. Sie haben die Verantwortung übernommen und durch einige an sich gar nichts ändernde, aber den Schein wahrende Zusätze (über die Notwendigkeit, die Disziplin zu wahren usw.) sich selbst und andere getäuscht. Hoffnungslose Feldwebel!"
Kurz vor Feldzugsbeginn machten Popitz und Hassell „noch einmal einen heftigen Ansturm auf Beck ..., als vornehmster Vertreter seiner Farbe einen Brief an Brauchitsch zu schreiben und ihn zu veranlassen, gegen die Mordbefehle zu protestieren", wozu sich Beck schließlich bereit erklärte. (S. 212.) – Weitere Angaben zur Sache fehlen.

211 Nürnb. Dok. PS-884 (Erstschrift: ihrem Abdruck in IMT, Bd. XXVI, S. 406 ff., liegt, wie dort angegeben, nur eine Fotokopie zugrunde); PS-1663 (Durchschlag, ohne die Paraphe Keitels und die Vermerke Jodls; gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 358 ff. – Warlimont hat auch hier ein „dilatorisches Verhalten" für sich in Anspruch genommen, nämlich auf Grund der Tatsache, daß er die Sendung Müllers „nicht, wie üblich am Tage des Eingangs (6. Mai), sondern erst sechs Tage später an den Adressaten" – W. meint damit Keitel, obwohl Müllers Anschreiben „an den Herrn Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, z. Hd. des Herrn General *Warlimont* [im Original gesperrt geschrieben] oder Vertreter im Amt" gerichtet war und den Eingangsstempel seiner Abteilung L, übrigens ebenso wie der Vermerk Warlimonts auf dem Anschreiben Müllers, mit dem Datum „7. Mai 1941" trägt – „bzw. General Jodl weitergeleitet" habe (Aufzeichnung von Gen. d. Art. a. D. Warlimont vom 4. 5. 1960, IfZ, Zs 312). Demgegenüber ist jedoch zu bedenken, daß sowohl Warlimont

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorgesehene Beseitigung *aller* politischen Kommissare machte er geltend, Alfred Rosenberg (der spätere Minister für die besetzten Ostgebiete) habe in einer Denkschrift[212] den Standpunkt vertreten, „daß nur hohe und höchste Funktionäre zu erledigen seien, da die staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Funktionäre für die Verwaltung des besetzten Gebietes unentbehrlich" sein würden. Warlimont erklärte „deshalb eine Entscheidung des Führers [für] erforderlich, welche Grundsätze maßgebend sein" sollten. Seinerseits machte Warlimont aber bereits den Vorschlag, zivile politische Funktionäre, „die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen, . . . zunächst unbehelligt" zu lassen[213]. „Erst bei der weiteren Durchdringung des Landes" werde es „möglich sein zu entscheiden, ob die verbliebenen Funktionäre an Ort und Stelle belassen werden können oder an die Sonderkommandos zu übergeben" seien, „sofern nicht diese selbst die Überprüfung vorzunehmen in der Lage" wären. Dem Antrag Warlimonts, eine Entscheidung Hitlers einzuholen, schloß Jodl sich an[214], während Keitel ihn zumindest nicht abgelehnt hat. Auf der Suche nach einer Motivierung für den geplanten rechtswidrigen Befehl machte Jodl damals die bekannte, für ihn verhängnisvolle Schlußbemerkung: „Mit der Vergeltung gegen deutsche Flieger müssen wir rechnen. Man zieht daher die ganze Aktion am besten als Vergeltung auf."[215] Er entwarf in diesem Sinne handschriftlich eine Präambel[216], die sich mit leichten Abwand-

---

und seine Abteilung, als auch seine Vorgesetzten inzwischen mit der abschließenden Gestaltung des Gerichtsbarkeitserlasses befaßt waren. Ferner übersandte W. bereits spätestens am 8. Mai den OKH-Entwurf Lehmann, der ihm (W.) jedoch geantwortet haben soll (Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 6422; W., „Im Hauptquartier . . ." – s. o., S. 683 –, S. 180) bzw. geantwortet haben will (Aussage Lehmanns: Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 7830 und 8278 ff.), daß Keitel ihm streng untersagt habe, sich überhaupt mit der Angelegenheit Kommissarbefehl zu befassen. Dies hat Lehmann aber nicht gehindert, auf der ihm von Warlimont übersandten Abschrift des OKH-Entwurfs zum Kommissarbefehl für Abschnitt II (Aufhebung der Zuständigkeit der Kriegs- und Standgerichte für die in bezug auf Kommissare befohlenen Maßnahmen) eine auch für Nichtjuristen unmißverständliche Fassung vorzuschlagen. – Eine andere Auffassung (hinsichtlich Lehmanns und Warlimonts) als die hier geäußerte vertritt H. D. Betz, S. 155–158. Irrig ist (s. Betz, S. 170) jedoch auch nach meiner Ansicht die Angabe Uhligs (a. a. O., S. 309 f., 316), „die Mitprüfung des OKH-Entwurfs [zum Kommissarbefehl] durch die Wehrmacht-Rechtsabteilung" sei „bereits vor Eingang des Entwurfs festgelegt" gewesen.

212 Nürnb. Dok. PS-1020, Vom 25. 4. 1941.

213 Offenbar vorsichtshalber wählte man in dem abschließenden konkreten Vorschlag die Formulierung: „Funktionäre, die . . ., *werden* zunächst unbehelligt bleiben", statt „sollen" usw. – mit entsprechender Begründung!

214 Vermerk am Kopf der Vortragsnotiz Warlimonts: „muß dem Führer noch einmal vorgetragen werden J. 13./5."

215 Ebd. (Nürnb. Dok. PS-884).

216 Sie liegt (in den Akten) der im folgenden erwähnten „Zwischenfassung" des Kommissarbefehls bei, ist von Betz jedoch irrtümlich mit der Neuformulierung (der Präambel) in dieser Zwischenfassung identifiziert worden (a. a. O., S. 166); desgleichen von Maser a. a. O. (s. S. 2 mit Anm. 13), S. 314, der Jodls Präambel-Skizze in Faksimile bringt (S. 312).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungen in der „Zwischenfassung" des Kommissarbefehls wiederfindet[217], so genannt, weil sie zeitlich zwischen dem Entwurf des OKH vom 6. Mai und der Endfassung des Befehls vom 6. Juni erstellt wurde[218].

„Mit der Absendung dieser Vortragsnotiz [vom 12. Mai] an den Chef WFStab", so hat Warlimont 1962 behauptet, „schied die Abteilung L einstweilen aus der weiteren Behandlung der Sache aus."[219] Hinsichtlich der besagten Zwischenfassung hatte er bereits im Nürnberger OKW-Prozeß von 1948 auf die betreffende Frage seines Verteidigers erwidert, er habe keinerlei Sicherheit dafür, wer diesen Entwurf – „ohne Datum und ohne irgendein Zeichen" – gemacht habe und wann er entstanden sei; aber er wisse, daß er nicht von ihm stamme[220]. Andererseits beantwortete Warlimont die weitere Frage seines Verteidigers, ob die Sache, nach der Vorlage der Vortragsnotiz vom 12. Mai, in den Händen Jodls geblieben sei, mit „Ja", und im November 1967 bemerkte er, Jodl habe nach Erhalt der Vortragsnotiz „mit Randbemerkungen und handschriftlichen Zusätzen sogleich die Arbeit an einer neuen Fassung des Befehlsentwurfs aufgenommen"[221]. Auf Grund einer „Mitteilung Warlimonts" traf schließlich der Autor H. D. Betz die Feststellung, daß „von Jodls Hand" eine Zwischenfassung des Kommissarbefehls stamme, welche die von Warlimont „angestrebte Entscheidung Hitlers zur Voraussetzung gehabt haben" müsse[222]. Auch habe sich Jodl infolge des Aufenthalts von Warlimont in Paris (vom 19. bis 29. Mai) „notgedrungen" selber ans Werk gemacht[223].

Indes standen „zu Hause" doch noch die übrigen Mitglieder der Abteilung L zur Verfügung, von denen einer denn auch ausdrücklich erklärt hat, daß bei Ab-

---

217 Nürnb. Dok. PS-1471. Gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 358–361. Irrtümlich hat Uhlig jedoch dieses Dokument, die sog. Zwischenfassung des Kommissarbefehls, mit dem Vermerk „Anlage 1" abgedruckt (S. 358), den das Original *nicht* aufweist. Die Anlage 1, die Warlimont seiner Vortragsnotiz vom 12. 5. 1941 beifügte, war natürlich nicht die (noch gar nicht existierende) „Zwischenfassung", sondern, wie er ja selber schreibt, der Entwurf des OKH vom 6. Mai. Aus der Tatsache, daß er *diesem* den Vermerk „Anlage 1" (zu *seiner* Vortragsnotiz!) gegeben hat, erklärt es sich auch, daß dieses – offenbar allein erhalten gebliebene – Exemplar, eine (Lehmann übersandte – vgl. Anm. 211!) Abschrift, die Uhlig zum Abdruck diente (a. a. O., S. 356), den leicht irreführenden Vermerk „Anlage 1" trägt – obwohl das betreffende, von Müller unter dem 6. Mai dem OKW übersandte Exemplar des Dokuments natürlich die *zweite* Anlage von Müllers (Begleit-)Schreiben war. (Die erste Anlage war der OKH-Entwurf zum Gerichtsbarkeitserlaß).

218 Eine Wiedergabe der „Zwischenfassung" findet sich (neben anderem) auch unter Nürnb. Dok. PS-891. Es handelt sich aber höchstwahrscheinlich um das gleiche Exemplar wie bei PS-1471. (Der beiliegende „Verteiler" wurde nach 1945 irrtümlich zugeordnet!)

219 „Im Hauptquartier . . .", S. 183.

220 Nbg./Fall XII, S. 6428.

221 Ebd., S. 6426; IfZ, Zs 312 (Bd. II, S. 74).

222 Betz a. a. O., S. 166.

223 Ebd.; Im Kriegstagebuch des OKW/WFSt, Bd. I, S. 396 f. wird als Abflugzeit Warlimonts nach Paris der 19. 5., 16.00 Uhr, genannt. Unter dem 29. 5. 1941 heißt es: „Chef L. kehrt morgen [sic] aus Paris zurück, erstattet Meldung bei Chef WFSt [Jodl] und Führer." Es muß aber (laut Auskunft des Bundesarchivs) heißen: „morgens".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wesenheit Warlimonts die Arbeit unverändert weiter gelaufen sei[224]. Tatsächlich befindet sich in den erhalten gebliebenen Akten der Quartiermeistergruppe der Abteilung L die Erstschrift (also kein Durchschlag) einer Vortragsnotiz vom 23. Mai 1941, die wegen ihrer Wichtigkeit hier originalgetreu wiedergegeben sei:

Abt. L IV/Qu
Nr. 44774/41 g. K. Chefs.

F.H.Qu., den 23. 5. 1941
[Stempel] Chefsache!
[Stempel] Nur durch Offizier!
[Stempel] Geheime Kommandosache!
[handschr.] 1 Ausfertigung[225]

Vortragsnotiz.

Anliegend wird ein neugefaßter Entwurf der „Richtlinien betreffend Behandlung politischer Funktionäre (Kommissare)" vorgelegt. [hs.] vT 23. 5.
[hs.] vLg

– 4 Anlagen –[226]

Die von dem Leiter der Quartiermeistergruppe der Abteilung L, dem damaligen Oberstleutnant Werner von Tippelskirch, wie seine (unverwechselbare) Paraphe zeigt, konzipierte Vortragsnotiz ist von dem Leiter der Gruppe „I H Op." – erstem Generalstabsoffizier des Heeres im Wehrmachtführungsstab Oberstleutnant von Loßberg – abgezeichnet, der „Warlimont bei dessen Abwesenheit zumindest in laufenden Angelegenheiten vertrat"[227]. Loßberg war aber kaum der eigentliche Adressat der Vortragsnotiz, er dürfte sie vielmehr auf Veranlassung der Quartiermeistergruppe (L IV/Qu) an Jodl oder Keitel weitergeleitet haben und hat sie vermutlich als lediglich zeitweiliger Vertreter Warlimonts nur *abgezeichnet*[228]. Auffälligerweise trägt nun die erwähnte „Zwischenfassung" des Kommissarbe-

---

224 Freundl. Auskunft von Oberst a. D. Kurt Fett, ehemal. Angehörigen der Gruppe I H Op. der Abteilung L des OKW, vom 18. 4. 1977.

225 Es heißt „1 [eine] Ausfertigung", nicht „1. [erste] Ausfertigung".

226 Um was für „4 Anlagen" es sich handelte, läßt sich nur vermuten: wahrscheinlich nicht um vier Exemplare des „neugefaßten Entwurfs", sondern, außer *einem* Exemplar dieses Entwurfs, um die Präambel-Skizze Jodls (s. oben Anm. 216!), Warlimonts Vortragsnotiz vom 12. Mai mit seinen Vorschlägen zum OKH-Entwurf vom 6. Mai und um diesen selbst – also um die bislang in der Angelegenheit angefallenen Unterlagen.

227 Die offizielle Dienstbezeichnung Loßbergs laut Auskunft von Oberst a. D. Fett (s. Anm. 224), desgl. die Regelung der Vertretung Warlimonts.

228 So vermutet auch Oberst a. D. Fett. Auch Maser a. a. O. (s. S. 684 mit Anm. 13), S. 314, vermerkt, daß „der letzte nachweisbare Entwurf ... vom 22. [sic; es muß heißen: 23.] Mai überraschenderweise [?] von Loßberg abgezeichnet" sei.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fehls genau die gleiche Überschrift „*Richtlinien betreffend Behandlung politischer Funktionäre (Kommissare)*“[229], wie die von Tippelskirch konzipierte Vortragsnotiz sie für den in ihr erwähnten und mit ihr vorgelegten „neugefaßten Entwurf“ zum Kommissarbefehl angibt. In dessen Endfassung lautet dessen Überschrift hingegen: „Richtlinien *für* die Behandlung politischer Kommissare“[230]. Dies ist gewiß kein zwingender Beweis dafür, daß die (undatierte) „Zwischenfassung“, für die sonst kein Anschreiben vorhanden zu sein scheint, mit dem in der Vortragsnotiz erwähnten „neugefaßten Entwurf“ identisch ist. Doch besteht fraglos eine Wahrscheinlichkeit dafür, und dies um so mehr, als die Zwischenfassung „die wesentlichsten Punkte aus den Vorschlägen der Abteilung L“, nämlich aus der oben erwähnten Vortragsnotiz Warlimonts vom 12. Mai (gleichfalls mit der Paraphe Tippelskirch als Konzipienten), „übernahm“[231].

Warum sollte Jodl über den Entwurf der Präambel, für den sein handschriftliches Konzept vorliegt, hinaus persönlich eine Aufgabe an sich gezogen haben, die mehr oder weniger in einer bloßen Kompilation bestand, welche von den Angehörigen der zuständigen Quartiermeistergruppe ohne weiteres besorgt werden konnte? Entgegen der Angabe Warlimonts ist jedenfalls, wie es die durch die Vortragsnotiz der Quartiermeistergruppe vom 23. Mai erwiesene Existenz eines während seiner eigenen Abwesenheit (vom 19.–29. Mai)[232] „neugefaßten Entwurfs“ zum Kommissarbefehl zeigt, die Abteilung L „mit der Absendung der Vortragsnotiz“ vom 12. Mai noch *nicht* „aus der weiteren Behandlung der Sache“ ausgeschieden, und die „Zwischenfassung“ dürfte ihr – und nicht Jodls – Werk sein[233].

Auch in die Endfassung des Kommissarbefehls wurde die von Warlimont angeregte Bestimmung aufgenommen, vorerst *zivile* politische Kommissare „unbehelligt“ zu lassen, „die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen“ – jedoch mit dem üblen Zusatz: „... oder einer solchen verdächtig sind“![234] Vor

---

[229] Vgl. Anm. 217 und 218. In den „OKW/WFSt/L IV-Chefsachen Barbarossa, Mai 1941“, BA/MA, RW 4/v. 577, befindet sich nur eine Fotokopie (der Zwischenfassung), die übrigens auch den beiden entsprechenden Nürnberger Dokumenten PS-891 und PS-1471 zugrunde gelegen hat.

[230] Nürnb. Dok. NOKW-1076 (vgl. Uhlig a. a. O., S. 352).

[231] Wie Betz a. a. O., S. 166, mit Recht bemerkt.

[232] Vgl. Anm. 223.

[233] Daß die „Zwischenfassung“, wenn sie mit dem in der Vortragsnotiz vom *23. Mai* erwähnten „neugefaßten Entwurf“ identisch ist, „erst“ an diesem Tage vorgelegt wurde, fände darin eine Erklärung, daß, wie bereits von Betz (a. a. O., S. 166) bemerkt, zuvor die von Warlimont und Jodl für erforderlich gehaltene Entscheidung Hitlers (wegen der Divergenz zwischen OKH-Entwurf und Rosenberg-Denkschrift hinsichtlich des Ausmaßes der „Erledigung“ von sowjetischen Kommissaren! – vgl. S. 725 mit Anm. 212) eingeholt werden mußte. Warlimont will bis zu seiner Abreise nach Paris (19. Mai) von Fortschritten in der Vorbereitung des Kommissarbefehls nichts gehört haben („Im Hauptquartier ...“, S. 183).

[234] Vgl. Uhlig a. a. O., S. 353; Jacobsen a. a. O., S. 190.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allem aber blieb es bei der Anordnung, politische Kommissare, die der Roten Armee angehörten, zu erschießen. Und zwar sollte das, wie es nun hieß, unmittelbar nach ihrer „noch auf dem Gefechtsfelde" vorzunehmenden „Absonderung" geschehen. Überhaupt war die Endfassung – sicherlich Hitlers Wünschen gemäß[235] – in einigen Punkten stilistisch vereinfacht bzw. verdeutlicht, in anderen aber noch verschärft worden, letzteres namentlich durch den jeden Kommentar erübrigenden Zusatz: „Bei der Beurteilung der Frage, ob ‚schuldig oder nicht schuldig', hat grundsätzlich der persönliche Eindruck von der Gesinnung und Haltung des Kommissars höher zu gelten als der vielleicht nicht zu beweisende Tatbestand."[236] Mit einem Anschreiben Warlimonts ging der fertige Kommissarbefehl am 6. Juni 1941 im Auftrage des Chefs des OKW u. a. an die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile[237]. Am 8. Juni 1941 wurde er durch den ObdH von Brauchitsch mit einem ersten (einschränkenden) Zusatz – wonach das Vorgehen gegen einen (zivilen) politischen Kommissar zur Voraussetzung haben müsse, daß dieser „durch eine besondere erkennbare Handlung oder Haltung sich gegen die deutsche Wehrmacht stellt oder stellen will" – und einem zweiten, die

---

[235] Vgl. die Aussage Warlimonts im OKW-Prozeß: Nbg./Fall XII, dtsch. Prot., S. 6429; auch Betz a. a. O., S. 168. Im Gegensatz zu der Präambel der „Zwischenfassung" und der Präambel-Skizze Jodls ist bemerkenswerterweise in der Endfassung des Kommissarbefehls *nicht* mehr von der „Erledigung" der Kommissare als einer „Vergeltungsmaßnahme" die Rede – aber wohl deshalb nicht, weil dadurch in den Augen Hitlers ein Element der Unklarheit in den Text des Befehls zu geraten drohte, das seine Durchführung gefährdete bzw. seine Umgehung erleichtern konnte.

[236] Uhlig a. a. O., S. 354.

[237] Vgl. oben, Anm. 1. Zu der Kritik daran, daß er (in seiner Vortragsnotiz vom 12. Mai – vgl. S. 724 mit Anm. 211) den Vorschlag des OKH-Entwurfs, die sowjetischen *Truppen*kommissare zu erledigen, unverändert beibehalten habe, hat Warlimont geäußert: Generalquartiermeister Wagner habe auf seine, Warlimonts, sofortige dringende Bitte, den OKH-Entwurf zurückzuziehen, erwidert, „daß man nach Ansicht des OKH unbedingt einen schriftlichen Befehl dieses Inhalts vorweisen müsse, um zu verhindern, daß Hitler dem SD diese Aufgabe [einer Erfassung der Kommissare im Gefechtsgebiet] übertrage, – daß man aber alle Vorsorge treffen werde, den Befehl zu sabotieren", daß Warlimont „daher ‚die Finger davon lassen' solle". Er, Warlimont, habe „die Warnung Wagners sehr ernst nehmen zu müssen" gemeint, „dem OKH nicht das Konzept verderben" wollen und auch geglaubt, „auf diese Weise um so eher" seinen „Vorschlag zur Schonung" der zivilen Kommissare durchsetzen zu können. (Aufzeichnung von Gen. d. Art. a. D. Warlimont vom 20. 1. 1960 zu dem Artikel von Uhlig – s. oben, Anm. 2 –, IfZ, ZS 312.) Im übrigen habe Wagner beruhigend erklärt, daß das OKH einen Befehl zur Aufrechterhaltung der Disziplin vorbereite, der den Kommissarbefehl im Effekt wieder aufheben solle (*Nbg./Fall XII*, dtsch. Prot., S. 6423 f., 6427; Warlimont, „Im Hauptquartier ...", S. 180 ff.; Betz a. a. O., S. 160, 164). Die retrospektiven, sonstiger Bestätigung entbehrenden Angaben Warlimonts – auch über die angeblichen Befürchtungen Wagners: vgl. dazu oben, Anm. 166 – sind mit dem weiteren Verlauf der Dinge, zumal der Haltung Brauchitschs, schwer zu vereinbaren. Daß Wagner in der Lage und gewillt gewesen wäre, in den relativ bescheidenen Kompetenzbereich seines (als Generalquartiermeister von ihm, dem früheren Stellvertreter, ersetzten) Vorgängers Müller, des nunmehrigen Generals z. b. V. beim ObdH, einzugreifen, erscheint wenig plausibel.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlimmste Anordnung bestätigenden Zusatz[238] an eine begrenzte Zahl hoher Kommandostellen des Heeres gegeben[239].

Aus der Rückschau heraus hat man geglaubt, Bedeutung und Auswirkung sowohl des Kommissarbefehls wie des *Gerichtsbarkeitserlasses* als nur gering bemessen zu dürfen[240]. Anzunehmen aber, der letztere habe auf die Besatzungspolitik bzw. auf die Behandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung durch die Truppe einen nennenswerten Einfluß nicht ausgeübt und – nach dem Willen wenigstens der Heeresführung – auch gar nicht ausüben sollen; anzunehmen insbesondere, der Oberbefehlshaber v. Brauchitsch habe mit seinem berühmten Disziplinarerlaß die förmliche Aufhebung der Gerichtsbarkeit (d. h. jedes Rechtsschutzes) für die Zivilbevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht praktisch paralysieren wollen, wäre ein großer Irrtum. Hatte doch bereits am 25. Juli 1941, knapp fünf Wochen nach Feldzugsbeginn, der General z. b. V. beim ObdH Eugen Müller den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete Nord, Mitte und Süd für die „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener" in ihren Dienstbereichen wiederum Richtlinien zu übermitteln, die völlig dem Geist, z. T. sogar dem Wortlaut des Gerichtsbarkeitserlasses entsprachen. „Die weite Ausdehnung der Operationsräume im Osten", so begann auch die neue Weisung Müllers[241], „die Hinterhältigkeit und Eigenart des bolschewistischen Gegners" erforderten namentlich in rein russischen Gebieten „von vornherein besonders umfangreiche und wirksame Maßnahmen zur Beherrschung des gewonnenen Gebiets und zur Ausnutzung des Landes". Es sei jedoch bekanntgeworden, daß – „nicht an allen Stellen mit der erforderlichen Härte durchgegriffen" werde[242]. Der Oberbefehlshaber des Heeres habe „deshalb angeordnet, auf folgende Gesichtspunkte nochmals mit aller Deutlichkeit hinzuweisen:

> Leitender Gesichtspunkt bei jedem Handeln und für alle zu ergreifenden Maßnahmen muß der Gedanke unbedingter Sicherheit für den deutschen Soldaten sein.
>
> I. Behandlung feindlicher Zivilpersonen
>
> Der Russe ist seit jeher an hartes und schonungsloses Durchgreifen der Autorität gewöhnt. Die notwendige schnelle Befriedung des Landes ist nur zu erreichen, wenn schon

---

[238] Daß die „Erledigung" der *Truppen*kommissare „außerhalb der eigentlichen Kampfzone unauffällig auf Befehl eines Offiziers zu erfolgen" habe! Nürnb. Dok. NOKW-1076 (Uhlig a. a. O., S. 351 f.).

[239] Vgl. oben, Anm. 1. – Auch Warlimont räumt ein, „daß der ObdH durch *seinen* Zusatz zu dem endgültigen Text des Kommissarbefehls seine – etwaigen [!] – früheren Sabotage-Absichten zunichte gemacht hat" (Aufzeichnung vom 20. 1. 1960 – s. Anm. 237).

[240] Vgl. die Nürnb. Interrogation des ehem. Generalrichters (Leiters der Gruppe Rechtswesen beim General z. b. V. beim ObdH) Dr. Lattmann vom 8. 12. 1947, sowie sein Affidavit (Durchschlag, o. D.) IfZ, Zs 1146; ferner A. von Knierim, Nürnberg, Rechtliche und menschliche Probleme, Stuttgart 1953, S. 389 ff.

[241] Ebenso hatte die Präambel des Gerichtsbarkeitserlasses begonnen: Uhlig a. a. O., S. 338; Jacobsen a. a. O., S. 182.

[242] Was mit „ungenügender Unterrichtung" „neu eingesetzter Dienststellen und Truppen" (natürlich über die ergangenen Sonderbefehle – wie auch das Folgende zeigt) begründet wurde.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung rücksichtslos unterbunden wird. Jede Nachsicht und Weichheit ist Schwäche und bedeutet eine Gefahr. ...
Wo sich *passive Widerstände* abzeichnen oder wo bei Straßensperren, Schießereien, Überfällen und sonstigen Sabotageakten die *Täter nicht sofort festgestellt* und in der bereits angeordneten [!] Weise erledigt werden können, sind *unverzüglich kollektive* Gewaltmaßnahmen auf Befehl eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw. Kommandeurs durchzuführen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine vorherige Festnahme von Geiseln zur Haftung für *zukünftiges* Unrecht nicht erforderlich ist. Auch ohne besondere Bekanntmachung und Festnahme haftet die Bevölkerung für die Ruhe in ihren Gebieten. ...
Verdächtige Elemente, denen zwar eine schwere Straftat nicht nachgewiesen werden kann, die aber hinsichtlich *Gesinnung* und *Haltung* gefährlich erscheinen, sind an die Einsatztruppen [sic] bzw. Kommandos der SP (SD) abzugeben."[243]

Bemerkenswerterweise wurde in einem längeren Anschreiben der diese Mitteilung des OKH weitergebenden Dienststelle – nämlich des „Befehlshabers der Eisenbahntruppen" – ausdrücklich gesagt, daß die vorliegende Weisung „dem Führererlaß vom 13. 5. 41", d. h. dem Gerichtsbarkeitserlaß, „zur Erläuterung und Ergänzung" diene. Zum Teil muß man aber eine Verschärfung feststellen. Einmal sind jene Anordnungen des Disziplinarerlasses, die gewisse Bestimmungen des Gerichtsbarkeitserlasses einschränkend interpretiert hatten[244], in der neuen Weisung nicht zu finden – wenngleich sich dies damit erklären läßt, daß das OKH gerade auf ein „härteres Durchgreifen" hinwirken wollte. Darüber hinaus ist jedoch die besonders wichtige Ziffer I, 4 des Gerichtsbarkeitserlasses modifiziert. Sollten nämlich bisher die einer *Straftat gegen die deutsche Wehrmacht verdächtigen*, aber nicht auf der Stelle „erledigten" Zivilpersonen einem Offizier vorgeführt werden, der zu entscheiden hatte, ob sie zu erschießen seien, so sollten sie nunmehr schon dann, wenn sie „hinsichtlich Gesinnung und Haltung gefährlich" erschienen, dem nächsten Einsatzkommando übergeben werden[245]. Indem uns das erhalten gebliebene Anschreiben ferner die Tatsache der Weiterleitung der neuen OKH-Weisung an den „Kommandeur der Eisenbahnpioniere im Bereich der Heeresgruppe Nord" unter ausdrücklicher *Bezugnahme* auf den Gerichtsbarkeitserlaß überliefert, gewinnen wir auch eine deutlichere Vorstellung von dem Ausmaß der Verbreitung desselben. Man versäumte auch nicht die Mahnung, für seine *„mündliche* Weitergabe an die Truppe nach wie vor Sorge

[243] Az. 453/Gr. R.Wes. (Gruppe Rechtswesen), Nr. 1332/41 geh.: Nürnb. Dok. NOKW-182. Hervorhebungen im Original. (Unterstrichen ist dort außerdem der Text von „Leitender" bis „Zivilpersonen".) Neu gegenüber dem Gerichtsbarkeitserlaß ist auch die Verfügung, derzufolge „versprengte russische Soldaten", falls sie einer öffentlichen Aufforderung, „sich sofort bei der nächsten deutschen Wehrmachtdienststelle zu melden", nicht nachkamen, „von einem gebietsweise festzusetzenden Zeitpunkt ab als Freischärler anzusehen und entsprechend zu behandeln" seien.

[244] Vgl. oben, S. 708.

[245] An dem Maß der Verantwortlichkeit der Truppe für das Schicksal eines Beschuldigten änderte sich durch dessen Abgabe an ein Einsatzkommando gegenüber der bisherigen Regelung freilich so gut wie nichts: vgl. das Urteil des Verwaltungs-Sachbearbeiters der Abt. L im OKW, oben S. 704.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu tragen"[246]. Zum Unterschied von der Weisung des OKH rief wenigstens dieses Anschreiben seinen Empfängern die in Brauchitschs Disziplinarerlaß enthaltenen Richtlinien zur Abstufung etwaiger Strafmaßnahmen und zur Verhütung willkürlicher Ausschreitungen Einzelner in Erinnerung – womit jedoch der Sinn des Gerichtsbarkeitserlasses im ganzen keineswegs „in sein Gegenteil verkehrt" wurde[247], wie man gerade hier deutlich sieht.

Tatsächlich liegen auch aus späterer Zeit einschlägige Weisungen des OKH vor, die durchaus im Geiste des Gerichtsbarkeitsbefehls gehalten waren, namentlich was die weite Auslegung des Begriffs „Freischärler" betrifft[248], welcher häufige Meldungen über Erschießungen von „Partisanen*verdächtigen*" entsprechen[249]. Und was die Geltungsdauer des Erlasses sowie seine Verbindlichkeit bzw. Auswirkung in bezug auf den „Rechtsschutz" der Zivilbevölkerung angeht, so wäre zweierlei festzustellen. Die in Ziffer I, 1 enthaltene Einschränkung, wonach die Gerichtsbarkeit für sowjetische Zivilpersonen nur „bis auf weiteres" ausgeschlossen war, ist – ungeachtet jener von den Chefs der Rechtsabteilungen der drei Wehrmachtteile seinerzeit geäußerten Erwartungen[250] – eine leere Floskel geblieben. Die Gerichtsbarkeit wurde für *sowjetische Zivilisten* bei Straftaten gegen die Wehrmacht niemals wiederhergestellt, der Gerichtsbarkeitserlaß insofern nie aufgehoben[251]. In diesem Zusammenhang aber sind wehrmachtinterne Erörterungen von Januar/Februar 1942 aufschlußreich. Von nachgeordneter Stelle wurde damals nämlich dem OKH die Frage vorgelegt, „ob entlassene russische Kriegsgefangene, Ukrainer, Volksdeutsche oder sonstige russische Zivilisten, die als *Heeresgefolge* anzusehen sind (Panjefahrer, Kosakenhundertschaften, Ordnungsdienste, Dolmetscher, V-Leute, Bürgermeister u. a.)", bei Straffälligkeit „der Kriegsgerichtsbarkeit *oder* den truppenmäßigen Abwehrmaßnahmen [!] unterliegen" sollten[252]. Das OKW entschied dahin, daß „die Einführung der Kriegsgerichtsbarkeit gegenüber feindlichen Landeseinwohnern, auch wenn sie zum [Heeres]gefolge gehören, *auch mit äußerster Beschränkung nicht in Betracht*"

---

[246] Hervorhebung im Original! (Anschreiben vom 5. 8. 1941 – vgl. Anm. 245.)

[247] Wie es in der Nürnb. Interrogation Nr. 2318 D des ehem. Generals z. b. V. Müller vom 10. 11. 1947 heißt. Vgl. auch v. Knierim a. a. O. (s. Anm. 240), S. 394 ff. (der allerdings nicht verkennt, daß der Befehl „die Gefahr von Mißbräuchen in sich" barg).

[248] Vgl. in den „Richtlinien für Partisanenbekämpfung" – ObdH/GenstdH/Ausb.Abt. (Ia), Nr. 1900/41, gez. v. Brauchitsch, BA/MA H 26/6 – die Bemerkung über die schwere, aber notwendige „ununterbrochene Entscheidung über Leben und Tod gestellter Partisanen oder Verdächtiger" sowie die Weisung, jeweils die Ortsfremden festzustellen und diejenigen, „für welche der Bürgermeister nicht die volle Verantwortung übernimmt", „dem SD, der GFP oder dem nächsten Dulag zuzuführen".

[249] Vgl. bereits die Hinweise bei v. Knierim, S. 392 ff.

[250] Vgl. oben, S. 706.

[251] Vgl. bereits Betz a. a. O., S. 197.

[252] Gemeint waren zweifellos die im Gerichtsbarkeitserlaß angeordneten „Maßnahmen". – Hervorhebungen im Original! OKH, Az 455 Gr. R.Wes., Nr. 151/42 g, 11. 2. 1942 (an Oberstkriegsgerichtsrat b. d. Befehlsh. des rückwärt. Heeresgebiets *Mitte*): Nürnb. Dok. NOKW-3507.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen! Die „Gruppe Rechtswesen" im OKH wagte es daraufhin von sich aus zwar, für Volksdeutsche im Heeresgefolge – da „nicht zu den *feindlichen* Landeseinwohnern" gehörend – die Kriegsgerichtsbarkeit zuzulassen[253]. Gleichzeitig bat sie „wegen der [auf deutscher Seite kämpfenden] Kosakenhundertschaften, der bei der Truppe verwendeten Panjefahrer ... usw." das OKW „um Klärung" (in positivem Sinne). Die Grundsätze aber, die der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Nord bis zur Entscheidung des OKW angewendet wissen wollte, entsprachen ganz dem Geist der ominösen Ziffer I, 6 des (Anfang März abgefaßten) *Entwurfs* der „Richtlinien auf Sondergebieten" zur Weisung Barbarossa: Es sollten (sprich: durften) nämlich Angehörige der Kosakenhundertschaften in denjenigen Straffällen, in denen „Todesstrafe zu erwarten" war, kriegsgerichtlich abgeurteilt werden, während „untragbare kriminelle Elemente dem SD bei dem zuständigen [Kriegsgefangenen-] Durchgangslager zu übergeben" waren[254]! Überdies sollte es gemäß der erwähnten Weisung der „Gruppe Rechtswesen" im OKH sogar für russische Landeseinwohner, die als V-Leute, Dolmetscher, Bürgermeister usw. oder in ähnlicher Weise (für die deutsche Besatzungsmacht oder in deren Auftrag tätig waren, in Straffällen bei dem Ausschluß der Kriegsgerichtsbarkeit bleiben – lediglich mit den in Brauchitschs Disziplinarerlaß verfügten bescheidenen Einschränkungen[255]. Gerade in bezug auf die Behandlung der Zivilbevölkerung des besetzten Gebiets hatte der Gerichtsbarkeitserlaß seine Gültigkeit also keineswegs verloren.

Es wäre nicht weniger verfehlt, Bedeutung und Vollzug des Kommissarbefehls zu unterschätzen. Denn die Feststellung Alexander Dallins, der Befehl sei „in der Praxis dank der stillschweigenden Opposition der Generale niemals durchgeführt" worden[256], ist mindestens in diesem Umfang leider irrig. Zum einen liegt bekanntlich eine ganze Reihe *dienstlicher* Vollzugsmeldungen vor. So meldete – um nur einige anzuführen – die Panzergruppe 4 (Generaloberst Hoepner) ihrer Heeresgruppe (Nord) für die Zeit vom 22. 6. bis 8. 7. 1941 unter dem betreffenden Aktenzeichen: „101 [Kommissare] erledigt"[257], die Panzergruppe 3

[253] Bezeichnender Zusatz: „Politisch verdächtige Volksdeutsche werden durch den SD behandelt." – *Erste* Hervorhebung von mir.

[254] Mitteilung des „nachrichtlich" von dem in Anm. 252 erwähnten Erlaß des OKH in Kenntnis gesetzten Oberstkriegsgerichtsrats beim Befehlshaber des rückwärt. Heeresgebiets *Nord* an die unterstellten Gerichte. Ebenfalls Nürnb. Dok. NOKW-3507.

[255] Vgl. oben, S. 27.

[256] A. a. O. (s. S. 682 f. mit Anm. 3), S. 45. – Irrig ist die Auffassung von G. Reitlinger, Ein Haus auf Sand gebaut, Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962, S. 95, daß „der Kommissarbefehl ... zum Vorwand für den Massenmord an Kriegsgefangenen" geworden sei, denn die Erschießungen bestimmter Kategorien sowjetischer Kriegsgefangener sind auf Grund besonderer Richtlinien von Reichssicherheitshauptamt, OKW *und* OKH erfolgt.

[257] Für die Zeit vom 22. 6.–19. 7. 1941 meldete die Panzergruppe: „172 erledigt" (Nürnb. Dok. NOKW-1674 (Teilabdruck: Uhlig, S. 364 f.). Die Pz.Gruppe 4 verlangte am 22. 7. 1941 vom XXXXI. AK für die Zeit vom 22. 6.–19. 7. „Zahlenangaben sofort" und erwartete die „nächste Meldung zum 3. 8. mit Stand vom 2. 8.". Weitere Mahnungen: ebd.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„bis Anfang August ... im ganzen Gruppenbereich etwa 170 politische Kommissare (innerhalb der Truppe)" als „gefangen und ... gesondert abgeschoben"[258]. Im Widerspruch mit der Angabe Guderians (Panzergruppe 2/Heeresgruppe Mitte) in seinen Erinnerungen, der Kommissarbefehl sei überhaupt nicht zur Kenntnis seiner Panzergruppe gelangt[259], meldete das der Gruppe unterstellte XXIV. Panzerkorps ihr am 14. 7. 1941 sogar, es habe bis zum 5. Juli 19 „zivile [!] Hoheitsträger (allgem. pol. Kommissare)" und 6 „politische Kommissare der Truppe" „im Kampf erschossen" sowie einen weiteren „politischen Kommissar der Truppe" außerhalb der „eigentlichen" Kampfhandlungen ergriffen und erschossen[260]. Auch andere der Gruppe angehörende Einheiten haben ihr über Erschießungen von Kommissaren gemeldet[261]. Bemerkenswert ist ferner, daß das XXXXIV. Panzerkorps, als es am 20. 9. der Panzergruppe 2 die Übersendung eines „höheren Kommissars" ankündigte, ausdrücklich bat, diesen „nicht als solchen zu behandeln", da er über wichtige Dinge „ganz wertvolle Aussagen" mache und „uns noch wertvolle Dienste leisten" könne[262]. Nun hat man verschiedentlich die sachliche Richtigkeit der erhalten gebliebenen Meldungen bezweifelt, teils auch eine Weitergabe des Kommissarbefehls an unterstellte Einheiten bestritten oder behauptet, die Weitergabe sei von einem Verbot der Durchführung des Befehls begleitet gewesen, – hat insbesondere die gemeldeten Zahlen für fingiert erklärt[263]. Und

---

[258] Nürnb. Dok. NOKW-2672: „Panzergruppe 3, Abt. I c, Tätigkeitsbericht Nr. 2, Januar–Juli 1941, Feldzug gegen die Sowjetunion ..." (auf einem anderen Exemplar des Berichts – Nürnb. Dok. NOKW-1904, Teilabdruck bei Uhlig, S. 380 f. – ist die Überschrift „Zweiter Tätigkeitsbericht ..." handschriftlich in „Dritter ..." verbessert und sind die Worte „Januar bis Juli 1941" gestrichen). Zitat: S. 50 des Dokuments. Letzter Satz hier: „Die Durchführung [des Kommissarbefehls] bildete kein Problem für die Truppe."

[259] H. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 138. – G. bemerkt, der Befehl sei „anscheinend bereits bei der Heeresgruppe Mitte angehalten worden" (was, wie gesagt, durch die Dokumente widerlegt wird). Man könne „nur schmerzlich bedauern, daß diese beiden Befehle [Gerichtsbarkeitserlaß und Kommissarbefehl] nicht bereits vom OKH oder OKW angehalten [?] wurden", um „dem deutschen Namen eine große Schmach" zu ersparen. – In Wirklichkeit haben OKW und OKH bekanntlich die Befehle entworfen und ausgegeben. Für die weitere Angabe Guderians, er habe die Ausgabe des Gerichtsbarkeitserlasses „an die Divisionen verboten und seine Rücksendung nach Berlin angeordnet" sowie „die Nichtbefolgung des Befehls pflichtgemäß dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe gemeldet", hat sich in den erhalten gebliebenen Akten bisher kein Beleg gefunden.

[260] BA/MA 30 233/6.

[261] Das IX. AK am 15. 8.: 2 (BA/MA 30 233/11). Die 17. Pz.Div., 27. 8.: 2; zwischen 17. und 23. 8.: 1 (BA/MA 30 233/13); zw. 18. u. 24. 9.: 7 Kommissare; zw. 22. u. 26. 9.: 9 Kommissare und Politruks; 26. 9.: 7 erschossene Kommissare – nachträglich wurde eingefügt: „auf der Flucht" (BA/MA 30 233/17). – Auch von der 2. Armee (HGr. Mitte) liegen Vollzugsmeldungen vor. 27. 8.: 4 (BA/MA 30 233/13); 9. 9. 1941: 2 Kommissare (Uhlig a. a. O., S. 382).

[262] BA/MA 30 233/16.

[263] Vgl. z. B. die Aussagen des ehem. GFM v. Leeb und des ehem. Gen.Obersten Reinhardt: Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals, Vol. X, S. 1090–1109;

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sicherlich haben, nach vorhandenen Indizien zu urteilen, in vielen Fällen Truppenkommandeure von sich aus den Befehl ignoriert oder umgangen[264], was durch die bereits in dessen Entwürfen enthaltene Bestimmung erleichtert werden mochte, daß „planmäßige Such- und Säuberungsaktionen durch die Kampftruppe ... zu unterbleiben" hätten[265]. So finden sich im Tagebuch Halders Angaben, daß bei einer Panzerdivision die Kommissare nicht erschossen, daß diese überhaupt „zum größten Teil erst in Gefangenenlagern festgestellt" wurden[266]. Andererseits liegen aber neben den (hier z. T. wiedergegebenen) dienstlichen Meldungen auch persönliche Zeugnisse über Fälle vor, in denen der Kommissarbefehl durchgeführt worden ist[267]. Im übrigen dürfte jene Erörterung darüber, ob auch die Politruks als Kommissare im Sinne der bewußten „Richtlinien" zu behandeln seien, die tatsächliche Durchführung des Kommissarbefehls doch zur logischen Voraussetzung haben[268]. Auch drängt sich die Frage auf, wieso der Generalstabschef einer Heeresgruppe eigens darauf hinwirken mußte, „daß nicht dort, wo Gefangene bereits zu Arbeitsabteilungen ... zusammengestellt sind, die Truppe nachträglich durch Erschießen eingreift"[269] – wenn der Befehl ohnehin in aller Regel unausgeführt blieb? Wie konnte ferner – *wenn* dies der Fall war – im Tätigkeitsbericht des Ic einer Panzergruppe gesagt werden, daß „die Sonderbehandlung der politischen Kommissare durch die Truppe" zur Vermeidung ihres Bekanntwerdens[270] „erst in weit rückwärts gelegenen Lagern [hätte] durchge-

---

des ehem. GFM v. Manstein: IMT, Bd. XX, S. 664; Nürnb. Interrogation des ehem. Generals z. b. V. Müller, Nr. 2318 B vom 5. 11. 1947; IfZ, Zs 1244, S. 54; Erklärung von Gen.Oberst a. D. R. Schmidt (AOK 2): Uhlig a. a. O., S. 321; v. Knierim, S. 450 f.; Dallin a. a. O., S. 45. – Die Angaben von Gen. a. D. Blumentritt (1941 Chef d. Genstb. der 4. Armee) vom 13. 10. 1956 im Arbeitskreis der „Europäischen Publikation e. V." (IfZ, Zs A-28), der Armee-OB Kluge habe telefonisch sofort bei dem OB der HGr. Mitte, GFM v. Bock, gegen den Kommissarbefehl protestiert, und der Ic der 4. Armee, Major Helmdach, habe dafür gesorgt, daß der Befehl „auch mündlich nicht weitergegeben wurde", sind jedenfalls mit dem Tätigkeitsbericht Helmdachs (AOK 4, Ic, Tät.Ber. 25. 5.–28. 11. 1941, BA/MA 17 170/1) nicht vereinbar. Einer Unkenntnis des Befehls stehen vorliegende Meldungen der 4. Armee und der ihr unterstellten AKs VII und XX entgegen (BA/MA 17 170/2, 14 305/1 und 14/305/4).

264 Vgl. Uhlig a. a. O., S. 321; Jacobsen a. a. O., S. 153. – Vgl. Anm. 266.

265 Uhlig a. a. O., S. 354, 357, 361. Andererseits wird im „Feindnachrichtenblatt" 18 der Pz.-Gruppe 3, Abt. Ic, vom 8. 8. 1941 (Nürnb. Dok. NOKW-2239, Teilabdruck: Uhlig, S. 379 f.) gegenüber „Einzelanfragen der Truppe" darauf hingewiesen, „daß sich in der Behandlung dieser Leute nichts geändert hat".

266 1.) Bericht des Gen. v. Thoma (17. Pz.Div.); 2.) Vortrag des Gen. z. b. V. Müller: „Behandlung gefangener Kommissare (werden zum größten Teil erst in den Gefangenenlagern festgestellt)." Halder-Tgb. III, S. 243 (21. 9.) und 139 (1. 8. 1941).

267 Vgl. die genauen Angaben von H. Teske, Die silbernen Spiegel, Generalstabsdienst unter der Lupe, Heidelberg 1952, S. 106, 110 und die Zitate bei Uhlig a. a. O., S. 322.

268 Vgl. oben, S. 717.

269 Chef d. Genstb. HGr. Nord an Chef d. Genstb. der Pz.Gruppe 4, 2. 7. 1941; Nürnb. Dok. NOKW-3136 (gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 364).

270 S. 25 des in Anm. 258 gen. Tätigkeitsberichts der Pz.Gruppe 3, Ic.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führt werden dürfen"? Im ganzen gesehen ist allerdings sicher, daß die meisten sowjetischen Kommissare, Funktionäre, Hoheitsträger etc. nicht an der Front, sondern erst in den verschiedenartigen Gefangenenlagern „ausgesondert" wurden, wie der interne Fachausdruck lautete[271]. Hiervon sind – bei militärischer Mitverantwortlichkeit – zumindest vom rückwärtigen Heeresgebiet[272] ab – Untergliederungen der Einsatzgruppen, im Reichsgebiet besondere Einsatzkommandos der Gestapo maßgeblich beteiligt gewesen[273], und sie erschossen keineswegs „nur" die sowjetischen Truppenkommissare. In solchen Durchgangslagern des rückwärtigen Heeresgebiets aber, in denen Kommandos der Einsatzgruppen die „Aussonderung" noch nicht hatten vornehmen können, sollten die *Lagerkommandanten* laut OKH-Befehl vom 7. 10. 1941 „nach den bisherigen Bestimmungen" verfahren; sie sollten nämlich auf Grund einer Verfügung des OKH vom 24. 7. 1941 „politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer" weiterhin „gemäß gegebenen Sonderanordnungen" (d. h. im Sinne von Kommissar- und Gerichtsbarkeitserlaß) behandeln, ohne das Eintreffen jener Kommandos abzuwarten[274].

Eine genaue Kenntnis der Haltung von OKW und OKH in den konkreten Fragen der Gerichtsbarkeit, der Behandlung der Kommissare, der Kriegsgefangenen

---

[271] Vgl. Befehl des Allg. Wehrmachtsamts des OKW vom Juni 1942: Nürnb. Dok. NOKW-40; gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 386; Jacobsen a. a. O., S. 225.

[272] Erstmals für den Rußlandfeldzug als dritte Untergliederung des Operationsgebiets gebildet, „das von den Heeresgruppen zu übernehmen" war: Nürnb. Dok. NOKW-1648 (vgl. oben, Anm. 207); dazu F. v. Siegler, Die Höh. Dienststellen der Dtsch. Wehrmacht, IfZ 1953, S. 72.

[273] Vgl. Nürnb. Dok. NO-3422 (Einsatzbefehl Nr. 14 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 29. 10. 1941; Anlage 2: Befehl des OKH vom 7. 10. 1941); dazu Jacobsen a. a. O., S. 159 f., 220 f.; IMT, Bd. XXXVIII, S. 424 f., 432, 448. (Beispielsweise wurden im Herbst 1941 vier „Funktionäre und Offiziere" erst im bayerischen Wehrkreis VII von einem Einsatzkommando der Gestapo zur Exekution „ausgesondert".) Vgl. ferner die Angaben in den autobiographischen Aufzeichnungen von Rud. Höß: „Kommandant in Auschwitz" (hrsg. v. M. Broszat), S. 104, 121 f., 155. – Zu beachten ist, daß *für die „Kriegsgefangenenlager des Operationsgebietes"* ein Befehl des OKH, Gen.St. d. H. (Az. Gen. z. b V. ObdH/Gen Qu, Abt. K(riegs).Verw., Nr. II/4590 geh., gez. Wagner) vom 24. 7. 1941 in Ziffer II, 3 genau gemäß dem Kommissarbefehl dahin ging, mit den „Kriegsgefangenen unter I, 3 [nämlich „politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer"] „nach Entscheidung der Lagerkommandanten gemäß gegebener [sic] Sonderanordnungen zu verfahren". Hier hatte, wie in Gerichtsbarkeitserlaß und Kommissarbefehl vorgesehen, die Truppe selber zu „handeln", denn es hieß unmittelbar anschließend: „Ein Einsatz von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in den Kriegsgefangenenlagern des Operationsgebietes kommt hierbei nicht in Betracht." – Auch hinsichtlich „hinter der Front sich umhertreibender [sic] Zivilpersonen" – sofern „irgendwie verdächtig" – galt (analog Kommissarbefehl!), daß „im *Armeegebiet* die Truppe entsprechend den bereits gegebenen Befehlen" entscheiden, im *rückwärtigen Heeresgebiet* die Betreffenden „an die Einsatztruppen [sic] und -Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD" abgeben sollte. (Nürnb. Dok. NOKW-2413.)

[274] Nürnb. Dok. NO-3422; vgl. Anm. 275.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowie der russischen Bevölkerung überhaupt liefert zusätzliche Kriterien für die Grundeinstellung von Wehrmacht- und Heeresführung zu ihrem Obersten Befehlshaber im Jahre 1941. Es war, wie man sieht, keineswegs nur verabsolutiertes Gehorsamsprinzip[275] oder Mangel an Zivilcourage[276], sondern auch ein beträchtliches Maß von Übereinstimmung mit den von Hitler vertretenen Auffassungen, was einen großen Teil des Offizierkorps in den genannten Fragen einer Erfüllung seiner Forderungen geneigt gemacht hat. Dieselbe soziale Gruppe und traditionale Führungsschicht war – obgleich zur Kollaboration mit dem Regime auch damals bereit – im Winter 1939/40 den „Maßnahmen" der SS in Polen noch mit scharfer Kritik begegnet, ja darüber in eine Vertrauenskrise mit ihrem Repräsentanten und Oberbefehlshaber Brauchitsch geraten[277]. Jetzt, in Frühjahr und Sommer 1941, verhielt sie sich wesentlich anders, weil große Ereignisse – vor allem der erstaunliche, der „ungeheuren Dynamik des Führers" zugeschriebene Sieg über Frankreich[278] – die Atmosphäre verändert hatten, und weil es nun gegen den Bolschewismus ging. Nach einigen Monaten Rußlandkrieg, spätestens mit Beginn der großen Winterkrise, trat namentlich bei einer mittleren Offiziersgeneration ein Sinneswandel ein. In seinem Dienstbericht über eine viertägige Frontreise schrieb am 9. 12. 1941 der damalige Major Frhr. von Gersdorff:

> „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erschießungen der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt wird [sic], die Erschießung der Kommissare vor allem auch deshalb, weil dadurch der Feindwiderstand besonders gestärkt wird. Die Erschießungen werden als eine Verletzung der Ehre der deutschen Armee, insonderheit des deutschen Offizierkorps betrachtet."[279]

In zunehmendem Maße wurden denn auch seit dem Hochsommer 1941 auf dem Dienstwege Bedenken gegen den Kommissarbefehl erhoben[280]. Doch erst im

---

[275] Vgl. die Ausführungen von A. Hillgruber a. a. O. (s. Anm. 12), S. 149 f.

[276] Vgl. die in Anm. 179 zitierten Äußerungen von Gen. a. D. Blumentritt.

[277] Vgl. K.-J. Müller, Zu Vorgesch. u. Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz, in: VfZG 18 (1970), S. 100 ff.; „Vertrauenskrise": ebd., S. 109 (Gen.Maj. Kurt v. Tippelskirch, Tagesnotizen vom 23. 1. 1940) und Halder-Tgb. I, S. 163 (19. 1. 1940).

[278] So Wagner, der spätere Generalquartiermeister, über „das Geheimnis dieses Sieges" im Brief an seine Frau vom 11. 6. 1940; „... dem Führer allein gebührt der Ruhm ...", Brief vom 15. 6. 1940; in: Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Gen.Qu.M. Gen. d. Art. Ed. Wagner (hrsg. v. Elisabeth Wagner), München-Wien 1963, S. 182 f. – Vgl. zur Frage auch H. Graml, die deutsche Militäropposition vom Sommer 1940 bis zum Frühjahr 1943, in: „Vollmacht des Gewissens", Bd. II (s. Anm. 8), S. 415 ff.; ferner Hillgruber a. a. O. (s. Anm. 12), S. 150.

[279] „Frontreise vom 5. 12.–8. 12. 41 im Bereich der 4. Armee"; Kriegstagebuch Nr. 1 (Band Dezember 1941) des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte, S. 54; Fotokopie: IfZ, Fa 600/1.

[280] Vgl. Jacobsen a. a. O., S. 153 und Uhlig a. a. O., S. 381 ff. – Intensiv jedoch, wie H.-A. Jacobsen in seiner Einführung zum KTB des OKW/WFSt (s. Anm. 17) mit Recht bemerkt, erst seit der Feststellung, daß das Bekanntwerden des Befehls die Kommissare zu um so fanatischerem Einsatz trieb und damit eine Verhärtung des gegnerischen Wider-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mai 1942, nach vergeblichen Bemühungen Brauchitschs namens der Heeresgruppenführer[281], erklärte sich Hitler – „um die Neigung zum Überlaufen und zur Kapitulation sowjetrussischer Truppen zu steigern" – bekanntlich damit einverstanden, daß den sowjetischen Kommissaren und Politruks „zunächst versuchsweise in solchen Fällen die Erhaltung ihres Lebens zugesichert werden kann"[282]. Die für die Kriegsgefangenen zuständige Abteilung des OKW folgte im Juni mit der Verfügung, daß „künftig die Aussonderung der Kommissare und Politruks [aus den sowjetischen Gefangenen] durch Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD nur noch im Generalgouvernement vorgenommen" werde und daß „die von den SD-Kommissionen Ausgesuchten ... künftig in hierfür besonders vorbereitete Lager der Sicherheitspolizei ins [sic] Generalgouvernement oder ins Reich überführt und ... dort in Verwahrung bleiben" würden. „Sonderbehandlung [d. h. Exekution] wie bisher findet nicht mehr statt ..."[283].

---

standes bewirkte – eine Erkenntnis, die übrigens auch dazu beigetragen haben könnte, ihre ursprüngliche Einstellung zum Kommissarbefehl bei manchen aus dem Bewußtsein zu verdrängen.

[281] Vgl. Nürnb. Dok. NOKW-200. Gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 384 f. und Maser a. a. O. (s. S. 684 mit Anm. 15), S. 310 f.

[282] Nürnb. Dok. PS-1807 (Gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 385).

[283] Nürnb. Dok. NOKW-40 (Gedruckt: Uhlig a. a. O., S. 386; Jacobsen a. a. O., S. 223).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN BROSZAT

HITLER UND DIE GENESIS DER „ENDLÖSUNG"

Aus Anlaß der Thesen von David Irving

Die englische Ausgabe des Hitler-Buches von David Irving[1], zwei Jahre nach der gereinigten deutschen Fassung[2] im Frühjahr 1977 erschienen, hat in der in- und ausländischen Öffentlichkeit Furore gemacht. Der schon aus früheren zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen[3] als „enfant terrible" bekannte britische Autor lancierte eine These, die auch manchen seiner Bewunderer und Freunde in Verlegenheit setzte[4]. Hitler, so Irving, habe das Ziel verfolgt, Deutschland und Europa judenfrei zu machen, den Massenmord an den Juden aber nicht gewollt und nicht befohlen, dieser sei ohne sein Wissen von Himmler, Heydrich und einzelnen Zivilverwaltungs- und Sicherheitspolizeichefs im Osten auf eigene Faust in die Wege geleitet worden.

Wenn wir uns in dieser Zeitschrift erneut mit dem Thema befassen, so nicht nur, um die spektakulären Haupt-Argumente Irvings zu durchleuchten, zu denen von international renommierten Fachhistorikern und Hitler-Forschern schon einhellig Stellung genommen worden ist[5]. Angesichts der Verwirrung, die das gut und populär geschriebene Buch bei den nicht genügend mit den Einzelheiten Vertrauten, vor allem auch den Geschichtslehrern, hervorrufen kann, scheint es uns angebracht, die kritische Prüfung der Argumente Irvings und das unvermeidliche

---

[1] David Irving, Hitler's War, London 1977.

[2] David Irving, Hitler und seine Feldherren, Frankfurt/M. 1975. Der deutsche Verleger (Ullstein-Verlag) bestand auf einer Auslassung der seiner Meinung nach unhaltbaren und unverantwortlichen Thesen Irvings zur Entlastung Hitlers von der Judenvernichtung. Es kam daraufhin nach Erscheinen der deutschen Ausgabe zum Bruch zwischen Verlag und Autor.

[3] Das gilt für die Bücher „Accident, The Death of General Sikorski", London 1967 (deutsche Ausgabe: „Mord aus Staatsräson, Churchill und Sikorski, eine tragische Allianz", Bern/München/Wien 1969) und „The Destruction of Convoy PQ 17", London 1968, bei denen es in Großbritannien zu aufsehenerregenden gerichtlichen Nachspielen kam (vgl. auch im Folgenden, Anm. 9). „PQ 17", die Geschichte eines britischen Geleitzuges, für dessen Versenkung Irving den Kommandanten der Begleitschutzflottille der Navy verantwortlich machte, durfte nicht ausgeliefert werden.

[4] Vgl. dazu die Besprechung von Heinz Höhne in „Der Spiegel" vom 4. 7. 1977, S. 72–74. Einer der deutschen Freunde Irvings, Rolf Hochhuth, der sich selbst die von Irving vertretene These über Churchills angebliches Attentat auf Sikorski zueigen gemacht und sie als Grundlage eines von ihm geschriebenen Stückes („Soldaten") benutzt hatte, sah sich veranlaßt, in seiner Einführung der soeben bei Hoffmann u. Campe/Hamburg herausgegebenen Goebbels-Tagebücher aus dem Jahre 1945 von Irvings Hitler-These entschieden abzurücken (Einführung, S. 40).

[5] Zu nennen sind hier vor allem die ausführlichen Besprechungen von Alan Bullock in New York Times Review vom 26. 5. 1977, Hugh Trevor-Roper in Sunday Times Weekly Review vom 12. 6. 1977 und Eberhard Jäckel in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 8. 1977.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Detail der damit verbundenen Textanalyse zu verbinden mit einer Dokumentation wichtiger einschlägiger Quellen, die Irving, obwohl er sie meist kennt und in seinem Buch annotiert, häufig eher verschüttet. Die Thesen Irvings fordern aber auch dazu auf, bisher nicht vollständig geklärten bzw. kontroversen Problemen der Genesis der nationalsozialistischen Judenvernichtung nachzugehen, einschließlich der Frage, ob es einen „Befehl" Hitlers hierzu gegeben hat. Wichtig ist schließlich der Kontext. Es geht dem Autor nicht oder nur unmittelbar um eine Revision der Geschichte der NS-Judenpolitik, sondern vor allem um eine Revision der Hitler-Bewertung, vorgetragen mit dem Anspruch solider Begründung durch bekannte und bisher unbekannte Quellen.

1. Der Kontext: „Normalisierung" Hitlers

Vielleicht würde eines Tages, wenn er tot und begraben sei, ein Engländer kommen und in objektiver Weise über ihn schreiben. Hitler soll diese Bemerkung irgendwann 1944 gemacht haben. David Irving greift sie in seinem Hitler-Buch beziehungsvoll auf[6]. Er scheint entschlossen gewesen zu sein, die apokryphe Prophezeiung auf seine Weise wahrzumachen. Eine Entdämonisierung Hitlers solle sein Buch endlich leisten, so beteuert er in seinem Vorwort mit Seitenhieben auch auf Joachim Fest (S. XVII), der ihm zuvorgekommen war, ohne es – so Irving – für nötig befunden zu haben, in Archiven nach neuen Quellen zu suchen. Auf der Basis neuentdeckter Dokumente beansprucht Irving, Hitler zeigen zu können wie er wirklich gewesen ist, den realen Menschen: „an ordinary, walking, talking human weighing some 155 pounds, with graying hair, largely false teeth, and chronic digestive ailments" (S. XVIII). Die Reinigung des Hitler-Bildes vom Rost der Legenden alliierter Kriegspropaganda und Nachkriegs-Beschuldigungen wird dem Leser mit Emphase versprochen. Der kompensatorische Überdruck des Autors, der sich vorgenommen hat, der Zunft ihre Versäumnisse nachzuweisen und geltende zeitgeschichtliche Lehr-Meinungen über Hitler umzustoßen, bestimmt den Ton der ganzen Einführung. Jahrelang hätten Historiker, die von Hitlers Judenvernichtung schrieben, nur von einander abgeschrieben. „For thirty years, our knowledge of Hitler's part in the atrocity has rested on interhistorian incest." (S. XIII).

Die umfassende zeitgeschichtliche Quellenkenntnis des Autors, zumindest für

[6] David Irving, Hitler's War, a. a. O., S. 424. In der gekürzten deutschen Ausgabe ist die Passage nicht enthalten. Laut Irving soll die Äußerung in einem Gespräch Hitlers mit einem seiner Ärzte anläßlich einer Unterhaltung über das Buch des Engländers J. Daniel Chamier über Kaiser Wilhelm II. gefallen sein. Hitler habe bei dieser Gelegenheit noch bemerkt, so zitiert Irving (S. 424) kaum weniger beziehungsreich: „für einen Ausländer ist es wahrscheinlich leichter zu einem Urteil über einen Staatsmann zu gelangen, vorausgesetzt, daß er mit dem Land, seinen Menschen, seiner Sprache und seinen Archiven vertraut ist." Irving belegt die Herkunft des Zitats in den Anmerkungen nicht.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den engeren Bereich seiner Darstellung, ist unbestritten, ebenso, daß er es verstanden hat, eine Reihe bemerkenswerter bisher unbekannter zeitgenössischer Notizbücher, Tagebuch-Aufzeichnungen und Briefe aus der NS-Zeit ausfindig zu machen[7].

Diese stammen überwiegend aus dem Personenkreis der engeren Umgebung Hitlers im Führerhauptquartier, von Verbindungsleuten der Wehrmacht sowie einzelnen Reichsministern, Adjutanten, Sekretärinnen, Kammerdienern und Stenographen. Von sehr unterschiedlichem Wert, tragen sie in erster Linie zur genaueren Erfassung der Vorgänge im Führerhauptquartier (vor allem der „Wolfsschanze" bei Rastenburg in Ostpreußen) und zur Veranschaulichung der Atmosphäre in Hitlers Umgebung bei, kaum jedoch zur Erweiterung der Kenntnisse über wichtige militärische oder politische Entscheidungen und Handlungen Hitlers. Sie vermögen deshalb auch den hochgeschraubten innovatorischen Anspruch nicht zu begründen, den Irving mit ihnen verbindet.

Die Aufspürung und Nutzung zeitgeschichtlicher Primärquellen ist für den historischen Schriftsteller Irving seit langem eine Art abenteuerlicher Passion[8]. Dem Historiker und Quellenrechercheur steht der leidenschaftlich parteiische Schriftsteller aber immer wieder im Wege. Seinem Insistieren auf Primärquellen fehlt die nötige Kontrolle und Disziplin bei der Auswahl, Interpretation und Bewertung. Er nimmt Authentizität allzu schnell als Objektivität, deutet Oberflächenbefunde häufig voreilig, oft auch nicht genügend interessiert an komplizierten historischen Zusammenhängen und an strukturellen Problemen, die über die Ereignisgeschichte hinausgehen, für ihre Deutung aber wichtig sind. Ehrgeizig darauf bedacht, nachzuweisen, daß er es an genauer Kenntnis der Dokumente mit allen professionellen Historikern aufnehmen kann, verhält er sich doch diesen Dokumenten gegenüber insbesondere dann als „terrible simplificateur", wenn es darum geht, neue Lesarten historischer Zusammenhänge und Fakten aus ihnen abzuleiten und neue Bücher mit ihnen aufsehenerregend zu bestücken. Den Starr-

---

[7] Zu nennen sind hier u. a. ein nicht sehr umfangreiches Notizbuch des ehemaligen Gesandten Walter Hewel, des Verbindungsmannes des Reichsaußenministers v. Ribbentrop im Führerhauptquartier (es war teilweise aus dem Indonesischen zu übersetzen und reizte Irving schon deshalb besonders) und – wohl wichtiger – Aufzeichnungen Dr. Werner Koeppens, des Verbindungsmannes des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, bei Hitler, über Gespräche im Führerhauptquartier. Vgl. im übrigen die Einführungsabschnitte in Irvings Buch. Einen großen Teil dieses Materials hat Irving dem Institut für Zeitgeschichte zur Verfügung gestellt. Er hat in aller Regel, das bleibt anzuerkennen, seine Quellenbasis anderen Historikern gegenüber nicht verborgen, sondern auch seinen Kritikern offengehalten. Dem verdankt der Verfasser die Möglichkeit, sich gelegentlich auch auf die im IfZ vorhandenen Arbeitsmaterialien Irvings und seine dabei erkennbaren Arbeitsmethoden beziehen zu können.

[8] Bezeichnend die Schilderung seiner – in diesem Fall vergeblichen – mehrwöchigen Suche (mit einem supersensitiven Detektor) in einem Wald in der DDR nach den dort angeblich 1945 in wasserdichten Behältern vergrabenen Mikrofilmen der Goebbels-Tagebücher; vgl. Irving, a. a. O., Introduction, S. XXI.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sinn, dessen er dabei fähig ist, haben frühere Thesen Irvings offenbart[9], das Hitler-Buch erweist ihn aufs neue.

Schon die Perspektive der Darstellung, so publizistisch wirksam sie ist, bedeutet von vornherein Hitler-parteiische Blickverengung. Darum bemüht, die wechselnden Stationen der politischen und Kriegsereignisse soweit wie möglich aus dem Gesichtswinkel Hitlers, „from behind his desk" (S. XVI), zu schildern, hat Irving der Vorzimmer-Perspektive des Führerhauptquartiers und den Zeugnissen der vielfach subalternen Bediensteten, die hier agierten – seinen neuen Quellen – weit über Gebühr Beachtung geschenkt. Die vom Autor gesuchte „Nähe zu Hitler" und sein Anspruch auf Objektivität erweisen sich von vornherein als ein Widerspruch.

Er wird besonders gravierend durch die Art der Darstellung. Irving stellt und versteckt sich hinter Hitler, reproduziert die militärische oder politische Lagebeurteilung, wie der Führer sie sah, auch viele der zynischen Äußerungen Hitlers über seine Gegner (Churchill und Roosevelt), über das angebliche Versagen von Generalen und Bundesgenossen, meist ohne Kommentar. Neben Hitler bleiben nahezu alle anderen Personen blasse Schemen. Die Abbildung der Subjektivität Hitlers (wie der Autor sie dokumentiert) wird zum Grundmuster einer Biographie und Kriegsdarstellung.

In dieser konzeptionellen Anlage ist schon ein Großteil der apologetischen Tendenz des Buches begründet, trotz seiner Bindung an schriftlich überlieferte Quellen. Die kurzatmig-chronologische Darstellung jeweils wechselnder militärischer und politischer Probleme, die an Hitler herangetragen wurden (anderes bleibt weitgehend außer Betracht), führt dazu, daß das Licht vor allem auf Hitler fällt, daß militärische und politische Entwicklungen und Maßnahmen zerschnitten werden, sich oft nicht mehr in ihrem vollen sachlich-objektiven Zusammenhang zeigen.

Die Kommentarlosigkeit des Autors, der scheinbar nur chronologisch verzeichnet, kann nicht verbergen, wofür sein Herz schlägt. Wohl zwei Drittel des über 800 Seiten starken Buches handeln von Hitlers Kriegführung, den militärischen Ereignissen und Problemen. Es ist nicht die erste Darstellung zum Zweiten Weltkrieg aus deutscher Sicht durch den britischen Autor, und weitere sollen

---

[9] Am meisten bekannt ist Irvings angeblicher Nachweis, der tödliche Flugzeugunfall des Chefs der Londoner Polnischen Exilregierung, General Sikorski, im Jahre 1942 sei auf ein von Churchill veranlaßtes Attentat zurückzuführen. Obwohl ein englisches Gericht die Unhaltbarkeit dieser These feststellte, kommt Irving auf sie auch in seinem Hitler-Buch (Einleitung, S. XIII) erneut zurück. Trevor-Roper nimmt in seiner Besprechung in der Sunday Times Weekly Review vom 12. 6. 1977 darauf Bezug und schreibt: „It is well known that Mr. Irving, some years ago, convinced himself that General Sikorski who died in an air-crash at Gibraltar had been „assassinated" by Winston Churchill, to whom in fact his death was a political calamity. Not a shred of evidence or probability has ever been produced for this theory, and when it was tested in the courts, Mr. Irving's only ‚evidence' was shown to be a clumsy misreading of a manuscript diary (I have myself seen the diary and feel justified in using the word ‚clumsy')".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgen[10]. Sein Hitler-Buch macht deutlich: Der Kampf der deutschen Wehrmacht unter dem Kommando Adolf Hitlers übt auf den Autor immer wieder eine suggestive Anziehungskraft aus. Was „zwischen den Zeilen" der detailliert mit Daten und Dokumenten belegten Chronik erzählt wird, ist die fesselnde Geschichte des besseren Führers und Feldherrn und der besseren Armee, die nach großer kriegerischer Anstrengung schließlich der Macht- und Materialfülle ihrer schlechteren Gegner unterlagen. Späte Adaption Ernst Jüngerscher Kriegsdeutung. David Irving, so hat ein englischer Rezensent treffend bemerkt[11], ist noch immer der Schuljunge, der in England während des Krieges die Trümmer eines abgeschossenen deutschen Heinkel-Bombers fasziniert betrachtet. Als Historiker wendet er seinen „Kindheits-Krieg" um und um, fixiert auf die Technik der Rüstung und Strategie und die großen heroischen Entscheidungsschlachten. Auf letztere vor allem konzentriert er sichtlich sein schriftstellerisches Vermögen. Die Basis verläßlicher Dokumente wird dann gelegentlich ganz beiseite gelassen. Der Autor schreibt einen Kriegsroman. Ein Beispiel hierfür ist folgende Schilderung aus dem Polenfeldzug (S. 16):

> „Hitler's positive enjoyment of the battle scenes was undeniable. He visited the front whenever he could, heedless to the risk to himself and his escort ... At a divisional headquarters set up in a school within range of the Polish artillery he made the acquaintance of General von Briesen, who towered head and shoulders above him. Briesen had just lost an arm leading his division into an action which warded off a desperate Polish counterattack by four divisions and cavalry on the flank of Blaskowitz's Eighth Army; he had lost eighty officers and fifteen hundred men in the fight, and now he was reporting to his Führer not far from the spot where his father, a Prussian infantry general, had been killed in the Great War ..."

Die Tapferkeit der Bewährung in der Krise ist das vielfach variierte Thema, dem der Autor am meisten sprachliche Eindringlichkeit zuwendet. Die Beschreibung der drohenden Katastrophe während des Kriegswinters in Rußland 1941/42 leitet er mit den Sätzen ein (S. 355): „In the dark months of that winter Hitler showed his iron determination and hypnotic powers of leadership. We shall see how these qualities and the German soldier's legendary capacity for enduring hardship spared the eastern army from cruel defeat that winter." Mit solchen Einblendungen ist der Ton gesetzt für die Bewertung Hitlers, auch wenn Irving sich immer wieder zurückzieht auf das nüchterne Referat von Dokumenten und Fakten, die auch Hitler schwer Belastendes enthalten. Die Meinung des Autors über die Verschwörung des 20. Juli 1944 verrät nur die Überschrift über dem Kapitel: „The worms turn".

Die „Strategie" der Entteufelung Hitlers, der das Buch folgt, beruht zunächst einfach darauf, daß das Ideologische und Politische an den Rand der breiten Er-

---

[10] Vgl. David Irving, The Destruction of Dresden, London 1963 (dt. Ausgabe, Gütersloh 1964), und derselbe, Die Tragödie der deutschen Luftwaffe, Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch, Frankfurt, Wien 1970. Ein Buch Irvings über Generalfeldmarschall Rommel (deutsche Ausgabe bei Hoffmann und Campe, Hamburg) ist in Vorbereitung.

[11] Michael Ratcliffe in „The Times" vom 16. Juni 1977, S. 14.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zählung des – sozusagen wertfreien – militärischen Geschehens gedrängt wird und, wie z. B. die geheime Euthanasie-Anordnung Hitlers nach Kriegsbeginn[12], häufig (fälschlich) mit militärischen Notwendigkeiten in Beziehung gesetzt oder primär begründet wird. In einigen Fällen läßt Irving die Rücksichtnahme auf dokumentarische Evidenz fast ganz fallen. Dazu gehört die – gegen längst gesicherte Erkenntnisse – neu belebte Theorie, Hitler sei mit dem Rußlandfeldzug einem bevorstehenden sowjetischen Angriff zuvorgekommen. Mysteriöse Versionen über aggressive Geheimreden, die Stalin am 5. Mai 1941 im Kreml vor Offizieren der Roten Armee gehalten haben soll und die Irving – ohne Beleg – ausführlich zitiert (S. 238 ff.), müssen für die Präventivkriegsthese herhalten. Auf solchen Schein-Dokumenten baut er auch die Begründung für Hitlers Befehl zur Erschießung sowjetischer Kommissare auf: "Now the Soviet Union began to reap the harvest of the hatred she had sown" (S. 262). Die Erschießung der Kommissare, so Irving, sei Hitlers Antwort gewesen auf die von der sowjetischen Führung beabsichtigte „Auslöschung der herrschenden Klassen" (S. 263) in den westlichen Ländern, die sie zu überfallen vorhatten. Eine Hitler wahrlich kongeniale Interpretation!

Irving verschweigt nicht einzelne Tötungs- und Vernichtungsaktionen, die auf Hitler zurückgingen, stellt sie aber entschuldigend und oft falsch dar, verwischt ihre wesentlichen Unterschiede. Er nennt Brutalität, was fanatischer, zerstörerischer Vernichtungswille war, bettet Hitler ein in die allgemeine Brutalisierung der Kriegführung, an der der totale Partisanenkrieg der Sowjets im Osten wie der Bombenkrieg der Alliierten im Westen gleichermaßen beteiligt gewesen sei. Der Krieg, dem die Darstellung des Buches vor allem gilt, wird zum großen Nivellierer der Gewalt. Hitler ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme-Erscheinung mehr.

Die Dominanz des Krieges in Irvings Darstellung liefert ihm zugleich eine Erklärung, die die Machtstruktur und -verteilung innerhalb des NS-Regimes während des Krieges betrifft: Der „machtvolle militärische Führer" sei während des Krieges an innenpolitischen Entwicklungen nur noch wenig beteiligt gewesen. Während Hitler seinen Krieg führte, regierten Bormann, Himmler, Goebbels und andere das Reich (S. 251). "Hitler was a less than omnipotent Führer, and his grip on his immediate subordinates weakened as the war progressed" (S. XV). Irving bezeichnet dies selbst als seine zentrale These. In dieser allgemeinen Form sicherlich nicht schlechterdings falsch, wird sie doch gänzlich abwegig, wendet man sie, wie der Autor, vor allem auf Hitlers Anteil an der Judenpolitik während des Krieges an. Es ist evident, daß die Judenvernichtungspolitik nicht in das Bild

[12] Irving leitet den Abschnitt über diesen Vorgang (S. 20) ein mit der Bemerkung: „The ostensible occasion for this formal decision was related to war needs. About a quarter of a million hospital beds were required for Germany's mental institutions ... They occupied bed space and the attention of skilled medical personnel which Hitler now urgently needed for the treatment of the casualities of his coming campaigns." – In keinem der einschlägigen Dokumente ist diese Begründung für die Euthanasie-Aktion enthalten.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kriegsbedingter Brutalität hineinpaßt, das Irving zeichnet. Ohne nachdrückliche Entlastung Hitlers in diesem Punkt, dem wohl größten Verbrechen der deutschen Geschichte, ist eine „Normalisierung" Hitlers nicht möglich.

Es geht bei dieser Frage um mehr als um Hitler und dessen Verantwortung, sonst könnte man Irvings These auf sich beruhen lassen oder sie gar begrüßen als nützliches kontroverses Element zur Korrektur entgegengesetzter Tendenzen innerhalb der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, die Hitlers Alleinschuld zwar nicht expressis verbis behaupten, aber mitunter gedankenlos implizieren. Irvings These berührt vielmehr den Nerv der Glaubwürdigkeit der Geschichtsschreibung über die NS-Zeit. Nicht mit Himmler, Bormann und Heydrich, auch nicht mit der NSDAP, hat sich eine Mehrheit des deutschen Volkes enthusiastisch identifiziert, sondern mit Hitler. Darin besteht insbesondere für deutsche Historiker ein wesentliches Problem der Erinnerung an die NS-Zeit. Die Hypothek solchen verhängnisvollen vergangenen Irrtums auszuhalten und seine Gründe zu erforschen, ohne sie zu bagatellisieren, bleibt für die deutsche Geschichtswissenschaft eine Aufgabe, ohne die sie ihre innere Wahrhaftigkeit verlieren müßte. Das Zerrbild vom bloß verrückten Hitler, das Irving zu zerstören vorgibt, existiert für die ernsthafte Zeitgeschichtsforschung schon längst nicht mehr, wenn es überhaupt je bestanden hat. Die Geschichtsmächtigkeit Hitlers verbietet eine solche Karikatur. Die katastrophalen Wirkungen, die er in Gang gesetzt und hinterlassen hat, verbieten aber ebenso eine „Normalisierung" Hitlers, für die sich – vor allem in der Bundesrepublik –, neuerdings auch unter Berufung auf Irving, mancherlei Tendenzen zeigen[13]. Die geschichtliche Potenz Hitlers, begründet vor allem auf seinem Vermögen, die Ängste, Aggressionen und Utopien einer Zeit und Gesellschaft wie keiner sonst zu verkörpern und zu mobilisieren und in massive Staatsmacht nach innen und außen zu verwandeln, läßt sich nicht trennen von der mediokren Falschheit, der abstoßenden Monstrosität des geistigen und seelischen Habitus dieser „Unperson", seiner zutiefst verantwortungslosen, selbstbetrügerischen und zerstörerischen, heillos menschenfeindlichen Egozentrik und fanatischen Besessenheit, die dem unvoreingenommenen Historiker bei der Beschäftigung mit Hitler stets aufs neue begegnen. Sie kann nicht durch den Blick auf die „Größe" seiner geschichtlichen Wirkungen, durch nachträgliche Über-Machiavellisierung und Rationalisierung Hitlers, noch weniger durch Vorzimmer-„Vermenschlichung" aus der Welt geschafft werden.

Gegen Ende seines Buches (S. 773) zitiert Irving selbst eine Äußerung, die massiv gegen sein Hitler-Bild spricht. Bei seiner letzten Ansprache vor Gauleitern der NSDAP am 24. Februar 1945, angesichts des Trümmerhaufens seiner Politik und Kriegführung, erklärte der von großen Teilen seines Volkes so lange ver-

[13] Den „Neuen Erkenntnissen über den Führer" widmete die in München herausgegebene „National-Zeitung" vom 2. 9. 1977 ihre Titelseite und stellte unter Bezugnahme auf Irvings ausführlich besprochenes Hitler-Buch (und das Bilder-Taschenbuch zum Hitler-Film von Joachim Fest) frohlockend fest: „Die Verteufelung Hitlers geht ihrem Ende entgegen", eine „Normalisierung der Zeitgeschichtsschreibung" über Hitler trete allmählich ein.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

götterte Führer, der sich zu einer öffentlichen Rede an dieses Volk nicht mehr bewegen ließ[14], wenn das deutsche Volk jetzt zum Feind überlaufe, dann verdiene es die Vernichtung. Das Monstrum Hitler (nicht das Monster der Karikatur), das aus solchen Äußerungen spricht, läßt sich nicht in das Bild eines normalen Kriegsfeldherrn verwandeln.

2. Das Problem der Genesis der nationalsozialistischen Judenvernichtung

Umfassende Darstellungen über die „Endlösung der Judenfrage", die seit Jahren vorliegen, verbergen vielfach – vom ersten Anschein her – daß manche Aspekte der Genesis dieses Programms durchaus noch im Dunkeln liegen. Ihre genaue Untersuchung wurde z. T. gehemmt durch die Tendenz, die Judenvernichtung als eine Art metahistorisches Ereignis von der Evidenz der bei Hitler lange vor 1933 dogmatisch fixierten radikal-antisemitischen Weltanschauung und dem in ihr vorgeformten psychologischen Vernichtungsmotiv gleichsam „logisch" abzuleiten[15]. So unentbehrlich dieser Fixpunkt, Hitlers fanatisch-pathologischer Weltanschauungswille, zur Erklärung des Ganzen ist, er entlastet nicht von der Aufhellung der historischen Frage, wie sich die Umsetzung von Weltanschauung in Wirklichkeit vollzog, unter welchen Bedingungen und durch welche institutionellen und personellen Hebel sie „vermittelt" und möglicherweise auch „verzerrt" wurde.

So gesichert unsere Kenntnis über einzelne Phasen, Schauplätze und Modalitäten der Durchführung der Vernichtungsaktionen aufgrund zeitgenössischer Dokumente und späterer Aussagen der Beteiligten und Betroffenen ist, so wenig Genaues wissen wir über das Zustandekommen der mörderischen letzten Stufe der Radikalisierung nationalsozialistischer Judenpolitik, über die an der Entscheidungsbildung vor allem Beteiligten, über den präzisen Inhalt der Entscheidung sowie über Form und Inhalt ihrer Übermittlung an die mit der Durchführung der Vernichtungsaktionen beauftragten Sonderkommandos und maßgeblich beteiligten Dienststellen. Trotz der Vernichtung der einschlägigen Akten – vor allem im Bereich der primär zuständigen Sicherheitspolizei –, der methodischen Spurenverwischung nach Abschluß der Aktionen und der irreführenden Sprachregelung in den Dokumenten, ließ sich der Vorgang als solcher nicht verbergen. Im Hinblick auf die zentrale Entscheidungsbildung ist die Verschleierung aber in stärkerem Maße gelungen.

Es kann dabei bezweifelt werden, ob die Akten des Chefs der Sicherheitspolizei, der am 31. Juli 1941 mit der zentralen Organisation der „Endlösung" beauftragt

---

[14] Vgl. hierzu Joseph Goebbels, Tagebücher 1945, Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977; die Eintragungen vom 27. u. 28. 3. 1945 (S. 397 u. 409) zeigen, daß Goebbels Hitler damals vergeblich drängte, über den Rundfunk „zum deutschen Volk" zu sprechen.

[15] Charakteristisch hierfür eine der jüngsten umfassenden Darstellungen zur NS-Judenpolitik: Lucy Dawidowicz, The war against the Jews 1933–1945, London 1975.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worden war, der Kanzlei des Führers, die in bezug auf die Vergasungs-Spezialisten (wie vorher bei der Euthanasie-Aktion) eingeschaltet war, oder die Handakten Bormanns im Führerhauptquartier, wären sie nicht vor Kriegsende weitgehend vernichtet worden, eindeutige Auskunft zu den offenen Fragen geben würden. Es ist auffällig, daß auch höchstgestellte Personen des NS-Regimes, mit denen Hitler während des Krieges häufig zu tun hatte und die an der Judenfrage, wenigstens partiell oder mittelbar, beteiligt waren und nach Kriegsende noch als Zeugen zur Verfügung standen (wie Göring, Ribbentrop, Hans Frank) oder umfangreiche Aufzeichnungen hinterließen (wie Goebbels in seinen Tagebüchern), zwar offensichtlich von der Judenvernichtung wußten, aber über einen präzisen Geheimbefehl Hitlers nichts auszusagen vermochten. Das spricht nicht nur dafür, daß alle wesentlichen Verabredungen über das letzte Ziel der „Endlösung" mündlich getroffen und weitergegeben wurden[16], sondern auch dafür, daß die physische Liquidierung der Juden nicht durch einen einmaligen Akt der Entscheidung, vielmehr stück- und schubweise in Gang gesetzt wurde.

Die erste große Teilaktion der Liquidierung, die Massenexekution Hunderttausender von Juden in den eroberten sowjetischen Gebieten durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD im Sommer und Herbst 1941, zweifellos auf Weisungen Hitlers zurückgehend, stand, wie der Befehl zur Erschießung sowjetischer Kommissare, vor allem im Zeichen der fanatischen dogmatischen Entschlossenheit der NS-Führung, den „jüdischen Bolschewismus" mit Stumpf und Stiel auszurotten. Sie läßt noch nicht zwingend den Schluß zu, daß die physische Liquidierung als allgemeines Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik, d. h. auch in bezug z. B. auf die Juden in Deutschland, schon kategorisch beschlossen war und auch Görings Auftrag an Heydrich zur Vorbereitung eines umfassenden Programms der Judendeportation vom 31. 7. 1941 bereits in diesem Sinn zu interpretieren ist. Schon vor einigen Jahren hat Uwe Dietrich Adam dies in seiner Studie über die NS-Judenpolitik mit guten Gründen verneint[17].

Obwohl die in den besetzten sowjetischen Gebieten erstmals praktizierte pauschale Massentötung von Juden (unter Einschluß von Frauen und Kindern) zwangsläufig dazu beitragen mußte, daß die Liquidierungspraxis als „einfachstes" Mittel und kürzester Prozeß der „Endlösung" Schule machte, blieb bei den gleichzeitigen Planungen zur Deportation der reichsdeutschen Juden zunächst anscheinend noch weitgehend offen, wohin die Juden eigentlich transportiert werden sollten, und was mit ihnen dort zu geschehen habe. Aller Nachdruck und alle Entschlossenheit konzentrierten sich auf das Ziel, die Juden loszuwerden, vor allem das Reichsgebiet „judenfrei" zu machen, nachdem man frühere Ansätze und Planungen zur Abschiebung der deutschen Juden seit dem Winter 1930/40 hatte zurückstellen müssen.

---

[16] Alle Nachkriegsaussagen derjenigen, die mit Teilaktionen zur Judenvernichtung beauftragt wurden, beziehen sich auf mündliche Instruktionen, siehe unten, Anm. 62–65.

[17] Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, insbes. S. 305 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es war nicht ausschließlich Sprachregelung und Verschleierung, wenn im Sommer und Herbst 1941 in den Besprechungen und Schriftstücken der maßgeblich Beteiligten nur in unbestimmter Weise von Deportation „nach dem Osten" die Rede war, sondern entsprach durchaus der Art und Weise, in der Hitler, Himmler, Heydrich auch sonst an die „Flurbereinigung" großer rasse- und volkstumspolitischer Fragen herangingen. Man leitete eine umfangreiche Aktion zur Menschenverschiebung ein, ohne sich über ihre Konsequenzen schon im klaren zu sein. In bezug auf die Judendeportationen nach dem Osten, die seit dem Sommer 1941 planerisch und seit Mitte Oktober 1941 mit ersten Judenevakuierungen aus dem Reich auch faktisch begannen, existierte zu diesem Zeitpunkt vermutlich nur die allgemeine Vorstellung: Die Juden im Osten in Ghettos und Lagern zu schwerer Zwangsarbeit einzusetzen, dabei würden bald viele umkommen und in bezug auf die Nichtarbeitsfähigen könne man ähnlich „nachhelfen", wie man in den Konzentrationslagern des Reiches und in Arbeitslagern in Polen dazu übergegangen war, nicht einsatzfähige Gefangene zu liquidieren. Der zu erobernde Riesenraum der Sowjetunion würde – so anscheinend die Leitvorstellung – auf jeden Fall die Möglichkeit bieten, die Juden aus Deutschland und den besetzten und verbündeten Ländern Europas, vor allem endlich auch die große Zahl der Juden in den Ghettos im Generalgouvernement Polen, das seit 1940 als Ansiedlungsgebiet für die weitere Germanisierung im Osten in Aussicht genommen war, loszuwerden. Es war offenbar vor allem Hitler selbst, der im Sommer und Herbst 1941 einzelnen Gauleitern im Reich ebenso wie dem Reichsprotektor von Böhmen und Mähren und dem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete oder einzelnen verbündeten Satellitenregierungen der Achsenmächte die Möglichkeit der Abschiebung der Juden nach dem Osten als nahe bevorstehend in Aussicht stellte, auf ihre Realisierung drängte und damit unter ihnen auch zum Teil einen ehrgeizigen Wettstreit, die jeweiligen Gebiete möglichst schnell judenrein zu machen, in Gang setzte. Zur Charakterisierung zitieren wir einige einschlägige Zeugnisse aus dieser Phase, die auch zeigen, daß dem entschlossenen Willen der NS-Führung, die Judenfrage jetzt radikal anzupacken, noch keine ebenso klare Zielsetzung im Hinblick auf das weitere Schicksal der zu Deportierenden entsprach. Neben dem russischen Osten figurierte noch der alte Plan einer späteren Madagaskar-Lösung bei Hitler und den zuständigen Referenten des SD als widersprüchliche oder auswechselbare Zielvorstellung.

Im Dienst-Tagebuch des Generalgouverneur (Hans Frank) heißt es unter dem Datum vom 17. 7. 1941[18]:

„Der Herr Generalgouverneur wünscht keine weitere Ghettobildung mehr, da nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers vom 19. Juni d. J. die Juden in absch-

[18] Vgl. Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 386. Daß man zu dieser Zeit (Sommer 1941) auch bei den mit der Judenfrage befaßten Dienststellen des SD von einem generellen Judenvernichtungsbefehl noch nichts wußte (was erstaunlich wäre, wenn es ihn

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

barer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt würden und das Generalgouvernement nur noch gewissermaßen Durchgangslager sein solle."

In einer Besprechung mit dem kroatischen Marschall Kvaternik am 17. 7. 1941 äußerte Hitler laut Protokoll[19]:

„Die Juden seien die Geißel der Menschheit. Sowohl die Litauer als auch die Esten und Letten nähmen nun blutige Rache an ihnen . . .
. . . wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde das ein Bazillenherd[20] für eine neue Zersetzung werden. Gäbe es keine Juden mehr in Europa, so würde die Einigkeit der europäischen Staaten nicht mehr gestört werden. Wohin man die Juden schicke, nach Sibirien oder Madagaskar, sei gleichgültig. Er werde an jeden Staat mit dieser Forderung herantreten . . ."

Manchen Einblick in die Planungen und Überlegungen in dieser Phase gewähren auch die vor einigen Jahren aufgetauchten noch nicht veröffentlichten Teile der Goebbels-Tagebücher[21]. Ihnen zufolge vermerkte Goebbels am 7. 8. 1941 in bezug auf die Ausbreitung von Fleckfieber im Warschauer Ghetto:

„Die Juden sind ja immer die Träger ansteckender Krankheiten gewesen. Man muß sie entweder in einem Ghetto zusammenpferchen und sich selbst überlassen oder liquidieren, sonst würden sie immer die gesunde Bevölkerung der Kulturstaaten anstecken."

Am 19. 8. 41, nach seinem Besuch im Führerhauptquartier am Vortage schrieb er:

„Der Führer ist der Überzeugung, daß seine damalige Prophezeiung im Reichstag,

---

schon gegeben hätte), zeigt u. a. der Entwurf eines Schreibens des für den Warthegau zuständigen Leiters des SD-Abschnittes Posen an den Judenreferenten Adolf Eichmann im RSHA vom 17. 7. 1941, gerade weil hier von selbständigen Überlegungen der Sicherheitspolizei und des SD in Posen, einen Teil der Juden des Ghettos in Litzmannstadt zu töten, die Rede ist. Es wurde, so heißt es dort, bei Besprechungen über die „Lösung der Judenfrage" in der Reichsstatthalterei in Posen wegen der Überbelegung des Ghettos in Litzmannstadt erwogen, ob es nicht die humanste Lösung wäre, die Juden, soweit sie nicht arbeitsfähig sind, durch ein schnell wirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre es angenehmer, als sie verhungern zu lassen." „Die Dinge klingen teilweise fantastisch", so schrieb der Posener SD-Chef, „wären aber meiner Ansicht nach durchaus durchführbar". Kopie des Schreibens, das nach 1945 in Posen aufgefunden und auch im Prozeß gegen Reichsstatthalter Greiser verwendet wurde, in: Biuletyn Glowna Komisja Badania zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Krakau, Bd. XIII (1960), Dok. 27 f./28.

[19] Vgl. Andreas Hillgruber, Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, 1970, Bd. 2, S. 556.

[20] Lt. Aufzeichnung Werner Koeppens, deren Kenntnis David Irving zu danken ist, äußerte Hitler am 10. 7. 41 abends im Führerhauptquartier: „Ich fühle mich wie Robert Koch in der Politik. Der fand den Bazillus und wies damit der ärztlichen Wissenschaft neue Wege. Ich entdeckte den Juden als den Bazillus und das Ferment der gesellschaftlichen Dekomposition. . . .", Archiv Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Sammlung Irving.

[21] Sie befinden sich beim Hoffmann u. Campe-Verlag, Hamburg (künftig zit. als Goebbels-Tgb./Hoffmann u. Campe). Für die gewährte Möglichkeit ausführlicher Einsichtnahme habe ich vor allem dem ehem. Geschäftsführer des Verlages Dr. Knaus zu danken.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Krieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde[22], sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen, in Deutschland haben sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen. Ihre letzte Zuflucht bleibt Nordamerika; und dort werden sie über kurz oder lang auch einmal bezahlen müssen ...“

Am nächsten Tag, 20. 8. 1941, ergänzte Goebbels die vom Führerhauptquartier mitgebrachten Eindrücke:

„... Wenn es im Augenblick auch noch nicht möglich ist, aus Berlin eine judenfreie Stadt zu machen, so dürfen die Juden jedenfalls öffentlich nicht mehr in Erscheinung treten. Darüberhinaus aber hat mir der Führer zugesagt, daß ich die Juden aus Berlin unmittelbar nach Beendigung des Ostfeldzuges in den Osten abschieben kann. Berlin muß eine judenfreie Stadt werden. Es ist empörend und ein Skandal, daß in der Hauptstadt des Deutschen Reiches sich 70 000 Juden, zum größten Teil als Parasiten, herumtreiben können. Sie verderben nicht nur das Straßenbild, sondern auch die Stimmung. Zwar wird das schon anders werden, wenn sie ein Abzeichen tragen, aber ganz abstellen kann man das erst dadurch, daß man sie beseitigt. Wir müssen an dieses Problem ohne jede Sentimentalität herangehen.“

Daß Hitler die Ziele der jetzt forcierten Aktivität setzte, bestätigen auch andere Zeugnisse dieser Zeit. Am 18. 9. 1941 schrieb Himmler an den Gauleiter und Reichsstatthalter im Warthegau, SS-Obergruppenführer Greiser[23]:

„Der Führer wünscht, daß möglichst bald das Altreich und das Protektorat vom Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden. Ich bin daher bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr die Juden des Altreiches und des Protektorats zunächst einmal als erste Stufe in die vor zwei Jahren neu zum Reich gekommenen Ostgebiete zu transportieren, um sie im nächsten Frühjahr noch weiter nach dem Osten abzuschieben. Ich beabsichtige, in das Litzmannstädter Ghetto, das, wie ich hörte, kaum aufnahmefähig ist, rund 60 000 Juden des Altreichs und des Protektorats für den Winter zu verbringen. Ich bitte Sie, diese Maßnahme, die sicherlich für Ihren Gau Schwierigkeiten und Lasten mit sich bringt, nicht nur zu verstehen, sondern im Interesse des Gesamtreiches mit allen Kräften zu unterstützen.“

Es ist möglich, aber nicht sicher, daß Himmlers Mitteilung, es sei nur an eine vorübergehende Unterbringung der Juden im Ghetto Litzmannstadt gedacht, bis diese im nächsten Frühjahr „weiter nach Osten“ gebracht werden könnten, eine

---

[22] Am 30. 1. 1939 hatte Hitler im Reichstag erklärt: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Krieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Auf diese Rede kam Hitler während des Krieges in öffentlichen Reden und privaten Gesprächen immer wieder zurück, z. B. bei seinen Reichstagsreden am 30. 1. 1941 und am 30. 1. 1942, datierte sie aber (bewußt oder unbewußt) falsch auf den 1. 9. 1939. Für bewußte Umdatierung, die den Zusammenhang zwischen militärischen Krieg und Kampf gegen die Juden betonen sollte, spricht ihre Regelmäßigkeit und der Umstand, daß sie auch in den amtlichen Veröffentlichungen der Hitler-Reden, z. B. im „Völkischen Beobachter“, beibehalten wurde.

[23] Persönlicher Stab RFSS, Archiv IfZ: MA 3/9, Folder 94.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bloße Finte gewesen ist und schon zu diesem Zeitpunkt ihre Ermordung in den besetzten polnischen Gebieten geplant war[24].

Wegen der als erste Etappe vorgesehenen Unterbringung von 20000 reichsdeutschen Juden in Litzmannstadt (Lodz) kam es Anfang Oktober 1941 zwischen dem Litzmannstädter Regierungspräsidenten, SS-Brigadeführer Uebelhör, und Himmler sowie – nachdem die Transporte (ab Mitte Oktober) schon begonnen hatten – zwischen Uebelhör und der Sicherheitspolizei zu heftigen Kontroversen wegen der von dem Regierungspräsidenten kategorisch verneinten Aufnahmekapazität des Ghettos[25]. Sie wären kaum erklärlich, wenn der Vernichtungsplan schon ausgemachte Sache gewesen wäre. Auch Goebbels erfuhr am 23. September 1941 im Führerhauptquartier von Heydrich, daß es (wohl vor allem wegen der von der Wehrmacht beanspruchten Transportzüge und wegen der begrenzten Aufnahmekapazitäten der verfügbaren Lager und Ghettos im Osten) vorläufig noch Schwierigkeiten mit der zügigen Deportation der Berliner Juden gebe. In seiner Aufzeichnung über ein Gespräch mit Heydrich im Führerhauptquartier am 23. 9. 1941 (Tagebucheintragung vom 24. 9. 1941), die z. T. unleserlich [...] oder schwer entzifferbar 〈 〉 ist, heißt es (S. 18f.)[25a]:

„Das wird der Fall sein können, sobald wir im Osten zu einer Bereinigung der militärischen Lage gekommen sind. Sie [die Juden] sollen am Ende alle in die von den Bolschewisten angelegten Lager [...] transportiert werden. Diese 〈selbst sind von den〉 Juden errichtet worden. 〈Was liegt näher, als daß〉 sie nun auch von Juden bevölkert werden ..."

An anderer Stelle der Tagebucheintragung vom 24. 9. 1941 (S. 35f.) über seinen Besuch im Führerhauptquartier vermerkte Goebbels:

„Der Führer ist der Meinung, daß die Juden nach und nach aus ganz Deutschland herausgebracht werden müssen. Die ersten Städte, die nun judenfrei gemacht werden sollen, sind Berlin, Wien und Prag. Berlin kommt als erste an die Reihe und ich habe die Hoffnung, daß es uns im Laufe dieses Jahres noch gelingt, einen wesentlichen Teil der Berliner Juden nach dem Osten abzutransportieren."

Einen Monat später mußte Goebbels jedoch erfahren, daß es zunächst nichts sei mit schnellen und umfassenden Deportationen der Berliner Juden in die besetzten sowjetischen Gebiete. In seiner Tagebucheintragung vom 24. 10. 1941 schrieb er:

„Allmählich fangen wir nun auch mit der Ausweisung der Juden nach dem Osten an.

[24] Laut Aufzeichnung Koeppens v. 7. 10. 41 erklärte Hitler am 6. 10. 1941 im Hinblick auf das Protektorat: „Alle Juden müssen aus dem Protektorat entfernt werden, und zwar nicht erst ins Generalgouvernement, sondern gleich weiter nach Osten. Es ist dies augenblicklich nur wegen des großen Bedarfs an Transportmitteln nicht durchführbar. Mit den Protektoratsjuden sollen gleichzeitig alle Juden aus Berlin und Wien verschwinden." Archiv IfZ: Sammlung Irving.

[25] Vgl. Schreiben Uebelhörs an Himmler vom 4. 10. 41, von Himmler an Uebelhör vom 10. 10. 1941 (darin der Satz: „Ich verlange, daß sie [die Juden] in den Häusern untergebracht werden, die durch die erhebliche Verringerung der Juden seit eineinhalb Jahren [Sterblichkeit und Abschiebung nach dem Generalgouvernement] frei geworden sind."). Pers. Stab RFSS, Archiv IfZ: MA 3/9, Folder 94.

[25a] Die folgenden Zitate nach Goebbels-Tgb./Hoffmann u. Campe (s. Anm. 21).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einige Tausend sind schon in Marsch gesetzt worden. Sie kommen vorerst nach Litzmannstadt."

Am 28. 10. 1941 klagte Goebbels in seinem Tagebuch erneut über die Widerstände, die verhinderten, daß die Judenevakuierung aus Berlin „in möglichst kurzer Frist" stattfinden könne. Wirkten sich doch in der Reichshauptstadt „Maßnahmen wie die Evakuierung immer propagandistisch übler aus als in anderen Städten, weil wir hier ja die ganze Diplomatie und die Auslandspresse sitzen haben". Am 18. 11. 1941 notierte er:

„Heydrich berichtete mir über seine Absichten bezüglich der Abschiebung der Juden aus dem Reichsgebiet. Die Frage läßt sich schwieriger an als wir zuerst vermutet hatten. 15000 Juden müssen sowieso in Berlin bleiben, da sie bei kriegswichtigen und gefährlichen Arbeiten beschäftigt sind. Auch eine Reihe von alten Juden können nicht mehr nach dem Osten abgeschoben werden. Für sie soll ein Judenghetto in einer kleinen Stadt im Protektorat eingerichtet werden . . ."

Am 21. 11. 1941 mußte offenbar auch Hitler, der nach Berlin gekommen war, die Hoffnungen des Propagandaministers und Berliner Gauleiters in der Frage des Tempos der Judendeportationen dämpfen. Goebbels vermerkte am Tage darauf:

„Er [der Führer] will eine energische Politik gegen die Juden, die uns allerdings nicht unnötige Schwierigkeiten verursacht."

Erhebliche Schwierigkeiten waren in der Tat entstanden, vor allem durch den unerwartet zähen Fortgang und schließlich den Stillstand der militärischen Operationen im Osten und die zusätzliche Belastung der ohnehin schon äußerst angespannten Transportlage.

Die Lage, in die die NS-Führung bei ihrer Planung umfassender Judendeportationen geraten war, tritt schon aus den zitierten Dokumenten mit genügender Deutlichkeit hervor: Hitler, Himmler und Heydrich hatten sich in der Vorbereitung umfassender Deportationen zur Entfernung der Juden, die für sie, wie vor allem aus Hitlers Äußerungen hervorgeht, eine mit fanatischem Eifer verfolgte Weltanschauungs-Frage darstellte, nach innen und außen grundsätzlich festgelegt; nicht zuletzt auch gegenüber einzelnen Gauleitern mit judenreicheren Städten (Goebbels in Berlin, Schirach in Wien) oder dem Generalgouverneur, die ihrerseits auf Entfernung ihrer Juden drängten. Der Chef der Sicherheitspolizei (Heydrich) und sein Judenreferent (Eichmann) hatten Transportpläne aufgestellt und waren – auch über die nach Preßburg, Bukarest und Agram (Zagreb) entsandten „Judenberater" – an die Satellitenregierungen der judenreichen verbündeten Länder im Südosten herangetreten mit dem Ziel, auch deren Juden in die Deportation nach dem Osten einzubeziehen. Der Plan der großen Evakuierung der Juden sollte – so sah Hitler es sehr wahrscheinlich – keinesfalls gestoppt werden, weil die militärischen Schwierigkeiten und Belastungen im Osten sich als größer erwiesen als im Sommer 1941 angenommen. Aus dieser Situation heraus scheint es im Herbst 1941 einerseits zu einer Verlangsamung und Reduzierung der ursprünglichen Deportationspläne, andererseits zu Entschlüssen gekommen zu sein, die darauf hinausliefen, zumindest Teile der deportierten Juden „auf andere Weise", d. h. durch gezielte Tötungsaktionen, aus der Welt zu schaffen. Die Juden-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vernichtung entstand, so scheint es, nicht nur aus vorgegebenem Vernichtungswillen, sondern auch als „Ausweg" aus einer Sackgasse, in die man sich selbst manövriert hatte. Einmal begonnen und institutionalisiert, erhielt die Liquidierungspraxis jedoch dominierendes Gewicht und führte schließlich faktisch zu einem umfassenden „Programm".

Mit absoluter Sicherheit läßt sich auch diese Interpretation nicht belegen, aber sie hat, nach den ganzen Begleitumständen zu schließen, die hier in allen Einzelheiten nicht erörtert werden können, weit mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die Annahme eines umfassenden Geheimbefehls zur Judenvernichtung im Sommer 1941[26].

Im November 1941 fanden zum ersten Mal Vernichtungen deportierter Juden aus dem Reich statt. Die Juden einzelner Transporte, die nach dem Reichskommissariat „Ostland", vor allem nach Riga, Minsk und Kowno geleitet worden waren, wurden nicht, wie die Mehrzahl der später folgenden Transporte, in die dortigen Ghettos oder Lager eingewiesen, sondern bei ihrer Ankunft in Erschießungsaktionen einbezogen, die die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD – so vor allem in Riga am sogenannten Blutsonntag, am 30. November 1941 – zur Tötung einheimischer Juden ingang gesetzt hatten. Etwa zur gleichen Zeit (November 1941) traf in Chelmno (Kulmhof) im Reichsgau Wartheland das „Sonderkommando Lange" ein und begann mit der Einrichtung einer provisorischen Vernichtungsanlage, die unter Einsatz von Gaswagen (wie sie von diesem Kommando schon vorher im Rahmen von Euthanasieaktionen im Durchgangslager Soldau benutzt worden waren) ab Dezember 1941 zur Tötung von Juden vor allem aus dem Ghetto Litzmannstadt „in Betrieb" genommen wurde. Die Aktion in Chelmo stand offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit den Querelen, die es vorher wegen der Transporte reichsdeutscher Juden nach Litzmannstadt gegeben hatte. Der in Posen schon im vorangegangenen Sommer entwickelte Gedanke[27], die Situation des Ghettos durch die Tötung nichtarbeitsfähiger Juden „mithilfe eines schnell wirkenden Mittels" zu entlasten, war anscheinend inzwischen auf fruchtbaren Boden gefallen. Bei der Errichtung der Anlage in Chelmno ging es im wesentlichen um diese begrenzte Aktion: Um „Luft zu machen" für die vom RSHA geplante zweite und dritte Rate von Judentransporten aus dem Reich, die man im Winter 1941/42 „vorläufig" in Litzmannstadt unterbringen wollte, sollte das Ghetto von Arbeitsunfähigen (vor allem auch Frauen und Kindern), die man zur Vergasung nach Chelmno brachte, entlastet werden. Die Aktion wurde im großen

[26] Auch Adam, a. a. O. (insbes. S. 312) nimmt einen solchen Geheimbefehl an, den er nur später („zwischen dem September und November 1941") datieren möchte. Mir scheint dagegen, daß es überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernichtungsbefehl gegeben hat, das „Programm" der Judenvernichtung sich vielmehr aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch entwickelte und nach der Errichtung der Vernichtungslager in Polen (zwischen Dezember 1941 und Juli 1942) bestimmenden Charakter erhielt.

[27] S. oben, Anm. 18.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und ganzen bis zum Sommer 1942 (mit der Vernichtung von ca. 100 000 Juden) abgeschlossen. Ihr Ad-hoc-Charakter ergibt sich aus einem Schreiben, das Reichsstatthalter Greiser am 1. 5. 1942 an Himmler richtete. Mit einer für den Schriftverkehr ungewöhnlichen Offenheit teilte er mit:

„Die von Ihnen im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes SS-Obergruppenführer Heydrich genehmigte Aktion zur Sonderbehandlung von rund 100 000 Juden in meinem Gaugebiet wird in den nächsten 2–3 Monaten abgeschlossen werden können."[28]

Nach dem Sommer 1942 gelangten nur noch relativ wenige Transporte nach Chelmno, im März 1943 wurden die Anlagen abgebaut und die Spuren der Tötung beseitigt (erst im Frühjahr 1944 benötigte man die Gebäude wieder für weitere Vernichtungsaktionen)[29].

Der Vorgang deutet darauf hin, daß die Initiative zu dieser Teilaktion von lokalen Sicherheitspolizeistellen und der Reichsstatthalterei ausgegangen war, mit größter Wahrscheinlichkeit jedoch im Rahmen allgemeiner Entschlüsse zur verstärkten Anwendung von Liquidationsmaßnahmen, die seit Oktober/November 1941 gefaßt worden waren. Daß es damals noch nicht um die Exekution eines allgemeinen Vernichtungsbefehls, sondern um den Teileinsatz von Vernichtungsmaßnahmen im Zusammenhang eines ausweglos gewordenen Deportationsprogramms ging, geht auch aus einem anderen Dokument hervor. Es handelt sich um den Entwurf eines Schreibens des Juden-Sachbearbeiters des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete an den Reichskommissar Ostland vom 25. 10. 1941 bezüglich des Einsatzes von Vergasungswagen[30] bei den Judentötungen, die der Amtschef der Kanzlei des Führers, Viktor Brack (seit der Euthanasieaktion für die Vergasungstechnik zuständig), versprochen hatte herzustellen und liefern zu lassen. Es heißt dabei u. a.:

„Ich darf darauf hinweisen, daß Sturmbannführer Eichmann, der Sachbearbeiter für Judenfragen im Reichssicherheitshauptamt, mit diesem Verfahren einverstanden ist. Nach Mitteilung von Sturmbannführer Eichmann sollen in Riga und Minsk Lager für Juden geschaffen werden, in die evt. auch Juden aus dem Altreichsgebiet kommen. Es werden zur Zeit Juden aus dem Altreichsgebiet evakuiert, die nach Litzmannstadt, aber auch nach anderen Lagern kommen sollen, um dann später im Osten, soweit arbeitsfähig, in Arbeitseinsatz zu kommen. Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden. Auf diese Weise dürften dann auch Vorgänge, wie sie sich bei den Erschießungen von Juden in W[ilna] nach einem mir vorliegenden Bericht ergeben haben, und die auch im Hinblick darauf, daß die Erschießungen öffentlich vorgenommen wurden, kaum gebilligt werden können, nicht mehr möglich sein . . ."

[28] Nürnbg. Dok. NO-365.

[29] Detaillierte Einzelheiten über Chelmno enthält eine von A. Rückerl herausgegebene Dokumentation aus den Ermittlungen und Urteilen der Justiz in der Bundesrepublik zu den Vernichtungslagern in Polen, die als dtv-Taschenbuch im Dezember 1977 erscheinen wird. Vgl. dazu auch Ino Arndt/Wolfgang Scheffler, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in dieser Zeitschrift 24 (1976), S. 116 ff.

[30] Nürnbg. Dok. NO-246/247.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Vernichtungspraxis griff immer mehr um sich, und es wurde in dieser Phase in den deutschen Dienststellen in den besetzten Gebieten im Osten auch zeitweilig mit zynischer Offenheit über sie gesprochen. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wannsee-Konferenz erklärte Hans Frank am 16. 12. 1941 in einer Regierungssitzung des Generalgouverneurs in Krakau[31]:

„Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen angeknüpft mit dem Ziel, sie [gemeint sind die polnischen Juden im Generalgouvernement] nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich stattfinden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen. Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber . . .[32] Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen müssen, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit dem vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genauso judenfrei werden, wie das Reich es ist . . ."

Auch dieses Zeugnis bestätigt den aus anderen Dokumenten dieser Zeit sich ergebenden Eindruck: Verschiedenste Dienststellen des NS-Regimes waren im Spätherbst 1941 zu Vernichtungsaktionen, durch die man die Zahl der Juden wenigstens verringern zu können hoffte, bereit und entschlossen, weil es für die Massendeportationen, auf die alle drängten, keine rechten Aufnahmekapazitäten gab, bzw. der im Winter steckengebliebene Ostfeldzug vorerst keine Aussicht eröffnete, die Juden „hinter den Ural" zu verbringen. Andere Gründe kamen hinzu: Die zur diskriminierenden Absonderung und zur Vorbereitung späterer Deportationen (im besetzten Polen schon seit 1939/40) eingerichteten Ghettos erzeugten Hinfälligkeit und Verelendung, die die hierfür Verantwortlichen nun als typisch jüdische „Pestherde" empfanden und auszulöschen bestrebt waren[33], auch Epidemien und Massensterblichkeit, die den Gedanken an systematische „Nachhilfe" nahelegten.

Man müsse die Juden „irgendwie ausrotten", diese fatale Äußerung tritt in Dokumenten unterschiedlicher Herkunft in dieser Phase (Herbst 1941) immer wieder

---

[31] Vgl. Das Diensttagebuch des Generalgouverneurs . . ., a. a. O., S. 457.

[32] Auslassung im Original des Tagebuches.

[33] Ein Beispiel hierfür ist der „Bericht", den Goebbels am 2. 11. 1941 in seinem Tagebuch über seinen Besuch des Ghettos in Wilna am Vortage niederschrieb (Goebbels-Tgb./ Hoffmann u. Campe, S. 15 ff.): „Schauderhaft wird erst das Bild auf einer kurzen Rundfahrt durch das Ghetto. Hier hocken die Juden aufeinander, scheußliche Gestalten, nicht zum Ansehen, geschweige zum Anfassen . . . In den Straßen lungern fürchterliche Gestalten, denen ich nicht bei Nacht begegnen möchte. Die Juden sind die Läuse der zivilisierten Menschheit. Man muß sie irgendwie ausrotten, sonst werden sie immer wieder ihre peinigende und lästige Rolle spielen . . .".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zutage, ein enthüllendes Zeugnis für die „Improvisation" der Vernichtung als der schließlich „einfachsten" Lösung, die dann, mit der Einrichtung weiterer Vernichtungslager im besetzten Polen[34] schließlich ein massives institutionelles und Erfahrungs-Potential der Tötung schuf, das man dann auch im weiteren Verlauf der Deportationen aus Deutschland und den besetzten oder verbündeten europäischen Ländern nutzen konnte.

Wenn unsere Interpretation davon ausgeht, daß die Judenvernichtung auf solche Weise „improvisiert", nicht von langer Hand her geplant und durch einen einmaligen Geheimbefehl in die Wege geleitet wurde, so schließt das ein, daß die Verantwortung und Initiative für die Tötungsaktionen nicht nur bei Hitler, Himmler oder Heydrich lagen. Es entlastet Hitler aber keineswegs.

Wir wissen fast nichts darüber, in welcher Weise Hitler mit Himmler und Heydrich, die die institutionelle Verantwortung für die von Sicherheitspolizei- und SS-Kommandos durchgeführten Liquidierungsaktionen trugen und sich in dieser Phase häufig im Führerhauptquartier aufhielten, über diese Maßnahmen gesprochen hat. Über die Gründe, die ihn nötigen mußten, die volle Wahrheit streng geheim zu halten, auch gegenüber prominenten Mitarbeitern, wird an anderer Stelle noch zu sprechen sein, auch darüber, daß bei diesen extrem gesetzwidrigen Maßnahmen nur von mündlichen Instruktionen Hitlers, nicht von rechtsverbindlichen, formellen Weisungen (und mithin auch nicht von einer schriftlichen Überlieferung) ausgegangen werden kann. Die Verantwortlichkeit Hitlers im Zusammenhang mit den Judenmorden kann überhaupt nur mittelbar erschlossen werden. Die Vorstellung, sie ließe sich mit dem einen oder anderen von Hitler gezeichneten Schriftstück, das vielleicht nur noch nicht gefunden oder schon vor 1945 vernichtet worden ist, einfach dokumentarisch „beweisen", geht von falschen Voraussetzungen aus; zumal Hitler, wie bekannt, Akten kaum selbst bearbeitete oder ausfertigte und seine Unterschrift oder Handschrift in den Dokumenten des Dritten Reiches, außer unter Gesetzen und Verordnungen, auch sonst kaum zu finden ist.

Die Indizien für seine Verantwortlichkeit sind gleichwohl erdrückend. Aus einer ganzen Reihe von Dokumenten über gesetzliche Maßnahmen gegen die Juden in der NS-Zeit, auch z. B. über die amtliche Definition des Begriffs „Jude" (hier brauchte Hitler seine Beteiligung nicht zu verbergen), ist bezeugt, daß Hitler sich um zahlreiche Einzelheiten geplanter antijüdischer Maßnahmen intensiv selbst kümmerte und diese von seiner Entscheidung abhängig waren. Daß der Führer an der Lösung der Judenfrage in stärkstem Maße interessiert war, dürfte wohl keinem prominenten Funktionär des NS-Regimes verborgen gewesen sein. Der Gedanke, so wichtige Entscheidungen wie die Maßnahmen zur Judenvernichtung könnten

[34] Schon im März 1942 wurde das Vernichtungslager Belzec im Distrikt Lublin eröffnet, etwa zur gleichen Zeit begannen die Vergasungsaktionen in Auschwitz-Birkenau, in den folgenden Monaten bis Juli wurden auch die Vernichtungslager Sobibor und Treblinka im östlichen Teil des Generalgouvernements errichtet, in denen noch 1942 ein großer Teil der Juden aus den Ghettos des Generalgouvernements getötet wurden. Vgl. Arndt/Scheffler, Organisierter Massenmord . . ., a. a. O., S. 105–135.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne Hitlers Billigung von irgendjemand 1941/42 selbstherrlich getroffen worden sein, geht an dieser Grundtatsache ebenso vorbei wie an dem realen Verfassungszustand des „Hitler-Staates" in dieser Zeit. Er ist besonders grundlos in bezug auf Himmler, dessen Loyalität Hitler gegenüber, zumal in grundsätzlichen Weltanschauungsfragen, in dieser Phase ganz ungebrochen war. Eine solche Vorstellung ist auch deshalb abwegig, weil die vorbereitenden Maßnahmen der Judenvernichtung – z. B. die zentrale Transportfrage und die Frage der Herauslösung der Juden aus kriegswichtigen Arbeitseinsätzen – unmittelbar Wehrmachtsinteressen berührten (tatsächlich ja auch häufig mit diesen kollidierten) und schon infolge mangelnder Kompetenz von Himmler oder Heydrich gar nicht ins Werk gesetzt werden konnten ohne Rückendeckung Hitlers, der allein sie auch der Wehrmacht gegenüber durchzusetzen vermochte. Wie Goebbels seinen Tagebüchern anvertraute, bedurfte er für jeden wichtigen Abschnitt der Deportation der Juden aus der Reichshauptstadt der Zustimmung Hitlers. In der Wannsee-Konferenz (20. 1. 1942) über die „Endlösung der Judenfrage" bezog sich auch Heydrich ausdrücklich auf die jeweils nötige „vorherige Genehmigung durch den Führer"[35]. Es kann nach alledem nur der Schluß gezogen werden, daß Hitler den Reichsführer-SS und den Chef der Sicherheitspolizei (möglicherweise sprach er nur mit ihnen hierüber ganz offen) ausdrücklich zu den umfangreicheren Liquidierungsaktionen ermächtigte, wer immer sie im einzelnen vorgeschlagen haben mag. Daß Hitler über sie schon 1941/42 Bescheid wußte – auch wenn er dies im größeren Gesprächskreis zu verschleiern versuchte – ergibt sich als klarer Eindruck auch aus den Aufzeichnungen von Teilnehmern an vertraulichen Gesprächen mit ihm in dieser Phase (Winter 1941/42).

Beim „Tischgespräch" im Führerhauptquartier am 25. 10. 1941, in Anwesenheit von Himmler und Heydrich, äußerte Hitler[36]:

> „Von der Tribüne des Reichstags aus prophezeite ich dem Judentum, daß, wenn ein Krieg unvermeidlich würde, die Juden aus Europa verschwinden würden. Diese Rasse von Kriminellen hat schon zwei Millionen Gefallene des 1. Weltkrieges auf ihrem Gewissen und jetzt schon Hunderttausende mehr. Niemand soll mir sagen, daß wir sie nicht in den Sumpfgebieten Rußlands unterbringen könnten. Wer sorgt sich um unsere Truppen dort. Es ist übrigens keine schlechte Sache, daß das öffentliche Gerücht uns einen Plan zur Vernichtung der Juden zuschreibt. Terror ist eine heilsame Sache . . ."

Am 23. Januar 1942, drei Tage nach der Wannsee-Konferenz, nahm Hitler abermals während eines „Tischgesprächs" im Führerhauptquartier in Anwesenheit von Himmler und Lammers zur Judenfrage Stellung[37]:

> „Man muß radikal handeln. Wenn man einen Zahn zieht, tut man es mit einem Zug, und der Schmerz ist schnell vorbei. Die Juden müssen aus Europa heraus. Sonst gibt es keine Verständigung zwischen den Europäern . . ."

---

[35] Vgl. das genaue Zitat aus dem Protokoll unten, Anm. 49.

[36] Das Folgende (Rückübersetzung) nach Hitler's Table Talk 1941–1944, London 1953, S. 87.

[37] Hitler's Table-Talk, a. a. O., S. 235.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einem weiteren Abschnitt dieses Tischgesprächs, nachdem sich Hitler beziehungsvoll darüber ausgelassen hatte, wie die Juden in früheren Jahrhunderten im römischen Kirchenstaat diskriminiert worden seien, erklärte er in einer offensichtlichen Mischung von Zynismus und heuchlerischer Verschleierung in bezug auf die im Gange befindlichen Deportationen und Teilaktionen der Vernichtung:

„Ich für meinen Teil beschränke mich darauf, ihnen [den Juden] zu sagen, sie müssen weggehen. Wenn sie auf der Reise die Rippen brechen, kann ich nichts machen. Aber wenn sie sich weigern, freiwillig zu gehen, sehe ich keinen anderen Weg als die Vernichtung [extermination[38]]. Warum soll ich einen Juden mit anderen Augen ansehen wie einen russischen Kriegsgefangenen? Viele sterben in den Gefangenenlagern. Das ist nicht meine Schuld. Ich habe weder den Krieg noch die Kriegsgefangenenlager gewollt. Warum hat der Jude den Krieg provoziert?"

Vier Tage später (27. 1. 1942) Hitler abermals beim „Tischgespräch" im Führerhauptquartier[39]:

„Die Juden müssen einpacken, aus Europa verschwinden. Sie sollen nach Rußland gehen. Was die Juden betrifft, fehlt mir jedes Mitleid. Sie sind stets das Ferment gewesen, das die Völker gegeneinanderhetzt. Sie haben überall Zwietracht zwischen den Menschen wie zwischen den Völkern gesät . . . Es ist unbedingt nötig, die Judenfrage auf europäischer Ebene aufzurollen. Es ist keineswegs genug, sie aus Deutschland zu vertreiben. Wir können ihnen nicht erlauben, Rückzugsbasen vor unserer Tür zu behalten . . ."

Am 14. 2. 1942 notierte Goebbels in seinem Tagebuch, nach einem Besuch Hitlers in Berlin[40]:

„Der Führer gibt noch einmal seiner Meinung Ausdruck, daß er entschlossen ist, rücksichtslos mit den Juden in Europa aufzuräumen. Hier darf man keinerlei sentimentale Anwandlungen haben. Die Juden haben die Katastrophe, die sie heute erleben, verdient. Sie werden mit der Vernichtung unserer Feinde auch ihre eigene Vernichtung erleben. Wir müssen diesen Prozeß mit einer kalten Rücksichtslosigkeit beschleunigen, wir tun damit der leidenden und seit Jahrtausenden gequälten Menschheit einen unschätzbaren Dienst . . ."

Die Häufung der aggressiven, seinen Destruktionswillen klar bekundenden Äußerungen Hitlers zur Judenfrage in dieser Phase, auch die darin enthaltenen Andeutungen über die konkreten Maßnahmen zu ihrer Vertreibung und Dezimierung, sind, wenn man sie aus dem historischen Kontext heraus interpretiert, eindeutig genug. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit die Fixierung Hitlers auf die Judenfrage, sein vehementes Interesse für sie, was allein schon ausschließt, daß er sich um den Fortgang der „Lösung der Judenfrage" nicht gekümmert habe.

Zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt, in einer Geheimrede, die Hitler am 26. 5. 1944 vor Generalen und Offizieren der Wehrmacht hielt[41] und bei der er sich sehr deutlich über die inzwischen weitgehend abgeschlossene Vernichtung der Juden aussprach, entschlüpfte ihm eine Bemerkung, die man als Bestätigung dafür

[38] So im Original der Ausgabe (die deutsche Urfassung liegt bekanntlich nicht vor).
[39] Hitlers Table Talk, a. a. O., S. 260.
[40] Goebbels-Tagebücher, hrsg. v. L. P. Lochner, Zürich 1948, S. 87 f.
[41] Pers. Stab RFSS, Archiv IfZ: MA 316, BL 4994 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ansehen kann, daß die Judenvernichtung, so wie sie sich historisch im Winter 1941/42 „entwickelte", ein gewaltsamer „Ausweg" aus Schwierigkeiten war, in die man sich selbst gebracht hatte. „Indem ich die Juden entfernte", so Hitler zur Rechtfertigung in dieser späten Kriegsphase, „habe ich die Möglichkeit irgendeiner revolutionären Kernbildung oder Keimzellenbildung beseitigt. Man kann mir natürlich sagen: Ja, hätten sie das nicht einfacher – oder nicht einfacher, denn *alles andere wäre komplizierter gewesen*[42] – aber humaner lösen können? . . ."

David Irving hat etwas richtiges erkannt, wenn er in seinem Hitler-Buch (S. XIV) schreibt, die Vernichtung der Juden sei, seiner Meinung nach, teilweise eine Verlegenheitslösung gewesen, „der Ausweg aus einem fürchterlichen Dilemma". Er ist aber auf einem allen Indizien widersprechenden apologetischen Abweg, wenn er daraus folgert, untergeordnete SS- und Partei-Führer hätten sie in zynischer Verdrehung Hitlerscher Äußerungen gegen dessen Willen in die Wege geleitet.

3. David Irvings „Beweise"

David Irving hat in seinem Hitler-Buch weder das faktische Geschehen der „Endlösung" noch Hitlers vielfältige Äußerungen zur Judenpolitik während des Krieges systematisch dargestellt. Nicht aus dem bündigen historischen Zusammenhang der Sache entwickelt er seine revisionistische These. Die zu ihrer Stützung angeführten Argumente sind vielmehr meist polemisch aufgesetzt, verstreut auf ein Dutzend Exkurse, in denen er, im Text und in den Anmerkungen, an weit auseinanderliegenden Stellen des Buches und oft willkürlich auf einzelne Aspekte und Dokumente zu dem Thema „Hitler und die Judenvernichtung" immer wieder zurückkommt: zerstückeltes Plädoyer, bei dem abwegige Schlußfolgerungen mit Selbstverständlichkeit an anderer Stelle als erwiesene Tatsachen eingesetzt oder als solche schon vorweggenommen werden. Seitdem der Autor sich auf seine These festgebissen hatte, war ihm kein Fetzen scheinbarer Evidenz zu schäbig, um sie zu stützen.

Hinter dem mühsam geknüpften roten Faden seiner Revisions-Theorie wird aber immer wieder auch der andere Irving sichtbar, mit Ehrgeiz und Akribie darauf bedacht, alle thematisch einschlägigen Dokumente zu annotieren, auch wenn diese mit dem Hauptplädoyer schwer in Einklang zu bringen sind. Und zwischen der kategorischen Hitler-Apologie stehen unvermittelt bedächtige, vorsichtige Reflexionen und Formulierungen: die Rolle Hitlers im Rahmen der „Endlösung" sei „a controversial issue" und „The negative is always difficult to prove" (S. XIII). An anderer Stelle (S. 391): Hitler sei unzweifelhaft die treibende Kraft hinter den Judendeportationen gewesen, es sei jedoch diskussionsfähig (arguable), auf wessen Initiative die grausame Prozedur der Massentötungen an den Endstationen der Transporte im Osten in Gang gekommen ist. Irving stellt (S. 270 f.) die sehr berechtigte Frage: Was meinte Hitler genau, als er dem Generalgouverneur im

[42] Hervorhebung durch den Verfasser.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Juni 1941 den Abschub der Juden weiter „nach Osten" versprach: „. . . did Hitler now use „east" just as a generic term, whose more precise definition would be: perdition, oblivion, extermination? The documents at our disposal do not help us."

Auf der Ebene solcher vorsichtiger Fragen ist der Autor leider nicht geblieben, er hat ihnen und sich selbst den Weg zu neuen Einsichten versperrt durch die falschen Stereotypen seiner erkünstelten Entlastungs-Beweise.

Schon in der Einleitung packt der Autor aus, was er für seine Hauptentdeckung hält (S. XIV): „Hitler ordered on November 30, 1941, that there was to be ‚no liquidation' of the Jews". In dem Faksimile des Originaldokuments, das Irving (S. 505) in seinem Buch hat abbilden lassen, kann der Leser selbst nachprüfen, worum es sich handelt: Eine Seite aus den handschriftlichen Telefonnotizen Himmlers, die aus den Jahren 1941–1943 überliefert sind[43]. Da steht aber weder etwas von Hitler noch von einem allgemeinen Liquidierungs-Verbot, wie Irving in unlogisch-rigoroser Ausdeutung dieser Notiz an den verschiedensten Stellen seines Buches glauben machen will. Es geht daraus nur das Folgende hervor: Himmler telefonierte am 30. 11. 1941 vom Führer-Bunker in der Wolfsschanze aus um 13.30 Uhr mit Heydrich in Prag, und als einen Gegenstand des Gesprächs, neben anderen, notierte er anschließend: „Judentransport aus Berlin. Keine Liquidierung". Ob Himmler vor dem Telefonat mit Hitler überhaupt schon gesprochen hatte und der Gesprächsinhalt von Hitler veranlaßt war, ist durchaus fraglich[44]. Es läßt sich jedenfalls nicht beweisen. Schon deshalb kann gar nicht apodiktisch behauptet werden, Himmler habe eine Anordnung Hitlers an Heydrich weitergegeben. Vor allem aber zeigt der Inhalt der Notiz: Die Worte „Keine Liquidierung" stehen in Verbindung mit „Judentransport aus Berlin". Es ging um eine Weisung oder Verabredung in einer *speziellen* Situation, nicht um eine *generelle* Anordnung. Veranlassung und Inhalt des Gesprächs lassen sich aufgrund der wenigen Worte nicht präzise bestimmen .Mit Sicherheit kann aber festgestellt werden, daß sie im Zusammenhang standen mit den Exekutionen von Juden aus Transporten aus dem Reich, zu denen es in den Tagen zuvor in Kowno (Kaunas) gekommen war[45]. Zweck des Telefongesprächs zwischen Himmler und Heydrich war es offenbar, zu verhindern, daß ein aus Berlin am 27. 11. 1941 nach Riga abgegangener Judentransport ebenfalls liquidiert wurde, was offensichtlich aber nicht mehr verhindert wer-

[43] Kopien-Sammlung im IfZ, Archiv F 37/2.

[44] Wie aus der Notiz hervorgeht, telefonierte Himmler noch zwei Stunden vorher (11.30 Uhr) von seinem eigenen Sonderzug („Sonderzug Heinrich") aus nach Berlin. Er war, wie sich aus Hitler's Table-Talk, a. a. O., S. 135, ergibt, am Abend im Führerbunker Tischgast Hitlers. Eine längere Besprechung Himmlers mit Hitler am 30. 11. 1941 kann also eigentlich nur am Nachmittag dieses Tages stattgefunden haben.

[45] Vgl. hierzu „Gesamtaufstellung der im Bereich des Einsatzkommandos 3 [der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD] bis zum 1. 12. 1941 durchgeführten Exekutionen" (Archiv des IfZ, Fb 101/29). Aus den Dokumenten geht hervor, daß am 25. 11. 1941 im Fort IX in Kowno, das als Erschießungsstätte von den Einsatzkommandos benutzt wurde, 2934 Juden aus Berlin, München und Frankfurt erschossen worden waren. Eine weitere dortige Erschießungsaktion am 29. 11. 41 betraf 2000 Juden aus Breslau und Wien.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den konnte: Gerade an diesem Tage (30. 11. 1941) fand bei Riga eine umfangreiche Massenexekution statt, weswegen Himmler am 1. 12. 1941 erneut mit Heydrich telefonierte[46]. Diese halböffentlichen Exekutionen, wie überhaupt die Behandlung der nach dem Osten deportierten Reichsjuden, hatten erhebliches Aufsehen sowohl bei der deutschen Militärverwaltung wie bei einigen Vertretern der deutschen Zivilverwaltung im „Ostland" erregt. Gauleiter Kube hatte als Generalkommissar in Weißruthenien am Vortage zur Überraschung der örtlich zuständigen SS- und Sicherheitspolizei den in Minsk neu eingetroffenen Juden aus dem Reich einen Besuch abgestattet und empört festgestellt, daß seiner Meinung nach eine Reihe von Personen, von denen enge Angehörige an der Front standen, zu Unrecht verschickt worden seien. Heydrich mußte sich mit diesen Vorwürfen noch Monate später auseinandersetzen[47].

Mögen es diese Interventionen gewesen sein oder die besondere Sensibilität der Lage in Berlin, wo amerikanische Journalisten begonnen hatten, sich nach dem Verbleib der deportierten Juden zu erkundigen[48] – bis zum Eintritt des Kriegszustandes mit den USA mußte auch Hitler auf diese Stimmungen noch Rücksicht nehmen –, die nicht gänzlich geheimzuhaltende Liquidierung der Berliner Juden, so wie sie in Kowno und Riga geschehen war, schien entweder Hitler oder Himmler zu diesem Zeitpunkt unerwünscht. Dies, aber auch nicht mehr, geht aus der Telefon-Notiz hervor. Sie ist ein weiteres Beweisstück für die „Improvisation der Vernichtung", die in dieser Phase noch bestimmend war, mit all ihren Widersprüchen und gelegentlichen „Mißverständnissen" zwischen den mit der Durchführung der „Endlösung" Beauftragten und ihren Auftraggebern. Nimmt man an, daß dem Telefonat zwischen Himmler und Heydrich eine Weisung Hitlers zugrundelag (mit dem Ziel, zu verhindern, daß die auf dem Transportweg nach Riga unterwegs befindlichen Berliner Juden wie vorher in Kowno nach Ankunft sofort exekutiert werden), dann kann man jedenfalls nicht wie Irving davon ausgehen, Hitler sei über die Judenvernichtungen nicht informiert gewesen. Die Ausnahme-Weisung (in *diesem* Fall) setzt im Gegenteil voraus, daß Hitler grundsätzlich über die Praxis der Vernichtungen Bescheid wußte.

Gänzlich irrig ist aber vor allem die Interpretation Irvings, an diesem Tage (30. 11. 1941) habe Hitler ein generelles, auch für die folgenden Jahre geltendes Verbot der Juden-Liquidierungen ausgesprochen. Tatsächlich begann jetzt erst die stärker institutionelle und besser „geregelte" Form der Abwicklung der „End-

[46] Vgl. Anm. 43. In der Telefonnotiz Himmlers vom 1. 12. 41 heißt es: „13.15 Uhr SS-Ogr. Heydrich. Exekutionen in Riga".

[47] Vgl. das Fragment des von SS-Obersturmführer und Kriminalkommissar Kurt Burkhardt hierüber stammenden Situations- und Tätigkeitsberichts vom Januar/Februar 1942, Archiv IfZ, Fb 104. Zu dem Komplex auch Helmut Heiber, Aus den Akten des Gauleiters Kube, in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 67–92.

[48] Goebbels hatte schon zuvor in seinem Tagebuch auf diese Sensibilität hingewiesen (siehe oben, S. 752). Aus seinen Eintragungen (sie sind für den Monat Dezember 1941 nicht vorhanden) ergeben sich im übrigen keine Anhaltspunkte für die Interpretation der Telefonnotiz Himmlers vom 30. 11. 41.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lösung". Am 20. 1. 1942 fand die Wannsee-Konferenz in Berlin statt, die auch in dem verschleierten Protokoll deutlich machte, daß die Verantwortlichen beabsichtigten, es so einzurichten, daß ein großer Teil der deportierten Juden die Verschickung nicht lange überleben könne[49].

Im Frühjahr 1942 begannen in Auschwitz und in dem neu eingerichteten Vernichtungslager Belzec im Osten des Generalgouvernements (dem ersten der späteren vier Vernichtungslager, die der Aufsicht des SS- und Polizeiführers Globocnik in Lublin unterstanden) die ersten umfangreichen Massentötungen polnischer, reichsdeutscher und slowakischer Juden. Goebbels schrieb darüber in seinem Tagebuch[50] am 27. März 1942:

> „Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein barbarisches, nicht mehr zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im großen und ganzen wird man wohl feststellen, daß 60 Prozent davon liquidiert werden müssen, während nur noch 40 Prozent in die Arbeit eingesetzt werden können. Der ehemalige Gauleiter von Wien [Globocnik], der diese Aktion durchführt, tut das mit ziemlicher Umsicht und auch mit einem Verfahren, das nicht zu auffällig wirkt. An den Juden wird ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben. Die Prophezeiung, die der Führer ihnen für die Herbeiführung eines neuen Weltkrieges mit auf den Weg gegeben hat, beginnt sich in der fürchterlichsten Weise zu verwirklichen. Man darf in diesen Dingen keine Sentimentalitäten obwalten lassen. Die Juden würden, wenn wir uns ihrer nicht erwehren würden, uns vernichten. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der arischen Rasse und dem jüdischen Bazillus. Keine andere Regierung, kein anderes Regime könnte die Kraft aufbringen, diese Frage generell zu lösen. Auch hier ist der Führer der unentwegte Vorkämpfer und Wortführer einer radikalen Lösung, die nach Lage der Dinge geboten ist und deshalb unausweichlich erscheint. Gottseidank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären. Die müssen wir ausnutzen. Die in den Städten des Generalgouvernements freiwerdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier solle sich dann, nach einer gewissen Zeit, der Prozeß erneuern. Das Judentum hat nichts zu lachen . . ."

Man spürt beim Lesen des Dokuments, wie Goebbels, der von der neuen Vernichtungspraxis durch Vergasung wohl zum ersten Male erfahren hatte, sich über das

[49] Heydrich hatte auf der Konferenz ausdrücklich Bezug genommen auf „weitere Lösungsmöglichkeiten nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer", um die es künftig bei der „Evakuierung der Juden nach dem Osten" gehe. Er erklärte dann weiter: die Juden sollen „in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen unter Trennung der Geschlechter werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusehen ist". Prot. der Konferenz, S. 7 f. Veröffentlicht u. a. im Eichmann-Prozeß, Beweis-Dok. Nr. 74.

[50] Diese Tagebuch-Eintragung wurde aufgrund der ihm damals zugänglichen Fragmente schon mit dem von P. L. Lochner veröffentlichten Teil des Goebbels-Tagebuches (vgl. Anm. 40) bekannt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erste Entsetzen selbst hinwegredet, sich festklammert an die Bazillus-Theorie seines Führers, der auch hier der „Wortführer einer radikalen Lösung" gewesen sei.

Was Irving aus diesen seit langem bekannten Tagebuchaufzeichnungen macht, ist bezeichnend. Er erwähnt sie nur (S. 392), ohne den Wortlaut wiederzugeben und verschweigt vor allem den expliziten Hinweis auf „den Führer". Ja, er verkehrt diesen durch seine anschließenden Bemerkungen ins Gegenteil. Gestützt auf die Theorie von Hitlers Liquidierungsverbot, unterstellt er, der Propagandaminister habe wie Himmler und Heydrich zu den Verschwörern gehört, die darauf aus waren, Hitler zu verbergen, daß inzwischen neue Judenvernichtungsaktionen größten Ausmaßes begonnen worden waren. Goebbels, so schreibt er, vertraute seinem Tagebuch eine offene Beschreibung der entsetzlichen Geschehnisse der Vernichtungslager an, „hielt aber offensichtlich seinen Mund, als er Hitler zwei Tage später traf"; denn – so interpretiert der Autor verbissen weiter – über diese Besprechung (mit Hitler) habe Goebbels zur Judenfrage nur folgende Äußerung Hitlers (in seinem Tagebuch) wiedergegeben: „Die Juden müßten aus Europa heraus. Wenn nötig, müssen wir die brutalsten Mittel anwenden." Weil nicht überliefert ist, daß Hitler das Wort Vergasung gebraucht hat, hat er nichts von ihr gewußt – so sieht die „dokumentengetreue" Folgerung Irvings hier wie auch an anderen Stellen seines Buches aus.

Zum kritischen Zweifel verpflichtet, kann der Historiker – Irvings These sinnvoll abwandelnd – allenfalls fragen, wie es zu erklären ist, daß die überlieferten Äußerungen Hitlers zur Judenfrage während des Krieges, in denen – entgegen Irvings Behauptung – auch Worte wie „Ausrottung" und „Vernichtung" keineswegs fehlen[51], zwar Hitlers Vernichtungswillen in mehr oder weniger allgemeiner Weise offenbaren, aber ganz konkrete handlungsbezogene Stellungnahmen Hitlers zu einzelnen Phasen oder Aspekten der Judenvernichtung kaum enthalten.

Daß ein schriftlicher „Befehl" Hitlers zur Judenvernichtung nicht vorliegt, ist dabei nicht das Entscheidende. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es möglicherweise einen einmaligen, umfassenden Vernichtungsbefehl gar nicht gegeben hat. Hinzuzufügen ist, daß entsprechend dem – auch nach damals geltendem

---

[51] Vgl. z. B. das oben wiedergegebene Tischgespräch Hitlers vom 25. 1. 1942. – Es ist deshalb einfach unrichtig, wenn Irving auf Seite 327 seines Buches erklärt: „alle überlebenden Adjutanten, Sekretärinnen und Stabsstenographen" hätten „übereinstimmend bezeugt", daß von der Vernichtung („extermination") der Juden im Führerhauptquartier niemals die Rede gewesen sei. Die These, die Irving offenbar auch von Bormanns damaligem Adjutanten Heinrich Heim bestätigt erhielt, ist um so abwegiger, als Heim das obengenannte Tischgespräch wie viele andere brutale Äußerungen Hitlers festhielt und die Überlieferung der Tischgespräche im wesentlichen auf Heims Notizen zurückgeht. Was Irvings noch lebende „Kronzeugen" aus Hitlers Umgebung für seine These wert sind, erfuhr die englische Publizistin Gitta Sereny, die sich die Mühe machte, fünf der von Irving Befragten selbst zu interviewen. Alle erklärten – wie zu erwarten – Hitler habe in ihrer Gegenwart nicht von Judenvernichtung gesprochen, sie könnten sich aber nicht vorstellen, daß er davon nichts gewußt hatte. Bericht hierüber in „The Sunday Times Weekly" vom 10. 7. 1977.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Recht – illegalen Charakter der Tötungsmaßnahmen eine schriftlich vom Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches stammende Bestätigung der Anordnung sich von vornherein verbot, wenn Hitler nicht die nach wie vor grundsätzlich an Recht und Gesetz gebundene ordentliche Verwaltung und Justiz des Reiches in die größten Schwierigkeiten bringen wollte. Darin bestand ja die salvatorische Funktion der peinlich eingehaltenen Sprachregelungen: die verschiedensten Zweige der ordentlichen Verwaltung, ohne deren organisatorische Mithilfe die Massenaktionen der „Endlösung" nicht durchführbar waren, hörten „offiziell" nur von denjenigen Aspekten oder Abschnitten der Gesamtaktion, die unter dem Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit gerade noch zulässig waren: von „Evakuierung", „Judentransporten" u. ä. Der völlig gesetzwidrige, kriminelle Teil der Aktion, die Liquidierung, geschah unter der formellen Verantwortung der gesetzlich nicht gebundenen Sonderorgane der Sicherheitspolizei und des SD. Er konnte deshalb, was auch beim Vergleich der Akten deutlich wird, im Schriftverkehr zwischen den SS- und Polizeibehörden oder zwischen ihnen und den außerhalb der allgemeinen Reichsverwaltung stehenden Zivilverwaltungschefs in den besetzten Ostgebieten gelegentlich offener und weniger verschleiert erörtert werden.

Als Staatsoberhaupt des Reiches hatte Hitler weit mehr als z. B. Himmler auf die Rechts- und Gesetzesbindung der allgemeinen Staatsverwaltung in formeller Weise Rücksicht zu nehmen und mußte schon deshalb besorgt sein, jede schriftliche oder explizite mündliche Äußerung, die von Dritten in der Form einer Führerweisung hätte fixiert werden können, in der Frage der rechtlosen Juden-Vernichtungsmaßnahmen zu vermeiden. Es ist bekannt, daß Hitler sich auch bei der Euthanasie-Aktion offenbar nur äußerst unwillig dazu bequemte, wenigstens ein Minimum formeller Bestätigung, in der Form einer eher verschleiernden Handschreiben-„Ermächtigung" (keineswegs einer „Anordnung"), zu liefern. Das war 1939 offenbar unumgänglich, weil sich die Tötung der Geisteskranken im Altreich, d. h. im Geltungsbereich der ordentlichen Staatsverwaltung und Justiz abspielte und die Euthanasie-Ärzte und -Spezialisten sich notfalls auf eine förmliche Ermächtigung durch Hitler berufen können mußten. Für die Tötungsaktionen in den besetzten Gebieten, im Rahmen des dort herrschenden Ausnahmezustandes, der vielfältigen Einschränkungen des Geltungsbereichs und der Zuständigkeiten der ordentlichen Verwaltung, bestand diese Notwendigkeit nicht. Hier konnte sich Hitler mit streng geheimgehaltenen mündlichen Ermächtigungen begnügen.

Wenn Himmler später, so z. B. in seinen Posener Geheimreden vor SS-Gruppenführern bzw. Reichs- und Gauleitern am 4. und 6. 10. 1943, in denen er offen über die Judenvernichtung sprach, diese als „schwerste Aufgabe" seines Lebens bezeichnete[52], so hatte dies wahrscheinlich auch hierin seine Begründung: sicher

[52] In der Posener Rede Himmlers vor SS-Gruppenführern (4. 10. 1943) lüftete er in einer bemerkenswerten Wendung auch den eindeutigen Sinn der lange benutzten Sprachregelung, indem er sagte: „Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes". Diese „schwerste Aufgabe", so erklärte er in der Rede vom 6. 10. 1943

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht *den* Grund, daß der „treue Heinrich" seinen Führer mit den Judenvernichtungen hintergangen oder sie ihm freiwillig ohne Auftrag „abgenommen" hatte – wie Irving gegen alle Evidenz behauptet –, sondern offenbar, daß Himmler sich auf keine formelle Beauftragung berufen konnte, weil Hitler ihm nicht nur die Judenvernichtung zugemutet hatte, sondern zusätzlich, über den Auftrag strengstes Stillschweigen zu bewahren. Wie sehr Hitler bemüht war, die „letzte" Wahrheit über das Schicksal der Juden auch der deutschen Öffentlichkeit vorzuenthalten bzw. von der Frage nach deren endgültigem Schicksal abzusehen, ergibt sich auch aus Bormanns vertraulichem Parteirundschreiben an die Reichs- und Gauleiter der NSDAP vom 11. 7. 1943[53], in dem er „im Auftrag des Führers" jede Erwähnung einer „künftigen Gesamtlösung" bei der öffentlichen Behandlung der Judenfrage verbot und nahelegte, nur davon zu sprechen, „daß die Juden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen werden".

Es waren wahrscheinlich nicht nur die formellen Rücksichten, die Hitler veranlaßten, bestimmte Hinweise auf die konkrete Judenvernichtung zu unterlassen. Als instinktsicherer Demagoge, der er auch in seinen Tischgesprächen blieb, wußte er, was er seiner Umgebung zumuten konnte. Bekundungen seines radikalen Antisemitismus in allgemeiner Form, seiner Entschlossenheit zur rücksichtslosen „Rache" an den Juden in seinen öffentlichen Reden während des Krieges wurden mit Beifall quittiert (z. B. bei seiner Rede am 30. 1. 1942). Beschreibungen der konkreten Judenvernichtung dagegen hätten, wie selbst bei Goebbels, ganz andere Gefühle geweckt und erregt. Da es fast ausschließlich Überlieferungen von Konversationen und Reden Hitlers sind, auf die sich unsere Kenntnis seiner Einstellung zur Judenpolitik während des Krieges bezieht, muß bei ihrer Interpretation auch die Grenze, die ihnen unter demagogischen Gesichtspunkten jeweils gesetzt war, berücksichtigt werden.

Für die Einschaltung Hitlers bei Maßnahmen im Zusammenhang der Judenvernichtungsaktionen gibt es gleichwohl mittelbare Indizien. Als Beispiel hierfür nehmen wir die Forcierung der Vernichtungsmaßnahmen, die im Sommer 1942, nach der „Inbetriebnahme" von Sobibor und Treblinka, im Generalgouvernement einsetzte.

Himmler und der für die Vernichtungslager im Distrikt Lublin zuständige SS- und Polizeiführer Globocnik legten schon aus Geheimhaltungsgründen Wert darauf, die Aktion so „schnell wie möglich" durchzuführen[54]. Widerstände dagegen ergaben sich einmal aus dem Bedarf an jüdischen Arbeitskräften (z. B. in bezug auf die rd. 400 000 Juden im Warschauer Ghetto) bei der Wehrmacht, zum anderen aus dem noch immer chronischen Mangel an Transportmaterial, das in erster

---

habe die SS übernommen, aus der Verpflichtung unserem Volke, unserer Rasse gegenüber..., unserem Führer gegenüber"; vgl. den Text in Archiv IfZ: F 37/3.

[53] Enthalten in der Drucksachen-Sammlung „Vertrauliche Informationen der Parteikanzlei", Archiv IfZ, Db 15.06.

[54] Bezeichnend hierfür ist ein Schreiben von SS-Oberführer Brack (Kanzlei des Führers) an Himmler vom 23. 6. 1942 (Nürnb. Dok. NO-205), in dem ersterer mitteilte, er habe Glo-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Linie ebenfalls von der Wehrmacht beansprucht wurde. Himmler brauchte deshalb für die beschleunigte Judendeportation in die Vernichtungslager Hitlers völlige Unterstützung. Offensichtlich in dieser Angelegenheit sprach er am 16. 7. 1942 im Führerhauptquartier mit Hitler, von wo aus am gleichen Tage sein Verbindungsmann bei Hitler, SS-Obergruppenführer Wolff, ein dringendes Telefongespräch mit dem Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium wegen der Bereitstellung vermehrten Eisenbahnmaterials führte. Erst drei Tage später, nachdem diese Voraussetzungen erfüllt waren, konnte Himmler am 19. 7. 1942 die Weisung an den Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement herausgehen lassen, daß die beschleunigte „Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942 durchgeführt" und beendet sein müsse. Ausgenommen werden sollten lediglich die Juden in einigen Arbeits-Sammellagern[55]. Am 28. 7. 1942 machte Staatssekretär Ganzenmüller Wolff die beruhigende Mitteilung:

> „Seit dem 22. 7. fährt täglich ein Zug mit je 5000 Juden von Warschau nach Treblinka, außerdem zweimal wöchentlich ein Zug mit 5000 Juden von Przemysl nach Belzec . . ."

Wolff bedankte sich am 13. 8. 1942 „für die Bemühungen in dieser Angelegenheit" und erklärte, er habe „mit besonderer Freude davon Kenntnis genommen, daß nun täglich ein Zug mit 5000 Angehörigen des auserwählten Volkes nach Treblinka fährt und wir doch auf diese Weise in die Lage versetzt sind, diese Bevölkerungsbewegung in einem beschleunigten Tempo durchzuführen"[56]. Die Einschaltung Wolffs in dieser Frage am gleichen Tage, als Himmler mit Hitler konferierte, ist eines der Indizien dafür, daß den Deportations- und Vernichtungsaktionen vom Führerhauptquartier aus immer wieder Nachdruck verschafft wurde[57].

---

bocnik auf dessen Bitte weitere Spezialisten (für die Vergasungseinrichtungen) zur Verfügung gestellt. „Bei dieser Gelegenheit vertrat Brigadeführer Globocnik die Auffassung, die ganze Judenaktion so schnell wie nur irgend möglich, durchzuführen, damit man nicht mitten drin steckenbleibe. . . Sie selbst, Reichsführer, haben mir gegenüber seinerzeit schon die Meinung geäußert, daß man schon aus Gründen der Tarnung so schnell wie möglich arbeiten müsse." Wenn man dies erreichen, andererseits einen Teil der arbeitsfähigen Juden weiter für Rüstungszwecke einsetzen wolle, so schrieb Brack weiter, empfehle er die Sterilisierung aller noch zur Arbeit eingesetzten Juden auf dem Wege der „Roentgenkastration", was sich „in kürzester Zeit durchführen" lasse.

[55] Als sich zeigte, daß auch im Distrikt Lublin eine Anzahl jüdischer Arbeitskräfte, z. B. die im Interesse der Wehrmacht bei der Beskiden-Erdölgesellschaft Beschäftigten, noch nicht entbehrlich waren, und mithin auch die wegen der geplanten Germanisierung des Distrikts mit Volksdeutschen erwünschte völlige Freimachung von den Juden nicht so schnell erreichbar war, wandte sich Himmler mit dieser Frage Mitte September 1942 abermals an Hitler. Der Vortragszettel Himmlers für den Vortrag bei Hitler am 17. 9. 1942 enthält unter der Überschrift „Volkstum und Siedlung" den Vermerk: „1. Judenauswanderung: wie soll weiterverfahren werden? 2. Besiedlung Lublin: Lothringer, Deutsche aus Bosnien, Bessarabien. . . ." Archiv IfZ: F 37/3.

[56] Nürnbg. Dok. NO-2207.

[57] Ein anderes Zeugnis hierfür ist Himmlers Vortragszettel für seinen Vortrag bei Hitler

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um so phantastischer ist es, daß Irving (S. 327) behauptet, nicht nur Hitlers Sekretärinnen und Stenographen, sondern auch Wolff, mit dem zusammen Himmler Auschwitz und Globocnik in Lublin besucht hatte, habe noch im Sommer 1942 von der Judenvernichtung nichts gewußt. Wolff hat dies nach dem Krieg auch vor dem Landgericht München II beteuert, das wegen seiner Mitverantwortung an den Judenvernichtungsmaßnahmen 1964 gegen ihn verhandelte. Das Gericht konnte, wie es in der Urteilsbegründung heißt, „diesem Verteidigungsvorbringen keinen Glauben schenken, denn es entspricht nicht der Wahrheit"[58]. Irving folgt gleichwohl Wolffs Version, als sei sie eine erwiesene Tatsache und erwähnt nicht einmal die – ihm bekannte – gegenteilige Auffassung des Gerichts.

Es scheint überhaupt, daß der Autor starke Anleihen bei Wolff gemacht hat[59]. War dieser es doch, der Anfang der 50er Jahre wohl als erster die Theorie entwickelte, Himmler habe möglicherweise in seiner bizarren Dienstbeflissenheit gegenüber dem Führer und der von diesem verkörperten Weltanschauung die Vorstellung gehabt, er müsse dem nach außen Krieg führenden Feldherrn Hitler die Verwirklichung seiner antisemitischen Ideen abnehmen, ohne Hitler persönlich zu engagieren. In solchen Vorstellungen wurde der Autor offenbar bestärkt auch durch Angehörige der Subaltern-Umgebung Hitlers, Irvings bevorzugte Zeugen, die Hitler aus ihrer Bediensteten-Perspektive nur als mehr oder weniger liebenswürdigen „Chef" erlebten und sich sehr gut vorstellen konnten, daß „A. H." (wie sie ihn noch immer nennen) wieder einmal, davon sprach Hitler ja sehr oft, hintergangen und in seiner Gutgläubigkeit hinter's Licht geführt worden sei[60]. Auch Hitlers Kammerdiener Krause, dessen Memoiren den volkstümlichen Seufzer

---

am 10. 12. 1942. Auf dem Vortragszettel war u. a. notiert: „In Frankreich befinden sich noch 600 000–700 000 Juden u. a. Feinde des Reiches". Nach der Besprechung machte Himmler die Notiz „Abschaffen". Am gleichen Tage vermerkte Himmler: „Der Führer hat die Anweisung gegeben, daß die Juden und sonstigen Feinde in Frankreich verhaftet und abtransportiert werden. Dies soll jedoch erst geschehen, wenn er mit Laval darüber gesprochen hat" (Mikrofilm Inst. f. Zeitgesch. MA 316, Bl. 615330 und Nürnbg. Dok. PS-1994). Die vorgenannten Zeugnisse sind in der Dokumentenmappe, die Irving zur Vorbereitung seines Buches zusammenstellte, sämtlich enthalten, in seiner Darstellung aber inhaltlich kaum verwandt worden. – Als es Himmler ein Jahr später, im Juni 1943, auch im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Partisanengefahr darum ging, auch die restlichen Juden im Generalgouvernement loszuwerden, wandte er sich bei einem Vortrag am 19. 6. 1943 abermals an Hitler. In der Notiz Himmlers über diesen Führervortrag heißt es: „Der Führer sprach auf meinen Vortrag in der Judenfrage hin aus, daß die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten 3–4 Monaten noch entstehenden Unruhen radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müsse."

[58] Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht München II in dem Strafverfahren gegen Karl Wolff, S. 236 (Abschrift im IfZ: Qm 07.29/2).

[59] Er übernimmt z. B. auch die – sicher abwegige und aus durchsichtigen Gründen von Wolff vertretene – Meinung, nur etwa 70 Personen in Deutschland hätten von der Judenvernichtung gewußt.

[60] Aufzeichnung von Karl Wolff v. 11. 5. 1952, Archiv IfZ: ZS 317.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Wenn das der Führer wüßte", herzhaft unterstützen, scheint Irving als Thesen-Lieferant nicht verschmäht zu haben[61].

Demgegenüber hat Irving die Nachkriegs-Aussagen derjenigen, die an der Organisation der Judenvernichtung selbst beteiligt waren oder guten Zugang zu den Geheiminformationen hatten, vielfach nicht berücksichtigt oder kurz abgetan. Die übereinstimmenden Angaben von Walter Blume und Otto Ohlendorf, ehemaligen Führern von „Einsatzgruppen", daß die mündlichen Instruktionen zur Judenvernichtung an die Kommandoführer im Jahre 1941 unter ausdrücklicher Bezugnahme auf entsprechende Weisungen Hitlers erteilt worden seien, erwähnt er zwar, entstellt sie aber schon in der Wiedergabe[62]. Gänzlich unberücksichtigt läßt er die bemerkenswerten Aussagen des früheren SD-Führers Wilhelm Höttl[63] und des Auschwitzer Kommandanten Rudolf Höß[64], auch das Zeugnis von Adolf Eichmann schlägt er in den Wind und erklärt irreführend (S. 858), der einzige Anhaltspunkt dafür, daß Hitler die Judenvernichtung befohlen habe, stamme von dem ehemaligen SD-Führer und Judenberater in Preßburg, Wisliceny, tauge aber nichts[65].

---

[61] Karl Wilhelm Krause, Zehn Jahre Kammerdiener bei Hitler, Hamburg [o. J.]. Auf Seite 71 dort u. a. folgende abschließende Betrachtung Krauses: „Hitler hatte keine Menschenkenntnis ... Die Hauptschuld an den meisten Verbrechen, die unter Hitlers Namen ausgeführt wurden, muß auf das Konto von Reichsleiter Martin Bormann und Himmler geschrieben werden. ... Auch ist Hitler über viele Dinge ... gar nicht oder nur sehr wenig oder nur im Sinne dieser beiden bösen Geister unterrichtet worden. Über die Greueltaten in den KZ's ist nicht das geringste im Kreise um Hitler bekannt gewesen. Es wurde niemals über diese Sachen gesprochen ... Ich möchte nochmals behaupten, daß diese Angelegenheiten – und auch der Kampf gegen die Kirche – ihren Ursprung in Bormann und Himmler haben."

[62] Ohlendorf, 1941/42 Chef der Einsatzgruppe D, hatte am 3. 1. 1946 im Nürnberger Prozeß erklärt: „Im Spätsommer 1941 war Himmler in Nikolajew. Er ließ die Führer und Männer des Einsatzkommandos antreten und wiederholte ihnen den gegebenen Liquidationsbefehl ... Die Verantwortung trüge er zusammen mit dem Führer." Irving (S. 326) zitiert den letzten Satz folgendermaßen: „that he [Himmler] alone, in association with Hitler's was responsible." Das „alone" ist Irvings freie Erfindung. Anschließend schwächt er weiter ab: „Himmler's formulation was perhaps purposefully vague".

[63] Höttl gab im Juni 1961, anläßlich des Eichmann-Prozesses in Jerusalem, zu Protokoll: Der Leiter der Einsatzgruppe A, Dr. Stahlecker, habe ihm während des Krieges erklärt, daß der Auftrag an die Einsatzgruppen zur Judenvernichtung „von Hitler persönlich stamme und von Heydrich an die Einsatzgruppen weitergeleitet wurde". Höttl erklärte dabei weiter, über die Judenvernichtung als Zeuge in Nürnberg in den Jahren 1945–1947 mit ehemals führenden Funktionären gesprochen zu haben. „Die einheitliche Auffassung dieser Leute" sei gewesen, „daß die physische Vernichtung des jüdischen Volkes ausschließlich auf Hitler persönlich zurückzuführen ist." Eichmann-Prozeß, Vernehmungen Wilhelm Höttl durch das Bezirksgericht Bad Aussee, 19.–21. 6. 1961, Prot. S. 22.

[64] Kommandant in Auschwitz, Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß, München 1963 (dtv), S. 157.

[65] Wisliceny hatte nach 1945 behauptet, ihm sei von Eichmann sogar ein schriftlicher Befehl in bezug auf die Judenvernichtung gezeigt worden. Eichmann widersprach dem bei seinen Aussagen in Jerusalem, bestätigte aber, Wisliceny mündlich mitgeteilt zu haben, Heydrich hätte ihn (Eichmann) zu sich gerufen und darüber informiert, „daß der Führer die physische Vernichtung der Juden angeordnet hat". Irving nimmt diesen Widerspruch der Aus-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Irving sucht diese Zeugnisse mit einem besonders schwachen „Beweis" zu kontern: „The powerful written evidence that Hitler again and again ordered the ‚Jewish problem' set aside until the war was won" (S. 858/Anm.). Er bezieht sich darauf, daß Hitler in Gesprächen mit Bormann, Goebbels und anderen, im Sommer 1941 anläßlich starker oppositioneller Regungen von kirchlich-katholischer Seite (Graf Galen), die innerhalb der NSDAP, auch vor allem bei Bormann, im Sommer 1941 die Tendenz zu radikalen Maßnahmen gegen die oppositionellen Wortführer des katholischen Klerus aufkommen ließen, bremsend eingriff, weil er während des Krieges eine breite Volksopposition der kirchenfrommen Bevölkerung unbedingt vermeiden wollte. Wie die Kirchenfrage, so Irving (S. 331), habe Hitler auch die Judenfrage auf die Zeit nach dem Kriege vertagen wollen. Daß Irving auch Dokumenten-Manipulationen nicht scheut, um die schon auf den ersten Blick abseitige These überzeugend zu machen, verrät die Starrsinnigkeit seiner Beweisführung[66].

Das Argument soll offenbar Irvings Hauptthese stützen, Hitler habe sich infolge der vorrangigen Beschäftigung mit Aufgaben der Kriegführung nicht stärker mit der Judenfrage befassen können und deren Lösung Himmler, Heydrich und anderen überlassen. Der Mangel an historischem Verstehen, an Einsicht in wichtigste Zusammenhänge, tritt in dieser These besonders kraß hervor. Läßt doch schon die oberflächliche Beschäftigung mit Hitlers Äußerungen zur Judenfrage während des Krieges erkennen, daß zwischen dem militärischen Krieg, vor allem dem Krieg

---

sagen von Wisliceny und Eichmann, die den Kern der Sache (ihre übereinstimmende Angabe, daß das Vernichtungsprogramm, wie ihnen gesagt worden sei, auf Hitler zurückgehe) gar nicht berühren, zum Anlaß für eine arrogante Bemerkung, mit der er die Bedeutung dieser Zeugnisse ärgerlich herunterzuspielen sucht: „This kind of evidence, of course, would not suffice in an English magistrate's court to convict a vagabond of bicycle stealing." (S. 858/Anm.).

[66] Irving bezieht sich auf die nur in englischer Fassung („Hitler's Table-Talk", a. a. O., S. 91) vorliegende Notiz über das Tischgespräch Hitlers vom 25. 10. 1941, bei dem Hitler, in Gegenwart von Himmler und Heydrich, über Christentum und Kirchen sprach und dabei u. a. bemerkte: „I have numerous accounts to settle, about which I cannot think to-day. But that does not mean I forget them. I write them down. The time will come to bring out the big book! Even with regard to the Jews, I've found myself remaining inactive. There's no sense in adding useless to the difficulties of the moment ... When I read of the speeches of a man like Galen, I tell myself that ... for the moment it is preferable to be silent. ..." Schon die Formulierung „even with the Jews ..." macht deutlich, daß Hitler diese Frage anders als die Kirchenfrage ansah. Irving verfälscht dies, indem er bei der Wiedergabe dieses Satzes (S. 331) das „even" unterschlägt und stattdessen ein im Original nicht enthaltenes „too" einfügt. Anstelle des überlieferten Satzes („Even with the Jews I've found myself remaining inactive") heißt es bei Irving: „with the Jews too I have found myself remaining inactive". Es ist denkbar, daß sich Hitler bei dieser Bemerkung auf die frühere, erzwungene „Inaktivität" in bezug auf das Ziel, Deutschland judenfrei zu machen, bezog, die inzwischen einer zielstrebigen Aktivität gewichen war. Möglicherweise bezog er sich aber auch auf die Schwierigkeiten, die der unerwartete Verlauf des Ostfeldzuges einer schnellen Judendeportation damals in den Weg legte; vgl. die oben zitierte Äußerung Hitlers gegenüber Goebbels vom 21. 11. 1941 (s. S. 752).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die Sowjetunion, und dem Weltanschauungskampf gegen die Juden in Hitlers Denken und Wollen ein vielfältig motivierter intensiver Zusammenhang bestand. Gerade dieser so evidente Zusammenhang entzieht ja Irvings revisionistischen Thesen alle innere Überzeugungskraft, zumal ohne diese ideologisch-pathologische Verknüpfung von Krieg und Judenvernichtung (in Hitlers Vorstellungswelt) letztere gar nicht erklärt werden könnte.

Will man diese in ihrer vollen Bedeutung gerade auch als handlungsmotivierende Antriebskraft erfassen, genügt es m. E. nicht, sie auf ein Muster bloß gedanklich-ideologischer Verknüpfungen zurückzuführen[67]. Hitlers Weltanschauung, insbesondere ihre antijüdische Komponente, war immer fixiertes Dogma und sprunghaft paranoide Aggressivität zugleich. Geht man nur von der ersteren aus, dann unterstellt man – genau genommen – es habe weder Entwicklung noch Radikalisierung gegeben. Die Endlösung der Judenfrage erscheint dann als konsequente Erfüllung eines Programms, lange vorgeformt in den ursprünglichen Denkansätzen, methodisch und „logisch" Stufe um Stufe ins Werk gesetzt. An verschiedenen Zäsuren der nationalsozialistischen Judenpolitik läßt sich zeigen, daß eine solche Hypothese nicht aufgeht bzw. wichtiges nicht mehr zureichend erklärt. Die „wütende" Reichskristallnacht, die das Tor zur gesetzlosen Form der Judenverfolgung aufstieß, ist dafür ein besonders sprechendes Beispiel. Auch die seitdem auffällig verschärfte ungeduldige Fixierung Hitlers auf eine Lösung der Judenfrage – ablesbar schon an der Intensität und Häufung seiner öffentlichen Äußerungen und diplomatischen Interventionen, mit denen er Anfang 1939 die Judenfrage aufgriff – läßt sich nicht nur aus der Weltanschauung Hitlers ableiten. Wie immer die – unvermeidlich ins Psychologische übergreifende – Erklärung im einzelnen aussehen mag, ob man die überschwengliche Erfolgseuphorie, die Hitler in dieser Zeit zu beherrschen und über seine bisher rationale politische Zweck-Mittel-Kalkulation hinauszutreiben begann, oder das für die spätere Zeit (ab Winter 1941) sicher nicht unwichtige Motiv der Rache und Vergeltung für den anders als gewünscht verlaufenen Krieg als Gründe ansetzen will –, sicher ist, daß der dogmatische ideologische Antisemitismus Hitlers nicht zeit- und aktualitätsunabhängig war. Er entfaltete sich nicht einfach „programmatisch", sondern pathologisch, wurde mehr oder weniger aufgeladen, und diese „Aufladungen" waren als Motiv der Entschlüsse und Handlungen mindestens ebenso wichtig wie das feststehende Dogma. Dem entspricht auch der Grundzug der nicht gleichmäßig und planvoll, sondern eher improvisiert und sprunghaft, durch jeweils forcierte Ad-hoc-Aktionen, vorangetriebenen Judenpolitik und -vernichtung.

Dem Zusammenhang zwischen Krieg und Judenfrage kommt unter diesem Gesichtspunkt noch größere Bedeutung zu. Der Krieg bot nicht nur – wie Goebbels dies in seinem Tagebuch am 27. März 1942 zynisch vermerkt hatte – Möglichkeiten des gewaltsamen Vorgehens, die im Frieden nicht gegeben waren, sondern wurde

[67] Das ist m. E. auch die Schwäche von Eberhard Jäckels nur auf die Gedanken-Geschichte abhebenden Studie über „Hitlers Weltanschauung", Tübingen 1969.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerade deswegen auch *gewollt* (nicht nur um außenpolitischer und imperialer Zwecke willen *riskiert*). Die später immer wieder aufgegriffene Hitler-Prophezeiung der Judenvernichtung für den Fall eines neuen Weltkrieges vom 30. 1. 1939 war psychologisch gesehen nicht nur „Warnung", sondern selbst ein Stück Kriegsmotivation.

Der Krieg bot aber in seinem weiteren Verlauf auch den idealen Nährboden für ständige „Neuaufladungen" eines manisch-aggressiven Antisemitismus, keineswegs nur bei Hitler allein. Die Konfrontation mit den Massen der „Ostjuden" im besetzten Polen, im Baltikum und in Rußland gab dem imperialen Rassengedanken, den man bisher abstrakt propagiert hatte, emotionale Nahrung und Bestätigung, ein konkretes Bild der Minderwertigkeit, die es auszulöschen galt. Die psychologisch wohlfeilste, primitivste Form der Selbstbestätigung und self-fullfilling-prophecy konnte in Gang kommen: Die diskriminierten, zusammengepferchten, geschundenen und verängstigten Juden im Osten sahen schließlich aus, wie man sie im antisemitischen Wochenblatt bisher karikiert hatte. Die Epidemien in den Ghettos machten sie zu einem Problem der völkischen Gesundheits-Politik. Ihre Flucht in die Wälder aus Todesangst erzeugte die Gefahr „jüdischer Banden", die man durch die Ausrottung der Juden ebenso prophylaktisch beseitigen zu müssen vorgab wie die durch Juden zu gewärtigende Verbreitung defaitistischer Gesinnungen oder Verschwörungen in Deutschland und den besetzten oder verbündeten Nachbarländern.

Alle diese und andere Motive, die nicht nur von Hitler und Himmler, sondern auch von Goebbels und Ribbentrop, von den regionalen Militär- und Zivilverwaltungschefs wie von den mit der Unterdrucksetzung der Verbündeten beauftragten Diplomaten zur weiteren Forcierung der Endlösung auf europäischer Ebene benutzt und besonders in der letzten Etappe des Deportations- und Vernichtungsprogramms 1943/44 ausgespielt wurden, lassen sich nicht nur verstehen als oktroyierte Sprachregelungen für die Durchsetzung eines davon unabhängigen „eigentlichen" Weltanschauungs-Zieles. Sie waren vielmehr Realfaktoren eines aus Ideologie, Propaganda und – vor allem – den unvorhergesehenen Wirkungen des eigenen Vorgehens gemischten Knäuels von Gründen, der gerade als solcher über die wenigen Rasseideologen hinaus wirksam war und so viele „Mittäter" und „Helfer" der Endlösung ins Spiel brachte.

Auch bei Hitler ist die Verlagerung der in seinen Äußerungen zur Judenfrage hervortretenden Motive in der zweiten Kriegshälfte bemerkenswert. Nachdem der militärische Kampf kaum noch aussichtsreich war, wurde der „Schicksalskampf" gegen das Judentum zum eigentlichen Krieg stilisiert (den man gewinnen werde)[68].

[68] Bezeichnend hierfür sind u. a. die im Goebbels-Tagebuch vom 13. 5. 1943 wiedergegebenen ausführlichen Äußerungen Hitlers zur Judenfrage: „Es bleibt also den modernen Völkern nichts anderes übrig als die Juden auszurotten. Sie werden sich mit allen Mitteln gegen diesen allmählichen Vernichtungsfeldzug zur Wehr setzen. Eines dieser Mittel ist der Krieg. Wir müssen uns also darüber klar sein, daß wir in dieser Auseinandersetzung zwischen der arischen Menschheit und der jüdischen Rasse noch sehr schwere Kämpfe zu bestehen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es galt den Tod von Hunderttausenden deutscher Soldaten und den Blutzoll der arischen Rasse biologisch wettzumachen und zu rächen durch die Liquidierung einer noch größeren Zahl von Juden. Auch bei Hitler wurde das „Sicherheits"-Motiv vorrangig: Eliminierung der Juden, weil man sonst Revolution im Innern[69], zunehmenden Partisanenkrieg im Rücken der Front, Defaitismus und Abfall der verbündeten Länder befürchten mußte. Nach Stalingrad scheint dadurch bei Hitler eine letzte Steigerung der Radikalität in der Judenfrage eingetreten und mitbestimmend gewesen zu sein für die verschärften Maßnahmen zur Einbeziehung möglichst aller Juden im deutschen Machtbereich in das Vernichtungsprogramm[70].

Die vielfältigen Äußerungen Hitlers zum Verhältnis von Krieg und Judenfrage dokumentieren mit hinreichender Deutlichkeit, wie unhaltbar die Hauptthese Irvings ist. Ein Beispiel der nach Stalingrad verstärkten Einschaltung Hitlers in die Endlösung der Judenfrage bilden seine Besprechungen mit dem rumänischen Staatsführer Marschall Antonescu und dem ungarischen Reichsverweser Admiral Horthy im April 1943[71]. Wir wollen die Protokolle dieser Besprechungen zum Schluß unserer Betrachtung ausführlicher darlegen, weil sie nicht nur Hitlers

---

haben, weil das Judentum es verstanden hat, große Völkerschaften aus der arischen Rasse bewußt oder unbewußt in seinen Dienst zu bringen ... Das Weltjudentum steht nach der festen Überzeugung des Führers vor einem geschichtlichen Sturz ... Die Völker, die den Juden am ehesten erkannt haben und ihn am ehesten bekämpfen, werden an seiner Stelle die Weltherrschaft antreten."

[69] In seiner Geheimrede vor Offizieren und Generalen auf dem Obersalzberg am 26. 5. 1944 (siehe oben, Anm. 41) erklärte Hitler u. a.: „Ich habe das Judentum aus seinen Stellungen herausgedrängt, und zwar rücksichtslos ... damit habe ich der breiten Masse den letzten Katalysator weggenommen. Indem ich den Juden entfernte, habe ich in Deutschland die Möglichkeit irgendeiner revolutionären Kernbildung oder Keimzellenbildung beseitigt ...".

[70] Die Forcierung der Judendeportationen aus Frankreich ab Frühjahr 1943, der gleichzeitig zunehmende Druck auf Ungarn wegen der Judenfrage, die Vernichtung der Juden in der Ukraine (Frühjahr 1943) und andere Indizien sprechen dafür, daß der Vernichtungskampf gegen die Juden mit größter Radikalität wieder aufgenommen wurde, nachdem der militärische Krieg mehr oder weniger schon verloren war. Auch Eichmann sagte während des Prozesses in Jerusalem am 21. 6. 1961 aus, „nach Stalingrad" sei „eine bedeutende Anstrengung seitens der Reichsführungsorgane" zu bemerken gewesen, „die Deportierung [der Juden] mit allen Mitteln zu forcieren. Die erste „Spitze" der Forcierung sei in das Frühjahr 1942, die zweite in die Zeit nach dem Tod Heydrichs, die dritte in die Phase nach Stalingrad gefallen.

[71] Vgl. die Wiedergabe der Besprechungen Hitlers mit Antonescu und Horthy aufgrund der deutschen Protokolle bei Andreas Hillgruber, Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, 1970, Bd. 2. Über Hitlers Äußerungen zur Judenpolitik gegenüber Antonescu daraus (S. 332 f.) u. a. folgende Sätze: „Deshalb sei der Führer im Gegensatz zu Marschall Antonescu der Meinung, daß man je radikaler desto besser gegen die Juden vorgehen müsse ... Er (der Führer) ... breche lieber alle Brücken hinter sich ab, da der jüdische Haß sowieso riesengroß sei. In Deutschland habe man infolge der Bereinigung der Judenfrage ein geschlossenes Volk ohne Opposition zur Verfügung. Allerdings gäbe es auch kein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Weg." Irving erwähnt (S. 508) zwar die Besprechung, nicht aber Hitlers Äußerungen zur Judenfrage.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Insistieren und sein Denken noch einmal dokumentieren, sondern auch Gelegenheit geben zu zeigen, wie der Autor des Hitler-Buches mit solchen Dokumenten umgeht.

Durch Schilderung der antijüdischen Maßnahmen in Deutschland (im Reichsgebiet gab es damals nur noch wenige Tausend Juden) suchte Hitler beide Staatschefs für ein ähnlich radikales Vorgehen gegen die in ihren Ländern lebenden Juden zu gewinnen. Besonders massiv äußerte er sich am 16./17. 4. 1943 gegenüber Horthy. Daß sich in Ungarn rund 800 000 Juden trotz einiger seit 1938 erlassener Judengesetze noch relativ frei bewegen konnten, hatte schon seit längerer Zeit den stärksten Unwillen Hitlers hervorgerufen. Auf die Vorhaltungen, die ihm deswegen gemacht worden waren, antwortete Horthy am 16. 4. 1943[72] mit der Aufzählung zahlreicher Maßnahmen, die seine Regierung zur Einschränkung des jüdischen Einflusses unternommen habe und schloß, in deutlicher Anspielung auf die ihm bekannten Nachrichten über deutsche Maßnahmen zur Judenvernichtung: „Er habe alles getan, was man anständigerweise gegen die Juden unternehmen könne, aber ermorden oder sonstwie umbringen könne man sie ja wohl nicht." Hitler, durch diese offene Anspielung offenbar in Verlegenheit gesetzt, wich zunächst aus und erklärte laut Protokoll: „. . . Dies sei auch nicht nötig. Ungarn könne genauso wie die Slowakei die Juden in Konzentrationslagern unterbringen . . ." Dann in typisch Hitlerscher Verdrehungskunst zum Gegenangriff übergehend: „wenn von Ermordung der Juden gesprochen würde, so müsse er (der Führer) feststellen, daß nur *einer* morde, nämlich der Jude, der die Kriege anzettele . . ." Hitler und Ribbentrop ließen nicht locker und kamen am folgenden Tag (17. 4.) nochmals auf die Frage zu sprechen. In den wichtigsten Passagen des Protokolls heißt es hierzu:

> „Auf die Gegenfrage Horthys, was er denn mit den Juden machen solle, nachdem er ihnen so ziemlich alle Lebensmöglichkeiten entzogen habe – erschlagen könne er sie doch nicht – erklärte der Reichsaußenminister, daß die Juden entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müßten. Eine andere Möglichkeit gebe es nicht."

Hitler ergänzte die offene Sprache seines Außenministers zunächst durch langatmige Ausführungen über den Verfall, den die Juden überall bewirkten, und kam in einer für ihn bezeichnenden Mischung von Offenheit und Verschleierung schließlich selbst auf den Kern der Sache, die Massentötung der Juden in den Vernichtungslagern in Polen, auf die Horthy angespielt hatte:

> „Sie [die Juden] seien eben reine Parasiten. Mit diesen Zuständen habe man in Polen gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne. Das wäre nicht grausam, wenn man bedenke, daß sogar unschuldige Naturgeschöpfe wie Hasen und Rehe getötet werden müßten, damit kein Schaden entstehe. Weshalb sollte man die Bestien, die uns den Bolschewismus bringen wollten, mehr schonen."

---

[72] Protokolle bei Hillgruber, a. a. O., Bd. 2, S. 245 f. und 256 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese dokumentarisch überlieferten Äußerungen Hitlers konnte auch Irving nicht übergehen. Er gibt einige Passagen wieder (S. 509), sucht ihre Bedeutung aber durch eine Reihe von Kunstgriffen methodisch abzuschwächen: Die in Gegenwart Hitlers abgegebene Erklärung Ribbentrops (die Juden müßten vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden) versteckt er in die Anmerkungen im Anhang des Buches[73], Hitlers eigene Bemerkung (in Polen würden die Juden, die nicht arbeiten wollten, erschossen und diejenigen, die nicht arbeiten könnten, müßten verkommen) leitet er ein mit einem Hinweis auf den kurz zuvor niedergeschlagenen Ghettoaufstand in Warschau (der in der Konferenz mit Horthy gar nicht zur Sprache kam) und läßt sie so fälschlich als Anspielung auf eine engbegrenzte und besonders begründete Aktion erscheinen. Um vollends den Eindruck zu verwischen, die kaum noch mißverständlichen Äußerungen des Führers seien eine Bestätigung der Judenvernichtungspolitik durch Hitler, läßt er das Gespräch mit Horthy, entgegen dem tatsächlichen Verlauf, enden mit der ausweichenden Bemerkung, die Hitler am Vortage (16. 4. 1943) auf die direkte Frage Horthys, ob er denn die Juden umbringen solle, gemacht hatte („Das sei nicht nötig"). Diese Worte werden bei Irving an den Schluß der Gesprächswiedergabe gesetzt, als einzige wörtlich zitiert („There is no need for that") und mit Betonung in Anführungszeichen gesetzt. Den so gründlich entstellten Hergang und Inhalt der Unterredung beschließt Irving dann noch mit einigen auf weitere Entlastung Hitlers abzielenden, vor allem für Irvings eigenen apologetischen Interpretations-Hintergrund charakteristischen Bemerkungen (S. 509 f.). Sie sollen zur Veranschaulichung im vollen Wortlaut zitiert werden:

> „What had prompted the earthier [!] language Hitler now employed? It is possible to recognize the association in his mind of certain illogical ideas; half were unconscious or the result of his own muddled beliefs, but half had deliberately been implanted by trusted advisers like Himmler and Goebbels: the Jews had started the war; the enemy was the international Jew; the most deadly of the Bolsheviks, like Stalin's propagandist Ilya Ehrenburg, were Jews: Ehrenburg and the Jews behind Roosevelt were preaching the total extermination of the German race. The saturation bombing of German cities, their blasting and burning, was just the beginning. In his warning to Horthy that the ‚Jewish Bolsheviks' would liquidate all Europe's intelligentsia, we can identify the influence of the Katyn episode ... But the most

[73] S. 872 (Anm. zu S. 509). Horthy hatte die Äußerungen Hitlers sehr wohl als Aufforderung zur Judenvernichtung verstanden. Das bestätigt sich in dem Entwurf eines Schreibens von Horthy an Hitler in bezug auf die Konferenz in Kleßheim, den das ungarische Außenministerium anfertigte und in dem es hieß: „Euer Exzellenz warfen mir des weiteren vor, meine Regierung schritte nicht mit dem gleichen Radikalismus in der Ausrottung des Judentums vor als dies in Deutschland durchgeführt und dort auch für andere Länder als erwünscht betrachtet wird" (im endgültigen Brief Horthys an Hitler vom 7. 5. 43 war diese Passage ausgelassen; vgl. hierzu: The Confidential Papers of Admiral Horthy, Budapest 1965). In seiner Anmerkung nimmt Irving nur schamhaft Bezug hierauf, indem er das Wort „Ausrottung" in seinem Buch nicht übersetzt mit „exstirpation" (so lautet jedoch die treffende handschriftliche Übersetzung Irvings am Rande der von ihm benutzten Kopie des Horthy-Briefes; IfZ, Sammlung Irving), sondern mit dem unbestimmten „stamping out".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

poisonous and persuasive argument used to reconcile [!] Hitler to a harsher treatment of the Jews was the bombing war. From documents and target maps recently found in crashed bombers he knew that the British aircrews were instructed to aim only at the residential areas now and to disregard the industrial targets proper. Only one race murdered, he told the quailing Horthy, and that was the Jews, who had provoked this war and given it its present character against civilians, women, and children. He returned repeatedly to this theme as 1943 progressed; in 1944 it became more insistent; and in 1945 he embodied it in his Political Testament, as though to appease his own conscience and justify his country's actions."

Mit diesen „Erklärungen" hat unser Autor es wieder einmal geschafft: ohne den von Churchill veranlaßten britischen Bombenkrieg wäre Hitler kein solcher Judenhasser gewesen. Die einseitige Voreingenommenheit des Autors, seine Umsetzung von Churchill-Haß in Hitler-Apologie, ein Merkmal seines ganzen Buches, charakterisiert auch diese Passage.

Es war nicht möglich und auch nicht nötig, auf sämtliche Details der entstellenden Interpretation Irvings einzugehen. Daß sie Anlaß gegeben hat, über die Kritik hinaus auf die Sache selbst zurückzukommen, ist gleichwohl als ein Verdienst des Verfassers anzusehen: Bei aller Fehldeutung hat er doch auch aufmerksam gemacht auf bisher unzulängliche Kenntnisse oder Interpretationen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WOLFGANG BENZ

FÖDERALISTISCHE POLITIK IN DER CDU/CSU

DIE VERFASSUNGSDISKUSSION IM „ELLWANGER KREIS" 1947/48

Nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Reichs beschäftigte sich im Dezember 1918 eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Hugo Preuß in Berlin mit dem Entwurf einer neuen Reichsverfassung. Wenig später setzten sich in Stuttgart die Regierungschefs und Minister der süddeutschen Länder zusammen, um ihrerseits zu beraten, wie das Schlimmste zu verhindern sei, nämlich eine zentralistische Verfassungsordnung des Deutschen Reiches, auf die die Berliner Bemühungen ihrer Meinung nach zwangsläufig hinauslaufen würden. Die Entstehungsgeschichte der Weimarer Verfassung stand dann auch im Zeichen des Widerstreits zwischen Föderalismus und Zentralismus[1]. Auf der einen Seite wurde mit dem Prinzip der Volkssouveränität argumentiert, mit Blick auf eine verfassunggebende Nationalversammlung, auf ein möglichst omnipotentes zentrales Parlament und auf eine starke Reichsexekutive, auf der Gegenseite wurde der Grundsatz der Eigenstaatlichkeit der Länder zäh verteidigt: Dem Gesamtstaat sollten nur die notwendigsten Souveränitätsrechte für Legislative und Exekutive übertragen werden. Diese Antagonie zeigte sich während der ganzen Weimarer Zeit am deutlichsten in den Streitigkeiten zwischen Bayern und dem Reich. Zieht man jedoch ab, was dem Konto des partikularen Egozentrismus der bayerischen Regierungen – von Eisner bis Held – speziell anzulasten war, so blieb ein beachtlicher Grundsatz-Dissens zwischen der föderal-gouvernementalistischen und der unitarisch-parlamentarischen Anschauung, der das Verhältnis zwischen Reich und Ländern bis 1933 bestimmte. Der Gegensatz war weder geographisch noch parteipolitisch zu lokalisieren: Die Verfechter des Einheitsstaats waren keineswegs durchgängig Sozialdemokraten, und Föderalisten saßen keineswegs samt und sonders in Süddeutschland. Sozialdemokraten wie die Regierungschefs von Württemberg, Baden, Hessen oder Sachsen kämpften ebenso energisch gegen ihre Berliner Parteizentrale wie gegen die zentralistische Reichsbürokratie, wenn es um die föderalistische Sache ging. Die Absonderung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum war wesentlich eine Folge des Gegensatzes Föderalismus – Unitarismus, und auch in den liberalen Parteien waren Meinungsverschiedenheiten zwischen Länderministern und Parteiinstanzen zu beobachten. Kurt Eisner, Bayerns Ministerpräsident vom November 1918 bis Februar 1919, gehörte der USPD an, seine föderalistischen Wünsche übertrafen die Forderungen des Sozialdemokraten Hoegner von 1945/46 oder seines CSU-Nachfolgers Ehard um einiges. Schließlich war

[1] Vgl. dazu Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wilhelm Hoegner ebenso Sozialdemokrat wie Kurt Schumacher, der eine aber war Ministerpräsident und der andere war Parteichef.

1945 war die föderal-gouvernementalistische Richtung durch die historische Situation – die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen, das Fehlen einer politischen Zentrale, den Zwang zum wirtschaftlichen Wiederaufbau auf unteren Ebenen – begünstigt. Die Abneigung der Bevölkerung gegen Parteien war beträchtlich, und für Parteipolitik schien zunächst kein Raum. Die Allparteienkabinette der ersten Stunde entsprachen daher nicht nur den Wünschen der Besatzungsmächte, sondern ebenso den Neigungen auf deutscher Seite zur Harmonisierung von Gegensätzen in gemeinsamer Arbeit. Die unitarisch-parlamentaristische Richtung erhielt erst Mitte 1947 im Frankfurter Wirtschaftsrat und in den Zentralverwaltungen der Bizone – im Vergleich zu den Länderregierungen – bescheidene politische Artikulationsmöglichkeiten.

Was die süddeutschen Regierungen im Dezember 1918 vergeblich erstrebt hatten, ein gemeinsames Organ aus Regierungsvertretern als Instrument zur Koordinierung des eigenstaatlichen Selbstbehauptungswillens[2], bekamen sie – unter anderen Voraussetzungen freilich und anderer Absicht – im Oktober 1945 von der amerikanischen Militärregierung. Als Koordinierungsorgan für Gesetzgebung und wirtschaftliche Notmaßnahmen in den Ländern der US-Zone war der Länderrat in Stuttgart als ständige Konferenz der Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg-Baden und Hessen eingerichtet worden. Die Institution, bald durch Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsstäbe erweitert, in denen Fachminister oder Beamte der Länderregierungen saßen, wurde zum wichtigsten deutschen politischen Gremium in der US-Zone, in dem die wesentlichen Entscheidungen fielen[3].

Die Institution bedeutete für die Länderregierungen – und nicht nur die süddeutschen – einen wesentlichen Vorsprung in der späteren Auseinandersetzung mit Parteigremien und Zonenbürokratien um den Anspruch der „nationalen Repräsentation"[4]. Den Vorsprung suchten sie zu halten, als ab 1947 die Verfassungsstruktur des neuen deutschen Staates zur Debatte stand. Ein parlamentarisches Gremium wie den Wirtschaftsrat betrachteten sie daher von seinen Anfängen an mit erheblichem Mißtrauen.

Am stärksten waren die Anhänger des Föderalismus in der CDU und CSU vertreten, innerhalb der Partei fanden sie sich im „Ellwanger Freundeskreis"

---

[2] Ebenda, S. 66 ff.

[3] Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1 (Sept. 1945–Dez. 1946), bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München 1976 (künftig zit.: AVBRD). S. a. Christoph Weisz, Deutsche Politik unter Besatzungsherrschaft, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1976, S. 53–68.

[4] Vgl. Marie Elise Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947, Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zusammen[5]. Die CDU war nicht nur unter programmatischen Gesichtspunkten[6] sondern auch organisatorisch ein ziemlich heterogenes Gebilde; bis zum ersten Bundesparteitag in Goslar im Oktober 1950 war die Union ein Ensemble von selbständigen Parteien gleichen Namens.

Die Landesverbände[7] bildeten die jeweils oberste Organisationsebene der seit Sommer 1945 aus verschiedenen regionalen Keimzellen – Schwerpunkte lagen in Berlin und im Rheinland – entstandenen christlichen Parteien. Lediglich in der britischen Zone war es möglich gewesen, die Landesverbände bereits im Februar 1946 zum Zonenverband zusammenzuschließen. Der Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone, eine Art Delegiertenparlament, das als erweiterter Vorstand fungierte, bot dem Vorsitzenden Konrad Adenauer für seine Karriere den notwendigen organisatorischen Vorsprung von den anderen Unionspolitikern[8].

Der Führungsanspruch Adenauers und der CDU in der britischen Zone war am heftigsten in Berlin umstritten; Andreas Hermes, Jakob Kaiser und Walther Schreiber, die dortigen Männer der ersten Stunde, hatten im Juni 1945 als erste der neuen politischen Gruppierung den Namen Christlich Demokratische Union gegeben. Der Landesverband in der ehemaligen Reichshauptstadt hielt sich für die Führung der gesamtdeutschen Partei legitimiert und brachte das auch durch die Bezeichnung „CDU Deutschlands" zum Ausdruck. Die Eingriffe der sowjetischen Militäradministration und der wachsende Einfluß der SED auf die CDU in der Ostzone führten dazu, daß 1948 die Verbindung mit den fünf Landesverbänden der Ostzonen-CDU abgebrochen wurde. Die Berliner Organisation geriet dadurch zunehmend in die Isolation.

In Bayern hatte sich nicht nur äußerlich eine Sonderentwicklung bei der Parteigründung vollzogen. Die CSU blieb in den ersten Jahren nach der Gründung ein

---

[5] Diese Studie beschränkt sich darauf, den Anteil, den der Ellwanger Kreis in der Verfassungsdiskussion 1947 und 1948 hatte, darzustellen. Über die sonstigen Aktivitäten in den mehr als zwanzig Jahren seines Bestehens sind andere Arbeiten zu erwarten. Im folgenden werden die Mitglieder des Ellwanger Kreises – soweit sie in den Diskussionen hervortraten oder regelmäßig eine wichtige Rolle spielten – in biographischen Anmerkungen vorgestellt. Infolge der Fluktuation und der relativ langen Lebensdauer des Kreises ist es weder möglich noch sinnvoll, eine vollständige Mitgliederliste aufzustellen. Landrat a. D. Dr. Anton Huber, Aalen, Mitglied des Ellwanger Kreises, langjähriges Vorstandsmitglied der CDU Nordwürttemberg, 1950–1972 MdL, überließ dem Verfasser, der sich an dieser Stelle sehr herzlich dafür bedankt, Unterlagen des Ellwanger Kreises (künftig zit.: Dr. Huber, Aalen).

[6] Vgl. Günter Plum, Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung – Ihr Scheitern im Kräftefeld deutscher und alliierter Politik, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1976, S. 98. Vgl. auch Wolf-Dieter Narr, CDU–SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966, S. 74 f.

[7] Die Landesverbände entsprachen nicht unbedingt den Ländern, in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gibt es immer noch mehrere Landesverbände der CDU.

[8] Vgl. Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949, Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bearb. Helmuth Pütz, Bonn 1975, (künftig zit.: Adenauer und die CDU).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Richtungskämpfe zerstrittenes Gebilde, in dem sich die Anhänger einer Wiedergründung der Bayerischen Volkspartei mit deren föderalistischer Tradition spezifisch bayerischer Observanz mit den Protagonisten einer sozial engagierten christlich-interkonfessionellen Partei nach den Intentionen Adam Stegerwalds fast bis aufs Messer bekämpften. Exponenten der Traditionalisten waren die früheren BVP-Politiker Fritz Schäffer, Alois Hundhammer[9] und Anton Pfeiffer[10], sie konnten sich auf einen beträchtlichen Anhang vorwiegend in Altbayern stützen. Die Newcomer, an ihrer Spitze der „Ochsensepp" Josef Müller, zu denen auch Johannes Semler[11] gehörte, waren von den Traditionalisten als linksorientierte Unitarier, wenn nicht Zentralisten, verschrieen. Vorläufig schienen die letzteren den Sieg davongetragen zu haben, der Einfluß des Hundhammer-Flügels blieb aber, wie sich auch in der Wahl Ehards[12] zum Ministerpräsidenten Ende 1946 zeigte, außerordentlich groß und für die Politik der bayerischen Regierung bestimmend[13].

Im Frühjahr 1946 war der Zusammenschluß aller CDU-Verbände und der CSU in der amerikanischen Zone versucht worden. Das Unternehmen scheiterte jedoch schon im Ansatz. Äußerer Grund war das unlösbare Problem gewesen, einen gemeinsamen Namen zu finden. Der Kompromiß „Christliche Union" stieß auf den Widerspruch Adenauers wie Jakob Kaisers: „Die Weglassung des Attributs ‚demokratisch' könnte auf die Alliierten befremdlich wirken."[14] Tiefere Ursachen für das Scheitern einer Zonenpartei dürften in Rivalitäten zwischen Werner Hil-

---

[9] Alois Hundhammer (1900–1974), nach dem Studium von Geschichte, Philosophie (Dr. phil.) und Volkswirtschaft (Dr. oec. publ.) 1927 stellv. Generalsekretär des Christlichen Bauernvereins, Mitglied der BVP (1932 MdL), 1933 im KZ Dachau, dann als Schuster tätig, 1945 Gründungsmitglied der CSU, 1946 MdL, Dez. 1946–1951 bay. Kultusminister, 1951–1954 Präsident des Landtags, 1957–1969 bay. Landwirtschaftsminister.

[10] Anton Pfeiffer (1888–1957), bis 1928 im Höheren Schuldienst, 1928–1933 Generalsekretär der BVP, seit Herbst 1945 als Staatssekretär Leiter der bay. Staatskanzlei, Juli 1946–Dez. 1946 Staatsminister f. Sonderaufgaben (Polit. Befreiung), dann wieder (bis Dez. 1950) Chef der Staatskanzlei, 1948/49 MdPR (Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU), 1950 dt. Generalkonsul in Brüssel, Aug. 1951–1954 Botschafter in Belgien.

[11] Johannes Semler (1898–1973) Jurist, ab 1924 Rechtsanwalt in Hamburg, Wirtschaftsprüfer und Rechtsberater wirtschaftl. Unternehmen, 1945 Mitgründer der CSU, Mitglied des Landesvorstands, Juli 1947–Jan. 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, 1950–1953 MdB, dann in der Wirtschaft tätig (BMW, Henschel, Borgward).

[12] Hans Ehard (geb. 1887), als Jurist seit 1912 im bay. Staatsdienst, 1919 Staatsanwalt (1923/24 Anklagevertreter im Hitler-Prozeß), Mitglied der BVP, 1925–1928 im Reichsjustizministerium, 1931 Ministerialrat im bay. Justizministerium, 1933–1945 am Oberlandesgericht München, Okt. 1945 Staatsrat bzw. Staatssekretär im bay. Justizministerium, ab 1946 MdL (1954–1960 Präsident), Dez. 1946–Nov. 1954 und 1960–1962 bay. Ministerpräsident, 1949–1955 Landesvorsitzender der CSU, 1962–1966 bay. Justizminister.

[13] Vgl. Alf Mintzel, Die CSU, Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975; Günter Müchler, CDU/CSU, Das schwierige Bündnis, München 1976; ders., Zum frühen Verhältnis von CDU und CSU, in: Politische Studien 23 (1972), S. 595–613.

[14] Müchler, CDU/CSU, S. 33.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pert[15] und Josef Müller, den Parteivorsitzenden in Hessen und Bayern, gelegen haben, aber auch in der Abneigung Adenauers vor einem Konkurrenzverband zur CDU in der britischen Zone[16].

Als „Parteiersatz der Uneinigen", so die treffende Formulierung Günter Müchlers, wurde im August 1946 auf einer Zusammenkunft führender CDU- und CSU-Politiker in Königstein die „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands" beschlossen. Ein halbes Jahr später, am 5./6. Februar 1947, konstituierte sich die Arbeitsgemeinschaft als Verband gleichberechtigter Parteien, freilich ohne daß daraus so etwas wie eine Parteizentrale entstanden wäre. Die Autonomie der Landesparteien blieb bestehen, die organisatorische und programmatische Heterogenität blieb ebenso unverändert. Jakob Kaiser hielt am Hegemonieanspruch der Berliner CDUD fest, und Adenauer blieb den Vorstandssitzungen der Arbeitsgemeinschaft gewöhnlich fern. Das Generalsekretariat unter Bruno Dörpinghaus in Frankfurt „fristete ein desolates Dasein"[17].

Überlegungen über die Gestalt einer künftigen deutschen Verfassung hatten zu dieser Zeit schon in verschiedenen Gremien stattgefunden. Die SPD hatte am 17. November 1946 einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, in dem der Föderalismus als Rest des Feudalismus abgelehnt worden war[18]. Der Vorstand der SPD hatte am 13. und 14. März 1947 „Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik" beschlossen, an deren Spitze die Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund postuliert wurde. Der Neuaufbau Deutschlands sollte nach den sozialdemokratischen Vorstellungen eindeutig im Zeichen des Zentralismus stehen. Das Verfassungsmodell sprach zwar von einem Bundesstaat, in dem aber bei verwaltungsmäßiger Dezentralisierung die Zentralgewalt dominieren sollte. Die „Richtlinien", die sich insgesamt an der Weimarer Verfassung orientierten, forderten die Ablehnung aller ständischen Elemente und aller staatenbündischen Tendenzen: „Es liegt kein Grund vor, Deutschland auf längst überlebte Zustände zurückzubringen"[19]. Die Richtlinien waren vom verfassungspolitischen Ausschuß der SPD unter dem Vorsitz des nordrhein-westfälischen Innenministers Menzel im November 1946 formuliert worden. Dem föderal-gouvernementalistischen Flügel innerhalb der Sozialdemokratie, zu dessen Wortführern

---

[15] Werner Hilpert (1897–1957), 1922–1933 Verbandssyndikus, nach 1933 im Verband Kath.-Kaufmänn. Vereinigungen tätig, 1939–1945 im KZ Buchenwald, Okt. 1945–Jan. 1947 Minister o. Geschäftsbereich und stellv. Ministerpräsident in Hessen, Vorsitzender der hessischen CDU, 1946–1952 MdL, Jan. 1947–Dez. 1950 hess. Finanzminister u. stellv. Ministerpräsident, 1952–1957 Präsident der Deutschen Bundesbahn.

[16] Müchler, a. a. O., S. 33.

[17] Müchler, a. a. O., S. 38. S. a. Bruno Dörpinghaus, Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 1 (1950), S. 194–197.

[18] Otto Grotewohl, Deutsche Verfassungspläne, Berlin 1947, S. 53 f.

[19] Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik, beschlossen in der Sitzung des Vorstandes der SPD am 13. und 14. März 1947, in: Sopade Informationsdienst Nr. 125, 15. 3. 1947.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der bayerische Ministerpräsident Hoegner und der hessische Staatssekretär Brill gehörten, war dieser Entwurf viel zu unitarisch[20].

Für verfassungsrechtliche Überlegungen innerhalb der CDU war der Verfassungsausschuß der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU zuständig. Unter dem Vorsitz Heinrich von Brentanos[21] tagte der Ausschuß erstmals am 10. März 1947[22]. Das Ergebnis bestand in einem Memorandum, das einen föderativen Aufbau des neuen Staatswesens vorsah. Neben einer unmittelbar gewählten Volkskammer sollte eine Länderkammer (zur Hälfte aus Mitgliedern der Länderregierungen, zur Hälfte aus Abgeordneten, die von den Landtagen gewählt würden, zusammengesetzt) stehen. Auch die verfassunggebende Körperschaft sollte bereits aus einer Volks- und einer Länderkammer zusammengesetzt sein. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern folgte im wesentlichen der Weimarer Verfassung. Die Terminologie in diesem Memorandum war noch reichlich unscharf, immerhin wurde bereits die Bezeichnung Bundesrepublik verwendet.

In Heppenheim traf sich der Ausschuß vom 28.–30. April 1947 wieder[23]. Die wesentlichen Elemente der Heppenheimer Beschlüsse waren: Maßgebliche Beteiligung der Länder an der politischen Willensbildung, in gewissem Maße auch an der Exekutive, Gleichberechtigung von Volks- und Länderkammer in der Legislative, Abberufung der Regierung nur durch übereinstimmenden Mehrheitsbeschluß beider Kammern, kein Selbstauflösungsrecht des Parlaments (Auflösung nur durch Volksbegehren und Volksentscheid), Anhörung von Gemeinden und Kommunalverbänden, Wirtschafts- und Berufsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften bei bestimmten Materien der Gesetzgebung. Terminologisch war das Heppenheimer Protokoll wieder zu den Bezeichnungen „Deutschland" und „Deutsche Republik" zurückgegangen.

---

[20] Vgl. Richtlinien des Verfassungsausschusses der SPD „Aufbau des Reiches und der Länder", beschlossen am 8. und 9. 11. 1946, und Hoegners Stellungnahme dazu, Archiv Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ED 120 (Sammlung Ministerpräsident Wilhelm Hoegner), Bd. 130 a. Zur Verfassungsdiskussion in der SPD s. a. Werner Sörgel, Konsensus und Interessen, Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969, S. 56 ff.

[21] Heinrich von Brentano (1904–1964), seit 1932 Rechtsanwalt in Darmstadt, nach 1933 wiederholt verhaftet, 1945 Mitgründer der hessischen CDU, bis 1949 Vorstandsmitglied, 1946–1949 MdL (Fraktionsvorsitzender), Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, 1948/49 MdPR, 1949–1964 MdB (1949 bis 1956 und 1961–1964 Fraktionsvorsitzender), 1955–1961 Bundesaußenminister.

[22] Teilnehmer waren außer Brentano Dr. Kaufmann (Baden), Dr. Süsterhenn (Koblenz), Dr. Schwalber (München), Dr. Lenz (Berlin). S. Memorandum über die Sitzung des Verfassungsausschusses am 10. 3. 1947, Archiv IfZ, Nachlaß (NL) Walter Strauß.

[23] Teilnehmer dieser Sitzung waren: Kaufmann (Ettlingen), Distel (Stuttgart), Brammer (Berlin), Zimmermann (Köln), v. Prittwitz und Gaffron (Tutzing), Schwalber (Dachau), Peters (Berlin), Lobedanz (Schwerin), Krämer (Friedberg), Dörpinghaus (Frankfurt), Brentano (Darmstadt). S. „Bemerkungen über die Arbeit des Verfassungs-Ausschusses in Heppenheim a. d. B. vom 28.–30. April 1947" (am 5. Mai 1947 von Heinrich von Brentano verfaßt), NL Strauß.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Berlin hatte sich schon im März 1946 ein Verfassungsausschuß der CDU Deutschlands konstituiert; in mehreren Sitzungen bemühte man sich dort um die Formulierung verfassungsrechtlicher Thesen für den Zonenparteitag der sechs Landesverbände der CDU in der sowjetisch besetzten Zone und Berlins[24]. Die Berliner Überlegungen tendierten ungefähr in die Mitte zwischen Föderativsystem und dezentralisiertem Einheitsstaat.

Die CDU der britischen Zone verhielt sich Verfassungsfragen gegenüber bemerkenswert abstinent. Im Programm von Neheim-Hüsten (1. März 1946) hieß es lakonisch: „Die Reichseinheit muß gewahrt bleiben. Deutschland muß ein demokratischer und föderativer Staat werden."[25] In der Sitzung des Zonenausschusses am 26./28. Juni 1946 war Adenauer als Vorsitzender bevollmächtigt worden, „einen Ausschuß von Sachverständigen zur Bearbeitung der Verfassungsfragen bei Bedarf zu bestellen"[26]. Ein solcher Bedarf wurde aber in der britischen Zone ernsthaft nie verspürt[27]. Auf dem ersten Zonenparteitag am 14./15. August 1947 in Recklinghausen fand Adenauer in Auslegung des Neheim-Hüstener Programms schöne Worte für den föderalistischen Aufbau Deutschlands[28], für süddeutsche Ohren waren sie aber nicht wohlklingend genug; wenigstens im Umkreis der bayerischen Staatskanzlei glaubte man an die föderalistischen Bekenntnisse Adenauers nicht so recht.

In der Münchener Staatskanzlei war Friedrich Glum[29] mit der Ausarbeitung eines Verfassungsmodells beauftragt worden. Glums Werk, das im Herbst 1946, noch unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoegner, vollendet worden war, trug den stolzen Titel „Verfassung der Vereinigten Staaten von Deutschland" und ging gedanklich auf die Reichsgründung von 1870 zurück. Der Hauptunterschied zur Bismarckschen Reichsverfassung lag im nicht mehr vorhandenen

---

[24] Aktenvermerke über Sitzungen dieses Verfassungsausschusses, dem auch Walter Strauß angehörte, vom 13. 3., 17. 4. und 23. 4. 1946 im NL Strauß. Dort befinden sich auch „Vorschläge zu Erörterungen über eine künftige Reichsverfassung", die Strauß im Oktober 1946 für den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Geiler ausgearbeitet hatte. Diese Vorschläge stimmen weitgehend mit dem Konzept des Berliner CDU-Verfassungsausschusses überein.

[25] Adenauer und die CDU, S. 134.

[26] Ebenda, S. 160.

[27] In der Sitzung des Zonenausschusses am 27./28. 7. 1947 wurde Robert Lehr mit „Vorarbeiten für eine einheitliche Verfassung" beauftragt. In einer Übersicht über die Arbeit der Ausschüsse hatte es anläßlich dieser Sitzung geheißen: „Die Frage der zukünftigen Verfassung liegt völlig im Argen. Es ist ein Fachausschuß erforderlich, der die Haltung der CDU in den Ländern der britischen Zone koordiniert." Vgl. Anl. 3 zur Tagesordnung, a. a. O., S. 330. – S. a. Anm. 68.

[28] Ebenda, S. 338.

[29] Friedrich Glum (1891–1974), Staats- und Verwaltungsrechtler, 1920–1923 Regierungsassessor im preußischen Innenministerium, 1920–1937 Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1939–1945 Grundstücks- und Finanzmakler, 1945–1946 Berater der US-Militärregierung für Verfassungs- und Verwaltungsfragen, 1946–1952 Ministerialdirigent in der Bay. Staatskanzlei, seit 1949 Prof. an der Universität München.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Übergewicht Preußens. Die Souveränität sollte bei den Bundesstaaten liegen, die Exekutive (Bundesrat) bei den Ministerpräsidenten, als Parlament sollte ein Bundestag durch Delegation aus den einzelnen Landtagen installiert werden[30]. Glums Entwurf, der das äußerste Extrem föderalistischer Wunschvorstellungen markierte, stand am Anfang der offensiven Föderalismuspolitik, die in München seit der Jahreswende 1946/1947 betrieben wurde[31]. Als Instrumentarium dieser Politik benützte Anton Pfeiffer, der dafür im wesentlichen verantwortlich war, alle Gremien und Institutionen, die irgend in Frage kamen: Den Stuttgarter Länderrat, in dem Ministerpräsident Ehard am 10. März 1947 „den Aufbau eines deutsch-föderativen Staatswesens mit einer ganz losen Zentralgewalt" propagiert hatte[32], das im Frühjahr 1947 errichtete „Deutsche Büro für Friedensfragen"[33] und auf Parteiebene den Ellwanger Kreis.

Während in London zum fünften Mal die Außenminister der alliierten Siegermächte ergebnislos über das künftige Schicksal Deutschlands konferierten – vom 25. November bis 15. Dezember 1947 –, wurde die deutsche Öffentlichkeit durch Zeitungsberichte beunruhigt, denen zu entnehmen war, daß prominente süddeutsche CDU/CSU-Politiker auf Geheimkonferenzen Pläne für einen süddeutsch-österreichischen Staatenbund schmiedeten. Der alte Argwohn der Weimarer Zeit gegenüber Bayerns eigenstaatlichem Selbstbewußtsein war offensichtlich noch lebendig oder leicht wiederzubeleben. Die Schlagworte Partikularismus und Separatismus, Donauföderation, katholische Alpenmonarchie (mit dem Wittelsbacher Kronprinzen an der Spitze unter wohlwollendem Protektorat Frankreichs) hatten an Griffigkeit nichts eingebüßt.

Ende November 1947 berichtete der „Spiegel" nach einer detailreichen und ebenso farbigen wie weitgehend falschen Beschreibung des Ambiente über eine Zusammenkunft im Kloster Schönenberg bei Ellwangen in Württemberg. „Gesprochen wurde über eine süddeutsche Staatenföderation unter Einbeziehung der amerikanischen und französischen Zone Österreichs. Im Falle des Scheiterns der Londoner Konferenz soll der Plan der amerikanischen und französischen Militärregierung unterbreitet und nach deren Zustimmung realisiert werden. Bereits vor 14 Tagen traf sich der verschlossene Staatspräsident von Baden, Professor Leo Wohleb, mit der geheimnisumwitterten Grauen Eminenz des bayrischen Kabinetts, dem Leiter der Staatskanzlei Dr. Anton Pfeiffer."[34]

---

[30] Vgl. Friedrich Glum, Der künftige deutsche Bundesstaat, München 1946 [tatsächlich: 1948], dort S. 31 ff. der Wortlaut des Glumschen Verfassungsentwurfs. – Vgl. auch F. Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 583 ff.

[31] Vgl. Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik, S. 89 ff.

[32] Ebenda, S. 96; AVERD, Bd. 2 (Januar–Mitte Juni 1947), bearb. von Wolfram Werner, Dokument 10 (Interne Besprechung der Ministerpräsidenten mit General Clay).

[33] Vgl. hierzu die sehr sorgfältig gearbeitete Göttinger Dissertation von 1977: Heribert Piontkowitz, Das Deutsche Büro für Friedensfragen 1947–1949, Ein Vorläufer des Auswärtigen Amts im Widerspiel der Kräfte, insbes. S. 185 ff.

[34] Der Spiegel, 29. Nov. 1947 („Es war in Schönenberg").

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am Tage zuvor hatte „Neues Deutschland" gemeldet: „Über die Begegnung des südbadischen Staatspräsidenten Leo Wohleb mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard im Kloster Schönenberg bei Ellwangen in Württemberg verlautet aus gut informierten Kreisen, daß man sich darüber unterhalten habe, in welcher Form nach einem eventuellen Scheitern der Londoner Konferenz eine Föderation der süd- und südwestdeutschen Staaten gebildet werden könne."[35] Auch die Süddeutsche Zeitung vermutete Konföderationspläne[36], Dementis wurden allenfalls zur Kenntnis genommen, nirgendwo geglaubt. Der Berliner „Telegraf" und ebenso der „Tagesspiegel" verkündeten unter dem Titel „Ein gefährliches Spiel" neue Einzelheiten: „Französische politische Kreise sollen diesen Bestrebungen freundlich gegenüberstehen, wie ja die ganze Konföderation sich wirtschaftlich und auch politisch eng an Frankreich anlehnen würde ... Das Schönenberger Ministertreffen hat gezeigt, daß die deutsche Einheit vor keinen Gefahren geschützt ist. Es läßt uns sogar vermuten, daß der Separatismus in neuen, freilich noch zaghaften Formen wiedererstehen, etwa so, wie sich in Deutschland die Reaktion gegen den Sozialismus geltend macht. Ohne politische Parallelen zu suchen, drängen sie sich uns auf, und zwar durch die Gewalt der Tatsachen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das gefährliche Spiel der ‚politischen Kompensationen' erfunden, Deutschland sollte das linke Rheinufer unter französischen Einfluß stellen und – dafür Österreich annektieren dürfen."[37]

Eine Rede, in der Ministerpräsident Ehard Anfang Dezember in München vor den Fehlern der „Weimarer überspitzten parlamentarischen Formal-Demokratie" gewarnt und Bayerns Mission als Zelle föderalistischer Staatsgestaltung verkündet hatte[38], ermunterte zu weiteren Spekulationen. Nach einer neuen Geheimkonferenz der süddeutschen CDU/CSU-Prominenz im Dezember 1947 in München wurden in den Redaktionsstuben abermals Befürchtungen artikuliert und Warnungen formuliert: „Die deutsche Öffentlichkeit wird diese Konspirationen, deren

[35] Neues Deutschland, 28. 11. 1947 (zit. nach SOPADE Querschnitt durch Politik und Wirtschaft, Bd. 9, Dezember 1947, S. 72). Wie „gut informiert" man in Ostberlin war, geht schon daraus hervor, daß Leo Wohleb als „erster Vorsitzender der CSU, die der CDU entspricht", bezeichnet wurde.

[36] Süddeutsche Zeitung, 2. 12. 1947. („Föderation süddeutscher Länder?").

[37] Telegraf und Tagesspiegel (gleichlautend), 3. 12. 1947.

[38] Süddeutsche Zeitung, 2. 12. 1947 („Deutschlands Ohnmacht ist keine Friedensgrundlage – Dr. Ehard zu den Problemen der Londoner Konferenz/Bayerns Aufgabe im künftigen Bundesstaat"). Kurt Schumacher verwahrte sich in einer Rede am 6. Dezember in Stuttgart energisch gegen „geistige Traditionen in der Politik Europas, die von einer Aufteilung Deutschlands in einen Haufen schwacher, innerlich zusammenhangloser Staaten die Lösung der Zukunft versprechen". (CDU/CSU-Separatismus, II, in: SOPADE Querschnitt durch Politik und Wirtschaft, Bd. 9, Dez. 1947, S. 77). Thomas Dehler (FDP) nahm in der ihm eigenen Leidenschaft noch heftiger Stellung gegen die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten, als er erklärte „das starke Bayern hat es abgelehnt, den Hochverräter Hitler vor das Reichsgericht zu bringen. Die Weimarer Demokratie ist weitgehend an der Politik der Bundesstaaten zerbrochen, Deutschland darf nicht auf einem Vertrag der Länder gebildet werden ..." (Der Morgen [Berlin], 4. 12. 1947).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

separatistische Ziele kaum in Zweifel gezogen werden können, mit stärkstem Mißtrauen verfolgen müssen. Es ist bezeichnend für die – mild ausgedrückt – Unbekümmertheit gewisser süddeutscher Politiker, daß sie ausgerechnet während der Verhandlung über Deutschlands Schicksal auf der Londoner Konferenz ihr gefährliches Spiel treiben."[39]

Auch aus Moskau war ein Echo zu vernehmen: die Prawda berichtete, daß nicht nur Kardinal Faulhaber „diesen Besprechungen deutscher Politiker über die Bildung einer katholischen antikommunistischen Föderation beigewohnt habe. Der amerikanische Kardinal Spellmann und auch der Vatikan seien an diesem Plan besonders interessiert. Prinz Rupprecht sei dazu ausersehen, den Thron dieses Staates, der Bayern und das westliche Österreich umfassen würde, zu besteigen."[40] Man mußte den Eindruck gewinnen, daß trotz – oder wegen – aller Dementis[41] mindestens ein Körnchen, eher ein Korn, Wahrheit hinter diesen Meldungen zu finden sein müsse.

Der „Ellwanger Freundeskreis", dem so gefährliche Umtriebe angelastet wurden, verdankte seine Entstehung dem Bedürfnis der CDU- bzw. CSU-Mitglieder der süddeutschen Länderregierungen in der amerikanischen Zone, ihre Politik im Länderrat untereinander abzustimmen und sich an einem neutralen Ort in Ruhe zu verständigen. Dieses Bedürfnis verstärkte sich, als Ende 1946 der Zusammenschluß der US-Zone mit der britischen Zone zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) vorbereitet wurde. Auf Initiative von Anton Pfeiffer (Bayern), Werner Hilpert (Hessen) und Heinrich Köhler[42] (Württemberg-Baden) trafen sich CDU/CSU-Minister und Staatssekretäre der Länder der US-Zone am 1. und 2. März 1947 zum erstenmal auf dem Schönenberg bei Ellwangen. Die Organisation hatte der Staatssekretär im Stuttgarter Staatsministerium, Hermann Gögler[43], der in Ellwangen wohnte, übernommen[44].

---

[39] Telegraf, 11. 12. 1947.

[40] Zit. nach Kurier, 11. 12. 1947.

[41] Vgl. u. a. Schwäbische Landeszeitung, 5. 12. 1947; Der Kurier, 3. 12. 1947; Die Welt, 11. 12. 1947; Schwäbisches Tagblatt, 30. 12. 1947.

[42] Heinrich Köhler (1878–1949), seit 1900 Beamter in der badischen Zoll- und Steuerdirektion, Mitglied des Zentrums (1913–1927 MdL), 1919 Staatsrat, 1920–1927 bad. Finanzminister, 1927–1928 Reichsfinanzminister, 1945 Präsident der Landesverwaltung Nordbaden, stellvertr. Ministerpräsident von Württemberg-Baden, 1946–1949 Wirtschafts- und Finanzminister, Juni–Aug. 1947 Präsident des Exekutivrats der Bizone.

[43] Hermann Gögler (1887–1964), Rechtsanwalt, 1921–1936 im württ. Wirtschaftsministerium, ab 1937 Leiter der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Württemberg, Sept. 1945 Ministerialdirektor im württ.-bad. Staatsministerium, Juni 1946 Staatssekretär, Vertreter im Länderrat, seit August 1947 im Exekutivrat, 1949–1952 Vertreter des Landes Württemberg-Baden in Bonn.

[44] Als Gründer des Ellwanger Kreises wurde auch der damalige CSU-Vorsitzende Josef Müller („Ochsensepp") vermutet, vgl. Hans-Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958, S. 190 f. – Alf Mintzel, Die CSU, S. 269, verdichtet – freilich ohne Belege – diese Vermutung zur Gewißheit, obwohl Wieck ausführlich einen Brief des Staatssekretärs Paul Binder vom

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Mittelpunkt dieses Treffens stand ein Referat des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard zu „Fragen um die Gestaltung Deutschlands"[45]. Angesichts der Vereinigung zur Bizone artikulierte Ehard das Unbehagen vor dem Zentralismus, der in der britischen Zone diktiert werde; in bemerkenswert schlichten Gedankengängen suchte Ehard das Wesen süddeutsch-föderalistischer Kultur und Weltanschauung, das er im süddeutschen Barock symbolisiert sah, zu ergründen. Demgegenüber stehe die „absolute Organisation, die auf der Linie der Disziplin zur ‚zackigen' Zucht verläuft". Das mit dem Begriff „Potsdam" umschriebene norddeutsche „System" müsse zum Zentralismus führen und habe letztlich zum nationalsozialistischen Deutschland geführt. Als Sicherung gegenüber der zentralistischen (und militaristischen) Gefahr aus dem Norden empfahl der bayerische Ministerpräsident die „Stärkung der Staaten, insbesondere der süddeutschen".

Eine Nationalversammlung lehnte Ehard ab, weil in einer von solchem Gremium beschlossenen künftigen deutschen Verfassung diktatorische Zuständigkeiten festgelegt würden. Ehard plädierte statt dessen für eine Vertretung aus Mitgliedern der Landtage, er habe allerdings keine Hoffnung auf Durchsetzung dieses Ziels, „weil ein Teil der politischen Parteien dies nicht will. Ein Teil der Parteien will reichseinheitliche Parteien, und das wäre der Weg zum Zentralismus." (Ehard konnte zum Zeitpunkt seines Referats ebensowenig wie die anderen Teilnehmer des Ellwanger Treffens ahnen, wie bald der Parlamentarische Rat, der ja als verfassunggebende Versammlung diesen Forderungen entsprach, zusammentreten sollte.) Ihm persönlich wäre eine von den Alliierten „vorgeschriebene bzw. gebilligte" vorläufige Bundesregierung am liebsten, die eine Bundesverfassung zu erlassen hätte unter vorheriger Festlegung der Zuständigkeit zwischen bundes- und einzelstaatlicher Gewalt. Ehard schloß mit düsteren Ausblicken auf den das Abendland bedrohenden Bolschewismus, der als politischer Ausdruck einer asiatischen Kultur zusammen mit einem zentralistisch organisierten deutschen Reich zu neuem Krieg führen müsse.

Ein weiteres Referat hatte der württemberg-badische Justizminister Beyerle[46] am 2. März 1947 in Ellwangen gehalten. Er sprach über „das Christentum als Voraussetzung und Grundlage der gesamten Politik der CDU und CSU"[47].

---

20. 9. 1953 zum Thema Ellwanger Kreis zitiert, in dem es heißt, Widerspruch hätte der Kreis nur von zwei Seiten erfahren: von Konrad Adenauer und von Josef Müller, „der ihn auch späterhin mit einer gesamtdeutschen Konzeption zu überrunden versuchte" (Wieck, a. a. O., S. 192). Auch Sörgel, Konsensus und Interessen, S. 84, bezeichnet Müller als den „eigentlichen Initiator". Vgl. auch Arnold J. Heidenheimer, Adenauer and the CDU, The rise of the leader and the integration of the Party, The Hague 1960, S. 165 f.

[45] Vermerk (4. 3. 47) über ein Referat des Ministerpräsidenten Dr. Ehardt[sic]-München zu „Fragen um die Gestaltung Deutschlands" (Dr. Huber, Aalen).

[46] Josef Beyerle (1881–1963), Jurist, seit 1910 im württembergischen Staatsdienst, 1919 Landesvorsitzender und Mitglied des engeren Reichsvorstands des Zentrums, 1923–1933 württ. Justizminister, 1934–1945 Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, Dez. 1946–Jan. 1951 Justizminister von Württemberg-Baden.

[47] Manuskript: Gedanken zu dem Thema „Das Christentum als Voraussetzung und Grund-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beyerle, einer der Senioren des Ellwanger Kreises, tiefgläubiger Katholik und ehemals prominentes Zentrumsmitglied, entwarf einen eindrucksvollen Katalog von Anforderungen an CDU/CSU-Politiker; neben der selbstverständlichen persönlichen Integrität verlangte er Übereinstimmung von christlicher Glaubens- und Sittenlehre mit politischem Handeln. Die aktuellen Hauptaufgaben christlicher Politik umschrieb Beyerle mit den Postulaten: „Zurückführung der Bevölkerung zum Respekt vor göttlichem und menschlichem Gesetz, zur Achtung von Leben, Eigentum, Existenz und Ehre des Nächsten – Schutz und Förderung der Familie – Überwindung der Selbstsucht durch christliche Hilfsbereitschaft gegenüber Notleidenden aller Art – Begründung einer sozialen Ordnung, die dem Einzelnen eine solche Lebenslage ermöglicht, in der er als selbstverantwortlicher Mensch frei seine Persönlichkeit entfalten und seinem ewigen Ziel entgegenschreiten kann – Gewährung der freien Betätigung der Kirchen zur Erfüllung ihrer göttlichen Sendung – Freiheit für die christliche Erziehung im Elternhaus, Schule und Organisationen."

Referate über Grundsatzfragen christlicher Politik blieben ein konstitutives Element aller weiteren Tagungen des Ellwanger Kreises. Der Zeitstimmung entsprechend, der das Abendland mit seinen christlich-kulturellen Werten gleichermaßen von der Sowjetunion wie von Amerika bedroht schien, unternahmen die Männer des Ellwanger Kreises beachtliche Anstrengungen, um christliche Ideale mit pragmatischer Politik in Übereinstimmung zu bringen. Das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion, die ebenso als Exponent „asiatischer Kultur" wie als Vorkämpfer einer antichristlichen Ideologie gefürchtet war, deren Besatzungspolitik aber auch genug konkrete Befürchtungen rechtfertigte, war für die christlichen Politiker quasi präformiert. Das Unbehagen gegenüber Amerika resultierte aus einer seltsamen Mischung aus Überheblichkeit und Furcht vor der als „geschichtslos" empfundenen und anscheinend ausschließlich materiell orientierten Massengesellschaft der Vereinigten Staaten. Das demokratische Sendungsbewußtsein der US-Militärregierung mit den allenthalben verächtlich apostrophierten Anstrengungen zur „Umerziehung" bewirkte ein übriges (muteten doch die Amerikaner deutschen Beamten beispielsweise zu, bei Dienstreisen Züge zu benutzen, in denen farbige Besatzungstruppen transportiert wurden, immerhin ein Vorzug gegenüber der Bevölkerung).

Im Rückblick berührt es seltsam, daß sich deutsche Politiker zwei Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Barbarei um die Rettung der überlegenen abendländischen Tradition gegenüber den Siegermächten – die sich doch mit gutem Recht als Befreier fühlen konnten – bemühten. Subjektiv brauchten sich freilich die Männer in Ellwangen keine Vorwürfe zu machen. Sie hatten sich nichts vorzuwerfen, keinen Anteil am NS-Regime gehabt, großenteils berufliche und per-

---

lage der gesamten Politik in der CDU und CSU", erörtert in einer Zusammenkunft von Mitgliedern der CSU und CDU in den Regierungen der Länder der amerikanischen Zone am 2. 3. 1947 (Dr. Huber Aalen).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sönliche Mißhelligkeiten hinnehmen müssen, zum Teil auch gegen das Regime opponiert, einige waren verfolgt worden. Das erste Ellwanger Treffen hatte auch dem Gedenken an die Opfer der christlichen Weltanschauung, insbesondere Eugen Bolz, dem nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten württembergischen Zentrumspolitiker, gegolten. Der Vorsitz der zweiten Tagung am 31. Mai/1. Juni 1947 war Werner Hilpert als einem der Männer übertragen worden, „die im Konzentrationslager nicht weich geworden sind und heute im alten Zeichen voranschreiten"[48].

Zu diesem zweiten Ellwanger Treffen[49] waren auch Vertreter aus der französischen und der britischen Zone eingeladen worden. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand – nach einem einleitenden Vortrag des hessischen Ministers Stein[50] über „Europa und die bolschewistische Welle", der viel Beifall fand – die bevorstehende Münchener Ministerpräsidentenkonferenz am 6. und 7. Juni 1947[51]. Über die daran geknüpften Erwartungen sprachen Pfeiffer, Ehard und der bayerische Landwirtschaftsminister Baumgartner[52].

Der bayerische Ministerpräsident hatte auf die Frage nach dem Zweck der Konferenz erklärt: „Allen, vor allem den Besatzungsmächten, soll klar gemacht werden, daß es Unsinn ist, von Demokratie zu sprechen, wenn Militärdiktatur praktiziert wird, wenn einerseits die Verantwortung auf die deutschen Verwaltungsstellen geschoben wird, andererseits jedoch die Grenzen dieser Verantwortung dauernd verwischt werden; wenn auf der einen Seite gesagt und versprochen wird: ‚wir helfen Euch, wir beraten Euch', um auf der anderen Seite nach eingetretenem Mißerfolg zu erklären: ‚Ihr habt es ja gemacht, Ihr Unfähigen!' . . ." Anschließend bemerkte Herr Dr. Ehard, daß die Parteien, wenn sie sich diesen guten Bemühungen entgegensetzen wollen, ihre Daseinsberechtigung verloren

---

[48] Niederschrift über die Tagung auf dem Schönenberg am 1. Juni 1947, S. 1 (Dr. Huber, Aalen).

[49] Eingeladen hatte, ugleich im Namen von Hilpert und Gögler, Anton Pfeiffer am 13. Mai 1947; zu den technischen Einzelheiten wie Unterbringung etc. schrieb Gögler am 22. 5. 47 einen weiteren Rundbrief. Zu den Eingeladenen gehörten außer den CDU/CSU-Mitgliedern der Regierungen in Bayern, Hessen und Württemberg-Baden auch Minister und Staatssekretäre in Rheinland-Pfalz (Boden, Süsterhenn), Württemberg-Hohenzollern (Binder, Gebhard Müller), (Süd)-Baden (Brentano), außerdem Petersen (Hamburg), Steltzer (Kiel), Arnold (Düsseldorf), Gerecke und Strickrodt (Hannover) und Konrad Adenauer. Der CSU-Vorsitzende Josef Müller war nicht eingeladen worden; NL Strauß.

[50] Erwin Stein (geb. 1903), Jurist, 1929–1933 im hess. Staatsdienst, dann Rechtsanwalt, 1946–1951 MdL, Jan. 1947–Dez. 1950 hess. Kultusminister, Nov. 1949–Dez. 1950 auch Justizminister, 1951–1971 Richter am Bundesverfassungsgericht.

[51] Vgl. Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik, S. 103 ff.; Rolf Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in dieser Zeitschrift 23 (1975), S. 375 ff. (dort auch weitere Literatur); künftig vor allem AVBRD, Bd. 2, Dokumente 29–32.

[52] Josef Baumgartner (1904–1964), Volkswirt, bis 1933 im bay. Bauernverein tätig, dann im Versicherungswesen, Okt. 1945–Dez. 1947 bay. Landwirtschaftsminister, im Januar 1948 Übertritt von der CSU zur Bayernpartei, bis 1959 Vorsitzender der BP, 1954–1957 stellv. Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätten, daß in diesem Falle bei uns Demokratie aufgehört habe, bevor sie eigentlich begann.[53]

Hilpert berichtete in diesem Zusammenhang von einer Unterredung, die Eugen Kogon[54] in seinem Auftrag am 30. Mai in Frankfurt mit Kurt Schumacher gehabt hatte. Kogon und der SPD-Vorsitzende seien „dabei übereingekommen, daß sich SPD und CDU zur Verwirklichung eines Notprogramms für drei Jahre zusammenschließen sollten. Auf der Münchner Konferenz sollen ausschließlich Fragen dieses Notprogramms, nicht aber politische, Erörterung finden. Dr. Schumacher erklärte für diesen Fall seine Bedenken im Hinblick auf die Konferenz als weggefallen."[55]

Über die politische Situation in den einzelnen Ländern – wobei das Verhältnis der CDU bzw. CSU zu anderen Parteien neben wirtschaftlichen Problemen im Vordergrund stand – berichteten anschließend u. a. Pfeiffer (Bayern), Heinrich Köhler (Württemberg-Baden), Gebhard Müller[56] (Württemberg-Hohenzollern) und Clemens von Brentano[57] (Südbaden). Alois Hundhammer, der als bayerischer Kultusminister ins Gerede gekommen war, nahm zu den Angriffen Stellung und verteidigte seine Position als christlicher Kulturpolitiker. In seinem Resümee bezeichnete Hilpert als den Grundgedanken der Tagung „das Bemühen, eigenlebige Tendenzen der CDU innerhalb der einzelnen Länder auszulöschen"; besonders dringlich schien ihm auch, das Verhältnis der CDU zu Frankreich zu klären. Ein Koordinationsstab (für Bayern Pfeiffer, für Württemberg-Baden Gögler, für Hessen Hilpert und für Württemberg-Hohenzollern Binder[58]) sollte sich laufend über

[53] Niederschrift über die Tagung auf dem Schönenberg am 1. Juni 1947, S. 9–10. – Zur Antagonie zwischen Ministerpräsidenten und Parteien vgl. Theodor Eschenburg, Regierung, Bürokratie und Parteien 1945–1949, Ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, in dieser Zeitschrift 24 (1976), S. 58 f., insbes. S. 64 f. und Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik, S. 34 ff.

[54] Eugen Kogon (geb. 1903), Publizist, 1927–1934 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Schönere Zukunft" (Wien), 1939–1945 im KZ Buchenwald, nach der Befreiung für die Psychological Warfare Division tätig, seit 1946 Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte", 1951 bis 1968 Inhaber eines Lehrstuhls f. Polit. Wiss. in Darmstadt.

[55] Niederschrift, S. 10.

[56] Gebhard Müller (geb. 1900), Jurist, 1930–1933 Referent beim Diözesanverwaltungsrat Rottenburg, Mitglied des Zentrums, 1934–1945 Richter, 1945 in Württemberg-Hohenzollern mit dem Wiederaufbau der Justizverwaltung beauftragt, Dez. 1946 Ministerialdirektor bei der Landesdirektion der Justiz in Tübingen, 1947 Landesvorsitzender der CDU Südwürttemberg, Aug. 1948–1952 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, 1953 bis 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1958–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

[57] Clemens von Brentano (1886–1965), Jurist, bis 1929 im diplomatischen Dienst, Mitglied des Zentrums, Dez. 1946–1950 Leiter der (süd)badischen Staatskanzlei in Freiburg, 1950 bis 1957 Generalkonsul, dann Botschafter in Italien.

[58] Paul Binder (geb. 1902), Bankkaufmann u. Wirtschaftsprüfer, 1937–1940 stellv. Direktor der Dresdner Bank Berlin, seit 1941 selbst. Wirtschaftsprüfer, Herbst 1945 Leitung der Finanzverwaltung im Staatssekretariat für Württemberg-Hohenzollern, Herbst 1946 bis Mai 1947 Vizepräsident des Staatssekretariats, 1946–1952 (Tübingen) und 1953–1964 (Stuttgart) MdL, 1948/49 MdPR, Vorstandsmitglied des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Situation der CDU/CSU und der Gegenspielerin SPD orientieren. Zu den weiteren Tagungen in Ellwangen sollten auch die Landesvorsitzenden der CDU eingeladen werden.

Von Plänen einer föderalistischen Organisation des künftigen deutschen Staatswesens war auf dieser Konferenz keine Rede gewesen, das Thema war lediglich in einem Referat von Walter Strauß[59] über „bizonale Angelegenheiten" angeklungen. Der gerade beginnende Aufbau der zweiten Phase der deutschen Zweizonen-Verwaltung auf amerikanischen und britischen Befehl – das Abkommen zwischen den Oberbefehlshabern und Militärgouverneuren war am 29. Mai 1947 unterzeichnet worden – stimmte die in Ellwangen versammelten Exponenten der CDU/CSU der süddeutschen Länder bedenklich. Die Divergenz zwischen britischer und amerikanischer Besatzungspolitik, die Ineffizienz und das zusammenhanglose Nebeneinander der bizonalen Fachverwaltungen oberhalb der Länder, vor allem aber die fehlende Abgrenzung zwischen bizonalen „Ministerien" (die die Fachverwaltungen de facto ja waren) und Länderkompetenzen bildeten die Hauptgründe für das Mißtrauen im Ellwanger Kreis. Besonders argwöhnisch blickte man auf die unmittelbar bevorstehende Gründung des Frankfurter Wirtschaftsrats[60]. Das Mißtrauen entsprang nicht nur der Furcht vor dem drohenden Verlust der Gesetzgebungskompetenz der Länder, sondern auch der Vermutung, daß hier der Keim einer zentralen deutschen Legislative gelegt würde – eine Befürchtung, die sich als durchaus berechtigt erweisen sollte: der Wirtschaftsrat spielte ja dann auch seine Rolle als direkter Vorläufer des Bundestags[61]. Als man am 1. Juni in Ellwangen auseinanderging, bestand Einigkeit darüber, daß keine lange Pause bis zur nächsten Tagung eintreten dürfe.

Die Ellwanger Freunde trafen sich im November 1947 wieder[62]. Es war dies das Treffen, das in der Presse die Spekulationen über separatistische und partikularistische Pläne der Süddeutschen ausgelöst hatte. Was bei dieser Tagung, die

---

[59] Walter Strauß (1900–1976), Jurist, 1928 Hilfsreferent im Reichswirtschaftsministerium, 1935 verabschiedet, bis 1945 Wirtschaftsberater, Mitarbeiter an Anwaltskanzleien, Rüstungsarbeiter, 1945 Mitgründer der CDU in Berlin, Okt. 1945–Dez. 1946 Staatssekretär im hess. Staatsministerium, Mitglied des Direktoriums des Länderrats der US-Zone, Juni 1947–März 1948 Stellv. Direktor der Verwaltung f. Wirtschaft, April 1948 Leiter des Rechtsamts des VWG, 1948/49 MdPR, Nov. 1949–Nov. 1962 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1963–1970 Mitglied des Gerichtshofs der EG in Luxemburg, Stellv. Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

[60] Zur süddeutsch-föderalistischen Kritik am Frankfurter Wirtschaftsrat vgl. auch Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft 1945–1949, Stuttgart 1977, S. 75 f. u. insbes. S. 142 ff.

[61] Die bislang schwer zugänglichen Verhandlungen und Drucksachen des Wirtschaftsrats werden in Kürze wieder allgemein zur Verfügung stehen: Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Bundestag/Wissenschaftliche Dienste, bearbeitet von Christoph Weisz und Hans Woller, 6 Bände und ein Erschließungsband, München 1977.

[62] Eine dritte Tagung hatte am 20./21. September 1947 stattgefunden.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter starker bayerischer Präsenz ganz dem Föderalismusproblem gewidmet war, tatsächlich vorging, ist dem Protokoll zu entnehmen[63].

Niederschrift
über die vierte Tagung im Kloster Schönenberg bei Ellwangen/Jagst
am 22./23. November 1947

Die vierte Tagung der CDU-CSU-Regierungsmitglieder wurde eingeleitet durch eine Gemeinschaftsmesse der Tagungsteilnehmer. H. H. Pater Lang[64], München, zeigte in seiner Ansprache Leben und Wirken des heiligen Albert des Großen auf, mit dem besonderen Hinweis auf die Bedeutung des Heiligen und seines Lebenswerkes für die Jetztzeit. Es kann wiederum damit gerechnet werden, daß H. H. Peter Lang das Manuskript seiner Ansprache zur Verfügung stellt, so daß diese im Rahmen der Niederschrift nicht wiedergegeben zu werden braucht.

Beginn der Tagung 9.30 Uhr

1.) Herr Staatsminister Dr. Pfeiffer, München
gab in seinen die Tagung eröffnenden Worten seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Freunde aus Niedersachsen und zum erstenmal Freunde aus Rheinland-Pfalz erschienen waren. Er drückte fernerhin seine besondere Freude darüber aus, daß Herr Dr. Kogon, dessen Buch[65] bekannt ist und der von sich sagen kann: „ich habe selbst gesehen", in der Mitte der Tagungsteilnehmer weilte.

---

[63] Das hier erstmals veröffentlichte Dokument fand sich in den Akten der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) in den National Archives, Washington (Record Group 260, box 111-2/10, folder 16). Es handelt sich dabei um den Durchschlag einer Abschrift des Originalprotokolls, die auf einer amerikanischen Schreibmaschine (ohne Umlaute, kein „ß") hergestellt worden war. Die ersten drei Seiten der Niederschrift fehlen, dafür ist der Entwurf zu einer Einladung der Bayerischen Staatskanzlei zur Tagung des Deutschen Büros für Friedensfragen am 18. Dezember 1947 vorgeheftet. Wie die Protokollabschrift in die Akten der US-Militärregierung geriet, war nicht zu klären. Ein Hinweis besteht möglicherweise in dem handschriftlichen Vermerk „Eugen Budde LegRat a D" auf dem Entwurf zur Einladung. (Budde war vor 1933 im diplomatischen Dienst gewesen, 1947 war er Abteilungsleiter bei der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetags, bemühte sich dann vergeblich um Anschluß im Deutschen Büro für Friedensfragen. Er war auch Mitglied des außenpolitischen Ausschusses der CDU in der britischen Zone, nahm als Sachverständiger an der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz teil und beschäftigte sich schriftstellernd mit außenpolitischen und völkerrechtlichen Fragen. Vgl. Piontkowitz, Das Deutsche Büro für Friedensfragen, S. 11, insbes. und Anm. 35–38.) Die fehlenden Protokollseiten konnten dank des freundlichen Entgegenkommens von Herrn Dr. Huber in Aalen durch die entsprechenden Seiten des Originals ergänzt werden. Herr Dr. Huber stellte auch weitere Kopien zur Verfügung, die die Überprüfung des authentischen Wortlauts ermöglichten. Der Wortlaut der Niederschrift wird unverändert wiedergegeben, lediglich offensichtliche Fehler in Rechtschreibung und Satzzeichen sowie falsch geschriebene Namen wurden stillschweigend korrigiert.

[64] Hugo Lang O.S.B. (1892–1967), seit 1911 in der Abtei St. Bonifaz München, 1946 Honorarprofessor f. Theologie, 1951 Abt.

[65] Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sodann bat Herr Minister Pfeiffer Herrn Dr. Hilpert, wie bei den vorhergehenden Tagungen, die Gestaltung des Tages zu übernehmen.

2.) Herr stellv. Ministerpräs. Dr. Hilpert
gedachte zu Beginn seiner Ausführungen des 60. Geburtstages des Herrn Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, seiner Verdienste und seines tatkräftigen Einsatzes in Bezug auf die Lösung der gesamtdeutschen Fragen.

3.) Herr Ministerpräsident Dr. Ehard
dankte Herrn Dr. Hilpert und den übrigen Anwesenden für ihr freundliches Gedenken.

4.) Herr Dr. Hilpert
bat sodann Herrn Dr. von Brentano mit seinem das Tagungsthema bildenden Referat[66] zu beginnen:

5.) Herr Dr. von Brentano, Darmstadt:
„Ich darf Ihnen vielleicht gestehen, daß ich durch berufliche und außerberufliche Dinge abgehalten, mich erst am Vorabend der Fahrt hierher auf dieses Referat vorbereiten konnte. Ich sehe meine Aufgabe darin, Ihnen Gedanken, die bei uns im Verfassungsausschuß der CDU erörtert worden sind, zu unterbreiten, um die anschließende Diskussion zu ermöglichen.
Man könnte meinen, daß wir in den Vortagen der Londoner Konferenz vielleicht andere Aufgaben hätten und man könnte der Auffassung sein, daß am 24. November 1947, also einen Tag bevor die entscheidende Konferenz ihren Anfang nimmt, in der über das Schicksal Deutschlands und sicher auch Europas entschieden wird, nicht gerade verfassungsrechtliche Dinge zu diskutieren wären. Vielleicht wird auch der eine oder andere sagen, daß die ungeheure geistige und seelische Not, in der sich unser deutsches Volk befindet, zunächst geändert werden müsse, bevor man von unserem Volk erwarten kann, daß es sich mit Fragen doch vielleicht mehr oder weniger abstrakter Natur zu befassen vermag und bevor das Verständnis einer solchen Verfassung möglich ist. Ich bin jedoch der Meinung, daß die Besprechung dieser Fragen allzu lange zurückgestellt worden ist und daß das deutsche Volk und die Parteien durch diese Unterlassungssünde eine gewisse Mitschuld daran tragen, daß in einem Augenblick von entscheidender Bedeutung eine einheitliche Willensbildung unseres Volkes noch nicht möglich ist.
Wir sind uns alle darüber im klaren, daß wir augenblicklich nur eine Objektstellung inne haben, ich glaube aber trotzdem, daß wir auch als Objekt des Geschehens die Möglichkeit hatten und haben müssen, in diese Entwicklung einzugreifen und glaube auch, daß es möglich gewesen wäre, in unserem Volke doch schon einheitliche Gedanken über unser zukünftiges Staatsleben zu entwickeln und unsere Stimme zu erheben. um den Beitrag zu leisten, den wir in Objektstellung nicht nur leisten können, sondern leisten müssen, in der Überzeugung, daß es nicht möglich ist, über den einheitlichen Willen eines 70-Millionen-Volkes im Herzen Europas hinwegzugehen, wenn dieser Wille geschlossen zum Ausdruck kommt. Ich habe deshalb dieses Referat gerne angenommen. Wir müssen gerüstet sein, um Entwicklungen zu begegnen und

[66] Das Referat ist in überarbeiteter Form unter dem Titel „Gedanken über eine deutsche Verfassung" abgedruckt in: Heinrich von Brentano, Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik, hrsg. von Franz Böhm, Bonn–Wien–Zürich 1962, S. 43 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fehlentwicklungen zu verhindern, die unter Umständen in aller Kürze zu erwarten sind. Wenn wir uns über die Frage der Notwendigkeit einer Verfassung unterhalten, müssen wir die Vorfrage klären: „Was ist eine Verfassung?" Wir wollen uns vom Standpunkt der Politik aus befragen, was ist eine Verfassung? Was muß sie darstellen?

Wir haben, wenn wir an diese Arbeiten herangehen, wieder einmal die schwere Belastung im Leben des deutschen Volkes, daß wir diese Fragen lösen müssen in einem Augenblick, der keinerlei Voraussetzungen für diese Aufgaben mit sich bringt. Es ist uns diese Aufgabe gestellt nach dem Zusammenbruch in einer Zeit materieller Sorge, in einer Stimmung der Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit und es ist in der deutschen Geschichte festzustellen, daß solche Verfassungen allzusehr augenblicksbedingt sind. Ich möchte eine in Frankreich entstandene Formulierung, die Inhalt und Aufgaben einer Verfassung zum Gegenstand hat, zitieren: „Die Wurzeln einer politischen Verfassung bestehen vor jedem politischen Gesetz. Ein Grundgesetz kann nichts anderes sein, als die Entwicklung eines schon vorher entstandenen ungeschriebenen Gesetzes. Die Verfassung ist das Werk der Umstände und der Umstände Zahl ist unendlich. Aus dieser unendlichen Zahl der Elemente, die zusammenarbeiten, entsteht ein Grundgesetz."

Also das, was aus dem Wandel des politischen Bewußtseins und der politischen Erkenntnis, aus dem fließenden Quell der Erfahrung und der Tradition heraus organisch gewachsen ist, das soll in einem Akte der Rechtsanerkennung, aber nicht der Rechtsschaffung, statuiert werden. Wer glaubt, daß eine Verfassung nichts anderes sei, als ein Gesetz, ein beliebiges Gesetz, dem fehlt das Gefühl für das sittliche Pathos, das einem Staatsgrundgesetz inne wohnen muß, er geht an seine Aufgabe heran mit einem Mangel an innerer Ehrfurcht, er mag vielleicht ein Gesetzestechniker von gutem Geiste sein, aber er wird damit noch nicht ohne weiteres berufen und befähigt, die schöpferischen Probleme zu lösen, die eine Verfassung bedeutet. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der seelische Zustand und die materielle Lage unseres Volkes, die politische Zersplitterung der Aufgaben, schwere Hindernisse in den Weg legen und man wird vielleicht erinnert an eine Fragestellung, die vor 150 Jahren aufgeworfen wurde, ob das Volk überhaupt berufen sei, an eine solche Aufgabe heranzugehen zu einer Zeit, als das deutsche Volk ebenso zersplittert war. Ich glaube, daß wir genau wie damals die Frage bejahen müssen. Auch wenn wir die Schwierigkeiten erkennen, die sich jeder staatspolitischen Betätigung und Entwicklung des deutschen Volkes entgegenstellten, werden wir diese Frage bejahen müssen. Sicherlich hat der Zusammenbruch des Jahres 1945 in seinen Auswirkungen eine Lage geschaffen, die ohne Vorgang in der Geschichte ist, zum mindesten in der historisch zu erfassenden Geschichte. Es ist ja nicht nur die wirtschaftliche Ordnung zerstört worden, Deutschland, das Deutsche Reich, in dem wir lebten, ist völlig auseinandergefallen und wir stehen heute vor einer Frage, die man bei der letzten Verfassungsgebung des Jahres 1919 auch stellte, ob das Reich von 1919 noch identisch sei mit dem Reiche, das 1918 zusammengebrochen war. Wenn wir heute diese Dinge real, wie sie nun einmal sind, ansehen und uns fragen, ob das zerrissene Deutschland, das von dem früheren Deutschland übriggeblieben ist, noch identisch mit seinem Rechtsvorgänger ist, so können sich staatsrechtlich erhebliche Zweifel ergeben. Doch schon aus politischen Gründen glaube ich, daß wir diese Frage unter allen Umständen zu bejahen haben. Entscheidungen dieser Art sollen ja auf der Ebene politischer Praxis gefällt werden. Die Schwierigkeiten, denen wir heute gegenüberstehen, sind mit denen des Jahres 1919 nicht zu vergleichen. Das deutsche Volk hat das verloren, was eine integrale Voraussetzung für eine staatliche Entwicklung sein müßte, seine staatliche Souveränität; zum mindesten ruht diese Souveränität. Die Ausübung der Souveränitätsrechte

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist in einer eigenartigen Weise übertragen worden an Institutionen der verschiedensten Gestaltung und es gibt kaum mehr einen Menschen, der sich aus diesem Dickicht der Zuständigkeit und Unzuständigkeit wieder herausfinden wird, denn neben dem Kontrollrat bestehen Instanzen, untergeordnete Instanzen, Zoneneinrichtungen, Länderrat usw., der Wirtschaftsrat mit seinem vorbildlich schlechten Statut, das alle Voraussetzungen in sich birgt, um den Wirtschaftsrat lahmzulegen und sämtliche dort geschaffenen Institutionen gegeneinander zu stellen. Wenn wir dann noch versuchen zu betrachten, was im Rahmen der beschränktesten Souveränität für die deutschen Länder übrig bleibt, so glaube ich, daß es für diese Fülle von Verwicklungen kaum mehr einen Ausweg gibt. Dazu kommt, daß ja Deutschland aufgeteilt worden ist auf Grund politischer und strategischer Erwägungen und daß diese Aufteilung völlig unorganisch ausgefallen ist. Die Länder und Zonen, in denen wir leben und denken, verdanken nur solchen Zufälligkeiten ihr Dasein. Unter solchen Umständen an die Lösung einer gemeinsamen Aufgabe heranzugehen, scheint tatsächlich unendlich schwierig zu sein, wobei ich nicht davon reden will, wieweit überhaupt die deutsche Demokratie in der Lage ist, sich augenblicklich schon praktisch mit diesen Dingen zu beschäftigen. Was wir heute an demokratischem Leben sehen, ist alles andere als was wir uns unter Demokratie vorstellen. Wir leben in den verschiedensten Formen einer Pseudo-Demokratie. Es ist doch so, daß wir alle eines feststellen müssen, die Entwicklung der letzten Jahre ist geeignet, die Gutwilligen im deutschen Volke zutiefst zu enttäuschen und die Böswilligen ebenso tief zu befriedigen. Ich will dabei keine Anklagen gegen Besatzungsmächte erheben, sondern auch feststellen, daß die Entwicklung der letzten zwei Jahre eine Fehlentwicklung ist, daß das deutsche Volk dem, was man Demokratie und Parlamentarismus nennt, nicht nahegekommen ist. Ich glaube, es geht den meisten von uns heute schon so, daß wir uns scheuen, das Wort Demokratie überhaupt in den Mund zu nehmen, weil die Entwicklung dazu geführt hat, daß das Wort schon wieder einen Mißklang hat.

Es ist müßig, über diese Dinge zu sprechen, soweit sie hinter uns liegen, weil wir das Rad nicht mehr zurückdrehen können, aber ich glaube doch eines sagen zu können, unter dem Schock des Jahres 1945 war eine große Bereitschaft im deutschen Volke vorhanden, sich von der Vergangenheit bewußt und in Erkenntnis der Fehler und Verbrechen zu trennen und sich zu einer Konzeption durchzuringen. Ich glaube, daß dieses geringe Kapital an gutem Willen, das hätte nutzbar gemacht werden können für den Aufbau, heute bereits ausgegeben ist und daß wir heute einen neuen Vorschuß an Vertrauen gewinnen müssen. Wenn wir trotz dieser Erwägung von dem Neuaufbau Deutschlands, von dem Inhalt einer deutschen Verfassung sprechen, dann, weil wir uns nicht durch diese Dinge entmutigen lassen dürfen und weil wir das Volk überzeugen müssen, daß nur durch aktive Mitarbeit neue Wege staatlichen Denkens gefunden werden können. Wir müssen das tun, da ich glaube, daß, was hinter uns liegt, was wir erlebt haben, was mit dieser gewaltigen Energie über uns hereingebrochen ist, in seiner potentiellen Energie noch nicht erschöpft ist. Nur wenn es uns gelingt, diese Kräfte zu eliminieren und ein neues Weltbild zu schaffen, dann werden wir verhindern, daß die Entwicklung dort anschließt, wo sie vor zweieinhalb Jahren ihren Abschluß gefunden hat. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir uns nicht Rechenschaft geben würden über die noch geringen Kräfte des Neuen und die Gewalt des Alten. So dürfen wir die Ergebnisse jeder augenblicklichen Agitation nicht als endgültig bejahen und wir dürfen sie nicht verwechseln mit dem Strom der großen öffentlichen Meinung, den wir versuchen müssen einzufangen und in die richtige Bahn zu lenken und im staatlichen Leben zu verwerten. Den politischen Parteien kommt in einem solchen Augenblick eine besondere Aufgabe zu. Über die Notwendigkeit politischer Parteien sind wir uns wohl sicherlich im klaren, sonst würden wir wohl kaum hier

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sitzen. Dabei wäre in einem anderen Zusammenhang über das Wesen politischer Parteien vieles zu sagen. Wir sehen in Deutschland, daß auch die politischen Parteien, wenigstens zum Teil, dort fortzufahren beginnen, wo sie einmal aufgehört haben. Wenn wir sehen, mit welcher Form beispielsweise die große sozialdemokratische Partei ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, dann möchte ich sagen, man hat den Eindruck, der Zug fährt dort weiter, wo er im Jahre 1933 entgleist ist und mit einem merkwürdigen Sinn für Tradition nimmt man auch das gesamte Fahrpersonal wieder, das damals diese Entgleisung verursachte. Wir müssen uns hüten, daß eine politische Entwicklung in dieser Form wieder erstarkt in alter Form und müssen dazu beitragen, daß das verhindert wird. Wie man heute die Dinge sieht, zeigt mir die Art und Weise, wie man heute auch rechtlich das Problem der politischen Parteien zu behandeln versucht. Man versucht etwas, was man früher nicht tat, nämlich Monopolstellungen für politische Parteien zu schaffen und verrät damit eine geradezu primitive Unkenntnis politischer Realitäten. Es ist ein sinnloser Trugschluß, wenn man glaubt, durch ein Lizenzierungsverfahren eine Fehlentwicklung, wie sie hinter uns liegt, für die Zukunft verhindern zu können. Es ist sicher gut, wenn man versucht, aus der Vergangenheit zu lernen, aber man soll nicht sich zu stark leiten lassen von der rein polemischen Einstellung gegenüber der Vergangenheit. Politische Entwicklung muß in die Zukunft schauen und nicht in der Vergangenheit verhaftet bleiben. Nur eine gesunde politische Entwicklung ist geeignet, die Voraussetzungen zu schaffen, daß derartige Bewegungen nicht Resonanz finden. Wir müssen uns sagen, es ist gut, aus den Fehlern der Vergangenheit in der Gegenwart zu lernen, aber es ist ein grundlegender Fehler, zu glauben, daß die Erkenntnis der Fehler der Vergangenheit bereits eine Sicherung gegen die Wiederholung der Fehler der Vergangenheit in der Zukunft gewährleistet.

Meine Herren, wenn ich hier sagte, wir müssen uns in solchen Dingen freimachen von polemischer Einstellung, gilt das auch in Bezug auf das, was wir heute tun müssen, wenn wir die verschiedenen Erscheinungsformen der Demokratie in Deutschland ansehen. Wir müssen davon absehen, fremde Vorbilder zu kopieren. Fremde Verfassungen mögen unter anderen Verhältnissen ihre Bewährungsprobe bestanden haben, für uns gilt es, in Deutschland eine dem deutschen Wesen gemäße Staatsform zu finden. Wir müssen versuchen, die Grundlagen einer deutschen Demokratie zu erarbeiten. Wir werden das allen sagen müssen, die heute noch in unsere Gesetzgebung hineinzureden haben. Wir werden in Deutschland mit 5 Formen demokratischen Lebens beglückt, von denen jede als die allein seligmachende vorgestellt wird und es wird von uns verlangt, sklavisch diese Vorbilder zu kopieren, entsprechend den Formen der jeweiligen Zonen. Der Durchschnittsmensch glaubt, daß Demokratie eine Rechtsform sei, die auf Grund von gewissen Lebenserfahrungen aufgebaut sei. Wir erleben das Gegenteil, daß uns zwei Formen angelsächsischer Demokratie vorgetragen werden, die gar nichts miteinander gemeinsam haben, Ergebnis eines unerträglichen Kompromisses zwischen amerikanischem und angelsächsischem Denken. Es hat überhaupt die gesamte europäische Verfassungsgeschichte darunter gelitten, daß man sich nicht von den Vorbildern freimachen konnte. Es war der Blick immer nach rückwärts gerichtet irgendwie auf das klassische Vorbild der französischen Verfassung, von der man sich nicht freimachen konnte und die man in gewissen Deklamationen wiederholt hat, weil man nicht zugeben konnte, daß auch letzten Endes die französische Verfassung das Produkt einer bestimmten Zeit war, daß aber die Voraussetzungen, die diese Verfassung zur Folge hatten, sich unzählige Male gewandelt hatten, daß der Kampf, den die französische Verfassung aufnahm, gar nicht mehr geführt werden mußte, weil der Gegner längst gestorben war. So müssen wir versuchen, uns von diesen Vorbildern freizumachen, weil wir sonst vielleicht manchmal gegen Wind-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mühlen kämpfen, gegen Systeme, die der Vergangenheit angehören und die man deswegen nicht mehr zu bekämpfen braucht. Deswegen sollen Verfassungen nicht starr sein, sondern sie müssen eine gewisse Elastizität aufweisen, weil sie nur dann anpassungsfähig sind an die Entwicklung. Das soll nicht bedeuten, daß eine Verfassung änderbar sein soll; jede Veränderung ihres Gehalts muß grundsätzlich untersagt sein, das sollten wir von anderen lernen, für die der Begriff der Verfassung immer etwas Heiliges war. Aber wenn ich sage, die Verfassung muß doch eine Elastizität zeigen, dann meine ich, sie muß so anpassungsfähig sein, daß sie sich dem Wandel politischer Dinge anzupassen vermag. So können wir, glaube ich, doch auch auf Vorbilder zurückgreifen, so z. B. auf die englische Verfassung, die für den Engländer unwandelbar ist, die sich aber doch, ohne daß man ihr Zwang antat, der ganzen Entwicklung anzupassen vermochte, unter der es möglich war, daß ein autoritäres Regierungssystem langsam hinüberglitt zu einem Kabinettsystem, ohne daß die Verfassung in sich hätte gewandelt werden müssen. Irgendwie gilt das auch für die amerikanische Verfassung. Daß diese Dinge möglich sind, wissen wir auch aus der deutschen Verfassungsgeschichte.

Wenn ich nach dieser allgemeinen Vorbemerkung zu der konkreten Frage komme, wie man sich eine deutsche Verfassung vorzustellen hat, so glaube ich, daß wir uns diese Verfassung vorzustellen haben auf einer klar föderativen Grundlage. Es wird dabei unsere Aufgabe sein, zu umreißen, wie wir uns diesen Föderalismus vorstellen, da es ja auch hier verschiedene Arten gibt. Vom Partikularismus geht der Weg über den Bundesstaat bis zum dezentralisierten Einheitsstaat, der ja auch föderative Elemente aufweist. Wir haben allen Grund, auf die Paulskirche stolz zu sein und wenn einmal gesagt worden ist, niemals im Laufe der deutschen Geschichte habe sich eine solche Fülle bedeutender Kräfte und reiner Herzen zusammengefunden, so glaube ich, können wir das unbedenklich unterstreichen, aber auch für das Jahr 1848 gilt, was ich vom Jahre 1793 sagte, der Geist der Paulskirche war zu seiner Zeit groß, aber er ist tot und wenn die Deutschen wieder in den Fehler verfallen würden, Tote zu beschwören, dann könnte allenfalls das Werk des Jahres 1848 vollendet werden; es wäre gleichzeitig wertlos, denn die Probleme, die die Deutschen im Jahre 1848 beschäftigt haben, waren ja ganz andere als die heutigen.

Wenn wir von Föderalismus sprechen, möchte ich wiederholen: eine Demokratie ohne föderative Grundlage wird niemals eine wirkliche Demokratie. Föderalismus bedeutet, daß der Wille der deutschen Länder in einem neuen Deutschland zum Ausdruck kommt. Wir im Verfassungsausschuß waren uns darüber im klaren, daß eine Länderkammer gebildet werden müsse. Die Terminologie ist hier völlig belanglos; ich möchte hier nicht zur Diskussion stellen, ob man das Wort „Deutsches Reich" wieder aufnehmen oder durch das Wort „Deutscher Bund" ersetzen soll.

In einer solchen Länderkammer müssen dann die Länder mit gleicher Stimmenzahl vertreten sein, ohne Rücksicht auf ihre Größe. Allerdings ist die Frage, wie sich diese Länderkammern nun bilden sollen, außerordentlich schwierig. Der Verfassungsausschuß war damals der Meinung, daß jedes Land durch eine gleiche Anzahl von Vertretern in dieser Kammer repräsentiert sein soll, wir dachten an vielleicht 8 Vertreter des Landes von denen 4 von der Regierung ernannt und 4 gewählt werden sollten. Dabei müßten die von der Regierung Ernannten nicht etwa Regierungsvertreter sein, sondern auch diese Vertreter sollten von dem Zeitpunkt ihrer Bestellung ab unabhängig sein. Man kann in diesen Dingen verschiedener Meinung sein und ich gebe offen zu, daß ich mir schon oft Gedanken gemacht habe, ob diese Lösung eine glückliche wäre, ob auf einem solchen Wege nicht gerade das erreicht werden könnte, was wir vermeiden wollen. Wenn wir uns nun überlegen, wie es u. U. gehen kann, wenn eine Regierung 4 Vertreter entsenden würde und es würde dieses Kabinett 4 Vertreter

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer politischen Richtung entsenden, dann könnte der Zufall wollen, daß der Landtag 4 Menschen einer anderen Gruppe entsenden würde, so daß wir zu dem Ergebnis kämen, daß diese Stimmen sich gegenseitig aufheben würden. Das sind ungünstige Voraussetzungen für eine sachliche Arbeit und man wird doch zu prüfen haben, ob es nicht richtig ist, diese Länderkammern in einer anderen Form erstehen zu lassen, vielleicht in einer Form, die an den amerikanischen Senat erinnert. Ich sagte schon, daß ich diese Dinge in unsere Diskussion stellen und nicht schon als eine übereinstimmende Meinung vortragen will.

Über die Befugnisse der Länderkammer ist vielleicht folgendes zu sagen: Die Länderkammer soll als gleichwertiges Element neben der Volkskammer stehen. Darüber hinaus soll die Länderkammer ein Mitwirkungs- und Zustimmungsrecht haben bei dem Abschluß von Staatsverträgen. Die Länderkammer hat die weitere Aufgabe der Koordinierung der Interessen der Länder im Hinblick auf die Schaffung einer einheitlichen Regierung. Außerdem soll der Präsident der Länderkammer der berufene Vertreter des Präsidenten der Republik sein. Neben der Länderkammer soll dann die Volkskammer, der Reichstag bestehen. Dieser Reichstag hat die Aufgabe der Regierungsbildung und hier ist die Frage, die von entscheidender Bedeutung sein wird für die Schaffung eines neuen Deutschlands, in welcher Form wir eigentlich den Parlamentarismus durchführen wollen. Ein klares parlamentarisches Prinzip ist mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung unvereinbar. Man hat erkannt, daß man die Regierung aus der unmittelbaren, ständigen parlamentarischen Abhängigkeit lösen müsse und es sind verschiedene Lösungen versucht worden, um dem Nachteil einer solchen Regierungsform zu entgehen. Die meisten Länderverfassungen waren sich darüber im klaren, daß man die Regierung nicht auf die Dauer von dem Vertrauen oder Mißtrauen abhängig machen dürfe. Das Schlagwort, daß die Gewalt vom Volke ausgehe, das diese Rechte um keinen Preis aufgeben will, ist falsch. Wir können davon ausgehen, daß das Parlament gewisse Rechte und Befugnisse auf Zeit delegiert an die Regierung. Dies ist auch notwendig, weil wir nur dann eine Kontinuität erreichen werden. Das einmal gewählte Parlament soll auch in der Verantwortung bleiben, es soll nicht die bequeme Möglichkeit haben, sich der Verantwortung zu entziehen, wie wir es auch erlebt haben und wenn vielleicht eine andere Mehrheit Morgenluft wittert, die die Auflösung erzwingen kann.

Die Verantwortungen in einer Verfassung sollen nicht gemindert, sondern sie sollen erhöht werden. Es wäre hier überhaupt einiges zu sagen über den Begriff der Freiheit im demokratischen Staat. Das Wort Freiheit wird mit Freiheit von Bindung ausgelegt und es wird verkannt, daß auch im demokratischen Staat am Ende der Freiheit die Bindung stehen muß, weil ja die Freiheit sonst keinen ethischen Sinn haben kann.

Eine wesentliche Frage scheint mir auch zu sein, daß wir uns auseinandersetzen mit der Frage unseres Wahlverfahrens. Es gibt viele, die der Meinung sind, daß an der Fehlentwicklung der Jahre 1918 bis 1933 das Verhältnis- und Listenwahlsystem einen maßgebenden Schuldanteil trägt. Viele sind der Meinung, daß wir versuchen müssen, dieses keineswegs politische Wahlsystem wegzubekommen. Es gibt auch heute schon wieder Parteien, die in den einzelnen Parlamenten durch Fraktionen mit 35 Stimmen vertreten sind. Man hat die Überzeugung, daß eine genügen würde. Auch das Listenwahlsystem scheint mir ein verfehlter Versuch zu sein, in die Politik Gerechtigkeit zu bringen. Man verlagert ja die politische Entscheidung, die man in erster Instanz vermeiden möchte, lediglich in eine andere Instanz. Wenn dieser politische Kompromiß bereits in erster Instanz geschlossen wird, dann wird auch die falsche Einstellung, daß politischer Kompromiß ein Kuhhandel sei, ausgeschlossen. Gerade im politischen Leben bezeichnet man den Kompromiß als Kuhhandel und verwirft ihn und das ist daher gekommen, daß die Notwendigkeit des Kompromisses nicht zur Er-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kenntnis kam. In irgendeiner Weise ist eine Mehrheit zu bilden, die entscheidet. In welcher Weise die Mehrheit gebildet wird, ist eine Frage für sich, aber wenn die Mehrheit besteht, dann entscheidet und handelt die Mehrheit. Ob diese Lösung gerecht ist, kann man auch bezweifeln. Die Problematik jeder Mehrheitsentscheidung ist ja schon mehrfach verkannt worden.

Die Wahl des Bundespräsidenten sollte durch die beiden Häuser erfolgen. Das Recht der Legislative liegt bei den beiden Kammern. Die Grundfrage ist die der Kompetenzverteilung. Wir müssen darüber entscheiden, wollen wir den Begriff der Kompetenz anerkennen oder nicht. Ich verstehe durchaus Einwendungen, die besagen, auf diesem Wege wird die Rechtszersplitterung noch weiter durchgeführt. Aber eine solche Rechtszersplitterung hat nämlich auch etwas für sich. Wenn wir z. B. auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts eine Rechtseinheit kennen, so kann es gar nicht schaden, wenn wir auf anderen Gebieten, auch des Rechtes, eine gewisse Uneinheitlichkeit kennen.

Eine weitere Frage ist die, genügt es, wenn lediglich der föderative Aufbau dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Länder entwickelt sind? Wir sollten versuchen, Körperschaften, durch die der Wille anderer nichtstaatlicher Institutionen zum Ausdruck kommt, zu hören. Es erschiene mir notwendig und selbstverständlich, daß eine Anhörpflicht geschaffen wird, daß Organisationen des öffentlichen Rechts, Kirchen, Gewerkschaften, Gemeindeverbände gehört werden müssen, wenn auch nur mit konsultativer Wirkung.

Die Notwendigkeit des Staatsgerichtshofs brauche ich nicht zu betonen. Wir waren der Meinung, daß er die Auslegung der Verfassung vertreten soll, ich sage Auslegung, nicht Änderung.

Meine Herren, ich will mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit damit mein Referat abschließen; es sollte dazu dienen, Ihnen persönliche Gedanken, aber auch Gedanken des Verfassungsausschusses zur Diskussion zu bringen und Ihnen zu sagen, daß wir alle der Meinung waren, gerade die Aufgaben der nächsten Wochen und Monate werden uns dazu zwingen, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen."

6.) Herr Dr. Hilpert

dankte Herrn Dr. von Brentano für die Ausbreitung der Problematik und Fülle von Fragen, die eine breite Diskussion ermöglichten. Er gab der Meinung Ausdruck, daß es notwendig sei, die Dinge etwas zu konkretisieren.

Herr Dr. Hilpert griff aus dem Vorgetragenen zwei grundsätzliche Fragen auf:

a) „Wie soll eine irgendwie geartete deutsche Bundesverfassung aussehen?
b) Wie können wir Wege finden, sowohl jetzt bei dieser Bundesverfassung, aber vielleicht auch im Hinblick auf die Länderverfassung?

In diesen Teil hinein gehören Fragen des Wahlrechts, Fragen einer gewissen Beschränkung der Abhängigkeit der Regierung vom Willen des Parlaments. Sie spielen aber auch hinein in die endgültige Gestaltung einer Bundesverfassung.

Nun könnte ich mir vorstellen, daß wir zunächst uns auseinandersetzen mit den Grundfragen einer künftigen Bundesverfassung, wie soll sie aussehen, welches Prinzip, was muß sie enthalten, damit wir gewisse einheitliche Standpunkte herausarbeiten können?"

7.) Herr Staatssekretär Dr. Binder, Tübingen:

„Wenn ich es wage, nach der Fülle der Gesichtspunkte, die vorgetragen wurden, Ihr Gehör kurz in Anspruch zu nehmen, so geschieht es aus dem Grunde, weil ich von hier abreisen möchte mit praktischen Anweisungen, wie ich die Politik der CDU in meinem Lande zu vertreten habe. Wir stehen einmal den Besatzungsmächten gegenüber, zum andern unserem Volk, das zu diesen Fragen kein inneres Verhältnis hat.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich möchte verschiedene Gesichtspunkte in die Diskussion bringen:
a) Wie schaffen wir uns politische Freiheit?
b) Wie sichern wir den Föderalismus?
c) Wie sichern wir ein sicheres Funktionieren des Staatsapparates?
d) Wie sichern wir eine geschlossene Willensbildung?

zu a: Ich möchte in der Reichsverfassung das Ziel verwirklicht sehen, daß uns wieder ein Maximum an Souveränität zurückgegeben wird. Ich bin der Meinung, daß wir von seiten der CDU aus uns in erster Linie darüber schlüssig werden müssen, wo ist die Grenzlinie dessen, was wir den fremden Mächten an Einfluß zugestehen können und wo müssen wir darauf beharren, daß die Willensbildung bei uns bleibt.
Ich könnte mir vorstellen, daß wir den Kontrollrat und die Einflüsse der Besatzungsmächte freibekommen, wenn wir gewisse Zugeständnisse machen, z. B. daß das deutsche Staatsoberhaupt gar nicht von Deutschen gewählt wird. Ich erwähne das alles nur als einen Konzeptvorschlag, um zu zeigen, daß wir keine Verfassung ohne Mitwirkung der Besatzungsmächte machen können. Wir müssen die Verfassung bald haben, um den heutigen Zustand zu beseitigen.

zu b: Frage der Sicherung des Föderalismus: Wir müssen uns darüber klar sein, wenn wir die Länder nicht finanziell unterbauen, dann ist jede Abgrenzung illusorisch. Wer das Geld hat, bestimmt den Kurs. Die Frage der Abgrenzung zwischen Reich und Ländern ist noch nicht einmal die wichtigste. Wir müssen den Gemeinden soviel Befugnisse als möglich zuweisen. Die Abgrenzung der Befugnisse zwischen Reich und Ländern darf nicht an dem Widerspruch der Finanzminister scheitern.

zu c: Dritter Gesichtspunkt der Sicherung des Funktionierens unseres Staatsapparates: Der deutsche Staat, auch so wie er gefühlsmäßig in Erscheinung tritt, ist eben nach wie vor ein Beamtenstaat. Beispiel: Ich habe versucht, mir klar zu machen, worin eigentlich die Unterschiede der einzelnen Staatssysteme bestehen und habe festgestellt, daß Staatsbeamte in allen diesen Ländern sind. Der Akzent ist in den einzelnen Ländern verschieden. In Frankreich kann man von einem Verfassungsstaat sprechen, dort ist der Staat aufgebaut auf die geschriebene Verfassung, während die Parteien und die Staatsbeamten, Angestellten, keine große Rolle spielen. In England ist überhaupt keine eigentliche geschriebene Verfassung gegeben. Dort spielen die Beamten keine große Rolle. Dort beruht alles auf dem Zusammenspiel der beiden Parteien.
In Deutschland wollen wir diese geschriebene Verfassung elastisch handhaben. Wenn wir einen sauberen und auf das Volk Eindruck machenden Staat herausstellen wollen, werden wir nach wie vor soziologisch einen Beamtenstaat haben.

zu d: Sicherung der Willensbildung: Wir können heute in unserem Kreise keine juristischen Feinheiten zur Diskussion stellen, nur die Grundsätze. Wir müssen eine Regierung haben, die geschäftsfähig ist und Bewegungsfreiheit hat."

8.) Herr Finanzminister Dr. Strickrodt[67]*, Niedersachsen:*
„In der britischen Zone ist eine vollständige Unlust festzustellen, eine Verfassung zu machen. Neuerdings setzt sich immer mehr der Gedanke durch, daß wir keine Voll-

[67] Georg Strickrodt (geb. 1902), als Jurist 1929–1936 im preuß. Staatsdienst, 1936 wegen früherer Zugehörigkeit zu DDP/Staatspartei und „Reichsbanner" verabschiedet, 1945 Mit-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfassungen machen sollen, sondern nur Organisationsstatute. Dieser Gedanke wird in letzter Zeit, auch in Kreisen der Besatzungsmacht, für richtig gehalten.

Die Gewerkschaften entwickeln in letzter Zeit einen sehr starken und penetranten Einfluß.

Besonders erschwert ist die Schaffung einer Verfassung in der britischen Zone dadurch, daß es sich in dieser Zone um Länder handelt, die keine natürlichen Gebilde sind. Nordrhein-Westfalen muß natürlich nach dem Südrhein blicken. Im übrigen ist die Frage des Finanzausgleichs in der britischen Zone überaus schwierig. Der Finanzausgleich muß dort in den nächsten Jahren A und O sein. Die CDU der britischen Zone hatte sich am 20. November 1947 zur Erörterung der Frage der Neugestaltung Deutschlands zu einer Sitzung zusammengefunden. Das Ergebnis dieser Sitzung war eine Aufstellung von Grundsätzen, die für den neuen deutschen Staat Geltung haben müssen (siehe Anlage 1)."[68]

---

gründer und erster Landesvorsitzender der CDU in Braunschweig, ab Juni 1946 MdL, Mai–Nov. 1946 Finanz- u. Wirtschaftsminister des Landes Braunschweig, Nov. 1946 bis Aug. 1950 niedersächsischer Finanzminister, dann leitende Tätigkeit in der chem. Industrie und Inhaber eines Lehrstuhls f. Finanz- u. Steuerrecht in Darmstadt.

[68] Diese Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone ist in der Edition Adenauer und die CDU (vgl. Anm. 8) nicht erwähnt. Die Verfassungsgrundsätze, in Abschrift dem Protokoll der Tagung des Ellwanger Kreises anliegend, haben folgenden Wortlaut:

Entschluß des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone
vom 20. November 1947 zur Frage der Neugestaltung Deutschlands.

Nach den bisher bekannt gewordenen amtlichen Erklärungen verantwortlicher britischer und amerikanischer Stellen wird nach Abschluß der Londoner Konferenz das staatliche Gefüge Deutschlands neu errichtet werden. Der Zonenausschuß der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone ist der Auffassung, daß für den neuen deutschen Staat folgende Grundsätze Geltung haben müssen:

1.) Es soll ein Bundesstaat sein, kein Staatenbund. Der Bundesstaat soll sich aus Ländern, die aus eigenem Recht und auf eigener finanzieller Grundlage bestehen, zusammensetzen. Die Grenzen der Länder müssen den Stammeseigentümlichkeiten, den historischen, kulturellen und wirtschaftlichen sowie Verkehrsgegebenheiten in besserer Weise Rechnung tragen als das jetzt der Fall ist.

2.) Deutschland muß eine Zentralgewalt haben, die so viele Rechte bekommt, wie nötig ist, damit das Ganze in geordneter Weise zusammenhält. Die Executive auch bei den von der Zentralgewalt gefaßten Beschlüssen soll bei den Ländern liegen. Sein Parlament soll aus zwei Kammern bestehen, von denen die eine direkt gewählt wird, während die andere auf indirekter Wahl beruht.

3.) Die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes, dessen Unabhängigkeit nach jeder Richtung hin gesichert ist, und der berufen ist, die Rechte der Zentrale und der Länder sowie die Grundrechte aller Deutschen gegenüber der Zentrale und der Länder zu schützen, ist vorzusehen.

4.) Die allierten Kontrollinstanzen müssen sich auf die Kontrolle beschränken und dürfen keine Verwaltung ausüben. Sie sollen kein Genehmigungsrecht für Beschlüsse der zuständigen deutschen Stellen erhalten, sondern ein Vetorecht.

5.) Noch ehe es zum Abschluß eines Friedensvertrages kommt, ist ein Besatzungsstatut nach Verhandlung mit den deutschen Stellen zu erlassen, das die Rechte und Pflichten der besetzenden Mächte und der Deutschen festlegt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

9.) Herr Minister Dr. Süsterhenn[69]*, Koblenz:*
„Die Frage der Abgrenzung der deutschen Kompetenzen und der Kompetenz der Besatzungsmacht ist außerordentlich wichtig, aber nicht ausschlaggebend. Wir müssen jedoch eine klare Konzeption entwickeln, als ob wir frei wären.

a) Einigung über eine gewisse Terminologie ist besonders wichtig. Die Notwendigkeit, daß wir uns auf einen Namen einigen, den dieses zukünftige Deutschland bekommen soll, kann nicht verkannt werden. Der Ausdruck „Reich" sollte möglichst vermieden werden, da wir heute keine Begriffe prägen sollten, die inhaltlich leer geworden sind.
b) Wenn wir uns zu dem Gedanken des Rechtsstaates bekennen, dann müssen wir auch die Bildung eines Staatsgerichtshofes anerkennen. Die Befugnisse dieses Staatsgerichtshofes müssen außerordentlich stark entwickelt werden. Bei seiner Zusammensetzung müßte das föderative Element stark berücksichtigt werden.
c) Ein weiteres Problem, das zur föderalistischen Gestaltung Deutschlands gehört, ist das Problem der Gliederung. Die Ländergrenzen, die durch die Besatzungsmächte getroffen worden sind, sind noch keine endgültigen. Was im Süden sich nun wirklich an kräftigen Ländern entwickelt hat, müßte unter allen Umständen erhalten bleiben, da es sich dabei um gewisse gesunde Zellen handelt, die je weiter man nach Norden kommt, um so schwächer werden (britische Zone)."

10.) Herr Staatssekretär Dr. Strauß, Hessen:
„Ich möchte anknüpfen an den letzten Punkt, den Herr Dr. Binder entwickelt hat, was können wir veranlassen, um unsere Gedanken praktisch zur Durchführung zu bringen? Auch in den Kreisen der CDU ist ein sehr starker Zentralismus vorhanden, nämlich aus der drängenden Not der Probleme heraus.
Sodann stehen wir gegenüber der ganz einheitlich ferngesteuerten Sozialdemokratischen Partei, die ein Lippenbekenntnis zum Ländergedanken ablegen, in Wirklichkeit aber zentralistisch sein wird. Was können wir nun tun, um unsere Gedanken als CDU geschlossen zum Ausdruck zu bringen? Der bundesstaatliche Gedanke, der hier vertreten wird, ist nicht im Fortschreiten begriffen, sondern befindet sich in der Defensive."
Herr Staatssekretär Strauß bat noch, die Diskussion auf die praktischen Fragen der nächsten Wochen und Monate zu erstrecken, damit ein Weg gefunden wird, der zu einer einheitlichen Meinung der CDU führt.

11.) Herr Staatsminister Pfeiffer, München:
„Ich glaube, daß nach der Londoner Konferenz der Zeitpunkt kommt, wo wir wirklich gefragt werden und daß man dann für Dinge, für die man Monate brauchen würde, oft nur Tage oder Stunden haben wird. Wir müssen zu einer einheitlichen Auffassung innerhalb dieses Kreises kommen und versuchen, diese Auffassungen außerhalb unseres Kreises zum Durchbruch zu bringen. Wir müssen 10 oder 12 Punkte innerhalb unseres Kreises aufstellen, die gemeinsam vertreten werden in den Ländern. Richtlinien müssen festgestellt werden, die die Auffassung der CDU in Verfassungsfragen darstellen und ihre politische Durchsetzbarkeit ist anzustreben. Es darf nicht nur eine

[69] Adolf Süsterhenn (1905–1974), Jurist, 1931 Richter, ab 1932 Rechtsanwalt in Köln, Abgeordneter des Zentrums im Kölner Stadtparlament, gehörte zum Kreis des 20. Juli 1944, Dez. 1946–Juni 1951 Justizminister, Juni 1947–Juni 1951 auch Kultusminister von Rheinland-Pfalz, 1948/49 MdPR (stellv. Fraktionsvorsitzender), Mitglied des Verfassungskonvents Herrenchiemsee, 1951–1961 Präsident des Oberverwaltungsgerichts u. Vorsitzender des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz, 1961–1969 MdB.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

theoretisierende Sache sein, es muß eine politische Gestaltung dabei herauskommen, die in 4 Wochen festliegt.
Zum Inhalt der Verfassung ist zu sagen: nicht nur Sicherung und Unterbauung der einzelnen Länder ist notwendig, sondern in der Gesamtmaschine des Bundesstaates, den wir aufbauen wollen, muß der Föderalismus ganz sicher liegen, daß die schwankenden Strömungen eines Reichstages die Maschine nicht leicht beeinflussen können. Schon in der Maschine muß das Element des gleichwertigen Staatseinflusses gegeben sein. Außerdem muß eine Stelle außerhalb des Parlaments geschaffen sein für Kompetenzstreitigkeiten."

12.) Herr Minister Arndgen[70]*, Hessen:*
gab der Meinung Ausdruck, daß der soziale Gesichtspunkt bei den Erörterungen nicht genügend unterstrichen worden sei. „Ich komme auf die Ausführungen des Herrn Strickrodt zurück, der sagte, daß in der britischen Zone die Gewerkschaften einen außerordentlichen Einfluß haben. Es darf nicht die Auffassung aufkommen, daß mit dem föderativen Aufbau ein Rückschritt in sozialer Beziehung einhergehen darf. Wir haben eine große Zahl von Flüchtlingen, wir müssen einer großen Zahl Ausgebombter wieder eine Existenz, den jungen Menschen Lebens- und Existenzmöglichkeiten geben. Aus dem föderativen Gedanken müßten soziale Gesichtspunkte herausklingen. Wenn uns das nicht möglich ist, werden wir nicht die notwendige Plattform finden."

13.) Herr Dr. Kogon:
„Ich vermisse den Zusammenhang zwischen Sofortprogramm und Fernziel der deutschen Verfassungen. Ich möchte Ihnen die Vorteile und auch die Gefahren der föderativen Bundesrepublik aufzeigen:
Vorteile:
1) Das Ausland will diese Entwicklung, an der Spitze Frankreich.
2) Die Amerikaner haben sich nun dem föderalistischen Gedanken angeschlossen; am schwächsten tritt diese Entwicklung bei den Briten in Erscheinung. Die Außenpolitik des Westens ist auf die deutsche Föderation gerichtet. Das ist, äußerlich gesehen, ein Vorteil für uns. Es gibt im Süden und Westen Deutschlands Staaten, nicht nur Länder. Diese müssen ihr Gewicht, das sie besitzen, jetzt schon zur Geltung bringen. Die Länder des Südens und des Westens sollen nicht soweit Rücksicht nehmen auf die britische Zone, daß sie ihren Vorteil für die gesamtdeutsche Sache außer Acht lassen. Das wäre dasselbe, wie wenn der Westen heute eine reine Mitleidspolitik gegenüber der Ostzone treiben würde.
Gefahren:
1) Daß der föderalistische Gedanke nicht bekannt ist,
2) daß er falsch bekannt ist und daß die Jugend damit ganz andere Vorstellungen verbindet.
3) Die Gewerkschaften und diese Interpretationsfaktoren, von denen Herr Dr. Brentano sprach, sind zentralistisch. Die Gewerkschaften sind marxistisch bestimmt,

[70] Josef Arndgen (1894–1966) Stukkateur, Lederarbeiter, nach 1918 im Zentralverband christl. Lederarbeiter tätig, Vorsitzender des ADGB Hessen und Hessen-Nassau, 1931 Vorsitzender des Zentralverbands christlicher Lederarbeiter in Deutschland, Mitglied des Zentrums, nach 1933 mehrfach verhaftet (20. Juli 1944), 1945 Gründungsmitglied der CDU in Hessen, 1946 Ministerialdirektor im hess. Ministerium f. Arbeit u. Wohlfahrt, Jan. 1947–Nov. 1949 Arbeitsminister, 1946–1949 MdL, 1949–1965 MdB.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn nicht gar kommunistisch. Für den Marxisten ist der Zentralismus Voraussetzung. Die Genwerkschaften werden deshalb in einer föderalistischen Form einen dauernden Druck ausüben. Auch die Gewerkschaften sollten sich föderativ aufbauen müssen.

4) Eine weitere Gefahr sehe ich darin: Wenn wir nun nach London eine mehr oder weniger scharfe Teilung Deutschlands in zwei Teile haben werden, dann werden wir in Deutschland zwei nationale Strömungen haben. Die Sozialdemokraten werden einen unifizierten Staat verlangen. Es wird unerhört schwer werden, Sachprobleme mit einzelnen Parteien zu erledigen. Wir sollten die uns zur Verfügung stehenden Gewichte in die Waagschale werfen, wenn es gilt, eine Bundesregierung zu schaffen und zwar:
   a) Den Zug des Auslands nach einer deutschen Föderation,
   b) Das Gewicht der süddeutschen Staaten.
   Als praktischen Vorschlag möchte ich anregen: Wenn die CDU schon in den nächsten Wochen einen Verfassungsentwurf macht, auf wenige Kernpunkte beschränkt, praktisch realisierbar, so hat man die erste Kernbasis schon gewonnen zur Verwirklichung des Marshall-Planes. Wir haben ja auch einen SPD-Entwurf. Die CDU muß also mit den Kräften des Auslands die Entwicklung selbst in die Hand zu bekommen versuchen. Nach den Vorarbeiten, die schon geleistet sind, sollten diese 12 oder 20 Punkte schon in den nächsten Wochen entwickelt werden."

14.) Ministerialrat Hermans[71]*, Koblenz:*
„Der weitaus größte Teil der Bevölkerung hat nicht das mindeste Verständnis dafür, was Föderalismus überhaupt will. Es ist auch nicht zu verkennen, daß diese nationale Welle, die mit den Ereignissen im Osten zusammenhängt, eine ganz große Gefahr für uns bedeuten kann. Herr Dr. Kogon hat doch wohl dazu aufgerufen, nicht nur die vorhandenen deutschen Staatsgebilde zu mobilisieren, sondern auch sich einer Hilfe des Auslands zu bedienen, aber ich meine, das kann, wenn es ungeschickt gehandhabt wird, nur dazu führen, die nationale Welle zu steigern. Wir sollten jede Möglichkeit suchen, Staatsmännern des Auslandes begreiflich zu machen, daß es zuviel verlangt ist von einem Deutschland des heutigen Zustandes, eine allzu große Leistung an Föderalismus aufzubringen. Es muß gelingen, sehr schnell zu einer über Deutschland hinausreichenden Föderation zu kommen."

15.) Herr Dr. Kogon:
„Ich vergaß vorher zu bemerken, daß der Gedanke der „Vereinigten Staaten von Europa" in ein unmittelbares Stadium getreten ist. Es wird im nächsten Frühjahr im Haag in Holland ein europäischer Völkerkongreß[72] einberufen werden, der die europäischen Kräfte mobilisieren will, die Kirchen, die Unternehmerverbände usw. Was wir in Deutschland wollen, eine föderative deutsche Bundesrepublik, wird unterstützt durch diese europäische Richtung."

---

[71] Hubert Hermans (geb. 1909), Jurist, ab 1944 Richter in Koblenz, 1946 Landgerichtsdirektor, Gründungsmitglied der CDU in Rheinland-Pfalz, 1947 Ministerialrat im Justizministerium, dann in der Staatskanzlei, 1952–1971 als Staatssekretär Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund in Bonn, 1949 MdPR.

[72] Der von vier Organisationen der Europa-Bewegung veranstaltete Kongreß fand in Anwesenheit von 750 Delegierten aus 30 Ländern vom 7.–10. Mai in Den Haag unter dem Vorsitz Churchills statt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

16.) Herr Dr. Vogel[73]*, Friedensbüro:*
„Ich sehe kaum eine Möglichkeit, den föderativen Gedanken innerhalb der CDU durchzusetzen. Die CDU lebt ja praktisch gar nicht. Was wir erlebt haben, war eine Serie von Zusammenstößen zwischen Herrn Kaiser und Herrn Adenauer. Sorgen wir also dafür, daß wir innerhalb unseres eigenen Lagers zu einer geschlossenen Front kommen, dann erst können wir die föderative Richtung anstreben, sonst kommen wir gegen den konzentrierten Willen, der von Hannover ausgeht, nicht auf."

17.) Herr Staatssekretär Dr. Strauß:
„Einige der Ausführungen von Herrn Dr. Kogon geben mir Veranlassung, nochmals das Wort zu ergreifen. Es wird zu prüfen sein, wie soll bei einer Übergangsorganisation das föderative Element vertreten sein?"

18.) Herr Minister Dr. Strickrodt:
„Stärker noch als das ausgesprochen nationale Empfinden ist bei der Jugend das Gefühl für die Freiheit. Ich glaube, daß bei der Jugend sich sehr starke Gefühle entwickeln gegen die soziale Entwicklung insbesondere von der Unternehmerseite her."

19.) Herr Staatssekretär Dr. Binder, Tübingen:
„Ich möchte noch auf folgendes hinweisen:
Die Durchsetzung unserer föderalistischen Idee ist völlig verfilzt mit unserer politischen Lage. Das nächste, was kommen wird, ist, daß die französische Zone an die Bizone angeschlossen werden wird. Es ergibt sich dabei die Frage, ob der Wirtschaftsrat nicht von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet völlig umgestaltet werden muß.
Dann möchte ich über den Weg der Reichsverfassung die Besatzungsmächte als politische Faktoren völlig ausgeschaltet wissen. Wir sollten möglichst bald eine Verfassung bekommen, die den fehlenden Friedensvertrag ersetzt.
Eine weitere Überlegung: Wir sollten von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß irgend eine Nationalversammlung diese Verfassung machen wird."

20.) Herr Dr. Hilpert:
„Ich würde vorschlagen, zu versuchen, einen gewissen Abschluß in die Diskussion zu bringen und damit eine Meditationsgrundlage für die Mittagspause zu schaffen."

21.) Herr Minister Süsterhenn:
„1.) Grundthesen sollten möglichst bald gefunden werden. Es scheint mir notwendig zu sein, daß wir dabei nicht ohne weiteres anknüpfen an den Verfassungsausschuß der CDU.
2.) Für notwendig erachte ich ferner, was Herr Staatssekretär Dr. Strauß sagte, daß aus dem Geiste der Grundthesen heraus ein vorläufiges Organisationsprogramm für Frankfurt entwickelt wird; die Herren, die schon in Frankfurt tätig sind, könnten dabei beschäftigt werden.
3.) In Anbetracht des zu erwartenden Drei-Zonen-Zusammenschlusses ist zu bedenken, daß die Franzosen vor allem föderalistisch eingestellt sind.

[73] Rudolf Vogel (geb. 1906), Journalist, 1937–1939 Berliner Vertreter des „Verbands oberschwäbischer Zeitungsverleger", 1940–1945 Wehrdienst, 1945 Arbeitseinsatzleiter beim Landesarbeitsamt Stuttgart, 2. Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1947–1949 Abteilungsleiter im Deutschen Büro für Friedensfragen, 1947–1949 Mitgl. d. Wirtschaftsrats, 1949–1964 MdB, 1964 Botschafter bei der OECD, 1968–1969 Staatssekretär im Bundesschatzministerium.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im übrigen bin auch ich der Meinung, daß die kommende Verfassung so aussehen wird, wie das verfassunggebende Gremium aussehen wird."

22.) Herr Dr. Hilpert:

„1.) Wir haben eine Übereinstimmung darin erzielt, daß der Föderalismus das tragende Gerüst ist für jede weitere Entwicklung unseres Staates.

2.) Die Ellwanger Konferenzen sind daraus entsprungen, daß wir von einer einheitlichen CDU-Arbeit noch weit entfernt sind.

3.) Wir müssen uns bei der Frage, inwieweit wir unabhängig werden, darüber klar werden, daß wir diese Unabhängigkeit nicht erreichen werden, solange der Druck der östlichen Infiltration auf uns ruht und daß wir den Föderalismus mit einem der Jugend entsprechenden Inhalt erfüllen müssen."

Mittagspause

23.) Herr Dr. Hilpert:

nahm die Diskussion erneut auf.

„Ich möchte sachlich ausgehen von zwei Aufgaben:

a) London führt dazu, daß ein fester Zusammenschluß der westlichen Zonen Platz greift. Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre eine Prolongation des gegenwärtigen ungeklärten Zustandes. Es wäre der Zeitpunkt, zu dem wir als christliche Politiker uns an die christlichen Politiker des Auslands wenden müßten.

b) Wie soll denn überhaupt diese neue deutsche Republik verfassungsmäßig gestaltet werden?

Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir auf der Basis des heute Entwickelten, ich denke an Föderalismus und Länder, die delegieren, dem Vorschlag von Herrn Minister Pfeiffer folgen und Thesen aufstellen.

Wir wollen am 9. 12. in München ein Konklave bilden; dieses hat die Aufgabe, eine Formulierung vorzunehmen. Wenn diese Formulierung vorliegt, würden wir sofort anschließend daran sämtliche Landesverbandsvorsitzende der CDU zu einer Besprechung einladen. Wir würden dann vielleicht auch Gelegenheit haben, den Versuch zu machen, zunächst in den drei Zonen eine einheitliche CDU-CSU-Politik herbeizuführen. Es soll in diesen Thesen eine wirkliche Grundlage geschaffen werden. Diese Konklavearbeit würde uns dann für heute der Notwendigkeit entheben, über diese Grundthesen noch weiter zu diskutieren.

Es wäre notwendig, daß wir den Gedanken des Föderalismus in Deutschland bodenständig machen. Das Manifest soll sich auch auf Grund der Anregungen unseres Freundes Strickrodt an die Jugend wenden. Der föderative Gedanke ist die Gewähr für eine wirkliche Freiheit.

Ich wünsche, Sie möchten sich diesem Vorschlag anschließen und dieses Manifest bezüglich des Föderalismus aufstellen. Wenn Sie dem zustimmen würden, dann wäre das zweite, was wir zu diskutieren hätten, die Frage der Übergangslösung, angedeutet in dem Sinne, wie wir zu dem föderativen Aufbau kommen wollen und die drei Zonen als vorläufige Einheit ansehen. Das müssen wir verhüten, daß die ganze Frage der Neugestaltung schon in den Anfängen in den Händen einer sog. Volksvertretung liegt. Dann müßte eine von den Landtagen bestimmte Delegation der Regierungsmitglieder die Verantwortung für den zu überbrückenden Zustand übernehmen. Die erarbeitete Verfassung soll dann einer Volksabstimmung unterworfen werden, bei der gleichzeitig die Volksvertretung gewählt wird.

Das zweite wäre, daß wir uns auch heute klar darüber werden müßten, was wird aus

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Wirtschaftsrat, daß man bei dieser Gelegenheit versuchen müßte, diesen Wirtschaftsrat auf einen vereinfachten Nenner zu bringen.
Ich darf Sie bitten, sich zu meinen Vorschlägen zu äußern."

24.) Herr Ministerpräsident Dr. Ehard, München:
„Wir müssen aus dem Stadium des Theoretisierens herauskommen. Wir müssen dazu kommen, den Begriff des Föderalismus einmal zu konkretisieren. Wir müssen dazu Grundsätze aufstellen. Das Formulieren lassen Sie ruhig einige gewandte Juristen machen.
Wir sind uns in der Kritik dessen, was vergangen ist, vollständig einig. Wir sind uns absolut einig in dem, was man einen brauchbaren föderativen Aufbau nennt, nämlich einen Aufbau von den Ländern zum Bund. Wir sind uns sogar weitgehend einig über die Form, die man dem Ganzen geben könnte. Nun müssen wir uns darüber klar werden, was streben wir an, welches Ziel müssen wir erreichen. Wir müssen uns auch darüber klar werden, wie weit wir etwa ausweichen können und wo wir nicht mehr mittun dürfen.
Ich werde mir erlauben, Sie auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der zum Auseinanderfallen des ganzen Bundes führen muß. Es ist heute schon sehr viel darüber geredet worden, wie man sich einen solchen künftigen Bund vorzustellen hat. Eine große Schwierigkeit sehe ich auch bei einer Zusammenfassung der Meinungen der CDU-CSU. Es ist heute das harte Wort geprägt worden, es gibt überhaupt keine Partei der CDU, dieses Wort findet Widerspruch. Aber klopfen wir einmal an unsere Brust. Ich weiß, das ist eine harte Ergänzung zu einem harten Wort. Wer von der CDU, von den Landesvorsitzenden, von den Ausschüssen, wer getraut sich denn eigentlich, seine Meinung auszusprechen? Ich sage das hier in diesem Kreis, weil ich der Meinung bin, daß hier jeder seine Meinung so ausspricht, wie er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann und man hier auch aus den Reden entnehmen kann, welches Ziel verfolgt der einzelne.
Es bleibt noch die Frage: Wie kann man für den Gedanken des föderativen Aufbaus Verständnis gewinnen insbesondere bei der Jugend? Das ist eine Frage, die sehr schwierig zu lösen ist. Aber ein Gedanke, glaube ich, der ist von Bedeutung, daß die Jugend, soweit sie gut gesinnt und nicht in dem Abenteurerleben noch geistig befangen, friedenswillig ist, und daß sich diese Jugend nach einer friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern sehnt. Und könnte man der Jugend nicht klar machen, daß eine zentralistische Zusammenballung der Macht naturnotwendig die Kräfte stärkt, die nicht bloß zu einer Terrorisierung der eigenen Bevölkerung führen, sondern zu einer Expansion, zum Kriege?
Es kommt aber noch etwas dazu, wenn wir uns vorstellen, die Londoner Konferenz führt zu einer vorläufigen Zusammenfassung der drei Westzonen und läßt, wie wir hoffen, die Türe nach Osten offen. Man überlege sich, wenn wir in der Westzone ein zentralistisches Teil Deutschlands haben, dann haben wir ein zentralistisches auch in der Ostzone.
Man stelle sich vor, diese beiden Machtzentren prallen aufeinander. Es muß zu einer Auseinandersetzung kommen zwischen der abendländischen Kultur und der asiatischen. Hier sehe ich eine Möglichkeit, wie man für den Gedanken des Föderalismus in Deutschland und darüber hinaus eine gewisse Aufgeschlossenheit schaffen könnte.

Noch eines: wir dürfen ein Übergangsstadium nicht in die Hände eines Wirtschaftsrates geben, der als politisches Instrument eine Unmöglichkeit ist. Wenn wir ihm die Übergangslösung überlassen, dann können wir auch jede Hoffnung auf eine vernünftige Lösung fahren lassen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Und noch etwas, was wir dem Ausland und der Besatzungsmacht bei jeder Gelegenheit sagen sollten und was wir hätten sagen müssen, eigentlich nur einen einzigen Satz: Es ist allerhöchste Zeit, es ist fast schon zu spät, daß endlich eine Lösung kommt, wenigstens im Sinne eines Übergangsstadiums, in dem Sinne, daß eine bewegungsfähige, als Partner anerkannte Regierung kommt, basierend auf den Ländern, damit wir auch wieder in das Wirtschaftsspiel eingeschaltet werden können, denn wenn es so weitergeht, sehen wir, daß wir in zwei Monaten absolut abgewirtschaftet haben könnten. Wenn wir das nicht erreichen, dann ist alles umsonst."

25.) Stellvertr. Direktor im Wirtschaftsrat, Semler[74]*:*
Betrachtete die Frage der Übergangslösung deshalb als besonders schwierig, weil die Zeit dazu fehlt, in Ruhe eine sinnvolle Lösung von uns aus zu erarbeiten oder den Besatzungsmächten vorzuschlagen. Im übrigen beleuchtete Herr Semler eingehend die Schwierigkeiten der Organisation des Wirtschaftsrats[75].

26.) Herr Dr. Hilpert:
gab erneut der Meinung Ausdruck, daß die Ergebnisse der Aussprache durch einen Ausschuß zusammengefaßt und zur entscheidungsreifen Vorlage für die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU geformt werden sollten (siehe Beschlußniederschrift in der Anlage!).

27.) Herr Staatssekretär Dr. Seelos[76]*, Frankfurt:*
wies als Mitglied des Exekutivrats[77] in Frankfurt seinerseits auf die großen Schwierigkeiten der Organisation des Wirtschaftsrats hin und gab noch verschiedene Anregungen, wie man sich eine praktische Lösung denken könnte, wenn dem Wirtschaftsrat gewisse Aufgaben für die drei Zonen übertragen würden.

---

[74] Dem Protokollanten sind hier mehrere Irrtümer zugleich unterlaufen (die auch bezeichnend für die Außenseiterrolle Semlers – im Protokoll stets „Semmler" genannt – sind): Er war seit Ende Juli 1947 Direktor der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft (VfW), aus diesem Amt wurde er von der US-Militärregierung nach der Erlanger „Hühnerfutterrede" Ende Januar 1948 entfernt. Stellvertretender Direktor war Walter Strauß, der die VfW im Februar und März 1948 kommissarisch leitete, ehe Ludwig Erhard dieses Amt übernahm. Dem *Wirtschaftsrat* hatte Semler vom 25. Juni bis 25. Juli 1947 angehört.

[75] Richtig eher: Wirtschaftsamt (Verwaltung für Wirtschaft des VWG).

[76] Gebhard Seelos (geb. 1901), Jurist, 1925–1944 im dipl. u. kons. Dienst, 1945–1949 als Ministerialrat bzw. Staatsrat Bevollmächtigter Bayerns im Länderrat der US-Zone und im Exekutivrat des VWG in Frankfurt, zunächst parteilos, 1949 Mitglied der Bayernpartei, 1949–1951 MdB (Fraktionsvorsitzender der BP), 1953–1966 im diplomatischen Dienst, zuletzt als Botschafter in Brasilien.

[77] Dem am 10. 6. 1947 errichteten Exekutivrat des VWG, dem je ein hauptamtlicher Vertreter (und ein stellvertretender) der 8 Länder angehörten, oblagen die Vertretung der Länder, die Koordinierung der bizonalen Verwaltungen, die Kontrolle der Ausführung von Gesetzen durch die Direktoren der Verwaltungen. Der Exekutivrat hatte außerdem das Vorschlags-, Begutachtungs- u. Empfehlungsrecht für Gesetze des Wirtschaftsrats. Die im Februar 1948 im Zuge der Reform der Bizone aufgelöste Institution hatte eine merkwürdige Mischung von föderativen und exekutiven Aufgaben zu erfüllen, organisationsgeschichtlich war sie „eine hybride Bildung ohne Parallele im bisherigen deutschen Staatsrecht" (Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Teil I, Koblenz 1956, S. 27). Die föderative Komponente des Exekutivrats wurde im Februar 1948 durch den Länderrat des VWG, den Vorläufer des Bundesrats, ersetzt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

28.) Herr Dr. Hilpert:
„Wir sind bei der Frage: Wie soll die Übergangslösung aussehen? Da ergibt sich die weitere Frage: Wenn man diese Regelung nicht so trifft, daß man sagt, die Ministerpräsidenten sind diejenigen, die eine Verfassung vorbereiten und dem Volk zur Abstimmung vorlegen, wenn man den bestehenden Wirtschaftsrat dabei als einen Kern ansehen würde, dann kann vom Wirtschaftsrat nichts übrig bleiben als der Name und der wäre falsch. Es kann sich also nur um einen Anbau handeln. Ich bin der Meinung, daß ein Parlament geschaffen werden soll, das gemeinsam mit den Ministerpräsidenten mit hochqualifizierten Mehrheiten die Verfassung ausarbeitet, die dann dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Wenn man den Wirtschaftsrat in seiner parlamentarischen Form anerkennt, dann muß der Exekutivrat fallen. Was wir heute erleben, ist, daß die Gesetze furchtbar schnell gemacht werden und kein Mensch sich um diese Gesetze kümmert, weil sie eben gar nicht erarbeitet sind. Wir sprechen heute so lange die anständigen Menschen mit Gesetzen an, daß sie zwangsläufig unanständig werden, und zwar weil sich die unanständigen sowieso nicht an die Gesetze halten."

29.) Herr Dr. von Brentano:
a) „Wir gehen aus von der Hypothese, daß in London die Trizone geschaffen wird. Wir müssen uns deshalb in der CDU auf eine gemeinsame Linie einigen.
b) Wie soll die Übergangslösung aussehen? Wenn die Trizone zusammenkommt, müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß dem Wirtschaftsrat eine große politische Bedeutung zukommt. Bezüglich des Exekutivrats bin ich durchaus auch der Meinung, daß er in der heutigen Form beseitigt werden muß."

30.) Herr Minister Dr. Beyerle, Stuttgart:
„Ich glaube, darüber sind wir uns einig, daß nicht bloß das Gremium der Ministerpräsidenten, sondern auch eine Vertretung der gewählten Volksvertretung die gemeinsame Grundlage für die Schaffung einer Verfassung sein muß. Wir werden bei all unseren Überlegungen uns doch auch sagen müssen, daß die kommende Verfassung die Türe für den Osten wird offenlassen müssen."

31.) Herr Dr. Hilpert:
„Ich bin der Meinung, wir können diese Dinge schnell formulieren. Wir könnten uns auch überlegen, daß wir als eine Zusammenkunft christlicher Politiker einen Brief an Herrn Clay schreiben, der von einem kleinen Kreis aus unserer Mitte entworfen und dann unterschrieben wird."

32.) Herr Minister Dr. Strickrodt, Niedersachsen:
„Es kommt doch darauf hinaus, daß wir für das, was wir hier gesagt haben, in der Öffentlichkeit gerade stehen müssen. Wäre folgender Weg möglich, daß der Auftrag zur Vorbereitung der Verfassung durch die Länder gegeben wird, daß die Länder die Initiatoren der Verfassung sind?"

33.) Herr Ministerialrat Hermans, Koblenz:
„Ich möchte zu der technischen Seite der Ausführungen von Herrn Dr. Hilpert Stellung nehmen. Es ist notwendig, daß möglichst bald an die Militärregierung herangetreten wird. Ich muß jedoch Bedenken dahingehend äußern, daß dieser Kreis plötzlich durch einen Brief an einen Vertreter der amerikanischen Militärregierung herantritt. Wir Teilnehmer aus der französischen Zone haben zur Zeit in Baden-Baden Genehmigung einzuholen, wenn wir an politischen Konferenzen außerhalb der Zone teilnehmen wollen. Die Genehmigung würden wir im Augenblick wohl nicht er-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten haben. Ich möchte annehmen, daß wir bis zum 9. 12. diese Genehmigung erhalten werden und daß deshalb dieser offizielle Schritt bis zum 9. 12. zurückgestellt werden sollte."

34.) Herr Dr. Hilpert:
kam zum Schluß der Konferenz nochmals auf die technische Abwicklung der auf 9. 12. geplanten Zusammenkunft zu sprechen. Er schlug vor, im Anschluß an diese Zusammenkunft die gemeinsam gewonnene Auffassung der Militärregierung vorzutragen. In der Zwischenzeit sollten wenigstens die Tagungsteilnehmer aus der Amerikanischen Zone versuchen, der Militärregierung gesprächsweise die gewonnenen Auffassungen näherzubringen.
Zum Abschluß der Tagung sprach Herr Dr. Hilpert Herrn Dr. von Brentano seinen besonderen Dank für das vorgetragene Referat aus.

[Anlage]

Beschlußniederschrift

Der in Schönenberg bei Ellwangen am 22. und 23. November 1947 versammelte Freundeskreis von in Regierungsverantwortung stehenden Angehörigen der C.D.U. und der C.S.U. hat nach eingehender Besprechung dringlicher Verfassungsfragen vereinbart:

1.) Die Ergebnisse der Aussprachen sollen durch einen Ausschuß zusammengefaßt und zur entscheidungsreifen Vorlage für die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU geformt werden.
2.) Zur Erfüllung dieses Auftrages sollen am Dienstag, den 9. Dezember 1947 in München zusammentreten:

1. Staatssekretär Dr. Binder	Tübingen
2. Abg. Dr. v. Brentano	Darmstadt
3. Prof. Min.Dir. Dr. Glum	München
4. Min. Dr. Pfeiffer	München
5. Min. Dr. Strickrodt	Hannover
6. Staatssekr. Dr. Strauß	Frankfurt
7. Min. Dr. Süsterhenn	Koblenz
8. Dr. Vogel, Friedensbüro	Stuttgart
9.	Nordrhein-Westfalen

3.) Dieser Ausschuß stellt in eindeutiger Formulierung in Form von Thesen die Richtlinien für eine bundesstaatlich aufzubauende neue deutsche Verfassung auf und zwar so, daß ab 10. Dezember 1947 ein entscheidungsreifer Entwurf zur Verfügung steht.
4.) Dieser Entwurf ist der Arbeitsgemeinschaft zu unterbreiten.
5.) Es wird als unerläßlich angesehen, daß bei der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft und bei Vorbescheidung der Richtlinien die Zusammensetzung nach einem klaren Schlüssel erfolgt, der dem Grundsatz der gleichmäßigen Vertretung der tatsächlich beteiligten Länder entspricht, und daß je zwei CDU/CSU Mitglieder der Regierungen der beteiligten Länder an der Entscheidung teilnehmen.
6.) Die Freunde Min. Stickrodt, Min.R. Hermans, Dr. Kogon, werden ersucht, bis zum gleichen Zeitpunkt – 9. Dezember – ein Föderal-Manifest, gerichtet an die deutsche Jugend, zu entwerfen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Verfasser dieses Aufrufes werden eingeladen, sich am 9. Dezember mit dem anderen Ausschuß in München zu einer gemeinsamen Aussprache zusammenzufinden.

7.) Die beiden Gruppen werden nötigenfalls noch Vorschläge formulieren, die sich aus der Durcharbeitung des Stoffes ergeben. Die Frage einer *Übergangslösung* nach Abschluß der Londoner Konferenz wurde eingehend diskutiert. Das Ergebnis der Aussprache läßt sich dahin zusammenfassen:

Sicher wird nicht zuletzt von den Militärregierungen daran gedacht, die Einrichtung des Wirtschaftsrats in Frankfurt zu einer Übergangsmaßnahme für die politische Neugestaltung zu benützen. Es bestand Einigkeit darüber, daß der Wirtschaftsrat an sich für die Übergangslösung nicht geeignet ist, daß aber doch eine Anknüpfung an diese Einrichtung nicht wird umgangen werden können.

Abgelehnt wird, die künftige Verfassung Deutschlands bzw. der Westzonen durch eine gewählte Nationalversammlung vorbereiten zu lassen, vielmehr wird folgende Lösung vorgeschlagen:

Der Exekutivrat wird ersetzt durch eine Konferenz der Ministerpräsidenten. Der Wirtschaftsrat wird in seiner heutigen Gestalt am besten aufgelöst oder notfalls ergänzt. Die Bildung dieses parlamentarischen Gremiums erfolgt durch Delegation von Mitgliedern durch die Landtage. Die Ministerpräsidentenkonferenz und das parlamentarische Gremium arbeiten eine deutsche Verfassung aus, wobei festzulegen ist, wie die gemeinsame Beschlußfassung erfolgt und welche qualifizierten Mehrheiten verlangt werden. Die von der Ministerpräsidentenkonferenz und dem parlamentarischen Gremium ausgearbeitete Verfassung wird zur Volksabstimmung vorgelegt.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten und das parlamentarische Gremium führen die laufenden Arbeiten des Wirtschaftsrats in einer Weise weiter, daß die beiden Gremien zusammen die Legislative ausüben. Die Direktoren der Verwaltungsämter werden in vollem Umfang der Ministerpräsidentenkonferenz unterstellt; insbesondere führt diese Aufsicht über die Direktoren.

Dieser Lösungsvorschlag soll in Bälde mit einigen führenden Persönlichkeiten der CDU-Fraktion des Wirtschaftsrats besprochen werden.

Die Kommission, die beauftragt ist, die Verfassungsthesen in der Zusammenkunft am 9. 12. in München aufzustellen, wird beauftragt, nähere Formulierungen der Übergangslösung zu suchen.

Es bleibt vorbehalten, daß eine Anzahl der Teilnehmer der Ellwanger Tagung in einem Schreiben an General Clay die Vorschläge für die Übergangslösung unterbreiten. Inwieweit sich die anderen Zonen zu einem ähnlichen Schritt ihren Militärregierungen gegenüber entschließen, bleibt gleichfalls vorbehalten.

Schönenberg-Ellwangen 23. November 1947

Der Leiter der Aussprache
gez. Dr. Hilpert

Das Konklave des „Arbeitskreises zur Vorbehandlung von Verfassungsfragen", wie der in Ellwangen eingesetzte Ausschuß der Öffentlichkeit gegenüber titu-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

liert wurde[78], fand programmgemäß am 9. und 10. Dezember 1947 in München statt[79].

Die Beratungen führten zu keinem unmittelbaren Ergebnis, über die Grundzüge einer föderalistischen Verfassung war man sich natürlich einig. Ein Entwurf Heinrich von Brentanos[80] war von der Feststellung eingeleitet, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sei in erster Linie eine politische und erst in zweiter Linie eine wirtschaftliche Frage; eine deutsche Vorstellungen entsprechende, auf den deutschen historischen und kulturellen Erfahrungen basierende Verfassung sei die Voraussetzung der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung Deutschlands. Die CDU/CSU erwarte von einer solchen Verfassung den *Neuaufbau* als Bundesstaat, eine demokratische Verfassung setze die „gleichberechtigte Mitwirkung des Volkes und der Länder" voraus, die Gesetzgebung bedürfe übereinstimmender Mehrheitsbeschlüsse der Volks- und der Länderkammer. Gesetzgebung und Verwaltung sollten grundsätzlich bei den Ländern liegen, eine Bundeskompetenz – soweit nicht durch die Verfassung vorgegeben – nur durch Delegation durch die Länder gegeben sein. Eine solche Bundesverfassung könne nur durch Zusammenwirkung des gesamten deutschen Volkes „in völlig freier unabhängiger demokratischer Beschlußfassung" und der „Länder als gleichberechtigte Träger des politischen Gesamtwillens" zustande kommen. Weitere Voraussetzung sei der Wegfall der Zonengrenzen und eine klare Definition der Zuständigkeiten der deutschen Stellen gegenüber den Militärregierungen. Mindestens müsse der Zustand der bedingungslosen Kapitulation durch ein vorläufiges Friedensstatut ersetzt werden.

Walter Strauß hatte „Vorschläge für eine Übergangsregelung bis zur Annahme einer Deutschen Verfassung" mitgebracht[81]. Gemäß den Ellwanger Beschlüssen hatte Strauß den Entwurf bis in die Details ausformuliert. Die Aufgabe des Bundes, den die deutschen Länder schließen sollten, bestünde in der Übergangszeit in der Vorbereitung einer Verfassung und in der Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit. Als Bundesorgane sollten ein Volksrat (aus Delegierten der Landtage) und ein Länderrat (Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeister der Hansestädte) fungieren, die gemeinsam einen Verfassungsausschuß einzusetzen hätten, dessen Entwurf einer Konstitution nach der Annahme durch beide Parlamente einem Plebiszit unterworfen werden sollte. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes würde – geringfügig erweitert – der des Wirtschaftsrats entsprechen, die Zentralverwaltung

---

[78] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13. 12. 1947; in der kurzen, von der bayerischen Staatskanzlei inspirierten Meldung hieß es, der Arbeitskreis nehme ebenso wie Gremien der SED oder der SPD das Recht in Anspruch, sich um die kommende deutsche Verfassung zu kümmern. S. a. Die Welt, 11. 12. 1947.

[79] Ein Protokoll existiert laut Auskunft von Dr. Huber nicht, Entwürfe und verschiedene Beratungsunterlagen im NL Strauß.

[80] NL Strauß, handschriftlich datiert „9. XII. 47".

[81] Datiert 1. Dezember 1947, NL Strauß.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war in der Konzeption von Walter Strauß analog der Bizonenkonstruktion geregelt. Die Kontrolle der Bundesämter sollte dem Länderrat obliegen.

Beide Organisationsmodelle, das für den künftigen Bundesstaat aus Brentanos Feder und die Übergangsregelung von Strauß, hatten ihre Vorgeschichte. Brentanos Entwurf entsprach im wesentlichen den Überlegungen des Verfassungsausschusses der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, die Vorschläge von Strauß enthielten den Grundgedanken des hessischen Staatssekretärs Brill, durch den vorläufigen Zusammenschluß der Länder den ersten Schritt zu einem neuen deutschen Bundesstaat zu tun und gleichzeitig dessen Verfassungsstruktur zu prästabilisieren. Hermann Brills Pläne waren bereits ausführlich im Ausschuß der Verfassungsexperten des Friedensbüros diskutiert worden[82].

Zwischen dem Friedensbüro und dem Ellwanger Kreis gab es mehrere Querverbindungen, insbesondere in den Personen von Anton Pfeiffer und Friedrich Glum, dessen Verfassungsentwurf ebenfalls im Friedensbüro zur Debatte gestanden hatte und der nun auch im Münchener Konklave des Ellwanger Kreises wieder erörtert wurde. Freilich dürfte Glum auch hier seine Bedeutung überschätzt haben, als er in seinen Memoiren schrieb, daß es ihm gelungen sei, „die bayerische, württembergische und hessische CSU und CDU auf einer Konferenz in München für den von mir ausgearbeiteten Vorschlag zu gewinnen"[83]. Glum hatte in den Sitzungen des Verfassungs-Experten-Ausschusses des Friedensbüros erhebliche Abänderungen seiner staatenbündlerischen Konzeption hinnehmen müssen. Ende 1947 hatte er den westlichen Alliierten seinen ursprünglichen Entwurf zusammen mit den aus den Kommissionsberatungen hervorgegangenen Fassungen[84] zugänglich gemacht, vermutlich in der Hoffnung, mit Rückendeckung der Amerikaner, Briten und Franzosen im Alleingang sein Projekt der „Vereinigten Staaten von Deutschland" weiter zu bringen. Das Ergebnis dieser Indiskretion bestand aber lediglich in der Förderung der düsteren Legenden, die nach dem Ellwanger Treffen entstanden waren[85].

Die in der Münchner Besprechung des Ellwanger Kreises festgelegten „Grundsätze für eine Deutsche Bundesverfassung"[86] sahen folgende Konstruktionselemente vor:

1. Die Länder bilden als Gliedstaaten die Bundesrepublik Deutschland.
2. Bereitschaft, einer europäischen Staatenföderation beizutreten und die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen anzustreben.

[82] S. Piontkowitz, Das Deutsche Büro für Friedensfragen, S. 185 f. – S. a. AVBRD, Bd. 2, Dok. 13, 21, 25, 55, und die Besprechung über Verfassungsfragen in der Bay. Staatskanzlei am 14. 3. 1947, ebenda, Dok. 11.

[83] Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, S. 619.

[84] Vgl. die 6. Besprechung über Verfassungsfragen im Friedensbüro vom 17. 12. 1947, Archiv IfZ, ED 120, Bd. 130 a, und die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Friedensbüros vom 18. 12. 1947, ebenda, ED 134/4 (Sammlung Forster).

[85] Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 16. 12. 1947 („Gespräche um Deutschlands Zukunft").

[86] Erstfassung dieser „Grundsätze" in den National Archives Washington, RG 260 (OMGUS), box 111-2/10, folder 16; weitere Versionen im NL Strauß.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Grundsatzkatalog für Länderverfassungen, der Menschenrechte, Konformität mit Bundesverfassung, demokratische Wahl der Landtage, Kontrolle der Regierungen durch Landtage, Verfassungsgerichtshöfe enthält.
4. Verbot besonderer politischer Bündnisse und Verträge zwischen den Ländern, alleiniges Vertragsrecht des Bundes gegenüber dem Ausland, Verträge der Länder über Gegenstände der ausschließlichen Landesgesetzgebung sowie Verträge und Gesandtenaustausch mit dem Heiligen Stuhl sollten jedoch erlaubt sein.
5. Klare Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern, Grundsatz Bundesrecht bricht Landesrecht, keine Selbstverwaltungskörper als unmittelbare Einrichtungen des Bundes, Recht der Gesetzgebung und Verwaltung grundsätzlich Ländersache, Zuständigkeit der Bundesrepublik nur, soweit sie durch Bundesverfassung übertragen ist.
6. Alle Staatsangehörigen der Länder sind Staatsangehörige des Bundes.
7. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes für Beziehungen zum Ausland, Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Währung, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte, Verbrauchssteuern, Post- und Fernmeldewesen, konkurrierende Gesetzgebung.
8. Länderzuständigkeit für Ausführung der Bundesgesetze, Bundesbehörden nur für Auswärtige Angelegenheiten, Post und Eisenbahn.
9. Aufsichtsrecht der Bundesrepublik, soweit das Gesetzgebungsrecht Bundessache sein würde.
10. Zuordnung von Steuern, Zöllen etc. auf Bund, Länder und Gemeinden mit dem Ziel jeweiliger finanzieller Selbständigkeit.
11. Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten durch ein Bundesverfassungsgericht.
12. Gleichberechtigtes Nebeneinander eines Bundesrats als Ländervertretung und einer Volkskammer.

Mit diesem Katalog waren die Wünsche des föderalistischen Flügels innerhalb der CDU/CSU am Jahresende 1947 in den Grundzügen konkretisiert. Im Gegensatz zum Expertenausschuß des Friedensbüros hatten sich die Ellwanger auf die großen Linien beschränkt und sich noch nicht die Köpfe über die einzelnen Organisationsprobleme der Verfassung zerbrochen. Im Friedensbüro-Ausschuß hatte sich zur gleichen Zeit die Diskussion hierüber endgültig festgefahren[87].

Inzwischen wußten auch die Amerikaner von den Ellwanger Plänen. Ihr Informant war Eugen Kogon. Er hatte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Westzonen ohne Rücksicht auf die SBZ betont; die föderalistische Organisation des Weststaats dürfe eine Wiedervereinigung nicht behindern, stelle aber andererseits die stärkste Sicherung gegen einen dominanten Einfluß im wiedervereinigten

[87] Vgl. Anm. 84, s. a. Friedrich Glum, Bemerkungen zum organisatorischen Teil einer künftigen deutschen Verfassung, in: Süddt. Juristen-Zeitung 3 (1948), S. 114–118, und Otto Küster, Föderative Probleme einer deutschen Verfassung, ebenda, S. 118–131.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesamtdeutschland dar. Eine Zweiteilung Deutschlands würde einer neuen und starken nationalistischen Bewegung mit dem Ziel eines zentralistischen Gesamtdeutschland zum Leben verhelfen, eine gesunde föderalistische Struktur im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan solchen Bestrebungen entgegenwirken. Der richtige Augenblick für die vorläufige Lösung des Deutschland-Problems sei der administrative Zusammenschluß der drei Westzonen, wobei die derzeitige Struktur und die Grenzziehung der Länder bestehen bleiben sollten, um den föderalistischen Aufbau nicht durch zusätzliche Probleme, die im Lauf der Zeit gelöst werden könnten, zu belasten. Wenn man den vorläufigen Organen des Weststaats genügend Zeit zur Erörterung der Verfassungsordnung der gesamtdeutschen Republik ließe, würde der föderalistische Gedanke in der Bevölkerung tiefere Wurzeln schlagen; der in den nächsten anderthalb Jahren zu erwartende wirtschaftliche Aufschwung würde das seine dazu beitragen. Eine Nationalversammlung sei nicht nur ein Vorgriff auf die gesamtdeutsche Volksvertretung, sondern auch Ausdruck zentralistischer Bestrebungen, die den späteren Beitritt der Ostzone gefährden würden. Schließlich versicherte Kogon dem Mitarbeiter der Information Control Division der Militärregierung für Hessen, der ihn befragt hatte, daß die Ellwanger Konzepte sowohl dem Sicherheitsbedürfnis wie dem Wunsch nach wirtschaftlichem Wiederaufbau der westlichen Alliierten und der Nachbarn Deutschlands entsprächen[88].

Aus der Vermischung von strategischen und taktischen Elementen in der Argumentation Kogons ergaben sich einige Widersprüche: Warum sollte die sowjetische Regierung ihrer Besatzungszone den Anschluß an einen föderalistisch organisierten Weststaat eher erlauben als an ein zentralistisches Gebilde, wenn der Föderalismus im Weststaat als Schutz gegen den Kommunismus propagiert wurde? Und wenn die Gründung eines Weststaats eine nationalistische Bewegung mit zentralistischen Zielen fördern würde, durfte man das eigentlich auch dann nicht empfehlen, wenn man sich im Besitz des föderalistischen Gegengifts glaubte.

Die Politiker des Ellwanger Kreises waren sich an der Jahreswende 1947/48 darüber im klaren, daß die Ausarbeitung von Verfassungsplänen – mindestens zunächst – einer Option für einen Weststaat ohne die sowjetische Besatzungszone gleichkam. Die Formel „Wiedervereinigung durch Anschluß", die in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik den Kern der Deutschlandpolitik bildete, war zwar noch nicht formuliert, sie war aber zwischen den Zeilen der Verfassungsentwürfe schon deutlich zu lesen.

Die Münchener Gespräche der Verfassungskommission des Ellwanger Kreises wurden am 22. und 23. März 1948 in der Bayerischen Staatskanzlei fortgesetzt. Man hatte sich jetzt auch des Sachverstands von Hans Nawiasky[89] versichert, der

[88] Office of Military Government for Hesse: Weekly Intelligence Summary No. 89, 8. 1. 1948, p. 1, p. 3–4; National Archives Washington, RG 260 (OMGUS), box 194-2/8, folder 10.

[89] Hans Nawiasky (1880–1961), 1910 Privatdozent in Wien, 1922–1933 Prof. für Staatsrecht in München, 1928–1930 Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, 1932

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon in der Weimarer Republik der bayerischen Staatsregierung als Staats- und Verfassungsrechtsexperte und dann wieder bei der Ausarbeitung der Verfassung von 1946 gute Dienste geleistet hatte. Der Unterschied zwischen den Positionen Glums und Nawiaskys war nur graduell, er bestand im wesentlichen darin, daß Nawiaskys Blick für die Realisierbarkeit föderalistischer Konzepte schärfer war als der Glums.

Die „Grundsätze für eine Deutsche Bundesverfassung" wurden im März 1948 noch einmal diskutiert und in einzelnen Punkten überarbeitet[90], substantielle Änderungen wurden aber nicht mehr vorgenommen. Walter Strauß redigierte anschließend den gesamten Text[91], der dann dem Plenum des Ellwanger Kreises wieder vorgelegt wurde. Dies geschah am 13. April 1948 in Bad Brückenau. Der Tagungsort war mit Rücksicht auf Konrad Adenauer gewählt worden, denn die Zustimmung des CDU-Vorsitzenden der britischen Zone war die wichtigste Voraussetzung dafür, daß der Ellwanger Verfassungsplan eine Chance bekam, für die gesamte CDU/CSU verbindlich zu werden.

Die Brückenauer Tagung ging als wichtigste und am stärksten besuchte Sitzung in die Annalen des Ellwanger Kreises ein. Das bayerische Kabinett war fast vollzählig erschienen. Walter Strauß hatte die Aufgabe, über die „Grundsätze für eine deutsche Bundesverfassung" zu referieren, Adenauer – an der Spitze einer Delegation der CDU der britischen Zone – ließ sich jedoch nicht für so viel Föderalismus erwärmen[92]. In Brückenau war vor allem die Institution des Bundesrats umstritten. Adenauers Sympathien gehörten nicht einer Länderkammer, und einer dem direkt gewählten Parlament gleichberechtigten schon gar nicht, sondern einem Senat. Dabei dachte er an die Erste belgische Kammer, die zu einem Drittel direkt, zu einem Drittel vom König und zu einem Drittel von Kirchen und Universitäten gewählt wurde[93].

Vertreter Bayerns beim Staatsgerichtshof, 1933–1955 Ordinarius an der Handelshochschule St. Gallen, 1946 Berater der bay. verfassunggebenden Landesversammlung.

[90] Aufzeichnung über Änderungen und Stellungnahmen Nawiaskys bei den Besprechungen am 22. 3. 48 im NL Strauß.

[91] Brief Strauß' an Pfeiffer mit Neufassung der „Grundsätze" vom 30. 3. 1948, ebenda.

[92] Ein Protokoll der Brückenauer Tagung, dem 5. Treffen des Ellwanger Kreises, existiert nicht. (Vgl. 20 Jahre Ellwangen, Niederschrift der Ausführungen von Dr. Walter Strauß in der Sitzung des Ellwanger Freundeskreises der CDU/CSU am 8. Januar 1967, NL Strauß.) Die Argumentation Adenauers und die Reaktionen des Ellwanger Kreises lassen sich u. a. einem Vermerk über die Brückenauer Sitzung (o. D., Vf. Strauß?) und einem Brief Glums an Adenauer vom 5. 5. 1948 entnehmen, NL Strauß. S. a. den Artikel „Die Länder und der deutsche Staat, Die Stellung der CDU und CSU zum Verfassungsproblem", in: Die Gegenwart, 5. 8. 1948, S. 9–11.

[93] Vgl. Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone vom 26.–28. 9. 1946, Adenauer und die CDU, S. 191. Adenauer berief sich auch später darauf, daß im Zonenausschuß keine einzige Stimme zugunsten des Bundesrats laut geworden sei. Vgl. Zonenausschußsitzung am 28. und 29. 10. 1948, bei der auch Josef Müller als Gast anwesend war. Adenauer hatte ihn als Vertreter des weniger föderalistischen CSU-Flügels besonders herzlich willkommen geheißen, ebenda, S. 720 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Problem Bundesrat oder Senat blieb von nun an im Zentrum der Auseinandersetzungen innerhalb der CDU und CSU. In Brückenau hatte Adenauer, abgesehen von seinen grundsätzlichen Bedenken gegen die dem Bundesrat von den Föderalisten zugedachte starke Stellung, die Delegation von Vertretern der Länderregierungen in den Bundesrat moniert und statt dessen die Wahl durch die Landtage – unter gleichzeitiger Ausgestaltung der Institution zum Senat – empfohlen. Ein Mitwirkungsrecht des Bundesrates bei der Auflösung des Bundestags lehnte er ab.

Der Ellwanger Kreis und Adenauer waren sich einig, daß man den Erfahrungen von Weimar Rechnung tragen und Sicherungen für die Bildung von stabilen Regierungen in die Verfassung einbauen müsse. Über das verfassungsrechtliche Instrumentarium dazu bestand allerdings kein Konsens. Nach den Ellwanger Vorstellungen sollte die Bundesregierung nur beim Amtsantritt des Vertrauens des Parlaments bedürfen, während der Legislaturperiode sollte der Bundesrat die Stabilität der Regierung mit garantieren. Adenauer verwahrte sich dagegen, ohne allerdings Gegenvorschläge zu formulieren[94].

Das Ergebnis von Brückenau wurde erst am 22. April – wieder in München – schriftlich fixiert[95]. Das nach der Münchener Sitzung im Dezember 1947 angefertigte Grundsatzpapier wurde nun wieder in zwei Teile zerlegt. Der erste enthielt die überarbeiteten „Grundsätze für eine Deutsche Bundesverfassung", der zweite die „Vorschläge für eine Übergangsregelung", die im wesentlichen so blieben, wie sie Walter Strauß für München ausgearbeitet hatte. Nach Brückenau hatte der Ellwanger Kreis wenigstens teilweise eine bessere Presse. Das Organ der amerikanischen Militärregierung, die „Neue Zeitung", besprach ausführlich und wohlwollend den Ellwanger Verfassungsentwurf, die Süddeutsche Zeitung ließ Anton Pfeiffer mit einem Artikel über „die Verfassungsarbeit des Ellwanger Kreises" auch selbst zu Wort kommen[96].

[94] In einem undatierten Vermerk des Verfassungsausschusses (s. Anm. 92) des Ellwanger Kreises über die Ergebnisse der Brückenauer Sitzung heißt es nach der Darlegung der oben referierten Einwände Adenauers: „Nach Schluß der Debatte wurde Einigung darüber festgestellt, daß ein aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen hervorgegangener Bundestag geschaffen werden soll, dem ein Bundesrat gleichberechtigt zur Seite treten soll, ferner daß ein vom Volke gewählter Bundespräsident abzulehnen sei und eine Bundesregierung sowie ein Bundesverfassungsgerichtshof errichtet werden müsse. Die Frage der Zusammensetzung des Bundesrates, seine Beteiligung an der Regierungsbildung und des Vertrauens der Bundesregierung wurde zunächst offen gelassen . . ."

[95] „Kommentar zu den auf der Tagung des Ellwanger Freundeskreises in Bad Brückenau am 13. April 1948 ausgearbeiteten Richtlinien für eine Bundesverfassung" (o. Vf., datiert München, den 22. April 1948). Aus dieser Aufzeichnung geht auch hervor, daß kein Vertreter aus Württemberg-Baden an der Brückenauer Tagung teilgenommen hatte. Es wurde ausdrücklich vermerkt, daß „der Umstand, daß nicht alle 11 Länder der drei Westzonen vertreten waren . . . auf Zufälligkeiten, wie der Verhinderung der eingeladenen Freunde durch Inanspruchnahme am Sitz ihrer Regierungen", beruhte; NL Strauß.

[96] Neue Zeitung, 22. 4. 1948; Süddeutsche Zeitung, 17. 4. und 24. 4. 1948; s. a. Die Welt, 29. 4. 1948. Der Spiegel (1. 5. 1948) ließ sich freilich nicht beirren und hielt es weiter mit

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Mai 1948 unternahm der Ellwanger Kreis noch einmal den Versuch, Adenauer und die CDU in der britischen Zone für seine verfassungspolitischen Grundsätze zu erwärmen. In einer Sitzung des Zonenausschusses in Bad Meinberg präsentierte Adolf Süsterhenn die neueste Version der Ellwanger Dokumente[97]. Man hatte sicherlich mit gutem Grund den rheinland-pfälzischen Minister Süsterhenn zum Anwalt der Ellwanger Sache erkoren, konnte er doch auch als Vertreter der CDU der französischen Zone auftreten und die Gefahr, daß die Wirkung seines Plädoyers zugunsten des Föderalismus durch bayerische Mundart abgeschwächt würde, bestand bei ihm auch nicht, er war in Köln geboren. Süsterhenns Darlegungen hatten aber keinen Erfolg: Der Bundesrat als reine Länderkammer wurde im Zonenausschuß einmütig abgelehnt, die Delegierten der CDU der britischen Zone votierten geschlossen für einen Senat, in dem die Länderregierungen zwar vertreten sein, aber nicht einmal die Mehrheit haben sollten.

Wenige Tage später, am 24. und 25. Mai 1948, trat in Düsseldorf der Verfassungs-Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU zusammen. Das Konferenzmaterial bestand aus dem Memorandum des Verfassungs-Ausschusses vom 10. März 1947, aus dem „Heppenheimer Entwurf" vom April 1947 und aus den Brückenauer Grundsätzen des Ellwanger Kreises[98]. Der Verfassungs-Ausschuß der CDU/CSU sprach sich einheitlich für ein Zweikammer-System aus, die Länderkammer sollte sogar gleichberechtigt neben der Volkskammer an der Legislative beteiligt sein, ihre Mitwirkung an der Exekutive sollte jedoch auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Eine starke Mehrheit entschied sich für die Besetzung der Länderkammer zur Hälfte aus weisungsgebundenen Kabinettsmitgliedern der Länder und zur Hälfte aus Abgeordneten der Landtage. Für das reine Bundesratsprinzip votierte nur eine Minderheit. Den Heppenheimer und den Ellwanger Beschlüssen gemäß wurde die Kompetenz-Kompetenz des Bundes einstimmig abgelehnt. Einmütig entschied sich der Ausschuß auch für das Personalwahlrecht anstatt eines Verhältnis- oder Listenwahlsystems und gegen die plebiszitäre Wahl des Staatsoberhaupts.

Ein voller Erfolg war dem Ellwanger Kreis auch in diesem Gremium nicht beschieden gewesen, aber doch eine weitgehende Berücksichtigung der föderalistischen Forderungen. Als Ellwangen-Düsseldorfer Entwurf standen sie auch im Parlamentarischen Rat, in dem der Kampf um das Bundesrats- und Senatsprinzip dann voll entbrannte, neben dem Herrenchiemseer Verfassungsentwurf zur De-

---

der Ironie. Strikt ablehnend, aber uninformiert, berichteten auch der Telegraf (Berlin), 14. 4. 1948, die Neue Ruhrzeitung (Essen), 26. 5. 1948, Das Andere Deutschland, 12. 6. 1948 u. a.

[97] Adenauer und die CDU, S. 500 f.

[98] Von den 19 Teilnehmern der Düsseldorfer Sitzung, darunter Adenauer, gehörten 5 zum Ellwanger Kreis (Brentano, Glum, Tillmanns, Süsterhenn und Hermans), ein sechster, Friedrich von Prittwitz und Gaffron, stand zumindest ihren Gedankengängen sehr nahe. Brentano, Bericht v. 31. 5. 1948 über die Beratungen des Verfassungs-Ausschusses der CDU/CSU in Düsseldorf am 24./25. Mai 1948 (mit Anschr. Dörpinghaus), NL Strauß.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

batte[99]. Wie stark der Einfluß des Ellwanger Kreises innerhalb der CDU- und CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats war und wieviel von seinen staats- und verfassungsrechtlichen Postulaten in der Konstitution der Bundesrepublik Deutschland schließlich realisiert wurde, läßt sich anhand des Wortlauts des Grundgesetzes verfolgen.

Das informelle Gremium zur Koordinierung der CDU/CSU-Interessen auf Länderebene in der US-Zone des Jahres 1947, das sich erfolgreich in die Verfassungsdiskussionen der Gründerzeit der Bundesrepublik eingeschaltet hatte, suchte sich nach einer einjährigen Pause im Oktober 1950 neue Aufgaben. Der Ellwanger Kreis verstand sich von nun an als politische Gesinnungsgemeinschaft innerhalb der Unionsparteien, „als stärkstes Aktivum für die Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten"[100]. Die Tagungen, die einigermaßen regelmäßig zwei- bis dreimal jährlich stattfanden, waren Grundsatzproblemen der Staats- und Gesellschaftsordnung gewidmet. Seinem Selbstverständnis nach sollte der Ellwanger Kreis „so etwas wie das Gewissen der Partei sein. Seine besondere Aufgabe, das Vacuum füllen helfen, das zwischen der CDU des Bundes und der Länder besteht, ausgleichende Kraft der Partei zwischen den Konfessionen."[101]

In Ellwangen wurde die Problematik der Wiederbewaffnung Westdeutschlands frühzeitig diskutiert; die Institutionalisierung der Militärseelsorge in der Bundeswehr war wesentlich vom Ergebnis der Erörterungen des Ellwanger Kreises bestimmt. Fragen der europäischen Integration beschäftigten ihn, namentlich auf Brentanos Initiative hin, immer wieder. 1955 legte der Ellwanger Kreis eine Denkschrift „Zur Neugestaltung der deutschen Schule" vor, in der vom Gedanken des Elternrechts ausgehend eine originelle Lösung vorgeschlagen wurde: Die Organisation des gesamten Schulwesens in genereller Absage an den Staat als unabhängige, rechtlich selbständige Körperschaft. Träger der einzelnen Schulen sollten nach dem Ellwanger Modell die Eltern sein, jede Schule wäre eine sich selbst verwaltende „Schulgemeinde". An der Spitze der Schul-Selbstverwaltung sollte auf Landesebene ein Schulsenat stehen, der aber nicht aus politischen Wahlen hervorgehen, sondern „kraft eigener Autorität die Führung übernehmen" müsse[102]. Autonome Organisationen des kulturellen Lebens wie Kirchen und Universitäten

---

[99] Die Ellwanger Grundsätze (Drucksache 74 des Parlamentarischen Rats) sind abgedruckt bei Sörgel, Konsensus und Interessen, S. 297–307; s. a. Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Akten und Protokolle, Bd. 1, Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, hrsg. vom Deutschen Bundestag und dem Bundesarchiv, Boppard 1975, S. XXVIII ff.; Eberhard Pikart, Auf dem Weg zum Grundgesetz, in: Die Zweite Republik, hrsg. von Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 149 ff.; Walter Strauß, Aus der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes, in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht, Festschrift für Hans Schäffer, Berlin 1966, S. 343 ff.

[100] Walter Strauß, 20 Jahre Ellwangen, S. 5 (vgl. Anm. 92).

[101] Grundsatzdebatte über die Ziele des Ellwanger Kreises am 27. 10. 1957, ebenda, S. 6.

[102] Ernst Steinbach, Zur Neugestaltung der Deutschen Schule, Kann der Staat Schulmeister sein? Ellwangen 1955 (Geleitwort für den Ellwanger Kreis von Werner Hilpert und Hermann Gögler), S. 18–19.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten den Kern des Schulsenats bilden, vertreten sein sollten weiterhin Berufsverbände, Gewerkschaften usw. Auch hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sollten in die Schulsenate berufen werden können.

Der Ellwanger Kreis hatte bis zuletzt seine lockere Organisationsform, ohne Satzungen oder Statuten, beibehalten. Werner Hilpert, einer der Initiatoren, stand bis zur 26. Tagung im Juli 1957 an der Spitze des Kreises. Für die technischen Voraussetzungen der Zusammenkünfte blieb Hermann Gögler bis 1964 zuständig. Nach Hilperts Tod übernahm im Oktober 1957 Heinrich von Brentano die Führung. Ein Arbeitsstab, dem zunächst Hermann Gögler, Paul Binder und Walter Strauß, später auch Gebhard Müller und Heinrich Krone[103] angehörten, bildete den organisatorischen Kern des Kreises, ihm oblagen die Gestaltung der Tagesordnung und das Aufspüren von diskussionswürdigen Themen. Nach Brentanos Tod wurde Walter Strauß, der als einer der eifrigsten Referenten längst in den Mittelpunkt des Kreises gerückt war, Vorsitzender. Er blieb es bis zuletzt, als Ende der 60er Jahre der Kreis allmählich einschlief, zum Teil als Folge der veränderten politischen Konstellation in der Bundesrepublik. Die Mehrzahl der ursprünglichen Teilnehmer waren aus dem politischen Leben ausgeschieden, wodurch die Erörterungen in Ellwangen zunehmend akademischen Charakter erhielten. Bergsträsser[104], Heinrich Köhler, Fürst Waldburg-Zeil[105], Erich Köhler[106], Clemens und Heinrich von Brentano, der bayerische Minister Frommknecht[107], Niklas[108] und Pfeiffer, Bundesminister Robert Tillmanns[109], Freiherr von Gumppenberg[110], der

---

[103] Heinrich Krone (geb. 1895), Lehrer, 1923–1933 stellv. Generalsekretär des Zentrums, 1925 bis 1933 MdR, im Zusammenhang 20. Juli 1944 verhaftet, 1945 Mitgründer der CDU in Berlin, 1949–1969 MdB (1955–1961 Fraktionsvorsitzender), 1961–1964 Bundesminister für Sonderaufgaben, 1964–1966 f. Angel. d. Bundesverteidigungsrats.

[104] Arnold Bergsträsser (1896–1964), Soziologe u. Politologe, vor 1933 Mitglied der DDP, 1928 Dozent in Heidelberg, 1937–1950 in USA, ab 1954 Ordinarius f. polit. Wissenschaft in Freiburg.

[105] Erich Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg (1899–1953), Großgrundbesitzer, konservativ-katholischer Verleger.

[106] Erich Köhler (1892–1958), Volkswirt, 1919–1933 Geschäftsführer des Bundes der Arbeitgeber in Kiel, Mitglied der DVP, nach 1933 als Versicherungsagent tätig, 1945 Mitgründer der CDU in Wiesbaden, stellv. Landesvorsitzender der CDU in Hessen, Juni 1947–1949 Präsident des Wirtschaftsrats, 1949–1950 Präsident des Bundestags.

[107] Otto Frommknecht (1881–1969), Jan. 1947–Dez. 1950 bay. Minister für Verkehr.

[108] Wilhelm Niklas (1887–1957), Tierarzt u. Dipl. Landwirt, 1916–1925 Ministerialrat im Reichsernährungsministerium, dann im bay. Landwirtschaftsministerium, 1935–1945 Bewirtschaftung seines Gutshofs, 1945 Staatsrat im bay. Landwirtschaftsministerium, 1948 stellv. Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten des VWG, 1949 bis 1953 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft.

[109] Robert Tillmanns (1896–1955), nach dem Studium der Staatswissenschaften 1921–1929 Geschäftsführer des Dt. Studentenwerkes, 1930–1933 Regierungsrat in der preuß. Unterrichtsverwaltung, 1933 entlassen, 1945 Generalsekretär des Hilfswerks der EKD, Mitgründer der CDU in Berlin, 1949–1955 MdB, 1953–1955 Bundesminister f. Sonderaufgaben.

[110] Max Hildebrand Freiherr von Gumppenberg (1906–1958), bis 1933 Publizist, Mitglied des Zentrums, dann Zusammenarbeit mit Widerstandsgruppen, 1945 Mitgründer der CDU in

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erste Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Steltzer[111], oder der niedersächsische Justizminister Hofmeister[112] waren gestorben. Andere wie Eugen Kogon und der Stuttgarter Finanzminister Edmund Kaufmann[113] hatten sich bewußt vom Ellwanger Kreis oder von den Unionsparteien abgewendet.

Versuche zur Verjüngung des Zirkels waren nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Das Hauptproblem lag darin, daß sich der Ellwanger Kreis am Ende der Adenauer-Ära selbst überlebt hatte. In der CDU/CSU bestand kein Bedürfnis mehr, daß ein zunehmend inkompetenter werdendes Gremium von Gründungsvätern außerhalb der institutionalisierten Parteiorgane über Grundsatzfragen reflektierte, dazu kam noch, daß die Probleme, die dem Ellwanger Kreis besonders am Herzen lagen, in der Gesamtpartei nicht mehr sonderlich interessierten. Die Ellwanger Gespräche wurden schließlich Selbstzweck, ein ständig kleiner werdender Kreis von regelmäßigen Teilnehmern, deren Einfluß in der CDU/CSU zunehmend dahinschwand, hörte Vorträge von eingeladenen Professoren und diskutierte unverbindlich darüber.

Düsseldorf und im Rheinland, Landespressechef bzw. Leiter der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen, 1948 Präsidiumsmitglied der Europa-Union in Bonn.

[111] Theodor Steltzer (1885–1967), Studium der Volkswirtschaft, 1905 Offizier, 1920 Landrat in Rendsburg, nach 1933 im Widerstand, mehrfach verhaftet (20. Juli 1944), Nov. 1945 Oberpräsident der Provinz, Aug. 1946–April 1947 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, dann in zahlreichen kirchlichen u. a. Vereinigungen tätig.

[112] Werner Hofmeister (geb. 1902), Jurist ab 1929 im braunschweig. Staatsdienst, Mitglied der DVP, 1933 entlassen, Rechtsanwalt, ab 1947 MdL (1955–1957 Präsident), Juni 1947–Aug. 1950 u. Nov. 1957–Mai 1959 niedersächs. Justizminister.

[113] Edmund Kaufmann (1893–1955), 1923 Bürgermeister von Singen, 1928–1933 MdL Baden, 1945 Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, Regierungspräsident in Mainz, Landesdirektor f. Wirtschaft, Ernährung u. Verkehr in Karlsruhe, Feb. 1949–Dez. 1950 Finanzminister von Württemberg-Baden, Jan. 1952 Übertritt zur FDP, April 1952 parl. Staatssekretär f. Verfassungsfragen in Baden-Württemberg.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERMANN GRAML

NATIONALSTAAT ODER WESTDEUTSCHER TEILSTAAT

DIE SOWJETISCHEN NOTEN VOM JAHRE 1952 UND DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die ersten beiden Monate des Jahres 1952 boten sich als Vorabend eines historischen Augenblicks dar. In der Bundesrepublik Deutschland, in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika glaubte fast jedermann sicher zu sein, daß das aus den Besatzungszonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs entstandene westdeutsche Staatswesen schon in nächster Zukunft seine politische Heimat in einem amerikanisch gelenkten supranationalen westeuropäischen Staatensystem finden und somit unter den Zwängen des kalten Krieges nicht allein vom Deutschen Reich, sondern sogar vom deutschen Nationalstaat Abschied nehmen müsse, daß andererseits der von sowjetischen Truppen besetzte östliche Teil Deutschlands zur Integration in den sowjetisch geführten Staatenblock Osteuropas und folglich zum gleichen Abschied wie Westdeutschland genötigt sei. Das prinzipiell nationalstaatlich geordnete alte Europa, wie es sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt und wie es in der Zwischenkriegsperiode nach dem bewußt nationalstaatlich orientierten Konstruktionsversuch der Pariser Friedenskonferenz von 1919 existiert hatte, schien damit endgültig in den Strudeln eines vorwiegend verfassungs- und gesellschaftspolitisch bestimmten Konflikts zwischen jenen beiden Weltmächten zu versinken, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren und sich nun in Asien wie in Europa an den 1945 gezogenen Demarkationslinien bewaffnet gegenüberstanden. Anders ausgedrückt: die zwischen der westdeutschen Regierung und den drei westlichen Besatzungsmächten laufenden Verhandlungen, die als Konsequenz des kalten Krieges einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ermöglichen und außerdem das bislang in Westdeutschland geltende Besatzungsstatut durch eine generösere Regelung der Beziehungen Bonns zu seinen künftigen Bündnispartnern ersetzen sollten, hatten in den ersten Monaten des Jahres 1952 ihre Endphase erreicht[1].

[1] Zum weltpolitischen Rahmen vor allem: H. Feis, From trust to terror, The onset of the cold war, 1945–1950, New York 1970; Ll. C. Gardner, A. Schlesinger, H. J. Morgenthau, The origins of the cold war, Waltham Mass. 1970; L. J. Halle, Der Kalte Krieg, Frankfurt 1969. – Zur Außenpolitik der Großmächte: E.-O. Czempiel, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949, Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966; J. M. Mackintosh, Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik, Stuttgart 1963. – Zur Entwicklung in Deutschland: R. Badstübner u. S. Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin 1966; K. D. Bracher, Nach 25 Jahren, Eine Deutschland-Bilanz, Mün-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den Tagen nach dem 10. März 1952 sah sich indes die Öffentlichkeit der Bundesrepublik, Westeuropas und der Vereinigten Staaten unvermutet mit der Frage konfrontiert, ob sie nicht gerade Zeugin einer dramatischen Wende werde. Über Nacht schien eine völlig neue Lage entstanden zu sein. Mitten in jener Endphase, am 10. März, hatte nämlich die sowjetische Regierung, die zuvor alle entscheidenden Stadien der Verhandlungen zwischen Bonn und den Westmächten ohne ernsthafte diplomatische Aktivität hingenommen hatte[2], an die Kabinette Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten – mit denen Moskau noch immer die politische und rechtliche Verantwortung für das endgültige politische Geschick Gesamtdeutschlands teilte – eine Note gerichtet, in der sie eine sofortige Konferenz der vier Mächte zur Vorbereitung eines Friedensvertrags mit eben diesem Gesamtdeutschland forderte. Der Note waren ferner sogenannte „Politische Leitsätze" beigegeben, in denen die sowjetische Regierung einige Prinzipien formulierte, die als Grundriß des vorgeschlagenen Friedensvertrags oder doch als Verhandlungsbasis der verlangten Konferenz präsentiert wurden und die auf den ersten Blick einen radikalen Kurswechsel Moskaus zu signalisieren schienen[3]. Der erste Leitsatz konnte freilich, für sich allein betrachtet,

---

chen 1970; E. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949, Frankfurt 1961; E. Krautkämer, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, Eine Darstellung der Entwicklung von 1945 bis 1949 mit Dokumenten, Hildesheim 1962; P. Noack, Die deutsche Nachkriegszeit, München 1966; H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied 1966; Th. Vogelsang, Das geteilte Deutschland (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 11), München 1973. – Zu den ersten Jahren bundesrepublikanischer Außenpolitik: Außenpolitische Perspektiven des Westdeutschen Staates, Bd. 1, Das Ende des Provisoriums (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft f. Auswärtige Politik 30), München 1971; Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1972; A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München 1969; W. Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970; W. F. Hanrieder, Die stabile Krise, Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949–1969, Düsseldorf 1971; K. v. Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration, Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952, Stuttgart 1970; R. Schuster, Deutschlands staatliche Existenz im Widerstreit politischer und rechtlicher Gesichtspunkte 1945–1963, München 1963; G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955, München 1967.

[2] Die Aktion „Deutsche an einen Tisch", die Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR, am 30. November 1950 mit einem Schreiben an Adenauer einleitete und die mit Ostberliner Regierungserklärungen und Appellen der Volkskammer an den Bundestag bis zum Herbst 1951 fortgesetzt wurde, konnte nicht als ernsthafter Einwirkungsversuch verstanden werden. Die Vorschläge der DDR waren zu vage, außerdem handelte es sich eben um Aktionen der DDR, nicht der Sowjetunion. Die Dokumente hierzu in: Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bd. I, hrsg. von H. Siegler, Bonn 1961, S. 104 ff.

[3] Text der Note mit dem Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrags in: Europa-Archiv 7 (1952), S. 4832.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trotz seiner fanfarenhaften Töne noch nicht als sehr erregend gelten. „Deutschland wird", so proklamierte er, „als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln." Angesichts der Realität hätte ein solcher Satz ohne weiteres als politisch nichtssagend abgetan werden dürfen, als pure Deklamation. Nach einigen Punkten, die sich ähnlich deklamatorisch mit der Sicherung der demokratischen Entwicklung eines wiedervereinigten Deutschland beschäftigten, folgten dann aber nähere Erläuterungen zur sowjetischen Vorstellung von der internationalen Position eines restaurierten Gesamtdeutschland, die nach der seit 1945 anscheinend unaufhaltsam fortschreitenden Polarisierung Europas und Deutschlands als politische Sensation wirkten. So hieß es im siebten Leitsatz, Deutschland, dessen Grenzen durch die Potsdamer Beschlüsse festgelegt seien, müsse sich zwar verpflichten, „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat", solle dafür jedoch ein Jahr nach Abschluß eines Friedensvertrags von sämtlichen Besatzungstruppen geräumt werden und überdies – wie zwei militärpolitische Leitsätze in scharfem Kontrast zur bisherigen sowjetischen Haltung postulierten – eigene nationale Streitkräfte und sogar eine eigene Rüstungsindustrie erhalten.

Die sowjetische Regierung hatte in ihrer Besatzungszone seit Jahren am Aufbau einer Gesellschaftsordnung nach dem Muster der UdSSR gearbeitet, die nicht von ihr selbst beanspruchte politische Macht in der mittlerweile geschaffenen Deutschen Demokratischen Republik längst in den alleinigen Besitz einer innerhalb des sowjetisch geführten Systems vorbehaltlos anerkannten Bruderpartei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, transferiert und gemeinsam mit der SED leidenschaftlich gegen alle Formen des deutschen Militarismus agitiert; die während des Krieges mit der Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland" immerhin noch angedeutete Tendenz, unter Umständen auch bürgerliche und sogar konservative Kräfte in Deutschland als politische Partner ansehen zu wollen, schien nach dem militärischen Sieg über den deutschen Faschismus in der Deutschlandpolitik Stalins, der den Kurs Moskaus praktisch diktatorisch bestimmte, keinen Platz mehr zu haben[4]. Gab aber Stalin jetzt plötzlich doch zu verstehen, daß er, um die Zugehörigkeit Westdeutschlands zu der als bedrohlich empfundenen EVG zu verhindern, bereit sei, einer für die Westdeutschen und mithin für das deutsche Bürgertum akzeptablen Vereinigung der getrennten

[4] Zum „Nationalkomitee Freies Deutschland" vgl. B. Scheurig, Freies Deutschland, Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1960. Zur Entwicklung der SED vornehmlich: Gemeinsam zum Sozialismus, Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, Hrsg. vom Institut für Gesellschaftswisssenchaften beim ZK der SED, Berlin 1969; C. Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957; H. Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946–1971, Hannover 1971.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hälften Deutschlands den Weg zu öffnen, die SED bei einer solchen Vereinigung zu opfern oder doch dem für diese Partei offensichtlich chancenlosen freien politischen Wettbewerb auszusetzen und überdies der Wiederbewaffnung Gesamtdeutschlands zuzustimmen, sofern nur die Neutralität eines wiedervereinigten und wiederbewaffneten Deutschland garantiert werde? Zeigte Moskau also den Willen, den deutschen und europäischen Spaltungsprozeß rückgängig zu machen und mit der Restauration eines unbesetzten deutschen Nationalstaates auch weitgehend den Vorkriegszustand der europäischen Staatengesellschaft zu restaurieren? Stellte sich die sowjetische Regierung vielleicht bereits darauf ein, in einem solchermaßen restaurierten Europa mit dem deutschen Nationalstaat und den darin vermutlich dominierenden bürgerlich-nationalen Gruppen eine ähnliche Verbindung anzuknüpfen, wie sie zwischen Moskau und Berlin von 1921/22 bis zur Machtübernahme Hitlers bestanden hatte? Schon das nachdrücklich formulierte Angebot einer deutschen Nationalarmee mochte durchaus als entsprechender Wink aufgefaßt werden. Vor allem aber konnte der sechste Leitsatz als Indiz für sowjetische Neigungen gewertet werden, die Fäden von Rapallo aufzunehmen: in diesem Leitsatz verlangten ausgerechnet die kommunistischen Führer der von den Armeen des nationalsozialistischen Deutschland verwüsteten Sowjetunion, daß allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht – ausdrücklich unter Einschluß der Offiziere jeden Ranges – und allen „ehemaligen Nazis" eine Chance gegeben werden müsse, am Aufbau eines demokratischen Deutschland mitzuwirken.

Die historische Wende ist allerdings ausgeblieben. Der Notenwechsel, der mit dem Antwortschreiben der Westmächte vom 25. März begann und der noch drei weitere Noten jeder Seite produzierte, ehe er im September des gleichen Jahres wieder einschlief[5], hat den tatsächlichen Gang der Dinge nicht beeinflußt und auf die eben skizzierten Fragen keine schlüssigen Antworten geliefert. Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag sind am 26. und 27. Mai 1952 unterzeichnet worden, und fast genau ein Jahr nach der ersten sowjetischen Note, am 19. März 1953, hat der Bundestag das Abkommen über den westdeutschen Verteidigungsbeitrag ratifiziert; daß die EVG schließlich doch scheiterte, hing mit dem Notenwechsel des Jahres 1952 gar nicht und mit der sowjetischen Politik nur mittelbar zusammen. Indes hat gerade die Folgenlosigkeit der diplomatischen Aktion Moskaus Zweifel – namentlich in Westdeutschland – am damaligen Kurs der Westmächte und der Bundesregierung am Leben erhalten. Lange Jahre nur ein Thema aktueller politischer Kontroversen zwischen den Protagonisten der deutschen West-

[5] Antwortnote der drei Westmächte vom 25. März 1952 – Zweite sowjetische Note vom 9. April 1952 – Zweite westliche Note vom 13. Mai 1952 – Dritte sowjetische Note vom 24. Mai 1952 – Dritte westliche Note vom 10. Juli 1952 – Vierte sowjetische Note vom 23. August 1952 – Vierte westliche Note vom 23. September 1952. Abgedruckt bei E. Jäckel, Die deutsche Frage 1952–1956, Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt–Berlin 1957.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

integration und den Verfechtern einer energischen deutschen Wiedervereinigungspolitik, ist die Frage, ob nicht doch eine Möglichkeit zur Wiedervereinigung vertan wurde, als sich die Westmächte im Frühjahr 1952 nicht zu einer Konferenz mit der Sowjetunion entschließen wollten, mittlerweile auch unter Historikern und Politologen umstritten, die sich in wachsender Zahl mit dem inzwischen Geschichte und damit der wissenschaftlichen Analyse zugänglich gewordenen Vorgang beschäftigt haben. In der Tat lassen sich zwei Fragen stellen, auf die vertretbare Antworten sowohl von erheblichem historischen Interesse wie auch durchaus noch von aktueller politischer Bedeutung wären. Da ist einmal die Frage nach den Absichten, die Stalin mit seinem Konferenzvorschlag tatsächlich verfolgt hat. Es liegt auf der Hand, daß eine Klärung dieses Problems zugleich die Frage nach den realen Wiedervereinigungschancen im Jahre 1952 und vielleicht sogar in der ganzen Nachkriegszeit beantworten würde, gleichzeitig aber, da möglicherweise Aufschlüsse über bestimmte Grundtendenzen sowjetischer Außenpolitik anfallen, Elemente zur Beurteilung der heutigen Moskauer Westpolitik liefern könnte. Und da ist ferner die Frage nach der weithin in Vergessenheit geratenen westdeutschen Reaktion auf den sowjetischen Schritt. Für das Selbstverständnis der Bundesrepublik und ihrer Gesellschaft – damit etwa auch für das Urteil über die heutige Bonner Ostpolitik – ist die zweite Frage im Grunde wichtiger als die erste. Der politische Zusammenhang zwischen den beiden Problemkomplexen war und ist freilich so eng, daß die beiden Fragen ebenfalls nicht völlig getrennt gesehen werden dürfen, wenngleich eine getrennte oder eigentlich nur gestaffelte Behandlung schon aus darstellerischen Gründen unvermeidlich ist.

Was die Absichten Stalins angeht, so sind selbstverständlich noch immer allein Aussagen rein hypothetischen Charakters möglich. Der Mangel an brauchbaren sowjetischen Primärquellen – der zu offensichtlich ist, als daß näher darauf eingegangen werden müßte – läßt lediglich mehr oder weniger plausible Mutmaßungen zu. In der Bundesrepublik hat die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problem dennoch oder vielleicht deshalb zwei Schulen hervorgebracht, die sich in mindestens ebenso schroffer Frontstellung gegenüberstehen wie seinerzeit die über Stalins Noten streitenden politischen Gruppen. Die Repräsentanten einer Schule der Skeptiker, die sich selbst als Vertreter einer realistischen Vorstellung von Politik im allgemeinen und von sowjetischer Außenpolitik im besonderen verstehen, die ihren Gegnern aber als Epigonen des ebenso dogmatischen und unrealistischen wie unfruchtbaren Antikommunismus der fünfziger Jahre erscheinen, haben sich um den Nachweis bemüht, daß das Moskauer Angebot keineswegs die Aufnahme ernsthafter Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung bezweckte. Autoren wie Hans Buchheim, Jürgen Weber, Wolfgang Wagner und Gerhard Wettig argumentieren[6], die sowjetische Regierung habe

[6] H. Buchheim, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: Frankfurter Allg. Zeitung (FAZ), 15. 4. 1969; J. Weber, Das sowjetische Wiedervereinigungsangebot vom 10. März

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwar sehr wohl eine Konferenz der vier Besatzungsmächte erreichen wollen, doch nur um durch endlose und endlich ergebnislose Redereien die lange Zeit nicht für möglich gehaltene Entstehung der EVG und eine den Westen stärkende westdeutsche Wiederbewaffnung im letzten Augenblick wenigstens zu verzögern, vielleicht sogar zu verhindern. Gerhard Wettig geht noch einen Schritt weiter und interpretiert die sowjetischen Noten lediglich als Instrumente einer Agitation, mit der Stalin eigentlich gar nicht auf die westlichen Regierungen, sondern auf die Gegner einer westdeutschen Wiederbewaffnung in der westeuropäischen und westdeutschen Öffentlichkeit wirken wollte, die mobilisiert werden und ihre auf die EVG festgelegten Kabinette schließlich zu einem Kurswechsel zwingen sollten. Hätten sich die Westmächte und die Bundesrepublik aber auf die sowjetischen Vorschläge eingelassen, namentlich auf den Gedanken einer Neutralisierung Deutschlands, so wäre nach Ansicht dieser Schule kein unabhängiges und demokratisches Deutschland entstanden, vielmehr hätte sich der Sowjetunion als einer Garantin der Neutralität die Möglichkeit eröffnet, nun auch auf die innenpolitische Entwicklung der westlichen Hälfte Deutschlands Einfluß zu nehmen – selbstverständlich ohne die SED-Herrschaft in der östlichen Hälfte antasten zu lassen. Das sowjetische Angebot hatte in solcher Sicht mithin eine Doppelfunktion: im Hinblick auf die EVG-Verhandlungen sei es als diplomatisches Störmanöver aufzufassen, zugleich jedoch – bei optimaler Wirkung – als ein offensiver Akt im Rahmen einer grundsätzlich offensiven politischen Strategie. Klaus Erdmenger und Gerd Meyer dagegen, die sich als Anwälte einer von antikommunistischen Vorurteilen freien und daher realitätsgerechteren Interpretation der sowjetischen Außenpolitik begreifen, eben deshalb aber von der ersten Schule einer unpolitischen und realitätsfernen Vertrauensseligkeit geziehen werden, geben durchaus zu, daß Moskau mit der vorgeschlagenen Viererkonferenz den Weg Westdeutschlands in die EVG blockieren wollte, entwickeln jedoch die – von Erdmenger bereits im Titel seiner Studie „Das folgenschwere Mißverständnis" umrissene – These, daß die Sowjetunion damals sehr wohl bereit gewesen sei, für die Verhinderung der westeuropäischen Allianz und für die Neutralisierung Deutschlands einen hohen Preis zu zahlen: Stalin habe in der Tat die Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik, freie Wahlen in ganz Deutschland und eine für die Westdeutschen akzeptable innere Ordnung Gesamtdeutschlands – also auch die Opferung der SED-Herrschaft in der sowjetischen Zone – offeriert, um dafür

---

1952, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum „Parlament" vom 13. Dezember 1969; W. Wagner, Wiedervereinigung Modell 1952, Der Versuch einer Legendenbildung in der deutschen Innenpolitik, in: Wort und Wahrheit 13 (1958), S. 175 ff.; G. Wettig, a. a. O., insbesondere S. 497 ff.; ders., Der publizistische Appell als Kampfmittel: Die sowjetische Deutschland-Kampagne vom Frühjahr 1952, in: G. Wettig, Politik im Rampenlicht, Frankfurt 1967; G. A. Bürger, Die Legende von 1952, Zur sowjetischen März-Note und ihrer Rolle in der Nachkriegspolitik, Leer 1959; E. Majonica, Der Mythos einer Note, Ein Beitrag zur sowjetischen Deutschlandpolitik, in: Politische Studien, 1959, S. 235 ff.; H. Laeuen, Berijas Deutschlandpolitik, in: Osteuropa 14 (1964), S. 257 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine vorteilhafte Regelung des militärischen und außenpolitischen Status Gesamtdeutschlands einzutauschen[7].

Es ist allerdings zweifelhaft, ob die Ansätze, die beide Schulen bei der Behandlung ihrer Fragestellung gewählt haben, tatsächlich zur plausiblen Deutung und Einordnung einer diplomatischen Einzelaktion führen können. Die Schule der Skeptiker geht von den axiomatischen Annahmen aus, daß der sowjetische Kommunismus auf permanente ideologische und machtpolitische Expansion programmiert, daß ferner, wie die historische Erfahrung lehre, eine Großmacht wie die Sowjetunion nur in einem Zustand militärischer und politischer Erschöpfung zum Verzicht auf erworbene Territorien zu bewegen sei. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß diese Annahmen das Urteil über Stalins Angebot determinieren. In den Untersuchungen selbst nehmen gewiß die eingehende Analyse der sowjetischen Deutschlandpolitik bis 1952 und eine damit verklammerte Textkritik der sowjetischen Noten breiten Raum ein, doch sind Analyse wie Textkritik ihrerseits so stark von den axiomatischen Grundannahmen geprägt, daß sie kaum als eigenständiges Mittel der Interpretation gelten dürfen, jedenfalls die determinierende Wirkung der Vor-Urteile nicht abschwächen. Nun ist es aber schon fraglich, ob solchen Annahmen selbst dann, wenn man ihre Richtigkeit unterstellt, bei der Erklärung einer diplomatischen Episode ein so großes Gewicht beigelegt werden kann. Will man eine expansionistische Grundtendenz Moskaus gewissermaßen als zutreffenden statistischen Durchschnittswert für die sowjetische Außenpolitik anerkennen, so folgt daraus keineswegs, daß die Außenpolitik der Sowjetunion in jedem Jahr und in jeder Situation seit der Oktoberrevolution expansionistisch war. Die Wirtschaft des Deutschen Reichs und dann der Bundesrepublik läßt sich grundsätzlich als Wachstumswirtschaft charakterisieren, doch weiß jedermann, daß etwa der Zeitraum von 1900 bis heute neben Jahren mit hohen Zuwachsraten auch Jahre der Krisen und der Rückgänge umschließt. Im Falle der skizzierten Grundannahmen kommt freilich hinzu, daß ihnen selbst als Hilfsmittel der Interpretation doch wohl nur ein geringer Tauglichkeitsgrad zugebilligt werden kann. Die Außenpolitik der Sowjetunion ist bis 1952 lediglich in zwei zeitlich genau begrenzten und offensichtlich als exzeptionell anzusehenden

[7] K. Erdmenger, Das folgenschwere Mißverständnis, Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1955, Freiburg 1967; G. Meyer, Die sowjetische Deutschland-Politik im Jahre 1952, Tübingen 1970. Ähnliche Auffassungen vertreten A. Ch. Azzola, Die Diskussion um die Aufrüstung der BRD im Unterhaus und in der Presse Großbritanniens November 1949 bis Juli 1952 (Marburger Abh. zur Polit. Wiss., Bd. 12), Meisenheim 1971, insbesondere S. 277 ff., und W. Osten, Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53, in: Osteuropa 14 (1964), S. 1 ff. Ebenso P. Sethe, Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt 1956; ders., Die großen Entscheidungen, Frankfurt 1958. Auch K. v. Schubert, a. a. O., S. 165 ff., scheint dieser Ansicht zuzuneigen. H. Achminow, Die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1952/53, in: Osteuropa 14 (1964), S. 251 ff., nimmt zwar ein sowjetisches Wiedervereinigungsangebot als gegeben an, schreibt aber Stalin die Absicht zu, Gesamtdeutschland als Sprengkörper in die kapitalistische Welt zu setzen und zu einem abermaligen Krieg gegen die Westmächte aufzuhetzen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Perioden, nämlich in den Jahren von 1918 bis allenfalls 1921 und dann wieder vom April 1939 bis etwa 1950/51, eindeutig expansionistisch gewesen; dazwischen lagen so lange Zeiträume einer Außenpolitik des Status quo und sogar – wie in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre – der relativen Passivität, daß es unmöglich scheint, das sowjetische Verhalten auf internationalem Felde mit klar definierenden Adjektiven zu kennzeichnen. Auch die auf den ersten Blick einleuchtende Behauptung, Großmächte seien nur in einem Zustand der militärischen und politischen Erschöpfung zum Verzicht auf erworbene Territorien bereit, verdient eine vorsichtige Behandlung. Abgesehen davon, daß man die DDR als ein von der Sowjetunion erbeutetes Territorium nicht hinlänglich klassifiziert, kennt gerade die neueste Geschichte sehr wohl Verzichtprozesse, die nicht oder nicht allein mit der Erschöpfung der verzichtenden Seite zu erklären sind. So hat Großbritannien die grundsätzliche Anerkennung der politischen Eigenständigkeit des größeren Teils Irlands bereits vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs ausgesprochen, als es sich auf einem Höhepunkt seiner politischen und auch – nach dem siegreichen Burenkrieg, nach der Haldaneschen Heeresreform und nach einer beispiellosen maritimen Rüstung – seiner militärischen Macht befand. Im Hinblick auf die Sowjetunion kann man den unmittelbaren Einfluß einer politischen Ideenwelt, wie sie zur irischen Politik der britischen Liberalen beigetragen hat, gewiß ausschließen, doch sollte man bedenken, daß selbst der aggressivste und angriffslustigste Feldherr schon Stellungen geräumt hat, die nur unter allzu großen Opfern hätten verteidigt werden können.

Autoren wie Klaus Erdmenger und Gerd Meyer halten also ihren Kontrahenten mit Recht entgegen, daß es nicht zulässig sei, die sowjetische Deutschlandpolitik des Jahres 1952 einfach als Manifestation langfristiger ideologisch-missionarischer Tendenzen zu sehen, und gehen ihrerseits von der Einsicht aus, daß sich die damaligen sowjetischen Absichten nicht ohne eine zureichende Würdigung der Interessen des sowjetischen Staates fassen lassen, und zwar der 1952 gegebenen Interessen. Mit einer scharfsinnigen Querschnittanalyse der militärischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage der UdSSR unternimmt etwa Gerd Meyer den Versuch, die objektiven sowjetischen Interessen zu ermitteln, und dieser Versuch führt ihn zur Entdeckung militärischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetunion damals zu kämpfen gehabt habe und die als Ursachen eines zumindest temporären Ruhebedürfnisses und sogar einer Rückzugsneigung gewirkt hätten. Danach erscheint das sowjetische Angebot als eine Mitteilung der sowjetischen Regierung, daß sie gegen ein Honorar mit ihrer jahrelang unleugbar aggressiven Deutschlandpolitik brechen werde, als eine Mitteilung, die von Bonn und den Westmächten freilich nicht verstanden oder aus bestimmten Gründen ignoriert worden sei.

Ein solcher Ansatz erweckt zunächst den Eindruck eines realitätsgerechteren Vorgehens. Doch ist zu fragen, ob es objektive Interessen in dem postulierten Sinne überhaupt gibt. Muß man nicht jedenfalls dann, wenn man den Zusammenhang zwischen Interessen und politischem Handeln untersucht, davon ausgehen,

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß der außenpolitische Kurs eines Staates in der Realität – statt von objektiven Interessen – stets nur von einer Vorstellung von Interesse beeinflußt wird, nämlich von der Vorstellung, die sich die jeweils herrschenden Gruppen gebildet haben? Und das Selbstverständnis der herrschenden Gruppen ist doch wohl subjektiver Natur, was allein schon dadurch bewiesen wird, daß es fast immer von anderen – nicht minder subjektiv urteilenden – Gruppen der gleichen Gesellschaft angefochten oder nicht geteilt wird. Selbst wenn in einer bestimmten Frage zwischen den Repräsentanten aller oder fast aller Kräfte der Gesellschaft eine gleichwohl noch immer als subjektiv zu bezeichnende Übereinstimmung herrscht, so z. B. lange Zeit in Frankreich hinsichtlich des französischen Sicherheitsbedürfnisses gegenüber Deutschland, ergeben die Faktoren, die das politische Weltbild und die innenpolitische Interessenlage jener Kräfte bestimmen, höchst verschiedene und wiederum höchst subjektive Auffassungen über die richtige Vertretung des gemeinsam anerkannten Interesses; man braucht nur an die deutschlandpolitische Skala von Poincaré über Clemenceau bis Briand und Herriot zu denken. Dieser Sachverhalt ist aber in sozialistischen Staaten ebenso gegeben wie in kapitalistischen Ländern. Was die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952 betrifft, so verwehrt uns der Mangel an Unterlagen zuverlässige Feststellungen über das subjektive Interessenverständnis der sowjetischen Führer. Daraus folgt, daß der Historiker oder Politologe, der sowjetische Handlungen im Lichte sowjetischer Interessen erläutern will, mit allzu vielen Unbekannten arbeiten muß. Zunächst bildet er sich von der damaligen sowjetischen Interessenlage eine Vorstellung, die zwangsläufig nicht weniger subjektiv ist als die Vorstellung der sowjetischen Führer, die vor allem aber völlig anders aussehen kann als das Interessenverständnis Stalins und des Politbüros der KPdSU; da er seine spezifische Subjektivität, die mit seinem anderen zeitlichen, geographischen, politischen und ideologischen Standort zusammenhängt, kaum ganz auszuschalten vermag, sieht der Forscher die sowjetischen Interessen wohl stets unter dem Einfluß seiner eigenen subjektiven Interessen und mithin fast mit Sicherheit anders als Stalin und das Politbüro. Ist das richtig, dann kann eine auf solcher Grundlage ruhende Aussage über Sinn und Zweck eines diplomatischen Manövers der sowjetischen Regierung naturgemäß nur eine geringe Überzeugungskraft haben. Sollte der Forscher indes – was derzeit niemand weiß – zu einer Auffassung von sowjetischem Interesse gelangen, die sich doch mit dem damaligen Urteil Stalins deckt, so ist er trotzdem lediglich fähig, über seine eigene Reaktion auf den Lagebefund zuverlässige Auskunft zu geben. Ein gleiches Interessenverständnis mag Stalin und das Politbüro zu abweichenden Schlußfolgerungen für ihre praktische Politik und damit zu einer von der Interpretation des Forschers abweichenden Zweckbestimmung einzelner diplomatischer Aktionen geführt haben. In diesem Zusammenhang wäre noch zu einem Detailproblem anzumerken, daß etwa die Feststellung, ein Staat habe mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, keine sicheren Schlüsse über das außenpolitische Verhalten des betreffenden Staates erlaubt, auch dann nicht, wenn sie zutrifft. Ob ein Staat auf wirtschaftliche Nöte mit passiver oder mit

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aggressiver Außenpolitik reagiert, hängt weniger von den Nöten selbst ab, sondern mehr vom jeweiligen Zustand der Gesellschaft, der von vielen und sehr verschiedenartigen Faktoren geformt wird. Wiederum gibt es keinen Grund für die Annahme, die heute existierenden sozialistischen Staaten seien von jener Regel grundsätzlich ausgenommen.

Vielleicht können aber die sowjetischen Absichten trotz der schlechten Quellenlage in Umrissen sichtbar gemacht werden, wenn wir von der Situation der zwei deutschen Staaten zu Beginn des Jahres 1952 ausgehen, wenn wir ferner sowohl die sowjetischen Vorschläge und ihre Präsentation wie das sowjetische Verhalten während des Notenwechsels genauer prüfen und wenn wir schließlich das sowjetische Vorgehen – statt es sofort in langfristige Tendenzen kommunistischer Außenpolitik oder in die Interessen des sowjetischen Staates einzuordnen – mit einigen der Stalin damals bekannten Elemente der europäischen Lage und so mit den von Stalin nach menschlichem Ermessen vorhersehbaren westlichen Reaktionen konfrontieren. Die Frage, ob Stalin tatsächlich geglaubt haben kann, die seit Jahren diskutierte und vorbereitete Aufnahme Westdeutschlands in die westliche Verteidigungsgemeinschaft sei im letzten Augenblick durch einen diplomatischen Coup zu vereiteln, sollte dabei ignoriert werden. Zwar mag man daran zweifeln, daß er sein Vertrauen auf eine Methode setzte, die denn doch als Kintopp-Diplomatie – dramatische Wende im Moment äußerster Not – charakterisiert werden müßte, und dem Argument, daß er schon einmal, im August 1939, an einer jähen Veränderung der internationalen Konstellation mitwirkte, mag man entgegenhalten, daß er es diesmal nicht mit dem taktisch sehr beweglichen nationalsozialistischen Deutschland zu tun hatte, sondern mit den Gesellschaften der Westmächte, die, wie er nach dreißigjähriger Aktivität an der Spitze einer Großmacht sehr wohl wußte, auf einem eben erst eingeschlagenen Weg nicht einfach umkehren können. Aber in dieser generellen Form ist die Frage doch nicht zu beantworten. Sicherer ist die Untersuchung jener Gegebenheiten der damaligen Situation, die für die handelnden Politiker halbwegs feste Größen gewesen sein müßten und die sie daher höchstwahrscheinlich in ihrem Kalkül berücksichtigt haben dürften.

Wer Stalins Konferenzvorschlag als ernsthafte Wiedervereinigungsofferte versteht, unterstellt notwendigerweise – und bei Erdmenger oder Meyer wird dies auch sehr deutlich[8] – die Annahme, daß die Entstehung der beiden deutschen Staaten „eine Folge des kalten Krieges" sei, daß man im Zusammenhang des Ost-West-Konflikts also von einer „Teilung" Deutschlands sprechen könne und daß mithin über den größeren oder geringeren Grad der Wiedervereinigungsfähigkeit eines jeden deutschen Staates in erster Linie der Grad der Verstrickung in jenen Konflikt – d. h. die Festigkeit oder Lockerheit außenpolitischer Bindungen – entscheide. Das ist aber ein fundamentaler Irrtum, den ein so kühler und nüchterner Beobachter der europäischen Szenerie wie Stalin 1952 nicht mehr geteilt haben

[8] Besonders bei Erdmenger, a. a. O., S. 14.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kann. Die westlichen und östlichen Politiker hatten und haben es vielmehr nicht nur mit einer Teilung, sondern vor allem auch mit einer Spaltung Deutschlands zu tun. Deutschland spaltete sich schon in den ersten vier Jahren nach Kriegsende – gewiß auch unter dem mehr oder weniger energisch ausgeübten Einfluß der Besatzungsmächte – in zwei Hälften, die hinsichtlich der Besitzverhältnisse, der Gesellschaftsordnung, der Herrschaftsstruktur und der politischen Willensbildung ganz verschiedenen Prinzipien folgten. Spätestens 1948/49 waren die Unterschiede so groß geworden, daß beide Hälften die Fähigkeit zur Wiedervereinigung im Grunde bereits verloren hatten und folgerichtig der Tendenz zur separaten staatlichen Organisation nachzugeben begannen[9]. Sie selbst haben unter den Zwängen dieses Prozesses ein in hohem Maße auch verfassungs- und gesellschaftspolitisch motiviertes Sicherheitsbedürfnis entwickelt, das sie unweigerlich zur außenpolitischen Anlehnung an ihre Schutzmächte nötigte. Der Prozeß ist in den kalten Krieg verstrickt gewesen, und der kalte Krieg hat zweifellos beschleunigend gewirkt, da er das Sicherheitsbedürfnis der in den beiden Hälften Deutschlands dominierenden Gruppen potenzierte und da die Schutzmächte nun zu rücksichtsloser Ausnützung jenes Sicherheitsbedürfnisses im Dienste ihrer eigenen politischen wie militärischen Interessen neigten. Aber Richtung und Ende der Entwicklung waren nicht Resultate, sondern Elemente und wesentliche Faktoren des größeren Konflikts. Es ist sicherlich auch richtig, daß zu beiden Seiten der entstehenden Grenze die führenden Gruppen ihr Handeln noch nicht als Abkehr vom deutschen Nationalstaat verstanden und erklärten, sondern mit den Sachzwängen der täglichen Geschäfte rechtfertigten, mit dem notwendigen Streben nach politischem Einfluß und damit nach politischer Selbständigkeit, schließlich mit den Provokationen der anderen Seite. Doch der Mangel an Zielbewußtsein änderte nichts am Ergebnis des Handelns. Daß das Nationalgefühl noch durchaus lebendig war, mußte den bestehenden und sich laufend vertiefenden Gegensatz sogar noch verschärfen. Das Nationalgefühl hielt den Willen zur Restauration des Nationalstaats am Leben, und dieser Wille führte zwangsläufig zu Wiedervereinigungskonzeptionen, die ebenso zwangsläufig mit den verfassungs- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen verquickt wurden, die zur Grundlage der eigenen politischen Existenz geworden waren und sogar höheren Rang als Nationalgefühl und nationale Einheit erhalten hatten. Eine solche Verquickung verwandelte jedoch die Wiedervereinigungskonzeptionen in ungescheut offensive und geradezu missionarische Konzeptionen, die der jeweiligen anderen Seite für den Fall der Wieder-

[9] Hierzu vor allem W. Vogel, Westdeutschland 1945–1950, 2 Bde., Koblenz–Boppard 1956 u. 1964; St. Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959; H. Weber, Von der SBZ zur DDR, Hannover 1966. Ferner Th. Vogelsang, Koblenz, Berlin und Rüdesheim, Die Option für den westdeutschen Staat im Juli 1948, in: Festschrift für H. Heimpel, Bd. 1, Göttingen 1971; Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vereinigung einen tiefgreifenden Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihren führenden Gruppen offen Verfolgung ankündigten[10]. Jedenfalls existierten im Frühjahr 1952 zwei deutsche Staaten, zwischen denen vor allem ihre strukturelle Verschiedenartigkeit und erst in zweiter Linie ihre außenpolitische Orientierung stand. Als Grundbedingung einer Wiedervereinigung hätten sie zunächst eine verfassungs- und gesellschaftspolitische Angleichung zu leisten gehabt, ohne die ein Verzicht auf die internationalen Bindungen undenkbar war. Daß eine Außenministerkonferenz als Reform- oder gar Revolutions- bzw. Konterrevolutionsersatz hätte fungieren können, ist aber eine zumindest recht problematische Annahme.

Wie stand es, international gesehen, um die Chancen einer Neutralisierung Deutschlands und um die Chancen einer Wiederbewaffnung des neutralisierten Deutschland? Bei dieser Frage darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Politik der europäischen Kabinette im Frühjahr 1952 nicht allein von den Faktoren und Tendenzen bestimmt wurde, die Ergebnis des Kriegsendes und der Nachkriegsentwicklung waren, sondern noch in gleichem Maße von jenen Faktoren und Tendenzen, die in der Vorkriegszeit eine Rolle gespielt hatten und durch den Ausbruch des Krieges für eine gewisse Frist noch verstärkt worden waren. Wer sich eine Reißbrettzeichnung vom damaligen politischen Kräfteparallelogramm macht, kann sich also nicht damit begnügen, das sowjetische und allenfalls noch das deutsche Sicherheitsbedürfnis einzuzeichnen und dem einen die Neutralisierung Deutschlands, dem anderen die bewaffnete Neutralität als ausreichendes Befriedigungsmittel zuzuordnen. Er muß vielmehr auch das westeuropäische und namentlich das französische Sicherheitsbedürfnis berücksichtigen, das zu dieser Zeit gewiß bereits Moskau, zugleich aber noch immer Deutschland galt. Frankreich hatte in den ersten Nachkriegsjahren sogar eine Neuauflage der Deutschlandpolitik Poincarés zu lancieren versucht und dann, nachdem derartige Versuche an der Präsenz der beiden Weltmächte in Mitteleuropa gescheitert waren, schon auf die amerikanischen Pläne zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands mit Entsetzen reagiert[11]. Die EVG war eine französische Erfindung, die einerseits der Situation des kalten Krieges Rechnung tragen und durchaus gegen die Sowjetunion gerichtet sein, andererseits jedoch die künftige westdeutsche Armee weitestgehend entnationalisieren und so den nach wie vor als gefährlich empfundenen Nachbarn zähmen und fesseln sollte; allein in solchen Formen war jenes Entsetzen etwas zu

---

[10] So hat Willy Brandt am 16. Juli 1952 im Bundestag erklärt: „Sowenig wir den Prozeß der Wiedervereinigung unseres Volkes mit Rachegelüsten oder mit einer Neuauflage der Entnazifizierung belasten wollen, so unerbittlich werden wir sein müssen, wenn es sich um gemeine Verbrecher am Leben unserer Landsleute und an der Würde unserer Menschen handelt." Verhandlungen des Deutschen Bundestages (künftig: VBT), 1. Wahlperiode 1949, Bd. 12, S. 9943.

[11] W. Lipgens, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 52–102; A. Korff, Le revirement de la politique francaise a l'egard de l'Allemagne entre 1945 et 1950, Thèse Lausanne, Ambilly-Annemasse 1965.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dämpfen und die westdeutsche Wiederbewaffnung für Frankreich akzeptabel zu machen. Noch im Februar 1952 schienen die meisten Redner der französischen Nationalversammlung, als über die EVG debattiert wurde, weit mehr von der deutschen Gefahr als von der sowjetischen Bedrohung bewegt zu sein[12]. Jedenfalls war für Frankreich damals nicht einmal eine eigenständige Wiederbewaffnung Westdeutschlands annehmbar, erst recht nicht eine Nationalarmee für ein wiedervereinigtes Deutschland, die vor französischen Augen sofort den Weg von Versailles über Locarno bis zum Jahre 1940 heraufbeschwor. Unmittelbar nach dem Eingang der ersten sowjetischen Note haben führende französische Politiker an ihrem unerschütterlichen „Nein" zu derartigen Projekten nicht den geringsten Zweifel gelassen[13]. Zwar spielte Frankreich keine dominierende Rolle in der europäischen Politik mehr, doch war es noch durchaus in der Lage, einem solchen „Nein" Respekt zu verschaffen; welch starken negativen Einfluß Frankreich auch unter den neuen Bedingungen europäischer Politik auszuüben vermochte, hatte die Geschichte des Alliierten Kontrollrats und seiner Versuche, deutsche Zentralinstanzen zu schaffen, deutlich genug demonstriert[14]. Auf einer Viererkonferenz wäre Frankreich sehr wohl fähig gewesen, das Nationalarmeeprojekt zu blockieren. Überdies hätten aber die französischen Politiker ohne Zweifel mit der Unter-

---

[12] Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 469. In Washington sind die neuerlichen französischen Forderungen nach amerikanisch-britischen Garantien gegen (west-)deutsche Selbständigkeitstendenzen mit wachsender Ungeduld beobachtet, aber als verständlich ertragen und als berücksichtigenswert behandelt worden; vgl. D. Acheson, Present at the Creation, My Years in the State Department, New York 1969, S. 610.

[13] Ein Sprecher des Quai d'Orsay machte sogleich auf die Problematik einer deutschen Nationalarmee aufmerksam (Basler Nachrichten, 13. März 1952), und dpa meldete am 13. März („Nicht zum Abdruck") aus London, Maurice Schumann, Staatssekretär im französischen Außenministerium und einer der Führer des MRP, habe dort britischen Gesprächspartnern erklärt, falls verhandelt werden sollte, komme für Frankreich „von vornherein jede Erörterung über Errichtung einer nationalen deutschen Armee" nicht in Betracht. Schumann hat diesen Standpunkt am 16. März auf einer Versammlung der Volksrepublikaner in Grenoble auch öffentlich vertreten (Rheinische Post, 17. März), und Außenminister Robert Schuman lehnte am 24. März auf einer Pressekonferenz eine deutsche Nationalarmee ebenso schroff ab (Industrie-Kurier, 25. März); Frankreich habe mit Kontroll- und Sanktionsmechanismen seine Erfahrungen bereits gemacht, sagte Schuman und sah ein wiederbewaffnetes Gesamtdeutschland abermals zum „Schiedsrichter Europas" aufsteigen. Zu seinem amerikanischen Kollegen Dean Acheson sagte er, der militärische Vorschlag Moskaus habe sogar die französischen Kommunisten in Verlegenheit gebracht (Acheson, a. a. O., S. 630). Die kommunistische Pariser L'Humanite rang sich denn auch am 12. März den klassischen Satz ab, das französische Volk widersetze sich entschlossen einer Wiederbewaffnung Deutschlands „in jeder Form", werde aber „ohne weiteres" einsehen, „daß ein wiedervereinigtes Deutschland wohl über Streitkräfte verfügen kann, die zur Wahrung seiner Unabhängigkeit einmal notwendig sind".

[14] Vgl. hierzu Th. Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 510 ff., und J. Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 39 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützung ihrer britischen Kollegen rechnen können, die eine bewaffnete Neutralität Deutschlands und die mit ihr eröffnete Aussicht auf eine Rückkehr zu den Verhältnissen der Zwischenkriegszeit ebenfalls höchst unsympathisch fanden, zumal dann eine Erneuerung der britisch-französischen Entente kaum zu vermeiden gewesen und so die Gefahr einer britischen Verwicklung in kontinentale Streitigkeiten größer geworden wäre als bei einer Realisierung der EVG- und NATO-Politik[15]. Außerdem hätte Frankreich darauf hinweisen können, daß die Beneluxstaaten eine ähnliche Haltung einnahmen. Gegen das geschlossene Votum Westeuropas war die bewaffnete Neutralität Deutschlands – ungeachtet deutscher oder auch amerikanischer Vorstellungen – in der gegebenen Situation kein realisierbarer Gedanke.

Derartige Aspekte der Neutralitätsproblematik werden von der Schule Erdmengers und Meyers kaum gestreift, während sie das Problem der strukturellen Verschiedenartigkeit der beiden Teile Deutschlands mit der Erklärung zu lösen sucht, Stalin habe ja die Opferung der SED-Herrschaft angeboten. Da die SED ihre Herrschaft damals noch ausschließlich auf die sowjetische Präsenz und nicht auf den Willen der Bevölkerung gestützt habe, hätte, so wird impliziert, die sowjetische Zustimmung zu freien Wahlen in der DDR genügt, die SED zu entmachten und den zur Wiedervereinigung erforderlichen verfassungs- und gesellschaftspolitischen Angleichungsprozeß in Gang zu setzen. In diesem Sinne hätte eine Viererkonferenz, so muß man schließen, durchaus als Revolutions- oder Konterrevolutionsinstrument dienen können. Die erste und entscheidende Frage lautet hier: Hat Stalin tatsächlich ein solches Angebot gemacht?

Im Text der sowjetischen Noten sind Hinweise auf die Stalin unterstellte Absicht nicht zu entdecken. Als entscheidendes Kriterium muß wohl die Behandlung des Wahlproblems gelten. In der ersten sowjetischen Note war von Wahlen überhaupt nicht die Rede. Nachdem die Westmächte am 25. März in ihrer Antwort

---

[15] Der damalige britische Außenminister Anthony Eden hat mehrmals zu verstehen gegeben, so Anfang Oktober 1948 vor der Konservativen Partei (A. Eden, Days for Decision, Boston–Cambridge 1950, S. 214), daß britische Regierungen die Union des kontinentalen Westeuropa und die britische Allianz mit den USA nicht zuletzt deshalb als Eckpfeiler britischer Außenpolitik betrachten müßten, weil dadurch die notwendige Rückendeckung für eine möglichst ungestörte Beschäftigung mit den Problemen des Commonwealth und des Empire geschaffen werde. Die Union Westeuropas aber sah Eden nicht so sehr als Rückendeckung gegen Ambitionen Moskaus, die er für nicht allzu gefährlich hielt, sondern mehr noch – so stark stand er unter dem Eindruck der Zwischenkriegsentwicklung – als Rückendeckung gegen „German aggression" (a. a. O., S. 218). Anfang 1949 bemerkte er schon wieder Manifestationen eines deutschen Nationalismus, den Frankreich mit Recht fürchte (a. a. O., S. 219 f.), und so schien ihm die für Großbritannien lebenswichtige Ruhe auf dem Kontinent allein dann gesichert, wenn der deutsche Nationalismus in einem internationalen System gezähmt und so das „vital problem of Franco-German relations" gelöst werden konnte (a. a. O., S. 223). Ein neutralisiertes Deutschland mit eigener Armee kam für ihn nie ernstlich in Betracht. So meldete dpa am 13. März 1952: „Natürlich wird in London niemand bereit sein, eine nationale deutsche Armee zuzugestehen."

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Vereinbarung freier Wahlen in Deutschland zur conditio sine qua non eines Eingehens auf den sowjetischen Konferenzvorschlag erklärt hatten[16], stimmte die sowjetische Regierung in ihrer zweiten Note (9. April) der Abhaltung von Wahlen zwar zu, machte aber ihre Zustimmung sogleich wieder unwirksam, indem sie die von den Westmächten vorgeschlagene UN-Kommission als Organ zur Prüfung der Voraussetzungen freier Wahlen und zur Kontrolle der Wahlen selbst ablehnte: eine Kommission der vier Besatzungsmächte sei das geeignete Überwachungsinstrument. Nach den Erfahrungen mit den Entwaffnungsinspektionen der Kontrollratszeit war das, wie man in Moskau sehr wohl wußte, eine für die Westmächte unannehmbare und daher eine im Rahmen dieses diplomatischen Vorgeplänkels ausweichende Antwort[17]. Wenig später wurde die sowjetische Haltung ganz deutlich. In Westeuropa, in den USA und vor allem in Westdeutschland, wo nach der ersten sowjetischen Note eine Welle der Hoffnung auf einen „New Deal" in Mitteleuropa hochschäumte, begegnete auf Grund solcher Erwartungen der Vorschlag, eine UN-Kommission zu bestellen, scharfer Kritik, weil er als Mißtrauensvotum gegen die Herrschaftspraxis der UdSSR und der SED in der DDR aufgefaßt werden und deshalb Moskau die Zustimmung zu freien Wahlen nur unnötig erschweren müsse. Die Westmächte nahmen denn auch auf die Kritik Rücksicht und bekundeten in ihrer Note vom 13. Mai die Bereitschaft, auf die UN-Kommission zu verzichten und dafür irgendeinen anderen neutralen Ausschuß zu akzeptieren, auch einen von den vier Besatzungsmächten eingesetzten Ausschuß[18]. Statt nun auf diese Anregung irgendwie einzugehen oder wenigstens, um jene Hoffnungen in der westlichen Öffentlichkeit immerhin am Leben zu erhalten, auf dem eigenen Vorschlag zu beharren, tat die sowjetische Regierung etwas, das als klares Eingeständnis der mangelnden Bereitschaft zu freien Wahlen und damit der mangelnden Bereitschaft zur Opferung der SED wirken und die eben erst geweckten Erwartungen in der westlichen Öffentlichkeit wieder ersticken mußte: ausgerechnet in der dritten Note vom 24. Mai, die am Vorabend der Unterzeichnung des EVG-Vertrags in den Hauptstädten der Westmächte eintraf und von Moskau als ein in letzter Minute unternommener Versuch der Einwirkung auf die westlichen Kabinette wie auf die westliche Öffentlichkeit präsentiert wurde, ausgerechnet in dieser Note äußerte sich die sowjetische Regierung mit keiner Silbe – abgesehen vom ersten Teil, der indes nur den bisherigen Notenwechsel referierte – zu der entscheidenden Wahlfrage. In ihrer vierten Note vom 23. August desavouierte die sowjetische Regierung dann plötzlich – nachdem die Westmächte am 10. Juli aber-

---

[16] Eine gesamtdeutsche Regierung „kann nur auf der Grundlage freier Wahlen in der Bundesrepublik, der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin geschaffen werden".

[17] Zu den seinerzeitigen Differenzen vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 153 ff., 158 ff. Übrigens bestand die UN-Kommission bereits, und zwar seit einem Beschluß der UN-Vollversammlung vom 20. Dezember 1951; Europa-Archiv 7 (1952), S. 4660.

[18] Allerdings mit dem Vorbehalt, daß dem Ausschuß keine Personen „mit unmittelbaren Verantwortlichkeiten in Deutschland" angehören sollten.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mals auf einer neutralen Kommission bestanden hatten[19] – ihre eigene Anregung für eine Viermächtekontrolle und konstatierte, daß jede internationale Wahlkontrolle für das mit einer langen parlamentarischen Tradition gesegnete deutsche Volk eine „Beleidigung" darstelle; man solle eine Kommission bestellen, die sich aus Vertretern der Volkskammer und des Bundestags zusammensetze – wiederum ein Vorschlag, von dem die sowjetische Regierung wußte, daß er nicht angenommen werden würde, und zugleich ein Vorschlag, der auf nichts weniger schließen ließ als auf eine Neigung zur Opferung der SED. Im übrigen hat Stalin sorgsam darauf geachtet, mit den Formulierungen seiner Noten den Westmächten klarzumachen, daß eine Viererkonferenz zuerst den Entwurf eines Friedensvertrags ausarbeiten, dann eine gesamtdeutsche Regierung bilden und erst an dritter Stelle die gesamtdeutschen Wahlen regeln müsse[20]. Ferner hat die sowjetische Regierung mehrmals zu verstehen gegeben, daß sie nicht allein bei Punkt 3, sondern auch schon bei Punkt 2 die Teilnahme von Repräsentanten beider deutscher Staaten wünsche[21]. Das erlaubt allenfalls die Folgerung, daß Moskau, sofern sich der Westen tatsächlich auf Verhandlungen einlassen sollte, SED und DDR als kompakte Machtfaktoren ins Spiel bringen wollte.

---

[19] Die westlichen Regierungen vertraten die „Auffassung, daß die Kommission ... aus unparteiischen Mitgliedern bestehen" und „nicht dem Einspruch oder der Kontrolle durch die vier Mächte unterliegen" solle.

[20] Schon der Wortlaut der ersten sowjetischen Noten ließ über die gewünschte Reihenfolge der Tagesordnung einer Viererkonferenz keinen Zweifel. In ihrer vierten Note vom 23. August 1952 hat die sowjetische Regierung dann dezidiert erklärt, daß die westliche „Weigerung, vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung den Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten, jeder Begründung entbehrt", da das Potsdamer Abkommen die Besatzungsmächte dazu berechtige, einen Friedensvertrag zu formulieren, „damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird". Die angestrebte Schrittfolge einer eventuellen Konferenz war danach ebenso klar wie die Rolle, die einer gesamtdeutschen Regierung nach Moskauer Auffassung in diesem Zusammenhang zukommen sollte. Die Note hat aber die Tagesordnung auch noch ausdrücklich genannt: a) Friedensvertrag, b) Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, c) Wahlfrage und Kommissionsproblem. Um die letzten Zweifel zu beseitigen, schrieb die Moskauer Prawda am 25. August in ihrem Leitartikel, die sowjetische Regierung sei zwar bereit, auch die Wahlfrage zu erörtern, halte es aber für notwendig, „daß die Beratung der Vertreter der vier Großmächte in erster Linie so wichtige Fragen wie den Friedensvertrag und die Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung behandelt". In der vierten Note verlangte Moskau außerdem, daß zur Beratung „über die betreffenden Fragen Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik" eingeladen werden sollten. Schon im April hatte die SED verlauten lassen, daß aus Repräsentanten der DDR und der BRD eine „provisorische Regierung" zur Annahme des Friedensvertrags gebildet werden müsse (Allgemeine Zeitung, Mainz, 15. April 1952). Auf der Berliner Außenministerkonferenz vom 25. 1.–18. 2. 1954 hat Molotow in allen diesen Fragen den gleichen Standpunkt wie 1952 vertreten. Dokumentation zur Deutschlandfrage, S. 179 ff.

[21] Vor allem im vorletzten Absatz der vierten Note vom 24. August. Auch in dieser Frage hat Molotow in der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 den gleichen Standpunkt vertreten; Dokumentation zur Deutschlandfrage, S. 189.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Verhalten der SED ist jedoch noch aufschlußreicher. Die erste sowjetische Note war formal nur die Moskauer Reaktion auf ein Schreiben, das die Regierung der DDR am 13. Februar 1952 den vier Besatzungsmächten übermittelt hatte und das die dringende Forderung enthielt, Deutschland endlich einen Friedensvertrag zu geben: die Übereinstimmung des Brieftextes mit den einleitenden Sätzen der ersten sowjetischen Note ist unverkennbar[22]. Daraus läßt sich zunächst der Schluß ziehen, daß die Note Bestandteil einer zwischen Moskau und Ostberlin abgestimmten Aktion gewesen ist. Die Aufnahme der Note in der DDR liefert dafür den endgültigen Beweis und ist zudem auch für sich allein von erheblicher Bedeutung. Während in den westlichen Ländern Kabinette und Öffentlichkeit das sowjetische Dokument gerade erst zur Kenntnis nahmen und definitive Äußerungen allenfalls zu der einen oder anderen Einzelheit der Note riskierten, inszenierten in der DDR die Funktionäre und Propagandisten der SED bereits einen Begeisterungssturm, der noch um einige Grade kräftiger ausfiel als die sonst übliche Zustimmung zu sowjetischen Handlungen[23]. Auch in den folgenden Monaten hat die aus der DDR zu vernehmende Begleitmusik zur sowjetischen Notenpolitik weder ihre Melodie noch ihre Lautstärke geändert. Hätte sich aber Stalin wirklich mit der Absicht getragen, die SED zu opfern, hätte er sich – vom Standpunkt des sozialistischen Lagers aus betrachtet – wirklich das Recht angemaßt, die DDR als einen unter Umständen entbehrlichen Bauern in einem ausschließlich von sowjetischen Interessen bestimmten Schachspiel zu behandeln, so wäre – diese Folgerung ist wohl statthaft – eine derart klaglose diplomatische und propagandistische Kooperation der SED-Führung nicht recht erklärlich. Eine entsprechende Intention Stalins hätte den Spitzenfunktionären der SED kaum verborgen bleiben können, und eine solche Kenntnis hätte sich trotz der damals fraglos gegebenen Unterordnung Ostberlins eigentlich in schüchterner oder versteckter Kritik am sowjetischen Kurs äußern müssen. Wenn man indes so weit gehen wollte, eine totale Führungsgewalt Moskaus und auf Seiten der SED ein übermenschliches Maß an Gehorsamsbereitschaft, Disziplin und Loyalität zu unterstellen, wäre

---

[22] Text des Briefes in: Europa-Archiv 7 (1952), S. 4795. Grotewohl hat auf diese Verbindung zwischen seinem Brief und der sowjetischen Note auch ausdrücklich hingewiesen (Neues Deutschland, 15. März 1952).

[23] Vgl. Neues Deutschland, 12. März 1952. Die Ostberliner Tägliche Rundschau meldete schon am 12. März, daß allenthalben in der DDR regionale und lokale Gremien der SED sofort und spontan den Beschluß gefaßt hätten, für rascheste Verbreitung der sowjetischen Vorschläge in der Bevölkerung zu sorgen. Neues Deutschland bezeichnete am 13. März die sowjetische Note als eine „welthistorische Initiative" und als „Programm der nationalen Wiedergeburt Deutschlands": „Welcher deutsche Patriot könnte der Sehnsucht und den Wünschen des deutschen Volkes besser Ausdruck verleihen, als es in diesem historischen Dokument der Sowjetregierung geschieht." Selbst Katharina v. Kardorff-Oheimb, ehemals Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, wurde bemüht, um als „Teilnehmerin der Verhandlungen von Rapallo" zu versichern, daß es „damals wie heute die sowjetische Regierung war und ist, die dem deutschen Volk die Friedenshand entgegenstreckt" (Deutschlandsender, 13. März 1952).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

immer noch zumindest ein gewisser Mangel an Enthusiasmus unvermeidlich gewesen. In der Rolle eines Isaak, der Vater Abraham nicht nur ergeben, sondern sogar freudig bewegt zur Opferstätte folgt, sind Ulbricht und die SED denn doch nicht vorstellbar. Schließlich wäre es nicht um die Opferung einzelner Funktionäre oder einer bereits dem freien politischen Konkurrenzkampf ausgesetzten und ohnehin chancenlosen Partei gegangen, sondern um die Opferung einer herrschenden kommunistischen Partei und um die Opferung der Herrschaft einer kommunistischen Partei.

Der Text der sowjetischen Noten und wiederum das Verhalten der SED sind allerdings auch mit jener Version nicht recht vereinbar, die dem sowjetischen Angebot die Rolle eines Störmanövers oder gar einen offensiven Zweck zuschreibt. Interpretationen dieser Art verwenden einige Mühe auf den Nachweis, daß Begriffe wie demokratisch, friedliebend, faschistisch und antifaschistisch, die in den Noten tatsächlich sehr häufig vorkommen, im kommunistischen Sprachgebrauch einen ganz anderen Inhalt haben als in der westlichen liberal-demokratischen Terminologie, daß also mit der reichlichen Verwendung solcher Begriffe nur Speck für naive westliche Mäuse ausgelegt worden sei[24]. Die eigentliche List der sowjetischen Offerte wird dann in der Verbindung des terminologischen Täuschungsmanövers mit dem Appell an den deutschen Nationalismus gesehen. Mit der Kombination beider Elemente habe Moskau die Westdeutschen von der EVG weglocken und zu der gefahrvollen Neutralisierung Deutschlands verführen, jedenfalls aber eine Mehrheit der Westdeutschen für die Forderung nach der Viererkonferenz mobilisieren und damit die den Aufbau der EVG verzögernde Konferenz tatsächlich durchsetzen wollen.

Eine genauere Untersuchung der sowjetischen Noten und der zu ihrer Unterstützung inszenierten Propagandakampagne führt jedoch zu der vielleicht überraschenden Feststellung, daß Sowjetunion und DDR sich größte Mühe gaben, die sowjetischen Vorschläge so wenig attraktiv wie möglich zu halten und die begleitende Agitation so abschreckend wie möglich aufzuputzen. Terminologische Fallen und agitatorische Tricks hat es – jedenfalls in einem werbenden Sinne – gar nicht gegeben. Die sowjetischen Führer haben sicherlich nicht damit gerechnet, die damals offensichtlich in politischen und militärischen Allianzen – unter Einschluß der Bundesrepublik – denkende amerikanische Regierung rasch für eine Viererkonferenz gewinnen zu können. Wenn Moskau die Konferenz haben wollte, kam es in erster Linie darauf an, die westeuropäischen Staaten und die Bundesrepublik für den Konferenzgedanken zu erwärmen; dann mochten die Leiter der amerikanischen Außenpolitik von ihren Alliierten an den Konferenztisch geschleppt werden. Als Köder für die westeuropäischen Staaten, namentlich für Frankreich, konnte nur die Neutralisierung Deutschlands gedacht sein. Indes wußte man in Moskau und Ostberlin sehr genau, daß Frankreich eine deutsche Nationalarmee mehr fürchtete als eine westdeutsche Wiederbewaffnung im Rah-

[24] So vor allem J. Weber, a. a. O., S. 15 f., 22 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men der EVG, daß man also der französischen und damit schließlich auch der britischen Regierung den Geschmack an einer Konferenz sogleich wieder verdarb, indem man ein Junktim zwischen Neutralisierung und gesamtdeutscher Wiederbewaffnung herstellte; am 15. November 1950 hatte Otto Grotewohl in der Volkskammer die Notwendigkeit der deutschen Entmilitarisierung ausdrücklich mit dem französischen Sicherheitsbedürfnis begründet und die Entmilitarisierung als Voraussetzung jeder deutsch-französischen Verständigung bezeichnet[25]. Als Köder für die Westdeutschen hätten nur freie Wahlen in ganz Deutschland, die Nationalarmee und das in den verbalen Konzessionen an ehemalige Offiziere und Nationalsozialisten scheinbar zum Ausdruck kommende Liebeswerben um das westdeutsche Bürgertum dienen können. Die sowjetische Behandlung der Wahlfrage ist schon dargelegt worden, und was den Appell an den deutschen Nationalismus angeht, so hat die sowjetische Regierung die Entstehung einer nationalen Welle, die zunächst die Wahlfrage vielleicht ignoriert hätte, selbst unmöglich gemacht, indem sie dezidiert erklärte, für die Grenzen Gesamtdeutschlands seien die 1945 in Potsdam getroffenen Beschlüsse maßgebend, indem sie also von den Westdeutschen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte. Auch in dieser Hinsicht dürften sich die sowjetischen Führer keiner Täuschung hingegeben haben. Stalin war sich zweifellos bewußt, daß die Anerkennungsforderung gerade jene Deutschen abschrecken mußte, die an sich bereit gewesen wären, aus der Hoffnung auf eine Rückkehr zur Rapallo-Politik Front gegen die weitere Fortsetzung der Westintegration zu beziehen; schließlich ist die einstige deutsch-sowjetische Verbindung wesentlich auch Ausdruck eines gegen Polen gerichteten territorialen Revisionsanspruchs gewesen[26]. Daß für eine überwältigende Mehrheit der Westdeutschen die Anerkennungsforderung selbst noch unannehmbar war, dürfte den sowjetischen Führern erst recht klar gewesen sein; sie hatten schon einige Mühe gehabt, die SED zur Anerkennung der neuen polnischen Westgrenze zu bewegen[27]. Solche Antagonismen in den sowjetischen Noten sind nicht mit Ungeschicklichkeit zu erklären, zumal man es dann auch als Ungeschicklichkeit verstehen müßte, daß Moskau im Laufe des Notenwechsels hartnäckig darauf bedacht blieb, gerade jene Elemente seiner Vorschläge, die in Westeuropa wie in der Bundesrepublik abschreckend wirken mußten und in der Tat sofort auf leidenschaftliche Ablehnung gestoßen waren, immer wieder in den Vordergrund zu schieben. So enthielt die dritte Note vom 24. Mai, die im Rahmen eines ernsthaften Werbefeldzuges besonders wirkungsvolle Elemente hätte aufweisen müssen, als einzige konkrete Punkte ausgerechnet und überdies in verstärkt dringlichem Tone die für Frankreich nicht akzeptable Forderung nach der Nationalarmee und die für die Westdeutschen nicht akzeptable Forderung nach der Anerkennung der polnischen Grenze.

Die begleitenden Kommentare aus der DDR waren ebenfalls nicht geeignet,

[25] Vgl. Wettig, a. a. O., S. 497.

[26] Zum Problem Rapallo vgl. H. Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 366 ff.

[27] H.-P. Schwarz, a. a. O., S. 226 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

westlichen Argwohn einzulullen. Auch nach dem 10. März attackierten die Zeitungen der SED die angeblich umworbenen Offiziere der alten Wehrmacht mit unverminderter Heftigkeit[28]. Gerade nach dem 10. März drohte die DDR-Presse den „Klüngeln" der Schwerindustrie und Hochfinanz, den Abs, Flick und Pferdmenges, üble Folgen der Wiedervereinigung an[29], und die in der vierten sowjetischen Note geforderten rein deutschen Wahlprüfungskommissionen wollte die DDR-Propaganda als Instrument einer umfassenden gesellschaftspolitischen Revolutionierung Westdeutschlands verstanden wissen[30]. In der Volkskammer konstatierte Otto Grotewohl am 14. März, die Wirtschaft eines wiedervereinigten Deutschland werde sich natürlich nicht am Schuman-Plan beteiligen dürfen und sich im übrigen nach den Grundsätzen des Fünfjahresplans der DDR organisieren müssen[31]. Abgesehen davon, daß solche Stimmen – die sich ohne Moskauer Billigung sicherlich nicht in diesem Sinne hätten äußern können – nicht gerade nach Abschied von der Macht klingen, ist es nicht denkbar, daß man in Moskau und Ostberlin glauben konnte, mit einer solchen Kampagne sei in Westdeutschland und gar im westdeutschen Bürgertum – mitten in der Anfangsphase eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, der sich von der Entwicklung in der DDR bereits scharf abhob – eine nur auf Wiedervereinigung und damit auf die Viererkonferenz gerichtete nationale Bewegung hervorzurufen.

Wenn aber sowohl für sowjetische Konzessionsbereitschaft wie für sowjetische Expansionsneigung jedes Anzeichen fehlt, wenn andererseits manches Anzeichen dafür spricht, daß Stalin eine Annahme seines Konferenzvorschlags durch die Westmächte und durch die Bundesrepublik so wenig erwarten durfte, daß er die Annahme wohl gar nicht gewollt haben kann, scheint es für seine Aktion nur eine plausible Erklärung zu geben. Offenbar ist Stalin zwischen 1950 und 1952 zu dem Schluß gekommen, daß die Bewegung der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre erstarrt sei, daß also jede weitere Anstrengung, den europäischen Herrschaftsbereich seiner Spielart des Sozialismus weiter auszudehnen, keine Erfolgsaussicht mehr habe, zumal gegen die deutlich demonstrierte amerikanische Entschlossenheit zur Verteidigung der 1945 gezogenen Demarkationslinien, und daß deshalb nichts anderes zu tun bleibe, als die innere Lage der Sowjetunion und namentlich

[28] Das gilt auch für die sowjetische Presse. Am 12. März 1952 wandten sich sowohl Prawda wie Neues Deutschland in scharfen Worten gegen die „Generale der ehemaligen Hitlerarmee", die „wieder auf der Bildfläche aufgetaucht" seien und an der Restaurierung der „deutsch-faschistischen Kräfte" arbeiteten. Es gilt aber später auch für die sowjetischen Noten selbst; vgl. die dritte und vierte Note.

[29] So die Tägliche Rundschau am 20. März 1952. Neues Deutschland hatte die „kriegslüsternen Ruhrmagnaten" bereits am 12. März als „unwandelbare Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression" bezeichnet.

[30] Tägliche Rundschau, 26. April 1952: „Für eine friedliche Lösung des deutschen Problems."

[31] Tägliche Rundschau, 15. März 1952. Außerdem kündigte Grotewohl in dieser Rede an, daß in der BRD alle Organisationen verschwinden müßten, die friedensfeindlich seien, und als Muster demokratischer Freiheiten stellte er die DDR vor, in der lediglich Feinden der Demokratie, Agenten und Saboteuren demokratische Rechte vorenthalten würden.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die allenthalben im sowjetischen Machtbereich in den Sattel gesetzten Klientelregime zu konsolidieren. Nach dem Tode Lenins hatte sich Stalin auf die Formel vom Sozialismus in einem Land zurückgezogen und die sowjetische Außenpolitik entsprechend defensiv orientiert. Jetzt zog er sich gleichsam auf die Formel vom Sozialismus in der einen Hälfte Europas zurück, wobei er, wie damals, die kapitalistischen Staaten ihren unvermeidlichen Gegensätzen zu überlassen gedachte. Ein solches Verhalten stimmt zu der außenpolitischen Grundtendenz, die er vor Kriegsausbruch über ein Jahrzehnt hinweg praktiziert hatte; es paßt außerdem zu seinem Kapitalismusverständnis, für das er den Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten als eindeutige Bestätigung genommen haben muß. In der bezeichnenderweise Anfang 1952 entstandenen und im Oktober 1952 veröffentlichten Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" hat Stalin sein Konzept denn auch unmißverständlich dargelegt und theoretisch zu rechtfertigen versucht[32]. In dieser Schrift rechnete er indes Westdeutschland ebenso unmißverständlich zum kapitalistischen Lager und folglich die DDR zum sozialistischen Lager[33]. Daß er deshalb seine Deutschlandpolitik darauf abstellte, die bis Anfang 1951 erkennbaren Versuche zur Einflußgewinnung in Westdeutschland abzubrechen und die Bundesrepublik den Weg in die offensichtlich unvermeidliche westeuropäische Integration gehen zu lassen, wird im übrigen auch dadurch erhärtet, daß bereits im Sommer 1952, noch vor dem Ende des Notenwechsels, in der sowjetischen Zeitschrift „Bolschewik" ein Aufsatz erschien, der die EVG als Tatsache behandelte und die Erwartung formulierte, daß die deutsche Aggressivität zu den Elementen gehören werde, die in der EVG für Gegensätze und Spannungen sorgen würden[34]. Da Stalin aber auf der anderen Seite offensichtlich nicht gewillt war, auch noch zum Staatensystem der Vorkriegszeit zurückzukehren und völlig grundlos – von seinem Standpunkt aus gesehen – die DDR aus seinem Herrschaftsverband zu entlassen, stand er vor dem Problem, daß seine Deutschlandpolitik nun eindeutig zur Fortdauer und zur weiteren Verfestigung der Spaltung Deutschlands beitragen werde. Der Wunsch, trotzdem nicht mit der Verantwortung für das Ende des deutschen Nationalstaats ganz oder teilweise belastet zu werden, war in solcher Situation eine naheliegende und jedenfalls ver-

[32] Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952.

[33] Die etwa von H. Achminow (a. a. O., S. 251 f.) vertretene Auffassung, Stalin habe in diesem Zusammenhang die beiden deutschen Staaten doch zusammengerechnet, ist nicht überzeugend begründet und von G. Wettig (a. a. O., S. 520 f.) mit Recht abgelehnt worden. Ein so scharfsichtiger Beobachter der sowjetischen Außenpolitik wie George F. Kennan scheint der durchaus erwägenswerten Auffassung zuzuneigen, daß als letzter ernsthafter sowjetischer Versuch zur Verhinderung eines westdeutschen Staates und seiner Verbindung mit den Westmächten die Blockade Berlins 1948/49 anzusehen sei und daß bereits die Aufhebung der Blockade im Mai 1949 die eigentliche Wendung Stalins von der Expansion zur Konservierung des Status quo markiere (Memoirs, New York 1969, S. 442 f., 466).

[34] Bolschewik, Moskau, August 1952. Dieser „parteiamtliche Kommentar zur deutschen Frage" ist denn auch von der Adenauer nicht gerade freundlich gesinnten Heidelberger Zeitschrift „Das ganze Deutschland" (2. August 1952) übel vermerkt worden.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ständliche Reaktion. Ohne ein entsprechendes Alibi mußte die Konsolidierung der DDR schwieriger werden, und vielleicht schien es ihm auch nützlich, für künftige Expansionsmöglichkeiten die nationale Karte in Reserve zu halten. Die Noten des Frühjahrs und Sommers 1952 hat er wahrscheinlich als taugliche Mittel betrachtet, sich das gewünschte Alibi zu verschaffen[35].

Im Hinblick auf die Konsolidierung der DDR sollten die Noten und ihre erwartete oder möglicherweise sogar erhoffte Ablehnung durch die Westmächte aber offenbar noch einen speziellen Zweck erfüllen. Die DDR hatte bis zum Frühjahr 1952 den militärischen Zweig der Volkspolizei als Kaderarmee nach dem Muster der alten Reichswehr organisiert[36]. Den vorgesehenen Ausbau auf der Basis der Freiwilligkeit fortzusetzen, hatte sich schon 1951 als überaus schwierig erwiesen. Von der allgemeinen Unlust der Bevölkerung abgesehen, wirkte nicht zuletzt gerade die antimilitaristische Propaganda der SED hemmend. Zur Stabilisierung des Staates wie auch zur Erfüllung seiner künftigen Bündnispflichten war eine Änderung des militärischen Rekrutierungsmechanismus und eine Änderung der generellen Linie in militärischen Fragen unumgänglich geworden. Der Vorschlag, eine deutsche Nationalarmee aufzustellen, hat diese Änderung eingeleitet. Bereits im April 1952, also noch im Anfangsstadium des Notenwechsels, begann die Presse der DDR den Begriff Nationalarmee in einem recht eingeengten Sinn zu verwenden. Walter Ulbricht kritisierte am 4. Mai in der Berliner Humboldt-Universität jene „Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik", die „seelenruhig erklären, sie bräuchten sich nicht mit dem Schutz der Heimat zu befassen, da ja die Sowjetarmee da sei", und er betonte, daß aber „gegenüber dem Treiben der Militaristen in Westdeutschland" die Verteidigung der Heimat „mit allem Ernst und mit aller wissenschaftlichen Gründlichkeit" aufgebaut werden müsse; wenn Adenauer den Generalvertrag unterschreibe, werde für die Erhaltung des Friedens „der bewaffnete Schutz der Deutschen Demokratischen Republik notwendig"[37]. Zwei Wochen später sagte Otto Nuschke, er und die CDU der DDR würden es, da die US-Imperialisten und ihre deutschen Handlanger offensichtlich nicht an einer Wiedervereinigung interessiert seien, begrüßen, „wenn angesichts dieser Situation nationale Streitkräfte aufgestellt werden"[38].

Falls Stalins Wünsche tatsächlich so waren, wie man vermuten kann, hat ihnen die Reaktion der Westmächte und der Westdeutschen durchaus entsprochen. So ist

[35] Die Planungsabteilung im State Department hat im Sommer und Herbst 1948 ähnlich gehandelt, als sie unter Kennan den für die Sowjetunion offensichtlich unannehmbaren „Plan A" zur Lösung des Deutschlandproblems konzipierte, um „die Russen mit der Verantwortung für die endgültige Spaltung Deutschlands [zu] belasten" (Kennan, Memoirs, S. 445 ff., bes. S. 449).

[36] Hierzu vgl. Wettig, a. a. O., S. 488 f. Ferner Th. M. Forster, NVA, Die Armee der Sowjetzone, Köln 1964.

[37] Zur Begrenzung des Begriffs Nationalarmee vgl. den Kommentar zur zweiten sowjetischen Note in: Neues Deutschland, 13. April 1952. Die Rede Ulbrichts in: Tägliche Rundschau, 4. Mai 1952.

[38] Die Neue Zeitung, 17. Mai 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

evident, daß die amerikanische Regierung nicht einen Augenblick daran dachte, die Organisierung der westeuropäischen Verteidigung zu unterbrechen und auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in die Verteidigungsgemeinschaft zu verzichten. Nach den Erfahrungen, die sie in der Vergangenheit mit sowjetischen Verhandlungsmethoden gemacht hatte und gerade eben bei den Waffenstillstandsbesprechungen in Korea wie bei den Auseinandersetzungen um den österreichischen Staatsvertrag abermals machte, war es auch begreiflich, daß die amerikanische Regierung das sowjetische Angebot als durchsichtiges Manöver wertete, mit dem nur eine ausgedehnte und höchstwahrscheinlich völlig ergebnislose Verhandlungsrunde eingeleitet werden sollte; ob bis zum vorhersehbaren Scheitern einer langen Konferenz die mühsam erreichte Zustimmung der westeuropäischen Länder, namentlich Frankreichs, und die Zustimmung der Westdeutschen selbst zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu konservieren sein würde, konnte in der gegebenen Situation immerhin bezweifelt werden[39].

Jedoch ging Washington auf die sowjetische Initiative auch deshalb nicht ein, weil der Neutralisierungsgedanke keine Gegenliebe fand. Wie die amerikanische Regierung die Dinge sah, hätte eine Neutralisierung Deutschlands die Organisierung einer – für unbedingt notwendig gehaltenen – effektiven Verteidigung Westeuropas gegen die Sowjetunion verhindert, da diese Organisierung, wie man glaubte, ohne den finanziellen, personellen und wirtschaftlichen Beitrag der Bundesrepublik nicht zu leisten war. Gerade solche Argumente hatten die Amerikaner in London, in Paris und in den Beneluxstaaten – wo man ja den Aufbau einer starken westlichen Verteidigungsgemeinschaft unter der Führung Washingtons ebenfalls wünschte – mit Erfolg benützt, um die Akzeptierung einer westdeutschen Wiederbewaffnung durchzudrücken. Die Neutralisierung Deutschlands hätte in damaliger Sicht entweder ein unverhältnismäßig großes finanzielles und personelles Engagement der USA in Europa erforderlich gemacht, das nach kurzer Zeit eine mächtige isolationistische Welle in Amerika provozieren mußte, oder aber die amerikanische Präsenz auf dem Kontinent schon jetzt in Frage gestellt. Washington, in jenen Jahren unbeeinflußt von stärkeren isolationistischen Strömungen, hielt jedoch zur eigenen Sicherheit die Präsenz auf dem Kontinent für notwendig und fühlte sich außerdem den westeuropäischen Staaten verpflichtet, die ihr vitales Interesse am amerikanischen Engagement in Europa nachdrücklich bekundeten. Unter diesen Umständen vermochten die USA dem sowjetischen Vorschlag keine positiven Seiten abzugewinnen. Indes haben für die amerikanische Haltung nicht nur militärische Gründe eine Rolle gespielt. Wenn Washington an der militärischen Verteidigungsgemeinschaft festhielt und deshalb die Bundesrepublik von einer ohnehin für aussichtslos angesehenen Wiedervereinigungs- und Neutralisierungspolitik abzuhalten suchte, so auch deshalb, weil die militärische Zusam-

[39] Zur amerikanischen Reaktion vor allem D. Acheson, a. a. O., S. 630. Die New York Herald Tribune nannte ein neutrales Deutschland – wie fast alle großen Blätter der USA – „a political absurdity" (2. April 1952).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menfassung Westeuropas zugleich als ein Mittel zur wirtschaftlichen und politischen Integration galt, die als Voraussetzung der wirtschaftlichen Erholung betrachtet wurde. Die Erholung wiederum sollte zur Basis der politischen Stabilisierung werden, der Stabilisierung eines nichtkommunistischen Gesellschaftssystems. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung und ihre gesellschaftspolitischen Folgen sind entscheidende Bestandteile der antikommunistischen Containment-Strategie Washingtons gewesen, und der Bundesrepublik kam sowohl in der wirtschaftlich so bedeutsamen militärischen Integration wie im wirtschaftlichen Aufbau selbst eine Schlüsselfunktion zu. Es ist allerdings unverkennbar, daß die amerikanische Regierung nicht allein von den Sicherheitsinteressen der USA, von einer antikommunistischen und antisowjetischen Grundtendenz und von den mit beiden Komplexen zusammenhängenden internationalen Verpflichtungen motiviert war. Einflußreiche Gruppen in den Vereinigten Staaten hatten offenbar auch an der mit weltpolitischer Verantwortung verbundenen Macht Geschmack gefunden und fanden nun den Gedanken an einen amerikanischen Rückzug vom europäischen Kontinent sehr schwer erträglich[40].

Jedenfalls blieb Washington unbeirrt auf EVG-Kurs, und die Kabinette Frankreichs und Großbritanniens, die ja ihre eigenen Gründe hatten, eine Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, teilten die Auffassung Washingtons so weitgehend, daß sie bereitwillig der amerikanischen Linie folgten. Schon in der ersten Note, die von den drei Regierungen an das sowjetische Außenministerium gerichtet wurde, lautete der Kernsatz, daß der Neutralisierung Deutschlands nicht zugestimmt werden könne, und dieser Standpunkt ist auch in den folgenden drei Noten nicht modifiziert worden. Die in der westlichen Notenpolitik beherrschend im Vordergrund stehende Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland sollte lediglich das mit Recht zuversichtlich erwartete sowjetische „Nein" provozieren und im übrigen die westdeutsche Öffentlichkeit beschwichtigen. Im Juni und Juli 1952, als die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens unter starken Druck von Gruppen in den eigenen Ländern gerieten, die mit der Neutralisierung Deutschlands sowohl die sowjetische Präsenz in Mitteleuropa zu liquidieren wie die deutsche Gefahr zu entschärfen hofften, ist in Paris und London eine ernsthafte Behandlung des sowjetischen Vorschlags immerhin erwogen worden. Angesichts der eindeutigen amerikanischen Haltung und der nicht weniger eindeutigen Haltung der westdeutschen Regierung, also angesichts einer temporären Sonderallianz zwischen Washington und Bonn, hatten derartige Überlegungen indes nur ein kurzes Leben[41].

---

[40] Kennan nennt in diesem Zusammenhang vor allem die Armee (a. a. O., S. 489). Er bezeugt überdies, daß die französischen Motive für die Ablehnung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands auch in den Vereinigten Staaten ihre Anwälte hatten (a. a. O., S. 440): „A united Germany could be tolerable only as an integral part of a united Europe."

[41] Der britische Außenminister Anthony Eden hat die diplomatische Kampagne Moskaus freilich stets als „clumsy" betrachtet (Full Circle, London 1960, S. 44) und den Notenwechsel ohnehin lediglich als „propaganda battle" aufgefaßt (Acheson, a. a. O., S. 630).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Reaktion Bonns auf den sowjetischen Schritt kam damals zweifellos erhebliche Bedeutung zu. Zwar besaß die Bundesregierung, die bezeichnenderweise gar nicht zu den Adressaten der Moskauer Noten gehörte, noch kaum einen außenpolitischen Spielraum im eigentlichen Sinne des Wortes und hätte allein keine aktive Wiedervereinigungspolitik verfolgen können. Aber die Gemeinsamkeit der Besatzungsmächte war zerbrochen, die östliche Besatzungsmacht hatte dem Anschein nach ein Wiedervereinigungsangebot formuliert, und das Projekt, zu dem die Westmächte den westdeutschen Staat einluden, die EVG, erforderte die freiwillige Mitarbeit aller potentiellen Partner. Wenn sich die Bundesregierung, womöglich gestützt auf eine von ihr selbst ermunterte breite Bewegung in der Bevölkerung, in dieser Situation einfach geweigert hätte, an den EVG-Verhandlungen weiter teilzunehmen oder gar den EVG-Vertrag zu unterzeichnen, ehe nicht das sowjetische Angebot genau geprüft sei, wären die Westmächte wahrscheinlich gezwungen gewesen, sich mit dem Konferenzgedanken zu befreunden – schon um den Westdeutschen zu beweisen, daß keine Chance zur Wiedervereinigung bestehe. Bundeskanzler Adenauer hat die westlichen Regierungen aber aller unmittelbaren Sorgen sogleich enthoben. Bereits am 11. März, nach einer Kabinettssitzung, die sich nur am Rande mit der sowjetischen Note beschäftigt hatte, in der sich jedoch durchaus Befürworter einer wohlwollenden Prüfung gemeldet hatten, ließ Adenauer seinen Pressesprecher, Herrn v. Eckardt, erklären, die Bundesregierung sehe die Note nicht als brauchbare Grundlage für Verhandlungen mit Moskau an[42]. Als ihm noch am gleichen Tage die drei Hohen Kommissare mitteilten, ihre Regierungen gedächten mit den EVG-Gesprächen fortzufahren, als ob die Note nicht existiere, da stimmte der Bundeskanzler – ohne weitere Konsultation seines Kabinetts, der Führungsgremien seiner Koalitionsparteien oder gar der Opposition – nicht nur zu, sondern brachte seine Befriedigung und Erleichterung zum Ausdruck[43].

Konrad Adenauer erschien und erscheint als Bürger par excellence, als Westdeutscher, dem Mittel- und Ostdeutschland atmosphärisch wie politisch stets fremd und sogar unbehaglich geblieben waren, als ein Patriot, der, frei vom überkommenen deutschen Nationalismus, seine bürgerliche Gesellschaftsvorstellung und Staatsgesinnung regional zu begrenzen verstand und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr mit einer spekulativen Nationalpolitik verbinden

---

[42] Frankfurter Rundschau, 12. März 1952.

[43] K. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 65 f. Den Vorstand der CDU-Fraktion hat Adenauer erst am 25. März – an welchem Tage bereits die westlichen Antwortnoten in Moskau überreicht wurden – über die Entwicklung seit dem 10. März informiert. Hermann Pünder, der damals zu den „Außenpolitikern" im Fraktionsvorstand gehörte, hat sich in seinen Erinnerungen über die mangelhafte Unterrichtung durch den Bundeskanzler beklagt. Er schrieb sogar, die Details der sowjetischen Vorschläge seien der Öffentlichkeit erst sehr viel später mitgeteilt worden, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser – irrige – Eindruck auf die Informationspolitik Adenauers zurückgeht; H. Pünder, Von Preußen nach Europa, Stuttgart 1968, S. 487 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wollte[44]. So konnte er geradezu als die Personifizierung der Bundesrepublik gelten, eines aus regionalen Loyalitätsräumen zusammengesetzten und vor allem auf verfassungs- und gesellschaftspolitische Normen und Organisationsformen westeuropäischer Prägung gegründeten Staates deutscher Nationalität. Die Wirtschafts-, Militär- und Außenpolitik des Schuman-Plans und der EVG war ihm gemäß; sie schien ihm auch der Bundesrepublik gemäß zu sein. Diese Politik erhielt die überschaubaren regionalen Einheiten, in denen er sich wohl fühlte, und sie verband die Teile doch zu jener größeren Einheit, die er als Basis einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung und der davon abhängigen gesellschaftspolitischen Stabilisierung wie auch als Basis außenpolitischer Ruhe ebenfalls für notwendig hielt. Die EVG befriedigte zugleich sein Sicherheitsbedürfnis, das er aber – seinem Wesen wie der Natur seines Staates entsprechend – nicht mit der Tendenz verband, der Bundesrepublik die uneingeschränkte Souveränität und eine möglichst ungehemmte außenpolitische Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Beides hätte die EVG – und zwar auf sehr lange Zeit – gerade nicht gewährt. Adenauer hatte längst mit den entsprechenden Träumen des deutschen Nationalismus gebrochen, die zwanzig Jahre zuvor ein Kanzler, der ebenfalls aus dem westdeutschen Katholizismus und der Zentrumspartei stammte, nämlich Heinrich Brüning, noch lebhaft mitgeträumt hatte[45]. Das Sicherheitsbedürfnis Adenauers war nichts als Sicherheitsbedürfnis, das der Furcht vor dem verfassungs- und gesellschaftspolitischen Umsturz entsprang, der ihm vom Kommunismus und von der Sowjetunion zu drohen schien.

Der Bundeskanzler war selbstsicher und selbstbewußt genug, um die Entschlossenheit aufzubringen, der Bundesrepublik beim Mitvollzug seines eigenen Bruchs mit der Kontinuität nationalstaatlichen Denkens energisch nachzuhelfen. Zu den Gründen seiner Weigerung, das sowjetische Angebot ernsthaft zu behandeln, gehörte gewiß auch die Sorge vor endlosen Verhandlungen, die der EVG gefährlich werden mußten und am Ende doch nichts einbringen würden. Daß Moskau mit der Note lediglich ein Störmanöver beabsichtigte, galt Adenauer, der von der Heimtücke der Herren des Kreml aufrichtig überzeugt war, sogleich als eine Binsenwahrheit, die keiner weiteren Prüfung bedurfte und an der nur politische Naivlinge zweifeln konnten. Ebenso rasch kam er zu der Erkenntnis, daß eine bewaffnete Neutralität Deutschlands ohnehin schon am Widerstand Frankreichs

[44] Hierzu vor allem A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, a. a. O., passim. – Die Haltung Adenauers zu den sowjetischen Noten wird ausführlich dargelegt und im Kontext der alliierten Politik interpretiert von Andreas Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Band II: Beiträge der Wissenschaft, hrsg. von Dieter Blumenwitz u. a., Stuttgart 1976, S. 111–130. Der Beitrag Hillgrubers ist dem Verfasser erst nach der Fertigstellung dieses Manuskripts bekannt geworden. Abgesehen davon, daß sich Hillgruber in der Bewertung der Stalinschen Absichten der Interpretation G. Meyers anschließt (a. a. O., S. 125), bestätigen und ergänzen seine Ausführungen die hier gezeichnete Skizze der Reaktion des Bundeskanzlers.

[45] H. Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970. Ferner H. Graml, Präsidialsystem und Außenpolitik, in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 134 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Großbritanniens scheitern werde[46]. Aber neben den Motiven, die seinem politischen Pragmatismus und seinem scharfen Blick für die diplomatischen Möglichkeiten und Gefahren einer gegebenen Situation entstammten, wirkte doch auch seine grundsätzliche Ablehnung einer Neutralisierung Deutschlands. Nicht deshalb, weil die Neutralisierung mit einer Einschränkung der außenpolitischen Handlungsfreiheit und sogar – zumindest anfänglich – mit einer internationalen Kontrolle Deutschlands, also mit einem längerfristigen Souveränitätsverlust verbunden gewesen wäre; die EVG hätte ja ebenfalls einen Souveränitätsverlust gebracht. Damals wie später hat Adenauer jedoch deutlich gemacht, daß ihm die bewaffnete – gerade die bewaffnete – Neutralität Deutschlands, sollte sie realisierbar sein, nur zwei gleichermaßen bedenkliche Entwicklungsmöglichkeiten zu enthalten schien. Entweder gewann Deutschland eine ausreichende politische, wirtschaftliche und militärische Stärke – dann würde sich tatsächlich die Vorkriegszeit mit der mißtrauischen und feindseligen Rivalität zwischen den beiden kontinentalen Mächten Frankreich und Deutschland wiederholen, unter Umständen bis hin zum abermaligen kriegerischen Austrag. Oder aber Deutschland blieb relativ schwach – dann würde zwar auch die deutsch-französische Rivalität schwächer ausfallen, doch immer noch groß genug sein, um eine Integration der nichtkommunistischen Hälfte Europas zu verhindern, und das isolierte Deutschland wäre schutzlos der kommunistischen Unterwanderung preisgegeben[47]. Hier ist die verfassungs- und gesellschaftspolitische Grundierung seines Sicherheitsbedürfnisses evident, und da er bei einer Neutralisierung Deutschlands eigentlich nur mit der zweiten Entwicklungsmöglichkeit rechnen zu müssen glaubte, wird man sagen dürfen, daß seine sofortige und prinzipielle Ablehnung der sowjetischen Offerte im Grunde verfassungs- und gesellschaftspolitisch motiviert war.

Seinen Mitmenschen und nicht zuletzt seinen meisten Mitarbeitern brachte Adenauer, wie jede autokratisch veranlagte Natur, ein tiefes Mißtrauen entgegen. So hat er den Kurs, der sich gegenüber der sowjetischen Aktion aus seiner grundsätzlichen Orientierung und aus seinen taktischen Gesichtspunkten ergab, ohne die Unterstützung seines Kabinetts wie seiner Partei festgelegt, und in den folgenden Monaten achtete er sorgfältig – noch sorgfältiger als gewöhnlich – darauf, daß soweit wie möglich allein er die Bundesregierung und die Bundesrepublik gegenüber den Hohen Kommissaren und den westlichen Kabinetten vertrat. In der gegebenen Situation war ihm das besonders wichtig, weil ihm sehr

[46] Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 65 ff. Auf Frankreichs Haltung gegenüber einer deutschen Nationalarmee machte er in seiner Rede vor dem Fraktionsvorstand der CDU aufmerksam (Pünder, a. a. O.).

[47] Adenauer hat diese Auffassung nicht erst in seinen Erinnerungen formuliert, sondern schon damals oft und oft in der Öffentlichkeit vertreten, so am 14. März 1952 in einer Rede in Siegen vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU, in der er die sowjetische Note übrigens als einen „Fetzen Papier" charakterisierte (Archiv der Gegenwart, 16. 3. 1952, S. 3388), am 30. März in einer Rede vor den Delegierten von 1300 katholischen Arbeitervereinen (Rheinische Post, Düsseldorf, 31. März 1952) und am 6. April in einem Artikel, der in der Westberliner Zeitung „Der Tagesspiegel" erschien.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daran liegen mußte, die westlichen Antworten auf die sowjetischen Noten in seinem Sinne zu beeinflussen. Das größte Mißtrauen brachte er nämlich der von ihm repräsentierten Bevölkerung entgegen, die er, da es sich um Deutsche handelte, durchaus für fähig hielt, den nationalistischen Sirenentönen Moskaus zu folgen, eine Viererkonferenz zu verlangen und sich im letzten Augenblick von der EVG-Politik wieder abzuwenden. So sah er in den westlichen Antwortnoten in erster Linie eine Gelegenheit, der westdeutschen Öffentlichkeit die Falschheit jener Töne klarzumachen. Daß die Noten der Westmächte mit besonderer Schärfe die Frage nach der Oder-Neiße-Grenze stellten und der Sowjetunion – die sich, wie dargelegt, aus eigenen Gründen bereitwillig auf dieses Spiel einließ – eine deutliche Präzisierung der etwas verblümt bereits zu Beginn ausgesprochenen Anerkennungsforderung entlocken wollten, war vornehmlich der Einwirkung Adenauers zuzuschreiben, dem eine Veränderung dieser Grenze weder möglich noch sonderlich wichtig schien, der aber auf den negativen Effekt der Anerkennungsforderung in der Bundesrepublik spekulierte. Auch jene Passagen der westlichen Noten, die den Anschein zu erwecken suchten, Stalin strebe in Wahrheit – mit den Instanzen zur Kontrolle eines neutralisierten Deutschland – nach der Wiederherstellung des Kontrollratsregimes und nach einem weitgehenden Abbau der bislang in Richtung Souveränität erzielten Fortschritte, gingen wesentlich auf Anregungen Adenauers zurück[48]. In der Öffentlichkeit hat er solche Punkte ebenfalls nachdrücklich unterstrichen und im übrigen betont, daß nur die Politik der Westintegration eine politische und militärische Stärke bescheren werde, wie sie der Westen brauche, um Moskau zur Preisgabe der DDR zu bewegen. Mit dunklen Andeutungen sprach er über großzügige und vielleicht in gar nicht allzu ferner Zukunft realisierbare Befreiungskonzeptionen für ganz Osteuropa, womit er den deutschen Nationalisten zu suggerieren suchte, daß seine Politik nicht allein zum Anschluß der DDR, sondern gleich auch noch zur Revision der Oder-Neiße-Grenze und womöglich zu noch größeren Revisionen führen werde[49].

Nun wird nicht selten gesagt, so von Helmut Diwald in seinem „Bericht zur Klage der Nation", daß Adenauers politische Grundpositionen vom Frühjahr und Frühsommer 1952 nicht die Grundpositionen Deutschlands und der deutschen Nation gewesen seien[50]. Wenn man davon absieht, daß eine solche Formulierung in die Nähe jenes totalitären Nationalismus führt, der sich – statt die politischen Grundpositionen der einzelnen Deutschen und der verschiedenen Gruppierungen

---

[48] Adenauer, a. a. O., S. 73 ff. Am 16. April schlug er den Hohen Kommissaren ferner vor, in der nächsten westlichen Note auf die Unfreiheit in der Sowjetzone ausdrücklich hinzuweisen (Adenauer, a. a. O., S. 91 ff.); auch diese Anregung des Bundeskanzlers wurde aufgegriffen (vgl. Punkt 8 der westlichen Note vom 13. Mai).

[49] So am 25. März 1952 vor dem Fraktionsvorstand der CDU; dabei erklärte er, daß in dieser Hinsicht von den USA große Dinge zu erwarten seien, sobald die – damals schon vorhersehbare – Ablösung des defensiven Präsidenten Truman durch den aktiveren General Eisenhower stattgefunden habe (Pünder, a. a. O., S. 488).

[50] H. Diwald, Die Anerkennung, Bericht zur Klage der Nation, München 1970, S. 84.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der deutschen Gesellschaft zu respektieren – die alleinige Autorität zur Definition wahrhaft deutscher und nationaler Politik anmaßt, steckt in ihr aber doch der prüfenswerte Vorwurf, Adenauers selbstherrliche Ignorierung der sowjetischen Noten oder eigentlich sein selbstherrlicher Kampf gegen die Noten habe nicht dem Willen einer Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung entsprochen. Im Jahre 1952 hat besonders Rudolf Augstein im „Spiegel" diesen Vorwurf erhoben. Augstein, der als Ergebnis der EVG-Politik die „rheinische Republik" Adenauers in einem für Westdeutschland kaum akzeptablen „Rheinbund unter dem Protektorat des Generals Eisenhower" verschwinden und nun nach den beiden ersten sowjetischen Noten „elementare Fragen der nationalen Existenz auf dem Spiel" stehen sah, verfocht mit Verve die Forderung, der vermutlich seriöse sowjetische Schritt müsse zur Formierung einer breiten Volksbewegung ausgenutzt und der Bewegung selbst die Realisierung sowohl der deutschen Einheit wie der Demokratie in Deutschland als Aufgabe gestellt werden: „An der nötigen Frontbewährung im Kampf gegen den Sowjetkommunismus soll es dann nicht fehlen." Adenauer aber, so fuhr Augstein fort, habe Angst davor, daß es die Sowjets ernst meinten, und deshalb mit den Hohen Kommissaren eine Allianz gegen Bundestag und Bevölkerung geschlossen; der Bundestag freilich sei schlapp, ihm fehle „das gesamtdeutsche Gewissen"[51]. Untersucht man jedoch die damaligen Meinungsäußerungen, wobei der Rückblick naturgemäß auf die nur begrenzt aussagefähigen veröffentlichten Äußerungen beschränkt bleiben muß, so stellt man – der Erinnerung des Mitlebenden zum Trotz – fest, daß die Politik Adenauers eine sehr breite Basis in der Bevölkerung besaß. Allerdings waren die Motive der Zustimmung oder doch der Tolerierung recht verschiedenartig[52].

So vertrat eine knappe Majorität der größeren und kleineren Provinzpresse spontan und konstant die Auffassungen des Kanzlers. Die „Frankfurter Neue Presse" schrieb nach der ersten sowjetischen Note, die Sowjets gingen einfach davon aus, „daß Europa dem gehört, dem sich Deutschland zuwendet", und jetzt hielten sie den Deutschen einen „Köder" hin, nach dem aber, wie das Blatt zu verstehen gab, niemand schnappen werde; vielmehr komme es für die Regierung nur darauf an, das sowjetische Liebeswerben für die Verhandlungen mit den Westmächten geschickt auszunützen und mehr deutsche Gleichberechtigung im westlichen Lager zu erreichen[53]. Auch die Hagener „Westfalenpost" tat die Angebote der ersten Moskauer Note als „lockende Bilder für Deutsche" ab[54], und die „Welt", die zunächst darauf hinwies, daß die deutschen Ostgrenzen dem Friedensvertrag offenbar entzogen werden sollten, fand auch die Neutralisierung Deutschlands unannehmbar. Man dürfe nicht vergessen, welchen Inhalt die russische Außenpolitik

[51] Jens Daniel, Der Demokratie eine Chance! in: Der Spiegel, 21. Mai 1952.

[52] Die folgenden Ausführungen basieren auf der Untersuchung und Auswertung des gesamten Presse- und Rundfunkmaterials, das zu diesem Fragenkomplex im Archiv des Deutschen Bundestages gesammelt worden ist.

[53] Frankfurter Neue Presse, 14. März 1952.

[54] Westfalenpost, Hagen, 12. März 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den mit einer Neutralisierung verbundenen Koalitionsverboten zu geben vermöge: „Sie waren für sie immer der Ausgangspunkt für Einmischungen in die Außenpolitik der betreffenden Staaten. Den baltischen Ländern hat ein solches in ihren Freundschaftsverträgen mit der Sowjetunion 1939 niedergelegtes Koalitionsverbot 1940 die Vernichtung ihrer staatlichen Existenz gebracht." Was die zugesicherten Menschen- und Freiheitsrechte angehe, so seien derartige Formeln auch in den Verträgen Moskaus mit den Satellitenstaaten enthalten; man kenne den Wert dieser Formeln: „Nein, wir werden uns auch durch diese neue Note des Kreml nicht irremachen lassen."[55] Die „Kasseler Post" versah ihren Kommentar zur zweiten sowjetischen Note mit der Überschrift: „Zu plump, Freund Stalin!" und glaubte als sowjetische Absicht die „Wiedererrichtung des Besatzungsregimes" und die „Erweiterung der sowjetischen Kontrolle auch auf die Westzonen" diagnostizieren zu dürfen; außerdem sei nun die sowjetische Haltung zur Oder-Neiße-Linie klar[56]. Die „Kölnische Rundschau" konstatierte ebenfalls, daß die Sowjets nur die Position zurückerobern wollten, „die ihnen mit der Einstellung der Arbeit des alliierten Kontrollrats verlorengegangen ist"[57], und die „Trierische Landeszeitung" erläuterte ihren Lesern, die beiden ersten sowjetischen Noten atmeten „den finsteren Geist der Potsdamer Beschlüsse von 1945, den Geist der Rache und Vergeltung, der die unmenschliche Austreibung von Millionen von Deutschen ... verfügte"[58]. Die „Frankfurter Rundschau" sah bereits die deutsche Jugend „unter östlichen Fahnen" in Schützenlöchern sitzen, dann nämlich, „wenn es gelingen sollte, Deutschland zu neutralisieren, was in Wirklichkeit heißt, Deutschland durch Abschneidung von der westlichen Welt zu einem politischen und wirtschaftlichen Vakuum zu machen, mit anderen Worten: Deutschland so zu isolieren, daß es vom Ostblock allein schon durch die geographische Nähe abhängen würde"[59]. Die „Westdeutsche Rundschau" verstand sofort, daß Moskau mit seinem Vorstoß zwei Absichten verfolge: „Es will Gesamtdeutschland in seinem Sinne schaffen, und es will durch einen Friedensvertrag die deutsche Mitte zunächst neutralisieren, um sie dann reif zu machen für den Putsch – also genau das gleiche Rezept wie in Prag."[60] Im „Rheinischen Merkur" wurde jeder, der mit „krankhafter Unbelehrbarkeit" daran glaube, daß man mit Stalin verhandeln müsse, schlicht mit einem „Geisteskranken" verglichen[61].

Beherrschende Züge der Reaktion waren also ein unüberwindliches Mißtrauen gegenüber jeder sowjetischen Handlung, die Abneigung, sich durch ein bloßes Täuschungsmanöver von der sicheren Straße in die EVG und in die wirtschaftliche Westintegration weglocken zu lassen, die Entschlossenheit, an der West-

[55] Die Welt, Hamburg, 12. März 1952.
[56] Kasseler Post, 12. April 1952.
[57] Kölnische Rundschau, 12. April 1952.
[58] Trierische Landeszeitung, 15. April 1952.
[59] Frankfurter Rundschau, 12. März 1952.
[60] Westdeutsche Rundschau, 12. März 1952.
[61] Rheinischer Merkur, Koblenz, 20. Juni 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

orientierung mit allen ihren Konsequenzen festzuhalten, und die eindeutig mit verfassungs- und gesellschaftspolitischem Sicherheitsbedürfnis begründete Ablehnung der Neutralisierung Deutschlands – ob ohne oder mit Nationalarmee. Der Bruch mit nationalstaatlichem Denken und mit den dazugehörigen außenpolitischen Traditionen ist bereits glatt vollzogen, wenngleich – das zeigen Wörter wie „Köder" oder „lockende Bilder" – nicht ohne Bedauern. Der Wandel gegenüber dem publizistischen Klima, das noch in den späten vierziger Jahren herrschte, ist unverkennbar.

Eine klare Mehrheit für die Politik des Bundeskanzlers ergibt sich dann, wenn man zu dem bisher vorgestellten Teil der Presse – vornehmlich der CDU/CSU nahestehende und oft konfessionsorientierte Blätter – jene Organe hinzuzählt, die Adenauer nicht deshalb unterstützten, weil sie mit der außenpolitischen Tradition des deutschen Nationalstaats gebrochen hätten, sondern weil sie sich gerade von der Politik Adenauers die Erneuerung der unterbrochenen Tradition erhofften. Die Deutsche Partei und starke Gruppen in der FDP wie auch in der CDU/CSU hatten die Restaurierung des Deutschen Reiches und die Rückkehr zu deutscher Großmachtpolitik keineswegs aus den Augen verloren. Allerdings waren sie zu der Erkenntnis gekommen, daß die Deutschen zur Wiederherstellung ihrer alten Position nicht allein in der Lage seien, daß Bundesgenossen gebraucht würden. Nicht so sehr die gesellschafts- oder gar die verfassungspolitische Orientierung der Sowjetunion, sondern vornehmlich die Tatsache der sowjetischen Herrschaft östlich der Elbe schloß aber kommunistische Verbündete aus. So blieb lediglich die EVG, und zwar als erste Etappe eines notwendigen Umwegs zum eigentlichen Ziel. Diese Gruppen waren nun nicht gewillt, von dem, wie sie glaubten, sicheren Umweg abzuweichen, um einen direkten, jedoch gefährlichen Pfad einzuschlagen, der überdies nur die vier Besatzungszonen vereinigt, die Territorien östlich der Oder und Neiße hingegen außerhalb friedensvertraglich festgelegter Grenzen gelassen hätte. Walter Dirks, der in den „Frankfurter Heften" erklärte, die sowjetische Note präsentiere „die Formel des deutschen Nationalismus", stellte mit Recht fest, daß andererseits gerade die eifrigsten Nationalisten, sollte tatsächlich verhandelt werden, „bald vor der höchst unangenehmen Frage" stünden, „ob sie für die volle Souveränität des Vierzonen-Gebietes ihre Unterschrift unter einen Vertrag setzen wollten, in dem sie auf Schlesien und Ostpreußen verzichten müßten"[62].

Die Blätter jener Gruppen sprachen ihre Ansicht unverblümt aus. Die Sowjetunion glaube doch nicht, so hieß es etwa, daß sie sich mit ihrem Wiedervereinigungsangebot „freikaufen" könne: „Die offenen Wunden der deutsch-polnischen und der deutsch-russischen Grenze (Königsberg!) bestünden ja fort; in der Folge ginge es notwendigerweise an das Herz der Sowjetmacht selbst . . ."[63] Und eine

---

[62] W. Dirks, Das Angebot der Russen und die Deutschen, in: Frankfurter Hefte 7 (1952), S. 233.

[63] G. Lehner, Kreuzfeuer um Deutschland, in: Michael, 6. April 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Düsseldorfer Zeitung schrieb allen Ernstes: „Man erinnere sich doch einmal, wie wir, d. h. das Deutsche Reich, uns in den letzten fünfzig Jahren um gute Bündnispartner bemüht haben und wie wenig Erfolg wir dabei hatten. Was hätte Hitler z. B. um ein . . . Bündnis mit England und Amerika gegeben? Wie schwach war dagegen unser italienischer Freund . . .! Wie weit weg war der japanische Freund! Wie haben wir uns über jeden Balkanfreund gefreut . . . Wie haben wir noch 1939/40 gehofft, daß Frankreich den Engländern untreu würde, und wie haben wir uns um Frankreich bemüht nach 1940. Nun haben wir die Chance einer echten Freundschaft mit den Vereinigten Staaten . . . Eine deutsch-amerikanische Freundschaft ist . . . eine Unternehmung mit großem Einsatz, aber auch mit einer gewaltigen Gewinnchance."[64]

In ähnlichem Sinne reagierten jene ehemaligen Offiziere, die sich mit den neuen Verhältnissen so weit abgefunden hatten, daß sie ebenfalls auf den EVG-Umweg setzten, und die sich auf Grund mangelnder politischer Belastung auch Hoffnungen auf eine Beschäftigung im deutschen Kontingent der scheinbar vor der Gründung stehenden EVG-Armee machen durften. So sagte Oberst a. D. und Professor Kurt Hesse: „Alles in allem erblicken maßgebende militärische Kreise Deutschlands in dem sowjetischen Vorschlag den Köder für Kreise, die eine der deutschen wie der europäischen Sache abträgliche Politik, die eher zur Schwächung als zur Stärkung Deutschlands führen und mit vielen Gefahren verbunden sein würde, propagieren."[65] Die „Deutsche Soldaten-Zeitung", die damals noch Militärs nahestand, denen später eine Rolle in der Bundeswehr zufallen sollte, fand, daß das „Deutschlandlied auf der Stalinorgel" doch recht falsch klinge. Zwar sei es erfreulich, daß Stalin alle Gegner der Wiederbewaffnung „desavouiert" habe, und natürlich müsse die sowjetische Note bei der selbstverständlichen Fortsetzung der EVG- und Deutschlandvertragsgespräche zur Erlangung von „mehr Gleichberechtigung" benützt werden. Aber ein neues Potsdam, wie es Stalin – auch mit der Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie – ankündige, komme nicht in Frage. Die Bundesregierung verhalte sich gegenüber dem sowjetischen Vorschlag durchaus richtig: „Der Spatz in der Hand in Gestalt eines ehrlichen Generalvertrags ist ein besseres Pfand für die deutsche Zukunft."[66]

Auf dem äußersten rechten Flügel der westdeutschen Gesellschaft war die Stimmung vieler Nationalsozialisten und der ehemaligen SS-Angehörigen kaum anders, obwohl sie, die ihre Ansichten selbst nach der deutschen Niederlage nur wenig modifiziert hatten, den Westen und das innere System der Bundesrepublik mit herzlichem Abscheu bedachten und auch außerhalb jeder Kandidatur für eine Beteiligung an der EVG-Armee standen. Aber „Nation Europa" erklärte, eine Neutralisierung Deutschlands bedeute einen „Frieden unter dem Geßlerhut", und ein solcher Friede sei eben „kein Frieden". Auch könne die „Raubgrenze der Oder-

[64] Rheinische Post, Düsseldorf, 1. Juli 1952.
[65] K. Hesse, Der sowjetische Köder einer Nationalarmee, in: Der Mittag, 3. April 1952.
[66] Die Deutsche Soldaten-Zeitung, 20. März, 27. März und 3. April 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neiße-Linie" niemals anerkannt werden: „Ein polnisches Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen ist für das deutsche Volk ... unerträglich ..." Ferner war diese Gruppe, die sich ja als das Sammelbecken der konsequentesten Antikommunisten begriff, der Gesellschaftsstruktur Westdeutschlands, wenngleich nicht der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung, allzu eng verbunden, als daß sie eine kommunistische „Kontrolle" der innerdeutschen Verhältnisse hinzunehmen bereit gewesen wäre, die auch sie bei einem Eingehen auf das sowjetische Angebot drohen sah. Sie verstand die Moskauer Note durchaus als Chance, aber ausschließlich als Chance für sich selbst. Nachdem sogar Stalin die ehemaligen Nationalsozialisten vor aller Welt rehabilitiert habe, könne man, so argumentierte Erich Kern in „Nation Europa", im Westen endlich diejenigen „zur Ordnung rufen", die „gegen Deutsche wegen SS- oder NSDAP-Zugehörigkeit hetzen"[67]. Hier stärkte die sowjetische Aktion also vornehmlich die ohnehin bestehende Hoffnung, im Zuge der westdeutschen Wiederbewaffnung abermals Einfluß auf die westdeutsche Gesellschaft zu gewinnen.

Alle diese Kräfte, ob sie schon im Banne des an die Integrationspolitik gehefteten Europagedankens standen, noch an die Restauration des Deutschen Reiches glaubten oder beide Konzeptionen in oft krauser Weise mischten, nahmen die nach der westdeutschen Wiederbewaffnung angeblich mögliche „Politik der Stärke", die für Adenauer wohl nur eine propagandistisch nützliche Phrase darstellte, offensichtlich ernst. Und sie erträumten sich von ihr nicht allein die Wiedervereinigung oder auch die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen, sondern eine antikommunistisch oder national-machtpolitisch gesehene umfassende Neuordnung ganz Osteuropas. Die offensive Komponente der allenthalben lebendigen Erwartungen ist evident, und mit einer offensiven Komponente war das in solcher Sicht magere sowjetische Angebot nicht zu vereinbaren. Die Ablehnung der sowjetischen Noten ist von dieser Hoffnung auf baldige größere Gewinne in der Tat nachhaltig beeinflußt worden. Adenauer gab das Leitmotiv, wenn er sogleich und immer wieder versicherte, die Offerte Moskaus sei nur der erste sichtbare Erfolg der bisherigen Politik des Westens und seiner Regierung, der natürlich nicht genüge; man brauche lediglich auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen, um schon in kurzer Zeit ein wirklich befriedigendes Angebot Stalins zu erhalten[68]. Etliche Zeitungen reagierten sofort im gleichen Sinne, und die offizielle Korrespondenz der CDU schrieb bereits am 13. März, der westlichen Politik gehe es nicht bloß um die deutsche Wiedervereinigung, sondern zugleich um das Schicksal der osteuropäischen Länder[69]. Staatssekretär Hallstein, der sich in jenen Tagen

---

[67] Nation Europa, April 1952, S. 57 f., 60.

[68] So sagte Adenauer am 18. März 1952 in der Bonner Universität (Die Neue Zeitung, 31. März 1952): „Ich bin der festen Überzeugung, daß dies nicht die letzte sowjetische Deutschland-Note war. Wir alle müssen uns auf den Tag vorbereiten, wenn der Westen so stark ist, daß die Sowjetunion zu ehrlichen Verhandlungen bereit ist. Hier liegt die große Chance der deutschen Politik ...". Vgl. auch Anm. 49.

[69] Deutschland-Union-Dienst (DUD), 13. März 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerade in den Vereinigten Staaten aufhielt, erklärte am 11. März auf einer Pressekonferenz in Washington spontan, die sowjetische Note sei als Verhandlungsgrundlage unbrauchbar, weil eine den Vorstellungen der Bundesregierung und der deutschen Bevölkerung entsprechende europäische Integration neben dem ganzen Deutschland auch das ganze Europa bis zum Ural umfassen müsse[70]. Die Bundesregierung dementierte eiligst, aber wiederum konstatierte die offizielle Korrespondenz der CDU, diese Aussicht, die „an Weiträumigkeit nichts zu wünschen übrig läßt", sei allerdings das Ziel westlicher Politik: Etappen seien die Integration des europäischen Westens, die Wiedervereinigung Deutschlands und endlich der Anschluß des von der bolschewistischen Tyrannei befreiten Osteuropa; selbstverständlich kämen nur friedliche Mittel in Betracht[71]. Wie stark derartige Gedanken damals zu wirken vermochten, zeigte kein anderer als Paul Sethe, der ansonsten eifrig eine sorgfältige Prüfung des sowjetischen Vorschlags forderte. Während etwa Hermann Proebst in der „Süddeutschen Zeitung" den „großraumbewußten" Hallstein ironisierte[72], behandelte Sethe in eben dem Artikel, in dem er erwog, ob die Wiedervereinigung nicht doch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wert sei, die Äußerung Hallsteins mit Respekt als „große Konzeption", in der die Wiedervereinigung Deutschlands tatsächlich „zu wenig" sei[73].

Gelegentlich verknüpfte sich die offensive Tendenz sogar mit der Erwartung einer kriegerischen Form der Politik der Stärke. Es erstaunt vielleicht nicht, daß ehemalige Angehörige der Waffen-SS fest damit rechneten, bald wieder „nach vorn" geschickt zu werden, freilich unter dem Befehl der ungeliebten Amerikaner und der noch weniger geschätzten einheimischen Liberalen oder Katholiken, und daß sie sich bereits darüber Gedanken machten, ob jene deutsche Oberschicht, die sich im Zweiten Weltkrieg – auch in der Generalität – mit „philosophischem Quatsch" oder mit „Verrätereien und anregendem Sabotagesport vergnügt" habe, wenigstens „diesmal" in ihren „Stabsquartieren und Ministerbüros durchhalten" werde[74]. Aber auch der „Tagesspiegel", der versicherte, selbst ein „Blinder" müsse allmählich sehen, daß die amerikanische Politik die Wiedervereinigung Deutschlands „zwangsläufig in sich schließt", hat damals gedonnert: „Es gibt keine sowjetische Besatzungszone, es gibt nur ein von den Sowjets widerrechtlich annektiertes deutsches Gebiet, das befreit werden muß. Wer aus der Geschichte zu lernen bereit ist, wird bei seinen heutigen Entschlüssen in Rechnung stellen, daß nichts in der Welt auf die Dauer ein Volk hindern kann, den Feind – hier die Sowjets – aus dem Lande zu treiben und diejenigen, die wie die SED-Funktionäre mit ihnen gemeinsame Sache machten, zu bestrafen."[75]

---

[70] Süddeutsche Zeitung (SZ), 17. März 1952. Vgl. die Behandlung des Interviews im Bundestag am 3. April 1952, VBT, 1. Wahlperiode 1949, Bd. 11, S. 8748 ff.

[71] DUD, 13. März 1952.

[72] SZ, 18. März 1952.

[73] FAZ, 14. März 1952.

[74] Nation Europa, April 1952, S. 3 f.

[75] Warnung der Geschichte, in: Der Tagesspiegel, 15. Juni 1952. Die Heidelberger Rhein-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewiß hatte der Kurs Adenauers auch Gegner. Sie fanden sich in den Koalitionsparteien, sogar im Kabinett, in bestimmten Kreisen der Wirtschaft, in der großen überregionalen Presse und vor allem in der SPD. Aber davon abgesehen, daß die Kritiker in der Minderheit blieben, vermochten sie den Bundeskanzler schon deshalb nicht von seinem Weg abzudrängen, weil sich ihre Konzeption für die Verhandlungen mit Moskau, die sie von der Bundesregierung und von den Westmächten oft mit eindrucksvoller Leidenschaft forderten, in entscheidenden Punkten gar nicht von dem Konzept unterschied, das auch der Kanzler, wenngleich nur aus taktischen Gründen, vertrat.

Im Kabinett und in der CDU machte sich der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, dem deutschen Nationalstaat und einer spezifischen deutschen Aufgabe zwischen Ost und West noch tief verpflichtet, zum Sprecher einer kleinen Gruppe, die das sowjetische Angebot – einschließlich der Neutralisierung Deutschlands – als diskussionsfähig ansah; am Rande dieser Gruppe tauchten zeitweilig auch Gerstenmaier und Brentano auf. Kaiser ging davon aus, daß in den Kanzleien der westlichen Besatzungsmächte keine Patentrezepte für die Wiedervereinigung zu finden seien, da und dort aber sogar Vermerke, daß die Teilung Deutschlands nicht die schlechteste Lösung darstelle. Nach der ersten sowjetischen Note glaubte er daher, daß die Bundesregierung und die Parteien des Bundestags mit ihrem ganzen Gewicht auf die Westmächte einwirken müßten, um einen ernsthaften Meinungsaustausch mit Moskau zu erzwingen[76]. Zu der schon erwähnten Kabinettssitzung am 11. März erschien er mit dem Entwurf für eine Stellungnahme der Bundesregierung, in dem er die Skepsis Bonns, aber doch auch die Bereitschaft zur unvoreingenommenen Prüfung des sowjetischen Vorschlags formuliert hatte. Nachdem Adenauer sich über den Entwurf hinweggesetzt und Eckardt zu der Erklärung veranlaßt hatte, die Note sei keine Verhandlungsbasis, teilten Kaiser und seine Freunde sofort der Presse mit, daß sie die Erklärung sehr bedauerten[77], und Kaiser sagte am 12. März in einer Rundfunkrede, „allzu hastige Meinungsäußerungen" seien nicht von Nutzen: die sowjetische Note dürfe als „ein gewichtiges politisches Ereignis" gelten, und sowohl Deutschland wie die Westmächte hätten die Pflicht, genau zu untersuchen, ob sich im Verhältnis zwischen Ost und West nicht doch ein „Wendepunkt" andeute[78]. Der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche Fragen nahm am 14. März einhellig die gleiche Haltung ein und brachte seine ausdrückliche Billigung der Rundfunkrede Kaisers zum

---

Neckar-Zeitung bemerkte am 25. Juni zu derartigen Äußerungen, daß man von jenen, die jetzt die „Parole von der Befreiung ausgeben", nicht wisse, ob sie dabei an einen friedlichen Weg dächten: „Ja, man wird es vielleicht sogar bezweifeln müssen. Denn gleichzeitig erhält bei diesen Leuten auch die These von der ‚Politik der Stärke' eine ganz besondere Nuance, die wir für äußerst bedenklich halten."

[76] So am 15. März 1952 im Rias, zit. nach Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 18. März 1952. Zu Kaisers neutralistischen Vorstellungen vgl. E. Kosthorst, Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972, S. 208 ff.

[77] Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 11. März 1952.

[78] Zit. nach Rhein-Zeitung, Koblenz, 13. März 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausdruck; der Bundeskanzler wurde aufgefordert, vor dem Ausschuß – und ebenso vor dem Außenpolitischen Ausschuß – zu erscheinen und seinen Standpunkt zu rechtfertigen[79]. Vorübergehend erweckten vor allem diejenigen Führer der stärksten Regierungspartei, die auf Grund ihrer sozialpolitischen Tendenzen vor einem gewissen Linksruck der deutschen Gesellschaft nicht zurückscheuten, wie er mit einer Wiedervereinigung verbunden sein konnte, den Eindruck, als wollten sie Kaisers Konzeption von einem Deutschland als Brücke zwischen Ost und West – die alte Kontroverse zwischen der Berliner CDU und der CDU der britischen Zone – wiederbeleben[80].

Aber es blieb doch nur ein schwacher Nachhall der Gefechte, die man sich 1946 und 1947 geliefert hatte. Der gleiche Grund, der Kaiser damals doch zur Option für den Westen gezwungen hatte, nämlich sein Festhalten an liberalen Prinzipien und am Parlamentarismus, zwang ihn jetzt dazu, die Wiedervereinigung praktisch als Anschluß der DDR an die Bundesrepublik zu sehen: das hieß für die Behandlung der sowjetischen Noten, daß er und seine Gruppe auf der Forderung nach freien und international kontrollierten Wahlen bestehen mußten; bereits am 15. März machte Kaiser in einer weiteren Rundfunkrede diese Forderung zur conditio sine qua non[81]. Umgekehrt kam für Kaiser und die meisten seiner Freunde eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze noch nicht in Betracht. So war die Übereinstimmung mit dem Kanzler und mit den westlichen Antwortnoten, die gerade solche Punkte geschickt in den Vordergrund schoben, zu groß, als daß sich die Kritik an Adenauer zu wirklichem Widerstand hätte entwickeln können, zumal die Kritiker in eben den Fragen, die sie als Kernfragen bezeichneten, im Laufe des Notenwechsels von der Sowjetunion selbst desillusioniert wurden. Das Problem der Neutralisierung, das zwischen den Kritikern und dem Kanzler tatsächlich kontrovers war, rückte in den Hintergrund, doch gab es auch in dieser Hinsicht entschärfende Annäherungen, da sich fast alle Befürworter der Neutralisierung zwar zu einem militärisch neutralen Gesamtdeutschland verstehen, die wirtschaftliche Bindung an den Westen aber erhalten wissen wollten[82].

Das gilt nicht minder für die Wirtschaftskreise, die in der FDP und in der CDU repräsentiert waren und zeitweilig Miene machten, ihrem Nationalgefühl wie der Hoffnung auf den osteuropäischen Markt nachzugeben. Zunächst schrieb die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung": „Wir haben im Verhältnis zwischen Westen und Osten nach ‚mehr Politik' verlangt – hier ist sie, hier, im Friedensvorschlag des Kremls. Wir wollten, daß an Stelle Grotewohls und Piecks die So-

---

[79] FAZ, 15. März 1952.

[80] Vgl. hierzu H.-P. Schwarz, a. a. O., S. 299 ff., und W. Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 62 ff.

[81] NZZ, 18. März 1952. In dieser Rede lehnte Kaiser auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab. Zur Enttäuschung Kaisers über den Fortgang der sowjetischen Notenpolitik vgl. Kosthorst, a. a. O., S. 238 ff.

[82] Nahezu alle positiven Äußerungen zum Gedanken der Neutralisierung Deutschlands enthalten stets die Formel „militärische Neutralisierung".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wjetunion spreche – sie hat gesprochen ... Wir wollen deshalb heute auch aus Washington nicht hören, bolschewistische Unterschriften seien nicht das Papier wert, auf dem sie stehen."[83] Andere Blätter sahen ihre Ansicht bestätigt, daß sich die sowjetische Politik „nicht durch moralische Hemmungen an der Preisgabe ideologischer Freunde hindern" lasse und auch „an der Oder-Neiße-Linie nicht aus Liebe zu Polen festhalten" werde[84], glaubten gar schon erkennen zu dürfen, daß Moskau „über die Deutsche Demokratische Republik der östlichen Besatzungszone wie über einen gespensterhaften Mummenschanz hinweggeschritten" sei und bald Wahlvorbereitungen in der Ostzone beginnen würden[85]. Eben noch habe man Deutschland wie die Deutschen mit Schimpf und Schmutz überworfen und jeden, der von einem „wiedererstehenden deutschen Kraftfeld" zu sprechen wagte, politisch verfemt. Jetzt stünden die Verfemer als „weltfremd" da; Deutschland werde – wie nach Rapallo – als „schützender Puffer zwischen Ost und West" fungieren, mit der Sowjetunion langfristige Lieferverträge für die deutsche Industrie abschließen und andererseits Moskau den Zugang zum Weltmarkt öffnen[86]. Derart krude Anschlußkonzeptionen, die im übrigen nicht allein die Restauration der politischen und wirtschaftlichen Großmachtposition des Deutschen Reiches einschlossen, sondern gelegentlich ebenfalls den sowjetischen Rückzug aus ganz Osteuropa forderten[87], sind naturgemäß sehr rasch mit der Realität in Konflikt geraten und alsbald, nachdem ihnen die Haltung Moskaus und der SED in der Wahlfrage, in der Grenzfrage und in der Frage der künftigen inneren Ordnung Gesamtdeutschlands den Garaus gemacht hatte, wieder begraben worden. Bereits am 19. März fragte die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" indigniert und mißtrauisch: „Wer hat Herrn Grotewohl veranlaßt, sich als erster mit offiziellen Äußerungen einzumischen, von denen er wissen mußte, daß sie ein schlechtes Licht auf den Vorschlag des Kreml werfen würden, vor allem seine Bemerkung, daß die Oder-Neiße-Linie die unabänderliche Friedensgrenze sei? Ohne russische Kenntnis hätte er das nicht zu sagen gewagt. Sollte also ein Riegel vorgeschoben werden?" Jedenfalls hatte Adenauer aus dieser Richtung nicht mit stärkerem und erst recht nicht mit anhaltendem Druck zu rechnen. Freilich ist damals auch der Verdacht geäußert worden, der Kanzler habe den nationalen Eifer der Industriellen nicht zuletzt mit dem Versprechen gedämpft, die Bundesregierung werde in der gerade wieder akuten Mitbestimmungsfrage eine feste Haltung gegenüber den Gewerkschaften zeigen[88].

Nationalliberale Publizisten wie Proebst, Tüngel und Sethe, die in der großen überregionalen Presse schrieben, oder nationalkonservative Publizisten wie Herbert v. Borch und Hans Georg v. Studnitz, die damals die „Außenpolitik" heraus-

[83] Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 15. März 1952.
[84] Hannoversche Allgemeine, 12. März 1952.
[85] Allgemeine Zeitung, Mainz, 15. März 1952.
[86] Allgemeine Zeitung, Mainz, 14. März und 15. März 1952.
[87] Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 19. März 1952.
[88] Bedrohte Hoffnungen, in: Neuer Vorwärts, 18. Juli 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gaben, sind am Ende ebenfalls, so sehr die erste sowjetische Note ihr Nationalgefühl in Bewegung brachte und ihre nationalen Hoffnungen aufschießen ließ, an der Diskrepanz zwischen ihrer eigenen Position und der sowjetischen Haltung wie auch – damit zusammenhängend – an der Nähe ihrer eigenen Position zum Kurs des Bundeskanzlers gescheitert. Wenn Hermann Proebst schrieb, die – erste – sowjetische Note sei „auf einen verführerisch edlen und dunklen Balladenton gestimmt", wenn er Adenauers schroffe Ablehnung der Note verurteilte und Verhandlungen forderte, so haben er und Heinz Holldack, der in der „Süddeutschen" bereits eine Parallele zur Begünstigung der Bismarckschen Reichsgründung durch die russischen Zaren zog, die Lösung der Wahl- und der Grenzfrage im damaligen westdeutschen Sinne doch als selbstverständliche Voraussetzungen einer Viererkonferenz behandelt und sich damit jeder Möglichkeit zur Formulierung eines überzeugenden Gegenkonzepts gegen Adenauer und die westliche Notenpolitik begeben; daß sie die westliche Ablehnung des Neutralisierungsgedankens kritisierten, war an sich und vor allem angesichts der sowjetischen Notenpolitik in der Wahl- oder in der Grenzfrage zu wenig[89]. Die Opposition der „Süddeutschen" gegen den Kurs des Kanzlers ist denn auch von Woche zu Woche schwächer geworden. Ganz ähnlich stellte sich Richard Tüngel, der in der „Zeit" die Haltung Jakob Kaisers ausdrücklich billigte, auf den Standpunkt, daß freie Wahlen natürlich unabdingbar seien und daß die Westmächte auf der Liquidierung der Oder-Neiße-Linie bestehen müßten[90]. Herbert v. Borch empfand die erste sowjetische Note als „neue Tatsache von größter ... Bedeutung", lehnte eine Interpretation als „diabolisches Manöver" strikt ab und setzte sich leidenschaftlich für die Viererkonferenz ein, aber nur deshalb, weil er zunächst als „entscheidenden praktischen Kern des russischen Entwurfes für den Friedensvertrag" die „Opferung des sowjetzonalen Herrschaftsapparates" erkennen zu dürfen meinte, weil er sogar eine „erste große Verschiebung der Grenzen der freien Welt nach Osten", einen „ersten Einbruch in das starre osteuropäische Satellitensystem" bevorstehen sah, was er, wie Adenauer selbst, als „Erfolg des Aufbaus westlicher Stärkepositionen" wertete. Abgesehen davon, daß er von dieser Wertung aus eine parallel zur Viererkonferenz laufende Fortsetzung der Integrationsverhandlungen verlangte, lagen seine ausgreifenden Hoffnungen allzu weit neben den Realitäten des Jahres 1952 und dem tatsächlichen Gang des Notenwechsels[91]. Studnitz, der hinter der ersten Bonner Reaktion eine „Desorientierung bedenklichen Ausmaßes" sah, schrieb andererseits, eine „Wiedervereinigung, die nicht gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Sowjetzone", bedeute „den Untergang Westdeutschlands", und da er doch nicht genügend Anhaltspunkte für entsprechende sowjetische Konzessionen erblickte, trat er bald wieder für die Unterzeichnung der Westverträge ein[92]. Auch Wilhelm Wolfgang

[89] Junius (H. Proebst), Beim Wort nehmen, SZ, 12. März 1952; H. Holldack, Die Antwort, SZ, 26. März 1952.

[90] R. Tüngel, Das Moskauer Angebot, Die Zeit, 20. März 1952.

[91] Außenpolitik 3 (1952), S. 205 ff.

[92] Außenpolitik 3 (1952), S. 274, 479 f.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schütz, der die Politik der Stärke oft und oft einer beißenden Kritik unterzog, die unter dem Aspekt der Wiedervereinigung allerdings logisch und zwingend war, betrachtete die DDR und die Territorien östlich der Oder-Neiße-Grenze einfach als besetzte Gebiete, die zu befreien seien, und konnte deshalb auf die Argumente Adenauers keine überzeugende Antwort finden[93].

Selbst Paul Sethe, der in den Jahren nach 1952 zu den beredtesten Verfechtern der These gehörte, Adenauer und die Westmächte hätten eine reale Wiedervereinigungschance vertan oder gar sabotiert, war während des Notenwechsels skeptischer, schwankender und Adenauer in manchen Punkten näher, als es ihm später in der Erinnerung erschien. Wohl feierte er Kaiser als den „Dolmetsch der Auffassungen der Nation", wohl sprach er von „Stalins jäher Wendung", der gegenüber ein Verzicht auf die UN-Kommission zur Wahlkontrolle in der DDR nicht schwer fallen dürfe. Auch hat er – was im Hauptstrom der westdeutschen Gesellschaft damals noch ein sensationeller Einzelfall war – immerhin die Frage gestellt, ob der an sich „unbestreitbare" Anspruch auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie „unbedingt realisiert werden" müsse. Auf der anderen Seite warnte er aber vor einem in der neuen Lage verständlichen „Rausch nationalistischer Gemüter"; jetzt sei „kälteste Vernunft" angebracht, da das berechtigte Mißtrauen in die sowjetische Aufrichtigkeit „eine der wichtigsten politischen Realitäten unserer Tage" darstelle. Zweifelnd fragte er, ob die Sowjets tatsächlich bereit seien, einer deutschen Nationalarmee „die genügende Stärke zu geben", und wenn er auch über die UN-Kommission mit sich reden lassen wollte, meinte er doch, daß die Voraussetzungen für freie Wahlen in der DDR natürlich geschaffen werden müßten. Am 12. März forderte er von der Sowjetunion deutlichere Beweise ihres guten Willens, als es diplomatische Noten sein könnten, und am 14. März verbeugte er sich vor den Ural-Träumen Hallsteins. Im Grunde wollte er eine damals wirklich nicht erreichbare Verbindung von westlichem Bündnis und Neutralisierung. So schrieb er, offenbar ohne sich eines Widerspruchs bewußt zu sein, daß der Westen die deutsche Neutralität sichern müsse: „Wenn wir nicht die Sicherheit hätten, daß die im Osten angegriffenen deutschen Truppen innerhalb von wenigen Stunden die Unterstützung anderer Verbände hätten", wäre Neutralität Selbstmord[94].

Die Neigung, die Wiedervereinigung zwischen Bundesrepublik und DDR nur als Anschluß der DDR zu sehen, setzte sich schließlich auch in der SPD durch, die am energischsten und am beharrlichsten für die von Moskau vorgeschlagene Viererkonferenz eintrat. Als die erste sowjetische Note einging, war die SPD gewiß ohnehin gerade im Begriff, sich mit der Neutralisierungsidee zu befreunden. Hatte die Partei anfänglich die Integrationspolitik Adenauers für im Grunde unvermeidlich gehalten, so schien ihr diese Politik mittlerweile – von den militär-

[93] W. W. Schütz, Die Politik der Stärke, in: Außenpolitik 3 (1952), S. 617 ff.

[94] FAZ, 12. März, 14. März und 3. April 1952. Erst einige Jahre später glaubte er, die Sowjetunion habe 1952 in ihren Noten einem wiedervereinigten Deutschland „eine Streitmacht von einigen hunderttausend mutigen, gut bewaffneten und gründlich ausgebildeten Soldaten" versprochen (Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt 1956, S. 46 f.).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Konsequenzen und den Konsequenzen für die Wiedervereinigung abgesehen – in ein allzu kapitalistisch bestimmtes Europa zu führen, während sie sich in einem neutralisierten Deutschland nun größere Chancen für innere Reformen ausrechnete. Deshalb hatte sie keine Schwierigkeiten, den sowjetischen Vorschlag zumindest bedenkenswert zu finden. Ollenhauer, Carlo Schmid und Wehner bezeichneten sofort nach der ersten sowjetischen Note eine sorgfältige Prüfung als notwendig, Schumacher schrieb einen entsprechenden Brief an den Bundeskanzler[95], und auch in den folgenden Monaten gab die Partei den Konferenzgedanken nicht auf. Aber den Sozialdemokraten ging es nicht anders als Kaiser. Die Führer der SPD – namentlich Schumacher, den seine Bindung an Parlamentarismus, politische Freiheit und Rechtsstaat, vor allem aber auch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der DDR zu einem leidenschaftlichen Antikommunisten gemacht hatten – formulierten ebenfalls ein Anschlußkonzept, auf das jedes Moskauer Echo ausblieb und das die SPD nahe an den Kurs Adenauers und der Westmächte heranführen mußte. Nachdem die erste sowjetische Note eingetroffen war, erklärten eben jene Sozialdemokraten, die eine Viererkonferenz schon fast als selbstverständliche Konsequenz des sowjetischen Schritts betrachteten, daß die Westmächte natürlich die Pflicht hätten, auf freien Wahlen unter internationaler Kontrolle zu bestehen[96], und der „Sozialdemokratische Pressedienst", der die erste Stellungnahme der Bundesregierung kritisierte, bemerkte die Ausklammerung der Wahlfrage in der sowjetischen Note und ermahnte die Westmächte wie die Bundesregierung, „auf diese wunde Stelle in der Sowjet-Note mit aller Deutlichkeit hinzuweisen und die Sowjets auf eine klare und unmißverständliche Antwort festzulegen"[97] – was Adenauer denn auch gerne besorgte. Von dieser Linie ist die Partei ebensowenig abgegangen wie von der Forderung nach der Viererkonferenz; noch im August bestand der SPD-Vorstand, als er eine „zwangsläufige und unverrückbare" Reihenfolge der zu schaffenden Tatsachen aufstellte, kategorisch darauf, daß Tatsache Nummer 1 die Schaffung der Voraussetzungen für freie Wahlen zu sein habe[98]. So ist es durchaus verständlich, daß die Hartnäckigkeit, mit der die Westmächte unter dem Einfluß Adenauers die Wahlfrage in den Vordergrund schoben, die volle Zustimmung der SPD fand; in dieser Hinsicht sind die westlichen Antwortnoten von der Partei stets vorbehaltlos gebilligt worden[99]. Im übrigen stand auch der SPD das Grenzproblem im Wege. Der „Neue Vorwärts" nannte die sowjetische Anerkennungsforderung ein „Ansinnen", das mit Recht zurückgewiesen werde[100], und Gustav Heinemann,

---

[95] Die Erklärungen Ollenhauers, Schmids und Wehners zit. nach „Die Freiheit", Mainz, 12. März 1952. Der Brief Schumachers vom 22. April 1952 in: Adenauer, a. a. O., S. 84 ff.

[96] Die Freiheit, Mainz, 12. März 1952.

[97] Sozialdemokratischer Pressedienst, Bonn, 12. März 1952.

[98] Die Neue Zeitung, 26. August 1952.

[99] So bezeichnete eine offizielle Erklärung der Partei vom 14. Mai 1952 die Note der Westmächte vom Vortage als „entscheidenden Fortschritt" (General-Anzeiger, 15. Mai 1952).

[100] Neuer Vorwärts, 18. Juli 1952.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damals allerdings noch Mitglied der CDU, meinte am 13. März, mit Moskau müsse natürlich verhandelt werden, doch solle dabei die Oder-Neiße-Grenze natürlich nicht anerkannt werden[101].

Die bemerkenswert kärgliche parlamentarische Behandlung des sowjetischen Schritts – nur in einer Sitzung (3./4. April) beschäftigte sich der Bundestag ausschließlich mit der Moskauer Notenaktion, die in einer Debatte über Deutschland- und EVG-Vertrag am 9. Juli nur noch gestreift wurde – entsprach inhaltlich durchaus der skizzierten Reaktion der Öffentlichkeit. Obwohl Adenauer seine Parteifreunde und Koalitionspartner im März weder ausreichend informiert noch gar um Rat gefragt hatte, fand er im April ihre volle Unterstützung im Parlament; die politische Übereinstimmung ließ gar keine andere Wahl. August Martin Euler, Sprecher der FDP, übte zwar milde Kritik an den „voreiligen" Äußerungen Eckardts und Hallsteins, bezeichnete aber die sowjetische Märznote als unzweideutigen Erfolg „der konsequenten Politik der Bundesregierung und der westlichen Demokratien" und warnte, ganz im Sinne des Kanzlers, davor, „auf einen sowjetischen Pfiff hin die Politik aufzugeben, die zu der jetzigen Situation geführt hat"; im übrigen unterstrich er die Unverzichtbarkeit freier Wahlen und die Unannehmbarkeit einer neutralistischen Lösung[102]. Hans-Joachim v. Merkatz erklärte im Namen der DP, die Integration der Bundesrepublik in den Westen sei

[101] Heinemanns Äußerung in: Die Welt, 13. März 1952. Zur Entwicklung der damaligen politischen Vorstellungen Heinemanns, die ihn schon am 21. 11. 1951, zur Förderung einer auf der Neutralisierung Deutschlands basierenden Wiedervereinigungspolitik, zur Gründung der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas" geführt hatte und dann im Herbst 1952 zum Austritt aus der CDU und zur Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei (29./30. 11. 1952) führte, vgl. D. Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 234 ff. Gustav Heinemann hatte bereits am 21. 11. 1951 in einer Rede gesagt (Koch, S. 276): „Wenn Rußland bereit ist, das kommunistische System in Deutschland zu opfern und eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen entstehen zu lassen, sollte der Westen den Preis des Verzichts auf westdeutsche Aufrüstung zahlen." Er hat lange daran festgehalten, daß 1952 eine große Chance zur Wiedervereinigung vertan worden sei, so in seiner Rede im Bundestag am 23. 1. 1958 (G. W. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik, Irreführung und Selbsttäuschung, Frankfurt 1966, S. 124 ff.). Auch die glänzende Studie Kochs ist nicht ganz frei von interpretierender Überschätzung der sowjetischen Vorschläge, so wenn er meint, Moskau habe in den Noten unter anderem den Verzicht auf deutsche Reparationen angeboten (Koch, S. 308). Tatsächlich ist in den Noten nur sehr allgemein davon die Rede, daß der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft keine Beschränkungen auferlegt werden dürften. Einen Vorschlag, der auf die Reparationsfrage bezogen werden könnte, machte Molotow erst auf der Berliner Außenministerkonferenz von 1954, gebrauchte dabei allerdings die zweideutige Formulierung „Deutschland wird von der Zahlung der staatlichen Nachkriegsschulden" an die vier Besatzungsmächte befreit (Dokumentation zur Deutschlandfrage, S. 188).

[102] VBT, 1. Wahlperiode 1949, Bd. 11, S. 8759 f. An dieser Äußerung läßt sich auch ermessen, welches geringe Gewicht die ostpolitischen Pläne hatten, die damals Eulers Parteifreund Karl-Georg Pfleiderer entwickelte; vgl. Karl-Heinz Schlarp, Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1954, Karl-Georg Pfleiderer und die „deutsche Frage", in: Aspekte deutscher Außenpolitik, Aufsätze, Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von W. Benz und H. Graml, Stuttgart 1976, S. 211 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Fundament und Voraussetzung" der Wiedervereinigung, „ohne daß Deutschland neutralisiert wird oder auf eine andere Weise unter sowjetische Botmäßigkeit gerät"[103]. Noch deutlicher lehnte für die CSU Franz Josef Strauß eine Neutralisierungspolitik ab, die nur die Bolschewisierung Deutschlands und den Rückzug der USA aus Europa bringen könne[104]. Im Juli standen auch anfängliche Kritiker Adenauers aus den eigenen Reihen wieder hinter dem Kanzler. So sagte Gerstenmaier, in der Zeit der Atomwaffen könnten „100000 Mann oder mehr", die nur unzureichend bewaffnet sein würden, nichts anderes sein „als Hellebardenträger gegenüber Maschinengewehren"; „wir haben nicht die Absicht . . ., uns auf ein solches Abenteuer einzulassen . . ., uns zu Hellebardenträgern von Rußlands Gnaden machen zu lassen, selbst dann nicht, wenn man uns eine noch so gute Militärmusik großzügig dazu konzediert". Eine Wiederaufrichtung des Reichs als unabhängige Großmacht zwischen West und Ost sei ohnehin „reaktionär und gefährlich", Träume von Rapallo und eine nationale Revisionspolitik seien für die Deutschen keine politischen Möglichkeiten mehr[105].

Die Vertreter der SPD geißelten natürlich die Selbstherrlichkeit, mit der Adenauer die Westmächte gegen eine Viererkonferenz beeinflußt hatte, so Wehner im April und im Juli[106]. Aber gerade Herbert Wehner hat auch im Bundestag die Forderung nach der Konferenz mit der Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland verbunden, und zwar nach Wahlen unter internationaler Kontrolle, außerdem nachdrücklich festgestellt, daß die „unter allen Umständen einzuhaltende Reihenfolge" so zu lauten habe: „die freien Wahlen, die Bildung der Nationalversammlung und der gesamtdeutschen Regierung und dann Friedensverhandlungen"[107]. Das war mit wesentlichen Punkten der westlichen Antwortnoten ohne weiteres zu vereinbaren, nicht aber mit dem Text und den erklärten Intentionen der sowjetischen Vorschläge. Ferner gab es auch in der SPD Politiker, die einer Neutralisierungspolitik nur wenig Geschmack abzugewinnen vermochten. Wenn Carlo Schmid in der Aprildebatte nicht allein freie Wahlen verlangte, sondern überdies betonte, die vor dem Beginn von Friedensverhandlungen auf der Basis solcher Wahlen zu bildende gesamtdeutsche Regierung müsse „in ihren Entschlüssen" frei sein, so war das lediglich eine Umschreibung für sein „Nein" zur Neutralisierung Deutschlands und damit zum Kernpunkt der sowjetischen Noten[108]. Konrad Adenauer hatte unter diesen Umständen wenig Mühe, die Angriffe der Opposition ungefährdet zu überstehen.

Als „Christ und Welt" im Juli 1952 schrieb, den jetzt gegebenen Umständen sei an sich eine große Koalition angemessen, konstatierte das Blatt nicht ohne Grund, der Kurs einer solchen Koalition würde wahrscheinlich sehr nahe bei dem

---

[103] VBT, a. a. O., S. 8777.
[104] VBT, 1. Wahlperiode 1949, Bd. 12, S. 9854 ff.
[105] Ebenda, S. 9803 f.
[106] VBT, 1. Wahlperiode 1949, Bd. 11, S. 8754 f., Bd. 12, S. 9873.
[107] VBT, Bd. 11, S. 8754.
[108] Ebenda, S. 8772.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bisher von Adenauer verfolgten Kurs liegen[109]. Eigentlich vermochte die Opposition, die vom Anfang bis zum Ende des Notenwechsels die gleichen Forderungen – ausgenommen die Neutralisierung – stellte, die auch der Bundeskanzler stellte und die in den westlichen Noten gestellt wurden, nur den Vorwurf zu erheben, der Kanzler lasse es am nötigen Eifer für Verhandlungen fehlen, und ein solcher Vorwurf war als Basis eines Widerstands gegen die Regierungspolitik zu schmal. Am Ende hat sich die Leidenschaft der Gegner Adenauers, vor allem der Gegner aus den Reihen seiner Regierungskoalition, lediglich in einer hitzigen Kampagne gegen die Bindungsklausel des Deutschlandvertrags, die eine Ausdehnung der übernommenen Verpflichtungen auf ein wiedervereinigtes Deutschland vorsah, entladen können, und hier ist denn auch eine gewisse Abschwächung erreicht worden[110]. Statt der Konferenz über die Wiedervereinigung ein Sieg in einem Streit um fiktive Probleme.

Allzu viele Wünsche und Konzeptionen der westdeutschen Gesellschaft schnitten sich also an dem Punkt, auf dem Adenauer stand. Man wird sagen dürfen, daß die politischen und publizistischen Repräsentanten der Bundesrepublik im Jahre 1952 ein plötzlich gemachtes Angebot zur Wiedervereinigung Deutschlands entweder gar nicht oder nur zu unerreichbaren Bedingungen akzeptieren wollten, daß sie sogar eine Behandlung des Angebots wählten, billigten, tolerierten oder nicht mehr ernsthaft anzufechten vermochten, die den Verzicht auf eine peinlich genaue Prüfung bedeutete. Ob sie die sowjetische Notenaktion für ein durchsichtiges Störmanöver hielten oder die sowjetischen Vorschläge in der Hoffnung auf eine baldige umfassende Neuordnung Europas als zu mager betrachteten, ob sie von der Restauration des ganzen Deutschen Reiches träumten, unter Wiedervereinigung jedenfalls allein einen Anschluß der DDR an die BRD verstanden oder die nationale Alternative zur Westintegration bereits als belästigende Aufforderung zu einem eigentlich nicht mehr willkommenen Abenteuer empfanden – alle konnten an der Aussicht auf einen Nationalstaat, in dem die gesetzten wirtschafts-, gesellschafts und verfassungspolitischen Prioritäten eventuell gefährdet waren, keine größere Attraktivität mehr entdecken, alle entschieden sich faktisch gegen den Nationalstaat und für den westdeutschen Teilstaat. Eine solche Reaktion stellte aber, selbst wenn – wie hier angenommen – eine Chance zur Wiedervereinigung in Wirklichkeit nicht bestanden und Stalin bei seiner Offerte lediglich an ein für seine DDR-Politik nützliches Alibi gedacht hat, eine Entscheidung

[109] Christ und Welt, 17. Juli 1952 („Um keinen Preis einen Preis . . ."). Wenn freilich das Bundespresseamt im Juli 1952 eine Mitteilung herausgab, in der nur von jenen „zahlreichen Glückwunsch- und Dankadressen . . . aus allen Bevölkerungsschichten" die Rede war, in denen dem Bundeskanzler die Richtigkeit seiner „mutigen, geradlinigen und konsequenten Außenpolitik" bescheinigt werde, nicht aber von den ebenfalls zahlreichen kritischen Zuschriften, so reagierte die Baseler National-Zeitung auf diese Information am 8. Juli verständlicherweise mit dem Kommentar, dieser „widerliche Byzantinismus" des Amtes stelle eine Annäherung an die „propagandistischen Methoden der ‚Volksdemokratien'" dar.

[110] Vgl. hierzu G. Wettig, a. a. O., S. 486 f. Ferner G. Vogel, Diplomat unter Hitler und Adenauer, Düsseldorf 1969, S. 193 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dar, die – vor allem auf Grund ihrer Freiwilligkeit – für die Entwicklung des westdeutschen Selbstverständnisses wie für die Zukunft des westdeutschen Staates von erheblicher Tragweite sein mußte und dem damaligen Augenblick doch historische Bedeutung gibt. Schon 1952 ist ausgesprochen worden, was heute als unabweisbare Erkenntnis gelten darf: daß – von manchen bewußt, von vielen freilich ohne klare Orientierung – endgültig ein Weg eingeschlagen wurde, an dessen Ende die Anschlußkonzeptionen verkümmert sind, beide deutsche Staaten ihre innere wie internationale Stabilisierung gefunden haben und mithin die temporäre Unmöglichkeit der Wiedervereinigung evident geworden ist – sogar eine offensichtlich lange währende beiderseitige Unfähigkeit zur Wiedervereinigung.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ERINNERUNGEN HANS SCHÄFFERS AN ERNST TRENDELENBURG

Bei einem längeren Gespräch am 26. Juni 1933 in London äußerte Dr. Ernst Trendelenburg, Untergeneralsekretär des Völkerbundes[1] (1923–1932 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium), zu Dr. Hans Schäffer (1930–1932 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium), eine spätere Zeit, welche die Verdienste der Weimarer Jahre wieder anerkenne, werde auch die Schäfferschen Tagebücher[2] zu schätzen wissen.

Mit dem Hinweis auf den Wert dieser Aufzeichnungen – die heute zu den bedeutendsten privaten Quellen der Weimarer Zeit zählen – und den Bezug auf die Jahre gemeinsamer wirtschafts- und finanzpolitischer Arbeit versuchte Trendelenburg eine Plattform für eine Verständigung mit dem früheren Kollegen und Freund zu finden. Ihre unterschiedliche Position war jedoch klar gegeben: Trendelenburg hatte nach der Machtübernahme Hitlers seine offizielle Stellung beibehalten, Schäffer, nach dem Ausscheiden aus dem Reichsfinanzministerium Direktor im Ullstein-Verlag, hatte auf Betreiben der Nationalsozialisten seinen Posten verloren.

Trendelenburg und Hans Schäffer waren sich das erstemal im Dezember 1918 in Berlin begegnet. Schäffer, vor dem Militärdienst als Rechtsanwalt in Breslau zugelassen, hatte sich durch eine Reihe rechtswissenschaftlicher Arbeiten qualifiziert und war, kaum vom Kriege heimgekehrt, in das Reichswirtschaftsamt berufen worden[3]. Als Referent in der Rechtsabteilung beschäftigten ihn vor allem Organisationsfragen der Industrie. Das Reichswirtschaftsamt unterstand der Leitung Staatssekretär Dr. August Müllers; in Wirklichkeit jedoch hielt die Zügel Unterstaatssekretär Wiehard von Moellendorf, als dessen engster Mitarbeiter der Geheime und Vortragende Rat Dr. Ernst Trendelenburg galt. Trendelenburg, geboren 1882, entstammte einer alten Gelehrtenfamilie; sein Großvater war der bekannte Philosoph August Trendelenburg, sein Vater ein hochangesehener

---

[1] Trendelenburg war am 31. 10. 1932 zum deutschen Untergeneralsekretär ernannt worden.

[2] Die Aufzeichnungen Schäffers (Zeitraum 1920–1964), in Stolze-Schrey-Stenographie geschrieben und zum größten Teil in Maschinenschrift übertragen, befinden sich im Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ): Archivbestand Dr. Hans Schäffer, Tagebuchaufzeichnungen und andere Papiere, Signatur ED 93, 76 Bände (Maschinenschrift), 51 Hefte (Stolze-Schrey). Nähere Angaben IfZ-Repertorium H. Schäffer (46 S.). Vgl. auch Eckhard Wandel, Adenauer und der Schumanplan, Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 194 f. – Das Gespräch vom 26. 3. 1933 ist wiedergegeben in ED 93, Bd. 24, S. 60 f.

[3] Siehe Eckhard Wandel, Hans Schäffer, Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974, S. 26.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chirurg. Er hatte in Bonn und Leipzig Rechtswissenschaften studiert, war 1908 in das Reichsjustizamt eingetreten, von dort in das Reichsministerium des Innern übergewechselt und 1917 in das neu gegründete Reichswirtschaftsamt übernommen worden. Er war dort für die Kriegsbewirtschaftung der Öle, Fette und Chemieprodukte zuständig und hatte im Frühjahr 1918 an den Verhandlungen über den Frieden von Bukarest teilgenommen. Von 1912–1917 übte er außerdem das Amt des Generalsekretärs der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften aus. Beim Eintritt Schäffers in das Reichswirtschaftsamt hatte Trendelenburg also bereits eine beachtliche Karriere hinter sich. Mehr als zu dienstlicher Verbindung und Wertschätzung kam es zwischen beiden zunächst nicht, zumal Schäffer bereits nach zwei Monaten, im Januar 1919, das Amt verließ, um sich seiner Anwaltspraxis in Breslau zu widmen. Mitte März wurde Schäffer gebeten, das nach den Wahlen zur Nationalversammlung gebildete Reichswirtschaftsministerium im Verfassungsausschuß zu vertreten. Ernst Trendelenburg wurde als einer der erfahrensten Ministerialbeamten von Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in Weimar ebenfalls zugezogen; nun kamen er und Schäffer in monatelanger Zusammenarbeit sich auch menschlich näher.

Die gemeinsame Tätigkeit im Ministerialbereich setzte sich nach der endgültigen Übernahme Schäffers in das Reichswirtschaftsministerium fort und intensivierte sich zu engster harmonischer Zusammenarbeit, als Trendelenburg, der seit 1919 das Amt des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung[4] innehatte, 1923 zum Staatssekretär ernannt wurde und nun Schäffers direkter Vorgesetzter war. „Unser Arbeitsverhältnis war so eng", schreibt Schäffer, „daß ein Problem der Überordnung gar nicht auftauchte. Es waren die Jahre der Durchführung des Dawes-Plans und des Übergangs zum Young-Plan. Ich entsinne mich trotz der Größe dieses Problems nicht einer Meinungsverschiedenheit."[5] Diese unmittelbare Zusammenarbeit endete mit der Ernennung Schäffers zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium im Dezember 1929. Die freundschaftlichen Beziehungen blieben jedoch auch auf der nunmehr gleichgestellten kollegialen Ebene erhalten, wenngleich Schäffer zuweilen eine leichte Eifersucht Trendelenburgs seiner stark gewachsenen Stellung gegenüber zu spüren glaubte[6]. Im Lauf des Jahres 1932 schieden Trendelenburg wie Schäffer aus ihren Ämtern aus – Schäffer im Mai, nachdem er die Verantwortung für die „künftige Zahlungsfähigkeit des Reiches" abgelehnt hatte, und Trendelenburg nach Unstimmigkeiten mit Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold im August. Schäffer trat im Juni 1932 als Generaldirektor in den Berliner Ullstein-Verlag ein; Trendelenburg, dem ein Übertritt in die Privatwirtschaft fernelag, wurde nach Genf berufen. Ihre Wege trennten sich.

Zwei Monate nach der Machtübernahme, im März 1933, erzwangen die Na-

[4] Das Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung unterstand als Reichsbehörde dem Reichswirtschaftsministerium.

[5] Tagebucheintragung vom 1. 12. 1945, IfZ, ED 93, Heft 33, S. 1038.

[6] Tagebucheintragung vom 1. 12. 1945, IfZ, ED 93, Heft 33, S. 1039.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionalsozialisten vom Ullstein-Verlag die Entlassung Schäffers. Da ihm aus rassischen Gründen die Eröffnung einer Anwaltspraxis untersagt wurde, nahm er das Angebot des schwedischen Bankiers Marcus Wallenberg an, an der Entflechtung des Kreugerschen Zündholzkonzerns mitzuarbeiten. Anschließend blieb er bei der Schwedischen Zündholzgesellschaft in Jönköping als Berater für internationale Rechtsfragen tätig. Hans Schäffer starb 81jährig 1967 in Jönköping.

Trendelenburgs Aufgabe in Genf war mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Oktober 1933 zu Ende. Er übernahm 1934 den Aufsichtsratsvorsitz der Vereinigten Industrie-Unternehmungen A.-G. (Viag), einer Dachgesellschaft, in die 1923 die gesamten Reichsbetriebe und Reichsbeteiligungen eingebracht worden waren, und der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G. (Erka), der Konzernbank der Viag. Seit 1935 führte er auch die Reichsgruppe Industrie[7], trat bei den sich abzeichnenden Machtkämpfen mit der DAF jedoch zurück und wurde später Vorsitzender der Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät (AGK). In diesen Positionen war Trendelenburg in Entscheidungsprozesse der Rohstoff-, Rüstungs- und Kriegswirtschaft miteinbezogen; Viag und Erka waren auch in finanzielle Transaktionen in den besetzten Gebieten eingeschaltet[8]. Beim Einmarsch der Russen in Berlin schied Ernst Trendelenburg zusammen mit Ehefrau und Tochter aus dem Leben[9]. Als Todestag wurde offiziell der 28. April 1945 erklärt.

Die Beziehungen zwischen Schäffer und Trendelenburg waren während der ersten Zeit des NS-Regimes zunächst bestehengeblieben, hatten dann merklich nachgelassen und waren schließlich abgerissen. Ende November 1945 erfuhr Schäffer vom Tode Trendelenburgs. Die Nachricht ging ihm sehr nahe. Am 1. Dezember 1945 beginnt er seine Tagebucheintragung mit folgenden Worten: „Abschied von Ernst Trendelenburg. Vorgestern kam ein Brief von Paul Kempner[10], der erwähnte, er habe von Staudinger[11] gehört, daß Trendelenburg und seine Frau sich das Leben genommen hätten. Den heutigen Sonnabendnachmittag widme ich

---

[7] Siehe Brief (Auszug) Dr. Karl Guths (ehemals Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie) vom 7. 5. 1954 an Dr. Friedrich Trendelenburg, ED 93, Bd. 48. – Aufgrund des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. 2. 1934 (RGBl. I, S. 185 f.) wurde durch Verordnung vom 27. 11. 1934 (RGBl. I, S. 1194 ff.) die gewerbliche Wirtschaft in einer Reichsgruppe Industrie in Hauptgruppen und in den Reichsgruppen Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft zusammengefaßt. Die Leiter der Reichsgruppen bestellte der Reichswirtschaftsminister.

[8] Hinweise Schäffers in Brief an Geheimrat Fellinger vom 17. 2. 1947, ED 93, Bd. 43. Zu Fellinger vgl. Anm. 30.

[9] Nähere Angaben siehe Notizen Prof. Ferdinand Trendelenburgs, IfZ, ED 93, Bd. 48. – Vgl. auch Friedrich Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bonn 1964, S. 55.

[10] Dr. jur. Paul Kempner (1889–1956), Teilhaber des Bankhauses Mendelssohn, Berlin, vertrat Deutschland im Finanzausschuß des Völkerbundes, emigrierte 1939 nach USA und war dort in der Privatwirtschaft tätig.

[11] Dr. Hans Staudinger, geb. 1889, Studium der Nationalökonomie, 1919–1927 im Reichswirtschaftsministerium, 1929–1932 Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichstagsmitglied (SPD), 1934 Emigration nach USA, Professor an der New School for Social Research, New York.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesem Manne, der mir ein Jahrzehnt hindurch ein naher Freund gewesen ist und mit dem ich mich, auch nachdem er mit den Nazis weitgehend mitgegangen war, oft noch im Geiste unterhalten habe."[12]

Die Aufzeichnung umfaßt mehrere Seiten. Sie diente neben den originären Tagebüchern aus den zwanziger und dreißiger Jahren als Grundlage der nachstehend veröffentlichten „Erinnerungen an Ernst Trendelenburg"[13].

Die „Erinnerungen", von Schäffer auch als „Wanderungen und Wandlungen" bezeichnet, entstanden im Juli 1954, als Schäffer von Dr. Friedrich Trendelenburg, einem Bruder Ernst Trendelenburgs, um einige Angaben zu einer familiengeschichtlichen Arbeit gebeten worden war[14]. Er entzog sich der Bitte nicht, obwohl ihm die Problematik durchaus bewußt war. „Es ist mit Memoiren eben eine mißliche Sache. Man schafft sich unwillkürlich in der Erinnerung ein Bild, das ein Eigenleben entfaltet und sich zu etwas auswächst, das, im besten Glauben dargestellt, doch von der Wirklichkeit erheblich abweicht", schrieb er am 24. 11. 1947 an H. Schüller[15]. Schäffer hätte zu solchen Befürchtungen allerdings weit weniger Anlaß gehabt als andere, da ihm seine mit Akribie geführten Tagebücher zur Verfügung standen.

Immerhin läßt sich auch beim Vergleich der verschiedenen Aufzeichnungen Schäffers über Trendelenburg eine durch die zeitliche Distanz bedingte Differenzierung erkennen. So wird das „Mitgehen" Trendelenburgs mit dem NS-Regime, das in der Tagebuchaufzeichnung vom Dezember 1945 gleich im zweiten Satz aufgeführt wird, zwar auch in den „Erinnerungen" von 1954 konstatiert; aber bei der jüngeren Niederschrift, die Schäffer „eine wehmütige Freude bereitet hat"[16], sind innerhalb der Gesamtdarstellung die Akzente deutlich so gesetzt, daß in der Schilderung der Persönlichkeit, der beruflichen Laufbahn und des privaten Schicksals die Kriterien sich abzeichnen, die nach Schäffers Meinung für die Beurteilung von Trendelenburgs Verhalten maßgebend sein sollten.

Deutlicher noch wird der Unterschied, wenn man einzelne Passagen der „Erinnerungen" mit den originären Tagebüchern vergleicht. Über den unmittelbar nach den Gesprächen mit oder über Trendelenburg entstandenen Eintragungen oder den im Tagebuch ebenfalls enthaltenen Entwürfen der Briefe an Trendelenburg[17] liegt noch kein distanzierender Raster – Debatte und Engagement, Recht-

---

[12] IfZ, ED 93, Heft 33, S. 1034.

[13] Vorhanden in IfZ, ED 93, Bd. 48, 19 Seiten, Maschinenschrift. – Im folgenden Abdruck sind offenkundige Schreibfehler und falsche Namensschreibungen berichtigt, ebenso wurden geringfügige stilistische Unebenheiten ausgeglichen und die Satzzeichen nach den üblichen Regeln angebracht.

[14] Korr. Schäffer – Friedrich Trendelenburg, IfZ, ED 93, Bd. 48. Von den Papieren Ernst Trendelenburgs blieben nur Reste erhalten. Sie befinden sich im Bundesarchiv.

[15] Zitiert nach Wandel, a. a. O., S. 276, Anm. 75, S. 369. H. Schüller war Schäffers persönlicher Referent im Ullstein-Verlag.

[16] Brief Schäffers an Friedrich Trendelenburg vom 15. 7. 1954, IfZ, ED 93, Bd. 48.

[17] Brief vom 3. 1. 1935, IfZ, ED 93, Bd. 25, S. 2 f. (1935); Brief vom 16. 1. 1937, ebenda, Bd. 25, S. 2 f. (1937).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fertigungsanspruch und Resignation sind unfiltriert spürbar. Die Wertschätzung der Persönlichkeit Trendelenburgs ist jedoch nie in Frage gestellt.

Diese noble Haltung dem früheren Weggenossen gegenüber blieb und kennzeichnet auch die „Erinnerungen". Am 25. April 1962 schrieb Schäffer an Dr. H. Fritz Berger[18]: „Trendelenburg war ein sehr naher Freund von mir, mit dem ich über vierzehn Jahre auf das vertrauensvollste zusammengearbeitet habe. Wir hatten nicht immer die gleichen Ansichten, aber wir haben unsere Meinungen vor einander niemals geheimgehalten und die reine Gesinnung, die hinter den abweichenden Ansichten des anderen stand, immer gewürdigt. Über mein Verhältnis zu Trendelenburg mag Ihnen die . . . Niederschrift Auskunft geben, die ich im Jahre 1954 . . . angefertigt habe . . . Sie werden daraus ersehen, daß ich für die Tragik in Trendelenburgs Leben volles Verständnis habe."[19]

Erna Danzl

Dokument

Erinnerungen an Ernst Trendelenburg

Als ich nach siebentägigem Rückmarsch von der belgischen Front am 27. oder 28. November 1918 den Rhein bei Düsseldorf überschritt, erwartete mich dort ein Telegramm des als Leiter der Rechtsabteilung neu in das Wirtschaftsamt berufenen Rechtsanwalts Dr. Otto Reier[20], mit dem ich früher in rechtswissenschaftlichen Fragen zusammengearbeitet hatte. Er fragte mich im Namen des Unterstaatssekretärs Wichard von Moellendorff[21], ob ich unter ihm in der Rechtsabteilung des Amtes mitarbeiten wolle. Ich erwirkte darauf meine Entlassung von der Truppe und fuhr nach Berlin, um mich im Reichswirtschaftsamt auf der Bunsenstraße vorzustellen. Ich wurde von Reier und dem Professor Werner Bruck, die beide zu dem engen Moellendorffschen Kreise gehörten, empfangen und offenbar in meinem stark verwilderten Zustand recht skeptisch beurteilt. Nachdem ich versprochen hatte, mich in Breslau von meiner Frau

[18] Dr. jur. H. Fritz Berger (1887–1971), seit 1924 im Reichsfinanzministerium, 1932 dort Ministerialdirigent, 1937 Ministerialdirektor in der Abteilung V (Zwischenstaatliche Finanzfragen, allgemeine Wirtschaftsfragen, Rechtsfragen), Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Reichs-Kredit-Gesellschaft und der Viag.

[19] Korr. Schäffer – H. F. Berger, IfZ, ED 93, Bd. 43.

[20] Dr. Otto Reier, geb. 1875, war im Ersten Weltkrieg Justitiar des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau, später Mitglied des Präsidiums und des Vorstandes des Bundes Schlesischer Industrieller und Aufsichtsratsvorsitzender bzw. Verwaltungsrat mehrerer schlesischer Industriefirmen und Banken.

[21] Wichard Georg von Moellendorff, geb. 1881 in Hongkong, Ingenieur bei der AEG, während des Ersten Weltkriegs in der Rohstoffbewirtschaftung tätig. 1918 Professor an der Technischen Hochschule Hannover, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt bzw. Reichswirtschaftsministerium. Nach Ablehnung der von ihm verfaßten Denkschrift über den Aufbau einer Gemeinwirtschaft (Näheres siehe in den folgenden Ausführungen Schäffers) durch das Reichskabinett Rücktritt am 8. 7. 1919. 1923–1929 Präsident des Preußischen Materialprüfungsamtes und Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Berlin-Dahlem, Beratertätigkeit in der chemischen Industrie, Selbstmord 1937 in Berlin.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einigermaßen repräsentabel herrichten zu lassen, trat ich am 4. Dezember 1918 meinen Dienst im Reichswirtschaftsministerium[22] als Referent der Rechtsabteilung an.

Der Unterstaatssekretär von Moellendorff, der in seiner eigentümlichen Geistigkeit und seinem zielbewußten Wollen einen großen Eindruck auf mich machte, übertrug Dr. Reier und mir den Entwurf eines Gesetzes über die „deutsche Gemeinwirtschaft". Ich hatte während der Jahre im Felde von diesem Gegenstand noch nichts gehört, kannte aber die kleineren Schriften Walter Rathenaus und sein Buch „Von kommenden Dingen" und nahm an, daß es sich um eine Verwirklichung dieser mir einigermaßen einleuchtenden Gedanken handelte. Moellendorff deutete mir aber an, daß seine „Gemeinwirtschaft" mit den Rathenauschen Gedanken zwar entfernt verwandt, aber keineswegs gleichartig sei. Ich bekam eine Broschüre Moellendorffs „Die deutsche Gemeinwirtschaft" und einen in einer Zeitschrift erschienenen Aufsatz in die Hand gedrückt und wurde im übrigen an den Geheimen Regierungsrat Dr. Ernst Trendelenburg, den Leiter der Abteilung „Chemie, Glas, Tone und Erden", verwiesen, der in allen grundsätzlichen Fragen Moellendorffs erster Mitarbeiter war. Auf den Weg gab mir Moellendorff noch das Leitwort, bis jetzt habe in Deutschland der Grundsatz geherrscht: frei in allen wirtschaftlichen Dingen, gebunden in allen geistigen; der Sinn der Gemeinwirtschaft sei, daß es umgekehrt werden solle.

Ich erinnere mich noch genau des Eindrucks, den ich am folgenden Nachmittag von meinem ersten Besuch bei Trendelenburg empfing. Ich hatte mir einen Geheimrat in einem Ministerium ganz anders vorgestellt. Dieser war noch ein jugendlicher Mann, wohl etwa vier Jahre älter als ich, also ungefähr 36 Jahre, bleichen Antlitzes, kahlen Hauptes, mit klugen, gelegentlich etwas starr blickenden Augen und von einem inneren Feuer für das, was er wollte, von bitterer Verachtung für das, was er verabscheute, beseelt. Er hatte viel weitere Bildung, als ich bei einem Beamten vorausgesetzt hatte[23]. Wir begegneten uns schon bei diesem ersten Zusammentreffen in historischen Interessen, da wir beide Droysens „Epigonen" und Ferreros „Größe und Niedergang Roms" als Lieblingsbücher hatten. Trendelenburg hatte gerade in diesen Tagen des deutschen Zusammenbruchs die Verwirrung in Rom nach der Ermordung Caesars gelesen und war von dem Typischen, in dem solche Umwälzungen auf die Massen zu wirken pflegen, stark beeindruckt.

Trendelenburg entwickelte mir im einzelnen die Moellendorffschen Gedanken. Er gab mir dabei Einblick in den ersten Entwurf einer Denkschrift, mit deren Vorbereitung er betraut war und welche die damaligen Volksbeauftragten oder eine spätere Reichsregierung davon überzeugen sollte, daß in einem voraussichtlich lange Zeit unter Mangel an Rohstoffen und Überfluß an Arbeitskräften leidenden Lande eine planmäßige Bewirtschaftung unvermeidlich sei und daß man diese im allgemeinen Interesse unter Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aufgegliedert nach Produktionszweigen, durchführen müsse. Dies sei der rechte oder sogar der einzige Weg, um die schweren Folgen des verlorenen Krieges ohne weiteren politischen Umsturz zu überwinden und die von dem bolschewistischen Rußland hineinfließenden Gedanken der Sozialisierung und des Rätesystems in ein geordnetes Bett zu leiten.

---

[22] Richtig: Reichswirtschaftsamt. Das Reichswirtschaftsamt wurde bei der Regierungsbildung am 13. 2. 1919 in Reichswirtschaftsministerium umbenannt.

[23] Ähnlich beeindruckt von der geistvollen Art Trendelenburgs war Friedrich Glum, Nachfolger Trendelenburgs im Amt des Generalsekretärs der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: „Trendelenburg ... war ein sehr kluger Beamter, der die Neigung zu allgemeinen philosophischen Betrachtungen von seinem Großvater ... geerbt hatte. Er liebte es, sich in langen Gesprächen über die geschichtliche und soziologische Situation, in der wir uns befanden, klarzuwerden und zu äußern." (F. Glum, a. a. O., S. 149).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Denkschrift war im Grundsatz von dem damaligen Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, dem Genossenschafter Dr. August Müller[24], bereits gebilligt worden und sollte nach ihrer Fertigstellung möglichst mit dem Entwurf eines Gesetzes über die deutsche Gemeinwirtschaft der Regierung als Grundlage für die kommende Wirtschaftspolitik vorgelegt werden[25]. Die ihr zugrundeliegenden Gedanken waren schon Monate vor dem Zusammenbruch von Moellendorff und einem kleinen Kreise der diesem nahestehenden Beamten des Wirtschaftsministeriums bei Zusammenkünften in der Deutschen Gesellschaft[26] eingehend erörtert worden und sollten nunmehr der Verwirklichung entgegengeführt werden. Zu diesem Kreise gehörten außer Ernst Trendelenburg, der neben Moellendorff die geistige Führung hatte, der Geheime Regierungsrat Heinrich Bachem[27], ein Jugendfreund Trendelenburgs, der Referent für Kohlefragen Bergassessor Gustav Brecht[28], dessen Bruder in der Reichskanzlei Arnold Brecht[29], der Referent für Eisen- und Maschinenfragen Freiherr Paul von Buttlar, der

[24] Dr. August Müller, geb. 1873, Studium der Nationalökonomie, Statistik und Finanzwissenschaft, Redakteur bei der sozialdemokratischen „Magdeburger Volksstimme", Leiter der Fachzeitschriften und Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in Hamburg, 1916 im Vorstand des Kriegsernährungsamtes, 1919 Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt. 1920 Berufung in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Professur in Berlin, 1925 Übertritt zur Demokratischen Partei.

[25] Die Denkschrift, datiert 7. 5. 1919, wurde dem Kabinett unter dem Titel „Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums zur wirtschaftspolitischen Lage" zusammen mit dem „Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums" vorgelegt; abgedruckt in: Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett Scheidemann, S. 272 ff. – Vgl. auch: Die revolutionäre Illusion, Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, Erinnerungen von Curt Geyer, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 107 ff.

[26] Die „Deutsche Gesellschaft 1914" wurde im November 1915 mit dem Ziel gegründet, den Geist des bei Kriegsausbruch erklärten Burgfriedens zwischen den Parteien aufrechtzuerhalten. Unter dem Vorsitz Wilhelm Solfs, Staatssekretär des Reichskolonialamts, zählten neben Industriellen, Militärs und Hochschulprofessoren führende Politiker der bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu den einflußreichsten Mitgliedern. Fragen der Wirtschaftsplanung und -reform gehörten zu den Hauptdiskussionsthemen der „Deutschen Gesellschaft 1914". Sie löste sich 1934 auf. Vgl. Johanna Schellenberg, Deutsche Gesellschaft 1914 (DG) 1915–1934, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, hrsg. Dieter Fricke u. a., Bd. I, Leipzig 1968, S. 378 ff., mit Quellen- und Literaturverzeichnis.

[27] Dr. Heinrich Bachem, geb. 1882, Staatsanwalt in Kiel, 1916 Eintritt in das Reichsamt des Innern, dann im Reichswirtschaftsamt und Reichswirtschaftsministerium, 1920 Ministerialdirektor im Preußischen Finanzministerium, Mitglied des Reichsrats. 1922 Übertritt in die Privatwirtschaft.

[28] Gustav Brecht, geb. 1880, Studium des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, führend tätig bei der Eisenbahn-Elektrifizierung. Berufung in das Preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten, 1919 Leiter der Sektion Kohle und Energiewirtschaft im Reichswirtschaftsministerium. 1920–1925 Mitglied des Reichskohlenverbandes, ab 1925 Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau, Aufsichtsratsmitglied der AGFA, der Allianz Lebensversicherungs-AG und weiterer Großunternehmen. Gestorben 1965. Siehe auch G. Brechts Beitrag „Gedanken zur Energiewirtschaft", in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht, Festschrift für Hans Schäffer, Berlin 1966, S. 187–196.

[29] Dr. Arnold Brecht (1884–1977), 1910 Eintritt in das Reichsjustizamt, nach Tätigkeit im Reichswirtschaftsamt Berufung in die Reichskanzlei, 1921 Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, 1927 Vertreter Preußens im Reichsrat. Nach Entlassung 1933

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Referent für Bank- und Währungsfragen Bankier Fritz Andrae, der Mann von Walter Rathenaus einziger Schwester, der Leiter des Vorzimmers von Dr. August Müller, Major Wessig, und außerdem der Oberregierungsrat Hermann Fellinger[30] und der Geheimrat von Flotow vom Preußischen Handelsministerium. Mit Arnold Brecht, Flotow und Fellinger hatte Trendelenburg schon früher als Assessor im Reichsjustizamt zusammengearbeitet.

Reier und ich traten nun diesem Kreise bei und versuchten, rechtliche Formen für die in ihm entwickelten Gedanken zu finden. Dabei halfen uns mit wohlwollender Skepsis der damalige Oberregierungsrat, spätere Geheimrat und Reichsfinanzrat Vierenstein und der damalige Assessor, jetzige Richter am Bundesverfassungsgericht Bernhard Wolff.

Für mich war von den Beteiligten Ernst Trendelenburg bei weitem der interessanteste. Seine Betrachtungsweise war selbständiger als die der anderen. Er verfügte über Geist und allgemeines Wissen. Sein Witz war scharf und entbehrte nicht eines gewissen Fanatismus gegenüber gegenteiligen Ansichten; insbesondere war Georg Gothein[31], der damalige Verwalter des Reichsschatzamtes, der stärkste Kämpfer für eine völlige Herstellung der freien Wirtschaft, ein Gegenstand seiner Abneigung. Mir selbst trat er in den ersten Tagen unserer Zusammenarbeit mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber. Er mochte sich wohl auch einen jüdischen Rechtsanwalt etwas anders als mich vorgestellt haben. Schon nach kurzer Zeit waren unsere Beziehungen sehr viel enger.

Am 19. Januar 1919 wurde die Nationalversammlung gewählt. Ende Januar verließ ich das Wirtschaftsamt, um mich dem Wiederaufbau meiner Praxis als Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Breslau zu widmen. Die Nationalversammlung trat Anfang Februar in Weimar zusammen. Friedrich Ebert wurde zum Reichspräsidenten gewählt. Eine provisorische Reichsregierung unter Scheidemann als Reichskanzler wurde gebildet. Rudolf Wissell[32] übernahm anstelle von August Müller das Reichswirtschaftsamt, das nunmehr Reichswirtschaftsministerium hieß. Wissell, ein temperamentvoller, idealistischer früherer Gewerkschaftssekretär von unbedingter Lauterkeit, und geneigt, sich mit Ideen, die ihm einleuchteten, restlos zu identifizieren, war von der Person und den Gedanken Moellendorffs stark beeindruckt, vervollständigt durch einige auf seiner Kenntnis der Arbeiterschaft beruhende Erfahrungen. Wissell nahm nach Weimar Ernst Trendelenburg und Heinrich Bachem als seine Berater mit. Zwischen ihnen und Moellendorff bestand ein enger Zusammenhang, denn es galt,

---

Emigration nach USA, 1933–1953 Professor an der New School for Social Research, New York, ab 1948 beratend für die amerikan. Besatzungsverwaltung in Deutschland tätig.

[30] Hermann Fellinger, geb. 1884. Studium der Rechtswissenschaft, Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, 1923 Reichskommissar für Devisenerfassung, 1925 Übertritt in die Privatwirtschaft. Nach 1945 Aufsichtsratsvorsitzender der Warenhaus AG Karstadt, gestorben 1957.

[31] Georg Gothein, geb. 1857. Bergassessor, Generalsekretär des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, 1. Syndikus der Industrie- und Handelskammer Breslau, 1901 bis 1918 Reichstagsabgeordneter (Freisinnige Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei). Als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, anschließend im Reichstag, 1919 Reichsschatzminister, 1931 Mitglied der Deutschen Staatspartei, gestorben 1940 in Berlin.

[32] Rudolf Wissell, geb. 1869. Dreher, Arbeitersekretär in Lübeck, 1908–1918 Zentralarbeitersekretär der Gewerkschaften in Berlin, Februar–Juli 1919 Reichswirtschaftsminister, 1920 bis 1925 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, 1928–1930 Reichsarbeitsminister, gestorben 1962 in Berlin.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[die] Moellendorffsche Gemeinwirtschaft in der neu zu beratenden Reichsverfassung möglichst fest zu „verankern", wie man sich damals ausdrückte. Ich selbst wurde Mitte März telegrafisch nach Weimar berufen, um im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung in dieser Richtung zu arbeiten.

In meiner sitzungsfreien Zeit war ich fast ständig mit Ernst Trendelenburg, gelegentlich auch mit Bachem und dem Vertreter des Reichsjustizministeriums im Verfassungsausschuß, Geheimrat Zweigert, zusammen. Wenn der Minister Wissell frei war, leisteten wir ihm in unserem Arbeitszimmer, dem sogenannten „blauen Zimmer" in der linken Ecke im Parterre des Schlosses, Gesellschaft. Oft gingen wir auch mit ihm spazieren. Der lange Wissell, Ernst Trendelenburg von gut mittlerer Größe und ich unter Normalmaß bildeten ein merkwürdiges Bild und belustigten die Weimarer Straßenjugend. Trendelenburg war nicht immer glücklich über dieses intensive Zusammensein; damals war es, als er an seine Frau die später oft zitierten Worte schrieb: „Wenn man den ganzen Tag mit seinem Minister zusammen sein muß, sieht man erst, wie lieb man seine Frau hat."

Die „Verankerung" der Gemeinwirtschaft in der Verfassung gelang nur unvollkommen. Da die Denkschrift noch nicht dem Kabinett überreicht und den Parteien bekanntgegeben war, konnten wir das, was wir wollten, nur bei den Beratungen über die Grundrechte recht unvollkommen durch einzelne Abgeordnete beantragen lassen. Das Wesentliche war, solche Formulierungen zu finden, daß die deutsche Gemeinwirtschaft, wenn sie von der Regierung und dem Parlament akzeptiert war, in die Verfassung hineingespannt werden konnte. Die Art, in der dies geschah, kommt in Artikel 165 der Weimarer Verfassung zum Ausdruck[33].

Am 14. April 1919 waren die Arbeiten des Verfassungsausschusses beendet[34]. Der Abgeordnete, mit dem ich am engsten zusammengearbeitet hatte, war der Demokrat Dr. Ablaß aus Hirschberg in Schlesien; er schenkte mir zur Feier dieses Abschlusses ein Exemplar eines Faksimiledruckes von Goethes „Die Mitschuldigen", das ich heute noch besitze.

Während der Zusammenarbeit in Weimar war zwischen Trendelenburg und mir ein freundschaftliches Verhältnis entstanden. Die gemeinsame Arbeit hatte mir viel Freude bereitet. Als einige Wochen später Moellendorff mich fragte, ob ich bereit sei, für die Dauer in den Dienst des Reichswirtschaftsministeriums einzutreten, war die Aussicht auf die Zusammenarbeit mit Trendelenburg einer der Gründe für die Annahme des Angebots. Ein anderer Grund lag in dem am 8. Mai 1919 in Berlin eingetroffenen Versailler Vertrage. Hier sah ich ein erstrebenswertes Ziel in der allmählich[en] verhandlungsmäßigen Abschwächung der von uns als drückend und ungerecht empfundenen Bedingungen dieses Friedensvertrages.

Die Denkschrift über die deutsche Gemeinwirtschaft wurde noch vor ihrer Beratung durch das Kabinett durch eine Indiskretion vorzeitig veröffentlicht. Es ist niemals festgestellt worden, ob diese Veröffentlichung von den Gegnern der Gemeinwirtschaft ausging, um das Projekt zu Fall zu bringen, oder von ihren Freunden, um das Kabinett, in dem die Beratung dieser Frage immer wieder verschoben worden war, zu

---

[33] Art. 165 regelt die Bildung und die Funktionen des Reichswirtschaftsrats als eines gemeinsamen Gremiums der Arbeiter- und Unternehmervertretungen; er soll bei der sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung begutachtend beigezogen werden und kann selbst Gesetzesvorlagen beantragen. Der Ausdruck „Gemeinwirtschaft" kommt im Text nicht vor.

[34] Das Datum kann sich nur auf den Abschluß der Tätigkeit Schäffers im Verfassungsausschuß beziehen. Der Ausschuß, der nach der am 4. 3. 1919 abgeschlossenen ersten Lesung des Verfassungsentwurfs am 5. 3. 1919 zum erstenmal zusammengetreten war, tagte nach der Osterpause (15.–28. April) noch mehrere Monate.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Stellungnahme zu zwingen. Das Ergebnis war jedenfalls, daß das Kabinett in die Beratung eintrat und unter Vorsitz des neu zum Reichskanzler ernannten bisherigen Arbeitsministers Gustav Bauer nach einer vernichtenden Kritik Gotheins und nach einer temperamentvollen Verteidigung Wissells die deutsche Gemeinwirtschaft mit überwiegender Mehrheit abgelehnt wurde. Wissell und Moellendorff traten infolgedessen zurück und wurden durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Robert Schmidt[35], der zusätzlich das Wirtschaftsministerium übernahm, und durch den Staatssekretär Julius Hirsch[36] ersetzt. Trendelenburg und Bachem, die für die lebhaftesten Vertreter der Moellendorffschen Ideen galten, wurden in der liberalen Presse stark angegriffen, worunter Ernst Trendelenburg, der die empfindsamere Natur war, viel stärker als Bachem litt. Letzterer hatte sich den Sozialdemokraten stark genähert, während Trendelenburg in seinen ganzen Erfahrungen mehr einer weltoffenen Bürgerlichkeit zuneigte. Trendelenburg sagte mir damals, daß er selbst über diese Angriffe hinwegkäme, daß es ihn aber immer wieder schmerze, daß sein Vater, der bisher Freude an seinen Erfolgen gehabt hätte, ihn jetzt als so minderwertig dargestellt sähe.

Die Zusammenarbeit mit Staatssekretär Julius Hirsch, der ein kenntnisreicher und kluger Mann war, dessen Leistung aber mit einer starken Eitelkeitshypothek belastet war, gestaltete sich sowohl für Trendelenburg wie für mich nicht erfreulich. Hirsch hatte die unglückliche Neigung, seinen Vorgänger, der uns menschlich auch weiter nahestand, uns gegenüber herabzusetzen, worauf wir beide scharf reagierten, so daß es oft zu unerfreulichen Auseinandersetzungen kam. Bachem schied zu dieser Zeit aus dem Ministerium aus und wurde Ministerialdirektor im Preußischen Finanzministerium. Obwohl Hirsch Trendelenburgs Gegnerschaft spürte, konnte er sich doch seiner Bedeutung nicht verschließen und schlug ihn daher, als die Ministerialdirektor-Stelle für den Außenhandel im Reichswirtschaftsministerium frei wurde, für diese vor. Meiner Erinnerung nach wurde Trendelenburg Ende 1919 oder Anfang 1920 Ministerialdirektor dieser Abteilung[37]. In dieser Eigenschaft nahm er an der Brüsseler Schuldenkonferenz teil.

Die gemeinwirtschaftlichen Gedanken konnten nach ihrer Ablehnung durch das Kabinett nicht weiter verfolgt werden. Für Trendelenburg war es auch mit Rücksicht auf das persönliche Verhältnis zu Staatssekretär Hirsch eine willkommene Gelegenheit, neben seiner Tätigkeit im Ministerium ein anderes Arbeitsfeld zu finden, das

---

[35] Robert Schmidt, geb. 1864. Redakteur des „Vorwärts", 1903–1919 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, Leiter des Zentralarbeitersekretariats, 1918 Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt, Reichswirtschaftsminister Juli 1919–Juni 1920, Mai 1921 bis November 1922, Dezember 1929–März 1930. Weitere Ministerposten: Februar 1919–Juni 1920 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Mai 1921–November 1923 Reichsminister für Wiederaufbau. Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags 1920–1930. Gestorben 1943 in Berlin.

[36] Dr. phil. Julius Hirsch (1882–1961). Studium der Volkswirtschaft, Habilitation an der Handelshochschule Köln. 1916–1919 im Reichsernährungsamt und Reichsernährungsministerium, Juli 1919–März 1923 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, anschließend Lehrtätigkeit an der Handelshochschule und der Universität in Berlin, 1933–1941 Hochschullehrer in Kopenhagen, ab 1941 Professor an der New School for Social Research, New York.

[37] Die Ernennung erfolgte 1922 (siehe Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Berlin 1930, Bd. 2, S. 1921). Die Finanzkonferenz in Brüssel tagte vom 24. 9.–8. 10. 1920. Trendelenburg begleitete die deutsche Delegation als Sachverständiger des Reichswirtschaftsministeriums.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen gewissen Abstand vom Ministerium hatte. Ein solches bot sich in dem Reichskommissariat für Aus- und Einfuhr, in dem unter dessen bisherigem Leiter Geheimrat Meidinger schwere Mißstände eingetreten waren. Über 70000 Anträge der Wirtschaft waren unbearbeitet geblieben; dann waren auch unerfreuliche Erscheinungen bei der Behandlung einzelner Fragen aufgetreten, bei denen aus Unternehmern und Arbeitnehmern bestehende gemischte Ausschüsse auf Grund von Bestimmungen, die noch auf die Zeit des Hindenburg-Programms[38] zurückgingen, mitzuwirken hatten. Schließlich waren auch Kompetenzstreitigkeiten mit anderen mit der Aus- und Einfuhr befaßten Behörden, insbesondere dem sogenannten diktatorischen Ausschuß, eingetreten. Hier war Trendelenburg mit seiner Verwaltungserfahrung und dem Vertrauen, das ihm auch von der Arbeiterseite entgegengebracht wurde, und mit seiner über allen Zweifel erhabenen Integrität der rechte Mann, um Ordnung zu schaffen. Schließlich war auch die Mitwirkung von Unternehmern und Arbeitern einer der Moellendorffschen Gedanken gewesen, der hier weiter erprobt werden konnte, um später einmal, wenn die Verhältnisse es ermöglichten, weiter ausgebaut zu werden. Trendelenburg hat diese Arbeit im Reichskommissariat neben seinen Aufgaben im Ministerium mit großem Erfolge durchgeführt und für die wenigen Jahre, die dieses Kommissariat noch bestand, es zu einer Behörde mit einwandfreier Leistung gemacht. Aus dieser Zeit leitet sich auch sein Interesse an Außenhandelsfragen her, das er später in gelegentlichen Vorträgen und noch mehr in den großen Handelsvertragsverhandlungen und der Ausgestaltung der deutschen Handelspolitik betätigen konnte.

Daneben wurde Trendelenburg der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in der Kriegslastenkommission[39], die mit der Gegenseite, den Siegermächten, die Reparationsfrage zu behandeln hatte. Die Reparationsfrage nahm Trendelenburg damals recht nüchtern. Er hielt, solange das politische Gewicht auf Seiten der Siegermächte lag, die Bezahlung für notwendig. Ein demonstratives „Nein", wie es der Außenminister Simons im Mai 1921[40] in London ausgesprochen hatte, hielt er für unklug und den begeisterten Empfang, den die Menge Simons bei seiner Rückkehr aus London bereitet hatte, für „billige Lorbeeren". Den Rathenauschen Gedanken, die Reparationszahlungen möglichst in Sachleistungen zu verwandeln und durch korrekte Erfüllung ad absurdum zu führen, wie er später von Stresemann und dann auch von Brüning weiter verfolgt wurde, billigte er in der von Rathenau bereits damals in kleinem Kreise ausgesprochenen und auch von Trendelenburg und mir geteilten Überzeugung, daß sich die Reparationen in einer kommenden Wirtschaftskrise unbedingt totlaufen müßten.

[38] Zur Durchführung des „Hindenburg-Programms", der von Ludendorff angeregten Aktion zur Steigerung der Rüstungsproduktion, wurde am 5. 12. 1916 das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" (RGBl. S. 1333 ff.) erlassen. Es war vom Reichstag erst verabschiedet worden, nachdem darin Bestimmungen aufgenommen worden waren, welche die Einsetzung entsprechender Ausschüsse zur Wahrung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer garantierten.

[39] Die Bildung der deutschen Kriegslastenkommission wurde durch Erlaß des Reichspräsidenten vom 31. 7. 1919 (RGBl. S. 1363) geregelt. Sie bestand aus Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsschatzministeriums sowie Wirtschaftsexperten. Den Vorsitz führte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums. Sie hatte die Verhandlungen mit der alliierten Reparationskommission zu führen und die Tätigkeit der an der Wiedergutmachung beteiligten deutschen Behörden zu koordinieren.

[40] Verwechslung Schäffers. Reichsaußenminister Dr. Simons hatte die im Januar 1921 in Paris festgelegten Reparationsleistungen auf der Londoner Konferenz am 7. *März* 1921 abgelehnt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Andererseits empfahl Trendelenburg Widerstand, soweit nur irgendeine Aussicht auf Erfolg dafür vorhanden war, gegenüber offenbaren Übergriffen der Siegermächte. An der Organisierung des passiven Widerstandes gegenüber dem im Januar 1923 erfolgten Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet nahm er tätigsten Anteil. Wir arbeiteten zusammen die Pläne aus, um eine Weiterbeschäftigung der Menschen im Okkupationsgebiet durch Finanzierung der Kohleförderung und Stahlerzeugung zu ermöglichen, für die Zeit, in der diese Produkte auf Lager gelegt werden mußten. Er war auch selbst mehrfach an Ort und Stelle und tat alles, um den Widerstandswillen bei Unternehmern und Arbeitnehmern zu stärken. Als ungefähr im Mai 1923 es klarwurde, daß die Weiterführung des passiven Widerstandes aussichtslos geworden war und die deutsche Währung sowie das soziale Gefüge des Reiches zu zerstören drohte, rieten Trendelenburg, Geheimrat Matthies und ich gemeinsam dem damaligen Reichswirtschaftsminister Becker-Hessen[41], ein Einlenken zu versuchen, solange es noch Zeit war und man Deutschland eine bedingungslose Kapitulation ersparen konnte. Obgleich Minister Becker die Kraft unserer Gründe voll anerkannte, vermochte das Kabinett Cuno doch nicht, den Weg für eine Einigung zu finden, und hinterließ seinem Nachfolgekabinett im August 1923 die Erbschaft einer vollständig zerrütteten Währung, schwerer sozialer und politischer Unruhen und die Notwendigkeit, den Ruhrkampf bedingungslos abzubrechen.

Von dem Reichskanzler Cuno hatte Trendelenburg eine nur sehr geringe Meinung; besonders verübelte er ihm, daß er, was uns im Wirtschaftsministerium erst viel später bekanntwurde, den Industriellen an Ruhr und Rhein vor Beginn des passiven Widerstandes zugesichert hatte, daß sie für den ihnen durch den Widerstand erwachsenen Schaden später vollen Ersatz erhalten würden. Dieser Schuldschein wurde nach der Stabilisierung der Währung unter den folgenden Regierungen von der Unternehmerschaft vorgelegt und zum größten Teil auch eingelöst.

In der schwierigen Übergangszeit bis zur Stabilisierung der Währung wechselten die Wirtschaftsminister in rascher Folge. Dem geistvollen, aber wenig gründlichen Hans von Raumer[42] folgte der begabte, aber gleichfalls oberflächliche Oberstleutnant Koeth[43], jeder mit einer Amtszeit von weniger als drei Monaten, bis im Kabinett Marx unter dem gewissenhaften, fleißigen, aber entschlußschweren Bayern Eduard Hamm[44] das

---

[41] Dr. jur. Johannes Becker (1869–1951), 1916–1918 hessischer Finanzminister. Als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags, November 1922–August 1923 Reichswirtschaftsminister, später in der Privatwirtschaft tätig.

[42] Hans von Raumer, geb. 1870. Studium der Rechtswissenschaft, Landrat im Kreis Wittlage. 1911 Übertritt in die Privatwirtschaft, leitende Positionen in der Elektrizitätswirtschaft und der elektrotechnischen Industrie, Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, 1920/21 Reichschatzminister, August–Oktober 1923 Reichswirtschaftsminister.

[43] Oberst Joseph Koeth (1870–1936), 1915–1919 Leiter der Kriegsrohstoff-Abteilung, 1918/19 Leiter des Reichsdemobilmachungsamts bzw. Reichsminister für wirtschaftliche Demobilmachung, Oktober/November 1923 Reichswirtschaftsminister. Aufsichtsratsmitglied der Darmstädter und Nationalbank und mehrerer Industriefirmen.

[44] Eduard Hamm, geb. 1879, Staatsanwalt in München. 1911 Eintritt in das Bayerische Staatsministerium des Innern, Tätigkeit beim Kriegsernährungsamt und der Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin. 1919–22 bayerischer Handelsminister, 1922 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Dez. 1923–Jan. 1925 Reichswirtschaftsminister, 1925 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ministerium einigermaßen zur Ruhe kam. In Raumers Zeit fiel der erste Besuch des neuernannten Währungskommissars Hjalmar Schacht[45], der in einer Besprechung mit dem Minister, Trendelenburg und mir in frivoler Weise vorschlug, einen großen Teil der Beamten einfach zu entlassen. Auf den Einspruch Trendelenburgs, was diese Menschen und deren Familien dann machen sollten, erwiderte Schacht in seiner witzelnden Art, „das Beste wäre, wenn man sie an die Wand stellen könnte". Trendelenburg wurde darauf äußerst massiv, und Schacht lernte das erste Mal, aber nicht das letzte, erfahren, daß es auch in der Reichsbürokratie Menschen gab, die sich von ihm nicht einschüchtern ließen. Als Schacht das Zimmer verlassen hatte, hatte Trendelenburg sich wieder beruhigt, und ich sagte: „Diesen Schacht werden wir noch weiter vertiefen müssen." Trendelenburg sagte: „Ich schlage vor, die neue Wilhelmstraße von jetzt ab Schachtstraße zu benennen."

In seiner Tätigkeit als Reichskommissar für die Aus- und Einfuhr hatte Trendelenburg die Zusammenarbeit mit den paritätischen Ausschüssen der Unternehmerschaft und der Arbeitnehmerschaft in der Praxis kennengelernt. Sie hatte ihn in vieler Hinsicht enttäuscht. Er gewann dabei die Überzeugung, daß das, was in der Kriegszeit im Hinblick auf das gemeinsame Ziel, den Druck von oben und die Angst vor der Front noch einigermaßen gegangen war, nunmehr in einer zum größten Teil freien Wirtschaft zu den übelsten Korruptionserscheinungen führte. Er setzte sich daher den Bestrebungen von Raumers und seiner Nachfolger auf eine möglichst rasche Beseitigung dieser letzten Reste der Kriegswirtschaft nicht mehr entgegen, sondern trat für einen schnellen und vollständigen Abbau ein. Er konnte dies um so mehr, als in der Zwischenzeit der Vorläufige Reichswirtschaftsrat in seinen großen Ausschüssen, denen Unternehmer, Arbeitnehmer und Vertreter der öffentlichen und der Verbraucher-Interessen in gleichem Umfange angehörten, auf einer mehr allgemeinen Ebene eine sachliche Zusammenarbeit mit den Regierungsstellen entwickelt hatte. Diese praktischen Erfahrungen machten Trendelenburg auch gegenüber der früher von ihm angestrebten Planwirtschaft äußerst kritisch[46], eine Änderung seiner Einstellung, die ihm von Moellendorff niemals verziehen worden ist.

---

[45] Dr. Hjalmar Schacht hat das Amt des Reichswährungskommissars am 13. 11. 1923 angetreten; das 1. Kabinett Stresemann, dem von Raumer angehörte, war bereits am 3. 10. 1923 zurückgetreten. Schachts Besuch dürfte also während der Amtszeit Oberst Koeths oder Eduard Hamms erfolgt sein.

[46] Schäffer äußerte sich dazu in einem Brief vom 21. 12. 1959 an Oberbergrat Th. Keyser: „... Tatsächlich war die Frage der Gruppenegoismen und ihrer Bekämpfung ein oft zwischen Trendelenburg und mir erörterter Gegenstand. Die ‚Gruppe' waren dabei die vereinigten Unternehmerschaften und Arbeitnehmerschaften bestimmter Produktionszweige. Diese Frage spielte eine Rolle unter verschiedenen Gesichtspunkten. Schon im Herbst 1916 im Anschluß an das sogenannte Hindenburg-Programm waren fachliche Außenhandelsstellen, paritätisch mit Unternehmern und Arbeitern besetzt, ins Leben gerufen worden. ... Es zeigte sich sehr bald die Neigung der Unternehmerschaft, die Arbeitnehmer des eigenen Fachgebiets zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Wünsche einzuspannen ... Hierin lag eine große Gefahr, die noch verstärkt wurde, als unter dem Namen der ‚deutschen Gemeinwirtschaft' diese fachlichen paritätisch zusammengesetzten Gruppen zum Träger allgemeiner wirtschaftlicher Aufgaben (Rohstoffverteilung, Preisfestsetzung etc.) auch auf dem Gebiete der inneren Wirtschaft gemacht werden sollten. ... Die Moellendorffschen Pläne fanden als Einheit nicht die Zustimmung des Kabinettes ... man schuf im Verordnungswege den ‚Vorläufigen Reichswirtschaftsrat', dem als eine Aufgabe der Ausbau der fachlichen und der lokalen paritätisch zu besetzenden Organisationen anvertraut wurde. Diese Aufgabe erwies sich jedoch als nicht durchführbar. Einmal wollte die Unternehmer-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Andere und dringendere Fragen überschatteten diese alten Gegensätze. Die vorläufige Stabilisierung der Währung durch die Schaffung der Rentenmark im November 1923 und ihre endgültige Stabilisierung im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan 1924 trugen an Trendelenburg große Aufgaben heran. Einer der heikelsten Punkte des Dawes-Plans war die Schaffung der sogenannten Industrie-Obligationen, d. h. eine Verpflichtung der deutschen Industrie, mit einem, für damalige Verhältnisse sehr erheblichen, Betrage von 5 Milliarden RM für die Bezahlung der Reparationsschulden auf der verminderten Grundlage der Dawes-Annuitäten einzustehen. Dem Organisationskomitee, das die recht allgemein gehaltenen Bestimmungen des Dawes-Plans in feste Formen gießen sollte, gehörten auf deutscher Seite Trendelenburg und der damalige Generaldirektor des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Hermann Bücher[47], an. Ich selbst und der Ministerialdirigent Herbert Dorn vom Reichsfinanzministerium waren Trendelenburg als Sachverständige beigegeben. Bücher wurde von dem hervorragenden Juristen Professor Josef Partsch, einem Schulfreunde von mir, sowie von Professor Flechtheim beraten. Die Gegenseite, für die Franzosen Professor Allix von der Sorbonne, und für Italien der Industrielle Bianchini, wurden von dem französischen Juristen Jacques Lyon und dem späteren Präsidenten des italienischen Kassationshofes Maximo Piloti beraten. Der Gegenstand dieses Komitees war höchst gefährlich. Diese als Sicherung der Reparationsforderungen gemachte Belastung konnte leicht seitens der Alliierten, insbesondere seitens der Franzosen, mißbraucht werden, um einen sachlichen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu erlangen. Die Verhandlungen spitzten sich stark zu sowohl in der Sache wie in der Form. Die Alliierten waren vor dem Dawes-Plan nicht gewohnt gewesen, mit den Deutschen als gleichberechtigten Verhandlungspartnern zusammenzusitzen. Auch auf deutscher Seite zeigte sich eine gewisse Gereiztheit, die dem Bücherschen Temperament entsprach. Trendelenburg wirkte beruhigend, aber es zeigte sich doch nach kurzer Zeit, daß ohne einen unparteiischen Vorsitzenden ein Ergebnis nicht zu erreichen war. Ein solcher wurde in der Person des schwedischen Bankiers Marcus Wallenberg[48] gefunden, dem es rasch gelang, durch überlegene Sachkunde, Sinn für Gerechtigkeit und Verhandlungserfahrungen das Vertrauen beider Seiten zu erwerben. Wallenberg arbeitete mit Trendelenburg und mit mir eng zusammen. Es entwickelte sich daraus eine Beziehung, die besonders für mich von Bedeutung wurde, nachdem Wallenberg auch den Vorsitz im Komitee für die Sachleistungen während des Winters 1924/25 übernommen hatte und während der Bankenkrise 1931 als Ratgeber der deutschen Regierung und als Bürge für eine solide Wiederherstellung des deutschen Kredits gegenüber dem Aus-

---

schaft, deren Selbstgefühl sich inzwischen von den Nachwirkungen des Kriegsverlustes und der Umwälzung erholt hatte, den Arbeitnehmern keine gleichberechtigte Mitwirkung in den Industrie- und Handelskammern zugestehen. Ferner verloren mit der Freigabe des Außenhandels die Außenhandelsstellen, in die sich auch während der Inflationszeit mannigfache Mißstände eingeschlichen hatten, viel von ihrer Bedeutung, so daß Trendelenburg, der sie aus seiner Wirksamkeit als Aus- und Einfuhrkommissar einigermaßen kannte, nun selbst für ihre Aufhebung eintrat (1923–24)." (IfZ, ED 93, Bd. 43)

[47] Dr. phil. Hermann Bücher, geb. 1882, Studium der Nationalökonomie und der Naturwissenschaften, 1905–1914 im Kolonialdienst, 1915–1918 deutscher Vertreter im türkischen Ministerium für Handel und Landwirtschaft, 1921–1925 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wirtschaftlicher Berater der IG-Farbenindustrie, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates und der Enquetekommission.

[48] Marcus Wallenberg sen. (1869–1943), Vorsitzender des Verwaltungsrates von Stockholms Enskilda Bank A. B., Stockholm. 1925–1930 Mitglied des Dawes-Schiedsgerichts und 1930 des Young-Schiedsgerichts.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lande wirkte[49]. Nach Hitlers Machtergreifung und nachdem ich aus meiner Stellung als Leiter des Ullstein-Verlages auf Verlangen der Regierung beseitigt worden war, holte mich Wallenberg zur Mitwirkung an der Sanierung der schwedischen Zündholzgruppe nach Schweden. Er ist mir bis zu seinem Tode 1943 ein väterlicher Freund gewesen. Oft gedachte er unserer Gespräche mit Trendelenburg. Solange er noch nach Deutschland kam, setzte er sich stets mit ihm in Verbindung, und später machte er sich Gedanken darüber, wie Trendelenburg sich wohl unter einem Regime wie dem nationalsozialistischen fühlen würde.

Der Winter 1924/25, der erste, in den Deutschland mit einer stabilisierten Währung und mit der Freiheit zur Bestimmung seiner eigenen Handelspolitik hineinging, brachte für Trendelenburg neue große Aufgaben. Er hatte zunächst den ersten und wichtigsten Handelsvertrag für Deutschland, denjenigen mit Frankreich, zu verhandeln. Unsere sachlichen Arbeitsgebiete schieden sich damals. Ich wandte mich in erster Reihe den Reparationsfragen zu und trat auch an Trendelenburgs Stelle in die Kriegslastenkommission ein. Wir waren aber gleichzeitig eine Reihe von Monaten in Paris, er für den Handelsvertrag und ich als Mitglied eines von den Alliierten und der deutschen Seite bestellten Komitees zur Neuordnung der Sachleistungen unter dem Dawes-Plan. An den Abenden waren wir oft und meist sehr lange zusammen, fast wie in den Weimarer Tagen, nur erheblich besser verpflegt und mit besserem Wissen. Für einige Wochen kamen auch unsere Frauen nach Paris, die sich gut miteinander verstanden. Da der deutsche Botschafter Leopold von Hoesch lebhaftes Interesse für die Arbeiten unserer Delegationen hatte und diese durch seinen großen Einfluß auf die französische Regierung erheblich zu fördern verstand, durften wir damals das Gefühl haben, auf dem Wege zu einer Wiedererstarkung Deutschlands einen Schritt vorwärtsgekommen zu sein.

Die Außenpolitik Stresemanns und die von ihm und Briand erstrebte Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich billigte Trendelenburg. Er tat auf wirtschaftlichem Gebiet alles, um sie zu fördern; nur glaubte er, daß ein langsameres Tempo die Einsicht der Westmächte für die Bedeutung Deutschlands und den Wunsch, Deutschland im Völkerbund zu haben, noch sehr verstärken würde und es Deutschland ermöglichen würde, seine Bedingungen für den Eintritt zu erhöhen, d. h. eines Teiles der Beschränkungen des Versailler Vertrages ledig zu werden. Daher fand Trendelenburg den Locarno-Pakt von 1925 und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund 1926 für verfrüht. Ich selbst stand auf einem anderen Standpunkt. Nachdem dieser Eintritt einmal vollzogen war, tat Trendelenburg das Seine, um ihn fruchtbar für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt zu machen.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, die für 1927 nach Genf einberufen war, und später die Leitung der deutschen Delegation daselbst lagen in seiner Hand. Ebenso war er stark an den Arbeiten der deutschen Enquete-Kommission[50] beteiligt, die unter Clemens Lammers' und später unter Bernhard Dernburgs[51] Leitung einen

---

[49] Siehe dazu: Hans Schäffer, Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise 1931, Marcus Wallenberg zum 5ten März 1939 (Zusammenstellung Schäffers nach seinen Tagebüchern), 181 Blatt, IfZ, ED 93, Bd. 49 und 50.

[50] Der Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft wurde durch Reichsgesetz vom 15. 4. 1926 (RGBl. I S. 195 f.) eingesetzt.

[51] Bernhard Dernburg, geb. 1865. Tätigkeit als Kaufmann in Berlin und New York, Direktor der Deutschen Treuhand-Gesellschaft und der Darmstädter Bank, 1907 Staatssekretär des Reichskolonialamts, Reisen nach Afrika, Ostasien und Amerika. Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei im

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Überblick über die wirkliche wirtschaftliche Lage Deutschlands schaffen sollte. Trendelenburg erwarb sich in seiner Tätigkeit vor und während der Weltwirtschaftskonferenz großes Ansehen sowohl in den deutschen Wirtschaftskreisen als auch bei den fremden Vertretern, mit denen er draußen zusammenarbeitete. Mit welchem Nachdruck er seine Aufgaben selbst entgegen den Auffassungen anderer Mitglieder verfolgte, ergibt sich aus einer Stelle im 3. Bande von Stresemanns Tagebüchern[52], in der er die Innehaltung der außenhandelspolitischen Linie entgegen den Auffassungen des Ernährungsministers von Stresemann und dem Reichskanzler Marx erzwang.

Die folgende Periode von 1927 bis 1929 war für Ernst Trendelenburg eine besonders glückliche Zeit, nicht nur, weil das Gefühl eines ständigen Ansteigens des deutschen Wirtschaftslebens und einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung der Völker ihm zeigte, daß seine Arbeit nicht erfolglos gewesen sei, sondern auch aus persönlichen Gründen. Ernst Trendelenburg war ein Familienmensch. Er lebte in Nikolassee und empfand es hart, die Woche über von den Seinen während des Tages getrennt zu sein und seine Mittagessen in fremder Umgebung einnehmen zu müssen. Am heitersten fühlte er sich, wenn er sonntags mit Frau und Kindern zu Hause sein konnte. Die Montage waren dann immer für ihn schwer zu ertragen. Er wirkte nervös und im Unfrieden mit sich selbst. An solchen Tagen tat man am besten, ein Zusammensein mit ihm zu vermeiden. Da ich in seiner Familie am 6. Dezember gewöhnlich als Nikolaus auftrat, schenkte ich ihm bei dieser Gelegenheit einmal einen Wandkalender, aus dem ich die Montage vorher entfernt hatte. Trendelenburg hatte uns gelegentlich erzählt, daß in seiner Vorfahrenreihe sich sowohl einer der berüchtigten Hexenhämmer als auch eine zum Feuertode verurteilte Hexe befunden hätten. An Montagen, an denen er besonders unausgeglichen wirkte, sagten seine Mitarbeiter: „Heute verbrennt wieder einmal der Urgroßvater die Urgroßmutter." Trendelenburg hatte überhaupt gelegentlich Stimmungen tiefsten Pessimismus. Oft schrieb er dann während einer Sitzung eine Bemerkung auf einen Zettel, den er mir herüberwarf oder zusammengefaltet zuschickte. Einmal, es mag Anfang 1932 gewesen sein, als man eine Veränderung des Regimes nahen fühlte, schrieb er auf einen solchen Zettel: „Zehn Jahre altes Ballhaus[53] sind genug. Ich kaufe mir jetzt einen Blumenstand." Ein anderes Mal setzte er aus den Buchstaben seines Namens Ernst Trendelenburg den Satz zusammen: „Stern, der ungern lebt."

Im Jahre 1926 oder 1927 gelang es nun, die im Hof des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gelegene Villa als Dienstwohnung für Trendelenburg bereitzustellen. Von da ab hatte er Frau und Kinder um sich und konnte, von Ausnahmefällen abgesehen, sein Mittagessen bei ihnen einnehmen, und das machte ihn zu einem anderen Menschen. Er wurde viel heiterer und ausgeglichener und zog den einen oder anderen

---

Reichstag, 1919 Reichsfinanzminister, März 1929 Vorsitzender des Enquete-Ausschusses, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutsch-Asiatischen Bank.

[52] Aufzeichnung Stresemanns: „29. April 1927. ... Ich habe dem Reichskanzler davon Mitteilung gemacht, daß mich Herr Trendelenburg ... auf die Rede des Reichsministers Schiele hingewiesen habe mit dem Bemerken, daß er sich von der Weltwirtschaftskonferenz vollkommen zurückziehen müsse, wenn etwa eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik seitens der Reichsregierung beabsichtigt sei. Ich habe den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die Rede des Herrn Schiele ... dem Charakter der Weltwirtschaftskonferenz vollkommen widerspräche und daß ich Herrn Trendelenburg erklärt hätte, von einer Änderung der Wirtschaftspolitik könne keine Rede sein." Allerdings fährt Stresemann dann fort: „Der Reichskanzler war mit der Antwort ... einverstanden ..." (Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. 3, Berlin 1933, S. 137).

[53] Bekanntes Berliner Tanzlokal.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner Mitarbeiter zu persönlichem Umgange heran. Ich selbst war regelmäßig ein- oder zweimal im Monat zum Mittagessen bei ihm. Die Gespräche, die wir dabei im Garten promenierend oder in seinem kleinen Bibliotheksraum hatten und an denen Frau Klärchen einen stillen aber doch belebenden Anteil nahm, sind mir in schönster Erinnerung. Bei der Einübung eines kleinen Stückes, das ich zu seinem 50. Geburtstag geschrieben hatte[54], festigten sich auch meine freundschaftlichen Beziehungen zu Peter und Karin, die in ihrem Wesen sehr verschieden, aber doch jedes in seiner Art reizende Kinder waren. In diesem Hause hielten wir auch manchmal während der Dienststunden Besprechungen ab, während deren wir von dem laufenden Ministerialbetrieb nicht gestört werden wollten. Hier sind einige der grundlegenden Fragen des Young-Plans und die ersten Maßnahmen zur Behebung der Bankenkrise [1931] erörtert worden.

Trendelenburg war kein unbedingt bequemer Staatssekretär für seine Minister. Er hatte stets seine eigenen Auffassungen und vertrat diese vor dem Minister offen und entschieden mit einer leichten Beimischung von Sarkasmus; aber er war restlos loyal und hat mit Ministern der verschiedensten Parteischattierungen reibungslos zusammengearbeitet. Trendelenburg und ich haben im Wirtschaftsministerium zusammen in der Zeit von 1918 bis zu meinem Übertritt ins Reichsfinanzministerium Ende 1929 zehn Minister erlebt, davon den einen, den Sozialdemokraten Robert Schmidt, den Trendelenburg menschlich besonders gern mochte, sogar dreimal – wie Trendelenburg zu sagen pflegte, „im Rückfall". Alle diese Minister haben Trendelenburg hoch geschätzt und seine unübertroffene Sachkunde auf dem Gebiete der Handelspolitik neidlos anerkannt. Später in seiner Genfer Zeit hat Trendelenburg einmal seine Erinnerungen an seine Minister in einer Reihe von Distichen, die eine Wiedergabe verdienen, niedergelegt, da sie jeden einzelnen treffend kennzeichnen und auch ein Beispiel für die Art des Trendelenburgschen Witzes sind:

REVUE 1918–1932

Viele herrliche Chefs hast Du Republik mir beschieden,
Darum ein Distichon Dir sei von mir dankbar geweiht.

August Müller: Du warst ein Elefant nur als Reittier,
Weimar vermochte durch nichts je Dich zu bringen in Trab.

Wissell hingegen glich ganz dem empfindlichen Pferde.
Schon bei dem leisesten Druck brach er wie toll aus der Bahn.

Bobby Schmidt: Du warst ein sehr solider und schwerer
braver Ackergaul, der seine Arbeit stets schafft.

Scholz[55]*:* Gestriegeltes Pferd, wohl eingefahren in Kutschen,
stets elegant und voll Takt, doch nicht zum Reiten bestimmt.

Bobby Schmidt: Du kamst wieder im Kabinett der Erfüllung.
Daß sie unmöglich sei, sahst Du so gut wie ich selbst.

---

[54] Kopie vorhanden in IfZ, ED 93, Bd. 48, S. 106 ff.

[55] Dr. Ernst Scholz, geb. 1874, Studium der Rechtswissenschaft, 1900 Sekretär des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes in Berlin-Charlottenburg, anschließend in der Kommunalverwaltung tätig, Oberbürgermeister von Kassel, dann von Charlottenburg, Mitglied des Preußischen Herrenhauses, Juni 1920–Okt. 1921 Reichswirtschaftsminister, 1929/30 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei, Vorsitzender des Deutschen Sparkassenverbandes.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Becker: Du warst ein richtig gelernter Vorkriegsminister,
Doch Euer Kabinett plötzlich verstarb an der Ruhr.

Raumer und Koeth: Ihr waret etwas zu kurz auf der Schule.
Im Inflationsgewühl litt auch der Unterricht,
Jener marschierte beweglichen Geistes und dieser Diktator,
Jener in Gegenwart, dieser jedoch nur in spe.

Eduard Hamm: Du warst gewiß der sympathischsten einer,
Auf dem Ministersitz kamst Du nie richtig zu Stuhl.

Neuhaus[56]*:* Du hattest einst stolz den Eid der Verfassung verweigert.
Für das Ministerglück wurde er prompt abgelegt. –
Ausgebrochene Staatssekretäre kann ich nicht leiden.
Als „gefürsteter Graf" spielte hier *Krohne*[57] sich auf.

Julius Curtius[58]*:* Ein reitender Artilleriste,
Kam dann zur Kavallerie in das Auswärtige Amt.

Bobby Schmidt: Zum dritten Male darf ich Dich nennen,
Du warst im Haag und in Genf, und ich war glücklich zu Haus.

Moldenhauer[59]*:* Auch Du verließest zu zeitig die Anstalt,
Doch auf Lorbeer erpicht, nahmst einen Seher Du mit.

Dietrich[60]*:* Du polternder Gott, hättest gern mich dem Teufel empfohlen,
Hättest Du genau nur gewußt, ob er Dich selber nicht holt.

Trendelenburg: Was sag ich von Dir „mit Geschäften beauftragt".
Von der gesamten Revue warst Du der scheußlichste mir.

---

[56] Dr. jur. Albert Neuhaus, geb. 1873 in Glasgow (Schottland). Nach Studium und Auslandsaufenthalt Eintritt in das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, 1918 Leiter der Handelspolitischen Abteilung, ab 1920 in der Privatwirtschaft, Januar–November 1925 Reichswirtschaftsminister. – Als Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei hatte er gegen die Annahme der Weimarer Verfassung gestimmt.

[57] Dr. jur. Rudolf Krohne, wie Dr. Neuhaus Ministerialdirektor im Preußischen Handelsministerium, 1923 Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, war Januar 1925–Dezember 1926 Reichsverkehrsminister und November/Dezember 1925 mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

[58] Dr. Julius Curtius (1877–1948), der spätere Reichsaußenminister, war Januar 1926–November 1929 Reichswirtschaftsminister.

[59] Dr. Paul Moldenhauer, geb. 1876. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Diplom als Versicherungssachverständiger. November/Dezember 1929 Reichswirtschaftsminister, Dezember 1929–Juni 1930 Reichsfinanzminister, anschließend Lehrtätigkeit, 1933 deutscher Sachverständiger auf der Abrüstungskonferenz. Nach 1945 Mitwirkung bei der Entflechtung des IG-Farben-Konzerns, gestorben 1947 in Köln.

[60] Dr. jur. Hermann R. Dietrich (1879–1954), 1914–1920 Minister des Auswärtigen in Baden, 1919 Abgeordneter der Demokratischen Partei im Reichstag, 1930 Mitbegründer der Deutschen Staatspartei, März–Juni 1930 Reichswirtschaftsminister, Juni 1930–Mai 1932 Reichsfinanzminister, anschließend Tätigkeit als Rechtsanwalt. 1946/47 Vorsitzender des Zweizonenausschusses für Ernährung und Landwirtschaft.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Warmbold[61]*:* Professor, warum verließest Du Deinen Katheder?
Elender Dunkelmann und I.G. Farben-Agent.

Nochmals *Trendelenburg:* Für wenige Tage beauftragt,
Bis Herr Schleicher Franz Papen zum Kanzler gemacht.
Warmbold und Herrenklub ergriffen alleine die Zügel.
Fort ging's in lustiger Fahrt, *Schwarzkopf*[62] setzt hinten sich auf.

Mich als Staatssekretär besaß ein Dutzend Minister.
Jetzt, da das Dutzend ist voll, hat mich in Genf alle Welt.
Meine verehrten Herren Chefs, ich frage Euch auf das Gewissen:
War ich Euch insgesamt unheimlich nicht und suspekt?
Weiß schon, Ihr fürchtet alle die liebenswürdigen Sarkasmen,
Und so traut Ihr auch gleich Memoiren mir zu.
Bitte beängstigt Euch nicht: Memoiren gelten nur Taten,
Doch nicht der Mann schuf die Zeit, sondern die Zeit schob den Mann.

Liest man diesen Rückblick, so kann man verstehen, daß ein Teil seiner Freunde Trendelenburg, wenn er mit großer Durchschlagskraft seine Gedanken vertrat, Savonarola nannte und ein Teil seiner Mitarbeiter, wenn sie ihn niedergeschlagen am Montag morgen in seinem Arbeitszimmer fanden, ihn im Anschluß an eine Figur in dem Stuckenschen Roman „Die weißen Götter" als den „edlen Traurigen" bezeichneten.

Als im Sommer 1930 der Reichswirtschaftsminister Hermann Dietrich in der Nachfolge für Moldenhauer das Finanzministerium übernahm, wurde kein Nachfolger für ihn im Reichswirtschaftsministerium ernannt, sondern Trendelenburg mit der Führung des Ministeriums kommissarisch betraut. Fünfzehn Monate hindurch, länger als irgendein anderer Staatssekretär, hat er dieses Amt betreut. Es waren nicht die leichtesten fünfzehn Monate. In diese Zeitspanne fielen die scharfen Auswirkungen der Weltkrise, fiel das rapide Anwachsen der Arbeitslosigkeit, fielen das dramatische Ausscheiden Schachts aus der Reichsbank und sein Kampf gegen die Reichsregierung, die deutsch-österreichische Zollunion, die ersten Schritte zur Revision des Young-Planes, das Hoover-Moratorium[63] und die deutsche Bankenkrise und deren Überwindung.

---

[61] Dr. phil. Hermann Warmbold (1876–1976). Studium der Land- und Forstwirtschaft, bei verschiedenen landwirtschaftlichen Gremien tätig, Direktor der Württembergischen Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, 1921 Preußischer Landwirtschaftsminister, 1922 Vorstandsmitglied der BASF Ludwigshafen, dann der I.G. Farbenindustrie A.-G., Reichswirtschaftsminister Oktober 1931–Januar 1933.

[62] Dr. jur. Karl Schwarzkopf, 1921 Direktor des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Direktor der Landeskredit-Kasse Kassel, wurde am 25. 8. 1932 als Nachfolger Trendelenburgs zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt.

[63] Brüning schreibt darüber: „... Krosigk, Trendelenburg, Pünder und meist auch Schäffer ... konnte ich leider nicht schonen. Arbeitend bis zum körperlichen Zusammenbruch, haben sie eine Entscheidungsschlacht geschlagen, denn diese Tage und Nächte haben trotz scheinbarer Katastrophe den Durchbruch geschaffen." (Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 309). Für den Ministerposten konnte sich Trendelenburg bei Brüning allerdings nicht qualifizieren: „Ich hatte Bücher ... als Wirtschaftsminister in Aussicht genommen, da der sehr kluge Staatssekretär Trendelenburg als Beamter nicht die nötige Initiative und Autorität aufbringen konnte." (Memoiren, S. 370)

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erst bei der Umbildung des Kabinetts Brüning im Oktober 1931 erhielt Trendelenburg in der Person von Professor Warmbold, bis dahin einer der Direktoren der I.G. Farben, einen neuen Minister. Trendelenburg hat auch hier versucht, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit durchzuführen. Auf den Minister, der ziemlich ahnungslos in schwerster Zeit vor ganz neue Aufgaben gestellt wurde, wirkten aber Personen seines früheren Wirkungskreises ein und zogen ihn in eine Richtung, die der bisherigen Wirtschafts- und Währungspolitik fremd war. Das führte zu Spannungen und einer Verschlechterung der Beziehungen. Ich habe selbst in zahlreichen Gesprächen erlebt, wie Trendelenburg darunter gelitten hat[64]. Trotz dieser seelischen Belastung hat er weiter erfolgreich an großen Aufgaben mitgewirkt. Er war auf der Lausanner Konferenz im Juli 1932, bei der die Reparationen endgültig begraben wurden. Von dort schickte er mir ein Gedicht, das halb satirisch, halb pessimistisch, im Grunde doch hoffnungsvoll für die weitere Zukunft die Verhandlungen dieser Konferenz beschrieb[65].

Schließlich kam es im August 1932 doch auf Wunsch des Ministers zu einem Ausscheiden Trendelenburgs. Ich schrieb damals in der Vossischen Zeitung einen Leitartikel, der meine Auffassung dieses Vorgangs wiedergibt[66]. Zu seinem Inhalt stehe ich noch heute. Trendelenburg hat von der Abfassung dieses Artikels vorher nichts gewußt. Seine Veröffentlichung ist von ihm immer als ein Bärendienst empfunden worden.

Alle Kreise, die Trendelenburgs Kenntnisse und Sachlichkeit zu würdigen wußten, waren sich darüber einig, daß diese Kraft dem Deutschen Reiche erhalten bleiben müßte. Am Tage nach seiner Entlassung unternahmen Franz von Mendelssohn[67], der ehemalige Minister Hamm und Bernhard Dernburg sowie einige andere führende Persönlichkeiten einen gemeinsamen Schritt bei dem Reichskanzler von Papen, um die Ernennung Trendelenburgs für den neu geschaffenen Posten eines Vize-Generalsekretärs bei dem Völkerbunde vorzuschlagen. Die Regierung leistete diesem Wunsche Folge, und Trendelenburg zog mit seiner Familie nach Genf. Am 6. Dezember 1932 spielte ich das letzte Mal im Hause Trendelenburg den Nikolaus.

Von da ab sprach ich ihn nur noch selten, aber dann meist recht ausführlich. Ich gewann das Gefühl, daß er sich rasch in die Zusammenarbeit mit seinen ausländischen Kollegen in Genf einlebte, aber persönlich stark darunter litt, daß mit dem Hochkommen der nationalistischen Welle in Deutschland und dem Herannahen des Hitler-

---

[64] Tagebucheintragung Schäffers vom 23. 8. 1932: „... Wolfgang Pohl ... erzählt, daß Trendelenburgs Abgang nun ganz bestimmt ist ... Warmbold [habe] ihn mehrfach provoziert. Er habe bei einem Vortrag erzählt, man müßte aus einem Unternehmen von Zeit zu Zeit, damit Ruhe wird, einen entscheidenden Mann heraussetzen. Trendelenburg habe wohl gemerkt, daß dies auf ihn gemünzt sei, habe sich aber ruhig verhalten. Dann habe ihn Warmbold gegen Mittag zu sich gebeten und sei auf ihn eingedrungen, es gehe nicht weiter, sie müßten sich trennen ... Tatsächlich ist Trendelenburg der Treiberei der Leute von der I.G. und der Kleinlichkeit von Warmbold zum Opfer gefallen. Er empfindet die Sache sehr schwer." (IfZ, ED 93, Bd. 22, S. 791 f.)

[65] „Palmström eilte nach Lausanne ...", in Kopie vorhanden im IfZ, ED 93, Bd. 48, Bl. 110 f.

[66] Trendelenburg, Der Wechsel im Reichswirtschaftsministerium (ungezeichnet), Vossische Zeitung vom 24. 8. 1932, S. 1 f. Der Verfasser greift darin den Minister aufs heftigste an, ohne jede Rücksichtnahme auf Trendelenburgs prekäre Situation: „... Vielleicht, daß sein Minister das eigene Licht vom Schatten dieser starken und angesehenen Persönlichkeit, die überall in der Wirtschaft Vertrauen genießt, zu sehr verdunkelt fühlte ..."

[67] Franz von Mendelssohn, Mitinhaber der Fa. Mendelssohn & Co, Bankgeschäft, Berlin, seit 1922 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Vizepräsident der Internationalen Handelskammer Paris.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regimes sich die Stimmung der anderen Mächte gegenüber Deutschland sehr verschlechterte. Er verbiß sich schließlich in den Gedanken, daß der Völkerbund sich zu einem Instrument zur Niederhaltung Deutschlands entwickelt hatte, und er sprach mit einem gewissen Groll von der „Genfer Liga", Gefühle, die in dem etwa acht Jahre später erschienenen Buche „Amerika und Europa"[68] verstärkt zum Ausdruck kamen.

Nach Hitlers Machtergreifung hatte ich die erste Unterhaltung mit ihm Ende Juni 1933 in London, wo er als Vize-Generalsekretär des Völkerbundes an der Weltwirtschaftskonferenz teilnahm. Ich selbst war durch das Hitler-Regime aus meiner Stellung als Generaldirektor des Ullstein-Verlages vertrieben worden und verhandelte damals gerade in London und Paris mit dem Wirtschaftsberater Chiang-Kai-Sheks, dem jetzigen Präsidenten der Montanunion Jean Monnet, über die Übernahme der Stelle eines Finanzberaters in China. Der deutsche Botschafter Leopold von Hoesch in London, der mit Trendelenburg und mir gut bekannt war, hatte Trendelenburg von meiner Anwesenheit verständigt, und dieser bat mich, in seinem Hotel mit ihm zu Mittag zu essen. Trendelenburg war weder damals noch später Nazist. Er mißbilligte vieles, was die Partei und die von ihr geführte Regierung getan hatte. Er verübelte es den Nationalsozialisten besonders, daß sie auch Mitglieder seiner Familie, insbesondere seinen Bruder Friedrich, aus leitenden Stellungen in weniger bedeutsame versetzt hatten und daß sie ihm selbst nicht die Möglichkeit geboten hatten, aus eigenem Willen zu entscheiden, ob er sich in einer mehr im Zentrum des Geschehens liegenden Stelle an der Neuordnung beteiligen wollte. Er fühlte sich verpflichtet, die Stellung Deutschlands in Genf zu wahren und, wie er sich ausdrückte, zu verhindern, daß die Vertreter der neuen Richtung auf dem ihnen unbekannten Parkett des Völkerbundes Schaden für die deutsche Gesamtheit anrichteten. Trendelenburg wünschte, nicht zu weitgehend mit dem Weimarer Regime identifiziert zu werden; aber er war andererseits auch nicht bereit, sich auf die nationalsozialistische Linie festlegen zu lassen. Er glaubte, daß das Anschlagen eines härteren außenpolitischen Tones durch Hitler vorteilhaft sei; aber er lehnte viele seiner innenpolitischen Maßnahmen ab. Er hat es einige Monate später mir gegenüber einmal in Abwandlung eines Goetheschen Wortes so ausgedrückt, daß er nicht nationalsozialistisch, aber hitlerisch sei. Im Ganzen neigte er zur „säkularen Betrachtungsweise", hielt den Nationalsozialismus in seiner virulenten Form für eine Übergangserscheinung und glaubte, daß nach zehn Jahren die Leistungen des gestürzten Systems wieder eine gerechte Würdigung finden würden[69].

Von Dritten, die ihn in Genf sprachen, hörte ich, daß sein Gemüt sich unter der immer feindseliger werdenden Stimmung der anderen Mächte in Genf stark verdüsterte und daß er es vermied, grundsätzliche Fragen mit alten Freunden zu erörtern. Er fühlte mehr und mehr, daß die Stellung Deutschlands im Völkerbund und in der Abrüstungskommission nicht mehr haltbar war, und empfand das Ausscheiden Deutschlands aus beiden als eine Befreiung von einem seelischen Druck und als eine persönliche Entlastung von einem ihm nicht mehr erwünschten Amte.

Nach dem 14. Oktober 1933 war Trendelenburg einige Monate ohne besondere

---

[68] Ernst Trendelenburg, Amerika und Europa in der Weltwirtschaftspolitik des Zeitabschnitts der Wirtschaftskonferenzen, 1. Band: Bis zum Dawes-Plan 1924, Berlin 1943, 2. Auflage 1944.

[69] Die Tagebucheintragung vom 26. 6. 1933 (IfZ, ED 93, Bd. 24, S. 60 f.) deckt Details der obigen Ausführungen nicht ab. Die Bemerkung „Im ganzen habe ich den Eindruck einer Flucht ins Säkuläre" findet sich im Tagebuch erst in dem Gespräch vom 3. 1. 36 (ED 93, Bd. 25, S. 4 [1936]). Bei der Niederschrift der „Erinnerungen" sind augenscheinlich zeitlich etwas differierende Aussagen zusammengefaßt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgaben. Als um Weihnachten 1933 der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der dem Reich gehörenden Vereinigten Industrie A.-G. (Viag), der frühere Staatssekretär David Fischer, plötzlich starb, trat Trendelenburg an seine Stelle und übernahm auch den Vorsitz im Aufsichtsrat der Reichs-Kredit-Gesellschaft. Diese Reichsgesellschaften, die nach dem Kriege im Jahre 1922 von Geheimrat Felix Heimann, Wilhelm Lenzmann, Edgar Landauer und Max von der Porten[70] aus den Vermögensbeständen der ehemaligen Kriegsgesellschaften aufgebaut worden waren und dank weiser Voraussicht und vorsichtiger Leitung die Krise besser als die meisten anderen gleichartigen Unternehmungen überstanden hatten, hatten immer Trendelenburgs und mein Interesse gefunden. Wir waren beide an der Gründung beteiligt und gehörten fast die ganze Zeit dem Aufsichtsrate an. Die Tätigkeit, die Trendelenburg nunmehr erwartete, hatte zunächst einen rein wirtschaftlichen Charakter. Erst während des zweiten Weltkrieges, als Hermann Göring die Viag als Mittel mißbrauchte, um unter anderen als ökonomischen Gesichtspunkten die Hermann Göring-Werke zu finanzieren, änderte sich dies. Es ist bestimmt anzunehmen, daß Trendelenburg diesen Bestrebungen ablehnend gegenüberstand, daß er aber nicht stark genug war, um sie zu verhindern. Es war ihm wohl auch unmöglich, sich in jenem Zeitpunkt aus dieser Tätigkeit zurückzuziehen, da es kaum denkbar gewesen wäre, eine andere Stellung unter solchen Umständen zu finden.

Zwischen der Unterhaltung in London im Juni 1933 und unserem letzten Zusammensein im Januar 1936 haben wir uns nur einmal im Juli 1934 nach den Morden des 30. Juni gesprochen. Es war im Garten der von ihm bewohnten Villa in Dahlem. Wir hatten damals einen verschiedenen Standpunkt gegenüber den Ereignissen. Ich konnte nicht verstehen, daß die Reichswehr, deren beschworene Aufgabe es doch war, Verbrechen und Unordnung zu verhindern und die Verfassung zu schützen, diesen Gewalttaten gegenüber untätig bleiben konnte. Er verteidigte die Reichswehr und sagte, daß diese dadurch Hitler geholfen hätte, die Partei von verbrecherischen Elementen zu reinigen und eine neue Revolution zu verhindern[71].

Noch weiter ging Trendelenburg in seiner Verteidigung der Regierungsmaßnahmen bei unserem letzten Gespräch im Januar 1936 in meinem Arbeitszimmer in Neu-Westend[72]. Er sagte damals, daß Hitler der einzige Mann sei, der Deutschland zusammenhalten könnte, und daß es die Pflicht jedes Deutschen sei, ihm dabei zu helfen, soweit diese Hilfe erwünscht sei, und Leiden zu ertragen, soweit sie als Folge der von Hitler verfolgten Linie unvermeidlich seien. Wenn einst, vielleicht nach fünfzehn

---

[70] Max von der Porten, ehemals Vorstandsmitglied der Otavi-Kolonialgesellschaft, war während des Ersten Weltkrieges Staatskommissar bei der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft und wurde 1920 zum Generaldirektor der reichseigenen Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. ernannt. Dr. Lenzmann, Dr. Landauer und Felix Heimann waren im Reichsschatzministerium tätig und gehörten dem Vorstand der Reichs-Kredit-Gesellschaft an, Felix Heimann übernahm 1922 den Vorstandsvorsitz.

[71] Die Tagebucheintragung über diesen Besuch Schäffers im Hause Trendelenburgs am 15. 8. 1934 (IfZ, ED 93, Bd. 25, S. 60 f. [1934]) verzeichnet die Debatte über den 30. Juni und das Verhalten der Reichswehr nicht. Es fällt auf, daß hier wie auch bei der Eintragung über das Gespräch vom Januar 1936 einige brisante Themen nur knapp vermerkt oder ganz ausgeklammert wurden. Vielleicht sah Schäffer hier von ausführlichen Schilderungen aus Sicherheitsgründen ab (vgl. auch Hinweis auf die Gefährdung der Tagebücher im Vorspann zu 1937, ED 93, Bd. 25, S. 1 [1937]).

[72] Tagebucheintragung vom 3. 1. 1936, IfZ, ED 93, Bd. 25, S. 2 f. (1936). – Schäffers Familie wohnte bis zur Übersiedlung nach Jönköping (April 1936) in Berlin, Schäffer kam wiederholt auf Besuch.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahren, das nationalsozialistische Regime einem anderen Platz gemacht oder sich innerlich umgestaltet habe, dann würden auch die Leistungen der Weimarer Regierung wieder Anerkennung finden, und dann sei es Zeit, an eine Wiedergutmachung des jetzt zugefügten Unrechts zu denken. Er mißbilligte, daß der Reichsverkehrsminister Eltz von Rübenach sich nach dem 30. Juni von Hitler getrennt habe, daß Schacht gelegentlich Extratouren tanze und Popitz im Kabinett Opposition mache. Er verteidigte auch die außenpolitische Linie Hitlers. Als ich auf Grund meiner in Amerika und England empfangenen Eindrücke[73] die Überzeugung aussprach, daß die Westmächte eine Vernichtung der Tschechoslowakei und Polens niemals dulden würden, wurde er aufgeregt und erwiderte, daß die Westmächte sich daran gewöhnen müßten, daß sie in Entscheidungen im Osten Europas nicht hereinzureden hätten. Ich hatte damals das Gefühl, dem ich auch Ausdruck gab, daß er sich in diese seiner Natur so fernliegenden Auffassungen unbewußt hineingelebt hätte, um mit Selbstachtung seine Tätigkeit weiter ausüben zu können. Er bestritt das nicht, sondern sagte, daß ich, der ich als früherer Anwalt beruflich freizügig sei, mich kaum in seine Lage hineindenken könne. Er selbst habe sein Leben lang im öffentlichen Dienst gestanden. Wenn er das nicht länger tun könnte, so sei er nur ein „armer Haufen". Wir müßten jeder unseren Weg zu Ende gehen und hoffen, daß sich diese Wege noch einmal begegnen würden. Wir schieden damals von einander nicht unfreundlich, aber beide sehr traurig. Drei Monate später, nach dem Wiedereinmarsch ins Rheinland, begrüßten wir uns noch eines Morgens ganz kurz auf dem Bahnhof Zoo, als ich von Paris zurückkam und er im Begriff war, dorthin zu fahren[74]. Einer Unterhaltung wich ich aus, da Goebbels im gleichen Zug saß.

Später wurden mir noch drei- oder viermal Grüße von ihm überbracht. Von seinem Tode hörte ich zuerst nur gerüchtweise. Dann schrieben mir Geheimrat Hermann Fellinger, Ministerialdirektor Friedrich Ernst[75] und später auch Peter[76] Näheres. Sie baten mich gleichzeitig, die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit eines Neudruckes des von Trendelenburg im Jahre 1943 veröffentlichten Buches „Amerika und Europa" zu prüfen. Hieran schloß sich ein Briefwechsel mit diesen beiden sowie mit Professor Alexander Rüstow[77], der in vieler Hinsicht aufschlußreich ist[78].

---

[73] Siehe Bericht Dr. Schäffers über USA-Aufenthalt im Dezember 1934, IfZ, ED 93, Bd. 33.

[74] Die Begegnung fand am 4. März 1936 statt (IfZ, ED 93, Bd. 25, S. 24 [1936]).

[75] Dr. Friedrich Ernst, 1921–1931 im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, 1931–1934 Reichskommissar für das Bankgewerbe, Bankier, Aufsichtsratsvorsitzender der AEG.

[76] Der Sohn von Dr. Ernst Trendelenburg.

[77] Dr. Alexander Rüstow (1885–1963), 1919–1924 im Reichswirtschaftsministerium, 1924 bis 1933 wissenschaftlicher Berater des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, 1933–1948 Professor der Volkswirtschaftslehre in Istanbul, 1949–1955 Professor der Soziologie in Heidelberg.

[78] Der Briefwechsel liegt vor im IfZ, ED 93, Bd. 43 u. 44. Er ergab, daß von einer Neuauflage abzuraten sei. Man war sich darin einig, daß das Buch Gedankengänge zum Ausdruck bringe, die mit dem Urteil Trendelenburgs während der gemeinsamen Weimarer Zeit nicht übereinstimmten. Für eine Neuauflage bzw. die Veröffentlichung eines zweiten Teils setzte sich dagegen der ehemalige Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Dr. Berger ein, der sich Schäffer gegenüber etwas zugute tat, mit Trendelenburg noch in den letzten Jahren zusammengearbeitet zu haben und sich entsprechend als „Insider" und Kenner der Szene fühlte. Er schreibt am 17. 4. 1962 an Schäffer: „Im übrigen war es [Trendelenburgs Buch] eine Sache, die mit seinem Herzblut geschrieben war. Unter unglaublichen Zuständen und physisch zermürbenden Verhältnissen." (ED 93, Bd. 43).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich selbst habe die Jahre unserer durch die Verhältnisse herbeigeführten Entfremdung, unter der ich lange sehr gelitten habe, aus meinem Gedächtnis gelöscht und nur die freundschaftliche Zusammenarbeit der Zeit bis zu Hitlers Machtergreifung in Erinnerung behalten, die zehn Jahre, die wir im Reichswirtschaftsministerium zusammengearbeitet haben, und die folgenden drei Jahre, in denen wir von verschiedenen Stellen aus eng verbunden dem gleichen Ziele zugestrebt haben.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

OBERBÜRGERMEISTER IN JENA 1945/46

Aus den Erinnerungen von Dr. Heinrich Troeger

Bei seinem Tode hinterließ Dr. Heinrich Troeger (1901–1975), zuletzt (1958–1969) Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, umfangreiche Aufzeichnungen unter dem Titel „Erlebtes und Gedachtes, Erinnerungen von 1945 bis 1970". Diese Memoiren sollten „einen Teil dessen festhalten, was ich mir als bemerkenswerte Erlebnisse und Meinungsäußerungen – sowohl fremde als auch eigene – während meiner Berufstätigkeit in verschiedenen öffentlichen Stellungen im allgemeinen regelmäßig in meinen Tagebüchern notiert habe".

Als Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte ist Troeger den Zeitgenossen nicht unbekannt gewesen. Geboren am 4. März 1901 in Zeitz, wurde er nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und Absolvierung des juristischen Vorbereitungsdienstes schon 1926 Erster Bürgermeister der schlesischen Stadt Neusalz an der Oder und war ab 1931 Mitglied des Provinziallandtages von Niederschlesien für die SPD. Diese Tätigkeiten fanden im März 1933 aus politischen Gründen ihr Ende; Troeger arbeitete danach als Rechtsberater und wurde 1936 als Verwaltungsrechtsrat beim Preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin zugelassen. Das Kriegsende und die ersten beiden Monate danach erlebten Troeger und seine Familie in Neustadt an der Orla (Thüringen); im benachbarten Jena übernahm er dann Anfang Juli 1945 eine Aufgabe, die schwer und verlockend zugleich war und über die er im nachfolgenden berichtet. Als sich nach den Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone (8. September 1946) zeigte, daß sich seine Tätigkeit als Oberbürgermeister von Jena nicht fortsetzen ließ, siedelte Troeger Anfang November 1946 nach Berlin über und ging von dort nach Hessen. Im Anschluß an eine halbjährige Zugehörigkeit zum hessischen Finanzministerium (Ministerialdirektor) wurde er Ende Juli 1947 Generalsekretär zunächst des Exekutivrates und 1948 des Länderrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt. Nach Konstituierung der Bundesorgane folgte abermals Tätigkeit in einem Ministerium (Ministerialdirektor im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen). 1951–1956 war Troeger hessischer Finanzminister und 1956/1957 Präsident der Landeszentralbank Hessen. Im Zusammenhang mit der Umwandlung der Bank deutscher Länder in die Deutsche Bundesbank wurde er 1958 deren Vizepräsident und bekleidete dieses Amt bis 1969. Neben akademischen Ehrungen 1966 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet, starb Troeger am 28. August 1975 in Bad Nauheim. Die letzten sieben Jahre hatte er in Jugenheim an der Bergstraße gelebt.

Die Gründe für die Auswahl des nachstehend abgedruckten Abschnittes aus den Erinnerungen Troegers ergaben sich nicht zuletzt aus dem Umstand, daß Berichte

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beteiligter über die ersten Phasen des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Gebieten außerhalb der heutigen Bundesrepublik selten sind. Daneben war auch die hier wiedergegebene Dichte des persönlichen Erlebens, verstärkt durch die – im Anfang – unmittelbare Verwendung von Tagebuchaufzeichnungen, mitbestimmend. Fortgelassen wurde lediglich ein abschließendes kleines Kapitel, das im wesentlichen die Ansprache Troegers bei der Amtsübergabe an den Nachfolger enthält. Im übrigen beschränken sich die Eingriffe auf einige Kürzungen und Vereinheitlichung der Schreibweise. Wo Bemerkungen, z. B. bei Tagebuchtexten, zu offenkundigen späteren Veränderungen oder Einschüben notwendig wurden, sind sie im Anmerkungsapparat erfolgt. Für die Genehmigung, den Abschnitt über die Oberbürgermeisterzeit in Jena zu veröffentlichen, sei auch an dieser Stelle der Erbengemeinschaft Troeger vielmals gedankt.

Der Bericht Troegers beginnt mit einer Eintragung vom 10. Juni 1945, etwa acht Wochen nach der Besetzung Thüringens durch die amerikanische Armee, die das Land jedoch nur interimistisch verwaltete. Da angesichts des großen Geländegewinns während der April-Operation (außerhalb der künftigen US-Besatzungszone) die der Armee zur Verfügung stehenden Military Government Detachments nicht ausreichten, mußten bei den Korps und Divisionen in Thüringen und Westsachsen im Eilverfahren neue Einheiten gebildet werden, so auch (entlang der Autobahn) für Erfurt, Weimar, Jena und Gera. Dennoch blieb die Kontrolle des thüringischen Raumes auf die Dauer unvollkommen, zumal während der nachfolgenden Wochen bei den Kampftruppen laufend Umgruppierungen und Teilabzüge vorgenommen wurden und, wie gesagt, den amerikanischen Stäben bekannt war, daß ihr Aufenthalt in Thüringen nur vorübergehend sein würde.

Thilo Vogelsang

Dokument

A. TAGEBUCH-AUFZEICHNUNGEN

Neustadt, den 10. Juni 1945

Aller Gemüter sind vom Russenschreck erfüllt. Ich war am Dienstag [5. Juli] vergnügt und zuversichtlich mit einem Fahrrad von Weimar heimgekehrt, wo ich meine Mutter, meinen Bruder Eberhard und dessen Frau wohl angetroffen hatte.

[...]

Beim Innenministerium und Finanzministerium in Weimar gab ich je eine Bewerbung ab, wobei mir Finanzminister Moog[1] nach einer kurzen Besprechung gute Hoffnung

[1] Leonhard Moog (1882–1962), vor 1933 in führender Stellung bei der Angestellten-Gewerkschaft GAD sowie für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) als Stadtverordneter in Weimar und Landtagsabgeordneter tätig, war von der amerikanischen Militärregierung zum Leiter des Finanzressorts bestellt worden. Die Bezeichnung „Finanzminister" ist für die Zeit bis zur Regierungsbildung nach den ersten Landtagswahlen (20. Oktober 1946) unrichtig. Nach Eintreffen und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht rief M. am 9. Juli 1945 in Weimar den thüringischen Landesverband einer neuen DDP, später LDP,

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf eine Anstellung für Ende Juni gemacht hatte. Am Mittwoch [6. Juni] brachte das Radio die Nachricht, daß die Russen nach den Beschlüssen von Jalta die Besetzung von Sachsen, Thüringen und der Provinz Sachsen für sich beanspruchten[2]. Wie gelähmt waren alle diejenigen, die etwas zu verlieren hatten, und das sind in Thüringen nicht wenige. Es ging ein Fragen und Überlegen, ein Kalkulieren und Planen an: „Kommen sie oder kommen sie nicht?" – „Ich denke, sie werden nicht kommen, denn die Amerikaner werden die Russen nicht weiter hereinkommen lassen! Die Amerikaner werden doch die von ihnen eroberten Gebiete nicht aufgeben!" – „Der Stadtkommandant soll gesagt haben: Es läge kein Grund zur Beunruhigung vor." Andere meinten, es wäre noch ein Ausgleich für die französische Besatzungszone auszuhandeln – dafür wäre Thüringen das geeignete Objekt.

Wie sollten auch die Amerikaner die Zeiß-Werke[3] den Russen überlassen! Man spricht von einer Linie Magdeburg – Dessau – Halle – Merseburg – Leipzig; andere reden von der Saale-Linie, wieder andere sind bereit, Greiz und Altenburg den Russen zu überlassen. Es ist ein angstvolles Durcheinander; viele reden offen von der Flucht irgendwohin, Hauptsache wäre, aus der russischen Besatzungszone herauszukommen. Es werden tolle Greueltaten erzählt. Flüchtlinge aus Ostpreußen sind dafür die beliebtesten Auskunftsquellen. Jeder hat einen dieser Flüchtlinge gesprochen und weiß aus sicherster Quelle davon zu berichten. Da es keine Post gibt, sind alle Voraussetzungen für eine Stimmungsmache gegeben. Sonnabend-Nacht [9. Juni] war stürmische Aufregung im Schloß Arnshaugk[4]. Um ½ 2 Uhr schlug jemand an das Haustor und begehrte Einlaß. Es war ein jugoslawischer Arbeiter mit zwei Pferden am Halfterband. Er schrie: „Feuer, das ganze Haus brennt", und gab auf alle Fragen immer nur diese eine Auskunft. Das Tor wurde geöffnet, die Pferde trappelten auf den Hof. Manche Bewohner kamen aus den Türen, andere schauten aus den Fenstern voller Neugierde. Ich fragte: „Was ist denn eigentlich los? Ich sehe nichts von einem Feuer." „Was wird schon sein?" antwortete eine Frau, „die Russen sind da!" Es war eine falsche Vermutung, jedoch bezeichnend für die Stimmung im Volke. Heute [15. Juni], sechs Tage später[5], ist eine ruhigere Haltung an die Stelle törichten Aberwitzes getre-

---

ins Leben (E. Krippendorf, Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in dieser Zeitschrift 8 [1960], S. 296 f.) M. führte sein Amt (ab 1946 „Finanzminister") auch unter den SED-Ministerpräsidenten Dr. Paul und Eggerath weiter. Als gegen ihn aus politischen Gründen ein Prozeß eröffnet werden sollte, flüchtete M. am 18. Januar 1950 über Westberlin in die Bundesrepublik (vgl. H. Krieg, LDP und NDP in der „DDR" 1949–1958, Köln u. Opladen 1965, S. 67).

[2] Die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone waren bereits in einem Protokoll der European Advisory Commission vom 12. September 1944 festgelegt worden (endgültige Fassung vom 14. November 1944). Nach der einen Monat später erfolgten Billigung durch die Regierungen der USA und Großbritanniens stimmte auch die sowjetische Regierung am 6. Februar 1945 anläßlich der Jalta-Konferenz zu. Wortlaut der Protokolle in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1955, S. 118–123.

[3] Zeiß-Werke: weltbekanntes Unternehmen für feinmechanische und optische Erzeugnisse, 1846 von Carl Zeiß (1816–1888) gegründet, 1891 vom Inhaber Ernst Abbe auf die Carl-Zeiß-Stiftung übertragen. Vor dem Zweiten Weltkrieg beschäftigten die Zeiß-Werke zuletzt etwa 10 000 Arbeitnehmer.

[4] Schloß im Stadtgebiet von Neustadt, dessen Anfänge auf das 12. Jahrhundert zurückgehen, zuletzt umgebaut 1764.

[5] Es ist nicht mehr auszumachen, ob das Fehlen von Datierungen beim „Weiterschreiben" des Textes aus dem Jahre 1945 herrührt oder ob Datumszeilen bei der später vorgenommenen Abschrift für die Erinnerungen versehentlich ausgelassen worden sind.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten. Allerdings wächst die Gewißheit des Besatzungswechsels von Tag zu Tag. Wer kann, hört am Radiogerät, was die Konferenz der drei Marschälle in Frankfurt am Main[6] Endgültiges festlegt.

Meine Haltung ist klar: Ich bleibe mit meiner Familie hier,

1. weil wir gar nicht fort könnten,
2. weil die russische Besatzung im Zuge eines nachkriegerischen Aktes nichts Schlimmes sein dürfte,
3. weil mit dem Rücktransport der Evakuierten und Geflohenen in die Heimatgebiete zu rechnen ist.

Ich will bleiben, wo mich das Schicksal hingestellt hat, denn alle anständig denkenden Deutschen werden Hand anlegen müssen, wenn das deutsche Volk noch jemals zu einer politischen Geltung kommen soll. Wenn die Sieger Bestrafung, Erziehung und Vergeltung üben, dann müssen wir einig sein, mit allen denjenigen Versöhnung zu betreiben, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, außer daß sie zu den politisch Urteilslosen gehörten.

Eines Tages erfuhr ich[7], daß es wieder möglich sei, mit der Eisenbahn zu fahren. Als immer noch amtierender Treuhänder der kanadischen Firma Massey-Harris, bestellt von dem Reichskommissar für das Feindvermögen, früher in Berlin, jetzt in Bad Berneck, Fichtelgebirge, wollte ich mich sowohl um das Warenlager der Firma und die dazugehörigen Angestellten in Welsleben bei Magdeburg kümmern wie auch um die eigenen Sachen in vielleicht zehn Koffern und Kisten, die ich dorthin von Berlin gebracht hatte. Ich bekam vom Stadtkommandanten in Neustadt einen Passierschein und machte mich auf den Weg, zunächst mit dem Fahrrad über Jena nach Weimar. Unterwegs beschloß ich, bei Dr. Otto Wagner[8], dem früheren Oberbürgermeister von Breslau, vorzusprechen, von dem ich wußte, daß er nach der Amtsenthebung durch die NSDAP im Jahre 1933 nach Jena umgezogen war und die Leitung der Stiftssparkasse übernommen hatte. In seiner Wohnung hörte ich, daß er von den Amerikanern zum kommissarischen Oberbürgermeister von Jena eingesetzt war. Auf seinem Büro war er nicht anzutreffen, weil er dienstlich in Weimar bei der Regierung zu tun hatte. Regierungspräsident von Thüringen war damals noch der Sozialdemokrat Dr. Hermann L. Brill[9], der bis zum Ende der Naziherrschaft im Konzentrationslager in Buchenwald ge-

---

[6] Die Zusammenkunft der drei Militärgouverneure in Frankfurt dauerte nur einen Tag (10. Juni 1945) und diente lediglich dem Zweck einer Dekorierung Eisenhowers und Montgomerys mit einem sehr hohen sowjetischen Kriegsorden, die von Marschall Schukow vorgenommen wurde (G. K. Schukow, Erinnerungen und Gedanken, Stuttgart 1969, S. 641; D. D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, Amsterdam 1948, S. 499 f.)

[7] Von dem hier beginnenden Absatz bis zur nächsten Datumszeile (27. Juni 1945) handelt es sich zweifellos um einen späteren Einschub in das Tagebuch. Dies geht sowohl aus der unbestimmten Zeitangabe am Anfang („Eines Tages erfuhr ich ...") als auch aus der nachfolgenden Erläuterung im Text („Regierungspräsident von Thüringen war damals noch ...") hervor.

[8] Dr. Otto Wagner (geb. 1877) stammte aus Thüringen und war bald nach seiner zweiten juristischen Staatsprüfung bereits 1905–1908 als 2. Bürgermeister in Jena tätig gewesen. 1908 wurde er besoldeter Stadtrat in Breslau und war 1919–1933 Oberbürgermeister dieser Stadt.

[9] Dr. Hermann Louis Brill (1895–1959), ursprünglich Lehrer, nach juristischem Studium schneller Aufstieg in der thüringischen Ministerialverwaltung (Ministerialdirektor), 1932 Reichstagsabgeordneter der SPD. Von den Nationalsozialisten seiner Ämter in Thüringen enthoben, gehörte B. ab Dezember 1936 führend einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe in Berlin („Deutsche Volksfront") an. 1938 verhaftet und 1939 vom Volksgerichtshof

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sessen hatte, ein in Thüringen sehr bekannter Politiker – mir freilich vollkommen unbekannt. Dr. Schulz, der persönliche Referent von Dr. Wagner, mir bekannt von meiner Beratungstätigkeit für die Wikrafa (Wirtschaftsverband der Kraftfahrzeugindustrie) in Berlin, bedauerte, daß ich seinen Chef verfehlt hatte, nahm meine Wohnadresse in Neustadt entgegen und meine besten Empfehlungen an Oberbürgermeister Dr. Wagner. Ich radelte weiter nach Weimar und fuhr am nächsten Morgen, nachdem ich bei meiner Mutter übernachtet hatte, auf einem offenen Lastwagen viele Stunden lang bis Welsleben, wo der Fahrer von der Firma Massey-Harris Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen holen wollte. Wir hatten ein gemeinsames Ziel, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Das Ergebnis der beschwerlichen Reise war für mich gleich null, weil polnische Arbeiter aus der Umgebung von Welsleben alle meine Koffer und Kisten geplündert bzw. mitgenommen hatten; die Angestellten von Massey-Harris hatten es nicht gewagt, sie daran zu hindern. Der Lastwagenfahrer erhielt die gewünschten Waren und fuhr mit mir nach Weimar zurück.
Noch am Abend des gleichen Tages, an dem ich in Jena vorgesprochen hatte, erschien Dr. Wagner in Neustadt, fragte nach mir und meinem Befinden und wünschte lebhaft, daß ich ihn als Oberbürgermeister in Jena ablösen sollte: Er wäre zu alt für diesen Posten, zumal wenn die Russen kämen, er war richtig froh, in mir einen Kandidaten gefunden zu haben, den er dem antifaschistischen Komitee[10] in Jena vorschlagen konnte.
Ich empfand sein Vorhaben wie eine Erlösung in der Abgeschiedenheit in Neustadt und stimmte zu; nunmehr wartete ich auf die Entscheidung mit Ungeduld!

Neustadt, 27. Juni 1945
Es regnet seit morgens 6 Uhr in Strömen, ein Tag, der mich die Enge der Verhältnisse, in denen meine Familie mit sechs Kindern sowie einer Hausangestellten als Untermieter in der Wohnung von Frau Seibert, deren Mann Soldat ist, zusammengepfercht lebt, so ganz besonders spüren läßt.
[...]
Die innere Ruhe habe ich verloren, seitdem Dr. Wagner mich vor die Frage stellte, ob

---

wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde B. 1943 aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden in das KL Buchenwald eingeliefert. Nach seiner Befreiung im April 1945 verfaßte er das „Buchenwalder Manifest", wurde von Eugen Kogon der amerikanischen Militärregierung in Weimar für den Wiederaufbau der Landesverwaltung empfohlen und bereits am 25. April zu ihrem Berater ernannt. Am 9. Juni 1945 wurde B. als Regierungspräsident für Thüringen eingesetzt und beauftragt, eine Regierung zusammenzustellen (E. Kogon, Hermann Brill zum Gedächtnis, in: Polit. Vjschr. 6 [1965], S. 114ff.)

[10] Einzelne örtliche antifaschistische („Antifa-") Ausschüsse und Komitees bildeten sich – wie anderswo – auch in Thüringen im Anschluß an den Einmarsch der amerikanischen Armee: etwa ab Mitte/Ende April 1945. Der Grad ihrer Einschätzung seitens der Militärregierung war unterschiedlich und reichte von Zusammenarbeit (so offensichtlich, mindestens zuletzt, in Jena) über Duldung oder Nichtbeachtung bis zum gelegentlichen Verbot (Beatrix Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz, Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: Arch. Sozialgesch. 16 [1976], S. 445). Für generelle Aspekte der Existenz und Tätigkeit dieser Ausschüsse vgl. L. Niethammer [u. a.] [Hrsg.], Arbeiterinitiative 1945, Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ich sein Nachfolger als Oberbürgermeister von Jena werden wolle. Ich habe zugesagt und bin ganz von Gedanken über mein neues Amt erfüllt. Heute habe ich nur fünf Stunden nächtlichen Schlaf gehabt, weil sich die Pläne und Kombinationen förmlich in mir jagen.

Neustadt, den 28. Juni 1945 [...]

30. Juni 1945 [...]

Neustadt, 1. Juli 1945
Wir ziehen um in eine Wohnung von drei Stuben und Küche, es sind Mansardenzimmer, klein, schmucklos, verwohnt – aber welch ein herrliches Gefühl, endlich wieder, wenigstens zu einem Teil, in eigenen Räumen und eigenen Möbeln zu sitzen und nicht noch gezwungen zu sein, in zwei oder drei Etappen zu essen, weil nur drei oder vier Personen am Tisch Platz nehmen können.
[...]

Jena, den 4. Juli 1945
Die Russen sind da, die Beschlüsse von Jalta wurden durchgeführt, bevor die drei großen Sieger in Berlin-Potsdam zusammentreten. Man hat dem polnischen Staate eine demokratische Regierung gegeben – mit welcher Unabhängigkeit? für welche Dauer? – und die russische Besatzungszone auf Thüringen usw. ausgedehnt. Bis zum letzten Moment war Ungewißheit verbreitet. Noch am Sonntag [1. Juli] hat der Regierungspräsident Dr. Brill dem Oberbürgermeister Dr. Wagner gegenüber bestritten, daß die Amerikaner abrücken würden, doch schon am Sonntag waren die Russen in Neustadt, in der Nacht vom 2. zum 3. Juli überschritten sie die Saale[11]. Vorher noch wollte mich Dr. Wagner in Jena haben; deshalb kam er mit Bürgermeister Löhnis am Montag abend [2. Juli] unerwartet nach Neustadt, um mich abzuholen. In 15 Minuten war alles fertig zur Abfahrt, denn um 9.30 Uhr ist in Jena Sperrstunde für die Zivilbevölkerung. Es war eine herrliche Fahrt über den bewaldeten Bergrücken durch den Schüsselgrund an dem Schloß „Fröhliche Wiederkunft" vorüber, die Abendsonne lag über den Bäumen, die noch vom eben heruntergegangenen Regen tropften. Nur wenige Menschen und Fahrzeuge waren unterwegs. Sooft uns Russen begegneten, beschlich uns das unsichere Gefühl, ob wir weiter fahren dürften. Dr. Wagner sah sich schon zu Fuß nach Jena laufen. Die Uhren waren beiseite gesteckt, damit sie nicht zwangsweise „verkauft" werden müßten. An einem Gasthaus standen zahlreiche russische Soldaten – es war ein spannender Augenblick – doch konnten wir ungeniert passieren. Etwas später hielt uns eine amerikanische Feldwache an, machte jedoch keine Schwierigkeiten. Mit dem Gefühl der Erleichterung passierten wir die Stadtgrenze von Jena. Ich wurde im Hotel zur Sonne abgesetzt, nahe am demolierten Rathaus. „Also morgen früh 8 Uhr sehen wir uns wieder." – „Jawohl, Herr Oberbürgermeister." „Gute Nacht" war meine Antwort.

[11] Die letzten Einzelheiten für den Rückzug der amerikanischen Truppen waren am 30. Juni 1945 in einer Besprechung in Wiesbaden zwischen GenLt. Haislip (USA) und GenOb. Tschuikow (Sowjetunion) festgelegt worden. Danach sollten sowjetische Vorauskommandos an bestimmten Orten bereits am 1. Juli eintreffen, alle Truppenbewegungen, nach Tageslinien gestaffelt, jedoch bis zum 4. Juli um Mitternacht beendet sein (E. F. Ziemke, The US Army in the occupation of Germany 1944–1946, Washington 1975, S. 306).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der flüchtige Abschied in Neustadt hatte das Bewußtsein für den Übergang in einen neuen Lebensabschnitt in mir kaum aufkommen lassen. Erst als ich in meinem Hotelzimmer stand, wurde mir die Lage klar. In einer fremden, z. T. zerstörten Stadt sollte ich mich an oberster Stelle erneut bewähren. Ich sah mich um: ein abgewohntes Zimmer mit zwei Betten, zwei Stühlen, einem Schrank und einem Sofa ödete mich an, da es an Sauberkeit und Ordnung fehlte. Zerrissene, schmutzige Gardinen hingen vor den Fenstern, das eine von ihnen war durch einen nicht mehr intakten Verdunkelungsvorhang versperrt, in dem anderen fehlte eine Scheibe; das Loch war kümmerlich-schlecht mit zwei Pappstücken vernagelt. Die Nachttischlampe lag kaputt auf dem Schrank, die Betten waren offensichtlich schon benutzt, ein Handtuch fehlte. So fing der neue Oberbürgermeister in der Universitätsstadt Jena an. Ein symbolhaftes Bild für die Zustände in Jena selbst und im deutschen Vaterlande.

[...]

Gestern [3. Juli] fand eine erste Vorstellung durch Dr. Wagner statt. Zwei junge KPD-Männer, die inzwischen Ämter erhalten hatten, sollten mich kennenlernen, dazu für die SPD der betagte Betriebsratsvorsitzende von Schott[12]. Die beiden Kommunisten waren Typen der kämpferischen Arbeiterschicht, hagere Gestalten mit vollem Haar und eingefallenen Wangen; sie musterten mich scharf, gewannen aber bald Vertrauen. Als ich heute morgen [4. Juli] einem von ihnen einen Besuch machte, war er offen und kameradschaftlich zu mir. Inwieweit dieses Verhalten diktiert war von dem Bewußtsein, daß die Stelle des zweiten Bürgermeisters in Jena bald von einem Kommunisten besetzt sein würde, kann ich nicht sagen.

Schon am Nachmittag begegnete ich meinem zukünftigen Kollegen Karl Barthel in der Sitzung des erweiterten antifaschistischen Komitees, dem ich vorgestellt wurde und das mich zum Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten wählte.

Barthel, ein vollwangiger Mann Anfang der 40er Jahre, trug seine Meinung zum Beamtenabbau vor. Es müßte das Berufsbeamtentum abgeschafft werden, auf die gesetzlichen Bestimmungen brauche man nicht erst zu warten, Pensionszahlungen kämen gar nicht in Betracht, eventuell müßten den Beamten Verfehlungen nachgewiesen werden, an denen es ja bei der Nazi-Korruption nicht mangeln könne. Diese Rede hat mich sehr betroffen. Wie soll ich mit einem Manne zusammenarbeiten, der in engem Kreise solche Ansichten vertritt, die übrigens mit fast gleicher Formulierung in dem Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald vom 13. April 1945 zu finden sind[13], und alle Schwierigkeiten und sachlichen Einwände mit glatten Worten abtut? Dr. Wagner hatte mich vorher gewarnt. Doch was kann ich tun, wenn das erweiterte antifaschistische Komitee die leitenden Posten in Jena praktisch schon besetzt hat und [bei] seiner Haltung und Entscheidung die Einigkeit der Arbeiterparteien in der Stadt von der Bestellung des Oberbürgermeisters abhängt. Von den Russen hat das Komitee offenbar alle Unterstützung zu erwarten, denn der heute anwesende hohe Offizier fragte sofort nach dem Präsidenten des Antifa-Komitees, erkundigte sich nach dessen bisheriger Arbeit, nach den Propaganda-Möglichkeiten in

---

[12] Schott: Jenaer Glaswerke Schott u. Genossen, von Friedrich Otto Schott (1851–1935) zusammen mit Ernst Abbe 1884 gegründet; als Lieferant für die optische Industrie später mit den Zeiß-Werken verbunden.

[13] Vgl. aus dem Abschnitt 2 des (von Dr. Brill mitunterzeichneten) „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald" den Schlußsatz: „Das privilegierte Berufsbeamtentum ist abzuschaffen und durch ein hochqualifiziertes, sauberes, sozial modernes Volksbeamtentum zu ersetzen." Abdruck bei H. Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946, S. 96 ff. Weitere Äußerungen zur „Beamtenfrage" im ebenda, S. 88 ff., wiedergegebenen Tätigkeitsbericht des Volksfront-Komitees von Buchenwald.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jena, er ließ Anschlagzettel zurück und auch die neueste Nummer der deutschen Tageszeitung für das besetzte russische Gebiet. Darin las ich übrigens u. a., daß Eduard Spranger[14] jetzt Rektor der Berliner Universität ist und dem soeben gegründeten Kulturbund[15] angehört.

5. Juli 1945

Als ich heute morgen dem Leiter des Arbeitsamtes, Greve, einem KPD-Mann, begegnete, sagte ich ihm frei heraus, daß mir Barthel gestern nicht gefallen hätte, weil er eine Propagandarede vorgetragen hätte. Darauf entgegnete Greve: „Seien Sie ganz beruhigt! Wenn er vier Wochen mitgearbeitet hat, wird er anders sprechen. Mir ist es auch so gegangen."

Inzwischen hatten die Russen ihre Wünsche angesagt: 300 Büroräume, zahlreiche Wohnungen und Villen mit luxuriöser oder bequemer Ausstattung, Benzin, Fahrzeuge, Nahrungsmittel aller Art, Textilien usw. Alle zuständigen deutschen Stellen sprangen nur so vor Angst und Eile; es war viel toller als beim Einzug der Amerikaner in Neustadt im April. Die städtische Hauptverwaltung muß umziehen, die psychiatrische Klinik und andere Gebäude sind binnen zwölf Stunden freizumachen. An positive Arbeit ist in den nächsten Tagen bei dem Oberbürgermeister und seinen wichtigen Mitarbeitern nicht zu denken.

Trotzdem hielt Dr. Wagner die angesetzte Komiteesitzung ab, um mich für den Posten des Oberbürgermeisters nominieren zu lassen. Vor den versammelten Vertretern der Bevölkerung, etwa zehn Leuten, darunter Frau Unruh, die Tochter des großen Ernst Abbe[16], hielt er eine Ansprache, stellte mich vor, lobte mich und bat, der Stadt Jena in meiner Person den geeigneten Oberbürgermeister geben zu dürfen. Alle stimmten zu im Vertrauen auf die Empfehlung von Dr. Wagner, denn niemand von den Anwesenden kannte mich oder hatte jemals etwas von mir gehört. Ich bedankte mich für die ehrenvolle Vertrauenskundgebung. Als danach Wilhelm Richter, ein Vertreter der SPD und Vorsitzender der Ortskrankenkasse, den Dank des Komitees und seine Bewunderung für Dr. Wagner aussprach und mit den Worten schloß: „Herr Dr. Wagner, Sie sind ein großer Mann", traten diesem vor innerer Bewegung die Tränen in die Augen. Man beglückwünschte mich zu meinem neuen Amte und ging auseinander.

Am Nachmittag war Dr. Wagner zu einer vereinbarten Besprechung bei dem russischen Stadtkommandanten, während ich auf seinem Amtsstuhl die ersten Anordnungen über die Raumeinteilung und Raumausstattung für die Stadtverwaltung sowie in einigen anderen Fragen gab. Bürgermeister Dr. Rudolf Löhnis rannte inzwischen herum, um den Umzug der städtischen Büros aus dem Gebäude des ehemaligen Generalkommandos an die verschiedenen Stellen zu leiten und zu beschleunigen; der uneigennützige Mann kann nur bewundert werden, weil er unverdrossen mitarbeitet, obgleich er, als früheres Mitglied der NSDAP in sein Amt von der amerikanischen Besatzungsbehörde eingesetzt, mit seiner Entlassung nach kurzer Übergangszeit rechnen muß.

---

[14] Eduard Spranger (1882–1963), Philosoph und Pädagoge, Schüler von Wilhelm Dilthey, vor seiner Berliner Tätigkeit Ordinarius in Leipzig, ging 1946 an die Universität Tübingen.

[15] Die Gründung des als interzonale Organisation gedachten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" erfolgte am 4. Juli 1945 auf Betreiben der Sowjetischen Militäradministration in Berlin.

[16] Ernst Abbe (1840–1905), Physiker, Professor in Jena und zeitweilig auch Direktor der dortigen Sternwarte. Seit 1867 hatte er die wissenschaftliche Leitung der optischen Werkstätten der Firma Carl Zeiß inne. 1875 wurde er Mitinhaber, 1889 Alleininhaber; vgl. auch Anm. 3.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Juli 1945

Die russischen Einrichtungsmaßnahmen gehen fort; es handelt sich um alle möglichen Anforderungen, die schnellstens erledigt werden müssen, wenn Requirierungen und unmittelbare Befehle an die betroffenen Bürger vermieden werden sollen. Da sollte heute z. B. binnen vier Stunden ein Stempel für den Stadtkommandanten beschafft werden. Da der einzige Stempelfabrikant, der letzte von drei Betrieben, total durch Bomben vernichtet ist, kam mir der Gedanke, den Stempel in Weimar zu besorgen. Dazu fehlte jedoch der Wagen, denn es hatten russische Offiziere inzwischen die beiden Dienstwagen des Oberbürgermeisters „beschlagnahmt", für einen anderen Wagen fehlte das nötige Benzin, denn die Russen hatten alle vorhandenen Tanks leer gemacht; am Ende waren sogar die Feuerwehr-Wagen entleert worden.

Schließlich nannte jemand einen Graveur, der einen Metallstempel für den Stadtkommandanten herstellen könnte, er brauchte freilich zwei Tage Zeit. Dann müsse er eben die Nacht durcharbeiten. Wie aber soll der Stempel aussehen? Die russischen Buchstaben waren ungenau mit Bleistift aufgezeichnet worden. Eine Dolmetscherin holte ein russisch gedrucktes Buch herbei und unterstrich die Buchstaben, die als Muster dienen sollten. Nunmehr muß sich der Graveur zurechtfinden. Hoffentlich klappt die Sache.

Dr. Wagner ist angesichts der sich überstürzenden Anforderungen der russischen Dienststellen und der oft damit verbundenen Drohungen aufgeregt und ängstlich; er sprach heute sogar von bevorstehenden Erschießungen. Es ist freilich eine Erschwernis, daß die uns fremde russische Sprache und Schrift hindernd im Wege stehen. Wenn wir nur eine Schreibmaschine mit russischen Typen hätten! Doch wer sollte sie bedienen? Mir ist, als wenn ich ständig Trab laufen soll und dabei einen Bauchladen umgehängt hätte.

Um 18 Uhr war die Vorstellung der Behördenleiter bei dem Stadtkommandanten. Er erschien allein mit einer Dolmetscherin – ein großer, kräftiger, blonder Mann, glatt rasiert, mit tief herabreichendem Haaransatz, dunklen Augenbrauen und zwei derben Fäusten. Die weißen Zähne kamen während der dreistündigen Verhandlung nur zum Vorschein, wenn ein Lächeln nicht zu unterdrücken war. Da die Übersetzung der nicht klar formulierten Anweisungen geraume Zeit in Anspruch nahm, löste sich bald die straffe Aufmerksamkeit bei den deutschen Teilnehmern der Besprechung. Es ist übrigens bemerkenswert, daß die Amerikaner Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen erließen, meist nach Nummern geordnet, während die Russen jedenfalls bisher nur „Befehle" herausgegeben haben. Ich war Zeuge einer Äußerung eines russischen Majors, der zu Dr. Wagner sagte: „Das ist nun einmal so bei uns, es wird befohlen und der Befehl muß ausgeführt werden."

9. Juli 1945

Am 7. Juli 12 Uhr war ich bei dem Stellvertreter des Stadtkommandanten, einem Bolschewisten, der zugleich der Leiter der politischen Abteilung ist. Er legte mir einige Fragen vor, wie z. B., ob ich bei der NSDAP gewesen sei, ob ich zur Wehrmacht gehört hätte, ob ich während des Krieges in Frankreich gewesen wäre usw., usw. Ich habe alle Fragen prompt und wahrheitsgemäß beantwortet; mein Gegenüber war zufrieden. Dann hieß es: Die Sache wäre erledigt, ich würde noch einmal bestellt werden. Die Bedeutung der Fragen ist mir erst aufgegangen, als ich die Stadtkommandantur verließ. Ich bin davon überzeugt, daß der Politkommissar über mich genau Bescheid wußte; er hatte einige Papierbogen vor sich auf dem Schreibtisch liegen und wollte wohl nur prüfen, ob ich die Wahrheit sagen würde.

Bei dieser Gelegenheit mußte ich meinen Gesprächspartner davon überzeugen, daß es nicht möglich ist, der Stadtkommandantur eine Einwohnerregistratur in russischer

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sprache zu geben; es würden immerhin ca. 90 000 Karten zu übersetzen und zu schreiben sein[17]. Es wäre auch nicht möglich, eine Liste aller Gewerbebetriebe zu beschaffen und alle Warenvorräte bis „zum Bleistift" aufzuzeichnen, weil dies eine ungeheure Arbeit verursachen würde, was ich allein mit dem Beispiel der Apotheken und ihren 3000 verschiedenen Warensorten veranschaulichte. Der Befehl, die Warenlisten anzufertigen, wurde zurückgezogen; ich konnte gehen. Noch am Abend um 8 Uhr kamen russische Soldaten zu mir wegen Quartierbeschaffung. So geht es den ganzen Tag, denn der Oberbürgermeister kann alles und ist für alles zuständig und verantwortlich.

Am Sonntag [8. Juli] hielt Dr. Brill im Landtagssaal in Weimar eine famose Rede zur Neugründung der SPD[18]. Er hat mir dabei ungewöhnlich gut gefallen.

Am Montag früh [9. Juli] ging ich kurz vor 5 Uhr zum Bahnhof, um nach Weimar zu fahren; sogleich hielt mich eine deutsch-russische Streife an, weil noch kein Ausgang wäre. Man ließ mich aber nach einigem Hin und Her in meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Jena laufen. Auf dem Bahnhof stellte ich fest, daß die Eisenbahn noch nicht die russische Sommerzeit eingeführt hatte, so daß ich eine Stunde zu früh aufgestanden war. Der Tag brachte neue Anforderungen der Russen, z. B. bis um 1/25 die Räumung des Oberverwaltungsgerichts und bis um 7 Uhr abends die Räumung des Ernährungsamtes des Landkreises Stadtroda. In der Abendsitzung des gemeinsamen kommunalpolitischen Ausschusses von SPD und KPD kam die Niedergeschlagenheit der Amtsleiter wegen der chaotischen Zustände drastisch zum Ausdruck, indem einige beim Eintritt in das Zimmer die Aktentasche hinwarfen und riefen: „Wenn ich doch bloß kein Amt hätte!" Es gibt in Jena keinen Tropfen Benzin. Am Abend besuchte ich Dr. Wagner, um ihm zu sagen, daß mich die Russen sofort zum Oberbürgermeister und Karl Barthel zum Bürgermeister ernennen würden; eigentlich wollten sie „einen Professor" als Stadtoberhaupt haben, waren schließlich aber auch mit meiner Person einverstanden; das erklärt sich wohl aus dem Votum des antifaschistischen Komitees. Dr. Wagner war sehr niedergeschlagen, weil er einige Stunden vorher eine unwürdige Behandlung bei der Stadtkommandantur erlitten hatte; der Posten in Zivil am Gartentor hatte ihn nicht hineingelassen, obwohl er bestellt worden war: der Kommandant wäre nicht da. Das stimmte nicht, doch daran muß man sich wohl als Deutscher gewöhnen.

---

[17] Die Einwohnerzahl der Stadt Jena war bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von 52 650 (1925) auf 70 600 (1939) gestiegen. Die weitere Erhöhung dürfte sich aus der Verwendung nichtdeutscher Arbeitskräfte in den großen Betrieben während des Krieges sowie aus dem Zustrom von Evakuierten und Flüchtlingen ergeben haben. Für 1946 wurde die Einwohnerzahl mit 82 700 angegeben.

[18] Die Wieder- bzw. Neugründung von politischen Parteien war von der amerikanischen Militärregierung nicht geduldet worden und wurde – auf lokaler Ebene – in der US-Zone erst ab 27. August 1945 gestattet (C. F. Latour und Th. Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau, Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Stuttgart 1973, S. 107). Die Sowjetische Militäradministration hatte dagegen bereits mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Gründung „antifaschistischer Parteien" erlaubt und ließ diesen Befehl jetzt auch in Thüringen gültig werden (vgl. auch Anm. 1, Gründung der DDP). Am 8. Juli 1945 trat der thüringische Landesverband der Sozialdemokratie unter dem Vorsitz Brills (bis Ende Dezember 1945) gemäß der Buchenwalder Tradition zunächst als „Bund der demokratischen Sozialisten" ins Leben. Zu dem von Brill damals angesprochenen Modell einer „autoritären Demokratie" siehe F. Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 67 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am Dienstag[19] [10. Juli] kam für mich ein erster Querschläger seitens der freien Gewerkschaften. Es erschienen der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Paul Krahn, und Karl Barthel mit einer Namensliste von 20 Männern, die auf Anordnung des Stadtkommandanten um 2 Uhr mittags als Polizeibeamte eingekleidet sein müßten. Ich erklärte, daß dies nicht geschehen könnte, weil ich am Nachmittag in Weimar bei der Regierung wäre und daß ich Aufschub um 24 Stunden bei der Stadtkommandantur erbitten würde, wo ich um 12 Uhr wegen meiner Ernennung zum Oberbürgermeister vorsprechen müßte. Die Leute sollten am nächsten Tag 10 Uhr zur Vorstellung hier sein. Beim Stadtkommandanten verlangte ich die Unterzeichnung der mir vorgelegten Anweisung; das wurde abgelehnt, man müsse noch prüfen. Meine Bestellung zum Oberbürgermeister erfolgte nicht; ich wäre, ebenso wie Karl Barthel, bestens empfohlen und sollte in einer großen öffentlichen Veranstaltung als neuer Oberbürgermeister vorgestellt werden. In Weimar erklärte mir Dr. Brill, daß er morgen mit dem Flugzeug nach Berlin reise. Wahrscheinlich fände eine Umbildung der thüringischen Regierung statt, daher hätte er Bedenken, jetzt noch meine Ernennung zum Oberbürgermeister von Jena vorzunehmen. Ich bat ihn, es doch zu tun, um Wirren in Jena zu vermeiden. Dr. Brill bezog sich auf die Unterredung am Sonntag und unterschrieb die Ernennungsurkunden, auch die für Karl Barthel. Dieser Akt bedeutete für mich die Befreiung von aller Ungewißheit wegen meiner neuen Amtsstellung und zugleich das Ende der Sorgen um meine Familie.
Bei der Unterredung erzählte mir Dr. Brill von den chaotischen Zuständen in Thüringen, es gäbe z. B. drei Landräte in Saalfeld und drei Bürgermeister in Erfurt, Dr. Brill sprach von der eigenwilligen Neugründung eines Landesarbeitsamtes in Erfurt, von der völligen Ausplünderung eines Dorfes in Thüringen, von Maschinengewehr-Angriffen auf russische Soldaten durch polnische Arbeiter u. a. m. Ich sollte jede Einmischung der freien Gewerkschaften zurückweisen, nachdem wir rechtmäßig zugelassene politische Parteien hätten. Die Unterredung war ermunternd und beruhigend zugleich.

11. Juli 1945
Am Mittwoch, dem 11. 7., vorm. 11 Uhr, waren die zehn Dienststellenleiter in dem kleinen notdürftig eingerichteten Büro des Oberbürgermeisters versammelt, damit Dr. Wagner und Dr. Löhnis die Geschäfte an die ernannten Nachfolger abgeben konnten. Ich habe die Gelegenheit benutzt, die ersten Maßnahmen zur Reorganisation der Verwaltung zu treffen, damit jedenfalls die Behandlung der Posteingänge, der Verkehr mit dem Stadtkommandanten, die Einrichtung der Dienstbereitschaft in den Mittagsstunden und an den Sonntagen und ähnliche Dinge eine Regelung erfuhren. Außerdem wurden nach den soeben ergangenen Richtlinien zur Säuberung der Verwaltung von nationalsozialistischen Elementen die ersten Maßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, den Verwaltungsapparat so schnell als möglich in einen arbeitsfähigen Zustand zu versetzen.
Am Nachmittag waren Barthel und ich zur Vorstellung und Bestätigung durch den Stadtkommandanten bestellt. Es war zu meiner Überraschung gleichzeitig eine Reihe anderer Personen eingeladen. Die Verhandlung begann damit, daß mir ein Zettel mit Namen vorgelegt wurde mit dem Bemerken, daß diese Personen sofort in den Dienst als neue Leiter der städtischen Dienststellen aufgenommen werden müßten. Ich lehnte die Verantwortung dafür insoweit ab, als es sich um Leute handelte, die mir unbekannt waren, zumal ich im Augenblick zum ersten Male von einer solchen Absicht gehört

[19] Vgl. Anm. 5.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte. Es wurde mir bedeutet, daß ich an die vorgeschlagene Dezernatsbesetzung nicht gebunden wäre, sondern den genannten Personen auch andere Dezernate zuteilen könne. Da einige der Vorgeladenen nicht erschienen waren, ergab sich die Notwendigkeit, die Durchführung der Maßnahme hinauszuschieben. In großer Aufregung lief ich mit Hielscher (SPD) zu dem gerade versammelten Parteivorstand der SPD und trug dort die Angelegenheit vor. Es wurde eine Zwischenlösung gefunden, bei der ich besonderen Wert darauf gelegt hatte, daß die Polizei fachlich besetzt werden müßte, und daß der Polizeidezernent sowohl durch meinen Vertreter wie durch mich kontrolliert würde, außerdem lehnte ich die Besetzung der Stadtbauratsstelle durch einen jungen hiesigen Architekten, der der NSDAP angehört hatte, entschieden ab. Am nächsten Morgen[20] [12. Juli] erschienen auf meine Einladung die Leiter des Arbeitsamtes und des Wohnungsamtes (beide Kommunisten) bei mir im Büro zur Besprechung der Lage. Aus der Tatsache, daß der Leiter des Wohnungsamtes Wehner gar nicht überrascht war zu hören, daß er seinen Posten verlassen sollte – er ist zum Parteisekretär ausersehen – war mir klar, daß er um die geplante Umbildung der Stadtverwaltung Bescheid wußte, es aber nicht für notwendig gehalten hatte, die SPD zu unterrichten. Eine weitere Verhandlung bei der Stadtkommandantur ergab, daß diese weder über die Gliederung der Verwaltung in der Stadt noch über den augenblicklichen Zustand unterrichtet war; sie wußte z. B. nicht, daß Barthel und ich bereits im Amte waren. Der politische Vertreter des Kommandanten beglückwünschte uns beide zur Amtsübernahme. Ich legte ihm nach dem Vorschlage von Barthel den Wortlaut einer Bekanntmachung vor, wonach die Dezernatsbesetzung „auf Anordnung der Militärverwaltung" wie folgt geregelt war, und verlangte die schriftliche Unterfertigung. Das sollte geschehen. Außerdem wurde mir ausdrücklich zugesichert, daß ich die neuen Dezernenten auf Probe bestellen und „mit der Wahrung der Geschäfte beauftragen" dürfe.

Es scheint dem Stadtkommandanten darauf anzukommen, die Aktion möglichst bald abzuschließen.

Inzwischen war auf meine dringenden Bitten Hielscher nach Erfurt gefahren, um einen fachlichen Polizeileiter zu gewinnen. Die beiden von der Regierung genannten Kandidaten, ein Polizeirat Kriegs und ein Zweiter Bürgermeister Friemel, lehnten ab. Den Bemühungen von Hielscher gelang es, einen Polizeioffizier namens Leisegang zu gewinnen, der zur Vorstellung kommen soll.

Das Ergebnis der von kommunistischer Seite erstrebten Besetzung der Stadtverwaltung würde sein, daß abgesehen von den beiden Bürgermeisterstellen fünf Dezernate in kommunistischer Hand, günstigenfalls zwei Dezernate (Wohnungsamt und Wohlfahrtsamt) in sozialdemokratischer Hand und drei andere in bürgerlichen Händen lägen. Der Zustand wäre politisch nicht tragbar.

17. Juli 1945

Der Druck des russischen Politkommissars[21] wegen Einsetzung der kommunistischen Dezernenten wurde immer stärker; die Kommunisten selbst halfen eifrig mit. Schließlich bekam ich den geforderten schriftlichen Befehl zu meiner Entlastung. Ich erfuhr nach und nach von verschiedenen Seiten, daß der sozialdemokratische Bezirksparteisekretär Georg Schneider aus Weimar und zuvor wohl Walter Ulbricht aus Berlin hierher gekommen waren, um wegen der Besetzung der leitenden Stellen in den Stadtverwaltungen, nicht nur von Jena, mit den Russen und mit ihren Parteifreunden zu

[20] Vgl. Anm. 5.

[21] Gemeint ist der stellvertretende Stadtkommandant.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verhandeln[22]. Die Perfidie dieses Verhaltens habe ich deutlich genug den kommunistischen Mitarbeitern entgegengehalten. Wehner, der Parteisekretär der KPD wird, sagte mir darauf: „Wenn die SPD nur drei Dezernate hat gegen fünf Kommunisten, dann entspricht dies dem zu erwartenden Wahlergebnis." Daß er sich nur nicht irrt! – Immerhin sind mir die fachlichen Qualitäten der Leute wichtiger als die politische Überzeugung.
Den Sonntag [15. Juli] verbrachte ich von 8.30 Uhr bis 22 Uhr auf meinem Büro. Am Montag [16. Juli] begann der Abbau der ehemaligen Nationalsozialisten bei dem Kraftfahrzeugamt und bei der Polizei – etwa ein Viertel der Beamten und 49 Angestellte wurden entlassen. Dadurch wird die Polizei derart entblößt, daß ich Bedenken habe, ob Paul Krahn, der kommunistische Polizeidezernent, sie mit Erfolg leiten kann; zunächst muß er sie jedoch organisieren und schulen. Wer soll es für ihn tun?

19. Juli 1945
Der Schreck der Entlassung der Mehrzahl der Polizeibeamten ist in der Hetze der täglichen Geschäfte überwunden; langsam formiert sich der Rest in der Polizeiverwaltung, so gut es eben geht. Ich kann heute noch nicht sagen, wie es weitergehen wird. Wenn ich doch nur erst einen leitenden geschulten Polizeioffizier hätte. Einen hartnäckigen Kampf führe ich um die Besetzung der Stadtbauratsstelle. Man will mir einen jungen Architekten aus Jena mit Namen Fricke aufzwingen, der keinerlei Erfahrungen besitzt. Ich angele nach Dr. Münther, Harting oder Nissen.
Die Auskämmung der Beamtenschaft von Nationalsozialisten geht weiter, da fällt vielleicht ein Drittel aus. Ich denke, ich sollte die Säuberung hintereinander durchführen, um danach einen ruhigen, gefestigten Aufbau der Stadtverwaltung vornehmen zu können. Dr. Brill ist nicht mehr Regierungspräsident von Thüringen. Der Demokrat Dr. Paul, Oberbürgermeister von Gera[23], hat ihn abgelöst. Dr. Brill hatte im Amte bleiben wollen, aber andere waren stärker gewesen als er[24].

27. Juli 1945
Die letzte Woche brachte eine neue Fülle von Schwierigkeiten und Rückschlägen, aber auch weitere Fortschritte im systematischen Aufbau der Stadtverwaltung. Den neuernannten Präsidenten des Landes Thüringen lernte ich in einer Versammlung der Oberbürgermeister, Landräte und Bauernführer in Gera kennen, auf der er sein Programm entwickelte. Zweifellos geht er mit großem Elan ans Werk und bringt die Er-

[22] Nach seinem eigenen Zeugnis (zitiert bei Moraw, Parole der „Einheit", S. 115, Anm. 176) war Walter Ulbricht (KPD) am 5. Juli 1945 in Weimar und Jena gewesen.

[23] Dr. Rudolf Paul (geb. 1893), war vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Staatsanwalt. Da er sich durch sein Auftreten in Prozessen gegen Nationalsozialisten mißliebig gemacht hatte, war er gezwungen, sich während der NS-Herrschaft auf seinen Bauernhof zurückzuziehen. Als Oberbürgermeister von Gera war P. im April 1945 von der amerikanischen Militärregierung eingesetzt worden. Zum Zeitpunkt der Berufung zum Präsidenten der Landesverwaltung von Thüringen galt P. als parteilos (E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 61).

[24] Zu den „Stärkeren" dürften nach der Erinnerung Gniffkes GenLt. Kolesnitschenko von der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen sowie GenLt. Bokow, Chef des Stabes beim sowjetischen Militärgouverneur, Marschall Schukow, gehört haben (Jahre mit Ulbricht, S. 42 f., 53 f. und 85), die dem von Brill inspirierten Buchenwalder Manifest kritisch gegenüberstanden oder gar im „Bund der demokratischen Sozialisten" eine neue („dritte") Partei witterten; vgl. auch Moraw, Parole der „Einheit", S. 116.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahrungen mit, welche ihm seine Tätigkeit als Oberbürgermeister von Gera eingebracht hat. Die Versammlungsteilnehmer haben ihm mit Nachdruck die Nöte vorgetragen, die mit dem Mangel an Benzin zusammenhängen. Besonderes Gewicht wurde auf die [drohende] Gefährdung der Lebensmittelversorgung gelegt.

Ein großer Rückschlag für die Stadtverwaltung war die Inanspruchnahme der Polizeikaserne und des Polizeigebäudes durch die Besatzungstruppen, die begleitet war von der Anforderung mehrerer Hundert Arbeitskräfte zum Aufräumen und Saubermachen an verschiedenen Stellen der Stadt wegen des bevorstehenden Einzuges der Besatzungstruppe. An diesem Tage war es nicht möglich, die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten und Ausschreitungen zu verhindern, weil die Polizei durch Botengänge und Zwangsgestellung von Arbeitskräften anderweitig in Anspruch genommen war. Dazu kamen die Personalschwierigkeiten verschiedener Art in der Polizeiverwaltung selbst, die sich zunächst nicht beheben ließen. Die Aktion einer Straßenreinigung und Schutträumung führte zu keinem befriedigenden Ergebnis, weil die städtische Kontrolle fehlte. Die Zustände im Stadtbauamt muten trostlos an; ein neuer Leiter war bisher nicht zu finden.

Eine Unterredung mit dem früheren Polizeipräsidenten Martin aus Erfurt gab mir Mut; er empfahl den Architekten Leiffer für die Leitung des Stadtbauamtes und stellte russische Schreibmaschinen in Aussicht.

Eine Kontrolle der Polizei durch zwei Beamte vom Landesamt des Innern in Weimar bestätigte die traurige Lage, in der sich Jena mit seiner Polizei befindet, brachte aber Aussicht auf geeignete Kandidaten für die offenen Stellen.

Gestern [26. Juli] konnte ich einen erfolgversprechenden Pachtvertrag über das Stadttheater mit dem Berliner Schauspieler John Biermann abschließen. Es steht zu hoffen, daß ein achtbares Niveau im Schauspiel erreicht wird. Die Operette läßt sich aus geschäftlichen Gründen bei diesem Theaterunternehmen nicht vermeiden. Ein Sportwart ist eingesetzt, der sämtliche Sportanlagen in Jena organisiert unter Vermeidung der Bildung von Sportvereinen. Das Kulturwesen soll auch aufgebaut werden, ohne daß private Vereinigungen entstehen.

Heute kam ich einen wesentlichen Schritt voran, weil ich mehrere wichtige Kräfte für die Verwaltung einstellen konnte. Professor Friedrich Schopohl hat den Auftrag übernommen, die Planung für den Aufbau der Innenstadt zu bearbeiten. Die Geschäfte der Planungsstelle im Amt für Wiederaufbau führt der Architekt Rolf Fricke; er ist unglücklich, daß er von der eigentlichen großen Planungsarbeit ferngehalten wird und sieht nicht ein, daß er zu einer solchen großen Aufgabe gar nicht das Zeug besitzt. Die Polizei hat drei neue Leute bekommen; einen Vertreter des Polizeileiters, einen Kommandeur der Exekutive und einen Polizeiinspektor; sie sollen in sechs-monatlicher Probedienstzeit die Polizei organisieren und zu guten Leistungen bringen. Als Leiter des Bauamtes hat der Regierungsbaurat Leiffer seinen Dienst heute angetreten; er verspricht bei guter Erfahrung, klarem Wollen und zielsicherem Auftreten eine brauchbare Leistung.

Die Verordnung über den Abbau von Nazipersonal in der Verwaltung sieht erheblich anders aus und geht viel weniger weit als die Richtlinien des früheren Regierungspräsidenten Dr. Brill. Die dadurch notwendig gewordene Umstellung hat eine schwere Arbeitsbelastung zur Folge. Ich will versuchen, innerhalb von 14 Tagen den Abbau nach den neuen Bestimmungen schnellstens durchzuführen und die Reorganisation der Verwaltung abzuschließen.

Zunächst[25] wohnte ich im Hotel Schwarzer Bär, mit dessen Eigentümer Mankel mich

[25] Dieser Absatz kann möglicherweise später zu einem Rückblick ausgebaut worden sein oder gar wie die beiden nachfolgenden Absätze („Es stellte sich bald heraus ...", „Damals habe ich ...") einen Einschub darstellen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bald eine gute Freundschaft verband. Er war um mein leibliches Wohl rührend besorgt. Als geeignete Wohnung für mich erwies sich bald das von dem früheren Kreisleiter der NSDAP genutzte Haus in der Gillestraße, in der sich einige russische Soldaten eigenmächtig eingenistet hatten. Mit Hilfe der Kommandantur gelang es, die Soldaten herauszusetzen. Das ging insofern nicht ohne Schwierigkeiten ab, weil es den Soldaten in dem geräumigen, modernen Hause gut gefiel und sie nachts wieder einzogen, nachdem sie am Tage von der Militärbehörde entfernt worden waren. In der Absicht, die Arbeiten der Handwerker im Hause zu beschleunigen und die Wiederbesetzung durch russische Soldaten zu verhindern, zog meine Frau mit dem neu gewonnenen Dienstmädchen in das Haus ein, was nächtliche Besuche plündernder Russen jedoch nicht verhinderte. So ging ein Teil der neu beschafften Matratzen verloren. Der telefonische Hilferuf bei der Polizei blieb ohne Erfolg, weil sie des Nachts nicht auf die Straße durfte.

Es stellte sich bald heraus, daß die geräumige Villa von uns bei aller Bescheidenheit der Ansprüche dringend gebraucht wurde, weil sich unter den Flüchtlingen aus Neusalz herumsprach, daß ich zum Oberbürgermeister der Stadt Jena ernannt worden war. So kamen immer wieder gute alte Bekannte und Freunde nach Jena, um bei mir Hilfe zu suchen. Meine Frau nahm sie, so weit Platz war, vorübergehend in Kost und Logis, wobei in den ersten Monaten nach kurzer Zeit eine Familie die andere ablöste.

Damals habe ich einen breiten und tiefen Einblick in das große Elend genommen, das die Flüchtlinge aus Schlesien durchstehen mußten, die das Ende des Krieges hinter der russischen Front erlebt hatten. Sie sind auf das bitterste in ihren politischen Hoffnungen betrogen worden, insbesondere in der Annahme, daß sie im zwanzigsten Jahrhundert nach dem verlorenen Kriege doch in ihrer angestammten Heimat bleiben und im Falle ihrer Evakuierung allerwenigstens das persönliche Hab und Gut behalten könnten. Wie viele Deutsche damals vor Hunger, Krankheit, Strapazen usw. unterwegs, ja sogar buchstäblich im Straßengraben gestorben sind, wird niemals mehr festgestellt werden.

B. ERINNERUNGEN UND REFLEXIONEN

1. Persönliches

Die günstige Schicksalswende, die mir durch die schnelle Bestellung zum Oberbürgermeister von Jena widerfahren war, habe ich erst in ihrer vollen Bedeutung ermessen, als wenige Wochen nach der Besetzung Thüringens durch die russischen Truppen sämtliche Bankkonten aufgehoben und sämtliche Banktresors erbrochen und ausgeräumt wurden. Ich wäre damals über Nacht zum Bettler geworden, da ich die gesamten Ersparnisse im Betrage von mehr als 20000 RM auf einem Konto bei der Thüringischen Staatsbank, Neustadt/Orla, hatte; an geringe Bestände in Berlin war nicht heranzukommen, die Wertpapiere waren unverkäuflich. Ich mußte mit anderen Worten erleben, daß alle ökonomische Vorsorge sich gegenüber den russischen Auffassungen und Praktiken als vollkommen falsch erwies. Derjenige war gut dran, der sein Geld im Strumpf oder in der Brieftasche hatte. Damals verlor ich alle wichtigen Dokumente, die ich im Safe der Bank aufgehoben hatte. Dies bedeutete zwar keinen materiellen, aber einen nicht geringen ideellen Schaden im Sinne der Pflege der Familientradition.

[. . .]

Die Aufnahme von Freunden und Bekannten in den eigenen Haushalt stellte an die Hausfrau Anforderungen, die sie unmöglich hätte erfüllen können, wenn der Ober-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bürgermeister nicht einige zusätzliche Versorgungsmöglichkeiten gehabt hätte. Ich selbst erhielt die doppelte Ration eines Schwerstarbeiters (Kategorie I), während für die Hausfrau, das Hauspersonal und die sechs Kinder nur die sehr dürftige Kategorie IV zur Verfügung stand. In dieser Situation war es eine große Hilfe, daß die Firma Schott u. Gen. regelmäßig Brote an mich abgeben konnte.

Natürlich waren die Portionen nicht auf das Knappste bemessen, die der Oberbürgermeister immer dann erhielt, wenn er aus Gründen der Repräsentation Gäste bei sich hatte. Es waren in der Regel Politiker, die gern in der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters über Nacht blieben oder wenigstens zum Mittagessen kamen, z. B. Pieck[26], Ulbricht[27], Grotewohl[28], Otto Buchwitz[29], Wilhelm Koenen[30], Ministerpräsident[31] Dr. Paul u. a. m. Ich werde nicht vergessen, daß meine Frau Walter Ulbricht und seine beiden Begleiter kurz vor dem Mittagessen begrüßt hatte und sich danach weigerte, am Mittagessen teilzunehmen. Als sie in aller Eile ein Gedeck vom Tisch abräumte, erklärte sie mir auf meine Frage, was dies bedeuten solle, mit knappen Worten, daß es ihr unmöglich sei, sich mit Ulbricht an einen Tisch zu setzen, er wäre ihr wahrlich in größtem Maße zuwider. Es blieb mir nichts anderes übrig, als meine Frau zu entschuldigen, weil sie in der Küche unentbehrlich sei. Gelegentlich hatte ich Gäste im Sinne kommunalpolitischer Repräsentation, z. B. Ricarda Huch[32] und ihren Kreis oder Universitätsprofessoren, aber auch Herren der russischen Kommandatur, die bis in die

---

[26] Wilhelm Pieck (1876–1960), Mitglied der SPD seit 1895, Mitbegründer der KPD 1919, 1921–1933 Landtags-(Preußen) und Reichstagsabgeordneter der KPD, 1933 Emigration, ab 1935 Leiter der Exil-KPD in der Sowjetunion, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland", 1945–1946 nach Rückkehr Vorsitzender der KPD in der sowjetischen Besatzungszone, 1946–1954 Vorsitzender (mit Grotewohl) der SED, 1949–1960 Staatspräsident der DDR.

[27] Walter Ulbricht (1893–1973), Mitglied der SPD seit 1912, der KPD seit 1919, bekleidete während der Weimarer Zeit verschiedene Ämter in Bezirken und Zentrale, 1933 Emigration, 1938–1945 ständig in der Sowjetunion, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Nach Rückkehr 1945 maßgebend in Führungspositionen von KPD und (1946) SED tätig, 1950–1953 Generalsekretär, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

[28] Otto Grotewohl (1894–1964), seit 1912 Mitglied der SPD (1918–1922 USPD), 1920–1925 Landtagsabgeordneter in Braunschweig und zwischenzeitlich dort Minister, danach bis 1933 im Reichstag und Präsident der braunschweigischen Landesversicherungsanstalt, 1938–1939 in Haft, 1945 Vorsitzender des ZA der SPD in Berlin, 1946–1954 Vorsitzender (mit Pieck) der SED, bis 1964 auch Mitglied des ZK der SED, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

[29] Otto Buchwitz (1879–1964), vor 1933 Sekretär bei der SPD-Bezirksleitung Niederschlesien in Görlitz und 1924–1933 Reichstagsabgeordneter, danach Emigration nach Kopenhagen. 1940 dort von der Gestapo verhaftet, Zuchthaus Brandenburg. 1945 Landesvorsitzender der SPD in Sachsen, 1946 (April–Oktober) Landesvorsitzender der SED ebendort, danach Präsident des sächsischen Landtages, ab 1949 Mitglied der Volkskammer der DDR.

[30] Verbessert aus: Köhnen. Wilhelm Koenen, aus der KPD hervorgegangen, wurde im Herbst 1946 Nachfolger Buchwitz' als Landesvorsitzender der SED in Sachsen und übernahm Anfang November 1948 die Leitung des Sekretariats des Volksrates.

[31] Die Amtsbezeichnung war damals noch „Präsident der Landesverwaltung".

[32] Ricarda Huch (1864–1947), Schriftstellerin, war 1933 aus der Preußischen Akademie der Künste ausgetreten und lebte zur Zeit des Kriegsendes in Jena. Sie starb am 17. November 1947 in Schönberg (Taunus).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

späte Nacht hinein blieben und russische Lieder anstimmten, als der Alkohol seine Wirkung getan hatte. [...]

Eine sehr willkommene Ergänzung der allgemeinen Versorgung mit Nahrungsmitteln und Textilien war für mich und meine Familie die Möglichkeit, in einem Vorratslager, das sich in Weimar in einer alleinstehenden Villa befand, monatlich einmal nach Herzenslust ohne Marken einzukaufen. Es gab dort Kaffee und Tee, Wein und Spirituosen, Teigwaren und Fleisch, Wurst, Schinken, ferner Strümpfe, Wäsche, englische Stoffcoupons für Herrenanzüge, Mäntel, Stoffe für Damenkleider usw. Der Kreis der Begünstigten war eng begrenzt, von den Kommunalpolitikern gehörten auch die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte und die Landräte dazu.

Von den kleinen Unannehmlichkeiten mancherlei Art abgesehen, war mein Start als Oberbürgermeister in Jena überraschend günstig verlaufen. Deshalb beflügelten mich damals große Hoffnungen; schien es doch zunächst so, als wenn ich nach der Beseitigung der Nazidiktatur als Kommunalpolitiker mit größeren Aufgaben und größeren Möglichkeiten dort fortfahren könnte, wo ich im März 1933 in Neusalz aufgehört hatte. Häufig bin ich durch die Straßen von Jena gegangen voller Pläne und Projekte. Ohne Erfahrungen mit der russischen Diktatur und in völliger Verkennung der bevorstehenden Entwicklung beseelte mich der Gedanke, während der nächsten Jahre in der schönen Stadt Jena Aufbauarbeit als Oberbürgermeister zu leisten und meinen Namen mit dieser Stadt zu verbinden. Bald wurde mir allerdings klar, daß ich unbegründeten Illusionen nachhing.

An dieser Stelle sei kurz der Besuch in Dresden vermerkt, den ich im Oktober 1945 auf Wunsch von Otto Buchwitz machte. Wir kannten und schätzten uns seit unserer gemeinsamen Arbeit in der SPD in der Weimarer Zeit, als er Bezirkssekretär in Görlitz und Reichstagsabgeordneter und ich Bürgermeister in Neusalz war. Buchwitz wohnte damals auf dem Weißen Hirsch[33], er gehörte zu den prominenten Politikern in Sachsen und hatte den Wunsch, mich als Oberbürgermeister in Dresden zu sehen. Darüber war er sich offenbar mit dem Ministerpräsidenten[34] von Sachsen, einem Sozialdemokraten Dr. Friedrichs[35], einig. Otto Buchwitz kam eines Tages zu mir nach Jena, stellte mir die Bedeutung der Wiederaufbauarbeit in dem übel zerstörten Dresden vor und bestimmte mich zu einem Besuch. Ich sagte zu und fuhr in Begleitung meiner Frau mit dem Dienstwagen nach Dresden, wo wir einmal über Nacht blieben. Schon die Fahrt zur Wohnung von Otto Buchwitz machte mich bedenklich, mußten wir doch auf dem Weißen Hirsch durch zwei oder drei von russischen Soldaten bewachte Straßensperren hindurch, so exklusiv wurden die deutschen Politiker behandelt.

Offensichtlich waren die Villen auf dem Weißen Hirsch beschlagnahmt und für die russische und deutsche Prominenz freigemacht worden. Buchwitz wohnte verhältnismäßig bescheiden, man hatte von dort aus einen Überblick über das Stadtzentrum von Dresden, von dem fast nichts übriggeblieben war; ein derartiges Bild der Verwüstung und Vernichtung ist mir niemals wieder vor die Augen gekommen.

Nach verschiedenen Besichtigungen und Besprechungen war mir klar, daß ich dem Wunsche von Otto Buchwitz nicht stattgeben würde. Es kam hinzu, daß sowohl die

---

[33] Weißer Hirsch: Villenvorort bei Dresden auf dem Meisenberg; vgl. zum folgenden auch die Schilderung des „Prominenten-Gettos" mit seinen Absperrungen bei Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 244.

[34] Vgl. Anm. 31.

[35] Dr. Rudolf Friedrichs, Mitglied der SPD seit 1920, vor 1933 Oberregierungsrat, Juli 1945 Präsident der Landesverwaltung von Sachsen, April 1946 SED, 1946–1947 Ministerpräsident von Sachsen. An der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz nahm er wegen Erkrankung schon nicht mehr teil. F. starb am 14. Juni 1947.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leitung der SPD wie auch der KPD in Thüringen mein Verbleiben in Jena wünschten. Genosse Eggerath[36], der Bezirksleiter der KPD, kam am 23. November mit seiner Frau zu einer offenen Aussprache in meine Wohnung nach Jena, an der die Genossen Karl Barthel, Max Härzer und Federbusch teilnahmen und die ich dazu benutzte, Eggerath, der mich nach etwaigen Schwierigkeiten in Jena fragte, um die Ersetzung des Polizeidezernenten Paul Krahn durch einen anderen geeigneten Kommunisten zu bitten, was bald danach geschah. Der letztlich entscheidende Grund für meine Absage an Buchwitz war der Eindruck, den ich und noch mehr meine Frau von dem amtierenden zweiten Bürgermeister Walter Weidauer[37] gewonnen hatten, und dem ich jede Schlechtigkeit eines Funktionärs zutraute. Meinen Verdacht hat übrigens die Behandlung des Oberbürgermeisters Dr. Leisner, früher Stadtrat für Kulturfragen in Breslau, bestätigt, der an meiner Stelle als Sozialdemokrat zum Oberbürgermeister in Dresden bestellt wurde und wohl nicht länger als ein Jahr mit Weidauer zusammengearbeitet hat. In solchen Fällen konnte man sich glücklich preisen, wenn das Verhalten des kommunistischen Vertreters nur mit einem Amtswechsel und nicht mit dem Verlust der persönlichen Freiheit endete. [...]

[...]

Als die Überlegungen wegen der Stelle des Oberbürgermeisters in Dresden schwebten, fragte Hermann Lüdemann[38] in seiner Eigenschaft als Landesgeschäftsführer der SPD Mecklenburg-Pommern mit dem Sitz in Schwerin bei mir an, ob ich bereit wäre, das Ministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Verkehr des Landes Mecklenburg-Pommern[39] einzurichten und zu leiten. In seinem Brief vom 29. 10. 1945 schreibt er, daß er „auf dem Fluchtmarsch der 40000 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen in Mecklenburg erschöpft zusammengebrochen sei und wider alle Regel nur deshalb nicht den berühmten Genickschuß erhalten habe, weil die Russen uns zuletzt dicht auf den Fersen waren und die SS-Begleitmannschaft gerade

---

[36] Werner Eggerath (geb. 1900), Mitglied der KPD seit 1924 in verschiedenen Funktionen, 1935 Verhaftung; ein Jahr später vom Volksgerichtshof zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. E. wurde 1945 Landrat des Mansfelder Seekreises und baute als Bezirksleiter die KPD in Thüringen wieder auf (1946 SED). Als Dr. Paul (siehe Anm. 23), der im April 1946 der SED beigetreten war und nach den Landtagswahlen die Verwaltungsgeschäfte, nun als Ministerpräsident, weitergeführt hatte, sich am 1. September 1947 in die US-Zone begab, wurde E. dessen Nachfolger und verblieb in diesem Amte bis zur Auflösung der DDR-Länder (1952). 1954–1957 Botschafter der DDR in Bukarest, 1957–1960 Staatssekretär für Kirchenfragen.

[37] Walter Weidauer (geb. 1899), 1922 Mitglied, 1932–1933 Reichstagsabgeordneter der KPD. 1933–1935 mehrfach in Haft, 1935 Emigration. 1941 in Dänemark von der Gestapo verhaftet, 1942 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 2. Bürgermeister von Dresden, 1946 SED, 1946–1958 (als Nachfolger Leisners) Oberbürgermeister von Dresden, 1958–1961 1. Vorsitzender des Rates des Bezirks Dresden.

[38] Hermann Lüdemann (1880–1959), Mitglied der SPD seit 1912, während der Weimarer Republik in hohen Verwaltungsstellen Preußens: 1920–1921 Finanzminister, 1927–1928 Regierungspräsident in Lüneburg, 1928–1932 Oberpräsident der Provinz Niederschlesien. 1933–1935 und 1944–1945 in Konzentrationslagern (1944 auch Untersuchungshaft), zuletzt im KL Sachsenhausen. 1945 Landesgeschäftsführer der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, 1946–1947 Innenminister und 1947–1949 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

[39] Die offizielle Bezeichnung des Landes lautete ab 1945 zunächst „Mecklenburg-Vorpommern", vom 16. Januar 1947 (Verfassung) bis zur Auflösung des Landes (1952) nur noch „Mecklenburg".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anfing, in der Anwendung ihrer brutalen Grundsätze wankend zu werden. Nach fünfwöchiger guter Verpflegung durch die Rote Armee und nachfolgender weiterer Pflege durch Verwandte und Freunde bin ich dann bis Güstrow gekommen, von wo mich der Landesvorstand unserer Partei zur Übernahme der Landesgeschäftsführung hergerufen hat." Ich habe Lüdemann einen ablehnenden Bescheid gegeben, weil ich jedenfalls zunächst meine Verhandlungen wegen Dresden zum Abschluß bringen und an sich gerne noch eine gewisse Zeit in Jena arbeiten wollte.

Mein Weggang von Jena kam für mich unerwartet und ging glatt vorstatten.

Die Kommunalwahl am 8. September 1946 machte die liberaldemokratische Partei (LDP) zur stärksten Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, weil viele der sozialdemokratisch gesinnten Wähler ihre Stimme nicht der SED, sondern der LDP gegeben hatten. Die liberaldemokratische Partei und die christlich-demokratische Union erhielten zusammen 28 324 Stimmen, während auf die SED nur 16 257 Stimmen der Wähler entfielen. Die Fraktionsleitung der LDP hatte mich zu ihrem Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters bestimmt, als die russische Stadtkommandantur entschied, daß der neue Oberbürgermeister nach demokratischen Regeln, wie sie die Russen verstanden, aus den Reihen der LDP gestellt werden müßte; meine Wahl war m.a.W. verboten oder würde nicht genehmigt werden. Diese überraschende Wendung bei der Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters kam mir als ein besonderer Glücksumstand sehr gelegen, stand ich doch seit einiger Zeit mit Hermann Lüdemann in Verbindung, der hoffte, Oberbürgermeister in Berlin zu werden und mich als Stadtkämmerer haben wollte. Es ist mir bekannt, daß die russischen Behörden den damaligen Ministerpräsidenten Paul aufgefordert hatten, sich um meine anderweitige Verwendung im öffentlichen Dienst zu bekümmern. Ich bekam eines Tages die Aufforderung, zu Dr. Paul nach Weimar zu kommen, traf ihn allerdings nicht an, sein Vertrauensmann im Vorzimmer wußte tatsächlich oder angeblich nichts von dieser Aufforderung und wollte mich nach Rückkehr von Dr. Paul sofort unterrichten, wann ich den Regierungschef sprechen könnte. Eine weitere Nachricht kam zu meiner Freude nicht. Einige Jahre später erzählte mir Franz Lepinski[40] bei einer Zusammenkunft in Düsseldorf, daß General Kolesnitschenko[41] wegen meines Wegganges an Dr. Paul den Vorwurf gerichtet habe: „Solche Leute läßt man nicht gehen!"

Die Leitung der SED hat sich im Herbst 1946 zweimal um mich bemüht. Zunächst kamen Otto Buchwitz und Wilhelm Koenen; sie boten mir den Posten des Oberbürgermeisters von Leipzig oder von Halle/Saale oder den Posten des Wirtschaftsministers im Lande Sachsen an. Ich lehnte ab, wobei ich insbesondere darauf hinwies, daß ich von einem Tag zum anderen trotz meiner Kinder ohne Kündigungsfrist und Übergangsmaßnahmen am 1. Oktober stellungslos und brotlos geworden sei. Darauf erwiderte Wilhelm Koenen: „Wenn Sie ein guter Offizier in der SED werden, wird es Ihnen an nichts mangeln." Ich konnte – wohl zum Entsetzen meiner Gäste – nur erwidern: „Das gerade will ich nicht, weil ich auf ein gewissses Maß von Selbständigkeit und Unabhängigkeit Wert lege." Als ich im Laufe des Gespräches auf die üblen Folgen der begonnenen Demontage bei Zeiß und Schott sowie auf die zwangsweise Entführung der leitenden Fachleute hinwies, suchte Koenen dieses Verhalten der Russen mit dem Hinweis darauf zu entschuldigen, daß der große russische Staat in der Lage wäre, mit den Kenntnissen und Erfahrungen der Zeißianer einen wirtschaftlichen Erfolg im Interesse der Arbeiterschaft zu erzielen, der dem Chimborasso vergleichbar sei, während die Betriebe in Jena nur die Höhe der Berge des Thüringer

[40] Franz Lepinski, vor 1933 im Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) tätig, 1945 im Vorstand der thüringischen SPD (1946 SED) und stellvertretender Leiter des thüringischen Landesamtes für Arbeit.

[41] Vgl. Anm. 24.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Waldes erreichten. Otto Buchwitz hatte schnell eingesehen, daß er mich nicht umstimmen würde. Wir verabschiedeten uns für immer.
Wenige Tage später kam Otto Grotewohl, um mich für eine Position bei der Regierung in Pankow[42] zu gewinnen. Er hatte mich schon früher einmal in diesem Sinne angesprochen und damals geäußert, daß er mich zum Staatssekretär des Finanzwesens in der geplanten zentralen deutschen Verwaltung nach den Potsdamer Beschlüssen[43] vorschlagen würde, wozu ich mich bereit erklärt hatte. Diesmal lehnte ich ab mit der Begründung, daß ich entschlossen sei, in mein eigenes Haus in Berlin-Lichterfelde zu ziehen und mich nötigenfalls im freien Beruf zu betätigen, der mich und meine Familie über die gesamte Nazizeit ernährt hatte. Grotewohl wandte sich in einem letzten Versuch an meine Frau mit dem Hinweis, daß sie mit den Kindern in der amerikanischen Zone von Berlin Hunger und Kälte erleiden müßte, während sie gut versorgt sein würde, wenn ich mich entschlösse, seinem Rate zu folgen. Auch sie lehnte ab, obwohl sie im Haushalt seit dem 1. Oktober schon deutlich gemerkt hatte, was der Fortfall der Privilegien allein bei der Ernährung durch den Entzug der Lebensmittelkarte in Höhe der doppelten Ration für Schwerstarbeiter, die dem Oberbürgermeister zustand, und der sofort wirksame Ausschluß von der zusätzlichen Einkaufsmöglichkeit für Prominente in Weimar für die große Familie bedeuteten.
Die Stadt Jena hat mich mit Lob und Dank verabschiedet und mir sogar ein Teegeschirr von Otto Lindig als Geschenk überreicht. Da mein Amtsnachfolger Mertens mit seinen fünf Kindern Wert darauf legte, alsbald meine Dienstwohnung in Jena zu beziehen, bemühte sich die Stadtverwaltung, mich mit allen meinen Sachen schnell und kostenlos nach Berlin zu bringen. Das geschah in den ersten Novembertagen 1946.

2. Einrichtung der Stadtverwaltung

Zur Zeit der amerikanischen Besatzung hatte sich die Stadtverwaltung unter dem kommissarischen Oberbürgermeister Dr. Otto Wagner in dem Gebäude des Generalkommandos eingerichtet. Die russischen Besatzungsstellen legten auf ihre repräsentative Unterbringung größten Wert; sie beanspruchten daher von der Stadtverwaltung das eingerichtete Gebäude des Generalkommandos für sich (und einige andere wichtige Verwaltungsgebäude dazu) und verwiesen mich mit den städtischen Büros in das frühere Wehrmeldeamt am Anger. Schon die Tatsache, daß es dort keine Telefonanlage gab, beweist die Kette von Schwierigkeiten, die mit meinem Start als Oberbürgermeister verbunden waren. Es mußten nicht nur zahlreiche alte Leute, die dort Unterkunft nach den Bombenangriffen auf Jena[44] gefunden hatten, und viele Flüchtlinge anderwärts untergebracht werden, sondern es war auch erforderlich, buchstäblich alles zu beschaffen, was nun einmal für den Betrieb einer Behörde notwendig war. Von der

[42] Regierung in Pankow: Diese aus der Haltung der Nichtanerkennung entstandene Bezeichnung für die Regierungsorgane der DDR ist erst seit den 50er Jahren in Gebrauch gewesen. Im hier geschilderten Zusammenhang kann es sich bei dem Angebot Grotewohls nur um eine Stellung bei den bereits durch sowjetischen Befehl vom 27. Juli 1945 errichteten elf zonalen „Deutschen Zentralverwaltungen" mit dem Sitz in Berlin gehandelt haben.

[43] Weitere Beispiele der damaligen Suche nach geeigneten Persönlichkeiten für die Leitung der Staatssekretariate bei Th. Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 513 f.

[44] Die schwersten Angriffe hatten in den letzten Kriegsmonaten (10. Februar und 20. März 1945) stattgefunden. In der erheblich zerstörten Innenstadt blieben jedoch von den historischen Bauwerken das Johannistor, der Pulverturm und die stark beschädigte spätgotische Stadtkirche St. Michael erhalten.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kunst der Improvisation hing der Erfolg meiner Amtstätigkeit nicht nur in den ersten Tagen, sondern noch lange Zeit ab.

Wie im sachlichen, so begann auch im persönlichen Bereich die Tätigkeit der Stadtverwaltung mit einem Berg von Hindernissen. Die russische Kommandantur verlangte die sofortige Entlassung aller städtischen Beamten und Angestellten, die jemals Mitglied der NSDAP gewesen waren mit alleiniger Ausnahme der Lehrlinge und der weiblichen Schreibkräfte. So war ich buchstäblich über Nacht den größeren Teil meiner Mitarbeiter los und zwar auch bei anderen Behörden, wie z. B. bei dem Finanzamt und der Polizeidirektion, die früher nicht zur städtischen Verwaltung rechneten. Wie ich über diese Tage und Wochen hinweggekommen bin, kann ich heute nicht mehr sagen; es ist einigermaßen gut gegangen, was in der Hauptsache damit zusammenhing, daß die etwa zwölf Dezernenten – ein Magistratskollegium und Stadträte im überkommenen Sinne gab es nicht –, mit den örtlichen Verhältnissen in Jena vertraut waren. An ihrer Auswahl hatte ich nicht mitwirken können. Nur Dr. Otto Wagner, meinen kommissarischen Amtsvorgänger, habe ich zum Justitiar der Stadtverwaltung bestimmt. Die übrigen Vorschläge für die Besetzung der Dezernate kamen von den Parteien. Die KPD beanspruchte für sich den zweiten Bürgermeister in der Person von Karl Barthel und als Polizeidezernenten den Leiter der freien Gewerkschaften Paul Krahn sowie den Dezernenten für Handel und Ernährung Max Härzer, einen eingesessenen kleinen Gemüsehändler. Für die Kämmereiverwaltung stand zunächst der frühere Oberbürgermeister Müller aus Marburg/Lahn, später der kaufmännische Angestellte Hans Meier (LDP) zur Verfügung. Das Kulturdezernat hatte Dr. Herbert Koch, ein früherer Oberstudiendirektor, inne, der zu den Naziverfolgten gehörte. Zu erwähnen wäre noch die Besetzung des Stadtbauamtes mit Dipl.Ing. Herbert Leiffer, einem jungen, tatkräftigen Architekten, der mit List und Eifer die russischen Behörden für sich zu gewinnen wußte; erst nach meinem Weggang wurde bekannt, daß Leiffer Mitglied der SS gewesen war. Ihm zur Seite stand für den Hochbau der Bauhausschüler Alfred Arndt und für den Tiefbau der Dipl.Ing. Josef Krois. Für die Stadtplanung war Professor Friedrich Schopohl im Werkvertrag verpflichtet.

[...]

Als Oberbürgermeister war ich der Chef sämtlicher Zivilbehörden in Jena und dem russischen Kommandanten für alles verantwortlich. Die Dezernenten waren meine Untergebenen und daher meinen Weisungen unterworfen. Praktisch habe ich von Anfang an auf die kollegiale Zusammenarbeit mit meinem Vertreter und den Dezernenten den größten Wert gelegt. Dies wurde mir dadurch wesentlich erleichtert, daß der russische Stadtkommandant auf meine Bitte eine Anordnung erließ, wonach der Oberbürgermeister, sein Vertreter und die Dezernenten täglich (außer Sonntags) zwischen 12 und 2 Uhr in einem besonderen Raume des Hotels Schwarzer Bär gegen Bezahlung das Mittagessen ohne Marken erhielten, das für die Offiziere der russischen Armee gekocht wurde. Diese gute Futterkrippe täglich wahrzunehmen, war jeder der beteiligten Herren persönlich interessiert, so daß ich die Herren regelmäßig dort hatte, mit ihnen alles Wichtige besprechen konnte und ihnen nach Wunsch zur Verfügung stand. Der gemeinsame Mittagstisch förderte die persönlichen Beziehungen aller untereinander und trug auch sonst zur Erhaltung eines guten Arbeitsklimas bei. Eine Ausnahme bildete lediglich Polizeidezernent Krahn, der sich geflissentlich abseits hielt und auch zu seinen kommunistischen Freunden kein offenes menschliches Verhältnis hatte. Seine geringe geistige Beweglichkeit suchte er durch Mißtrauen auszugleichen. Es kamen bald Gerüchte auf, daß die Verhaftung verschiedener Bürger aus Jena durch die russische Kommandantur und durch die geheime Polizei (NKWD) auf Denunziationen deutscher Polizeibeamter zurückzuführen sei. Ich hatte immer wieder Schwierigkeiten, festzustellen, ob Krahn für die Durchführung der von mir gege-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

benen Anweisungen Sorge trug; es fehlte an der erforderlichen Berichterstattung der Polizeidirektion an mich und an andere Dienststellen, so daß ich gezwungen war einzugreifen, was jedoch häufig ohne Erfolg blieb. Krahn stützte sich auf die KPD und seine dortigen Freunde und glaubte, die Polizei in deren Sinne leiten zu sollen. Schließlich sah ich mich gezwungen, mit dem Landesleiter der KPD Eggerath über die Ablösung von Krahn zu sprechen; als seinen Nachfolger schlug ich den als Kommunisten bekannten Polizeidirektor Römer aus Apolda vor, womit sich Eggerath einverstanden erklärte. Krahn schied grollend aus und wurde im Landessekretariat der KPD beschäftigt. Die Vermutung, daß er Rache nehmen würde, sollte sich bald bestätigen.

Zunächst hat Kahn versucht, wie ich von Karl Barthel weiß, mich bei den russischen Behörden anzuschwärzen. Das ist ihm deswegen nicht gelungen, weil sich Barthel mit mir solidarisch erklärte und seinen Rücktritt androhte, wenn ich verhaftet würde. Das war etwa im Dezember 1945.

Ich habe noch heute den Verdacht, daß von dorther das Gerücht verbreitet wurde, ich wäre Mitglied der NSDAP gewesen und sogar Träger des goldenen Parteiabzeichens. Wegen dieser Verleumdung habe ich Strafantrag gegen Unbekannt bei der Staatsanwaltschaft gestellt, ohne jemals etwas zu hören, und zugleich die Bezirksleitungen Thüringen der SPD (Heinrich Hoffmann[45]) und der KPD (Werner Eggerath) unterrichtet, die mir schrieben, daß ich keine Bedenken wegen eines Wechsels in dem Amt des Oberbürgermeisters in Jena zu haben brauchte.

Den zweiten Stoß führte Krahn gegen seinen Parteifreund Karl Barthel mit der Begründung, daß er sich von mir habe vollkommen überspielen lassen; es wäre seine Pflicht gewesen, mich zu kontrollieren und im kommunistischen Sinne an die Hand zu nehmen, er hätte regelmäßig den kommunistischen Parteiinstanzen über die Führung der Stadtgeschäfte in Jena berichten und sich auch sonst als Funktionär der KPD betätigen müssen. Mit Schreiben vom 15. März 1946 teilte mir Werner Eggerath – parteioffiziell für die KPD in Thüringen – mit, daß „wir heute beschlossen haben, den Genossen Barthel abzuberufen ... Er soll als Lehrer in unserer Schule Bad Berka mitarbeiten ... und durch eine ruhige Tätigkeit seine Gesundheit wiederherstellen." Man wolle „ihn dann für eine Zentralarbeit in der Verwaltung vorschlagen". Ich habe sofort an Eggerath geschrieben, daß die Versetzung von Karl Barthel an die Parteischule in Bad Berka für jeden Außenstehenden wie eine Diffamierung wirken müßte, die er nicht verdient habe, es seien doch noch nicht zwölf Monate vergangen, seitdem er aus dem Konzentrationslager befreit worden sei. Darauf erhielt ich postwendend eine grobe Antwort von Eggerath mit dem Schlußabsatz: „Die Auffassung, die immer wieder zum Vorschein kommt, wonach es sich hier um ein Intrigenspiel handelt, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Jeder, der mich und meine Arbeit kennt, weiß, daß meine Arbeit und meine Politik eine gradlinige ist, und auch meine Mitarbeiter sind nicht gewöhnt, mit Intrigen zu arbeiten."

Über die Abberufung von Karl Barthel habe ich mir am 14. April 1946 folgende Notiz gemacht: „Kollege Barthel ist von seinem Amt zurückgetreten. So sehr ich jetzt – nachträglich – den Standpunkt der kommunistischen Parteileitung in Weimar verstehe,

---

[45] Heinrich Hoffmann (geb. 1899), war Mitglied der SPD und vor 1933 Bundessekretär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; im Sommer 1945 baute er (als Dr. Brills Stellvertreter) die Parteiorganisation der SPD in Thüringen mit auf. Stark engagiert für den Zusammenschluß der sozialistischen Parteien, wurde er um die Jahreswende 1945/46 Nachfolger Brills, gegen den er schon vorher gearbeitet hatte (Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 83); 1946 Landesvorsitzender der SED in Thüringen, 1948–1949 Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission für die SBZ und des Deutschen Volksrates.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß man ihn los sein wollte, so wenig kann ich mich damit abfinden, wie es gemacht worden ist. Wenn diese Art in Zukunft für die SED maßgebend sein soll, dann dürften meine Aussichten in Jena nicht günstig sein." An seine Stelle als Bürgermeister trat Frau Lydia Poser, die Witwe des von der SA umgebrachten kommunistischen Funktionärs Magnus Poser[46]. Man erwartete, daß sie sich als gute Funktionärin der KPD gegenüber dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister bewähren würde. Die Zusammenarbeit mit ihr war sachlich, so daß ich keinen Grund zur Klage hatte; an meinem Verwaltungsstil änderte sich natürlich nichts.

[...]

Die meisten der beteiligten deutschen Beamten und Bürger gingen damals davon aus, daß die kommunale Selbstverwaltung nach und nach in alter Form wiedererstehen würde, zumal dies von allen Parteien angekündigt wurde, wie z. B. auch in dem Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945, wo es unter Ziffer 4 wörtlich hieß: „Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- und Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage" (gez. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht u. a. m.) Dagegen waren sich die russischen Machthaber und ihre deutschen politischen Verbündeten wohl schon damals völlig darüber klar, daß dies mit dem Gedanken der Volksdemokratie, die sie anstrebten, nicht vereinbar wäre.

Erst nach den Kommunalwahlen im September 1946 ließen die Machthaber ihre eigentlichen Ziele deutlicher in Erscheinung treten. Ich habe vorher die sich mir bietenden Gelegenheiten wahrgenommen, für die Erhaltung bzw. Wiedereinrichtung der demokratischen Selbstverwaltung im überkommenen Sinne zu plädieren. Im Dezember 1945 habe ich den damaligen Ministerpräsidenten von Thüringen[47] Dr. Paul bei seinem offiziellen Besuch, den er der Stadt Jena machte, mit beschwörenden Worten gebeten, für die Gedanken des Rechtsstaates und der kommunalen Selbstverwaltung einzutreten. Ich schloß meine Begrüßungsansprache mit dem Satz „Wir müssen im Rechtsstaat eine lebendige Selbstverwaltung im Interesse eines energischen Wiederaufbaues haben. Dann, glaube ich, werden Sie, Herr Präsident, eines Tages mit Stolz auch auf ihre thüringischen Städte und deren Leistungen hinweisen können."

Am 17. Juli 1946 schrieb ich an Otto Grotewohl: „Anliegend übersende ich vereinbarungsgemäß zwei Exemplare einer neuen Denkschrift[48] [...] betreffend die Siche-

[46] Magnus Poser (1909–1944, seit 1928 Mitglied der KPD, 1933–1936 in politischer Haft) und Dr. Theodor Neubauer (1890–1945, 1924–1933 Reichstagsabgeordneter der KPD, 1933–1939 im KL Buchenwald) hatten unabhängig voneinander in Jena bzw. Gotha illegale KP-Gruppen ins Leben gerufen. Ab 1942 arbeiteten sie zusammen und bauten bis zu ihrer Verhaftung (Juli 1944) in Thüringen eine größere Widerstandsorganisation auf. Während Dr. Neubauer nach einem Prozeß vor dem Volksgerichtshof am 5. Januar 1945 in Brandenburg hingerichtet wurde, starb Poser am 21. Juli 1944 in Buchenwald, nachdem er in der Nacht zuvor in Weimar sich durch Flucht seinen Bewachern entziehen wollte und dabei schwer verletzt worden war (Gertrud Glondajewski und H. Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957, S. 72 ff.)

[47] Vgl. Anm. 31.

[48] Unter dem Titel „Die kommunale Selbstverwaltung im neuen Deutschland" umfaßte die am 12. Juli 1946 in Jena formulierte und an den Zentralausschuß der SED gerichtete Denkschrift 4½ Seiten. Sie trug die Unterschriften der Oberbürgermeister von Eisenach (Hamann), Erfurt (Boock), Jena (Dr. Troeger) und Weimar (Faust). Einen Durchschlag gab Troeger als „Anhang" zum ersten, die Jahre 1945 und 1946 behandelnden Teil seiner Erinnerungen. In dem Papier wurden u. a. für die Gemeinden mehr Zuständigkeiten, Handlungsfreiheit und finanzieller Spielraum gefordert und die Gängelung durch vorgesetzte Dienststellen abgelehnt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der kommunalen Selbstverwaltung in der russischen Besatzungszone. Ich möchte hoffen, daß es noch vor den Wahlen möglich ist, einige grundsätzliche Erleichterungen herbeizuführen. Was hätten die Wahlen für einen Sinn und was sollten die neugewählten Körperschaften tun, wenn die Militärregierung auf die Organisation der Selbstverwaltung und auf die Beschlüsse der Verwaltungskörperschaften keinerlei Rücksicht nähme? Zur Freiheit der Selbstverwaltung gehört auch eine gewisse finanzielle Bewegungsmöglichkeit; das Herausstreichen großer Beträge aus den Haushaltsplänen, das Arbeiten mit Vierteljahresplänen und neuerdings die Wegnahme aller Einnahmeüberschüsse zu Gunsten der Besatzung müssen nicht nur die Selbstverwaltung zerstören, sondern jede ordentliche Verwaltung unmöglich machen. Es ist augenblicklich so, daß diejenigen Kommunalverwaltungen, die am besten, d. h. am sparsamsten arbeiten und wahrheitsgetreue Haushaltspläne und Rechnungsabschlüsse herstellen, durch den Entzug der Einnahmeüberschüsse bestraft werden ..." Auf dieses Schreiben habe ich von Otto Grotewohl keine Antwort erhalten.

3. Versorgung der Bevölkerung

Nach dem Ende der Kriegshandlungen gab es für kurze Zeit eine gewisse Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und auch mit Textilien, weil die amtlichen deutschen Vorräte vor der feindlichen Besetzung zur Verteilung kamen. Während der amerikanischen Besatzungszeit konnte der Versorgungsstand einigermaßen gehalten werden, weil sich die amerikanische Truppe selbst aus eigenen Beständen versorgte. Mit der russischen Besatzung änderten sich die Verhältnisse grundlegend und zwar nicht nur deswegen, weil die russischen Truppen sich aus dem deutschen Lande verpflegten und versorgten, sondern weil etwa zur gleichen Zeit der ungeheure Strom von Flüchtlingen aus den Ostgebieten sich nach Thüringen und weiter nach Westen ergoß. Schließlich kam als vorübergehende drastische Belastung hinzu, daß unter der Aufsicht der Besatzungsstellen die nach den Ostgebieten zurückflutenden Arbeitskräfte, in der Hauptsache Polen, auf das schnellste zusammengeführt, in großen Lagern vereinigt und dann systematisch nach dem Osten zurückgebracht wurden. Eine solche Sammelstelle für Fremdarbeiter hatte die Firma Schott & Gen. in Jena zu betreuen.

Auf russische Anweisung wurde die Bevölkerung nach der Art der Arbeitsleistung in vier verschiedene Kategorien eingeteilt und dementsprechend mit Lebensmitteln versorgt, soweit solche überhaupt zu beschaffen waren. Die arbeitende Bevölkerung, insbesondere die Handarbeiter, waren bevorzugt. Die Werkskantinen wurden beibehalten und sogar ausgebaut. Wer nicht arbeitete, bekam Nahrungsmittel von vielleicht 1200 Kalorien pro Tag und konnte damit kaum leben. Der Schwarzhandel spielte nur eine geringe Rolle, teils weil die Maßnahmen der Besatzungsbehörde die Vorräte stark dezimiert hatten, teils auch deswegen, weil die Strafen außerordentlich hart ausfielen. [...] Was an Textilien oder an Möbeln, an Haushaltsgeräten u. a. geboten wurde, war meist von schlechter Qualität, in aller Regel bewirtschaftet und nach Möglichkeit für die Flüchtlinge und Heimkehrer reserviert. Dem Kunsthandwerk war damals insofern eine gewisse Blütezeit beschieden, als die aus geringwertigem Material hergestellten Gegenstände, wie Aschenbecher und Lesezeichen, Buchständer und Spielzeug reißend Absatz fanden, da die Bevölkerung nicht wußte, was sie mit ihrem Arbeitsverdienst anfangen sollte.

Im Herbst 1945 wurden auf russische Anweisung und mit kräftiger Förderung durch die Regierungsstellen in mehreren Städten Thüringens [...] sogenannte „freie Märkte" veranstaltet. Es handelt sich darum, die bäuerliche Bevölkerung nach Abschluß der Ernte und nach Erfüllung ihres Ablieferungssolls zum freihändigen Ver-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kauf der ihnen verbliebenen Produkte zu veranlassen und dadurch der kaufkräftigen Bevölkerung zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten zu geben. Ich mußte an der Eröffnung des freien Marktes in der Landeshauptstadt Weimar teilnehmen, wozu u. a. die gesamte Regierung aufgeboten war. An einem naßkalten Dezembertag spielte sich der freie Markt auf einem Platz in Weimar ab. Die Bevölkerung nahm trotz der Propaganda für diesen Weihnachtsmarkt mehr aus Neugierde als in der Hoffnung teil, dort etwas zur Linderung ihrer Notlage tun zu können. Ich selbst habe nicht gewagt, von den angebotenen Bratwürsten oder belegten Broten zu kaufen, weil ich niemandem, der schlechter versorgt war, etwas vorenthalten wollte. Man sah auch Holz- und Korbwaren; den größten Zuspruch hatten die Verkaufsstände mit Schnaps und Bier. Das ganze war eine ziemlich traurige Angelegenheit und ohne den gedachten propagandistischen Erfolg.

4. Beseitigung der Kriegsschäden

[. . .[49]]

Die russische Besatzungsmacht legte auf die schnelle Wiederherstellung wenigstens einer Brücke über die Saale im Bereich der Stadt Jena größten Wert. Die Stadtverwaltung bekam den Befehl, die Camsdorfer Brücke möglichst schnell wieder aufzubauen. Das geschah entgegen dem Befehl aus Karlshorst[50] nicht in Holz, sondern in Beton[51], womit für die Stadtverwaltung der große Vorteil verbunden war, daß die russische Dienststelle zum Bau der Brücke jede angeforderte Menge Zement aus der nahen Fabrik in Göschwitz zur Verfügung stellte. Ungezählte Waggons Zement sind damals verbotswidrig den Hausbesitzern und Bauunternehmern zur Reparatur von Gebäuden und Wohnungen abgegeben worden.

Besonders schmerzlich wurde der Mangel an Fensterglas empfunden. Glücklicherweise richtete sich die Firma Schott & Gen. auf die Herstellung von Fensterglas ein, das der Jenaer Bevölkerung zwar nicht ganz, aber zum erheblichen Teile zugeführt werden konnte.

Der Wiederaufbau der Universität lag den russischen Dienststellen und der Landesregierung in Weimar besonders am Herzen. Dabei spielten insoweit ideologische Gesichtspunkte eine Rolle, als Karl Marx an der Universität Jena sein Doktor-Examen abgelegt hatte, weshalb die Hochschule als besonders förderungswürdig galt. Die erneute Forschung nach der Doktorarbeit von Karl Marx über die „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie" blieb wiederum ergebnislos[52], doch hatte Jena den Vorteil, daß für den Wiederaufbau der Universität erhebliche Mengen an Baumaterial aller Art zur Verfügung gestellt wurden.

Der Schwarzhandel mit Baumaterialien hatte noch größere Formen angenommen als

---

[49] Ausführungen über Arbeitseinsatz zur Trümmerbeseitigung.

[50] Karlshorst: Berlin-Karlshorst, Sitz der Sowjetischen Militäradministration.

[51] Vgl. auch unten S. 914 f. und 918 f.

[52] Karl Marx (1818–1883), der in Bonn und Berlin studiert hatte, sandte seine Dissertation „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie" am 6. April 1841 dem Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Jena ein und wurde am 15. April 1841 in absentia zum Doktor der Philosophie promoviert. Im Universitätsarchiv Jena befindet sich kein Exemplar der Dissertation. Auf die Nachwelt ist lediglich eine einzige (unvollständige) Abschrift gekommen, die von einem Kopisten hergestellt wurde. Bei ihr dürfte es sich um das eingereichte und für eine Drucklegung zurückverlangte Exemplar handeln (J. F. Raddatz, Karl Marx, Eine politische Biographie, Hamburg 1975, S. 48).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Schwarzhandel mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Der größte Schwarzhändler war das Stadtbauamt unter seinem Leiter Dipl.-Ing. Leiffer. Dabei ist zu bedenken, daß die russischen Dienststellen an diesem Tauschhandel sehr interessiert waren, weil sie für eigene Zwecke Baumaterial aller Art brauchten, so daß sie sich gezwungen sahen, Tauschmaterial zur Verfügung zu stellen, wo immer sich solches bereitstellen ließ. Trotz der Beteiligung der russischen Dienststellen war der Tauschhandel nicht ungefährlich, weil man niemals wußte, ob sich nicht hier oder dort jemand aus Neid oder Mißgunst oder aus anderen Gründen bereit fand, die Beteiligten zu denunzieren. Solche Transporte wurden meist in der Nacht durchgeführt. Ich habe nicht selten erlebt, daß Stadtbaurat Leiffer von einer abendlichen Veranstaltung oder aus dem Kreise seiner Freunde hinweggeholt wurde, weil die Lastwagenfahrer Anweisung brauchten, wo sie das beschaffte Material verstecken sollten.

Die Verhältnisse wurden nach der Kommunalwahl vom September 1946 sehr viel schwieriger, um nicht zu sagen, trostlos, weil von diesem Zeitpunkt an die russischen Besatzungsstellen auf die Notlage und die Gefühle der deutschen Bevölkerung so gut wie gar keine Rücksicht mehr nahmen. Es wurden ungeheure Mengen von Material zu Lasten des Reparationskontos aus dem besetzten Gebiet fortgeschleppt; der Wiederaufbau hörte praktisch auf, soweit nicht aus politischen Gründen da und dort etwas auf dem Bausektor geschah, was keineswegs von dem Wunsch der betroffenen Bevölkerung oder der Stadtverwaltung abhing. Das zentrale System der öffentlichen Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone tötete alle Formen der kommunalen Selbstverwaltung mehr oder minder ab und machte die Gemeindeverwaltungen fast vollständig zu Befehlsempfängern. Ich hatte während meiner Dienstzeit das Glück, die Chancen der Übergangszeit nutzen zu können.

Zunächst sah es so aus, als würde der Wiederaufbau, insbesondere in den Städten, von staatswegen nachdrücklich betrieben oder jedenfalls gefördert werden, hatte doch das Land Thüringen durch seinen Präsidenten schon im Oktober 1945 ein besonderes Gesetz erlassen, das nach Genehmigung durch die Militäradministration am 12. Januar 1946 im Regierungsblatt veröffentlicht wurde. Danach war allgemein das vereinfachte Enteignungsverfahren nach den §§ 3–5 und §§ 48 ff. des thüringischen Enteignungsgesetzes vom 18. 4. 1921 in den Gemeinden zulässig, deren Wiederaufbau durch das Landesamt für Kommunalwesen als notwendig anerkannt worden war. [...] An dem Gesetzentwurf hatte ich maßgeblich mitgearbeitet; es sollte auch möglich sein, die Entschädigung für enteignete Grundstücke im Wege des Grundstückstausches zu leisten.

Für die Stadt Jena, deren Stadtkern durch Bomben stark zerstört war, arbeitete Professor Friedrich Schopohl einen großzügigen Bebauungsplan aus, der den Ansprüchen modernen Verkehrs entsprach und neuzeitlicher Straßen- und Platzgestaltung auch nach künstlerischen Gesichtspunkten Rechnung trug. Glücklicherweise hat sich die Oberpostdirektion Erfurt dem Vorschlag Schopohls beim Wiederaufbau des Hauptpostamtes angeschlossen und den eigenen Entwurf zurückgestellt, obwohl mit den Bauarbeiten schon begonnen war. Auch die Camsdorfer Brücke hat Schopohl, dem die künstlerische Bauleitung übertragen war, gestalten können. Nach meinem Ausscheiden aus dem Amt als Oberbürgermeister sind die Bebauungspläne von Professor Schopohl im wesentlichen unbeachtet geblieben. Die Stadtverordnetenversammlung hat sogar am 11. 9. 1947 beschlossen, den Bebauungsplan von Professor Schopohl für die Innenstadt aufzuheben. Schopohl starb am 29. Oktober 1948 im Alter von 69 Jahren.

Eine Besonderheit im Rahmen des Wiederaufbaues waren die "Jena-Bausteine", die auf eine Anregung von mir zurückgingen; es waren Erinnerungsstücke für Spenden und Opfer zum Wiederaufbau, die durch ihre Einmaligkeit, durch Form und Farbe in ihrer Art kleine Kulturdenkmäler aus schwerster Zeit sein und als Zeichen deutschen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denkens und Schaffens noch lange lebendig bleiben sollten. Sie trugen alle als Baustein-Zeichen das Johannistor in einem Kreis.
Ricarda Huch stellte ihr Kindertagebuch für eine Erstausgabe zur Verfügung, die Stiftungsbetriebe Zeiß und Schott lieferten schöne Aschenbecher aus Glas, der Keramiker Otto Lindig aus Dornburg fertigte ansehnliche Keksdosen, die Porzellanfabrik Kahla stellte Tassen und Aschenbecher zur Verfügung, der Kunstmaler Körting wartete mit farbig-illustrierten Märchenbüchern auf, eine Broschüre mit guten Abbildungen gab Zeugnis von Käthe Kollwitz, die kürzlich gestorben war, ein Gedenkblatt zur Einweihung der Camsdorfer Brücke trug den Brückengedenkspruch von Ricarda Huch:

Danke denen, die gebaut den Bogen,
daß dich das Gewässer nicht verschlinge,
Fehlt die Brücke über wilde Wogen,
so fasse Mut und schwimme oder springe.

Großes Befremden hatte die russische Militärregierung bei den Deutschen erregt, als sie die Anbringung des zunächst vorgesehenen Spruches an der Camsdorfer Brücke verbot; er lautete:

Alles ist nur Übergang!
Merke wohl die ernsten Worte!
Von der Stunde, von dem Orte
Treibt Dich eingepflanzter Drang.
Tod wird Leben, Streben Pforte –
Alles ist nur Übergang!

Mit der Beschaffung und dem Vertrieb der Jenaer Bausteine außerhalb der städtischen Verwaltung, aber unter meiner persönlicher Aufsicht, war Herbert Herold von mir beauftragt. Er erzielte in den ersten zwölf Monaten seiner Tätigkeit eine Gesamteinnahme von ca. 200000 RM. Nach meinem Fortgang von Jena hörte die Förderung seiner Arbeit durch den Oberbürgermeister auf, so daß sie im Herbst 1947 eingestellt werden mußte. Zu erwähnen ist noch die Burgauer Gemeinschaft, ein Zusammenschluß von Künstlern und Kunsthandwerkern, um die sich der Architekt Kurt Jahn ehrenamtlich bemühte. Sie verschaffte den Mitgliedern mit Hilfe der Stadtverwaltung im Vorort Burgau Werkräume und Arbeitsmaterial. Mein Weggang von Jena leitete ihr Ende ein.

5. Kulturelles Leben

Auf die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität wurde von russischer Seite kurze Zeit nach dem Einmarsch in Thüringen großer Wert gelegt. Die Landesregierung setzte mich als Wiederaufbaukommissar mit der Vollmacht ein, allenthalben Baumaterial zu beschlagnahmen und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Universitätsgebäude möglichst schnell wiederhergestellt und der Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen werden konnten. Die Wiedereröffnung fand bereits am 15. Oktober 1945 statt. Aus diesem Anlaß hatte der Kulturbund Jena eine repräsentative Festschrift mit mehreren Beiträgen herausgebracht, darunter auch einen Aufsatz von Ricarda Huch über den „Grundwillen des deutschen Volkes" [...] und den Wortlaut meiner Rede über „Macht und Kultur" [...], die ich auf der öffentlichen Gründungsveranstaltung des Kulturbundes im Juli gehalten hatte. [...]
[...]
Die Enttäuschung bei dem kleinen Kreis der Eingeweihten war groß, als die bereits fertiggestellte Auflage der „Festschrift zur Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität" von der Militärregierung beschlagnahmt und vernichtet wurde. Stein des

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anstoßes war vor allem der Beitrag von Ricarda Huch „Der Grundwille des deutschen Volkes", aus dem ich nur die Schlußsätze zitieren will:

> Zwischen den Überbleibseln unserer Kultur, an die wir uns klammern wie Schiffbrüchige an rettende Planken, und neuen Plänen, die Heilung aller Übel verheißen, stehen wir zweifelnd. Der Anweisung bedürftig, denken wir an unsere Universitäten, die neben den Kirchen zu Hütern unserer Heiligtümer und unserer Kultur berufen sind. Ihre Aufgabe ist es, das Alte, das sich als echt und fruchtbar bewährt hat, zu bewahren und gleichzeitig den neuen Gedanken zu sammeln, zu prüfen und zu fördern. Sie haben sich einen Teil der mittelalterlichen Unabhängigkeit sichern können und die Würde, nicht nach dem Willen irgend eines Menschen, sondern zur Ehre Gottes, d. h. im Dienste der Wahrheit, zu forschen und zu wirken. Wir feiern in diesen Tagen die Wiedereröffnung der Universität Jena. In unglücksschwerer Zeit entstanden, später vom Genius beglänzt und für immer ausgezeichnet, ist sie uns ein teures Wahrzeichen. Wir grüßen sie hoffend, daß alte Weisheit und neues Leben von ihr ausströmen und nicht nur unsere zertrümmerte Stadt, sondern weithin deutsches Land befruchten werden.

Auch mein Beitrag „Macht und Kultur" fand keine Gnade bei den Zensoren; er wurde ohne meine Kenntnis gründlich zusammengestrichen und z. T. umformuliert. Als Ersatz kam eine von 48 auf 16 Druckseiten reduzierte Festschrift zur Eröffnung der Universität ohne jede literarische oder wissenschaftliche Bedeutung zur Verteilung.

An der Wiedereröffnungsfeier nahm u. a. der Gouverneur von Thüringen, General Tschuikow, der Sieger von Stalingrad, teil. Während des Festessens saß ich neben ihm; dabei konnte ich beobachten, daß er den Schnaps, der reichlich ausgeschenkt wurde, in eine nahe Blumenvase schüttete. Ich folgte seinem Beispiel, wir lachten uns verständnisvoll an.

Der erste Kurator der Universität war Max Bense[53], der mit aller Energie daranging, der Wissenschaft zu dienen und Raum zu geben, drängten doch zahlreiche Funktionäre aus dem kommunistischen Lager dahin, Einfluß auf die Lehrtätigkeit, besonders an der pädagogischen Fakultät, zu nehmen oder gar selbst Hochschullehrer zu werden. Lange freilich konnte der Widerstand nicht andauern; Max Bense mußte Jena verlassen. Der erste Rektor der Universität, Professor Dr. Zucker[54], war ehrlich bemüht, aber in dem Getriebe der Politik kein starker Mann. Übrigens habe ich mich damals bereit erklärt, eine Vorlesung über „Verwaltungsrecht in Geschichte und Praxis" mit insgesamt 25 Semesterstunden zu halten; es war für mich eine größere Belastung, als ich vermutet hatte, weil ich mich auf jede einzelne Vorlesung besonders vorbereiten mußte. Die Schulen in Jena waren schon während der amerikanischen Besatzungszeit wiedereröffnet worden. Nach dem Einzug der Russen ergaben sich große Schwierigkeiten für ihre Arbeit, weil zum Teil wichtige Schulgebäude für die Besatzungsmacht beschlagnahmt wurden, noch mehr aber deshalb, weil eine sehr gründliche Säuberung der Lehrkörper von Nationalsozialisten stattfand. Der Mangel an Lehrern war so groß, daß Schnellkurse für die Ausbildung von „Neulehrern" eingerichtet wurden, um dem gröbsten Mangel abzuhelfen. Diejenigen Lehrkräfte, die zunächst noch unterrichten durften, obgleich sie als harmlose Mitläufer der NSDAP angehört hatten oder Reserveoffiziere gewesen waren, wurden systematisch aus dem Schulbetrieb entfernt, sobald die notdürftig ausgebildeten Neulehrer in genügender Zahl zu Verfügung standen.

---

[53] Dr. Max Bense (geb. 1910), war in Jena 1946–1948 zugleich auch a. o. Professor für wissenschaftliche und philosophische Propädeutik. 1949 ging er an die Technische Hochschule Stuttgart.

[54] Dr. Friedrich Zucker (geb. 1881), o. Professor für klassische Philologie in Jena seit 1918, blieb Rektor bis 1948 (Emeritierung).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für das kulturelle Leben in Jena war es wichtig, daß es mir schon im September 1945 gelang, mit dem Schauspieler John Biermann aus Berlin einen Vertrag über die Führung des Stadttheaters abzuschließen. Das war erforderlich, weil städtische Mittel zum Betrieb des Theaters nicht zur Verfügung standen. Biermann war schnell dabei, gute Schauspieler aus Weimar zu engagieren und eröffnete das Theater am 13. September 1945 mit Grillparzers Sappho. Es bleibt rühmenswert, was bei den schwierigen äußeren Umständen in dieser Zeit John Biermann mit seiner Theatergruppe geleistet hat.
Zur gleichen Zeit gelang es, die „akademischen Konzerte" wiederaufleben zu lassen. Die Universität Jena hatte die gute Tradition, sich um die Pflege der Musik durch ihren akademischen Musikdirektor zu kümmern. Damals war es Professor Volkmann, der das Festkonzert zur Wiedereröffnung der Universität unter Mitwirkung der Singakademie Jena, der Weimarischen Staatskapelle und der Reußischen Kapelle dirigierte. Mit den besten Konzerten wartete die thüringische Staatskapelle aus Weimar unter ihrem Dirigenten Abendroth[55] auf. Alle Konzerte fanden in dem großen Volkshaussaal statt und erfreuten sich guter Teilnahme aus allen Kreisen der Bevölkerung.
Die Erwartungen, die an den Kulturbund geknüpft wurden, haben sich nach meiner Erfahrung nicht erfüllt. Er wurde sogar veranlaßt, eine eigene Kandidatenliste zur Gemeindewahl am 8. September 1946 aufzustellen, an deren Spitze der berühmte und in Jena außerordentlich beliebte Kinderarzt und Universitätsprofessor Dr. Jussuf Ibrahim stand. Trotz vermeintlich günstiger Voraussetzungen konnte der Kulturbund bei der Wahl nur einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung gewinnen; Professor Ibrahim schloß sich der Fraktion der LDP an.

6. Erfahrungen mit der russischen Besatzung

[...]
Der Oberbürgermeister trug in den Augen der russischen Kommandantur für alles die Verantwortung und mußte ihr buchstäblich Tag und Nacht Rede und Antwort stehen. Dieser Zustand dauerte etwa 4–6 Wochen; dann war es mir gelungen, mit dem Kommandanten einen festen Aussprachetermin jeweils am Donnerstag jeder Woche vormittags 11 Uhr zu verabreden und damit die Regelung zu verbinden, daß ich im übrigen, soweit als möglich, nicht belästigt wurde und die Mitarbeiter des Kommandanten ihre Fragen und Wünsche an meine Dezernenten unmittelbar richteten.
Der Stadtkommandant war ein ukrainischer Oberst und Berufsoffizier, Held der Sowjetunion, mit dem ich gut auskam. Die Erfahrung hat mir bestätigt, daß die Offiziere im Range eines Oberst (und höher) gebildete Persönlichkeiten waren, die sich um Literatur und Kunst, um die englische und die französische Sprache und dergl. bemühten und für ihre Kinder entsprechenden Privatunterricht wünschten. Die Offiziere mit geringerem Rang haben auf mich einen mehr oder weniger subalternen Eindruck gemacht. Eine besondere Stellung nahm der politische Vertreter des Stadtkommandanten ein; er stand im Range eines Oberstleutnants und war der Kontrolleur und Vertrauensmann der bolschewistischen Partei in dem Apparat der Stadtkommandantur. Unser beiderseitiges Verhältnis blieb trotz häufiger Begegnungen bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt unpersönlich, ja steif. Niemals ist in meiner Gegenwart ein menschlich warmes Wort über seine Lippen gekommen; auch Karl Barthel konnte, wie

[55] Hermann Abendroth (1883–1956), als Direktor der Staatlichen Musikhochschule in Köln 1934 entlassen, leitete 1934–1945 das Leipziger Gewandhausorchester und übernahm 1945 die musikalische Oberleitung am Nationaltheater in Weimar sowie die Thüringische Staatskapelle.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er mir versicherte, trotz seiner langjährigen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei mit dem Manne nicht persönlichen Kontakt gewinnen. Er ist für mich neben dem Leiter der NKWD in Jena die Inkarnation der bolschewistischen Diktatur geblieben. Die Sachbearbeiter in der Kommandantur waren Hauptleute und Offiziere niederen Ranges, die in vielen Fällen der Krieg aus ihren zivilen Berufen herausgerissen hatte und die sich voll innerer Unsicherheit als Sieger aufführten. Sie waren zum Teil bestechlich, in jedem Falle aber bei ihren Entscheidungen unberechenbar und unzuverlässig, da sie abweichende Anordnungen ihrer Vorgesetzten erwarten mußten oder gar befürchteten, wegen ihres Verhaltens zur Rechenschaft gezogen zu werden. Einige von ihnen versuchten sich durch Autodiebstähle und dergl. zu bereichern – auch mein Dienstwagen wurde eines Nachts aus der Garage des städtischen Verwaltungsgebäudes mit Gewalt herausgeholt. Obgleich das Fahrzeug noch in der gleichen Nacht mit einer anderen Farbe lackiert worden war, gelang es, den Dieb, einen russischen Offizier, dingfest zu machen, als er sich mit dem Wagen auf der Straße zeigte. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß er wegen des Diebstahls bestraft worden ist; den Dienstwagen erhielt ich zurück. [...]

Hier sei ein kleines Erlebnis vermerkt, das ich mit dem militärischen Vertreter des Stadtkommandanten, einem Major, hatte, der mit dem Leninorden ausgezeichnet war. Er war in Vertretung des Kommandanten mit anderen Angehörigen der Besatzungsmacht einer Einladung in mein Haus gefolgt. Gegen Mitternacht herrschte ein feuchtfröhliches Miteinander, einer der russischen Offiziere saß am Flügel, alle sangen Lieder. Besagter Offizier erkundigte sich bei meiner Frau nach ihrem Ergehen und erfuhr dabei, daß die Nahrungsmittelzuteilungen für eine Familie mit sechs Kindern allzu knapp wären und daß besonders Butter fehlte. Ich kam zu dem Gespräch hinzu, auch Karl Barthel mit seiner Frau. Der Offizier meinte, daß es dem Oberbürgermeister und seiner Frau an nichts fehlen dürfe, wobei Barthel und ich ihm widersprachen mit dem Hinweis darauf, daß wir nicht mehr beanspruchen könnten und wollten, als uns zustünde. Der Offizier meinte, ich sollte mich selbst ausreichend mit Buttermarken bedienen; auf meine Entgegnung, daß dies die Jenaer Arbeiter nicht verstehen würden, antwortete er kurz in deutscher Sprache: „Spuck ihm ins Gesicht", um klarzustellen, daß es darauf doch nicht ankäme. Aus dieser Auffassung sprach der Kastengeist, der jedenfalls bei den Besatzungstruppen auch sonst deutlich festzustellen war. Der unterste Stand waren die Mannschaften, einige Grade besser an Verpflegung, Kleidung usw. wurden die Unteroffiziere behandelt; bei den Offizieren verlief eine streng eingehaltene Grenze, unterhalb des Obersten.

Die Militäradministration in Weimar unter dem Generalleutnant Kolesnitschenko[56] war eine bürokratische Institution wie andere auch. Die Abhängigkeit selbst des Generals von der Zentralinstanz in Karlshorst wurde mir besonders klar, als ich mit ihm wegen des Neubaues der Camsdorfer Brücke[57] verhandelte. Der Befehl aus Karlshorst lautete auf schnellstmögliche Errichtung der Brücke in Holz; das Interesse der Stadt gebot mir, dafür einzutreten, die Brücke in Beton zu bauen, weil der Holzbau doch nur ein Provisorium gewesen wäre. Ich legte General Kolesnitschenko Zeichnungen für ein Projekt in Holz und andere Zeichnungen für ein solches in Beton vor und bat, sich mit dem Betonbau einverstanden zu erklären. Seine Gegenfrage war, wieviel Zeit für den Neubau in Beton gebraucht würde; die Brücke sollte bis Ende April fertig sein. Ich erwiderte, daß ich mich dafür stark machen würde, die Betonbrücke bis Ende Juni 1946 dem Verkehr zu übergeben. Der General wich der von mir erbetenen Entschei-

---

[56] Chef der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen war GenOb. Tschuikow. Unter ihm leitete GenLt. Kolesnitschenko die zivilen und Verwaltungsangelegenheiten.

[57] Vgl. auch oben S. 913.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung aus und erklärte etwa wörtlich: „Wenn ich Oberbürgermeister von Jena wäre, würde ich in Beton bauen." Die Genehmigung dazu gab er mir jedoch nicht. Eine Rückfrage in Karlshorst hätte längere Zeit in Anspruch genommen, was unter allen Umständen vermieden werden mußte. Ich verabschiedete mich von dem General mit dem Entschluß, den Bau in Beton durchzuführen, und bat um die nachhaltige Unterstützung der russischen Instanzen, die mir in der Tat zuteil wurde. Die Brücke war Ende Juni 1946 programmäßig fertig und wurde am 13. Juli mit einem wahren Volksfest eingeweiht. Die Militäradminstration in Karlshorst hatte dazu einen Vertreter im Range eines Obersten geschickt. Er hatte den Auftrag, mir mitzuteilen, daß die Stadtverwaltung Jena die erste wäre, die einen versprochenen Bautermin eingehalten hätte und daß ich mir daher als Belohnung die Förderung eines anderen Bauprojektes wünschen könne. Ich entschied mich für die Herstellung einer zweiten Brücke über die Saale.

Eine sehr unerfreuliche und gefürchtete Institution war die russische Staatspolizei (NKWD)[58], die sich im Amtsgericht eingerichtet hatte, weil sie das Gefängnis brauchte. In der ersten Zeit wurden wohl täglich Jenaer Bürger mit oder ohne Hilfe der deutschen Polizei verhaftet und der NKWD überstellt. Es war dem Außenstehenden nicht möglich zu erkennen, nach welchen Gesichtspunkten die Verhaftungen vorgenommen wurden, außer wenn sie frühere aktive Nationalsozialisten trafen.

Karl Barthel und ich wurden aus den Kreisen der Bevölkerung immer wieder gebeten, uns um das Schicksal der verhafteten Personen zu bekümmern. Wir taten es mit besonderem Nachdruck, wenn es sich um Angehörige der Stadtverwaltung handelte. Als ich mehrfach bei dem Leiter der NKWD, dem der Stadtkommandant keine Weisungen erteilen konnte, vorstellig geworden war, hielt er mir mit drohender Handbewegung vor, daß ich mich selbst der Unterstützung feindlicher oder subversiver Kräfte verdächtig machte, wenn ich mich für die Entlassung verhafteter Personen einsetzte. Bei städtischen Angestellten, z. B. bei dem Leiter des Jenaer Elektrizitätswerkes, begnügte ich mich daher in Zukunft mit der persönlich vorgetragenen Frage, ob ich für den Verhafteten einen Nachfolger einstellen sollte, d. h. ob er für längere Zeit eingesperrt war oder nicht. Nach einigen Tagen erhielt ich in der Regel eine zutreffende Auskunft:

Die NKWD-Stelle in Jena hatte sich an zuständiger Stelle danach erkundigt, ob der Verhaftete nur als Zeuge in einem anderen Verfahren gebraucht wurde, oder ob ihm selbst der Prozeß gemacht werden sollte. Die Angehörigen hatten in der Regel keinen Zutritt zu den Verhafteten bei der NKWD, es wurde ihnen aber in den meisten Fällen bedeutet, daß sie zur Erleichterung des Schicksals ihrer Angehörigen wesentlich beitragen könnten, wenn sie Decken und Matratzen lieferten und auch Nahrungsmittel herbeischafften. Niemals ist zu meiner Zeit einer der Verhafteten mit den ihm beigestellten Decken und Matratzen zurückgekehrt.

[...]

Auch für Vertrauenspersonen wie mich als dem ausdrücklich überprüften und genehmigten Oberbürgermeister war der Umgang mit den russischen Instanzen deswegen oft schwierig, weil eine große Empfindlichkeit und ein tiefes Mißtrauen bei allen Stellen ständig beachtet werden mußte. Wie schnell waren Offiziere bei der Hand, das Verhalten deutscher Bürger als Beleidigung der Roten Armee aufzufassen und dementsprechend scharf zu mißbilligen oder gar zu bestrafen. Ich bin einige Male stutzig geworden, als mein gewiß vorsichtiges Verhalten auf Kritik stieß und drohende Äuße-

[58] Die Sicherheitsorgane der Sowjetunion unterstanden damals noch dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD); im Oktober 1946 ging die Zuständigkeit für Sicherheits- und Abwehrfragen auf das Ministerium für Staatssicherheit (MGB) über.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen hervorrief. Es hat sich in einem Falle darum gehandelt, daß ich nicht sehr freizügig als Erster meinen Gruß anbrachte, oder in einem anderen Falle, daß eine lachende Bemerkung als der Versuch des Lächerlichmachens russischer Personen oder Einrichtungen hingestellt wurde. Mit dem Verdacht der Konspiration war man sehr schnell zur Hand. Eine Konferenz der Oberbürgermeister von Sachsen und Thüringen, die in Halle stattfand, und zu der Oberbürgermeister Zeigner[59] aus Leipzig eingeladen war, rief das Mißtrauen der russischen Dienststellen hervor und durfte nicht wiederholt werden. Ich habe freilich ohne jede Heimlichkeit die Oberbürgermeister der sieben kreisfreien Städte des Landes Thüringen regelmäßig zu Besprechungen eingeladen, ohne auf Widerstand bei den Besatzungsstellen zu stoßen.
Der frühere Fahrrad-Fabrikant Paul Decker aus Deutsch-Wartenberg, ein guter Bekannter von mir, der nach Sachsen geflohen war, hatte einen Rundbrief „Heimatverbundener Schlesier" verfaßt und verschickt, um die persönlichen Beziehungen mit den ihm bekannten Flüchtlingen wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die NKWD hat ihn wegen feindlicher Konspiration eingesperrt und lange Zeit festgehalten; dabei ist der alte Mann – er war über 70 Jahre alt und kränklich – übel mißhandelt worden, so daß er ein Auge verlor. In solchen Dingen war höchste Vorsicht geboten; die Russen ließen nicht mit sich reden, sie schöpften sofort Verdacht auf Geheimbündelei und subversive Tätigkeit oder gar auf die Vorbereitung von Gewaltverbrechen. Ich erinnere mich noch an ein anderes Beispiel: Der Leiter der Thüringischen Staatsbank in Jena, Dr. Koch, war als aufrechter Demokrat und Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Als er eines Tages nach Einbruch der Dunkelheit von der Arbeit heimging, traten zwei russische Soldaten kurz vor seinem Haus auf ihn zu mit der Frage, ob er Dr. Koch sei, er wäre doch Faschist und solle mit ihnen kommen. Herr Koch verbat sich die Belästigung auf der Straße; er soll einen der beiden Soldaten mit seinem Spazierstock geschlagen haben. Die Soldaten verschwanden, Koch ging in seine Wohnung und wurde kurze Zeit darauf von einer bewaffneten Gruppe russischer Soldaten abgeholt. Es ist niemals mehr von ihm etwas verlautet.

7. Die Haltung der deutschen Bevölkerung

Obwohl die amerikanischen Besatzungsstellen eifrig darum bemüht waren, den vereinbarten und kurz bevorstehenden Wechsel der Besatzung von Thüringen zu verheimlichen, war die nahe Ankunft der Roten Armee doch weitgehend bekannt geworden. Die Bevölkerung verhielt sich ob des bevorstehenden Wechsels der Besatzungstruppen durchaus reserviert. Der Krieg war ja zu Ende; man wartete darauf, was die Siegermächte nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz mit dem deutschen Volke vorhätten. Schon am 21. Juli 1945 fand eine von den Besatzungsstellen genehmigte große Kundgebung der Jenaer Bevölkerung im Volkshaussaal statt, deren Grundthema war, die Einheit der Nation zu retten. Damals sprachen außer mir Karl Barthel, Dr. Herbert Koch, Professor Veil, der Vorsitzende der KPD Wehner und andere Politiker. Plakate mit dem Bild Stalins kündeten an, daß die deutsche Einheit in dem verkleinerten Gebiet gewahrt würde, wie es Stalin in seinem Tagesbefehl an die Rote Armee vom 1. 5. 45 verkündet hatte.
[...]

[59] Dr. Ernst Zeigner (geb. 1886), Jurist, Mitglied der SPD nach 1918, 1921 sächsischer Justizminister, 1922 auch Landtagsabgeordneter, 1923 als Ministerpräsident von Sachsen im Konflikt mit der Reichsregierung Stresemann, wurde am 16. Juli 1945 Oberbürgermeister von Leipzig.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bald nach dem Einzug der russischen Besatzung verbreiteten sich allenthalben Gerüchte mit mehr oder minder detaillierten Angaben über die Plünderungen bei der Besetzung von Berlin und über die Schändung deutscher Frauen. Wenn sich auch solche Vorgänge Anfang Juli 1945 bei der Besetzung des westlichen Sachsens und des Landes Thüringen nicht gerade häufig wiederholten, so war doch die Bevölkerung über die Haltung der östlichen Siegermacht – nicht nur im Vergleich zu den Amerikanern – enttäuscht und zum Teil sogar erschrocken. Es zeigte sich der Bevölkerung deutlich der Unterschied bei den Besatzungstruppen in der persönlichen Haltung, in der menschlichen Bildung und auch im Mangel an christlichem Glauben.

Die Enttäuschung wuchs, je mehr sich im Laufe der Zeit zeigte, daß die Vertreter der Siegermacht Rußland – und zwar weder die Offiziere noch die breite Masse der Soldaten – irgendwie Spuren einer demokratischen oder sozialistischen Grundhaltung im westlichen Sinne bekundeten. Es wurde darüber geklagt, daß die Volksdemokratie wenig mit dem Begriff der Demokratie gemein hätte, wie er uns in Deutschland nach der Französischen Revolution auf Grund der einfachen Schulbildung geläufig war. Von der ethischen Grundhaltung des Sozialismus, die ihre Wurzeln tief im Christentum hat, war schon gar nichts bei den Vertretern der sowjetrussisch-sozialistischen Republik zu merken. Der fast völlige Mangel an Rücksichtnahme auf die deutschen Juden als Opfer des Nationalsozialismus und auf andere Naziverfolgte – außer bei wichtigeren Funktionären –, auf Kriegsbeschädigte und andere sozial benachteiligte Personen oder Gruppen bewies die Härte des östlichen Regierungssystems. Die zum Teil plumpe Propaganda, die im Einvernehmen mit der KPD betrieben wurde und sich der Begriffsverwirrung, der List und auch der bewußten Lüge bediente, wirkte wie der Vorbote einer düsteren Zukunft.

Die mit großem Aplomb von der russischen Administration befohlene und von deutschen Instanzen durchgeführte sog. Bodenreform brachte die erste, sehr tief wirkende politische Spannung und Enttäuschung. Der zweite Vizepräsident der thüringischen Landesregierung, ein CDU-Mitglied namens Dr. Kolter[60], sträubte sich, seinen Namen unter das Gesetz zur Bodenreform für das Land Thüringen zu setzen, weil er gewisse Milderungen und Ausnahmemöglichkeiten nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der politisch Verfolgten des Nazisystems vergeblich gefordert hatte. Er wurde seines Amtes entsetzt, von den Russen verhaftet und hat seinen politischen Widerstand mit dem Tode bezahlt. An seine Stelle trat der CDU-Politiker Dr. Hans Lukaschek[61], der die politische Aussichtslosigkeit aller Bemühungen sah, an der Bodenreform nach russischem Befehl etwas zu ändern, und bereit war, das Gesetz im Lande Thüringen durchzuführen. Lange hat er seines Amtes nicht gewaltet, weil es ihm als aufrichtigem Manne unmöglich war, die Politik mitzumachen, die von den russischen Dienststellen

---

[60] Dr. Kolter hatte unmittelbar nach Kriegsende dem Antifa-Ausschuß in Weimar angehört, war Mitbegründer der CDU in Thüringen und im Sommer 1945 in der Landesverwaltung unter Paul für das Ressort Land- und Forstwirtschaft verantwortlich. Die Verordnung über die Bodenreform in Thüringen wurde am 10. September 1945 erlassen. Vgl. hierzu auch den auf die sowjetische Besatzungszone bezogenen Überblick bei G. J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975, S. 12 ff.

[61] Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei, 1929–1933 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, wegen Verbindung zum Kreisauer Kreis 1944–1945 im KL Ravensbrück, 1945 Mitbegründer der CDU in Thüringen, Sept. 1945 bis zu seiner Amtsenthebung im Sept. 1946 Leiter des thüringischen Landwirtschaftsministeriums. L. siedelte 1947 in die Westzonen über, wurde 1948 Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und war 1949–1953 Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verlangt wurde. Übrigens hat auch mein Freund Herbert Radig, ein ausgesprochener Gegner des Nationalsozialismus, als verantwortlicher Mann für die Landwirtschaft im Lande Brandenburg seinen Widerstand gegen die befohlene Bodenreform, wie mir berichtet wurde, mit dem Tode bezahlt.

Die fast bedingungslose Ergebenheit der kommunistischen deutschen Spitzenfunktionäre gegenüber den Wünschen und Maßnahmen der russischen Besatzungsmacht wurde den Jenaern besonders deutlich am Falle der Demontage der Zeißwerke und der Glasfabrik Schott & Gen. vor Augen geführt. Es war nach und nach durchgesickert, daß diese beiden Wirtschaftssäulen der Stadt Jena vollständig demontiert werden sollten, nachdem man eine Bestandsaufnahme von russischer Seite durchgeführt hatte. Man wollte sich nicht damit begnügen, die Produktion dieser beiden Unternehmungen für Rußland in Anspruch zu nehmen. Ich erinnere mich noch deutlich, daß ich im Sommer 1946 wegen der drohenden Demontage mit Karl Barthel und Mitgliedern vom Betriebsrat der Zeiß- und Schottwerke bei Walter Ulbricht in Berlin vorstellig war und ihm eine Denkschrift überreichte. Der Eindruck, den wir alle von diesem wichtigsten Funktionär in Berlin hatten, war vollkommen negativ. Ulbricht hat auch nicht mit einem Worte angedeutet, daß er bereit wäre, sich für das Jenaer Anliegen bei der russischen Besatzungsmacht einzusetzen. Er versuchte uns klarzumachen, daß größere politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte vorlägen, die für die Demontage sprächen, und daß die Jenaer sich darein fügen müßten. Wir kehrten hoffnungslos nach Jena zurück. Die Demontage begann allerdings erst nach den Kommunalwahlen vom September 1946.

Bevor wir in Walter Ulbrichts Büro geführt wurden, warteten wir bei dem Genossen Zinne von der Kommunalabteilung der SED und plauderten miteinander. Als die Sprache auf die wirtschaftliche Einheit Deutschlands kam, bemerkte Zinne, daß er kurz zuvor mit Walter Ulbricht darüber gesprochen habe; er hätte ihm (Zinne) gegenüber klar ausgesprochen: „Was sollte denn dann aus uns werden?"

Nachdem die SPD durch die Vereinigung mit der KPD zur SED außer Funktion gesetzt war, worüber ich anschließend berichte, konnten die ersten allgemeinen Wahlen zu den Gemeindeparlamenten in Thüringen am 8. September 1946 durchgeführt werden. Bezeichnend ist das Ergebnis für Jena, wonach die LDP 21 Sitze errang, das waren 3 Sitze mehr als die SED und 11 Sitze mehr als die CDU.

Die ganze Schwere des deutschen Schicksals im russischen Besatzungsgebiet wurde erst nach diesen Wahlen spürbar. Es begann für Jena mit der Demontage der Betriebe von Zeiß und Schott bis zu den Fahrstühlen und Fensterbeschlägen. Bald folgte eine noch viel radikalere „Säuberung" der öffentlichen Verwaltung von ehemaligen Nationalsozialisten und Offizieren. Die Enteignung gewerblicher Unternehmungen reichte bis zu den Handwerksbetrieben herab; nach Durchführung der Demontage lasteten schwere Reparationslieferungen auf dem Lande, die Bevölkerung verharrte schutzlos und zum größten Teil innerlich gebrochen – schon nach den Erfahrungen des Dritten Reiches – in stummem Schweigen und in Angst vor den Nachbarn rechts und links. Allenthalben waren Spitzel tätig, für Denunzianten war ein weites Feld der Betätigung gegeben, die NKWD hatte im Herzen der Bevölkerung die Stelle eingenommen, die jahrelang von der Gestapo besetzt war. Es gab wieder einen „deutschen Blick", d. h. das ängstliche Umschauen nach rechts und links, bevor der ehrliche Mann oder die ehrliche Frau den Mund auftat. Von den früheren sozialdemokratischen Funktionären verzehrten sich einige in Schmerz und Gram. Ich denke besonders an den braven Wilhelm Richter, den naziverfolgten Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Jena, oder an Eduard Heintz, den Betriebsratsvorsitzenden der Schottwerke, beide alte Sozialdemokraten, die ihre öffentlichen Funktionen aufgaben, weil es ihnen auf die Dauer nicht möglich war, in unehrlicher Haltung zu verharren.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

8. Der Zusammenschluß von SPD und KPD

Bei nachträglicher Betrachtung bin ich davon überzeugt, daß im Sinne des maßgebenden kommunistischen Regimes die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, zur politischen Einheit der Arbeiterklasse unmittelbar nach der Besetzung der sowjetischen Zone, also noch bevor die Errichtung von Parteien amtlich zugelassen war, in Thüringen auch während der amerikanischen Besatzungszeit, vorbereitet wurde. Das geschah in allen Stadt- und Landkreisen mit der Bildung der Antifa-Ausschüsse (Antifaschistischen Ausschüsse)[62], in denen kommunistische Funktionäre die Führung an sich brachten und in vielen Fällen auch die Mehrheit, ohne daß die anderen Mitglieder recht verstanden, was eigentlich gespielt wurde. Diese Ausschüsse waren zunächst – unter den sowjetischen Besatzungsinstanzen – die maßgebenden politischen Vertretungen der deutschen Bevölkerung, die sich zumal in den ersten Monaten nach der Kapitulation mit allen ihnen wichtig erscheinenden Fragen wie der Auswahl der leitenden Beamten (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Vorsteher der Arbeitsämter usw.), aber auch mit der Erfassung und der Verteilung von Nahrungsmitteln, mit dem Arbeitseinsatz, der Entnazifizierung und anderem mehr befaßten, ohne praktisch eine Verantwortung zu tragen. Die Antifa-Ausschüsse setzten sich aus den Vertretern der später zugelassenen Parteien, der Gewerkschaften und aus anderen Gruppen zusammen, die als Gegner des Nationalsozialismus sich bewährt hatten oder jedenfalls als solche galten. Erst nach und nach mit dem Fortschritt des Aufbaues und der ordentlichen Besetzung der Verwaltung in den Ländern und Gemeinden trat eine Wandlung ein und schwand der Einfluß der Antifa-Ausschüsse; er ging auf die Parteien und später auf die gewählten politischen Körperschaften über.

Die Mitglieder der SPD – ich nenne als Kronzeugen Dr. Hermann L. Brill, den Vorsitzenden der Bezirkskonferenz Thüringen, den ersten Präsidenten des Landes – haben bis Dezember 1945 geglaubt und sind davon ausgegangen, daß sie in der Frage der Verschmelzung von SPD und KPD das Recht der freien Entscheidung hätten. Sie waren im Irrtum und hatten die Strategie und Taktik der Funktionäre nicht erkannt. Das ist auf der Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesverbandes Thüringen der SPD am 26. November 1945 in Weimar durch den Meinungsstreit zwischen dem Vorsitzenden Dr. Brill und seinem Vertreter und Nachfolger Heinrich Hoffmann deutlich geworden.

Dr. Brill schlug in seinem Hauptreferat vor, eine Reichsorganisation der SPD herzustellen, die über die Zonen hinweggeht, weil die Einigung von SPD und KPD selbst über die Landesverbände oder die Zonen hinaus keine Lösung wäre; die so zusammengesetzte Partei ware die wichtigste Voraussetzung für die Herstellung der Reichseinheit und damit für die Lösung aller proletarischen Lebensfragen. Dem neuen Parteivorstand sollten zumindest zur Hälfte Genossen angehören, die nachweislich in der Illegalität gearbeitet haben. Brill empfahl die kollektive Mitgliedschaft der Gewerkschaftsverbände in der späteren vereinigten deutschen Arbeiterpartei, wobei ihm das Vorbild in England vorschwebte; er wandte sich besonders nachdrücklich gegen die zentralistische Organisation der KPD.

„Wir stehen vor der Schicksalsfrage[63], ob es der deutschen kommunistischen Partei möglich sein wird, etwas an ihrem Charakter zu ändern und sich in diese sozialistische Einheit der Arbeiterklasse, wie wir sie für notwendig halten, einzufügen. –

[62] Zur Tätigkeit der Antifa-Ausschüsse und zu den Motiven und Tendenzen der Vereinigungsbestrebungen vgl. die in den Anm. 10 und 18 genannte Literatur.

[63] Das Protokoll dieser Vorstandssitzung (masch.schr., 123 S.) ist auch im Nachlaß Brill erhalten und von Moraw, Die Parole der „Einheit", S. 115 ff., 135 und 145, zu kleineren Teilen zitiert worden.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Manche schütteln mit dem Kopf. Ich halte es trotzdem für möglich. Denn, Genossen, auch die KPD ist bei allen Machtmitteln, die ihr heute zur Verfügung stehen, in der Massenbewegung nur eine kleine organisatorische Minderheit, und die Massen werden ja einmal Gelegenheit haben, über die Politik der kommunistischen Partei das Urteil zu sprechen, und ich glaube, das Urteil der Massen wird auch für die Führung der KPD maßgebend sein. Ich bin deshalb durchaus nicht hoffnungslos."

Ich bringe nunmehr die Entgegnung von Heinrich Hoffmann ohne größere Kürzungen im Wortlaut des Protokolls, weil sie nach meiner Auffassung die damalige Situation bei den Vereinigungsbestrebungen (zumindest im Lande Thüringen) klar zeigt. Hoffmann führte aus:

„Zwischen dem Genossen Brill und mir besteht eine Meinungsverschiedenheit. Diese Meinungsverschiedenheit ist nicht grundsätzlicher Art, sondern rein taktischer Natur in Bezug auf unser Verhalten in dieser Frage. Dieser Widerspruch zwischen ihm und mir ist genau der gleiche Widerspruch, wie er in seinem Referat zum Ausdruck kam, er liegt sogar in ihm selber. Denn Genosse Brill sagte eingangs seiner Ausführungen, daß die Einigung des Proletariats die größte Frage von taktischer Bedeutung sei, aber nicht die größte politische Frage der Gegenwart. Im weiteren Verlauf des Referats hat er zum Ausdruck gebracht, daß diese Frage über Leben und Tod der deutschen Arbeiterklasse entscheidet. Und das ist der eigentliche Kern, Genossen, das ist der Widerspruch, der zwischen uns besteht. Ich bin der Auffassung – und ich habe diese Auffassung immer wieder in den Versammlungen zum Ausdruck gebracht –, daß die Einheit der deutschen Arbeiterklasse kommen muß, wenn wir nicht überhaupt untergehen sollen, nicht nur wir als Arbeiterklasse, sondern das ganze deutsche Volk. Der Wiederaufbau des neuen wirtschaftlichen und politischen und sozialen Lebens in Deutschland ist nur möglich durch eine einheitlich geführte deutsche Arbeiterklasse. Es gibt keinen anderen Weg. Und weil dem so ist, deshalb darf diese Frage nicht vom Standpunkte des Parteiegoismus aus betrachtet werden, sondern sie muß beantwortet werden von dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem deutschen Volke, vor allem aber von dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der deutschen Arbeiterklasse. Und da müssen wir uns so einstellen, daß wir die KPD nicht als Gegner oder als Feind der SPD betrachten, sondern als zukünftigen oder schon gegenwärtigen Bundesgenossen. Genossen, wenn Ihr das für unmöglich haltet und wenn Ihr es nicht über Euch bringt, die Dinge so zu betrachten, daß die kommunistischen Funktionäre und die kommunistischen Mitglieder in absehbarer Zeit Mitglieder einer Partei sind, mit der wir genossenschaftlich und kameradschaftlich zusammenarbeiten, wie das früher auch zwischen Lassalleanern und Eisenachern für unmöglich gehalten wurde und dann doch zu einer Einigung führte, wie es zwischen USPD und Mehrheits-Sozialdemokraten zunächst für unmöglich gehalten wurde und dann doch zur Einigung führte und dann vertrauensvoll und kameradschaftlich Hand in Hand gearbeitet wurde, genauso muß es in Zukunft werden [sic].

Wir haben uns in dieser Frage ja bereits entschieden, indem wir am 8. August den Aktionsausschuß gebildet haben. In diesem Aktionsausschuß ist in mehreren Sitzungen ein Aktionsprogramm beschlossen worden. Wenn dieses Aktionsprogramm von unseren Genossen draußen nach seinem Wortlaut und nach seinem Sinn mehr beachtet worden wäre, wenn mehr danach gearbeitet worden wäre, dann wären manche Schwierigkeiten und Widerstände, die hier und da aufgetreten sind, gar nicht erst aufgekommen. Es liegt vielfach an unseren eigenen Genossen, wenn sie sich gegen einzelne irregeleitete Elemente der KPD, die plötzlich Oberwasser erhalten haben, nicht durchzusetzen vermögen. Die Bezirksleitung der KPD jedenfalls ist ehrlich bemüht, solchen Elementen das Handwerk zu legen und sie kaltzustellen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn wir zu einer Verständigung mit der KPD kommen, daß der status quo, das gegenwärtige Kräfteverhältnis im Lande, aufrechterhalten bleibt, daß dort, wo ein kommunistischer Landrat oder Oberbürgermeister gewesen ist, wieder ein kommunistischer Landrat oder Oberbürgermeister hinkommt, und daß dort, wo ein sozialdemokratischer Landrat oder Oberbürgermeister gewesen ist, wieder ein sozialdemokratischer Landrat oder Oberbürgermeister hinkommt – und genau das gleiche gilt für die Betriebsräte und für die übrigen Posten – dann wissen die Kommunisten, daß sie uns nicht überfahren können. Das sind Vereinbarungen, die eingehalten werden müssen.

Genossen, die Frage der Einheit setzt eine einheitliche Grundlage voraus, und ich habe auf der ersten Bezirkskonferenz am 11. August klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ich die SPD nicht als einen Selbstzweck ansehe, sondern als ein Mittel zum Zweck, die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Wenn wir von dieser Grunderkenntnis ausgehen, daß die Partei nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zu dem Zweck ist, unser Ziel zu erreichen, dann kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß zwischen unserer Grundeinstellung und der Grundeinstellung der Kommunisten im gegenwärtigen Augenblick keine großen Differenzen bestehen.

Was ist Politik? Politik ist letztenendes Kampf um die Macht. Wir wollen die Macht; nicht für die Partei, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Anderenfalls kommen wir nicht zum Ziele. Und die Strategie der KPD, Genossen, ist eindeutig darauf gerichtet, die Macht im werdenden Staate zu erlangen. Diese Politik hat sie von Anfang an sehr folgerichtig betrieben. Ich habe mir in stiller Stunde einmal Aufzeichnungen darüber gemacht.

Das erste nach dem Einmarsch der Amerikaner war es, die Großbetriebe für sich zu gewinnen und die Großbetriebe durch das Einsetzen von antifaschistischen Vertrauensleuten zu beherrschen, die Gewerkschaften zu besetzen, die Zentralen der Gewerkschaften nach Erfurt, der größten Stadt in Thüringen und dem wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, zu verlegen. Das ist ihr gelungen. Die KPD konnte das durchführen, weil wir damals keineswegs in der Lage waren, dem entgegenzuwirken. Zweitens: Die KPD hat von Anfang an versucht, die großen Städte in Thüringen in ihre Hand zu bekommen und die Oberbürgermeisterstellen und Polizeistellen zu besetzen. Auch das ist ihr gelungen. Erfurt, Gera, Nordhausen sind in der Hand kommunistischer Oberbürgermeister. Alle drei Städte sind wichtige Verkehrsknotenpunkte. Die KPD hat es weiter versucht, und sie versucht es heute noch, das Landvolk für sich zu gewinnen durch die Bodenreform, durch die Bildung von Orts- und Kreiskommissionen, durch das Einsetzen von kommunistischen Landräten in rein bäuerlichen Bezirken, z. B. Weißensee, Langensalza, Saalfeld. Ich stelle Tatsachen fest. Sie hat weiter versucht, die Polizeiorganisation in ihre Hand zu bekommen, die Polizeiinspektionen im ganzen Lande mit Kommunisten zu besetzen und einen Polizeiapparat über ganz Thüringen aufzubauen. Die Mehrzahl der Polizeipräsidenten ist kommunistisch. Die KPD stellt den ersten Vizepräsidenten des Landes mit großen Vollmachten und sie ist im Besitz der Präsidialkanzlei. Die KPD hat also praktisch alle Machtpositionen im Lande in der Hand. Das sind Tatsachen. Es ist die Frage, ob wir das von dem Standpunkte einer gemeinsamen Politik im Interesse der gesamten Arbeiterklasse als verwerflich betrachten. Ich kann es nicht als verwerflich betrachten, daß eine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, auch die Machtposition im Staate erwirbt.

Es handelt sich außerdem um eine Frage nicht nur für die Zukunft von Tod und Leben der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch um die Frage, ob Leben oder Untergang der SPD. Denn Genossen, seien wir uns doch darüber klar: Würden wir einen Kampf gegen die KPD entfesseln, dann würde das bedeuten, daß wir einen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kampf gegen die Besatzungsmacht auszutragen haben. Können wir uns das leisten? Das Potsdamer Abkommen schreibt eindeutig vor, daß das politische Leben in Deutschland nach den Richtlinien der Besatzungsmacht sich zu vollziehen hat, nach den politischen Anschauungen der jeweiligen Besatzungsmacht. D. h., das politische Leben in der englischen oder der amerikanischen Besatzungszone kann anders sein und wird anders sein, als das politische Leben innerhalb der russischen Besatzungszone. Ich habe auf dem Landesparteitag schon zum Ausdruck gebracht, daß wir erst durch den Befehl des Marschalls Schukow vom 2. Juni[64] die Möglichkeit gehabt haben, unser politisches Leben wieder aufzubauen, und ich habe daran anknüpfend die Bemerkung gemacht: Politische Geschenke verpflichten. D. h., auch wenn wir uns nicht ohne weiteres unter die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens stellen würden, so würden wir doch schon allein auf Grund dieses Befehls moralisch verpflichtet sein, uns durchaus loyal und vertrauensvoll mit der Besatzungsmacht abzufinden und gemeinsam mit ihr zu arbeiten. Darüber hinaus liegen die Beschlüsse der beiden Zentralinstanzen vor, des Zentralkomitees und des Zentralausschusses[65], an die wir gebunden sind. Unsere Linie ist damit eindeutig klargestellt und festgehalten.

Kurz und gut, Genossen, ich bin der Auffassung, daß wir unser Verhalten gegenüber der KPD so einstellen sollten, daß wir sie als eine Bruderpartei betrachten, mit der es keinen Machtkampf gibt, sondern mit der es eine Bündnispolitik zu betreiben gilt. Und ich unterschreibe durchaus noch das, was am 8. August ich unterschrieben habe, daß ich mit ihr verantwortungsvoll und kameradschaftlich zusammenarbeiten will. Das bedeutet, daß wir einen Führungsanspruch aufgrund marxistischer Erkenntnisse erheben müssen und daß wir daraus die Schlußfolgerung zu ziehen haben, nämlich: Erst die Parteivereinigung und dann die Massenvereinigung. Wenn beide Parteien sich erst einmal zusammengefunden haben, bilden sie eine so große Masse, daß sie zwar [sic] als Magnet auf die vielen indifferenten Menschen wirken und diese an sich heranziehen.

Wir wollen die Revolution, wir wollen die soziale Umwälzung und die klassenlose Gesellschaft, und wir sind durchaus nicht weniger radikal als die Kommunisten. Das beanspruche ich jedenfalls für mich. Und ich glaube, daß wir einig sein müssen darin, daß wir alles vermeiden müssen, was Gegensätze zwischen den beiden Parteien hervorruft, und nur so kommen wir zum Ziele."

In seinem Schlußwort führte Dr. Brill u. a. aus:

„Meiner Meinung nach begeht der Genosse Hoffmann einen prinzipiellen Fehler, wenn er die Frage des Zusammenschlusses mit der Frage der Zusammenarbeit verwechselt. Für ihn ist das das Gleiche; für mich sind es zwei verschiedene Dinge. Die Frage der Zusammenarbeit in den Verwaltungsorganen ist nur ein Teil – und ich glaube der untergeordnete Teil – für die Frage des Zusammenschlusses und der Schaffung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. Daß wir mit den Kommunisten überall zusammenarbeiten, das ist selbstverständlich. Daß wir auch jeden Kommunisten zu stützen suchen im Kampf gegen bürgerliche Kreise, auch das ist selbstverständlich. Wenn es seitens der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten genauso gemacht würde, ich glaube, dann lägen die Verhältnisse um ein Vieles besser. Das ist leider nicht der Fall. Es ist nicht ein zweiseitiger Bündvertrag, in dem wir zueinander stehen, sondern es ist ein einseitiges diktiertes Verhältnis.

---

[64] Gemeint ist wahrscheinlich der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 über die Zulassung von politischen Parteien.

[65] Zentralkomitee (ZK) der KPD; Zentralausschuß (ZA) der SPD.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Praktisch, stelle ich fest, ändert sich an unserer Linie nichts. Es ist maßgebend der Beschluß des Landesparteitages. Wir werden also versuchen, die Zusammenarbeit fortzusetzen, geleitet durch die zentralen Instanzen. Wir werden versuchen, die parteipolitisch unbestimmten Antifa-Ausschüsse überall zu beseitigen. Wir werden versuchen, überall die Aktionsausschüsse wieder zu beleben und zu Fraktionsgemeinschaften zusammenzufassen, und wir werden weiter dabei unsere organisatorische und ideelle Selbständigkeit aufrecht erhalten, und vor allen Dingen versuchen, zu einem eigenen Aktionsprogramm zu kommen.

Wenn wir diesen Weg gehen, dann werden wir, glaube ich, in zwei Jahren – und vor Ablauf von zwei Jahren wird die Rückkehr der Kriegsgefangenen nicht erledigt sein – so weit sein, daß wir einen konstituierenden Kongreß für die Gründung einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei einberufen können. Und dann, Genossen, ist es ganz klar, auf welcher Grundlage diese Partei aufgebaut werden muß: nicht auf der Grundlage wie in Gotha 1875 oder in Nürnberg 1922, daß sich zwei politische Parteien, nämlich SPD und KPD, organisatorisch zusammenschließen, sondern so, daß durch eine Zusammenfassung von Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Parteien eine neue Partei geschaffen wird. Wahlen, die bis dahin stattgefunden haben, werden uns ja einen Anhalt dafür geben, wie ein solcher zu konstituierender Kongreß zusammengesetzt sein könnte.

Nicht Vereinigung von SPD und KPD, sondern die Gründung einer neuen deutschen Arbeiterpartei, die alles bisherige und das hinzukommende Neue gestaltet, das ist meiner Meinung nach der Gesichtspunkt, auf den hinzuarbeiten ist."

Die Einigungsbestrebungen gingen nach dem Wunsche der russischen Besatzungsbehörden – in Thüringen gefördert durch Heinrich Hoffmann, der Dr. Brill im Vorsitz des Landesverbandes der SPD am 29. Dezember 1945 ablöste – ohne Rücksicht auf die vielfachen Widerstände in den Reihen der SPD weiter. Brill war mit seiner Familie schon Mitte Dezember 1945 zu seinem Freunde Erich Gniffke nach Berlin gegangen, wo er im April 1946 an der Neugründungskonferenz der Berliner SPD teilnahm. Er ging im Juni 1946 nach Hessen als Leiter der Staatskanzlei[66].

Am 19. und 20. Januar 1946 fand die erste gemeinsame Delegiertenkonferenz von KPD und SPD in Jena statt; es sprachen als große Prominenz Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die ich in meiner Dienstwohnung zu Gaste hatte. Zu später Abendstunde fand die Unterredung zwischen mir und Otto Grotewohl statt, über die ich anschließend berichte.

Heinrich Hoffmann brachte es zustande, daß der Vereinigungsparteitag für Thüringen schon am 8. April in Gotha stattfand. Ich war als Zuhörer anwesend; es herrschte – jedenfalls unter den Sozialdemokraten – zum Teil eine gedrückte Stimmung, obwohl kaum jemand wagte, auch nur zu seinem Nachbarn, eine abweichende Meinung gegenüber der allgemein betriebenen Hochstimmung zu äußern, in der Dr. Paul, der damalige Ministerpräsident von Thüringen, in seiner Begrüßungsansprache um seine Aufnahme in die neue Partei als Mitglied Nr. 1 bat. Die Vereinigung von SPD und KPD für den gesamten Bereich der Ostzone fand auf dem Parteitag im ehemaligen Admiralspalast in Berlin am 21. und 22. April 1946 statt, auf dem sich Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf der Bühne, jeder stellvertretend für seine Partei, mit Händedruck das

[66] Vgl. auch Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 120. Brill (vgl. Anm. 9) wurde zunächst Berater bei der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) in Berlin und am 4. Juli 1946 Staatssekretär im (Groß-)hessischen Staatsministerium. Von der Leitung der hessischen Staatskanzlei trat er im Juli 1949 zurück. Brill war seit 1948 Honorarprofessor für Öffentliches Recht an der Frankfurter Universität und gehörte 1949–1953 als Abgeordneter der SPD dem 1. Deutschen Bundestag an.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gelöbnis zu gemeinsamer Arbeit in der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gaben. Damit war die „Einigung der Arbeiterklasse" in der Ostzone nach bolschewistischem Wunsch und Vorbild vollzogen. So war auch ich ungefragt Mitglied der SED geworden; die Tatsache bestärkte mich in dem Wunsche, diesen Teil meines Vaterlandes möglichst bald zu verlassen. Die Illusion, die ich anfangs hegte, daß sich 80% Sozialdemokraten gegenüber nur 20% Kommunisten durchsetzen würden, war völlig verflogen.

[...]

Am 19. Januar 1946 waren Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, wie ich schon andeutete, bei mir als Gäste. Pieck machte auf mich einen umgänglichen, biederen Eindruck; er wurde damals vielfach „Papa Pieck" und auch „Opa Pieck" genannt, was er gerne hinnahm, und was für seine Partei, insbesondere neben Walter Ulbricht, durchaus förderlich war.

Während Pieck nach dem Mittagessen mit seiner russischen Eskorte fortfuhr, blieb Grotewohl noch als mein Gast über Nacht. Er kam nach dem Abendessen beim Stadtkommandanten noch vor Mitternacht, begleitet von einem Kriminalbeamten, der sich nicht von ihm trennte, auch als wir im Herrenzimmer an einem runden Tisch in tiefen Sesseln Platz genommen hatten. Glücklicherweise hatte der Beamte reichlich getrunken, so daß er trotz unseres Gespräches einschlief und so tief in den Sesseln versank, daß die drei großen Pistolen deutlich zu sehen waren, die er in den Rocktaschen trug. Grotewohl war abgespannt und müde, hatte wohl auch einiges getrunken, ohne sich dies anmerken zu lassen. Wir haben von Mitternacht bis gegen 3 Uhr geplaudert und gezecht. Darüber habe ich mir am nächsten Morgen folgende Aufzeichnungen gemacht[67]:

T. Wir werden doch in einiger Zeit zu einer Reichsregierung und zu einem Friedensvertrag für Deutschland kommen?
G. Das kann noch lange dauern.
T. Ich dachte drei bis vier Jahre, dann sind die Zonengrenzen beseitigt.
G. Oh, wenigstens zehn Jahre dürften vergehen.
T. Das wäre ja schrecklich, dann fiele Deutschland auseinander.
G. Troeger! Was wäre schon dabei, wenn es 20 oder gar 30 Jahre dauerte?
T. Nach 50 Jahren ist alles vorbei! Dann würde ich die Einheit Deutschlands nicht mehr erleben.
G. Troeger! Was liegt an uns? Wir sind nichts! Unser Leben bedeutet gar nichts in der Geschichte der Völker!

---

[67] Die Anwesenheit Grotewohls und Piecks in Jena am 19. und 20. Januar 1946 bezeugen auch Henschel und Möller, Saalestadt Jena, Leipzig 1964, S. 29 (als „1200 Delegierte über den Zusammenschluß beider Parteien berieten"). Gleichwohl müssen bezüglich der chronologischen Zuordnung dieses Gespräches durch Troeger Zweifel angemeldet werden, die sich aus einigen Details ergeben. So läßt sich ein Auftreten Grotewohls als Redner auf einer politischen Kundgebung in Essen vor dem 19. Januar 1946 nicht nachweisen; auch eine Reise Troegers nach Essen ist vor diesem Zeitpunkt unwahrscheinlich. Die im Gespräch erwähnten sowjetischen Aktiengesellschaften (zur Verwaltung von 213 wichtigen Industriebetrieben, die in den Besitz der Sowjetunion übergingen) wurden erst durch den Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946 errichtet, und von Churchills „Proklamation" der Vereinigten Staaten von Europa konnte man erst nach dem 19. September 1946 (Rede in Zürich) sprechen. Es liegt daher nahe, den Zeitpunkt dieses mitternächtlichen Gespräches, das hinsichtlich Grotewohls nicht überbewertet werden sollte, in die Zeit nach dem 1. Oktober 1946 zu legen, als Grotewohl bei einem Besuch in Jena den Versuch machte, Troeger „für eine Position bei der Regierung in Pankow zu gewinnen", vgl. oben S. 908.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

T. Da muß ich sagen, daß es mir bisher immer nur um Deutschland ging.

G. Es geht nicht um Deutschland, es geht um Europa. Wir sind nur Objekte. Es geht darum, wer Europa beherrscht. Es geht um den Kampf zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus. Troeger, da stehen wir auf Seiten des östlichen Sozialismus. Was hat der amerikanische Kapitalismus in Europa zu suchen? Er will uns nur ausbeuten.

T. Ich meine, wir werden in den nächsten zwei bis drei Jahren ein Wettrennen zwischen der Ost- und Westzone wegen der besseren Versorgung der Bevölkerung erleben.

G. Das werden wir.

T. Da befürchte ich, daß die Engländer und Amerikaner sich die Sache etwas kosten lassen, um politische Eroberungen zu machen.

G. Das werden sie.

T. So bin ich gar nicht sicher, daß die Russen in dem Wettbewerb gut abschneiden werden.

G. Troeger, wissen Sie, daß England etwa 40 % der Kohlengruben des Westens besetzt hält?

T. Ja, dafür gibt es aber dort viel weniger Demontagen und keine russischen Aktiengesellschaften.

G. Ohne Kohle geht keine Industrie. Die Kohle gehört den Engländern.

T. Es kommt aber doch darauf an, wie sie verteilt wird, was davon für die Deutschen übrigbleibt.

G. Troeger, wissen Sie, wie es im Ruhrgebiet aussieht? Sind Sie einmal in Essen gewesen?

T. Ja, im Juli dieses Jahres.

G. Ich war erschüttert, woher die 13000 Menschen gekommen waren, die meiner Versammlung beiwohnten. Man sieht nichts als Trümmer in Essen; die Menschen hausen in Kellern und Erdlöchern. Troeger, das ist schlimm! Das halten die Menschen nicht aus. Sie bleiben auch nicht ruhig, weil sie hungern und frieren. Troeger, ich sage Ihnen, wir werden schon in diesem Winter Unruhen erleben. Die Menschen werden auf die Straßen gehen. Die Engländer werden mit ihren Panzern kommen, die werden nicht schießen, aber das Ansehen der englischen Besatzung verträgt das nicht. In der russischen Zone wird es das nicht geben. So werden die Menschen sehen, daß sie vom Kapitalismus nichts zu erwarten haben!

T. Ich glaube trotzdem, daß England seine Position in Deutschland nicht aufgibt. Rechnen Sie also mit Krieg?

G. England ist dazu nicht mehr imstande; es hängt völlig von Amerika ab. Man möchte gern aus Deutschland einen Cordon sanitaire machen.

T. Churchill, der alte Fuchs, weiß das gewiß, deshalb proklamiert er die Vereinigten Staaten von Europa.

G. Richtig, man könnte auch sagen: Bürger aller Länder, vereinigt euch!

T. Ich glaube, daß Frankreich ganz ablehnend ist.

G. Es geht um Europa, Troeger!

T. Warum dann die vielen Worte um die Einheit Deutschlands?

G. Das können nur wenige verstehen. In der öffentlichen Versammlung, zu der Masse kann ich davon nicht sprechen. Was wir jetzt erleben und was dann kommt, das ist nicht das Letzte. Die Entwicklung geht weiter, über uns hinweg. Der Bolschewismus, der Sozialismus ist nicht das Letzte, es kommt anders. Wie die Welt vor 5000 Jahren ganz anders ausgesehen hat als heute, so wird sie in 2000 Jahren auch ganz anders aussehen. Wir sind ein Stück Natur, und die Natur lebt weiter. Das dürfen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir niemals vergessen. Wenn man so denkt und redet, Troeger, dann ist man ganz allein, dann ist große Einsamkeit um uns und nur der Himmel über uns.

T. Alle großen Gedanken und Erfindungen kommen aus der Stille der Einsamkeit. Kennen Sie das famose Büchlein „Lob der Stille" von Clement, dem Bonner Kunsthistoriker?

G. Das kenne ich nicht und brauche es nicht zu kennen, denn ich habe ein schönes Bild vor mir. („Die Schneegruben im Riesengebirge" von Erwin Merz.) Troeger, dort auf der äußersten Spitze stehe ich bei solchen Gedankengängen. Unter mir der Abgrund, hinter mir die frostigen, festen Steine und über mir der Himmel, nichts als Himmel, der sich an einer Stelle geöffnet hat. Troeger, so wird Geschichte erlebt, ich sage erlebt, nicht gemacht, denn Geschichte machen kann niemand. Wir können nur ahnen, was kommt, und danach handeln.

T. Trotzdem müssen wir doch unsere Pflicht tun und versuchen, auf den Gang der Ereignisse Einfluß zu gewinnen. Das ist doch nun gerade im kleinen Jena mein ganzes Bemühen.

G. Troeger! Was liegt an uns? Als ich Steine schleppte und mit der Schippe in der Hand am Tage zwei Mark verdiente und nach Hause brachte, damit meine Frau Brot kaufen konnte, da war es genau so wie heute – die Geschichte zog mich mit.

T. Wer stünde wohl in der Ostzone im Augenblick mehr an der Spitze der geschichtlichen Entwicklung als Sie? Pieck und Grotewohl, die beiden Namen weisen den Weg.

G. Wilhelm III. ist ein feiner Mann – Sie verstehen mich! Er hat große Verdienste um die Arbeiterschaft, sie liegen in der Vergangenheit. Wir beide müssen jetzt zusammengehen, dabei verstehen wir uns in allen Fragen.

T. Ich kann mir denken, daß Ihnen dabei die größte Last aufgebürdet ist.

G. Einer muß es doch machen, und der bin ich. Ich stehe da oben auf der Spitze, wie auf Ihrem Bild.

T. So machen Sie also doch Geschichte?

G. Für eine Weile gehe ich in die Geschichte ein. Dann aber, nach 50 Jahren, spricht niemand mehr von uns.

T. 50 Jahre sind zu wenig.

G. Sagen wir 100 Jahre – es ist ganz gleichgültig. Die Geschichte geht weiter, und wir sind nichts.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

BEHÖRDEN- UND VERBANDSGESCHICHTLICHE DOKUMENTATION DER VOR- UND FRÜHGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK

In der zeitgeschichtlichen Forschung haben sich die Schwerpunkte zunehmend auf die Zeit nach 1945 verlagert. Daraus sind dem Institut für Zeitgeschichte neue Aufgaben erwachsen. Es ergab sich insbesondere die Notwendigkeit, für zeitgeschichtliche Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik eine bessere Materialbasis zu schaffen. Als wichtige Quelle hierfür erweisen sich die von den deutschen und Besatzungs-Behörden wie auch von deutschen Organisationen herausgegebenen Drucksachen, deren Bedeutung durch die Tatsache gesteigert wird, daß Aktenbestände deutscher wie alliierter Behörden aus den Jahren 1945–1949 im Vergleich zu früheren Zeiträumen generell noch nicht zur Verfügung stehen.

Geschlossene Bestände dieser Amts- und Verbandsdrucksachen sind bisher aber in keinem Archiv und keiner Bibliothek der Bundesrepublik oder des Auslandes verfügbar, da die damals im Wiederaufbau begriffenen Facheinrichtungen noch nicht in der Lage waren, die meist in kleiner Auflage erscheinenden Drucksachen systematisch zu sammeln. Angesichts dieser Sachlage plante das Institut für Zeitgeschichte, eine möglichst umfassende Sammlung dieser Drucksachen (in Originalen oder Kopien) aufzubauen. Dies konnte durch die dankenswerte Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung, die für zwei Jahre eine wissenschaftliche Hilfskraft finanzierte und Sachmittel zur Beschaffung zur Verfügung stellte, verwirklicht werden.

Da Bestandsverzeichnisse der Drucksachen anderer Archive oder Bibliotheken selten oder gar nicht existieren, mußte die Beschaffungsaktion durch die Zusammenstellung von Titelnachweisen, insbesondere durch Umfragen und Besuche von Institutionen, in deren Beständen einschlägige Drucksachen vermutet werden konnten, vorbereitet werden. Um einen Überblick über das jeweils vorhandene, in den Jahren 1945–1949 veröffentlichte Material und dessen Relevanz zu gewinnen, wurden nicht nur zentrale Stellen wie das Bundesarchiv und die Bibliothek des Deutschen Bundestages, sondern auch Landesarchive und -bibliotheken, Oberlandesgerichte, Parteien- und Gewerkschaftsarchive, Industrie- und Handelskammern, wissenschaftliche Institutionen und Geschäftsstellen verschiedener Verbände kontaktiert.

Aufgrund der gesammelten Informationen wurden Beschaffungskriterien gewonnen; so wurde der Sammlungsbereich auf Drucksachen zentraler deutscher und alliierter Provenienzen und auf wichtige Veröffentlichungen historisch bedeutsamer deutscher Verbände festgelegt. Einige Einschränkungen ergaben sich aus der Materiallage selbst: so mußten Publikationen der sowjetzonalen Einrichtungen fast gänzlich ausgeklammert werden. Auch der Erwerb und der Nachweis französischer und britischer Materialien mußte – soweit nicht in der BRD vorhanden – lückenhaft bleiben, da in den Archiven oder Bibliotheken der Herkunftsländer keine geschlossenen Bestände vorhanden sind. Zudem bilden in Großbritannien aufgrund einer engeren Definition des Drucksachenbegriffs hektrographierte Veröffentlichungen in der Regel einen Bestandteil der noch nicht zugänglichen Akten.

Im Zuge der Sammlungstätigkeit hat das IfZ etwa 300 Titel, das sind ca. 30 lfd. Meter und 35 Filmrollen zusammengetragen. Dieser Bestand ist in einer Provenienzkartei, der eine im IfZ-Archiv erarbeitete Systematik zugrunde liegt, und einem Sach- und Titelkatalog erfaßt und

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Querverweise weiter erschlossen. Darüber hinaus wird für eine Vielzahl hier nicht vorhandener Titel der Stand- bzw. Fundort nachgewiesen.
Unter dem gesammelten Material befinden sich u. a. folgende Titel bzw. Bestände:

Alliierte Provenienzen:
Großbritannien: Military Government Gazette; Monthly Statistical Bulletin of the Control Commission for Germany; Report for the Month . . ., hrsg. von der Control Commission for Germany/British Elements;
Frankreich: Journal officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation; Bulletin mensuel du Commandement en Chef Français en Allemagne; Revue de la Zone Française, La France en Allemagne, Réalités Allemandes;
USA: Wanted List, hrsg. v. Allied Control Council; Monthly Reports of the Military Governor, US. Zone; Berichte und Anweisungen der Joint Export-Import-Agency.
Verschiedene Handbücher für Besatzungsoffiziere und zahlreiche Einzelschriften der Besatzungsverwaltungen.

Deutsche Provenienzen:
Mitteilungsblatt des Verwaltungsamtes für Wirtschaft für das amerikanische und britische Besatzungsgebiet;
Protokolle der Landrätetagungen der französischen Zone Württembergs;
Drucksachen des Parlamentarischen Rates, des Länderrates Stuttgart und verschiedener Behörden des Vereinigten Wirtschaftsgebietes;

Verbands- und nichtamtliche Publikationen:
Periodika des Nordwestdeutschen Zeitungsverlegervereins; verschiedene Dienste des Deutschen Pressedienstes und „Der Überblick", hrsg. vom Christlichen Nachrichtendienst [Vorläufer der Katholischen Nachrichtenagentur]; Tagungsprotokolle und Organe einzelner Parteien und Gewerkschaftsverbände; die beiden ersten Jahrgänge des „Spiegel".
Dank der Förderung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung konnte so eine Drucksachensammlung aufgebaut werden, die für die historische Bearbeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit von großem Nutzen ist. Das Archiv des IfZ wird – soweit es mit den eigenen Kräften möglich ist – versuchen, diese Sammlung künftig noch zu ergänzen. Darüber hinaus sammelt das Archiv seit längerem amtliche und nichtamtliche Drucksachen zur Dokumentation der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung. Der Schwerpunkt dieser noch im Aufbau befindlichen, aber bereits begrenzt benutzbaren Sammlung liegt auf den Veröffentlichungen der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Organisationen. Somit wird in sinnvoller Ergänzung die Dokumentation der Zeit 1945–1949 weitergeführt.

Gitta Wolff

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte